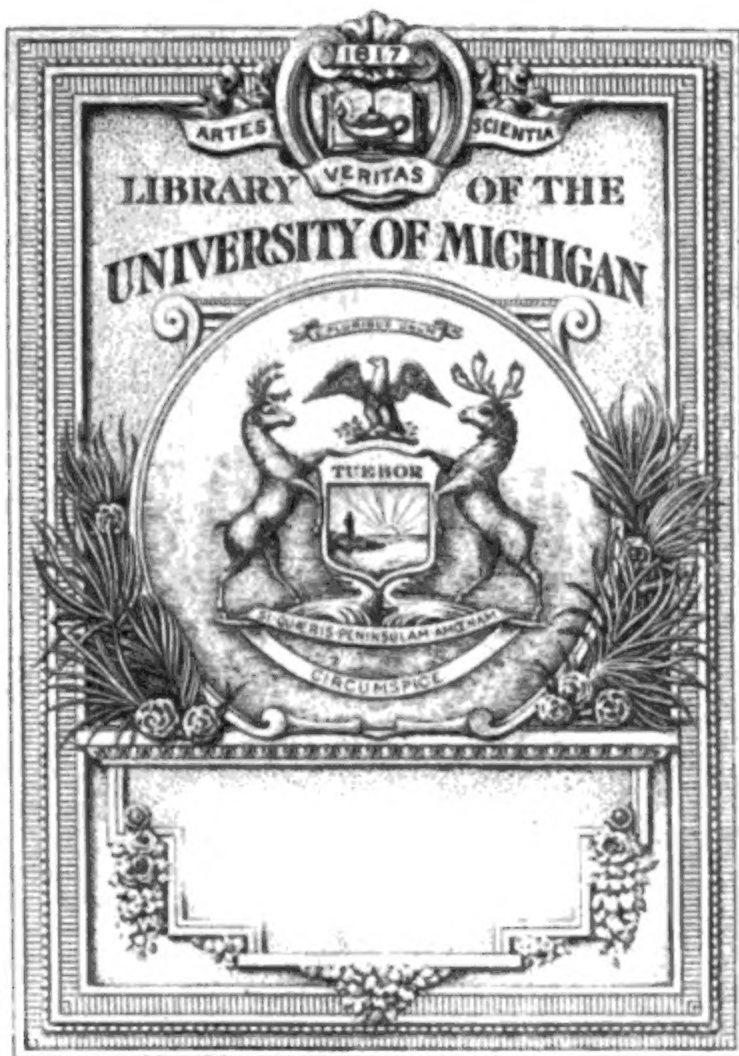
Geschichte des deutschen zeitungswes... bd. Das zeitungswesen ..

Ludwig Salomon

Digitized by Google


1817
ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
SI QUAERIS PENINSULAM AMOENAM
CIRCUMSPICE

Geschichte

des

Deutschen Zeitungswesens

von den ersten Anfängen
bis zur Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches

von

Ludwig Salomon.

Dritter Band.
Das Zeitungswesen seit 1814.

Oldenburg und Leipzig, 1906.
Schulzesche Hof-Buchhandlung und Hof-Buchdruckerei.
Rudolf Schwartz.

Geschichte

des

Deutschen Zeitungswesens

von den ersten Anfängen
bis zur Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches

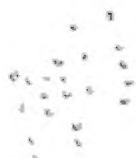
von

Ludwig Salomon.

Dritter Band.

Das Zeitungswesen seit 1814.

1906.
Oldenburg und Leipzig.
Schulzesche Hof-Buchhandlung und Hof-Buchdruckerei.
A. Schwartz.



Vorwort.

Der vorliegende Schlußband ist etwas mehr angeschwollen, als es ursprünglich im Plane lag. Die Zeit der dreißiger und vierziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts mit ihren heißen Wünschen und vielen hochgespannten Hoffnungen verlangte eine breitere Darstellung; die ußerordentlich große Menge von geistiger Arbeit, die in dieser Periode auf em Gebiete des Journalismus, hauptsächlich im Interesse des deutschen Gedankens, geleistet wurde, mußte, wie sich bei der innigeren Vertiefung in en Stoff herausstellte, etwas ausführlicher geschildert werden, sollte dem nermüdlichen Streben, das sich allerwärts entwickelt hatte, Gerechtigkeit iderfahren. Dabei zeigte sich aber auch, was für ein ungeheurer geistiger leichtum noch in den Zeitungen und Zeitschriften des neunzehnten Jahrunderts lagert, was für eine Fülle von ungemünztem Golde der Erforscher er politischen Geschichte sowohl, wie der Kulturhistoriker in den Bänden der ente halb und ganz vergessenen Zeitungen und Zeitschriften zu schürfen ist. in jüngerer Historiker, Paul Holzhausen, hat allerdings begonnen, in diese hächte hinabzusteigen, und da ist es ihm auch gelungen, für seine Studien Der erste Konsul Bonaparte und seine deutschen Besucher", „Napoleons Tod der zeitgenössischen Presse und Dichtung" und „Heinrich Heine und Napoon I." eine überraschend große Menge interessanter Einzelheiten heraufzulen; ja er hat sogar auf Grund bisher verschollen gewesener Zeitungsrichte höchst wichtige Tatsachen, über die man bisher nur ungenügend ientiert war, genauer feststellen können. Das legt aufs neue die Mahnung ihe, das Sammeln der Zeitungen und Zeitschriften gewissenhafter zu beeiben. Wiederholt mußte ich erfahren, daß selbst Staatsbibliotheken von ichtigen Zeitungen ihres Landes keine einzige Nummer besaßen. Das ichtigste würde sein, wenn eine allgemeine große Sammelstelle für ganz utschland eingerichtet würde, in der mit Sachkenntnis die Erzeugnisse der samten besseren Zeitungsliteratur zur Aufstellung kämen. Doch müßte diese itungs-Bibliothek das Reich errichten; die Kräfte eines Privatmannes rden nicht ausreichen. Man baut große, umfangreiche Bildergalerien und useen der mannigfachsten Art, plant die Errichtung einer Reichsmusik-

bibliothek: eine Stätte für die systematische Aufstellung der Zeitungsbände die den kommenden Geschlechtern so viele wichtige Dokumente aufbewahren, ist leider noch nicht geschaffen worden, eine Unterlassungssünde, die eine spätere Generation uns zum schweren Vorwurf machen wird.

Im übrigen kann ich bei diesem Schlußbande nur darauf hinweisen, daß die Grundsätze, die ich bereits in dem Vorworte zum ersten Bande dargelegt, mich auch hier geleitet haben. Ich suchte nicht durch die Aufzählung der Titel der ungeheuern Massen von Zeitungen ein möglichst genaues Verzeichnis aller erschienenen Blätter zu liefern, sondern ein treues Kultur- und Literaturbild zu geben und dabei ein lesbares Buch zu schaffen, in das sich der Freund vaterländischen Geistes und vaterländischer Kultur gern vertieft. Bei der sehr großen Mühe, die die lange Arbeit erforderte, möchte ich wohl wünschen, daß ich hinter meinem Ziele nicht allzuviel zurückgeblieben sei.

Elberfeld, Ende August 1905.

Der Verfasser.

Inhalt.

Erster Abschnitt.

Von den Befreiungskriegen bis zu den Karlsbader Beschlüssen (1814—1819).

Zweiter Abschnitt.

Im Banne der Karlsbader Beschlüsse (1819—1848).

Dritter Abschnitt.

Im Strudel der Preßfreiheit (1848 und 1849).

Erster Abschnitt.

Von den Befreiungskriegen bis zu den Karlsbader Beschlüssen.

(1814—1819.)

Erstes Kapitel.

Die Erwartungen und Hoffnungen.

1. Einleitung. Die Stimmung nach den Befreiungskriegen. Allgemeine Hoffnungsfreudigkeit. Der Zorn gegen die ehemaligen Anhänger Napoleons. Allgemeiner Unmut über den ersten Pariser Frieden und die Kläglichkeit des Wiener Kongresses. Der zweite Pariser Friede. Die Hoffnung auf Preußen. Die antinationale Gesinnung der preußischen Bureaukratie. Auftreten des Geheimrats Schmalz. Friedrich Wilhelm III. und die Schwankung der preußischen Regierung zur antinationalen Richtung. Die Folgen dieser Schwankung. Die Nation wendet sich in ihrer Hoffnungslosigkeit Sonderbestrebungen zu. Die Kämpfe um die Verfassung. Das Wartburgfest. Die Ermordung Kotzebues.

Die Befreiungskriege hatten den Geist der Nation aufs tiefste erregt, und darum schlugen denn jetzt, nachdem der verhaßte Tyrann endlich überwältigt worden war, die Flammen der vaterländischen Begeisterung allerwärts hell empor. Frohgemut blickte jeder in die Zukunft. Eine ganz neue Zeit müsse jetzt anbrechen, so meinte man. Geläutert durch das lange Unglück, würden jetzt Fürsten und Völker in steter Harmonie nur einzig und allein das allgemeine Wohl zu befördern suchen, und dabei würde dann das deutsche Volk wieder seinen früheren ersten Platz unter den Nationen Europas erhalten. Erfüllt von dieser Hoffnungsfreudigkeit rief denn auch Ernst Moritz Arndt in seinem hochgestimmten Pathos: „Wir leben in einer neuen Zeit, wir warten einer neuen Zeit, wir warten einer deutschen Herrlichkeit!" Und Ph. Fr. Püschel führte in einer Schrift „Das große Friedensfest oder das neue Zeitalter", die er 1814 erscheinen ließ, breiter aus: „Auf den Ruinen der Weltherrschaft verkündigt der Engel

des Friedens den gefesselten Geistern Freiheit, den niedergetretenen Völkern fröhliches Aufleben, den unterjochten Fürsten Unabhängigkeit und Ruhe. Die Toten stehen auf, und das große Klaghaus ist in einen Schauplatz der Freude verwandelt. Aber so Großes geschehen ist, noch Größeres muß folgen, wenn wir der neuern, bessern Zeit würdig werden wollen. Vom Gefühle der Freiheit gehoben, laßt uns Geisteswürde, Geisteshoheit als die wohltätige Sonne leuchten, welche die neue Welt bestrahlt, erwärmt und fruchtbar macht! Des Schwertes Siege sind errungen; die Herrschaft humaner, auf Völkerglück gerichteter Ideen feiert ihr goldenes Zeitalter! Die Fesseln der Weltdespotie sind zersprengt, die ruchlose Gewalt liegt im Staube; aus ihren Trümmern gestalte sich ein herrlicher Bau, wo der frevelnden Willkür keine Träne fließt und der wilden Herrschsucht kein Leben fällt. Und unsere herrlichen Fürsten, noch herrlicher in der Schule des Unglücks geworden, fühlen es gewiß, welche Schuld sie ihren Völkern abzutragen haben. Für sie bluteten die Söhne des Vaterlandes und Vater- und Mutterherzen; für sie bewaffnete sich der Arm des Gatten, seines Weibes und Kindes vergessend; für sie gab der Untertan sein letztes Scherflein hin und erduldete Lasten, Beschwerden, Sorgen, welche nur Gott zählt. Die erschöpften Völker, deren starker Arm die ihren Fürsten entrissenen Kronen, Länder, Gewalt und Herrlichkeit wieder eroberte, blicken auf die Erhabenen mit dem Vertrauen hin, daß ihre Weisheit und Gerechtigkeit auch Ersatz für langen Jammer leihen, und der Tränensaat der Väter eine reiche Ernte für Enkel und Kinder entkeimen werde."

Zunächst freilich mußte man erst seinem lange verhaltenen Groll Luft machen, sowohl gegen den gestürzten Tyrannen, wie gegen die vielen „Entarteten", die sich zu „Schergen der Fremden", oder wenigstens „zu ihren Lobhudlern" hergegeben hatten. Napoleon wurde förmlich mit Spott und Hohn überschüttet; es erschienen Tausende von Flugblättern mit Zerrbildern des Entthronten und mit Karikaturen von den heimgejagten Franzosen; doch wurde wenig Geschmack und wenig Geist entwickelt. Die ehemaligen Freunde der Franzosen faßte Arndt in seinem „Geiste

der Zeit" hart an. „Haben nicht", sagt er dort, „deutsche Männer Napoleon Bonaparte, den hinterlistigsten, treulosesten, herrschsüchtigsten und grausamsten aller Tyrannen, die je die Geschichte gemeldet hat, den Weltbefreier und Weltbeglücker, den Stifter und Wiederhersteller deutscher Freiheit und Glorie, den Verjünger und Träger des Zeitalters, den Heiland der Erde, das Rüstzeug der Vorsehung, den Anführer und Ausführer neuer Herrlichkeiten genannt? Die solches tun konnten, hatten kein deutsches Gefühl in ihrer Brust; sie fühlten den heiligen Zorn für die Gerechtigkeit und Freiheit nicht mehr in ihren geizigen und verödeten Herzen .... Ja, Verachtung und Fluch treffe alle Deutschen, die bonapartistisches und französisches Evangelium predigten! Kein Galgen ist zu hoch, und wäre es ein Hamansgalgen, woran ihre Schande sichtbar genug hinge!"

Diese Zorneswallungen traten aber bald zurück vor der Sorge um die Neugestaltung Deutschlands. Das alte deutsche Reich, so sagte man, müsse wiederhergestellt werden in seiner alten Herrlichkeit, aber fester gefügt. Dabei müsse allgemeine politische Freiheit herrschen. Ja, man träumte sogar davon, auch die konfessionellen Verschiedenheiten zu beseitigen und eine allgemeine deutsche Kirche ins Leben zu rufen. Alle diese Hoffnungen wurden schnell nach einander getrübt.

Zunächst brachte der erste Pariser Friede eine Menge Enttäuschungen. Mit aller Bestimmtheit hatte man in weiten Kreisen des Volkes erwartet, daß Elsaß-Lothringen jetzt wieder von Deutschland in Besitz genommen werde; allein die Diplomatie machte geltend, daß die verbündeten Regierungen nur gegen Napoleon und nicht gegen das französische Volk gekämpft hätten, daß man also auch nicht das französische Volk schädigen dürfe. Vergebens mahnte Arndt: „Mit Bonaparte sterben die Franzosen noch nicht; mit seinem Übermut und Trotz ist der französische Übermut und Trotz noch nicht gebändigt, noch die unruhige Ehrsucht des gaukelischen Volkes eingeschläfert. Die Franzosen haben viel durch ihn gelitten, aber die Welt litt mehr durch die Franzosen, als durch ihn; er hat ihrer Büberei und Treulosigkeit, womit sie immer nach den Ländern und Gütern ihrer Nachbarn gelüstete, nur die

Krone aufgesetzt. Sie werden auch nach ihm sein, die sie immer gewesen sind, und von dem vor ihm und mit ihm Geraubten freiwillig auch nicht das Geringste herausgeben wollen. Bonaparte wird fallen; aber töricht ist die Meinung derer, welche glauben, daß die Franzosen nach seinem Falle ruhig werden, ja, daß sie, was sie nie waren, ein mäßiges und gerechtes Volk sein werden. Nein, sie werden bleiben, die sie sind." Die Diplomatie verharrte aber bei ihren Anschauungen, und es wurde bei dem Friedensschlusse eine unerhörte Milde beobachtet.

Sodann blieb der Wiener Kongreß vollständig hinter den Hoffnungen zurück, die man auf ihn gesetzt hatte. Der Wunsch der Nation, Deutschland wieder zu einer politischen Einheit zusammengeschweißt zu sehen, ging nicht in Erfüllung, der Traum von einer allgemeinen gleichen Justizverwaltung, einem allgemeinen deutschen Gesetzbuche, von der Gleichheit der Münzen, des Maßes und des Gewichtes, der Aufhebung der Mauten und Zölle im Innern von Deutschland, der Freiheit und Sicherheit des Handels gegen das Ausland hin, von einer allgemeinen Militäreinrichtung und vielen anderen zerrann. Statt dessen kam die klägliche Bundesakte, die einen förmlichen Sturm der Entrüstung im ganzen Volke hervorrief.

Der zweite Pariser Friede besserte zwar die Verhältnisse um ein weniges; Saarlouis und die Festung Landau kamen noch zu Deutschland, außerdem wurden die unter der französischen Republik und dem Kaiserreiche geraubten Kunstschätze von ihren Eigentümern zurückgenommen. Die allgemeine Situation blieb aber dieselbe: statt eines festgefügten deutschen Reiches mußte man sich mit einem nur durch ein lockeres Band zusammengehaltenen deutschen Bund begnügen.

Trotzdem gab man im Volke die Hoffnung nicht auf, doch noch zu besseren staatlichen Verhältnissen zu gelangen. Von Österreich allerdings — das war ja allgemein klar geworden — konnte man nichts erwarten; das hatte sich in den letzten Kriegen gegen Napoleon fast ganz passiv verhalten, war während des Kongresses nur bemüht gewesen, die Konsolidierung des eigenen Staates zu fördern, und zeigte sich nun einer freiheitlichen Ent-

wicklung des Staatslebens vollständig abgeneigt. Dagegen schienen die Verhältnisse in Preußen viel günstiger zu liegen. Dort hatte der nationale Gedanke so ziemlich die ganze Bevölkerung erfaßt, und auch die Regierung war von dem Bestreben erfüllt, die Staatseinrichtungen zeitgemäß umzugestalten. Auf dem Kongresse waren die preußischen Staatsmänner für eine festere Zusammenfügung des deutschen Bundes und für die Errichtung landständischer Verfassungen in den einzelnen Bundesstaaten eingetreten, und bald nachher, am 22. Mai 1815, erschien jene berühmte Kabinettsordre, die dem preußischen Volke eine Nationalrepräsentation schon für die nächste Zeit in Aussicht stellte. Ein solches Vorgehen mußte die lebhaftesten Sympathieen für Preußen wecken. Auch in Süddeutschland, wo die Regierungen von Bayern und Württemberg noch immer große Neigung für das napoleonische System, das Polizeiregiment der Willkür, zeigten, blickte die Bevölkerung vertrauensvoll nach dem Norden und erörterte sogar die Frage, ob nicht ein Schutzkönig, oder ein Bundeskönig der Deutschen zu erstreben sei, der dann dem deutschen Volke eine Gesamtverfassung geben müsse. Dieser Bundeskönig könne natürlich nur der König von Preußen sein.

Allein die Regierungen von Österreich, Bayern und Württemberg waren diesen nationalen Bestrebungen durchaus abhold. Metternich in Österreich und der leitende Minister Bayerns, Graf Montgelas, arbeiteten ihnen mit allen Kräften entgegen, und auch in Preußen gab es eine einflußreiche Partei, die solche freiheitlichen Bewegungen des Volkes nicht wollte. Es war dies die Partei der preußischen Bureaukratie, die in der napoleonischen Zeit nach und nach zu großer Macht gelangt war und nun ihre maßgebende Stellung einzubüßen fürchtete. Sehr bald trat diese antinationale Gesinnung der preußischen Bureaukratie in greller Weise durch die berüchtigte Schmalzsche Denunziation des Tugendbundes in die Erscheinung. In einer Broschüre, mit der er, wie er angab, eine ihn selbst betreffende Stelle der Venturinischen Chronik berichtigen wolle, die aber schon längst berichtigt war, wandte sich der Geheimrat Schmalz in Berlin zunächst gegen den Tugendbund und dann überhaupt gegen die geheimen politischen

Vereine, die nach seiner Meinung die ganze jetzige Bewegung hervorgerufen hätten und im höchsten Grade staatsgefährlich seien. Ohne alle Begründung schleuderte er die heftigsten Beschuldigungen gegen die nationalen Bestrebungen und suchte sie verächtlich zu machen. „Das Dasein solcher Verbindungen", rief er aus, „verbreitet Furcht unter den Bürgern aller deutschen Lande und erfüllt den rechtlichen Bürger der preußischen Staaten mit Unwillen. Von solchen Bünden gehen aus jene pöbelhaften Schmähreden gegen andere Regierungen und jene tollen Deklamationen über Vereinigung des ganzen Deutschlands unter eine Regierung (in einem Repräsentativsystem, wie sie das nennen), eine Vereinigung, welcher von jeher der Geist aller deutschen Völker widerstrebte, für welche aber jetzt die Anhänglichkeit an die besonderen Dynastieen durch Hohn und Aufwieglung in jeder deutschen Brust niedergedrückt werden soll." Weiter hieß es dann: „Wie vormals die Jakobiner die Menschheit, so spiegeln sie die Deutschheit vor, um uns den Eid vergessen zu machen, wodurch wir jeder seinem Fürsten verwandt sind. Wenn Jahrtausende aus den Deutschen nicht Ein Volk machen konnten, wenn von jeher Sachsen und Reich, Welfen und Waiblinger, Union und Ligue Deutschland zerrissen, so oft solche Art von Einheit zwischen Deutschland versucht wurde, so ist doch Geschichte und Pflicht von ihnen gleich gering geachtet; — ob vielleicht auch ihnen das Gouvernement einer Provinz oder sonst eine Machtstelle zufallen möchte, und vor allem ein reiches Einkommen .... Diese Menschen wollen durch Krieg der Deutschen gegen Deutsche Eintracht in Deutschland bringen, durch bittern gegenseitigen Haß Einheit der Regierung gründen und durch Mord, Plünderung und Notzucht altdeutsche Redlichkeit und Zucht vermehren." Schließlich bestritt er sogar, daß sich die patriotische Partei irgend welche Verdienste um die Erhebung von 1813 erworben habe; eine Begeisterung sei gar nicht vorhanden gewesen. Der ganze Krieg sei einfach vom Könige Friedrich Wilhelm organisiert worden. Wer etwas anderes behaupte, sage nur keck die Unwahrheit. Das ganze Volk habe vielmehr ruhig auf den Wink des Königs gewartet. „Keine Begeisterung", schloß er, „überall ruhiges und desto kräf-

tigeres Pflichtgefühl — alles eilte zu den Waffen und zu jeder Tätigkeit, wie man aus ganz gewöhnlicher Bürgerpflicht zum Löschen einer Feuersbrunst beim Feuerlärm eilt. — Und nun wollen jene den Ruhm des Volkes sich zulügen."

Diese Behauptungen und Anschuldigungen des Geheimrats Schmalz riefen ein ungeheures Aufsehen hervor. In so frecher Weise war noch niemals der Wahrheit ins Gesicht geschlagen worden. Entrüstet wiesen Niebuhr, Schleiermacher, Krug u. a. die Beschuldigungen zurück, und Niebuhr erklärte nachdrücklich, das Gerede von geheimen politischen Vereinen sei weiter nichts als ein leeres Märchen. Trotzdem erhielt sich der Erfolg der Schrift ungeschwächt und zog immer weitere Kreise.

Am tiefsten wurde von ihr wohl Friedrich Wilhelm III. berührt. Die Jakobiner waren in ihr heraufbeschworen worden; alle die Greuel der französischen Revolution mochten vor des Königs geistigem Auge wieder auftauchen. Entfesselte er jetzt nicht vielleicht alle jene wilden politischen Leidenschaften, die während der französischen Revolution so entsetzlich gewütet hatten, wenn er den nationalen Bestrebungen, die so laut nach Anerkennung rangen, die Zügel schießen ließ? Ängstlich suchte er die Schranken festzuhalten, in denen das Staatsleben sich zur Zeit bewegte, und alle Neuerungen, die ins Unsichere führten, fern zu halten. Damit aber hatte die Bureaukratie gesiegt. Der Staatskanzler Fürst Hardenberg mußte, um sich im Amte zu erhalten, die liberale Richtung, die er bisher verfolgt hatte, aufgeben, und dadurch gewann der reaktionäre Polizeiminister Fürst Wittgenstein die Oberhand. Die Folgen zeigten sich bald. Die Debatte über die Schmalzsche Schrift wurde, ohne daß die Anschuldigungen auf ihren Grund geprüft worden waren, einfach durch eine Kabinettsordre vom 16. Januar 1816 verboten und außerdem die Zensurvorschriften verschärft. Bald nachher erfolgte die Entfernung vieler bedeutender Männer, die zur nationalen Partei gehörten, aus ihren Stellungen, so die Niebuhrs, Gruners, Steins, Blüchers, Gneisenaus, Yorks, während der Geheimrat Schmalz den roten Adlerorden erhielt.

Diese Schwenkung der Berliner Regierung zur antinationalen

Richtung rief in ganz Deutschland bei allen Nationalgesinnten den heftigsten Unmut hervor; die bisherigen Sympathieen für Preußen schlugen in allgemeinen Haß um. Aber es traten auch noch andere Folgen zu Tage. Die Regierungen von Bayern und Württemberg suchten jetzt die Sympathieen, die Preußen verloren hatte, für sich zu erwerben, nahmen im Umsehen die Miene einer nationalen Gesinnung an und begeisterten sich sogar für die deutsche Einheit, die sie bisher bekämpft hatten. Diese war auf einmal das allgemeine Bedürfnis aller deutschen Völker, und natürlich meinte man in München, daß nur Bayern den Mittelpunkt der deutschen Einheit bilden könne, während man in Stuttgart, wenn auch nicht so deutlich, auf Württemberg hinwies. Daß diese Deklamationen nur einen diplomatischen Schachzug darstellten, war natürlich jedem Einsichtigen klar. Eine weitere Folge der Schmalzschen Schrift bestand darin, daß Metternich, der jetzt mit den Regierungsgrundsätzen Preußens harmonierte, bald mehr und mehr das Ohr Friedrich Wilhelms III. gewann und schließlich den König ganz beherrschte. Dabei ordnete sich Preußen in verhängnisvoller Weise Österreich unter.

Dieses Ergebnis der Befreiungskriege erfüllte alle Nationalgesinnten mit dem Gefühl bitterer Enttäuschung. Eine allgemeine Hoffnungslosigkeit trat allerwärts zu Tage. Die Nation gab den deutschen Gedanken auf, und in den einzelnen Ländern wandte man sich jetzt den Sonderbestrebungen zu. Es begannen die Kämpfe um die durch den Artikel 13 der Bundesakte in Aussicht gestellten Verfassungen in den einzelnen deutschen Ländern. Hierbei büßte die öffentliche Meinung mehr und mehr ihren großen Zug ein; es bildete sich sogar eine gewisse Eifersucht unter den deutschen Ländern heraus, bei der man sich gegenseitig zu hemmen und zu beschränken suchte.

Doch vollzog sich die Lösung der Verfassungsfrage nur sehr langsam, und bei verschiedenen Staaten blieb sie vollständig aus. Der erste, der sein gegebenes Wort erfüllte, war der Großherzog Karl August von Sachsen-Weimar. Er eröffnete bereits am 7. April 1816 den ersten konstituierenden Landtag, worauf am 5. Mai 1816 das Grundgesetz über die landständische Verfassung

erschien. Die Verfassung entsprach auch den Erwartungen; nur inbetreff der Presse enttäuschte sie. Der Preßfreiheit war in der Verfassungsurkunde mit keinem Worte gedacht, sondern sie war nur als „besonderes Geschenk“ von oben herab hinzugefügt worden. In Bayern wurde die Konstitutionsurkunde im Mai 1818, in Baden im August desselben Jahres verkündigt; in Württemberg kam erst nach langen unerquicklichen Kämpfen im September 1819 die neue Verfassung zu Stande; in Sachsen blieb es, da der König Friedrich August und der Hochadel sich wenig geneigt zeigten, bei einer ganz veralteten Schattenrepräsentation, die nur aus Prälaten, Rittern und den Vertretern der privilegierten Städte bestand. Ähnlich verhielt es sich in Hannover, doch schaltete hier die Willkür noch viel schlimmer. Dem Adel wurden wieder sämtliche Privilegien zuerkannt, die er in der westfälischen Zeit verloren hatte; die Bauern mußten also wieder alle Frohn- und Herrendienste und alle ehemaligen Abgaben an die Rittergutsbesitzer leisten; dabei wurden aber die Grundsteuern, die in der westfälischen Zeit statt der Herrendienste und sonstigen Abgaben eingeführt worden waren, keineswegs abgeschafft. Die Bauern mußten also jetzt doppelt zahlen. In Kurhessen entbrannte sehr bald ein äußerst heftiger Streit zwischen dem Kurfürsten Wilhelm I. und den nach Kassel einberufenen Ständen, besonders wegen der Trennung des Staatsvermögens vom Hausvermögen des Kurfürsten. Der Kurfürst suchte in ganz unerhörter Weise auf Kosten des Staates seine eigene Privatkasse zu bereichern und zeigte sich bei allen Verständigungsversuchen so halsstarrig, daß ein Grundgesetz nicht zu Stande kam. Daraus entwickelten sich die traurigsten Verhältnisse, so daß die Bauern am Diemelstrome in einer Adresse an die Deputierten klagend ausriefen: „Die Franzosenzeiten waren schlimm, aber die jetzigen sind, wenn man alle Gaben zusammenrechnet, noch schlimmer!“

Von den beiden Hauptmächten versank Österreich sehr bald wieder in jenes schwung- und begeisterungslose Genußleben, das es von jeher gekennzeichnet hatte, und Metternich tat alles, diese geistige Armut zu erhalten. Mit brutaler Zähigkeit bildete er jene „armselige Politik des Stillstandes und des Rückschritts“

heraus, bei der der Artikel 13 der Bundesakte jede Bedeutung verlor. Es blieb also bei den alten „Postulatenlandtagen", die ein bloßes Scheindasein führten.

Ganz anders in Preußen. Hier herrschte von jeher ein reges geistiges Leben; von hier aus war der Kampf gegen die Fremdherrschaft ausgegangen; auch jetzt noch erfüllten die politischen Ideen das öffentliche Leben, und alles drängte zur weiteren staatlichen Entwicklung. Vor allem verlangte man die versprochene Verfassung. Aber der König Friedrich Wilhelm III. war durch die Verdächtigungen der Schmalz und Genossen so besorgt geworden, daß er schließlich in dem Wahn lebte, der preußische Staat stehe am Rande eines Abgrundes, und es könne nur die Gefahr vermehren, wenn ihm jetzt eine ständische Verfassung gegeben würde. Und als er schließlich ungestüm mit Adressen bestürmt wurde, in denen man ihn an sein Versprechen von 1815 erinnerte, erklärte er in erregtem Tone in einer Kabinettsordre: Weder in dem Edikte vom 22. Mai 1815, noch in dem 13. Artikel der Bundesakte sei eine Zeit bestimmt worden, binnen welcher die Verfassung des Staates eingeführt werden solle. Nicht jede Zeit sei die rechte, eine Veränderung in der Verfassung des Staates einzuführen. Wer den Landesherrn, der diese Zusicherung aus ganz freier Entschließung gegeben, daran erinnere, zweifle freventlich an der Unverbrüchlichkeit seiner Zusage und greife seinem Urteile über die rechte Zeit der Einführung dieser Verfassungen vor, welches Urteil ebenso frei sein müsse, wie der erste Entschluß es gewesen sei. Er selbst werde den Zeitpunkt bestimmen, wann die Zusage einer landständischen Verfassung in Erfüllung gehen solle, und er werde sich durch unzeitige Vorstellungen im richtigen Fortschreiten zu diesem Ziele, worüber unlängst die nötige Erklärung bei dem Bundesvereine abgegeben worden und demgemäß die weitere Vorbereitung erfolgen werde, nicht übereilen lassen. Der Untertanen Pflicht sei es, im Vertrauen auf die freie Entschließung, welche jene Zusicherung gegeben, und den betreffenden Artikel der Bundesakte veranlaßt habe, den Zeitpunkt abzuwarten, den er, von der Übersicht des Ganzen geleitet, zu ihrer Erfüllung geeignet finden werde.

Diesen „geeigneten Zeitpunkt" hat er aber nie gefunden, denn alsbald traten zwei Ereignisse ein, durch die er seine Anschauungen und seine Beurteilung der Zeitverhältnisse wesentlich bestärkt sah: das Überschäumen der jugendlichen Begeisterung beim Wartburgfeste und die Ermordung Kotzebues durch Sand.

Beide haben auf die staatliche und man kann sagen auf die ganze geistige Entwicklung Deutschlands einen ganz außerordentlich nachteiligen, tiefeinschneidenden Einfluß ausgeübt, doch nicht weil sie an sich hervorragende Taten waren, sondern weil die antinationale Partei sie für ihre Zwecke in der weitgehendsten Weise ausbeutete und ihnen dabei eine Wichtigkeit beilegte, die sie nie besessen haben. Wurden sie doch geradezu als die Vorboten der vor der Tür stehenden Revolution ausgerufen.

Wir wissen heute zur Genüge, daß die Feier auf der Wartburg von der edelsten Vaterlandsliebe, von tiefem sittlichen Ernst getragen war, daß eine hehre Begeisterung alle die deutschen Studenten erfüllte, die sich dort oben in der Feste versammelten.

Durch die Befreiungskriege war ein ernsterer Ton in die deutsche akademische Jugend gekommen. Viele Studenten hatten an den schweren Kämpfen gegen Napoleon teilgenommen und sahen sich nun, zu ihren Studien zurückgekehrt, von dem rohen „Komment der Landmannschaften" angewidert. Da schlug Jahn, der alte Freund der Jugend, vor, die Verbände der Landsmannschaften, die ja nur ein Abbild des zerstückelten Vaterlandes gäben, aufzulösen und an ihre Stelle eine einzige allgemeine Vereinigung, eine „Burschenschaft", zu setzen, als deren oberster Grundsatz die sittlich-wissenschaftliche Ausbildung zum Dienste des gemeinsamen Vaterlandes gelten müsse. Dieser Vorschlag fand Beifall; auf vielen Hochschulen wurden Zweigvereine der Burschenschaft gebildet, und auf der Wartburg erfolgte sodann am 18. Oktober 1817, am Schlachttage von Leipzig, der Zusammentritt der einzelnen Vereine zu der allgemeinen Vereinigung. Aus Berlin, Erlangen, Gießen, Göttingen, Halle, Heidelberg, Jena, Kiel, Leipzig, Marburg, Rostock, Tübingen und Würzburg trafen Vertreter ein; außerdem nahmen an dem feierlichen Akt die Behörden von Eisenach und die Professoren Schweitzer, Oken, Fries

und Kieser aus Jena teil. Der Student Riemann, ein Ritter des Eisernen Kreuzes, hielt vor einem Altar die Weiherede, in der er zur Anhänglichkeit an das große deutsche Vaterland mahnte und in aller Namen gelobte, „zu streben nach jeder menschlichen und vaterländischen Tugend“. Weiterhin sprach noch, von den Studenten dazu aufgefordert, Professor Fries in gleichem Sinne und schloß mit den Worten: „So bleibe Euch und uns der Wahlspruch: Ein Gott, Ein deutsches Schwert, Ein deutscher Geist für Ehre und Gerechtigkeit!“

Damit schloß die offizielle Feier; doch wurde im Laufe des Tages noch manches begeisterte Worte gesprochen und auch am Nachmittage in Erinnerung an den Beginn der deutschen Reformation vor dreihundert Jahren in der Stadtkirche zu Eisenach ein Gottesdienst abgehalten. Aber es folgte am Abend auch noch eine Nachfeier, und diese zog alle die unseligen Folgen nach sich, die sich alsbald an das Wartburgfest knüpfen sollten. Eine kleine Schar der Festteilnehmer hatte sich auf den der Wartburg gegenüberliegenden Wartenberg begeben, um dort zum Gedächtnis des Tages von Leipzig, wie es damals auf vielen Bergen Thüringens geschah, ein Freudenfeuer anzuzünden. Bald loderten denn auch die Flammen empor, und dabei kam einer der Studenten, Rödiger aus Jena, auf den Einfall, auch die Zeugnisse des rückschrittlichen Geistes, der jetzt nach Herrschaft ringe, hier mitzuverbrennen und sie dadurch der allgemeinen Verachtung preiszugeben. Darauf flogen die Schriften von Schmalz, Kamptz, Crome, Dabelow, Kotzebue und noch mancher anderer — meist nur in ihrem Titel — in das prasselnde Feuer, und schließlich folgten sogar noch einige andere Symbole veralteter Zustände: ein preußisches Gardeschnürleib, ein österreichischer Korporalstock und ein hessischer Zopf.

Diese Posse blieb aber zunächst dem weitaus größten Teile der Festteilnehmer unbekannt; in der Überzeugung, eine schöne harmonische Feier begangen zu haben, zogen sie am anderen Morgen wieder in ihre Heimat. — Einige Zeit nachher jedoch erfuhren verschiedene der Geächteten etwas von dem Auto da-fé und erhoben nun großen Lärm; Herr von Kamptz geriet in hef-

ngsten Zorn; die reaktionäre Presse rief nach dem Strafrichter, und schließlich nahm die Diplomatie die Sache in die Hand. Eine Ambassade, die aus dem preußischen Staatskanzler Fürsten Hardenberg und dem österreichischen Bevollmächtigten Grafen Zichy bestand, begab sich mit gewichtiger Miene nach Weimar und Jena und beriet mit dem Großherzog die Maßregeln, die gegen diese höchst bedenklichen staatsgefährlichen Umtriebe zu treffen seien. Zugleich sandte das großherzogliche Ministerium ein Rundschreiben an die deutschen Höfe, in welchem es sich gewissermaßen entschuldigte, solchen freventlichen Übermut zugelassen zu haben. Damit war aber die Angelegenheit keineswegs erledigt, sondern es begann jetzt jene unglückselige Verfolgung jeder freiheitlichen Regung, jene schmachvolle „Demagogenriecherei", die über Deutschland soviel Schmerz, soviel Dumpfheit und Stumpfheit gebracht hat.

Verschärft wurde diese Situation durch die unselige Tat Sands im Frühjahr 1819. Kotzebue hatte sich nach den Befreiungskriegen auf die Seite der Aristokratie gestellt und war zugleich in den Dienst der russischen Regierung getreten. Dieser berichtete er besonders über das politische Leben und vor allem über den Geist auf den Hochschulen. Dabei übergoß er alles, was sich dort regte, mit Spott und Hohn. Die Folge davon war ein ingrimmiger Haß der gesamten deutschen akademischen Jugend gegen ihn, der sich in dem leicht erregbaren Sand schließlich so weit steigerte, daß er im März 1819 nach Mannheim wanderte, wo Kotzebue damals lebte, und ihn mit den Worten „Hier, Verräter des Vaterlandes!" niederstach.

„Wie ein Blitz schlug die Tat ins Volk!" schreibt Görres in seinem Buche „Deutschland und die Revolution", und Hardenberg soll bei der Nachricht von der Tat ausgerufen haben: „Nun ist eine Verfassung in Preußen eine Unmöglichkeit!"

---

2. Die Karlsbader Beschlüsse und die Ernennung einer Zentral-Kommission zur Untersuchung der demagogischen Umtriebe. Die allgemeine Trostlosigkeit über die Entwicklung der Verhältnisse. Hasses Satire auf die Knebelung der Presse.

In der Tat hatte der Fürst Hardenberg die neue Situation, die sich durch die Ermordung Kotzebues ergab, sofort richtig

erkannt. Metternich nutzte die Stimmung eiligst aus, und der eingeschüchterte und des höchsten besorgte König Friedrich Wilhelm III. gab sich ihm ganz gefangen. Schon wenige Monate später brachte Metternich eine Ministerversammlung in Karlsbad zu stande, auf der die Gefahren, in die sowohl der Bund im ganzen wie die einzelnen Bundesstaaten durch die revolutionären Umtriebe und die demagogischen Verbindungen geraten seien, dargelegt und die Maßregeln, die zu ergreifen seien, beraten wurden.

Wir sind heute durch die von 1880 bis 1884 von seinem Sohne und A. von Klinkowström herausgegebenen hinterlassenen Papiere Metternichs genau über die maßgebende Rolle, die der österreichische Staatsmann schon lange vor den Karlsbader Beschlüssen und dann während der Ministerkonferenz selbst spielte, unterrichtet. Bei dem heftigen Widerwillen, den er gegen jede Volksvertretung hegte, malte er den preußischen Staatsmännern schon bald nach dem Wartburgfeste die Gefahren, in die der preußische Staat geraten würde, wenn das Land die verheißene Verfassung erhielte, in den schwärzesten Farben. „Eine Zentralrepräsentation durch Volksdeputierte,“ schrieb er mit der ganzen Überzeugung von seiner hohen staatsmännischen Weisheit, „ist die Auflösung des preußischen Staates. Sie ist es, weil sich eine ähnliche Neuerung in keinem großen Staate ohne Revolution einführen läßt, oder zur Revolution führt, weil der preußische Staat vermöge seiner geographischen Lage und seiner Zusammensetzung keiner Zentralrepräsentation im reinen Begriff fähig ist, weil derselbe vor allem einer freien und gediegenen militärischen Kraft bedarf und diese nie neben einem reinen Repräsentativsystem bestehen kann und wird.“ Weiterhin erklärte er dann, daß Hand in Hand mit den Vorkehrungen gegen die Volksvertretungen auch die geeigneten Maßnahmen gegen die Preßfreiheit getroffen werden müßten, damit besonders dem Geschrei der Professoren, „der größten deutschen Revolutionäre“, ein Ende gemacht werden könne. Er hatte daher schon 1818 Verhandlungen wegen Beschränkung der Presse mit Preußen angeknüpft; es war aber zu keinem Ergebnis gekommen. Jetzt nun aber, nach der Ermordung Kotzebues, mußte das Eisen schnell geschmiedet werden, so lange es noch warm war.

Die erste Nachricht von der Tat erhielt der Fürst durch Gentz, der, nachdem er seinen Herrn von dem Ereignis unterrichtet hatte, sofort die Folgerung zog, „daß die gewaltsamsten Katastrophen in der moralischen und physischen Welt, wenn auch nicht mehr für die, welche darunter erlagen, doch für die übrigen nützlich und sogar wohltätig werden können, wenn sie Entschlüsse wecken und Maßnahmen befördern, die sonst vielleicht nur viel später, vielleicht nie zur Wirklichkeit gekommen wären." Sicherlich werde, da das Attentat gegen einen russischen Staatsbeamten verübt worden sei, Kaiser Alexander ohne allen Rückhalt auf Preußen, auf Bayern, auf Deutschland einzuwirken suchen und dadurch aller Unentschiedenheit und Halbheit ein Ziel setzen. Besonders aber, des sei er überzeugt, werde nun auf eine Reihe von Jahren den Debatten über die Preßfreiheit ein Ende gemacht sein, denn es sei kaum glaublich, „daß irgend ein Bundesstaat unverschämt genug wäre, jetzt noch die Einführung der Preßfreiheit denjenigen Regierungen zuzumuten, die sie bisher nicht geduldet haben." Jedenfalls werde Österreich die erste Gelegenheit ergreifen, um mit Nachdruck zu erklären, „daß es den ewig unverzeihlichen Artikel der Bundesakte, der von gleichförmigen Verfügungen über diesen, die innere Landeshoheit und Souveränetät in ihren allerwesentlichsten Rechten und Verpflichtungen berührenden Gegenstand spricht und träumt, ein für allemal als unausführbar und abgetan betrachtet und in keiner Diskussion darüber je wieder teilnehmen wird."

Diesen Ansichten stimmte der Fürst vollständig bei. Er erwiderte, er sei entschlossen, „der Sache die beste Folge zu geben, die möglichste Partie daraus zu ziehen"; aber es beschlich ihn doch eine gewisse Angst, auch er könne einmal von dem „Dolche irgend eines Narren" erreicht werden, darum möge man die Angelegenheit mit möglichster Ruhe und Kälte behandeln. Der ganze Feldzug dürfe kein Aufsehen erregen.

Die Beratungen in Karlsbad (von Ende August bis Anfang September 1819) wurden daher in aller Stille gepflogen. Bevor sie jedoch eröffnet wurden, nahm Metternich in Teplitz Gelegen-

heit, dem Könige von Preußen erst in der geschicktesten, aber auch intensivsten Weise seine Ansichten über die Lage darzulegen und ihn für die Maßregeln, die zu ergreifen seien, zu gewinnen. Die Verschwörung habe, erklärte er dem Könige rundweg, ihren Ursprung und ihren Sitz in Preußen; die unteren Verschwörer seien nunmehr bekannt, die oberen noch nicht; doch wisse man so viel von ihnen, daß sie in den höchsten Kreisen zu suchen seien. Und als der König den Wunsch aussprach, es möchten während Metternichs Anwesenheit gleich bestimmte Grundsätze festgesetzt werden, die sodann unverbrüchlich ausgeführt werden müßten, erwiderte Metternich, die ganze Sache beschränke sich auf einen Satz. Wenn Seine Majestät entschlossen sei, keine Volksvertretung in seinem Staate einzuführen, der sich weniger als irgend ein anderer hierzu eigne, so sei die Möglichkeit der Hülfe vorhanden. Sonst bestehe keine andere. „Dies war bereits meine Idee," entgegnete der König; „trachten Sie, die Leute schriftlich zu binden."

Damit hatte Metternich seine Vollmacht. Der König gab ihm förmlich plein pouvoir, und er konnte daher in der Konferenz alles das durchsetzen, was er wollte. Er schilderte die Lage als im höchsten Grade bedenklich und erklärte schließlich, falls der deutsche Bund sich nicht zur Bekämpfung der Revolution aufraffen wolle, Österreich sich im ärgsten Falle allein retten werde.

Darauf schlug Preußen einen Gerichtshof für Revolutionäre und Verschwörer vor; allein Metternich entgegnete, es sei doch nicht sicher, daß man schon in der nächsten Zeit eine größere Anzahl von Schuldigen, die man zu Kapitalstrafen verurteilen könne, herauszufinden vermöge. Würde nun aber eine so große Anstalt nur mit kleinen Resultaten zu tun haben, so wäre das eher kompromittierend, als heilbringend. Er befürworte daher nur die Errichtung einer Untersuchungskommission; habe diese genügendes Material zu Tage gefördert, so könne man sich immer noch zur Errichtung des Gerichtshofes entschließen.

Dieser Vorschlag fand allgemeine Zustimmung, worauf das nähere in einer Reihe von geheimen Konferenzen festgestellt wurde.

Die Außenwelt erfuhr aber davon zunächst nichts; doch wurden die Beschlüsse sofort dem Bundestags-Präsidial-Gesandten Grafen von Buol-Schauenstein mitgeteilt, worauf dieser am 20. September der Bundesversammlung zu Frankfurt in einem längeren Vortrage die Gärung in den Gemütern, besonders der akademischen Jugend, und die bedenkliche Lage, in der sich die deutschen Staaten befänden, schilderte, bis er schließlich die Maßregeln nannte, die zur Bekämpfung dieser Gefahr zu ergreifen seien — es waren die Beschlüsse des Karlsbader Kongresses.

Es wurden folgende Punkte zu genauer Erwägung empfohlen: 1. die Ungewißheit über den Sinn und die daraus entsprungenen Mißdeutungen des Artikels 13 der Bundesakte; 2. die unrichtigen Vorstellungen von den der Bundsversammlung zustehenden Befugnissen und von der Unzulänglichkeit der Mittel, wodurch diese Befugnisse geltend gemacht werden könnten; 3. die anerkannten Gebrechen des Schul- und Universitäten-Wesens; 4. der Mißbrauch der Presse und insbesondere der von den Zeitungen und Flugschriften bisher getriebene Unfug, und endlich 5. die sträflichen Umtriebe zur Bewirkung einer Revolution in Deutschland.

Und darauf stellte der Präsidial-Gesandte den Antrag: hinsichtlich des ersten Punktes baldigst eine angemessene, dem „monarchischen Prinzipe" entsprechende Auslegung und Erläuterung des fraglichen Artikels folgen zu lassen, vor dessen Erscheinen jedoch bei den in mehreren Bundesstaaten vorliegenden ständischen Arbeiten keine Beschlüsse gefaßt werden möchten; inbetreff des zweiten Punktes teilte er der Bundesversammlung den Entwurf einer Exekutions-Ordnung mit, deren Prüfung sofort vorgenommen werden sollte; gleiches geschah mit einem Plane, welcher die gegen die Universitäten zu ergreifenden Maßregeln enthielt; von ähnlicher Wichtigkeit war der Entwurf zu einem provisorischen Beschlusse, durch welchen die Preßmißbräuche, besonders in Beziehung auf Zeitungen und Flugschriften, verhütet werden sollten. Was endlich den fünften Punkt betraf, so schlug Graf von Buol die Ernennung einer Zentral-Kommission vor, die eine vom Bundestage ausgehende und unter dessen unmittelbarer

Aufsicht stehende Untersuchung der demagogischen Umtriebe in Deutschland einleiten und bis zur Gewinnung genügender Resultate fortführen sollte.

Dieser Antrag wurde sofort mit einer Eilfertigkeit, die diese Körperschaft bisher nie gezeigt hatte, ohne alle Diskussion durch bloß summarische Abstimmung angenommen, und der Bundestag wählte außerdem noch einen Ausschuß, der darauf zu achten hatte, daß die auf die Eingaben, Berichte und Anträge hin gefaßten Beschlüsse auch zur Ausführung kamen. Würden, hieß es in der Instruktion dieses Ausschusses, die Beschlüsse in einem einzelnen Bundesstaate wegen Widersetzlichkeit der Staatsangehörigen und Untertanen nicht vollzogen, und die betreffende Landesregierung wäre nicht vermögend, jene Widersetzlichkeiten zu heben, so habe der Bundestag den Vollzug durch militärische Assistenz der in das besagte Staatsgebiet einrückenden Truppen zu bewirken, wobei auch der Bundestag sowohl die Zahl der Exekutionstruppen, als die zu deren Stellung verpflichteten Bundesstaaten bestimmen werde. Liege dagegen der Grund der Nichtvollziehung des Bundestagesbeschlusses in einer Weigerung der betreffenden Bundesstaatsregierung, so solle die militärische Exekution gegen die Regierung jenes Bundesstaates gerichtet werden.

Weiterhin wurden die Grundzüge für eine Überwachung der Universitäten festgesetzt und die schärfsten Maßregeln gegen den Mißbrauch der sogenannten Preßfreiheit angeordnet. Nach diesem durften in keinem Bundesstaate weder periodische Blätter, noch überhaupt Schriften, die weniger als 20 Druckbogen zählten, ohne vorhergegangene Genehmigung der Landesbehörde im Druck erscheinen. Jeder einzelne Bundesstaat ward für solche unter seiner Oberaufsicht erscheinenden Druckschriften der Gesamtheit des Bundes verantwortlich gemacht; überdies behielt sich die Bundesversammlung auch das Recht vor, Schriften unter 20 Bogen, die nach ihrer Meinung der Würde und Sicherheit des Bundes und der Bundesstaaten nachteilig seien, aus eigener Machtvollkommenheit zu verbieten, ohne daß gegen ihren Spruch eine Appellation stattfinden könne; die betreffenden Regierungen aber sollten verpflichtet sein, diesen Spruch zu vollziehen. Sämtliche Bundes-

itglieder machten sich ferner anheischig, dem Bundestage, binnen
wei Monaten von Bekanntmachung dieser Beschlüsse an, zu be-
ichten, durch welche Maßregeln sie die Ausführung des Beschlusses
ber die Zeitungen und kleinen Druckschriften zu bewerkstelligen
edächten. Übrigens sollten alle Druckschriften ohne Ausnahme
on nun an mit dem Namen des Verlegers bekannt gemacht
erden, der ganze Beschluß über die Presse aber für die Dauer
on fünf Jahren, vom 20. September 1819 angerechnet, in Kraft
erbleiben.

Betreffs des fünften Punktes endlich, der Ernennung einer
entralbehörde zur Untersuchung der demagogischen Umtriebe,
urde beschlossen, die erforderlichen Kommissarien durch sieben
ittelst Stimmenmehrheit gewählte Bundesmitglieder zu ernennen.
och durften diese Kommissarien nur aus solchen Staatsdienern
nommen werden, die in richterlichen Verhältnissen ständen, oder
ch früher in solchen gestanden hätten. Ihren Präsidenten hätten
e Kommissarien selbst zu ernennen. Der Zentralbehörde ward
eiterhin die Oberleitung der in verschiedenen Bundesstaaten be-
its angefangenen Untersuchungen über revolutionäre Umtriebe
ertragen, und mithin sollten ihr auf Ersuchen unweigerlich und
verzüglich alle Akten zugesandt werden. Als Sitz der Behörde
urde Mainz gewählt, wo auch das entsprechende Gefängnis zur
erfügung war. Am 8. November 1819 konnte diese Inquisitions-
hörde bereits ihre erste Sitzung halten.

Alles, was Metternich vorgeschlagen hatte, war also ange-
mmen, das ganze politische, ja das ganze geistige Leben Deutsch-
nds in die schwersten Fesseln gelegt worden. Mit Stolz blickte
nn auch der Fürst auf diesen ungeheuren Erfolg. Er kam sich
r wie ein Heros, der Deutschland, ja Europa von dem Sturz
den Abgrund gerettet hatte. „Eine neue Ära tut sich auf,"
rieb er triumphierend an den Prinzregenten von England, und
einem anderen Briefe jener Tage erklärte er die „Karlsbader
oche" für eine der wichtigsten seines Lebens. Zugleich stimmten
Minister der kleinen Staaten, die nicht in Karlsbad vertreten
ren, Hymnen auf den Drachentöter des Liberalismus an, und
r Großherzog von Hessen fühlte sich nicht nur gedrungen, für

die weise Fürsorge und die tiefe Einsicht des Fürsten Metternic zu danken, sondern auch noch seine Freude darüber auszusprecher daß seine gute Stadt Mainz zum Sitze der Untersuchungskom mission gewählt worden sei.

Das deutsche Volk aber blickte bestürzt auf diese Beschlüs des Bundestages; es konnte nicht fassen, daß der hehre Traum vo der deutschen Herrlichkeit wirklich zerronnen sei. Als jedoch kei Zweifel mehr übrig blieb, als allerwärts die Verfolgungen be gannen, zogen sich die Männer des Volkes aus dem öffentliche Leben zurück, und der ganzen Nation bemächtigte sich eine tie Niedergeschlagenheit, eine allgemeine Trostlosigkeit. Denn sic aufzulehnen gegen diese unerhörte Beraubung ihrer Freiheit wa ihr ja unmöglich; sie durfte nicht einmal öffentlich Klage erheber Nur unter dem Schleier der Satire konnte hie und da einma gewagt werden, die neugeschaffene Situation zu beleuchten. Ar geistreichsten geschah dies in einer Broschüre, die Ende 1819 be F. A. Brockhaus in Leipzig unter dem Titel „(Friedrich vo Gentz) Seiner Königlichen Majestät Friedrich Wilhelm dem Dritte bei der Thronbesteigung allerunterthänigst überreicht (Am 16. Nov 1797). Neuer wörtlicher Abdruck nebst einem Vorwort über da Damals und Jetzt von einem Dritten geschrieben am 16. No vember 1819)“ erschien.

Der Wiederabdruck dieses berühmten Briefes, in welcher Gentz den jungen Monarchen mit hinreißender Beredsamkeit ur Gewährung der Preßfreiheit bat, wurde mit feiner Ironie i einem längeren Vorworte dahin begründet, daß, nachdem nun all Verhältnisse geordnet seien, das Jahr 1820 dem Königreich Preuße die versprochene Verfassung und die Preßfreiheit bringen werd Dann entwickelt der Verfasser hauptsächlich die Wichtigkeit des freie Wortes. Er erinnert daran, welche moralische Kraft dem preu ßischen Staate in den traurigen Jahren von 1807 bis 1815 di öffentliche Meinung gegeben habe. Jetzt nun, da die Idee de Freiheit des Gedankens mit der Idee des Vaterlandes aufs innigst verbunden sei, werde die öffentliche Meinung noch viel segens reicher wirken können. Darum sei die Preßfreiheit von höchste Wichtigkeit. Napoleon wollte das Schwertrecht an die Stelle de

ernunftrechts setzen, aber „zu keiner Zeit wird irgend ein Ver=
and, eine Macht, oder ein Wille die Vernunft unterdrücken
innen, deren Wesen die Wahrheit ist. Das Leben der Wahr=
eit aber ist die freie Mitteilung. Aus ungehinderter Rede
nd Gegenrede, die jedoch darum so wenig, als die Tat des
nzelnen, straflos sein soll, entspringt das Wahre; aus gehinderter
ede und Gegenrede dagegen entspringt auf seiten derer, die
ören: — sind es die Befehlenden, Unwissenheit und Irrtum; —
nd es die Gehorchenden, — Mißtrauen und Widerwille gegen
as erlaubte, Vorliebe und Begierde zu dem verbotenen Druck=
orte; auf seiten derer, die sprechen, entspringt daraus: leiden=
haftliche Entstellung des Wahren, oder listige Umgehung des
erbots, oder jene sophistischen Erörterungen, die das Klare un=
ar machen, indem sie das Vorurteil mit der Wahrheit aus=
hnen wollen. Die ernste, ruhige Prüfung schweigt, oder sie
ird von dem Mißtrauen nicht gehört, weil sie verdächtig er=
heint, wenn sie im Sinne der Regierung spricht." Wohl seien
ırch mancherlei ungeduldige und leidenschaftliche Äußerungen
ber gewiß nur einzelne könne die Schuld und die Strafe hoch=
rräterischer Umtriebe treffen, nicht die ganze Nation!) die An=
hten von dem, was die Zeit zur Reife gebracht habe, verdunkelt,
e Gemüter verwirrt und die Unbefangenheit gestört worden,
ch habe die Einführung einer repräsentativen Verfassung in
ürttemberg, Bayern und Baden bewiesen, daß die Stiftung
nes solchen Bundes, wie er dort zwischen Volk und Thron ge=
hlossen, den Völkern einen größeren Festtag bringe, als je die
hronbesteigung eines ersehnten Fürsten herbeigeführt habe. Ebenso
erde es sich mit der Preßfreiheit verhalten. Diese werde nicht
ır die schnellste Verständigung zwischen Thron und Volk herbei=
hren, sondern auch den Thron vor allen revolutionären Um=
ieben schützen. Und sind die Preßfreiheit und die stellvertretende
erfassung gewährt, ist durch beide der allgemeine Wunsch der
ölker und das Wiener Fürstenwort von 1815 erfüllt, so wird
ich die bittre, oft ungestüme und vielen stets unbequeme Mahnung
r Preßfreiheit an noch nicht gelöste Verbindlichkeiten von selbst
rstummen." „Doch ferne sei es jetzt," schließt der Verfasser,

„mitten unter den neu entstandenen oder noch entstehenden libe
ralen Verfassungen das Obsiegen der Reaktion einer vergangene
Zeit, die sich selbst überlebt hat, im Kampfe mit der neuen, di
sich in Frankreich, in den Niederlanden, in Skandinavien und i
Polen, selbst in einem großen Teile von Deutschland schon lebens
kräftig gestaltet hat, befürchten zu wollen . . . . Deutschland is
frei und einig; das Besitztum der Fürsten ist gesichert; Monarche
und Republiken haben sich durch den heiligen Bund und di
Mächte Europas im Sinne jener Urkunde, durch die Aachene
Deklaration, zur Befolgung der Grundsätze des Christentums un
des Völkerrechts verbunden, und gerade jetzt sollte das Rad de
Zeit umgedreht werden? Unmöglich!"

Die Broschüre erregte großes Aufsehen. Ganz besonder
erbittert war Gentz, der sein Sendschreiben an Friedrich Wil
helm III. als seine einzige politische Sünde ansah und sich bis
her wohl in dem Glauben gewiegt hatte, daß sie so ziemlich ver
gessen sei. Über den Verfasser des Vorworts riet man hin un
her und suchte ihn in Berlin; er befand sich aber in Dresde
und war der Professor Friedrich Christian August Hasse (geb
4. Juni 1773 in Rehfeld bei Herzberg a. d. E., gest. 6. Febr. 184
zu Leipzig). Den Gedanken, den Gentzschen Brief wieder hervor
zuziehen, hatte der Buchhändler Brockhaus selbst gehabt.*)

Irgend welchen bestimmenden Einfluß übte die Broschüre na
türlich nicht aus. Hasse hatte ganz recht, wenn er an Brockhau
schrieb: „Gentz wird nicht deshalb in sich gehen! Höchstens ver
dirbt sie ihm den Appetit zu einer Sauce, die ihm einer seine
drei Köche vorgesetzt hat."

Die Reaktion brach von allen Seiten herein und suchte mi
brutaler Faust alle Regungen des vaterländischen Geistes nieder
zuschlagen.

Tiefbekümmert begruben die Patrioten alle ihre Hoffnungen
„Ich weiß nicht", klagte Arnim in einem Briefe an Wilhel
Grimm, „ob es mein wundes Gefühl ist, das mir die Grille

*) Heinrich Eduard Brockhaus, Friedrich Arnold Brockhaus. Leipzig 187
2. Teil, S. 322 ff.

macht; aber je näher, ruhiger und sicherer ich das innere Leben der Staaten sehe, so lauter ruft es in mir, daß eine harte Zeit des Zwanges, der Willkür und Nachlässigkeit über uns eindringt, daß ich nirgends einen wahren Zusammenhalt gegen die Torheiten der (Hardenbergschen) Regierung und nirgends die Einleitung zu besserer Verfassung sehen kann", und Prinz Wilhelm von Preußen, der nachmalige Begründer des neuen deutschen Reiches, schrieb in einem vertraulichen Briefe an einen Freund, den General von Natzmer: „Hätte die Nation Anno 1813 gewußt, daß von einer damals zu erlangenden und wirklich erreichten Stufe des Glanzes, Ruhmes und Ansehens nichts als die Erinnerung und keine Realität übrig bleiben würde, wer hätte damals wohl alles aufgeopfert solchen Resultates halber? Es ist dies eine wichtige, aber schmerzlich zu beantwortende Frage." *)

*) von Natzmer, Unter den Hohenzollern. Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generals Oldwig von Natzmer, Gotha. 1887. Teil I, S. 120.

Zweites Kapitel.

Die Preßverhältnisse in Preußen.

1. Der Staatskanzler Fürst Hardenberg über die Presse. Wilhelm von Humboldt über die Preßfreiheit. Die Preßverhältnisse in den verschiedenen preußischen Landesteilen. Die preußische Kommission zur Ausarbeitung eines Preßgesetzes.

Die ganze Skala der Gemütsbewegungen, die das deutsche Volk in dem kurzen Zeitraume von 1814 bis 1819 von der jubelnden Freude bis zur bittern Enttäuschung durchmachen mußte, spiegelt sich auch in der Presse jener Zeit wider. Auch hier steigen wir von der flammenden Begeisterung der ersten Jahre nach und nach hinab bis zur tiefen, schmerzvollen Traurigkeit. Doch ist das allgemeine Bild der Zeitungslitteratur noch vielfach unausgeglichen; beständig empfindet man, daß man in einer Zeit des Überganges steht, der aus den Jahren der schweren Bedrückung noch manches anhaftet. In verschiedenen Teilen des Reiches, besonders im Süden, wo in der Rheinbundszeit jedwede geistige Regung erstickt worden war, vermochte man den freieren Blick so schnell noch nicht zu gewinnen, und im Norden, in Berlin, wachte nach wie vor ein ängstliches Polizeiregiment; dagegen entwickelte sich im Westen und in dem besonders erleuchteten kleinen Sachsen-Weimar mit großer Schnelligkeit eine bedeutende Zeitungslitteratur, aus der uns Zeitbilder entgegenstrahlen, die von wahrhaft genialem Griffel entworfen sind. Erfüllt von hehrer Begeisterung, treten diese Zeitungen mit hinreißender Begeisterung für den Aufbau des Vaterlandes ein.

Doch schwebten die meisten dieser Zeitungen beständig in der größten Gefahr. Nur in Sachsen-Weimar war, wie schon erwähnt wurde, die Preßfreiheit gewährt worden; im übrigen Deutschland sahen die Zeitungen ihre Existenz durch nichts gesichert; es herrschte in Betreff der Preßverhältnisse die größte Verwirrung. Zwar war in die Bundesakte als Artikel 18 die Bestimmung aufgenommen worden: „Die Bundesversammlung wird sich bei ihrer ersten Zusammenkunft mit der Abfassung gleichförmiger Verfügungen über die Preßfreiheit beschäftigen“, allein erst vier Jahre später, am 12. Oktober 1818, kamen die Herren Gesandten dazu, einen Ausschuß und einen Referenten zu ernennen, die der Frage der Preßfreiheit nähertreten sollten. Der Ausschuß wandte sich darauf mit der Bitte um Rat und Vorschläge an die Einzelstaaten; von diesen scheint sich aber nur Preußen um das Anliegen gekümmert zu haben.

In **Preußen** lagen die Preßverhältnisse ganz besonders verwickelt. Durch die Beschlüsse des Wiener Kongresses waren allerlei Landesteile zu Preußen gekommen, in denen die verschiedensten Bestimmungen über die Presse galten. In den vormals geistlichen Herrschaften am Rhein waren durch das französische Willkürregiment die Bestimmungen ganz verwischt worden; man wußte nicht aus noch ein; in Schwedisch-Pommern hatte es gar keine beschränkenden Gesetze gegeben. Der Staatskanzler Fürst Hardenberg ließ es daher alsbald seine Sorge sein, hier eine gewisse Ordnung zu schaffen. In einem Schreiben vom 22. September 1815 an den Justizminister von Kircheisen erklärte er, daß die bestehenden Zensurgesetze dem Geiste der Zeit nicht mehr angemessen seien, weshalb er sie einer sorgfältigen Revision zu unterziehen für nötig erachtet habe, und am 17. Dezember bat er denselben Minister, ihm einen Aufsatz von Suarez, dem berühmten Mitarbeiter am Landrecht, über Zensurgesetze und Preßfreiheit mitzuteilen. „Unsere Umstände machen es höchst dringend,“ bemerkte er dabei, „die von mir schon längst beabsichtigte Revision unserer Zensurgesetze und auf der einen Seite die Bewilligung einer durch angemessene Bestimmungen geregelten Preßfreiheit, auf der andern eine Beschränkung der hier und da überhand-

nehmenden Zügellosigkeit äußerst zu beschleunigen. Denn wenn einerseits die bisherigen Beschränkungen nicht mehr der liberalen Tendenz unsrer Regierung entsprechen, so darf von der anderen Seite die gefährliche Licenz nicht länger geduldet werden, mit welcher seit einiger Zeit mehrere politische Schriftsteller und Journalisten das Publikum zum Mißvergnügen zu stimmen suchen. Es ist daher meine Absicht, diese Angelegenheit einer sorgfältigen Prüfung und Erwägung zu unterziehen."

Weiterhin forderte Hardenberg ein Gutachten von Wilhelm von Humboldt über die Preßfreiheit ein, und dieser sandte unter dem 6. Januar 1816 aus Frankfurt a. M. einen längeren Bericht, in welchem er die Stellung der Regierung zur Presse ausführlich beleuchtete. „Die Festsetzung dessen, was gesetzlich als Mißbrauch der Preßfreiheit gelten soll", schrieb er, „muß sehr einfach und ja nicht, weder in der Sache selbst, noch in der Ausführlichkeit der Bestimmung, zu ängstlich gemacht werden. Es ist hier wie überall sonst unmöglich, die Richter in Maschinen zu verwandeln, und es wäre furchtbar, wenn man ungerechte Beschränkungen der Preßfreiheit, die bei Zensurbehörden wenigstens noch durch Persönlichkeit und Zufall gemildert werden, zu gesetzlichem Zwang machen und sich des ehrwürdigen Namens der Gesetze und Gerichte bedienen wollte, ihnen ein geheiligtes Ansehen zu geben. Hiervon muß selbst der leiseste Verdacht vermieden werden. So schwierig auch auf den ersten Anblick die Bestimmung des rechtmäßigen Gebrauches der Preßfreiheit zu sein scheint, so wird man doch, wenn man auf der einen Seite sich Werke denkt, die irgend eine, auch das Staatenwohl sehr noch angehende Materie blos theoretisch behandeln, und mit denen die Zensur billigerweise gar nichts zu tun hat, und auf der anderen Seite eine Flugschrift, die zu einer bestimmten und zwar unerlaubten Handlung auffordert, die mehr ein gedruckter Aufruf als ein Buch genannt zu werden verdient, und mit dem wieder die Preßfreiheit nicht zu schaffen hat, nicht so gar schwer die Mittellinie finden, jenseits welcher ein Herausgeber vor aller Verantwortung sicher ist, und diesseits der er zur Rechenschaft gezogen werden kann. Die Mitteilung wahrer Tatsachen, welcher Art sie auch

sein möchten, die Erwähnung selbst von Gerüchten, wenn nur die Absicht klar ist, dadurch der Wahrheit näher zu kommen, ruhige, mit Gründen belegte, wenn übrigens auch ganz bestimmte Kritik von vollendeten Maßregeln der Regierung oder einzelner Staatsbeamten, Äußerung von Wünschen, Rat und Warnung bei noch nicht vollendeten, würde der Staat immer Unrecht haben, zu erschweren; über Fälle dieser Art dürfte daher der Schriftsteller nie verantwortlich gemacht werden. In diesen Dingen kann die Verantwortlichkeit erst angehen, wenn er gegen besseres Wissen die Tatsachen entstellt, oder die Mittel, sich zu unterrichten, versäumt, oder sich Tatsachen zu erzählen unterfängt, deren Erforschung ihm nicht möglich ist, und deren Verbreitung, wenn sie unrichtig wäre, gefährlich sein würde, wenn er dies Unerwiesene, ohne es als solches zu bezeichnen, hinstellt und sich, bei erfolgter Widerlegung, noch rühmt, zur Ausmittelung der Wahrheit beigetragen zu haben, wenn er die Maske des Gerüchts nur gebraucht, um etwas Verunglimpfendes sagen zu dürfen, wenn Urteil, Rat und Warnung dem Ton und Vortrag nach die Absicht verraten, auch durch etwas anderes als ihren inneren Gehalt wirken zu sollen und sich daher als eine Art unrechtmäßiger Macht herandrängen. Gestattung großer Freiheit, aber unverbrüchlicher Wachsamkeit über diejenige Grenze, welche zum Wohl aller und nicht am wenigsten zur Erhaltung der Würde der Schriftsteller selbst gezogen werden muß, sind gewiß das zuverlässigste Mittel, die Rechte des Staates und der Bürger von dieser Seite sicher zu stellen.“ Nach diesen Ausführungen tut Humboldt dar, daß Preßprozesse in einer Instanz und zwar bei dem Obergerichte entschieden werden, daß die Regierung so selten wie möglich Klage erheben solle wegen Verletzung ihrer Rechte.*) Als Strafe könnte, so führt er aus, nur

*) Görres schlägt vor (Rh. Merk. Nr. 94), die Presse möchte, statt unter einen Zensor, unter eine Art von geschworenem Gericht gestellt werden, das, bei jedem bedeutenden Mißbrauch eigens berufen, nach Pflicht und Gewissen über einen Gegenstand entscheiden könne, der sich keineswegs durch Gesetz zum voraus bestimmen lasse. Die Glieder dieses Gerichtshofes müßten durch die Art ihres Berufes alle die Freiheit und Unabhängigkeit erhalten, die sie über erbärmliche Furcht und Schreckhaftigkeit erheben könnte.

angewendet werden: „Warnung vor Gericht, öffentlich bekannt gemachter Verweis, Geldbuße“; der höchste Grad der Strafe müßte die Unterwerfung des Schriftstellers, Druckers oder Verlegers unter eine Zensur sein, die bei Schriftstellern nicht über drei, bei Verlegern nicht über ein Jahr dauern sollte.*)

Diese letzteren Vorschläge waren allerdings recht seltsam; sie zeigen aber, wie angelegentlich man sich in diesen Jahren noch bemühte, ohne zu große Einengung zweckmäßige rechtliche Verhältnisse zu schaffen.

Um einen gewissen festen Boden unter die Füße zu bekommen, suchte man zunächst festzustellen, ob und wie weit die alten Zensurgesetze bindend waren, und da liefen nun nach erfolgter Umfrage sehr verschiedene Berichte ein. Von der Regierung in Cleve wurde gemeldet, daß seit der Wiedervereinigung von Jülich-Cleve und Mark mit dem preußischen Staate das „Zensur-Edikt“, das früher bestanden habe, oder irgend ein anderes, nicht öffentlich bekannt gemacht worden sei. „Hieraus folge eine dermalen unbedingte Preßfreiheit, welche, wenn sie auch bei wissenschaftlichen Gegenständen von Nutzen sein könne, dennoch in Zeitungen, besonders bei politischen Artikeln, von unverkennbar nachteiligen Folgen auf die in den neuern Provinzen ohnehin durch mancherlei äußere Entwicklungen noch nicht befestigte öffentliche Stimmung sein könne.“

Dem gegenüber erklärte jedoch der Justizminister von Kircheisen, von dem Fürsten Hardenberg um Rat befragt, daß das Zensur-Edikt vom 19. Dezember 1788 zwar in den neuen und wieder vereinigten Provinzen nicht schon vermöge der ergangenen Publikationspatente für eingeführt zu betrachten sei, weil diese sich bloß auf die das allgemeine preußische Landrecht abändernden, ergänzenden und erläuternden Ordnungen beschränken, und weil genanntes Edikt als ein vor Einführung des allgemeinen Landrechts ergangenes, nicht namentlich angezogenes Gesetz zur Kategorie jener letztern nicht zu rechnen sei. Dagegen sei der hinsichtlich der alten Provinzen erhobene Zweifel von den Gerichts-

*) Aus amtlichen Berichten Wilhelms von Humboldt im Jahre 1816 (Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte. Leipzig 1894.)

behörden nie erhoben und erledige sich dadurch, daß das genannte Zensur-Edikt als eine für sich selbst bestehende Polizeiordnung daselbst eingeführt gewesen sei und ununterbrochen gesetzliche Gültigkeit gehabt habe.

Dieser Auffassung schloß sich Fürst Hardenberg an und lehnte es deshalb auch dem Polizeiminister Fürsten Wittgenstein gegenüber unter dem 17. Januar 1819 ab, das Zensur-Edikt in den wiedererworbenen Provinzen neu zu publizieren. „Wir sind jetzt damit beschäftigt", fügte er seinem Schreiben hinzu, „behufs der Beratung über die Freiheit der Presse auf dem Bundestage uns in dieser Angelegenheit zu äußern. Es würde befremden und zu Mißdeutungen Anlaß geben, wenn wir in demselben Augenblicke besondere Anordnungen, die der Freiheit der Presse sehr ungünstig sind, publizieren wollten. Die Inkonveniencen, die aus der Nicht-Publikation und Nicht-Anwendung dieser Gesetze in einigen Provinzen entstehen, sind wenig bedeutend, da schon die Vorschriften des allgemeinen Landrechts vollkommen hinreichen, zügellose Schriftsteller im Zaum zu halten und zu strafen, wenn sie durch den Mißbrauch der Presse dem Gemeinwesen schädlich werden. Ich wünsche daher, daß diese Angelegenheit für jetzt auf sich beruhen bleibe."

Recht bedenklich sah es in den vormals geistlichen Herrschaften am Rhein aus. Dort schätzte man sich sehr hoch ein und war recht wenig über die Verschmelzung mit Preußen erbaut, das man nur als ein hartes Land mit kümmerlichen Reizen und öden Sandflächen kannte. „Jesus, Maria, Joseph! Do hirohde mer in n' ärm Famillige!" rief jammernd der alte Bankier Schaafhausen in Köln, als er die Nachricht von der beschlossenen Vereinigung seiner Vaterstadt mit Preußen erhielt.*) Als ganz selbstverständlich sah man es an, daß man besondere Berücksichtigung erfahren, womgölich besondere Vorrechte, erhalten werde, und setzte es denn auch durch, daß das bisherige französische Gesetz beibehalten wurde.

Eine ganz besondere Enttäuschung erfuhr aber die Presse.

*) Berger, Der alte Harkort. Leipzig. 1890, S. 148.

Durch einen Korpsbefehl des Generals von Thielmann an sämtliche Generale des dritten deutschen Armee-Korps, datiert von Coblenz am 31. Juli 1814, in welchem das Vorgehen eines Hauptmanns gegen den Herausgeber des „Rheinischen Merkurs" verurteilt wurde, kam auch der Satz vor, daß sich die Militärbehörde nicht für befugt halten dürfe, der durch die allerhöchsten Behörden tolerierten Preßfreiheit Schranken zu setzen, „da die Preßfreiheit als das Palladium der Freiheit der Völker und als das schönste Kleinod der errungenen Siege von jedem Vernünftigen angesehen werden muß." Dieser Ausspruch erweckte unbegrenzte Hoffnungen. Leider zerrannen diese sehr bald und schlugen in Enttäuschung um.

Allerlei Mißverständnisse und Mißgriffe der aus dem Osten herübergenommenen Beamten kamen noch dazu, die Sitution weiter zu verschlimmern, sodaß die Verstimmung beständig wuchs und sich schließlich bis zur heftigen Gereiztheit steigerte.

So ungefähr lagen die Verhältnisse, als aus Frankfurt die Aufforderung in Berlin eintraf, Vorschläge für ein Preßgesetz zu machen, und der König kam ihr auch offenbar sehr gern nach, mochte er doch hoffen, die Schwierigkeiten mit Hülfe des Bundestages am ehesten zu überwinden. Bereits zu Anfang des Jahres 1819 erteilte er seinem Staatsministerium die Anweisung, „die Grundsätze näher in Erwägung zu ziehen, welche zu einer gesetzlichen Bestimmung über Preßfreiheit für unsern Staat in Vorschlag zu bringen seien", worauf der Fürst Hardenberg am 30. März 1819 das Staatsministerium zur Ernennung einer Kommission veranlaßte, welche die sowohl für Preußen, als auch für den Bundestag in Betracht kommenden Gesichtspunkte und Bestimmungen in einem Gesetzentwurf ausarbeiten solle. „Preußen ist durch alle seine Verhältnisse berufen", bemerkte er dabei, „vor allen übrigen Staaten die Frage durch alle ihre höheren und tieferen Beziehungen auf sich selbst, auf das Verhältnis der deutschen Bundesstaaten zu ihm und unter einander und auf das Ausland zu verfolgen und zur Gewinnung eines umfassenden Resultates für ganz Deutschland in Erwägung zu ziehen; denn das Maß von Freiheit oder Beschränkung, welches es aus seinem

Standpunkt nötig finden wird, muß auf den Entschluß der Bundesversammlung von entscheidendem Einfluß sein. Damit die Beratung auf dem Bundestage nicht in einseitiger Richtung fortrücke und die Ansichten der übrigen Staaten früher zu einer Vereinigung sich hinneigen, ehe unsre Regierung über die von ihr anzunehmenden Grundsätze sich entschieden und mittelst einer eignen klaren Ansicht über Richtung und Ziel auf die noch weniger feste und dafür mehr bestimmbare Beratung bei dem Bundestage hat einwirken können, wird es nötig sein, daß die Arbeiten bald zu einem Resultate reifen mögen."

Darauf ernannte das preußische Staatsministerium bereits am 6. April 1819 die von Hardenberg verlangte Kommission; sie bestand aus den Direktoren in den Ministerien des Unterrichts und des Innern, Nicolovius und Köhler, dem Geh. Ober-Justizrat bei dem Ministerium der Gesetzgebung, Hagemeister, und dem wirklichen Geh. Legationsrate im auswärtigen Amte, Ancillon.

Die Ausarbeitung des Gesetzentwurfes ging aber nur langsam von statten. Zunächst bereitete der Polizeiminister Fürst Wittgenstein den Kommissären Schwierigkeiten, da er nur ein möglichst beschränkendes Polizeigesetz für die Presse haben wollte; sodann erforderte der Gegenstand selbst die eingehendste und sorgfältigste Prüfung. Das betonten die Kommissäre wiederholt, als sie von Hardenberg gedrängt wurden. Auf einen Mahnbrief des Fürsten vom 28. Mai 1819 erwiderten sie unter dem 8. Juni: „Wir sind von der Wichtigkeit des uns gewordenen Auftrags ebenso, wie von den Gründen, welche die möglichste Forderung desselben gebieten, auf das innigste überzeugt. Ernstlich werden wir es uns daher angelegen sein lassen, die Bearbeitung dieser Sache, soviel es jedoch ohne Übereilung geschehen kann, zu beschleunigen." Auch das Staatsministerium verlangte eine „unverzügliche Beendigung der Arbeiten", worauf die Kommissäre unter dem 20. August erklärten, sie hätten ihre Beratungen nunmehr so weit abgeschlossen, daß jetzt nur noch der Gesetzentwurf selbst redigiert werden müsse.

Der Entwurf war in sechs Abschnitte und fünfundvierzig Paragraphen geteilt. Der erste Abschnitt handelte in den Para-

graphen 1 bis 4 von den allgemeinen Vorschriften für die Presse, der zweite in den Paragraphen 5 bis 15 von den polizeilichen Bestimmungen für die Buchdrucker, Verleger und Buchhändler, der dritte in den Paragraphen 16 bis 27 von den Zeitungen und Zeitschriften, der vierte in den Paragraphen 28 bis 39 von den besonderen Gesetzesvorschriften, welche überall neben den Landesgesetzen galten, der fünfte in den Paragraphen 40 und 41 von den Aufgaben der Aufsichtsbehörden und der sechste in den Paragraphen 42 bis 45 von dem Verhältnis der deutschen Bundesstaaten unter einander, gegenüber dem zu erlassenden Gesetze. Als allgemeiner Grundsatz war nicht Zensurzwang, sondern Preßfreiheit aufgestellt.

Während aber die Kommission noch damit beschäftigt war, die letzte Feile an ihr Werk zu legen, wurde der Fürst Hardenberg bereits Ende August in Karlsbad von dem Fürsten Metternich aus dem Sattel gehoben, und unmittelbar darauf beeilte sich auch der Bundesrat, die Karlsbader Beschlüsse einstimmig anzunehmen (20. Sept.). Wittgenstein triumphierte; die Kommission aber sprach, als sie schließlich am 9. November ihren „Vorschlag zu einer gesetzlichen Bestimmmung über Preßfreiheit“ dem Ministerium überreichte, ihr Bedauern darüber aus, daß sie mit ihrem Entwurfe „leider doch zu spät“ gekommen sei. Er wurde jetzt stillschweigend zu den Akten gelegt.*)

Die Versuche Hardenbergs, die gesetzlichen Bestimmungen über die Preßverhältnisse in Preußen auf einer in liberalen, den Anforderungen der Zeit entsprechenden Grundanschauungen fußenden Basis aufzubauen, endeten also in tragikomischer Weise.

---

*) Einen Auszug aus dieser Vorlage gibt Friedrich Kapp in seiner Abhandlung „Die preußische Preßgesetzgebung unter Friedrich Wilhelm III. (Archiv f. Gesch. d. deutschen Buchhandels, Band VI, Lpzg. 1881.)

2. Der „Rheinische Merkur", das bedeutendste Blatt der in Rede stehenden Periode. Sein Herausgeber Joseph Görres. Zeitstimmen über die Zeitung. Der Inhalt der Zeitung. Die fingierte Proklamation Napoleons an die Völker Europas. Die Zeitung tritt für die deutsche Gesinnung ein. Wird in Bayern, Württemberg und Baden verboten. Görres über die Unterdrückung von Zeitungen. Das Auftreten des „Merkurs" nach der Flucht Napoleons von Elba. Erste Verwarnung durch den Staatskanzler von Hardenberg. Blücher und Görres. Die Zeitung gegen den Wiener Kongreß und die Bundesakte. Keulenschläge auf das Haupt des Geheimrats Schmalz. Der „Merkur" wird verboten. — Mallinckrodts „Westphälischer Anzeiger", ein gewisser Ersatz für den „Merkur". Beschäftigt sich hauptsächlich mit nationalökonomischen Fragen. Legt die Mißgriffe der preußischen Beamten dar. Wird unterdrückt.

Bei diesen verworrenen Preßverhältnissen während der Jahre 1814 bis 1819 mußten sich die preußischen Zeitungen von Fall zu Fall zurechtfinden, so gut es ging. Es kam in jeder Provinz, ja in jeder Stadt, darauf an, wie sich dort die Behörden augenblicklich zu den Zeitungen stellten, ferner, ob von früher her gewisse Freiheiten noch nachwirkten, und ganz besonders: wes Geistes Kind der Herausgeber einer Zeitung war. Das zeigte sich hauptsächlich bei den Zeitungen am Rhein, vor allem aber bei dem „Rheinischen Merkur" in Koblenz, den Joseph Görres gleich mit dem Beginn des Jahres 1814 frisch und fröhlich und mit einem Wagemute, den wir noch heute bewundern müssen, herauszugeben begann.

Nachdem sein „Rübezahl" unterdrückt worden war, hatte sich Görres eine zeitlang in Heidelberg niedergelassen und dort sein Wissen vertieft und seinen Gesichtskreis erweitert. Aber so sehr dabei die Politik auch in den Hintergrund getreten war, sein ungestümer Haß gegen die Franzosen war geblieben, und als er dann im Herbst 1808 seine frühere Stelle als Lehrer an der Sekundärschule in Koblenz wieder übernommen hatte, steigerte sich angesichts der Mißwirtschaft sein Ingrimm gegen die Fremden noch weiter. Es war daher ganz natürlich, daß er, als Blücher mit seinen Heermassen über den Rhein ging und somit die französischen

Hemmnisse fielen, mit seinem ganzen Zorn wie ein schäumender Gebirgsbach hervorbrach, alles mit sich fortreißend.

Man sieht es den ersten Blättern deutlich an, mit welcher Hast sie zusammengestellt und gedruckt worden sind. Am Kopfe zeigt sich zunächst, außer dem Datum und der Nummer, nur der einfache Titel „Rheinischer Merkur", nichts weiter. Der Name des Herausgebers ist nicht angegeben, doch heißt es hinten am Schluß: „Koblenz, gedruckt bey B. Heriot, Buchdrucker am Paradeplatz". Am Kopfe der Nr. 4 ist dann vermerkt, daß die Zeitung wöchentlich viermal erscheint, nämlich Dienstags, Donnerstags, Samstags und Sonntags, und daß der Preis des Jahrganges auf 7 Gulden rheinisch, oder 4 Reichstaler Berl. Kur. festgesetzt ist, daß ferner die Insertionsgebühren mit 3 Kr. für die Zeile zu bezahlen sind. Das Fürstlich Thurn und Taxissche Postamt habe die Expedition übernommen. Endlich in Nr. 8 (vom 5. Februar) erscheint über dem Titel die Vignette, die dann der Zeitung ihr charakteristisches Äußere gibt: Rhein und Mosel liegen hingelehnt an Wasser ausströmenden Amphoren, zwischen ihnen ein aufstrebendes Füllhorn mit Früchten. Mit der Nr. 18 (25. Febr. 1814) trat dann noch einmal eine kleine Änderung in der Zeit des Erscheinens ein; die Zeitung kam von jetzt an „allemal über den andern Tag" heraus. Zugleich gab am Schluß von Nr. 18 der „Buchdrucker der Verwaltung des Rhein- und Moseldepartements" L. Pauli bekannt, daß er der Verleger der Zeitung sei und nicht B. Heriot. Auch druckte jetzt Pauli das Blatt; immerhin kommen später noch wiederholt viele Nummern vor, die in der Offizin von B. Heriot hergestellt wurden. Diese muß also des öfteren ausgeholfen haben.

Gleich in dem einführenden Artikel der ersten Nummer erklärte Görres, daß die Redaktion das Blatt „zu mehr als einer gewöhnlichen Zeitung" erheben möchte, daß diese „eine Stimme der Völkerschaften diesseits des Rheins (also der linken Rheinseite) werden solle. Über diese Aufgabe wuchs der „Rheinische Merkur" jedoch schnell hinaus. Als gewaltiger Rufer im Kampf um die deutsche Sache brachte er alsbald das Verlangen und die Wünsche des gesamten hoffnungsfreudigen Deutschlands zum Ausdruck, und

zugleich flog er wie ein Sturmvogel dem Kriegsheere voran, so daß Napoleon betroffen zusammenzuckte und den geistigen Streiter am Rhein die fünfte Großmacht nannte, die gegen ihn in die Waffen getreten sei.

Und mit welch einfachem Apparat wurde die Zeitung hergestellt! Ohne irgend welchen Beistand eines Amanuensis schrieb Görres das ganze Blatt neben seinen Amtsarbeiten, die sich alsbald wesentlich mehrten, da nach der Besitznahme der Rheinlande für Preußen der General-Gouverneur Justus Gruner an Görres die gesamte Direktion des öffentlichen Unterrichtswesens in den Rheinprovinzen übertrug. Doch besaß Görres die erstaunliche Fähigkeit, sich mitten im Kreise geselliger Freunde vollständig zu konzentrieren. „Kein Lärm brachte ihn außer Fassung“, schreibt Sepp nach Mitteilungen von Friedrich Christian Diez*), „er nahm teil am Gespräch und schrieb dann wieder fort, gern sein Blatt Papier nach orientalischer Weise auf das Knie gelegt. Bei seinem wunderbaren Gedankenfluß und der eminenten Geistesbeherrschung ließ er sich durch nichts stören, und was so ungekünstelt entstand, setzte bald die ersten Geister der Nation in Bewegung.“

Freilich klagte er dann auch wohl einmal, wie in einem Briefe an Jakob Grimm unter dem 21. Februar 1815, daß ihm die Zeitung, von der er alles, selbst die Korrektur, machen müsse, viele Arbeit verursache. Doch überwand er alle Schwierigkeiten, und zwar um so leichter, je mehr Anerkennung ihm von allen Seiten zufloß. Arndt, Perthes, Brentano, Arnim**) begrüßten die Zeitung mit lautem Beifall. „Wir waren vor vierzehn Tagen recht betrübt“, schrieb Brentano an Görres; „wir fanden das allgemein hier versicherte Gerücht, dem Merkur sei das Maul verboten wegen seiner oft erschrecklichen Kurage, nicht unglaublich;

*) Sepp, Görres, Nördl. 1877. S. 207.

**) Später war allerdings Arnim mit der politischen Haltung Görres' nicht einverstanden. In einem Briefe an Wilhelm Grimm vom 4. Jan. 1819 (abgedruckt bei Steig, Achim von Arnim, 3. Bd., Stuttgart 1904, S. 428) spricht er von Görres als von einem „politischen Lärmschläger“ und wirft ihm ganz mit Unrecht „gänzlichen Mangel an Kenntnis von Ländern, Menschen und Verhältnissen“ vor.

nun sind wir beruhigt und hören eure vulkanischen Predigten mit Andacht“, und Joh. Schulze, der Herausgeber von Winkelmanns „Geschichte der Kunst des Altertums“, brach in die Worte aus: „Sie haben mit Blitz und Donnerkeulen geschleudert!“ Am meisten aber bedeutete das Lob, welches der „Preußische Korrespondent“ in Berlin, der der preußischen Regierung nahe stand, in seiner Nr. 84 vom 28. Mai 1814 dem „Rheinischen Merkur“ spendete. Der „Korrespondent“ erklärte, er halte es für seine Pflicht, diese neue Zeitung als ein wahrhaft deutsches Volksblatt dringend zu empfehlen. „Die Art“, heißt es dann weiter, „wie der Herausgeber die Ereignisse ansieht, ist so eigentümlich, wahr und vaterländisch, daß wir diesem Blatte den möglichst weitesten Wirkungskreis wünschen, damit diese kräftige Beredsamkeit die Schlechtigkeit niederdonnere, die Augen der Verblendeten öffne, die Schlaffheit aufrüttle. Es gereicht dem Herrn Staatsrat Gruner zur unvergänglichen Ehre, daß unter seiner Ägide eine solche Schrift erscheint, die wir kühn den besten englischen Zeitungsblättern an die Seite stellen können.“ Leider durfte der „Korrespondent“ in den Ton des „Merkurs“ nicht weiter mit einstimmen; er schloß daher seine Empfehlung mit den Worten: „Da es teils der Plan unseres Blattes, teils andere Umstände nicht erlauben, unser Urteil von der Vortrefflichkeit und dem gediegenen Geiste dieses „Rheinischen Merkurs“ durch Auszüge zu belegen, so können wir nur die Versicherung geben, daß niemand, der Ohren zu hören und ein Herz zu fühlen hat, ein Blatt aus der Hand legen wird, ohne irgend einen kurzen Wunsch lebendig ausgesprochen, die nächsten Betrachtungen, die man nicht überall dulden will, freimütig angestellt zu haben, irgend eine neue, wenn auch nicht immer erfreuliche Beleuchtung auf das große Weltwirrwesen fallen zu sehen.“

Auch der Freiherr vom Stein, Gneisenau und Thielmann bezeugten dem kühnen Journalisten wiederholt ihre Achtung; selbst Goethe, der beim Beginn der Befreiungskriege, „als der Enthusiasmus losging“, sich die „Qual des politischen Geredes“ gleich „vom Halse geschafft“ hatte, machte ihm im Juli 1815 bei seinem Aufenthalt in Koblenz seinen Besuch. Und Gentz war von der Beredsamkeit des jungen Titanen ganz geblendet. „Nicht

leicht hat jemand erhabener, furchtbarer und teuflischer geschrieben, als Görres", rief er in einem Briefe an Rahel aus, und an Görres selbst richtete er ein längeres Schreiben, in welchem er u. a. sagte: „Unsere politischen Ansichten und Urteile weichen in vielen Punkten gewaltig von einander ab; dies hindert mich aber nicht, der Tiefe ihres Geistes, der Originalität und Kraft und Schärfe Ihres Blickes, dem Ernste und der Gründlichkeit Ihres politischen Charakters und Ihrer oft wundervollen Gewalt über die Sprache volle Gerechtigkeit angedeihen zu lassen. Vom ersten Blatte des Merkurs an hat es mir eingeleuchtet, daß diese Schrift mit einem ganz anderen Maßstabe gemessen werden müsse, als die gewöhnlichen Produkte unserer Tage; und wenn ich gleich oft gegen Sie gemurrt habe, hat doch das Übergewicht Ihres Genies mich ebenso oft wieder mit Ihnen ausgesöhnt."

Und in der Tat war noch niemals eine Zeitung mit so hinreißender Begeisterung, mit so kühnem Freimute geschrieben worden. Gleich beim Beginn rief der Herausgeber stolz aus: „Ich habe nie Napoleons Brot gegessen, noch aus seinem Becher getrunken!" Um so gewuchtiger und rücksichtsloser konnte er seine Streiche gegen den Korsen führen. Es war, schreibt Görres Biograph Sepp, als ob Äolus seine Windschläuche öffnete, um das heilige Feuer der Vaterlandsliebe zu gewaltiger Flamme anzublasen.

Am 23. Januar 1814 erschien das erste Blatt. Es wurde mit einer Darlegung der allgemeinen politischen Verhältnisse und mit der energischen Betonung eröffnet, daß die „Völkerschaften am linken Rheinufer" von jeher dem deutschen Stamme angehört hätten und auch herzlich wünschten, von Deutschland wieder aufgenommen zu werden. Hieran schloß sich ein Überblick über den „Stand der Armeen um die Hälfte des Jänners", der fortgesetzt wurde, und für den der Herausgeber alsbald aus dem Felde viele direkte, wertvolle Mitteilungen erhielt.

Weiterhin folgten „Übersichten der neuesten Zeitereignisse", in denen die Kämpfe in Frankreich und die Einnahme von Paris in lebendiger Weise geschildert wurden.

Als dann aber die Nachricht von der Abdankung Napoleons

und seiner Verbannung nach Elba eintraf, da ergriff den Herausgeber des „Rheinischen Merkurs“ eine so unbändige Freude, daß die simpeln „Übersichten“ zur Würdigung dieses großen Ereignisses bei weitem nicht ausreichten. Hier mußte ein weithin schallendes Halali geblasen werden, und mit aristophanischem Humor schrieb Görres eine Proklamation Napoleons an die Völker Europas, eine groteske Verhöhnung des Gestürzten, in der noch einmal das Bild des einst so Gefürchteten, ins Ungeheuerliche verzerrt, gleichsam als gigantische Schattenfigur an die Wand geworfen wurde, ein Meisterstück politischer Satire.

Die „Proklamation“ erschien in den Nummern 51 bis 61 des „Rheinischen Merkurs“. Wir können sie hier leider nur im Auszuge wiedergeben.

„Ich, Napoleon Bonaparte“, begann sie, „einst Kaiser der Franzosen, jetzt in das Privatleben zurückgekehrt, will der Welt ein Zeugnis zurücklassen über meine Gesinnung und die Weise, wie ich gehandelt habe. Die zu meinen Füßen im Staube sich gewunden, lassen mich jetzt freche Reden hören. Nicht gegen sie will ich zu einer Verteidigung mich herablassen, noch ihre Schlechtigkeit ehren durch meinen Zorn. Wie ich über ihre Häupter hergeschritten bin, so gehe ich verachtend durch den Dunst ihrer Worte vor. Auch nicht zu der Nachwelt will ich reden; sie ist wie die Mitwelt aus Toren, Schwachköpfen und wenigen Bösewichten gemischt. Mir selbst und meinem Leben sollen die Worte, die ich spreche, ein Denkmal sein; es mag in der Wüste der künftigen Zeiten stehen wie ein einsamer Fels, den erloschenes Feuer zerrissen.

Den ersten Namen, die die Geschichte nennt, habe ich mich kühnlich beigezählt. Was die Römer Jahrhunderte gekostet, habe ich mit meiner eigenen Kraft vollbracht, und dreizehn Jahre lang mit meinen Fesseln gehalten. Daß keiner meiner Zeitgenossen mir bei dem Werke beigestanden, beweist, daß sie in der Entscheidung alle mich verlassen. Wenn andere mit ihrem Glück körperlich bis zu ihrem Ende hausgehalten, dann ist solch sparsame Geizigkeit ein Abscheu mir gewesen. Freigebig und kaiserlich habe ich verschwendet, was die Gestirne mir zugeteilt, und so ist

es gekommen, daß all mein Reichtum ausgegeben war, als ich die Hälfte meiner Laufbahn überschritten. Ich habe nie lernen wollen, mein Bezeigen nach der Zeit zu ändern. Als ich jung gewesen, habe ich bei den Haaren sie gebunden, und sie hat mir wie ein Weib gehorcht. Als ich ihren Unbestand bemerkt, habe ich sie freigegeben ihrem eigenen Gelüste. Es schien mir größer, das Werk meines Lebens in verachtendem Stolze dem Untergange hinzuwerfen, als mit schwacher demütiger Nachgiebigkeit es dem Verderben zu entziehen. Sie meinten, ich habe mein Herz daran gehängt, aber es war mir nichts als das eitle Spiel meiner Jugend, mir selbst zum Ekel und Überdruß geworden. Um ein gutes Wort hätte ich das leere Wesen hingegeben, aber man muß die halbe Welt in Aufruhr bringen, um es mir abzutrotzen. Als sie recht weit zum letzten Streiche ausholten, trat ich ruhig auf die Seite, und sogleich war der Feind verschwunden, den sie zu suchen ausgezogen.

Der Anfang meiner Laufbahn ist in eine jener Zeiten gefallen, wo die Menschen übermütig sich nach einem Zustande der Dinge sehnen, dem ihre Erbärmlichkeit doch nicht gewachsen ist. Verfassungen sollten gegründet werden, die nie in der Welt gewesen. Wenn ich ihre Sprache geredet habe, dann war's, weil die verrückte Welt damals eine andere nicht verstand. Die Menschen sind so einfältig, daß, wer da betrügen will, immer Leute findet, die sich betrügen lassen. So blind und taub ist dies Volk, daß sie das Natürlichste gar nicht begreifen und doch mit dem Tiefsinnigen sich abzugeben wagen. Wie Staubwolken treibt der Wind des Glücks sie vor sich her, das Unglück aber regnet sie schnell zu Kot zusammen. Fast Pöbel nur ist alles auf der Erde; die sich am meisten dünken, sind recht der Hefe gleich zu halten. Auch habe ich als Pöbel sie geachtet, und wie ich in den Straßen von Paris mit Kartätschen sie geschmettert, so auf den Schlachtfeldern und überall sie wie den Wurm unter meinem Fuße zertreten.

Mir sagte ein innewohnender Geist, daß ich zu Großem aufbehalten sei. Schon alt und tief in der menschlichen Natur gegründet ist die Begierde nach Herrschaft. Ich erkannte bald,

daß diese Herrschaft und die Freiheit unverträglich seien, und nichts so schwach und hinfällig sich beweise, als eine Macht, die nicht auf eigenem Grunde ruht. Darum muß ein Fürst selbst Feldherr sein und all seinen Fleiß und Verstand auf die Kunst des Krieges wenden .... Darum habe ich immerdar den Krieg gesucht, und der Friede hat zu allen Zeiten mir ein albern Ding gedeucht. Die Schlaffheit und Erbärmlichkeit mochten gern miteinander sich gütlich tun und gemächlich sich zur Ruhe strecken; aber ich habe mit der Skorpionengeißel sie aufgepeitscht. Für das läppische Volk habe ich den Frieden im Munde wohl geführt, aber nie ernstlich meinen Sinn zu ihm gewendet. Der Friede ist der Tod, der Krieg allein ist Leben ....

Wie ich mein Heer auf die Gewalt eingerichtet, so war meine Diplomatie auf List gestellt. Mit schönen Worten hab' ich wie mit rötlichen Beeren sie gelockt, und wenn sie darauf zugeflogen, haben sie sich selbst erwürgt. Den Schaden hab' ich ihnen zugewendet und die Sünde geruhig auf mein Teil genommen. An Spott hat es nie gefehlt, wenn sie kläglich bei mir eingekommen; kleinen Verlust habe ich ihnen jedesmal mit größerem wieder gut gemacht. Treue und Glauben habe ich nie gehalten; der ist ein blöder Tor, der sich zum Sklaven seines eigenen Wortes macht. Lug und Verrat und falscher Eidschwur sind mir ein Spiel gewesen; dem wird die Welt zu teil, der am besten zu spielen weiß. Mir selber habe ich alles zugelassen, andern nichts erlaubt .... All ihr Selbstvertrauen habe ich mit starken Redensarten ausgetrieben, bis ihnen zuletzt nichts mehr gelang, weil sie sich nichts mehr zugetraut.

Gegen Deutschland habe ich vor allen Dingen zuerst den Blick gewendet. Ein Volk ohne Vaterland, eine Verfassung ohne Einheit, Fürsten ohne Charakter und Gesinnung, ein Adel ohne Stolz und Kraft, das alles mußte leichte Beute mir versprechen. Seit Jahrhunderten nicht verteidigt und doch in Anspruch nicht genommen, voll Soldaten und ohne Herr, Untertanen und kein Regiment, so lag es von alter Trägheit einzig nur gehalten. Zwiespalt durfte ich nicht stiften unter ihnen, denn die Einigkeit war aus ihrer Mitte längst gewichen. Nur meine Netze durfte

ich stellen, und sie liefen mir wie scheues Wild von selbst hinein. Ihre Ehre hab' ich ihnen weggenommen, und der meinen sind sie darauf treuherzig nachgelaufen. Unter einander haben sie sich gewürgt und glaubten redlich ihre Pflicht zu tun. Leichtgläubiger ist kein Volk gewesen, und töricht toller kein anderes auf Erden. Aberglauben haben sie mit mir getrieben, und als ich sie unter meinem Fuße zertrat, mit verhaßter Gutmütigkeit mich als ihren Abgott noch verehrt. Als ich sie mit Peitschen schlug und ihr Land zum Tummelplatze des ewigen Krieges gemacht, haben ihre Dichter als den Friedensstifter mich besungen. Ihr mäßig gelehrtes Volk hat bald als das ewige Schicksal, den Weltbeglücker, die sichtbar gewordene Idee mich verehrt. Lehrbücher haben sie auf mich gebaut und neue Weltsysteme. Ihre feine Welt, die immer um französische Leichtigkeit gebuhlt, hat an dem Stachel meiner Rauheit so unermüdet geleckt und die Schärfe mit ihrem Schleim begossen, bis sie ihr als die glatteste Artigkeit erschien. Die Fürsten haben zaghaft meine stolze Haltung angestaunt, und das Volk hat mir Lebehoch gerufen. Wenn ich dem Wolf gleich unter sie gebrochen, haben sie wie die Schafe in irgend einem Winkel sich gedrängt und mit den Füßen stampfend albern mich angeblasen. Was sie jahrelang mit der größten Vorsicht überlegt, habe ich jedesmal an *einem* Tage zunichte gemacht, weil ich immer von *der* Seite über sie gekommen, wo sie mich nicht erwartet haben. Den höchsten Triumph ihrer Herrlichkeit haben sie damals gefeiert, als ich an ihre Spitze mich gesetzt und durch sie selbst ihr Reich gestürzt. Ihren eigenen Besitz hab' ich als Köder aufgestellt, um sie einzufangen, und, wenn sie ihre Seele mir verschrieben, ruhig die Kaufsumme zu meinem Vorteil eingestrichen . . . . Alle Greuel des Despotismus haben sie mir abgelernt und es doch auch im Bösen nie zu mäßiger Vortrefflichkeit gebracht. In *einem* habe ich nur gefehlt, daß ich ihre Länder, die das Los der Waffen mir erworben, nicht ganz mir zugeeignet und ihre Städte verwüstet habe. Hätte ich ihre Fürsten fortgejagt, ihren Adel gänzlich ausgetilgt und all ihr Gut als Staatsgut dem Verkaufe ausgestellt, meine Gewalt wäre fest begründet, und nimmer wären sie von mir abgefallen. Weil sie

nicht zu fassen mich verstanden, hätt' ich nie auf ihre Treue zählen sollen!“

In ähnlicher Weise wurden die Spanier, Italiener, Engländer und Russen charakterisiert.

Diese „Proklamation“ machte ein ungeheures Aufsehen; die gesamte europäische Presse gab sie wieder — und hielt sie für echt; ja, die Franzosen erklärten sogar, daß diese Ansprache an die Völker Europas gleichsam das Testament des gestürzten Tyrannen und auch zugleich das beste sei, was er jemals veröffentlicht habe. Schließlich hatte sogar noch ein ehemaliger Sekretär des Kaisers die Frechheit, zu behaupten, daß der Kaiser ihm die Ansprache in die Feder diktiert habe und dabei wie ein gefangener Löwe zornsprühend auf- und abgeschritten sei.

Mittlerweile war der erste Pariser Friede geschlossen worden, und Görres wandte sich nun in seinem „Merkur“ den innern Angelegenheiten Deutschlands zu. Mit der ganzen Wucht seiner Beredsamkeit trat er für die Wiederherstellung eines großen und mächtigen Vaterlandes ein; seine edle, echt deutsche Gesinnung brach dabei oft wie Sturmgebraus hervor; mit rücksichtslosem Freimut wandte er sich gegen alles, was dem Emporblühen des Vaterlandes hinderlich sein mußte. Aber freilich, wie von jeher, so war er auch hier durch und durch Romantiker, der sich seine glänzenden Phantasiegebilde aufbaute, aber mit der realen Wirklichkeit wenig rechnete; der sich am alten Glanze der karolingischen Zeit berauschte, aber mit den Verhältnissen, wie sie jetzt lagen, vor allem aber mit dem kaum noch deutsch empfindenden Österreich, nicht zu rechnen verstand; der immer aufs neue der Sehnsucht nach Kaiser und Reich Ausdruck lieh und dabei beständig nach Kaiser Franz hinübersah, dem nichts ferner lag, als sich für Deutschland zu begeistern, und auch gar nicht die geistigen Fähigkeiten für die Errichtung eines neuen deutschen Reiches besaß.

Doch indem Görres alle diese Wünsche und Hoffnungen in seinem „Merkur“ stürmisch zum Ausdruck brachte, sprach er nicht nur in seinem, sondern so ziemlich im Namen aller Patrioten, die allesamt nur aus ihrem Gemüte heraus, in dilettantischer Un-

kenntnis der wirklichen Verhältnisse, ein neues deutsches Reich aufzubauen suchten. Und darum wurde denn der „Rheinische Merkur" das schärfste Spiegelbild des politischen Denkens und Empfindens der großen Menge der deutschen Patrioten unmittelbar nach dem Abschlusse der Befreiungskriege.

Zunächst waren es die Bestimmungen des ersten Pariser Friedens, die Görres lebhaft beschäftigten. Die unerhörte Milde empfand er mit Ingrimm. „Wie die Vendomesäule ein fortwährendes Zeichen unserer Schande ist," schrieb er zornig, „so soll im „Rheinischen Merkur" die fortwährende Protestation des Volkes gegen alles Halbe und Schlechte niedergelegt werden, damit die Nachwelt erkenne: die Zeitgenossen waren damit nicht einverstanden!"

Doch es hatte ja keinen Zweck, diese abgeschlossene Tatsache noch weiter zu erörtern; Görres wandte sich daher den inneren Angelegenheiten Deutschlands zu, die sich ebenfalls nicht in der Weise entwickelten, wie es die Nation gehofft hatte. „Man sieht sich allenthalben in seinen Hoffnungen getäuscht," schrieb er bereits im Juli 1814. Besonders waren die ehemaligen Rheinbundfürsten wenig geneigt, eine neue Ordnung der Dinge eintreten zu lassen. „Es zeigt sich ganz klar die noch fortdauernde Nachwirkung des alten Unfugs, und welche unseligen Folgen die französischen herübergepflanzten Regierungsmaximen und die vom Überrhein eingeführten Formen ausgeübt haben", erklärte daher der „Merkur", „und wie schwer es ist, nachdem alles aufgelöst und zerrüttet worden, auch nur die Grundelemente der Völker wie der Staatsrechte noch vorzufinden. Das französische Heer ist wohl über den Rhein getrieben, aber ihr und ihres Herren Geist ist mit nichten weggezogen; er herrscht noch allmächtig und wird, so lange die, die ihm dienstbar und ergeben waren, noch über die Völker walten, manches deutsche Land so bald nicht verlassen . . . . Wohin ich um mich her schaue, jammert mich des guten Volkes, das so geduldig, so großmütig, so wahrhaft edel und erhaben an Fürst und Vaterland hängt, alles, was ihm lieb und teuer war und ist, darbringt — seine Söhne, seine Ruhe, seine Habe, und nun so wenig ernstlichen Willen sieht, ihm zu

vergelten, was es getan, und ihm zu leisten, was es so wohl verdient. Es ist wahrlich hohe Zeit, daß man dessen eingedenk werde, denn die Sünde schreit zum Himmel, und leicht möchte der Richter in der Höhe wieder furchtbar zu Gericht gehen, wenn die Menschen Gerechtigkeit zu üben unterlassen."

Vor allem empörte ihn die undeutsche Haltung der bayrischen und württembergischen Regierung, und er brachte daher u. a. auch in Nr. 83 (7. Juli) den „Fall Jasmund" zur Sprache, in dem sich allerdings die undeutsche Denkweise des Königs von Württemberg in sehr grellem Lichte zeigte.

Der König von Württemberg gab im Oktober 1813, als der Stern Napoleons zu erbleichen begann, dem Landvogt von Jasmund in Ellwangen den Auftrag, mit dem General Fresnel wegen der Zulassung zur Verbindung mit den drei Souveränen, dem Kaiser von Österreich, dem Kaiser von Rußland und dem König von Preußen, zu unterhandeln, worauf v. Jasmund im Überschwange seiner Freude, daß sich jetzt Württemberg der deutschen Sache zuwenden wolle, folgendes Schreiben an den König richtete:

„Ew. Königl. Majestät lege ich meinen alleruntertänigsten Dank ehrfurchtsvoll zu Füßen, daß Allerhöchstdieselben in einem der wichtigsten Augenblicke für das Schicksal Württembergs mich würdig gefunden haben, die ersten Schritte zu tun, um dies schöne Land wieder mit dem heiligen Interesse Deutschlands zu verbinden. Wenn es mir bisher nur erlaubt war, Wünsche für das Gelingen der allgemeinen guten Sache zu hegen, so geben mir Ew. Königl. Majestät durch diesen ehrenvollen Auftrag die schönsten Mittel an die Hand, meine Gesinnungen für die Befreiung Deutschlands von dem fremden Joch aufs herrlichste zu betätigen, und nie war ich stolzer auf diese Gesinnungen, als eben jetzt, wo sie mir das beneidenswerte Los verschaffen, mir die Zufriedenheit meines Königs und den Beifall meines deutschen Vaterlandes zu erwerben. Mit diesem Gefühle beginne ich das große Werk, zu welchem mich das Vertrauen Ew. Königl. Majestät berufen hat; ich bin um so mehr eines glücklichen Erfolges gewiß,

als Dienstpflicht und eigene innere Überzeugung gemeinschaftlich alle meine Schritte dabei leiten werden."

Aber der Landvogt hatte Seine Majestät durchaus falsch eingeschätzt; dessen sollte er sehr bald gewahr werden, denn er erhielt umgehend folgende offizielle Antwort:

„Ew. Hochwohlgeboren soll ich auf Allerhöchsten Befehl auf Dero Schreiben vom 14. Oktober erwidern: S. Kön. Maj. hätten dasselbe erhalten, müßten aber darüber ihr gerechtes Mißfallen äußern, indem es einen Geist verriete, welcher zwar entfernte und benachbarte Mächte ergriffen habe, welchen aber S. Kön. Maj. in dem ihrigen zu unterdrücken wissen würden; S. Kön. Maj. fordere von Ihren Dienern nur Interesse für Ihren König und sein Reich, und jedes allgemeine Interesse enthalte eine strafbare Einmischung in die Absichten des Gouvernements. Endlich sei es Pflicht eines jeden treuen Dieners, nur die Sache, für welche sein Souverain sich erklärt habe, als die wahre gute Sache anzusehen, und S. Maj. erteilten daher nicht nur dem v. Jasmund einen ernstlichen Verweis, sondern werden auch, da Sie jetzt von seinen Gesinnungen unterrichtet sind, ihn für die Zukunft dahin zu stellen wissen, wo dergl. überspannte Ideen unschädlich werden."

Die Veröffentlichung dieser Briefe, wie überhaupt die Haltung der Zeitung den süddeutschen Regierungen gegenüber, erregte aber in München und Stuttgart einen solchen Unwillen, daß der „Merkur" noch im Laufe des Juli in Bayern und Württemberg verboten wurde. Bald nachher folgte auch Baden nach.

Görres antwortete darauf, indem er zunächst das Urteil K. L. Pörschkes*) über die Unterdrückung von Zeitungen anführte: „Ein Fürst, der den fremden Zeitungen den Eingang in sein Reich verwehrt, macht sich eines bösen Gewissens verdächtig und rüstet sich vielleicht gar zur frechsten Tyranney. Er will in Finsternis wohnen, wo sich unreine Geister um ihn her versammeln können, mit welchen er alle Keime freier oder vernunftmäßiger Gedanken, bis auf die letzten Äußerungen des guten Willens, vertilgen wird." Und er selbst fügte noch hinzu: „Diese prophetischen Worte hat

---

*) Anthropologische Abhandlungen. Königsb. 1801.

Napoleon wahr gemacht. Daß kein deutscher Fürst ihm nachahmen werde, davor wird uns die Gutmütigkeit des deutschen Charakters und hoffentlich die künftige Verfassung sichern. Aber gewiß ist, daß eine Regierung gegenwärtig nicht gründlicher bei allem Volke sich gehässig machen kann, als wenn sie die freie Äußerung der Überzeugung, worauf die Deutschen von je so viel und jetzt am allermeisten gehalten haben, zu unterdrücken sucht.“

Dieser Ansicht stimmte auch der alte welterfahrene Geheimrat von Voigt in Weimar zu, indem er an Böttiger schrieb: „Das Verbot des „Rheinischen Merkurs“ in Bayern macht keine große Aussichten für die Preßfreiheit .... Mich verdrießt, daß solche Verbote immer einen wunden Fleck argwöhnen lassen. Man muß sich lieber recht überzeugend verteidigen.“*)

Die innern Angelegenheiten traten jedoch bald wieder zurück vor einem gewaltigen Ereignisse, das wie ein Donnerschlag in das deutsche Volk fuhr, vor dem Wiedererscheinen Napoleons in Frankreich. Der „Merkur“ brachte die erste Meldung von der Entweichung des Kaisers am 15. März. „Als die Wächter geschlafen haben und die Herren um den Mantel stritten und würfelten“, rief Görres, „hat der böse Geist den Stein von seiner Höhle weggerückt und ist entronnen!“ Dann aber forderte er mit Flammenworten zum eiligen Kampfe gegen den Verhaßten auf. Alles, was Waffen zu tragen vermöge, müsse aufstehen. „Es ist nicht gemeine Not, die andringt, auch ist sie nicht mit gemeinen Mitteln zu bezwingen!“ Und dann bestürmte er die Kabinette. „Haben die Räuber ihren kaiserlichen Hauptmann sich zurückgenommen“, schrieb er in dem Artikel „Auf Rat weyl, zur Tat eil!“ vom 30. März, „dann müßten die deutschen Fürsten von Gott verlassen sein, wenn sie noch einen Augenblick zögerten, sich ein oberstes Haupt zu setzen, das all ihre Anstrengungen zum rechten Ziel leite. Darum werde Franz als aller Deutschen Kaiser ausgerufen, aber nicht als ohnmächtiges Schattenbild hingestellt, sondern bekleidet mit der ganzen Würde der alten Kaiser und ihm die oberste Leitung aller Kriegsgewalt anvertraut. Und

*) Ludwig Geiger, Aus Alt-Weimar. Berl. 1897, S. 225.

aller Hochmut soll sich beugen vor dem selbstgewählten Oberhaupt, damit ihm nicht die Demütigung werden möge, zu knieen vor dem fremden Räuberkönig .... Ihr Völker laßt durch den Wolf im Schafspelz in keiner Weise euch betören. Haltet fest an eurem Haß gegen dieses Volk, und seid sicher, daß aus dieser Mördergrube, von dieser ruchlosen Hauptstadt und dieser wilden Brut, die eine 25jährige Revolution aufgesäugt, der Menschheit nie ein Heil erwachsen. Ihr Fürsten, laßt durch die Stimmen eurer Völker euch beschwören, zerreißt die Netze, die euch verstricken .... Wie ein neues Heer geschaffen worden und ein frischer Geist im Felde jene Wunder hervorgebracht, so muß auch im Kabinett in den Kamaschendienst der Diplomatie endlich ein neues Leben kommen, die Politik muß sich verjüngen und der Quell frischer Jugendkraft nicht länger in die Wüste abgeleitet werden, daß er die Höfe tränke. — Wahrlich, das Herz blutet jedem in tiefer Brust, dem sein Vaterland wert ist .... Seht den Drachen, wie er mit seinem Schweif ein ganzes verblendetes Volk umschlingt und euch entgegenwirft — seht, wie sie Feuerbrände nach allen Seiten schleudern und eine Hölle in lichtem Brand entzünden!"

Aber diese Sprache wurde von den Höfen nicht gern gehört, und so erließ denn der Staatskanzler von Hardenberg unter dem 16. Mai 1815 eine Note gegen Görres, in der erklärt wurde, daß der „Rheinische Merkur" zu den dringendsten Beschwerden Anlaß gegeben. Der Staat verabscheue zwar jeden Zwang, er könne aber solche „freimütigen Untersuchungen" nur „in dazu gewidmeten besonderen Werken" gestatten. Alle die verbündeten Regierungen seien zu schonen, und — „es darf der Krieg, den wir zu führen im Begriff sind, nicht als ein Krieg gegen das französische Volk, sondern bloß gegen Bonaparte und die ihm anhängen geschildert werden." Schließlich hieß es in der Note, der Herausgeber möge es unterlassen, „die Leidenschaften aufzuregen, z. B. die fortwährend erneuten Anregungen der Wiederbelebung der deutschen Kaiserwürde" in das Publikum zu werfen.

Sicherlich hatte Hardenberg diese Note sehr wohl erwogen, denn in der nächsten Zeit mußte ja die deutsche Bundesakte

bekannt werden, und diese — das war ja vorauszusehen — konn nur einen allgemeinen großen Unwillen hervorrufen. Der „Merkur vermochte denn auch die Mahnung der Note nur in geringe Maße zu berücksichtigen. Vor allem war er darüber entrüste daß Deutschland nur von einer Versammlung seiner Fürste regiert werden solle, ohne daß das deutsche Volk durch Stellve treter an der Bestimmung seines Schicksals teilnehmen durft „Wie?“ rief Görres aus, „haben unsere einzelnen Regierunge sich etwa so patriotisch gezeigt, daß in ihren Händen das Wo des Ganzen von jeder Seite gesichert wäre? Werden sich nic vielmehr ihre einzelnen verschiedenen Interessen also durchkreuze daß sie zu keinem Beschlusse werden gelangen können, der fü das gesamte Wohl Deutschlands heilbringend sei?“

Die Schlacht bei Waterloo und die Ereignisse, die nun folg ten, rückten darauf das Thema wieder etwas in den Hintergrund im Herbst aber trat es naturgemäß aufs neue hervor. Görre hatte unterdessen eine Unterredung mit Blücher gehabt, und i dieser hatte ihm der alte Haudegen in seinem tiefen Groll gege die „Diplomatiker“ den lebhaftesten Beifall über die Haltung de „Rheinischen Merkurs“ gezollt. „Schreiben Sie man immer zu, hatte er zu ihm gesagt, „gegen wen es auch sei; ich nehme alle uf mir. Wenn's man wahr ist, so mögen Sie alles drucken aber das sage ich Sie, wahr muß es sind.“ Hierdurch ermutigt ging Görres nun um so energischer vor. „Der Tag der Berg feuer ist zum zweitenmale an uns vorbeigegangen“, schrieb er i Nr. 325 vom 6. November 1815, „und nach Möglichkeit festlic vom deutschen Volke gehalten worden. Es ist aber nicht der hell Silberblick der begeisterten Hoffnung vom vorigen Jahre gewesen der innere Himmel der Nation war wohl viel getrübt und mi Nebel überlaufen. — Bei den lodernden Flammen auf einsame Bergeshöhen hat das Volk bedacht, was ihm von seinen Hoff nungen, die es vor dem Jahre an gleicher Stätte gesagt und gefaßt, wahr geworden, und es hat sich ihm gezeigt, daß es größtenteils taube Blüte gewesen, die abgefallen. Was der Kongreß von allem Versprochenen ihm geleistet: er hat den mit seinem Herzblut erkauften Besitz unter die Fürsten verteilt und ist darau

fortgegangen, von dem rückkehrenden Kobold auseinandergesprengt. Wie die Tridentinische Kirchenversammlung in vielen Sitzungen mit eiteln leeren Spitzfindigkeiten sich geplackt und am Ende in den letzten Tagen von Zeit und Not gedrängt über das Wichtige und Bedeutende nur Notdürftiges mit hastiger Eile übereinandergeworfen, so ist es auch in jenem Staatsrate ergangen; seine Zangen- und Totgeburt, die Bundesakte, ist tot ans Tageslicht getreten und war gerichtet, ehe sie geboren war. Kein Verlaß, kein sicherer Grund, keine fröhliche Zuversicht für den Bau der Zukunft ist daraus hervorgegangen; alles schwebt lose und wankend, schwimmend auf den ewig bewegten Wässern dieser Zeit, und alle Hoffnungen sind auf einen neuen Kongreß verwiesen, den der alte nach seinem Ebenbilde gesetzt und mit gebundenen Händen hingestellt, daß er ein kunstreich Werk auf morschen Grundfesten erbaue. Wo über den einzelnen Landschaften des vielgeteilten Reiches nicht träge Stille brütet, da hat der erwachte Geist mit dem unglaublichsten Unverstande zu ringen, daß er seine klärlichsten Ansprüche geltend mache und seine gerechtesten Forderungen gegen blinde Selbstsucht durchsetzen möge. Die übermütige Macht, die bei Napoleon aus dem Taumelkelch getrunken, will nicht ablassen, sich in seinem süßen Weine zu berauschen; nachdem sie mit Gottes und der Völker Hülfe den Inhaber des Bechers, der den gefährlichen Trank gemischt, vertrieben, hat sie, statt den gefährlichen Zauber in Meerestiefe hinabzuschleudern, ihn lieber sich selber zugeeignet und läßt den Pokal fleißig in die Runde gehen und trinkt Wahnsinn in dem Gifte, das der Tyrann scheidend zurückgelassen, damit die Torheit sich in ihm verderbe. Und außen, wie drängen sich die Sorgen, was ist für die Sicherheit getan? Man weiß, daß die Räuber außen lauern, und hat Tor und Türen ausgehoben, kein Riegel, der die jetzige Armut und künftigen Erwerb sichern möge. Der erste Pariser Friede hat als Sohn einen neuen Krieg geboren, aus diesem ist ein zweiter Friede als Enkel hervorgegangen, und schon steckt der Urenkel das kleine Schlangenhaupt sichtbar an den Tag hervor.“

Mittlerweile stieg die allgemeine Erbitterung noch weiter, und in Görres brodelte der Zorn immer heftiger. Mit seiner

ganzen gewaltigen Beredsamkeit und all dem prunkenden Pomp des Romantikers machte er seinem Ingrimm in einem Artikel „Die Rückwirkung in Preußen" in Nr. 347 bis 352 vom 20.—31. Dezember 1815 Luft. „Es wird gesagt in alten Legenden", hub er an, „wenn der Teufel irgendwo ausgefahren, bleibe ein arger Schwefelstank zurück, der den Abzug des bösen Geistes verrät. Und gleichwie das Licht sieben Strahlen hat und sieben Quellgeister alles Guten die sittliche Welt durchwärmen, so sei das Böse siebenkräftig, so daß jener böse Dampf in sieben Ausflüssen geteilt erscheinen muß. Der erste Schwaden von denen, die als Rückstand der französischen und unserer eigenen Teufelei durch Deutschland ziehen, ist die Mißgunst und der Neid, die alles Große, was geschehen, mit ihrem Geifer übergießen. Der zweite blaue Dunst ist die Hoffart und Eitelkeit, die nach Auszeichnung und sogenannter Ehre jagt und sich nicht zufrieden gibt, bis sie sich mit allen gleißenden Nichtswürdigkeiten der Welt behangen sieht. Der dritte Schwaden ist die Habsucht und ewig hungernde Gier, die um Geld und Geldesgut ihre Seele mit Freuden der Macht verschreibt. Der vierte Gestank ist die Feigheit und Niedertracht, die vor dem Mächtigen im Staube sich beugt, die den Napoleon in ihrem Schoß großgezogen und, nachdem sie ihr Schoßkind verloren hat, ein neues aller Orten sucht, das sie adoptieren möchte. Der fünfte Dampf stinkt in der Heuchelei, die den sechsten, die Lüge und Unverschämtheit, zum Gesellen genommen, der wieder den Haß und die Feindschaft gegen alles Gute sich zugetan. Alle sieben sind in die Stänkereien zusammengetreten, die neuerdings in Preußen aufgegangen, und zu der die Schmalzsche Schrift das erste Zeichen gegeben hat."

Und nun gießt er die ganze volle Schale seines bittern Hohnes und Spottes über Schmalz und seine Schrift aus. Jawohl, ruft er aus, als der kategorische Imperativ die Trommel geschlagen, da wurden „je nach den Kategorieen alle Stände des Volkes auf den Exerzierplatz geladen, und diese sind, seit Kants Zeiten an blinden Gehorsam gewöhnt, schnell herzugelaufen und haben sich von ihm die Pflichten und ihre Schuldigkeit in wenig Worten explizieren lassen, und jeder hat darauf also gleich sein

Wässerlein ins Eimerlein getan und es zur großen Spritze hinge-
ragen. So ist alles in Stille und Ehrbarkeit von Statten ge-
angen; die Bürger haben dem Staate sozusagen die ehrliche Pflicht
eleistet, und dafür braucht dieser ihnen keinen Dank zu wissen,
enn sie haben in ihren Ehepakten sich dazu anheischig gemacht.
Der kategorische Imperativ darf nur, nachdem alles glücklich be-
ndet worden, zu den Krüppeln sagen: Gesegne's euch Gott, ihr
uten Leute; ihr hättet nicht sollen so nahe zum Brande gehen!
Den Toten brauchte er nichts zu sagen, denn die bedürfen keines
ohnes; an die Gesunden aber mag nur die Rede ergehen:
Krippelt nur wieder sachte heim, ihr eifrigen Leute; laßt euch das
Bewußtsein, euere Pflicht erfüllt zu haben, genügen; baut euern
Kohl in Frieden; es schickt sich nicht, daß Bürger und Bauers-
ute sich in Staatsaffären mischen; höchstens die Polizei, die
Ordnung und Ruhe beim Löschen gehandhabt, darf auf einigen
Dank und Auszeichnung Ansprüche machen. Fragt man nun
ber, wo denn der kategorische Imperativ in der Schlacht von
ena geblieben, so antwortet der, er habe es damals mit Napo-
on gehalten, da dieser seinesgleichen zu achten gewußt; fragt
an, warum die Pflicht so lange zu all der Schande geschwiegen,
en erwidert diese siegreich, sie habe damals das Gelübde des
Stillschweigens abgelegt und sei überdem auch zu der Zeit ver-
ist gewesen, gerade aber zur Schlacht von Lützen in gutem
Wohlsein wieder eingetroffen und habe noch eben zur rechten Zeit
e Begeisterung, die bei Jena zu schanden gegangen, davon ge-
gt und den nüchternen Gehorsam an die Stelle gesetzt, der jedoch
st bei Leipzig ganz Meister worden und darauf auch sogleich
n Sieg davongetragen. Fragt man den einäugigen Cy-
open weiter, warum denn früher der Adel keine Männer, der
Bürger keinen Patriotismus, die Kammern nicht Geld noch Pferde
r den Dienst des Vaterlandes gehabt, dann erklärt er den
mstand gut durch den damaligen Verfall der kritischen Philo-
phie, wodurch das Pflichtgefühl ganz von Kräften kommen und
ir sehr abgeschwächt worden."

In diesem Ton geht es weiter. Wahrhaft vernichtend fallen
e Keulenschläge auf Schmalzes Haupt. Aber der Satiriker wird auch

bitter ernst. Er schildert, unter welchen Verhältnissen einst in tiefer Not der von Schmalz so schändlich verdächtigte Jugendbund zu Königsberg entstand. „Die Überzeugung war allen Verständigen klar geworden," schreibt er, „daß in den ungewöhnlichen Zeitverhältnissen, die sich entwickelt hatten, die abgetriebenen alten Formen und die lahmen Triebfedern nicht mehr hinreichen wollten, und daß zu dem Ungemeinen gegriffen werden mußte und ein neues Samenkorn hineingelegt in den fruchtbaren Boden, der aus der Auflösung der alten Eiche entstanden war, damit sich aus ihm ein frisches junges Reis entwickeln möge, in dem sich die alte Kraft verjünge. In diesem Sinne war die Verfassung des neuen Bundes entworfen und dargestellt: die Auflehnung gegen die äußere Tyrannei war sein Geheimnis, die Gefahr gab den Geistern Spannung, die gemeinsame Not band die Gemüter enger, und der große Zweck erhielt die Herzen warm, daß alles nicht so bald in ein abgestandenes Formenwesen ausartete. Der Staat war in tiefer Bedrängnis und sah mit Freuden den Geist erwacht, der tröstend und verheißend auf einmal in Mitte des Volkes aufgestiegen; eine königliche Kabinettsordre billigte und gewährte den neuen Bund." Dann schildert er die Tätigkeit des Bundes, der so wesentlich dazu beigetragen habe, das Volk von der Tyrannei zu befreien, und ruft schließlich aus: „Was soll uns nun solch dummer Lärm und diese nichtswürdige Spiegelfechterei? Ist's das, was Preußen jetzt zu tun geziemt, daß solch' ein Marktgeschrei in seiner Mitte aufgeht! .... Soll der gewaltige Geist, der das große Werk vollbracht, nun sie (die Schmalz und Genossen) es in ihrer blöden Kurzsichtigkeit beendigt glaubten, sich in ihre Dienstbarkeit begeben und in ihrem Spinnhause knechtische Arbeit tun? .... Aus der Mitte der Völker ruft eine Stimme unaufhörlich in denselben ernsten, dunkeln, tiefen Tönen nach Recht und Verfassung; die Fürsten haben sie gehört und wohl verstanden und sind sogleich willig worden, nach ihrem gerechten Begehr zu tun; nur diese Augendiener suchen sie unaufhörlich zu beschwatzen; aber die Stimme ruft fort und fort und wächst immer an und nimmt immer zu an Kraft und Stärke, und das Murren der Wenigen wird bald

gänzlich unhörbar werden." An Preußen sei es nun ganz besonders, auf diese Stimme des Volkes zu hören. „Ein festes standhaftes Vertrauen muß es sich erwerben, damit seine fiktiven Wechsel auf einen blos idealen Besitz im gemeinen Verkehr wie bare Münze gelten. Dazu bedarf es von innen einer freien, festen Verfassung, auf Gerechtigkeit und ja nicht auf lügenden Scheine gebaut, die eine Gewähr geben, daß nicht Leichtsinn oder Gewalt in einem Tage niederreißt, was Vernunft in langer Frist gebaut; dann nach außen, daß es immerwährend strebe, in allen Verhältnissen sich zu einer deutschen Macht hinaufzuheben und nicht, wie früher, aller Bestreben hingegangen, Deutschland zu einer preußischen Macht hinabzuziehen. Nur wenn dort die Gewalt sich selber bindet und hier alle Gewalttätigkeit unterlassen wird, kann Preußen in der Liebe des gesamten Volkes groß, stark und mächtig werden; anders wird es früher, als das Jahrhundert abgelaufen, in seinem Hasse untergehen. Die nur raten gut, die zum ersten stimmen; das aber sind die gefährlichsten Feinde der Regierung, die sie zum andern Unheil in blinder Betörung und Raserei zu treiben sich bemühen."

Eine solche kühne Sprache wollte man aber in Berlin nicht hören, und so wurde denn das weitere Erscheinen des „Rheinischen Merkurs" durch Kabinettsordre vom 3. Januar 1816 untersagt, angeblich, weil die Zeitung ganz gesetzwidrig und ungeachtet der ergangenen Warnungen die Zwietracht der Völker erregende Aufsätze verbreite und durch zügellosen Tadel die Gemüter beunruhige. Die letzte Nummer (Nr. 357) erschien darauf am 10. Januar 1816.*) Das Aufhören der Zeitung bedeutete,

---

*) Moritz Carrière behauptet in einem Artikel über Bettina in der „Allgemeinen Zeitung" (1885, Nr. 356), daß der „Rheinische Merkur" schließlich wegen eines freisinnigen Aufsatzes, den Achim von Arnim geschrieben hatte, unterdrückt worden sei. Er stützt sich dabei aber gewiß nur auf einen Brief Arnims an Görres vom 23. Januar 1816, in welchem es heißt: „Gerüchte gingen, der „Rheinische Merkur" solle verboten werden wegen des Briefes aus Berlin, worin Lecoq vorgekommen .... Ich sagte Stägemann, der viel beim Staatskanzler verhandelt, ich sei der Verfasser, sie müßten sich gegen mich wenden, aber ein Institut nicht stören, das für die

auch wie der Generalgouverneur der Rheinlande, Justus **Gruner**, in einem Briefe an Görres vom 18. März 1816 offen **aus**sprach, einen unersetzlichen Verlust.

Auch für Görres selbst war die Unterdrückung des „Rheinischen Merkurs“ von den schwersten Folgen. „Seine bedeutendste Wirksamkeit war damit für sein ganzes Leben zerstört“, schreibt sein Biograph Sepp (S. 250), „zum Bedauern der besten **Männer**.“

Einen gewissen, wenn auch nur sehr mäßigen Ersatz für den unterdrückten „Rheinischen Merkur“ bot der „**Westphälische Anzeiger**“ von Arnold Mallinckrodt. Bekanntlich war dieses Blatt bereits 1798 in Dortmund gegründet worden, hatte aber in der französischen Zeit (1809) sein Erscheinen einstellen müssen (Vergl. Band II, S. 31). Nach der Abschüttelung der Fremdherrschaft nahm Mallinckrodt jedoch sein altes Unternehmen wieder

---

öffentliche Meinung so wichtig sei. Stägemann erwiderte: Veranlassung sei russische Anforderung über ein paar Artikel gegen den Kaiser.“ In Wirklichkeit sind es aber wohl hauptsächlich die Artikel Görres' über die deutschen Verhältnisse gewesen, die in Berlin Unwillen erregt haben; sie paßten ganz und gar nicht mehr zu der reaktionären Richtung, die Fürst Hardenberg, gedrängt von den Schmalz und Genossen, nach und nach einschlagen mußte. Es traf daher gewiß auch der **Freiherr vom Stein** das Richtige, als er zu Perthes, der ihn am 3. August 1816 in Nassau besuchte, äußerte: Görres sei ein Genie, ein gelehrter und rechtschaffener Mann, aber er habe sich nicht raten lassen, und der Staatskanzler habe keine Möglichkeit gehabt, ihn zu halten. — Sehr aufgebracht war **Blücher** über die Unterdrückung des „Merkurs“. In einem Briefe aus dem Jahre 1817 schreibt der Verlagsbuchhändler Reimer an Niebuhr, kürzlich sei bei Blücher Gesellschaft gewesen auf der dieser dem Oberpräsidenten von Koblenz, v. Ingersleben, wegen seiner Schritte gegen Görres heftig zugesetzt habe. „Ich habe dem Manne erlaubt, gegen Kaiser und König zu schreiben,“ habe Blücher ausgerufen „gegen den Staatskanzler und gegen mich selbst, wenn es not täte, und habe ihn daher auf meinem Gewissen allein; ich bin unschuldig, Sie aber haben es zu verantworten.“ Es sei aber dabei zu bemerken (setzt Reimer hinzu), daß Ingersleben sein dem Görres angetanes Unrecht vollkommen anerkenne und in Berichten sowie in Reden jetzt der Apostel seiner Brauchbarkeit und Trefflichkeit sei. (Briefe Reimers an Niebuhr. Publik. der Berliner Litteraturarchiv-Gesellschaft. 1903.)

ıuf und zwar fast auf den Tag zur selben Zeit, als der „Rheinische Merkur“ sein Erscheinen einstellen mußte. Mit der ganzen varmen Begeisterung einer echt vaterländischen Gesinnung trat :r, ganz wie ehedem, wieder vor sein Publikum. In der ersten Nummer, die am 4. Januar 1816 ausgegeben wurde, entwarf :r ein rosiges Zukunftsbild. „Großes Heil ist unserm Vater- ande Westfalen im Jahre 1815 widerfahren!“ rief er aus. „Uns allen verheißt das Jahr 1816: Aufhören des unglücklichen provisorischen Kriegszustandes — Verminderung der bis zum Grade der Erdrückung gediehenen öffentlichen Abgaben und Lasten — Wiederaufheben des allgemein gelähmten Erwerbs — eine wohltätige Regierung nach festen Gesetzen und unter landständi- scher Verfassung — und die allmähliche Rückkehr des gegenseitigen Zutrauens, der Redlichkeit und des allgemeinen Strebens nach dem Guten an der Hand der Religion.“ Besonders in der ver- heißenen landständischen Verfassung liege, so fuhr er fort, für den Fürsten sowohl, wie für die Untertanen — neben einer be- scheidenen Publizität — die sicherste, dauerhafteste Bürgschaft des öffentlichen Wohles. An die Verfassung werde sich „die Ein- führung der musterhaften neuen Städteordnung (der Steinschen von 1808) reihen, die Beseitigung aller Beamtenwillkür und des erdrückenden französischen Steuersystems, allgemeine Gewerbefrei- heit, eifrigste „Förderung des Wegebaus, Schiffbarmachung der Flüsse und Anlegung zweckmäßiger Kanäle. „Wohl uns!“ schließt er, „auf die vielen traurigen Jahre werden frohere, bessere folgen!“

Während sich also Görres hauptsächlich mit den großen staatsrechtlichen Fragen beschäftigt hatte, wandte sich der „West- phälische Anzeiger“ fast ausschließlich den nationalökonomischen zu und wurde noch mehr darauf hingewiesen, als 1816 und 1817 die entsetzlichen Hungerjahre eintraten, die Westfalen besonders schwer trafen, weil die neuen preußischen Beamten sich als recht unzulänglich erwiesen. Die Lebensmittelpreise stiegen infolge- dessen dort höher als anderwärts. Das machte sich schon im August 1816 bemerkbar, in welchem Monat das 11pfündige

Schwarzbrot in Elberfeld noch 29, aber in Hagen bereits 36 und in Hörde schon 44 Stüber*) kostete. Bald nachher schrieb denn auch der „Westphälische Anzeiger": „Angst und Not ist vorhanden. Es wird den Menschen bange auf Erden. Zittern und Zagen ergreift ihn beim forschenden Blicke in die Zukunft." Mittlerweile verschlimmerten sich die Verhältnisse beständig; auf einen ungünstigen Herbst folgte ein früher harter Winter, worauf der Preis des 11pfündigen Schwarzbrotes auf 63 Stüber stieg, so daß es in vielen Orten zu Unruhen und Gewalttätigkeiten kam. Und nun erst ließ sich die Regierung in Berlin, die den Rheinlanden schon längst zu Hülfe gekommen war, bereit finden, auch Westfalen durch staatliches Eingreifen zu unterstützen. Aber statt das in den Ostseehäfen für Staatsrechnung gekaufte Korn auf dem natürlichen Wege durch die Nordsee, den Rhein, die Ruhr und Lippe hinauf zu Wasser in das Herz Westfalens bringen zu lassen, beging man die Torheit, es auf der Weser nach Minden zu schaffen und von dort auf 20 Meilen langem, schlechtem Landwege über Lippstadt nach Unna zu fahren. Dadurch kam die Fracht für den Transport eines Scheffels Roggen von Lippstadt nach Hagen auf 2 Taler g. G. (4 Mark 64 Pf., oder für den Zentner auf 5 Mark 57 Pf.) zu stehen**), und die Kornpreise stiegen bis zur Mitte des Mai in Westfalen bis zu 10 Talern g. G. (23 Mark) der Scheffel, während sie jenseits der Elbe und Weser, wie der „Westphälische Anzeiger" S. 674 feststellte, nur wenig mehr als die Hälfte betrugen.

Ähnliche verhängnisvolle Mißgriffe folgten, so daß der „Westphälische Anzeiger" wiederholt bittere Klage führte, was aber in Berlin sehr übel vermerkt wurde.

Doch verhielt sich die Zeitung keineswegs bloß negativ; sie suchte auch Positives durch die Klärung der großen nationalökonomischen Fragen der Zeit zu schaffen. Man bemühte sich

*) 13 Stüber = 50 Pfennigen R. W.

**) Heute beträgt die Eisenbahnfracht für einen Zentner Getreide von Lippstadt nach Hagen 24 Pfennige.

damals besonders heiß, festzustellen, ob Freihandel oder Schutzzoll dem armen so schwer darniederliegenden Deutschland fromme, denn nach der Aufhebung der Kontinentalsperre überflutete England mit seinen Industrieerzeugnissen den ganzen deutschen Markt, und die durch die langen Kriege arg herabgekommene deutsche Industrie sah sich außer stande, die Konkurrenz zu bewältigen. Wie sollte man sich da verhalten? Auch Mallinckrodt öffnete dieser wichtigen Frage sein Blatt, und da entwickelte denn ein junger, unbekannter Kaufmann in Aachen, namens David Hansemann, die Angelegenheit in überraschend klarer und geistvoller Weise. Innerhalb Deutschlands, führte er aus, müsse jede Zollschranke fallen, und ein das ganze Deutschland umfassender Zollbund müsse hergestellt werden; dem Auslande gegenüber aber müßten sowohl im finanziellen wie im Interesse der Erhaltung der inländischen Gewerbe Zollschranken aufgerichtet werden. Also der „Westphälischer Anzeiger" war das erste Blatt, das den Gedanken des künftigen deutschen Zollvereins in die Welt trug.

Weiterhin beteiltigte sich der „Westphälische Anzeiger" auch lebhaft an der Frage der Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in Westfalen und verteidigte hierbei die Rechte der Bauern. Dadurch zog er sich aber den Zorn verschiedener vielvermögender adlicher Herren zu, und da er auch ferner, obgleich die Regierung immer entschiedener die reaktionäre Richtung einschlug, den liberalen Grundsätzen treu blieb, so ward ihm alsbald ein rasches Ende bereitet; im Januar 1818 wurde er kurzweg polizeilich verboten. In der Bevölkerung des westlichen Deutschland rief diese Maßregel aber eine große Erbitterung hervor. Friedrich Harkort trat in der Zeitschrift „Hermann" in einem Artikel „Recht — und nicht mehr als Recht" sehr gewuchtig für Mallinckrodt ein. „Möge ihm," rief er aus, „die Achtung derer, die von oben nichts erbitten, sich vor Titeln nicht bücken und männlich nur ihr Recht begehren, ein Ersatz sein für die oft niedrigen Anfeindungen seiner Gegner." Und der Freiherr vom Stein schrieb unter dem 2. Februar 1818 an Görres: „Man spricht von Preßfreiheit im Preußischen; die existiert aber keineswegs: die Zensur ist in den Händen des Polizei-Ministerii,

des nichtswürdigen Fürsten Wittgenstein und seines Gehülfen Herrn von Kamptz, eines wahren Philisters — die von dem Polizei-Minister gegebene Instruktion an die Regierungen ist in dem Geiste derer, welche Figaro beschreibt. — Der Vorgang mit Mallinckrodt's „Westphälischem Anzeiger" ist wirklich skandalös."

Unter diesen Umständen hielt es Mallinckrodt für zweckmäßig, sich einen neuen Wirkungskreis außerhalb Preußens zu suchen; er verkaufte seine Buchhandlung und Buchdruckerei an einen Dr. Heinrich Schulz in Hamm und siedelte nach Jena über, wo er eine Professur zu übernehmen und Görres Zeitung unter dem Titel „Neuer Rheinischer Merkur" fortzusetzen gedachte. Seine Bemühungen um Erlangung einer Professur waren aber vergeblich, und der „Neue Rheinische Merkur" ging sehr bald, da er beim Publikum nicht die nötige Unterstützung fand, wieder ein, worauf Mallinckrodt nach Westfalen zurückkehrte, um sich auf seinem kleinen Gute zu Schwefe bei Soest der Landwirtschaft zu widmen. Doch starb er dort, verbittert und verdüstert, bereits 1825, noch nicht 58 Jahre alt.

Dr. Heinrich Schulz hatte mittlerweile bereits im Juli 1818 die Erlaubnis zur Wiederherausgabe des „Westphälischen Anzeigers" erhalten, durfte ihn aber selbstverständlich nur im regierungsfreundlichen Sinne und unter strenger Zensur erscheinen lassen. Der Hauptsprecher darin war jetzt der Professor Johann Friedrich Benzenberg (gest. 1846.) Er führte fortan in dem Blatte über alles und jedes das große und gar häufig recht taktlose Wort. Ein entschiedener Anhänger Preußens, warf sich der sonst vollständig liberale Mann, berufen und unberufen, zum Verteidiger des Fürsten Hardenberg auf, ohne zu ahnen, daß der alte, längst in Marasmus verfallene Staatskanzler nur noch von der herrschenden Rückschrittspartei Wittgenstein-Kamptz gehalten und geschoben wurde. Aus seinen volkstümlich und lebendig geschriebenen Aufsätzen hat sich übrigens mancher Ausspruch bis in unsere Tage erhalten, so z. B. der Satz „Zahlen beweisen!", der heute noch ein geflügeltes Wort ist.*) In der Beilage des „An-

*) Berger, Der alte Harkort. Lpzg. 1896, S. 183.

zeigers", dem „Kunst- und Wissenschaftsblatte", erschien der junge Heinrich Heine als Mitarbeiter; er veröffentlichte darin 1820 den Aufsatz „Die Romantik" und 1822 zwei „Briefe aus Berlin".

---

3. Die sonstigen preußischen Zeitungen des Westens. Des Generalgouverneurs Sack Grundzüge einer Zensur. Die Aachener Zeitungen. Friedrich Wilhelm III. mißbilligt die Haltung der Aachener Zeitungen. Beschränkung der Preßfreiheit. Verweis wegen zu großer Nachsicht gegen die Aachener Blätter. Die Auflagen der Aachener Zeitungen. Die Kölner Blätter. Der religiöse und volkswirtschaftliche Standpunkt der „Kölnischen Zeitung". Die Blätter in Krefeld und Kleve Die ärmliche Presse in Düsseldorf. Die Blätter in Elberfeld und Solingen.

Leider blieben der „Rheinische Merkur" und der „Westphälische Anzeiger" in der in Rede stehenden Zeitperiode die einzigen preußischen Blätter von besonderer Eigenart und von reicherem geistigen Inhalt; alle übrigen vermochten sich aus ihrer bisherigen Gedrücktheit und Geistesarmut so bald nicht zu erheben. Auf den Zeitungen des Westens lastete noch immer ein gut Teil von dem Alpdruck der zwanzigjährigen Fremdherrschaft; verängstigt und verschüchtert, wußten sie einen neuen Ton zunächst nicht zu finden, und die Zeitungen des Ostens standen nach wie vor unter einer strengen Polizeiaufsicht. „Wenn so etwas," schrieb Arnim im Hinblick auf den „Rheinischen Merkur" an Görres, „nur auch in der Mark gedruckt werden dürfte!"*)

Von diesen Blättern sind aus dem westlichen Teile der Monarchie hervorzuheben die Zeitungen von Aachen, Köln, Krefeld und Kleve, die unter der Jurisdiktion des Generalgouverneurs Sack standen, der seinen Sitz in Aachen hatte, und weiterhin die Zeitungen von Düsseldorf, Elberfeld und Solingen, über die der schon wiederholt genannte Generalgouverneur Gruner zu Koblenz die Aufsicht führen mußte. Erfreulicherweise waren beide Generalgouverneure wohlwollende Männer, die den Zeitungen den Übergang in die neue Ordnung möglichst erleichterten

---

*) Sepp, S. 224.

und in den Wirrwarr, den sie vorfanden, mit schonender Vorsicht eingriffen.

Zunächst hoben sie den von der französischen Regierung eingeführten drückenden Zeitungsstempel auf, und dann stellte Sack die Grundzüge einer Zensur fest, über die der Gouvernementskommissar Boelling unter dem 24. Mai 1814 den Kreisdirektoren folgende Mitteilung machte: Die Zensur bezwecke, nicht zu dulden, daß etwas Anstößiges gegen Privatpersonen, öffentliche Beamte und Regierungen, eine Hintansetzung der Pflichten gegen Kirche und Staat, etwas die Ehrsamkeit und Sittsamkeit Verletzendes, oder eine Verbreitung von beunruhigenden, verführerischen oder falschen Nachrichten in den Zeitungen gedruckt werde. Alle öffentlichen Blätter müßten, ehe sie in die Druckerei gingen, nachgesehen und zensiert werden. In Aachen sei der Generalsekretär Körfgen Zensor, anderwärts seien die Kreisdirektoren mit der Zensur beauftragt. Weiterhin wird dann noch in einer Verfügung vom 10. Oktober 1814 das konfessionelle Gebiet berührt. „Es ist bekannt", so lautet der Erlaß, „welchen Eindruck auf das Volk diejenigen Nachrichten machen, welche die Gottesverehrung, die Verhältnisse der Geistlichkeit und dergleichen betreffen. Ich empfehle Ihnen daher angelegentlichst, die Artikel dieses Gegenstandes, welche für die öffentlichen Tagesblätter bestimmt sind, auf das sorgfältigste zu prüfen und bei der Zensur alles zu unterdrücken, was einen übeln Einfluß auf die Ruhe der Gemüter haben und die bestehende Verfassung irgendwie verletzen könnte."

Von der Aachener Zeitungslitteratur erschien nach dem Abzuge der Franzosen, da mit diesen natürlich auch die „Präfekturakten" und das „Journal de la Roer" dahingegangen waren, nur noch die „Aachener Zeitung", jetzt im Verlag von Matthias Weiß. Bald nachher erstand aber der „Aachener Wahrheitsfreund", herausgegeben von Thomas Vliecks, wieder, der 1809 als „Aachener Merkur" unterdrückt worden war (Vergl. Band II, S. 99), und weiterhin traten „Der Nouvelliste", herausgegeben von Jos. Jak. Bovard, und das Wochenblatt „Aurora", redigiert von dem berüchtigten Franz Theodor Matthias Bier=

gans, der einst den wutschnaubenden „Brutus, den Tyrannenfeind“ in die Welt geschleudert hatte (Vergl. Band II, S. 24), ins Leben; auch wurde von der Regierung ein amtliches Blatt, „Journal des Nieder- und Mittelrheins“, redigiert von Dr. Stein, gegründet. Es erschien vom 10. März 1814 ab in Quart und wurde bei Beaufort gedruckt.

Von allen diesen Zeitungen ging nur die „Aurora“ über die gesteckten Grenzen hinaus und wurde daher am 5. Febr. 1815 unterdrückt. Sie hatte zwei Artikel in ihrer Nummer vom 3. Februar 1815 gebracht, die Anstoß erregten. In einem dieser Artikel witzelte Biergans über den Wiener Kongreß und sprach unter anderem von Wiener Kaffeehausnachrichten, wobei er gleichzeitig den Herausgeber des amtlichen „Journals des Nieder- und Mittelrheins“ lächerlich zu machen versuchte; in dem anderen wendete er sich gegen den in den Regierungskreisen wegen seiner deutschfreundlichen Haltung sehr angesehenen Herausgeber der „Aachener Zeitung“, Matthias Weiß. Der Zeitungsdrucker Weiß, so wurde in der „Aurora“ gesagt, sei von den Franzosen zur Belohnung für die dem französischen Justiz- und Polizeiminister geleisteten heimlichen und öffentlichen Dienste den Aachenern aufgedrungen worden. Er sei ein geborener Ungar und tische seinen Lesern Pariser Lügen und „Moniteur“-Dummheiten in einer halb hunnischen, halb französisch-deutschen Sprache auf. Der Generalgouverneur Sack verbot das Weitererscheinen des Blattes mit der Begründung, daß es „durchaus als ein Tummel-Platz anzüglicher und ärgerlicher Persönlichkeiten, welche selbst die liberalste Preßfreiheit niemals in Schutz nehmen kann“, angesehen werden müsse. In der Bevölkerung fand diese Maßregel nur allgemeine Billigung.

Die übrigen Aachener Zeitungen hielten sich sehr vorsichtig; lief ihnen aber dennoch einmal ein freies Wort mit unter, so war der Zensor sofort bei der Hand und tilgte den Satz. Solche Fälle kamen selbst bei dem amtlichen „Journal des Nieder- und Mittelrheins“ vor, ja diesem wurde am 29. November 1814 sogar eine ganze Seite gestrichen, die dann vollständig weiß zur Ausgabe kam. Trotzdem war die Königliche Regierung in Berlin

wenig mit den Aachener Blättern zufrieden, und Mitte Juni 1815 lief aus dem Kabinett Friedrich Wilhelms III. beim Generalgouverneur des Niederrheins eine Ordre ein, in der der König erklärte, er habe im „Rheinischen Merkur" und anderweitig Aufsätze gelesen, die von einer „ganz ungeregelten Licenz ihrer Verfasser" zeugten.*) Ein derartiger Artikel sei der in einer der letzten Nummern der „Aachener Zeitung" gegen die bayerische Regierung erschienen, dessen Verfasser, Verleger und Verbreiter als Ruhestörer anzusehen seien, gegen die man nach der Strenge der Gesetze verfahren werde. Behörden, die aus Fahrlässigkeit oder Nachsichtigkeit solche Artikel durchgehen ließen, seien hierfür verantwortlich. Der König werde sich von jetzt ab lediglich an „die Mitglieder der Behörden halten, welche in ihrem Ressort solche Aufsätze oder irgend etwas aufkommen ließen, wodurch die Einigkeit der Verbündeten gestört, oder eine gegen die Regierungsformen gerichtete Stimmung auch nur entfernt hervorgebracht werden könnte." Hiernach habe sich das Generalgouvernement vom Niederrhein entschieden zu richten.

Diese Ordre des Königs gab der Generalgouverneur Sack ordnungsmäßig an den Gouvernements-Kommissar Boelling weiter mit der Anweisung, sich den königlichen Befehl bei der Aufsicht über die Zeitungen zur strengen Richtschnur dienen zu lassen. „Übrigens habe ich," fügte er aber hinzu, „wie ich Euer Hochwohlgeboren hierdurch vertraulich eröffne, um in den Stand gesetzt zu werden, mit dem pünktlichsten Gehorsam gegen Königliche Allerhöchste Immediat-Befehle die Handhabung der liberalen, auf

*) Gemeint ist folgende Auslassung: „Nach dem „Rheinischen Merkur" hat die Regierung in Bayern die deutsche Tracht — oder vielmehr alle besonderen Abzeichen, z. B. Kreuze von Metall auf Münzen u. s. w., durch eine Verodnung dd. Aschaffenburg, den 2. Mai dieses Jahres — verboten. (Wahrscheinlich fürchtet der Graf Montgelas, daß die Bayern zu deutsch für einen Montgelas werden möchten, oder er kann kein anderes Kreuz leiden, als das, welches er den bayerischen Untertanen auflegt)." Der Artikel war aus dem „Rheinischen Merkur" in das amtliche „Journal des Nieder- und Mittelrheins" (Nr. 59 vom 18. Mai 1815) und von dort in die „Aachener Zeitung" übergegangen.

Preßfreiheit bezogenen preußischen Staats-Maximen auch ferner vereinbaren zu können, in einem heutigen Berichte an des Herrn Fürsten Staats-Kanzlers Durchlaucht diesen Gegenstand umständlicher erörtert und eine genauere Instruktion mir erbeten. Vom Resultate werde ich Euer Hochwohlgeboren demnächst in Kenntnis setzen; unterdessen aber muß des Königs deutlich erklärter Wille streng befolgt werden, und ich kann nicht umhin, dafür, daß dieses innerhalb Ihres Verwaltungsbezirkes geschehe, die von Sr. Majestät mir auferlegte persönliche Verantwortlichkeit auf Euer Hochwohlgeboren wiederum pro rata zu übertragen."

Darauf verdoppelte Boelling seine Aufmerksamkeit; er war aber doch ziemlich unsicher, wie weit er in der Beschränkung der Presse gehen solle, und fragte daher unter dem 23. Juli, als die Aufregungen über die Schlacht bei Waterloo vorüber waren, bei dem Generaglouverneur an, ob denn, da der König den „Rheinischen Merkur" speziell genannt habe, Abdrücke aus diesem künftighin vollständig vermieden werden müßten. Allein der Generalgouverneur konnte sich zu solcher Härte nicht entschließen. Im allgemeinen, antwortete er bereits am 25. Juli, könne kein Grund vorhanden sein, den im „Rheinischen Merkur" enthaltenen Aufsätzen die Aufnahme in Aachener Tagesblätter zu versagen; immerhin sei es gewiß, daß der unter seiner persönlichen Verantwortlichkeit schreibende Herausgeber des „Rheinischen Merkurs" nicht selten Dinge sage, die dem gebildeten und verständigen Publikum seines litterarischen Wirkungskreises zwar ohne Bedenken zur Beurteilung überlassen werden könnten, die man aber doch nicht durch Tagesblätter einer niederen Sphäre auch unter den großen Haufen verbreiten lassen dürfe. Nach diesen Grundsätzen werde also der Zensor solcher Tagesblätter vorkommenden Falls mit Umsicht zu verfahren haben.

Solchen liberalen Anschauungen huldigte man aber in Berlin keineswegs. Bekanntlich wurde der „Rheinische Merkur" schon zu Neujahr 1816 verboten, und dem „Oberpräsidenten der Königlich Preußischen Provinzen am Rhein" (diesen Titel hatte Sack mittlerweile erhalten) wurde zugleich mit der Mitteilung dieser Maßregel eine Rüge für seine Nachsicht, die er der Presse gegenüber

geübt habe, erteilt. Dieser Tadel berührte Sack offenbar sehr unangenehm, und er sah jetzt davon ab, fernerhin irgend welche Nachsicht zu üben. Seinem Gouvernements-Kommissar Boelling schrieb er am 9. Januar 1816, Seine Majestät habe ihn bei der Mitteilung von der Unterdrückung des „Rheinischen Merkurs" zugleich benachrichtigt, daß ein Gesetzentwurf über die Preßfreiheit zur Zeit im Ministerium beraten werde, und ihm, unter Mißbilligung der bisher gestatteten Freiheit, zur Pflicht gemacht, bis zum Erscheinen dieses Gesetzes „die Zeitungen und Journale im Zaum zu halten". Er weise ihn (den Boelling) daher hiermit an, die Strenge der Zensur dergestalt zu verdoppeln, daß durchaus keine Stelle passiere, in welcher beleidigende Ausfälle gegen eine fremde Regierung oder unbefugte Kritiken und Urteile über Handlungen der preußischen Regierung oder über Gegenstände des preußischen Staatshaushaltes oder des Verhältnisses Preußens zum Auslande enthalten seien. „Für die genaue Befolgung dieser Vorschrift," schloß er, „muß ich Euer Hochwohlgeboren ebenso mir persönlich verantwortlich machen, als ich Seiner Majestät dafür verantwortlich bin."*)

Damit war den Zeitungen am Niederrhein und im Generalgouvernement Berg jedes freie Wort abgeschnitten. Doch bedeutete das — seit dem „Rheinischen Merkur" der Garaus gemacht worden war — im Grunde nicht sehr viel, da sich unter all den Blättern der weiten Landschaft kein einziges von einer gewissen Bedeutung befand. Sie boten alle nur einen ärmlichen Inhalt und besaßen auch nur eine außerordentlich geringe Auflage. Zufällig sind wir über diese ganz genau unterrichtet, da Sack Ende Dezember 1815 über die im Gebiete des ehemaligen Rördepartements und der Provinz Berg erscheinenden Zeitungen eine Statistik aufnehmen ließ, und dieses Aktenstück sich im Düsseldorfer Staatsarchiv erhalten hat. Danach erschien die „Aachener Zeitung", die dreimal wöchentlich herauskam und 15 Franks jähr-

*) Die hier angeführten Schriftstücke befinden sich im Königl. Staatsarchive zu Düsseldorf, Rördepartement, Gouvernements-Kommissariat, 4. Division Nr. 13.

lich kostete, in 800 Exemplaren, „Der Nouvelliste“ (viermal wöchentlich; 16 Franks) in 300 Exemplaren, der „Aachener Wahrheitsfreund“ (viermal wöchentlich; 15 Franks) ebenfalls nur in 300 Exemplaren; von dem amtlichen „Journal des Nieder- und Mittelrheins“ wurde die Höhe der Auflage nicht angegeben. In einer amtlichen Bemerkung werden diese Aachener Blätter außerdem noch flüchtig charakterisiert. Es heißt da: Gegen die „Aachener Zeitung“ nichts zu erinnern, höchstens nur, daß ihre Nachrichten selten neu sind. Beim „Nouvellisten“ ist die gute Auswahl zu loben. Der „Aachener Wahrheitsfreund“ ist die mittelmäßigste der in Aachen erscheinenden Zeitungen. Die Auswahl ist nicht die beste, die Artikel werden spät geliefert. Der Verfasser ist der französischen Sprache nicht mächtig, was inkorrekte Übersetzungen zur Folge hat.

In Köln waren nach dem Abzuge der Franzosen auch der „Beobachter im Roer-Departement“, die „Gazette de Cologne“, der „Mercure du département de la Roër“ und die „Feuille d'affiches“ verschwunden, dagegen aber die drei 1809 unterdrückten Blätter: die „Kölnische Zeitung“, der „Welt- und Staatsbote“ und der „Verkündiger“ wieder erstanden. Doch wurden diese sofort unter die Zensur der verbündeten Heerführer gestellt, was ihnen der Maire der Stadt, Wittgenstein, unter dem 14. Februar 1814, in folgendem amtlichen Schreiben mitteilte:

„In Gefolge eines Schreibens des Herrn Stadt-Kommandanten, welches ich soeben erhalte, muß von heute an der Inhalt aller hier ausgehenden Zeitungen einen Tag vor ihrer Erscheinung im Publikum an den Herrn Aswerdson, Obrist, Kommandeur der Leibgarde zu Pferde, Chef des Hauptquartiers Sr. K. H. des Kronprinzen von Schweden, der unter Sechszehnhäuser bei Madame Keil einquartiert ist, eingereicht werden und nach dessen Erlaubnis und Unterschrift auf dem Bureau des Herrn Stadt-Kommandanten visiert werden.“

Nach dem Einmarsch des Heeres in Frankreich übernahm dann Sack die Oberaufsicht über die Presse.

Die „Kölnische Zeitung“ begann bereits am 16. Jan. 1814 wieder zu erscheinen und nahm dann unter der umsichtigen Leitung

von Marcus Du Mont bald einen lebhaften Aufschwung. Hatte sie bei ihrer Unterdrückung 1809 nur 326 Abonnenten gehabt, so konnte sie bei der Aufstellung der Statistik im Dezember 1815 bereits eine Auflage von 1500 bis 2000 Exemplaren angeben. Sie kostete jetzt 5 Reichstaler 20 Stüber das Jahr, erschien aber noch wie ehedem, als das Jahresabonnement bloß 2²/₃ Reichstaler betrug, nur in klein Quart und auch nur einmal wöchentlich. Der Inhalt war daher auch jetzt noch sehr spärlich. Längere Berichte konnten bei so beschränktem Raum nur nach mannigfachen Unterbrechungen veröffentlicht werden. Die Schilderung der am 15. Mai 1815 vollzogenen Huldigungsfeier in Aachen, dem amtlichen „Journal des Nieder- und Mittelrheins" entlehnt, bedurfte zu ihrem vollständigen Abdruck mehrere Wochen, vom 21. Mai bis 15. Juni, und schließlich mußte sich die Redaktion an dem letzten Tage noch zu einer in kleinerer Schrift gedruckten Beilage bequemen, um sich des Berichtes endlich zu entledigen. Auch mit der Schnelligkeit der Übermittlung von Meldungen hatte es noch immer seine großen Schwierigkeiten. Die Nachrichten aus Frankfurt brauchten nach wie vor vier Tage, um nach Köln zu gelangen, und die aus Paris sogar eine volle Woche. Außergewöhnlich schnell erhielt dagegen die Zeitung die Kunde von der Schlacht bei Waterloo, die am 18. Juni 1815 abends entschieden ward. Der preußische Oberst von Thiele, am 19. Juni vom Fürsten Blücher aus dem Hauptquartiere zu Charleroi abgefertigt, brachte am 20., nachmittags 2 Uhr, den ersten vorläufigen Siegesbericht nach Köln, worauf die „Kölnische Zeitung" die frohe Botschaft sofort durch ein Extrablatt verbreiten ließ. Die gut-deutsche Gesinnung, die hier und auch bei andern Gelegenheiten in der Zeitung zum Ausdruck kam, veranlaßte denn auch Görres gelegentlich (Rh. Merk. Nr. 80) zu dem Urteil: „Die „Kölnische Zeitung" hat öfter, auch in der Zeit der Gefahr, guten Geist bewährt und sich nicht minder ihr eigenes Urteil gebildet." Im weiteren Verlaufe der Jahre trat bei der Zeitung mehr und mehr eine streng-katholische Tendenz hervor, die sich u. a. bei der Wiedereinführung der Fronleichnams-Prozession im Jahre 1818 in begeisterten Worten äußerte. Über

re heutige ganz entgegengesetzte Richtung werden wir erst weit
äter zu berichten haben. Ebenso wie ihre religiösen, so waren
der in Rede stehenden Periode auch ihre volkswirtschaftlichen
nsichten genau die entgegengesetzten von heute. Mit großem
achdruck wandte sich die Zeitung besonders gegen den Gebrauch
r Maschinen. „Eine Maschine macht", schrieb sie 1818 in
nem Leitartikel über das englische Maschinenwesen, „oft die Ar-
iten von tausend Menschen entbehrlich und bringt den Gewinn,
n sonst alle diese Arbeiter teilten, in die Hände eines einzigen ...
lit jeder abermaligen Vervollkommnung werden neue Familien
otlos; jede neu erbaute Dampfmaschine vermehrt die Zahl der
ettler, und es steht zu erwarten, daß sich bald alles Vermögen
den Händen einiger tausend Familien befinden und der übrige
il des Volkes als Bettler in ihre Dienstbarkeit geraten werde.
uß nicht jeder Menschenfreund schmerzlich ergriffen werden von
n Gedanken, daß es dahin kommen kann und aller Wahr-
einlichkeit nach dahin kommen muß? Wir sind der Meinung,
ß der Schade, den unser Gewerbe durch das englische Maschinen-
sen erleidet, obwohl er sehr fühlbar ist, bei weitem leichter
ragen werden kann, als der Druck, der aus dem Flor der zu
r durch Maschinen vervollkommneten Fabriken erwachsen würde,
Deutschland mit drei bis vier Millionen Bettlern bevölkern
irden." Glücklicherweise wurde die Entwicklung der rheinischen
dustrie durch solche irrigen Ansichten nicht aufgehalten, und der
ohlstand des Westens wuchs rasch, wenn auch nicht gerade in
Stadt Köln selbst, wo noch in den zwanziger Jahren eine
che Armut herrschte, daß, wie der Erzbischof Graf Spiegel an
Freiherrn von Stein schrieb, „im Durchschnitt der dritte
ann Unterstützung bedürfe."*)

Auch der „Welt- und Staatsbote" entwickelte sich nach
nem Wiedererscheinen günstig. Er hatte bei seiner Unterdrückung
09 nur 708 Abonnenten gehabt, konnte aber bei der statistischen
fstellung im Dezember 1815 eine Auflage von 1400 Exem-
ren angeben. Er erschien, redigiert vom Gerichtsschreiber

---

*) Pertz, Leben Steins, Bd. VI, S. 553.

Weber, viermal wöchentlich und kostete 5 Reichstaler 20 Stübe jährlich.

Kümmerlich sah es dagegen mit dem Inseratenblatte „De Verkündiger" aus, das der Buchdrucker Heberle „in Ve bindung mit mehreren Litteraten" zweimal in der Woche heraus gab; es wurde nur in 400 Exemplaren aufgelegt.

In Krefeld erschien auch in der neuen Zeit das „Krefeld Wochenblatt" der Witwe Schüller nur wöchentlich einmal*) u brachte auch nach wie vor neben den Privatanzeigen nur Ve fügungen der Behörden und Bekanntmachungen. Mitteilunge politischen Inhalts waren streng untersagt, und der neue ene gische Kreisdirektor Wilhelm Bene hielt sehr streng auf die B obachtung dieses Verbotes. Besonders wichtige Nachrichten, w die Verbannung Napoleons, die Einnahme von Paris u. s. w wurden von Amtswegen mitgeteilt. Das Jahresabonnement b lief sich auf 2 Reichstaler; die Auflage war Ende 181 220 Exemplare. Und auch in Kleve entwickelte sich zunäch kein neues Leben. Der „Kourier des Niederrheins", zweim wöchentlich von dem Gerichtsschreiber Koch herausgegeben, konn auch fürderhin nur in 150 Exemplaren gedruckt werden.

Ebenfalls in ihren bisherigen bescheidenen Verhältnissen ve blieben in der in Rede stehenden Periode die Zeitungen d General-Gouvernements Berg, die Blätter in Düsseldorf, Elbe feld und Solingen.

Trotz seiner günstigen geographischen Lage vermochte si Düsseldorf doch nur langsam aus der allgemeinen Zerrüttun zu erholen. Die 26600 Einwohner hatten weder Unternehmung geist, noch führten sie ein regeres geistiges Leben. Es florier daher auch nur das vom Gouvernements-Buchdrucker Hofkamme rat Stahl herausgegebene „Intelligenzblatt", das wöchentlich ei mal erschien und eine Auflage von 1200 Exemplaren besaß. E kostete jährlich in Düsseldorf 1 Reichstaler 30 Stüber und konn

*) Wir möchten hier einmal gelegentlich bemerken, daß Wochenblät auch zweimal und noch öfter wöchentlich erschienen; man behielt, wenn sich Blätter auswuchsen, doch den alten Titel gern bei.

n Lande" postfrei für 2 Reichstaler und 10 Stüber bezogen
rden. Neben dem „Intelligenzblatte" gab Stahl auch jetzt noch
s politische „Abendblatt" dreimal in der Woche heraus, das
er nur in 600 Exemplaren erschien, und zwar bei einem
onnementspreise von 4 Reichstalern für Düsseldorf und 5 Reichs-
ern 20 Stübern auswärts, durch die Post bezogen. Damit
eint das Bedürfnis der Stadt gedeckt gewesen zu sein, denn die
den politischen Blätter, die noch außerdem und sogar täglich
:auskamen, die „Düsseldorfer Zeitung", redigiert von Rauscheid,
druckt von Boyemann, und die „Niederrheinischen Blätter",
digiert von dem Freiherrn von Kerz, gedruckt von Stahl, ver-
ochten kaum ihr Leben zu fristen. Das erstere hatte (bei einem
hrespreise von 5 Reichstalern) nur 340 und das letztere (das
Reichstaler kostete) sogar bloß 300 Abnehmer!

Etwas besser lagen die Verhältnisse der beiden Zeitungen
betriebsamen Elberfeld. Dort konnte sich die Büschlersche
llgemeine Zeitung" unter der sorgfältigen Leitung des Dr.
hholz bei täglichem Erscheinen einer Auflage von 1600 Exem-
ren erfreuen, ebenso das „Elberfelder Intelligenzblatt", eine
ilage zur „Allgemeinen Zeitung", die zweimal in der Woche
ausgegeben wurde. Das Abonnement für die „Allgemeine
itung" betrug 5 Reichstaler bergisch; das „Intelligenzblatt"
rde den Abonnenten der Zeitung gratis verabreicht. Das zweite
berfelder Blatt, die „Provinzial-Zeitung", mit der wöchentlichen
ilage „Niederrheinischer Anzeiger", das auch jetzt noch im Ver-
e des Buchhändlers Mannes erschien, stand zwar nicht mehr
der Höhe, die es beim Ende des 18. Jahrhunderts einge-
nmen hatte (Vergl. Band II, S. 33), immerhin belief sich die
flage doch noch auf 500 Exemplare. Der Preis war eben-
ls 5 Reichstaler bergisch.

Der in Solingen von dem Buchdrucker Siebel zweimal
chentlich zum Preise von 1 Reichstaler herausgegebene „Ver-
idiger, ein gemeinnütziges Volksblatt" (Aufl. 250 Expl.) war
eutungslos.

4. Die Berliner Presse. Görres über die künftigen Aufgaben der deutsch[en] Zeitungen. Die Spenersche und die Vossische Zeitung. Die Zensur. Blüch[er] über die Zensoren. Die Gründung des „Preußischen Korrespondenten[“.] Sein Leiter B. G. Niebuhr und dessen Eröffnungs-Artikel. Oftmalig[er] Wechsel in der Leitung (Göschen, Schleiermacher, Arnim, Arndt). Die e[cht] patriotische Haltung des Blattes. Die Kümmerlichkeit der Inserate. En[de] des Blattes. Die Zensur wird verschärft. Die Berliner Presse wird imm[er] kläglicher. Bildung eines Vereins zu Gunsten der Preßfreiheit. Gründu[ng] der „Allgemeinen Preußischen Staatszeitung“. Ihr Programm. Ihr R[e]dakteur F. A. von Stägemann. Die Haltung der Zeitung.

Noch weniger, als von den eben geschilderten Zeitungen d[es] preußischen Westens ist von der Zeitungslitteratur des preußisch[en] Ostens während der Jahre 1814 bis 1819 zu sagen. Dort, [in] den sogenannten alten Provinzen, waren auch während des Krieg[es] die Einrichtungen des Staates nicht aus den Fugen gewichen, u[nd] die Regierung hatte die Zügel fest in der Hand behalten. Daru[m] erfuhr denn auch, obgleich die Rücksichten auf Napoleon gefall[en] waren, die Aufsicht über die Presse nicht die geringste Milderun[g.] Das trat besonders grell in Berlin hervor.

Nach dort blickte wohl Görres hauptsächlich, als er i[m] Sommer 1814 in einem Artikel des „Rheinischen Merkurs“ da[r]legte, wie sich nunmehr die großen deutschen Zeitungen zu en[t]wickeln hätten. „Da Deutschland endlich wieder eine Geschich[te] gewonnen“, schrieb er, „da es in ihm zu einem Volke gekomme[n,] zu einem Willen und zur öffentlichen Meinung, wird es si[ch] wohl auch also fügen, daß es Zeitungen erhält, die mehr si[nd] als der magere geist- und kraftlose Index dessen, was geschehe[n.] Wenn ein Volk teilnimmt am gemeinen Wohl, wenn es si[ch] darüber zu verständigen sucht, was sich begibt, wenn es dur[ch] Taten und Aufopferungen sich wert macht, in den öffentlich[en] Angelegenheiten Stimme und Einfluß zu gewinnen, dann verlan[gt] es nach solchen Blättern, die, was in allen Gemütern treibt u[nd] drängt, zur öffentlichen Erörterung bringen, die es verstehen, [im] Herzen der Nation zu lesen, die unerschrocken ihre Ansprüche [zu] verteidigen wissen, und die dabei, was die Menge dunkel und b[e]wußtlos in sich fühlt, ihr selbst klar zu machen und deutlich au[s-]

gesprochen ihr wiederzugeben verstehen. So weit hat sich Deutschland jetzt entwickelt, das sollen die Zeitungen verstehen, sie sollen sich würdig machen, daß das Volk als seine Stimmführer sie achte und erkenne, und sie werden ein ehrenvoll und gesegnet Amt verwalten. Auch die Regierungen sollen das erkennen, keine falsche Angst soll sie antreiben, daß sie in diese heilsame Geisterbewegung im Innern der Völker störend eingreifen; keine ängstliche Zensur soll den allgemeinen Umlauf der Ideen hindern. Sind die Gedanken einmal erst entbunden, hat sich sogar, wie's allenthalben der Fall ist, das freimütige Wort schon dazu gefunden, wie ist es töricht, noch zuletzt den Buchstaben zu fesseln, und wer kann den süßen, faden Most aufhalten, wenn er zu seiner Zeit gekommen, daß er zu Weine wird. Keine Regierung wird bei den Deutschen, die so viel halten auf den freien geistigen Verkehr, sich gründlicher verhaßt machen können, als jene, die es etwa versuchen wollte, dem freimütigen Wahrheitssinne in diesen Zeiten Banden zu bereiten und im Reiche der Gedanken die vertriebene Sperre und die gesprengten Mautlinien anzulegen." Er wirft dann einen Blick auf die französischen und englischen Zeitungen, die er unbedeutend und einseitig findet, und meint, die deutschen Zeitungen könnten wohl zu etwas Höherem gedeihen. „Aber vorerst soll es uns genügen," fährt er fort, „sind wir nur so weit gekommen, daß unsere Zeitungen wahre Volksblätter geworden sind, Stimmen, durch welche die Völker zu einander und zu den Fürsten sprechen. Recht eigentlich soll es die ehrenvolle Bestimmung solcher Blätter sein, ständisch zu werden; sie sollen in Zucht und Maß, wie sich geziemt, aber auch äußerlich frei und ungefesselt, das Wort für die öffentliche Meinung führen; Tribunen, sollen sie die große Mehrheit vertreten, sie sollen der Mund des Volkes und das Ohr des Fürsten sein. Was alle wünschen und verlangen, soll in ihnen ausgesprochen werden; was alle drückt und plagt, darf nicht verhohlen bleiben; einer muß sein, der da die Wahrheit zu sprechen verbunden ist, unumwunden, ohne Vorbehalt und Hindernis. Denn nicht geduldet, nein geboten muß die Freimütigkeit in guter Verfassung sein; der Redner soll als eine geheiligte Person dastehen, so lange,

bis er durch eigene Schuld und Lüge sein Recht eingebüßt. Die solcher Freiheit entgegenarbeiten, machen sich verdächtig, daß das Bewußtsein einer großen Schuld sie drückt: wer recht handelt, scheut nicht die offene Rede; sie kann am Ende nur dazu führen, daß Ehre werde, wem Ehre gebührt; die aber auf Unrat und Dunkel angewiesen sind, lieben freilich die Heimlichkeit. Die Deutschen haben aber gar wohl verdient, da sie ihr Recht erstritten, daß man ihnen auch ihr Recht angedeihen lasse. Unschädlicher wie bei ihnen kann nirgend die freie Erörterung sein; heilbringender gleichfalls in keinem Lande, da gutes Wort nirgend bessern Boden findet, gehäßiger jeder Zwang unter keinem Volke. Die Regierung, die sich diesem allgemein herrschenden Sinne fügt, wird schon dadurch allein populär und gewinnt ein Übergewicht gegen jene, die mit scheuer Furcht alles zu verhüllen und zu bedecken strebt. Es ist einmal so die Stimmung aller Geister, daß jeder Zwang sie hart versehrt und empört; eher noch lassen sie sich eine verletzende Tat gefallen, als daß sie das Reich des Gedankens irgend einer Beschränkung unterwürfen. Darum sollen die Zeitungen ihr Recht sich nehmen, und die Regierungen und jene, die zu Aufsehern gesetzt sind, sollen es nicht verwehren. Die ganze Regierungskunst besteht einzig darin, die Zeichen der Zeit zu verstehen und zu handeln, wie sie gebieten."

Aber dieser Appell an die Regierungen zu Gunsten einer freien Presse verhallte ungehört, besonders auch in Berlin. Die beiden alten Zeitungen der Hauptstadt, die „Spenersche" und die „Vossische Zeitung", die auch noch weiterhin im kümmerlichen Quartformat erschienen, wurden nach wie vor in schweren Banden gehalten. Hatten sie schon über die Befreiungskriege nur sehr knappe Berichte bringen dürfen, so war ihnen über die Kongreßverhandlungen erst recht jede Mitteilung, etwa aus irgend welchen Aktenstücken, streng verboten. Nur was ihnen hie und da aus dem Kabinette des Fürsten Hardenberg zugesandt wurde, durften sie veröffentlichen, und das war herzlich wenig. Die „Spenersche Zeitung" brachte solch einen Bericht aus der Hardenbergschen Kanzlei, z. B. am 16. und 18. Februar 1815; es wurden dort aber nur die Länder aufgezählt, die Preußen um

des lieben Friedens willen hatte opfern müssen. Besonders geklagt wurde um den Verlust von Bayreuth und Anspach, jedoch auch dargelegt, welche zwingenden Gründe es nötig gemacht hatten, daß Preußen solche Opfer brachte. Ein anderes, aber weit wichtigeres Aktenstück, das ihr von Hardenberg zuging, konnte die „Spenersche Zeitung“ am 21. März 1815 veröffentlichen; es war die Achtserklärung, die am 13. März die auf dem Wiener Kongreß versammelten Fürsten gegen den von Elba entflohenen Napoleon Bonaparte erlassen hatten.

Für diese Zuwendungen hatten sich die Zeitungen aber auch dankbar zu erweisen; sie mußten spaltenlange verherrlichende Artikel über die Monarchen und ihre Minister bringen und ausführlich die prächtigen Feste schildern, die sich die hohen Herrschaften in Wien gaben, alles im Tone höchster Ehrfurcht und Bewunderung. Ja, die „Spenersche Zeitung“ mußte sich sogar bereit finden lassen, ihren Lesern die berüchtigte Schmalzsche Broschüre zu empfehlen, und der Redakteur der „Vossischen Zeitung“, Professor S. H. Catel, sah sich gezwungen, verschiedene Artikel des reaktionären Herzogs Karl von Mecklenburg, die sich gegen das auf den deutschen Universitäten herrschende „Unwesen“ richteten, aufzunehmen, ferner gehässige und beleidigende Artikel von Kamptz gegen Jahn.

Jeder Tadel des unerhörten Schlendrians auf dem Kongresse, jede auch noch so leise Bemängelung der schamlosen Völlerei und Prasserei in Wien war natürlich ganz ausgeschlossen, und als Friedrich Förster, der bekannte Kampfgenosse Theodor Körners, ein Sonett „Blücher, bei der Nachricht von der Heimkehr Napoleons von Elba“ drucken lassen wollte, in dem die Zeilen vorkamen:

Wie werden nun die Herrn in Wien geschmeidig,
Ihr stumpfer Federwisch taugt nicht zum Fegen,
Sie sehen bang sich um nach einem Degen!

da strich der Zensor, der Geheime Rat Renfner, das ganze Sonett. Förster wollte sich aber so kurzer Hand nicht abfertigen lassen; er eilte zu Blücher und bat um dessen Intervention. Der alte Haudegen wehrte jedoch ab und sagte: „Ne, mit die Zensoren

hier mag ich mir nicht befassen; über die hat der Teufel Gewalt, aber ich nicht. Packen Sie man Ihre Schriften ein, und nehmen Sie sie mit nach Paris; da hab' ich zu befehlen, hier nicht." Das tat denn auch Förster, worauf Blücher einige Monate später sein Wort einlöste und das Sonett in Paris in der deutschen Feldzeitung drucken ließ.*)

Unter diesen Verhältnissen vermochte sich denn auch ein neues Blatt, das unter sonst ganz günstigen Auspizien ins Leben gerufen wurde, „Der Preußische Correspondent", nicht zu einer größeren Zeitung zu entwickeln. Doch ist das Blatt trotz alledem für die damalige Epoche eine so charakteristische Erscheinung, daß es ausführlicher betrachtet werden muß.

Als im Frühjahr 1813 die Befreiungskämpfe vorbereitet wurden, hatten die Leiter der Bewegung, besonders Scharnhorst, den Wunsch, es möchte ein von echt vaterländischer Gesinnung getragenes, in frischem Tone geschriebenes Blatt die patriotische Begeisterung weiter anfachen, um, wie sich Achim von Arnim

*) Auch später äußerte Blücher des öfteren seinen Unwillen über die Unterdrückung der Preßfreiheit. In einem Briefe aus dem Jahre 1817 schreibt der Verlagsbuchhändler Georg Andreas Reimer an Niebuhr: „Der alte Blücher .... predigt allenthalben und vor allen Menschen: Preßfreiheit. So hat er jüngst beim Prinzen August an der Mittagstafel gesagt: Weder Sie noch ich erfahren ja, wenn wir dumme Streiche gemacht haben, wenn es uns nicht durch dieses Mittel bekannt wird." (Briefe Reimers an Niebuhr. Publik. der Berliner Litteraturarchiv-Gesellschaft. 1903.)

Die „Teutsche Feldzeitung" war ein Unternehmen des Buchhändlers Bartholomäus Herder aus Freiburg i. Br. Auf Veranlassung Metternichs errichtete Herder im Sommer auf einem Wagen eine Felddruckerei und folgte mit dieser dem österreichischen Hauptquartier nach Frankreich. Die erste Nummer der „Teutschen Feldzeitung" erschien am 24. Juni 1815 im österreichischen Hauptquartier zu Heidelberg. Schließlich gelangte die Felddruckerei bis Paris und gab dort wahrscheinlich verschiedene Nummern einer „Teutschen Feldzeitung aus Paris" heraus. In Briefwechseln wird sie öfter erwähnt. Der Herdersche Verlag in Freiburg i. Br. besitzt indessen außer der Heidelberger Nummer nur eine Pariser Nummer vom 1. August. Irgend eine Bedeutung erlangte die Zeitung nicht; sie kann nur als Kuriosum gelten. Neben dieser „Teutschen Feldzeitung" erschien dann noch eine „Preußische Feldzeitung", redigiert von Hofrat Heun.

einmal später ausdrückte (Nr. 17, 1814), „bei den nahen zweifelhaften Kriegsereignissen durch Zutrauen einige Haltung den Zweiflern, einiges Behagen den Gläubigen mitzuteilen, die Schrecknisse der Furcht mit Träumen guter Ahnung zu bekämpfen und von einer geräuschvollen, zerstreuenden Außenwelt auf die notwendige Sammlung und Stimmung des Innern hinzudeuten."

Zum Leiter des neuen Unternehmens wurde der gelehrte B. G. Niebuhr gewonnen, der 1806 von Stein nach Berlin berufen worden war, längere Zeit an der Spitze der preußischen Finanzverwaltung gestanden und in den beiden Wintern von 1810 und 1811 unter großem Beifall Vorlesungen über römische Geschichte gehalten hatte, und dessen Umsicht und Energie gelang es, bereits am 2. April 1813 mit der ersten Nummer des neuen Blattes hervorzutreten. Allerdings sah diese, der Dürftigkeit der Zeit entsprechend, außerordentlich kümmerlich aus. Sie erschien auf sehr grobem Papier in Quart und zweispaltig, und von den sechs Seiten, die sie darbot, war die letzte zu dreiviertel weiß geblieben. Den nur zwei Finger breiten Kopf bildeten bloß drei Zeilen: der Titel, die Angabe von Nummer und Datum und der Vermerk „Im Verlage der Realschul-Buchhandlung".*) Der Name des Herausgebers fehlte. Die Zeitung kam sodann viermal in der Woche (Montags, Mittwochs, Freitags und Sonnabends) heraus und kostete im ersten Quartale 16 Groschen Kurant, weiterhin bei Vorausbestellung vierteljährlich 22 Groschen Kurant, nach Beginn des Quartals 1 Taler 2 Groschen Kurant. Dazu kamen noch 6 Groschen Stempelsteuer für das Vierteljahr. Die Insertionsgebühren betrugen anfangs 1 Groschen 6 Pf., später nur 1 Groschen für die Zeile.

Der Eröffnungs-Artikel, der aber keine Überschrift trägt, gibt zunächst der Freude Ausdruck, daß die Zeit der Knechtschaft vorüber sei. „Die Freiheit der Rede und der Schrift ist uns wiedergegeben", heißt es, „wie die des Handelns. Das Handeln leiten die Gesetze des Königs: die Verwirklichung weiser Ent-

---

*) Der Besitzer der Buchhandlung war der bekannte Verlagsbuchhändler Georg Andreas Reimer.

würfe des Monarchen, von unerschütterten und auf Gott vertrauenden Feldherren durchdacht und vorbereitet, während der Menge die Erscheinung freier Tage eine leichtblütige Täuschung und nichts als ein Pfad in den immer grundloseren Abgrund der Knechtschaft vor uns zu liegen schien. Das Gefühl der Not, das Beispiel erhabener Völker, der Anblick der Gerichte Gottes erweckte auch in der ganzen Nation den Instinkt der Rettung; er kam den Verordnungen des Königs entgegen, und die Gesetze des Monarchen waren wie einmütig angenommene Beschlüsse einer Volksgemeinde." Dann wirft der Verfasser einen Blick zurück in die traurige Vergangenheit, auf die „faule Feigheit" der Väter, die „wohltätige Züchtigung Gottes", die die Nation erfahren, und erklärt dann, daß jetzt nur der Arm mit den Waffen retten könne, daß aber auch die Feder nicht nutzlos sei. „Wir müssen uns besinnen", fährt er fort, „wir müssen das lange entwöhnte Licht wieder gebrauchen lernen, und um so mehr, da wir es in den früheren Zeiten des äußeren Glückes nicht zu gebrauchen wußten. Der Deutsche muß klar einsehen, was er zu tun hat, er bedarf der Reflexion und des Begriffs. Wir müssen wie Erlöser denken und handeln, nicht wie die, welche ihre Fesseln wild gesprengt haben. Wir müssen noch nicht genießen wollen, sondern nur siegen und unser Vaterland befreien und seine Freiheit fest begründen!"

Dann folgen Kriegsnachrichten, Aufrufe, Bekanntmachungen und Mitteilungen aus anderen Zeitungen, aber es fehlt zunächst jedes System; die einzelnen Notizen werden nur ganz dilettantisch aneinander gereiht, stets durch einen durchgehenden Strich von einander getrennt. Erst im Jahrgange 1814 tritt eine Gliederung des Stoffes ein. Diese unzulängliche Redaktion hatte hauptsächlich darin ihren Grund, daß Niebuhr schon am 27. April ins preußische Hauptquartier berufen wurde, und nun die Leitung des Blattes von einer Hand in die andere ging. Zunächst übernahm Professor Göschen die Redaktion; dieser teilte aber bereits Ende Juni den Lesern mit, daß nunmehr Herr Professor Schleiermacher sich bis zur Rückkehr des Herrn Geheimen Staatsrates Niebuhr dem Geschäfte der Redaktion unterziehen werde. Allein Schleier-

macher hielt nur bis zum 1. Oktober aus; an diesem Tage übernahm Achim von Arnim die Redaktion, ohne daß jedoch dem Leserkreise davon Mitteilung gemacht wurde. Mittlerweile kehrte Niebuhr im Spätherbst aus dem preußischen Hauptpartiere nach Berlin zurück, hatte aber den Entwurf zu einer Verfassung Hollands auszuarbeiten und konnte sich daher dem „Korrespondenten“ zunächst nur in seltenen Fällen widmen. „An der Zeitung habe ich seit meiner Rückkehr so wenig Anteil genommen“, schrieb er unter dem 11. Januar 1814 an seine Schwägerin Dora Henseler, „daß es kaum der Mühe lohnen wird, sie Dir um meinetwillen zu senden. Sie wird jetzt von Arnim redigiert. Unser Geschmack ist entgegengesetzt, obgleich ich ihn sonst wohl leiden mag.“*) Am 2. Februar war er aber wieder im stande, die Redaktion zu übernehmen, und kündigte dies den Lesern in einem längeren Artikel an, in welchem er auch die Behörden und die Freunde in der Armee um Unterstützung bat. Im Blatte selbst führte er eine bessere Gliederung des Stoffes ein. Leider mußte er aber in der Nummer vom 19. Februar 1814 schon wieder Abschied von seinen Lesern nehmen, da er den Auftrag erhielt, sich nach Holland zu begeben, um dort mit englischen Kommissarien betreffs der ferneren Subsidiengeschäfte zu unterhandeln, und nun kehrte er nicht wieder zu dem Blatte zurück. Als er im Herbst 1814 wieder nach Berlin kam, wurde er Lehrer des Kronprinzen, und 1816 ging er als preußischer Gesandter nach Rom. Wer die Redaktion am 21. Februar 1814 übernahm, sagte er in seinem Abschiedsworte nicht; wahrscheinlich war es Ernst Moritz Arndt. Das Äußere der Zeitung blieb unverändert.

Der Inhalt des Blattes war bei dem oftmaligen Wechsel in der Leitung natürlich wenig einheitlich, aber die mächtige Erregung der Zeit, der Gedanke der Befreiung, der alle beseelte, prägte doch jeder Nachricht, jeder Notiz einen ganz bestimmten

*) Lebensnachrichten über Barthold Georg Niebuhr. Hamb. 1838. Bd. 1, S. 577. — Auch Reimer klagt in einem Briefe an Niebuhr über Arnims mangelhafte Redaktion und meint, „ein Teil der Schuld des schlechten Fortgangs“ sei auf Rechnung der ungenügenden Leitung zu setzen (Briefe Reimers an Niebuhr. Publik. der Berliner Litteraturarchiv-Gesellschaft. 1903.)

Charakter auf, und so erscheinen die Zeitungsbände bei aller dilettantischen Unzulänglichkeit wie ein großer allgemeiner Appell an die Nation, die Fremdherrschaft abzuschütteln und dem deutschen Volke eine glückliche Zukunft zu sichern. Der Ton ist immer würdig und ernst, auch dem gestürzten Titanen gegenüber. Bisweilen werden Gedichte eingestreut, um die allgemeine Begeisterung zu schüren; so wird in Nr. 36 des Jahrganges 1813 das zornsprühende Lied Arndts „Der deutschen Freiheit Waffenschmied" zum Abdruck gebracht. Wo sich Zaghaftigkeit, Eigennutz oder gar undeutsche Gesinnung zeigen, erhebt das Blatt energisch seine warnende Stimme. Der Herzog von Dessau, der sich nicht geneigt zeigt, Truppen zu liefern, wird nachdrücklich zurecht gewiesen (Nr. 74, 1813), und der Bischof von Münster, Ferdinand August Spiegel, Freiherr zum Diesenberg, der ein Tedeum zur Feier des Sieges Napoleons bei Dresden singen ließ, wird in Nr. 3 von 1814 gleichsam an den Pranger gestellt. Die ganze das Tedeum betreffende Bekanntmachung kommt zum Abdruck, und auch der Schlußsatz des Bischofs, in dem es zuletzt heißt: „Wir bewundern, wir staunen ob der großen Taten, wir beten an die göttliche Vorsehung, wir vertrauen, daß in der göttlichen Obhut unser Monarch einen glorreichen Frieden erkämpfe, auch mit dieser großen Wohltat die zahlreichen Völker seines großen Kaiser-Reichs baldigst beglücken werde!"

Nicht ohne Humor berichtigt die Zeitung die prahlerischen französischen Siegesnachrichten, wie z. B. in Nr. 101 von 1813, wo sie feststellt, daß die Meldung, Napoleon habe am 3. September den General Blücher bei Lauban gänzlich geschlagen, eitel Flunkerei sei. Blücher habe sich damals gar nicht in Lauban, sondern in Görlitz befunden.

Die großen Siegesnachrichten bringt die Zeitung ziemlich schnell. Bei der Schlacht bei Großbeeren befand sie sich aber in derselben Lage, wie die „Spenersche" und die „Vossische Zeitung"; auch sie durfte nur den gefälschten Bericht Bernadottes veröffentlichen, und zwar erst am 27. August. Am 23. August war vor den Toren Berlins die Schlacht gewesen! (Vergl. Band 2, S. 199.) Am 18. Oktober kann die Zeitung bereits über Blüchers

siegreiche Gefechte am 16. Oktober in der Gegend von Leipzig, sodann am 20. Oktober über die Treffen bei Möckern und Gohlis am 17. Oktober berichten, und am 22. Oktober meldet sie schon die Siegesnachricht von der großen Völkerschlacht. „Die Freiheit der Deutschen ist auf Jahrhunderte wieder begründet!“ ruft sie aus. In Nr. 148 vom 15. Dezember 1813 bringt sie eine Schilderung des Einzuges des Kurfürsten von Hessen in Kassel von Wilhelm Grimm, dessen Name aber natürlich nicht genannt wird.*) Die Urkunde, welche Napoleons Absetzung ausspricht (Dekret des Senats vom 2. April) wird dagegen erst in Nr. 62 vom 20. April veröffentlicht, die Abreise Napoleons von Fontainebleau nach Elba am 20. April in der Nr. 71 vom 6. Mai gemeldet.

Neben den politischen Nachrichten bringt die Zeitung nur sehr wenig andere Mitteilungen; hie und da einige Meldungen über Naturereignisse, einige sehr kurze Notizen über Goethes Reise nach dem Rhein und einmal das Rätsel „Welche Zeitungsschreiber sind die unglücklichsten?“ (in Nr. 170, 1814). In der nächsten Nummer erfolgt dann aber die Antwort: „Über das Rätsel im vorigen Stück haben wir mehrere Auflösungen erhalten; sie sind aber sämtlich von der Art, daß wir sie nicht aufnehmen können. Der Herausgeber.“ Ganz wahrscheinlich sitzt dem Herausgeber der Schalk im Nacken.

Äußerst kümmerlich sieht es fort und fort mit den Inseraten aus. Obgleich die Realschulbuchhandlung bei jedem Quartalwechsel in „Erinnerung bringt“, daß das Blatt Anzeigen aller Art aufzunehmen bereit ist, erscheint doch nur sehr selten eine solche, und darum bleibt sehr oft die Hälfte oder Dreiviertel der letzten Seite weiß. Die Familien-Anzeigen sind nur durch eine einzige vertreten, und der Inserent ist — der Redakteur des Blattes, Achim von Arnim, der die Geburt eines Sohnes bekanntgibt. Weiterhin zeigt Friedrich Baron de la Motte Fouqué seinen „sämtlichen Freunden und Bekannten“ an, daß seine Gesundheit, durch die Anstrengungen des Feldzuges von 1813 erschöpft,

---

*) Reinhold Steig, Achim von Arnim, 3. Bd. Stuttg. 1904, S. 287.

ihn genötigt habe, aus den Königl. Preuß. Kriegsdiensten zurückzutreten; dann wird das Porträt des verstorbenen Professors Fichte angeboten und in Nr. 19 von 1814 (4. Febr.) von der Nicolaischen Buchhandlung die „soeben fertig gewordene“ Gedichtsammlung „Leier und Schwerdt, von Theodor Körner“ angezeigt. Mehrmals bittet eine Frau von Schickfuß die Soldaten im Felde, ihr Kunde von ihrem 16 Jahre alten mit den Brandenburgischen Husaren ausgezogenen und jetzt verschollenen Sohne zu geben. Dazwischen erscheint von Zeit zu Zeit eine Wein-Offerte, nach der u. a. von Geisenheimer 1788ger und Hochheimer 1798ger „die Rheinweinbouteille“ zu 1 Rtlr. 8 Gr. verkauft wird.

Nach dem Abschluß des Krieges sah der „Preußische Korrespondent“ seinen Lebenszweck erfüllt und stellte mit dem Schlusse des Jahres 1814 sein Erscheinen ein. Doch versuchten Ernst Moritz Arndt und Friedrich Lange eine Fortsetzung der Zeitung, der sie den Titel „Tagesblatt der Geschichte“ gaben. Das neue Blatt sollte fünfmal erscheinen und 1 Rtlr. 8 Gr. kosten, aber es ist wohl kaum ins Leben getreten, denn im Sommer 1815 war Arndt schon in Köln, wo er die Zeitschrift „Der Wächter“ herausgab.

Offenbar verspürten die Herausgeber sehr bald keine Lust mehr, gegen eine Macht zu kämpfen, die täglich rücksichtsloser auftrat. Denn die Berliner Zensur wurde beständig verschärft. Es bildete sich eine wahrhaft erschreckende Engherzigkeit heraus, die sich bis zur fanatischen Verfolgungssucht steigerte. So wurde einem von Clemens Brentano zu Ehren Blüchers verfaßten Gedichte, wie Streckfuß in seiner Geschichte Berlins erzählt, nur aus dem Grunde von Ancillon die Erlaubnis zur Veröffentlichung in den Zeitungen versagt, weil es auf die Melodie „Heil Dir im Siegerkranz“ gesungen werden sollte, und weil diese Melodie nur für den König und das königliche Haus bestimmt sei. Mit bitterem Sarkasmus schrieb denn eines Tages Stägemann an Varnhagen: „Welche Skandale hier vorgehen, wissen Sie zum Teil aus den Zeitungen, aber doch streicht Renfner das Beste, z. E., daß wir keinen Epimenides, sondern ‚J, wie nennen Sie des‘ (oder mit Lewzons Nachtrag ‚J, wie gemene is des‘) und keinen

Zivil-Verdienst-Orden, sondern einen Zuviel-Verdienst-Orden haben."

Und ein angeblicher Engländer sah sich in Ludens „Nemesis" (Band XII, S. 109) zu folgenden Herzensergießungen veranlaßt: „Die preußischen Zeitungen weiß ich nicht zu bezeichnen. Es sind miserable Papiere. Das beste in ihnen sind die Anzeigen von den Fremden, die angekommen oder abgegangen sind; dann die Mitteilungen unter dem Strich, von Erfindungen — etwa zur Reinigung und Beleuchtung der Straßen — von Feuersbrünsten und Schiffbrüchen; endlich die Bekanntmachungen der Speisewirte, Sattler und Silberarbeiter. Ich begreife nicht, warum diese Papiere nicht lediglich auf solche Anzeigen, Mitteilungen und Ankündigungen beschränkt werden."

Angesichts dieser kläglichen Zeitungsliteratur beschuldigt Treitschke in seiner Deutschen Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts die Publizisten, daß sie zu viel ins Blaue hinein politisiert haben; die „unfindbare Größe des deutschen Gesamtstaates" sei ein bequemes Versuchsfeld für dilettantische Schrullen und spielende Willkür gewesen, so daß sich eine große Verworrenheit in der öffentlichen Meinung entwickelt habe. „Niemals hat sich", schreibt er (1. T. S. 677), „ein hochbegabtes und hochgebildetes Geschlecht in so kindlich unklaren politischen Vorstellungen bewegt; alles, was diese Zeit über den Staat dachte, kam aus dem Gemüte, aus einer innigen, überschwänglichen Sehnsucht, die ihre Ideale nach Belieben bald in der Vergangenheit, bald in der Zukunft suchte." Aber den innersten Kern dieser politischen Stimmung bildete doch immer das innige Verlangen nach einem festgefügten Gesamtstaate, und es hätte nur eines verständigen, energischen Leiters bedurft, um die sehnsüchtig Suchenden zu führen. Niemals wäre eine Nation dankbarer gewesen. Allein den Regierungen fehlte dafür vollständig das Verständnis; sie taten gerade das Gegenteil von dem, was nötig war, sie schlossen in unbegreiflicher Kurzsichtigkeit das Volk von allem politischen Leben ab, unterdrückten in den Zeitungen alle politischen Erörterungen und schlugen die Irrenden unbarmherzig nieder. Dadurch wurde die Verworrenheit in der öffentlichen Meinung nur noch gesteigert;

die ganze Nation wurde irre an sich selbst und versank in Trostlosigkeit, Dumpfheit und Stumpfheit.

Um dieser höchst bedrohlichen allgemeinen Verstimmung wenigstens einigermaßen zu begegnen, bildete sich in Berlin 1817 ein Verein zu Gunsten der Preßfreiheit, welchem sofort viele hervorragende Schriftsteller und Beamte beitraten, und der gleich in seiner ersten Verhandlung über eine Adresse an den König „wegen der schlechten Beschaffenheit der Berliner Blätter“ beriet.*) Diese Adresse hat aber den gewünschten Erfolg nicht gehabt, doch hat sie ganz wahrscheinlich den Staatskanzler Fürsten Hardenberg auf den Gedanken gebracht, für sich ein eigenes amtliches Publikationsorgan zu gründen, ein politisches Blatt, das geeignet sei, „die öffentliche Meinung in politischen Dingen richtig zu stellen und die Absichten der Staatsregierung aufzuklären.“ Als Programm wurde für dieses neue Blatt, dem man den Namen „Allgemeine Preußische Staatszeitung“ gab, das Folgende festgestellt: die Zeitung sollte in dem amtlichen Teile über alle Ereignisse am Hofe und im Staate (Beförderungen, Ehrenbezeugungen, Feste u. s. w.) berichten und amtliche Verordnungen und Bekanntmachungen der höheren Behörden, soweit sie ein allgemeineres Interesse hätten, veröffentlichen. Der nichtamtliche Teil sollte alle wichtigeren Begebenheiten des In- und Auslandes zusammenfassen. Inbezug auf das Ausland sollte die Zeitung in der Regel nur erzählend sein; nur da, wo die Verhältnisse „diesseitiger Untertanen“ in Frage kämen, z. B. bei Gegenständen des Handels, sollten auch Betrachtungen und Urteile aus dem diesseitigen Standpunkte beigefügt werden. Die Artikel über das Innland sollten, „je nachdem der Inhalt es mit sich bringt, auch räsonnierend sein“, Erzählungen und Urteile fremder wie einheimischer Blätter aus und über Preußen sollten berichtigt, „die eilfertigen Urteile der Geschwindschreiber des Tages entkräftet“ werden. Von Inseraten sah man zunächst ab.

Mit der Bearbeitung von besonders wichtigen politischen

---

*) Karl Hagen, über die öffentl. Meinung in Deutschland (Raumers Hist. Taschenb. N. Folge, 8. Jahrg., Lpzg. 1847) S. 639.

Artikeln wurde der vortragende Rat, Geheime Ober-Regierungs-Rat Schoell beauftragt; die allgemeine Leitung des Blattes übertrug der Staatskanzler dem Geheimen Staatsrate Friedrich August von Stägemann. Dieser war mit den Intentionen Hardenbergs aufs innigste vertraut. Geboren 1763 zu Vierraden in der Uckermark, hatte er die Rechte studiert, war dann schnell zum Kriminalrat, Landschaftssyndikus, Oberfinanzrat, Mitglied des Generaldirektoriums und Hauptbankokommissarius in Berlin und 1809 zum Staatsrat emporgestiegen, worauf ihn Hardenberg mit einer Reihe bedeutender Geschäfte beauftragt hatte. Und 1815 war er der Begleiter des Staatskanzlers auf dessen diplomatischen Reisen nach Paris, nach London und zum Wiener Kongreß gewesen. Doch auch noch aus einem anderen Grunde schien sich Stägemann zum Redakteur der neuen Zeitung besonders zu eignen, denn er gehörte auch mit zum literarischen Berlin, hatte in den Befreiungskriegen „Kriegsgesänge" veröffentlicht und galt darum in weiteren Kreisen für freisinnig, oder doch wenigstens als Gegner der „Schmalzgesellen". Dennoch eignete sich Stägemann durchaus nicht für den Posten, zunächst, weil er dem Zeitungsgeschäfte bisher vollständig fern gestanden hatte, und ferner, weil er alsbald Ansichten in dem Blatte vertreten sollte, denen er nicht zustimmen konnte. Er ahnte sein Schicksal schon im voraus, als er unter dem 12. Dezember 1818 seinem Freunde Varnhagen von dem Plane Hardenbergs Mitteilung machte. „Der Herr Staatskanzler hat", schrieb er, „die Herausgabe einer allgemeinen preußischen Staatszeitung mit dem 1. Januar beschlossen und zugleich bestimmt, daß ich die obere Leitung übernehmen soll. Ich würde nichts dagegen haben, wenn ich irgend etwas von der Sache verstände. Da die Kabinetts-Ordre aber da ist, so muß ich mich schon unterwerfen und fürs erste nur dahin sehen, daß ich mich nicht zu arg prostituiere. Vielleicht, daß es mit der Zeit geht. Denken Sie, welche Schwierigkeiten aller Art dabei zu überwinden sind, namentlich die Persönlichkeit des Königs, der sich jetzt mehr als je an Kleinigkeiten stößt."

Das „erste Stück" der neuen Zeitung erschien am 2. Januar 1819 in Kleinfolio im Umfange von nur vier Seiten; da-

rauf kam das Blatt wöchentlich zweimal zum Jahrespreise von fünf Talern heraus. Doch machte es kein Glück und hatte auch keine finanziellen Erfolge.*) Am wenigsten war wohl der Redakteur selbst mit ihm zufrieden. Durch verschiedene Artikel, die er abzudrucken gezwungen wurde, zog er sich den heftigen Unwillen der liberalen Partei zu, während er den Wittgenstein-Kamptz doch bei weitem noch nicht genug tat. Der Berliner Witz behauptete sehr bald, daß in dem Titel „Allgemeine Preußische Staatszeitung" viel zu viel gesagt sei, die Wörter „All", „Preußische" und „Staats" seien überflüssig, es müsse bloß heißen: die „Gemeine Zeitung". Bald wurden aber die Verhältnisse noch kri-

*) In ihrer ersten Periode (1819—1853) hatte die Zeitung nur acht Jahre mit Überschüssen, die insgesamt nur 4262 Taler betrugen. Diesen standen Zuschüsse von insgesamt 157129 Talern gegenüber. Heute sind natürlich die Erträgnisse ganz anders. Hierbei sei zugleich bemerkt, daß auch die Post eine nicht unbedeutende Schuld an dem geringen pekuniären Erfolge der Berliner Zeitungen trug. Das Verhältnis der Zeitungen zur Post war damals noch nicht so klar festgelegt wie heute. Die Preise, welche die Post den Zeitungen zahlte, und die, welche sie dann dafür vom Publikum wieder forderte, bestimmte die Post vollkommen selbständig und, wie es scheint, nicht nach festen Grundsätzen. Eine grelle Illustration hierzu gibt ein Brief Johann Carl Speners vom 24. Juni 1816 an Friedrich Faber in Magdeburg (mitgeteilt in Alex. Fabers Gesch. der Faberschen Buchdruckerei, S. 137), in welchem Spener bitter über die Willkür der Postämter klagt und dabei folgenden Fall erzählt: „Bei dem hohen Preise, zu welchem in dem ganz benachbarten Potsdam das dortige Postamt unsere Zeitung debitierte (1 Tlr. 12 ggr. vierteljährlich) glaubte ein dortiger Kaufmann seine Rechnung dabei zu finden, wenn er sie zu 1 Tlr. 8 ggr. verkaufte, und fing seit Neujahr 1816 an, einhundert Exemplare von jeder Zeitung morgens durch einen expressen Boten von uns abholen zu lassen. Dies konnte, der Gewerbefreiheit wegen, das Postamt nicht hindern; das hiesige (Berliner) Postamt aber, um alle Konkurrenz mit einemmale niederzuschlagen, ließ unsere Zeitung durch eine Stafette nach Potsdam gehen und setzte die vierteljährliche Bezahlung ebenfalls auf 1 Tlr. 8 gg. herab. Die Interessenten erhielten sie auf diese Weise um einige Stunden früher, als durch den Boten des Kaufmanns, und nun schläft dieser ein, und die Post ist nach wie vor im alleinigen Besitz des Debits, folglich Meister, im nächsten Vierteljahr wieder den früheren hohen Preis eintreten zu lassen." Zur weiteren Verbreitung der Zeitung trug diese Preistreibung natürlich nicht bei.

tischer, als die Verfolgungen der „Demagogen" begannen, Jahn in der Nacht vom 13. zum 14. Juli 1819 verhaftet und in einen Kerker von Spandau gesetzt wurde, Görres sich der Verhaftung nur durch eine Flucht nach Frankreich entziehen konnte, die Papiere von Ernst Moritz Arndt, Karl Theodor Welcker und Gottlieb Welcker gerichtlich untersucht wurden und schließlich die „Staatszeitung" die Eröffnung machte, es sei ein großer Verschwörungsplan zum Umsturz des gegenwärtigen Zustandes von Deutschland entdeckt worden. An die Stelle des deutschen Bundes solle eine republikanische Verfassung nach dem Muster von Nordamerika treten. Zum Glück seien es nur einige schlechte oder irregeleitete Schriftsteller und Jünglinge, die sich des Verrates schuldig gemacht; auf die ruhigen, besonnenen und gutgesinnten Einwohner habe die Sache nicht den mindesten Einfluß geübt.

Den Beweis für die Existenz dieses Verschwörungsplans ist die „Staatszeitung" natürlich schuldig geblieben.

Diese allgemeine Verhetzung, die immer leidenschaftlicher wurde, veranlaßte Stägemann, schon 1820 die Redaktion wieder niederzulegen. An seine Stelle trat der Geheime Hofrat Karl Heun, der bereits während der Feldzuge von 1813 und 1814 als Sekretär des preußischen Hauptquartieres die „Preußische Feldzeitung" redigiert hatte, aber als Verfasser vieler schlüpfriger Novellen, die er unter dem Pseudonym H. Clauren herausgab, keinen besonders guten litterarischen Ruf mitbrachte.

---

5. Die Presse der alten preußischen Provinzen. Die „Magdeburgische Zeitung". Der Zensurdruck. Die pekuniäre Schädigung der Zeitung. Die Ansprüche des Intelligenz-Blattes. Der „Hallische Kurier" und die „Zeitung für die königl. preuß. Provinzen zwischen Elbe und Weser" in Halle. Die „Schlesische Zeitung". Die Posener, Königsberger und Stettiner Zeitung.

Vermochten sich nicht einmal die Blätter der Hauptstadt nach der Abschüttlung der Fremdherrschaft aus ihrer Lethargie zu erheben, so war dies noch viel weniger bei den Zeitungen in den sogenannten alten Provinzen der Fall, da diese ja noch weit mehr

der Kurzsichtigkeit und Willkür der Beamten preisgegeben waren als die Berliner Zeitungen. Das zeigte sich zunächst recht deutlich bei der „Magdeburgischen Zeitung“. Diese hatte unter dem westfälischen Regiment schwer gelitten, und ihr intelligenter Besitzer Friedrich Faber hatte nach der Rückkehr der preußischen Verwaltung gewiß gehofft, daß nun auch für ihn bessere Zeiten kommen würden. Schon sehr bald aber sollte er sich bitter enttäuscht sehen, denn die preußische Verwaltung zeigte sofort ganz energisch die Neigung, „die Wege der französischen Unterdrücker weiter zu wandeln“, wie Alexander Faber, der Geschichtsschreiber der Zeitung, sich ausdrückt (S. 125). Das trat zunächst bei der Zensur in die Erscheinung. Diese wurde eben so peinlich gehandhabt, wie von den Franzosen. Mit ganz besonderer Ängstlichkeit sah der Zensor auf alles, was beim königlichen Hause anstoßen könnte, und trotzdem kam es zu Kollisionen. Eines Tages hatte die Zeitung die Mitteilung gebracht, es seien Wiesen auf der Pfaueninsel verkauft worden; das wurde aber allerhöchsten Orts sehr übel vermerkt, und der Zensor schrieb einen Klage- und Jammer-Brief an die Zeitung, er habe sich den Unwillen des Königs selbst zugezogen, daß er diese Notiz habe passieren lassen. Fernerhin möge die Zeitung solche den König und seine Familie betreffenden Nachrichten nur bringen, wenn sie bereits in Berliner Blättern gestanden hätten. Auch den befreundeten Mächten Preußens gegenüber war die größte Rücksicht zu nehmen. So hatte die Zeitung ein- oder zweimal den Lesern angezeigt, daß die Petersburger Posten und Nachrichten ausgeblieben seien. Darauf kam sofort vom Zensor ein Brief an den Besitzer Friedrich Faber, er solle sich doch ja in acht nehmen, er, der Zensor, habe schon verschiedene Fingerzeige dieser Notiz wegen erhalten. Die Zeitung solle daher das Ausbleiben der russischen Posten ganz unberührt lassen. „Überall ist es ratsam, sich jetzt mit den Mitteilungen aus Rußland möglichst in acht zu nehmen“, schloß der Brief.*) Aber auch nach der pekuniären Seite hin sah sich die Zeitung bedrückt und behindert. Die französische Verwaltung

*) Alexander Faber, Die Fabersche Buchdruckerei. Magdeb. 1897.

hatte in ihrer rücksichtslosen Art so ziemlich für alle Insertionen der Behörden kostenlose Aufnahmen in der Zeitung beansprucht, und darauf trat nun auch die preußische Verwaltung mit demselben Ansinnen an Faber heran, ja, sogar der Magistrat und die Polizei beanspruchte Gratis-Aufnahme ihrer Anzeigen. Vergeblich erhob Faber gegen diese Zumutung Einspruch. „Ich kann unmöglich glauben,“ sagte er in einer Beschwerde, „daß der hiesige Magistrat eine Ungerechtigkeit der westfälischen Regierung dazu würde benutzen wollen, um einem Bürger nach sieben drückenden Jahren auch jetzt noch einen Teil seines rechtmäßigen mühevollen Erwerbes zu entziehen. Ich meinesteils halte noch immer an dem Glauben, daß die Zeit der Ungerechtigkeit und der regellosen Gewalt einzig noch in der gehässigen Erinnerung bestehe, seitdem wir unserem rechtmäßigen gerechten Könige, der gewiß nur Gerechtigkeit ausgeübt sehen will, wieder angehören.“ Diese Beschwerden blieben jedoch ohne jedes nennenswerte Ergebnis, ja, die Verhältnisse verschlechterten sich sogar noch; denn 1817 verweigerte auch das Konsistorium die Bezahlung seiner Anzeigen, und 1818 stellte das Inquisitoriat des Oberlandesgerichtes plötzlich das Verlangen an die Zeitung, künftighin die Steckbriefe umsonst aufzunehmen. Faber wehrte sich energisch gegen diese abermalige Beeinträchtigung; es kam zu langen, unerquicklichen Verhandlungen, bis endlich die Regierung dahin entschied, daß, wenn der Schuldige zu bezahlen in der Lage sei (was ja meistens nicht der Fall war), das Gericht die Insertionskosten von diesem für die Zeitung einzuziehen habe. Auch viele andere Fälle führten zu langen Streitigkeiten mit der Regierung, bis endlich als Grundsatz festgestellt wurde, daß bei Ausschreibungen von Verpachtungen, Lizitationen, Entreprisen rc. die Zeitung dann keine Zahlung erhalten solle, wenn diese Termine fruchtlos verlaufen seien, und ferner auch dann nicht, wenn die Regierung rc. aus irgend einem Grunde einen ausgeschriebenen Termin nicht habe abhalten können. Auch mit dieser Entscheidung konnte Faber natürlich nicht zufrieden sein, und er fragte bei seinem Freunde Spener in Berlin an, ob er nicht den Rechtsweg beschreiten solle. Aber der kluge Spener riet, davon abzustehen und lieber die Zeit abzuwarten,

um die Sache gelegentlich an höchster Stelle vorzubringen und sie dort „nach der Billigkeit“ entscheiden zu lassen. Dabei blieben aber die Mißstände auch fernhin bestehen.

Neben diesen Lasten der Frei-Inserate sah sich die Zeitung jedoch in ihrer Entwicklung noch weiter beeinträchtigt, und zwar durch das in Preußen eingeführte sogenannte Intelligenzwesen. Bekanntlich hatte König Friedrich Wilhelm I. von Preußen durch eine Kabinetts-Ordre vom 6. September 1727 und dann noch weiterhin durch eine Verfügung vom 17. Juli 1728 die Gründung von Intelligenzblättern in allen größeren Städten Preußens befohlen, damit künftighin zu Gunsten des Staates nur einzig und allein in diesen Blättern alle Anzeigen über Ankauf und Verkauf von Mobilien und Immobilien veröffentlicht werden sollten (Vergl. Band I, S. 131). Durch dieses willkürliche Dekret sahen aber die Zeitungsbesitzer ihre oft mit hohen Geldsummen erkauften Privilegien angetastet und erhoben Einspruch. Auch der Besitzer der „Magdeburgischen Zeitung“ reichte Eingaben ein, doch erst im Jahre 1747 wurde dem Gabriel Gotthilf Faber für seine Zeitung nachgelassen, daß auch sie derartige Anzeigen aufnehmen könne, wenn nur auch die Intelligenz-Kontoire befriedigt würden. Es sollte eine einmalige Aufnahme im Intelligenz-Blatte genügen, auch wenn das Inserat in der Zeitung häufiger erscheinen sollte; außerdem wurden Familien-Nachrichten und Bücher-Anzeigen vom „Intelligenz-Zwange“ vollständig befreit. Während der Fremdherrschaft lockerte sich dann der sog. Intelligenz-Zwang etwas; nach der Wiederaufrichtung der preußischen Herrschaft wurden aber die alten Vorschriften wieder scharf betont, und da die Verwalter der Intelligenz-Kontore den achten Teil der Einnahme erhielten, so suchten sie aus dem Geschäfte noch mehr herauszupressen, als gesetzlich erlaubt war. Der Verwalter des Magdeburgischen Intelligenzblattes erhob sehr bald den Anspruch, daß alle Anzeigen eben so oft im Intelligenz-Blatte erscheinen müßten, wie sie in der Zeitung inseriert würden, was doch dem Erlasse vom 1747 direkt widersprach. Es kam zu Beschwerden, und schließlich wurde der Verwalter unter dem 23. Februar 1816 in seine Schranken zurückgewiesen. Aber er trat immer wieder

mit seinen Ansprüchen hervor und sollte schließlich, wie wir im nächsten Abschnitte zeigen werden, auch wirklich mit ihnen Erfolg haben.

Unter diesen mannigfachen Hemmnissen und Erschwerungen des Betriebes konnte sich die Zeitung nur langsam entwickeln; sie erschien denn auch noch immer nur dreimal in der Woche in Klein-Quart zum Preise von $27^1/_2$ Sgr.

In Halle kränkelte der „Hallische Kurier", der 1809 von der westfälischen Regierung unrechtmäßig dem Professor Johann Heinrich Tiestrunk zugesprochen worden war, und von diesem ganz ungenügend redigiert wurde. Infolgedessen entschloß sich das für die vorläufige Regelung der Verhältnisse gleich nach der Schlacht bei Leipzig ins Leben gerufene „Königlich Preußische Militärgouvernement für die Preußischen Provinzen auf dem linken Elbufer", kurzerhand eine eigene Zeitung für seine Bedürfnisse herauszugeben. Sie führte den Titel „Zeitung für die königl. preußischen Provinzen zwischen Elbe und Weser" und wurde am 16. November 1813 zum erstenmale ausgegeben. Weiterhin erschien sie bis ins Jahr 1814 hinein. Naturgemäß enthielt sie meistens Verordnungen, u. a. in Nr. 8 vom 11. Dezember 1813 die von Halle mit großer Freude begrüßte Königliche Kabinettsordre aus Frankfurt a. M. vom 15. November, durch welche die aufgehobene Universität wieder hergestellt wurde; doch brachte sie auch Kriegsberichte.

Die „Schlesische Zeitung" in Breslau schloß sich möglichst eng an die Regierung an, doch brachte auch ihr gegenüber die „Regierungsweisheit", wie ihr Geschichtsschreiber Carl Weigelt klagt (S. 174), „das System ängstlicher Bevormundung nach der Theorie des beschränkten Untertanenverstandes" zur Geltung. Auch sie mußte über die deutschen Angelegenheiten möglichst kurz hinweggehen, doch konnte sie hie und da umfangreicheres urkundliches Material bringen, wie z. B. 1815, Nr. 78 ff., den Wortlaut der Wiener Bundesakte. Den Bestrebungen der Burschenschaft und dem Wartburgfeste stellte sie sich — ob gezwungen oder freiwillig, sei dahingestellt — scharf abweisend gegenüber. Über die Dürftigkeit ihrer deutschen Nachrichten suchte sie da-

durch hinwegzutäuschen, daß sie lange Artikel über Athen, Rom, den Eskurial, Jerusalem, Ägypten und seine Altertümer, die Eskimos, die Vulkane Cotopaxi und Pichincha in Südamerika ꝛc. brachte.

Mit der „Posener Zeitung“ ging eine kleine Veränderung vor. Als der westliche Teil des ehemaligen Südpreußens nach den Bestimmungen des Wiener Traktates wieder an Preußen zurückfiel und dabei zu einem Großherzogtum erhoben wurde, erhielt die „Posener Zeitung“ mit der Nr. 49 vom 21. Juni 1815 den Titel „Zeitung des Großherzogtums Posen“. Inbezug auf ihren Inhalt blieb sie dieselbe; auch erschien sie nach wie vor nur zweimal wöchentlich.

Dasselbe Schicksal, wie die Blätter in Magdeburg, Breslau und Posen, hatten auch die „Königlich Preußische Staats-, Kriegs- und Friedenszeitung“ in Königsberg, die heutige „Königsberger Hartungsche Zeitung“ und die „Königlich privilegierte Stettinische Zeitung“. Auch hier unterdrückte die harte Zensur jedes freie Wort.

Die ganze preußische Presse war also schon wenige Jahre nach den Befreiungskriegen mundtot gemacht worden und bot nur noch das traurige Bild eines vollständig geknechteten Volksgeistes.

Drittes Kapitel.

Die Presse in den übrigen Staaten Mittel- und Norddeutschlands.

1. Das Zeitungswesen in Sachsen-Weimar. Geheimrat v. Voigt über die Preßfreiheit in Sachsen-Weimar. Pfeilschifter und die Gründung des „Oppositionsblattes". Bertuchs Programm für diese Zeitung. Der Historiker Rühs über das Projekt. Aufnahme Ludwig Wielands in die Redaktion. Der Charakter des „Oppositions-Blattes". Wird der Regierung unbequem. Wird auf eine Woche verboten. Die Ermordung Kotzebues und das Blatt. Die „Verschwörung" der „Preuß. Staatszeitung". Das neue Preßgesetz vom 20. September 1819. Der letzte Redakteur Friedr. Aug. Rüder. Die Zeitung wird unterdrückt. — Kleine Verwandte des „Opp.-Bl.": Die „Dorfzeitung" in Hildburghausen und das „Grimmasche Wochenblatt".

Nicht ganz so ungünstig wie in Preußen sah es in den übrigen Staaten Mittel- und Norddeutschlands aus. Besonders bekundete die Regierung in Sachsen-Weimar durchaus liberale Grundsätze. Karl August hatte seinem Lande schon im Mai 1816 eine Verfassung gegeben und in dieser auch die vollständige Preßfreiheit gewährt. Darauf sproß in Weimar und Jena eine üppige Journalliteratur empor; in Weimar entstand eine politische Zeitung großen Stils, während in Jena verschiedene politische Zeitschriften gegründet wurden, und hier wie dort loderte alsbald die nationale Begeisterung so lebhaft auf, daß der alte Geheimrat von Voigt in einem Briefe an seinen Freund Böttiger beklommen ausrief: „Jetzt will alles die Welt regieren helfen!" und bald nachher sogar meinte: „Mit der unbedingten Preßfreiheit ist viel Unrat in die Hexenküche zu Jena eingezogen!"

Die Zeitschriften von Jena werden wir erst im fünften Kapitel dieses Abschnittes zu betrachten haben; es beschäftigt uns also hier nur die in Weimar ins Leben gerufene Zeitung.

Seit der Unterdrückung des „Rheinischen Merkurs“ wurde es offenbar von allen Patrioten als ein großer Mangel empfunden, daß in ganz Deutschland keine einzige große liberale Zeitung mehr erschien. Die Gründung einer solchen ist daher gewiß in den liberalen Kreisen des öfteren erörtert worden. In Preußen aber war für sie kein Boden. Da mußte denn der Blick besonders auf Weimar fallen, wo eine liberale Regierung eine freie Bewegung gestattete, wenn auch die kleine thüringische Stadt im übrigen für eine große Tageszeitung wenig geeignet erschien.

Es vollzog sich also nur eine natürliche Entwicklung der Dinge, als eines Tages ein junger Journalist durch einen nach Weimar gerichteten Brief die direkte Anregung zur Gründung des ersehnten Blattes gab. Dieser war der Mitredakteur der „Aarauer Zeitung“, Johann Baptist Pfeilschifter, der den lebhaften Drang in sich fühlte, sich am politischen Leben nachdrücklicher zu beteiligen. Frisch und frei schrieb der erst 23 Jahre alte junge Mann unter dem 20. Oktober 1816 an den bekannten betriebsamen Verleger Friedrich Justus Bertuch in Weimar:

„Ich wage Ihnen einen Vorschlag zu machen. Könnte sich das Industrie-Komptoir nicht entschließen, eine politische Zeitung zu etablieren? Mich dünkt, Weimar sei jetzt zu einem solchen Unternehmen in der günstigsten Lage. Ich lege Ihnen einen Plan bei. Wollen Sie ihn akzeptieren, so kündigen Sie diese neue Erscheinung sogleich an, da die Zeit dazu bereits drängt. Für Korrespondenten werde ich besorgt sein. Ich wünsche, daß sie in Rücksicht äußerer Form Zschokkes „Miscellen“ einigermaßen ähnlich sehe, ein Format, das sehr wohlgefällig ist. Die Verhältnisse mit mir werden sich leicht bestimmen lassen, wenn der Antrag geneigtes Gehör findet.

Entwicklungen zur Zeitgeschichte.
Ein politisches Tageblatt.

In den Tagen, wo aus den Zerrüttungen einer zerstörenden

Vergangenheit, aus dem Chaos widerstreitender Meinungen und aus den heiligen Wünschen der Freunde der Menschheit sich eine neue ruhigere, segensvollere Zeit gebähren und aus neuen Ordnungen eine glücklichere Zukunft begründen soll, wo alle geistige Tätigkeit sich auf diese Entwicklung bezieht, wo die Nationen mit so viel Eifer an den neuen Schöpfungen teilnehmen und teilnehmen sollen: in diesen Tagen muß ein Tageblatt, das die Gestalt des Lebens und der Zeit klar aufzufassen, besonnen zu würdigen und in die Entfaltung ernst einzugreifen sucht, höchst willkommen sein.

Mit diesen An- und Absichten haben wir das neue Institut begründet, das sich der Mitwirkung einsichtsvoller und möglichst unbefangener Männer erfreut. Unsere Lage, im Mittelpunkte des deutschen Vaterlandes, in einem Lande, wo freisinnige Ideen heimisch sind und kein Preßzwang die Prüfung der Wahrheit beschränkt und manches andere wird wohltätigen Einfluß auf dies Tageblatt haben, das überdies politische Neuigkeiten nach verschiedenen Richtungen am geschwindesten verbreiten kann.

Der Inhalt wird folgender sein:

1. Politische Nachrichten und Auszüge aus den vorzüglichsten deutschen, englischen und französischen Zeitungen nebst eigenen Korrespondenznachrichten.

2. Abhandlungen und Ansichten aus dem Gebiete der Zeitgeschichte.

3. Auszüge aus den neuesten politischen und historischen Schriften und Broschüren der deutschen, englischen und französischen Literatur.

4. Biographische Skizzen ausgezeichneter Staatsmänner, Feldherren, Gelehrten und anderer merkwürdiger Personen.

5. Mannigfaltigkeiten aus den Hauptstädten Europas, als London, St. Petersburg, Paris, Wien, Berlin u. s. w.

Die Redaktion dieses Tageblattes wird sich durch edle Freimütigkeit und ruhige Besonnenheit auszeichnen, und so werden diese Blätter, das Wahre, Edle und Gute immer zum Zweck, es überall freudig beachtend und dem Irrtum und der Täuschung, soweit beide dem beschränkten Blicke des ewig irrenden Men-

schen erkennbar sind, ernst begegnend, gewiß freundliche Aufnahme finden.

Weimar, im Okt. 1816.

Großh. sachsenweimarisches Industriekomptoir."*)

Dieses so resolut entwickelte Programm sprach den geschäftsklugen Bertuch an; er ging auf das Projekt ein und baute sich den Plan noch weiter aus; zudem änderte er den Titel. Den damaligen liberalen Anschauungen gab er einen bestimmteren Ausdruck, und dem ganzen Entwurfe verlieh er von vornherein dadurch einen energischeren Charakter, daß er ihn zum großen Teil im Tone einer Ankündigung abfaßte. Das Programm lautete nun:

„Oppositions-Blatt
oder
Weimarische Zeitung.
Mit Groß-Herzogl. gnädigst. Privilegio.
Est modus in rebus, sunt certi denique fines.

Diese Zeitung könnte, von Neujahr 1817 an, vom Landes-Industrie-Komptoir unternommen werden.

Der Ausdruck Oppositionsblatt wurde in Beziehung auf Politik und Literatur gewählt, wo in den neuesten Zeiten der Egoismus, unter den verschiedenartigsten Formen, mehr als jemals, und in einem für den Unbefangenen unerträglichen Grade, herrschend zu werden sucht.

Diesem Egoismus entgegen zu wirken, er möge nun als Despotismus oder als Aristokratismus erscheinen, oder unter der Maske des Patriotismus sich einschleichen, oder als Sanskulottismus sich eindrängen wollen — in der Politik, wie in der Literatur — ist die Tendenz des neuen Blattes. Man denke also bei unserem Oppositionsblatte nicht etwa blos an eine den Regierungen feindselige Opposition: Nein, unsere Opposition könnte ebensooft gegen die gewöhnliche Opposition selbst gerichtet sein.

*) Mitgeteilt aus dem Bertuch-Froriepschen Archive von Ludwig Geiger in dessen Buche „Aus Alt-Weimar" (Berl. 1897, S. 315), dem wir hier zum Teil auch noch weiter folgen. Einiges Wenige wurde auch aus W. Feldmann, Friedrich Justin Bertuch, Saarbrücken 1902, entnommen.

Wir wollen uns nicht anmaßen, entgegengesetzte Parteien bekehren oder vereinigen zu wollen! Denn dies ist meist vergebliches Beginnen! —

Wir wollen auch nicht unsere Ansichten als die einzig richtigen aufstellen, denn solche Anmaßung muß unausbleiblich selbst eine Opposition hervorrufen.

Sondern wir wollen uns nur erlauben, jedem Überschreiten gewisser Grenzen unser Blatt entgegen zu stellen und, mit voller Beziehung auf die Sache, ohne alle Rücksicht auf Persönlichkeiten, aber mit allen schuldigen Rücksichten auf Personen und Verhältnisse, unsere Meinung und Ansicht äußern.

Unser Oppositionsblatt erscheint in einem Lande, wo der Fürst die gänzliche Freiheit der Presse gesetzlich ausgesprochen hat. Aber eben deshalb werden wir uns selbst um so sorgfältiger beschränken, um jener Freiheit nicht unwürdig zu erscheinen. Daher sei unser Wahlspruch:

Freimütig, wahr und bescheiden."

Dieses Programm wurde schließlich als bestimmte Richtschnur angenommen und gelangte auch, nur hie und da unwesentlich abgeändert, in der öffentlichen Ankündigung des „Oppositions-Blattes" zum Abdruck. Des weiteren wurde dabei bekannt gegeben, daß der Inhalt des Blattes nicht nur der Politik, sondern auch der Litteratur und den Unterhaltungsgegenständen gewidmet sein werde. Der politische Teil solle aus Nachrichten besonderer Korrespondenten und aus Exzerpten ausländischer Zeitungen bestehen, sodann Reflexionen über die Geschichte des Tages, ihre Ursachen und Wirkungen, Abhandlungen über diese Gegenstände und den Geist der neuesten politischen Zeit- und Flugschriften enthalten. In den beiden anderen Teilen beabsichtigte man besonders die Biographie, die Sittenschilderung, sowie die Plauderei über Kunst und Litteratur zu pflegen. Dabei war ein tägliches Erscheinen in vier Quartseiten (acht Spalten) vorgesehen.

Die Nachricht von dem neuen journalistischen Projekte verbreitete sich rasch in den politischen und literarischen Kreisen Deutschlands und wurde überall freudig aufgenommen. Bertuch erhielt eine ganze Anzahl zustimmender Briefe, von denen wohl

der des Historikers Fr. Rühs, des Verfassers des damals sehr geschätzten „Handbuches der Geschichte des Mittelalters", der wichtigste war, sowohl wegen der darin an dem Programme geübten Kritik, wie auch wegen der Aufführung einer großen Anzahl von literarischen Persönlichkeiten, die als Mitarbeiter in Betracht kommen könnten.

Rühs schreibt unter dem 3. Dezember 1816 aus Berlin:

.... „Daß Sie eine Zeitung herausgeben wollen, ist ein kühnes Unternehmen: es ist, wie ich glaube, schwer in Deutschland, so etwas durchzusetzen. Doch glaube ich, daß bei einer vollkommenen Preßfreiheit wohl etwas Gutes zustande kommen kann; sie ist aber auch die notwendige Bedingung: unser „Preußischer Korrespondent" wird von der Zensur zu Tode gebissen oder gesogen.

So weit ich gehört habe, scheint man sich hier doch eine andere Vorstellung von dem Oppositionsblatte gemacht zu haben, als die Ankündigung erwarten läßt: man dachte sich wohl darunter eine Opposition der kleinen deutschen Fürsten gegen die großen Mächte, und eine solche wäre gewiß sehr an der Zeit. Ich muß Ihnen aufrichtig gestehen, daß mir die Ankündigung nicht recht gefällt: was ist der Egoismus, dem man sich widersetzen will? Mir scheint das eine ganz vage Idee zu sein, und dann zweitens ist der Ton, den die Redakteure, die sich nicht einmal genannt haben, annehmen, doch wahrlich zu anmaßend. Wer sind sie, wird man fragen, die es sich beikommen lassen, über die ganze politische und gelehrte Welt die Zensoren zu machen? Selbst Männer von entschiedensten und ausgemachtesten Ruf dürfen sich, wie mich dünkt, das nicht erlauben. Übrigens glaube ich wohl, daß es so schlimm nicht gemeint ist, als es aussieht, aber ich fürchte sehr, daß es einen ungünstigen Eindruck machen wird. Ich selbst werde Ihnen wenige Mitteilungen machen können, da ich in so wenigen Verhältnissen lebe, mir das, was um mich vorgeht, auch so unbedeutend erscheint, daß ich mich nicht darum bekümmere; doch werde ich, was mir vorkommt, gern mitteilen. Hüten Sie sich nur vor dem literarischen Geschmeiß der v. Held, v. Cölln, Saul Ascher, Gubitz, Merkel und wie sie weiter heißen.

die von hier aus die Zeitungen mit Abgeschmacktheiten füllen. Laden Sie Zahn ein, der wohl im stande ist, allerlei zu erfahren. Ich werde mit Krug reden, ob er Ihnen nicht eine regelmäßige Chronik aller neuen Gesetze und Preßveränderungen in der preußischen Monarchie liefern kann. Darf er es tun, so werden Sie dadurch gewiß einen guten Artikel für die Zeitung erhalten.

Für Dänemark hatten wir einen trefflichen Korrespondenten an einem gewissen Schirach in Kopenhagen; diesen würde ich Ihnen ganz besonders empfehlen, dann in Kiel die Professoren Dahlmann und Hegewisch. In Schweden weiß ich jetzt keinen Korrespondenten: ich kann Ihnen jetzt nur den königl. Bibliothekar Wallmark und den Herrn Granberg vorschlagen, die beide sich wohl dafür qualifizieren. Für Polen kann ich Ihnen nur den Hrn. Banda in Krakau empfehlen, an den ich allenfalls selbst schreiben will. In Livland ist ein gewisser Dr. Bidder, jetzt in Dorpat, der sich wohl dazu eignete. In Petersburg wüßt' ich in diesem Augenblicke niemand, wenn Sie nicht etwa Hrn. Krug einladen wollten. In Rom habe ich jetzt ein paar treffliche Freunde, die vielleicht Beiträge liefern würden, Hrn. Brandes und Hrn. Dr. Bunsen. Auch hoffe ich Ihnen einen Korrespondenten in Rio Janeiro auszumitteln, nämlich Hrn. Olfers, der den Hrn. v. Flemming als Sekretär begleitet, einen Arzt und Naturforscher.“

Die Ausstellungen des Professors Rühs werden Bertuch wenig berührt haben; er ging mit großem Eifer ans Werk und nahm neben dem jugendlichen Pfeilschifter besonders Ludwig Wieland in die Redaktion auf, den begabten Sohn des Dichters des „Oberon“. Nach einem ziemlich unruhigen Wanderleben war Ludwig Wieland 1813 nach Weimar zurückgekehrt und stand jetzt im vierzigsten Lebensjahre. Ein gereifter Mann also ergriff die Zügel der Leitung. Pfeilschifter scheint über die Heranziehung Wielands mißgestimmt gewesen zu sein, denn er verließ schon im Herbst 1817 Weimar wieder, nachdem er in Jena noch eine neue

Zeitschrift „Die Zeitschwingen“ gegründet hatte, die später Börne weiteren Kreisen bekannt machte.*)

Bereits am 1. Januar 1817 war Bertuch in der Lage, die erste Nummer seiner Zeitung unter dem Titel „Oppositions-Blatt, Weimarische Zeitung“, herauszugeben. Der Preis des Blattes war vierteljährlich 2½ Tlr. sächs. oder 4½ fl. rhein. Die Beilage stand „als Intelligenzblatt für Bekanntmachungen aller Art, gerichtliche und außergerichtliche, besonders für den Buch- und Kunsthandel“ offen. Die Insertionsgebühren beliefen sich auf 1 Gr. sächs. oder 4½ Kr. Reichsgeld die Zeile.

Das Programm des „Oppositions-Blattes“ wurde aber gleich von vornherein nicht genau eingehalten. Der literarische Teil trat mehr und mehr zurück, während die Politik fast vollständig dominierte, und zwar die allgemeine deutsche, denn für die allgemeine freiheitliche Entwicklung Deutschlands trat das

---

*) Von Weimar ging Pfeilschifter nach Leipzig, wo ihn Brockhaus bei der Redaktion seines „Kunstblattes“ beschäftigte. Dann unternahm er eine Reise nach Frankreich und Spanien und korrespondierte für die Augsburger „Allgem. Ztg“. Mittlerweile wechselte er seine politischen und religiösen Anschauungen und schloß sich der streng konservativen und noch strengeren katholischen Richtung an. In diesem Sinne redigierte er auch die 1822 in Frankfurt a. M. gegründete Zeitschrift „Der Staatsmann“, die seit 1831 als „Zuschauer am Main“ bis 1838 in Aschaffenburg erschien. Irgend welchen Einfluß gewann die Zeitschrift jedoch nicht. Im Jahre 1829 wurde Pfeilschifter von dem Herzog Friedrich von Anhalt-Köthen geadelt. Erst im Jahre 1874, im Alter von 81 Jahren, starb er zu Regensburg. Er hat sich also nie wieder über die große Menge erhoben. In Erinnerung an sein Auftreten in Weimar widmete ihm Goethe (Sophien-Ausg., Band V, 1. Abt. S. 183) den Stachelvers:

Es hatte ein junger Mann
Pfeile geschiftet,
Dann, wie er konnte und kann,
Flügel gelüftet:
Doch im dädalischen Flug,
Kam er zu Sinnen;

Er hatte Zeit genug,
Land zu gewinnen.
Da sieht er, gelassen und nah,
Verworrene Taten,
Und kann dem lieben Papa
Vernünftiges raten.

Papa Bertuch wird aber schwerlich den Rat Pfeilschifters irgend einmal eingeholt haben.

Blatt vor allem ein. Von dem weimarischen Ländchen war nur höchst selten die Rede.

Der alte Bertuch war Feuer und Flamme für diesen Kampf. „Es freut mich", schrieb er schon am 11. Januar 1817 an Böttiger, „daß diese Batterie (das Oppositions-Blatt), die von mehreren Seiten gut bedient wird, gehörig wirkt und in manche schlechte Bastion eine heilsame Bresche schießen wird!"

Das Hauptthema bildeten der Bundestag, die Verfassungen der verschiedenen Bundesstaaten, die ökonomische Lage in Deutschland und die Freiheit der Presse. Durch die sachgemäße und freimütige Behandlung dieser brennenden Fragen wurde das „Oppositions-Blatt" rasch eines der bedeutendsten Organe der öffentlichen Meinung.

Über den untätigen Bundestag klagt die Zeitung bereits 1817. Die Verfassungsangelegenheiten in den einzelnen Bundesstaaten beschäftigten sie fortdauernd. Zu Gunsten der Holsteiner tritt sie lebhaft für eine neue Verfassung ein, entgegen der holsteinischen Ritterschaft, die die Wiederherstellung der alten landständischen Verfassung verlangt, welche viele Privilegien für sie einschließt. In dem großen württembergischen Verfassungsstreit spricht sie sich ebenfalls für die neue Verfassung aus und tadelt das starre Festhalten an dem Alten, Hergebrachten, bei dem sich der unverkennbare Einfluß des aristokratischen Elements geltend mache. Die Bestrebungen in Baden zur Einführung von Landständen unterstützt sie eifrig, und als die badische Verfassung endlich am 24. August 1818 gegeben worden ist, erklärt sie freudig, daß die neue Verfassung unter den bisher erschienenen die beste sei (1818, Beil. Nr. 80). Sehr energisch tritt sie den innerhalb der Regierungen in Preußen und Österreich sich entwickelnden reaktionären Bestrebungen entgegen, um die Regierungen der mittleren und kleineren Staaten zu einem Einschreiten gegen ihre Stände zu bewegen; lebhaft weist sie auf die Gefahr hin, die damit der freiheitlichen Entwicklung der Staaten drohe (1819, S. 1308).

Mit aller Wärme nimmt sich das „Oppositions-Blatt" ferner auch der Besserung der ökonomischen Lage Deutschlands an.

Durch die vielen Kriege war der Wohlstand des gesamten Volkes zerrüttet worden, aber man hatte gehofft, daß nach ihrem Abschluß sich bessere Verhältnisse entwickeln würden. Allein man sah sich enttäuscht; die Engländer hatten die allgemeine Stimmung nach dem Frieden benutzt, mit großer Schlauheit äußerst günstige Handelsverträge abgeschlossen und überschwemmten nun ganz Deutschland mit ihren Waren. Dadurch schädigten sie die deutsche Industrie auf das empfindlichste. Eine Menge von Fabriken, die zu Napoleons Zeiten gegründet worden waren, gingen ein, viele Arbeiter kamen außer Brot und verfielen in Armut. Da verlangte denn das „Oppositions-Blatt“ nachdrücklich Schutz für den deutschen Gewerbefleiß, namentlich gegen England, und die Hinwegräumung aller Schranken im Innern Deutschlands, welche hier die Freiheit des Verkehrs erschwerten (1817, S. 1713 fg.).

Diese für die damalige Zeit sehr offene Sprache wurde aber den Regierungen sehr bald unbequem, und Karl August erhielt daher gewiß von verschiedenen Höfen die Aufforderung, der Presse seines Landes die Zügel nicht allzusehr schießen zu lassen. Es wurde infolgedessen bereits unter dem 3. Mai 1817 (vgl. Oppositions-Blatt vom 23. Mai) eine Regierungsverordnung erlassen, in der es als die Pflicht eines jeden Untertanen erklärt wird, Vorsicht in der Beurteilung von Regenten und Regierungen zu beobachten. Bei der herrschenden Preßfreiheit sei dies ganz besonders nötig. Es werde daher bestimmt: 1. Die politischen Schriftsteller, „die Individuen, welche sich mit journalistischer oder Zeitungsschriftstellerei abgeben“, sollen gewarnt werden, „durch unvorsichtige oder verunglimpfende Urteile über Regenten und Regierungen Beschwerden derselben gegen sie zu veranlassen oder die freundschaftlichen Verhältnisse des Regentenhauses zu anderen Regenten und Staaten zu unterbrechen.“ 2. Ein Zuwiderhandeln gegen dieses Verbot würde Beschlagnahme oder Unterdrückung der betreffenden Schrift zur Folge haben.

Diese Warnung nützte aber nicht so radikal, wie es die Regierungen wünschten, und eines Tages fand man sich in Wien durch eine „Korrespondenz aus Österreich“ dermaßen verletzt, daß der österreichische Gesandte Graf Zichy sich sehr nachdrücklich über

die „höchst anstößigen Bemerkungen" des Artikels beklagte, der es versuche, „Staatseinrichtungen eines anderen Staates zu verleumden, Völker zu beschimpfen und Aufruhr zu predigen".

Der beanstandete Artikel war der „Allgemeinen Zeitung" entnommen worden und brachte nur die Mitteilung, daß die österreichischen Landtage nach der Bestätigung der Grund- und Naturalsteuer wieder aufgelöst worden seien. Aber die Redaktion hatte noch folgende Bemerkung angefügt: „Da die Landstände innerhalb ein paar Stunden über die Anträge oder Postulate des Hofes unmöglich sich weder bedenken noch beraten konnten, so kann man in der Tat nicht sagen, daß sie dieselben annahmen, wozu doch Überlegung und Entscheidung gefordert wird. Haben sie aber nur anzuhören, was die Regierungen in Landessachen beschlossen, so sind sie keine Vertreter des Volkes. Sie sind auch keine Ratgeber des Fürsten, denn zum Ratgeber wäre doch mehr Zeit erforderlich. Man kommt oft in Verlegenheit, unter welche Kategorie man sie bringen und welchen Zweck man sich dabei denken soll. Verlangt aber das österreichische Volk wirklich keine andere und zweckmäßigere Einrichtung, desto schlimmer! Das Volk, das keine geistigen Bedürfnisse kennt, muß noch sehr zurück sein."

Solche „fürwitzigen Bemerkungen" fand man jedoch in Wien äußerst verderblich. Man drang also so energisch auf Karl August ein, daß dieser sich entschließen mußte, das „Oppositions-Blatt" am 23. Dezember 1817 zu verbieten. Am 2. Januar 1818 durfte es dann zwar wieder erscheinen, allein ohne den bisher gebrauchten Zusatz „mit Großherzoglich Sächsischem Privilegio".

Natürlich erregte dieses Vorgehen gegen die Zeitung in ganz Deutschland großes Aufsehen. Die Liberalen waren für den ersten Augenblick ganz betroffen, blickten aber bei dem Wiedererscheinen des Blattes doch aufs neue hoffnungsvoll in die Zukunft. Professor H. E. G. Paulus in Heidelberg, der bekannte Rationalist, schrieb unter dem 13. Januar 1818 an Bertuch: „Sehr hat mich der glückliche Kampf gefreut, den Sie für das „Oppositions-Blatt" bestanden haben . . . Ich hatte über die Unterdrückung des „Oppositions-Blattes" so sehr getrauert, als ob sie mir selbst

begegnet wäre. Für Preß- und Druckfreiheit sollen und sollten noch weit mehr, als bisher geschah, alle Köpfe in Deutschland zusammenhalten. Retten wir diese nicht, so kommt aristokratischer Sultanismus und Barbarei. Unsterblich hat sich Ihr teurer Großherzog gemacht . . . ., daß er gegen alles Verstoßene der konstitutionellen Freiheit als Fels stund. Hätte man sie dort niedergestoßen, so wäre überall der Mut gesunken. Jetzt, da so großen Gewalten der rechtliche Sinn eines minder Mächtigen durch Wahrheit und Beständigkeit widerstand und die Hauptsache erhielt, kommt überall schon mehr Mut vor."

Allein bereits wenige Wochen später stellte sich heraus, daß der Optimismus des Professors Paulus nicht gerechtfertigt war. Der Eingriff Österreichs bildete nur ein Vorspiel für die Tragödie, zu der sich das Schicksal des „Oppositions-Blattes" bald zuspitzen sollte.

Zunächst fand sich der Landtag des Großherzogtums bewogen, den Spuren Österreichs zu folgen. Er wies darauf hin, welche arge Rechtsverletzungen sich die Presse zu schulden kommen lasse, und bat um den Erlaß eines Preßgesetzes, damit nach diesem die Vergehen geahndet werden könnten (1. Februar 1818), worauf die Regierung versprach, ein derartiges Gesetz vorzulegen, wenn nicht etwa vorher ein solches durch den deutschen Bund bestimmt wäre. Sie entwickelte dabei die seltsame Ansicht, daß die Befreiung von der Zensur keineswegs „ein mit der politischen Mündigkeit der Staatsgenossen in wesentlicher Verbindung stehendes Anrecht der Bürger eines Staates sei."

Diese Grundanschauung erhielt dann gleichsam ihre Sanktion durch die Ermordung Kotzebues (23. März 1819). Durch die Aufhetzungen der Presse, durch das zügellose Treiben auf den Universitäten sei es nunmehr bis zum politischen Mord gekommen! riefen jetzt die Männer des Rückschritts in Wien und Berlin. Die schärfsten Maßregeln gegen diese Auswüchse unserer Kultur seien zu ergreifen!

Das „Oppositions-Blatt" trat diesen maßlosen Übertreibungen ernst entgegen. Es verurteilte die Tat durchaus, aber es mahnte auch, man solle wegen des einen nicht viele, besonders nicht die

Universitäten verantwortlich machen. Weiterhin legte die Zeitung in einem sehr ausführlichen Artikel „Betrachtungen, veranlaßt durch die Ermordung des Herrn von Kotzebue" (4 Nummern, Mai 1819) des längeren dar, daß, bei aller Mißbilligung des Mordes, es doch nicht angebracht sei, Jena deswegen zu strafen, weil Sand dort geweilt habe. Sie warnte davor, alles patriotische Treiben den Studenten zu verbieten, und wies nach, daß die Studenten, „groß geworden in der Periode der Erniedrigung und Befreiung des Vaterlandes, an nichts anderes als an Deutschland denken könnten." *)

Mittlerweile veröffentlichte die „Preußische Staatszeitung" die berüchtigte Entdeckung von einem großen Verschwörungsplane zum Umsturz des gegenwärtigen Zustandes von Deutschland, um an dessen Stelle eine republikanische Verfassung treten zu lassen, und es erfolgte die Verhaftung einer ganzen Reihe von patriotischen Männern. Diesem ungeheuerlichen Vorgehen trat das „Oppositions-Blatt" mit großer Entschiedenheit entgegen. „Wie kann ich Ihnen das Erstaunen über das neue Schreckenssystem, das von Berlin aus durch alle deutsche Staaten seine Verzweigung ausstreckt, mit Worten schildern?" heißt es in einem dieser Artikel.**) „Frage drängt sich auf Frage. Welches sind die Tatsachen, die ermächtigen, eine ganze Generation in Anklagestand zu versetzen und Maßregeln zu ergreifen, wie öffentliche Blätter sie gemeldet haben? Sind es die in Zeitungen zu Tage geförderten Phrasen einiger exaltierter Jünglinge? Allein diese Phrasen waren in Preußen schon seit 1817 im Umlauf, ohne daß man sie für etwas anderes, als wilde Ausbrüche einer noch nicht geregelten

---

*) Goethe war der ganzen nationalen Strömung abhold und fühlte sich daher in jener Zeit zu folgendem Stachelvers angeregt (Sophien-Ausgabe, Bd. V, S. 197):

Jenas Philister und Professoren
Sagen, es habe keine Not;

Kotzebue sei zwar mausetot,
Doch niemand habe sich verschworen.

Sie hoffen an den schönen Pfründen
Doch vor wie nach den Herd zu zünden,

Dieweil des Sodoms-Apfelbrei
Gesunde Jugendspeise sei.

**) 1819, S. 1507.

Vaterlandsliebe angesehen hätte, und muß nicht des jungen Mannes Kopf eine Gärungszeit haben, wie der Wein? — Hat man verräterischen Briefwechsel entdeckt? Man mache wenigstens einige Urkunden dieser Art bekannt, sollte man selbst auf ungewöhnlichem Wege dazu gekommen sein. So machte es wenigstens Napoleon und benahm durch die Öffentlichkeit seiner Staatspolizei das Gehässige einer venetianischen Staatsinquisition. Will man die Gelehrten, die wirklichen und die angehenden, ihren Regierungen verdächtig machen, will man insbesondere die liberalen Schriftsteller überhaupt einschüchtern, damit sie nie mehr von der herrlichen Gottesgabe, der freien Rede, Gebrauch machen, nie mehr zur Abwendung des Unrechts, zur Bezähmung der Willkür ihre Stimme erheben, nie mehr die Regierungen erinnern sollen, daß auch sie Pflichten haben? — Ist die angebliche Verschwörung ein Werk der feudalen und theokratischen Interessen gegen die Institutionen, welche das neue Menschengeschlecht zur Sicherung seiner bürgerlichen Interessen unabweisbar fordert? Oder ist sie eine Wirkung des Unmuts, daß diese bürgerlichen Interessen noch nicht überall die gesetzlichen Unterpfänder, Verfassung und Stände, gefunden haben?“

Diesen Vorstellungen gegenüber, zu denen auch noch ein Protest des Berliner Kammergerichts kam, sah sich dann aber doch die preußische Regierung schließlich veranlaßt, bei den fremden Höfen zu erklären, die Verschwörung sei allerdings gar nicht vorhanden, die Verhaftungen seien nichts weiter, als Vorsichtsmaßregeln gegen eine gewisse Tendenz zu Angriffen, die durch Meinungsäußerungen und Schriften statthaben könnten, keineswegs gegen wirkliche, bestehende Verbrechen.

Nichtsdestoweniger wurde der Verschwörungslärm in ganz Deutschland fortgesetzt, und es kam darauf sowohl zu den Karlsbader Beschlüssen, wie auch zu den Bundestagsbeschlüssen vom 20. September 1819, die den Untergang der Preßfreiheit bedeuteten. „Wir erkennen es als eine sonderbare Fügung an“, bemerkte das „Oppositions-Blatt“ (S. 1428) sarkastisch, „daß diese revolutionäre Verschwörung so glücklich und zwar gerade im Zeit-

punkte vor Eröffnung des Karlsbader Kongresses zur Entdeckung gekommen."

Den Entwurf des neuen Preßgesetzes, der mit unter den Bundestagsbeschlüssen vom 20. September 1819 enthalten war (Vergl. S. 18), teilte das „Oppositions-Blatt" bereits am 5. und 6. Oktober (Nr. 236 und 237) mit; doch erst in einem vom 30. Oktober datierten Patente, das in Nr. 262 des „Oppositions-Blattes" vom 4. November zum Abdruck kam, machte die Großherzoglich Weimarische Regierung von den Beschlüssen des Bundestages amtliche Mitteilung. Es trat daher auch erst in dieser Nr. 262 der Redakteur mit seinem Namen hervor, den anzugeben das neue Preßgesetz zur Pflicht machte. Er nannte sich Friedrich August Rüder. Ludwig Wieland, der dem alten Bertuch oft zu heftig aufgetreten war, hatte mit dem Ende des Jahres 1817 die Redaktion niedergelegt, dann war der Kurländer F. G. L. Lindner (geb. 1772, gest. 1845) vorübergehend an dem Blatte tätig gewesen, worauf schließlich Rüder, ein norddeutscher Jurist in älteren Jahren, die Redaktion übernommen hatte. Geboren 1762 zu Eutin, war er längere Zeit (1792--1811) Beamter in Oldenburg und 1813 Maire in Hamburg gewesen. Nach der Aufhebung der Belagerung Hamburgs hatte er bis zu seiner Übersiedelung nach Weimar schriftstellernd in Holstein gelebt.

Die neuen Vorschriften für die Presse wirkten geradezu lähmend. Bertuch trat tief verstimmt von seinem Unternehmen zurück und überließ die Weiterführung seinem Schwiegersohne Friedrich Ludwig Froriep. Aber auch dieser konnte bei den Hemmungen, die sich überall entgegenstellten, kein rechtes Interesse für die Zeitung gewinnen, zumal auch die Auflage immer mehr, bis auf 1300 Exemplare, herabsank. Und die Redaktion sah sich in der peinlichsten Verlegenheit. Sie brachte lange Leitartikel über die englisch-ostindische Kompagnie, die nordamerikanischen Freistaaten, die Volksbewegung in England, nur nichts über das, was ganz Deutschland beschäftigte und erregte — die Bundestagsbeschlüsse. Doch endlich in der Nummer vom 18. Oktober wagte sie ein „Eingesandt" abzudrucken, das die schüchterne Frage auf-

warf: „Darf ich laut zu meinen Mitbürgern sprechen oder nicht?" und wo dann darauf hingewiesen wurde, daß die Presse doch das einzige Mittel sei, welches dem freien Manne ermögliche, zum Volke, zu den Fürsten, zu dem einzelnen zu sprechen. „Um aller dieser Zwecke willen," hieß es dann am Schluß, „muß es daher höchst bedenklich sein, die Presse einem solchen Zwange zu unterwerfen, wodurch ein göttliches Geschenk für alle in eine politische Maschine für nur wenige verwandelt werden kann. Die Presse ist des Menschen zweite Zunge, sie ist seine zweite Stimme, damit wir zu einander auch aus weiter Ferne sprechen sollen." Aber die Situation änderte sich nicht, der Knebel wurde eher noch schärfer angezogen, und als die Zeitung dabei einmal besonders lebhaft zusammenzuckte, wurde ihr die Kehle vollends zugeschnürt. Mit der Nr. 282 vom 27. November 1820 mußte sie ihr Erscheinen einstellen.

Froriep war empört über diese jähe Unterdrückung und beklagte sich in einem Briefe an Böttiger bitter, daß man ihn nicht veranlaßt habe, das Blatt in einer weniger auffälligen Form eingehen zu lassen; am schlimmsten aber war der plötzlich brotlos gewordene Redakteur Rüder betroffen. „Der arme Rüder dauert mich herzlich", schrieb Luden an Bertuch. „Ich fürchte, man wird vor der Hand nichts für ihn tun." Und diese Vermutung erwies sich auch als richtig, worauf Rüder 1821 nach Leipzig ging und dort bis zu seinem erst 1856 erfolgten Tode noch vielseitig schriftstellerisch tätig war. Unter anderem schrieb er verschiedenes über Holstein, die Türkei, den Freiheitskampf der Griechen ꝛc.

Das „Oppositions-Blatt" war die Zeitung für die große politische Welt; doch auch der sogenannte kleine Mann wollte jetzt fortlaufend von den Weltbegebenheiten unterrichtet werden, und diesem Verlangen kam in ganz origineller Weise in einer thüringischen Nachbarstadt Weimars ein anderes Blatt entgegen: die „Dorfzeitung" in Hildburghausen. Sie wurde 1818 von Dr. Karl Ludwig Nonne gegründet und erschien im Kesselringschen Verlage, später im Verlage von Johannes Nonne. Dr. Karl Ludwig Nonne wurde am 6. Dezember 1785 in Hildburghausen geboren, studierte Theologie, stieg dann zum Oberpfarrer und

Oberkonsistorialrat in Hildburghausen empor und starb am 17. Juli 1854. Bei seiner großen geistigen Regsamkeit, seinem klaren und gesunden Urteil über bürgerliche und bäuerliche Verhältnisse, seinem stark ausgeprägten Gerechtigkeitssinn und seinem schlagenden Witz wußte er seinem Blatte sehr bald Beachtung zu verschaffen, und rasch gewann er sich auch einen großen Leserkreis. Schon nach wenigen Jahren ging die „Dorfzeitung" weit über den Thüringer Wald hinaus. Dadurch wuchs auch ihr Einfluß, und in weiten kleinbürgerlichen Kreisen wurde sie eine öffentliche Macht. Infolgedessen war das Blatt auch manchen Angriffen ausgesetzt, und der Herausgeber erlitt mancherlei Unbill und Kränkung. Aber Nonne war keine Lammsnatur; er wußte sich zu wehren, und dabei stand die Würde seines Amts hinter ihm. Bei seinem Hinscheiden wurde die Eigenart, die er dem Blatte zu geben gewußt hatte, von Dr. C. Kühner in einer Gedenk-Nummer der „Dorfzeitung" (Nr. 154 vom 18. August 1854) sehr treffend charakterisiert. Es offenbart sich hier, schrieb Kühner, „der Schalk, der in der Maske des Bauernverstandes den Weisen auf die Nase tippt, der gemächlich plaudernd übern Markt geht und dabei unversehens mit einem ‚Nicht gern geschehen!' einen und den andern feinen Herrn auf die Füße tritt, der sich anstellt, als ob er vom Staats-Regimente eben gar wenig verstehe, und ihm dabei in seinem Unverstand immer eins abgibt, — der kecke, frohe Mut, der überall an der Weltverbesserung hämmert und den Nagel immer auf den Kopf trifft, — der unverwüstliche Humor, der die Wahrheit lachend sagt, — der Kobold, der alle unsauberen Ecken fegt, wieder wie ein Kind im Glück des Stilllebens sich sonnt, der in seinem Zorn alles Flitterwesen, alle Falschheit und Ungerechtigkeit geißelt, wohl nebenbei auch den guten Freund unversehens auf die Finger trifft, aber auch wieder von jedem Zuge des Edelmutes sich rühren läßt."

Nachdem die „Dorfzeitung" so großen Erfolg errungen hatte, entstand nach und nach ein ganzer Schwarm solcher populär-humoristischen kleinen Tagesblätter, von denen aber keins sein Vorbild erreichte. Zu nennen ist allenfalls das Grimmasche „Wochenblatt", das Georg Joachim Göschen (geb. 1752, gest.

1828), der bekannte Verleger Wielands, Schillers und Goethes, herausgab. Doch suchte Göschen mehr den biedermännischen Ton seines Freundes Zacharias Becker, des Herausgebers der „National-Zeitung der Deutschen“ in Gotha, als den originell-humoristischen Nonnes zu treffen; auch war er zu sehr in den politischen Ansichten und Verstimmungen seines kleinen Heimatlandes befangen, um allgemeinere Urteile über die Wege und Ziele Deutschlands entwickeln zu können.*)

---

2. Die Zeitungen in Hamburg und Bremen. Der „Hamburgische Korrespondent“. Die „Bremer Zeitung“. Der „Deutsche Beobachter“. Wird vom „Rheinischen Merkur“ hervorgehoben. Cotta und der „Deutsche Beobachter“. Das Zeitungswesen in Hannover. Die Presse in Kurhessen. Die neue Zensurordnung. Die „Kasselsche Allgem. Zeitung“. Die beiden sächsischen Zeitungen: Die „Deutschen Blätter“ und die „Leipziger Zeitung“. Brockhaus' Programm für die „Deutschen Blätter“. Eintreten der „Deutschen Blätter“ für die deutsche Sache. Brockhaus' Klage über die Zensoren. Die „Deutschen Blätter“ gehen ein. Die neue Lage der „Leipz. Zeitung“. Mahlmanns Leitung des Blattes. Die Verpachtung an Grieshammer. Niedergang der Zeitung.

Nur mit großer Mühe und nur sehr langsam richtete sich das Hamburger Zeitungswesen wieder auf. Die barbarischen Schläge, die es während der Fremdherrschaft hatte erdulden müssen (Vergl. Bd. II, S. 103), waren ihm bis ins Lebensmark gegangen. In der letzten Hälfte der Davoutschen Schreckensherrschaft, als Bennigsen mit 40000 Russen die Stadt eingeschlossen hatte, war schließlich vom 11. Dezember 1813 bis 17. Mai 1814 keine einzige Zeitung mehr in Hamburg erschienen.**) Und als

*) Georg Joachim Goschen, publisher and printer, by his grandson Viscount Goschen. In two volumes. London. Murray. 1903.

**) Während dieser Zeit der vollständigen Abgesperrtheit Hamburgs gelangten nur ab und zu einmal einige Zeitungsblätter von auswärts in die Stadt, und die Nachrichten, die diese enthielten, erschienen dann den Belagerten so unglaublich, ja so ungeheuerlich, daß der Marschall Davout unter

dann die Franzosen abgezogen waren, wagten von den fünfzehn Zeitungen und Zeitschriften, die vor der Fremdherrschaft in Hamburg bestanden hatten, nur noch vier wieder hervorzutreten, und von diesen vier konnte nur eine, der „Hamburgische Unparteiische Korrespondent", als eine wirkliche politische Zeitung gelten. Er erschien zum ersten Male wieder am 18. Mai, und dieses Blatt trug die Nr. 1 des Jahrganges 1814. Der wieder erstandene „Korrespondent" war aber nur noch der Schatten seiner früheren Größe. Zwar rühmt der „Rheinische Merkur" (1814 Nr. 80), daß das Blatt nicht vergebliche Anstrengungen mache, wieder zu seiner früheren Bedeutsamkeit zu gelangen; aber die allgemeine Ermattung, die nach den ungeheuren Aufregungen des Krieges Hamburg ergriffen hatte, und die große Verstimmung in allen Kreisen über die unerquickliche Entwicklung der politischen Verhältnisse ließen die Zeitung nicht zu einem tieferen Aufatmen kommen. Zudem war sie wohl noch immer sehr verschüchtert und litt an einer nervösen Ängstlichkeit, die jedes energischere Wort unterdrückte. Darum konnte sie sich auch mit dem Feuereifer des „Rheinischen Merkurs" nicht einverstanden erklären und nannte Görres einen verkappten Napoleonisten, der dem Korsen recht nach Herzenslust diene. Durch die Acht und Aberacht, die Görres über das französische Volk verhänge, wende er dem Kaiser wieder die Gemüter der Franzosen zu, der nun diesen als der einzige erscheine, der sie vor der angedrohten Ausrottung erretten könne. Leitender Redakteur war in dieser schweren Zeit der Legationsrat

---

dem 21. April 1814 gegen die „lügnerischen Zeitungen" folgenden Tagesbefehl erließ:

„Der Marschall macht seinem Armee-Korps hierdurch bekannt, daß der Feind fortfährt, seine Zeitungen mit unzusammenhängenden Neuigkeiten anzufüllen, und daß er Bekanntmachungen ergehen läßt, gegen welche man nicht genug auf der Hut sein kann.

Alle Neuigkeiten, die er auftischet, sind voll von Widersprüchen, und sie sind von solcher Art, daß es auch nicht einen französischen Soldaten gibt, der ihnen könnte Glauben beimessen.

Der Herr Marschall beschränkt sich nur darauf, hier der vermeinten Abdankung des Kaisers Napoleon zu erwähnen; eine solche unwahrscheinliche Begebenheit würde doch wohl bekannt gemacht werden." u. s. w.

Dr. Stöver aus Verden, der 1794 den Redakteur J. F. Leister abgelöst hatte und die Zeitung noch bis 1822 redigierte.

Die drei übrigen Blätter Hamburgs waren die „Adreß-Komptoir-Nachrichten", das „Abend-Blatt der Börsenhalle" und die „Wochentlichen gemeinnützigen Nachrichten von und für Hamburg". Die „Adreß-Komptoir-Nachrichten" hatten bis 1811 Viktor Ludwig Klopstock, dem Bruder des Dichters, gehört und waren dann eingegangen. Darauf bewarb sich Johann Christian Leisching um das Privilegium und erhielt es unter dem 5. April 1813 auf Supplik vom Senate zugesprochen. Doch erst am 4. Juli 1814 konnte er seine erste Nummer herausgeben. Das „Abendblatt der Börsenhalle", das seit 1805 bestand, bot fast nur Handelsnachrichten. Die „Wochentlichen gemeinnützigen Nachrichten", die seit 1813 mit dem „Relations-Kurier" vereinigt waren, enthielten neben spärlichen politischen Nachrichten hauptsächlich Anzeigen und Ankündigungen von Privatpersonen. Alle die drei Blätter konnten also nicht den geringsten Anspruch auf irgend welche Bedeutung machen.

Einen ganz unerwarteten Aufschwung, wenn auch nur vorübergehend, nahm das Zeitungswesen unmittelbar nach der Abschüttelung der Fremdherrschaft in Bremen. Dort hatte es bisher (seit 1743) nur ein kümmerliches Anzeigeblättchen, die „Wöchentlichen Nachrichten", und 1812 und 1813 ein ganz unbedeutendes französisches Amtsblatt gegeben (Vergl. Bd. II, S. 100), aber unmittelbar nach der Vertreibung der Franzosen durch den russischen General von Tettenborn im Spätherbst 1813 erschienen gleich zwei neue Zeitungen, die „Bremer Zeitung für Staats-, Gelehrten- und Handelssachen" und „Der deutsche Beobachter".

Die „Bremer Zeitung" trat bereits am 28. Oktober 1813 ins Leben. Sie wurde von dem Verlagsbuchhändler Johann Georg Heyse herausgegeben und erschien zunächst viermal in der Woche, aber bereits vom 1. Jan. 1814 ab täglich, mit Ausnahme der Sonntage, allerdings nur in kleinem Quart-Format, zum Jahresabonnement von fünf Talern Gold (5½ Tlr. Kur.) Ihr Hauptgewicht legte die Zeitung auf die Handelsnachrichten;

die politischen Korrespondenzen erhielten die Leser nur eben auf dem Laufenden.

Ganz anders bei dem „Deutschen Beobachter“. Dieser war ein durch und durch politisches Blatt, die erste Bremische Zeitung großen Stils. Auch erschien er in Folioformat, wenn auch nur viermal wöchentlich (Sonntag, Dienstag, Donnerstag und Freitag) zum Abonnementspreise von 1 Rtlr. 36 Grote oder 1 Rtlr. 12 gGr. für das Quartal. Merkwürdigerweise ist er aber nicht von einem Bremer gegründet, sondern von einem Fremden nach Bremen hineingetragen worden, und darum hat sich auch Bremen seiner nur kurze Zeit erfreuen können. Niemand anders, als der Sekretär des russischen Generals von Tettenborn, ein gewisser B. Daevel, war sein Herausgeber. Dieser hatte bereits im April 1813, als Tettenborn Hamburg besetzte, den Versuch gemacht, dort in Hamburg eine Zeitung herauszugeben, aber schon Ende Mai wurde Tettenborn wieder aus Hamburg vertrieben und das Daevelsche Blatt mit ihm. Wie viel Nummern des Blattes während der Tettenbornschen Herrschaft in Hamburg erschienen, läßt sich nicht mehr feststellen, weil nur noch einige wenige Nummern der Zeitung vorhanden sind (Vergl. die Fußnote S. 115); es können ungefähr fünfundzwanzig gewesen sein. Als dann aber Tettenborn Bremen genommen hatte, ging Daevel sofort daran, sein Blatt in Bremen wieder aufleben zu lassen, und er entwickelte dabei mitten im Kriegstrubel eine solche Umsicht und Energie, daß er bereits am 2. Januar 1814 mit seiner ersten Nummer hervortreten konnte. Die Vignette im Kopfe des Blattes zeigte das Hamburgische und darunter, mit dem oberen eng verbunden, das Bremer Wappen. Später erhielt der Titel noch die Ergänzung „Hanseatische Zeitung von Staats- und Gelehrten-Sachen“. Aus den Berichten über die mannigfachen Kriegsoperationen spricht beständig eine tiefe Erregung. „Neben der Darlegung der politischen Verhältnisse“, heißt es gleich in dem einleitenden Artikel der ersten Nummer, „wird die Zeitung auch, so viel es der Raum gestattet, kurze Nachrichten und auffallende Beispiele liefern von den Schandtaten, die von der französischen

Tyrannei im In- und Auslande verübt worden sind. Wahrhafte und kurze Berichte hierüber werden der guten Sache förderlich sein und mit Dank aufgenommen werden." Bei der Verfolgung der politischen Ereignisse zeigt sich die Zeitung sodann immer sehr gut unterrichtet, und stets tritt sie mit großem Eifer für die Sache der Verbündeten ein. Die flammende Beredsamkeit des „Rheinischen Merkurs" geht ihr allerdings ab; immerhin rühmt Görres selbst (Rh. Merk. Nr. 80), daß der „Deutsche Beobachter" in Bremen den besten deutschen Blättern zugezählt werden müsse, und der „Preußische Korrespondent" (1814, Nr. 3) hebt hervor, daß der „Beobachter" „aus den gewöhnlichen Zeitungsmaschinerien" herausgetreten sei und besonders zuverlässige Nachrichten aus Holland und England bringe. Inbezug auf Bremen betont die Zeitung gern die freie Hansestadt, und als sie berichtet, daß dem General von Tettenborn „als Zeichen der Dankbarkeit und Verehrung unserer durch ihn wieder befreiten und zur glücklichen Selbständigkeit zurückgerufenen Stadt" das große Bürgerrecht von Bremen verliehen worden sei (Nr. 18), knüpft sie an diese Mitteilung noch folgende charakteristische Bemerkung: „Wir können uns bei dieser Gelegenheit nicht enthalten, die Verleihung des Bürgerrechts, womit jetzt verschiedene Städte diejenigen Männer auszeichnen, welchen sie am meisten Verehrung und Zuneigung zu bezeugen wünschen, als eines der erfreulichsten Sinnbilder dessen zu betrachten, wovon unsere Zeit belebt und erfüllt ist. Daß Männer, aus den höchsten Ständen und mit den höchsten Staatsämtern bekleidet, eine Ehre darin finden, Bürger genannt zu werden und einem Stande mit angehören, der sonst von ihresgleichen in den Zeiten der Torheit und der Anmaßung geringer geachtet wurde, tut unwiderleglich dar, daß diese Zeiten vorüber, und die Versöhnung der Stände auf die herrlichste Weise begonnen ist." Dieser hoffnungsfreudige Blick in die Zukunft sollte allerdings schon durch die Ereignisse der nächsten Jahre stark getrübt werden. Der Inseratenteil war auch hier, wie bei allen politischen Blättern der damaligen Zeit, äußerst unbedeutend, obgleich die Zeile nur 3 Grote oder $1^1/_2$ Groschen sächsisch kostete. Doch findet sich manche charakteristische Annonce.

Da nimmt ein Freiwilliger öffentlich Abschied. „Ich gehe,“ sagt er, „um mit für Deutschlands gerechte Sache zu kämpfen; ich hoffe, viele, recht viele von euch jenseits des Rheins als meine Kameraden zu umarmen!“ Ein Bürger Boelken bittet um Gaben für die Verwundeten der Leipziger Schlacht, „deren Elend gewiß sehr groß ist“. Ein aus Hamburg vertriebener Mann sucht eine Anstellung, um sich auch ferner mit Ehren ernähren zu können, und endlich wird, was uns heutzutage sehr seltsam anmutet, des öfteren Reisegesellschaft gesucht, da „jemand, der seinen eigenen Wagen hat“, in 10 bis 12 Tagen nach Wien fährt, ein anderer nach Amsterdam reisen möchte und einen Begleiter wünscht, um mit diesem die Fahrt auf gemeinschaftliche Kosten zu machen rc. Leider blieb, wie schon angedeutet wurde, der „Deutsche Beobachter“ der Stadt Bremen nicht lange erhalten; Mitte Juni 1814 siedelte das Blatt wieder nach Hamburg über; am 15. Juni erschien die letzte Nummer in Bremen, am 18. Juni die erste Nummer wieder in Hamburg. Beim Wirrwarr des Umzuges wurde die Angabe der Nummerzahl vergessen; es würde Nr. 92 gewesen sein. Der Charakter des Blattes blieb in Hamburg natürlich ganz derselbe wie bisher, doch erschien von Nr. 107 im Titel noch die Angabe „Mit Privilegio eines Hochedelen und Hochweisen Rats der freien Hansestadt Hamburg“. Der Hamburger Boden erwies sich dem Blatte aber wenig förderlich; es vermochte sich nicht auf der Höhe zu erhalten, die es in Bremen eingenommen hatte, und darum wandte sich Daevel alsbald an Cotta, um mit dessen pekuniären Mitteln und weitreichenden Einflüssen ein größeres Terrain zu gewinnen. Bei seiner Vorliebe für journalistische Unternehmungen war Cotta auch zunächst nicht abgeneigt, dem Blatte seine Unterstützung zu leihen, doch fragte er erst bei dem Staatskanzler Fürsten Hardenberg an, ob sich die Zeitung, wenn er sich an ihr beteilige, wohl der Förderung und Unterstützung der preußischen Regierung zu erfreuen haben würde, worauf ihm Hardenberg unter dem 13. Januar 1815 aus Wien antwortete:

„Ich habe mit vielem Vergnügen die näheren Angaben des von Ihnen in Gemeinschaft mit Herrn Daevel in Hamburg beab-

sichtigten Zeitungs-Unternehmens vernommen und Ihre mir bei dieser Gelegenheit geäußerten Wünsche in Erwägung gezogen. Die Zeitung ‚Der deutsche Beobachter‘ hatte während ihres früheren Bestehens durch den mutigen Eifer und die nachdrückliche Kraft, mit welchen sie die Sache des Vaterlandes wirksam emportragen half, ein unleugbares Verdienst um dieselbe und den ausgezeichnetsten Beifall erworben; ihre Fortsetzung muß ein desto lebhafteres Interesse erwecken, als Ihre Teilnahme der Anstalt eine ebenso glückliche Ausdehnung, als sorgfältige, von den besten Grundsätzen ausgehende Leitung verspricht. Von seiten Preußens kann die Entstehung eines solchen würdigen Organs der öffentlichen Meinung im nördlichen Deutschland nicht anders als gerne gesehen werden, da jede Pflege liberaler Gesinnung und freien Geistesverkehrs demjenigen Staate, der den Geist der Liberalität unter seine ersten Grundrichtungen aufgenommen, nur heilsam und ersprießlich sein kann. In diesem Betracht und in Betracht Ihrer persönlichen Verdienste werde ich mit besonderem Vergnügen die Verfügungen treffen, welche Sie zur Förderung und Begünstigung Ihres gemeinnützigen Unternehmens von seiten der preußischen Behörden wünschen. Sie können neben der Zusicherung des unmittelbaren Schutzes und der tätigen Verwendung für dieses neue Unternehmen zugleich jede anderweitige Unterstützung erwarten, welche die Umstände erlauben und das Interesse Preußens rechtfertigen wird. Ihrem Wunsche gemäß ist bereits der königliche bevollmächtigte Minister in Hamburg, Herr Graf von Grote, von mir veranlaßt worden, dem dortigen Senate zu erkennen zu geben, daß jede Begünstigung Ihres Unternehmens in Hamburg der preußischen Regierung wünschenswert sein und mit besonderem Wohlgefallen angesehen werden würde. Desgleichen ist das königliche Staatsministerium benachrichtigt worden, daß bei vorfallenden Bekanntmachungen und Anzeigen, deren Einrückung in auswärtige Blätter nötig befunden werde, dem ‚Deutschen Beobachter‘ aus angeführten Gründen vor andern Zeitungen billigerweise der Vorzug zu geben sei.“

Trotz dieser Versicherungen Hardenbergs hat dann aber Cotta doch schließlich von einer Beteiligung an dem Unternehmen abge-

ehen, worauf sich der „Beobachter" mühselig noch bis zum 24. September 1819 erhielt. Offenbar hatte Daevel während ieser Zeit aber nicht nur mit Geldverlegenheiten, sondern auch mit rnsten Zensurschwierigkeiten zu kämpfen. Eine Notiz im Kataoge der Hamburger Stadtbibliothek besagt zwar, der „Beobachter" jöre wegen Insolvenz des Eigentümers auf zu erscheinen; auf em Titelblatte des in der genannten Bibliothek aufbewahrten etzten Jahrganges des Blattes heißt es dagegen, daß dem Eigentümer nicht erlaubt worden sei, über das Eingehen des Blattes u sprechen." *)

Nach wie vor höchst kümmerlich blieben die Zeitungsverhältnisse in Hannover. Neben den „Hannoverschen Anzeigen" (dem Inseratenblatte, das seit 1789 bestand) trat 1815 nur ein sehr nageres politisches Blättchen, das sich „Hannöversche Nachrichten" iannte und zweimal wöchentlich, am Mittwoch und Sonnabend, rschien, ins Leben und blieb auch fort und fort so unbedeutend, aß es kaum erwähnt zu werden verdient.

Ein recht bewegtes politisches Leben entwickelte sich alsbald iach dem Sturze der westfälischen Regierung in Kurhessen, wo er gewalttätige Kurfürst Wilhelm I. in heftigen Streit mit den Ständen und den westfälischen Domänenkäufern geriet, und man önnte nun annehmen, daß dadurch auch eine bedeutende Zeitungsiteratur in Kassel hervorgerufen worden wäre. Dem wußte aber er Kurfürst von vornherein zu begegnen. Er ließ sofort eine ieue Zensurordnung ausarbeiten, die bereits 1816 in Kraft rat und das Folgende bestimmte: Es wurde verboten, irgend eine Art von Büchern und Schriften ohne vorherige Zensur zu drucken, ind die im Auslande erschienenen, den kurhessischen Staat be-

*) Gütige Mitteilungen des Herrn Dr. J. Spitzer, Bibliothekar der hamburger Stadtbibliothek. — Die Exemplare des „Deutschen Beobachters" nd heute sehr selten. Die Hamburger Stadtbibliothek besitzt von der ersten hamburger Periode des Blattes (1813) nur eine unvollständige Reihe von Nummern, die mit Nr. 3 vom 15. April beginnt und mit Nr. 18 vom 1. Mai schließt. Die Bremer Stadtbibliothek besitzt den Jahrgang 1814 iemlich vollständig. Von der zweiten Hamburger Periode sind in der Hamurger Stadtbibliothek die beiden Jahrgänge 1814 und 1815 unvollständig.

treffenden Bücher an das Publikum ohne Erlaubnis der Zensurkommission auszugeben. Die Kommission aber mußte dafür sorgen, daß nichts gedruckt wurde, was den Lehren der christlichen Religion, den Sitten und der Staatsverfassung Nachteil verursache, den Absatz fremder Druckschriften solchen Inhalts untersagen und auch diejenigen Tagesblätter und Zeitschriften mit Beschlag belegen, deren Herausgeber und Teilnehmer die Absicht offenbarten, „schädliche Ideen in Umlauf zu bringen, Unzufriedenheit bei den Untertanen gegen die bestehenden Staatseinrichtungen zu erwecken, anmaßliche Urteile und Kritiken über Handlungen der Fürsten und des Staatshaushaltes zu verbreiten und überhaupt auf die Gesinnungen der Menschen zum Nachteil der allgemeinen Wohlfahrt böslich einzuwirken."*) Diesen dehnbaren Bestimmungen gegenüber war es unmöglich, irgend eine andere Ansicht, als die der kurfürstlichen Regierung zu äußern, und so konnte denn auch kein anderes politisches Blatt in Kassel erscheinen, als die offizielle „Kasselsche Allgemeine Zeitung", die im Oktober 1813 den „Moniteur westphalien" abgelöst hatte und nur in Quart erschien. Ein „Bote aus Kassel. Eine Zeitung für den Bürger und Landmann" (1814—1863), herausgegeben von Hofrat A. Niemeyer, kann wegen seiner vollständigen Bedeutungslosigkeit nicht in Betracht kommen. Während der Einrichtung der „Kasselschen Allgemeinen Zeitung" offenbarte sich übrigens der ehemalige Redakteur des „Moniteur", Friedrich Murhard (Vergl. Bd. II, 145), noch einmal in seiner ganzen kläglichen Gesinnungslosigkeit. Er, der bisherige fanatische Franzosenschwärmer, nahm keinen Anstand, sich auch um die Redakteurstelle bei der „Kasselschen Allgemeinen Zeitung" zu bewerben, und als sich der Kurfürst nicht geneigt zeigte, ging er noch weiter und erklärte, auf die Geldgier des Kurfürsten spekulierend, in einer Eingabe, er mache sich anheischig, falls man ihm die Leitung des offiziellen Blattes überlasse, dem Kurfürsten aus dem Unternehmen jährlich 10000 Taler Einkünfte zu verschaffen. Aber selbst dieser

*) C. W. Wippermann, Kurhessen seit dem Freiheitskriege. Kassel 1850 S. 96.

verführerische Köder verfing nicht, worauf Murhard Kassel verließ.*) Redakteur wurde nun Dr. J. Pinhas.

Der Inhalt der „Kasselschen Allgemeinen Zeitung" war aber trotzalledem doch nicht ganz so kläglich, wie der so manchen anderen Regierungsblattes jener Zeit. Von dem, über das sie reden durfte, brachte sie manches Wertvolle, so daß Görres in seinem „Rheinischen Merkur" (Nr. 80) von ihr sagen konnte: „Ihr Herausgeber scheint tüchtige Mitarbeiter sich zugesellt zu haben, die ihn von Zeit zu Zeit mit bedeutenden Aufsätzen unterstützen, wie gleich jüngst der über Spanien gewesen." Wo es aber galt, die Anschauungen des Kurfürsten zu vertreten, da trat das Blatt allerdings mit brutaler Rücksichtslosigkeit auf. Als die Adresse der Bauern am Diemelstrome erschien (Vergl. S. 9), behauptete die Zeitung ohne weiteres, die meisten Bauern hätten unterschrieben, ohne zu wissen, was eigentlich in der Adresse stünde. Und in dem Kampfe des Kurfürsten gegen die Stände und weiterhin in der verfassungslosen Zeit verwandte sie immer nur das gröbste Geschütz.

Das Zeitungswesen in Sachsen trieb während der Befreiungskriege ein sehr lebenskräftiges Reis, das zu den besten Hoffnungen berechtigte. Es erschienen vom 14. Oktober 1813 ab zunächst in Altenburg, dann vom 21. Oktober ab in Leipzig die schon im zweiten Bande (S. 257) erwähnten „Deutschen Blätter", herausgegeben von Friedrich Arnold Brockhaus. Um ihnen von vornherein ein gewisses Ansehen zu geben, erwirkte sich der geschäftskluge Brockhaus für sie folgenden „Befehl":

„Dem Buchhändler Herrn Brockhaus von hier wird hiermit befohlen, alle von seiten der Hohen Alliierten teils schon erschienenen, teils in der Zukunft noch zu erscheinenden Nachrichten und offiziellen Schriften durch den Druck bekannt zu machen und sie mittelst eines periodischen Blattes, welches jedoch der Zensur

*) L. Völkel, Eines hess. Gelehrten Lebenserinnerungen (Zeitschr. d. Vereins f. hess. Gesch. u. Landesk. N. Fl., 9. Bd. Kassel 1882) S. 318. Auch in den „Briefen J. und W. Grimms aus der Jugendzeit". Weim. 1881, S. 221, wird der Fall erwähnt.

des jedesmaligen Herrn Platzkommandanten unterliegt, dem Publico mitzuteilen.

Sig. Hauptquartier Altenburg, den 13. Okt. 1813.

Auf Befehl seiner Durchlaucht des k. k. en chef kommandierenden Herrn Feldmarschalls Fürsten von Schwarzenberg.

Langenau.“

In Wahrheit waren aber die „Deutschen Blätter“ nach Idee, Titel und ganzem Plan eine Schöpfung von Brockhaus selbst.*) Vom 14. Oktober 1813 ab erschienen sie zuerst täglich im Umfange von einem halben oder einem ganzen Bogen in Oktav. Weiterhin kamen sie viermal wöchentlich heraus und später nur noch dreimal. Die Nummern 1—54 bildeten den ersten Band, der mit einem Titelkupfer (Plan zu den Schlachten bei Leipzig) 1 Tlr. 10 Ngr. kostete; den zweiten Band bildeten die Nummern 55—94, den dritten die Nummern 95—134, den vierten die Nummern 135—174, den fünften die Nummern 175—214. Band 2—5 kamen 1814 heraus; 1815 erschienen der sechste Band (Nr. 215—254) und neue Folge erster (Nr. 1—34; Tagesgeschichte Nr. 1—6) und zweiter Band (Nr. 1—31; Tagesgeschichte Nr. 7—16) und 1816 noch neue Folge, dritter Band (Nr. 1—40). Auch hiervon kostete jeder Band 1 Tlr. 10 Ngr.

Nachdem die großen Ereignisse, die sich um Leipzig abgespielt hatten, einigermaßen in den Hintergrund getreten waren, entwickelte Brockhaus in Nr. 31 den Hauptgedanken, der ihn bei der Herausgabe der „Deutschen Blätter“ leiten sollte. Er wünschte ein Volksblatt zu geben, das in allen Ländern Deutschlands gelesen werden könne. Das Hauptthema für ein solches müsse zunächst der Kreuzzug gegen die fremden Unterdrücker sein. Des weiteren sollten sich die „Deutschen Blätter“ der ganzen neueren Zeitgeschichte zuwenden, dabei fort und fort den Gemeinsinn der Deutschen erwecken, ihren Patriotismus anfeuern und den großen Zweck der verbündeten Mächte, in welchem jeder einzelne Deutsche, der Ehre und Charakter habe, seinen eigenen wiederfinde: Di

*) Heinrich Brockhaus, F. A. Brockhaus in Leipzig. Lpzg. 1872, S. 4 1

Wiederherstellung und Befestigung der Freiheit, Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Wohlfahrt unseres gemeinsamen Vaterlandes befördern.

Die Mitarbeiter wurden nicht genannt, doch ist bekannt, daß Oken in Jena viel für das Blatt schrieb und natürlich auch Böttiger in Dresden, der überall mit dabei sein mußte.

Sehr früh schon regte sich in der Zeitung die Besorgnis, daß die Friedensverhandlungen sich nicht in der gewünschten Weise entwickeln möchten, und als dann die Preußen in einer Proklamation der französischen Hauptstadt verkündeten, daß sie nur gegen Napoleon und nicht gegen die Franzosen kämpften, da schäumte es in den „Deutschen Blättern“ heftig auf. Es erschien ein zornsprühender Artikel „Auf einmal Preußen und Franzosen Freunde!“, der großes Aufsehen erregte, worauf die betreffende Nummer konfisziert wurde. Des weiteren traten die „Blätter“ lebhaft mit für die Rückgabe von Elsaß und Lothringen ein. Ja, sie gingen noch weiter und wünschten alles wieder mit Deutschland vereinigt, was sich nach und nach von ihm getrennt hatte, so namentlich Belgien und Holland. Selbst die Schweiz sollte sich wieder mit dem Reiche verbinden. Auch Dänemark sollte sich bedenken. Es sei zu schwach, um sich allein halten zu können; über kurz oder lang müsse es sich doch an einen größeren Staat anschließen: bei keinem würde es aber so viel gewinnen, als bei Deutschland, denn die Dänen seien ja doch ein germanischer Stamm (1814, IV, S. 329). Ja, selbst über die Düna hinaus wagte man den Blick schweifen zu lassen, denn auch die russischen Ostseeprovinzen, Kurland, Liefland, Esthland, ehedem unter deutscher Herrschaft, sollten wieder unter diese gelangen. „Wo deutsche Familien aneinander wohnen und Stämme sich berühren“, rief der Verfasser dieses Artikels aus, „vom Elsaß bis Liefland, von Bündten bis Schleswig, verlangt die Sprache, der Geist des Volkes eine gemeinschaftliche bürgerliche Form, die sich innerhalb des kurischen Haffs und der Niederweichsel bis zur Nordsee oder dem deutschen Meere ausbreitet .... Innerhalb dieser Schranken herrsche eine Sprache und ein politischer Zweck!“

Diesen aussichtslosen Wünschen geboten aber natürlich die

„Deutschen Blätter" sehr bald Schweigen; sie wandten sich den innern Angelegenheiten zu und traten gegen jene Partei auf, die sich jetzt anschickte, die Ergebnisse der Befreiungskriege für ihre persönlichen Interessen auszunutzen. „Sie möchten das Alte ganz wieder einführen", heißt es in einem solchen Artikel (1814, V, S. 172), weil es für ihre Privatverhältnisse so am dienlichsten erscheint. Und doch haben die Völker nicht gekämpft, um das Alte wieder herzustellen mit allen seinen Mängeln (denn eben, weil es der Mängel so viele hatte, war es zu schwach, auszuzuhalten in den großen Prüfungsstunden der Umwälzungszeiten), sondern das verbesserte Alte soll hergestellt werden, erneuert, verjüngt und geläutert, wie es billig hervorgehen sollte aus dem Schmelztigel der gewaltigen Zeit, die das Gold von den Schlacken sondert. Jene Partei möchte gern die Begriffe verwirren und die Verhältnisse umkehren, wie Napoleon es getan; sie möchte gern alles nach ihrem Eigennutz einrichten und Verhältnisse, Verfassung, Verwaltung des Staats nach innen und außen anordnen, wie es ihren eigennützigen Zwecken zusagt — dafür haben die Völker nicht gefochten." Weiterhin erklärten die „Deutschen Blätter" direkt, die alten Dynastieen, die alten Aristokraten und die große Sekte der Obskuranten seien es, die jene reaktionäre Partei bildet, welche den alten Wust, den Schlendrian und die Beschränktheit von ehedem wieder einführen möchte, um sich dann „über die Gutmütigkeit und Einfalt derjenigen, die sich hintergehen ließen, lustig zu machen." Und sie geben dann folgende Punkte als dasjenige an (Bd. V, S. 511), was den Völkern von den Machthabern zu gewähren sei: „Anerkennung des großen Grundsatzes, daß der in einer gleichmäßigen und unabhängigen Repräsentation ausgesprochene Nationalwille die Grundlage aller Verfassung sei — Vernichtung des Feudalismus und aller barbarischen Institutionen des Mittelalters, die der Kultur eines aufgeklärten Volkes unwürdig sind — Vernichtung der Einschränkungen der Gewerbsfreiheit — eine einfache, klare, konsequente innere Verfassung — Vernichtung der Prärogative einer geschlossenen Aristokratie — Publizität, vorzüglich in den Budgets — Absonderung des Staats-

schatzes von der Zivilliste — und das Palladium von allem diesem die Preßfreiheit.“ Des weiteren weisen sie auf die Notwendigkeit der Einheit Deutschlands hin (Bd. IV, S. 34) und heben die schmachvollen Folgen der Vereinzelung, die erbärmliche Lage der sogenannten souveränen Fürstentümer, hervor, und darum könne von deren Anerkennung auf die Dauer keine Rede sein. „Als die deutschen Fürsten zum Reiche gehörten“, heißt es unter anderem, „fühlten sie sich mächtiger, freier, geehrter und ihre Völker glücklicher. Seit sie Souveräne wurden, Königskronen tragen, zittern sie bald vor Frankreich, bald vor Österreich, bald vor Rußland .... Aber lieber winden sie sich ängstlich, furchtsam, nachgiebig, mit zweideutiger und eben daher unwürdiger Politik zwischen den großen fremden Mächten hin und her, stoßen bald hier, bald dort an, werfen sich oft dem Würgebold selbst in die Arme, ehe sie dem brüderlichen Nachbar die Bundesrechte auf Leben und Tod mit männlicher Freiheit und Würde zu geben sich entschließen.“ Endlich ruft der Verfasser: „Ein Kaiser, ein Reich, ein Rat, ein Arm, ein Recht im Welthandel!“

Eine solche Sprache mußte natürlich bald Anstoß bei den Regierungen erregen, denen nichts ferner lag, als Opfer im Interesse der Allgemeinheit zu bringen. Es liefen infolgedessen allerlei Beschwerden über die „Deutschen Blätter“ ein, worauf die Zensur immer strenger wurde. „Der Zensor chikaniert mich außerordentlich“, schrieb daher Brockhaus eines Tages an den vaterländischen Schriftsteller F. A. Koethe, „und wenn's so fortgeht, muß der Druck hier aufhören .... Um sich über den Verdruß, den der Zensor (über verschiedene Beschwerden) hat, zu rächen, streicht er nun alles, was ihm nur einigermaßen frei und dreist erscheint. Insbesondere ist er Okens Aufsätzen gram. Ich weiß noch nicht, wie das werden soll.“ Und einige Zeit später (4. Nov. 1815) meldete er demselben Freunde: „Die „Deutschen Blätter“ werde ich bestimmt mit dem vierten Bande zu Ostern schließen. Die Bedingungen der Zensur, die ängstliche Rücksicht, die allenthalben genommen wird, der Mangel an Einsicht in den politischen Interessen Deutschlands, die hinkende Teilnahme des

Publikums, jetzt, wo die Hauptfragen entschieden sind, und die ungeheure Schererei bei geringer Belohnung veranlassen mich dazu." Zugleich teilte er seinem Drucker Pierer in Altenberg mit, daß er die Auflage, die anfangs 4000 Exemplare betragen hatte, nunmehr auf 1100 ermäßigen solle. An Professor Oken in Jena aber schrieb er unter dem 9. März 1816: „Auch mir tut es herzlich leid, das allerdings interessante und mir selbst unendlich lieb gewesene Institut der „Deutschen Blätter" eingehen lassen zu müssen. Ich sehe mich aber dazu gezwungen. Aus der Überzeugung, daß bei ihrem sehr verminderten Absatz ihre Wirksamkeit in dieser Form nicht von der Art ist, als sie auch bei den mäßigsten Ansprüchen sein sollte. Die Erscheinung eines so verringerten Absatzes müssen jedem allerdings auffallend sein, der das deutsche Publikum nicht aus Erfahrung in dieser Hinsicht kennt, und der nicht weiß, daß der Wert, besonders eines politischen Blattes, für den Absatz in Deutschland nie entscheidend ist. So z. B. wenn ich Ihnen versichere, daß von der „Allgemeinen Zeitung", wie ich in der Offizin derselben erfahren habe, nicht mehr als 2000 Exemplare gedruckt werden, während der „Nürnberger Korrespondent" (ein gegen jene elendes Blatt) gewiß das Doppelte absetzt und nur Cottas große Kapitale, sein Stolz und seine Konsequenz, auch ohne Vorteil ein Institut fortzusetzen, dessen Nützlichkeit er einmal erkannt hat — eine Konsequenz, die aber nur einem Manne wie ihm möglich ist —, bestimmt denselben, dieses Institut, das ihn ungeheure Summen kostet, und bei welchem er meinem Urteile nach, wenig oder nichts verdient, nicht untergehen zu lassen .... *Von sämtlichen Journal-Instituten in Deutschland gedeiht überhaupt keins mit eigentlichem Glück*, und die meisten derselben erhalten sich nur dadurch, daß die Redakteure und Herausgeber derselben zugleich die Haupt- oder einzigen Ausarbeiter derselben sind, daß sie also nicht an andere etwas zu bezahlen nötig haben und sich mit einer kleinen Ausbeute begnügen können."

So mußte denn Brockhaus bereits 1816 das mit so vielen Hoffnungen begonnene und mit aller Hingabe gepflegte Unter-

nehmen wieder einstellen; die unseligen politischen Verhältnisse hatten ihm allen Boden entzogen.*)

Neben den „Deutschen Blättern" erschien natürlich nach wie vor die offizielle „Leipziger Zeitung" (Vergl. Bd. II, S. 154). Sie war während der französischen Herrschaft schwer bedrückt worden; jetzt, unter den neuen Verhältnissen, so trüb diese sich auch zunächst für Sachsen gestalteten, atmete sie wieder freier auf. Von jeher daran gewöhnt, sich in den engsten Grenzen zu halten, wußte sie sich sowohl unter dem russischen, wie unter dem preu-

---

*) In ihrem Verhalten der Presse gegenüber stützte sich die sächsische Regierung in der Zeit von 1814 bis 1819 im großen und ganzen auf ein Gutachten des Professors Krug in Leipzig. Nachdem im 18. Artikel der Urkunde des deutschen Bundes die Zusage gemacht worden war, „die Bundesversammlung wird sich bei ihrer ersten Zusammenkunft mit Abfassung gleichförmiger Verfügungen über die Preßfreiheit beschäftigen", hatte ein königlich sächsisches Reskript vom 4. März 1816 von der Universität Leipzig die Abgabe eines Gutachtens gefordert: „was in Ansehung der Preßfreiheit zu bestimmen rätlich sein möchte, um danach den bei der Bundesversammlung angestellten Gesandten mit Instruktionen zu versehen," worauf zur Ausarbeitung dieses Gutachtens von der Universität eine Kommission bestellt worden war, die nun wiederum den Professor Krug mit der Abfassung dieses Schriftstückes beauftragt hatte. Professor Krug ging darauf aber weit über seine Aufgabe hinaus; er legte einen ganzen Entwurf zu einer allgemeinen Gesetzgebung über die Preßfreiheit in Deutschland vor und machte diesen weiterhin auch öffentlich bekannt (im 4. Hefte von A. Müllers deutschen Staatsanzeigen, wie auch durch einen besonderen Abdruck). In diesem Gutachten erklärt er, „daß in ganz Deutschland, oder wenigstens in allen zum deutschen Bunde wirklich gehörenden Staaten, Preßfreiheit stattfinden, diese Freiheit aber gleichförmigen gesetzlichen Schranken unterliegen soll, um einerseits dem Mißbrauch der Presse möglichst vorzubeugen, ohne doch andererseits der geistigen Entwicklung und Ausbildung des deutschen Volkes Abbruch zu tun." Um nun diese allerdings schwierige Aufgabe zu lösen, wird unter dem Namen eines Preßfreiheitsgesetzes eine bedingte, für gewisse Personen, Gesellschaften und Schriften gestattete Zensurfreiheit mit einer allgemein geltenden nach bestimmten Regeln zu handhabenden Zensurpflichtigkeit verbunden. Die Zensurfreiheit soll durch eigenes Verdienst der Schriftsteller erworben und durch eigene Schuld derselben verloren werden. Es werden dann bestimmte Sätze formuliert, in denen es inbezug auf die Zeitungen heißt:

4. Die Zensur tritt in allen Fällen, wo die Unschädlichkeit einer zu druckenden Schrift nach ihrem Inhalt und Zweck nicht mit überwiegen-

ßischen Regiment leicht zurechtzufinden. Unter russischer Zensur erschien sie von Ende Oktober 1813 bis Mitte November 1814, von da ab bis Mitte Juni 1815 unter preußischer und dann, seit der Rückkehr des Königs Friedrich August, wieder unter der sächsischen.

Eine wesentliche Beeinträchtigung erlitt die amtliche Zeitung naturgemäß durch die Teilung Sachsens, bei der das Land auf zwei Fünfteile seines früheren Umfanges reduziert wurde. Es trat eine Einbuße von Abonnenten und Inseraten ein, zugleich verringerte sich der Gewinn aus der Spedition auswärtiger Zeitungen, die dem Pächter als Nebengeschäft übertragen war, und endlich wurde auch die Portofreiheit des Pächters wesentlich beschränkt, da 89 Postämter und Posthaltereien an Preußen übergingen. Der Pächter, August Mahlmann, der jährlich 10000 Taler Pacht

der Wahrscheinlichkeit sich voraussetzen läßt, und es darf dann der Druck nicht ohne vorgängige Berechtigung von dem Zensor mit dessen Namensunterschrift geschehen.

Näher bestimmt wird die Zensurpflichtigkeit:

a. für Schriften ungenannter Verfasser, oder für solche, die nicht mit ihren wahren oder doch bekannten Namen sich genannt haben,

b. für alle blattweise herauskommenden Schriften, politische Zeitungen, Intelligenz- und andere für das Lesepublikum bestimmten Flugblätter, ohne weitere Rücksicht auf die Person des Herausgebers.

Diesen Ansichten Krugs trat Prof. Niemann in Kiel entgegen. Er stellte den Hauptsatz auf: „Die freie Mitteilung dessen, was ich redlich für wahr und recht erkannte, ist mein Recht, denn die Forschung nach Wahrheit und Recht ist meine Pflicht. Die Hinderung dieser Mitteilung ist ein Unrecht und ein Übel zugleich, denn sie hemmt die Berichtigung meiner und anderer Erkenntnis, die Förderung und Verbreitung der Wahrheit.“ Und darum verwarf er auch ganz energisch die Zensur der Zeitungen. „Werden diese unter solchen Verhältnissen ihren großen wohltätigen Einfluß auf die staats- und völkerrechtlichen Verhältnisse Europas und deren Ausbildung dann weiterhin behaupten können?“ fragte er. „Ist das Unwesen, das unter dem Weltprogramm mittelst der Zeitungszensur geübt ward, die Zeit der Lüge, als die Zeitungen nur die Diktate des Gewaltigen verbreiteten, die Schmach und der Druck, den besonders Deutschland dadurch erlitten, schon vergessen? Zeitungen und Zensur — in dem Augenblicke, da einem Volke freie Verfassung verkündigt wird — wie mögen Britten und Amerikaner zwei so ungleichartige Dinge zusammenreimen!“

zu zahlen hatte, wurde daher bei der Regierung dahin vorstellig, es möge ihm eine angemessene Entschädigung gewährt werden. Dabei berechnete er den ihn voraussichtlich treffenden Verlust auf drei Vierteile des zeitherigen Einkommens. Die Finanzen des Landes befanden sich durch die langen Kriege aber in so schlechten Verhältnissen, daß die Regierung nicht so ohne weiteres auf das Verlangen Mahlmanns einging. Er wurde dahin beschieden, daß vorerst noch abzuwarten sei, wie sich die Verhältnisse gestalteten; erst dann würde man eine genauere Unterlage zur Beurteilung seiner Einbußen erlangen. Zugleich wurden bei der preußischen Regierung mit Erfolg Schritte getan, um die Fortgewährung der dem Zeitungspächter eingeräumten Vergünstigungen in den abgetretenen Landesteilen bis zum Schlusse der Mahlmannschen Pachtzeit sicher zu stellen. Unterdessen hob sich bei dem wieder erwachenden Handel und Verkehr die Zeitung rasch aufs neue, so daß Mahlmann schließlich auf seine Entschädigungsansprüche verzichtete.

Zu dem Wiedererblühen der Zeitung trug neben den günstigeren Zeitungsverhältnissen allerdings auch Mahlmanns geschickte Leitung viel mit bei. Mahlmann war ein hochgebildeter Mann, der viele Verbindungen in der Schriftstellerwelt und den höheren Gesellschaftskreisen besaß und sich dadurch manche Quellen eröffnen konnte, die anderen Zeitungen verschlossen blieben. So war es ihm möglich, die Kunde vom Einzuge der Verbündeten in Paris am 31. März 1814 bereits am 10. April durch ein Extrablatt zu verbreiten und tags darauf schon einen offiziellen Bericht des Herzogs von Sachsen-Weimar, unter dessen Oberbefehl damals die sächsische Armee stand, über diesen welthistorischen Vorgang zu veröffentlichen. Die offizielle Nachricht von der Einnahme von Paris war in der Nacht vom 9. zum 10. April durch eine Staffette der Großfürstin Erbprinzessin von Weimar an den Kommandanten von Leipzig, den kaiserlich russischen Obersten Prendel, gesandt worden, und dieser hatte sie sofort an Mahlmann weitergegeben. Die erste Nachricht von der Flucht Napoleons von Elba brachte die Zeitung am 15. März 1815. Die Meldung lautete: „Mehreren in Leipzig eingegangenen Nachrichten

zufolge hat Bonaparte nebst einem Teil seiner Garden die Insel Elba verlassen. Mayländer Briefe führen an, die Schiffe wären auf vier Tage mit Proviant versehen und der Ort ihrer Bestimmung Antibes gewesen. Andere geben Neapel als ihren Bestimmungsort an." Die nächsten Tage brachten bereits die bestimmter lautende Bestätigung dieser Kunde.

Nach der abermaligen Niederwerfung Napoleons hatte die Zeitung natürlich durchweg die Grundanschauungen zu vertreten, die vom Wiener Kongreß proklamiert worden waren; dazu erhielt die Redaktion noch die besondere Anweisung, „alles, was der Sr. Maj. dem Könige von Frankreich zu erweisenden Achtung nicht entspricht, oder sonst dem Königlichen französischen Hofe mißfällig sein könnte, sorgfältigst zu vermeiden."*)

Von den Inseraten jener Zeit erregt noch heute die Anzeige vom Tode Theodor Körners in Nr. 223 vom 20. November 1813 unsere Teilnahme, welche lautete:

„Am 26. August d. J. fiel unter Kämpfen für Deutschlands Rettung mein Sohn Karl Theodor Körner, Leutnant bey dem v. Lützowschen Freikorps in einem Gefechte zwischen Schwerin und Gadebusch, nachdem er in seiner kurzen Laufbahn — er hatte das 22. Jahr noch nicht vollendet — die Freude und der Stolz der Seinigen gewesen war. Ungeachtet einer Todesanzeige in den Berliner Zeitungen blieb mir nach späteren Nachrichten noch immer einige Hoffnung übrig, bis ich gestern die traurige Gewißheit erhielt. Diese Bekanntmachung darf daher nicht länger anstehen, und ich rechne dabey auf das Mitgefühl aller, die den Verstorbenen gekannt haben. Einen solchen Verlust zu überleben findet der Vater Kraft in den Trostgründen der Religion und in dem herzerhebenden Gedanken an den nunmehrigen Sieg der guten Sache, für die so mancher Tapfere Blut und Leben geopfert hat. Gott wird auch die Mutter und Schwester trösten.

Großenhayn, am 9. Nov. 1813.

Dr. Christian Gottfried Körner,
Kgl. Sächs. Appellationsrat."

---

*) C. D. v. Witzleben, Gesch. d. Leipziger Zeitung, Lpzg. 1860, S. 122.

Mit dem Schlusse des Jahres 1817 trat leider eine ver-
ängnisvolle Wendung in der Entwicklung der „Leipziger Zeitung"
in; die Pachtzeit Mahlmanns lief ab, und da Mahlmann nur
in Pachtgeld von 11000 Talern bot, wurde die Pacht dem
Buchhändler Georg August Grieshammer auf sechs Jahre zuge-
prochen, der ein Pachtquantum von jährlich 16000 Talern und
ine Kaution von 8000 Talern geboten hatte. Zwar engagierte
Grieshammer zunächst Methusalem Müller (geb. 1771, gest. 1837),
inen gewandten und beliebten Schriftsteller, dann Dr. J. C.
Bretschel als Redakteur, bezahlte beide aber so erbärmlich (400 Tlr.
ährlich, während der Zeitungsbote 300 Tlr. bekam), daß sie bald
wieder ihren Dienst quittierten, worauf die Zeitung von unzu-
änglichen Kräften so gut, oder so schlecht es eben ging, herge-
tellt wurde. Für Korrespondenzen gab er dabei nicht einen
Groschen aus. Einzig und allein war er auf rasche Bereicherung
edacht und soll denn auch jährlich einen Reingewinn von nahezu
12000 Talern erzielt haben, eine für die damalige Zeit ganz
ußerordentlich hohe Summe. Der innere Gehalt der Zeitung
ank unter diesen Umständen, wie sich v. Witzleben ausdrückt, bis
inter den Nullpunkt. Das Blatt geriet nach und nach in einen
vollständigen Mißkredit, der sich dann eine lange Reihe von
Jahren in der öffentlichen Meinung behauptete, auch dann noch,
ls wieder lebhafte Anstrengungen zur Hebung der Zeitung ge-
nacht wurden.

Viertes Kapitel.

Die Presse in Süddeutschland und Österreich.

1. Die Zeitungen in Baden. Die Frankfurter Zeitungen. Die „Oberpostamtszeitung“; das „Journal de Francfort“; das „Reich der Toten“. Das „Ristretto“; erhält den Titel „Zeitung der freien Stadt Frankfurt“; bekommt Börne zum Redakteur; dessen Verhältnis zur Zensur; seine Verurteilung. Das „Journal“. Das Zeitungswesen im Herzogtum Nassau. Die „Rheinischen Blätter“ in Wiesbaden, gegr. von Johannes Weitzel. Weitzels Konflikte mit der preußischen Regierung. Hardenbergs Versuche, Weitzel für sich zu gewinnen. Weitzels politisches Glaubensbekenntnis. Sein Rücktritt von der Redaktion der „Rh. Blätter“. Hardenberg stellt den Regenschirm in die Ecke. Die „Mainzer Zeitung“ und ihr Redakteur Fr. Lehne. Die sonstigen Zeitungen im Flußgebiete des Rheins. Von Görres verspottet. Der „Schwäbische Merkur“. Seine Situation im Verfassungskampfe; seine Haltung gegenüber der Burschenschaft. Die Zustände in Bayern. Das Edikt über die Preßfreiheit in Bayern. Ign. Rudhart über die bayr. Zeitungen und die Zensur. Seine Instruktion für die Zensoren. Die Augsb. „Allgemeine Zeitung“. Sie bürgert sich in Österreich ein. Gentz und die „Allgem. Ztg.“. Pilat. Die Zeitung stellt sich ganz in den Dienst der Metternichschen Regierung. Die „Allgem. Ztg.“ und Preußen. Hardenberg und das Blatt. Varnhagen. Arndt. Die Zensurplackereien. Die sonstigen bayrischen Blätter.

Die Presse Süddeutschlands war durch die Keulenschläge Napoleons fast ganz vernichtet worden. Bei der Rückkehr zu den früheren Verhältnissen konnte daher nur erst langsam und mühevoll neues Leben geweckt werden; in einzelnen Ländern, wie in Baden, vergingen zunächst noch Jahre, ehe sich die vollständig zertretene Zeitungsliteratur auch nur einigermaßen wieder erhob.

Verhältnismäßig schnell stiegen dagegen die Frankfurter Zeitungen aus der Versenkung wieder empor, in die sie am

31. Dezember 1810 vom Fürst-Primas Karl von Dalberg geschleudert worden waren (Vergl. Band II, S. 116). Man muß sich um so mehr darüber wundern, als der Fürst-Primas bis zum letzten Augenblicke seiner Herrschaft auch nicht die geringste Lebensregung eines der alten Frankfurter Blätter gestattete, und die offizielle „Zeitung des Großherzogtums Frankfurt“ bis zu ihrem letzten Atemzuge in tiefster Unterwürfigkeit vor Napoleon gleichsam auf den Knieen lag. Leistete sie doch kurz vor dem Sturze Napoleons noch das Möglichste in Überschwenglichkeit, als sie über die Einweihung des Hafens von Cherbourg berichtete und nach der Schilderung, wie die Kaiserin Marie Luise den Hafen durchschritten habe, schloß: „Man ließ so viel Wasser eindringen, daß niemand mehr den Ort betreten konnte, welchen Allerhöchstdieselbe mit ihren Fußtapfen beehrt hatte.“

Das Wiedererscheinen der alten reichsstädtischen Blätter wurde durch Beschluß des Generalgouvernements vom 22. Dezember 1813 gestattet, und darauf traten sie alle wieder ans Tageslicht: die „Oberpostamtszeitung“, das „Journal de Francfort“, das „Reich der Toten“ („Der Neuwieder“), das „Ristretto“ und das „Frankfurter Journal“, und es kam sogar noch eine neue Zeitung, das „Bürgerblatt“, hinzu.

Die „Oberpostamtszeitung“ erwarb sich schnell wieder ihre frühere dominierende Position, suchte aber dabei den neuen Verhältnissen und Anschauungen möglichst gerecht zu werden und sich auch auf eine etwas höhere Warte zu stellen. „Sie scheint mehr und mehr mit jedem Tage dem herrschenden Geiste sich zu öffnen“, schrieb Görres (Rh. M. 1814 Nr. 80), „und einzusehen, daß es in jetziger Zeit mit dem bloßen Zusammenscharren von Neuigkeiten ohne Zweck, Kritik und Zusammenhang keineswegs getan ist. Die große und allgemeine Verbreitung dieses Blattes macht es seinem Herausgeber zur Pflicht, nicht mit Fahrlässigkeit und Ungeschick das Werkzeug zu handhaben, das ihm in die Hände gegeben ist; er wird sich weniger als viele andere mit dem Drucke der Zensur entschuldigen können.“ Immerhin wurde auch der „Oberpostamtszeitung“ streng auf die Finger gesehen. Als sie einmal von drei Protektoraten zu berichten wußte, die in

Deutschland aufgestellt werden würden (1814 Nr. 313), fuhr die württembergische „Hofzeitung“ erregt auf und sprach die Erwartung aus, daß der Redakteur wegen dieser „ebenso abgeschmackten als lächerlichen Nachrichtserteilung“ die „nötige Zurechtweisung“ erhalten werde. Zugleich erging sie sich, wohl in Erinnerung der schönen französischen Zeit, in der nichts dergleichen gesagt werden durfte, in Klagen darüber, daß sich die Preßverhältnisse offenbar recht verschlechtert hätten. „Es gehört zu den sonderbaren Erscheinungen der jetzigen Zeit“, schrieb sie, „daß öffentliche, der Zensur unterworfene Blätter sich erlauben, fahrlässig allerlei Nachrichten aufzunehmen und zu verbreiten, welche ebensosehr von der Wahrheit entfernt als beleidigend sind.“ Die Karlsbader Beschlüsse warfen hier schon ihre Schatten voraus.

Auch das „Journal de Francfort“ wußte sich wieder zu behaupten. Görres rühmt von ihm, daß es noch sorgfältiger als die „Oberpostamtszeitung“ redigiert sei (Rh. Merk. Nr. 80), „aber es muß doch befremden“, fügt er hinzu, „daß, während Deutschland alles, was französisch ist, ausstößt, sich noch ein Blatt in dieser Sprache in seiner Mitte behaupten kann. Es könnte allerdings eine wichtige Bestimmung erlangen, wenn es dem Auslande, das die deutsche Sprache nicht versteht, durch die Zwischenkunft der seinigen einen Begriff von der Stimmung der Nation mitteilte und den Verkehr zwischen ihr und den anderen Völkern einleitete; aber es sind wenig Spuren zu bemerken, daß es sich dies zu seinem Berufe gemacht. Davon abgesehen, daß sie das Gute nicht wirkt, was sie erreichen könnte, ist der Zeitung sonst nichts Böses nachzureden.“ Im übrigen wußte sich das Blatt zu akkommodieren. Hatte es früher Napoleon verherrlicht, so trat es jetzt für Ludwig XVIII. ein. „Mit Vergnügen nehmen die Freunde der Ordnung in Frankreich wahr,“ hieß es in der Nummer vom 19. Juli 1814, „daß seit einiger Zeit die Gemüter merklich ruhig werden, daß man sich wieder um den Thron vereinigt, und der König tagtäglich eine große Anzahl neuer Anhänger gewinnt. Es folgt dann ein großes Lob an die französische Regierung und den König, und schließlich heißt es: „In der Masse der Nation herrscht ein allgemeines Gefühl

on Glück, dem kein anderes die Wage halten kann." Mehr onnte ja Ludwig XVIII. nicht verlangen.

Einen antiquierten Eindruck machte das Blatt „Reich der Toten" (ehedem „Der Neuwieder"). Es schlug seinen früheren umoristisch-volkstümlichen Ton wieder an, der aber in die neue Zeit nicht recht paßte und auch vom Zensor sehr oft nicht verlanden und gewürdigt wurde. Der allmächtige Rotstift wüstete arum meist so entsetzlich in den Spalten, daß das Blatt stets anz jämmerlich mit Durchschußlinien gegeißelt und zerrissen vor as Publikum treten mußte. Unter diesen Verhältnissen konnte on einer fröhlichen Entwicklung keine Rede sein.

Etwas besser stand es um das „Ristretto". Die Zeitung and auch jetzt wieder einen gewissen Leserkreis, besonders unter er protestantischen Bevölkerung, allein die frühere Verbreitung, ei der sie bis nach Kopenhagen und Stockholm gelangt war, ermochte sie doch nicht wieder zu erreichen. Die Sauerländersche Verlagsbuchhandlung, die das Blatt 1816 erworben hatte, verichte daher zunächst (1817), ihm durch einen zeitgemäßeren Titel ufzuhelfen und nannte es fortan „Zeitung der freien Stadt rankfurt"; aber diese Neuerung machte weiter keinen Eindruck, orauf die Verlagsbuchhandlung zu einem wirksameren Mittel riff und für bessere Redaktionskräfte sorgte. Dabei traf sie auf inen geringeren als Börne. Zwar genoß Börne damals noch icht den glänzenden Ruf seiner späteren Jahre, aber er hatte ch doch bereits durch die Herausgabe seiner Zeitschrift „Die Bage", von der noch später die Rede sein wird, einen Namen macht, der auch der Zeitung zugute kommen mußte; zudem setzte sofort in seiner geistreichen Weise mit seinem sprühenden Witze n, so daß die Zeitung mit einem Schlage weit über ihr bisriges Niveau emporgehoben wurde. Allein sehr bald schon llte ihr die Blüte geknickt werden. Zunächst betrachtete der daalige Polizeigewaltige der freien Reichsstadt Frankfurt, der enator Thomas, diese freiere journalistische Regung von vornrein mit Mißvergnügen und hemmte sie, wo er konnte; noch eit hindernder aber griff fortwährend der Zensor Johann Joseph everus ein. Dieser war zu Dalbergs Zeiten Amtsgenosse

Börnes im Polizeiamte gewesen. Börne hatte unter dem Fürste
Primas die Stelle eines Polizeiaktuars innegehabt, mußte si
jedoch im Jahre 1815, als man nach Wiedererlangung der Frei
heit die bürgerliche Gleichberechtigung wieder aufhob, niederleger
Während jener Amtstätigkeit Börnes hatte Severus gewiß o
genug die Überlegenheit seines Kollegen empfinden müssen un
ließ ihn nun mit dem ganzen Behagen des kleinen Geistes fühler
daß er jetzt mit weitreichenden Machtbefugnissen über ihm stand
„Launenhafter, einsichtsloser wird wohl in ganz Deutschland kein
Zensur verwaltet, als die hiesige," schrieb daher Börne in seiner
Aufsatze ‚Die Denkwürdigkeiten der Frankfurter Zensur'. „Ihr
Strenge hat mich nie so erbittert, als es ihre Nachsicht tat, we
sich aus dieser ergab, daß jene fruchtlos und nur ein Werk de
Willkür war. Es wurden Zeitungsartikel gestrichen, die in de
Residenzen der Regierungen oder Fürsten, von denen sie handel
ten, selbst gedruckt waren oder hätten gedruckt werden dürfer
Ist es nicht die billigste Forderung von Preßfreiheit, daß sie fü
jeden Staat, von welchem die Zeitungen sprechen, in einem solche
Grade bewilligt werden, als in dem Staate selbst über ihn gesag
werden dürfte .... Aber genug; ich will mich jetzt nicht ver
locken lassen, den Groll, die Wehmut meines Herzens auszu
strömen; jeder gute, jeder nachsinnende deutsche Bürger zürnt un
weint, wenn er sieht, welchen Jammer ungeschickte Hände alle
Orten über das teure Vaterland bringen." Allein es sollte nich
bloß bei den Streichungen bleiben, es kam auch noch zu weit ernstere
Konflikten. Börne hatte eine aus Rom datierte Korresponden
eines französischen Blattes gebracht, in der die angeblichen Ab
sichten Österreichs auf Wiedererrichtung eines „Königreiches Rom
als Sekundogenitur der Habsburger erörtert wurde. Der Zenso
Severus hatte die Übersetzung nicht beanstandet. In Wien er
regte der Artikel jedoch Mißvergnügen, und der österreichisch
Minister-Resident in Frankfurt, ein Herr von Handel, mußt
deswegen beim Senate Klage führen. Darauf entschuldigte sic
der Zensor, er habe den Artikel nur frei gegeben, wenn e
einem deutschen Blatte entnommen sei. Börne erklärte jedoch

aß diese Einschränkung nicht gemacht worden sei, vermochte aber as betreffende Zensorblatt vom April — es war mittlerweile uni geworden — nicht mehr vorzuweisen, und infolgedessen illte das Frankfurter Polizeigericht folgendes charakteristische rteil:

In Untersuchungssache gegen A. Börne, Übertretung der ensurweisung betreffend, ist der Bescheid:

Nachdem:

1. der in Nr. 107 der „Zeitung der Freien Stadt Frankrt" unter der Aufschrift: Italien, Rom, 15. März, enthaltene rtikel an sich schon so geartet ist, daß die Redaktion solchem in inem Falle eine Aufnahme hätte gestatten sollen;

2. der Redakteur nicht mehr mit Bestimmtheit zu behaupten ermag, daß die Zensur diesen Artikel habe passieren lassen, auch ie Vorlegung des Zensurblattes unter dem unstatthaften Vorebeu, solches nicht mehr zu besitzen, hartnäckig verweigert, nicht inder auf die wiederholt an ihn, mit umstandlicher Erklärung es ihn betreffenden Präjudizes, gestellte Frage sich gar nicht einelassen hat;

3. die früher gegen den Redakteur der „Zeitung der Freien Stadt Frankfurt" gepflogenen Untersuchungen allerdings zu dem Verdacht berechtigten, daß er auch bei diesem Artikel die Zensurorschriften unbeachtet gelassen, welcher Verdacht durch die Vereigerung der Vorlegung des Zensurblattes — als des Dokuentes, womit jeder Redakteur bei vorkommenden Fällen sich über ie Befolgung der Zensurweisung legitimieren muß — zur Geißheit erhoben wird. Als wird derselbe wegen dieser wiederolten Nichtbefolgung der Zensur-Vorschriften bei einem Artikel, er ohnehin seines höchst anstößigen Inhalts wegen nicht hätte in die Zeitung aufgenommen werden dürfen, in eine vierzehntägige rreststrafe auf der Polizeiwache, sowie zur Bezahlung er Untersuchungskosten verurteilt; er wolle denn binnen acht Tagen durch Vorlegung des Original-Zensurblattes beweisen, daß ie Zensur diesen Artikel entweder pure, oder unter einer von

ihm erfüllten Bedingung habe passieren lassen, als worauf anderweitige Verfügung ergehen soll.

Decretum Polizei-Gericht, am 11. Juni 1819.

In fidem copiae:

Gravelius, Aktuar.

Börne mußte darauf vierzehn Tage unter Gaunern, Bettlern und Dieben zubringen, und es ward ihm außerdem verboten, die Zeitung weiterhin zu redigieren. Nach einem kurzen Interregnum übernahm dann 1821 der Hofrat K. P. Berly die Redaktion für längere Jahre.*)

Am wenigsten günstig stand es mit dem „Frankfurter Journal", das sich zunächst gar nicht erholen konnte und noch 1819 nur eine Auflage von 200 Exemplaren hatte. Doch verzagte der jetzige Herausgeber, der Drucker Johann Ludwig Heller, dem die Vormünder der Dietzischen Kinder das Blatt überlassen hatten, keineswegs und führte dann auch später nach langer rastloser Tätigkeit eine neue Blüte des Blattes herbei.

Recht verheißungsvoll begann sich eine neue Zeitung im Herzogtum Nassau zu entwickeln; leider sollte ihr Leben nur von kurzer Dauer sein. In Nassau waren die Zeitungsverhältnisse bisher wahrhaft kläglich gewesen (Vergl. Bd. II, S. 170) nachdem nun aber die Einrichtung einer auf konstitutionellen Grundsätzen beruhenden Verfassung verkündet und die Preßfreiheit eingeführt worden war, wünschte die Regierung auch eine den Bedürfnissen der neuen Zeit entsprechende Zeitung zu besitzen und zog, wohl hauptsächlich auf Betreiben des Regierungspräsidenten von Ibell, den umsichtigen, in weiten Kreisen geschätzten Publizisten Johannes Weitzel zur Gründung einer solchen heran. Weitzel hatte 1814 nach dem Sturze der französischen Herrschaft in Mainz auf den Wunsch der dortigen provisorischen Regierung die Redaktion der „Mainzer Zeitung" wieder übernommen, gab aber die ihm nicht mehr in der früheren Weise zu

*) Näheres in Börnes gesammelten Schriften, besonders in den Aufsätzen: „Die Zeitung der freien Stadt Frankfurt" und „Denkwürdigkeiten der Frankfurter Zensur".

agende Stellung gern auf, als der Ruf nach Wiesbaden an ihn rging. Die nassauische Regierung gewährte ihm ein Jahres-ɩehalt von 1200 Gulden und verlieh ihm den Charakter eines Revisionsrates und den Titel eines Hofrates, dagegen verpflichtete ich Weitzel, auf eigene Rechnung und Gefahr eine viermal wöchent-ich erscheinende Zeitung unter dem Titel „Rheinische Blätter“ ɟerauszugeben. Dadurch gelangte Nassau mit einem Schlage n den Besitz einer politischen Zeitung, die, dank der gewandten Feder ihres Redakteurs, bald Einfluß und Ansehen gewann. Übrigens tat auch die Regierung noch alles, was in ihren Kräften tand, das Blatt zu fördern. Alle Behörden, die bisher auf Kosten des Staates oder der Kirche die Frankfurter „Oberpost-amtszeitung“ zu halten berechtigt gewesen waren, wurden ange-wiesen, von jetzt ab auf die „Rheinischen Blätter“ zu abonnieren, owie alle Ediktalladungen und sonstigen öffentlichen Bekannt-machungen, die, abgesehen von dem „Herzoglichen Intelligenz-blatt“, bisher noch in die Frankfurter „Oberpostamtszeitung“ eingerückt worden waren, in der inländischen Zeitung bekannt zu machen. Dem Herzoglichen Stadtdirektor zu Wiesbaden wurde aufgegeben, jedenfalls für sich selbst aus dem ihm dafür ausge-etzten Betrage diese Zeitung gleich dem Verordnungs- und In-telligenzblatte anzuschaffen und für seine Amtsnachfolger gleich anderen öffentlichen Urkunden aufzubewahren, zugleich aber auch darauf hinzuwirken, daß in den Städten von den Stadtschult-heißen und in den größeren Gemeinden von dem Oberschultheißen ein Exemplar der „Rheinischen Blätter“ für Rechnung der Ge-meindekasse angeschafft werde.*)

Auf diesem so weithin geebneten Wege begannen die „Rhei-nischen Blätter“ am 2. Juli 1816 ihren Lebenslauf. Es ver-stand sich von selbst, daß die Zeitung in erster Linie die Inten-tionen der nassauischen Regierung in der öffentlichen Meinung vertrat; diese Richtung einzuhalten, konnte aber Weitzel nicht schwer fallen, da er den Grundsätzen, nach denen der Regierungs-

---

*) G. Zedler, Der nassauische Publizist Johannes Weitzel (Annalen d. Vereins f. nass. Altertumskunde. 30. Band) Wiesb. 1899.

präsident von Ibell die Verwaltungsorganisation des Herzogtums Nassau durchführte, aus voller Überzeugung zustimmte. Den nassauischen Verhältnissen wurde jedoch nur ein kleiner Teil der Zeitung gewidmet; Weitzel strebte von vornherein danach, nicht nur ein öffentliches Organ für Nassau, sondern auch zugleich für den ganzen Mittelrhein zu schaffen, der seit der Unterdrückung des „Rheinischen Merkurs" keine Stimme mehr besaß, die die eigentümlichen Zustände dort freimütig besprach. Doch war Weitzel weit davon entfernt, sich der preußischen Regierung, die mit allem Nachdruck bestrebt war, das neu erworbene Gebiet am Rhein dem übrigen preußischen Staatskörper zu einem organischen Ganzen einzugliedern, irgendwie oppositionell gegenüber zu stellen; aber er war auch andrerseits immer bereit, für die Wahrung der Eigentümlichkeiten der Rheinländer einzutreten und auch berechtigten Wünschen und Ausstellungen seiner Landsleute die Spalten seines Blattes zu öffnen. Das wurde jedoch von der preußischen Regierung sehr unangenehm empfunden, um so mehr, als die Mißstimmung in der neu erworbenen Provinz von Jahr zu Jahr wuchs, und sie machte deshalb wiederholt Versuche, dem freimütigen Sprecher den Mund zu schließen, wie sie es zuvor mit Görres und seinem Blatte getan hatte. Als die „Rheinischen Blätter" im Januar 1817 in Nr. 15 und 16 zwei Artikel veröffentlicht hatten, in denen die Organisation der in den Rheinprovinzen errichteten Regierungen einer scharfen Kritik unterzogen worden war, verlangte der Oberpräsident von Ingersleben zu Koblenz den Namen des Verfassers dieser Artikel, eventuell die Übersendung des Manuskriptes, um durch Vergleich der Handschrift den Einsender zu ermitteln. Allein Weitzel wies beides mit Entschiedenheit zurück und erklärte seiner Regierung, daß er keinen Namen nennen werde, es sei denn, daß man ihm erlogene Angaben in den Artikeln nachweisen könne. Der Oberpräsident erachtete aber diese Weigerung Weitzels für höchst ungehörig und verlangte von der nassauischen Regierung, im Administrationswege gegen den widerstrebenden Redakteur vorzugehen. Der nassauische Staatsminister von Marschall gab jedoch die Erklärung ab, daß die Landesgesetze ihm im vorliegenden Falle nicht erlaubten, wei-

tere Schritte zu tun. Ein halbes Jahr später kam es zu einem zweiten Konflikte. In der Nummer vom 21. Juni 1817 wurde die große Teurung besprochen, die damals in den Rheinlanden herrschte, und darüber geklagt, daß die preußische Regierung nicht mit der erforderlichen Umsicht und Schnelligkeit der Not gesteuert habe. Durch diesen Vorwurf fühlte man sich aber in Berlin um so empfindlicher berührt, als damit auf einen allgemeinen Mangel in der Verwaltung, die Schwerfälligkeit und Pedanterie, ganz richtig hingewiesen wurde, und es war kein geringerer als der Staatskanzler Fürst Hardenberg selbst, der den Ministerresidenten von Mettingh in Wiesbaden beauftragte, über die Zügellosigkeit des Redakteurs der „Rheinischen Blätter“ bei der nassauischen Regierung dringend Beschwerde zu führen. „Seine Majestät erwarten die Ausmittlung des Einsenders jenes Aufsatzes“, schrieb der Staatskanzler, „und daß man denselben zur gebührenden Strafe ziehen werde. Zugleich ersuche ich Sie, darauf anzutragen, daß der Redakteur zum Widerruf und zur Berichtigung der nach dem abschriftlich anliegenden Berichte des Staatsministers von Ingersleben falschen Tatsachen angehalten und für die Folge einer strengeren Zensur unterworfen werde.“ Weitzel lehnte jedoch wiederum die Namensnennung ab, da der betreffende Artikel nur Tatsachen enthalte.“ „Es ist schmerzlich“, schließt er seine Rechtfertigung, „bei den reinsten Absichten und dem aufrichtigsten Bestreben, nützlich zu sein, solche Vorwürfe zu hören, die tief demütigen müßten, wenn sie verdient wären. Ich werde gern alles Anstößige vermeiden, die Erzählung von Tatsachen aber liegt in meinem Beruf.“ Der Staatsminister von Marschall hielt es nun zwar für richtig, dem Berliner Kabinett sein Bedauern über den Vorfall auszudrücken, begnügte sich aber dem Ministerresidenten von Mettingh gegenüber, diesem die nassauische Verordnung über Preßfreiheit zu übersenden mit der bloßen Versicherung, daß Weitzel aller Veranlassung zu weiteren Beschwerden aus dem Wege gehen werde. Und als von Mettingh nochmals bei dem Staatsminister von Marschall vorstellig wurde, beschwerte sich dieser über das anmaßende Benehmen und hatte die Genugtuung, daß der preußische Minister des Auswärtigen,

Jordan, ihm durch den nassauischen Ministerresidenten Generalmajor von L'Estocq erklären ließ, daß v. Mettinghs Zudringlichkeit und seine Zumutung, den Redakteur der „Rheinischen Blätter" zur Nennung seines Korrespondenten zu zwingen, in Berlin durchaus mißbilligt werde.*)

Solche Differenzen hielten Weitzel jedoch nicht ab, dort, wo er es für richtig hielt, auch seine Stimme zu Gunsten der preußischen Regierung zu erheben. Als der rheinische Adel von dem Staatskanzler von Hardenberg bei dessen Rheinreise die Berufung der alten Landstände verlangte, und Görres in der sogenannten Koblenzer Adresse die Rückkehr zu dem alten Feudalsystem forderte, trat Weitzel mit seiner ganzen Beredsamkeit diesen reaktionären Bestrebungen entgegen und verteidigte sowohl die soziale Gleichheit, wie die kirchliche Parität. Dadurch leistete er der preußischen Regierung einen großen Dienst, und da mittlerweile für diese die Verhältnisse noch schwieriger wurden, so war es natürlich, daß bei Hardenberg schließlich der Wunsch auftauchte, diesen „Herold der öffentlichen Meinung in den Rheinlanden" dauernd in das preußische Lager hinüberzuziehen. Er ließ mit Weitzel Verhandlungen anknüpfen und ihm den Vorschlag machen, mit den „Rheinischen Blättern" nach Bonn überzusiedeln. Dieser Aufforderung zu entsprechen war Weitzel auch nicht abgeneigt, trat er doch dann in weit größere Verhältnisse; aber er mußte vorher wissen, ob ihm die preußische Regierung auch gestatten würde, seine allgemeinen politischen Grundansichten in seiner Zeitung zum Ausdruck zu bringen. Er ließ daher dem Staatskanzler eine Denkschrift „Rheinpreußen im Dezember 1818" überreichen, in der er sein politisches Glaubensbekenntnis entwickelte. Einleitend legte er den Einfluß des Volkes und der öffentlichen Meinung im Prozesse des Staatslebens dar. „Die Stimmung der Zeit," sagte er, „ist wesentlich demokratisch; in den aufgeklärten Ländern ist sie es besonders und somit auch am Rhein. Freiheit und Gleichheit, dieser so verschrieene Ruf, an den sich schmähliche und furchtbare Erinnerungen knüpften, ist das Losungs-

*) Zedler, S. 164.

wort der Gegenwart: Freiheit, die Befugnis, nur dem Gesetze zu gehorchen, Gleichheit, die allgemeine Verpflichtung, einem und demselben Gesetze untertan zu sein. In fünfzig Jahren ist in der schönsten Hälfte von Europa der Sieg dieses Wahlspruches entschieden. Diese Freiheit und diese Gleichheit werden dann ihre Herrschaft begründet haben; ob auf eine blutige oder unblutige Weise, das hängt von uns ab. Dieser demokratische Geist ist wesentlich monarchisch. Ohne erbliche Monarchie weder Freiheit noch Sicherheit, darüber sind alle Verständigen unter uns einig, aber auch darüber, daß diese Freiheit und Sicherheit, wie die Festigkeit des Trones selbst, ihre Bürgschaft in einer Verfassung finden." Abgesehen davon, daß die allgemeine Erwartung der Einführung der letzteren bis jetzt getäuscht sei, habe man die Rheinländer noch durch mannigfache Mißgriffe der preußischen Verwaltung besonders gekränkt. Das wirksamste Mittel, die begangenen Versehen wiedergutzumachen, sei eine sorgfältige Auswahl der höchsten Provinzialbeamten. Die Beamten müßten ebenso sehr das Vertrauen des Volkes wie des Königs haben. „Die letztere Bedingung ist am Rhein besonders wichtig, weil es hier eine öffentliche Meinung unter aufgeklärten Menschen gibt." Das Volk verstehe nicht jeden und werde nicht von jedem verstanden, wenn sie auch dieselbe Sprache sprächen. Darum sei es klug und billig, einem Lande Vorgesetzte zu geben, die seinen Menschen, ihren Begriffen, Sitten und Gewohnheiten nicht fremd seien. Leider habe die preußische Regierung viele Beamte in die Rheinlande gesandt, die dort nicht am Platze seien, und deshalb sei die Stimmung dort nach und nach durchaus preußenfeindlich geworden.

Diesen freimütigen Darlegungen stimmte der Staatskanzler offenbar zu, denn er richtete jetzt unter dem 26. Februar 1819 an Weitzel ein Schreiben, in welchem er ihn aufforderte, sofort seinen Wohnsitz in den preußischen Rheinprovinzen, wo es ihm beliebe, zu nehmen und dort fortan die „Rheinischen Blätter" herauszugeben. Dabei sprach Hardenberg die Erwartung aus, daß Weitzel in seiner Zeitung das Interesse des preußischen Staates zu seinem Hauptaugenmerk machen und das Blatt im

Geiste der Mäßigung, besonnenen Billigkeit und leidenschaftslosen Prüfung redigieren und überhaupt das seinen Händen anvertraute Organ der Öffentlichkeit mit Umsicht und Klugheit gebrauchen werde, damit der Geist der neuen Provinzen mit dem der älteren vertraut gemacht und freundlich verbunden, und ein wohltätiger Einfluß auf die Stimmung dieser Länder ausgeübt werde. Zugleich wurde ihm für die „Rheinischen Blätter“, jedoch nur unter seiner Redaktion, die Befreiung von der Zensur zugesichert, ferner, um ihn einigermaßen von der Abhängigkeit frei zu machen, in der sich jeder Redakteur mehr oder weniger von der Zahl seiner Abonnenten befinde, ein vom 1. Jan. 1819 ab zahlbares Jahrgehalt von 1000 Talern mit der Aussicht einer künftigen Erhöhung dieser Summe, außerdem 500 Taler Umzugsgelder und der Titel eines Geheimen Hofrates.

So verlockend nun auch diese Anerbietungen waren, vermochte sich Weitzel doch nicht so ohne weiteres zu entschließen. In einem Antwortschreiben vom 12. März betonte er, daß er, wenn er den auf ihn gesetzten Erwartungen entsprechen solle, auch die öffentliche Meinung für sich haben müsse. Sein ganzes öffentliches Sein sei ein Geschenk der öffentlichen Meinung. Durch jeden raschen Wechsel setze er sie aber aufs Spiel. Man werde nicht unterlassen, ihn als einen Parteigänger darzustellen, dessen Grundsätze und Dienste käuflich seien. Aus diesem Grunde möchte er seine gegenwärtigen Verhältnisse nur ablösen, nicht abbrechen, und bat deshalb, sein Berufungspatent noch hinausschieben zu wollen. Außerdem wünschte er, es möge der Befreiung von der Zensur eine so ausdrückliche Sanktion gegeben werden, daß er nur dem Könige, dem Staatskanzler und seinem Gewissen verantwortlich bleibe, gegen untergeordnete Stellen und Lokalbehörden sich aber nie zu rechtfertigenden Erörterungen verpflichtet sehe. Dem Könige und dem Vaterlande sich nützlich zu machen, bezeichnete er als einen der größten Wünsche seines Lebens, denn, schloß er, „in meiner Seele steht die Überzeugung unerschütterlich fest, daß Deutschland nur durch und mit Preußen zu retten ist.“ In einem zweiten Schreiben an Hardenberg vom 11. Juni 1819 bat dann Weitzel um noch weitere Hinausschiebung

seiner Berufung, weil sich die Stimmung in den Rheinlanden nur noch verschlimmert habe. Gehe er unter diesen Verhältnissen nach der ihm zugedachten Bestimmung ab, so komme er in die höchst schmerzliche Lage, mit der öffentlichen Meinung zu brechen, oder oft in einer der Regierung mißfälligen Lage zu erscheinen. Er wünsche deshalb nicht eher abberufen zu werden, bis etwas Entscheidendes für das Land, sei es durch Errichtung von Ständen, oder auf irgend eine andere Weise, geschehen sei.

Inzwischen waren die Karlsbader Beschlüsse gefaßt worden; es folgten die Bundestagsbeschlüsse vom 20. September. Infolgedessen wurde am 5. Oktober 1819 im Herzogtum Nassau die Zensur wieder eingeführt. Darauf trat Weitzel von der Redaktion der „Rheinischen Blätter" zurück und erhielt unter dem 12. Oktober einen Urlaub auf unbestimmte Zeit. Sein Nachfolger wurde der Konrektor Fischer.

Mit den Karlsbader Beschlüssen war aber auch der eigentliche Zweck von Weitzels Berufung nach Preußen hinfällig geworden. Die preußische Regierung brauchte nicht mehr auf die öffentliche Meinung einzuwirken und sich gegen Angriffe in der Presse zu wahren, sie hatte ja durch die Karlsbader Beschlüsse Mittel genug in die Hände bekommen, jede Stimme der Unzufriedenheit durch die Zensur sofort zum Schweigen zu bringen. Sie nahm daher auch davon Abstand, Weitzel nach Preußen zu ziehen, und ging dabei mit aller diplomatischen Geschmeidigkeit zu Werke. In den verbindlichsten Worten drückte Hardenberg in einem eigenhändigen Briefe vom 13. September 1819 Weitzel sein Bedauern aus, daß Preußen unter den obwaltenden Umständen der Aussicht, einen so ausgezeichneten Publizisten zu besitzen, entsagen müsse, und bot ihm eine Geldentschädigung. Weitzel wies diese aber zurück. „Das Spiel war eine lustige Posse," schrieb er bitter an einen Freund, „in der ich als ehrlicher Hanswurst Prügel bekam. Einmal ist es den Herren Ernst gewesen, da die ‚Rheinischen Blätter' noch im Gange waren. Diesen hat es gegolten; sie sollten gewonnen werden, da sie nicht unterdrückt werden konnten. Kaum hatten die Karlsbader Konferenzen der Sache ein anständiges Ende gemacht, als man auch eine andere

Sprache führte. Es hatte ja zu regnen aufgehört, warum sollte man den lästigen Schirm nicht in die Ecke stellen?“

Leider war damit die journalistische Tätigkeit Weitzels für immer abgeschlossen. Ein weitstrebender Geist, der einem großen Staate Fackelträger und Wegweiser hätte werden können, wurde in die Ecke gedrängt und führte dort von nun an das stille Leben des Gelehrten. Im Dezember 1820 nahm Weitzel die Stelle des Bibliothekars der öffentlichen Bibliothek zu Wiesbaden an, schrieb eine Geschichte der Staatswissenschaft, ein interessantes Buch „Das Merkwürdigste aus meinem Leben und aus meiner Zeit“ und starb am 10. Januar 1837, seit Jahren tief verstimmt über die traurigen politischen Zustände Deutschlands.

Die „Rheinischen Blätter“ waren unterdessen bereits am 1. Oktober 1820 eingegangen, worauf dann das Herzogtum Nassau bis zum Jahre 1848 kein einziges politisches Blatt besaß.

In der Stadt Mainz fügte es abermals ein glücklicher Zufall, daß die „Mainzer Zeitung“ auch jetzt wieder in durchaus tüchtige Hände kam. Wie schon erwähnt, leitete zunächst Weitzel das Blatt von 1814 bis Mitte 1816, und dann trat der ausgezeichnete Friedrich Lehne an seine Stelle. Im Jahre 1771 zu Gernsheim in Hessen geboren, war Lehne schon als Knabe nach Mainz gekommen, hatte dann dort studiert und hierauf längere Zeit die Stelle eines Professors der schönen Wissenschaften an der Universität zu Mainz bekleidet. Nach deren Aufhebung wurde er Bibliothekar der Stadt Mainz und schließlich auch Redakteur der „Mainzer Zeitung“. „Die Zeitung hat sich“, rühmt Görres von ihr (Rh. Merk. Nr. 80), „seit dem Augenblicke ihres Wiedererscheinens durch manche Eigentümlichkeit des Urteils und freie Ansicht ausgezeichnet.“ Dieses offene Hervortreten Weitzels hielt auch Lehne für seine heilige Pflicht ebensowohl bei den innern, wie bei den auswärtigen Angelegenheiten. So hatte er auch den Mut, gegenüber dem allgemeinen glühenden Hasse gegen Napoleon, der naturgemäß noch im Herzen eines jeden Patrioten nachzitterte, ganz energisch seinen Abscheu über die nichtswürdige Peinigung des Gefangenen von St. Helena durch Sir Hudson

Lowe Ausdruck zu geben. „Die Behandlung Napoleons auf St. Helena", schrieb er (1818, Nr. 137), „zu welcher England keineswegs berechtigt ist, wird ein ewiges Schandmal in seiner Geschichte bleiben, wenn er dieser Behandlung unterliegt." Ein besonderes Verdienst erwarb sich Lehne noch um die Erforschung der Altertümer der Stadt Mainz. Die Ergebnisse dieser Studien veröffentlichte er in der „Mainzer Zeitung" in einer Reihe von Aufsätzen, deren Wert auch von Goethe anerkannt wurde. Nach langer schmerzvoller Krankheit starb er 1836.

Durchaus kläglich sah es mit den sonstigen Zeitungen im Flußgebiete des Rheins aus, mit der „Darmstädter Zeitung", der „Wormser Zeitung", der „Großherzogl. badischen Staatszeitung" ꝛc. Sie waren sämtlich hinter der Zeit zurückgeblieben und trugen noch alle die charakterlose Physiognomie des ehemaligen rheinischen Bundes. „Sie liegen in völliger Schlafsucht befangen," spottet Görres (Rh. Merk. Nr. 80). „Größtenteils auf das schlechteste Löschpapier gedruckt, erzählen sie andern Blättern die Begebenheiten kalt und unteilnehmend nach; sie wissen nichts von dem Geiste, der die ganze Welt bewegt; ihnen hat sich nichts begeben, als daß die Bewegung der Heere rückläufig geworden ist; nicht Leid noch Freud hat sie von Anfang an aufgeregt; alles schleppt sich in lauer, kühler, nüchterner Langeweile hin. Die rückkehrenden Franzosen würden nichts daran auszusetzen finden." Doch setzt er noch entschuldigend hinzu: „Wir glauben übrigens gern, daß die Charakterlosigkeit weniger das Werk der Herausgeber, als das der Zensoren ist." So findet sich denn auch vieles in diesen Zeitungen schief und falsch dargestellt. Z. B. war sowohl von deutscher wie auch französischer maßgebender Seite gewünscht worden, daß in den Berichten über den zweiten Einzug der Alliierten in Paris vermeldet werde, er sei unter dem „ungeheuren Jubel" der Pariser vollzogen worden. Das geschah denn auch, worauf denn diese geschichtliche Lüge auch in verschiedene historische Werke überging. In Wahrheit war das Gegenteil bei dem Einzuge der Fall. Gustav Harkort schrieb am 8. Juli 1815 aus Paris an seine Eltern: „Gestern sind wir hier wirklich, zwar nicht unter den Akklamationen des Volkes,

das sich im Gegenteil oft mit: à bas les Prussiens! vive l'Empereur! ꝛc. ꝛc. vernehmen ließ, eingerückt.“ *)

Nicht viel besser war es in den beiden Königreichen Württemberg und Bayern mit der Zeitungsliteratur bestellt. In dem erstgenannten Lande war nach wie vor der „Schwäbische Merkur“ die Hauptzeitung, aber wie ärmlich nahm sie sich noch immer aus! Unter der Gewaltherrschaft des Königs Friedrich durfte sie ebensowenig ein freies Wortsagen, wie ehemals unter dem Drucke des napoleonischen Regiments. Veranlassung, sein publizistisches Amt zu üben, hätte der Herausgeber und Redakteur Professor Chr. Gottfried Elben reichlich gehabt, denn unmittelbar nach dem Friedensschlusse begannen die bekannten Verfassungskämpfe in Württemberg, die das ganze Land aufs tiefste erregten, aber dem „Schwäbischen Merkur“ war nicht gestattet, darüber zu berichten, nur das Amtliche, die Aktenstücke, das rein äußerliche durfte er mitteilen. Von den heftigen Debatten fiel kein Wort. Nach dem Tode des Königs Friedrich (30. Okt. 1816) besserten sich die Verhältnisse etwas. König Wilhelm stellte viele Mißstände ab und führte sogar mit dem 30. Januar 1817 die Preßfreiheit ein. Infolgedessen wurde in die Verfassung der § 24 aufgenommen, der jedem Bürger Denkfreiheit, und ferner der § 28, der die Freiheit der Presse und des Buchhandels in vollem Umfange, jedoch unter Beobachtung der gegen den Mißbrauch bestehenden oder künftig zu erlassenden Gesetze, zusicherte. Aber durch langjährige Knechtschaft eingeschüchtert, glaubt der „Schwäbische Merkur“ doch nur sehr bescheidenen Gebrauch von dieser Freiheit machen zu dürfen. Man sieht ihm ordentlich die Schüchternheit an, mit der er eine neue Rubrik „Auf nicht offizielle Weise eingegangene Nachrichten“ einführt und in dieser nun auch Kammerberichte bringt. Doch auch [illegible] nur Auszüg aus den Protokollen [illegible] pflicht ebensowohl bei dem unm[illegible] parteilichkeit abgefaßt. [illegible]genheiten. So hatte er auch den Namen der Redner genann[illegible] glühenden Hasse gegen Ne[illegible] teilen, und dann gibt man [illegible]ießlich die Abstimmungslisten be

*) L. Berger, Der alte Harkort. Lpzg. 1890, S. 139.

kannt. Weiterhin wagt dann der Redakteur noch andere Kundgebungen, auch offiziellen Inhalts, mitzuteilen, so ein Geh. Ratsschreiben an den Prinzen Paul, der sich auf die Seite der Altrechtler, der Gegner des Königs, gestellt hatte, und eine Eingabe der Tübinger Bürger betreffs der Verfassungssache, was die Absendung des Oberamtmanns Mieg nach Tübingen veranlaßt, um den Bürgern das amtliche Mißfallen auszudrücken.*) Auch die Kammerverhandlungen in Baden, an denen sich ein Rotteck, Wessenberg, Thibaut und Liebenstein beteiligten, werden wiedergegeben, selbst Ereignisse, wie das Wartburgfest und die Tat Sands, mit einem gewissen Freimute besprochen. Die Feier auf der Wartburg rühmt der Verfasser des Berichtes als ernst und schön. „Man bemerkte den tiefen Eindruck," schreibt er, „den sie auf die edlen Jünglinge machte. Dieser Eindruck wird unverlöschlich sein." Sand wird ein „exemplarischer Jüngling" genannt, und seine Tat erfährt das verständige Urteil: „Nur schwärmerische Parteiwut konnte dieses Ungeheure erzeugen, indem sie gegen ihr eigenes Ziel wütete!" Als der reaktionäre Vicomte de Bonald über Kotzebues Tod ausruft: „Der Fanatismus kehrt in das Vaterland von Huß und Luther zurück und vermeint, im Protestantismus den Ursprung des Unheils finden zu müssen," da fügt der „Merkur" hinzu: „Nicht auch in der Philosophie? Dieses fehlte noch zur gewöhnlichen Tirade!" Damit ist aber der Höhepunkt der Preßfreiheit erreicht; die Karlsbader Beschlüsse sind mittlerweile gefaßt worden, und bald weht ein eisig-kalter Wind von Frankfurt her. Ein Gesetz vom 1. Oktober 1819 verkündet, daß künftig alle politischen Tagesblätter und Zeitschriften Württembergs unter Oberaufsicht und Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten der Zensur unterworfen seien, und die Regierung zeigt a[illegible] daß sie [illegible] Karlsbader Beschlüssen Gel[illegible] Jubel" der Pariser vollz[illegible] 1819 eine Eingabe denn auch, worauf denn diese gesch[illegible] Eßlingen, die zwar Dank [illegible] historische Werke über[illegible]verfassung, aber auch Bestürzung über die Karlsbader [illegible]isse ausspricht, ihren Weg

*) Otto Elben, Gesch. d. Schwäbischen Merkurs, Stuttg. 1885, S. 47.

noch in den „Schwäbischen Merkur“ findet, wird dem Zensor, der das Aktenstück nicht beanstandet hat, schon ein Verweis zu teil. Bald verschärft sich dann die Aufsicht über die Presse, und nicht lange, so liegt ein bleierner Druck auf allem geistigen Verkehr; kein freies Wort darf mehr öffentlich ausgesprochen werden. Ein Versuch des Kurländers F. G. L. Lindner, 1819 in Stuttgart eine freisinnige Zeitung „Die Tribüne, Württembergische Zeitung für Verfassung und Volkserziehung zur Freiheit“ herauszugeben, schlug daher vollständig fehl; die Zeitung erschien nur kurze Zeit. Ebenso die „Neue Stuttgarter Zeitung“, die Fr. Seybold herausgab. Sie wurde ohne jedes richterliche Erkenntnis unterdrückt.

Ganz besonders trüb sah es in Bayern aus. Dort war der Minister Montgelas, der „erste Staatsmann des Rheinbundes“, auch weiterhin am Ruder geblieben und regierte nach wie vor ganz im Geiste des napoleonischen Despotismus. Sein Hauptbestreben war, Bayern durchaus selbständig zu machen und mithin jeden Zusammenschluß der deutschen Staaten zu einer Gesamtmacht zu verhindern. Er suchte daher Preußen, wo es ging, zu schwächen, die nationalen Bestrebungen als „Deutsch-Michelei“ zu diskreditieren und jede deutsch-nationale Regung in Bayern zu unterdrücken. Die Feier des achtzehnten Oktobers wurde bereits 1816 verboten, und diejenigen, welche, ohne die Erlaubnis der Polizei eingeholt zu haben, den denkwürdigen Tag begingen, erhielten als „Ruhestörer“ eine Strafe. Der gesamten bayrischen Beamtenschaft aber wurde, um ihnen jede Agitation für die deutsche Sache unmöglich zu machen, untersagt, für irgend eine ausländische, d. h. nicht-bayerische Zeitung zu schreiben.

Dieser furchtbare Druck, mit dem Montgelas jede deutsch-nationale Gesinnung zu vernichten trachtete, wurde besonders schmerzlich von dem Kronprinzen Ludwig empfunden, der für die alte deutsche Herrlichkeit schwärmte und darum bei seinem Vater dem König Maximilian Joseph, seinen ganzen Einfluß geltend machte, den Minister zu stürzen. Doch erst im Februar 181[illegible] gelang es ihm, den König zu diesem Schritte zu bewegen. Eine wesentliche Änderung in der Haltung Bayerns wurde damit abe[illegible]

icht herbeigeführt; das neue Ministerium war ebensowenig wie Montgelas imstande, die neue Zeit zu begreifen, und infolgedessen ntwickelte sich nach und nach eine allgemeine Mißstimmung in Bayern. Um dieser nun zu begegnen und zugleich auch die öffentliche Meinung in Deutschland für sich zu gewinnen, die sich Preußen durch seine reaktionären Bestrebungen mehr und mehr verscherzt hatte, griff die bayrische Regierung zu dem alten Versprechen zurück, dem Lande eine Verfassung zu gewähren, arbeitete in solches Grundgesetz in kurzer Zeit aus und ließ es am 26. Mai 1818 verkündigen. Dadurch erwarb sich Bayern das Verdienst, als erster größerer Bundesstaat die Verheißung der Bundesakte erfüllt zu haben, und wurde deshalb in ganz Deutschland als der liberalste Staat gepriesen. In Wahrheit war aber ur sehr wenig gewonnen; besonders blieb die Presse in ihren Banden; die Zensur für die Zeitungen wurde beibehalten. In er III. Beilage der Verfassungsurkunde lautete der § 2 des Ediktes über die Preßfreiheit: „Ausgenommen von dieser Freiheit sind alle politischen Zeitungen und periodischen Schriften politischen oder statistischen Inhalts. Dieselben unterliegen er dafür angeordneten Zensur.“

Dadurch war der bayrischen Presse auch fernerhin jede freie Meinungsäußerung versagt und ein ersprießliches politisches Leben nmöglich. Ausführlich und mit großem Freimut wagte dies der Abeordnete und Regierungs-Direktor Dr. Ign. Rudhart in einem Schriftchen darzulegen.*) Jede Regierung muß stets darnach rachten, führte er aus, das öffentliche Bedürfnis auf das genaueste kennen zu lernen. Das öffentliche Bedürfnis kommt aber um Ausdruck in der öffentlichen Meinung. Das beste Mittel, ie öffentliche Meinung kennen zu lernen, ist die Preßfreiheit, nd unter allen Gattungen von Schriften sind zu diesem Ende m vortrefflichsten die politischen Zeitungen und Tagesblätter. Sie empfangen und verbreiten Nachrichten und Gedanken für nd wider schnell und wohlfeil, alle Tage, ja alle Augenblicke

*) Rudhart, über die Zensur der Zeitungen im allgemeinen und besonders nach dem bayrischen Staatsrechte. Erlangen 1826.

unter Gestalten, die allen Ständen, allen Altern und allen Eigenheiten zusagen; sie wirken ununterbrochen und gleichsam mit verdoppelten Schlägen auf die Meinung und sind oft die einzige Schrift, auf welche das Lesen einer großen Menge von Menschen beschränkt ist. Allein von unsern bayrischen Zeitungen, so ausgezeichnet die Leistungen mancher in anderer Beziehung sind, darf man unter den bestehenden Verhältnissen solche Wirkungen nicht erwarten. Wir haben gesehen, wie sie bei dem freudigsten Ereignisse, der Einführung der Verfassung, nach einem kurzen Ausrufe über diesen Gegenstand stumm geblieben sind. Ein Urteil über die Verfassung oder eine Verteidigung gegen auswärtigen Tadel hat keine gewagt; die wichtigsten verfassungsmäßigen Ereignisse gehen vor ihnen zuweilen unberührt vorüber; Verordnungen, welche in Frankreich und England mit dem lauten Rufe des Beifalls oder des Tadels und mit allen Erwägungen dafür und dagegen wären aufgenommen worden, werden von unseren bayrischen Zeitungen entweder ohne Bemerkung und Beurteilung nur einfach angeführt oder gar übergangen. Sie nehmen zwar keinen Tadel gegen die Regierung auf, aber auch die ungeschicktesten und leidenschaftlichsten Angriffe ausländischer Blätter werden von ihnen selten mit einigen Worten widerlegt, klüglich genug gewählt, um den Tadel selbst zu verhehlen. Und weil man wenigstens im Auslande annimmt, in zensierten Zeitungen sei es die Regierung, welche spricht, so könnte mancher verleitet werden, das Stillschweigen der bayrischen Zeitungen als ein Zeichen politischer Versunkenheit der Bayern, oder als ein stillschweigendes Einbekenntnis der Regierung, oder als Verachtung der öffentlichen Meinung zu erklären. Die Ursache dieses Ungeistes der bayrischen Zeitungen ist aber keineswegs Gleichgiltigkeit der Bayern gegen ihre Verfassung und Regierung, sie liegt lediglich in der Beschränkung der Zeitungen durch die Zensur, und so lang diese und vollends mit einer unbegrenzten Willkür der Zensoren fortdauert, so lange werden auch deren Übel bleiben. Diese werden aber immer für die Regierung größer sein, als für das Publikum, denn derjenige, welcher seine Meinung in inländische Zeitungen frei bekannt zu machen gehindert ist, und der ohn

Hindernis die Schranken des Gesetzes wohl nicht übertreten hätte, wird zu ausländischen Zeitungen seine Zuflucht nehmen und in diesen mit desto größerer Heftigkeit und Leidenschaft seinen unrechtlich zurückgehaltenen Meinungen und Gefühlen Luft machen. Gleichzeitig werden gewiß viele tüchtige Männer, die der Regierung ergeben sind und sie freiwillig verteidigen würden, trotzdem schweigen, weil sie nicht alles rechtfertigen können und der Ansicht sind, daß, wer kein Recht zum Tadeln besitzt, auch das Recht zum Lobe verloren habe. Der Regierung bleiben also nur die privilegierten Verteidiger, die nicht immer die geschicktesten sind. Durch solche Verteidigungen kann aber die Regierung die öffentliche Meinung nicht gewinnen. Man versuche es, einen Artikel zur Rechtfertigung der Regierung in ein bayrisches Blatt aufzunehmen: schnell wird er, gleichsam einem stillschweigenden Befehle folgend, alle inländischen Blätter durchlaufen; kein Widerspruch wird erfolgen, aber es ist auch, als spräche die Regierung allein, und wahrlich! es ist nicht ein Zeichen der Anerkennung und Beistimmung, daß man jemanden ohne Widerspruch und ohne Antwort läßt.

„So wird eine unbillige Machtübung der Regierung gerächt", ruft schließlich Rudhart aus, „welche die öffentliche Meinung, statt durch geistige Überlegenheit zu leiten, durch physische Gewalt unterdrücken will! Wahrlich: hätte man eine Anstalt erfinden wollen, den Feinden der Regierung alle Mittel zum Angriffe zu geben und jener alle Mittel zur Verteidigung zu nehmen — man hätte die Zensur der Tagesblätter erfinden müssen!"

„Indessen," fügt er resigniert hinzu, „besteht nun einmal die Zensur der politischen Zeitungen, und da ist denn zurzeit nur darauf zu achten, daß sie nicht weiter als innerhalb der von den Gesetzen gezeichneten Grenzen ausgeübt werde." Darauf entwirft er eine Instruktion für die Zensoren, in der er die von den Gesetzen gesteckten Grenzen genau angibt. Er hebt zunächst hervor, daß die Verfassungsurkunde die Preßfreiheit als Regel ausspreche, daß aber bei den politischen Zeitungen eine Ausnahme von der Regel gemacht werde. Diese Ausnahme trete jedoch nur

in vier Fällen ein. Die Zensur könne bei den politischen Zeitungen nur ausgeübt werden:

1. Wenn durch die Bekanntmachung einer Schrift oder eines Aufsatzes ein Strafgesetz übertreten wird (Edikt über die Freiheit der Presse § 6, 7, 8.)

2. Wenn dadurch ein rechtswidriger Angriff auf Privatpersonen gemacht wird (§ 10 des Edikts).

3. Wenn Staatsdiener ihre Vorträge und sonstige Amtsarbeiten oder statistische Notizen, Verhandlungen, Urkunden und sonstige Nachrichten, zu deren Kenntnis sie nur durch ihre Dienstverhältnisse kommen konnten, ohne besondere Erlaubnis dem Druck übergeben.

4. Wenn Schriften oder Aufsätze durch Reiz und Verführung zu Wollust und Laster der Sittlichkeit gefährlich sind.

Über diese Grenze dürfe der Zensor nicht hinausgehen; besonders müsse Tadel der Gesetzgebung und Verwaltung, der an sich nirgends verboten sei, den Zeitungen erlaubt sein. Eine freimütige Prüfung der Gesetze sei nur förderlich — aber freilich, so schließt er nicht ohne Bitterkeit, „wenn die Zensoren wegen eines jeden den Ministern mißliebigen Aufsatzes verantwortlich sind oder die Unzufriedenheit derselben erfahren mußten (und dies haben sie ohne eine bestimmte Instruktion zu wagen), so ist eine gerechte Zensur schwerlich möglich. In diesem Falle nämlich werden die Zensoren im umgekehrten Verhältnisse sein mit den Richtern und Geschworenen. Diese sind beruhigt, wenn sie im Zweifelsfalle lossprechen; die Zensoren aber werden beruhigt und sicher vor Unannehmlichkeiten sein nur — wenn sie streichen. Streichen ist unter solchen Verhältnissen für sie immer das sicherste.“

Und darum strichen sie denn auch immer einfach darauf los, ohne irgend welchen höheren Gesichtspunkt einzunehmen, oft in der unsinnigsten Weise, weil es ihnen das bequemste war. Daß sie dadurch die politische Entwicklung des Landes schädigten und in verhängnisvoller Weise aufhielten, fiel ihnen dabei wohl nur selten ein, und auch die Regierung ahnte wohl gar nicht, welche Verantwortung sie durch diese barbarische Unterdrückung jeder

reieren geistigen Regung auf sich lud, wie empfindlich sich die olitische Unreife, in der das Volk gewaltsam erhalten wurde, inmal rächen werde." *)

Am meisten hatte unter diesem schweren Drucke naturgemäß as bedeutendste Blatt, die Augsburger „Allgemeine Zeiung" zu leiden. Doch befand sich die Zeitung auch noch in nderer Hinsicht in einer mißlichen Lage. In der napoleonischen Zeit war sie eine begeisterte Verehrerin des Kaisers Napoleon geesen, hatte ganz im französischen Fahrwasser geschwommen Vergl. Band II, 122); jetzt, in der neuen Zeit, konnte sie sich nit den neuen Verhältnissen wenig befreunden. Wohl hatte sie ich vorübergehend 1813 und 1814 mit in den allgemeinen Jubel er Begeisterung hinreißen lassen, bald aber stand sie den deutchen Verhältnissen wieder durchaus kühl gegenüber und brachte iber die deutschen Zustände nur das Nötigste. Dagegen wandte ie nach wie vor Frankreich ihre lebhafteste Aufmerksamkeit zu. Fort und fort widmete sie dem dortigen Parteileben viele Spalen, und selbst langen Protokollen gestattete sie den breitesten Raum. Daher besaß sie denn auch in Paris eine ganze Anzahl Korrespondenten, von denen ein Baron von Eckstein lange Zeit as meiste lieferte. Doch war Eckstein keine makellose Persönichkeit. Der Redakteur Stegmann sagt einmal, er sei 1815 der Affidé Fouchés gewesen und „auch sonst nicht unbedenklich." **)

Von dem wenigen, das die „Allgemeine Zeitung" über Deutschland brachte, entfiel fast gar nichts auf die Heimat der Zeitung, auf Bayern. Von dem, was sich dort ereignet, was ort die Gemüter erfüllt, wird nur das Wichtigste trocken registriert. Etwas mehr wurde über Österreich mitgeteilt. Durch die Befreiungskriege war das österreichische Volk einigermaßen aus einer „Theater- und Backhähndl-Stimmung" aufgerüttelt worden und suchte sich nun etwas mehr über die Weltverhältnisse zu unterrichten. Die Wiener Zeitungen boten ihm aber nichts, und

*) Vergl. auch Börnes Aufsatz „Die Freiheit der Presse in Bayern" in einen gesammelten Schriften.

**) Ed. Heyck, D. Allgem. Zeitung. München 1898, S. 190.

so griff es denn zur Cottaschen „Allgemeinen Zeitung", die am wenigsten von dem großen politischen Sturm und Drang enthielt, von dem die übrigen größeren deutschen Zeitungen erfüllt waren. Die Auflage der Zeitung, die 1812 bis auf 1007 Abonnenten zurückgegangen war, stieg darauf 1815 bis auf 2719 Exemplare. Dieser österreichische Leserkreis ist dann der Zeitung jahrzehntelang treu geblieben.

Unter diesen Umständen war es natürlich, daß sich Johann Friedrich Cotta nach tüchtigen österreichischen Mitarbeitern umsah. Am liebsten hätte er sich wohl Friedrich von Gentz gewonnen, den berühmten literarischen Helfer Metternichs, aber dieser zeigte keine Lust, sich an bestimmte Pflichten zu binden; doch besuchte er Cotta gern auf der Durchreise in Stuttgart, wobei er dann mit ihm die jeweilige politische Lage besprach, und nahm auch, als er am 12. Dezember 1818 durch Augsburg kam, als literarischer Grandseigneur die Aufwartung des Redakteurs Stegmann in seinem Quartier, den drei Mohren, entgegen.*) An Beiträgen hat er in dieser Zeit nur zwei geliefert, 1816 einen Aufsatz über das österreichische Papiergeld und 1817 einen anderen über die österreichische Bank. Die politischen Aufsätze, die er sonst schrieb, veröffentlichte er im „Österreichischen Beobachter", oder in der „Wiener Zeitung", von wo sie dann die „Allgemeine Zeitung" regelmäßig übernahm. Diese Artikel erschienen aber natürlich ohne Angabe des Verfassers.

Da nun Gentz nicht zu erlangen war, so wandte sich Cotta an Pilat, den Redakteur des „Österreichischen Beobachters" (Vergl. Bd. II, S. 224); auch dieser stand ja mitten im politischen Getriebe und kannte Metternichs Ziele und Wünsche ganz genau, da er jahrelang dessen Privatsekretär gewesen war. Doch auch mit ihm ließ sich nicht leicht verkehren; auch er besaß eine recht hohe Meinung von sich und setzte sich Cotta gegenüber auf ein sehr hohes Pferd. Wohl fand er sich bereit, „über die politischen und anderen mehr oder weniger in dieses Fach einschlagenden Ereignisse des österreichischen Kaiserstaates" Artikel zu liefern, für deren

---

*) Heyck, S. 244.

Wahrheit und Genauigkeit er sich verbürge, aber nur unter der Bedingung, „daß alsdann alle anderen Artikel über Österreich gänzlich ausgeschlossen bleiben." Zugleich verlangte er die strengste Verschwiegenheit seines Namens. Auf diese harten Bedingungen ging Cotta ein und stellte dadurch seine Zeitung vollständig in den Dienst der Metternichschen Regierung, jedoch ganz im geheimen, denn selbst der Redakteur Stegmann erfuhr nicht einmal, daß die Korrespondenzen, die jetzt aus Wien unter dem Pseudonym „Aristides" einliefen, von Pilat herrührten. Aus dem Geiste, den sie atmeten, konnte man ihre Herkunft allerdings erraten. Später erweiterte Cotta sogar die Pilat gemachten Konzessionen noch dahin, daß er seinen Redakteur Stegmann anwies, künftig auch grundsätzlich keinen von denjenigen Artikeln anderer Zeitungen mehr aufzunehmen, gegen die in dem „Österreichischen Beobachter" polemisiert wurde, das heißt also, die dem „Österreichischen Beobachter" aus irgend welchem Grunde nicht genehm waren. Dadurch wurde die Zeitung zur vollständigen Schleppenträgerin der Metternichschen Politik gemacht; sie durfte nicht ein einziges freies Wort über Österreich äußern.

Trotz dieser unerhörten Zugeständnisse erhielt nun Cotta aber auch noch nicht einmal das entsprechende Äquivalent; Pilat zeigte sich nur als ein sehr unregelmäßiger Korrespondent, der zuweilen sogar ganz versagte. Allerdings war dies weniger seine Schuld, sondern er schwieg hier auf Wunsch von oben. Die Wiener Regierung sah es nicht gern, daß die österreichischen Verhältnisse und Vorfälle viel in der Presse besprochen wurden, und so kam es, daß manches Wichtige ganz unerörtert vorüberging, zum großen Mißvergnügen Cottas. In einem längeren (von Heyck mitgeteilten) Briefe an den bayrischen Gesandten in Wien, Grafen v. Bray, macht denn auch Cotta einmal seinem Unwillen rückhaltlos Luft. „Gegen keine Macht hat die „Allgem. Ztg." von jeher größere Schonung beobachtet", schrieb er, „als gegen Österreich. Gar nicht zu erwähnen jener in der ganzen bonapartistischen Epoche beobachteten, oft zu den unangenehmsten und gefährlichsten Erörterungen führenden Rücksicht .... Um mir fortwährend Artikel ganz im Geiste des österreichischen Gouvernements zu verschaffen,

trat ich längst in engere Verhältnisse mit dem Redakteur des „Österreichischen Beobachters", Herrn von Pilat. Wenn ich jetzt genötigt werde, drucken zu lassen, wie viel Geld mich dieses Verhältnis gekostet hat, und welche seltene, mangelhafte und unbedeutende Nachrichten ich für so bedeutende Summen erhalten habe, wird das Urteil der billigen Lesewelt wahrhaftig nicht gegen mich ausfallen. Ebensowenig versäumte ich es, mir das Wohlwollen des Hofrates v. Gentz zu erwerben. Allein ich gewahrte bald, daß es schwer sei, Herrn v. Pilat so viel anzubieten, als ihm vielleicht (trotz des allgemeinen Widerwillens gegen seinen „Beobachter") ein Verbot der „Allgem. Ztg." in Österreich eintragen könnte. Ebenso regelmäßig wie die Äquinoktialstürme kamen auch gegen den Schluß jedes halben Jahres Pilatische Drohbriefe, die das nahe Verbot der „Allgem. Ztg." ankündigten, um jedesmal wieder durch ergiebige Zahlungen beschworen und besänftigt zu werden. Dieser unaufhörlichen Brandschatzungen müde, in denen der Name des Fürsten Metternich ebenso verschwenderisch als unwürdig hervorgestellt wurde, begab ich mich im verflossenen Mai (1828) selbst nach Wien, um doch endlich einmal gleich vor die rechte Schmiede zu gehen, um mich über meine Stellung offen und redlich zu erklären und die eigentliche Willensmeinung des Fürsten-Staatskanzlers zu vernehmen. Aus allem bisherigen mußte ich glauben, seine Stimme gar niemals, sondern nur die Stimme derer vernommen zu haben, die trotz der von mir bezogenen Summen doch nichts so sehr wünschten, als durch recht mißfällige Artikel den Verbot der „Allgem. Ztg." zu intriguieren." Er berichtet dann weiter, daß er Pilat zur Rede gestellt und dieser darauf „die anfänglichen Forderungen und Drohungen" ziemlich herabgestimmt habe. Auch bei Gentz sei er gewesen, und dieser habe ihm zwar unumwunden gesagt, er lobe die Gesinnung der „Allgem. Ztg." und ihre „Deferenz gegen den Wiener Hof", allein es werde nicht viel helfen, die größeren Talente und die mehrere Tätigkeit stünden auf der liberalen Seite.

Trotzdem verharrte Cotta in seiner „Deferenz" und gab sich nach wie vor alle Mühe, „Winke im Sinne des Fürsten Metternich" aus Wien zu erhalten und damit die klägliche Politik des

Stillstandes und der Unterdrückung alles geistigen Lebens zu befürworten und zu fördern.

Wahrhaft kläglich sah es mit den Nachrichten über Preußen in der „Allgem. Ztg." aus. Schon in der napoleonischen Zeit war das nordische Königreich nur wenig beachtet worden, aber auch nach seiner heldenmütigen Erhebung wurde es kaum einiger Zeilen gewürdigt. Es erhielt etwa so viel Raum wie Hessen-Darmstadt oder Nassau. Von 1813 ab sandte der Freiherr von Stein dem Blatte öfters Nachrichten, aber das Verhältnis gestaltete sich nicht inniger, weil den begeisterten Freund freiheitlicher Institutionen die Metternichschen Grundsätze, die in der Zeitung vertreten wurden, beständig verletzten.*) Zur Zeit des Wiener Kongresses erhielt das Blatt auch verschiedene Artikel von Hardenberg, in denen der Staatskanzler für die Teilung Sachsens Propaganda machte. Diesen Ausführungen trat aber die bayrische Regierung stets entgegen, und Montgelas ließ sogar, um kräftiger zu wirken, die Entgegnungen aus Berlin datierten. Auch später noch wandte sich Hardenberg dann und wann in Privatschreiben an Cotta mit der Bitte, diese und jene Mitteilung in der „Allgem. Ztg." zu veröffentlichen, doch „nicht als offiziell, aber mit dem Gepräge der Authentizität." Zu engeren Beziehungen kam es jedoch nicht. Über die Verfassungspläne Hardenbergs und auch sonst über diese und jene Vorfälle in Berlin machte dann und wann Varnhagen von Ense Mitteilungen. Merkwürdigerweise nahm die Redaktion auch mehrere Artikel von dem in das reaktionäre Fahrwasser geratenen Friedrich von Cölln über die Beschränkung der akademischen Freiheit auf. Berufsmäßige Korrespondenten scheint die Zeitung in den in Rede stehenden Jahren in Preußen aber nicht besessen zu haben. Ernst Moritz Arndt, an den sich Cotta wiederholt wandte, lehnte ab, „aus mehreren Ursachen", schrieb er, „teils wegen meiner äußeren Verhältnisse, teils wegen meiner Neigung".**)

---

*) v. Gagern, Mein Anteil an der Politik. Stuttgart, 1833, Bd. IV, in verschiedenen Briefen Steins an Gagern.

**) Goethe vermutete unter den norddeutschen Mitarbeitern der „Allgem.

Diese Armseligkeit in der Berichterstattung über die Verhältnisse in Österreich und Preußen hatte aber nicht bloß ihren Grund in dem starken Interesse, das die Redaktion nach wie vor Frankreich widmete, und etwa noch in den Rücksichten, die sie den beiden Mächten gegenüber beobachtete, auch nicht in dem Mangel an geeigneten Mitarbeitern: sie ergab sich auch aus den Verwüstungen, die der Rotstift der Zensur in den eingesandten Artikeln anrichtete. Oft blieb von den Korrespondenzen kaum die Hälfte, manchmal nur ein Viertel stehen; dazu kam noch, daß wichtigere Artikel nicht in Augsburg, sondern in München zensiert wurden. Dort blieben sie aber zunächst tagelang in den Bureaus liegen, und wenn der Ministerpräsident Montgelas verreist war, wochenlang, und waren dann, wenn sie zurückkamen, veraltet und völlig deplaziert, mußten nun aber, da einmal von oberster Stelle begutachtet, auf jeden Fall abgedruckt werden. Das Erscheinen solcher veralteter Artikel mußte aber dem nicht eingeweihten Leser ganz unverständlich und unbegreiflich sein, so daß sich Stegmann, wie Heyck mitteilt (S. 211), dann wahrhaft schämte und vorsorglich Klage an Cotta sandte, um dessen Verwunderung und Kritik vorzubeugen.

Nicht selten hatte die Zeitung auch unter der geistigen Unzulänglichkeit des Augsburger Zensors (die Person wechselte oft zu leiden. Heyck erzählt folgenden Fall: Die Beilage vom 11. April 1815 wollte einen Artikel über die Wiederherstellung der Jesuiten bringen. Der Zensor bemerkte dazu: „Dieser Auszug scheint aus Arndts Blick aus der Zeit für [l. auf] die Zeit

---

Ztg." auch den ihm so unsympathischen Adolf Müllner in Weißenfels, den Verfasser der „Schuld", und widmete ihm daher folgenden Stachelvers:

M . . . . r.

Etwas ist er, muß auch was scheinen,
Denn immer etwas ist der Schein,
Nun aber in der Allgemeinen
Wird er doch immer mehr gemein.

Doch gehörte Müllner nicht zu den Korrespondenten der „Allgem. Ztg.", er schrieb nur für das Cottasche „Morgenblatt" und das mit ihm verbundene „Literaturblatt". Der Stachelvers ist erst jetzt aus der Sophienausgabe Band 5, S. 202, bekannt geworden.

zu sein“ (gemeint ist: Dies scheint ein Auszug u. s. w.) „und könnte bei dieser Voraussetzung nach der früheren Bemerkung über diese Schrift nicht passieren.“ Der Redakteur Stegmann sandte nun das Manuskript ein und fügte hinzu, der Aufsatz sei durchaus nicht aus Arndts Schrift, sondern die Arbeit eines Korrespondenten; er bitte den Herrn Assessor untertänigst um die Erlaubnis zum Abdruck, da die Wiederentfernung viel Derangement machen würde. Der Zensor erwiderte darauf, jedenfalls müsse in dem Artikel alles, was aus der Schrift des Arndt entlehnt sei, weggelassen werden. „Und wahrscheinlich ist das Ganze Auszug derselben,“ setzte er trotz der Versicherungen Stegmanns nochmals hinzu. Tatsächlich war der Artikel von Böttiger verfaßt.

Solcher Zensurhändel, bemerkte Stegmann seufzend bei der Mitteilung dieses Konfliktes, habe er aller Augenblicke. Doch steigerten sich die Drangsale noch, so daß Stegmann am 4. Januar 1819 in seiner Not Cotta gegenüber klagte, er werde immer schärfer angefaßt; alle wichtigen Aufsätze über deutsche Angelegenheiten, darunter von Friedrich Schlegel, Fr. Roth, Thiersch, blieben in München liegen, ebenso die Korrespondenzen von Usteri über katholische Angelegenheiten. Allein die schlimmsten Zeiten sollten doch erst noch kommen, als die Wirkung der Karlsbader Beschlüsse eintrat. Diese Periode ist aber erst im nächsten Abschnitte zu behandeln.

Von den sonstigen Zeitungen Bayerns war der „Korrespondent von und für Deutschland“ das verbreitetste und beliebteste Blatt. Seine Napoleon-Schwärmerei hatte er überwunden (Vergl. Bd. II, S. 119) und äußerte nun, wie Görres einmal sagt (Rh. M. Nr. 80) „eine muntere Lebenskraft“. Unbedeutend blieben auch ferner der „Fränkische Merkur“ in Bamberg, geleitet von Dr. K. F. G. Wetzel, die „Würzburger Zeitung“, die „Bayreuther Zeitung“, die protestantische „Augsburger Abendzeitung“ und die katholische „Augsburgische Ordinari-Post-Zeitung“. Die beiden letztgenannten Blätter erschienen auch noch nach wie vor in einem so altväterischen Gewande, als hätte seit dreißig, vierzig Jahren jede Entwicklung vollständig still gestanden. Selbst in der Hauptstadt München vegetierten die beiden Blätter,

die „Münchener politische Zeitung“ und die „Königlich privilegierte baierische Nationalzeitung“, nur so hin. 1820 ging dann das letztgenannte ein.

---

2. Die Zeitungen in Österreich. Geringes politisches Leben. Die „Wiener Zeitung“. Ihre Pächter, die van Ghelenschen Erben. Gentz setzt bestimmte Normen für das Blatt fest. Konrad Bartsch, der erste berufsmäßige Journalist Österreichs. Seine Leiden und Schicksale. Sein Gegner Gentz. Die Leistungen der „Wiener Zeitung“. Der „Österreichische Beobachter“. Wird von Gentz bevorzugt. Beschwerde des Pächters der „W. Ztg.“ über den „Beob.“. Haltung des „Beobachters“. Adam Müllers „Bote in Tyrol“. Die „Prager Zeitung“.

Zwar hatte auch auf der österreichischen Presse während der napoleonischen Zeit die Faust des fremden Eroberers schwer gelastet, aber doch nur verhältnismäßig kurze Zeit, und als dieser Druck aufhörte, nahm die österreichische Journalistik sehr bald wieder ihre frühere Physiognomie an. Von dem frisch quellenden politischen Leben, wie es sich besonders am Rhein und in Mitteldeutschland seit 1814 in so mannigfacher Weise äußerte, war hier aber nur wenig zu verspüren. Nach wie vor lebte man an der Donau nur dem behaglichen Genusse. Die Scheu der österreichischen Minister des achtzehnten Jahrhunderts, eine Zeitung „zum Sprachrohr der Staatsverwaltung an das Publikum“ zu machen, hatten die leitenden Staatsmänner der neuen Zeit zwar mehr und mehr überwunden, aber zu der Ansicht, daß auch das Volk ein Recht habe, zu sagen, was es meine oder gar wünsche, vermochten sie sich doch nicht emporzuschwingen. „Es ist nicht das System der österreichischen Regierung,“ schrieb Börne in seiner Abhandlung „Denkwürdigkeiten der Frankfurter Zensur“, „die „öffentliche Meinung für sich zu stimmen, sondern sie erkennt gar keine solche an, und sie würde darum ein Lob aus deren Munde, von ihren Untertanen ausgesprochen, ebenso unwillig zurückweisen,

wie einen Tadel. Dieses ist sehr folgerecht. Die öffentliche Meinung ist eine Macht im Staate; um ihre Gunst buhlen, das heißt sie anerkennen, und sie anerkennen, das heißt ihr huldigen.“ Nichts aber lag der österreichischen Regierung ferner, als der öffentlichen Meinung irgend ein Recht zuzugestehen. Und das Volk ließ sich in seiner großen Mehrzahl die Bevormundung auch weiterhin ruhig gefallen, brauchte es sich doch bei dieser obrigkeitlichen Fürsorge dann um die Staatsangelegenheiten nicht weiter zu kümmern.

So blieb es denn auch weiterhin in Wien bei den beiden amtlichen Zeitungen, der „Wiener Zeitung“ und dem „Österreichischen Beobachter“; erstere war das streng offizielle Organ der Regierung, letztere das offiziöse Organ des auswärtigen Amtes. Wem diese beiden Blätter nicht genügten, der mußte sich eine ausländische Zeitung halten; die Auswahl war jedoch nicht groß, da die meisten ausländischen Zeitungen in Österreich verboten waren. Man griff dann meist zur Cottaschen „Allgemeinen Zeitung“, die, wie wir im ersten Teile dieses Kapitels gesehen haben, ihre Haltung angelegentlich nach den Wünschen der österreichischen Regierung richtete und darum die einzige große fremde Zeitung war, die während der ganzen bedrückten Zeit unangefochten in Österreich geduldet wurde.

Die „Wiener Zeitung“ war von Haus aus ein reines Privatunternehmen, für das die van Ghelensche Buchdruckerfamilie das Privileg erworben hatte. Bei der abermaligen Versteigerung am 1. Juli 1811 erstanden bei starker Konkurrenz die van Ghelenschen Erben das Privileg aufs neue mit dem Meistgebot von einer jährlichen Pacht von 26050 Gulden in Obligationen. In anbetracht der niedrigen Auflage der Zeitung muß dieser Pachtschilling sehr hoch erscheinen; doch wurde damit wohl hauptsächlich das Inseratenprivileg bezahlt, denn die „Wiener Zeitung“ war das einzige Insertionsorgan der Stadt, und so wurde denn auch in einer amtlichen Denkschrift aus jener Zeit das jährliche Erträgnis der „Wiener Zeitung“ auf 91000 Gulden geschätzt. Bei der Versteigerung des Privilegs 1817 ging dann aber der Pacht-

schilling zurück; die van Ghelenschen Erben brauchten nur noch 19050 Gulden, jedoch in Metallgeld, zu bezahlen.*)

Sehr lange war das Verhältnis der „Wiener Zeitung" zur Staatsverwaltung durchaus unklar und unbestimmt gewesen; bei der Versteigerung des Privilegs 1811 hatte jedoch Gentz in einem offiziellen Gutachten feste Linien gezogen, innerhalb deren sich nun künftighin das Blatt bewegen mußte. Er gab damit die Richtschnur für die nächsten Jahrzehnte. In diesem erschien das Blatt in drei Abteilungen. In der ersten wurden die Ereignisse des In- und Auslandes mitgeteilt, in der zweiten die Gesetze und Verordnungen der Staatsverwaltung, alle Verfügungen der nieder-österreichischen Landesregierung und alle Justiznachrichten, während die dritte Abteilung die Inserate der Privatpersonen enthielt. Dabei wurde ein ganz besonderer Wert darauf gelegt, daß nur die zweite Abteilung als amtliches Blatt angesehen werde. „Diese Abteilung ist dahero allein unter dem entsprechenden und von den übrigen Teilen unterscheidenden Namen Amtsblatt kundzumachen," heißt es in der Instruktion für den Pächter. Inbezug auf die erste Abteilung mußte sich der Herausgeber verpflichten, „es sich zu einem allgemeinen Grundsatze zu nehmen, in der geschichtlichen Darstellung der Zeitereignisse sich bloß auf Erzählung der Tatsachen zu beschränken, ohne dieselben mit eigenen Betrachtungen zu beleuchten, oder ihnen bestimmte Deutungen zu geben." Die Wahl des Redakteurs blieb dem Pächter überlassen, doch hatte dieser die gewählte Person der Polizei-Hofstelle anzuzeigen, worauf es dieser vorbehalten blieb „wenn sie sich über die Wahl des Individuums mit der k. k. Staatskanzlei und der böhm.-österr. Hofkanzlei deshalb einvernommen haben wird, für den Fall der Bedenklichkeit eines solchen Individuums denselben auszuschließen."

Einen geeigneten Redakteur zu finden, war aber schwer, denn Wien besaß damals keine publizistische Kraft von Bedeutung; die

*) E. V. Zenker, Die Gesch. der „Wiener Zeitung" in ihrem Verhältnis zur Staatsverwaltung, eine Abhandlung in der Festschrift „Zur Gesch. der Kaiserl. Wiener Zeitung." Wien 1903, S. 36.

ıan Ghelenschen Erben betrauten daher schließlich den Journa-
isten Konrad Bartsch mit der Redaktion, obwohl dieser nicht
ganz den Anforderungen der Hofkanzlei entsprach. Immerhin
bestätigte sie Bartsch unter dem 7. März 1812, so daß dieser der
erste von Amts wegen eingesetzte Redakteur der „Wiener Zeitung"
geworden ist. Zudem darf er auch als einer der ersten, wenn
nicht überhaupt als der erste berufsmäßige Journalist Österreichs
betrachtet werden. Er wurde 1759 zu Wien geboren und wendete
sich früh mit einem gewissen Enthusiasmus der literarischen Tätig-
keit zu. Schon 1778 und 1779 finden sich kleine Arbeiten von
ihm in der „Wiener Realzeitung" und dem „Ungarischen Ma-
gazin". Aus der Schule von Sonnenfels hervorgegangen, schloß
er sich jener kleinen Gruppe von jungen Aufklärern an, welche
die Ideen einer rationalistischen Reform auf allen Gebieten des
Staatslebens, wie sie die josephinischen Jahre gezeitigt hatten, mit
denen von Freiheit und Verfassung, wie sie in der französischen
Revolution hervortraten, zu verbinden suchten. Daraus ergab
sich für Bartsch eine gewisse Vorliebe für Frankreich, die ihn
dann Zeit seines Lebens beherrscht hat und ihm bisweilen sogar
verhängnisvoll geworden ist. Im Jahre 1789 erhielt er sodann
die Stelle eines Hofkonzipisten der böhmisch-österreichischen Hof-
kanzlei, behielt aber dabei so viel freie Zeit, daß er 1782 noch
die Redaktion der „Wiener Zeitung" übernehmen konnte. Seine
Darstellung der französischen und niederländischen Verhältnisse
fand aber höheren Orts wenig Beifall, und als er im Februar 1795
die Umgestaltung der Landesverfassung in den vereinigten Nieder-
landen mit einer gewissen Sympathie besprochen hatte, erregte er
sogar die heftige Unzufriedenheit des Kaisers Franz. In einem
eigenhändigen Handschreiben an den obersten Direktorialminister
Grafen Kolowrat rügte der Kaiser, daß in der letzten Nummer
der „Wiener Zeitung" jene Veränderung „mit so lebhaften und
reizenden Farben geschildert wurde, daß hiervon die übelste Ein-
wirkung auf das Publikum entstehen könne"; es sei sowohl der
Redakteur, wie der Zensor zu bedeuten. In einem längeren
Schreiben an das Direktorium suchte sich Bartsch zwar zu recht-
fertigen, seine Situation war jedoch erschüttert, worauf er schließ-

lich 1799 auf Wunsch des Ministers von Thugut von seinem Posten „entfernt" wurde. Das Genauere darüber ist in dem Wiener Polizeiarchive nicht angegeben. Bald darauf (1801) quittierte Bartsch auch den Staatsdienst und beteiligte sich an dem Geschäfte eines Großhändlers. Das Unternehmen prosperierte aber nicht, und die Firma mußte schließlich liquidieren, worauf nun Bartsch 1812, wie schon erwähnt, aufs neue die Redaktion der „Wiener Zeitung" übernahm und bis 1817 führte. Seine Haltung gab jedoch abermals zur Unzufriedenheit Anlaß; besonders wurde ihm wieder zu große Franzosenfreundlichkeit vorgeworfen, namentlich als 1813 der Kampf gegen Napoleon begann. Einer seiner Hauptgegner in dieser Zeit war Gentz, der alles daransetzte, ihn wieder zu beseitigen. „Daß der Redakteur der ‚Wiener Zeitung' ein geheimer Verbündeter unserer Feinde ist," schrieb er am 13. September 1813 an Metternich, „darüber kann kein Zweifel mehr obwalten .... Die Art, wie dieser Redakteur seine Artikel zu stellen und zu kombinieren weiß, spricht ebensowohl für seine Geschicklichkeit, wie für seinen bestimmten Willen, Böses zu stiften und mit einem hämischen, der Sache höchst nachteiligen Sinne zu Werke zu gehen. Durch die Zensur ist diesem Übel auch gar nicht abzuhelfen, denn mit Leidwesen muß ich die Bemerkung machen, daß weder L (Lebzeltern) noch irgend jemand in der Staatskanzlei für diese Dinge Einsicht und Takt genug besitzt, um einem so verschmitzten Patron, als dieser Bartsch sein muß, die Spitze zu bieten. Man scheint ihn vielmehr, vermutlich aus Mangel an Beurteilungskraft, zu protegieren. Das ist nun einmal die Erbkrankheit dieser Zeit. Die Regierungen werden durch ihre eigenen Instrumente ohne Unterlaß verletzt und verraten." Aber Metternich legte diesen heftigen Beschuldigungen doch kein all' zu großes Gewicht bei, und da Bartsch mittlerweile wohl auch noch vorsichtiger wurde, so mußte Gentz schon einige Monate später zugeben, daß sich der Redakteur der „Wiener Zeitung" jetzt „vernünftig und bescheiden" betrage. Trotzdem wurden immer wieder Anklagen und Verdächtigungen wider ihn laut, und es drohte ihm im Mai 1815 eine abermalige Entlassung, doch wurde diese auf seinen „ehrfurchtsvollen Rekurs an Se. Majestät"

dahin umgeändert, daß er wenigstens die Redaktion des inländischen Teiles der Zeitung behielt und diesen dann bis zu seinem 1817 erfolgten Tode leitete.*) Nach ihm wurde J. C. Bernard Redakteur der Zeitung.

Die Leistungen der Zeitung blieben fort und fort sehr dürftig, obgleich das Blatt vom 1. Okt. 1813 ab täglich erschien. Die Raschheit in der Berichterstattung, die schon unter Bartsch viel zu wünschen übrig gelassen hatte, nahm auch unter Bernard nicht sonderlich zu. Die Meldungen von den Kriegsschauplätzen folgten den Ereignissen in beträchtlichen Intervallen nach und beschränkten sich vorwiegend auf die Wiedergabe der offiziellen Bulletins. Allerdings lag das ja auch an der Stellung der „Wiener Zeitung" als eines amtlichen Blattes, das sich in der Kriegsberichterstattung größere Zurückhaltung auferlegen mußte als andere Blätter. Von der Völkerschlacht bei Leipzig bringt die Zeitung die erste Kunde erst in ihrer Nummer 143 vom 26. Oktober. Hier erstattet sie nämlich Bericht über den am 24. desselben Monats gehaltenen feierlichen Einzug des FML. Grafen Neypperg in Wien, der „mit umständlichen Berichten" über die „ewig denkwürdigen Siege" eingetroffen war. Der Artikel gedenkt der Freudenbezeigungen des „zusammengeströmten wonnetrunkenen Volkes", des feierlichen Dankfestes in der Metropolitankirche zu St. Stephan und der allgemeinen Stadtbeleuchtung, womit der Tag des Jubels beschlossen wurde. Die folgende Nummer vom 27. bringt militärische Beförderungen und Auszeichnungen anläßlich des glücklichen Ausganges der Schlacht, und erst die weiteren Blätter veröffentlichen die Berichte vom Kriegsschauplatze. Auch bei dem nächsten großen Ereignisse, der Flucht Napoleons von Elba (26. Februar 1815), hinkt die Berichterstattung nur langsam nach. Die Nummer vom 15. März veröffentlicht die bekannte Acht-Erklärung des Wiener Kongresses gegen Napoleon, und erst die folgende Nummer vom 16. März — also zwanzig Tage nach dem Ereignisse — ver-

*) Eugen Guglia, Zur Gesch. d. „Wiener Zeitung" im Zeitalter der Revolution und Napoleons in der Festschrift „Zur Gesch. d. Kaiserl. Wiener Zeitung". Wien 1903, S. 117.

öffentlicht (nach der „Allgem. Ztg.“) die ersten noch sehr unbestimmten Nachrichten, die aus Livorno und Florenz eingelaufen waren. Rascher funktionierte der Apparat der Berichterstattung nach der Schlacht bei Waterloo, deren Erfolg in einer außerordentlichen Beilage bekannt gegeben wurde.*)

Etwas mehr als die „Wiener Zeitung“ bot der „Österreichische Beobachter“, das Leibblatt des Herrn von Gentz (Vergl. Bd. II, S. 220), denn dieser suchte seine Zeitung zu fördern, wo er nur konnte. Als im Herbst 1813 der Redakteur Pilat befürchtete, das amtliche Blatt werde jetzt durch die offiziellen Bekanntmachungen und Proklamationen allzusehr gewinnen — auch das berühmte Manifest aus der Feder von Gentz, mit dem Österreich dem Kaiser Napoleon den Krieg erklärte, mußte zuerst (am 19. August 1813) in der „Wiener Zeitung“ erscheinen —, erwiderte ihm Gentz: „Sorgen Sie sich nicht um den ‚Beobachter‘. Schon die Gesinnung wird ihn immer hoch über die armselige Region halten, worin die ‚Wiener Zeitung‘ kriecht.“ Und am 19. Oktober schrieb er ihm: „Den ‚Beobachter‘ rühme ich durch alle Prädikamente und gebe der ‚Wiener Zeitung‘, so oft ich kann, solche Genickstöße, in der Meinung, daß Ihr erster Assoziierter nicht besser operieren könnte.“

Es war daher sehr natürlich, daß sich die Pächter der „Wiener Zeitung“ schließlich über diese Bevorzugung des „Beobachters“ bei der Regierung beschwerten, aber Gentz war nicht der Mann, sich dadurch etwa beengen zu lassen; mit höhnischer Geringschätzung schreibt er unter dem 26. Oktober 1813 an Metternich: „Ich höre, daß die ‚Wiener Zeitung‘ einen abermaligen Schritt (die van Ghelenschen Erben hatten sich schon zweimal, am 7. Febr. und am 18. Sept. 1812, beschwert) gegen den ‚Beobachter‘ getan und diesen mit einem förmlichen Prozesse bedroht hat. Dies ist ein Grad von Unverschämtheit, der alle Erwartungen übersteigt. Es scheint diesen Menschen gar nicht zu ahnen, daß nur eine ganz außerordentliche Langmut die Regierung be-

*) Emil Löbl, Die Entwicklung der journalistischen Technik in der „Wiener Zeitung“ in der Festschrift „Zur Gesch. d. Kaiserl. Wiener Zeitung“. Wien 1903, S. 45.

timmen kann, ihnen nicht das durch Treulosigkeit und Bosheit ängst verscherzte Privilegium zu nehmen und sie aus der Stadt u jagen. Und sie wollen einer von Ew. Exzellenz unmittelbar eschützten Zeitung den Prozeß machen! Was Pilat hierüber agt, ist nicht phantastisch. Sehr richtig vielmehr und sehr hübsch chreibt er: ‚Der, welcher Napoleon besiegte, wird doch vor Bartsch und Lebzeltern nicht weichen? Ich glaube alles Ernstes, daß Ew. Exzellenz die Annahme des Prozesses durchaus untersagen müßten, weil es mir ein wahrer Skandal scheint, daß 6 oder 8 Monate ang vor gemeinen Gerichtshöfen darüber verhandelt werden soll, ob der, welcher heute Europa wieder aufbaut, das Recht hat oder nicht, einen Artikel in eine Zeitung setzen zu lassen, die unter seiner Autorität und gleichsam unter seinen Augen gedruckt wird.“ Die van Ghelenschen Erben waren denn auch klug genug, von einem Prozesse abzusehen und sich schließlich mit der Tatsache abzufinden, daß die Regierung für ihre halbamtichen Kommunikationen den „Beobachter“ bevorzugte, eben weil er in keinem seiner Teile einen amtlichen Charakter hatte. Nebenbei mochten sie auch wohl erwägen, daß Gentz mittlerweile amtlicher Zensor der Staatskanzlei geworden war und sie unter Umständen außerordentlich schikanieren konnte. Später besserten sich die Verhältnisse etwas, so daß auch die „Wiener Zeitung“ hie und da einen Artikel von Gentz erhielt; immerhin war doch der „Beobachter“ stets das bevorzugte Blatt. Als der zweite Pariser Friede unterzeichnet war, lieferte Gentz über diesen zwei Aufsätze, den einen für die „Wiener Zeitung“, den andern für den „Beobachter“, aber jene bekam nur (wie Gentz an Pilat schrieb) das „nackte Faktum der Unterzeichnung“, dieser den Inhalt der Hauptartikel.*)

Die Haltung des „Beobachters“ entsprach natürlich ganz den Grundanschauungen Metternichs und dessen Beraters Gentz. So lange die Sache Napoleons noch nicht entschieden war, bis Anfang März 1814, behandelte das Blatt die Person des Kaisers noch mit großer Vorsicht und Rücksicht; zugleich beobachtete es ein

*) Guglia in der Festschrift d. „Wiener Zeitung“, S. 120—122.

vollständiges Stillschweigen über alles, was die Prinzen aus der vormaligen königlich-französischen Familie betraf, die sich doch schon sehr lebhaft regten und in den Vordergrund zu drängen suchten. Als dann aber die Sache Napoleons definitiv verloren war, änderte der „Beobachter“ rasch sein Verhalten; er wurde ein lebhafter Fürsprecher der Bourbonen, und Gentz selbst, durch das Gold Ludwigs XVIII. bestochen (Vergl. Bd. II, S. 226), schrieb für die Zeitung verschiedene Artikel und trat mit seiner ganzen glänzenden Beredsamkeit für die unumschränkte Wiederherstellung des alten Thrones ein. Dabei verfocht er auch ohne Skrupel die Belassung von Elsaß und Lothringen bei Frankreich, worauf Görres im „Rheinischen Merkur“ den „Beobachter“ heftig angriff, freilich ohne damit, wie man weiß, irgend etwas zu erreichen. Auch weiterhin war der „Beobachter“ weit davon entfernt, die Interessen Deutschlands zu fördern. Überall, wo sich der deutsche Gedanke zeigte, trat er ihm entgegen, und als die Wartburgfeier bekannt wurde, war er es besonders, der sich heftig gegen diesen jugendlichen Enthusiasmus wandte, was das „Oppositions-Blatt“ in Weimar veranlaßte, mit aller Schärfe gegen den „Beobachter“ vorzugehen. Aber die Politik Metternichs dominierte, und damit erhielt die Haltung des „Beobachters“ ihre Sanktion.

Als eine Art Absenker des „Beobachters“ kann der „Bote in Tyrol“ betrachtet werden, den Adam Müller 1814 herausgab, als er Landeskommissär und Landwehrmajor in Tirol war. Wie sein Freund Gentz, so tat auch er alles, sein Heimatland Preußen herabzusetzen, zu verdächtigen und zu schädigen; dabei verirrte er sich oft in die wunderlichsten romantischen Phantastereien. Dem „Rheinischen Merkur“ warf er u. a. vor (7. Juli 1814), er schreibe den Sieg über Napoleon nicht Gott, sondern den Völkern zu, und da die Redaktion der „Allgemeinen Zeitung“ gedankenlos genug war, die Anklage nachzudrucken, so wies Görres diese Beschuldigung in Nr. 89 des „Rh. Merk.“ mit souveräner Verachtung als „hellen, klaren Unverstand“ zurück. Solche Zurückweisungen waren dem Emporkommen Müllers in Österreich keineswegs hinderlich; er stieg vielmehr beständig höher.

kam schließlich in die Wiener Hof- und Staatskanzlei und wurde auch als Müller von Rittersdorf geadelt.

Betreffs der sonstigen Zeitungen in den deutschen Erbländern kann nur auf das hingewiesen werden, was bereits im zweiten Bande Seite 226 u. f. ausgeführt wurde. Doch mag noch einiges über die „Prager Zeitung" bemerkt werden. Sie hatte bisher den Titel „Oberpostamtszeitung" geführt und war immer, auch während der napoleonischen Kriege, obgleich in dem kritischen Herbste von 1813 kein geringerer als Gentz sie geleitet hatte, äußerst dürftig gewesen. Unter einer überaus ängstlichen Zensur wurden sogar die Inschriften bei öffentlichen Beleuchtungen in Prag einer Prüfung auf ihre Zulässigkeit unterzogen. Um wie viel schwerer noch mag da der Druck der Zensur auf dem politischen Teile der Zeitung gelastet haben! Mit dem Jahre 1814 machte sich jedoch in dem Blatte ein etwas regeres Leben bemerkbar; auch erschien es jetzt täglich mit Ausnahme der fünf höchsten Feiertage und des 18. Oktobers, des Tages der Schlacht bei Leipzig. Der Redakteur Wolfgang Adolf Gerle war ein umsichtiger und kenntnisreicher Mann, der auch bedeutende Mitarbeiter heranzuziehen verstand. So gewann er Karl Maria von Weber, damals Operndirektor in Prag, für sich und erhielt von diesem von 1814 bis 1816 regelmäßig „Dramatisch-musikalische Notizen". Bisweilen meldeten sich aber auch Mitarbeiter, die sogar noch Geld dazu zahlen wollten, falls ihre Artikel aufgenommen würden. Die Redaktion macht daher eines Tages bekannt, daß ihr wohl interessante Aufsätze erwünscht seien, sie sich aber die Aufnahme nicht bezahlen lasse. Die eingesandten Gelder möge man wieder abholen. Der Preis der Zeitung wechselte. Im Jahre 1814 kostete sie jährlich 14 fl. in Prag, mit der Post 18 fl. W. W., im Jahre 1816 16 fl. resp. 22 fl., im Jahre 1817 18 fl. resp. 24 fl. Als der Frost der Reaktion erschien, ging auch die „Prager Zeitung" wieder zurück, und das einzige politische Blatt in Böhmen erschien von 1819 ab abermals nur viermal wöchentlich im Umfang von vier Kleinfolio-Seiten. Dagegen stieg das Abonnement auf 32 fl. für Prag und 50 fl. mit Postversendung — ein geradezu ungeheuerlicher Preis, dem der In-

halt in keiner Weise entsprach. Deshalb wurden denn auch die Nummern der Zeitung als sehr kostbar angesehen und von der Expedition nur gegen Vorweisung einer „Zeitungsabholungskarte“ ausgegeben, auf der die Zeitungsnummern vorgedruckt waren; jede Zahl der abgeholten Nummer wurde dick durchstrichen.*)

Eine solche Presse konnte dem Volke natürlich nichts sein; sie mußte den nationalen Geist, der kaum erwacht war, gar bald wieder ersticken, und die Regierungsgrundsätze, nach denen dabei verfahren wurde, mußten die Nation zu den verhängnisvollsten Katastrophen führen. Das scheinen die obersten Leiter auch bisweilen dunkel geahnt zu haben, aber mit einem Leichtsinn und einer Gewissenlosigkeit ohnegleichen suchten sie die drohenden Schatten zu beschwören. „Mich und den Metternich hält's noch!“ soll Gentz einmal lachend ausgerufen haben. Aber er hat nur inbezug auf sich recht bekommen, Metternich mußte den Bankerott seines Regierungssystems noch erleben.

*) A. G. Przedak, Gesch. d. deutschen Zeitschriftenwesens in Böhmen. Heidelberg 1904, S. 119.

Fünftes Kapitel.

Die Zeitschriften während der Periode von 1814 bis 1819.

. Die politischen Zeitschriften der ersten Jahre. Ihr Charakter. C. T. Welckers Grundzüge, nach denen die vaterländischen Zeitschriften zu leiten eien. Ludens „Nemesis". Goethes ablehnendes Verhalten gegen die Nemesis". Die Zeitschrift tritt für die Einheit Deutschlands ein; kritisiert ie Bundesakte; wendet sich gegen Schmalz; sieht sich allerwärts gehemmt. udens Konflikt mit Kotzebue. Gibt die „Nemesis" auf. Die „Kieler Blätter". Die Preßverhältnisse in Holstein und Schleswig. Die „Kieler Blätter" über die Verfassungsfrage. „Die Zeiten" von Chr. Daniel Voß. Betonen deutsches Volkstum und deutsches Recht; treten für die Hegemonie Preußens ein; wenden sich gegen Schmalz und Dabelow. Der „Hermann", ine Zeitschrift für Westfalen. Widmet sich vorwiegend der Volkswirtschaft ind dem Ausbau der Rechtsverhältnisse. Verlangt eine feste Verfassung, Handelsfreiheit und Preßfreiheit. Wird unterdrückt. Die bayrische Zeitschrift „Allemannia". Organ des Ministers von Montgelas. Wendet sich ortgesetzt gegen Preußen. Verspottet den „Rheinischen Merkur"; verdächtigt ie nationalen Bestrebungen. Macht plötzlich eine Schwenkung und stellt dann sein Erscheinen ein.

Der lebhafte Wunsch, den vaterländischen Geist zu heben ind zu kräftigen und das Verständnis für alles das, was dem Vaterlande not tue, in die weitesten Kreise zu tragen, also eine üchtige politische Bildung herbeizuführen, erfüllte natürlich auch ille hervorragenden Zeitschriften der in Rede stehenden Epoche. Verschiedene wurden einzig und allein zu dem Zwecke gegründet, das Gemeingefühl und den Gemeingeist zu stärken und den Wider-

streit der Ansichten über die Wege, die zu einem gesunden deutschen Staatsleben führen müßten, auszugleichen.

Bei dem breiteren Raume, den die nicht mit den Berichten über die Tagesereignisse beschwerten Zeitschriften gewährten, konnten die Verfasser hier in ihren Artikeln gleichsam tiefer Atem holen, ihre Themata erschöpfender behandeln, sich über ihre Ideale breiter auslassen. Allerdings erhielt dadurch manche Auseinandersetzung einen zu gelehrten, akademischen Charakter. Durch die umständliche Darstellung wurde der lebhafte Pulsschlag, wie der Tag ihn forderte, zu sehr gedämpft.

Ausführlich gibt einmal C. T. Welcker in den „Kieler Blättern", Bd. I, die Grundzüge an, nach denen diese vaterländischen Zeitschriften zu leiten seien. Ihre oberste Pflicht, je, führt er aus, dahin zu wirken, daß die Völker ihre nationale Eigentümlichkeit als ihr heiligstes Recht bewahrten. Sehr richtig habe Niebuhr hervorgehoben, daß die innere Verbindung eines edeln Volkes durch gemeinschaftliche Nationalität und durch die Liebe zu derselben noch fester und heiliger sei, als selbst die äußere des Staatsverbandes. Darum müsse es unser ernstliches Streben sein, unsere deutsche Nationalität immer fester und edler auszubilden, alles wirklich Fremde und Schlechte in Religion, Recht, Sprache, Sitte, Kunst und Wissenschaft möglichst auszuscheiden und dem Geiste unseres Volkes gemäße Formen aus dem Leben des Volkes selbst hervorzurufen. Niemand fürchte, wie neulich geschehen sei, daß die Deutschen zu dem letzteren noch nicht reif seien. Jede Zeit, in der das Leben neue Gestaltung fordere, sei bei besonnener ernstlicher Sorgfalt in Bildung und Sprache reif für diese und trage in dem neuen Leben selbst die Gewähr dafür. „Von dem Volke also", sagt er dann weiter, „von seiner Beharrlichkeit, Gesetzlichkeit und Besonnenheit im Guten und Würdigen, von der unselbstsüchtigen Vereinigung aller Stände für dasselbe hängt es ganz vorzüglich jetzt ab, ob fernerhin eine vom Volksleben losgerissene, durch Ausländerei verderbte, lahme Kabinettspolitik oder die Stimme der Ehre und Freiheit ihres Volkes die Fürsten beraten soll." Bei allen Wohlgesinnten nun dahin zu wirken, daß sie mit aller Hingebung auf ein durch gesetzliche Freiheit und

ahren Gemeingeist gesichertes Gemeinwesen hinstreben, und daß und mit diesem Streben für alles Vaterländische eine entziedene öffentliche Meinung gewonnen werde: das müsse tzt bei allen vaterländischen Zeitschriften die Hauptaufgabe bilden. ie öffentliche Meinung sei ebenso die unentbehrliche Grundlage nes edeln moralischen Lebens der Menschen, wie die Erde der ste ernährende Boden für das physische Dasein. Durch Verassungslosigkeit, Kosmopolitismus, zu große Trennung der Stände on einander, des Wissens vom Leben und endlich durch schmähche Ausländerei sei uns die entschiedene öffentliche Meinung verren gegangen, und hauptsächlich infolge dieses Mangels jene renzenlose Schmach über uns gekommen, die wir, ein sonst so dles und starkes Volk, so viele Jahre hätten erdulden müssen. Durch die Befreiungskämpfe habe aber das deutsche Volk das Vertrauen zu sich selbst wiedergewonnen; das sei der herrlichste Gewinn der blutigen Kämpfe. Gestützt auf dieses wiedergewonnene Vertrauen des deutschen Volkes zu sich selbst, werde es kein vergebliches Bemühen der vaterländischen Zeitschriften sein, das geobene und erweiterte Dasein des deutschen Volkes zu fördern.

Die temperamentvollste Zeitschrift dieser Periode von 1814 is 1819 und zugleich auch die erste, die auf dem Plane erschien, var Ludens „Nemesis“. Heinrich Luden, geboren am 10. April 1780 in Loxstedt bei Bremen, wurde im Frühjahr 1806 ls Professor der Geschichte nach Jena berufen und wirkte dort vierzig Jahre hindurch mit außerordentlichem Erfolge. Seine Kollegien waren die besuchtesten der Universität. Nach längerer Krankheit starb er am 23. Mai 1847. In den weitesten Kreisen nachte er sich durch seine „Allgemeine Geschichte der Völker und Staaten des Mittelalters“ und seine „Allgemeine Geschichte des deutschen Volkes“ (12 Bde.) bekannt. Zur Gründung der „Nemesis“ wurde er durch Karl von Grolman angeregt, den nachmaligen preußischen General, der vor dem Ausbruche der Befreiungskriege unter dem Decknamen eines Hauptmanns von Gerlach in Jena lebte. Darauf knüpfte Luden bereits im November 1813 mit Bertuch in Weimar Verhandlungen an und einigte sich mit diesem dahin, daß von 1814 an die geplante Zeitschrift in monat-

lichen Heften und in Bänden zu vier Heften mit Kupfern und Karten in Großoktav im Industrie-Kontor erscheinen solle. Doch hielt es Bertuch für geraten, vorher noch das Projekt dem Geheimen Rat von Voigt und vor allem Goethe zur Begutachtung zu unterbreiten. Diesem Verlangen entsprach Luden auch sofort und fand darauf bei Voigt das größte Wohlwollen. Dieser lobte das Unternehmen und versprach alle Erleichterungen, die von ihm abhingen. Ganz anders Goethe. Er verhielt sich ablehnend und äußerte sich dabei in sehr charakteristischer Weise. „Ich habe schon vor Jahren," sagte er zu Luden, „offen zu Ihnen gesprochen, auf Ihre Diskretion rechnend; das will ich auch jetzt tun. Als öffentlicher Beamter habe ich gegen die Herausgabe einer Zeitschrift nichts einzuwenden. Unsere Regierung würde sich auch gewiß in dieser Zeit hartem Tadel aussetzen, wenn sie sich erlaubte, einem solchen Unternehmen entgegenzutreten. Wir haben ja — die Freiheit mit vielem Blute ruhmvoll erkämpft; was sollte uns die Freiheit, wenn wir sie nicht benutzen. Und gewiß sind wir am geneigtesten, sie durch Wort und Schrift zu benutzen, auch schon darum, weil dieses der bequemste Modus ist. Also wird die herzogliche Regierung Ihnen und Bertuch ohne Zweifel vollkommen freie Hand lassen. Eine Protektion aber kann Ihnen niemand versprechen und niemand gewähren; ein jeder bleibt billig für seine Handlung verantwortlich; Sie werden jedoch wohl auch keiner Protektion bedürfen, und sollten Sie sich jemals verleiten lassen, über die Schnur hinauszugehen, so wird Bertuch, der sich auf solche Dinge versteht, Sie schon an die Schranken mit der Inschrift: noli me tangere freundlich erinnern. Hätten Sie mich aber, ehe Sie sich verbindlich gemacht hatten, vertraulich um meine Meinung gefragt, so würde ich Ihnen gewiß das ganze Unternehmen widerraten und Sie aufgefordert haben, bei Ihren gelehrten geschichtlichen Arbeiten zu bleiben, oder vielmehr, da Sie sich schon in politica eingelassen und sogar ein Handbuch der Staatsweisheit geschrieben haben, zu Ihren gelehrten geschichtlichen Arbeiten zurückzukehren, die Welt ihren Gang gehen zu lassen und sich nicht in die Zwiste der Könige zu mischen, in welchen doch niemals auf Ihre und meine Stimme gehört werden

wird .... Sie wollen in dieser wunderlichen und furchtbaren Zeit ein Journal herausgeben, ein politisches Journal; Sie gedenken dasselbe gegen Napoleon zu richten und gegen die Franzosen. Aber glauben Sie mir: Sie mögen sich stellen, wie Sie wollen, so werden Sie auf dieser Bahn bald ermüden .... Alsdann werden Sie an die Throne stoßen und, wenn auch nicht denen, welche auf denselben sitzen, doch denen mißfallen, welche dieselben umgeben. Sie werden alles gegen sich haben, was groß und vornehm in der Welt ist; denn Sie werden die Hütten vertreten gegen die Paläste und die Sache der Schwachen führen gegen die Hand der Starken. Zugleich werden Sie von Gleichen Widerspruch erfahren teils über Grundsätze, teils über Tatsachen. Sie werden sich verteidigen und, wie ich hoffen will, glücklich, und dadurch werden Sie neue Feindschaft wider sich erwecken ..... Mit den Gleichen dürften Sie vielleicht fertig werden; wen Sie nicht überwinden, den können Sie ignorieren .... Aber anders ist es mit den Mächtigen und Großen, mit denselben ist nicht gut Kirschen zu essen .... Den Waffen derselben hat man nichts einzusetzen .... Ich möchte unserm fürstlichen Hause keine Unannehmlichkeiten bereiten; ich möchte unser Gouvernement, das nicht über 100 000 Bajonette zu verfügen hat, in keine verdrießlichen Verhandlungen verwickelt sehen; ich möchte von der Universität, deren Mitglied Sie sind, jeden Nachteil abwenden; ich denke endlich, warum sollte ich es nicht sagen, auch an meine Ruhe und Ihr Wohl." Hier trat eine Pause ein, bis Goethe fortfuhr: „Glauben Sie ja nicht, daß ich gleichgültig wäre gegen die großen Ideen Freiheit, Volk, Vaterland. Nein; diese Ideen sind in uns; sie sind ein Teil unseres Wesens, und niemand vermag sie von sich zu werfen. Auch liegt mir Deutschland warm am Herzen. Ich habe oft einen bitteren Schmerz empfunden bei dem Gedanken an das deutsche Volk, das so achtbar im einzelnen und so miserabel im ganzen ist. Eine Vergleichung des deutschen Volkes mit anderen Völkern erregt uns peinliche Gefühle, über welche ich auf jegliche Weise hinwegzukommen suche, und in der Wissenschaft und in der Kunst habe ich die Schwingen gefunden, durch welche man sich darüber hinwegzuheben vermag;

denn Wissenschaft und Kunst gehören der Welt an, und vor ihnen verschwinden die Schranken der Nationalität; aber der Trost, den sie gewähren, ist doch nur ein leidiger Trost und ersetzt das stolze Bewußtsein nicht, einem großen, starken, geachteten und gefürchteten Volke anzugehören. In derselben Weise tröstet auch nur der Glaube an Deutschlands Zukunft. Ich halte ihn so fest als Sie, diesen Glauben. Ja, das deutsche Volk verspricht eine Zukunft und hat eine Zukunft .... Aber uns Einzelnen bleibt inzwischen nur übrig, einem jeden nach seinen Talenten, seiner Neigung und Stellung, die Bildung des Volkes zu mehren, damit der Geist nicht verkümmere, sondern fähig bleibe zu jeglicher großen Tat, wenn der Tag des Ruhmes anbricht." *)

Eine solche abwartende Stellung einzunehmen, verspürte Luden aber nicht die geringste Neigung. Er war durchaus nicht der Ansicht, daß der „Tag des Ruhms" durch die Kabinette herbeigeführt werden würde, und hielt es deshalb für eine heilige Pflicht des Volkes, auch weiterhin den nationalen Gedanken zu hüten und zu pflegen. Ohne Verzug ging er daher an die Verwirklichung seines Planes und sandte bereits mit dem Beginn des Jahres 1814 das erste Heft der „Nemesis" hinaus. Mit der ganzen Wärme seines Temperaments trat er sofort mitten in die mannigfachen Fragen des Tages hinein und schrieb die Zeitschrift fast vollständig selbst. In den ersten Monaten von 1814 handelte es sich besonders um den Frieden mit Frankreich, und da wandte sich denn Luden mit aller Entschiedenheit gegen die Grundanschauung der Kabinette, man habe nicht gegen Frankreich, sondern nur gegen Bonaparte gekämpft. Die ganze französische Nation habe unaussprechlich gefrevelt, erklärt er; viel Böses, viel Verruchtes sei schon geschehen gewesen, ehe der Korse aufgetreten, und für das, was er begonnen, habe er in dem Volke stets dienstbare Geister und bereitwillige Hände gefunden. Weiterhin trat Luden lebhaft für die Einheit Deutschlands ein und wurde dabei von seinem Freunde Lorenz Oken energisch unterstützt.

*) Heinrich Luden, Rückblicke in mein Leben. Jena, 1847, S. 114 ff.

Nicht nach Verfassung,“ schrieb dieser (Band IV, S. 114), nicht nach Einteilung, nicht nach Handels-, Denk- und Ge-
issensfreiheit, nicht nach Wegschaffung despotischer Einrichtungen, Studienzwang, Nachdruck, Posterpressung, unerschwinglicher Steuern: ichts nach alledem müssen wir fragen. Mit dem Kaiser ist das lles gegeben. Wozu Verfassungen entwerfen, wenn man keinen Mittelpunkt hat, von dem sie geliend, mit Macht unterstützt, aus-
gehen können? — Das deutsche Volk muß daher jetzt keinen Wunsch haben, als den Kaiser. Es muß an nichts denken, nach ichts rufen, seine Landesschmerzen verbeißen, bis ihm dieser Wunsch gewährt wird. Dann lindert sich alles von selbst.“ Als chließlich aber der Wunsch nicht in Erfüllung ging, kritisierte ein Aufsatz der „Nemesis“ die unglückliche Bundesakte sehr scharf Band V, S. 190 u. folg.) Er tadelte, daß bei ihrer Abfassung as Volk nicht um seine Meinung gefragt worden sei, daß der Bund also kein Volksbund, sondern bloß ein Fürstenbund sei. Er setzt auseinander, wie not unserem Volke eine wahrhafte po-
itische Einheit tue, daß es nur durch sie alle seine schönen Kräfte gedeihlich entwickeln könne, daß es nur durch sie dem Auslande gegenüber stolz und kühn dazustehen vermöge, nament-
ich gegen Frankreich und gegen Rußland hin, dessen Streben nach Westen zu unverkennbar sei. Und trotz aller dieser Mah-
nungen, welche die Geschichte und eine gesunde Politik uns zuge-
ufen, hätten unsere Fürsten nicht die Einheit beschlossen, sondern en deutschen Bund! Dann geht der Aufsatz auf den Inhalt er Bundesakte näher ein und legt deren Ungereimtheit, Halt-
osigkeit, Inkonsequenz und Nichtbeachtung der öffentlichen Meinung it ganzem Freimute dar. Und in einem anderen Artikel gibt uden unumwunden seiner Entrüstung über die getäuschten Hoff-
ungen Ausdruck. „Es ist wahr,“ sagt er, „dem deutschen Volke t der Mut gefallen. Das, was es mit freudigem Vertrauen on der ewigen Gerechtigkeit erwartet hat und nach den Grund-
ätzen, die zur Zeit der Not laut ausgesprochen worden sind, mit echt erwarten durfte, ist nicht in Erfüllung gegangen; es sieht ch in seinen teuersten Hoffnungen weit zurückgesetzt; es bemerkt

denn Wissenschaft und Kunst geh...
ihnen verschwinden die Schranken...
Trost, den sie gewähren, ist doch
setzt das stolze Bewußtsein ... nicht, ...
und gefürchteten Volke anzugehör...
auch nur der Glaube an ... Deutsc...
so fest als Sie, diesen Glauben. Zu...
eine Zukunft und hat eine ... ei...
bleibt inzwischen nur übrig, ...
seiner Neigung und Stellung. ...
damit der Geist nicht ver...
licher großen Tat, wenn ...
Eine solche abwarte...
Luden aber nicht die ger...
der Ansicht, daß der „Ta...
beigeführt werden würde.
Pflicht des Volkes, auch ...
hüten und zu pflegen.
wirklichung seines Planes
Jahres 1814 das erste
ganzen Wärme seines ...
mannigfachen Fragen ...
schrift fast vollständig se...
handelte es sich besonder...
da wandte sich denn Lu...
Grundanschauung der ...
reich, sondern nur gegen ...
Nation habe unaussprec...
Verruchtes sei schon ge...
und für das, was er
dienstbare Geister und
trat Luden lebhaft für
dabei von seinem ...

*) Heinrich Luden,

Nicht nach Verfassu
nicht nach Einteilun
issensfreiheit, nicht
tudienzwang. Nachd
chts nach alledem
les gegeben. Wo
Mittelpunkt hat, vo
hen können? —
Wunsch haben, als
chts rufen, sein
Wunsch gewährt
hließlich aber de
ufsatz der „N
Band V, S. 1
s Volk nicht
und also kein
r setzt ausein
ische Einheit
räfte gedeihl
slande geg
h gegen Fr
ch Westen
ngen, welc
ssen, hätte
n deutsch
r Bunde
sigkeit, J
it ganzem
iden unn
ngen A
der M
n der
zen, di
echt er
h in

den war, und Luden wollte
1818 in der „Nemesis“ ab-
allgemeinen Verachtung preis-
on dem bevorstehenden Abdruck
ion der noch nicht ausgegebenen
aber nicht zu verhindern, daß
nds „Volksfreund“ bekannt ge-
n gar nicht zur Veröffentlichung
rde doch gegen ihn von Kotzebue
um so leichter gelang, da sich
ische Einflüsse für ihn in Weimar
zu langwierigen Verhandlungen,
9 hinein zogen und Luden viel
Er wurde für sein gar nicht aus-
vom Weimarer Kriminalgericht ver-
n Leipziger Schöffenstuhl mit drei
ichstalern Geldstrafe belegt.*) „Es tut
Bertuch, „daß in unserem Vaterlande
n Straferkenntnis gegen einen Mann,
digt ist, niemals als Angeschuldigter
ls vernommen, niemals verteidigt ist,
steigt mir doch die Scham — in der
gierung — ins Gesicht.“
bereits Bertuch zu bedenken gegeben,
marische Regierung bitten sollten, daß
setze, weil sie irre geworden seien und
den molestiis libertatis vorzögen. „Wir
tzt er satirisch hinzu, „daß man unter

seinem Tagebuche unter dem Datum 15. bis
Aushängebogen Luden contra Kotzebue gingen
Aushängebogen machten Aufsehen. Früh rückte
konfiszierte die noch übrigen Exemplare. Suchte
. Erschienen sie übersetzt und mit Noten im
nd 14. Wurde auch auf diese Beschlag gelegt.
ischen Buchhandlung am schwarzen Brett feilgeboten
Tagebücher, 6. Band.

mit Ingrimm, wie es nicht die Früchte auf den Feldern brechen darf, die es mit seinem Blute und mit seinen Tränen gedüngt hat; seine Freude hat sich in Leid verwandelt."

Bei der Schmalzschen Denunziation des Tugendbundes schwillt natürlich auch Luden die Zornesader; das hält ihn aber doch nicht ab, auch weiterhin seine Hoffnung auf Preußen zu setzen, das unfehlbar mit der Zeit die Hegemonie über ganz Deutschland erlangen müsse. Diese Hoffnung befestigte sich in ihm umsomehr, je klarer die Unzulänglichkeit des deutschen Bundes zutage trat. Eine derbe Satire auf die N[illegible]lichkeit des Instit[illegible]s brachte die „Nemesis" in Band IX, S. [illegible]8.

Bei dem großen Druck, der sich jetz. mehr und mehr auf das ganze politische Leben legte, ward es aber der Zeitschrift nach und nach immer schwerer, ihre offene Meinung zu sagen, und als die Weimarischen Preßverordnungen vom 3. Mai 1817 erschienen waren, hätte Luden am liebsten das Unternehmen sofort aufgegeben. „Nach meiner Meinung gibt es jetzt keine Preßfreiheit mehr in unserem Lande," schrieb er unmutig an Bertuch, „und sie ist verfassungswidrig aufgehoben."

Die wesentlichen Beschränkungen durch diese Preßverordnungen sollte er auch sehr bald nachdrücklich spüren; allerwärts sah er sich gehemmt, und so ruft er denn einmal in einem Briefe vom 12. Dezember 1817 an Bertuch verzweifelt aus: „Ei, Gott im Himmel, leben wir denn in Konstantinopel? Und ist das die Freiheit, die teuer erkaufte?" Und einige Tage später klagt er dem alten Freunde: „Die Sachen werden immer bunter; die gewalttätigen oder vielmehr die feigen Eingriffe immer häufiger. Die Weimarische Regierung scheint ihre Basis, welche die öffentliche Meinung ist, gar nicht zu kennen, und die gepriesene Weisheit wird bald Kindern zum Gespött sein."

Aber es sollte noch schlimmer kommen. Luden hatte durch einen Schriftsteller, der damals in Weimar lebte, den Kurländer F. G. L. Lindner, einen Bericht Kotzebues an die russische Regierung erhalten, der sowohl Beleidigungen gegen Luden, wie auch Ausfälle gegen die deutschen Universitäten enthielt. Mit diesem Berichte war erwiesen, daß Kotzebue, wie man schon längst ver-

mutete, ein Spion Rußlands geworden war, und Luden wollte daher das Schriftstück im Januar 1818 in der „Nemesis“ abdrucken, um Kotzebue dadurch der allgemeinen Verachtung preiszugeben. Allein Kotzebue erhielt von dem bevorstehenden Abdruck Kenntnis und wußte die Konfiskation der noch nicht ausgegebenen Bogen durchzusetzen, vermochte es aber nicht zu verhindern, daß der Bericht kurz nachher in Wielands „Volksfreund“ bekannt gegeben wurde. Obgleich nun Luden gar nicht zur Veröffentlichung des Berichtes gekommen war, wurde doch gegen ihn von Kotzebue ein Prozeß erhoben, was diesem um so leichter gelang, da sich russische, österreichische und sächsische Einflüsse für ihn in Weimar geltend machten. Es kam dabei zu langwierigen Verhandlungen, die sich bis in das Jahr 1819 hinein zogen und Luden viel Unannehmlichkeiten bereiteten. Er wurde für sein gar nicht ausgeführtes Beginnen nicht nur vom Weimarer Kriminalgericht verurteilt, sondern auch noch vom Leipziger Schöffenstuhl mit drei Monaten Gefängnis oder 60 Reichstalern Geldstrafe belegt.*) „Es tut mir sehr weh,“ schrieb er an Bertuch, „daß in unserem Vaterlande so etwas vorgehen kann. Ein Straferkenntnis gegen einen Mann, der keines Vergehens beschuldigt ist, niemals als Angeschuldigter vor Gericht gestanden, niemals vernommen, niemals verteidigt ist, — nein, wahrhaftig — es steigt mir doch die Scham — in der Seele der Weimarischen Regierung — ins Gesicht.“

Mittlerweile hatte er bereits Bertuch zu bedenken gegeben, ob sie beide nicht die Weimarische Regierung bitten sollten, daß diese ihnen einen Zensor setze, weil sie irre geworden seien und die dulcedo servitutis doch den molestiis libertatis vorzögen. „Wir könnten dabei sagen,“ setzt er satirisch hinzu, „daß man unter

*) Goethe notierte in seinem Tagebuche unter dem Datum 15. bis 25. Dez. 1817: „Die zwey Aushängebogen Luden contra Kotzebue gingen im Stillen herum. Jene Aushängebogen machten Aufsehen. Früh rückte man Luden ins Haus und konfiszierte die noch übrigen Exemplare. Suchte man sie desto fleißiger auf. Erschienen sie übersetzt und mit Noten im „Volksfreund“ Nr. 13 und 14. Wurde auch auf diese Beschlag gelegt. Wurden sie von der Cröker'schen Buchhandlung am schwarzen Brett feilgeboten und gingen reißend ab.“ Tagebücher, 6. Band.

Napoleon denn doch besser daran gewesen sei.“ Es blieb aber bei dem Vorschlage, denn mit der Spannkraft Ludens ging es unterdessen zu Ende. Im Herbst des Jahres 1818 gab er die „Nemesis“ auf. Es sind 12 Bände zum Preise von 45 Rtlrn. erschienen.

Zu der „Nemesis“ gesellte sich sehr bald eine zweite Zeitschrift, die ebenfalls aus Universitätskreisen hervorging, aber neben den allgemeinen Gesichtspunkten auch die heimischen Verhältnisse mit ins Auge faßte, das Journal „Kieler Blätter“. Es begann mit dem 1. August 1815 und erschien im Verlage der Akademischen Buchhandlung in Kiel. Drei Hefte machten einen Band aus, der 5 Mark kostete. Bis Ende 1819 sind 7 Bände erschienen. Für die Redaktion zeichneten die Professoren Dahlmann, Falck, Twesten, Welcker; die Herausgeber waren v. Berger, Cramer, Dahlmann, Falck, Hegewisch, Heinrich, Niemann, Pfaff, Reimer, Reinhold, Twesten, Weber, Welcker und Justizrat Wiedemann. Alle Gegenstände des Wissens, erklärten die Herausgeber, soweit sie unmitttelbar mit dem Leben zusammen hingen, sollten in den Plan der Zeitschrift gehören.

Die Preßverhältnisse konnten dabei nicht hindernd in den Weg treten, denn sie waren die günstigsten; hatte doch König Christian VII. bereits 1770 in Dänemark, Holstein und Schleswig die vollständige Preßfreiheit eingeführt, und diese hatte sich, trotz aller politischen Stürme, ungeschmälert in den Herzogtümern erhalten. Für Dänemark war allerdings wegen des durch die französische Revolution auch hier im Norden üblich gewordenen allzu wüsten Tones unter dem 26. September 1799 eine neue Druckfreiheitsverordnung publiziert worden, die zwar keine Zensur einführte, „weil dieses Mittel einen unbehaglichen Zwang mit sich bringe für jeden guten und aufgeklärten Mann, welcher die Absicht hegt, mit seinen Einsichten zu nützen,“ aber immerhin die Grenze der Druckfreiheit möglichst genau festsetzen und für die Übertreter angemessene Strafen bestimmen sollte. Auf Holstein und Schleswig war jedoch diese Verordnung nicht gerichtet. In einem Reskript vom 1. November 1799 an die Oberdikasterien und Oberkonsistorien hieß es vielmehr: „Wir haben Uns veran-

laßt gefunden, in Unseren Königreichen gegen die eingerissenen Mißbräuche der Preßfreiheit eine auf die Verschiedenheit der Fälle umständlich eingerichtete Verordnung ergehen zu lassen. In Ansehung Unserer Herzogtümer und deutschen Lande nebst der Stadt Altona würden, sobald die Umstände es erheischten, ebenfalls genaue der dortigen Verfassung entsprechende Maßregeln erforderlich sein. Es haben sich auch daselbst von Zeit zu Zeit Spuren einer durchaus nicht zu duldenden Schreibfrechheit blicken lassen. Da wir aber die Hoffnung hegen, daß die pflichtmäßige Wachsamkeit unserer Landeskollegien, dem Übel fernerhin gesetzmäßig zu steuern, hinreichen wird, so haben wir hiermit nur auf Unsere unterm 18. Oktober 1771 erlassene Verfügung (in der vor dem Mißbrauche der Preßfreiheit gewarnt wurde) von neuem aufmerksam machen wollen."

Diese Verfügung genügte auch vollständig, besonders für die „Kieler Blätter", denn diese gingen über einen gewissen gemessenen Ton nicht hinaus. Immerhin erhoben sie dort, wo es galt, wichtige Grundsätze energisch zu vertreten, auch mit allem Nachdruck ihre Stimme. Das geschah besonders bei der Verfassungsfrage. Hier setzte Dahlmann in dem Aufsatze „Ein Wort über Verfassung" ausführlich auseinander, daß in der Volksrepräsentation, die geschaffen werden solle, auch wirklich alle Stände des Volkes vertreten seien, und daß die Repräsentanten das Recht der Steuerbewilligung, sowie Anteil an der Gesetzgebung haben müßten. Und Hegewisch wies in dem Artikel „Repräsentation des Bauernstandes" ganz besonders darauf hin, daß auch dem Stande der Bauern, der bisher keine Rechte gehabt, eine Vertretung auf dem Landtage zukomme. Die große Begehrlichkeit des Adels dagegen, die ganz unberechtigt sei, müsse entschieden zurückgewiesen werden. Als dann aber der König von Dänemark, der öffentlichen Meinung entgegen, dennoch der Ritterschaft in Schleswig und Holstein die alten Privilegien aufs neue bestätigte, scheuten sich die „Kieler Blätter" nicht, zu erklären, sie fänden es besser, lieber keine Verfassung zu haben, als eine solche, in der eine besondere Kaste einen ungebührlichen Vorzug vor dem gesamten Volke erhalte.

Von den sonstigen Abhandlungen seien hervorgehoben „Holsteins Eichen und Buchen" von Prof. Niemann, „Über das Verhältnis der dänischen Sprache zur deutschen in dem Herzogtum Schleswig" von E. C. Kruse, „Über die friesische Abstammung der alten Dithmarschen", ohne Angabe des Verfassers und „Daniel Ranzau" von Prof. Möller in Kopenhagen.

Als die Herausgeber mit dem siebenten Bande ihr Unternehmen abschlossen, machten sie nicht die geringste Bemerkung über das Aufhören des Journals; wahrscheinlich war es ihnen verboten, anzugeben, daß sie sich nicht den Beschlüssen des Bundestages vom 20. September 1819 zu fügen vermöchten und darum die Zeitschrift lieber eingehen ließen.

Weiterhin sind bei diesen norddeutschen politischen Zeitschriften des zweiten Dezenniums auch „Die Zeiten" von Christian Daniel Voß zu nennen, die zwar bereits seit 1805 (jährlich in 12 Stücken mit Kupfern in Großoktav zum Preise von 8 Rtlr. für den Jahrgang) zunächst in Rudolstadt, dann von 1807 ab in Leipzig erschienen, aber bis 1813 einen wissenschaftlich-betrachtenden Charakter trugen und erst, als die politische Bewegung alle Gemüter ergriff, mit in die Tagesfragen eintraten.

Der Herausgeber Christian Daniel Voß, geboren 1761 zu Braunschweig, gestorben 1821 zu Halle, war Professor der Geschichte an der Universität zu Halle und verfaßte eine große Menge historischer Werke, von denen besonders eine „Geschichte des Hauses Stuart" und eine „Geschichte der englischen Revolution" zu nennen sind. Auch „Die Zeiten" schrieb er ganz allein und ließ sie auch auf seine eigenen Kosten drucken; einen pekuniären Gewinn erzielte er damit aber nicht, denn es wurden kaum 400 Exemplare aufgelegt.*)

Wie die „Nemesis" und die „Kieler Blätter", so betonten auch „Die Zeiten" sehr energisch deutsches Volkstum und deutsches Recht. Schon im ersten Hefte des Jahrganges 1814 trat das Journal lebhaft für die Wiedererlangung des ganzen Rheingebietes ein. Nicht der Rhein, sondern die Vogesen und Ardennen

*) Heinr. Brockhaus, F. A. Brockhaus, I, S. 43. Lpzg. 1872.

seien Deutschlands Grenze, und die heilige Pflicht der Verbündeten sei es, dieses deutsche Land wieder zurückzunehmen. Später, als Österreich mehr und mehr eine isolierte, den deutschen Bestrebungen allmählich sich entfremdende Stellung einnahm, trat der Wunsch immer lebhafter hervor, Preußen möchte sich an die Spitze der deutschen Angelegenheiten stellen, sei es in der Form einer Hegemonie, oder so, daß sein Monarch wirklich das Oberhaupt von Deutschland werde. Im Aprilheft von 1816 wird diese Ansicht in dem Aufsatze „Über die Täuschungen und über das Wesentliche bei dem deutschen Bunde" ganz offen ausgesprochen und begründet. Die deutsche Bundeshandlung habe fast nichts von alledem ausgeführt, erklärt der Verfasser, was der Deutsche erwartet habe. Die Hauptursache sieht der Verfasser darin, daß die deutschen Länder nicht eine Schutzmacht, sondern zwei erhalten hätten, was anstatt zur Einheit, gerade zum Gegenteil führen müsse. Offenbar aber gebühre Preußen die Stellung als Oberhaupt der deutschen Nation, während Österreich auf Italien angewiesen sei. „Preußen muß an die Stelle des Beschützers des Rheinbundes treten", führt dann der Verfasser weiter aus, „Österreich an die Stelle des Königs von Italien .... Wenn Österreich eine deutsche Macht ist, so ist es doch, bei der geringen Anzahl seiner deutschen Bewohner, eine römisch-deutsche Macht .... Preußen dagegen ist an den Rhein hingewiesen und muß der Richtung dieses Stromes folgen und dessen Gebiete beschützen. Die innern und äußern Verhältnisse des ehemaligen Rheinbundes geben also im wesentlichen die Art des deutschen Bundes an die Hand, der unter Preußens Schutz und allein unter dem Schutze dieser Macht stehen muß .... Die einzelnen Teile des Bundes aber würden auf diese Weise auch ihren besonderen Vorteil am sichersten finden. Preußen wird die notwendige Freiheit der Glieder gestatten müssen. Die größeren Staaten des Bundes werden so unabhängig sein können, als es nur möglich und nach den gegenseitigen Verhältnissen wünschenswert ist. Die kleineren aber werden nur so eine Sicherheit finden; denn wenn dieser Bund nicht geschlossen wird, so müssen sie, und wohl auch die größeren, nach und nach von den zusammenstoßenden Mächten

verschlungen werden. Die Bedingungen und Gesetze, unter welchen die einzelnen Glieder in den Bund treten, machen dann eben die Bundesverfassung aus. Durch diese erhält dann auch jeder einzelne Deutsche ein Vaterland, wonach die Edleren sich so schmerzlich sehnen.“

Die unerhörte Behauptung des Geheimrats Schmalz, daß das Volk beim Ausbruch der Befreiungs-Kriege nur aus Pflichtgefühl, wie etwa beim Löschen eines Brandes, zu den Waffen geeilt sei, wurde auch von den „Zeiten“ gebührend zurückgewiesen. Desgleichen widerlegte Voß („Zeiten“ 46, S. 169 fg.) mit allem Nachdruck die Behauptung des Staatsrates Dabelow in Göttingen, daß die deutschen Fürsten nicht gehalten seien, den Artikel 13 der Bundesakte in Vollzug zu setzen, da sie bei der Beratung über die Bundesakte nicht mit dem deutschen Volke, sondern nur unter sich paziszierte, folglich auch dem deutschen Volke nichts versprochen hätten: es hänge also lediglich von ihrem gegenseitigen Willen ab, ob sie Verfassungen geben wollten oder nicht.

Nach den Karlsbader Beschlüssen mußten solche Erörterungen natürlich wegfallen, worauf Voß 1820 auf die Weiterführung des Journals verzichtete.

Eine wertvolle Ergänzung erhielten die „Nemesis“, die „Kieler Blätter“ und die „Zeiten“ noch durch ein vorwiegend volkswirtschaftliches Journal, das sich aber bei allen ökonomischen Fragen doch stets auch auf den allgemeinen vaterländischen Boden stellte und darum ebenfalls oft genug mit in die politische Diskussion eintrat. Es führte den Titel „Hermann, eine Zeitschrift von und für Westfalen“ und wurde vom 1. Febr. 1814 ab von dem Prediger Aschenberg und dem Handelsschul-Direktor Dr. Storck in Hagen herausgegeben. Zu den Mitarbeitern zählten von vornherein die angesehensten Männer des Westens, der fernige Oberpräsident von Vincke, der treffliche Kammer-Präsident von Hövel auf Herbeck bei Hagen, Ernst Moritz Arndt, von Syberg auf Busch, Vinckes Schwiegervater, der intelligente Kaufmann Gerhard Siebel in Elberfeld, die Brüder Harkort und viele andere. Vincke trat in der Zeitschrift sehr bald für den weiteren Bau von Kunststraßen ein (Jahrg. 1816, 15. Stück) und schil-

derte drastisch die Kurzsichtigkeit der Menschen in Westfalen, die sich damals, als von 1788 bis 1794 die beiden großen Chausseen von Köln über Elberfeld nach Soest und weiterhin nach dem Osten und von Wesel über Essen, Bochum, Siegen, Wetzlar nach Frankfurt a. M. gebaut wurden, der Anlegung der Straßen widersetzten, weil man solche Wegelinien als ein Übel, ja als ein Unglück betrachtete, da man bei Kriegen dann mit Durchmärschen und Einquartierungen überzogen werden würde. Er suchte dabei offenbar ähnlichen Einsprüchen, die etwa abermals auftauchen könnten, von vornherein zu begegnen. Aus der Zeitgeschichte brachte das Journal manches über die Beteiligung der Westfalen an dem letzten Feldzuge gegen Napoleon. Bei der Schilderung der Schlacht bei Ligny wird berichtet, wie der Chirurgus des Hagenschen Bataillons dem gestürzten Blücher die erste Hülfe leistete. Weiterhin wurde aber auch der bittern Klage darüber Ausdruck gegeben, daß man die Freiwilligen, die Blut und Leben für das Vaterland eingesetzt, so klang- und sanglos, auf so „schofele Art“ entlassen habe. „Das ganze Süderland der Grafschaft Marck empfindet es sehr unangenehm,“ schrieb die Zeitschrift, „daß sein Landwehr-Bataillon, jene freiwilligen Füsiliere, deren ausgezeichnete Tapferkeit der tapfere Steinmetz so ehrenvoll anerkennt, in Lünen aufgelöst und mit einem Bündel auf der Schulter nach Hause entlassen worden, anstatt daß man erwarten durfte, jene Braven würden im kriegerischen Glanze zur Heimat zurückgeführt werden.“ Die Dankbarkeit reichte eben nach dem Abschusse des Krieges nicht mehr weit.

Als dann der Ausbau der Rechtsverhältnisse begann, der Adel immer mehr Ansprüche erhob und die bürgerlichen Kreise mit ihren Forderungen immer weiter zurückgedrängt wurden, trat auch der „Hermann“ mit in diesen „Kampf ums Recht“ ein, und als man darauf in Berlin verwundert fragte, was man denn am Rheine eigentlich wolle, antwortete der Rheinländer Gerhard Siebel in dem zornsprühenden Artikel „Der Bürgersinn am Rhein“ (1818, S. 99): „Feste Verfassung, aus welcher hervorgehen: Volksvertretung, Gleichheit vor dem Gesetze, gleiche Steuer und Last, öffentliches Verfahren, Landesmacht, Trennung der Ge-

walten, freier Haushalt der Gemeinden, allgemeine Handelsfreiheit ohne Zölle, jedoch Repressalien gegen alle Staaten, die diese Handelsfreiheit nicht anerkennen wollen, und dadurch Schutz des innern Handels gegen den Zudrang des fremden; Preßfreiheit unter Verantwortlichkeit des Verfassers, Aufhebung aller Überbleibsel des Feudalismus — das ist's, was wir wünschen." Solche Sprache glaubte man aber in Berlin nicht länger dulden zu dürfen und fand denn auch bald einen Grund zum Einschreiten. Im Sommer 1819 brachte das Journal einen durchaus sachlich geschriebenen Bericht aus Bonn über die Verhaftung Arndts und Welckers; der Polizeiminister von Wittgenstein erblickte in diesem aber einen „frechen, unehrerbietigen, mit hämischen Bemerkungen vermischten Tadel der von Staatswegen genommenen Maßregeln" und verfügte im August 1819 die Suspension des „Hermann". Der streng loyale Aschenberg starb wenige Monate später, wie es hieß aus Gram über die Unterdrückung seines Blattes und die Schmach, die — nach seiner Auffassung — durch diese auf ihn persönlich gefallen war. Sein Redaktions-Kollege Dr. Storck war bereits 1818 als Professor nach Bremen berufen worden.*)

Diese hochgestimmten Zeitschriften, die ganz und gar von dem Gedanken erfüllt waren, vor allen andern Bestrebungen „das gehobene und erweiterte Dasein des deutschen Volkes" zu fördern, beherrschten das öffentliche Leben jedoch nicht so ganz unbestritten. Es traten auch noch einige Journale hervor, die sich diesem großen allgemeinen Zuge entgegenstellten und Sonderinteressen verfolgten. Allerdings waren ihrer nur wenige, und alle standen sie auf einem recht niedrigen geistigen Niveau. Keine einzige geistige Kraft von Bedeutung stellte sich in ihren Dienst. Genannt und etwas genauer betrachtet zu werden verdient nur die „Allemannia", die einen spezifisch bayrischen Standpunkt vertrat. Sie wurde von Joh. Eph. Ant. Mor. Freiherrn v. Aretin bei Seidel in Sulzbach von Anfang Januar 1815 bis August 1816 in 42 Oktavheften, die 7 Bände bildeten, herausgegeben. Der Preis der 42 Hefte betrug 8 Taler 8 Ggr. Außer dem Titel

*) L. Berger, Der alte Harkort. Lpzg. 1890, S. 182.

„Allemannia" befand sich auf dem Titelblatte nur noch der Wahlspruch „Für Recht und Wahrheit", sonst war weder der Name eines Redakteurs, noch der Ort des Erscheinens, noch irgend eine Bezugsbedingung angegeben.

Das Journal erschien unter der Oberaufsicht des Ministerpräsidenten Montgelas und vertrat dessen Politik (die wir bereits S. 146 charakterisiert haben) mit großer Heftigkeit. Es begann ohne jedes einleitende Wort, setzte aber sofort energisch gegen Preußen, den Freiherrn von Stein, Arndt, die Teilung Sachsens, die Feier des 18. Oktobers ꝛc. ein. Dieses Vorgehen rief in den nationalgesinnten Zeitungen lebhaften Widerspruch hervor, und Görres schrieb im „Rheinischen Merkur": „Der böse Geist, der seit länger als einem Jahre unstät und flüchtig in Bayern umhergeirrt und nicht recht wußte, wohin er seinen Fuß setzen konnte, hat nun endlich einen solchen Ort in der „Allemannia" gefunden." Aber die „Allemannia" nahm das nicht ruhig hin; bereits im zweiten Bande überschüttete sie in einem besonderen Artikel den „Merkur" mit Spott und Hohn. „Lieber versteinerter Merkur," schrieb sie, „es hat dir gefallen, mir in der Nr. 188 deines olympischen Auskehrichts (verzeih' mir die Erinnerung an deinen niedrigen Dienst im Speisesaale der Götter) eine beißende Merkuriale zu spenden und ohne weiteres den Stein auf mich zu werfen. Nimm es der altdeutschen Göttin doch nicht übel, daß sie ihren Haß gegen alles Römische noch nicht ganz unterdrücken kann. Meine Allemannen sind wie die alten Egypter, bei welchen der Merkur unter die verhaßten Götter gehörte, oder wie die Griechen, die, wenn ihnen was Unrechtes in den Weg kam, sogleich die Nähe des Diebesgottes witterten. Es ist, wie du so schön sagst, eine Feindschaft gesetzt zwischen uns und deinen Steingötzen, seinem Samen und unserem Samen. Aufrichtig bist du, Enkel des Atlas und Sohn des Rübezahl, mehr als man es von dem windigen Lügengott erwarten kann. Du gestehst es doch geradezu, daß man dir ins Herz greift, wenn man sich anschickt, die Steine aus dem Weg zu räumen (eine Anspielung auf den Freiherrn vom Stein). Du nimmst als Straßengott die Steindämme in Schutz, wenn gleich Wiebeking sie als die schlimmsten

Chausseen verwirft, und unter deinen Händen wird alles zu Stein, wie weiland bei Midas alles zu Gold. Den Jupiter selbst darf man angreifen, wie frevelhaft man nur immer will; da verziehst du keine Miene; ja du hättest ihm, es ist allbekannt, seinen Donnerkeil sogar schon gestohlen, wenn Feuer so leicht in die Hand zu nehmen wäre. Keiner der übrigen Götter ist unberaubt von dir geblieben, und schon in der alten Welt warst du ein tüchtiger Sansculotte. Nun aber hast du dich ganz und gar dem Fetischen-Dienst ergeben und opferst mit echt merkurialischer Dienstfertigkeit jenem harten Stein, an welchem Preußen krankt und der dem ganzen heiligen Reich schwer auf dem Herzen liegt. Glaube mir, du kleinster aller Planeten und größter aller Windmacher, du hast keinen guten Stein im Bret. . . . . Was aber auch immer die Ursache deines Ingrimms gegen mich sein mag, du seist nun Betrüger oder Betrogener — es gereicht mir zu einiger Beruhigung, das letzte zu glauben, denn einst kannte ich dich auch als Kämpfer für die gute Sache — in keinem Falle wirst du dein Glück bei meinen Allemannen machen. Deine trismegistischen Orakelsprüche kommen ihnen nicht weniger abgeschmackt vor, als weiland deine gefrorene Musik in der „Einsiedler-Zeitung". Dringe mir doch, du durchgebranntes Gestirn, das nicht ferner als feines Porzellän auf, was du selbst nur als grobes Steingut erkennest; behandle mich fürder nicht so vornehm, als wär' ich eine von den schwarzen Hofdamen deiner geliebten Höllengöttin, und gib endlich den Versuch auf, mich zu steinigen. Und nun gehab dich wohl, du bartloser Gott mit dem Hundskopf. Drücke dein buntes Hütlein, dem schon die Mythologie die Farben deiner Fahne beigelegt hat, tief in die Augen, verhülle dich in dein Mäntelchen, und tu' endlich Buße, gleich den ausgetrockneten Schattengestalten, die du aus Amtspflicht zum Styx geleitest. Was aber deinen Stein des Anstoßes betrifft, so werde ich dir nächstens zeigen, daß er weder ein Grund- noch Eckstein, weder Edel- noch Eisen- noch Magnetstein ist, sondern ein recht gemeiner roher Kiesel. Nur wenig des Feuerstoffes führt er in seinem kristallisierten Herzen, und bald wandert er den Weg aller ungeschliffenen Steine, d. h. — er wird weggeworfen."

Auf diese Kapuzinade folgte dann im 3. Bande eine etwas mehr sachliche Entgegnung. In einem Artikel „Über Veranlassung und Zweck der Allemannia“ verwahrt sich das Journal zunächst gegen den Vorwurf, daß es „ganz gegen Preußen gerichtet“ sei, und erklärt dann: „Wie ein warmer Regen nicht nur Äcker und Fluren befruchtet, sondern auch die giftigen Pilze in Menge aus der Erde treibt, so ist auch nach dem großen Kriege eine große Menge von Schriftstellern aufgestanden und hat besonders für einen Zweck gearbeitet, welcher Erhebung einer einzigen Macht, Vernichtung aller übrigen in der öffentlichen Meinung zu sein schien. . . . . Vorzüglich waren Sachsen, Baiern, Baden, Würtemberg die Zielscheibe der Schmähsucht und des Grolls.“ Bei Schweigen wäre die Frechheit gewachsen, daher sei eine Gesellschaft achtbarer Männer aus verschiedenen Ländern zu dieser Zeitschrift zusammengetreten, um einen Kampfplatz gegen diese Angreifer zu eröffnen und die Mitbürger vor diesen Wölfen in Schafspelzen zu warnen. Und weiterhin wird die Zeitschrift noch deutlicher; sie spricht von einer geheimen Verbindung, die der europäischen Politik im letztverflossenen Jahre eine andere Richtung gegeben, und schließlich wirft sie in dem Aufsatze „Die rüstigen Wächter“ (Band 4) der nationalen Partei unter der Ägide Preußens unverhohlen das Streben nach einer vollkommenen Revolutionierung Deutschlands vor. „Achtet man,“ heißt es da, „auf die revolutionären Umtriebe und Reden in Bänden und Zeitschriften des Nordens, so sollte man meinen, es sei auf nichts weniger, als auf eine deutsche Republik abgesehen. Die Untunlichkeit der Sache bei Seite, erwäge man nur den Umstand, daß jene Treiber und Sprecher den Schutz mächtiger Fürsten genießen, und daß diese Verstand und Macht genug haben, um — wäre an der vergeblichen deutschen Republik etwas Wahres — es zu erraten und zu hintertreiben. Es können demnach jene revolutionären, absichtlich geduldeten Äußerungen weiter nichts bezwecken, als die deutschen Völker zu einem fieberhaften Ausbruche zu verleiten, der eine militärische Einmengung von Nachbarstaaten herbeizöge und rechtfertigte, und — die deutsche Republik hätte am Ende das Los der polnischen von 1795! Also, Deutsche! miß-

traut diesen Predigern der Freiheit und eines unsichtbaren Reiches, das mit Blut kommen, mit Blut gehen würde!"

So grell wie möglich waren also die nationalen Bestrebungen als Schreckgespenst hingestellt worden, um ein strafferes Zusammenfassen Deutschlands unter der Oberherrschaft Preußens zu verhindern.

Mittlerweile änderte sich aber das politische Bild Deutschlands. Friedrich Wilhelm III. hatte, ängstlich geworden durch die laute Sprache der Stürmer und Dränger und schließlich heftig erregt durch die Schmalzische Denunziation des Tugendbundes, sich von der nationalen Sache abgewendet und sich auf die aristokratisch-büreaukratische Seite gestellt. Dadurch war die preußische Regierung der Sympathieen aller Nationalgesinnten verlustig gegangen — und nun ereignete sich das seltsame Schauspiel: die „Allemannia" gab mit einer kühnen Schwenkung ihren bisherigen Standpunkt auf und suchte die Sympathie der Nationalen auf ihre Seite zu ziehen. Schon gegen den Schluß des fünften Bandes hin zeigt sie liberale Allüren und tadelt den einst so hoch emporgehobenen Schmalz wegen seines Hasses gegen freie Verfassungen, und im sechsten Bande weiß sie sich mit allen Männern der einst so hart bekämpften nationalen Richtung edelmütig zu versöhnen. Görres, der ehedem so heftig befehdete, ist jetzt auf einmal ein reichbegabter Gelehrter von unvergänglichen Verdiensten,*) und die Idee der deutschen Einheit erfährt eine ganz neue Beleuchtung. Die „Allemannia" zögert nicht, zu erklären, daß, so wie Spanien, Frankeich und England aus einer Menge verschiedener Völkerstämme und kleiner Fürstentümer zu großen Reichseinheiten emporgewachsen seien, diese Erscheinung sich auch in Deutschland wiederholen müsse. „Diese Einheit," fährt sie fort, „steht auch als allgemeiner Wunsch und allgemeines

---

*) Görres erhielt sogar nach der Unterdrückung des „Rheinischen Merkurs" vom Grafen Montgelas einen Ruf nach Bayern, um dort bei sehr bedeutender Besoldung ein neues Blatt herauszugeben, dem man die Zensurfreiheit sicherte. Görres war aber ehrenhaft genug, das Anerbieten zurückzuweisen.

Bedürfnis aller deutschen Völker vor uns und kann daher mit ebenso großer moralischer wie geschichtlicher Wahrscheinlichkeit als die weitere Folge des letzten großen Zeitresultates angesehen werden.“ Bald nachher klärt sich dann der Gedanke über die zu erstrebende Einheit Deutschlands noch weiter. In dem Aufsatze „Über Völkerbestimmung“ werden die Bedingungen erörtert, die ein Volk besitzen müsse, um verwandte Stammgenossen mit sich zu vereinigen, und es wird dargelegt, daß ein Volk, das stammverwandte Völker mit sich zu vereinigen bestimmt sei, ungefähr in der Mitte derselben gelegen sein müsse; es müsse geographisch kulminieren, die Flüsse müßten von da in die anderen Staaten hinaus-, nicht aber zu ihm hereinströmen, es müsse ein ackerbauendes sein u. s. w. Schließlich ist es klar bewiesen, daß nur die Bayern das Volk sein können, um das sich die übrigen Stammesgenossen scharen müssen, um die deutsche Einheit zu verwirklichen. Der Verfasser nennt zwar den Namen nicht, aber ein Zweifel kann nicht aufkommen.

Nachdem die „Allemannia“ diese Höhe erklommen hatte, stellte sie mit dem Schlusse des 7. Band ihr Erscheinen ein. In einem „Abschieds-Worte“, datiert vom 15. August 1816, ohne Ortsangabe, heißt es: „In einer Zeit allgemeiner Leidenschaftlichkeit und Geistes-Verwirrung wagte die ‚Allemannia‘ es zuerst und allein, für die Unterdrückten und Geschmähten gegen Übermacht und Verleumdung ihre Stimme zu erheben, zuerst den aufgeregten Gemütern ruhige Erwägung und Vertrauen auf ihre angeborenen Herrscher zu empfehlen, zu warnen vor den unter gleißenden Worten von Volkstum und Deutschheit dargebotenen gefährlichen Geschenken. Manchem hochgefeierten Manne hat sie den Stempel angeborener Erbärmlichkeit aufgedrückt, mancher Schwindelnde wurde auf die Bahn der Besonnenheit zurückgeführt, der redliche Bürger in seiner Gesinnung bestärkt.“ Seit drei Monaten habe sich nun aber die Stimmung in Deutschland geändert, deshalb könne — das sagt das Abschieds-Wort jedoch nicht direkt — die „Allemannia“ jetzt zu erscheinen aufhören. Wahrscheinlich waren schon im Verborgenen die Mächte tätig gewesen, die einige Mo-

nate später den Grafen Montgelas stürzten und damit seinem unheilvollen Einfluß auf die Entwicklung der deutschen Dinge ein Ende machten.

---

2. Die politischen Zeitschriften der letzten Jahre. Okens „Isis“. Okens Programm. Der Herausgeber behandelt mit Vorliebe politische Fragen Mißstimmung in Weimar. Goethe über die „Isis“ und die Preßfreiheit überhaupt. Karl August kann sich nicht entschließen, Goethes Aufforderung zu folgen. Die „Isis“ und das Wartburgfest. Okens Absetzung und die Unterdrückung der „Isis“. Börne über die Tragödie der „Isis“. Börnes Zeitschriften. Sein Einfluß. Die „Wage“. Ihre Ankündigung und ihr Programm. Börne bittet Goethe um Beiträge. Der Erfolg der „Wage“ Ihre Theaterbesprechungen. Gentz und Rahel über sie. Die „Zeitschwingen“ Börnes Ankündigung der Zeitschrift. Ihr Inhalt. Wird unterdrückt. Börnes Abschied von den Lesern.

Die „Allemannia“ schloß jedoch die Reihe der politischen Zeitschriften von Einfluß während der in Rede stehenden Periode noch nicht ab. Nachdem die „Nemesis,“ die „Kieler Blätter“ Voß' „Zeiten“ und der „Hermann“ ihren Kulminationspunkt bereits überschritten hatten und die „Allemannia“ schon versunken war, stiegen schließlich noch drei Journale mit raketenartiger Vehemenz empor und warfen ihre Strahlen weit hin in die Runde verpufften dann aber sehr bald unter knatterndem Getöse. Es waren dies die „Isis“, die „Wage“ und die „Zeitschwingen“.

Die „Isis“ wurde 1817 von Professor Dr. Johann Adam Oken in Jena gegründet. Oken, geboren am 1. August 177[illegible] in Ortenau in Baden, war Professor der Naturwissenschaften [illegible] Jena und ein glänzender, ungemein geistig anregender Dozent zugleich aber auch ein leidenschaftlicher Politiker, besonders a[illegible] es galt, das zertrümmerte Deutschland neu aufzubauen. In seiner reinen Begeisterung für Deutschlands Größe schrieb er zunächst für die Brockhausschen „Deutschen Blätter“ eine Reihe von Artikeln, und als diese Zeitschrift eingegangen war, suchte er Brockhaus für die Idee eines neuen Journals, für das er den Titel „Encyklopädische Blätter“ vorschlug, zu gewinnen. Darauf fü[illegible]

digte Brockhaus auch im letzten Stücke der „Deutschen Blätter" dieses neue Journal an, das „gewissermaßen das Kind der Deutschen Blätter'" und unter Okens Leitung den Natur-, technologischen und ökonomischen Wissenschaften, der Geschichte, Sprachkunde, Kunst und Rezensionen gewidmet sein sollte. Allein die Ausgabe verzögerte sich, bis endlich Brockhaus mit Oken auf dessen Drängen einen Kontrakt dahingehend abschloß, daß Oken in Jena ohne besondere Nennung des Verlegers eine Zeitschrift unter dem Titel „Isis, oder Encyklopädische Zeitung" erscheinen lassen solle. Es stand daher auf den Titeln der ersten Jahrgänge nur „Jena, in der Expedition der Isis", oder „Jena, beim Herausgeber." Für den Beginn der Zeitschrift war der Anfang des Jahres 1817 festgesetzt; Oken wollte aber nicht so lange warten, sondern ließ bereits am 1. August 1816 das erste Stück der Zeitschrift, jedoch mit der Jahreszahl 1817, erscheinen. Das Blatt sollte sodann 16mal im Monat, jedesmal in Stärke von einem halben Bogen, in Quart mit Kupfern und Holzschnitten zur Ausgabe gelangen, kam jedoch stets sehr unregelmäßig und außerdem teils unpaginiert, teils mit falschen Seitenzahlen. Mit der Jahreszahl 1817 wurden 197 Nummern herausgegeben zum Abonnementspreise von 6 Talern. Der Jahrgang 1818 erschien in Monatsheften zum Preise von 8 Talern, ebenso der Jahrgang 1819, doch war diesem das Motto vorgesetzt: „Dedimus profecto grande patientiae documentum; et sicut vetus aetas vidit, quid ultimum in libertate esset, ita nos, quid in servitute, ademto per inquisitores et loquendi audiendique commercio. Glücklicher Tacitus! Vit. Agric."*) Die weiteren Jahrgänge erschienen dann mit der Brockhausschen Firma in Leipzig.

Das Blatt war in hohem Grade originell; darauf deutet schon der Kopf hin; er zeigte in der Mitte die Gestalt der Göttin Isis, rechts von dieser den Anubis, links den Osiris. Über die

*) „Wir haben fürwahr ein großes Zeugnis von Geduld abgelegt, und wie die alte Zeit gesehen hat, was der Höhepunkt in der Freiheit war, so haben wir gesehen, was der Höhepunkt in der Knechtschaft ist, weil durch Späher jeder Verkehr im Reden und Hören genommen ist."

Gebiete, denen sich die neue Zeitschrift widmen werde, sprach sich Oken in folgender Weise aus: „Die ‚Isis‘ ist ein encyklopädisches Blatt; sie soll einem wahren Bedürfnis in den großen deutschen Landen abhelfen, nämlich dem der allseitigen und zeitigen Verbreitung aller menschlichen Entdeckungen und der allseitigen und gründlichen Beurteilung geistiger Erzeugnisse in Wissenschaft, Kunst, Gewerbe und Handarbeit: nichts, was bleibenden und befördernden Wert hat, sollte von der Betrachtung ausgeschlossen sein.“ Doch sollen die Naturwissenschaften immer den Hauptgegenstand bilden. Ausführlich begründet das Oken. Als zweites Thema wird sodann die Kunst „mit ihren Gehülfen, Mythologie und Archäologie“, angeführt und als drittes die Geschichte. Die Dekrete der Geschichte müsse man kennen lernen; der Geschichte müsse man gehorchen, denn sie sei Weltregent. „Sie schreitet daher als ein schauerlicher Riese über Strom und Felsen, über loco sigilli und Schlagbäume, lachend über solche Anstalten, welche Geist und Sinn fangen wollen und im Fange überpurzeln. Es wird die Kühnheit eines Narren erfordern, wenn einer die Geschichte bannen will. Die Geschichte aber ist die Menschheit, einer aber ist nichts. Darum sei sie der Spiegel dieser Zeitschrift, die Natur ihr Fußboden, die Kunst ihre Säulenwand; den Himmel lassen wir uns offen.“

Einige Disziplinen, wie Redekunst, Dichtkunst, Sprachkunst u. s. w. sollten nur sparsam aufgenommen werden, von „Theaterstreichen,“ Feuersbrünsten :c. sollte gar nicht gesprochen werden. Im übrigen sollte die Zeitschrift dem freiesten Verkehre geöffnet sein: „in ihrem Hafen kann landen und lösen, wer nur immer mag, und wer etwas hat“; es könne also von keiner Partei die Rede sein, oder von allen: „Jeder ergreife eine Meinung, oder ein System, welches ihm Freude macht, oder er ergreife keines alles ist gut, und alles muß zugelassen werden!“ Auf dem Umschlage war noch gesagt: „In dieser Zeitschrift kann jeder unaufgefordert einsenden, was er will, jedoch nur über unten anzugebende Fächer. Weder bezahlt jemand etwas, noch erhält jemand etwas. Alles ist frei.“

Ein politisches Blatt sollte also die „Isis“ von Haus aus

icht sein, und Oken sprach sich in diesem Sinne sogar noch päter entschieden aus, indem er sagte: „Kein Blatt im Groß-erzogtum Weimar habe Ursache gehabt, ein feindliches Gesetz, as der Preßfreiheit, umzustoßen, am wenigsten die „Isis", die ein politisches Blatt sei, und in die sich nur hie und da, und war eigentlich gegen des Herausgebers Willen, etwas Politisches uasi verirrt."*) Trotzdem gewann aber die „Isis" alsbald inen politischen Charakter, und zwar einen von eminenter Be-eutung.

Von vornherein kam so etwas wie ein politischer Ton da-urch in die Zeitschrift, daß Professor Eichstädt, der Herausgeber er „Jenaischen Allgemeinen Literaturzeitung", das Erscheinen der „Isis" zu verhindern suchte, weil er geltend machte, die „Isis" ei „ein kritisches Blatt, eine Literaturzeitung", und daß nur r, Professor Eichstädt, laut Privilegiums vom 7. Okt. 1803, as Recht habe, eine Literaturzeitung herauszugeben. Offenbar wolle Professor Oken durch die „Isis" das weitere Blühen der Allgemeinen Literaturzeitung stören und beeinträchtigen. Hier-gegen protestierte Oken; er erklärte, daß die „Isis" weder ein kritisches Tageblatt, noch eine Literaturzeitung sei, und berührte auch die Frage, „ob überhaupt ein literarisches Privilegium er-teilt werden könne." Schließlich wagte die Weimarische Regierung, nachdem sie zunächst das Erscheinen des Blattes, „sofern es Rezensionen enthalte und ein kritisches Tageblatt sei", untersagt hatte, keinen weiteren Einspruch gegen die Herausgabe desselben; doch blieb bei Oken eine gereizte Stimmung zurück, die sich als-bald in dem Blatte bemerkbar machte.**) Gleich in der ersten Nummer druckte er den Passus aus dem Grundgesetz über die landständische Verfassung (Weimar, Mai 1816) ab, worin das Recht auf Freiheit der Presse ausdrücklich anerkannt ist. In Nummer zwei findet sich neben dem Bilde einer Wage folgende Stelle: Ob wir wirklich Preßfreiheit haben, oder ob sie durch

*) Isis 1817, Nr. 163.

**) Die betreffenden Aktenstücke sind bei A. Ecker, Lorenz Oken, Stutt-gart, 1880, abgedruckt.

literarische Privilegien und willkürliche Deutung und Auslegun derselben als Fratze verspottet werden wird, das soll der Fort gang der „Isis“ lehren. Und in den Nummern neun bis el wurde ein Aufsatz „Über das Grundgesetz über die Landständisch Verfassung des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach“ ab gedruckt, in dem Oken zwar die mutige Tat des Großherzogs Karl August, seinem Lande eine Verfassung gegeben zu haben bereitwillig anerkannte, weiterhin aber erklärte: wie sehr er auch „den guten Willen, die Weisheit, Klugheit, Vorsicht, Geschäfts kunde“, welche sich in dem Grundgesetze ausspreche, zu schätzen wisse, fühle er sich doch durch Wahrheits- und Vaterlandslieb zu dem Geständnisse gedrungen, daß er die Grundlagen der Ständeeinrichtung für „völlig verfehlt“ halte und in jenem Grund gesetze „nicht eine Spur von Staatsgrundgesetz“ erkennen könne. Die Rechte des Volkes seien darin keineswegs festgesetzt und an erkannt. Von diesen Rechten sei eigentlich nur eins verbürgt, die Preßfreiheit; alle übrigen, deren er 23 aufzählte, seien gar nicht erwähnt. „So also“, schloß er, „steht es mit unserer hochge priesenen Verfassung!“ Und zur größeren Deutlichkeit setzte er neben diesen Satz noch eine hinweisende Hand.

Ein solches heftiges Auftreten mußte in den Kreisen von Weimar schwer verletzen; es wurde ein Ministerrat abgehalten und in diesem der Großherzog angegangen, als Souverän und polizeilich einzugreifen. Karl August soll aber erwidert haben: „Ich als Souverän tue nichts. Man muß sich jetzt vor Ge waltstreichen höllisch in acht nehmen; wenn Ihr ihm aber recht lich etwas anhaben könnt, so mag es seinen Gang gehen.“*) Doch legte er die mittlerweile über den Fall Oken entstandenen Akten Goethe vor, wohl weniger dem Staatsminister, als vielmehr seinem Berater auch in solchen Angelegenheiten, die nicht gerade in dessen Geschäftsbereich fielen, worauf sich Goethe in einem aus führlichen Gutachten sowohl über den speziellen Fall, wie über

*) Brief Okens an Brockhaus in H. E. Brockhaus, Friedrich Arnold Brockhaus. Leipzig, 1876. Bd. II, S. 170.

Preßfreiheit überhaupt äußerte.*) Er deutete zunächst an, daß es wohl am besten gewesen wäre, wenn „man sogleich beim Erscheinen der Ankündigung von Polizei wegen das Blatt verboten hätte." Da es nicht geschehen sei, „so hat man den traurigen Vorteil, zu sehen, wie ungehinderte Verwogenheit täglich wächst und ihre grenzenlose Natur offenbart." Sodann unterwarf er die den Akten beigefügten Vorschläge der Landesdirektion, „wie dem Übel gesteuert werden könne", einer Prüfung. Die Vorschläge gingen, so entwickelte Goethe, dahin, man solle

1. dem Herausgeber der „Isis" seine Ungebühr mündlich oder schriftlich verweisen und ihn

2. bedrohen, daß bei erneuerten Ausfällen auf einzelne Personen oder ganze Stände sein Blatt sogleich verboten werden solle;

3. werde vorgeschlagen, daß man den Fiskal gegen Oken aufregen und auf dem Wege Rechtens den bisher Beleidigten Genugtuung verschaffen möge.

Diese Maßregeln erschienen Goethe eher geeignet, „das Übel zu vermehren, als demselben Einhalt zu tun"; er begründet diese Ansicht bei jedem Punkte des längeren und erklärte schließlich: „Die anfangs versäumte Maßregel muß ergriffen und das Blatt sogleich verboten werden. Man fürchte sich ja nicht vor den Folgen eines männlichen Schrittes, denn es entstehe daraus, was wolle, so behält man das schöne Gefühl, recht gehandelt zu haben, da die Folgen des Zauderns und Schwankens auf alle Fälle peinlich sind. Mit dem Verbote der „Isis" wird das Blut auf einmal gestopft; es ist männlicher, sich ein Bein abnehmen zu lassen, als am kalten Brand zu sterben." Endlich gibt er an, wie bei der Unterdrückung vorzugehen sei. „Man ignoriere Oken ganz und gar," rät er, „aber man halte sich an den Buchdrucker und verbiete diesem bei persönlicher Selbstgeltung den Druck des Blattes ... Okens Unternehmen ist Catilinarisch, und wer hätte

*) Wörtlich wiedergegeben in dem „Briefw. d. Großherzogs Karl August mit Goethe von 1775 bis 1828." 2 Bde. Weimar 1863.

Lust, den Cicero zu spielen, der schlechten Dank verdiente, daß er die Stadt rettete?“

Dieses harte Urteil über die „Isis“ sowohl, wie über Oken selbst, hatte allerdings nicht bloß seinen Grund in der Abneigung Goethes gegen die unruhigen politischen Verhältnisse seiner Zeit, sondern auch in einer Antipathie gegen Oken, dessen bisweilen ungezügelte Leidenschaftlichkeit ihm zuwider war, und vielleicht auch in einer Differenz, die zwischen den beiden Männern wegen der Priorität einer osteologischen Entdeckung bestand.*)

Der Großherzog konnte sich jedoch nicht dazu entschließen, dem Rate Goethes zu folgen; auch auf die Vorschläge der Landesdirektion ging er nicht ein; die „Isis“ erschien mithin ganz unbehelligt weiter, doch wurde sie plötzlich in Österreich verboten. „Man hat nämlich dort allgemein behauptet,“ schreibt Oken an Brockhaus, „der Name ‚Isis‘ bedeute einen geheimen Bund, und es wäre diese ‚Bundeszeitung‘ und ich der Meister oder Schreiber davon.“

Einen Antrag, die Zeitschrift aus Baden zu verbannen, wies der Großherzog von Baden mit der Bemerkung zurück: „Ich führe nicht Krieg gegen Zeitschriften.“

Diese Zeit des ruhigen Weitererscheinens der „Isis“ dauerte aber nicht lange. Das Wartburgfest erschien, Oken nahm an ihm teil und brachte darauf in der Nr. 195 der „Isis“ eine Beschreibung davon — leider mit illustrierenden höhnischen Vignetten zu dem Verzeichnis der am Abend des 18. Oktober auf dem Wartenberg verbrannten mißliebigen Bücher und verhaßten Embleme.

Diese Keckheit machte ein ungeheueres Aufsehen; man riß

---

*) Ausführliches über diesen Streit bei Virchow, Goethe als Naturforscher, Berl. 1861, und bei Düntzer, Aus Goethes Freundeskreise. Braunschweig 1868, S. 417 ff. Seinem Mißbehagen über die „Isis“ und ihren Herausgeber machte Goethe auch in folgendem Stachelverse Luft:

Sie fährt in alles rasch hinein
Mit Ungestüm und Besen
Und will doch auch papistisch sein;
Das ist ein seltsam Wesen.

sich förmlich um diese Nummer, und als am folgenden Tage (27. Nov. 1817) ihre Konfiskation ausgesprochen war, stieg ihr Preis so bedeutend, daß ein Dukaten und noch mehr für sie bezahlt wurde.*) Oken aber wurde nach Weimar vorgeladen und dort von einem improvisierten Gerichte am 24. Januar 1818 „wegen Vergehens gegen die höchste Regentenwürde des Landesherrn und die Amtswürde der Landesbehörden, wegen Verunglimpfung deutscher Regenten und auswärtiger Amtsbehörden“ 1. zu sechs Wochen Festungsarrest und Bezahlung der Kosten verurteilt, 2. vor Wiederholung solcher Vergehen bei ungleich härterer Strafe gewarnt, und endlich wurde 3. die Vernichtung der Nummer 195 und das Verbot des Wiederabdrucks ausgesprochen. Gegen dieses Urteil ergriff Oken aber die Appellation, und das Oberappellationsgericht sprach ihn von der Anschuldigung des Staatsverbrechens frei, verfügte auch, daß inbetreff der übrigen Anschuldigungen die Untersuchung, weil nicht von einer kompetenten Behörde geführt, als nicht geführt zu betrachten sei.**)

Eine Bestrafung Okens erfolgte also nicht, was aber seinen schließlich doch noch herbeigeführten Fall nur beschleunigte. Denn seine Gegner wurden durch seine Freisprechung noch mehr gegen ihn aufgebracht; besonders der preußische Minister von Kamptz hörte nicht auf, ihn bei der weimarischen Regierung zu verdächtigen. Bedauerlicherweise tat auch Oken alles, die gereizte Stimmung gegen sich dadurch zu verstärken, daß er viele Zustimmungsadressen, die ihm von auswärts zugingen, und die sich nicht immer glimpflich ausdrückten, in der „Isis“ abdruckte. Infolgedessen erging unter dem 11. Mai 1819 an die Universität Jena ein Reskript des Großherzogs Karl August, worin dem akademischen Senat aufgegeben wurde: „Dem Hofrat und Professor Dr. Oken die Alternative zu stellen, entweder die Herausgabe der „Isis“ und jedes anderen ähnlichen Blattes, es erscheine nun unter diesem oder jenem

---

*) Angaben A. Eckers, dem wir auch sonst hier öfters gefolgt sind.

**) Die Aktenstücke sind in der „Isis“, 1818, I, 739—765 und II, 1767—1785 abgedruckt. Zugleich wird dort auch über die vielen Zensur-Schwierigkeiten berichtet, mit denen Oken zu kämpfen hatte.

Titel, sofort und gänzlich aufzugeben, oder seine Stelle als Professor augenblicklich niederzulegen." Ein Reskript des Herzogs August von Sachsen-Gotha und Altenburg an die Großherzoglich Herzoglich Sächsische Gesamtuniversität vom 10. Mai enthielt die gleiche Weisung. Motiviert wurde sie folgendermaßen: Oken fahre fort, in der „Isis" eine Sprache zu führen, die die höchste Mißbilligung verdiene; er verletze nicht nur fortwährend die allgemeinen Pflichten des Schriftstellers, Sitte, Anstand, Zucht u. s. w., sondern er lasse zugleich seine besondern Pflichten als öffentlich angestellter Lehrer der Jugend gänzlich unbeachtet. Gern habe man ihm bis jetzt alle Schonung angedeihen lassen, auf die ein Gelehrter von Verdienst Anspruch machen könne, allein da die ihm gewordenen Verwarnungen keinen Erfolg gehabt, der nachteilige Einfluß eines solchen fortgesetzten Mißbrauchs auf die Zwecke und den Ruf der Universität nicht zu verkennen sei, und Hofrat Oken keine Sicherheit gewähre, daß er von seiner „kaum glaublichen Verirrung" zurückkommen werde, so sehe man sich zu jener Alternative genötigt.

Der Senat remonstrierte zwar zunächst höflich, erhielt aber den Bescheid, daß es bei dem ersten Ausspruche verbleiben müsse, und so wurde Oken, da dieser erklärt hatte, auf eine solche Insinuation habe er keine Antwort, am 7. Juni 1819 aus seiner Stelle entlassen. Doch damit nicht genug; bald darauf wurde von der Landesdirektion auch noch die provisorische Unterdrückung der „Isis" verfügt, wodurch das Entweder—Oder (Aufgabe der „Isis", oder der Professur) vollständig illusorisch gemacht wurde und sich Oken doppelt gestraft sah.

Dieses Verfahren gegen Oken erregte in ganz Deutschland ein peinliches Aufsehen; viele Stimmen erhoben sich zu seinen Gunsten. Besonders energisch trat Börne für ihn ein. „Oken, sagt man, habe unter der Ägide der Preßfreiheit häufig die Geißel der Satire geschwungen," schrieb er, „und dadurch ein allgemeines und ärgerliches Aufsehen gemacht. Er habe sich unanständiger Äußerungen bedient, denen es häufig an wissenschaftlicher Bedeutung und Wirksamkeit gefehlt habe; er habe sich plumpen, Geschmack und Sitte beleidigenden Ausfällen hingegeben

nd darum mußte man ihn von seiner Stelle entfernen. Allein nd dies Vergehen, welche das Gesetz bedrohte und daher bestrafen darf? Wann und wo war es untersagt, die Geißel der Satire zu schwingen? Ist Oken hierbei ohne Geschmack und plump u Werke gegangen, so kann ihm nur auf wissenschaftlichem Wege urechtweisend begegnet werden, aber der Staatsgewalt steht es nicht zu, den Mangel an Witz zu bestrafen, und es steht ihr nicht an, als Kunstrichterin aufzutreten. Die Weise Okens hat vielen mißfallen, aber die Gutgesinnten verziehen ihm die ästhetischen Mängel seiner Schreibart, weil sie wußten, daß auf Deutsche, mit ihrer Elefantenhaut, kein leichter satirischer Kitzel wirke, und daß man, um Eindruck zu machen, sich zuweilen grober Kartätschen bedienen müsse."

Oken büßte übrigens durch das Verbot der großherzoglichen Regierung seine Zeitschrift keineswegs ein, denn sie wurde jetzt zunächst in Leipzig und dann in Rudolstadt gedruckt. Von den Schicksalsschlägen, die den Herausgeber betroffen, erwähnte die „Isis" aber nichts. Das erste Heft seit der Unterdrückung im Großherzogtum enthält sogar bloß streng Wissenschaftliches, bringt jedoch auf dem Umschlage die Notiz, daß das folgende Heft wieder die gewöhnliche Mannigfaltigkeit zeigen und der Charakter der „Isis" unverändert bleiben werde. Allein die Karlsbader Beschlüsse nahmen Oken mehr und mehr die Lust, sich mit der Politik zu beschäftigen, und so entschloß er sich denn endlich, vom Jahrgange 1824 an alle politischen Aufsätze von seiner Zeitschrift fern zu halten, und teilte dies auf dem Umschlage des ersten Heftes ohne weitere Motivierung seinen Lesern mit.

In Jena lebte Oken noch bis 1828 als Privatgelehrter, wirkte dann eine Reihe von Jahren als Professor in München, von 1833 ab in Zürich, wo er seine berühmte „Allgemeine Naturgeschichte" in dreizehn Bänden vollendete und am 11. August 1851 starb.

Die beiden andern Zeitschriften, die „Wage" und die „Zeitschwingen", wurden von Ludwig Börne herausgegeben, dem glänzenden Stilisten, dem warmherzigen Verteidiger von Freiheit und Recht, der jedoch damals, als er mit der „Wage" hervor-

trat, noch keine literarische Position besaß, obgleich er bereits das zweiunddreißigste Lebensjahr erreicht hatte. Sehr bald aber sollte seine Stimme Beachtung finden und er selbst zu den Berühmtheiten des Tages gezählt werden. „Vornehmlich auf die Jugend wirkte er bezaubernd,“ berichtet uns Gutzkow. „Diese Frische, dieser Witz, die großartige Perspektive in Welt- und Zeitanschauungen, die man auf der Schule kaum ahnte, und die auf der Universität zu dem Verbotenen gehörte! Von den Fesseln des Systems sah man sich erlöst; die freie Ungebundenheit war doch zugleich zu einer in bunten Farben schimmernden Kristallisation der Darstellung kunstvoll verhärtet. Alle Formeln und Gesetze lösten sich hier vor der freien Gesetzgebung eines mächtigen Individuums auf, das nicht aus dem Hörsaal, sondern aus dem grünen Walde der Erfahrung und der Geschichte heraustrat.“ Börne wurde dadurch bald eine aufklärende Macht von großem Einfluß. Aber er kam über eine gewisse Einseitigkeit nicht hinaus. Er betrachtete alle Erscheinungen des Lebens unter dem Gesichtswinkel der Politik. In der Reisebeschreibung, dem Theaterreferate, in Plaudereien über das gesellschaftliche Leben: überall warf er auch eine Bemerkung über die politischen Verhältnisse, die konstitutionelle Frage, die Geschworenengerichte, die Preßfreiheit oder dergleichen hinein. Und wenn sich absolut keine politische Beziehung finden ließ, so mußte ein politisches Witzwort aushelfen. Als bei einer Theater-Aufführung ein Krönungszug außerordentlich dürftig ausgefallen war, schrieb er: „Es wurde fast nur mit einer Stimme Vivat gerufen, wahrscheinlich um akustisch darzutun, wie einstimmig das Volk in seiner Freude sei.“ Solche Anspielungen, Andeutungen und ironischen Bemerkungen, die die Zensur nicht wohl unterdrücken konnte, fanden aber großen Beifall und reichten damals allein schon hin, einen Schriftsteller populär zu machen.

Bei Börne bildeten jedoch diese witzigen Anspielungen nur die Arabesken, den kleinen Zierrat in seinen Abhandlungen, denn immer handelte es sich bei ihm im Grunde um eine sehr ernste Sache, immer suchte er bei allem, was er besprach, dahin zu wirken, bei den Deutschen das Nationalbewußtsein zu wecken, sie

für nationale Ziele zu begeistern; denn es war ihm Herzenssache, as Volk zu einem freieren, gesunderen Staatsleben emporzu- eben, durch die Aufdeckung der Schäden des Staatslebens heil- ame Reformen herbeizuführen. Dabei war sein Hauptgedanke, aß Deutschland und Frankreich aufeinander angewiesen seien, aß sie sich gegenseitig ergänzen müßten. „Den Deutschen das Benie, den Franzosen das Talent," meinte er, „dem einen die chöpferische, dem andern die anwendende Kraft." Und weiterhin rklärte er: „Werden die Deutschen frei, dann sind sie die besten Freunde und treuesten Verbündeten der Franzosen, und bleiben ie in ihrer gegenwärtigen Erniedrigung, dann werden sie in edem Kriege wie holländische Tonpfeifen zerbrochen werden." Diese Ansicht hat sich ja schließlich als ein großer Irrtum er- wiesen, zu Börnes Zeiten fand sie aber viel Anhänger und gab Börne die Aureole des großen Politikers.

Diese ausgesprochen politische Grundstimmung Börnes brachte es mit sich, daß ihm die Gesinnung in allen Verhältnissen das Wichtigste war, auch beim Dichter, und darum wandte er sich selbst gegen die Meisterwerke Goethes, weil er in ihnen den Puls- schlag des politischen Lebens vermißte.

Von den beiden Zeitschriften, in denen Börne seine An- schauungen entwickelte, ist die „Wage" die bedeutendere. Der vollständige Titel lautete „Die Wage, eine Zeitschrift für Bürger- leben, Wissenschaft und Kunst." Das Journal erschien zu Frank- furt a. M. in zwanglosen Oktav-Heften. Die ersten fünf kamen in den Monaten Juli, August, September, Oktober und No- vember 1818 heraus, die beiden nächsten im Monat April 1819, das achte Heft gelangte im Juli 1820 und das erste Heft des zweiten Bandes im August 1820 zur Ausgabe. Die letzten vier erschienen im Jahre 1821. Die ersten Hefte verlegte der Ver- fasser selbst. Er wohnte damals in dem jetzt abgebrochenen Johanniterhofe, einem österreichischen Besitztum, und nahm dort auch die Bestellungen an. Daneben lieferte auch die Hermann- sche Buchhandlung das Journal. Die letzten vier Hefte verlegte Heinrich Laupp in Tübingen. Acht Hefte bildeten einen Band, der 3 Gulden 45 Kr. kostete. Bei dem Beifall, den die Zeit-

schrift sofort in weiten Kreisen fand, stieg die Auflage rasch auf 800 Exemplare, so daß der Herausgeber einen Reingewinn von 47 Gulden für den Druckbogen erzielte.*)

In der Ankündigung der „Wage" legte der Herausgeber ausführlich dar, was er geben und was er vertreten wollte. „Die Aussagen der Zeit zu erlauschen," sagte er, „ihr Mienenspiel zu deuten und beides niederzuschreiben, wäre ein ehrenvoller Dienst, selbst wenn er nicht gefahrvoll wäre. Daß er auch dieses ist, vermehrt seinen Reiz, und nur die Schwachheit vermag einer solchen Lockung zu widerstehen. Die Menschen haben Furcht, als wären sie Geschöpfe von nur augenblicklicher Dauer. Darum unterbleibt so vieles Gute in Worten und Taten. . . . . Über die Freimütigkeit, welche demjenigen, der über bürgerliche Angelegenheiten des Vaterlandes und fremder Staaten öffentlich urteilt, zieme oder nicht, sei mir noch ein freundlich-ernstes Wort verstattet. Ich hoffe mit Männern zu reden, bei denen eine kindische Geisterscheu nie Eingang fand, und welche kein Rauschen der Blätter erschreckt. Das lange Stubenleben hat die Deutschen dem öffentlichen entwöhnt, und das beständige Tragen von Wolfs- oder Schafspelzen hat Niedere und Vornehme gegen den Eindruck jedes Lüftchens empfindlich gemacht . . . Sie kommen und sagen: man möge tadeln, ohne zu reizen, man möge Wunden heilend berühren, ohne wehe zu tun, man möge belehren, doch unter der einfältigen Maske der eigenen Wißbegierde. Sie fordern viel, und es ist schwer, sie zu befriedigen. Wie man in einem vom Sturme bewegten Schiffe mit Zierlichkeit strauchele oder falle, dies lehrt und lernt kein Vestris. Und von den Herolden der öffentlichen Meinung, die schon seit vielen Jahren schwindelnd schnell um die ganze Windrose kreist, von den Klägern des allgemeinen Wehes wagt man zu fordern, daß sie sich höflich verneigen, wenn der Boden unter ihnen wankt, daß sie behutsam zwischen die faulen Eier gehen und an jede Tür leise anklopfen, ehe sie sie öffnen? Bescheidenheit und immerfort Bescheidenheit! Aber die Natur gibt ihre Not durch einen Schrei zu erkennen, und nur auf der

*) M. Holzmann, Ludwig Börne. Berl. 1888, S. 109.

bretternen Bühne singt der Schmerz in A-moll.“ Schließlich wendet er sich an seine nähere Umgebung, an die Bewohner jener Landstriche, „die in der Mitte zwischen süddeutscher und norddeutscher Gesinnung liegen.“ Diesen Leuten „dämmert es nur noch über vaterländische Dinge,“ ruft er aus, „unter ihnen ist es nicht dunkel genug, um das Licht unentbehrlich zu finden, und nicht hell genug, um es zu entbehren. Für sie tut es am meisten Not, daß die zerstreuten Lichtstrahlen sich zu einem Brennpunkte vereinen, der ihre Vaterlandsliebe entzünde. Bedarf es einer lauteren Aufforderung an die vielen geistreichen und mutigen Männer unter ihnen, zu einem so edeln Vorhaben sich zu verbinden, und kann der Herausgeber der „Wage“ anders als mit Zuversicht auf ihren Beistand zählen?“

Dieser Appell sollte auch nicht ungehört verhallen; Johann Jakob Willemer, Görres, die Rahel u. a. meldeten sich zur Mitarbeit. Der größte Sohn Frankfurts, Goethe, an den sich Börne unter dem 10. Mai 1818 noch in einem besonderen Briefe wandte, schenkte jedoch dem heimatlichen Journale nicht die gewünschte Beachtung; er ließ den Brief Börnes unbeantwortet. Freilich war dieser auch nicht geeignet, den Altmeister zu gewinnen. „Darf der reiche Mann den armen zurückweisen, der ihn um eine milde Gabe bittet,“ schrieb Börne, „und wird der Verfasser dieser Blätter eine Mitteilung für die angekündigte Zeitschrift, die ihn und seine Leser aufmuntert, vergebens erwarten? Gewiß nicht.“ Diese burschikosen Zeilen konnten Goethe, der in seinen späteren Jahren einen so großen Wert auf die Beobachtung der Form legte, nur unangenehm berühren.*)

Das neue Journal fesselte seine Leser sofort mit dem ersten Hefte, das zunächst eine scharfe, aber wohlabgewogene Verurteilung des bayrischen Preßgesetzes und weiterhin eine ergötzliche Satire „Ernsthafte Betrachtungen über den Frankfurter Komödienzettel“ bot, in der der Verfasser an die damals noch übliche Überschrift des Frankfurter Theaterzettels „Mit gnädigster Erlaubnis“ anknüpfte und sich dann gegen alle die „unterwürfigen

*) Der Brief ist abgedruckt im Goethe-Jahrbuch, Bd. 19 (1898), S. 98.

Redensarten" wandte, die noch immer als „aufrechtstehende Mauern und Trümmer von niedergerissenen Kerkern aus Zeiten einer knechtischen Untertänigkeit" aller Orten und Wege im deutschen Lande zu finden seien, gegen das „Ew. Wohlgeboren", das „Hochdieselben", das „Allerhöchstihrer". „Welchem Mann mit einem freien und kühnen Herzen in der Brust müßte das Kettengeklirre gefesselter Zungen nicht unerträglich sein," ruft er aus, „so daß er lieber alle seine Gefühle zurückdrängen, als sie den peinlichen Bücklingen und Verzerrungen einer veralteten Feudalsprache unterwerfen würde?"

Weiterhin wandte er sich, da ihm durch die Zensur bei der Besprechung öffentlicher Angelegenheiten fortwährend Beschränkungen auferlegt wurden, hauptsächlich der Theaterkritik zu, durchsetzte aber seine Referate stets mit einer Fülle von satirischen Anspielungen auf die politischen und sozialen Verhältnisse, womit er seinen Besprechungen einen prickelnden Beigeschmack gab, der allerdings den künstlerischen Eindruck beeinträchtigte. Die Kritiken bekamen durch solche Zwischenbemerkungen etwas Schielendes, das auch der geistreichste Witz nicht verdecken konnte. Sein ästhetisches Urteil traf jedoch oft das Richtige, obgleich er nicht von großen allgemeinen Gesichtspunkten, wie etwa Lessing, ausging und auch keine tiefere ästhetische Bildung besaß. Er urteilte nur mit seinem Gemüte und auch immer nur von Fall zu Fall, aber dabei wußte er meist die Spreu vom Weizen zu sondern. So war er einer der ersten von denen, die die große Bedeutung Grillparzers erkannten. Schon in der „Ahnfrau" hatte er den Flügelschlag des großen Dichtergenius gespürt, bei der „Sappho" und dem „Traum ein Leben" pries er laut das aufsteigende Dichtergestirn. „Soll ich sprechen von dem holden Zauber in allen Reden unseres Dichters?" rief er aus. „Von dieser bald wilden, bald glühenden Farbenpracht, von der Schönheit und Wahrheit seiner Bilder, von der Tiefe und Wärme seiner Empfindungen? .... Grillparzers Dichtungen sind wie die Gewächse des südlichen Himmels, die Blüte und Frucht auf einem Zweige tragen." Dagegen übergoß er die Schicksalstragödien, für die damals ganz Deutschland schwärte, unbekümmert um den

Zeitgeschmack, mit Spott und Hohn. An Houwalds „Leuchtturm“ wies er das vollständig Unwahre dieser Dramen nach und fertigte dabei auch Böttiger gebührend ab, der es gewagt hatte, in der „Abendzeitung“ den „Leuchtturm“ umständlich zu loben. Shakespeare,“ schloß er, „du ältester Sohn Melpomenens, reicher, kinderloser Mann, wie läßt du so hart deine nachgeborenen Brüder darben? Bettler hast du bereichert, Narren begabt, Könige größer, die Liebe selbst seliger gemacht, und die Söhne deiner Mutter — verhungern. O öffne deine Hand!“

Von den Artikeln, die seine Mitarbeiter beisteuerten, sei besonders der von Görres „Kotzebue und was ihn ermordete“ und der von Johann Jakob Willemer „Von den Vorzügen des Preßzwangs vor der Preßfreiheit, oder von der Erlösung der Freiheit von der Presse durch den Zwang“ hervorgehoben.

Die unscheinbaren Hefte wurden bald in allen gebildeten Kreisen Deutschlands gelesen. Gentz amüsierte sich köstlich über das Brillantfeuer der geistreichen Witze, obgleich er den politischen Ansichten Börnes diamentral gegenüberstand und gelegentlich erklärte, daß in Börne „der Übermut und die Verwegenheit der revolutionären Partei in ihrer höchsten Vollendung“ erschienen sei. Zugleich empfahl er seiner Freundin Rahel die Lektüre des Journals „als das Geistreichste, was jetzt geschrieben würde.“ Und Rahel geriet in förmliches Entzücken über diese witzsprühenden Plaudereien und meinte, Gentz hätte den Verfasser noch weit nachdrücklicher loben können. „Er ist scharf, tief, gründlich, wahr, mutvoll, nicht neumodisch, ganz neu, gelassen, wie einer der guten Alten; empört, wie man soll,“ schrieb sie an einen Freund, dem sie die Anschaffung der Zeitschrift empfahl. „Und, so gewiß ich lebe, ein sehr rechtschaffener Mann. Keck aber besonnen. Kurz, mein großer Favorit.“ *)

Dieser allgemeine Erfolg verschaffte Börne rasch einen großen Ruf; er erhielt verschiedene Anträge von Verlagsbuchhändlern und ließ sich (wie schon S. 131 berichtet wurde) zunächst be-

---

*) Rahel, Ein Buch des Andenkens für ihre Freunde. 2. Band, S. 576 ff.

stimmen, die Redaktion der „Zeitung der freien Stadt Frankfurt" und weiterhin die Leitung der Wochenschrift „Zeitschwingen", die, nachdem sie 1817 von Pfeilschifter gegründet, schließlich zu dem Verleger Ferdinand Hauch in Offenbach a. M. verschlagen worden war, zu übernehmen.

In der Ankündigung der Übernahme der Redaktion (Juli 1819) legte er dar, daß er sich zwar gründlich mit Politik, Literatur und Kunst beschäftigen werde, aber doch besonders mit der Wirklichkeit, nicht mit phantastischen Theorien. „Wenn wir beglücken wollen," sagte er, „müssen wir die Politik aus den Wolken erdwärts ziehen. Kein Hungriger wird gestillt mit einer Abhandlung über die freie Kornausfuhr, kein Kranker geheilt mit einem Handbuche der Therapie." Darum solle man — und er werde es in den „Zeitschwingen" — öfter des Volkes Entbehrungen besprechen, als seine Rechte, wärmer die Staatsverwaltungen, als die Staatsverfassungen, mehr die täglichen Erscheinungen des Bürgerlebens, wie sie im häuslichen Kreise und auf dem Markte sich zeigen, als die Grundsätze der Gesetzgebungen und die großen politischen Verhältnisse.

Darauf legte er überall seine Sonde ein, wo er bessern wollte, besprach die schmachvolle Behandlung Okens, die traurige Lage der Juden, seine eigenen Schicksale als Redakteur der „Zeitung der freien Stadt Frankfurt" rc. Aber der Ton rief bald Mißbilligung in den leitenden Kreisen hervor, und nicht lange, so übten die Karlsbader Beschlüsse ihre Wirkung aus: die Großherzoglich-hessische Regierung unterdrückte die Zeitschrift; nur vom 3. Juli bis 9. Oktober 1819 (von Nr. 53 bis Nr. 81) hatte sie Börne redigiert.

Nicht ohne Bewegung, die er hinter beißendem Sarkasmus verbarg, nahm er von seinen Lesern Abschied. Er sprach von einer Kontinental-Gedankensperre, die nun wohl nächstens eintreten werde; darum werde ein vorsichtiger Zeitungsmann schon jetzt darauf denken, womit er seinen Lesern später aufwarten könne. „Nun, er legt sich auf solide Wissenschaften," erklärt er. „Er treibt Astronomie, mit Ausschließung der Kometen, weil diese Krieg und Not bringen, auf Geographie, mit Ausschließung der

Kurörter, weil dort die Kongresse gehalten werden, auf Algebra, doch ohne plus und minus, da dies zum Finanzwesen gehört, auf Psychologie, ohne Hofseelen-Lehre, auf Theologie, mit Weglassung der heiligen Allianz" rc. Der Mensch muß klug sein, meint er weiterhin, und sich lieber in die Zeiten, als in die Gefängnisse schicken; er soll bescheiden sein, aber die Sache ist schwer. „Gebt uns ein Mittel, fromm zu werden," ruft er endlich aus, „und wir greifen mit beiden Händen danach. Es ist zu spät, wir haben bereits vom Baume des Erkenntnisses gekostet und Gutes vom Bösen zu unterscheiden gelernt. Warum habt ihr den Cherub mit dem flammenden Schwerte nicht früher vor euren Garten gestellt? Warum habt ihr uns in Versuchung geführt? Was ihr jetzt tut, ist alles vergebens!"*)

Unter diesen Umständen verlor er auch die Lust, die „Wage" weiterhin herauszugeben; die Hefte erschienen in immer größeren Zwischenräumen, und schließlich ließ er, nachdem er auch mittlerweile Frankfurt verlassen und anderweitige literarische Beziehungen angeknüpft hatte, das Journal 1821 ganz eingehen. Der Verzicht war auch nachgerade, da sich bei dem spärlichen Erscheinen der Hefte die Zahl der Abnehmer sehr verringert hatte, nicht sonderlich groß, wohl aber schloß Börne damit ein Unternehmen ab, das den wichtigsten Wendepunkt seines Lebens herbeigeführt hatte.

---

*) Mit welcher Aufmerksamkeit die Regierungen die journalistische Tätigkeit Börnes beobachteten, ist neuerdings auch durch Ernst Viktor Zenker dargelegt worden, der in der Zeitschrift „Deutschland" (Jahrg. 1903) Berichte französischer Agenten veröffentlicht, die Börne während seines Aufenthalts in Paris im Herbst 1819 auf Schritt und Tritt beobachten mußten, ohne daß Börne wohl die geringste Ahnung davon hatte. Diese Berichte wurden dann „offenbar aus Gefälligkeit", auch an die österreichische Staatskanzlei abgegeben und befinden sich noch heute im k. k. Haus-, Hof- und Staatsarchive zu Wien.

3. Die kleineren politischen Zeitschriften. Cöllns „Neue Fackeln“. Rotteck „Teutsche Blätter“. „Das neue Deutschland“. Die „Germania“. „De Europäische Aufseher“. Die „Freimütigen Blätter für Deutsche“. Da „Journal für Deutschland“. Arndts „Wächter“. Brans „Minerva“. „De Teutschen Burschen fliegende Blätter“ von Fries. Oelsners „Bundeslade“

Neben diesen politischen Zeitschriften von weitreichender Be deutung erschien nun aber noch ein ganzes Heer kleiner Journale die nur kurz erwähnt werden können.

Bereits gegen Ende 1813 gab der bekannte Friedrich vo Cölln bei Gottfried Basse in Quedlinburg „Neue Fackeln, ei Journal in zwanglosen Heften“ heraus. Hier zitterte und bebt noch die ganze tiefe Erregung des Krieges in jedem Hefte. All Artikel beschäftigten sich nur mit Napoleon und den Seinen un sprühten von Zorn und Verachtung gegen die Franzosen Das erste Heft enthielt die Abhandlungen: „Napoleons gänzlich Unterdrückung der Preßfreiheit“, „Der Marschall Ney und Gene ral Vandamme“, „Über grobe Bestechlichkeit der Staatsdiener in ehemaligen Königreich Westfalen“, „Napoleons schändliche In triguen, sich der Person des Königs von Spanien zu bemäch tigen“ ꝛc. Das zweite Heft: „Beleuchtung und Widerlegung eine schändlichen Libells des geheimen Justizrats Crone in Gießen“ „Napoleon, wie er ist“, „Über unverschämte Rabulisterey einige Prokuratoren und Advokaten im ehemaligen Königreiche Westfalen“ „Wodurch ist Napoleon das geworden, was er war, und was e jetzt ist?“ ꝛc. Das dritte Heft: „Fouché, Herzog von Otranto kaiserl.-franz. Polizeiminister“, „Napoleons unversöhnlicher Ha und Rachsucht“, „Hieronymus Napoleon, ehem. König von West falen“ ꝛc. Das vierte Heft: „Der Raub der Viktoria vom Bran denburger Tore in Berlin durch die Franzosen“, „Das Uni versitäts- und Schulwesen im ehemaligen Westfalen“, „Die Deutsch Franzosen im ehemaligen Königreich Westfalen“, „Lucian Bona parte“ ꝛc. Im Ganzen erschienen 12 Hefte und zwar bis 1815.

Der warmherzige Karl von Rotteck in Freiburg in Breisgau ga dort 1814 „Teutsche Blätter“ heraus, die aber nur vom 6. Januar bis 30. Juni erschienen, und zwar in 76 Nummern.

er Inhalt jeder Nummer sonderte sich in zwei Teile, deren ster „Kriegs- und politische Nachrichten“ brachte, während der ndere „Patriotische Erhebungen“ enthielt. Die „Kriegs- und olitischen Nachrichten“ waren bisweilen dadurch von besonderem ert, daß deutsche Heerführer in ihnen ihre Proklamationen und erichte veröffentlichten. Die erste Nummer kündigte in einer ffiziellen Nachricht aus dem Hauptquartiere zu Lörrach vom 1. Dez. 1813 den Rheinübergang der Armee nach der Schweiz nd ins Elsaß an.*) In Berlin tauchte mit Beginn des ahres 1814 im Verlage der Gebrüder Gädicke mit königlich reußischer Zensur „Das neue Deutschland“ auf. Sechs tücke bildeten einen Band zum Preise von drei Reichstalern. Das Journal brachte viele (es behauptete „alle“) Aktenstücke, „die uf die große Staatsumwälzung Bezug haben“ und eine „chrono-ogische Geschichte oder Tagebuch der jetzigen merkwürdigsten Be-gebenheiten sowohl im Felde, als in den Kabinetten.“ Im großen und ganzen kam es über einen gewissen trockenen Ton nicht hin-aus. In Oldenburg in der Schulzeschen Hofbuchhandlung ließ J. R. Ricklefs, ein damals sehr beliebter Historiker, 1814 und 1815 in zwanglosen Heften von 6 bis 8 Bogen, deren drei einen Band ausmachten, eine „Germania, Zeitschrift für Deutschlands Gemeinwohl“ erscheinen. „Der Name ‚Germania‘ soll uns daran erinnern,“ sagte der Herausgeber, „was wir ursprünglich waren und sein müssen.“ Weiterhin bemerkte er: Es soll auch öfter ein Blick aus der heitern Gegenwart in die dunkle Vergangenheit der letzten Jahrzehnte getan werden. Von den Artikeln, die gebracht wurden, seien die folgenden hervorgehoben: „Wie soll deutscher National-Sinn sich äußern?“, „Der Zeitgeist, sein Triumph und sein Fall, eine allegorische Dichtung“, „Gedanken und Wünsche eines Hanseaten“ und „Fragmente über Napoleon.“ Es erschienen drei Bände zum Gesamtpreise von drei Talern. Eine sächsische

*) Von den Rotteckschen „Teutschen Blättern“ scheint nur noch ein Exemplar zu existieren, das sich z. B. im Besitze des Herrn Ersten Staats-anwalts Karl Gageur in Freiburg i. Br. befindet. Das Exemplar der Frei-burger Stadtbibliothek ist in Verlust geraten; das Großh. badische General-Landesarchiv in Karlsruhe hat nie ein Exemplar besessen.

Zeischrift nannte sich „Der Europäische Aufseher". Sie wurde von J. A. Bergk und Heinichen redigiert und kam schon 1805 einmal ein Jahr lang in Leipzig heraus, wurde aber, wie es scheint, unterdrückt und wagte sich nun erst 1812 wieder hervor, worauf sie ununterbrochen bis 1824 erschien. Der Jahrgang kostete einen Taler. Einen besonderen Charakter erhielt sie dadurch, daß sie bereits 1814 den Mut zeigte, den maßlosen Verunglimpfungen Napoleons entgegenzutreten und später sich auch sehr tapfer gegen die reaktionären Bestrebungen aufzulehnen. Über Napoleon wagte sie in dem Artikel „Die Bonapartianer" (Nr. 64 vom 11. Okt. 1814) zu schreiben: „Die Anzahl der Anhänger Bonapartes scheint jetzt wieder in Deutschland zuzunehmen. Männer, die ihn sonst verwünschten, sein Streben auf den Grund durchschauten und alle seine Unternehmungen richtig würdigten, sind jetzt seine Freunde worden. Sie sehen ihn als die Schutzwehr der Verfassung durch Stellvertreter, als einen geschworenen Feind des Feudalsystems und als kräftigen Erzieher der Nationen zum Widerstande gegen mutwilligen Druck und abgenützte Vorteile an." Und den schweren Druck, mit dem man alle politischen Verhältnisse zurückzuschrauben gedachte, kennzeichnete sie in einem Artikel (Nr. 66, 1817) mit folgenden Worten: „Das fünfzehnte Jahrhundert will man mit Gewalt wieder in das neunzehnte zurückbringen, und es soll nur Herren und Knechte, ohnmächtige Fürsten und Sklavenvölker geben ... Zu weit ging Napoleon, und zu viel tat man nach seinem Sturze. Man beleidigte den Zeitgeist und erregte ein Mißtrauen und eine Unzufriedenheit, welche in der Tat noch mit manchen bedenklichen Folgen drohen."

Im Jahre 1815 trat Fr. von Cölln abermals mit einer Zeitschrift hervor, jetzt in Berlin, die er „Freimütige Blätter für Deutsche" nannte, und die dann bis 1820 erschienen. Sie vertraten die konservative Richtung, kamen aber über oberflächliches Geschwätz nicht hinaus. Ebenso unbedeutend war das „Journal für Deuschland", das Fr. Buchholz von 1815 bis 1819 in Berlin herausgab. Nur ein ganz kurzes Dasein fristete „Der Wächter", eine Zeitschrift in zwanglosen Heften, die Ernst Moritz Arndt 1815 und 1816 in Köln erscheinen ließ. Eine

Biedererweckung nahm Friedrich Alexander Bran mit der „Minerva" vor, die einst 1792 von J. W. von Archenholtz gegründet worden war. Bran (geb. 1767, gest. 1831) hatte das Journal bereits von 1809 bis 1812 unter Archenholtz' Namen in Hamburg herausgegeben, war dann aber mit den französischen Behörden in Konflikt geraten und hatte nach Österreich fliehen müssen. Dabei war denn auch die „Minerva" zu Grunde gegangen. Eine Zeitschrift „Kronos", die Bran kurze Zeit in Prag herausgab, konnte sie nicht ersetzen. Bald nach dem Kriege beeilte sich denn auch Bran, die „Minerva" wieder auferstehen zu lassen; er gab sie zunächst 1815 in Leipzig und dann von 1816 bis 1831 in Jena heraus, wo er eine Buchhandlung errichtet hatte. Seine frühere Bedeutung erlangte das Journal aber nicht wieder; besonders fehlte es ihm an tüchtigen Mitarbeitern. „Bran schreibt seine ‚Minerva' ganz allein selbst," versicherte F. A. Brockhaus seinem Freunde Oken in einem Briefe vom 9. März 1816,*) „oder er zahlt für etwaige kleine Mithülfe höchstens drei Taler per Bogen."*) Immerhin besaß die Zeitschrift eine gewisse Stimme, die besonders bei der Behandlung der Verfassungsfragen, bei der Verteidigung der individuellen Freiheit, dem Verlangen nach Öffentlichkeit der Rechtspflege und dem lebhaften Eintreten für Gewissens- und Preßfreiheit in den liberalen Kreisen beachtet wurde.

Die erregtere Stimmung von 1817 rief in Jena „Der Teutschen Burschen fliegende Blätter" von J. F. Fries und den „Volksfreund" von Ludwig Wieland hervor. Doch legte das letztere Blatt „zur Beruhigung der polizeilichen Seelenangst", wie Treitschke schreibt, seinen staatsgefährlichen Namen bald ab und erschien fürderhin bis zu des Herausgebers Tode (1819) als „Patriot". In Frankfurt a. M. erstand zur selben Zeit „Die Bundeslade", herausgegeben von dem vielseitigen Publizisten K. E. Oelsner (geb. 1764, gest. 1828), der besonders während der Revolutionszeit von Paris aus ein wichtiger Korrespondent vieler deutschen Zeitungen gewesen war. Die „Bundes-

---

*) Heinrich Brockhaus, F. A. Brockhaus. Lpzg. 1872, 1. Bd., S. 42.

lade" gab er jedoch sehr bald wieder auf, weil die Nichtigkeit des Bundestages und damit das Unersprießliche einer journalistischen Tätigkeit in Frankfurt schnell offenbar wurde.

Endlich seien noch zwei Journale des achtzehnten Jahrhunderts verzeichnet, Posselts „Europäische Annalen", fortgesetzt von Fr. Murhard, und Schirachs „Hamburger Politisches Journal", die auch in der in Rede stehenden Zeit weiter erschienen.

---

4. Die Zeitschriften für universelle Bildung und die Unterhaltungsjournale. Das Cottasche „Morgenblatt", redigiert von Therese Huber. Deren Programm. Cottas eigenmächtige Eingriffe. Bevorzugung Frankreichs. Die Mitarbeiter Börne und Müllner. Goethe gegen Müllner. Müllner erhält die Redaktion des „Literaturblattes". Goethes Mißmut darüber. Cottas Konflikt mit Müllner. Dieser legt die Redaktion des „Literaturblattes" nieder. Therese Hubers Rücktritt von der Redaktion des „Morgenblattes". Die „Wiener Zeitschrift". Ihr Begründer Schickh. Ihr Redakteur Hebenstreit. Die Mitarbeiter. Pflegt das literarische Leben in Österreich. Fördert Grillparzer. Die „Zeitung für die elegante Welt". Müllner treibt sein Unwesen darin. Die „Abendzeitung" von Winkler und Kind. Dient der seichten Unterhaltung und dem Klatsch. Der „Gesellschafter" von Gubitz. Der Kuhnsche „Freimütige". Weitzels „Rheinisches Archiv". Bäuerles „Wiener allgemeine Theaterzeitung". Der „Wanderer", der „Sammler", die „Thusnelda", die „Originalien" 2c.

Bei dem außerordentlich angeregten politischen Leben, das ganz Deutschland nach den Befreiungskriegen erfüllte, war es natürlich, daß alles das, was nicht die Verfassungsfragen und überhaupt die neue Staatseinrichtung betraf, die Gemüter nur wenig berührte, und daß daher auch alle jene Zeitschriften, die der universellen Bildung dienen, oder auch bloß Unterhaltungslektüre bieten wollten, also die Politik ausschlossen, nur ein geringes Interesse erregten und darum auch nur wenig Unterstützung beim Publikum fanden. Sie vermochten sich mithin kaum zu entwickeln und blieben zum großen Teil erstaunlich unbedeutend.

Verhältnismäßig am vornehmsten hielt sich noch das Cotta

e „Morgenblatt für gebildete Stände" (Vergl. Bd. II, . 230 ff.). Cotta hätte dem Blatte gern eine dominierende tellung verschafft und gab ihm deshalb auch ein „Kunstblatt" d ein „Literaturblatt" zur Seite, doch gelang es ihm nicht, eine deutende Persönlichkeit als Leiter zu gewinnen. Der Epigramatiker J Ch. F. Haug, der bisher die Zeitschrift redigiert hatte, wies sich als ungenügend; ein Versuch mit dem jungen Friedrich ückert mißglückte ebenfalls. Da versuchte es denn Cotta einmal it der federgewandten Therese Huber, der Witwe seines üheren Redakteurs der „Allgemeinen Zeitung" Ludwig Ferdinand uber, deren schriftstellerische Qualität er durch die mancherlei eiträge, die sie bereits dem „Morgenblatte" geliefert hatte, genügend kannte, und die damals gerade von ihrem bisherigen Wohnsitz Günzburg nach Stuttgart übersiedelte.

Bevor jedoch Therese Huber das Anerbieten Cottas annahm, wandte sie sich an Haug, den sie von früher her kannte, nd erkundigte sich bei ihm über die intimeren Verhältnisse des Blattes. Was sie erfuhr, lautete aber nicht besonders verlockend. In ihrem resoluten Tone berichtete sie darüber unter dem . Juni 1816 an ihren alten Freund Usteri: „Haug hatte die Redaktion des ‚Morgenblattes' bis vor einigen Monaten und mußte geduldig meine Satire dagegen anhören. Er warf die Schuld auf Cotta, der einen Kehrichtwinkel und Geiselgewölb daraus machte. Einmal sollte hinein, was er aus zehn Gründen nicht verweigern konnte, und ein anderes Mal, was vorgeschossene Gelder abverdienen sollte. Wenn ich gegen Cotta klagte, beschuldigte er Haug, es an Kritik und Wahl fehlen zu lassen — beide hatten recht. Plötzlich hörte ich bei meiner Ankunft, daß Freimund Reimar, der zu seiner Zeit im Dichterwalde irrte, später im ‚Morgenblatte' germanische Purzelbäume schlug, in der Sprache der Menschen aber Magister Rückert heißt, die Aufsicht über das ‚Morgenblatt' habe. Haug sagt mir nun: Minister v. Wangenheim habe gefunden, daß das Blatt sich mehr zur Höhe des Augenblicks heben müsse. Er habe also Cotta an-, be- oder empfohlen, daß Freimund Reimars Geist über ihm schweben solle, damit nichts gegen Teutschheit, Magnetismus, Mystizismus und

noch ein ‚mus', ich weiß nicht, welches? sich einschlich — und in Gemäßheit vom ersten Kapitel der Schöpfung geschah es also."

Trotzalledem verstand sie sich schließlich dazu, die Redaktion zu übernehmen. Ihre Übersiedlung nach Stuttgart erfolgte am 31. August 1816, doch läßt sich ein bestimmter Termin für die Übernahme der Redaktionsarbeit nicht angeben, da ein Kontrakt zwischen ihr und Cotta nicht abgeschlossen und auch ihr Name als Leiterin des Blattes offiziell niemals genannt wurde. Aber es ist bekannt, daß sie seit Anfang 1817 ein bestimmtes Redaktionsgehalt, 700 Gulden jährlich, erhielt, ferner eine Entschädigung für die von ihr gelieferten Beiträge. Der Betrag für diese letzteren wechselte natürlich je nach der Arbeit; er betrug jedoch nach den erhaltenen Quittungen selten mehr als 400 Gulden jährlich.*)

Gleich beim Beginn ihrer Redaktionstätigkeit suchte sie sich möglichst klar zu machen, von welchen Gesichtspunkten aus das Blatt zu leiten sein werde, und sprach sich in Briefen an Freunde darüber aus. Zuerst wandte sie sich an Böttiger in Dresden, den alten Praktikus, und legte ihm ihre Situation dar. „Ich habe mir", schrieb sie ihm zu Anfang 1817, „die Grundsätze der Zusammenstellung aus den vielfachen Zirkeln der Leser, unter denen ich lebe, abstrahiert: der Gelehrte, die Dame, der faule eingeschlafene Beamte, der Geck, das wißbegierige Fräulein, die nach einer Erholung lechzende Hausfrau. Den Gelehrten nenne ich nicht, der nimmt das Blatt nicht in die Hand, oder nimmt als höchst gebildeter Mensch an allem Bessern teil. Da möchte ich nun in jedem Blatt Wissenschaft und Gefühl aufwecken, Neugier erregen, Nachfrage befriedigen. Also nehmen wir drei oder vier Artikel an: Geschichte, Roman, Korrespondenz, welche nouvelles du jour enthält; oder Naturgeschichte, Biographie, Gedichte und wieder Korrespondenz; oder Roman, Betrachtung, Gedichte und wieder Korrespondenz; oder Völkerkunde, Biographie, Anekdote und wieder Korrespondenz." Doch behielt sie dabei stets im Auge, daß die Zeitung auch immer im Dienste der Zeit zu stehen habe, also sehr häufig „das Apropos (wir würden heute sagen die

*) Ludwig Geiger, Therese Huber. Stuttg. 1901, S. 283.

:tualität) mehr als die älteste Nummer der Einsendung ent-eiden muß." Gleichwohl wollte sie auch gelegentlich einmal ıen Blick zurückwerfen und das, was man seiner Zeit hoch ge-ıätzt habe, noch einmal nachprüfen, „neue Rezensionen von alten üchern" bringen und zusehen, was diese Bücher „jetzt noch für ;ert hätten als Lesebuch", also z. B. der „Kinderfreund", „Miß ıara Sampson", „Sophiens Reise". Diesem originellen Gedanken ıt sie leider nicht weiter nachgehen können.

Weiterhin entwickelte sie auch ihrem alten Freunde Usteri ihr ;rogramm und hebt dabei den Wert guter Biographieen hervor. Wenn Sie uns da kurze, derbe, auch aus Chroniken genommene Materialien senden möchten!" schreibt sie. „Nur ernst und herz-ch, damit der Mensch sich des Menschen annimmt."

Aber diese Grundsätze konnte sie nur wenig zum Ausdruck ringen. Von dem Wust von Manuskripten, der aus Haugs und ückerts Zeit auf sie gekommen war, sollte sie je noch den ,rößten Teil verwerten, und hatte sie dann mit vieler Mühe Nummern aus solchem Material zusammengestellt, so stürzte ihr Cotta eigenmächtig das ganze Arrangement wieder um. Schließlich wehrte sie sich gegen die beständigen Eingriffe Cottas. „Wenn ch mir zutraute", schrieb sie an ihn, „Ihnen nützlich sein zu können, so war es durch eine gewisse Vielseitigkeit der Bildung und der Lebensweise, Umgang mit allen gebildeten Ständen, welcher mir Gelegenheit gibt, den Geschmack des Publikums kennen zu lernen, und vielfaches Interesse an Wissenschaft und Literatur in einigen Sprachen. Sie werden mir es daher nicht verdenken — denn, wie könnten Sie Vertrauen zu mir haben, wenn ich nicht ein heiteres Selbstvertrauen hätte, welches allein Gelingen und Bestreben gibt? — wenn ich Sie recht herzlich bitte, meiner Beurteilung des Wertes und Unwertes eines Aufsatzes, des Interesses und Nichtinteresses mehr Glauben beizumessen, als Sie tun. Gestehen Sie, werter Freund, daß ich in diese Ansichten und Urteile ja mein heiliges Gewissen setze, wozu nütze ich sonst? Ich verfahre mit keiner Zeile leichtsinnig, suche meine Persönlichkeit immer zu beseitigen und aus einem allgemeinen Gesichtspunkte zu urteilen, aber dann haben Sie auch ein bischen mehr Glauben

an meine Wahl. Ihre Bemerkungen muß ich ja ehren, ich ehre ja Sie und Ihren Verstand, aber meine Motive, bester Freund, müssen auch bei Ihnen ein bißchen gelten."

Im großen und ganzen erzielte sie aber mit solchen Vorstellungen wohl nur wenig; Cotta war eine viel zu selbständige Natur, als daß er sich wesentlich hätte beeinflussen lassen. Sie mußte also lavieren, so gut es ging. Bei ihrer großen Intelligenz gelang es ihr bald, den Mitarbeiterkreis zu erweitern. Unter den Gedichten, mit denen sie gern das Blatt eröffnete, befanden sich auch solche von Goethe und Uhland. Mit den Romanen und Novellen, die sie darbot, kam sie jedoch über das Mittelmäßige nicht hinaus. Bei den gelehrten Artikeln bevorzugte sie die über die fremden Literaturen, besonders die über die französische und englische; sie brachte sogar Berichte über die Sitzungen der französischen gelehrten Körperschaften, während sie die deutschen gelehrten Gesellschaften unberücksichtigt ließ. Diese Vorliebe für Frankreich begegnete mancher Mißbilligung. Franz Horn richtete daher öffentlich die Bitte an sie, „der ausländischen Literatur nicht zu viel Raum zu widmen, denn obwohl wir manche dort gegebene Notizen über dieselbe als löblich anerkennen, so scheint doch das gegenwärtige deutsche Leben und das deutsche Schrifttum der Aufmerksamkeit teils so wert, teils so bedürftig, daß wir nicht viel Zeit und Teilnahme für die literarischen Angelegenheiten der Ausländer übrig behalten. Den Überfleiß, den wir sonst auf das Fremde wandten, kann die jetzige Konzentration nicht bloß entschuldigen, sondern völlig rechtfertigen." *)

Einer ihrer eifrigsten Mitarbeiter wurde sehr bald Ludwig Börne. Er lieferte ihr touristische Aufsätze, satirische Plaudereien über den Eßkünstler, das Schmollen der Weiber, die Kunst, alt zu werden, gelegentlich auch Abhandlungen mit dithyrambischem Schwunge, wie die berühmte Denkrede auf Jean Paul, und daneben schlug er ihr auch einmal einen literarischen Purzelbaum

*) Franz Horn, Umrisse zur Geschichte und Kritik der schönen Literatur Deutschlands während der Jahre 1790 bis 1818. Berl. 1819.

in einem köstlichen Berichte über den Enthusiasmus, den Henriette Sontag in Frankfurt entzündet hatte.

Ein anderer Mitarbeiter drängte sich gegen ihren Wunsch ins „Morgenblatt" ein, der rauflustige Adolph Müllner. Durch seine derb zugreifenden, rücksichtslos umsichschlagenden Artikel imponierte er Cotta so, daß dieser sogar hinter dem Rücken und gegen den Willen der Leiterin Berichte von ihm ins „Morgenblatt" aufnahm. Dadurch litt der vornehme Ton der Zeitschrift, und von verschiedenen Seiten wurde Unmut laut. Goethe gab seinem Mißvergnügen über den groben Kritiker 1818 durch folgende Stachelverse Ausdruck:

Ein strenger Mann, von Stirne kraus,
Herr Doktor Müllner heißt er;
Wirft alles gleich zum Fenster hinaus,
Sogar den Wilhelm Meister.
Er ganz allein versteht es recht,
Daran ist gar kein Zweifel:
Denn geht es seinen Helden schlecht,
Ergibt er sie dem Teufel.

Und Therese Huber klagte in einem Briefe an Gubitz: „Die Berliner Korrespondenz, die Müllner monatlich einsendet, ist mir immer eine Beschämung vor dem Publikum, wegen der Platitüde, Gemeinheit und mir, sowie meinen Bekannten, oft gänzlichen Unverständlichkeit der Späße." *)

Cotta kehrte sich aber nicht an die Verstimmung der feiner Empfindenden, denn beim großen Publikum fanden die literarische Klopffechterei und die groben Späße Müllners Beifall. Er schob auch die Einwendungen der Leiterin bei Seite, die ihm vorstellte, daß das „Morgenblatt" doch nicht der Platz sein könne, wo man rechts und links Hiebe austeile, und schließlich übertrug er Müllner sogar die Redaktion des 1820 dem „Morgenblatte" hinzugefügten „Literaturblattes" und zwar unter den glänzendsten Bedingungen. Er bewilligte ihm fast das dreifache von dem, was Therese Huber für ihre große Mühe erhielt. Für die bloße Redaktion erhielt er jährlich 1000 Taler, ferner 200 Taler soge-

*) F. W. Gubitz, Erlebnisse. Berl. 1868, Bd. II, S. 252.

nannte Bureaugelder und außerdem 5 Louisd'or für jeden Druckbogen seiner eigenen Beiträge.*) Bei der Übergabe der Redaktion, die im Jahre 1820 erfolgte, machte Cotta noch durch eine pomphafte Anzeige bekannt, daß er das Glück gehabt habe, den ersten jetzigen Kritiker Deutschlands in der Person des Herrn Hofrat Müllner gewonnen zu haben. In der literarischen Welt erregte dieses unerwartete Avancement natürlich einen Sturm des Entsetzens, und Goethe machte seinem Verdrusse in den Versen Luft:

Wir litten schon durch Kotzebue,
Gemeines Räsonnieren,
Nun kommt Herr Müllner noch dazu,
Das Ober-Wort zu führen.
Im Dichten rasch, im Lobe faul,
Ist er mit nichts zufrieden:
Der Edle mault nur, um das Maul
Den andern zu verbieten.

Er ließ das Gedicht aber wohlweislich in seiner Mappe liegen,**) und unterdessen begann Müllner „wie mit Polypenarmen um sich zu greifen“, um sich eine wahrhaft terroristische Autorität auf dem Gebiete der Kritik zu erobern. Dadurch kam er natürlich sehr bald mit aller Welt in Konflikt, auch mit Cotta; denn dieser wollte seine eigenen Autoren in seinem eigenen Blatte doch immerhin glimpflich behandelt sehen. Besonders waren ihm Angriffe auf Goethe fatal. Diese aber ließ sich Müllner ganz besonders angelegen sein, denn der Olympier von Weimar hatte den Dichter der „Schuld“ sehr vornehm-kühl behandelt und ihm dadurch einen Stachel ins Herz gedrückt. Cotta war jedoch nicht der Mann, der bei solchen Differenzen gutwillig nachgab; er bestand darauf, daß die satirischen Bemerkungen über Goethe und andere von ihm geschätzte Dichter unterblieben, und als Müllner nach wie vor diesem Verlangen nicht entsprach, so ließ er diejenigen Kritiken, die seinem Wunsche nicht entsprachen, an Müllner zurückgehen und sogar ohne Müllners Mitwissen lobende Rezensionen von Goethes Schriften in das „Literaturblatt“ einrücken. Darob natürlich

*) Schütz, Müllners Leben. Meißen, 1830, S. 187.

**) Jetzt abgedruckt in der Sophien-Ausgabe, 5. Band, 1. Abt., S. 184.

heller Zorn des beleidigten Redakteurs. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, und als sich diesen schließlich auch noch Streitigkeiten finanzieller Natur hinzugesellten, war ein längerer geschäftlicher Verkehr zwischen den beiden Männern nicht mehr möglich; Müllner legte 1824 die Redaktion des „Literaturblattes" nieder.

Fast zur selben Zeit löste sich auch das Band, durch das Therese Huber mit Cotta verknüpft war; doch kam es hier zu keiner eigentlichen Katastrophe. Den Ausschlag gab schließlich wohl eine Art Mißverständnis. Cotta hatte 1823 in Augsburg eine Schnellpresse aufgestellt und gelegentlich geäußert, er wolle nun den Druck und Verlag des „Morgenblattes" nach Augsburg verlegen. Diese Bemerkung hielt Therese Huber für eine indirekte Aufforderung, ihren Wohnsitz ebenfalls in Augsburg zu nehmen, und siedelte etwas voreilig nach dorthin über (23. Okt. 1823). Allein Cotta empfand dies als eine Rücksichtslosigkeit und entzog ihr darauf ohne irgend welche Ankündigung von Anfang 1824 an die Redaktion des „Morgenblattes". Wie Geiger berichtet,*) wurden ihr einfach die Manuskripte nicht mehr zugestellt; ihre Meinung wurde nicht weiter eingeholt, ihre ausgesprochene Ansicht nicht befolgt. Während sie in Augsburg war, erschien das Blatt weiter in Stuttgart. Zwar erhielt sie noch zwei Jahre lang das ihr bisher gezahlte Redaktionsgehalt, doch suchte sich Cotta für diese verhältnismäßig nicht sehr große Summe dadurch schadlos zu halten, daß er ihre großen und zeitraubenden Übersetzungen, die der Memoiren der Frau von Genlis, nicht honorierte. Schließlich trat der vollständige Bruch zwischen beiden ein, der besonders Therese Huber tief schmerzte; verlor sie doch mit der Cottaschen Freundschaft eine Stütze, die ihr fast dreißig Jahre hindurch in den mannigfachsten Lebenslagen einen Halt geboten hatte. Wenige Jahre später starb sie (15. Juni 1829), vereinsamt und halb erblindet. In der Geschichte des „Morgenblattes" bedeuten die Jahre ihrer Leitung eine wesentliche Weiterentwicklung des Journals. Wenn sie dem Blatte auch einen gewissen frauenhaften

*) Therese Huber, S. 300.

Charakter gab, so hob sie es doch in jene geistige Atmosphäre, in der es sich dann später zur wirklich vornehmen Zeitschrift entwickeln konnte.

Etwas Ähnliches, wie das „Morgenblatt“, wollte auch die „Wiener Zeitschrift“ bieten, aber es stand ihr weder ein so intelligenter und kapitalkräftiger Verleger wie Cotta, noch ein so großer und geistig bedeutender Mitarbeiterkreis, wie ihn das Stuttgarter Blatt besaß, zur Verfügung. Zudem hatte sie noch weit mehr, als die Blätter „draußen im Reich“, unter einem schweren Zensurdruck zu leiden. Die Zeitschrift begann mit dem 4. Januar 1816 zu erscheinen, und zwar zunächst erst unter dem Titel „Wiener Moden-Zeitung“, änderte aber ihren Namen, ihrem Inhalt entsprechend, schon im Juli 1816 in „Wiener Moden-Zeitung und Zeitschrift für Kunst, schöne Literatur und Theater“, bis sie schließlich den einfachen Titel „Wiener Zeitschrift“ annahm. Der Begründer und Herausgeber des Blattes war Johann Schickh (geb. 1770, gest. 1835), ein Oheim des durch seine Possen und Schwänke in Wien sehr beliebten dramatischen Schriftstellers Kilian Joseph Schickh. Sicherlich war es ein großes Wagnis, als Johann Schickh an die Gründung des Blattes ging, denn er war durchaus keine literarisch bekannte Persönlichkeit, vielmehr soll er vordem eine Art Schneidergeschäft betrieben haben, wodurch sich vielleicht erklärt, daß dem Blatte zunächst der Charakter einer Modenzeitschrift gegeben wurde. Allein Schickh wußte die literarischen Verhältnisse zu beurteilen und zeigte sich auch auf dem Gebiete der Literatur überaus orientiert. Dazu kamen seine rechtliche Anschauung und sein praktischer Blick dem Blatte von Anfang an trefflich zu statten. Er wußte, wie Schlossar in einem hier angezogenen Artikel des weiteren ausführt,*) durch aufmerksame Beobachtung des literarischen Lebens emporstrebende poetische Talente leicht zu erkennen und an sich zu fesseln, bedeutende Verbindungen anzuknüpfen und den Leser- und Abnehmerkreis immer mehr zu erweitern. Doch führte er in den ersten Jahren die Redaktion

*) Dr. Anton Schlossar, die „Wiener Zeitschrift von J. Schickh und F. Witthauer. Ein Beitrag zur Gesch. d. österr. Journalwesens in vormärzl. Zeit.“ (Zeitschr. f. Bücherkunde. 5. Jahrg., 2. Bd. S. 464 ff.

icht selbst, sondern übertrug sie dem Ästhetiker Wilhelm Hebenstreit (geb. 1774, gest. 1854), dem einige Zeit noch der Schriftsteller Jos. Karl Bernard zur Seite stand. Als dann aber im Jahre 1818 Hebenstreit von der Redaktion zurücktrat und Schickh in Zusammenarbeiten mit Bernard, der eine wenig verträgliche Natur gewesen zu sein scheint, als nicht ersprießlich erkannte, nahm er schließlich zu Anfang des Jahres 1820 die redaktionelle Leitung der Zeitschrift ganz selbständig in die Hand und behielt sie bis zu seinem Tode.

Die Zeitschrift erschien in groß Oktav im Jahre 1816 zunächst nur einmal in der Woche, dann 1817 zweimal und von 1818 ab dreimal. Anfangs war die Nummer nur einen halben Bogen stark, bald wurde sie aber wesentlich umfangreicher; auch erhielt sie ein „Notizblatt", dem der Herausgeber viel interessanten Stoff einzuverleiben wußte. Eine besondere Anziehung übten die künstlerischen Beilagen aus, namentlich die gestochenen und kolorierten Modebilder, die allwöchentlich in einem Blatte erschienen. Auch Musikblätter mit Originalkompositionen von Beethoven, Franz Schubert, Konradin Kreutzer, F. Lachner u. a. wurden beigegeben. Der literarische Inhalt der Zeitschrift bestand aus Erzählungen, Gedichten, kulturgeschichtlichen, archäologischen und naturhistorischen Aufsätzen, sowie aus Theaterbesprechungen, die oft einen recht großen Raum einnahmen. Natürlich waren es hauptsächlich österreichische Autoren, die hier als Mitarbeiter auftraten, der damals viel gepriesene J. F. Castelli, J. L. Deinhardstein, Karoline Pichler und der junge Franz Grillparzer, der bereits vor der Aufführung seiner „Ahnfrau" seine Beschäftigung mit den spanischen Dramatikern dadurch bekundete, daß er eine Probe einer Übersetzung aus Calderons „Leben ein Traum" beisteuerte. Doch unterließen es die österreichischen Dichter des öfteren, ihre Beiträge mit ihren Namen zu unterzeichnen, und hatten ihren guten Grund dabei; denn, wie Schlossar hervorhebt, galt ein Schriftsteller in dem vormärzlichen Österreich für eine anrüchige und verdächtige Persönlichkeit, und war er gar als Beamter des Staats angestellt, so mußte er sich außerordentlich wohlwollender Vorgesetzter und Förderer erfreuen, wenn er nicht

als mißliebig betrachtet werden wollte. Von den sonstigen deutschen Dichtern erschienen besonders häufig der Epigrammatiker Haug, der berühmte Verfasser der „Schuld“ Adolph Müllner, H. Clauren, O. Graf von Loeben, Friedrich und Karoline de la Motte-Fouqué, Fr. Laun, A. Böttiger u. a. Bei einem Preisausschreiben, das die Zeitschrift 1819 für die beste poetische Erzählung erließ, und bei dem sie einen Preis von 25 Dukaten in Gold nebst einem Akzessit von 10 Dukaten aussetzte, zu dem dann auch noch das übliche Honorar von 6 Dukaten für den Druckbogen kam, ging E. T. A. Hoffmann mit der Novelle „Der Zusammenhang der Dinge“ als Sieger hervor. Die Theaterbesprechungen schrieb Hebenstreit selbst und bekundete dabei neben großer Sachlichkeit auch guten Geschmack und gediegenes Urteil. Vielleicht gerade deshalb geriet er alsbald mit Adolph Müllner, der seine „Schuld“ nicht genügend gewürdigt meinte, in eine literarische Fehde, die sich mehrere Jahre hinzog und besonders von Müllner mit großer Leidenschaftlichkeit geführt wurde. Ganz anders gestaltete sich das Verhältnis Hebenstreits zu Grillparzer. Hier konnte der Kritiker mit ganzer, rückhaltloser Begeisterung für den neuen Dichter eintreten und seinen Ruhm verkünden. Die erste Aufführung der „Ahnfrau“ im Burgtheater (31. Jan. 1817) besprach er ausführlich und ebenso die der „Sappho“ im nächsten Jahre. Besonders betonte er den hohen poetischen Wert der Stücke. Diese Darlegungen trugen nicht wenig dazu bei, die Erkenntnis von der Bedeutung Grillparzers weiten Kreisen zu erschließen; der Dichter sah sich bald allerwärts hoch gefeiert, und da folgten denn in der Zeitschrift auch poetische Apostrophen. Im Jahrgang 1818 erschien ein Gedicht von C. A. von Gruber „An den Verfasser des Trauerspiels ‚Sappho‘“ und 1819 eine dramatische Phantasie „Phaon und Melitta“ von demselben und das schöne Gedicht „An Grillparzer“ von Friedrich de la Motte-Fouqué. Leider sollte dem Dichter diese freudige Anerkennung bei Publikum und Presse nicht auch weiterhin zur Seite bleiben.

Auf das ganze Heer der übrigen Unterhaltungs-Journale der Zeit von 1813 bis 1819 näher einzugehen, verlohnt sich nicht. Alle diese Blätter sind erstaunlich seicht und ohne jede höhere

Lebensauffassung. Wir nennen daher nur einige wenige, die sich eines größeren Leserkreises erfreuten. Nach wie vor erschien in Leipzig die „Zeitung für die elegante Welt" (Vergl. Band II, S. 62 ff.), die noch bis 1816 von August Mahlmann und dann von Methusalem Müller (geb. 1771, gest. 1837), einem sehr mittelmäßigen Schriftsteller, redigiert wurde. Am meisten machte die Zeitschrift wegen der Müllnerschen Artikel, die sie brachte, von sich reden, in denen der streitsüchtige Verfasser nach und nach mit dem ganzen literarischen Deutschland anband. Auch die „eingemachten Lesefrüchte", mit denen er eine Zeit lang regelmäßig aufwartete, erregten ein gewisses Interesse, doch nur bei der breiten Menge; die feiner Gebildeten fühlten sich von ihnen unangenehm berührt. „Ich habe Müllners ‚Lesefrüchte' in der ‚Zeitung für die elegante Welt' seit 14 Monaten gelesen," schreibt Therese Huber an Cotta. „Die Form ist, in ihrer Entstehung, meiner Ansicht nach, geschmacklos; die beständige Wiederholung der burlesken Namen des Schreibers, des Antwortenden, der Ton der darin vorkommenden Dame, ist in der steten Fortsetzung immer platt, sowie in sich selbst oft pöbelhaft. Die Absicht bei dieser Form ist es natürlich, sich (wie die Rolle des Lustigmachers überall beabsichtigt) die Freiheit, rechts und links Hiebe zu versetzen, um so mehr zuzusichern. Müllner hat gewiß mehr wie eine Absicht, auch die sehr nützliche, wackere Wahrheiten zu sagen; allein diese verliert sich in seiner eigenen Feder in den vielerlei Hieben, die er austeilt."

Mehr sentimental als rabulistisch war die „Abendzeitung", die K. G. Th. Winkler (Pseud. Th. Hell, geb. 1775, gest. 1856) von 1817 ab mit Fr. Kind (geb. 1768, gest. 1843) in Dresden in Kleinfolio herausgab. Beide Schriftsteller gehörten noch mit zum Kreise der Romantiker, aber sie standen ganz an der Peripherie, und in der „Abendzeitung" lösten sie, wie Wolfgang Menzel einmal sagt, „die Romantik in das Teewasser einer geistlosen Klatschgesellschaft" auf. Aber sie wußten ihrem Blatte eine ziemlich große Verbreitung zu verschaffen; alle die kleinen Dichter von Sachsen, Thüringen und dem Harz, wie W. Blumenhagen, A. v. Tromlitz, Karl Weisflog, C. H. Gehe, Wilh. Gerhard,

Gust. Schilling, Fr. Laun und wie sie alle hießen, zogen sie zu Mitarbeitern heran, und diese verschafften dann der Zeitschrift einen gewissen Ruf. Irgend welchen literarischen Wert erlangte die „Abendzeitung“ jedoch nicht, so beliebt sie auch lange Zeit in den oberflächlichen Gesellschaftskreisen war.

Während die „Abendzeitung“ hauptsächlich das Unterhaltungsblatt für Mitteldeutschland war, bot für Norddeutschland und ganz besonders für Berlin „Der Gesellschafter“ den nötigen Lese- und Unterhaltungsstoff. Er wurde von F. W. Gubitz (geb. 1786, gest. 1870) ins Leben gerufen, begann mit dem 1. Jan. 1817 und erschien viermal in der Woche (am Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend) in Quart. Der ganze Titel lautete „Der Gesellschafter, oder: Blätter für Geist und Herz“. Wie das Dresdener Blatt, so brachte auch das Berliner alles, was das Publikum wünschte, Novellen, Gedichte, Epigramme, Anekdoten, biographische Erinnerungen, Theater- und Kunstberichte, Musik- und Kunstbeilagen und gelegentlich auch einmal einen kleinen literarischen Skandal, der jedoch in einem Nebenteile des Blattes, dem „Bemerker“, abgewickelt wurde. Der Politik und der Wissenschaft ging man möglichst aus dem Wege; die Religion ließ man vollständig bei Seite. Man wollte es eben mit allen und jedem halten und verzichtete dabei auf einen ausgeprägten literarischen Charakter. Das Mittelmäßige, das dem allgemeinen Zeitgeschmacke am meisten entsprach, füllte hauptsächlich die Spalten. Doch erschienen auch Autoren von wirklicher Bedeutung, Achim von Arnim, der allerlei Novellen und Auszüge aus englischen Zeitungen lieferte*), Brentano, die Gebrüder Grimm, Schadow, Wilhelm Müller, und selbst Goethe verschmähte es nicht, von Zeit zu Zeit einen Beitrag einzusenden. Varnhagen steuerte manchen kritischen Aufsatz bei, und Rahel veröffentlichte in dem Blatte die mit „Friederike“ unterzeichneten Briefe über „Wilhelm Meisters Wanderjahre“, die von Goethe so anerkennend gelobt wurden.

Neben dem „Gesellschafter“ erschien sodann noch in Berlin

---

*) Reinhold Steig, Achim von Arnim, Stuttg. 1904, Bd. 3, S. 384.

der Kuhnsche „Freimütige“ (Vergl. Bd. II, S. 261), ein durchaus seichtes Blatt, und einige Quartale hindurch (1816, 1.—3. Quart., 1. u. 2. Quart.) das Journal „Ernst und Scherz, oder der alte Freimütige“, mit dem G. Merkel noch einmal, aber vergeblich, in Berlin Fuß fallen wollte.

Im westlichen Deutschland, besonders am Mittelrhein, war eine Zeitlang das „Rheinische Archiv“ eine sehr beliebte belletristrische Wochenschrift, die jedoch bereits 1814 ihr Erscheinen einstellte. Sie ging 1810 aus den von N. Vogt herausgegebenen „Europäischen Staatsrelationen“ hervor und wurde von Johannes Weitzel zunächst in Gemeinschaft mit Vogt, später mit Nebe redigiert. Der gewandte und geistvolle Weitzel wußte dem Inhalte eine große Mannigfaltigkeit zu geben und steuerte auch selbst verschiedene Aufsätze über die Geschichte der Zeit und einen Teil seines Romans „August und Wilhelmine“ bei. In dem Roman vertrat er, wie schon Rousseau vor ihm, die Ansicht, daß die Vorbilder von Lebensweisheit und Sittenreinheit nur in der antiken Welt zu finden seien. Das Archiv umfaßt 15 Bände.

Schließlich sei noch aus der Menge der sonstigen belletristischen Journale der in Rede stehenden Zeit die schon charakterisierte Bäuerlesche „Wiener allgemeine Theaterzeitung“ hervorgehoben (Vergl. Bd. II, S. 245) und außerdem hingewiesen auf den „Wanderer“, der 1814 von J. N. v. Seyfried in Wien gegründet wurde und anfangs auch politische Nachrichten brachte, dann aber vollständig auf das allgemeine Niveau des Literatur- und Theaterklatsches herabsank, den „Sammler“, 1809 in Wien gegründet und anfangs von Castelli, später von Portenschlag und J. N. v. Seyfried redigiert, ein Blatt, das seine Spalten nur mit Nachdruck füllte, die „Thusnelda, ein Unterhaltungsblatt für Deutsche“, herausgegeben von K. W. Groote und Fr. Raßmann 1816 bis 1817 in Krefeld, die „Originalien aus dem Gebiete der Wahrheit, Kunst, Laune und Phantasie“, herausgegeben von Georg Lotz in Hamburg von 1817 bis 1844, die „Wünschelruthe“, herausgegeben von H. Straube und D. J. P. v. Hornthal in Göttingen 1818 mit Beiträgen von E. M. Arndt, Achim von Arnim, Brentano, den

Brüdern Grimm, Gustav Schwab u. a., die „Leuchte, ein Zeitblatt für Wissenschaft, Kunst und Leben“ von J. D. Symanski (Berl. 1818) und die „Asträa“ von Weishaar (Stuttg. 1819).

---

5. Die literarisch-kritischen Journale. Das „Literarische Wochenblatt“ von Kotzebue. Das Programm Kotzebues. Sein Auftreten gegen die liberalen Bestrebungen, die Preßfreiheit und die Burschenschaft. Schreibt witzig und pikant. Das Blatt hat Erfolg. Geht nach dem Tode Kotzebues an Brockhaus über. Der „Hermes“, von Brockhaus gegründet. Wird nach dem Muster der englischen Zeitschriften eingerichtet und anfangs von Prof. Krug, später von Brockhaus redigiert. Erhält mehr und mehr einen politischen Charakter. Die „Wiener Jahrbücher der Literatur“, begründet von Metternich. Bringen Gentz' Abhandlung über die Preßfreiheit in England. Die übrigen Mitarbeiter. Das „Konversationsblatt“, die „Vaterländischen Blätter“. — Heinrich von Treitschke, Karl Hagen und Heinrich von Sybel über die Presse von 1814—1819.

Endlich erübrigt noch, einen Blick auf die kritischen Journale der Zeit von 1813 bis 1819 zu werfen. Im großen und ganzen war die literarische Kritik jener tieferregten, von politischen Leidenschaften durchzitterten Jahre wenig abgeklärt; Haß und Groll trübten sehr oft das Urteil, und die auf- und niederflutende Erregung bestimmte in vielen Fällen das Maß des Beifalls. Es erschien denn auch, abgesehen von den rein fachwissenschaftlichen Zeitschriften, der Hallischen „Allgemeinen Literaturzeitung“, der „Jenaischen Literaturzeitung“, der „Leipziger Literaturzeitung“, den „Heidelberger Jahrbüchern“ und den „Göttinger gelehrten Anzeigen“, kein einziges kritisches Blatt in Deutschland, das bei der großen Menge des gebildeten Publikums tonangebend gewesen wäre.

Eine gewisse Beachtung und einen immerhin ansehnlichen Leserkreis wußte sich das „Literarische Wochenblatt“ zu verschaffen, das Kotzebue vom 1. Januar 1818 ab im Verlage der Hoffmannschen Hofbuchhandlung in Weimar zum Preise von 4 Talern den Band (ein Semester) erscheinen ließ.

Der geschwätzige und auch immer noch kampflustige ehemalige Herausgeber des „Freimütigen" fühlte offenbar das Bedürfnis, in dem Streite der Meinungen ebenfalls wieder mitzureden und auch da und dort, wo es ihm angebracht erschien, ein paar Hiebe auszuteilen. Besonders als am Abend des Wartburgfestes auch ein Buch von ihm, seine „Deutsche Geschichte", in die Flammen geschleudert worden war, drängte es ihn, mit in den allgemeinen Kampf der Meinungen einzutreten und sich dabei auch seiner Haut zu wehren.

Er war durchaus ein Gegner der freiheitlichen Bestrebungen der Burschenschafter und erklärte sich für die patriarchalische Staatseinrichtung. Daher empfand er auch eine heftige Antipathie gegen die Turnkunst und die damit verknüpfte Deutschtümelei, über die er sich gern in beißendem Spott erging. In dem Eröffnungs-Artikel seines neuen Blattes trat er freilich noch sehr vorsichtig auf. „Dieses Blatt soll dem gesunden Menschenverstande dienen," führt er dort aus. „Es soll die literarischen Gaukeleien beleuchten, das Gute überall hervorheben, das Wunderliche verspotten, das Böse entlarven; es soll die Religion ehren, den Aberglauben bekämpfen, Vernunft und Sittlichkeit in Schutz nehmen, doch den Anstand nie verletzen. Eselsköpfe in Holz geschnitten wird es nicht liefern, auch keine Schimpfübungen, wie unsere berühmten Literaturzeitungen. Aber die merkwürdigen Erscheinungen sowohl im Leben, als in der Literatur soll es treu berichten und (besonders für Geschäftsmänner, die bei karg bemessener Zeit doch in der Literatur ihres Vaterlandes nicht zurückbleiben wollen) den beschränkten Raum nur Eines Blattes wöchentlich so benutzen, daß die Leser von vielen Dingen eine Übersicht gewinnen, die sie sonst nur mühsam aus den vielen Tageblätter schöpfen müßten. Nebenher soll es keine Langeweile machen. Es wäre überflüssig, mehr zu sagen. Empfehlen muß das Blatt sich selbst; wo nicht, so bleib' es ungelesen und ungeschrieben."

Das klang ja sehr vornehm, aber der alte erfahrene Bertuch traute der Sache gleich von vornherein nicht. Schon am 3. Januar 1818 schrieb er an einen Freund: „Kotzebue hat sich durch

sein literarisches Wochenblatt unter ein schlimmes Wespennest gebettet und wird, was ich fürchte, die übeln Folgen davon fühlen."

Und bald sollte es sich auch zeigen, in was für eine bedenkliche Situation er mehr und mehr geriet; denn es ist nicht zu leugnen, daß gerade sein Auftreten in seinem „Literarischen Wochenblatte" den glühenden Haß gegen ihn in den Kreisen der Burschenschaft entfachte und schließlich dahin führte, daß Ludwig Sand ihm den Dolch in die Brust stach. Natürlich waren es nicht die literarischen Besprechungen, sondern die politischen Exkursionen, die die freiheitverlangende und sich immer mehr eingezwängt fühlende Jugend erbitterten. Kotzebue erklärte rundweg, daß er gegen eine Verfassung sei, die doch alle liberalen Kreise so sehnlichst wünschten. Wenn man denn aber absolut Stände haben müsse, so dürften sie nicht eine Art von Opposition gegen den Fürsten bilden, sondern sie sollten nur des Hauses ältere Söhne sein, die dem Vater freundlich raten. Ferner sprach sich Kotzebue gegen die unbedingte Preßfreiheit aus, die zwar viel nütze, aber noch mehr schade, und noch gegen manches andere, das die Jugend und mit ihr die liberalen Kreise erstrebten. Die Vertreter der liberalen Bestrebungen sahen daher in Kotzebue mehr und mehr einen der schlimmsten Feinde der Freiheit, und der heißblütige Luden schrieb unter dem 3. Februar 1818 an Bertuch: „Bitte, schicken Sie mir Kotzebues Wochenblatt nicht mehr; ich will von Kotzebue nichts wieder lesen."

In den literarischen Besprechungen wandte Kotzebue sich gegen die Romantik, die ja auch mehr und mehr in Kläglichkeit und Süßlichkeit versank, gegen die Fouqué, Horn, Loeben, Houwald, und machte deren Verkehrtheiten und Überspanntheiten lächerlich. Dabei entwickelte er viel Mutterwitz, suchte überhaupt seine Besprechungen möglichst unterhaltend und pikant zu gestalten und erzielte damit bei der großen Menge einen bedeutenden Erfolg. Von dem ersten Bande wurde bald eine neue Auflage nötig, und im Oktober 1818 konnte die Verlagsbuchhandlung sogar eine dritte unveränderte Auflage ankündigen. Diesem raschen Emporkommen des Journals wurde aber plötzlich durch die Ermordung Kotzebues am 3. Mai 1819 zu Mannheim ein Ziel gesetzt. Zwar versuchte

einer der Verleger, Wilhelm Hoffmann in Weimar, das Blatt in der bisherigen Weise weiterzuführen, aber er mußte bald erkennen, daß ihm dazu sowohl das Geschick, als auch der Witz fehlte. Die Verlagsbuchhandlung wandte sich daher nach und nach an eine ganze Reihe hervorragender Autoren und bot ihnen für die Führung der Redaktion unverhältnismäßig hohe Honorare, aber es wollte sich niemand bereitfinden. In dieser Verlegenheit gestatteten die Gebrüder Hoffmann dem federgewandten Adolf Müllner eine regere Mitarbeit an dem Blatte, worauf dieser die Zeitschrift sofort für seine Privatangriffe mißbrauchte. Jedem, dem er übel wollte, versetzte er schleunigst einen Hieb. Grillparzers „Sappho" wurde, im schroffen Gegensatz zu der anerkennenden Kotzebueschen Besprechung der „Ahnfrau", in grober Weise abgefertigt, vor allem aber der Brockhaussche Verlag Buch für Buch in den Staub gezogen, weil in der Brockhausschen Zeitschrift „Hermes" das Müllnersche Trauerspiel „König Yngurd" ungünstig besprochen worden war. Die heftige literarische Fehde steigerte sich bald der Art, daß Müllner sogar ein „literarisches Kriegsbulletin" im „Literarischen Wochenblatte" einrichtete.

Die häßlichen Zänkereien erregten in den literarischen Kreisen mehr und mehr großen Unwillen und wurden auch von der großherzoglichen Regierung in Weimar übel vermerkt. „Die hiesige Zensur ist auf eine fast lächerliche Weise ängstlich", schrieb ein literarischer Freund, der Geheime Regierungsrat Peucer, an Brockhaus, „und der Großherzog und das Staatsministerium machen den guten Hoffmanns die Hölle so heiß, daß sie entweder das Unternehmen aufgeben oder ins Ausland verlegen möchten." Weiterhin meinte er, Brockhaus solle das Blatt kaufen. „Einem bedeutenden Verlagsbuchhändler kann es nützen, und zum kleinen Kriege paßt es ganz charmant." Das ließ sich Brockhaus nicht zweimal sagen; sofort schrieb er an die Gebrüder Hoffmann, und diese antworteten umgehend: „Daß wir bei der Strenge unserer Zensur, bei unserer Stellung gegen unsern Hof, bei den ewigen diplomatischen Quälereien wegen der Parenthesen unseres Blattes, längst dem Gedanken Raum gegeben haben, unser ‚Literarisches Wochenblatt' in Weimar aufhören zu lassen, ist kein Geheimnis."

Damit waren die Verhandlungen eröffnet. Die Gebrüder Hoffmann teilten Brockhaus mit, daß das Blatt, das zu Kotzebues Zeiten etwa 1800 Abonnenten gehabt habe, deren zur Zeit noch 900 besitze, worauf Brockhaus für diese 1000 Taler bezahlte. Der Kauffontrakt wurde Ende März 1820 abgeschlossen, und das Blatt ging auch sofort in den Besitz des neuen Eigentümers über, doch wurde der laufende fünfte Band noch von den Gebrüdern Hoffmann vollendet. Vorher erfuhr auch das Publikum noch nichts von dem Besitzwechsel; Ende Juni aber zeigten die Gebrüder Hoffmann an, daß das Blatt in Brockhausschen Besitz übergegangen sei, und im Text derselben Nummer erschien ein launiger Brief Kotzebues aus dem Jenseits an den bisherigen Redakteur Wilhelm Hoffmann, in welchem sich Kotzebue über den Verkauf des von ihm gegründeten Blattes an seinen „Todfeind“ Brockhaus beschwerte, während Hoffmann in Anmerkungen den Sachverhalt klarstellte.

Dieser Besitzwechsel erregte natürlich in der literarischen Welt allgemeines Aufsehen und im Hinblick auf den nunmehr auf den Sand gesetzten Müllner große Heiterkeit, besonders als sich im „Literarischen Wochenblatt“ die bisherigen tiefen Verbeugungen vor dem großen Dichter der „Schuld“ ins Gegenteil verwandelten und „Die Albaneserin“, das neueste Stück Müllners, scharf analysiert und als dramatisches Flickwerk gekennzeichnet wurde.*)

Die weitere Entwicklung des Blattes, das dann viele Jahrzehnte unter dem Titel „Blätter für literarische Unterhaltungen“ eine hervorragende Stelle unter den kritischen Journalen einnahm, wird in den nächsten Abschnitten zu schildern sein.

Mit mehr Gehalt und mit einem größeren Fonds von sittlichem Ernst trat die schon erwähnte Zeitschrift „Hermes, oder kritisches Jahrbuch der Literatur“ hervor. Der Buchhändler F. A. Brockhaus in Leipzig hatte den Mangel einer guten kritisch-literarischen Zeitschrift längst empfunden und bereits unmittelbar

---

*) H. E. Brockhaus, Friedrich Arnold Brockhaus. Leipz. 1876, Tl. 2, S. 263—278 u. Rud. v. Gottschall, Das fünfzigjährige Jubiläum der „Blätter für literarische Unterhaltung“. Bl. f. lit. Unterh. 1868, Nr. 1.

ich den Kriegswirren den Plan gefaßt, eine solche zu schaffen; ıbei hatten ihm beständig die beiden englischen Journale „The dinburgh Review“ und „The Quarterly Review“ als Muster ›rgeschwebt. Aber er hatte keine geeignete Kraft für die Leitung :s Unternehmens finden können. Da las er im Spätherbst 817, daß Ludwig Wieland die Leitung des „Oppositionsblattes“ ufgeben wolle, und suchte nun diesen gewandten Journalisten für ie geplante Zeitschrift zu gewinnen. Es entspann sich eine länere Korrespondenz, in der die Grundzüge für das Unternehmen usführlich dargelegt wurden, und Brockhaus besonders betonte, aß er nur eine das geistige Leben auch wirklich fördernde Zeitchrift, die „Keckheit, Tiefe, Verstand und Geschmack“ in sich vereinigen müsse, gründen wolle. Zu einer Engagierung Wielands am es jedoch nicht, da dieser bereits Verpflichtungen inbetreff eines vom 1. Jan. 1818 an in Jena herauszugebenden neuen Blattes „Der Volksfreund“ eingegangen war, worauf sich Brockhaus schließlich an den Leipziger Professor W. T. Krug (geb. 1770, gest. 1842) wandte, der nun auch die Redaktion übernahm. Darauf erschien dann zur Ostermesse 1818 das Programm der neuen Zeitschrift, in welchem dargelegt wurde, daß nur das Neueste und Wichtigste aus jedem Zweige der Literatur dem Leser vorgeführt werden solle, und zwar in Abhandlungen, die schon an sich einen selbständigen Wert haben müßten; dabei werde die Zeitschrift stets bereit sein, freimütig die Rechte der gesunden Vernunft zu verteidigen „gegen böse Geister aller Art, besonders gegen die jetzt mehr als je spukenden Schwarm-, Wirr- und Zwanggeister.“ Hinsichtlich der Erscheinungsweise entschied man sich für das Vierteljahresheft; der Preis für die vier Hefte des Jahrganges wurde auf acht Taler festgesetzt. Das erste Heft gelangte gegen Ende des Jahres 1818 als 1. Stück des Jahrganges 1819 zur Ausgabe und umfaßte 25 Bogen, bildete also einen recht stattlichen Band. Der Inhalt entsprach ganz dem Brockhausschen Plane; es wurden nur größere Abhandlungen geboten, in denen der Stoff in den Vordergrund gestellt, die kritische Analyse dagegen immer nur kurz zusammengefaßt war. In der ganzen Anordnung zeigte es sich deutlich, daß man sich ziemlich eng an die

englischen Vorbilder angeschlossen hatte. Bei dem freimütigen Tone, der gleich von Anfang an in den Heften angeschlagen wurde, kam es natürlich auch bald zu Konflikten, zunächst mit Müllner, dessen Trauerspiel „König Yngurd" im dritten Hefte besprochen wurde. Müllner fiel mit solcher Heftigkeit und impertinenten Grobheit über Krug her, daß dieser sich besonders in seiner Stellung als Universitätsprofessor sehr unangenehm davon berührt fühlte. Und da nun außerdem auch die Ansichten Krugs mit denen Brockhaus' nicht immer harmonierten, der erstere mehr den wissenschaftlichen Charakter, der letztere mehr die allgemeine Zeitstimmung betont sehen wollte und auch stets mit seinen Ansichten durchzubringen suchte, so trat Krug schon nach Jahresfrist von der Leitung der Zeitschrift zurück, und Brockhaus besorgte fortan die Redaktion allein. Infolgedessen erhielt der „Hermes" bereits im zweiten Jahrgange einen vorwiegend politischen Charakter, worüber im zweiten Abschnitte unserer Darstellung des näheren zu berichten sein wird.

In Österreich wollten die Wiener „Jahrbücher der Literatur" die literarische Kritik ausüben, doch war ihr Zweck dabei nicht eigentlich, die geistige Entwicklung zu klären und zu fördern, sondern vielmehr jeden geistigen Fortschritt zu hemmen. Denn niemand anders als Fürst Metternich war der wirkliche Begründer der Zeitschrift, und aus Staatsmitteln ließ er das Journal herstellen. Aus sich selbst hätte es sich auch nicht erhalten können, denn trotz aller Bemühungen der österreichischen Regierung, es in weitere Kreise einzuführen, ließ das große Publikum es doch ganz unbeachtet. Die Zeitschrift ist, schreibt Julius Seidlitz, von der Masse gar nicht gekannt und dient den Bibliotheken bloß zur Zierde.*) Fest eingeschnürt in den spanisch-österreichischen Zensurpanzer, konnten sich die Autoren nur wenig bewegen und schrieben daher am liebsten über orientalische und slavische Literatur. Das Wertvollste, was die Zeitschrift brachte, waren gleich in den ersten Heften zwei Abhandlungen von Gentz

*) Die Poesie und die Poeten in Österreich. Grimma, 1837, Bd. II, S. 120.

über die Preßfreiheit in England, in welchen er an der Hand der Geschichte der englischen Presse darzulegen suchte, daß die Preßfreiheit jetzt nur noch ein relativer Begriff sei und unter der Zensur ebenso sicher, ja noch sicherer bestehen könne, als unter der Gefahr nachträglicher gerichtlicher Bestrafung. Überdies seien die Preßvergehen eine eigene Art von Delikten, die mit anderen Gesetzesverletzungen nichts gemein hätten und darum auch eine Ausnahmestellung außerhalb des gemeinen Rechts einnehmen müßten. Er entzog damit der Presse jeden Rechtsboden und überlieferte sie der Willkür der Kabinette. Das alles trug er in so glänzender Sprache und sozusagen so mundgerecht vor, daß die Regierungen diese Grundsätze ohne Besinnen akzeptierten und dann mehrere Jahrzehnte hindurch zu ihrer Richtschnur nahmen. Bis zu solcher krassen Rechtsverwirrung hatte derselbe Gentz hingeleitet, der zwanzig Jahre vorher dem Könige Friedrich Wilhelm III. von Preußen den Segen einer freien Presse mit so beredtem Munde geschildert hatte!

Die „Jahrbücher“ begannen 1818 und hatten als ersten Redakteur Matthias von Collin (geb. 1779, gest. 1824), den Erzieher des Herzogs von Reichsstadt. Doch trat dieser bald zurück, worauf J. L. Deinhardstein (geb. 1794, gest. 1859) die Redaktion übernahm und mit einer gewissen Umsicht führte. Besonders verstand er es, den Mitarbeiterkreis durch norddeutsche Gelehrte zu erweitern. Daß in diesem auch der Allerwelts-Böttiger nicht fehlte, war wohl selbstverständlich. Es war sogar Metternich selbst gewesen, der den unermüdlichen Vielschreiber aufgefordert hatte, dem „in echt gelehrtem, wahrhaft weltbürgerlichem Sinne“ geplanten Unternehmen als Kritiker zu dienen. Mit dem Zusammenbruch des Metternichschen Regimes hörten auch die „Jahrbücher“ zu erscheinen auf. 1849 kamen nur ein Teil des 1. und 2. Bandes in der früheren Weise heraus, alles andere füllte das General-Register über die gesamten Bände, womit der Jahrgang 1849 und überhaupt die Zeitschrift abschloß.

Zwei kleinere Blätter, die noch in der in Rede stehenden Zeit in Wien erschienen, das „Konversationsblatt“ und die „Vaterländischen Blätter“, seien nur der Vollständigkeit

wegen noch erwähnt. Das erstere, immerhin von Franz Gräffer mit Geschmack redigiert, trat 1819 ins Leben, ging aber bereits Ende 1821 wieder ein; die „Vaterländischen Blätter für den österreichischen Kaiserstaat", bereits 1808 von Armbruster gegründet, brachten seit 1814, seitdem Franz von Sartori die Redaktion übernommen hatte, eine „Chronik der österreichischen Literatur" als Anhang.

Eine kurze Spanne Zeit nur war es, die wir in diesem ersten Abschnitte überblickten, ein Zeitraum von nicht viel mehr als einem Lustrum; aber zu welcher großen Bedeutung schwang sich die Presse in diesen wenigen Jahren empor! Alles, was das deutsche Volk von 1814 bis 1819 erfüllte, der helle Jubel und der bittere Schmerz der Resignation, fand in ihr einen lauten Widerhall. Sie wurde zum erstenmale in umfassender Weise der Ausdruck der öffentlichen Meinung, zum erstenmale eine Macht. Diesen Ruhm hat ihr Heinrich von Treitschke in seiner „Deutschen Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts" (Band II, S. 406) zu nehmen versucht; er spricht dort von der „schlechthin bodenlosen Publizistik" der Jahre 1814 bis 1819. An anderer Stelle tut er die eminente Wirksamkeit eines Görres, dessen „Rheinischen Merkur" Napoleon die fünfte Großmacht nannte, mit einigen humoristischen und höhnischen Bemerkungen ab; die Katastrophe der Okenschen „Isis" stellt er vollständig falsch dar, und das einflußreiche Weimarische „Oppositionsblatt" erwähnt er nur einmal gelegentlich.

Wie anders spricht sich da einer seiner Vorgänger auf dem Heidelberger Lehrstuhl der Geschichte, Karl Hagen, in einer längeren Darstellung der öffentlichen Meinung in Deutschland von den Befreiungskriegen bis zu den Karlsbader Beschlüssen (Raumers hist. Taschenb. 1846 u. 1847) aus! „Wahrlich", schreibt er, „die Presse der damaligen Zeit ließ sich keine Lässigkeit zu Schulden kommen; laut, energisch, von allen Seiten und unablässig rief sie unsern Diplomaten zu, was die Nation fordere, was die gesunde Politik fordere, und was die Ehre der Mächte erheische." Und bei dem unerhört-frechen Vorgehen der

Schmalzgesellen“ betont er nachdrücklich, daß die Presse nicht rsäumt habe, jeden einzelnen Punkt ins rechte Licht zu stellen. uch den „Zustand der Traurigkeit“, den Groll und die Verveiflung habe die Presse, so weit sie es durfte, wiedergespiegelt.

Diesem Urteile schließt sich auch **Heinrich von Sybel** ı seiner Geschichte der Begründung des deutschen Reiches an. :ine sehr lebhafte Bewegung der Presse in Süddeutschland, Thüringen und am Rhein unterstütze, so führt er aus, die allgeıeinen nationalen Bestrebungen in Zeitungen, Zeitschriften und rößeren Werken: noch heute sind die Namen Rotteck, Oken, C. Velcker, Görres unvergessen. „Man hat damals und später die ınwissenschaftliche Flachheit und den halb revolutionären Charakter ›ieser Publizistik gerügt, und in der Tat ist es nicht zu bestreiten, ›aß die damalige liberale Schule sich oft nicht weniger ungeschult ınd unpraktisch gezeigt hat, als die Teutonen der Burschenschaft. Eine Mischung halbwahrer oder irriger Vorstellungen von altdeutscher Freiheit, englischem Parlamentsrecht, radikalen französischen Theorieen ist in diesen Schriften nicht zu verkennen; auch sie verfielen dem Hauptfehler des damaligen europäischen Liberalismus, daß sie in ihrem Eifer um das individuelle Recht die Notwendigkeit einer starken Staatsmacht, gerade zum Schutze jenes Rechtes gegen das Versinken in freiheitsmörderische Anarchie, verkannten und deshalb auch, wo einmal die Probe gemacht wurde, sich ungeschickt zu gedeihlicher Lenkung der Regierung zeigten. Durch dieses alles können aber ihre großen Verdienste in schwerer Zeit nicht verdunkelt werden.“

Um so schwerer wiegt dann aber die Schuld der Metternich und Gentz, die durch die Karlsbader Beschlüsse diese ganze junge Zeitungs- und Zeitschriften-Literatur alsbald zu vernichten wußten und dadurch den deutschen Geist für Jahrzehnte in schwere Fesseln legten. Welche verheerende Wirkung diese Beschlüsse ausübten, wie sie unser ganzes nationales Leben unterdrückten und lähmten, das werden die Schilderungen im nächsten Abschnitt genugsam zeigen.

Zweiter Abschnitt.

Im Banne der Karlsbader Beschlüsse.

(1819—1848.)

Erstes Kapitel.

Die Zeit der Enttäuschung.

(1819—1830.)

. Die Bundesstaaten und die Karlsbader Beschlüsse. Allgemeine Trostlosigeit. Hinneigung der großen Menge zur Oberflächlichkeit. Das Theater bsorbiert das ganze Interesse. Ein neues Zensuredikt für Preußen. Erichtung einer Ober-Zensur-Behörde in Berlin. Die Pflichten des Kollegiums; essen Tätigkeit. Hardenbergs Verschärfung der Zensurvorschriften. Die chöllschen Instruktionen für die Zensoren. Die vernichtende Wirkung dieser Instruktionen. Die pekuniären Lasten der Zensur und der Zeitungsstempel. Österreich und die Karlsbader Beschlüsse. Metternichs Zensurverschärfungen. Sedlnitzkys Gewalttätigkeiten. Castellis Bestrafung. Fäulhammer über die österreichische Zensur. Bayerns Reservatrecht. König Ludwig I. und die Zensur.

Die Karlsbader Beschlüsse übten alsbald in ganz Deutschland eine wahrhaft vernichtende Wirkung aus. Alle Hoffnungen auf eine Besserung der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse starben dahin; ein bitterer Groll, eine öde Trostlosigkeit bemächtigte sich aller Patrioten. Jedes regere geistige Leben wurde von der harten Faust der Zensur unterdrückt, während von der unvorsichtigen patriotischen Jugend Hunderte in die Gefängnisse gesteckt wurden. Es begann jene nichtswürdige „Demagogenriecherei", die immer ein Schandmal jener Zeit bleiben wird.

Unter diesen Verhältnissen bildete sich denn auf der einen Seite eine klägliche Oberflächlichkeit, eine leichtfertige Unterhaltung in der Literatur und im Verkehr heraus, die bis zur lasziven Süßlichkeit herabsank, auf der andern Seite jene bissige Ironie,

die alle Tatkraft lahm legte und, wie ein zeitgenössischer Schrift steller, Hermann Marggraff, in seinem Buche „Deutschland· jüngste Literatur- und Kulturepoche“ (Leipzig 1839) schrieb, mi vornehmtuerischem Gebahren ungerade gerade und gerade ungerad und doch wieder nichts weder gerade noch ungerade sein ließ jenes zweifelhafte, blasse, alles bespöttelnde, mattherzige Zwitter geschöpf von Wahrheit und Unwahrheit, Ja und Nein, So un Nichtso, Lust und Unlust, welches, wie jedes Ding in der Welt seinen Fluch in sich trägt, aber einen doppelten Fluch, da die Geschöpf keinem es recht machen konnte, jedem wehe tat und all kalt ließ.

Sogar bei dem wichtigsten Ereignisse des Jahrzehnts, dem Tode Napolons, fand die deutsche Presse kein einziges bedeutende Wort. Kein einziger bedeutender Mann stand auf und hielt den gewaltigen Korsen, der noch vor zehn Jahren mit seinem Ruhm die ganze Welt erfüllt hatte, die Leichenrede. Mattherzig druckten alle Blätter nur die Nekrologe der englischen Zeitungen ab, imme mit gewissenhafter Angabe der Quelle, damit sie nur ja kein Verantwortung für Lob oder Tadel übernähmen.*)

Schließlich war es nur noch das Theater, für das sich Press und Publikum interessierten. „Die Bühne und nichts als di Bühne,“ klagt Marggraff, „die Henriette Sontag und wieder di Henriette Sontag — diese ungeheuren Interessen des Berline Theaters verschlangen das ganze Theatrum mundi, es war ei Leben wie im Himmel, oder wie es Gott in Frankreich lebt, ode der reiche Mann im Evangelium; der arme Mann freilich, de mit Schwielen und Beulen behaftet draußen vor der Tür saß kümmerte nicht; der war für die Hunde, wenn auch zugleich fü Abrahams Schoß.“

Die Regierungen der einzelnen deutschen Staaten gingen,

*) Die Nachricht von Napoleons am 5. Mai 1821 erfolgtem Ableben wurde dem englischen Kolonialamte am 4. Juli durch einen Kapitän Crokat übermittelt; am Freitag, dem 6. Juli, erreichte sie Paris, von wo sie dann alsbald nach Deutschland gelangte. Paul Holzhausen, Napoleons Tod. Frankfurt a. M. 1902, S. 17.

chdem am 20. September 1819 die Annahme der Karlsbader schlüsse durch den Bund erfolgt war, sehr bald daran, ihre herigen Preßgesetze mit dem neuen Zensuredikt in Einklang zu ngen. In Preußen hatte bisher noch immer das am . Dezember 1788 erlassene Wöllnersche Zensuredikt zu Recht tanden; jetzt wurde unter dem 18. Oktober 1819 ein neues ensuredikt für Preußen erlassen, das sich aber im großen d ganzen doch nur als eine Erneuerung des alten Gesetzes rstellte.

Das Zensuredikt von 1788 enthielt in der Hauptsache folnde Bestimmungen:

1. Alle Schriften müssen der Zensur vorgelegt und dürfen ne deren Erlaubnis weder gedruckt noch verkauft werden.

2. Die Zensur hat die Aufgabe, demjenigen zu steuern, „was ider die allgemeinen Grundsätze der Religion, wider den Staat id sowohl moralischer als bürgerlicher Ordnung entgegen ist, ier zur Kränkung der persönlichen Ehre oder des guten Namens iderer abzielt."

3. Die Zensur der theologischen Schriften steht dem Obernsistorium, bezw. den Provinzialkonsistorien, der juristischen dem ammergericht, bezw. den Landesgerichtskollegien, der Staatshriften, Zeitungen ꝛc. dem Ministerium des Auswärtigen, der Wochenschriften und gelehrten Zeitungen ꝛc. den Universitäten, ezw. in den Provinzen, in denen sich keine Universität befindet, en Magistraten der einzelnen Städte zu.

4. Zensurfrei sind die Schriften der Akademie, des medizinihen Instituts in Berlin, der Universitäten und deren Mitglieder.

5. Handelt über die Art, in welcher die einzelnen Kollegien u verfahren haben.

6. Beschwerden der Drucker und Verleger gegen die ureilenden Behörden können bei der Oberinstanz angebracht werden.

7. Nach erteilter Zensurerlaubnis sind Verleger und Drucker on jeder Verantwortung frei. „Dem Verfasser aber kann eine leiche, vollständige Befreiung nicht zu statten kommen; wenn sich inden sollte, daß er den Zensor zu übereilen, seine Aufmerksameit zu hintergehen, oder sonst durch unzulässige Mittel die Er-

laubnis zum Druck zu erschleichen gewußt habe, so bleibt er deshalb besonders bei einzelnen in einem großen Werke vorkommenden unerlaubten Stellen nach wie vor verantwortlich."

8. Verleger oder Drucker, die ohne Zensur drucken, verfallen in eine Strafe von 5 bis 50 Talern; sollte die Schrift bei Vorlegung an die Zensur nicht erlaubt worden sein, so würde die Konfiszierung der ganzen Auflage und eine Geldstrafe bis zu dem doppelten Betrage, der etwa an den Druckkosten verdient worden, eintreten. Im Wiederholungsfalle kann der Verlust des Privilegiums erfolgen. Als nicht der Zensur vorgelegt werden auch solche Schriften angesehen, in denen nach eingeholter Zensurerlaubnis anstößige Änderungen vorgenommen worden sind.

9. Der Zensor erhält für jeden zensierten Bogen 2½ Groschen.

10. und 11. Ausländidchse Schriften werden, wenn sie gegen die in § 2 genannten Grundsätze verstoßen, nicht zum Debit zugelassen und müssen der Behörde eingeliefert werden. Der Buchhändler, der mit Wissen solche Schriften vertreibt, kann mit den in § 8 genannten Strafen belegt werden. — In Geld-, selbst in Gefängnisstrafe verfallen auch die Vorsteher der Lesebibliotheken und Gesellschaften, die wissentlich solche Bücher zulassen.

Von allen diesen Bestimmungen von 1788 kam nur diejenige in Wegfall, welche die Zensurgebühren verlangte, dagegen wurde die Einrichtung einer Ober-Zensur-Behörde angeordnet, und außerdem traten noch verschiedene wesentliche Verschärfungen ein.

Die Pflichten des neuen Ober-Zensur-Kollegiums bestimmte der § 6 dahin:

1. die Beschwerden der Verfasser oder Verleger wegen gänzlicher oder partieller Verweigerung der Erlaubnis zum Druck zu untersuchen und nach dem Geiste des gegenwärtigen Gesetzes in letzter Instanz darüber zu entscheiden;

2. über die Ausführung des Zensurgesetzes zu wachen; jede ihm bekannt gewordene Übertretung desselben, sowie die Fälle, wo die verordneten Zensoren dem Geiste des gegenwärtigen Gesetzes nicht Genüge geleistet zu haben scheinen, oder über welche sich eine fremde oder einheimische Behörde beklagt hat, mit einem Gutachten dem betreffenden Ministerium anzuzeigen;

3. mit den Oberpräsidenten und Zensurbehörden über die ɪnsurangelegenheiten zur korrespondieren, ihnen die von den en erwähnten Staatsministerien ausgehenden Instruktionen zu- mmen zu lassen, sowie ihre allfallsigen Zweifel und Bedenklich- ɪten nach den ihm von den gedachten Ministerien gegebenen Vor- ɪriften zu heben;

4. das Verbot des Verkaufes derjenigen innerhalb oder ɪßerhalb Deutschlands mit oder ohne Zensur gedruckten Bücher, ɪren Debit unzulässig zu sein scheint, durch die Berichte an die ɪrgedachten Ministerien zu veranlassen.

Von den Verschärfungen war die härteste die Suspendierung ɪr Zensurfreiheit, die bisher die Universitäten und die Akademie ɪr Wissenschaften genossen hatten. Eine solche Beschränkung der ɪeien Forschung hatte selbst Wöllner seiner Zeit nicht gewagt.

Die Zeitungen erhielten noch eine besondere Belastung und ɪinengung durch die neuen Paragraphen 9 und 17. Der erstere ɪestimmte: „Die Ober-Zensur-Behörde ist berechtigt, dem Unter- ɪehmer einer Zeitung zu erklären, daß der angegebene Redakteur ɪicht von der Art sei, das nötige Vertrauen einzuflößen, in wel- ɪem Falle der Unternehmer verpflichtet ist, entweder einen anderen ɪedakteur anzunehmen, oder, wenn er den ernannten beibehalten ɪill, für ihn eine von Unseren oben erwähnten Staatsministerien ɪuf den Vorschlag gedachter Ober-Zensur-Behörde zu bestimmende ɪaution zu leisten."

Der § 17 endlich verfügte, als wenn die bisherigen Vor- ɪchriften noch nicht hart genug gewesen wären, zu guterletzt die ɪöllige Vogelfreiheit der periodischen Presse in den Worten: ɪZeitungen und andere periodische Schriften, sobald sie Gegen- ɪtände der Religion, der Politik, Staatsverwaltung und der Ge- ɪchichte gegenwärtiger Zeit in sich aufnehmen, dürfen nur auf ɪGenehmigung der oben gedachten Ministerien erscheinen und sind ɪon denselben zu unterdrücken, wenn sie von dieser Genehmigung ɪchädlichen Gebrauch machen."

Diese neue Verordnung trat natürlich in der gesamten preu- ɪßischen Monarchie in Kraft, so daß es also Sonderbestimmungen ɪür die Presse, wie sie in den neuen Provinzen immer noch bestanden

hatten, nicht mehr gab. Im Eingange des Edikts wurde das besonders hervorgehoben.

Am 17. Dezember 1819 hielt das Ober-Zensur-Kollegium bereits seine erste Sitzung ab. Die ersten elf Ober-Zensoren waren: die Wirklichen Geh. Legationsräte v. Raumer, Vorsitzender, und Ancillon, der Bischof Eylert, Geh. Justizrat Sack, Geh. Ober-Medizinalrat Langermann, die Geh. Ober-Regierungsräte Körner (Vater von Theodor Körner), Behrnauer und Schöll, Regierungsrat und Professor Friedrich v. Raumer, Professor und Bibliothekar Wilken und Hofrat Beckedorff.

Im gesamten preußischen Volke erregte diese wesentliche Beschränkung der Preßfreiheit heftigen Unwillen, doch konnte dem ja öffentlich nicht mehr Ausdruck gegeben werden; dagegen hatten verschiedene höhere Beamte den Mut, ihre Mißbilligung des Edikts in amtlichen Eingaben offen auszusprechen. So findet sich, wie Friedrich Kapp mitteilt,*) in den Ministerialakten ein Bericht der königlichen Regierung in Frankfurt a. O. vom 3. November 1819 über die öffentliche Stimmung, in welchem ohne Umschweif erklärt wird, daß die neuesten Beschlüsse des Bundestages und die darauf gegründete preußische Zensur-Verordnung die meisten Gemüter sichtbar niederbeuge und jedes freimütige Urteil über Gesetzgebung und Verfassung verscheuche. Diese Äußerung vermerkte aber der Minister von Schuckmann sehr übel, und er ließ deshalb durch Herrn von Kamptz unter dem 25. Dezember 1819 erwidern: „Da der Bericht der Regierung nicht ein Urteil ist, welches sie a priori über die Bundestagsbeschlüsse und das Zensur-Edikt fällt, welches allerdings eine sehr ungebührliche Anmaßung sein würde, da die Beschlüsse mit Sr. Majestät Allerhöchster Zustimmung gefaßt sind und das Zensur-Edikt von Sr. Majestät vorgeschrieben ist, so wird ihr aufgegeben, binnen acht Tagen anzuzeigen, an welchen Individuen und Klassen der Einwohner ihres Bezirkes und aus welchen Symptomen sie diese eigenen Beobachtungen, auch wer aus ihrer Mitte dieselben gemacht hat, indem

*) Die preuß. Preßgesetzgebung unter Friedrich Wilhelm III. (Archiv f. Gesch. d. deutschen Buchhandels, Bd. VI. Lpzg. 1881.)

die eigenen Beobachtungen des Kollegiums auf denen der Individuen beruhen können, ferner welche freimütigen Urteile über Gesetzgebung und Verfassung verscheucht werden."

Die Antwort hierauf fehlt leider in den Ministerialakten.

Die Leistungen des Ober-Zensur-Kollegiums waren übrigens außerordentlich kläglich, und die ganze Situation dieses Ober-Zensur-Gerichtes gestaltete sich mehr und mehr höchst mißlich. Statt, wie ursprünglich beabsichtigt war, eine selbständig vermittelnde und Aufsicht führende Behörde in allen Zensurangelegenheiten zu bilden, wurde, wie Kapp mitteilt, das Kollegium drei verschiedenen Ministerien untergeordnet und von diesen heute in seinen Maßregeln gebilligt, morgen ohne Umstände bei Seite geschoben. Die Minister des Innern, des Auswärtigen und des Kultus erließen z. B. nach eigenem Ermessen Bücherverbote, ohne es für angezeigt zu halten, das Ober-Zensur-Kollegium von den ergriffenen Maßregeln zu benachrichtigen. Sogar die Oberpräsidenten taten, was ihnen gut dünkte, ohne das Kollegium regelmäßig in Kenntnis zu setzen. Auch die äußere Situation des Kollegiums ließ so ziemlich alles zu wünschen übrig. Da die Mitglieder ihr Amt als Neben- und Ehrenamt bekleideten, so hatte man es überhaupt für überflüssig erachtet, für die notwendigen Bureaukosten zu sorgen, geschweige denn einen Etat für sie festzusetzen. Nicht einmal ein Fonds für Anschaffung von Büchern, Broschüren und Zeitschriften war vorhanden, um die Preßerzeugnisse, deren Charakter überwacht werden sollte, anschaffen zu können; sie mußten bei einem Buchhändler entliehen werden. Ja, es fehlte sogar an den entsprechenden Räumlichkeiten für die Sitzungen. Das Kollegium mußte froh sein, wenn es irgendwo aus Barmherzigkeit ein Unterkommen fand. Anfangs gewährte man ihm ein Zimmer im Ministerium des Auswärtigen, aber schon im Juni 1820 wurde es von dort vertrieben, so daß es in Ermanglung eines Lokals fünf Wochen keine Sitzungen halten konnte, bis man ihm endlich ein Zimmer im Schlosse einräumte.

Unter diesen Umständen fühlten sich die Mitglieder des Ober-Zensur-Kollegiums nicht gerade zu besonders eifriger Tätigkeit angespornt; nur in der ersten Zeit wurden ziemlich regelmäßig

Sitzungen abgehalten, im Jahre 1820 im ganzen 32, im Jahre 1821 aber schon nur 19 und 1822 sogar nur 17. Von der 78. an, die am 1. September 1823 stattfand, wurden keine förmlichen Protokolle mehr geführt, sondern nur hie und da vom Präsidenten v. Raumer Registraturvermerke gemacht. 1823 fanden 11, 1824 gar keine, 1825 nur 4, 1826 nur 3, 1827 und 1828 aber wieder gar keine Sitzungen statt. Seitdem wurden solche höchstens bei außerordentlichen Gelegenheiten berufen.

Das Wenige, was das Kollegium leistete, fällt also in die ersten Jahre seiner Wirksamkeit. Das erste, womit es sich, nach der Feststellung der allgemeinen Geschäftsordnung, beschäftigte, war die Sorge, die politischen Zeitungen zu überwachen, und „um diese pflichtmäßige Wachsamkeit besser üben zu können“, wurden an jedes Mitglied die Blätter je einer Provinz zur Beaufsichtigung übertragen, die von Ostpreußen an Beckedorff, die von Westpreußen an Wilken, die von Pommern an Sack, die von Schlesien an Prof. Friedr. v. Raumer, die von Posen an Schöll, die von Sachsen an Langermann, die von Westfalen an Körner, die von Cleve-Berg an Behrnauer und die vom Niederrhein an Ancillon. Der Bischof Eylert wurde mit einem Dezernat verschont. Er mochte vielleicht darum gebeten haben; war er doch überhaupt nur zögernd in das Kollegium eingetreten. „Es sei eine in unserem von Extremen bewegten Zeitalter sehr schwere Sache,“ erklärte er in seinem Annahmeschreiben, „ohne der Wahrheit etwas zu vergeben, doch zugleich die Pflichten der Humanität und Liberalität nicht zu verletzen.“

Das Zensuredikt und das Ober-Zensur-Kollegium erschienen aber dem Staatskanzler von Hardenberg noch immer nicht ausreichend genug, den liberalen Geist vollständig in Fesseln zu schlagen. Er dehnte daher bereits zu Anfang des Jahres 1820 die ursprünglich nur gegen die politischen Zeitungen erlassenen Bestimmungen auch auf die politischen Schriften überhaupt aus, obgleich sich das Ober-Zensur-Kollegium in einem Beschlusse vom 21. Januar 1820 gegen diese dem Edikte vom 18. Oktober 1819 zuwiderlaufende Willkür verwahrte, und weiterhin ließ er von dem Geheimen Oberregierungsrat Schöll eine ausführliche In-

struktion für die Zensoren ausarbeiten, die dann unter dem 8. Januar 1820 an sämtliche Oberpräsidenten erlassen, und in der ausführlich angegeben wurde, über welche politischen Angelegenheiten den Zeitungen zu berichten gestattet sei, und über welche sie zu schweigen hätten. Die sämtlichen politischen Verhältnisse der ganzen Welt mußten in der Instruktion Revue passieren, und bei jedem einzelnen Lande wurde mit peinlicher Genauigkeit festgestellt, welchen Standpunkt der Redakteur einzunehmen habe.

Die große Schärfe und Bestimmtheit, mit der die Ansichten der Regierung sowohl in bezug auf die politischen Verhältnisse, wie auf die Pflichten und Aufgaben der Presse in dem Erlasse zum Ausdruck kamen, machen ihn zu einem hochwichtigen Aktenstücke, dessen Hauptsätze daher wörtlich wiedergegeben werden müssen.

Zunächst gibt der Erlaß die allgemeinen Grundsätze an, nach denen bei der deutschen Politik zu verfahren sei. Es heißt da:

„— — Es muß von seiten der Herren Oberpräsidenten vorzüglich darüber gewacht werden, daß in den in ihren Bezirken erscheinenden Zeitungen und politischen Schriften nichts aufgenommen werde, was der Bundesversammlung oder einzelnen Bundesgliedern zu einer gegründeten Beschwerde Anlaß geben könnte. Man kann mit Recht von wohldenkenden Schriftstellern erwarten, daß sie sich beeifern werden, die von den deutschen Fürsten gemeinschaftlich ergriffenen oder noch zu nehmenden Maßregeln in einem solchen Lichte vorzustellen und die Nation über den Zweck derselben auf eine solche Weise zu belehren, daß die Regierung in der öffentlichen Meinung diejenige Unterstützung zur Ausführung derselben finde, auf welche ihre wohlmeinenden und väterlichen Absichten ihr ein Recht geben. Sollte jedoch irgend ein Schriftsteller sich unterfangen, die verabredeten Beschlüsse tadeln zu wollen, so muß eine solche Verirrung durchaus gehindert werden. Auch die in einzelnen Staaten des deutschen Bundes ergehenden Verordnungen müssen ohne Bemerkung mitgeteilt werden; ebenso kann kein Tadel gegen diejenigen Minister und Beamten geduldet werden, welche das Zutrauen der deutschen Fürsten

besitzen. Hiervon hat jedoch in den Staaten, welche öffentlich beratende repräsentative Versammlungen haben, insofern eine Ausnahme statt, als diejenigen Ausfälle, welche in solchen Versammlungen gegen die Minister gemacht werden, angeführt werden können, insofern sie aus den in den betreffenden Staaten selbst erscheinenden Zeitungen genommen sind. Jedoch muß selbst in solchen Fällen mit der gebührenden Schonung verfahren und dasjenige, was zu Gunsten oder zur Rechtfertigung der Minister gesagt wird, in gleichem Umfange aufgenommen werden. Was diejenigen repräsentativen Verfassungen selbst betrifft, welche einige deutsche Fürsten, ohne das Resultat des Wiener Kongresses abzuwarten, in ihren Staaten eingeführt haben, so kann die Beurteilung derselben in größeren politischen oder historischen Werken ganz unschädlich sein. Da aber die Prüfung der in denselben befolgten Grundsätze außer dem Fassungskreise des großen Publikums liegt, so gehört dieselbe nicht in Flugschriften, am wenigsten aber in Zeitungen. Noch weniger kann geduldet werden, daß unberufene Schriftsteller sich anmaßen, solche Verfassungsversuche, über deren Wert die Zeit richten wird, als Meisterstück oder beglückende Einrichtung anzupreisen und dadurch die Begriffe des Volkes zu verwirren. Überhaupt muß in Ansehung der deutschen Angelegenheiten bemerkt werden, daß die Aufnahme eines sonst anstößigen Artikels nicht aus dem Grunde erlaubt sein kann, weil er aus einer anderen deutschen, unter Zensur stehenden Zeitung entliehen ist, insofern diese Zeitung nicht in dem Lande selbst erscheint, auf welches ein solcher Artikel sich bezieht. Da auch die Erfahrung gelehrt hat, wie unrichtig und nachlässig manche Redakteure von Zeitungen ihre Quellen anführen, so kann die in einem anderen Lande gemachte Bemerkung, daß sie einen Artikel aus der Landeszeitung genommen habe, nicht als Beweis für die Wahrheit einer solchen Angabe gelten. Eine Ausnahme verdient jedoch der von bekannten wohldenkenden Männern redigierte „Österreichische Beobachter", dessen Artikel immer aufgenommen werden können, jedoch, wenn es nötig ist, mit Angabe der Quelle. Was hiernächst die auswärtige Politik angeht, so hat die Preußische Regierung das Glück, mit allen Mächten von Europa in

dem besten Vernehmen zu stehen. Die Zensur muß daher darauf sehen, daß von allen Monarchen und Regierungen, so wie von ihren Ministern mit der gebührenden Achtung gesprochen werde."

Der Erlaß geht dann genauer auf das Ausland ein und gibt für das Verhalten diesem gegenüber folgende Richtschnur an:

„Der wichtigste Punkt der großen europäischen Politik ist in diesem Augenblicke Frankreich. Die vier innigst verbundenen Mächte sehen die Aufrechterhaltung dieses Staates, der demselben unentbehrlichen monarchischen Verfassung und der bourbonischen Familie in der von uralten Zeiten hergebrachten Sukzessionsordnung als für die Ruhe und den Frieden von Europa notwendig an. Jeder Versuch, in dieser gesetzmäßigen Ordnung eine Änderung einzuführen, muß als eine Unternehmung gegen die monarchische Gewalt selbst angesehen werden, und das Glück eines solchen Unternehmens würde die Quelle unseliger Folgen für Europa sein. Die Herren Oberpräsidenten werden die Zensoren auffordern, den gefährlichen und verabscheuungswürdigen Lehren entgegenzuarbeiten, welche von gewissen in Frankreich erscheinenden Flugschriften ausgehen, um zu verhindern, daß dieses Gift sich nicht durch preußische Zeitblätter verbreite. Es ist jedoch nicht hinreichend, dergleichen Grundsätze auszuschließen. Die Anhänger derselben versuchen allerlei indirekte Mittel, ihnen Eingang zu verschaffen, und hieran hauptsächlich müssen sie gehindert werden. Es darf deshalb nicht länger der Wahn unterhalten werden, als wenn die königlich französische Familie von der Nation als ihr mit Gewalt aufgedrungen angesehen würde. Die mannigfaltigen Beweise von Menschenliebe und Wohltätigkeit, welche alle einzelnen Glieder dieser Familie bei jeder Gelegenheit liefern, und welche von royalistischen Blättern aufgenommen zu werden pflegen, sowie die Beispiele der Liebe und Anhänglichkeit für diese erhabenen Personen, welche so häufig angeführt werden, dürfen nicht länger, wie bisher allgemein der Fall war, verschwiegen werden. Die irrige Meinung, als wenn die französische Nation in zwei Parteien geteilt wäre, welche sich das Gleichgewicht halten, nämlich Anhänger der gesetzlichen Monarchie und Freunde einer neuen Änderung der Dinge, darf nicht länger durch unsere Zeitungen

erhalten werden .... Einige Redakteurs von Zeitungen verbergen ihre übeln Absichten unter dem Deckmantel einer gewissen Unparteilichkeit, welche ihnen untersage, sich für die eine oder andere Partei zu erklären. Diese Entschuldigung kann keineswegs als gültig angenommen werden. Nachdem es so weit gekommen ist, daß über die Absichten der linken Seite keine Zweifel mehr statt haben können, nachdem Ludwig XVIII. im Angesicht von ganz Frankreich erklärt hat, daß eine Faktion an dem Umsturz seines Thrones arbeite, kann für einen guten Bürger keine Rede von Unparteilichkeit zwischen zwei sog. Parteien sein. Es ist gar kein Grund mehr vorhanden, die als Feindin der Regierung bezeichnete Faktion zu schonen. Artikel aus den Zeitungen dieser Partei, dem Constitutionel, dem Indépendant, dem Censeur, der Renommée, der Minerve 2c., dürfen nur mit der größten Behutsamkeit aufgenommen werden." Der Erlaß wendet sich dann den französischen Ministern zu, die zwar nicht angegriffen, aber doch auch nicht gerade gelobt werden dürften, da sie sich zu sehr der linken Seite der französischen Kammer zuneigten. Hierauf gelangte der Erlaß zu Spanien. „Was die transpyrenäische Halbinsel und die Mißhelligkeiten Spaniens mit seinen Koloniceen betrifft," erklärte er, „so ist man über den wahren Zusammenhang der dortigen Begebenheiten zu wenig unterrichtet, als daß unsere Verfasser von Zeitschriften hoffen dürften, ihren Lesern darüber etwas Neues und Nützliches sagen zu können. Alle Nachrichten, welche sie darüber aus englischen Berichten schöpfen, können, insofern sie Tatsachen enthalten, welche der Geschichte angehören, unbedenklich eingerückt werden; in keinem Falle aber kann der Aufstand der spanisch-amerikanischen Kolonie gegen das Mutterland als rechtmäßig dargestellt werden. Auch mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika steht unsere Regierung auf einem freundschaftlichen Fuße. Die aus jenem Lande eingehenden historischen, geographischen und statistischen Nachrichten können ohne Bedenken aufgenommen werden. Da jedoch in einigen westdeutschen Provinzen und in der Schweiz starke Auswanderungen nach Amerika statt haben, und die Regierung dieses Freistaates, vielleicht mit Unrecht, beschuldigt wird, durch Unterhändler jenes

epidemisch gewordene Übel zu unterhalten, so muß verhindert werden, daß durch unnötiges Rühmen der vorgeblichen Glückseligkeit, welche man in jenem Lande genießt, oder Lobpreisen der Weisheit der amerikanischen Regierung, der Hang zum Auswandern genährt, oder den Regierungen der deutschen Staaten, wo das Auswandern eingerissen hat, Gelegenheit zu Beschwerden gegeben werde. Was die Unruhen anlangt, welche vor einiger Zeit in England ausgebrochen sind, so hat die Regierung in vollkommenstem Einverständnisse mit den Repräsentanten der Nation so kräftige Maßregeln in Ansehung derselben ergriffen, daß die Erneuerung solcher Bewegung nicht leicht zu befürchten ist. Sollte jedoch die Hoffnung des rechtlichen Teiles der Nation getäuscht und sollten neue Versuche zu aufrührerischen Bewegungen gemacht werden, so müssen dieselbigen, sowie sie es in der Tat waren, als das Verbrechen einer verabscheuungswürdigen Menschenklasse dargestellt werden. Da die geographische Lage des westlichen Teils der Monarchie mancherlei Berührungen mit dem Königreich der Niederlande erzeugt, so werden die Herrn Oberpräsidenten jener Provinz sich zuzeiten in dem Falle befinden, ihren Zensoren über die Art und Weise, gewisse Dinge vorzutragen, besondere Vorschriften zu erteilen. Die nordischen Staaten von Europa, Schweden und Dänemark, geben zu einer einzigen Bemerkung Anlaß. Der in Schweden regierende König, Karl Johann, ist von allen Staaten anerkannt und hat auf gleiche Behandlung wie alle übrigen Monarchen ein gegründetes Recht. Da jedoch sein Name oft von einer übelgesinnten Partei gemißbraucht wird, welche ihn, ganz ohne sein Zutun, über alle Monarchen erheben möchte, die ihre Throne durch Erbschaft besitzen, so muß diesem Bestreben insofern entgegengearbeitet werden, daß alle Lobeserhebungen dieses Fürsten vermieden werden. (Hardenberg setzte vor Lobeserhebungen das Beiwort „übertriebene".) Da endlich zwischen unserer Regierung und dem römischen Hofe über wichtige Gegenstände Unterhandlungen gepflogen werden, so müssen nicht nur unsere Verhältnisse mit diesem Hofe geschont, sondern auch diejenigen Diskussionen, welche sich zwischen denselben und anderen deutschen Staaten erheben könnten, bloß ge-

schichtlich und ohne Bemerkungen vorgetragen werden. Die Achtung, welche die beträchtliche Anzahl unter preußischem Scepter stehender Katholiken verdient, erlaubt nicht, daß Zeitungen und Flugschriften etwas aufnehmen, was diese Religionsgenossen kränken könnte. Religiöse Polemik gehört am wenigsten in politische Zeitungen."

Kaum war aber diese Instruktion versandt, als sich in Frankreich die Verhältnisse wesentlich änderten; das liberale Ministerium wurde gestürzt, und ein hochkonservatives kam ans Ruder; infolgedessen hielt es Hardenberg für durchaus nötig, in einer zweiten Instruktion vom 25. April 1820 darauf hinzuweisen, daß jetzt die deutschen Zeitungen energisch für das neue französische Ministerium einzutreten hätten. Die rechte Seite der französischen Kammer, auf die sich das neue Ministerium stütze, solle man die Partei der Royalisten nennen. „Es ist endlich Zeit," fährt der Erlaß fort, „daß dieses Wort mit der Achtung ausgesprochen werde, welche in einem monarchischen Staate, wie der preußische ist, jeder gute Untertan für dasselbe empfinden soll. Besonders werden Ew. — den Zensoren anempfehlen, die Benennung von Ultra, deren zu meiner Verwunderung sich noch immer einige preußische Zeitungen bedienen, nicht nur nicht in diesen, sondern überhaupt in keinem Werke zu dulden. Soll jener Ausdruck einen hohen Grad der Liebe und Verehrung für die Person des Königs und für die monarchische Verfassung ausdrücken, so ist zu bedauern, daß man ihn verunglimpft hat. Will man durch den Gebrauch derselben anzeigen, daß die damit belegten Personen die bestehende gemäßigte Monarchie in eine willkürliche Verfassung umändern wollen, so ist diese Beschuldigung ganz aus der Luft gegriffen und durch alles Vorgefallene hinlänglich widerlegt. Der Mißbrauch der Namen ist weit schädlicher, als er im ersten Augenblicke erscheint, weil man durch denselben die Begriffe der Menge verwirrt und sie zuletzt dahin bringt, das Strafbare für lobenswert zu halten. Aus demselben Grunde werden Ew. — nicht länger dulden, daß der Name Liberale zur Bezeichnung einer Faktion mißbraucht werde, deren strafwürdige Bemühungen und verruchte Zwecke von ihren Mitgliedern

selbst in Schriften und Reden enthüllt worden sind. Um das Publikum nicht länger in Täuschung zu erhalten, soll das Wort Liberale nicht ohne den Zusatz: die vorgegebenen oder die sich selbst so nennenden, gebraucht werden. Wohlgesinnte Schriftsteller behandeln ohnehin diese Partei als Revolutionäre und werden sich dieser Benennung am liebsten bedienen."

Endlich wurde bei dieser Gelegenheit auch noch einmal auf Spanien hingewiesen, wo der despotische König Ferdinand VII. auf Drängen des Volkes am 7. März 1820 die Konstitution von 1812 hatte annehmen müssen. „Ew. — werden den Zensoren der politischen Zeitungen die größte Behutsamkeit in Ansehung der spanischen Angelegenheiten anempfehlen", hieß es da. „Kein gebildeter Mann (und ein solcher soll doch jeder sein, der durch die Redaktion einer Zeitung auf die Bildung seiner Nation wirken will) kann glauben, daß ein Machwerk wie die sog. Konstitution der Kortez von 1812 in irgend einem Lande bestehen könne, und die Einführung derselben kann also höchstens als ein beklagenswerter Irrtum geschildert werden." Es wird dann vorgeschlagen, daß den Redakteuren der Zeitungen untersagt werde, ihre Nachrichten über Spanien aus anderen Blättern als dem Moniteur, dem Journal des Débats, Quotidienne und Journal de Paris zu nehmen. „Diese Beschränkung", meint der Erlaß, „wird ihnen keinen lästigen Zwang auferlegen, da jene vier Blätter immer die neuesten und in der Regel die wahrsten Nachrichten liefern, dahingegen die Hamburger Blätter gewöhnlich falsche Gerüchte verbreiten."

Dieser Instruktion schloß Hardenberg in einem Postskriptum eigenhändig noch die Bemerkung an: „In Ansehung der spanischen Angelegenheiten wird es dem Zwecke der verbündeten Monarchen am gemäßesten sein, wenn die Redakteurs von Zeitungen sich auf die bloße Erzählung von Tatsachen beschränken, insofern dieselbe aus den oben genannten Blättern genommen sind, ohne irgend eine Bemerkung noch ein Urteil über das Geschehene oder zu Erwartende beizufügen."

Zur Ehre des Ober-Zensur-Kollegiums kann festgestellt werden, daß es diese Instruktionen nicht billigte; es besaß aber

doch nicht so viel Mut, um dieser unerhörten Einschnürung der Preßfreiheit gegenüber vorstellig zu werden; es beschloß nur, seine Besorgnisse erst dann zu äußern, wenn „ein bestimmter einzelner Fall die schickliche Gelegenheit dazu bieten würde“ (Protokoll der 16. Sitzung vom 5. Mai 1820). Diese „schickliche Gelegenheit“ hat sich dann später zwar oft gefunden, allein das Kollegium ließ sich im Laufe der Jahre immer mehr zu einer untergeordneten Stellung herabdrücken, so daß es sich niemals zu irgend welcher Abwehr ermannen konnte.

Die Zensoren aber richteten sich so streng nach den Vorschriften der Instruktion und besonders nach dem Postskriptum des Staatskanzlers Hardenberg, daß sie unnachsichtig den Redakteuren alles strichen, was nur einigermaßen über die „bloße Erzählung von Tatsachen“ hinausging. Dadurch erhielten aber die preußischen Zeitungen sehr bald ein so auffallend dürftiges Aussehen, daß der Staatskanzler unter dem 19. Juni 1820 erklärte, der Sinn seines Postskriptums sei doch kein anderer gewesen, als den Redakteuren der preußischen Zeitungen alles eigene und unbefugte Beurteilen der Begebenheiten auf der pyrenäischen Halbinsel, sowie die Aufnahme beurteilender Artikel aus den englischen und gewissen deutschen Blättern zu untersagen. „Da die französische Regierung in Ansehung jener Begebenheiten dasselbe System befolgt wie die unsrige,“ sagte er dann schließlich, „und da von den genannten vier Zeitungen umsoweniger unanständige Äußerungen zu befürchten sind, als sie unter einer wohlgeordneten Zensur stehen, so finde ich kein Bedenken, die Aufnahme spanischer Artikel aus denselben unbedingt zu verstatten. Die Absicht der Regierung, als eine solche zu erscheinen, welche keine Partei genommen hat, würde nicht erreicht, wenn gewisse in aller Rücksicht tadelns- oder lobenswerte Handlungen allzu nackt dargestellt würden; besonders aber könnte es auffallend sein, wenn das Publikum oder Fremde bemerkten, daß bei der Aufnahme von Artikeln aus wohlgesinnten französischen Zeitungen etwas weggelassen worden ist.“

Viel gewonnen war damit jedoch nicht, und nach wie vor hatte die preußische Presse die Schmach zu erdulden, sich inbezug

auf die französischen und spanischen Angelegenheiten unter die französische Zensur gestellt zu sehen.

Aber auch in Fällen vollständig unpolitischer, ganz privater, in jeder Weise ungefährlicher Natur sah sich die Presse gehemmt und gehindert, so daß man fast annehmen möchte, der Zensor habe förmlich die Gelegenheit vom Zaune gebrochen, um Presse und Publikum zu schikanieren. Ein Beispiel von einem solchen ganz unbegreiflichen Verhalten eines Berliner Zensors findet sich in einem Berichte über den Aufenthalt Karl von Holteis in Berlin im Jahre 1825. Im Januar dieses Jahres hielt Holtei in Berlin öffentliche Vorlesungen über Shakespeare, als ihm plötzlich seine Gattin durch den Tod entrissen wurde. Dieser Verlust erschütterte ihn so tief, daß er die Vorlesungen einstellen mußte, und um dies dem Publikum mitzuteilen, bat er seinen Freund Hitzig, eine kurze Anzeige dieser Art für die Zeitungen abzufassen. Dieser Bitte entsprach Hitzig, allein der Leiter der Berliner Lokalzensur, Geheimrat Grano, verweigerte sein „imprimatur“, weil die in der Anzeige erwähnten Vorlesungen Holteis „als öffentliche“ nicht zu betrachten seien. Selbst mündliche Vorstellungen Hitzigs änderten nichts an dem Verbote.

Zu all diesen Beschränkungen, Bedrückungen und Schikanen wurde der Presse schließlich auch aufs neue die Last aufgebürdet, die Kosten für den Zensor selbst zu tragen. Bekanntlich war durch das Zensuredikt vom 18. Oktober 1819 die Erhebung von Zensurgebühren in Wegfall gekommen. Man wollte dadurch die Zensoren unabhängiger machen und in der öffentlichen Meinung etwas höher stellen. Es wurden somit aus der Staatskasse vom 18. Oktober 1819 bis zum 1. November 1820 bezahlt: an die Zensoren von Brandenburg, Sachsen, Jülich-Cleve-Berg, Niederrhein, Preußen, Posen und Westfalen im ganzen 1354 Taler 16 Sgr., vom 1. Nov. 1820 bis zum 31. Dezember 1821 an die Zensoren in Brandenburg (inkl. Berlin) 2459 Tlr. 6 Sgr., in Sachsen 1080 Tlr. 14 Sgr., in Jülich-Cleve-Berg 397 Tlr. 7 Sgr., in Schlesien 38 Tlr. 14 Sgr., in Westpreußen 50 Tlr. 17 Sgr., im ganzen 4738 Taler. Von Pommern war merkwürdigerweise keine Liquidation eingereicht worden. Dann wurde

eine etwas andere Taxe eingeführt, bei der die Regierung etwas billiger wegzukommen suchte; aber auch bei dem neuen Modus scheint sie die Ausgabe noch immer als recht lästig empfunden zu haben, worauf schließlich kurzer Hand durch Kabinettsordre vom 28. Dezember 1824 bestimmt wurde, „daß mit dem 1. Jan. 1825 die Entrichtung der Zensurgebühren aus Staatskassen aufhören und dagegen, wie das früher der Fall war, von dem Verleger oder Buchdrucker geleistet werden soll.“ Die Gebühr für den gedruckten Bogen eines Buches wurde auf drei Silbergroschen, für den Bogen einer Zeitung auf fünf Silbergroschen festgesetzt. So wenig die Verleger auch von dieser plötzlichen Mehrbelastung erbaut sein mochten, mußten sie sie doch stillschweigend hinnehmen; eine Vorstellung beim Ober-Zensur-Kollegium wäre aussichtslos gewesen.

Endlich führte die preußische Regierung 1822 auch noch einen Zeitungsstempel ein, der dann bis Ende 1873 bestanden hat.

Die Lage der preußischen Presse hatte sich somit beständig ungünstiger gestaltet; noch weit kläglicher aber sah es mit den Preßverhältnissen in Österreich aus. In Preußen bestand doch immerhin noch ein gewisser Rechtszustand, in Österreich dagegen herrschte die vollständige Willkür mit der ausgesprochenen Tendenz, alles politische Leben im Volke, ja alles geistige Leben überhaupt mit rücksichtsloser Strenge niederzudrücken. „Wenn wir unsere Annalen wie die Mexikaner in Vignetten schrieben,“ sagt H. M. Richter in seiner Abhandlung „Die Wiener Presse“,*) „so müßte ein Journalist, an Händen und Füßen gefesselt, in der Kasematte einer Festung, als Illustration der vormärzlichen Geschichte Österreichs dienen.“ Unter diesen Umständen waren die Karlsbader Beschlüsse für Österreich nur von geringer Bedeutung. Metternich gab sich kaum die Mühe, einen gewissen Rechtszustand aufrecht zu erhalten; er verfügte ganz nach Gutdünken. Nach seinen Anschauungen sollte der „Untertan“ überhaupt nichts lesen,

*) Wien 1848—1888. Denkschrift zum 2. Dezember 1888, herausgegeben vom Gemeinderate der Stadt Wien. Wien 1888. Bd. II, S. 411.

daher machte sich sogar jeder Beamte, wie Richter versichert, ch das Lesen von ernsten Büchern „mißliebig“.

Die Zensurvorschriften von 1. September 1810 erhielten 1823 weiterhin 1837 durch Bestimmungen der obersten Polizeistelle noch wesentliche Verschärfungen, mit denen besonders die itungen und die dichterischen Erzeugnisse getroffen wurden. hon 1810 war nur für die wissenschaftlichen Werke eine wisse „Nachsicht“ empfohlen, dagegen für die „Erzeugnisse des tzes und Produkte der Dichter“ die Anwendung der ganzen härfe des Gesetzes angeordnet worden, weil diese literarischen zeugnisse für die große Menge berechnet wären und doch „weder s wahre Wohl des Einzelnen, noch des Ganzen zu befördern eignet seien.“ Aber schon die „Nachsicht“ für die wissenschafthen Werke ließ sehr viel zu wünschen übrig; es wurden die orlesungen über die alte Geschichte von Friedrich von Raumer rboten, ferner Okens Naturgeschichte, Baron von Hügels streng nservativ geschriebenes Buch „Spanien und die Revolution“ und eles andere. Der 9. und 10. Band des Brockhausschen Konrsationslexikons durfte nur an größere Bibliotheken verabfolgt erden; zudem verbot ein Erlaß der Polizeibehörde vom Jahre 321 diesen Bibliotheken, jene Bände an Beamte niederer Kateorie und insbesondere an Personen aus dem Bürger- und Geerbestande auszuleihen.

Wenn man dabei von „Nachsicht“ sprach, wie mußte man n bei den Zeitungen verfahren, die man mit aller Strenge beufsichtigte!

Als Vorstand der Zensurbehörde fungierte zunächst ein gewisser Hager, weiterhin der Graf Josef von Sedlnitzky, der iber dreißig Jahre lang sein Amt mit barbarischer Strenge verah und durch seine groben Gewalttätigkeiten selbst die Kraft des enialen Grillparzer zu brechen wußte. Er war 1778 zu Tropowitz in Schlesien als der Sproß eines alten polnischen Adelsgeschlechtes geboren, studierte die Rechte und trat früh in den österreichischen Staatsdienst, in welchem er rasch emporstieg und schon 1815 Vizepräsident und 1817 Präsident der obersten Polizei-

und Zensurhofstelle in Wien wurde. Mit großem Raffinement bildete er hier ein bis ins kleinste geordnetes Spioniersystem heraus, durch das er sich mit Hülfe geheimer Polizeiagenten über alle Persönlichkeiten von Bedeutung unterrichten ließ; auch legte er das berüchtigte Chifferncabinett an, in welchem die Briefe und Postsendungen aller Männer, die im Geruche einer liberalen Gesinnung standen, geöffnet wurden. Durch diesen unerhörten Druck den er auf das gesamte geistige Leben Österreichs ausübte, wurde er der Gegenstand des Hasses aller freidenkenden Männer in ganz Deutschland. Erst die Märztage von 1848 fegten den unheilvollen Mann aus seiner einflußreichen Stellung hinweg, worauf er noch bis 1855 teils in Troppau, teils in Wien in tiefster Zurückgezogenheit lebte.

Die Werkzeuge Sedlnitzkys, die Zensoren, waren in der Regel unbedeutende Köpfe, wie Joseph Freiherr von Retzer, der von 1783 bis 1824 zensierte, und Dr. Franz Sartori, der Vorsteher des Zentral-Bücher-Revisions-Amtes; daß sich auch fähige Männer, wie Joseph Schreyvogel, der guten Sache wegen zu dem Amte hergaben, geschah selten und wurde auch von der Regierung nicht besonders gern gesehen.

Bis zu welchen lächerlichen Kapriolen es die Zensur bisweilen brachte, mußte selbst Castelli erfahren, bekanntlich einer der zahmsten österreichischen Schriftsteller jener Zeit. Eines Tages stand in der „Wiener Zeitung“ unter den Verstorbenen verzeichnet eine „Marianne Soundso, Kammerfrau Ihrer Majestät der Kaiserin, geborene Hölzl.“ Ferner brachte um dieselbe Zeit ein Plakat in Wien die Ankündigung eines Unterhaltungsabends zum Besten „der in dem Bürgerspital verarmten Bürger“. Diese Stilblüten nahm Castelli unter seine Fresko-Anekdoten auf, die er in der Dresdener „Abendzeitung“ veröffentlichte, und fügte nur hinzu, daß nach jener Wortstellung die Kaiserin von Österreich eine geborene Hölzl sein müsse, und daß das Wiener Spital doch höchst sonderbar eingerichtet sei, da die Bürger darin verarmten. In dieser Veröffentlichung erblickte aber die österreichische Zensurbehörde eine Ungehörigkeit und zog Castelli zur Rechenschaft. Der behauptete nun zwar, er habe nicht gegen das Gesetz gehandelt:

er habe nicht Unzensuriertes „ins Ausland“ geschickt, da doch die „Wiener Zeitung“ und das Plakat gewiß zensuriert sei; allein das ließ man nicht gelten, sondern belegte ihn mit 50 Gulden Strafe; dabei ward zugleich in dem Urteil vermerkt, daß eine Appellation nicht stattfinden dürfe.

Diese finstern, geisttötenden Maßnahmen, schreibt daher Adalbert Jäulhammer in seiner Grillparzer-Biographie,*) haben die Metternichsche Politik am meisten kompromittiert. Sie hingen als bleierne Atmosphäre über Österreich; das gesamte Volk litt darunter unendlichen Schaden. „Der Druck verdarb die Dutzendmenschen des damaligen Geschlechts, ließ die große Masse in Wohlleben aufgehen und machte die besseren Köpfe zu pessimistischen Kritikern, die sich von der verrosteten Staatsmaschine wenigstens im stillen lossagten, oder gar dem Lande den Rücken kehrten.“ Dadurch aber, daß die kurzsichtigen österreichischen Staatsmänner das gesamte österreichische Volk von der köstlichen Frucht der idealen Geistesbildung fern hielten, erweiterte sich die Kluft zwischen dem Kaiserstaat und dem übrigen Deutschland immer mehr; bald war sie so breit, daß alle Bemühungen der späteren Zeit, das Versäumte nachzuholen, scheitern mußten. Dabei verlor Österreich für alle Zeiten den Anspruch auf die fernere Führung Deutschlands.

Die bayrische Regierung behielt sich den Karlsbader Beschlüssen gegenüber ein Reservatrecht vor. Sie unterwarf nur die Zeitungen und Zeitschriften der Zensur, nicht auch die Bücher; doch war der Effekt schließlich derselbe, da die bayrische Polizei auch den Inhalt der Bücher sehr scharf kontrollierte und jedes Buch sofort verbot und einzog, das ihr nicht geheuer erschien. Die Zeitungen konnten auch durch die Karlsbader Beschlüsse nicht fester geknebelt werden, als dies bereits durch die Verfassung vom 26. Mai 1818 geschehen war. Das klägliche Bild, das sie boten, hat uns bereits Ignaz Rudhart geschildert (Siehe S. 147.)

Doch schien es einmal, als sollte sich ihr trauriges Schicksal etwas besser gestalten; ein Lichtstrahl flog plötzlich über sie hin,

*) Franz Grillparzer. Eine biographische Studie. Graz 1884, S. 80—83.

als König Ludwig I. am 12. Oktober 1825 den Thron bestiegen hatte; aber die junge Hoffnung erstarb nur zu bald wieder.

Ludwig hatte sich als Kronprinz fort und fort als ein Freund freiheitlicher Institutionen bekannt, seinem Widerwillen gegen Metternich und dessen System jederzeit unverholen Ausdruck gegeben, „Preßfreiheit wie in England durch Bundesbeschluß“ verlangt und die Karlsbader Beschlüsse verurteilt. Von einem solchen Manne durfte die Presse mit Zuversicht auch eine Erlösung von den Fesseln der Zensur erwarten, und in der Tat verkündete denn auch die Thronrede bei der Eröffnung des Landtages am 27. November 1827 neben verschiedenen andern Vereinfachungen der Verwaltung auch die Aufhebung des Zensurediktes. Die Zeitungen sollten, wenn auch nicht ganz zensurfrei, so doch immerhin mit einem gewissen Freimute besonders die einheimischen Verhältnisse besprechen dürfen. Darauf strömten die bayrischen Zeitungen über in Lob und Dank und feierten den König in der überschwenglichsten Weise. Bald aber zeigte es sich, daß König Ludwig doch die seltsamsten Begriffe von Freiheit und Recht hatte, daß er in seiner Schwärmerei für die Kunst, in seiner Begeisterung für ein romantisches Teutonentum, in seinem die wunderlichsten Blüten zeitigenden Dynastenstolze weit über das rechte Maß hinausging. Aber er forderte hartnäckig, daß ihm die Volksvertretung und die Presse auf seinen Wegen folgten, und da das eine Unmöglichkeit war, so kam es sehr bald zur Opposition, zu Konflikten, worauf der König schließlich mit dem Ministerium Abel allen freiheitlichen Institutionen ein Ende machte.

Die übrigen Bundesstaaten fanden sich mit dem Karlsbader Preßgesetz ohne viel Kopfzerbrechens und auch ohne viel Skrupel ab, so gut es eben ging, und stimmten auch ohne irgend welche Einwendung 1824 für die Verlängerung der Giltigkeit dieser provisorischen Preßbestimmungen bis zum Erlasse eines endgiltigen Gesetzes, d. h. auf unbestimmte Zeit. Das in Aussicht gestellte definitive Preßgesetz ist dann aber nie vom Bundestage erlassen worden.

---

2. Die Zeitungen unter dem Drucke der Karlsbader Beschlüsse. Die preußischen Zeitungen. Werden durch das Herüberfluten der Pariser Zeitungen geschädigt. Errichtung eines Zeitungs-Kontors in Berlin. Die beiden Berliner Zeitungen werden ermahnt. Die „Spenersche Zeitung" das vornehmere Blatt, die „Vossische" eine spezifisch berlinische Zeitung. Der neue Besitzer der „Spenerschen", Dr. S. H. Spiker. Gutzkow über ihn. Die Mitarbeiter der „Spenerschen". Der Verleger der „Spenerschen" stellt die erste Schnellpresse in Berlin auf. Die „Vossische Zeitung" geht in die Hände C. F. Lessings über. Die Mitarbeiter Gubitz und Rellstab. Letzterer wird „die Seele der Zeitung" und der Berliner Muster-Journalist. Die „Breslauer Zeitung". Ihr Gründer Karl Schall. Laube über ihn. Seine Leitung der Zeitung. Weitere neue Zeitungen im Osten. Der Graudenzer „Gesellige". Die „Schlesische Zeitung". Ihre hochkonservativen Grundsätze. Ihre Beeinflussung. Die „Magdeburger Zeitung". Ihr Kampf gegen die Intelligenz-Kontore. Die Bevormundung durch Gouverneur und Oberpräsident. Die Zeitungen in Burg und Halle. Die „Kölnische Zeitung" und die übrigen Kölner Blätter. Die Hamburger Zeitungen. Die Zeitungen in Bremen und Lübeck. Die Frankfurter Presse. Karl Peter Berly. Das Zeitungswesen in Baden. Der „Schwäbische Merkur". Die „Allgemeine Zeitung". Ihre schwere Bedrückung. Cotta und der Minister Graf Rechberg. Der österreichische und der französische Einfluß. Orgien des Zensors. Starker Rückgang der Zeitung. Die österreichischen Zeitungen.

Am meisten mußte die große Kümmerlichkeit der Zeitungen in Preußen empfunden werden, wo sich bisher das politische Leben am kräftigsten geäußert hatte. Durch das Dahinsiechen und die Unterdrückung verschiedener Zeitungen und Zeitschriften war bereits in den letzten Jahren eine große Öde entstanden; jetzt, bei der vollständigen Leere, die aus allen Blättern dem Leser entgegengähnte, lohnte es kaum noch, eine deutsche Zeitung in die Hand zu nehmen. Wer aber dennoch etwas von der Welt erfahren wollte, griff zu französischen Zeitungen, die mithin in den zwanziger Jahren immer mehr in Preußen Eingang fanden. Nach amtlicher Notierung wurde der „Courier Français" 1825 in 75, 1829 in 94 Exemplaren, die „Gazette de France" 1825 in 20, 1829 in 228, der „Constitutionel" 1825 in 399, 1829 in 442, das „Journal des Débats" 1825 in 646, 1829 in 561, der „Messager des Chambres", der 1825 noch gar nicht nach Preußen kam, 1829 in 155 Exemplaren gehalten. Es wurden also 1825

in Preußen 1140 Zeitungen aus Paris bezogen, und 1829 sogar 1480, was gegenüber den außerordentlich niedrigen Auflagen der preußischen Blätter — erschien doch die „Kölnische Zeitung" 1820 nur erst in 1861 Exemplaren — eine sehr bedeutende Einfuhr war.

Einen kleinen Fortschritt machte aber das Zeitungswesen in Preußen in jenen traurigen Jahren trotzalledem, und zwar durch eine nach bestimmten Vorschriften geregelte Beförderung der Zeitungen durch die Post. Diese Beförderung wurde durch die Errichtung eines „Königlichen Zeitungs-Kontors" in Berlin herbeigeführt, das am 1. Jan. 1822 eröffnet wurde. Bisher war das Zeitungs-Debit ein den Postbeamten als Privatgeschäft überlassenes Privilegium, das bei der Willkür, mit der die Beamten die Preise der von ihnen gelieferten Zeitungen festsetzen konnten, eine sehr erhebliche Einnahmequelle darstellte. Diesem Unfuge machte das „Allerhöchste Regulativ über die künftige Verwaltung des Zeitungswesens" vom 15. Dezember 1821 ein Ende. Die Postbeamten erhielten ein etwas höheres Gehalt, und die Post lieferte den Abonnenten die Zeitungen zu den in einer sorgfältig ausgearbeiteten Preisliste angegebenen Preisen. Dabei floß der jetzt durch die Besorgung der Zeitungen erzielte Gewinn in die Postkasse. Die neue Einrichtung konnte jedoch nicht gleich in ganz Preußen eingeführt werden; sie trat zunächst nur in Berlin ins Leben, während man sich in den Provinzen bis zum 1. Jan. 1825 mit einem Übergangsstadium abfinden mußte. Die erste Preisliste für den Gebrauch der Königlich preußischen Postämter erschien 1822 und wies 474 Zeitungen auf, die nächste im Jahre 1823 bereits 843. Heute (1905) erscheinen zwei Preislisten, eine „Inlands-Preisliste" und eine andere für das Ausland bestimmte, die nicht in die Hände des Publikums kommt, in französischer Sprache abgefaßt ist und den Titel „Liste des journaux allemands et étrangers dont l'abonnement est servi par l'Administration des Postes d'Allemagne" führt. Die „Inlands-Preisliste" weist rund 13300 Zeitungen und Zeitschriften auf, von denen rund 9700 in deutscher, rund 3600 in fremden Sprachen erscheinen. Sie wird alljährlich in etwa 7700 Exemplaren gedruckt, während

der Preisliste für das Ausland nur etwa 170 Exemplare zelegt werden. Aus dem kleinen Berliner „Zeitungs-Kontor" sich mittlerweile ein riesengroßes „Kaiserliches Post-Zeitungs-:" entwickelt, eine vorzüglich organisierte Musteranstalt, durch täglich in der Hauptarbeitszeit, von 5 Uhr abends bis 6 Uhr Min. abends, rund 180000 Exemplare politischer Zeitungen) 56000 Exemplare von Zeitschriften nach den Bahnhöfen be-dert werden, während im ganzen in vierundzwanzigstündigem enste 20000 Zeitungspakete anzufertigen und 1104 Zeitungs-ke mit einem Gesamtgewichte von 39500 kg in die Welt hin-s zu senden sind.

Die politische Presse von Berlin war noch immer bloß rch die „Vossische" und die „Spenersche Zeitung" vertreten, nn die „Allgemeine Preußische Staatszeitung", die mit dem Januar 1819 ins Leben getreten war, konnte nicht wohl als ne politische Zeitung im eigentlichen Sinne des Wortes be-achtet werden.

Die beiden alten Blätter hatten zwar nach den Befreiungs-iegen nicht so ohne weiteres mit in den hohen Ton eingestimmt, en der „Rheinische Merkur" und verschiedene andere Zeitungen ngeschlagen hatten, das würde schon die Berliner Zensur nicht edulde haben, immerhin waren sie etwas freier aufgetreten, und as sollte ihnen nun sofort, nachdem die Regierungen die Zügel vieder straff angezogen hatten, verwiesen werden.

Auf Antrag des Geh. Ober-Regierungsrates Schöll, der auf den „schlechten Geist" der Berliner Presse nachdrücklich hinwies, richtete das Ober-Zensur-Kollegium unter dem 28. Febr. 1820 an den Redakteur S. H. Catel von der „Vossischen Zeitung" und unter dem 20. September desselben Jahres an den Buchhändler Spener, den Besitzer der „Spenerschen Zeitung", die ernstliche Ermahnung und Warnung, sich in bescheideneren Grenzen zu halten, da sie sonst im Falle fortdauernder Halsstarrigkeit den Antrag auf Entziehung des Privilegiums ihrer Blätter zu ge-wärtigen hätten, zumal sie sich nicht allein unbefriedigend, sondern auch unschicklich gegen den ihnen bereits gewordenen Tadel ver-teidigt hätten.

Darauf schränkten die beiden Zeitungen ihre politischen Erörterungen wesentlich ein; sie brachten nur das Notwendigste und hielten dabei mit ihrem Urteil fast vollständig zurück. Um so breiter ergingen sie sich aber über alle Vorfälle des Theaters und über den Tagesklatsch. Dabei offenbarte sich eine wahrhaft klägliche geistige Armut, der jedes nationale Empfinden nach und nach vollständig entschwand. So schrieb denn auch der junge Waldeck im Frühling 1828, nachdem er seinen ersten Winter in Berlin zugebracht hatte, an einen Freund in die Heimat: „Öffentlicher Geist existiert in keiner Art.“

Der wachsende Verkehr brachte es aber mit sich, daß beide Zeitungen vom 1. Januar 1824 ab, mit Ausnahme des Sonntags, täglich erschienen.

Ein besonderer Charakter bildete sich bei den beiden Blättern nur langsam heraus, doch zeigte es sich immerhin alsbald, daß die „Spenersche Zeitung“ danach strebte, sich mehr mit den allgemeinen Weltbegebenheiten zu beschäftigen und die wissenschaftlichen Forschungen in den Kreis ihrer Betrachtungen zu ziehen, während die „Vossische Zeitung“ sich besonders dem Berliner Leben widmete und dadurch ein spezifisch berlinisches Blatt wurde, das schließlich eine große Popularität gewann und das Konkurrenzblatt vollständig überflügelte.

In dem in Rede stehenden Jahrzehnt, den zwanziger Jahren, stand die „Spenersche Zeitung“ aber noch auf gleicher Höhe mit der „Vossischen Zeitung“, ja, sie nahm wohl gar einen höheren Rang ein, denn sie galt als „vornehmer“. Der gesamte preußische Hof bezog sie, und zwar in auf Schreibpapier gedruckten Exemplaren; ferner las sie jeder, der etwas auf Rang und Stand hielt, sogar der Altmeister Goethe in Weimar, dieser allerdings hauptsächlich nur der Theaterkritiken wegen, da ihn, wie es Zelter verbürgt, die Spenerschen Kritiken in höherem Grade befriedigten, als die der anderen Blätter. Doch das waren nicht nur ihre einzigen Vorzüge; sie brachte auch vieles früher als die andern Blätter, besonders die Nachrichten aus dem Auslande und dann allerlei Personalien aus den höheren Beamten- und militärischen Kreisen. Wenn eine geologische Eroberung am Ural

gemacht worden war, plaudert Karl Gutzkow in einer Erinnerung an „Onkel Spener“, oder wenn die Engländer eine neue australische Inselgruppe gefunden hatten, so war das an den Werderschen Mühlen, wo die „Spenersche“ ihr Heim hatte, früher bekannt, als in der Breitenstraße in der Redaktion der „Vossischen“. Und wenn sich ein Prinz verloben wollte, oder ein General als Gouverneur an den Rhein ging, so stand das meist zuerst in der „Spenerschen“, und die hochinteressante Nachricht wurde vom Publikum mit der gebührenden Achtung aufgenommen; erschien eine solche Mitteilung aber einmal zuerst in der „Vossischen“, so wartete man erst, bis sie auch die „Spenersche“ brachte, bevor man sie als vollständig verbürgt hinnahm. Ja, es konnte wohl gar passieren, daß der Zensor, wenn er auf dem Korrekturabzuge der „Vossischen“ auf eine solche hochwichtige Nachricht aus den Hof- oder Militärkreisen stieß, mit blauer Tinte an den Rand schrieb: „Woher wissen Sie das? Quelle angeben!“, während es ihm bei der Durchsicht der „Spenerschen“ nie einfiel, solche Nachrichten zu beanstanden; er wußte, aus welchen Quellen sie flossen.

Beim Tode Napoleons suchte die „Spenersche Zeitung“ ihre Mitteilungen aus den englischen Blättern noch dadurch etwas zu ergänzen, daß sie — aus der unlängst erschienenen Geschichte des preußischen Staates von Manso eine Charakteristik Napoleons abdruckte (Nr. 85 vom 17. und Nr. 86 vom 19. Juli 1821). Eine eigenes Urteil wagte sie nicht zu geben. Die „Vossische Zeitung“ half sich über die schwierige Lage dadurch hinweg, daß sie einen Artikel der „Morning Post“, des Organs des Ministeriums Castlereagh-Liverpool, wiedergab (Nr. 84 vom 14. Juli), in welchem zwar das Genie des Verstorbenen anerkannt, aber auch mit allem Nachdruck darauf hingewiesen wurde, daß er sich „zur Geißel und zum Fluche“ der Menschheit gemacht habe. Später (19. Juli) brachte sie auch noch einen Artikel der „Times“.

Einen besonderen Aufschwung nahm die „Spenersche Zeitung“, nachdem die Konzession von den Spenerschen Erben 1827 durch Kauf in den Besitz des Königlichen Bibliothekars Dr. S. H. Spiker übergegangen war. Dieser, ein heller Kopf, der für die

englische Staatseinrichtung schwärmte und darum gewöhnlich Lord Speiker genannt wurde, suchte nach dem Muster der englischen Zeitungen den Inhalt der „Spenerschen“ etwas mannigfaltiger zu machen und auch Angelegenheiten zu berühren, über die man bisher immer scheu geschwiegen hatte. Sehr anschaulich schildert uns Karl Gutzkow in den schon erwähnten Erinnerungen diese für die Berliner Journalistik der zwanziger und dreißiger Jahre bedeutsame Persönlichkeit. „Der neue Besitzer der ‚Spenerschen‘“, schreibt er, „hatte in seiner äußeren Erscheinung etwas Imponierendes, ein sicheres Selbstgefühl, auch so viel Aristokratisches in seinem Wesen, daß er den hohen Gönnern der Zeitung die Bürgschaft eines nur maßvollen Gebrauchs der Publizitätsmacht gab. Seine Vorliebe für England stand einem damaligen Redakteur wohl an, da ihm lediglich die freien Verhandlungen des britischen Parlaments als die Abzugsquelle der in Europa gährenden Stimmungen und die Gelegenheit, ein freies Wort zu hören, erscheinen durften. Auch hatte Lord Speiker, um sein Ansehen zu mehren, die Verwaltung der Königlichen Schauspiele bewogen, Shakespeares ‚Macbeth‘ nach einer eigens von ihm angefertigten Übersetzung in Szene gehen zu lassen. Die ihm befreundete Auguste Crelinger, die allbewunderte Lady Macbeth, verschaffte ihm die Genugtuung, seinen Namen mindestens aller sechs Wochen an den Straßenecken prangen zu sehen. Mit wahrem Stolz schritt dann der stattlich gewachsene, im Antlitz etwas burgunderrot gefärbte Herr über den Opernplatz in die Königliche Bibliothek, an welcher er bestallt war. Er durfte sich sagen: dort die Universität, die Akademie der Wissenschaften, das Opern-, das Schauspielhaus, alles gehört mir! Drüben in der Akademie der Künste, wenn der alte Schadow einen Zank hatte, focht er ihn in der ‚Spenerschen‘ aus; Panofka, Zahn waren Spikers Korrespondenten. Ja, auch dem Bürgersmann kam Spiker durch zwei Mitarbeiter bei, die sich sogar mit heiklen Staats- und Stadtangelegenheiten zu beschäftigen wagten. Der eine war ein einfacher Kaufmann mosaischer Glaubensgenossenschaft, Daniel Alexander Benda, der andere ein Kollektivbegriff, der einfach Civis hieß. Jener, der sich zuweilen, nicht eben glücklich, in obstruse Philosopheme verlor, ver-

te sich schon sehr früh und mit mehr Erfolg in der jetzigen 'zialität Eugen Richters. Schon vor 40 Jahren wagte der 'enmann zuweilen in der ‚Spenerschen‘ dem Finanzministerium ım Riese zu zitieren, machte bescheidene Bankverwaltungs-Vorschläge, auch gemütliche Staatsschuldentilgungs-Pläne, kurz, er berte freimütig ein damaliges absolutes Noli me tangere. Es ührt also Benda der Ruhm, in der Zeit der Unterdrückung es freien Wortes über staatliche Verhältnisse den Finger auf nche Wunde gelegt zu haben. Civis, der nicht selten Lord ɔeiker selbst war, war jener Unus pro multis, der sich über ·en Pflasterstein, über den er stolpert, über jede Pfütze in einer ngbaren Straße geärgert hatte und diesen Ärger dann in der ›penerschen‘ ausschüttete zum weiteren Ärger des damals nicht inder herrischen, ja in der Regel grob auftretenden ‚Magistrats‘, 'ssen nachlässige Straßenpflege nun leicht ‚höheren Orts‘ gerügt erden konnte.“

Auch der Theaterreferent der ‚Spenerschen‘, der dieser die :hre verschafft hatte, vom Altmeister Goethe gelesen zu werden, ›ar ein origineller Mann. In weiten Kreisen hieß er der Theater-Schulz“; in intimerer Gesellschaft nannte man ihn gern .Justizrat“; bei seinem alten Freunde v. Stägemann und im ihdenschen Hause, wo er mit v. Könen, Heinrich Meyer, Tiemann und v. Clermont verkehrte, war er der „Poet Schulz“, und iterarisch wurde er durch Rellstab in dessen Satire „Henriette, die schöne Sängerin“, als „Puckepuls“ verewigt. In Wahrheit hieß er Friedrich Schulz, und in seiner juristischen Karrière war er nur bis zum Referendarius vorgedrungen. Von Kindheit an schwärmte er für die Bretterwelt. Nur mit Mühe zwang er sich zum Studium der Rechtswissenschaft, und als er als Referendar nach Brandenburg geschickt worden war, entbehrte er das Theater so schmerzlich, daß er seinen Freund v. Stägemann bestürmte, ihm doch um alles in der Welt wieder nach Berlin zu verhelfen. Darauf spannte ihn v. Stägemann unter seiner Leitung zum Hülfsarbeiter im Ministerium ein; doch die Theater-Passion machte Schulz zu allem anderen untauglich, so daß ihn v. Stägemann bald entlassen mußte; aber durch seine Verwendung wurde es be-

werkstelligt, daß Schulz lebenslang sein geringes Gehalt behielt, „als ausgezeichnet durch Unbrauchbarkeit“, wie sein Gönner später öfter scherzend sagte.*) Das Theaterreferat für die „Spenersche Zeitung“ übernahm Schulz 1823, als Gubitz davon zurücktrat, nachdem er mit Müllner wegen einer Besprechung der „Schuld“ in eine unerquickliche literarische Fehde geraten war. Die Referate von Schulz zeichneten sich durch Klarheit, Sachkenntnis und Wohlwollen aus, so daß der kleine anerkennende Aufsatz Goethes „Die Berliner Dramaturgen“ sich, wie Gubitz meint, meist auf Schulz bezieht. Der damalige Musikreferent der „Spenerschen“ war der bekannte Hofrat und Komponist J. P. Schmidt.

Ganz unbestritten die erste Stelle nahm die „Spenersche Zeitung“ mit ihrer technischen Einrichtung ein, denn der Buchhändler Spener war es, der die erste Schnellpresse in Berlin aufstellte, um auf ihr seine Zeitung zu drucken. Ein zeitgenössischer Korrespondent berichtet darüber unter dem 12. April 1823:

„Der Buchhändler Spener, Verleger der einen hiesigen Zeitung, hat behufs des Drucks derselben eine Druckmaschine aus England kommen lassen, wo mit großer Schnelligkeit und Akkuratesse vermittelst Dämpfe der Abdruck des Satzes geschieht, welcher auf gewöhnlichen Druckerpressen von Menschenhänden verrichtet werden muß. Diese Maschine ist äußerst künstlich zusammengesetzt und gereicht dem Erfinder wegen der glücklichen Besiegung so vieler Hindernisse zur Ehre. Des Königs Majestät haben diese Maschine jetzt selbst in Augenschein genommen. Bei dieser Gelegenheit wurde sie in dessen Gegenwart in Gang gebracht und druckte das neueste Zeitungsblatt ab. Auf der ersten Seite desselben standen aber statt der früher darin enthaltenen Artikel folgende Verse:

Die Druckmaschine an den König.

Der Deutschen Scharfsinn zu bekunden,
Die Kunst zu drucken Faust ersann;
Sein Werk in schwerem Kampf begann,
Doch kühn ward alles überwunden,
Der Neider Haß, selbst Fluch und Bann.

---

*) F. W. Gubitz, Erlebnisse. Berlin 1868, Bd. 1, S. 216.

Was wahrhaft gut, muß endlich siegen,
So ward denn diese Kunst, eh' ein Jahrhundert schwand,
Ein allgemeines Völkerband,
Und höher ist sie stets gestiegen;
Was mühsam sonst der Menschen Kraft
Gewirkt, jetzt Feuer leichter schafft.

Merkwürdigerweise wurde in dem Gedichte Faust (es hätte auch besser Fust geheißen) und nicht Gutenberg als der Erfinder der Buchdruckerkunst angegeben, und leider ist auch der Name des Erfinders der Maschine, des Deutschen Friedrich König (geb. zu Eisleben 1774, gest. zu Oberzell bei Würzburg 1833) ungenannt geblieben, der mit seinem Geschäftsgenossen, dem Stuttgarter Mechaniker A. F. Bauer, 1810 in London die erste Schnellpresse baute. Die Heimat hatte ihm die Mittel zur Verwirklichung seiner Erfindung nicht gewährt; erst in England fand er das nötige Verständnis für seine Pläne, zunächst bei dem Londoner Buchdrucker Thomas Bensley, dem später noch die beiden Drucker George Woodfall und Richard Taylor beitraten. Jetzt mußte er es auch noch erleben, daß ihm das Vaterland nicht einmal die kleine Anerkennung durch Nennung seines Namens erwies und die „Druckmaschine aus England" womöglich als eine englische Erfindung hinstellte.

Wie bei der „Spenerschen", so erfolgten auch bei der „Vossischen Zeitung" in den zwanziger Jahren bedeutende Umgestaltungen, zum Teil ebenfalls herbeigeführt durch Besitzwechsel.

Zunächst trat mit dem Schlusse des Jahres 1822 der alte Professor S. H. Catel, der seit 1806 die Zeitung geleitet hatte, von der Redaktion zurück. Zwar gibt der Nachruf, den die „Vossische Zeitung" unter dem 30. Juni 1838 dem im 81. Lebensjahre Dahingeschiedenen widmete, an, daß Catel die Zeitung bis 1825 redigiert habe, doch war er in den fraglichen Jahren offenbar nur noch Mitarbeiter; die Zügel der Redaktion hatte mit dem Beginn des Jahres 1823 der jugendkräftige bisherige Justizkommissarius C. F. Lessing (geb. 17. Jan. 1780) ergriffen, ein Sohn des Breslauer Münzdirektors und Neffe Gotthold Ephraims, ein Mann von tüchtiger wissenschaftlicher Durchbildung, freier Gesinnung und praktischem Verstande. Zunächst hatte er aber

noch keinen Besitzanteil an dem Unternehmen; erst als im Jahre 1828 die Frau Münzdirektor Lessing, geb. Voß, starb, ging das Geschäft zu drei gleichen Teilen an ihn, seinen Bruder, den standesherrlichen Gerichtskanzler Carl Friedrich Lessing, und an seine Schwester, die Frau Professor Wilhelmine Müller, geb. Lessing, über. Weiterhin verkaufte dann der Kanzler Lessing seinen Anteil an seine beiden Geschwister, so daß also fortan von diesen sich jedes im halben Besitze des Privilegiums befand.

Der Justizkommissarius Lessing bearbeitete den politischen Teil der Zeitung; doch da war ja nicht viel zu leisten, weil nicht viel gesagt werden durfte. Weit mehr bedeutete der lokale Teil, und für diesen fand Lessing bald zwei Mitarbeiter, die durch die richtige Art, wie sie ihre Aufgabe erfaßten, die Zeitung außerordentlich förderten. Es waren dies F. W. Gubitz, der 1823 die Referate für das Schauspiel übernahm, und dann Ludwig Rellstab, der im Spätherst 1826 eintrat und neben eigenem schöpferischen Talente und vielseitiger, insbesondere musikalischer Bildung, feinfühligem Urteil und eleganter Form des Ausdrucks zugleich in seltenstem Grade die Schlag- und Schreibfertigkeit des Journalisten besaß. Er war am 13. April 1799 als der Sohn eines Musikalienhändlers in Berlin geboren, sollte sich auf den Wunsch seines Vaters bei seiner musikalischen Begabung der Musik widmen, wendete sich aber der militärischen Karriere zu, wurde Artillerie-Offizier und weiterhin Lehrer für Mathematik und Geschichte in der Brigadeschule zu Berlin. Allein schon 1821 quittierte er den Dienst und widmete sich der Schriftstellerei. Dabei schrieb er u. a. die satirische Schrift „Henriette, die schöne Sängerin“, in der er sich über den maßlosen Enthusiasmus lustig machte, dem sich das Publikum stets bei dem Auftreten der Henriette Sontag, des vergötterten Lieblings jener Jahre, hingab. Doch zog er sich dadurch viele Unannehmlichkeiten und eine mehrmonatige Festungsstrafe zu. Nachdem er diese verbüßt hatte, trat er nunmehr in die Redaktion der „Vossischen Zeitung“ ein, zunächst als Referent für das Musikalische. Bald aber erweiterte er den Kreis seiner Tätigkeit, wurde die Seele der Zeitung und blieb es bis in die vierziger Jahre, bis zu dem Wendepunkte der politischen

Verhältnisse. In seinen Händen lag, wie Kletke berichtet,*) die gesamte feuilletonistische Berichterstattung über alle hervorragenderen Ereignisse des städtischen und gesellschaftlichen Lebens. Seine Tätigkeit, seine Arbeits- und Spannkraft waren bewunderungswürdig, nicht minder seine Befähigung, auch dem schon oft Besprochenen immer wieder eine neue Seite der Auffassung abzugewinnen und durch ein hohes Formtalent das Interesse daran lebendig zu erneuern. Dadurch gewann er nach und nach einen außerordentlichen Einfluß, ja, ein großer Teil des Berliner Publikums wagte lange Jahre hindurch, besonders in musikalischen Dingen, erst dann ein Urteil zu fällen, wenn sich Rellstab endgiltig in der „Vossischen Zeitung“ ausgesprochen hatte. Er war nach und nach der Berliner Muster-Journalist der vormärzlichen Zeit geworden.

Wenn schon die beiden Zeitungen der Hauptstadt Berlin ein höchst dürftiges Ansehen boten, so war dies natürlich bei den preußischen Provinzblättern in noch weit größerem Maße der Fall. Recht grell zeigte sich das bei einigen neuen Unternehmungen, die trotz der Ungunst der Zeit ins Werk gesetzt wurden. Das wichtigste war die Gründung der „Breslauer Zeitung“, oder, wie sie anfangs hieß, der „Neuen Breslauer Zeitung“. Das Blatt kam einem Bedürfnis entgegen, denn in dem verkehrsreichen Breslau mit 90000 Einwohnern erschien bisher nur die konservative „Schlesische Zeitung“ — aber in was für einem kläglichen Gewande trat die neue Zeitung am 1. Januar 1820 ans Licht! Sie erschien in kleinem Quartformat und zunächst nur einmal wöchentlich, da die Berliner Post, die die auswärtigen Blätter brachte, aus denen die politische Weisheit geschöpft werden mußte, nicht öfter in Breslau eintraf. Erst von 1828 ab kam die Zeitung täglich heraus.

Wahrscheinlich hätte sich die neue Zeitung auch nicht lange gehalten, wenn ihr Gründer nicht der originellste und populärste Mensch von Breslau gewesen wäre, durchaus geeignet, das Schifflein in dem seichten Fahrwasser doch immer so einigermaßen flott

*) Die Vossische Zeitung. Ein Rückblick. Voss. Ztg. 1872, Nr. 45.

zu erhalten. Es war Karl Schall, der Allerweltsfreund, der allbeliebte Gesellschafter, der große „Freudenmarschall“ Breslaus, der Sir John Falstaff der schlesischen Hauptstadt, der mit seinem unerschöpflichen Gelächter jedes Festessen, jeden Ball, jede Landpartie belebte und mit seinen geistsprühenden Toasten, drolligen Geschichten und losen Scherzen jeden Kreis zu amüsieren wußte. Eine etwas krause Lebensführung hatte ihn schließlich zur Gründung einer Zeitung veranlaßt. Er war am 24. Februar 1780 als der Sohn eines begüterten Kaufmanns zu Breslau geboren und sollte sich gleichfalls dem Handelsstande widmen. „Er mußte kurze Waren verkaufen lernen,“ schreibt Laube, der ihn noch persönlich kannte, mit einem Anflug von Satire,*) „und das lernte er so gut, daß er sich später nie mit etwas Großem abgeben konnte und bis an seinen Tod mit kurzen Waren handelte,“ d. h. sich immer nur auf der schäumenden Oberfläche des Lebens hielt. Nach dem Tode seines Vaters gab er das kaufmännische Geschäft auf, „begann seinen Herzensdrang auszuströmen in schuldlosen Charaden, schwärmerischen Gedichten, kleinen Lustspielen, las Goethe, lernte Englisch und Französisch, durchritt alle Geschichtswerke, verspeiste dabei Windbeutel, fuhr Schlittschuh, tanzte wie ein Gott, war generös, galant, liebenswürdig — alles in einem Atem,“ bis sein Erbteil verzehrt war. Der liebenswürdige geschäftige Müßiggang mußte ein Ende nehmen, und Schall sich nach einer Beschäftigung umsehen, die ihn einigermaßen ernährte. Die des Journalisten schien ihm die geeignetste zu sein, und bald gelang es denn auch den Einflüssen seiner vielen Freunde, für ihn von dem Fürsten Hardenberg die Konzession für eine zweite Breslauer Zeitung zu erlangen. Mit der ganzen Lebhaftigkeit seines Temperaments ging er im Verein mit einem Dr. Loebell ans Werk. Er suchte ein durchaus dem Geschmacke seiner Zeit entsprechendes Blatt zu schaffen. Alles Neue, was nur irgendwo auf der Oberfläche erschien, wurde besprochen; „wo er irgend eine

*) Heinrich Laube, Moderne Charakteristiken. Mannheim 1835, Bd. I. S. 159 ff.

Lücke, irgend einen Wink, ein offenes Auge, ein herausforderndes Lächeln sah," berichtet Laube, „da warf er einen Vers, eine Galanterie hin; es kam die bunteste Konversation in sein Blatt; er war einer von denjenigen Geistern, die das bewundernswerteste Gedächtnis der menus plaisirs haben; der kleinste Pulcinello-Wunsch des kleinsten Wesens ging bei ihm nicht verloren; er war eine der gewandtesten Kammerfrauen der Weltgeschichte .... Dabei natürlich auch einer jener Gourmands der Literatur, welche nur an allem herumlecken, lauter kleine Gedanken völlig aufzuputzen verstehen, nichts wollen als liebäugeln, eine charakterlose Kastratenwirtschaft einführen möchten, die keine Männer, sondern nur Ästhetiker sind." Von dem Jammer der Zeit verspürte man aber keinen Hauch; von den Enttäuschungen, unter denen alle Edeln der Nation schmerzlich litten, fiel kein Wort.

Im großen Publikum gefiel natürlich diese tändelnde, witzelnde, kosende Art ganz ausnehmend; die junge Zeitung prosperirte und gewann auch in der Provinz viele Leser. Laube behauptet deshalb von ihr, daß sie die Schlesier modernisiert habe; für den Adel, setzt er mit beißendem Hohn hinzu, sei sie außerdem die Universität der freien Künste und Wissenschaften gewesen; dieser habe seine ganze Weisheit aus ihr gesogen. Als sich aber 1830 das politische Leben wieder vertiefte, geriet Karl Schall in Schwierigkeiten; sein Ton wollte nicht mehr passen; allein er wußte keinen andern anzuschlagen. Doch half ihm der Tod bald über alle Verlegenheiten hinweg; er starb bereits am 18. Aug. 1833. Später entwickelte sich dann die Zeitung, wie wir noch sehen werden, zu einem großen führenden Blatte der liberalen Partei Schlesiens.

Eine andere neue politische Zeitung trat in Liegnitz am 1. Januar 1821 ins Leben, konnte sich jedoch nicht lange halten. Dasselbe Schicksal hatte der „Neue Elbinger Anzeiger", den Jakob von Riesen in Elbing gründete. Glücklicher dagegen war „Der Gesellige", den Karl Gotthilf Röthe vom 8. Juli 1826 ab in Kleinquart zu 10 Sgr. für das Vierteljahr in Graudenz herausgab. Das Blatt trat aber zunächst nur als Unterhaltungsblatt hervor; an die Politik wagte es sich vorläufig nicht heran.

Erst seit 1840 entwickelte es sich zu der bedeutenden Zeitung, die es heute ist. In dem „Weihegruß“ der ersten Nummer hieß es:

Die Erdenträume zu verschönen,
Uns in des Lebens bangem Streit
Und mit dem Schicksal zu versöhnen,
Ward eine Göttin uns geweiht,
Sie nennet sich Geselligkeit.

So erklärt sich der Titel „Der Gesellige“. Für die bescheidenen Ziele des Blattes vermochte denn auch ein begabter Sattlergeselle, Wilhelm Schumacher aus Danzig, längere Zeit als Redakteur zu genügen.

Die alten preußischen Provinzblätter blieben in dem in Rede stehenden Jahrzehnt sämtlich auf ihrem bisherigen Niveau stehen. Die „Schlesische Zeitung“ in Breslau kehrte ihre hochkonservativen Grundsätze womöglich noch schroffer heraus als bisher und gewann es auch über sich, die Karlsbader Beschlüsse als eine Maßnahme zu preisen, die das Wohl des Ganzen wie des Einzelnen bereits durch manche treffliche Aussaat gefördert habe. Sie wandte sich auch gegen die beginnenden Freiheitskämpfe der Griechen, die die Sympathie der ganzen gebildeten Welt hatten, und brachte es sogar fertig, den schändlichen Despotismus des wortbrüchigen Königs Ferdinand VII. von Spanien in Schutz zu nehmen und dabei auszurufen: „Wohin führen die Lehren der Liberalen? Sie befehden nicht nur allein die Throne, sondern auch die Gesellschaft und die Völker selbst; sie bedrohen nicht nur die Regierungen, sondern auch die einzelnen Bürger.“ Freilich deutet ihr Geschichtsschreiber Karl Weigelt wiederholt an, daß gar manches, was die Zeitung brachte, nicht aus dem Herzen des Redakteurs floß, sondern aufgedrungen wurde. „Die Presse wurde,“ schreibt er, „aufs äußerste eingeschränkt, und selbst Berichte über rein tatsächliche Vorgänge, die dem herrschenden System unbequem waren, mußten sofort im Sinne desselben durch Korrespondenzen ergänzt werden, an deren unbedingte Aufnahme die Existenzberechtigung einer Zeitung geknüpft war.“*) Um trotz

*) (Karl Weigelt), 150 Jahre Schlesische Zeitung. Bresl. 1892, S. 18.

alledem nun doch noch einigermaßen etwas zu bieten, was einigen Gehalt hatte, besprach die Zeitung ziemlich ausführlich die landwirtschaftlichen Interessen Schlesiens, die klimatische Beschaffenheit des Landes, die Notstände nach Mißernten und Überschwemmungen und brachte Vorschläge zur Abhilfe dieser Misère. Seit dem 1. Januar 1828 erschien sie auch täglich, mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Magdeburgische Zeitung“ suchte sich etwas freier zu halten und faßte daher Fuß in den bürgerlichen Kreisen der weiteren Umgegend, doch hatte sie auch fernerhin viel unter dem Drucke zu leiden, den das Intelligenz-Kontor in Magdeburg ausübte (vergl. S. 86), das schärfer vorging als die Intelligenz-Kontore in anderen Städten. Besonders hart betroffen wurde die Zeitung, als durch Kabinetts-Ordre vom 7. Juli 1824 noch eine wesentliche Erweiterung des sog. Intelligenz-Zwanges ausgesprochen wurde; denn die Ordre bestimmte, daß künftig außer den bisherigen auch noch die Verkaufsanzeigen von Büchern, Musikalien, Landkarten, Kupferstichen ꝛc. in das Intelligenzblatt eingerückt werden mußten, wenn sie in der Zeitung veröffentlicht werden sollten. Doch damit nicht genug: es wurde weiterhin sogar auf Betreiben des Verwalters des Magdeburgischen Intelligenzblattes durchgesetzt, daß alle Anzeigen auch gleich oft in den Intelligenzblättern wie in den Zeitungen inseriert werden mußten, und schließlich bestimmte noch eine vom General-Postmeister Nagler unterzeichnete Verordnung vom Jahre 1827, daß nunmehr auch alle Familien-Nachrichten den Intelligenz-Blättern einzuverleiben seien. Trotz dieser schweren Beeinträchtigungen war der Besitzer der Zeitung, Friedrich Faber, stets bereit, weitere Mittel zur Hebung seines Blattes daranzuwenden; er ließ vom 1. Januar 1829 ab die Zeitung sechsmal in der Woche erscheinen und suchte dem redaktionellen Teile eine größere Mannigfaltigkeit zu geben. Doch bedeutete ihn dabei der Zivil-Gouverneur Staatsminister von Klewitz, daß er zwar politische Nachrichten bringen dürfe, allein eine Meinung über diese Dinge nicht zu äußern habe. Damit hatte sich aber die obrigkeitliche Bevormundung noch lange nicht genug getan. Sie ging sogar soweit, daß der Oberpräsident

der Provinz Sachsen zwar dem Verleger auf dessen Ersuchen gestattete, die amtlichen Meldungen der Wasserstände der Elbe und Saale zu veröffentlichen — jedoch nur bei außerordentlichen Fällen! Unter diesen Verhältnissen bewies der Verleger in der Tat eine große Tapferkeit, daß er nicht schließlich auf die Fortsetzung seines Unternehmens verzichtete.

In dem benachbarten Burg gab der Magister Colbatzky (auch von Czlolbzaczky), der in Halle seines Blattes verlustig gegangen war (vergl. Bd. II, S. 152) — wahrscheinlich schon seit Sommer 1809 — eine in volkstümlichem Tone gehaltene Zeitung heraus, die er anfangs „Burgscher Kurier", dann, um die Verbindung mit seiner Vaterstadt aufrecht zu erhalten, „Hallescher Burgscher Kurier", weiterhin „Halle-Burgscher Kurier" und endlich „Halle-Burgsche Kurierzeitung" nannte. Nach seinem 1842 erfolgten Tode leitete sein Sohn die Zeitung in dem bisherigen Tone weiter, bis dann Ende 1848 aus dem Blatte die modernisierte „Burgsche Zeitung" wurde.

Die Zeitungsverhältnisse in Halle erfuhren insofern eine Veränderung, als der Tieftrunksche „Kurier", der zuletzt den hochtrabenden Titel „Deutschlands Kurier- oder Staatsbote" getragen hatte, in der Mitte der zwanziger Jahre aufhörte, worauf Gustav Schwetschke am 1. Jan. 1828 ein neues Blatt „Hallischer Kurier, Zeitung für Stadt und Land" ins Leben rief. Doch betrachtete er sich dabei gewissermaßen als der Nachfolger Tieftrunks und bezahlte als solcher die betreffende Abgabe an das Waisenhaus bis 1848 weiter (vergl. Bd. II, S. 153).

Doch nicht nur in den alten preußischen Provinzen, auch im Westen der Monarchie, wo sich nach den Befreiungskriegen ein so frisches politisches Leben entwickelt hatte, zeigte sich während der zwanziger Jahre allerwärts eine klägliche politische Öde. Görres, Mallinckrodt, Weitzel waren zum Schweigen gebracht; kein freies Wort wagte sich mehr hervor. Das einzige Blatt von einiger Bedeutung war jetzt die „Kölnische Zeitung", aber sie ließ doch nicht im Entferntesten ahnen, daß sie sich einst zu einem Weltblatte entwickeln werde. Nach amtlicher Feststellung (die wegen des eingeführten Zeitungsstempels erfolgte) hatte sie 1822

eine Auflage von 2086 Exemplaren; von diesen wurden 830 in Köln abgesetzt, während 1256 nach auswärts gingen. Diese Auflage blieb während der ganzen zwanziger Jahre fast unverändert. Der einzige kleine Fortschritt, welcher gemacht wurde, bestand darin, daß die Zeitung vom 1. April 1829 ab sechsmal wöchentlich erschien. Ihre Haltung blieb ausgesprochen katholisch. Beim Tode Napoleons brachte sie einen geradezu unwürdigen „Bericht eines deutschen Biedermanns" (Nr. 121 vom 31. Juli), in welchem der sterbende Kaiser beständig über seine „Unreife" klagt. Im übrigen waren ihr Herausgeber und seine resolute, eifrig mit tätige Frau angelegentlich bestrebt, das Zeitungsgeschäft möglichst einträglich zu machen. Noch heute erzählt man sich gern in Kölner Kreisen, wie Frau Du Mont dem Inseratenwesen des Blattes mit vieler Umsicht vorstand und an jedem Donnerstag sorgsam darauf achtete, ob die holländischen Fischer auch mit der üblichen Schellfischfracht vor Köln eingetroffen seien. Erschienen sie rechtzeitig, so schickten die Fischhändler auch sofort noch die entsprechenden Inserate. Brachte nun der zum Ausspähen an den Rhein geschickte Setzerlehrling die erwünschte Kunde, so rief Frau Du Mont mit kräftiger Stimme auf gut Kölnisch dem Metteur der Setzerei zu: „Werft de Türkei erus, de Egmonder Schellfesch sinn do!" Und schleunigst wurde der Artikel über die Türkei entfernt und damit Platz für die Schellfisch-Inserate geschaffen.

Von den beiden andern Kölner Blättern, dem „Welt- und Staatsboten" und dem „Verkündiger", erschien das erstere nur in einer Auflage von etwa 1000 Exemplaren, und das letztere hatte sogar kaum eine Auflage von 350 Exemplaren.

Eben so dürftig wie in Preußen sah es im übrigen Norddeutschland im Zeitungswesen aus. Von den drei Hansestädten hatte vornämlich Hamburg im 18. Jahrhundert eine große Zeitungsliteratur aufzuweisen gehabt; nach den schweren Schicksalsschlägen 1813 konnte sich die Hamburgische Presse aber auch in den zwanziger Jahren noch nicht wieder genügend erholen. Doch erfreute sie sich etwas günstigerer Zensurverhältnisse, so daß sich der preußische Geh. Ober-Regierungsrat Schöll (wie schon er-

wähnt wurde) in der an die Oberpräsidenten erlassenen Instruktion zur Überwachung der Presse vom 25. August 1820 ausdrücklich gegen die Hamburger Blätter wandte und die Oberpräsidenten anwies, den Redakteuren zu untersagen, Nachrichten über das Ausland aus den Hamburger Zeitungen zu nehmen, „die gewöhnlich falsche Gerüchte verbreiten." In Wahrheit brachten sie sehr wohl das Richtige, aber unretuschiert, so u. a. über den finstern Despotismus Ferdinands VII. von Spanien, was aber in Preußen nicht gestattet war. Das bedeutendste Blatt blieb nach wie vor der „Hamburgische unparteiische Korrespondent", der jedoch noch während der ganzen zwanziger Jahre nur viermal in der Woche und auch nur in Klein-Quart erschien. An Stelle des Legationsrates Dr. Stöver, der 1822 starb, übernahm zunächst K. F. A. Hartmann, aus Forsta in der Niederlausitz gebürtig und seit 1818 Professor der Geschichte am Hamburger akademischen Gymnasium, die Redaktion, und nach dessen 1828 erfolgten Tode ging die Leitung des Blattes am 1. Oktober 1828 an A. M. Runkel aus Altona über, der sie sodann nahezu vierzig Jahre, bis 1865, innehatte. Aus den Lebensschicksalen der drei übrigen Hamburger Zeitungen (vergl. S. 110) ist nur eine Titeländerung hervorzuheben. Die „Adreß-Kontor-Nachrichten" nannten sich vom 2. Februar 1826 ab „Hamburgische Neue Zeitung und Adreß-Kontor-Nachrichten". Ferner ist zu registrieren, daß seit 1825 noch ein neues kleines Blatt, „Der Freischütz", doch zunächst wöchentlich nur einmal, in Hamburg herauskam, das sich aber fast nur mit Theaterkritiken befaßte. Später entwickelte sich der „Freischütz" zu einer großen, sehr beliebten Zeitung.

In Bremen begnügte man sich mit der schlichten „Bremer Zeitung", die schon seit 1813 erschien, und dem „Bürgerfreund", der seit 1816 herauskam. In Lübeck kamen auch fernerhin die „Lübeckischen Anzeigen" heraus, die sich mit Vorliebe den ökonomischen Fragen widmeten und 1824 die Abfahrt des ersten Dampfbotes von Lübeck nach Kopenhagen in besonders gehobenem Tone feierten.

Die Presse in Süddeutschland war etwas mannigfaltiger und bot verschiedene charakteristischere Erscheinungen; der schwere

Druck der Karlsbader Beschlüsse lastete aber hier ganz ebenso erstickend, wie in Norddeutschland. Auch hier durfte kein Laut hörbar werden, der die Regierungen irgendwie genierte, kein Wort über das fallen, was einst feierlich versprochen war und nun nicht gewährt wurde. Und darum macht auch die süddeutsche Zeitungsliteratur der zwanziger Jahre nur einen trübseligen Eindruck.

In die Frankfurter Journalistik trat eine neue Persönlichkeit mit Karl Peter Berly, der sich sehr bald als der Typus eines politischen Redakteurs der Metternichschen Zeit entwickelte. Schon in seinem Äußeren kennzeichnete er sich als einen solchen. Stets war er gemessen, vornehm, zugeknöpft wie ein Diplomat. Aus seinem immer glatt rasierten Gesichte sprach eine gewisse Würde, besonders seit er den Titel eines Hofrates führte. Dieser soll ihm, so sagte man, verliehen worden sein, weil er niemals versucht habe, den Höfen einen Rat zu geben. Jederzeit war sein Haar in zierliche Löckchen gelegt, ganz wie bei Metternich und Gentz. Von der Wichtigkeit seines journalistischen Berufs war er, wie Riehl erzählt, der ihn noch persönlich kannte*), vollständig durchdrungen; er übte ihn mit Passion, aber nicht mit Leidenschaft. Doch war er erst auf einem Umwege zum Journalismus gelangt. Am 10. November 1781 zu Frankfurt a. M. geboren, lernte er zunächst in einem Frankfurter Handelshause, stand dann von 1804 mehrere Jahre in koburgischen Diensten und wurde wirklicher Finanzrat, verlor aber bei den politischen Umwälzungen seine Stelle, lebte hierauf, von 1811 an, als Privatlehrer in seiner Vaterstadt, bis er 1821 in die Journalistik eintrat und die Redaktion der „Zeitung der freien Stadt Frankfurt“ übernahm. Diese führte er darauf bis 1829; während der Jahre 1827 und 1828 redigierte er auch das Beiblatt „Iris“. Von Bedeutung wurde seine journalistische Tätigkeit jedoch erst, als er die nicht mehr lebensfähige Zeitung (die dann auch am 30. Juni 1831 einging) aufgab, in die Dienste des Fürsten von Thurn und Taxis

*) W. H. Riehl, Kulturgeschichtliche Charakterköpfe. Stuttgart 1891, S. 75 ff.

trat und Redakteur der „Oberpostamtszeitung“ wurde. Unter seiner vorsichtigen und sorgfältigen Redaktion hob sich die „Oberpostamtszeitung“ rasch ganz außerordentlich, doch wird dies erst im zweiten Kapitel dieses Abschnittes weiter darzulegen sein.

Die beiden anderen Frankfurter Blätter von einiger Bedeutung, das „Frankfurter Journal“ und das „Journal de Francfort“, erhielten sich nur mühsam am Leben. Das erstere suchte sich hin und wieder durch eine liberale Anwandlung etwas interessanter zu machen, doch durfte diese Neigung nur so schüchtern zu Tage treten, daß sie vom Publikum kaum bemerkt werden konnte und darum fast ganz wirkungslos blieb. Als die Nachricht vom Tode Napoleons kam, druckte das „Journal“ den Nekrolog der „Morning Chronicle“, des Londoner Oppositionsblattes, ab (in Nr. 194 u. 195), in welchem die englischen Minister angeklagt wurden, das Dahinsiechen des Verstorbenen verschuldet zu haben. „Die Geschichte von dem Schlusse seines Lebens“, hieß es da, „ist alles, nur nicht ehrenvoll für diejenigen, die die Geschäfte Englands leiten, und ebensowenig für die Nation selbst.“ Zu diesem Eintreten für Napoleon gehörte immerhin ein gewisser Mut.

Noch behutsamer als das „Frankfurter Journal“ war nach und nach das „Journal de Francfort“ geworden, das noch im vorigen Jahrzehnt seine Leser immer recht gut über Frankreich orientiert hatte. Jetzt zeigte es keine ausgesprochen französische Tendenz mehr, sondern gravitierte vielmehr, wie Riehl berichtet, nach dem Norden und wurde vorzugsweise von Leuten gehalten, die durch das regelmäßige Lesen einer französischen Zeitung ihre Sprachkenntnisse täglich wieder auffrischen wollten, denen aber die Pariser Blätter zu teuer waren. In diesem Sinne wurde es sogar auf Gymnasien zur Privatlektüre empfohlen.

In vollständiger Schweigsamkeit mußte auch in den zwanziger Jahren noch die Presse Badens verharren. Der Minister von Berstett fand die Karlsbader Beschlüsse so vortrefflich, daß er durch den Bundestagsgesandten in Frankfurt erklären ließ: „Baden drückt seinen ehrfurchtsvollen Dank für die von Sr. Majestät dem Kaiser von Österreich für das Beste des deutschen

Bundes und seine innere Ruhe bewiesene Sorgfalt aus.“ Bei solchen Anschauungen blieben natürlich alle die feurigen Worte eines Rotteck und Liebenstein zu Gunsten der Preßfreiheit und Denkfreiheit vollständig wirkungslos, und tiefbekümmert schrieb der erstere an Brockhaus: „Was und wieviel darf man noch sagen oder drucken bei Ihnen? Bei uns im Badischen kann ich durchaus nichts Politisches mehr drucken lassen, weil jeder auch nur halbwegs freie Ausdruck, jedes nicht vollends knechtische Wort von dem Zensor gestrichen wird.“

Ähnlich lagen die Verhältnisse in Württemberg. Dort war am 7. Februar 1823 eine strenge Zensur-Instruktion an sämtliche württembergische Regierungen erlassen worden, und vom Ministerium aus wurde sorgfältig kontrolliert, ob die Zensoren auch genau den Anweisungen nachkamen. Waren sie zu milde, so erhielten sie einen Verweis. Und so erschien denn auch eines Tages im Regierungsblatt eine von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten kontrasignierte Bekanntmachung, nach welcher dem Zensor Geheimen Legationsrat von Bilfinger, „wegen unterbliebener Entfernung verschiedener, mit den bestehenden Zensur-Vorschriften unvereinbaren Stellen eine öffentliche Zurechtweisung auf höchsten Befehl zuerkannt“ wurde.

Unter diesen Umständen war es dem „Schwäbischen Merkur“, der einzigen politischen Zeitung von Bedeutung, in dieser traurigen Periode, niemals möglich, sich zu einem höheren politischen Bewußtsein emporzuschwingen, was schon ein Blick auf die Überschriften zeigte. Da stehen lange Jahre: „Bundesversammlung“, dann „Preußen“, „Bayern“, „Hessen“, „Lippe“ u. s. f., aber erst seit 1829 erscheint wieder die Überschrift „Deutschland“, doch neben demselben „Österreich“ und „Preußen“ als besondere Mächte. Die Empfindung für ein gesamtes deutsches Vaterland fehlt vollständig. Es durfte ihrer aber auch gar nicht Ausdruck verliehen werden, und darum spielen denn die Vorgänge im Auslande, die Verhandlungen in der französischen Deputiertenkammer und der griechische Aufstand, eine viel größere Rolle, als die heimischen Vorfälle; nur der Tod Napoleons wird kurz abgemacht. Während vor zehn Jahren sich die Zeitung in ehrfurchtsvoller Er-

gebenheit gar nicht genug tun konnte, berichtet sie jetzt nur „Buonaparte ist nicht mehr“, und dann folgen einige Notizen über Krankheit, Tod und Begräbnis, ohne jede politische Betrachtung.

Welche idyllischen Redaktionsverhältnisse damals beim „Schwäbischen Merkur“ bestanden, schildert Otto Elben in seiner „Geschichte des „Schwäbischen Merkurs“. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Redaktion, erzählt er, galt die genaue Kontrollierung der Königstraße. Kam dort ein Staffetenreiter daher, so gab's unzweifelhaft etwas Neues, und es wurde beobachtet, wohin er sich wendete. Im Dezember 1825 rollte nun sogar eines Tages eine Postkutsche die Straße herauf; eiligst ward ihr ein Laufjunge nachgeschickt, und bald brachte dieser die Nachricht: Die Kutsche ist in den innern Schloßhof gefahren, ein Kurier ist am Portal abgestiegen. Jetzt wurde ein Buchhalter ins Geheime Kabinett des Königs geschickt, der darauf die Kunde von dem am 1. Dezember zu Taganrog erfolgten Hinscheiden des Kaisers Alexander von Rußland brachte. Die Zeitung meldete dies Ereignis nun in ihrer Nr. 306 vom 21. Dezember. Die Nachricht hatte also drei Wochen gebraucht, um von Taganrog zum „Schwäbischen Merkur“ zu gelangen.

In der inneren Verwaltung des „Schwäbischen Merkurs“ trat Ende der zwanziger Jahre insofern eine Änderung ein, als Prof. Chr. Gottfr. Elben, der Gründer des Blattes, am 4. Februar 1829 starb, und darauf seine beiden Söhne Karl und Dr. Emil Elben, von denen der erstere bereits 1817, der letztere 1823 in das Geschäft eingetreten war, die Leitung übernahmen.

Neue Zeitungen kamen in Württemberg nicht auf. Eine „Neckar-Zeitung“, die Friedrich Seybold 1820 ins Leben rief, erlag bald den Zensurkalamitäten; ein „Teutscher Beobachter“, der von S. G. Liesching im August 1822 in Stuttgart gegründet wurde und für die politische Einheit Deutschlands eintrat, wurde zunächst in Preußen und Frankreich verboten und dann von der württembergischen Regierung nach einer kümmerlichen Existenz von dreiviertel Jahren unterdrückt. Zudem wurde Liesching noch dadurch bestraft, daß er fünf Jahre lang bei keiner Redaktion einer

anderen periodischen Zeitschrift mit politischer Tendenz zugelassen werden durfte. Die Konzession zur Herausgabe weiterer politischer Blätter, um welche verschiedene Buchhändler baten, wurde verweigert.

Recht mißlich gestalteten sich mehr und mehr die Preßverhältnisse in Bayern, weil sich die bayrischen Staatsmänner jetzt an Österreich anzulehnen begannen und die Ansichten Metternichs über die Presse nach und nach vollständig zu den ihrigen machten. Die Augsburger „Allgemeine Zeitung" geriet dadurch in immer größere Verlegenheit. Sie sollte ein großes politisches Blatt sein und konnte oft genug nicht einmal das sagen, was der benachbarte „Schwäbische Merkur" frei und offen berichten durfte. In einem Briefe vom 26. Juni 1822 klagt der Redakteur Stegmann, wenn er nur Zeit hätte und nicht auch krank wäre, würde er Cotta seine Gedanken über die Möglichkeit oder vielmehr Unmöglichkeit, eine allgemeine Zeitung zu schreiben, ausführlich darlegen; die Schranken seien allzu eng geworden.*) Dabei sollte es aber noch schlimmer kommen, denn am 15. Juni 1823 wurde die Zensur auch auf den in der „Allgemeinen Zeitung" so wichtigen nicht-politischen Stoff ausgedehnt, und außerdem durfte über die bayrische Ständeversammlung nichts mehr ohne besondere Erlaubnis der Regierung und dann nur in der von der Regierung vorgeschriebenen Form veröffentlicht werden.

Die Folgen dieser verschärften Zensur-Vorschriften blieben nicht aus. Als die „Allgemeine Zeitung" mitteilte, daß das offizielle England eine für Spanien günstige Haltung eingenommen habe, — eine Meldung, die der „Schwäbische Merkur" in seiner Nummer vom 25. Juni 1823 ungehindert bringen durfte — strich der Zensor die Stelle und setzte noch für die Redaktion hinzu: „Diese Nachrichten können bei der Nichtoffizialität derselben und bei den gemachten Eröffnungen nicht gegeben werden." Sie wurden einfach unterdrückt, weil Österreich und somit auch Bayern auf der Seite Ludwigs XVIII. standen, der Spanien den Krieg erklärte, um die dortigen Konstitutionellen

*) Ed. Heyck, Die Allgemeine Zeitung. München 1898, S. 216.

niederzuwerfen. Da nun aber die Zeitung doch unmöglich nu „Offizielles“ bringen konnte, so wandte sich Cotta unter de 28. Juni 1823 in einem Briefe an den bayrischen Ministe Grafen Rechberg und führte aus, daß unter solchen Umstände und wenn selbst Beschlüsse und Reden aus dem englischen Par lamente „bei der Nichtoffizialität“ der Nachricht nicht mehr ge bracht werden könnten, die Aufgabe der „Allgemeinen Zeitung bis zur Unmöglichkeit in Frage gestellt werde. Er tue alles, u Unparteilichkeit und Mäßigung zu beweisen, und gebe auch, wi anerkannt werden müsse, die „Allgemeine Zeitung“ gern zum In strumente der Regierungszwecke her; er sei auch durchaus fü Zensur, aber die „Unparteilichkeit und Anhörung aller Parteien die Selbständigkeit“ möge durch sie seiner in ganz Europa geach teten Zeitung doch nicht geraubt werden. Die Antwort des Mi nisters war aber sehr kühl. Die Zensurweisungen gegenüber de „Allgemeinen Zeitung“, erwiderte er, bezweckten nur, dem Blatt „den leider nicht immer bewährten Ruf der Unparteilichkeit zu er halten und ihm dadurch den Beifall der Kabinette sowohl, al des gebildeten Publikums, wie den fortwährenden Schutz de Regierungen zu sichern.“ Der Hinweis auf den „Schwäbische Merkur“ besage nichts, denn es sei bekannt genug und erst kürz lich auf eine sehr unerfreuliche Weise öffentlich zur Sprache ge kommen, daß die zu Stuttgart erscheinenden Zeitungen nach gan anderen Grundsätzen und Ansichten redigiert würden. Es blie also dabei, daß nur Nachrichten offizialen Charakters gebrach werden sollten.

Allein Cotta wollte sich unter dieses Joch nicht beugen; e unterließ es, seinen Korrespondenten die entsprechenden Weisunge zu geben, und infolgedessen hatte die „Allgemeine Zeitung“ jetz unter massenhaften Streichungen zu leiden. Selbst solcher Stoff, de den Stuttgarter, Frankfurter, Hamburger und sogar auf bayrische Boden den Nürnberger Blättern durchging, wurde vom Zenso schonungslos getilgt. Von den teuer bezahlten Pariser Sendunge war kaum noch das letzte, das uninteressanteste Achtel, durch die Zensu hindurchzubringen.*) In dieser Not war Cotta eben im Begriff

*) Heyck, S. 219 ff.

ıoch einmal mit einer Eingabe an die bayrische Regierung enden, als ganz unerwartet eine kleine Besserung der Verısse einzutreten schien. Auf wessen Veranlassung diese herührt wurde, kann nicht mehr dargelegt werden. Offenbar Cotta auch an geeigneter Stelle in Wien seine Klagen vor.cht, und darauf richtete der königlich kaiserliche Bücherrevisor ›recht in Stuttgart unter dem 22. Juli 1823 ein Schreiben hn (oder an die Redaktion der „Allgem. Ztg."), in welchem hrieb: Da ihm der Adressat (doch wohl Cotta) so loyale und ane Gesinnungen ausgedrückt und sich insbesondere bereit ırt habe, „die wohlwollenden ... Absichten der österreichischen ierung in Handhabung einer geregelten Preßfreiheit ... durch allerkräftigsten Maßregeln zu unterstützen ..., so kann die rreichische Regierung keinen anderen Wunsch hegen, als daß sämtlichen ... Redakteurs ... auch von diesem preiswürdigen ıste beseelt sein mögen." Die österreichische Regierung müsse auf dringen, „und sie darf und wird hierzu den Beistand aller ıtschen Bundesstaaten und der fremden Mächte kräftigst in Anuch nehmen, daß nebst der gebührenden Ehrfurcht für die kalische Religion und einer wechselseitigen, alle Reibungen ausließenden Duldung der übrigen Religionsparteien künftig in poscher Hinsicht allein nach den Grundsätzen der heiligen lianz fürgegangen werde, mithin in Behandlung der ıgesgeschichte ... diese Tendenz die vorherrschende sei."

Der österreichische Zensor in Stuttgart hatte also die Fäden r die bayerische Preßaufsicht in der Hand und schaltete und altete wie im eigenen Lande, und Cotta mußte dies sogar s einen Glücksumstand ansehen! Zu solchen ungeheuerlichen erhältnissen hatten sich die Preßverhältnisse verschoben.

Die leichte Schwenkung zum Erträglicheren war übrigens ur von kurzer Wirkung. Zu Ende des Jahres 1823 trat eine ärkere Hinneigung Bayerns zu Frankreich ein; man wollte bsolut an der Isar große Politik treiben, und die Folge war, aß an den Zensor in Augsburg die Weisung erging, fortan lles, was überhaupt auf eine Opposition gegen die französische Regierung und auf den Liberalismus in Frankreich Bezug nehme,

zu streichen. Darauf ging der Zensor so handfest zu Werke, daß sogar der Minister Graf Rechberg sich veranlaßt sah, ihm be einer Audienz zu bemerken, daß er so streng denn doch nicht vorzugehen brauche; er möge sogar hie und da auch einmal eine „Oppositions“-Artikel passieren lassen, allerdings nicht ohne vorsichtige Auswahl und nicht ohne zur Bedingung zu machen, daß auch jeweils Artikel im entgegengesetzten Sinne aufgenommen würden.

Nun verfuhr der Zensor wieder etwas milder, immerhin war der Inhalt der Zeitung beständig so kläglich, daß die Abonnentenzahl von 4089 im Jahre 1823 auf 3602 im Jahre 1824 herabsank.

Doch die einigermaßen erträglichere Zeit dauerte nicht lange es kam ein neuer Zensor, und dieser dekretierte (wie Stegmann unter dem 17. Febr. 1815 an Cotta schrieb), die „Allgemeine Zeitung“ dürfe durchaus nichts bringen, was möglicherweise ein französischer Minister übelnehmen könne, gesetzt auch, daß das Gleiche schon in französischen Zeitungen gestanden habe. Und wiederum wurde alles gestrichen, was nur einigermaßen nach Liberalismus aussah, oder auch nur die geringste Mißbilligung der kraß-reaktionären Regierung Karls X. enthielt.

Mühselig schleppte sich die Zeitung durch die weiteren Jahre des traurigen Dezenniums.

Am kläglichsten im ganzen Gebiete des deutschen Bundes sah es aber in der österreischen Presse aus. Hier war, wie schon S. 158 bis 168 und S. 256 bis 259 ausgeführt wurde, jede geistige Bewegung unmöglich; die beiden Blätter der Hauptstadt, die „Wiener Zeitung“ und der „Österreichische Beobachter“, blieben daher auch jetzt noch die beiden einzigen nennenswerten politischen Zeitungen des Kaiserreichs, und davon gab sich die erstere nach wie vor in ängstlicher Gemessenheit als der Hof- und Staatsanzeiger, während die letztere, speziell das Organ von Gentz, sich in hohlen Phrasen erging und immer aufs neue in hochfahrendem Tone das herrschende Regierungssystem zu rechtfertigen suchte. Es verlohnt nicht, näher darauf einzugehen. Die Provinzblätter blieben auch weiterhin nur der matte Wider-

.n der beiden Wiener Zeitungen. Die „Prager Zeitung" :ete, um doch einigermaßen dem Wunsche ihrer Leser zu ent- chen, am 1. Januar 1828 „Unterhaltungsblätter" ein, die ınn als Beilage an jedem vierten Tage erschienen. Sie wur- von Prof. Anton Müller (geb. 1792, gest. 1843) redigiert, sich besonders als geistreicher Theater- und Musikrezensent ;zeichnete. Später entwickelte sich aus diesen „Unterhaltungs- ttern" die „Bohemia".

Die Zeitschriften der zwanziger Jahre. Brockhaus über die Seichtheit der urnale. Die alten Zeitschriften. Der „Hermes". Er erhält mehr und hr einen politischen Charakter. Sein Inhalt. Rotteck über den „Hermes"; ällner über ihn. Brockhaus Antwort darauf. Der „Hermes" unter K. Schmid. Die „Wiener Zeitschrift"; ihre Mitarbeiter. Grillparzer und s Blatt. Das „literarische Wochenblatt" unter Brockhaus' Redaktion; ssen Konflikte mit der preußischen Regierung. Muß zweimal den Titel dern. Das „Morgenblatt". Heine über die Zahmheit des Blattes. Wil- lm Hauff übernimmt die Redaktion. Sein Konflikt mit Cotta. Sein Tod. :r „Gesellschafter". Heinrich Heine und das Blatt. Bringt die „Harzreise". ıe „Abendzeitung". Ihr kläglicher Inhalt. Verspottet von Hauff und ıube. Kleinere Journale. Die neuen Zeitschriften, das „Mitternachtblatt" ın Müllner. Die „Berliner Schnellpost" und der „Berliner Kurier" von aphir. Der Saphirsche Witz. Heine und Holtei über ihn. Die sonstigen :uen Zeitschriften. Goethe über die Journalliteratur der zwanziger Jahre.

Wie auf den Zeitungen, so lasteten natürlich auch auf den Zeitschriften die Karlsbader Beschlüsse wie ein schwerer Alb. Das rische Leben, das die „Nemesis", die „Kieler Blätter", die „Isis", ie „Wage", die „Zeitschwingen" in die Journalliteratur gebracht atten, war erstorben; immer seichter, immer kläglicher, immer rbärmlicher wurde unter der scharfen Kontrolle der Zensoren der Inhalt. „Unser Journalwesen ist in Deutschland ein glänzendes Elend", schreibt Friedrich Arnold Brockhaus im Sommer 1823 ın den Professor Karl Ernst Schmid in Jena. „Fast alle Zeit- chriften kämpfen mit dem Hungertode, und nur wenige, die ent- weder durch altes Herkommen in alle Lesezirkel einmal eingeführt

sind, oder deren Gemeinheit sie in solche führt, gedeihen wahrhaft. Wer hält für sich ein Journal?“ Und zugleich klagt er in einem Briefe an Professor F. L. W. Meyer, den Biographen des berühmten Schauspielers Friedrich Ludwig Schröder, über die „Plackereien mit der Zensur hier (in Sachsen), und wieder mit einer zweiten in Berlin und die elenden Verbote in Österreich.“ „Und diese Menschen, die solche Albernheiten verordnen“, ruft er verzweifelt aus, „die wollen die Welt durch Kongresse und Bajonnette regieren! Wir sehen, fürchte ich, noch großen Bewegungen entgegen; haben die Parteien jemalen einander so schroff entgegengestanden?“ Aber er beschwert sich auch über die Haltung der Schriftsteller. „Eine traurige Erscheinung ist ferner die Gemeinheit, welche in unserer Tagesliteratur herrscht, und die Verachtung, welche dadurch auf die deutschen Schriftsteller herabfällt. Anstatt sich in dem Kampfe gegen Pfaffentum und Junkertum — denn in diesen beiden ‚tümern‘ steckt tausendfältig nuanciert der Feind verborgen — zu unterstützen, gefallen sie sich in erbärmlichen kleinlichen Zänkereien und in knechtischem Beginnen.“ Diesen Beschuldigungen gegenüber ist aber doch hinzuzusetzen, daß es den Schriftstellern jener Zeit schlechterdings nicht möglich war, einen offenen Kampf gegen die Reaktion zu unternehmen; jedes Wort des Tadels wurde ja doch vom Zensor sofort gestrichen.

Es war also ganz selbstverständlich, daß ein Journal von ausgesprochen politischem Charakter und nachdrücklich liberaler Tendenz in den zwanziger Jahren gar nicht erscheinen konnte. Um diesem Mangel aber doch wenigstens einigermaßen abzuhelfen, suchte Brockhaus seiner literarischen Zeitschrift „Hermes“ (wie schon S. 232 erwähnt wurde) mehr und mehr einen politischen Charakter zu geben. Aber aus Sorge, die Zensur könne ihm alsbald einen Streich spielen, verlegte er den Druck und Verlag der Zeitschrift ins Ausland, nach Amsterdam, dem Ausgangspunkte seiner buchhändlerischen Wirksamkeit. Der ganze Jahrgang 1820 des „Hermes“ erschien daher scheinbar in Amsterdam, und erst als sich herausstellte, daß die Behörden doch etwas mehr Nachsicht übten, als er erwartet hatte, bekannte der „Hermes“ wieder Leipzig als seinen Heimatsort.

Über die Schwierigkeit der veränderten Haltung der Zeitschrift war sich Brockhaus vollständig klar. „Bei dem jetzigen Zustande der Presse in Deutschland", schrieb er an Johannes Weitzel in Wiesbaden, „wird sich kaum erwarten lassen, daß noch Schriften erscheinen werden, welche Gelegenheit zu politischen Untersuchungen darbieten dürften, und es wird daher eine Art von Kunst werden, einen Faden zu finden, an welchem man dergleichen Untersuchungen und Betrachtungen wird anknüpfen können. Doch wird es daran nie ganz fehlen, da man besonders ja auch die ausländische Literatur zu Hülfe nehmen kann." Seine Bemühungen, „gewandte Federn" ausfindig zu machen, waren denn auch nicht vergebens; eine ganze Reihe hervorragender liberaler Männer — darunter Rotteck, Fries, Krause, Paulus, Wegscheider, Wilhelm Grimm, Wilibald Alexis, Freiherr von der Malsburg, Wilhelm Müller in Dessau u. a. — wurden Mitarbeiter des „Hermes", und der Absatz der Zeitschrift steigerte sich dermaßen, daß sich Brockhaus verpflichtet fühlte, im 6. Stück von 1820 „dem gesamten deutschen Publikum für die ausgezeichnete Aufnahme des Journals zu danken".

Den Inhalt der Hefte des „Hermes" bildeten eingehende politische Essays über die wichtigsten Tagesfragen, namentlich über die Verhandlungen der württembergischen, bayrischen und badischen Landtage, die damals als die Vorschule des konstitutionellen Lebens in Deutschland im Vordergrunde des Interesses standen, die Hegelsche Rechtsphilosophie, das Schopenhauersche Hauptwerk „Die Welt als Wille und Vorstellung", das Auftreten des Mystizismus und Somnambulismus, die Nachblüte der Romantik, die Schicksalstragödie, ferner über Goethes „Divan" und die mannigfachen Übersetzungen des Tasso, Calderon, Milton rc.

Den Wert dieser vielen ausgezeichneten Beiträge, die alle von einer gewissen, wenn auch immerhin stark gedämpften nationalen Grundstimmung getragen wurden, erkannte besonders Rotteck lebhaft an. „Nach der jetzigen Lage der Dinge," schrieb er an Brockhaus, „kann Ihr Institut einen ganz unschätzbaren Wert und eine wahrhaft welthistorische Bedeutung erhalten, und ich weide mich mit patriotischer Freude und mit inniger Hochachtung für den

edeln Urheber und Lenker des Instituts an der Vorstellung des Großen und Guten, welches dadurch ausgeführt oder zur Reife befördert werden mag. Sie werden unzähligen Wohlgesinnten ein Schöpfer des Trostes, der Bekräftigung werden, und der Zeitgeist wird sich freudig Ihrer Waffe bedienen, um die ihm trotzenden Ministerialbefehle zu zernichten."

Einen andern Standpunkt, ganz seiner niedern Gesinnung entsprechend, nahm Müllner ein; er wies auf das glänzende pekuniäre Geschäft hin, das Brockhaus mit seiner liberalen Zeitschrift wohl machen müsse, worauf dieser ihm die entsprechende Aufklärung gab. „Wer den ‚Hermes' für eine kaufmännische Spekulation hält", schrieb er ihm, „der kennt die Geschichte unserer kritischen Institute wenig. Fast keins existiert ohne Unterstützung vom Staat, und die Wiener ‚Jahrbücher', welchen dieselbe Idee wie dem ‚Hermes' zum Grunde liegt, mußten, um zu entstehen, und müssen nun, um fortzudauern, zur Hälfte aus der kaiserlichen Privatkasse bezahlt werden . . . Deshalb konnte auch ich nicht erwarten, beim ‚Hermes' zu gewinnen, das ich auch im ersten Jahre gewiß nicht getan, sondern dabei sehr bedeutend zugesetzt habe, was mich übrigens nicht abhält, das Institut fortzusetzen, da ich es für nützlich halte und es mit der Zeit mich hoffentlich schadlos halten dürfte, welches alles ist, was ich wünsche."

Ein halbes Jahr später konnte Brockhaus an den Professor K. E. Schmid in Jena schreiben: „Ich bin jetzt nahe daran, mit dem ‚Hermes' auf meine Kosten zu kommen, wobei ich aber für alle meine Mühen u. s. w. gar nichts annehme. So schwer ist's in Deutschland, ein Journal zu gründen und zu erhalten. Ein Glück ist es, daß der Absatz nach Österreich zwar nicht eigentlich erlaubt, aber auch nicht absolut verboten ist, denn dahin ist der stärkste Absatz. Dies kommt wohl mit daher, weil es in Österreich viele reiche Privatpersonen gibt, die ein Journal selbst halten, bei uns aber im Norden die Journale fast nur in Journalzirkeln gelesen werden. Ich werde aber nicht aufhören, diesem Institute die größte Sorgfalt zu widmen, und zufrieden sein, wenn ich am Ende nur nicht geradezu dabei einbüße."

Leider war es Brockhaus nicht vergönnt, die mit so vieler Liebe und mit so energischem nationalen Empfinden geleitete Zeitschrift weiter auszubauen; erschöpft von all den Kämpfen, die er durchzumachen hatte, starb er vor der Zeit am 20. Aug. 1823. Die Redaktion des „Hermes" übernahm nun Professor Karl Ernst Schmid in Jena (geb. 1774, gest. 1852), der bisher schon eifriger Mitarbeiter gewesen und auch mehrfach bei der Redaktion zu Rate gezogen worden war. Er setzte das Unternehmen ganz im Sinne des Gründers fort, doch erklärte er, daß der Standpunkt „etwas höher und allgemeiner" als bisher genommen werden solle, und die Zeitschrift sich möglichst auf dasjenige beschränken werde, „was keinem, der auf höhere und universale Bildung Ansprüche macht, gänzlich gleichgültig oder unverständlich sein darf." Er mußte aber bald erkennen, daß er dieses höhere Ziel nicht zu erreichen vermochte, und erklärte darum auch offen in einer Vorrede zum 32. Bande, daß doch nur dem unermüdlichen Brockhaus durch „seine außerordentliche Tätigkeit, seine Gabe, andere für seine Ideen zu gewinnen, ja zu begeistern, seinen Mut und seine Beharrlichkeit es möglich gewesen sei, dem ‚Hermes' immer eine reichliche Ausstattung zu verschaffen und so sein regelmäßiges Erscheinen sicher zu stellen." Schließlich erlahmte er, und nachdem 1827, 1828 und 1829 nur je zwei Bände zur Ausgabe gelangt waren, und 1830 und 1831 sogar nur je ein Band hatte fertig gestellt werden können, hörte die Zeitschrift ganz auf. Sie umfaßt im ganzen 35 Bände im Umfang von durchschnittlich 25 Bogen; die größere Hälfte der Bände (20) erschien bis Ende 1823, also wesentlich unter Brockhaus' Leitung. In ihrer besten Zeit hatte sie eine Auflage von 1100 Exemplaren gehabt.

Dem norddeutschen Brockhausschen Journale stellte sich — die todesmüden „Politischen Annalen", die dann auch 1828 in München eingingen, können nicht weiter in Betracht kommen — als österreichisches führendes Blatt gern die „Wiener Zeitschrift" zur Seite (vergl. S. 220), aber ihr Herausgeber Johann Schickh konnte natürlich auch nicht den leisesten Versuch wagen, einmal einen Schritt in das politische Gebiet zu tun; um so angelegentlicher war er bestrebt, sein Blatt zum Sammelpunkte aller her-

vorragenden österreichischen Poeten zu machen. So erschienen i der „Wiener Zeitschrift“ Beiträge von Chr. v. Zedlitz, K. G. R v. Leitner, M. Enk, J. G. Seidl, K. E. Ebert, Braun vo Braunthal, J. N. Vogl, Dräxler-Manfred, E. v. Bauernfeld, L A. Frankl, Betti Paoli, Ant. Alex. Graf von Auersperg (er später als Anastasius Grün zur Berühmtheit gelangt), Nikolau Lenau u. a. Der größte von allen, Grillparzer, stellte sich jedoch nu selten ein, dagegen beschäftigte sich die Zeitschrift wiederholt mi dem Dichter und seinen Werken. Als im März 1821 di „Medea“ in Wien zur ersten Aufführung gelangt war, bracht das Blatt die „Geschichte der Medea“ und die „Geschichte de goldenen Vließes“ als belehrende historische Erläuterung de Dramenstoffes, ferner ein Gedicht „An Grillparzer“ von Ph Mayer und noch manches andere. Im ganzen fehlte es abe der Zeitschrift an der nötigen geistigen Frische. Der Metternich sche Druck ließ keinen höheren geistigen Flug zu.

Zur allgemeinen Orientierung in dem gesamten literarische Leben suchte auch ferner das „Literarische Wochenblatt“ sei Licht möglichst hell leuchten zu lassen; doch änderte es bei seine Übergange aus dem Verlage der Gebrüder Hoffmann in Weima in den von Friedrich Arnold Brockhaus in Leipzig seinen Cha rakter wesentlich (vergl. S. 226). In der ersten Nummer, di Brockhaus im Juni 1820 herausgab, entwickelte er sein Program in einer eigentümlichen Form. In einem Gespräche im Jensei zwischen Baron Grimm, dem geistvollen Verfasser der „Feuille littéraires“, dem gelehrten Laharpe, der die „Correspondanc littéraire“ an den damaligen Großfürsten, späteren Kaiser Paul richtete, und Kotzebue werden die Grundlinien dargelegt, na denen sich der neue Herausgeber richten will. Es soll, heißt e dort, künftig nicht ein einzelner Schriftsteller, wie es anfang Kotzebue tat, über die gesamte Literatur Bericht erstatten, sonder das Blatt soll so viele Berichtgeber haben, als die Literatu Hauptseiten besitzt. Dabei soll das Blatt weder encyklopädische Moniteur in Folio, noch ein bureau d'ésprit werden, sonder ein einfaches „literarisches Unterhaltungsblatt oder Konversations blatt“, etwa ein Tausendundeine Nacht für offene und munter

n. gleichzeitig eine Art Ergänzung für das bereits ziemlich mein bekannte „Konversationslexikon". Zudem sollte es fort- äglich erscheinen. In einem Briefe an Börne drückte sich Brockhaus noch bestimmter aus. „Ich werde dem Blatte ı veredelten Charakter geben," schrieb er, „der alle rein per- che Polemik gänzlich ausschließt und von der Literatur und tik (so weit sich diese aus Schriften behandeln läßt, da rein :ische Aufsätze, die keine literarische Veranlassung haben, aus- ılossen bleiben) das Neueste in kurzen, verständigen und wo- lich geistreichen Aufsätzen mitteilt."

Nebenbei sei bemerkt, daß in diesem Briefwechsel zwischen ockhaus und Börne der letztere, zur Mitarbeiterschaft aufge- ›ert, ein Honorar von acht Louisdor für den Bogen in Quart langte.

Aber so sehr auch Brockhaus bedacht war, die Politik hier glichst zurückzudrängen und nichts zu bringen, was bei irgend chen Regierungen Anstoß erregen könnte, mußte er es doch on im Sommer 1820 erleben, daß sein Blatt in Preußen ver- :en wurde. Durch eine Stelle in der „Correspondance iné- :e de Napoleon", die in der Nr. 4 des Juni 1820 zum Ab- ıck gekommen war, und in der sich einige wenig schmeichelhafte merkungen über den König von Preußen und die Königin Luise funden, hatte sich Friedrich Wilhelm III. unangenehm berührt fühlt, worauf Hardenberg sofort das Verbot verfügt hatte. rockhaus gab sich darauf die erdenklichste Mühe, dieses Bannes ieder ledig zu werden, doch gelang es ihm erst, als er sich dazu rstanden hatte, mit dem 1. Dezember 1820 den Titel seines ournals in „Literarisches Konversationsblatt" umzu- ıdern und weiterhin, was ihm sehr schwer wurde, seinen ge- ımten Verlag einer preußischen „Rezensur" zu unterwerfen.

Trotzallledem kam es wenige Jahre später (1826) nochmals ı einem Verbote des Blattes in Preußen. Im Dezember 1825 atte das „Literarische Konversationsblatt" nach einem preußischen kalender die Notiz gebracht, daß der russische Thronfolger der Großfürst Nikolaus sei und nicht der ältere Großfürst Konstantin. Dieser letztere hatte auch in der Tat bereits auf die Thronfolge

verzichtet; es war das aber bei dem damaligen mangelhaften Briefverkehr noch nicht in Preußen bekannt geworden, so daß der Minister von Schuckmann sich des höchsten über die unerhörte Antastung des Erbfolgerechts der befreundeten Zarenfamilie entsetzte und die Verbreitung des Brockhausschen Blattes in Preußen zum zweitenmale untersagte. In dem in der „Allgemeinen Preußischen Staatszeitung" veröffentlichten Verbote heißt es, die Notiz könne nur „als eine geflissentliche Falschheit betrachtet werden, wie sich dieses Blatt deren schon öfter schuldig gemacht." Darauf reiste Heinrich Brockhaus, der nach dem Tode seines Vaters das Verlagsgeschäft und auch die Redaktion des Journals übernommen hatte, sofort nach Berlin, um die Aufhebung des Verbotes zu erwirken, war doch mittlerweile allgemein bekannt geworden, daß Nikolaus in der Tat den russischen Thron bestiegen hatte. Allein alles Bemühen war vergeblich; der so schwer geschädigte Verleger wurde sowohl im Ministerium, wie im Kabinet des Königs, abschlägig beschieden. Er versuchte es nun abermals mit einer Titeländerung und nannte sein Journal vom 1. Juli 1826 ab „Blätter für literarische Unterhaltung." Das führte seltsamerweise auch diesmal wieder zu dem erwünschten Erfolg. Die preußische Regierung gab sich den Anschein, als habe sie eine ganz neue Zeitschrift vor sich, und ließ sie anstandslos passieren. Unter dem Titel „Blätter für literarische Unterhaltung" ist dann die Zeitschrift noch siebzig Jahre erschienen."*)

Dürfen der „Hermes", die „Wiener Zeitschrift" und die „Blätter für literarische Unterhaltung" als die vornehmeren Journale der zwanziger Jahre bezeichnet werden, so können das „Morgenblatt", der „Gesellschafter" und die „Abendzeitung" als die beliebtesten gelten. Sie kamen mit dem meisten Geschick den

---

*) Zu den Brockhausschen Zeitschriften wird auch des öftern das Werk „Zeitgenossen" gerechnet, das von 1816 bis 1841 in 18 Bänden (48 Nummern) erschien; doch ist diese Publikation nur eine Sammlung von Biographieen, die eine Art Gegenstück zu Schlichtegrolls „Nekrolog der Deutschen" bilden sollte.

Wunsche des großen Publikums nach unterhaltender, r. chlich sentimentaler und süßlicher Lektüre entgegen.

Das „Morgenblatt" (vergl. S. 213) hätte vielleicht einen etwas höheren Rang einnehmen können, wenn es Cotta geglückt wäre, einen geeigneten Redakteur zu finden. Allein nach seinem Bruche mit Therese Huber suchte er Jahre lang vergebens nach einem solchen und leitete unterdessen in Gemeinschaft mit seinem Sohne Johann Georg das Blatt selbst. Dabei spielte dies etwa die Rolle eines Aschenbrödels. Es wurden ihm, wie früher schon und leider auch später noch, allerlei Beiträge aufgezwungen, die Cotta aus freundschaftlichen und geschäftlichen Rücksichten nicht zurücksenden wollte, während sie doch wegen ihrer Nichtigkeit ihren richtigen Platz hätten im Papierkorb finden müssen. Außerdem war Cotta als Geschäftsmann allzusehr darauf bedacht, seinem Blatte einen möglichst großen Leserkreis zu gewinnen und darum nirgends anzustoßen. Alles, was eine entschiedene Sprache führte, wurde unterdrückt. Nach 1829 klagte Heinrich Heine in einem Briefe an Cotta, allerdings in der zahmsten Weise, um den vielvermögenden Verleger nicht zu verletzen, daß er dem „Morgenblatte" bisher nur wenig habe schicken können; die Schuld liege in der Natur seines Talentes, das nur selten imstande sei, „den milden Ton des ‚Morgenblattes' zu treffen." So waren das Wertvolle jener Zeitschriften eigentlich nur Gedichte. Ziemlich viele steuerte, wie schon früher, so auch jetzt noch, Rückert bei, so z. B. eine Reihe persischer Fabeln, die Makamen des Hariri, „Morgenländische Früchte" u. s. w. Seine schönsten aus jenen Jahren, die Lieder aus dem „Liebesfrühling", gab er freilich dem damals allbeliebten Taschenbuch „Urania".

Gegen Ende des Jahrzehntes gelang es Cotta endlich, einen Redakteur für sein Blatt zu gewinnen, von dem er sich mit Recht viel versprechen durfte, den jungen Wilhelm Hauff. Dieser, geboren 1802 zu Stuttgart, war allerdings erst 24 Jahre alt, als Cotta mit ihm in Verhandlung trat, aber schon hatte er durch seine Märchen, seine witzsprühenden „Mitteilungen aus den Memoiren des Satans" und seinen Roman „Der Mann im

Mond“ die Aufmerksamkeit der ganzen literarischen Welt Deutschlands auf sich gezogen. Cotta beeilte sich daher, diese junge Kraft an sich zu fesseln, worauf bereits im vierten Quartal 1826 die neueste Erzählung des Dichters „Die Bettlerin vom Pont des Arts“ im „Morgenblatt“ erschien, und Hauff dann mit dem 1. Januar 1827 auch die Redaktion gegen ein Jahresgehalt von 1400 Gulden übernahm, jedoch nur den belletristischen Teil, während seinem Bruder Hermann der wissenschaftliche übertragen wurde. Das mit dem „Morgenblatte“ verbundene „Literatur-Blatt“ redigierte bereits seit 1825 Wolfgang Menzel.

Das „Morgenblatt“ lenkte nun unter Wilhelm Hauff in neue Bahnen ein, aber die erhoffte Entwicklung zu größerer Bedeutung ließ doch auf sich warten, denn wie schon früher bei Therese Huber, so erlaubte sich Cotta auch jetzt wieder allerlei eigenmächtige Eingriffe, die das Ansehen des Blattes schädigten und dem Redakteur sein Amt bis zur Unerträglichkeit erschwerten. „Ich wage zu behaupten“, klagte daher Hauff bereits unter dem 17. April 1827 in einem Briefe an Theodor Hell, „daß unter allen Redakteuren in Deutschland keiner ein so schwieriges Amt hat, wie ich, nicht allein wegen der ungeheuern Menge mittelmäßiger und schlechter Stoffe, die alltäglich eingehen, sondern wegen des Charakters des Eigentümers dieses Blattes. Cotta hat es zu verschiedenen Zeiten und namentlich in den letzten vier Jahren allein mit seinem Sohne (einem Stallmeister und Kammerherrn) geführt. Arglos übernahm ich das Blatt. Nachdem ich es aber einmal einen Monat geführt hatte, gab er mir so oft zu verstehen, was er, als Eigentümer, anders haben wolle, daß ich ihm endlich, wiewohl mit blutendem Herzen, da mein Hochzeitstag schon bestimmt war, die ganze Geschichte heimschlug und — abtrat. So hatte er es aber auch nicht haben wollen; er knüpfte die Verbindung wieder an, gab nach. Die größte Schwierigkeit machten mir die Rücksichten, die ich wegen ihm zu nehmen hatte: bald war ein Manuskript schon früher bezahlt, bald hatte man eine alte Rechnung an einem anderen abzuziehen; bald hatte man auf die Regierung Rücksicht zu nehmen, bald wieder nicht. So kam es, daß wir ausmachten, ehe ich die Sache von neuem über-

nahm: Alle Artikel, die polemischer Natur sind, sollen dem ‚Literatur-Blatte‘ übergeben werden.*)

Von den wertvolleren Beiträgen, die das „Morgenblatt" unter Wilhelm Hauffs Redaktion brachte, sind besonders die Gedichte von Wilhelm Müller, Ludwig Robert, Karl Simrock und Karl Grüneisen zu nennen, ferner Roberts „Aphorismen aus Paris" und dessen geistreicher Aufsatz „Über den Einfluß der Hoftheater auf Kunst und Künstler". Der Redakteur selbst steuerte die Novelle „Jud Süß" bei, die aber von der Zensur arg verstümmelt wurde.

Leider setzte der Tod dem begabten Dichter ein frühes Ziel; schon am 29. November 1827 starb er an einem Nervenfieber, noch nicht ganz 25 Jahre alt. Nur zögernd entschloß sich Cotta, den Lesern des „Morgenblattes" den Verlust mitzuteilen; als Motto wurden dabei die Seumeschen Verse gewählt:

Du schienest uns mit Feuerblicken
Noch jüngst Fortunens Lieblingssohn,
Und in dem Morgen deines Lebens schon
Schnitt Atropos ihr Werk in Stücken!

Für den „Gesellschafter" (vergl. S. 224) gestalteten sich die Verhältnisse etwas günstiger. Der rührige Gubitz wußte sich nach und nach einen großen Mitarbeiterkreis zu bilden und hatte dabei das Glück, auch wertvolle Beiträge, u. a. von Heinrich Heine, zu erhalten, besonders dessen „Harzreise". Die ersten Heineschen Beiträge im „Gesellschafter" waren jedoch Gedichte. Wie Gubitz in seinen Erlebnissen (II, 260) erzählt, trat Heine eines Tages im zweiten Vierteljahre 1821 bei ihm ein und überreichte ihm fünf Gedichte mit dem Bemerken „Ich bin Ihnen völlig unbekannt, will aber durch Sie bekannt werden!" Gubitz sah die Verse sofort durch und gewahrte alsbald, daß ein bedeutender Poet aus ihnen sprach; doch hatte er noch allerlei an der Form auszusetzen und bei dem Gedichte „Die Brautnacht" verlangte er, daß einige Stellen „gereinigt" würden. Diesem Verlangen wollte Heine anfangs nicht entsprechen, bequemte sich

*) Hans Hofmann, Wilhelm Hauff. Frankf. 1902, S. 154.

aber schließlich doch dazu, nannte aber später in seiner witzelnden Art das Korrigieren und Ändern der Redakteure meist „gubitzen“.

Die fünf Gedichte, mit denen sich Heine zum ersten Male der literarischen Welt Berlins vorstellte, waren „Der Kirchhof“, „Die Minnesänger“, „Gespräche auf der Paderborner Haide“, „Zwei Sonette an einen Freund“ und die schon erwähnte „Brautnacht“. Der Abdruck erfolgte vom 7. Mai 1821 ab. Gubitz vermittelte sodann auch die Herausgabe des ersten Bändchens Heinescher Gedichte in der Maurerschen Buchhandlung zu Berlin und veranlaßte die Besprechung dieses Erstlingswerkes durch Varnhagen im „Gesellschafter“ (1822, Bl. 11). „Der hier auftretende Dichter“, schrieb Varnhagen, „hat ausgezeichnete Anlagen. Seine Lieder kommen aus einer echten Quelle.“ Mit Recht nannte denn auch Heine in einem Briefe an Gubitz vom 23. Nov. 1825 den „Gesellschafter“ „die Wiege seines Ruhms“.

In noch weit höherem Maße sollte sich aber der „Gesellschafter“ diesen Ehrentitel verdienen, als er die „Harzreise“ brachte, mit der Heine seinen ersten großen Erfolg in der breiten Masse des Publikums erzielte. Bei der Einsendung des Manuskriptes bat er aber dringend, nichts zu ändern. „Es ist freilich manches Derbe darin, indessen, da doch der ‚Gesellschafter‘ (zu unserer aller Verwunderung) sich in der letzten Zeit vom Verdachte der Liberalität gereinigt hat und täglich zahmer und zahmer wird, so hoffe ich, daß die Zensur deshalb meiner Harzreise etwas durch die Finger sehen wird ... Sollte dennoch gestrichen werden, so bitte ich an solchen Stellen die gebräuchlichen Querstriche nicht auszulassen.“

Die Besorgnis Heines war leider nicht unbegründet; dem Zensor war der übermütige Ton, der hier angeschlagen wurde, so neu, daß er mit seinem Rotstift viele Stellen durchkreuzte. Aber Gubitz ließ das doch nicht so ohne weiteres über sich ergehen; er wurde vorstellig, und als sich der Zensor hartnäckig zeigte, führte er eine ministerielle Entscheidung herbei, vermöge deren er schließlich das Ganze doch noch „glücklich genug über die geistige

›rsperre“ hinwegbrachte. Die „Harzreise“ erschien darauf 1826 Nr. 11 bis 24, vom 20. Januar bis 11. Februar.

Aus dem sonstigen Inhalt des „Gesellschafters“ wären dann ›ch vielleicht die Beiträge von Daniel Leßmann und der Helmine ›n Chezy und der Protest des Herausgebers gegen die schlüpfrigen Romane Claurens (1827, Bl. 38) hervorzuheben. Obgleich ›h Gubitz bewußt war, welchen großen und eifrigen Leserkreis, ›sonders unter den Frauen, Clauren besaß, scheute er sich doch ›icht, die Claurensche Richtung energisch zu verurteilen.

Ganz und gar dem flachen Modegeschmacke huldigte die ›resdener „Abendzeitung“ (vergl. S. 223), ja, sie versank, › älter sie wurde, immer mehr in platte Alltäglichkeit. Ihr ›erausgeber Theodor Hell (Friedrich Kind trat 1827 von der ›edaktion zurück) wurde schließlich immer schwachsinniger, und ›abei wuchs die Koterie ins Unglaubliche. Bis zu welchen Geschmacklosigkeiten sich der Herausgeber verirrte, möge ein Loblied Dr. Nürnbergers auf die „Schnellpost“ zeigen, das am 1. Aug. 1828 ›n der „Abendzeitung“ erschien. Es begann:

Was kann nicht oft aus einem Dinge werden,
Wie klein scheint manches, wenn man es entdeckt!
Es kommt ein neugebornes Kind auf Erden,
Und niemand weiß, was in dem Burschen steckt.
Der Zeit erst glückt's, die Folgen ganz zu zeigen,
Sie ist's, die der Erfindung Urteil spricht,
Und riesengroß tritt aus bescheidnem Schweigen
Der Nutzen der Erfindung dann ans Licht.

Nach diesen Trivialitäten kommt dann der „Dichter“ nach und nach auf die Erfindung der Schnellpost und fährt dann fort:

Die Schnellpost leiht Kultur die raschen Schwingen
Und beut ihr gern die schnellen Dienste an,
Um bis ins Reich der Inder vorzudringen,
Daß allwärts Segen sich verbreiten kann.
Die Reisemühe wird für den zum Spiele,
Der dem beschwingten Sofa sich vertraut,
Und eh' man sich's versieht, ist man am Ziele,
Nach dem man sonst schier endlos ausgeschaut.

In diesem Tone geht es dann noch ein ganzes Stück weiter.

Mit Recht überschütteten denn auch die vornehmeren Geister der Zeit das Blatt mit Spott und Hohn. „In Dresden", berichtet Wilhelm Hauff im Oktober 1826 in einem Briefe in die Heimat, „tanzt das Gnomen- und Zwergenvolk um den Abend(zeitungs)-gott Th. Hell, machen Sonettchen und Glossen, Dramachen, Liederspielchen, Triolettchen, quaken lustig im Sumpf und halten sich für ganz tüchtige Nachtigallen, weil es immer einer dem andern versichert, mit der Voraussetzung, der andere fahre retour."

Das hielt freilich Hauff nicht ab — da er eben als Anfänger sehen mußte, wo er seine Sachen absetzen konnte — auch einmal bei der „Abendzeitung" eine Novelle oder einen Reisebericht anzubringen.

Weit schärfer als Hauff und auch auf öffentlichem literarischen Markte ging Laube gegen die „Abendzeitung" vor. Er sprach dabei wie von einem längst dahingeschiedenen Blatte, wodurch die Wirkung der beißenden Satire noch gesteigert wurde. „Von Theodor Hell und seinen Freunden — ‚sprecht mir von allen Schrecken des Gewissens, von Hell und seinen Freunden sprecht mir nicht!'" so begann er seinen Artikel gegen die „Poeten an der Elbe".*) „Die breite, endlose, wasserlose Wüste der Restaurationszeit unserer Literatur mit der trockenen, dürren Sonne, dem langweilig ununterbrochen blaßblauen Himmel stellt sich vor unsere Blicke, und man schüttelt sich in Durst und Verschmachtung. Wahrlich, jene ‚Abendzeitung', der Moniteur unsrer Mittelmäßigkeit und Schwäche, und aller darum herkrabbelnden abendlichen Schriften ist ein traurig Blatt unsrer Literaturgeschichte ... Es gibt eine alte halbchristliche Sage, daß diejenigen Leute, welche nicht recht gut und nicht recht schlecht sind, weder in den Himmel noch in die Hölle kommen, sondern auf die ‚grüne Wiese'. Die

---

*) Heinrich Laube, Moderne Charakteristiken. Mannheim 1835. Bd. II. S. 135—144. Ausführlich legt das damalige literarische Leben in Dresden Herm. Anders Krüger in seinem Buche „Pseudoromantik. Friedrich Kind und der Dresdener Liederkreis", Leipzig 1904, dar. Auch hier erfährt die „Abendzeitung" eine harte Verurteilung. Mit mehr Nachsicht schildert die Poeten an der Elbe Moritz Berndt in seiner Abhandlung „Dresdener Zustände in den Jahren 1815 bis 1830" (Grenzboten, 1881, № 37).

üne Wiese‘, das Symbol der grauen Mittelmäßigkeit, ist die lonie in Deutschland, auf welcher Theodor Hell und seine eunde ihr saftloses, schwächliches Wesen treiben, die Lüneburger ide der Schriftstellerei, auf welcher das dürftige Völkchen der eidschnucken seine kümmerliche, spärliche Nahrung sucht .... eine Frage gab es mehr, keine Zweifel, keine Gegensätze; die ritik lobte nur, auch wenn sie tadelte; man küßte sich auf beide Wangen, wenn man sich drei Stunden lang nicht gesehen; man chelte immer; das Herz war von Papiermaché, die Augen von Glas, und die Konversation wurde auf einige bestimmte Noten esetzt. Clauren schrieb sein ‚Vergißmeinnicht‘, und Theodor Hell machte alle Jahre ein anderes Sonnett dafür, um zu zeigen, wie ie Dichtkunst nichts sagen könne über nichts. Theodor Hell und eine Freunde sind die literarischen Jakobiner Deutschlands; wie ene die Freiheit, so ruinierten diese den Geschmack und die Kunst. Jene mordeten durch die Guillotine, diese durch Langeweile .... Die Zeit der ‚Abendzeitung‘ war die Zeit der Grippe in unsrer Literatur: die schönen Wissenschaften ennuyierten sich und hatten den Schnupfen; die Leute waren nicht krank, denn das ist ein entschiedener, ganzer Zustand, sie waren kränklich, sie aßen lauter schlechten Kuchen und hatten aufgeschwemmte Gesichter. So sind ihre Schriften: wie der sächsische Dialekt breiweich; man greift überall durch und greift nichts. Sie sind ein schwammiges Holz, woraus man nichts schnitzen, das man nicht brennen kann. In der Wissenschaft süßliche Pedanten, in der Kunst Wortklimperer mit verwässertem Geschmack, in der Kritik Speichellecker, mutlose Allerweltsmenschen, oder schwachnervige Kleinigkeitskrämer. Eine Literatur der Visitenkarten!“ Schließlich kommt er auch noch auf die „Memoiren der Abendzeitungs-Epoche“, wie er den von Hell herausgegebenen Briefwechsel zwischen diesem und Van der Velde nennt, zu sprechen und ruft aus: „Man kann des Todes erschrecken vor dieser friedseligen Beschränktheit; alle künstlerische Spekulation, alle höhere Kultur scheint verloren gegangen zu sein; lauter häusliche Kartoffelgedanken kriechen vorüber!“

Aber trotz dieses Spottes und Hohnes erschien die „Abendzeitung“ ruhig weiter und hatte auch noch viele Jahre ihr großes

Publikum, brachte auch sogar hie und da einige Aufsätze von bedeutenderen Autoren, z. B. Artikel von dem jungen Richard Wagner, der unter dem Pseudonym „Freudenfeuer" mit Witz und Satire die verschiedensten Mißstände geißelte. Lange Zeit erfreute sich die Zeitschrift der für die damaligen Verhältnisse recht ansehnlichen Auflage von 1200 Exemplaren, während der „Gesellschafter" nicht viel über 600 Exemplare hinauskam. Einen gewissen Leserkreis mag sie sich übrigens wohl dadurch erhalten haben, daß sie eine Zeit lang wertvolle Besprechungen über die Aufführungen des Dresdener Hof-Theaters brachte. Diese rührten von keinem Geringeren als Ludwig Tieck her. Tieck hielt sich zwar durchaus von den Abendzeitungs-Leuten fern und machte sich über ihr Treiben sogar bisweilen lustig, wie z. B. in der Novelle „Die Vogelscheuche", in der Theodor Hell als Herr von Lederbrinna figuriert; auf Wunsch des Hoftheater-Intendanten von Könneritz hatte er sich aber bereit finden lassen, die Referate über die theatralischen Aufführungen in der „Abendzeitung" zu übernehmen. Theodor Hell, der auch gleichzeitig Theatersekretär war, mußte aus Rücksichten auf seinen Chef dem ihm wenig sympathischen Dichter die Spalten der „Abendzeitung" öffnen, so ungern er es auch tat. Später gab Tieck diese Besprechungen unter dem Titel „Dramaturgische Blätter" auch in Buchform heraus.

Bei dem „Morgenblatt", dem „Gesellschafter" und der „Abendzeitung" sei schließlich auch noch die „Eos, Zeitschrift aus Bayern zur Erheiterung und Belehrung" erwähnt, weil sie Ende der zwanziger Jahre verhängnisvoll in das Leben Heinrich Heines eingriff; im übrigen blieb sie unbedeutend. Sie wurde bereits 1818 gegründet, von C. C. von Mann herausgegeben und erschien zunächst in München, siedelte aber 1820 nach Nürnberg und 1821 nach Leipzig über, kehrte jedoch 1822 nach München zurück und kam nun dort, redigiert von Eßholz und F. Herbst, bis Ende 1832 heraus. In dieser zweiten Münchener Zeit gehörten Görres, Baader, Moy, Ringseis und Döllinger zu ihren Mitarbeitern, und diese waren es, die 1828 in der „Eos" einen Feldzug gegen Heine eröffneten, als bekannt wurde, daß der Dichter eine Professur für Literaturgeschichte an der Universität München erhalten

sollte. Besonders trat Döllinger mit aller Heftigkeit gegen Heine auf. Der anonyme Artikel in Nr. 132 stammt, wie Stemplinger meint,*) unzweifelhaft aus Döllingers Feder. Es werden dort die „Reisebilder" zerzaust, und es wird dem Verfasser „Lästerung dessen" vorgeworfen, „was dem Christen das Heiligste ist." Auch in der Nr. 1 und Nr. 19 des Jahrganges 1829 erschienen Angriffe gegen Heine. „Er schimpft auf die katholische Kirche," heißt es dort, „so gut wie ‚Hesperus' und die ‚Neckarzeitung', aber er tut es nicht wie diese mit plumper Derbheit, sondern mit einer gewissen (freilich etwas judaisierenden) Grazie, und auf ihn möchte der Vers des Sophokles passen, den Plutarch auf Timoleon anwendet: Welche Venus, welche Liebesgöttin legte Hand an alles, was er tat?" Der Zweck dieser Angriffe wurde denn auch vollständig erreicht, König Ludwig lehnte es ab, das ihm vom Minister von Schenk vorgelegte Dekret zu unterzeichnen, welches Heine zum Literaturprofessor ernennen sollte. Heine wurde dadurch aufs schmerzlichste getroffen und hat den Schlag wohl niemals verwunden. Mit Spott und Hohn überschüttete er seitdem die „Nachteulen der Kongregation" in München nebst König Ludwig, und nach zwanzig Jahren noch schrieb er im „Romancero":

„Apropos! Der erzinfame
Pfaffe Dollingerius —
Das ist ungefähr sein Name —
Lebt er noch am Isarfluß?
Dieser bleibt mir unvergeßlich
Bei dem reinen Sonnenlicht!
Niemals schaut' ich solch ein häßlich
Armesünderangesicht . . . .
Sah' ihn am Charfreitag wallen
In dem Zug der Prozession,
Von den dunkeln Männern allen
Wohl die dunkelste Person."

Ohne jedes literarische Gepräge blieben der Kuhnsche „Freimütige" in Berlin, die „Zeitung für die elegante Welt"

*) E. Stemplinger, Heine in München. Frankf. Ztg., Jan. 1900. Vergleiche außerdem Friedrich, Ignaz von Döllinger. 3 Teile. München 1898—1901.

in Leipzig, der in Schwelm wieder erstandene „*Hermann*", der jedoch bisweilen wertvolle Artikel über Industrie und Verkehr von Friedrich Harkort enthielt, die Bäuerlesche „*Theaterzeitung*" in Wien u. a. Doch mag erwähnt sein, daß der „Freimütige" einmal (1827) in der Lage war, eine Novelle „Die beiden Freunde" zu bringen, die von keinem Geringeren herrührte als von Helmut von Moltke, dem späteren Feldmarschall. Moltke schrieb diese Novelle, kurz nachdem er eine schwere Herzenskrisis durchgemacht hatte. In dem Bade Ober-Salzbrunn, wo er nach Absolvierung der Kriegsschule im Jahre 1825 zur Kräftigung seiner angegriffenen Gesundheit weilte, lernte er ein Mädchen kennen, das ihm völlig geschaffen zu sein schien, ihn für das ganze Leben glücklich zu machen. In einem Briefe, in dem er sich seiner Mutter anvertraute, schrieb er darüber: „Hier ist ein Mädchen, das recht verdient, Deine Schwiegertochter zu sein. Es ist eine Gräfin Reichenbach. Sie ist bildschön und trefflich erzogen. Du würdest sie auf Händen tragen. Aber leider ist sie unvermögend." Moltke mußte daher schweren Herzens entsagen, und um sich über die trübe Stimmung der Resignation hinwegzuhelfen, schrieb er die Novelle „Die beiden Freunde", die dann schließlich den Weg in den „Freimütigen" fand.

Diese sämtlichen hier charakterisierten Zeitschriften der zwanziger Jahre stellen sich aber doch nur in bedingter Weise als Erzeugnisse dieses Jahrzehnts dar, insofern sie ja doch allesamt aus dem vorigen Jahrzehnt herübergenommen wurden; *selbst schöpferisch* aufzutreten war aber der traurigen Periode des härtesten Druckes nur in äußerst geringem Maße möglich; nur *zwei* Schriftsteller, und diese auch nur vermöge ihrer Geschicklichkeit in der Klopffechterei, im Witzgeplänkel und in der Ausnutzung literarischer Skandale, wußten sich einige Aufmerksamkeit für ihre journalistischen Unternehmungen beim großen Publikum zu erringen und spielen daher eine gewisse Rolle in der Journalistik jener Zeit: Müllner, der zunächst die „Hekate" und dann das „Mitternachtblatt" gründete, und Saphir, der die „Berliner Schnellpost" und den „Berliner Kurier" ins Leben rief.

Schon im Cottaschen „Literaturblatt" hatte *Müllner* seinen

Neigung zu sticheln, herabzusetzen und zu verhöhnen, oft genug die Zügel schießen lassen, jetzt bei der „Hekate“ und dem „Mitternachtblatte“, wo die Verleger sich um den Inhalt der Zeitschriften nicht zu bekümmern vermochten, ließ er sich fessellos gehen und wurde der ausgesprochene literarische Randalist. Die „Hekate“ gründete er 1823 im Verein mit dem Leipziger Verlagsbuchhändler Wienbrack. Dieser zahlte ihm ein Jahreshonorar von 1000 Talern, wofür Müllner die Aufsätze der Mitarbeiter (in der Hauptsache Rezensionen von Büchern) mit „Randglossen“ zu versehen hatte. Die Abhandlungen wurden also gleichsam noch einmal mit einer reichlich mit Paprika gewürzten Müllnerschen Sauce überschüttet, so daß sie doppelt gepfeffert war und dem skandalsüchtigen Publikum doppelt gut schmecken sollte. Das war aber nicht der Fall. Das Publikum fand an diesen schier endlosen Schmähungen, Verhöhnungen und hämischen Bemerkungen keinen Geschmack, so daß die Zeitschrift schon nach Verlauf eines Jahres wieder einging. Müllner ließ sich dadurch jedoch nicht entmutigen, sondern entwarf nun mit dem Buchhändler Vieweg in Braunschweig den Plan zu dem „Mitternachtblatte“, für das ein erheblich erweitertes Gebiet in Aussicht genommen wurde. Müllner gedachte nicht nur ein kritisches (nach Art des „Literaturblattes“ und der „Hekate“), sondern zugleich auch ein ästhetisches Unterhaltungsblatt zu bieten, und zwar, wie er in dem Einführungsartikel „Was wir wünschen“ der ersten Nummer kundtat, ein sehr vielseitig belletristisches. Allein Müllner besaß für ein solches Blatt weder die erforderliche ästhetische Bildung, noch den entsprechenden Takt, noch das nötige Rechtlichkeitsgefühl. Dazu kam, daß Vieweg einen verhängnisvollen Fehler beging; er billigte Müllner ein jährliches Honorar von 2000 Talern zu, doch sollte dieser von diesem Gelde auch die Beiträge der Mitarbeiter honorieren. Dieser Verbindlichkeit gegenüber zeigte aber Müllner ein sehr weites Gewissen. Er suchte die Beiträge so wohlfeil wie möglich, oder gar ganz unentgeltlich zu bekommen und brachte daher fast nur minderwertige Erzeugnisse. Dadurch enttäuschte er seine Leser und schädigte das Ansehen des Blattes. Auch nahm der kritisch-räsonierende Teil, der sich in dem stehenden Artikel

„Preßzeitung und Kriegszeitung“ breitmachte, bald einen allzu großen Raum ein und wurde der Schauplatz vieler unerquicklicher Zänkereien. Die erste Nummer erschien mit dem Beginn des Jahres 1826 und lockte mit ihren Versprechungen, ihrem auffallenden Titel und Müllners doch sehr populärem Namen eine ziemlich große Anzahl von Lesern an; allein schon der Absatz des zweiten Jahrganges ließ sehr zu wünschen übrig, so daß Vieweg nicht auf seine Kosten kam. Zu dieser ungünstigen Situation gesellte sich bald noch eine unangenehme Differenz zwischen Müllner und Vieweg. Dieser nahm, völlig kontraktwidrig, ohne Vorwissen Müllners, einen Aufsatz von August Klingemann über die braunschweigischen Theaterverhältnisse auf, in dem auch der Konflikt des Geheimen Rats Schmidt-Phiselbeck mit dem Herzog Karl von Braunschweig zur Sprache kam. Darüber geriet Müllner in solche Aufregung, daß er Vieweg verklagte, worauf dieser ihm den Verlag des „Mitternachtblattes“ für den folgenden dritten Jahrgang kündigte. Müllner vermochte jedoch sein Blatt zu retten, indem er den Buchhändler Riedmann in Braunschweig bewog, den Verlag zu übernehmen. Darauf gab denn Müllner das „Mitternachtblatt“ noch bis zu seinem am 11. Juni 1829 erfolgten Tode bei Riedmann heraus. Weiterhin suchte Riedmann das Journal mit eigenen Kräften zu erhalten und änderte den Titel in „Mitternachtzeitung“; bald nachher verkaufte er es aber an den Buchhändler Tormeyer in Braunschweig, der es nun u. a. dadurch zu heben suchte, daß er den jungen Heinrich Laube vom 1. Januar 1836 ab als Redakteur anstellte. Laube leitete darauf die „Mitternachtzeitung“ etwa ein Jahr lang, jedoch ohne Nennung seines Namens, da diese von Preußen nicht gestattet wurde.*) Allein auch dieser Versuch war erfolglos; alles Interesse für das Blatt war doch dahingeschwunden, so daß der Verleger schließlich 1839 dessen weitere Herausgabe einstellen mußte.

Die Erfolge, welche Müllner mit seinem „Mitternachtblatte“ erzielte, waren mithin äußerst gering; immerhin kann er als einer

*) Ludwig Geiger, Das Junge Deutschland und die preußische Zensur. Berlin, 1900, S. 166.

der begabteren Journalisten der zwanziger Jahre betrachtet werden. Ein Engländer, der im Jahre 1829 einen Aufsatz über Müllner in der „Foreign Review“ veröffentlichte, hob hervor, daß das „Journalgeschäft“ dem „Nabob von Weißenfels“ noch am besten von der Hand gehe; er sei nicht ohne eine Ader von eigenem Witz, und sein „Mitternachtblatt“ sei zur Zeit gewissermaßen das lesbarste Journal Deutschlands. Aber sein Stil sei doch bloß der gemeine Schänkenstil, zänkisch, prahlend, mit einem Anstrich von Niedrigkeit, ein halb unhonetter Stil, der nach Tabak und spirituösen Getränken rieche. Wirklich wertvolle Kenntnis oder Meinung werde in dem Blatte nicht mitgeteilt.*)

Einen noch geringeren geistigen Gehalt, als die Müllnerschen, besaßen die Saphirschen Journale. M. G. Saphir, geboren am 8. Februar 1795 als der Sohn eines jüdischen Oberlandessteuereinnehmers zu Lovas-Berény in Ungarn, bildete sich anfangs zum Kaufmann aus, wandte sich dann aber der Schriftstellerei zu, lieferte Beiträge für Bäuerles Theaterzeitung, kam aber mit der Zensur in Konflikt und ging deshalb im Sommer 1825 nach Berlin, wo er zunächst von 1826 bis 1827 die „Berliner Schnellpost“ und von 1827 bis 1829 den „Berliner Kurier“ herausgab. Ganz unerwartet nahm jedoch seine Berliner journalistische Tätigkeit 1829 ein jähes Ende. Er hatte den Ruf der jüngeren Schwester der von Berlin vergötterten Henriette Sontag in frivoler Weise angetastet, wodurch er nicht nur die Sympathie der Berliner verlor, sondern sich auch eine sechswöchige Gefängnisstrafe zuzog und dadurch seine ganze gesellschaftliche Stellung einbüßte. Er konnte denn auch nicht länger in Berlin bleiben und siedelte nach München über. Den Wert seiner Berliner Journale mag man nun so gering anschlagen, wie man will, trotz alledem muß man aber doch zugeben, daß er mit ihnen insofern etwas Neues brachte, als er alle Erscheinungen und Ereignisse des Tages durch die Brille des Humors betrachtete, was gegenüber der sentimentalen und süßlich-lasziven Stimmung der andern

*) Schütz, Müllners Leben, Charakter und Geist. Meißen, 1830, S. 186, 194, 200 u. 436.

Journale gewiß zunächst sehr angenehm empfunden wurde. Selbst der Philosoph Hegel fühlte sich erfrischt durch den Saphirschen Witz und zog den Humoristen öfters zu Tisch. Heinrich Heine amüsierte sich, wie er an seinen Freund Joseph Lehmann, den nachmaligen Begründer des „Magazins für die Literatur des Auslandes“, schrieb, „königlich“ über die Kapriolen der „Schnellpost“, und in der großen Masse des Publikums wurden die Nummern der Journale sozusagen verschlungen. „Das erste Quartal der ‚Schnellpost‘ war das Evangelium der Berliner“, erzählt Holtei in seinen Lebenserinnerungen. „Ich habe Droschkenkutscher auf ihrem Bock und Gemüseweiber vor ihren Körben sich daran erbauen sehen.“ Leider schwang sich aber Saphir nicht zu dem wahren Humor empor; er wurde nicht der Weise, der erhaben steht über den Torheiten der Welt und über diese lächelt, sondern nur der Witzbold, der durch Wortverrenkungen, komische Zusammenstellungen, drollige Vergleiche die Leute lachen machte, ohne damit irgend eine Idee auszusprechen, oder gar eine Weltanschauung zum Ausdruck zu bringen. Seine „Abhandlungen“, „Betrachtungen“, „Skizzen“, „Novellen“, „Vorträge“ u. s. w. sind daher weiter nichts, als ein regelloses Geplauder, in welchem er in humoristischen Worthaschereien, Kalauern, beißenden Bemerkungen und boshaften Witzeleien das Möglichste leistete. Das zeigte sich schon in seinen Überschriften, wie z. B. den folgenden: „Das ausgestopfte Beethovenfest, oder Ach und Krach vom Beethovenfeste“, „Die deutsche Butter in bezug auf deutsche Literatur, Kunst und Zensur“, „Leere Betrachtungen über den vor mir liegenden leeren Bogen Papier“, „Unseres Herrgotts Polizeistunde im Wirtshause des Lebens“ ꝛc. Von seinen Witzen seien nur einige als Beispiele der ganzen Art angeführt: Als der Zensor Geh. Rat Granow in Berlin gestorben war, der durch Streichungen in so manchem Manuskripte die größten Verheerungen angerichtet hatte, erklärte Saphir, Granow sei gar nicht gestorben, er sei jetzt nur im Jenseits „bei dem Konzert der ewigen Sphären als Streichinstrument angestellt.“ Die „schwarze Kunst“ meinte er, heiße so, weil sie die Kunst sei, den Menschen etwas weiß zu machen. Als in Wien die Börse in ein neues Gebäude verlegt

worden war, warf er die Frage auf: „Warum haben jetzt die Wiener kein Geld? — Je nun, weil sie ihre Börse verlegt haben!“ Von einem biedern Tapezierer behauptete er, seine Bedeutung berechtige ihn, „selbst Throne auszuschlagen“. In einer Plauderei über eine Bergpartie, die auf Eseln unternommen wurde, sagte er: „Die Esel sind die ersten Urheber und Wegbahner der Freiheit, denn auf Eseln kann man auf hohe Berge kommen, und auf den Bergen — sagt Schiller — wohnt die Freiheit.“ Von Sibirien versicherte er, daß es dort keine Krebse gäbe, ganz einfach, weil an ein Zurückgehen von dort gar nicht zu denken sei. Solche mit aller Gewalt erzwungenen Pointen, solche faden Witzeleien und Tändeleien konnten aber nur ein Publikum ergötzen, das auf die kärglichste geistige Kost gesetzt war, und als daher von 1830 ab ein frischerer geistiger Luftstrom zu wehen begann, schwand die Popularität Saphirs schnell dahin, besonders in den gebildeten Kreisen. Immerhin hat Saphir einen gewissen Einfluß auf die Berliner Journalistik ausgeübt; er hat eine größere Beweglichkeit in den Stil gebracht und den Feuilleton-Witz eingeführt, der dann von Glasbrenner, Kossak, Stettenheim, Schmidt-Cabanis u. a. weiter kultiviert wurde.

Endlich seien der Vollständigkeit halber noch einige Journale erwähnt, die wohl hie und da einmal bei einer Schilderung der zwanziger Jahre genannt werden, aber auf das geistige Leben der Nation doch niemals einen tieferen Einfluß ausübten, die „Neue Berliner Monatsschrift“, 1821 von Fr. Förster gegründet und hauptsächlich der Verherrlichung Goethes gewidmet, die 1823 in Breslau von Karl Schall und Holtei ins Leben gerufenen „Deutschen Blätter für Poesie“, die 1824 und 25 erschienene „Berlinische Zeitschrift für Wissenschaft und Literatur“, herausgegeben von F. W. Goedicke, die Zeitschrift „Britannia“ von Karl Heinrich Hermes, die 1827 in Stuttgart herauskam, das „Berliner Konversationsblatt“, das Förster und Häring von 1827 bis 1829 erscheinen ließen, das „Jahrbuch für wissenschaftliche Kritik“, das E. Gans und Hegel von 1827 bis 1840 herausgaben, und „Das Ausland“, ein Cottasches Unternehmen, mit dem das geistige Leben besonders

Englands, Frankreichs und Italiens den Deutschen näher gebracht werden sollte. Das Blatt erschien vom 1. Januar 1828 ab und zwar zunächst täglich. Die Ausgabe erfolgte in München. Zunächst leitete es Dr. Mebold, dann von Mitte 1831 ab Dr. J. Lautenbacher. Der Inhalt bot viel Belletristik und Geschichte; die Naturwissenschaft blieb anfangs völlig unvertreten, bloß die Erdkunde wurde berücksichtigt. Das Journal fand jedoch wenig Anklang, so daß, als Dr. Lautenbacher 1833 gestorben war, sein Nachfolger Dr. Ed. Widemann die Erd- und Völkerkunde zum alleinigen Hauptgebiete erhob und die Zeitschrift zu einem streng geographischen Blatte umgestaltete. Vom 1. Jan. 1853 an erschien es dann auch nur wöchentlich. Nach Widemanns 1854 erfolgtem Tode übernahm der Geograph Oskar Ferdinand Peschel die Leitung des Blattes und nach dessen Weggange nach Leipzig 1872 Friedrich von Hellwald, der noch die Kulturgeschichte in das Bereich der Zeitschrift zog und diese außerdem zum Organe der Darwinistischen Lehre machte. 1873 siedelte das Blatt nach Stuttgart über.

Die vernichtende Wirkung der Karlsbader Beschlüsse hatte sich also in der gesamten Zeitschriftenliteratur der zwanziger Jahre in der traurigsten Weise geltend gemacht. Keine einzige Zeitschrift vermochte in diesem öden Jahrzehnt eine gewisse führende Stellung im geistigen Leben der Nation einzunehmen; um überhaupt nur bestehen zu können, mußten sich alle Journale im seichtesten Fahrwasser halten. Verächtlich sagte daher Goethe von dem ganzen Zeitungs- und Zeitschriftenwust dieser Periode:

Wer hätte auf deutsche Blätter acht,
Morgen, Mittag, Abend und Mitternacht,
Der wär' um alle seine Zeit gebracht,
Hätte weder Stunde, noch Tag, noch Nacht,
Und wär' ums ganze Jahr gebracht;
Das hätt' ich ihm gar sehr verdacht.

Zweites Kapitel.

Wiedererwachen des nationalen Geistes.

(1830—1848.)

1. Die Bundesstaaten und der neue Geist. Die Maßregeln zur „Bändigung der deutschen Revolution". Die „sechs Artikel". Weitere Beschlüsse zur gründlichen „Säuberung". Die allgemeine Demagogenhetze. Reinigung der Zeitungsliteratur. Börne und Hoffmann von Fallersleben über die Öde der Zeitungen. Das Vorgehen gegen das Junge Deutschland. Der Kampf der jungen Geister gegen die Zensur. Gustav Freytag über die Zensur. Witz und Satire über die Preßverhältnisse.

Die Öde und Dumpfheit, zu der nach und nach in den zwanziger Jahren das ganze politische Leben Deutschlands hinabgedrückt worden war, sollte jedoch gleich zu Beginn der dreißiger Jahre ein rasches Ende nehmen. In Frankreich hatte das Volk den gewalttätigen und eidbrüchigen König Karl X. kurzer Hand vom Throne gestoßen und sich, mit Louis Philipp an der Spitze, eine neue, auf liberalen Grundsätzen fußende Staatseinrichtung geschaffen. Diese mit bisher noch nie gesehener Schnelligkeit vollzogene Umwandlung versetzte ganz Deutschland in große Erregung und weckte in allen patriotischen Herzen aufs neue den lebhaften Wunsch, auch bei uns die staatlichen Angelegenheiten einer gedeihlicheren Ausgestaltung entgegen geführt zu sehen. Allerwärts erscholl wieder der Ruf nach Reformen, und besonders wurde der Wunsch laut, daß endlich die drei großen Versprechungen der Befreiungsjahre, der Einführung landständischer Verfassungen, der Zensurfreiheit und der allgemeinen deutschen Handelsfreiheit, ein=

gelöst werden möchten. In Baden, Hessen, Sachsen, Hannover kam es zu hochgestimmten patriotischen Festen, stürmischen Versammlungen und selbst zu Exzessen, und in Braunschweig wurde sogar der junge Herzog Karl, der sich einer argen Mißwirtschaft schuldig gemacht hatte, über die Grenze gejagt.

Erschrocken fuhren die deutschen Regierungen auf. Das Gefühl der Sicherheit, in dem sie sich bisher gewiegt hatten, schwand wie Schnee an der Sonne dahin. Das Legitimitätsprinzip und die heilige Allianz hatten sich als vollständig wertlos erwiesen; ein beängstigendes Gefühl der Haltlosigkeit bemächtigte sich aller leitenden Staatsmänner. Metternich fühlte erdrückend die Ohnmacht seines Systems und bekannte offen, daß er „geschlagen" worden sei, und Gentz wußte weiter nichts, als den Rat, nur auf alle Fälle den Frieden zu erhalten. Verschiedene deutsche Regierungen, in deren Gebieten es besonders erregt zuging, machten denn auch rasch viele Zugeständnisse und suchten dadurch die Bewegung zu beschwören.

Unterdessen glätteten sich die Wogen wieder; eine Gefahr von Frankreich her war nicht mehr zu befürchten; einen blutigen Aufstand der Polen, der ebenfalls verhängnisvoll für Deutschland hätte werden können, hatte Rußland mit barbarischer Faust niedergeschlagen — es wäre doch wohl nicht so schlimm gewesen, meinte man jetzt in den Kabinetten; besonders aber gewann Metternich rasch aufs neue seine frühere Sicherheit. Er habe sich zu schnell einschüchtern lassen, meinte er, und drang nun darauf, daß die Zügel wieder straffer angezogen würden. Bereits im September 1831 trat er in Verhandlung mit Preußen und suchte dies „zur Bändigung der deutschen Revolution" für die schärfsten Maßregeln zu gewinnen. Er wollte nichts mehr und nichts weniger, als die vollständige Vernichtung der „sämtlichen deutschen Verfassungen neufranzösischen Stils" und eine totale Beschränkung der Presse, wie sie in Österreich gehandhabt wurde. Aber ein so gewaltsames Vorgehen erforderte doch zunächst ein neues Bundesgesetz, und ein solches, so bedeutete Preußen den österreichischen Staatskanzler, dürfte doch nicht so leicht durchzusetzen sein. Immerhin könne man sich aber innerhalb der

Grenzen der Wiener Schlußakte über verschiedene Maßregeln verständigen. Diesen Anschauungen mußte Metternich schließlich zustimmen, worauf man sich über sechs Artikel einigte, die dann auch vom Bundestage gutgeheißen und unter dem 28. Juni 1832 bekannt gegeben wurden.

Diese verhängnisvollen sechs Artikel sollten sowohl „die rohe Gewalt aufgeregter Volkshaufen," als auch „eine in das verfassungsmäßige Gewand ständischer Opposition gekleidete Anmaßung des demokratischen, mit einer zügellosen Presse verbündeten Geistes" bekämpfen, die „die Macht der Regierungen teils zu schwächen suchen, teils wirklich schon geschwächt und ihnen Zugeständnisse von Rechten abgenötigt haben, oder noch abzutrotzen drohen, deren sie sich ohne Gefahr für die Erhaltung öffentlicher Ordnung und eines gesicherten gesetzlichen Zustandes im wohlverstandenen Interesse ihrer Untertanen nicht entäußern können." Gegen diese „Grundübel" sollte sich 1) eine neue Auslegung des Artikels 57 der Wiener Schlußakte richten. Da nach diesem Artikel die gesamte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staates vereinigt bleiben solle und der Souverän durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden könne, so sei auch ein deutscher Souverän, als Mitglied des Bundes, zur Verwerfung einer hiermit im Widerspruch stehenden Petition nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet. Da 2) gleichfalls nach dem Geiste desselben Artikels keinem deutschen Souverän durch die Landstände die zur Führung einer den Bundespflichten und der Landesverfassung entsprechenden Regierung notwendigen Mittel verweigert werden dürften, so hätten die Stände kein Recht, mittelbar oder unmittelbar die Bewilligung der Steuern an die Erfüllung anderweitiger Bedingungen zu knüpfen. Hierher gehörige Fälle seien solche, auf welche die Artikel 25 und 26 der Wiener Schlußakte anwendbar seien, die bei einer Widersetzlichkeit der Untertanen gegen die Regierung die Bundesglieder zu gegenseitiger Hülfsleistung verpflichten. 3) Die innere Gesetzgebung der deutschen Bundesstaaten dürfe weder dem Zwecke des Bundes irgend einen Eintrag tun, noch der Erfüllung sonstiger bundesverfassungs-

gemäßer Verbindlichkeiten gegen den Bund hinderlich sein. 4) Um die Würde und Gerechtsame des Bundes und der ihn repräsentierenden Versammlung gegen Eingriffe aller Art sicher zu stellen, zugleich auch in den einzelnen Bundesstaaten die Handhabung der zwischen den Regierungen und den Ständen bestehenden verfassungsmäßigen Verhältnisse zu erleichtern, solle vom Bundestage eine mit diesem Geschäfte besonders beauftragte Kommission vorläufig auf sechs Jahre ernannt werden. 5) Da, wo Öffentlichkeit der Verhandlungen durch die Verfassung gestattet sei, dürfe die Grenze der freien Äußerung auf keine die Ruhe des einzelnen Bundesstaates oder des gesamten Deutschlands gefährdenden Weise überschritten werden, weshalb sämtliche Bundesstaaten sich gegenseitig verpflichteten, zur Verhütung von dergleichen Angriffen die angemessensten Anordnungen zu erlassen und zu handhaben. Endlich sei 6) zu einer Auslegung der Bundesakte und der Wiener Schlußakte mit rechtlicher Wirkung ausschließend der deutsche Bund berechtigt, der dieses Recht durch die Bundesversammlung ausübe.

Mit diesen sechs Artikeln wurden dem Volke so ziemlich alle Rechte genommen. Es sollte nicht mehr an die alten Versprechungen erinnern; es war ihm künftig verboten, irgend welchen Druck zur Erlangung des Versprochenen auszuüben; es sollte nicht mehr befugt sein, die Bestimmungen der Bundesakte und der Wiener Schlußakte zu erörtern und auszulegen, und es sollte ihm nicht mehr gestattet sein, an die Verhandlungen der Stände irgend welche Erörterungen zu knüpfen. Durch diese Bestimmungen war in erster Linie der Presse jede Behandlung von politischen Fragen abgeschnitten. Falls sich nun aber dennoch die Presse zu politischen Diskussionen verirrte, oder irgend ein „Schwärmer“ bei irgend einer Gelegenheit unschickliche Reden über Deutschlands Lage oder Zukunft führte, sollte eine besondere Kommission eingesetzt werden, die darüber zu wachen habe, daß die Bestimmungen der sechs Artikel genau befolgt würden.

Wie ein schwerer Donnerschlag fuhr die Nachricht von der Festsetzung dieser sechs Artikel in das hoffnungsfreudige politische

ı Deutschlands. Wie gelähmt fühlten sich alle, die noch so= bei politischen Zusammenkünften, wie beim Hambacher Feste, „deutschen Frühling" zugejubelt hatten. Immerhin wurden mannigfache Versuche gemacht, die verbrieften Rechte wieder kzuerlangen. In vielen Adressen und Protestationen wurde vahrung gegen die freventliche Beschränkung der Freiheit ein= t; in den Landtagen wurden bittere Klagen gegen diese heim= che Knebelung erhoben, und in der Presse erklang „der letzte ı halb erstickte Notschrei." Allein jedweder Einspruch war eblich. Metternich fühlte sich wieder so fest im Sattel, daß uch nicht die geringste Milderung eintreten ließ, ja die Zügel r noch straffer anzog. Kurze Zeit nach der Veröffentlichung sechs Artikel veranlaßte er noch weitere politische Bundes= hlüsse, die noch tiefer in das öffentliche Leben einschnitten. wurde beschlossen, fortan sollte keine in einem nicht zum Bunde örenden Staate in deutscher Sprache erscheinende Zeitschrift r nicht über 20 Bogen starke Schrift politischen Inhalts ohne ondere Genehmigung der Regierungen zugelassen oder verbreitet :den. Alle Vereine zu politischen Zwecken wurden bei strenger rafe verboten; in keiner Versammlung durften Reden politischen halts gehalten, keine Adressen oder Beschlüsse beantragt werden. ıs öffentliche Tragen von Abzeichen, Bändern, Kokarden und :gl. von andern Farben als der Landesfarbe, das Aufstecken n Fahnen und Flaggen 2c. wurde mit schweren Strafen be= jt. Die 1819 erlassenen und 1824 bestätigten Bundesbeschlüsse er die Bewachung der Universitäten und öffentlichen Lehrer ırde dringend eingeschärft. Endlich forderten diese Ordonnanzen ın den Regierungen die strengste Wachsamkeit auf alle Ein= imischen, die durch Reden, Schriften oder Handlungen ihre Teil= ıhme an aufrührerischen Plänen offenbart, oder Anlaß zu Ver= ıcht gegeben hätten; sie ermahnten zur geschärften Aufmerksam= it auf Fremde, die sich wegen politischer Vergehen oder Ver= rechen in einen Bundesstaat begeben hätten, und sprachen schließ= ch die Verpflichtung der Bundesregierungen aus, diejenigen, elche, um der Strafe für ein in einem Bundesstaate begangenes

politisches Vergehen oder Verbrechen sich zu entziehen, in ei anderes Bundesland geflüchtet seien, sogleich auszuliefern un sich gegenseitig die prompteste militärische Assistenz zu leisten.

Diese Bundesbeschlüsse wurden von den einzelnen Regierunge sofort als Landesgesetze veröffentlicht, und darauf begann aller wärts eine allgemeine „Säuberung". Viele angesehene politisch Persönlichkeiten wurden in die Gefängnisse gesteckt, ebenso hun derte von Studenten, die sich als Burschenschaftler am politische Leben beteiligt und Projekten „zur Herbeiführung einer freie und einheitlichen Verfassung Deutschlands" nahe gestanden hatte Eine allgemeine „Demagogenhetze" entwickelte sich, der bekanntlic auch Fritz Reuter zum Opfer fiel. Daneben ward auch ein Reinigung der Zeitungsliteratur durchgeführt und jedes liberal Blatt unterdrückt. Aus den Zeitungen, die übrig geblieben, gähnt alsbald eine öde Leere. „Die deutschen Blätter," schrieb Börne „die politischen sowohl, wie die nichtpolitischen, sind ganz unbe schreiblich abgeschmackt. Die Armut hat doch sonst etwas Roman tisches, die Bettelei hat etwas Rührendes; aber die deutsche Blätter haben von der Armut nur das Widrige und von de Bettelei nur das Unausstehliche." Und Hoffmann von Fallers leben rief mit bitterem Hohne aus:

Wie sind doch die Zeitungen interessant
Für unser liebes Vaterland!
Was ist uns nicht alles berichtet worden!
Ein Portepeefähnrich ist Leutnant geworden,
Ein Oberhofprediger erhielt einen Orden,
Die Lakaien erhielten silberne Borden,
Die höchsten Herrschaften gehen nach Norden,
Und zeitig ist es Frühling geworden. —
Wie interessant, wie interessant!
Gott segne das liebe Vaterland!

Doch nicht nur die politische, sondern auch die poetisch Literatur sollte unter die strengste Aufsicht gestellt werden. Wolf gang Menzel hatte Gutzkows Roman „Wally, die Zweiflerin" als ein höchst gefährliches, Herz und Sinn vergiftendes Buch hin gestellt und zugleich auch über die sämtlichen übrigen Erzeug nisse der jungen Dichter-Generation, die sich jetzt hervordrängte

— das junge Deutschland nannte man sie — das Anathema gesprochen, worauf nun Preußen und Österreich beim Bundestage darauf drangen, auch hier vorsorgend einzugreifen und der Verwilderung zu wehren. Allein es konnte nicht gleich eine allgemeine Geneigtheit erzielt werden, weil besonders Württemberg nicht von der Gefahr überzeugt war; doch wußte Metternich schließlich alle Bedenken zu verscheuchen, so daß der Bundestag unter dem 10. Dezember 1835 folgenden Beschluß faßte: 1. Sämtliche Bundesregierungen sollen gegen Gutzkow, Wienbarg, Laube, Mundt und auch Heine die Gesetze ihres Landes in Anwendung bringen und die Verbreitung ihrer Schriften hindern, 2. die Verleger jener Schriften warnen und 3. eine spezielle Verwarnung durch den Hamburger Senat der Buchhandlung Hoffmann und Campe zugehen lassen.

Das gesamte geistige Leben hatte aber seit 1830 doch einen so lebhaften Impuls erhalten, daß alle diese Gesetzesbestimmungen nur bis zu einem gewissen Grade zu wirken vermochten; vollständig auf den früheren Stand zurückschrauben, oder gar vernichten, konnten sie es nicht; immer wieder brach es durch; immer aufs neue wußte es sich geltend zu machen. Um nun aber, trotz aller Beschränkung, doch das sagen zu können, was sie erfüllte und bewegte, mußte die junge Generation jetzt eine ganz besondere Schreibart erfinden, bei der man zwischen den Zeilen liest, mußte sie zur feingeschliffenen Satire, zur geistreichen Malice und gelegentlich auch zum derb zuhauenden burschikosen Witze greifen. Dadurch bildete sich ein ganz neuer Ton in der Zeitungsliteratur heraus, der sich besonders in dem erbitterten Kampfe gegen die Zensur bewährte. Kaum jemals wieder ist eine verhaßte Institution mit einer solchen Fülle von in allen Farben schillerndem Spott und Hohn überschüttet worden, wie hier. „Gegen keine Leiden des alten Beamtenstaates“, sagt Gustav Freytag in seiner Biographie Karl Mathys, „sind so viel Tintenfässer geworfen worden. Aber die heftigsten Anklagen gegen die Zensur gaben nur unvollständig den Jammer, die Verstimmung und die Verbitterung wieder, welche durch diese tyrannische, freche und täppische Gouvernante in die Seele des Volkes kamen. Sie machte

den Schriftsteller zum Rebellen und den Leser hämisch. Kein Feind der Monarchie hätte ein besseres Mittel erdenken können die Herrscher ihrem Volke widerwärtig zu machen. Denn ungeheuer erschien der Hochmut und unerträglich die Selbstsucht, welch es unternahm, dem Volke das Urteil über seine eigenen Interessen zu wahren und jedes freie Wort in den Hals des Sprechenden zurückzustopfen."

Aus der großen Menge der satirischen Bemerkungen und beißenden Witze über die Zensur und die Zensoren führen wir als Probe nur die folgenden an:

Der „Komet" macht folgende Glosse: „Der Deutsche braucht 100 Jahre, daß etwas gesagt werde, und 100 Jahre, daß er eine Sache ausführe. Auf diese Weise dürfte uns der deutsche Bund in zirka 250 Jahren die (schon 1814) verheißene Preßfreiheit gewähren."

Der „Dorfbarbier" stellt die Betrachtung an: Sachverständige haben ausgerechnet, daß aus einer Klafter Holz zwei Millionen Streichhölzchen gemacht werden können, und doch soll nichts dabei verdient werden. Wie's doch heutzutage den Leuten bequem gemacht wird. Wie lange mußten unsere Großmütter in der Küche mit Stahl und Stein hämmern, wenn sie Kaffee kochen wollten. Und gleichwohl ist die Menschheit nicht zufrieden. Undankbares Volk! Die Deutschen besitzen Streichfreiheit, sie besitzen Schweigfreiheit und wollen nun gar noch Preßfreiheit.

Die „Breslauer Zeitung" erzählt, Friedrich der Große habe bestimmt, daß an dem Jahrestage der Schlacht bei Hohenfriedberg nach 100 Jahren sich ein Nachkomme des Siegers, des Feldmarschalls Grafen von Geßler, vom Könige von Preußen eine Gnade erbitten dürfe, worauf der „Charivari" fragt: Ist kein Geßler unter uns, der im Namen des ganzen Volkes um etwas mehr Preßfreiheit bittet?

Die „Signale" berichten: Der berühmte Taschenspieler Bosco ist in Wien angekommen und wird dort folgende außergewöhnliche Kunststücke produzieren: Er wird sich Bäuerles „Illustrierte Theaterzeitung" reichen lassen, sie in ein Kästchen verschließen, es aber sogleich wieder öffnen und dem Publikum zeigen — daß

nichts darin ist. Er wird die Schere eines Krebses nehmen, sie in siedendes Wasser legen und nach zwei Sekunden — einen Zensor-Rotstift herausziehen. Endlich wird Bosco seine aus Ägypten mitgebrachte Finsternis produzieren und den einleuchtenden Beweis führen, daß sie mit der deutschen Aufklärung leicht zu verwechseln ist.

In der Plauderecke des „Charivari" fragt der Schauspieler W. den Journalisten Z.: „Wer ist der Herr, der soeben hinausging?" „Ach," erwidert Z., „ich spreche nicht gern Böses von einem hinter seinem Rücken; aber ich glaube, es war ein Zensor."

Und in einem „Zensurliede" ruft Eduard Mautner dem Zensor zu:

Streiche nicht aus innrer Neigung,
Streiche nicht aus reiner Lust,
Streiche nicht aus Überzeugung,
Streiche nur — wenn du es mußt!

Doch bemächtigten sich der Witz und die Satire auch der Presse im allgemeinen, sowie überhaupt aller staatlichen Verhältnisse, die im Argen lagen.

Der „Charivari" brachte das Distichon:

Als man die Freiheit begrub, da folgte die Presse dem Zuge;
Lebte sie heute, gewiß, folgte der Presse sie nach.

Der „Dorfbarbier" erzählte: Der große Gedächtniskünstler Reventlow, der auf 15000 Fragen antwortet, der da weiß, wie hoch jeder Berg und Turm, wie tief jeder Brunnen ist, wurde neulich gefragt, ob er auch wisse, wie viele Versprechungen seit dem Jahre 1813 dem deutschen Volke gemacht worden seien? Hier mußte er seine Ohnmacht bekennen. Er erklärte, solcher Versprechungen gäbe es so viele, daß kein menschliches Gedächtnis ihre Unzahl zu beherrschen im stande sei.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" las man folgende (natürlich fingierte) Bekanntmachung: „In einigen mir zur Ansicht gekommenen, gegen Johannes Ronge gerichteten Schriften wird den Protestanten gesagt, daß sie den Denkmälern Blüchers gleiche Verehrung erwiesen, wie die Katholiken den Abbildungen ihrer Heiligen. Dem aber ist nicht so, denn niemals haben

Protestanten sich vor einem Standbilde Blüchers kniebeugend mit dem Gebete niedergelassen:

Heiliger Vorwärts,
Hilf uns,
daß wir nicht gehen rückwärts.
Obrist F. von Bülow."

Und nach der Hinrichtung des Attentäters Tschech machte die Notiz die Runde durch die Blätter:

Die letzten Worte Tschechs auf dem Schaffot sollen „Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit" gewesen sein. Solche Wünsche darf sich auch nur ein zum Tode Verurteilter ungescheut erlauben.

Diesem neuen Tone der Presse gegenüber erklärte Heinrich Leo, der bekannte Hallische reaktionäre Professor, in den hochkonservativen „Jahrbüchern für wissenschaftliche Kritik": „Das liberale Gesindel muß man für vollkommen machtlos halten, und man muß so viel unverwüstliche Lustigkeit besitzen, um diese Menschen als eine eigens zu seiner Aufheiterung bestimmte Possenreißerbande zu betrachten."

Das war aber eine vollständige Verkennung der Macht des nationalen Gedankens, der jetzt viele Tausende von Herzen erfüllte und immer nachdrücklicher sich Geltung zu verschaffen suchte.

---

2. Die Preßverhältnisse in den einzelnen Ländern. Das Zeitungswesen in Preußen seit 1830. Friedrich Wilhelms III. Erlaß gegen die „planmäßige Vergiftung des Zeitgeistes". Das Ober-Zensur-Kollegium. Geh. Reg.-Rat v. Rehfues u. sein Organisationsplan für die Handhabung der Zensur. Sein Mißerfolg bei Friedrich Wilhelm III. Tzschoppes Gutachten über die Maßregeln gegen die Presse. Das Vorgehen gegen das Junge Deutschland. Hofrat John, der Zensor des Jungen Deutschlands. Die weiteren Zensurverhältnisse des Jungen Deutschlands. Aufhebung des Ober-Zensur-Kollegiums und Errichtung eines Ober-Zensur-Gerichts. Die Magerkeit der preußischen Zeitungen. Arnold Ruge über den unwürdigen Zustand. Ein Süddeutscher über die Berliner Blätter. Die Bedrückungen der Zeitungs-Korrespondenten. Geringes Ansehen der Journalisten. Die „Allgem. Preuß. Zeitung". Die „Spenersche Zeitung". Neigt zur konservativen Richtung. Ihr Kunstreferent

. Rötscher. Die „Vossische Zeitung", das Organ des Berliner Bürger-
Ihr Mitarbeiter Wilibald Alexis. Friedrich Wilhelm IV. mißbilligt
: journalistische Tätigkeit. Die beiden Cholera-Zeitungen. Der miß-
e Versuch, ein christlich-konservatives Blatt zu gründen. Die „Schlesische
ng". Ihre Stellung zu den wirtschaftlichen und religiösen Fragen. Die
slauer Zeitung". Ihr neuer Besitzer Eugen von Vaerst. Sein Pro-
m. Die Redakteure des Blattes. Die Zeitung geht an H. Barth über
wird konservativ. Die „Allgem. Oder-Zeitung", der „Oberschlesische
derer". Die „Königsberger Zeitung". Das geistige Leben in Königs-
. Johann Jacoby über die Zensur. Georg Friedrich Hartung und sein
isches Testament. Bedeutung und Wert der „Königsberger Zeitung".
sonstigen Blätter des Ostens. Die „Magdeburgische Zeitung". Ihre
surleiden. Der neue Besitzer Gustav Faber. Dessen Vater über die
ation der Zeitungen. Die „Magdeb. Ztg." steht in keinem „guten Ge-
" in Berlin. Ihre Weiterentwicklung. Der „Hallische Kurier." Sein
akteur Gustav Schwetschke. Dessen Renkontre mit Friedrich Wilhelm IV.
„Hallische Volksblatt". Die „Kölnische Zeitung". Ihr Besitzer Joseph
Mont. Einrichtung eines Feuilletons. Ankauf des „Welt- u. Staats-
en". Verbesserte Verbindung zwischen Berlin und Köln. Die Redakteure
Zeitung: Hermes, Andree, Levin Schücking und Brüggemann. Die
ckenden Zensurverhältnisse. Versuch, eine zweite Zeitung in Köln ins
en zu rufen. Der erste Versuch mißglückt. Gründung der „Rheinischen
itung". Das Blatt findet wegen seiner liberalen Tendenzen großen Beifall.
n zeitgenössisches Urteil. Die Redakteure Rutenberg und Marx. Ihre
itarbeiter. Der Zensor Dolleschall. Die Zeitung wird unterdrückt. Das
burleske Nachspiel zur Tragödie. Die kleineren Blätter des Westens.

Nach diesem allgemeinen Überblick ist nun darzulegen, wie ch die Einzelstaaten mit dem neuen Geiste abfanden, und wie e die sechs Artikel des Bundestages und die Beschlüsse gegen das unge Deutschland ihrer heimischen Presse gegenüber zur An=endung brachten. Dabei werden zugleich die Schicksale der ein=elnen Zeitungen ihre Darstellung finden.

Die beiden Hauptmächte Preußen und Österreich wurden von er Bewegung, welche 1830 anhob, zunächst am wenigsten in Mitleidenschaft gezogen. In Preußen scheute sich das Volk, em greisen Könige Friedrich Wilhelm III. die Ruhe seiner letz=ten Jahre zu stören; es hoffte auf die neue Zeit, die kommen müsse, wenn der geniale Kronprinz den Thron besteigen werde; zudem empfand man auch die Unzulänglichkeit des deutschen Bundes hier nicht in ihrer ganzen Kläglichkeit, da die festgefügte große

preußische Monarchie einen gewissen Ersatz für die mangelnde Nationaleinheit bot, und endlich hatten die vielen volkswirtschaftlichen Fortschritte in Preußen den Wohlstand nicht unerheblich gefördert und dadurch einem großen Teile der Bevölkerung eine gewisse behaglich-konservative Stimmung gegeben, die man sich durch erregte politische Diskussionen nicht stören lassen wollte. Erst als nach dem Regierungsantritte Friedrich Wilhelms IV. eine Enttäuschung auf die andere folgte, ergriff auch in Preußen der Wunsch nach einer Umgestaltung der Verhältnisse immer weitere Kreise.

Noch weit weniger wurde Österreich von der Bewegung berührt. Es war Metternich mit Hülfe Sedlnitzkys gelungen, auch fürderhin alles geistige Leben darniederzuhalten, so daß die große Menge nicht einmal das Bedürfnis nach einer größeren geistigen Freiheit empfand.

Dagegen sah sich die Bevölkerung der kleinen Staaten auf das lebhafteste von dem neuen Geiste ergriffen. Sie mußte das Unzulängliche des deutschen Bundes oft genug schmerzlich fühlen, viel unter Willkür und Mißregierung leiden, besonders empfindlich in Kurhessen und Braunschweig, und es geduldig geschehen lassen, daß die während der Not der Befreiungskriege von den Regierungen gemachten Zugeständnisse nur in der Form gewährt und zum Teil auch wieder zurückgenommen wurden. Hier fanden also die liberalen Ideen, die in den Julitagen von 1830 in Paris proklamiert worden waren, den lebhaftesten Beifall.

In Preußen hatte bekanntlich das Ober-Zensur-Kollegium die Oberaufsicht über die Preßerzeugnisse auszuüben;*) es besorgte dieses Geschäft jedoch mit solch geringem Interesse, daß nicht einmal die Hälfte der Mitglieder zu den Sitzungen erschien. Als nun aber im Juli 1830 der Vulkan in Paris losbrach und

*) In der Mitte der vierziger Jahre erschienen in Preußen ca. 430 Zeitungen, Tagesblätter und Zeitschriften, von denen aber nur 42 politische Tendenzen verfolgten. Den Unterhaltungsblättern, deren es 190 gab, war es verboten, irgend etwas Politisches aufzunehmen. Dann gab es 104 Verordnungsblätter der Regierung. Den Rest bildeten Erbauungsblätter.

ıen Funkenregen bis nach Deutschland herüberwarf, drängte Regierung das Kollegium zu peinlichster Aufsicht, damit auch geringste Erregung sofort gedämpft werde. Der König ·edrich Wilhelm III. erließ sogar unter dem 6. Oktober 1830 e Kabinettsordre, in der er Paris als den Herd der plan- ßigen Vergiftung des Zeitgeistes bezeichnete und erklärte, daß das Geratenste sei, sämtliche Mitteilungen über revolutionäre eignisse in den deutschen Zeitungen zu verhindern. Alle revo- :ionären Bewegungen der letzten Zeit waren in seinen Augen rch die periodische Presse hervorgebracht worden, und er ver- ngte deshalb, daß das Ober-Zensur-Kollegium, welches bisher les zu spät erfahren habe, von sämtlichen im Lande erscheinen- n Zeitungen und Tagesblättern politischen Inhalts ohne alle usnahme genaue Kenntnis nehme und alle außerhalb Deutsch- nds erscheinenden Schriften prüfe, um nötigenfalls deren Ver- ·eitung rechtzeitig entgegenzutreten. Allein um diesen Anforde- ıngen entsprechen zu können, hätte der Staat einige Ausgaben achen müssen; Geld aber wollte der König an die Sache nicht ·enden, und so wurde das Kollegium nur noch um einige neue ?itglieder verstärkt, u. a. durch den Geh. Reg.-Rat Tzschoppe, er sich bald als ein sehr heftiger Feind jeglicher Preßfreiheit :igen sollte. Außerdem erhielten zwei Mitglieder des Kollegiums ›rtan Besoldung, damit sie sich ausschließlich mit Zensurange- :genheiten beschäftigen könnten. Ferner wurde bestimmt, daß die }ensoren in den Provinzen künftig von den Regierungspräsidenten em Oberpräsidenten und von diesem den mit der Aufsicht über as Zensurwesen beauftragten Ministern in Vorschlag gebracht verden sollten. Dem Kollegium aber wurde aufgegeben, darüber u berichten, welche Wirksamkeit den Präsidenten auf die Kontrolle ıer Zensur einzuräumen, und welches Verfahren zum Verbote chädlicher Schriften einzuschlagen sei.

Alle diese Vorschriften, mit denen man dem Geiste der sechs Artikel des Bundestages zu entsprechen gedachte, hatten aber wenig Wirkung; deshalb suchten die Ministerien des Innern, des Aus- wärtigen und der Polizei nach wirksameren Maßregeln und be- auftragten schließlich unter dem 14. Juni 1833 den damaligen

Regierungsbevollmächtigten an der Universität Bonn, den Ge
Reg.-Rat v. Rehfues, das bisherige Zensur-Wesen einer genau
Revision zu unterwerfen und einen neuen Organisationsplan fü
die Handhabung der Zensur aufzustellen. Ph. J. von Rehfu
war ein feingebildeter, welterfahrener Mann, der sich auch dur
seinen geistvollen historischen Roman „Scipio Cicala“ eine gead
tete Stellung als Schriftsteller erworben hatte und außerdem d
gemäßigt-liberalen Richtung angehörte. Es war also von ih
jedenfalls eine Besserung der Verhältnisse zu erwarten, und i
der Tat arbeitete er auch eine nach jeder Richtung hin wohle
wogene Denkschrift von 169 Folioseiten aus, der er noch ei
Geschäftsordnung von 166 Paragraphen, eine vertrauliche In
struktion von 144 Seiten, eine tabellarische Übersicht von 19 Blä
tern und schließlich den Entwurf eines Ausgabe-Etats für da
Ober-Zensur-Kollegium von 47 Seiten beifügte. Am 10. D
zember 1833 überreichte er den genannten Ministerien d
Schriftstücke.

Sein Hauptgedanke war, daß die literarischen Erscheinunge
ebensowohl wie jedes andere Erzeugnis der geistigen Regsamke
als ein Ausfluß und Ausdruck der allgemeinen großen geistige
Richtung ihrer Zeit zu betrachten seien und darum im Zu
sammenhange mit diesen Richtungen beurteilt werden müßten. D
beaufsichtigende Behörde müsse aber noch weiter gehen; sie müß
zu der Erkenntnis jener großen Bahnen vordringen, aus dene
die einzelnen Erscheinungen im Leben der Nationen hervorgeh
Wo solche Erkenntnis mit sicherem Blick erreicht werde, würde
sich Aufklärungen über die täglichen Hauptzustände der Natione
und Staaten ergeben, die für die Regierungen von der höchste
Wichtigkeit sein müßten. „Nur die Übung, in den kleinen An
fängen die große Erscheinung zu erkennen“, fährt er fort, „mac
jene vorsehende Weisheit der Regierungskunst möglich, welche d
früheren Lehrer derselben mit den Worten „Principiis obsta!
bezeichnet haben. Eine partielle Zensur ist immer nachteilig. W
alle guten und wohlberechneten Maßregeln wirkt die Zensur a
tiefsten und wohltätigsten durch ihr bloßes Dasein. Die Furc
vor der Wachsamkeit der Polizeianstalten fördert ihren Zwe

r als alle Tätigkeit derselben, obgleich sie nur durch die letz-
gewonnen und erhalten wird. Diese Tätigkeit muß sich aber
h bleiben; sie darf nie sprungweise wirken. Dadurch allein
öhnt sich das Publikum an den Gedanken ihrer Allgegenwart,
n dieser Ausdruck gewagt werden darf, und versöhnt sich auch
ihr. Bricht sie nur hier und da, wenn auch immer zur Zeit,
aus, so erscheint sie lauernd. Sie wird gehässig, man hütet
vor ihr, die Hälfte ihrer Wirkung ist verloren. Die Zensur
ß sich in einer Höhe des Wissens zeigen, welche imponiert,
d in diesem Eingreifen die Milde walten lassen, die versöhnt."

Des weiteren wollte Rehfues die Zahl der Mitglieder des
er-Zensur-Kollegiums auf etwa zwölf erhöht wissen, und diese
en sämtlich zu besolden. Sodann solle die Abhängigkeit des
er-Zensur-Kollegiums von den drei sogenannten Zensurmini-
rien aufgehoben werden. Und endlich verlangte er die Be-
iung der wissenschaftlichen Literatur von den Zensurgebühren.
ie Tagesblätter dagegen möchten 10 Sgr. per Bogen zahlen,
a sie nur der Neuigkeitssucht und oberflächlicher Unterhaltung
enten."

In den der Denkschrift beigefügten Zensur-Instruktionen
igte sich Rehfues in der Hauptsache patriarchalisch bevormundend
d den Ideen der jüngeren Generation vollständig abgeneigt.
m Interesse des Königreiches glaubte er auch betonen zu müssen,
aß „jene unglücklichen Jahre, welche dem Wiederaufschwung des
reußischen Adlers vorausgegangen sind", so selten und so schonend
ie möglich zu berühren seien.

Allerlei wertvolles Material brachte er endlich in der tabel-
arischen Übersicht bei, in der er nachwies, daß die auswärtigen Zei-
ungen in den letzten Jahren in immer größeren Mengen in
Preußen eingeführt würden. Dabei konstatierte er: „Vom
Jahre 1830 an erscheint die Teilnahme des Publikums an den
ranzösischen Angelegenheiten mit mehr Bewußtsein der
ie bewegenden Interessen und mit größerer Entschie-
enheit für die konstitutionellen Meinungen."

Von den französischen Zeitungen wurde 1831 in Preußen
am meisten das „Journal des Débats" gelesen, und zwar in

698 Exemplaren, der „Constitutionel“ in 396 und die „Gazet de France“ in 365. Von den deutschen Zeitungen hatte d meisten Abonnenten in Preußen die Augsburger „Allgemeine Ze tung“ (1831: 432, 1832: 566), dann kamen der „Hamburg Korrespondent“ (1831: 338, 1832: 349), das „Frankfurt Journal“ (1832: 325), die „Leipziger Zeitung“ (1832: 325), d Frankfurter „Oberpostamtszeitung“ (1832: 194), die „Hamburg Börsenliste“ (1832: 191) ꝛc.

Englische Zeitungen scheinen fast gar nicht nach Preußen g kommen zu sein; die belgischen waren seit 1819 sämtlich Preußen verboten.

Die umfangreiche Rehfuessche Arbeit wurde darauf sowo von den betreffenden Ministerien, wie auch vom Könige Friedri Wilhelm III. durchgesehen, aber sie fand keinen Beifall. De Könige erschien sie zu genial. Dem ganzen Übel könne man do gewiß durch polizeiliche Maßnahmen viel kürzer und zweckmäßig beikommen! Und nun gar noch das viele Geld für die Zensor ausgeben! Mißgestimmt ließ er die Denkschrift volle zwei Jah unerledigt liegen und überwies sie dann laut Kabinettsordre vo 16. Dezember 1835 kurzer Hand dem Ober-Zensur-Kollegium al wertvolles Material. Dabei forderte er das Kollegium auf, ih Vorschläge über eine Organisation des Zensur-Wesens zu mache „Von einem solchen umfassenden Plane, wie die Arbeit des G heimen Regierungs-Rates von Rehfues sowohl rücksichtlich de kollegialen Organisation, als des Geschäftsganges, verbunden m der Beaufsichtigung der gesamten Literatur, enthält,“ bemerkte dabei, „muß hierbei ganz abgestanden werden.“ Schließlich fü er noch hinzu: „Die Minister der auswärtigen Angelegenheite und der Polizei haben unter den Mitteln, die Verbreitung aus ländischer Schriften zu verhindern, eine Re-Zensur solch Schriften in Vorschlag gebracht, indem zufolge der letzte Wiener Konferenzen festgesetzt worden ist, daß das in eine Bundesstaate erteilte Imprimatur des Zensors von den Aufsichts Maßregeln in anderen Bundesländern nicht entbinde. Ich bi mit der Maßregel selbst einverstanden. Wie solche am zwec mäßigsten auszuführen sei, hat das Ober-Zensur-Kollegium nähe

beraten und in das Mir zu erstattende Gutachten aufzu-
men."

Ein solches Gutachten auszuarbeiten übernahm Tzschoppe, d er faßte in einer längeren Abhandlung alles zusammen, was einer vollständigen Fesselung der Presse führen konnte. „Scham-ser als hier," bemerkt dazu Friedrich Kapp, „hat sich wohl e die Niedrigkeit der Gesinnung breitgemacht." Unter dem 1. März 1836 reichte er sein Schriftstück ein. Da jedoch mitt-rweile der Bundestag seinen Bannstrahl gegen das junge Deutschland geschleudert hatte, so glaubte der König Friedrich Wilhelm III. jetzt auch ohne besondere Maßregeln, die vielleicht nliebsames Aufsehen erregen würden, gegen die unruhig drän-genden Geister vorgehen zu können, und ließ die Vorschläge Tzschoppes unberücksichtigt. Es ist daher auch nicht nötig, hier weiter auf sie einzugehen. Der Aufforderung des Bundestages aber wurde durch eine Königliche Kabinettsordre vom 7. April 1836 entsprochen und durch sie bestimmt, daß die preußische Zensur über die Schriften des Jungen Deutschland nicht in gewöhnlicher Weise aus-geübt, sondern daß ein besonderer Zensor eingesetzt werden solle, der indessen bei dem leisesten Zweifel die Entscheidung des Ober-zensurkollegiums einzuholen habe. Ein solcher Zensor wurde in der Person des Geheimen Hofrats Karl Ernst John gefunden.

Bei dem ungeheuern Einfluß, den darauf John auf die Entwicklung unserer Literatur bis 1848 ausübte, ist es nötig, diesen Mann wenigstens in kurzen Strichen zu charakterisieren. 1788 als der Sohn eines evangelischen Pfarrers in Arnstadt in Thüringen geboren, studierte er in Jena und kam 1812 als Se-kretär in Goethes Dienst. Doch blieb er dort nur bis 1814, weil er sich weder geistig, noch sittlich, noch auch körperlich be-währte, da er infolge seiner mannigfachen Kränklichkeit dem Dichter viel zu schaffen machte. Daher war ihm denn auch Goethe wenig günstig gestimmt und äußerte sich einmal ärgerlich über ihn: „Diese Menschen, wie es ihnen wohlgeht, wollen sich und nicht der Herrschaft leben .... Er ist pretentiös, speisewählerisch, genäschig, trunkliebend, dämperig (Provinzialismus für nachlässig, trödelig) und arbeitet nie zur rechten Zeit." Nach seinem Weg-

gange von Goethe muß er sich in Sachsen und schließlich i
Preußen aufgehalten und als Schriftsteller versucht haben. Weg
einer Broschüre „Sachsen und Preußen" kam er sogar in Unter-
suchung, ging jedoch unversehrt aus ihr hervor und gelangte ——
sogar in preußische Dienste. Bei der Errichtung der damalig
Berliner Regierung wurde er zunächst als Hilfsexpedient beschäf-
tigt und dann 1817 als expedierender Sekretär bei ihr angestel
Nach der Auflösung dieser Regierung ging er sodann in gleich
Eigenschaft zum General-Bureau des Polizei-Präsidiums über
wo man allerdings bei ihm burschenschaftliche Ideen witterte, da e
ja in Jena studiert hatte. Doch drückte man offenbar ein Aug
zu, „obgleich er für straffällig erachtet wurde", vielleicht auf Ver-
anlassung einflußreicher Gönner, oder weil er versicherte, jetzt vo
ganz anderen Grundanschauungen erfüllt zu sein, und bald nach-
her erweiterte man sogar seine Amtstätigkeit, indem man ihm die
Zensur der Stücke für Privatbühnen und Marionettentheater und
der Reden, die in den Tabagieen gehalten wurden, zuwies. Da-
mit trat er in die Zensoren-Karriere ein, in der er nun rasch
emporstieg. Um ihm mehr Zeit zur Durchsicht der zu beurteilen-
den Schriften zu schaffen, entband man ihn von dem Sekretär-
Dienste und machte ihn unter dem 22. Dezember 1823 mit einem
Gehalte von 1500 Talern zum Redakteur der Staatszeitung; zu-
gleich verlieh man ihm den Hofratstitel. Neben den Redaktions-
geschäften muß nun John bereits in so mannigfacher Weise auch
als Zensor tätig gewesen sein, daß man ihn schon zu Lebzeiten
des damaligen offiziellen Zensors für Berlin, des alten Geheimen
Rates Grano, zu dessen Nachfolger ausersah, und als Grano am
26. Mai 1831 gestorben war, schrieb der Minister des Auswär-
tigen, Ancillon, unter dem die „Staatszeitung" stand, sofort an
den Minister des Innern, Brenn, der Hofrat John möge als
Nachfolger Granos ernannt werden. Dabei stellte er ihm ein
ausgezeichnetes Attest aus, sprach von seiner „vielseitigen wissen-
schaftlichen Bildung" und meinte, daß er bei seiner „in der Tat
fast peinlichen Vorsicht auch in den schwierigsten Fällen jedenfalls
vor Mißgriffen bewahrt" werde. Infolgedessen wurde John als
Zensor für Berlin am 30. Juni 1831 zunächst provisorisch und,

nachdem sich auch das Oberzensurkollegium für ihn ausgesprochen hatte, am 14. Juni 1832 definitiv angestellt. Sein Gehalt wurde auf 1650 Taler normiert: 1350 Tlr. Zensurgebühren, die auch sein Vorgänger bezogen hatte, und 300 Tlr. Zuschuß des Ministeriums. Außerdem wurde ihm auf seine besondere Bitte, „durch Verleihung eines höheren amtlichen Charakters vor einer schiefen und ungünstigen Beurteilung des Publikums geschützt zu werden," der Titel eines Geheimen Hofrats gewährt. Mit der Zeit verbesserten sich seine Einnahmen noch wesentlich, besonders durch die wachsenden Gebühren des Intelligenzblattes, so daß er schließlich ein jährliches Gehalt von ungefähr 3700 Taler bezog.*)

Zu seiner eigentlichen Bedeutung für das vormärzliche Literaturleben gelangte John aber erst durch seine unter dem 6. Juni 1836 erfolgte Ernennung zum besonderen Zensor des Jungen Deutschland. Und diese Stellung erhielt noch dadurch eine besondere Wichtigkeit, daß durch eine ministerielle Erklärung vom 16. Februar 1836 der Bundestagsbeschluß vom 10. Dezember 1835 für Preußen etwas gemildert worden war. Es war bestimmt worden, daß die Schriftsteller des Jungen Deutschland nicht an jeder literarischen Tätigkeit gehindert werden sollten; das Verbot solle sich vielmehr nur auf ihre ohne diesseitige Zensur außerhalb der preußischen Staaten gedruckten Schriften erstrecken; mit diesseitiger Zensur dagegen könnten sie in Preußen ihre Schriften wie früher erscheinen lassen.

Es war nun also die Obliegenheit Johns, zu beurteilen, was von den neuen Schriften des Jungen Deutschlands zuzulassen sei. Diesen Anforderungen war er aber offenbar nicht gewachsen. Er verurteilte sehr vieles, was er ruhig hätte passieren lassen können, und geriet dadurch wiederholt in heftigen Widerspruch mit dem Oberzensurkollegium. Da es sich aber meistens

*) Der „Charivari" brachte 1846 die Notiz, daß John jährlich über 6000 Taler als Zensor beziehe, und machte dazu die satirische Bemerkung, daß er dafür allerdings was Ehrliches zusammenstreiche. Wenn nun auch das letztere richtig war, so ist doch in der Erregung, in der sich damals die Herausgeber von Zeitschriften dem Zensor gegenüber stets befanden, die Summe um volle 2250 Taler zu hoch gegriffen.

um Dramen, Romane, Reiseschilderungen ꝛc. handelt, so können wir hier nicht näher darauf eingehen; sobald jedoch Zeitschriften in Frage kommen, werden wir die Konflikte an geeigneter Stelle darlegen. Nur ein Beispiel von den vielen, die angeführt werden könnten, sei hier gegeben, um die unerhörte Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit Johns zu charakterisieren. Der Novellist Karl Seidel, ein sehr loyaler, durchaus nicht im Geruche der Freisinnigkeit stehender Mann, hatte eine kleine Erzählung geschrieben, in der er schilderte, wie ein Liebespaar, das sich im Postwagen kennengelernt hatte und mit diesem umgeworfen worden war, durch dieses eigentümliche Schicksal endlich zur Heirat gekommen sei. Der Zensor John strich jedoch diese Novelle, weil ein preußischer Postwagen nicht umwerfen dürfe, somit eine solche Erzählung eine Verhöhnung der Königlich preußischen Post sei!*)

Die vielen Verbote, die auf Veranlassung Johns nun nach und nach erlassen wurden, mußten naturgemäß das Junge Deutschland außerordentlich schädigen und bei ihm den lebhaften Wunsch hervorrufen, doch so bald als möglich wieder von diesen Ausnahme-Maßregeln befreit zu werden. Alle Eingaben blieben jedoch zunächst erfolglos; erst als Friedrich Wilhelm IV. den Thron bestiegen hatte, wurde nach längeren Verhandlungen der Bann wieder von den geächteten Schriftstellern genommen. Durch Kabinettsordre vom 28. Februar 1842 ermächtigte der König den Minister, „die gegen die Schriften des Jungen Deutschlands noch bestehenden Ausnahmemaßregeln hinsichtlich aller derjenigen jener Kategorie angehörigen Schriftsteller aufzuheben, die, in Deutschland wohnend, persönlich das Versprechen geben würden, fortan in ihren Schriften gewissenhaft alles, was die Religion, die Staatsverfassung und das Sittengesetz beleidigt, zu vermeiden. Zugleich ist denselben anzudeuten, daß gegen sie bei einem Rückfalle in ihre frühere verderbliche Richtung das bisherige Ver-

---

*) Die Zensurschwierigkeiten sind ausführlich behandelt bei Johannes Proelß, Das Junge Deutschland, Stuttgart 1892, und bei Ludwig Geiger, Das Junge Deutschland und die preußische Zensur. Berlin 1900.

ahren wieder und dann für immer werde zur Anwendung gebracht werden."

Darauf gab zunächst Mundt am 14. April 1842 auf dem Berliner Polizeipräsidium die verlangte Erklärung ab, und im Mai folgte Laube in Muskau.*) Gutzkow unterwarf sich nicht direkt; er lehnte die Unterzeichnung eines Reverses ab, aber erklärte, daß er dem Bestehenden nicht feindlich gesinnt sei, worauf nach längeren Verhandlungen der König Friedrich Wilhelm IV. ihn durch Kabinettsordre vom 17. Juli 1843 ebenfalls von den drückenden Zensurbestimmungen befreite. An Wienbarg trat die Regierung nicht heran, wohl weil er als Schriftsteller nichts mehr produzierte. Heine blieb unberücksichtigt, da er nicht in Deutschland wohnte.

Der große Einfluß Johns wurde durch diese Aufhebung der Maßregeln gegen das Junge Deutschland zwar etwas gemindert, blieb jedoch in den nächsten Jahren immer noch sehr bedeutend, da ja auch die politischen Zeitungen Berlins seiner Zensur unterstellt waren. Beim Ausbruch der Bewegung im März 1848 verschwand der unheilvolle Mann aber sehr schnell. Am 17. März 1848 legte er infolge der Aufhebung der Zensur seinen Rotstift für immer nieder, und am 1. Juli trat er mit 1250 Tlr. in Pension. 1856 starb er in Naumburg a. S.

Die letzten Jahre der Zensur hatten insofern noch eine Änderung gebracht, als das Ober-Zensur-Kollegium im Sommer 1843 aufgehoben worden und an seine Stelle ein Ober-Zensur-Gericht gesetzt worden war, durch das bereits die Tendenz eines Schriftstückes von „Rechtswegen" bestraft werden sollte. Dieses Gericht blieb aber nur fünf Jahre bestehen, da es naturgemäß bei der

---

*) In seinen „Erinnerungen", die überhaupt viel Unrichtiges enthalten, verschweigt Laube, daß er sich den Bedingungen der preußischen Regierung unterworfen habe, und erklärt es sogar für unwahr, daß er an derartigen Verhandlungen beteiligt gewesen sei. Ludwig Geiger legt jedoch in seinem schon erwähnten Buche „Das Junge Deutschland und die preußische Zensur" das betreffende Aktenstück im Wortlaute vor.

Aufhebung der Zensur am 17. März 1848 ebenfalls aufgehoben wurde.*)

Unter diesen Zensurverhältnissen mußte es den preußischen Zeitungen außerordentlich schwer fallen, auch nur einigermaßen den Wünschen der Leser zu entsprechen. Diese verlangten bei dem immer mehr sich entwickelnden politischen Leben, besonders seit 1840, eine eingehendere Behandlung der politischen Fragen — und kein Blatt wagte es, über die dürre Berichterstattung hinauszugehen. Oder tat es wirklich einmal eine freimütige Äußerung, so tilgte diese eiligst der Rotstift des Zensors. Es werden daher in den beiden Dezennien von 1830 bis 1848 gar viele Klagen über die unzureichende Presse laut. Besonders die Berliner Zeitungen galten allen Beobachtern der zeitgenössischen Publizistik als die kläglichsten, die je erschienen seien.

Recht bitter sprach sich Arnold Ruge in den „Hallischen Jahrbüchern" (1841, Nr. 38—40) über den unwürdigen Zustand aus. „Wären wir in politischer Indifferenz nicht bis zur Indolenz heruntergekommen," schrieb er, „wie ließe sich's da auch nur einen einzigen Tag ertragen, daß wir gar keine lebendige Zeitung im ganzen Lande, gar keine Nachricht, geschweige denn eine Diskussion über unsere nächsten und wichtigsten Angelegenheiten, gar keine Kenntnis, geschweige denn Erkenntnis und Kritik unseres Staatslebens, unserer öffentlichen Charaktere, ihrer Taten, Richtungen, guten oder verfehlten Absichten haben? Daß wir die Nachrichten über Preußen, wenn es ja einmal dergleichen gibt, über Leipzig, Hamburg und Paris empfangen?" ... Die Regierung „hat den S t a a t s g e i s t, das ö f f e n t l i c h e L e b e n nirgends zum Vorschein und zur Wirksamkeit gelangen lassen, im Gegenteil, der Staat ist ein absolutes Geheimnis, und die Organe der Öffentlichkeit, die Zeitungen, veröffentlichen eben nichts, ja, sie hüten sich, auch nur etwas zu verraten oder sich entschlüpfen zu lassen, was irgend eine öffentliche Person näher berührt, als die

*) Kapp S. 225—249, ferner: Hesse, Die preußische Preßgesetzgebung, vollständige Sammlung aller Gesetze 2c. Berlin 1843. u. Edgar Bauer, Die Zensur-Instruktion vom 31. Jan. 1843. Leipzig 1843.

Anzeigen, daß sie angekommen oder abgereist, angestellt oder in Gnaden entlassen sei. Die alte Unmündigkeit ist wiedergekehrt, die liberalen Institutionen, Landwehr und Städteordnung, sind Anomalien in den Systemen der „Nichtbeteiligung“ des Volkes, die Regierung hat den ganzen Staat wieder auf sich genommen und die Nation dadurch in den Indifferentismus zurückgeworfen.“

Ein Süddeutscher, der 1832 nach Berlin kam und von dort „Briefe aus Berlin“ in die Heimat schrieb,*) war erstaunt über die unbedeutende Zeitungsliteratur der „Residenzstadt eines der bedeutenderen Staaten Europas“ und meinte: „Sind die Zeitungen und Journale als die Chausseen des literarischen und politischen Verkehrs anzusehen, so gehören die Berliner papiernen Landstraßen unbedenklich zu den schlechteren deutschen Kommunikationswegen. Es holpert gewaltig darauf, und sie bedürfen kundiger Wegbesserer.“ Und der Korrespondent der „Hannoverschen Morgenzeitung“ erklärte in dieser 1845: „Unsere Berliner Journalistik ist vollkommen verwahrlost. Berlin sollte sich von Rechts wegen jeden Morgen, wenn es aufsteht, seiner Journalistik schämen.“ Als ein Hohn auf das Berliner Zeitungswesen machte 1845 die Notiz die Runde durch die Presse: „Dem Vernehmen nach beabsichtigt jemand, eine ‚Zeitung für Ordens-Inhaber aller Klassen‘ herauszugeben, von der man sich ungeheuere Verbreitung verspricht. Jede Nummer bringt die Porträts von zwölf Rittern. Einem on dit zufolge sollen bereits 17356 Ritter des roten Adler-Ordens vierter Klasse ihre Teilnahme und Porträts zugesagt haben.“

Doch nicht nur der Rotstift des Zensors war es, der die preußische Journalistik auf einem so tiefen Niveau erhielt, auch sonstige Maßregeln trugen noch dazu bei, die Entwicklung des Zeitungswesens zu hindern. So wurde 1846 in Preußen gegen die Zeitungs-Korrespondenten der § 45 der allgemeinen Gewerbeordnung geltend gemacht, in welchem es u. a. hieß: „Denjenigen, welche aus der Vermittelung von Geschäften, aus der Abfassung

---

*) Hanau, 1832. Den Namen des Autors konnte ich nicht ermitteln. Auch dem jetzigen Besitzer der Verlagsbuchhandlung ist er unbekannt.

schriftlicher Aufsätze für andere ein Gewerbe machen, oder möblierte Zimmer und Schlafstellen gewerbweise vermieten u. s. w., ist der Gewerbebetrieb erst dann zu gestatten, wenn die Behörden sich von deren Unbescholtenheit überzeugt haben." Überzeugten sie sich aber vom Gegenteil, wie z. B. bei Edgar Bauer, so wurde diesen Korrespondenten jede fernere literarische Tätigkeit untersagt. Dabei war es, angesichts der großen Nachrichten-Dürre und der Vorsicht, die beobachtet werden mußte, überhaupt ein Kunststück, Zeitungskorrespondenzen abzufassen. Der schon erwähnte süddeutsche Briefschreiber spöttelt denn auch in seinem „Berliner Xenien" über „Die Korrespondenten aus und in Berlin":

Wunderwürdige Kunst, die wir üben! Schöpf'risch wir schaffen
Aus dem verzweifeltsten Nichts „Korrespondenz aus Berlin."

Bei der Gleichstellung der Zeitungs-Korrespondenten mit den Leuten, „die möblierte Zimmer und Schlafstellen gewerbweise vermieten", war denn auch deren Ansehen bei den Behörden höchst gering. Als 1845 die Königin von England den König Friedrich Wilhelm IV. auf Stolzenfels besuchte und dort viele Feste gefeiert wurden, bei denen auch Hofkonzerte unter Mitwirkung der Jenny Lind, der Viardot-Garcia, Mantius', Liszts u. a. stattfanden und außerdem gekrönte Häupter, viele hohe Militärs, Zivilbeamte, Geistliche, Kaufleute rc. anwesend waren, wurde als einziger Journalist nur ein Franzose, Jules Janin aus Paris, zugelassen, die Berliner Journalistik dagegen zurückgewiesen. Dieser gegenüber zeigte sich Friedrich Wilhelm IV. überhaupt stets sehr ungnädig; besonders wünschte er nicht, daß sich die talentvollen Schriftsteller ihr zuwendeten, und sprach dies auch bisweilen aus, was dann die Presse als eine Beleidigung empfand. Gelegentlich zeigte er freilich auch wieder liberale Anwandlungen. In der Audienz, die er dem Dichter Herwegh gab, sagte er zu diesem: „Ich liebe eine gesinnungsvolle Opposition"; man wußte jedoch, daß diese Äußerungen wenig zu bedeuten hatten, und daher stellte denn auch eine Karikatur den König dar, wie er dem Dichter diese Versicherung gibt, zugleich aber den Fuß auf die von seiner Regierung unterdrückten Blätter setzt.

Es ist denn auch in der Zeit von 1830 bis 1848 kaum ein

Fortschritt im Berliner Zeitungswesen zu bemerken. Die einzige Neuerung, die sich in diesem Zeitraume vollzog, war der Umstand, daß sich die Beziehungen der „Allgemeinen Preußischen Staatszeitung“ zur Staatsregierung einigermaßen lockerten. Zwar wurde die Oberaufsicht auch weiterhin von den drei Zensur-Ministern, den Ministern der auswärtigen Angelegenheiten, des Innern und der geistlichen zc. Angelegenheiten, geführt und hierfür von ihnen gemeinschaftlich ein Kurator bestellt, auch wurden die amtlichen Bekanntmachungen nach wie vor in erster Linie hier veröffentlicht und auch fernerhin die erforderlichen Zuschüsse aus der Staatskasse bestritten, dagegen sah die Staatsregierung davon ab, beengend auf den redaktionellen Teil einzuwirken; der Redaktion wurde eine freiere Bewegung gestattet, und das Blatt ebenso wie die anderen privaten Blätter der Zensur unterworfen. Außerdem ward mit dem 1. April 1831 das Format vergrößert und schließlich am 1. Juli 1843 der Titel in „Allgemeine Preußische Zeitung“ umgewandelt. Bereits seit dem Jahre 1824 erschien das Blatt täglich, zunächst zum Jahrespreise von 6 Talern, seit dem 1. Juli 1830 zu dem von 8 Talern. Der Inhalt der Zeitung gestaltete sich nach dieser Reorganisation etwas reicher; besonders bemühte man sich, aus dem Gebiete der Kunst, der Geschichte, des Handels und der Gewerbe manches Lesenswerte zu bringen, und von 1832 ab erschien noch als Anhang — aber doch unabhängig von der Zeitung — das von Joseph Lehmann ins Leben gerufene „Magazin für die Literatur des Auslandes“, eine Verbindung, die bis zum Jahre 1843 bestand. Alle diese Bemühungen konnten aber doch zur Hebung der Zeitung nur wenig beitragen; die Oberaufsicht der drei Minister wirkte nach wie vor lähmend und hemmend, so daß der „Charivari“ 1845 bei der (jedoch unrichtigen) Nachricht, die „Allgemeine Preußische Zeitung“ werde demnächst wieder ihr Format ändern, die satirische Bemerkung machte: „Das Blatt wird von Michaelis ab in Form einer Nachtmütze erscheinen; der amtliche Teil soll den Zipfel bilden.“

Die beiden anderen Zeitungen der Hauptstadt, die „Spenersche“ und die „Vossische Zeitung“, bewegten sich ganz im alten

Gleise weiter. Die Zensur gestattete ihnen auch nicht das bescheidenste Urteil über die kläglichen politischen Zustände, und is sprach denn gewiß Gutzkow den beiden Redakteuren ganz aus dem Herzen, als er 1831 im 2. Hefte seines „Forums der Journalliteratur" sagte: „Die deutsche allgemeine Vaterlandsliebe, von der man vor fünfzehn Jahren so viel zu singen und zu sagen wußte, ist alt und schwach geworden, und in der Tat tun wir gut, wenn wir ihr unsere Tränen in der Stille sichern. Es hilft nichts, wir müssen Hermann und Thusnelden und das ganze Korps der Rache mit all ihren erhabenen Melodeien fürs erste einpacken."

Infolgedessen war denn auch das Interesse für die beiden Zeitungen im Publikum sehr gering. Erst als Ende der vierziger Jahre die politischen Wogen höher und höher gingen, konnte ein Korrespondent der „Schlesischen Zeitung" schreiben: „Sogar die Berliner, deren politischer Indifferentismus wohl nirgends seinesgleichen findet, lesen heute auch den politischen Teil ihrer ‚Vossischen' und ‚Spenerschen'."

Die „Spenersche Zeitung" neigte in ihrer politischen Grundstimmung mehr und mehr der konservativen Richtung zu, wenigstens in den entscheidenden Fragen, worauf der Besitzer und Chef-Redakteur Dr. Spiker beim Ordensfeste 1845 den Roten Adlerorden mit der Schleife erhielt. In den Kunstanschauungen hielt sich das Blatt ganz im allgemeinen Zeitgeschmack. Die Theater-Referate lieferte noch bis ins Jahr 1845 hinein der alte Theater-Schulz, und als dieser am 17. April 1845 im achtzigsten Lebensjahre gestorben war, trat Professor H. T. Rötscher (geb. 1803, gest. 1871) an seine Stelle. Mit einer Kritik über Schillers „Wilhelm Tell" debutierte er in Nr. 161. Für das Amt eines Theater-Referenten brachte er eine umfassende ästhetische Bildung mit, hatte sich bereits durch sein bedeutendes Werk „Die Kunst der dramatischen Darstellung" einen Namen gemacht und zeichnete sich auch noch weiterhin durch dramaturgische und biographische Schriften aus, schrieb „Abhandlungen zur Philosophie der Kunst", „Seydelmanns Leben und Wirken", „Dramaturgische Skizzen und Kritiken" und gab „Jahrbücher für dramatische Kunst und Lite-

ratur“ heraus. In seinen Theaterbesprechungen wirkte er jedoch nicht besonders befruchtend; er hielt sich auf einer zu hohen Warte, wußte seinen Referaten nicht genug unterhaltenden und feuilletonistischen Reiz zu geben und blieb daher vielen Lesern unverständlich. Eine ganz besondere Bewunderung flößte ihm die schöne Schauspielerin Viereck ein, der er daher unermüdlich den dichtesten Lorbeer um die Stirn wand, weshalb ihn die Berliner, als den Apologeten der Viereck, Magister Quadrat nannten.

Ein freierer Zug ging durch die „Vossische Zeitung“, besonders seit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV., als das erstarrte Leben überall in Fluß kam. Mit einem gewissen Freimut, der freilich immer noch zahm genug zum Ausdruck kam, trat die Zeitung als das Organ des Berliner Bürgertums für eine Verfassung mit Selbstverwaltung und für unbedingte Toleranz in allen religiösen Fragen ein, den starren, verfolgungssüchtigen Orthodoxismus entschieden bekämpfend. Es war dies, wie Kletke sehr richtig bemerkt*), kein geringes Verdienst in einer Zeit, in der sich Schelling mit seiner sonderbaren Offenbarungsphilosophie aus der Reihe der Philosophen strich, und Stahl sich mit dem berüchtigten Worte von der Umkehr der Wissenschaft in die Reihe der Dunkelmänner versetzte.

Unter den politischen Mitarbeitern jener Zeit befand sich auch mehrere Jahre hindurch Wilibald Alexis, der jedoch nur einen äußerst gemäßigten Liberalismus vertrat, ganz entsprechend den Grundsätzen, die er auch schon in seinen vaterländischen Romanen „Cabanis“, „Der Roland von Berlin“ und „Der falsche Waldemar“ bekannt hatte. Dennoch traf ihn wiederholt das Mißgeschick, daß seine Artikel, die sich nach seiner Ansicht durchaus in den gegebenen Schranken hielten, von der Zensur verboten wurden. Im Bewußtsein seiner Unschuld wandte er sich daher im März 1843 beschwerdeführend an den König Friedrich Wilhelm IV., erreichte damit aber nur das Gegenteil. Sehr ungnädig antwortete der Monarch in einem Ende März erlassenen Kabinettsschreiben: „Ich habe Ihre Eingabe vom 25. d. M.

*) Die Voss. Ztg. Ein Rückblick. Festnummer vom 23. Febr. 1872.

empfangen und geprüft. Die Zensoren des mit derselben einge reichten Artikels für die Zeitung haben bei Behandlung desselbe nicht gegen die Zensur-Vorschriften gefehlt; es ist also ein Grun zur Beschwerde wegen der gestrichenen Stellen nicht vorhande Glaubten Sie über ungebührliche Verzögerungen sich beklagen z müssen, so war diese Klage zunächst an den Minister des Inner zu richten. Mit Widerwillen habe Ich aber einen Mann vo Ihrer Bildung und literarischen Bekanntheit durch jenen Artike unter der Klasse derer gefunden, die es sich zum Geschäfte machen die Verwaltung des Landes durch hohle Beurteilung ihres Tuns durch unüberlegte Verdächtigung ihres nicht von ihnen begriffene Geistes vor der großen, meist urteilslosen Menge herabzusetzen un dadurch ihren schweren Beruf noch schwerer zu machen. Vo Ihrer Einsicht wie von Ihrem Talent hätte Ich anderes erwarte und sehe Mich ungern enttäuscht ..."

Dieses Schreiben des Königs machte großes Aufsehen. Di Presse beschäftigte sich längere Zeit mit ihm, wobei es wiederhol zu Konfiskationen kam. Selbst die vorsichtige Augsburger „All- gemeine Zeitung" wagte es, die Anschauungen des Königs z tadeln, und warnte, daß man den Bogen nicht zu straff spanne solle. „Der Ereignisse sind wir nicht Herr", schrieb sie am Schluß eines Leitartikels „Die fremde und einheimische Presse" (21. April 1843); „was auch kommen möge, die Obliegenheit aller ist, abzuwenden, was uns auseinanderbringen, und vorkehren, was uns zusammenhalten kann. Videant consules!" Und Varnhagen von Ense bemerkte in seinen „Tagebüchern": „... Der König zeigt sich nicht genug und auch zu wenig; es ist ein un- angenehmes Gemisch, aus dem doch die Macht und Willkür ein- seitig hervorblickt. Jedenfalls könnte der König gute Antwort bekommen, wenn Häring (Wilibald Alexis) sie geben wollte." Dieser fühlte sich jedoch durch das königliche Schreiben so ver- letzt, daß er seine Mitarbeit an der „Vossischen Zeitung" einstellte.

Unbeirrt durch die vielen Hemmungen der Zensur, blieb der mit vorzüglichen Sprachkenntnissen und auch einer umfassenden gelehrten Bildung ausgerüstete Dr. G. Friedenberg über zwanzig Jahre, bis 1848, politischer Mitredakteur der Zeitung.

Bei dem frischeren Tone der „Vossischen Zeitung“ und ihrer liberalen Richtung erweiterte sich der Leserkreis des Blattes von Jahr zu Jahr. 1844 soll die Zeitung bereits 8—9000 Abonnenten gehabt haben.*)

Als eine vorübergehende journalistische Erscheinung in Berlin sind die beiden Cholera-Zeitungen zu erwähnen, die während des Herbstes 1831 in Berlin erschienen, als die gefürchtete Seuche dort zum erstenmale auftrat. Die beiden Blätter brachten nichts als Nachrichten über den Stand der Krankheit, Geschichten bemerkenswerter Kuren 2c. Die eine wurde von dem Medizinalrat Casper, die andere von dem praktischen Arzte Dr. Sachs redigiert; dabei war das Caspersche Blatt das amtliche Organ, das die Ansicht des Geheimen Rates Dr. Rust verfocht, der die Ansteckungstheorie vertrat und eine umfassende Absperrung verlangte, während sich die Sachssche Zeitung gegen die Sperrmaßregeln und Kontumaz-Anstalten aussprach und einer streng gesundheitlichen Lebensweise das Wort redete. Die Zensur glaubte aber, allen Artikeln, die der Rustschen Ansicht widersprachen, die Druckerlaubnis verweigern zu müssen, und strich bei Sachs jeden Satz, der sich gegen die kontagiöse Ansteckung, gegen Sperrmaßregeln 2c. richtete. Doch dauerte dieser Terrorismus nicht lange; das Publikum verurteilte die Rustschen Sperrmaßregeln, worauf die Zensurbehörde der allgemeinen Stimmung Rechnung tragen und der Sachsschen Zeitung mehr Freiheit gestatten mußte. Darauf bekämpfte denn diese die Theorie Rusts mit beißendem Witz. Nach dem Verschwinden der Cholera hörten natürlich auch die beiden Cholera-Zeitungen zu erscheinen auf.

Endlich sei auch noch eines Versuches gedacht, im Jahre 1846 eine christlich-konservative Zeitung zu gründen. Ein Kreis von angesehenen Männern, unter denen sich Pertz, Lachmann und Stahl befanden, beabsichtigten in Berlin eine „Deutsche Zeitung“ ins Leben zu rufen, die (nach dem in verschiedenen Blättern veröffentlichten Programm) eine „Opposition gegen die Oppositionspresse“ bilden sollte, „aber auch nur gegen diejenigen Organe

*) Biedermanns Deutsche Monatsschrift, Lzpg. 1844, Maiheft.

derselben, die dem Bestehenden, weil es besteht, feind sind und zu seinem Sturze es entweder offen anlaufen, oder, so weit sie dies nicht können, heimlich untergraben, unbekümmert um das, was unter den Trümmern mit verschüttet werden wird." Naturgemäß sollte die Zeitung dann auch eine „Freundin der Regierung" sein und außerdem auf der Seite des positiven Christentums stehen. Doch auch noch einen weiteren Schritt wollten die Begründer des Blattes tun, sie wollten zwei Ausgaben veranstalten, eine für evangelische Leser und eine für katholische; diese letztere sollte in Köln erscheinen. Für die evangelische Ausgabe war als Redakteur Prof. Lohbauer, für die katholische Dr. W. Junkmann in Aussicht genommen. Bereits im Juni 1846 wurde die Konzession für das Unternehmen erteilt; doch ist die Zeitung niemals erschienen, weil Dahlmann in einem Gutachten in schlagender Weise darlegte, daß das Programm gar nicht ausgeführt werden könne. Zunächst sei es ein Unding, für das „Bestehende" auf alle Fälle einzutreten. „Ich hoffe," sagte er, „die ‚Deutsche Zeitung' werde auch Freundin genug der deutschen Regierungen sein, um ihren Ratgebern in allen Fällen zu opponieren, wo diese selbst dahin geraten, zu Recht Bestehendes zu vernichten und dadurch den Glauben an den Bestand der deutschen Staatsordnungen zu untergraben. Unter Bestehendem wird ja auch sicherlich nicht bloß verstanden sein, was 1846 bestand, sondern alles, was, wenn Recht und Treue und die wesentliche Wohlfahrt des Ganzen gefördert werden soll, bei uns genesen, oder, wenn unterdrückt, zum Wiederaufstehen gerufen werden muß." Und dann wies er auf die traurigen Verhältnisse in Schleswig-Holstein und den unerhörten Verfassungsbruch hin, dessen sich der König Ernst August von Hannover schuldig gemacht hatte „Eine Verfassung von unzweifelhaft gesetzlichem Ursprunge", erklärte er, „beschirmt durch unzweifelhafte Bestimmungen der Wiener Schlußakte, hätte nicht fallen müssen, wie sie gefallen ist." Das also, was zur Zeit in Hannover bestehe, könne die neue Zeitung unmöglich verteidigen. Des weiteren wies er darauf hin, daß in dem Programm keine Ungewißheit darüber herrschen dürfe, „ob die ‚Deutsche Zeitung' die sogenannten konstitutionellen Staaten als an sich löblich ver-

t betrachtet, ich meine: ob sie das konstitutionelle Prin- mit voller Billigung anerkennt und allein dessen Mißbrauch elt. Erklärt sie sich gegen das Prinzip, so wird sie nun und nmermehr eine ‚Deutsche Zeitung' werden; ihre Titel wird e Verurteilung sein." Endlich meinte er, daß es mißlich sei, einer Zeit, in der die lange Liste der Gebrechen unserer bür-rlichen Gesellschaft „mit zwei Lastern der schlimmsten Art, mit euchelei und Leichtfertigkeit in Glaubenssachen, vermehrt wurde, n Zeitungsblatt von stark theologischer Färbung zu gründen; ne geradezu gefährliche Maßregel aber würde es sein, eine itholische Politik einer protestantischen in der Art, wie es jetzt n preußischen Staate geschehen solle, in zwei verschiedenen Zei-ungen erklärt gegenüber zu stellen."

Diese Verwerfung aller Hauptpunkte des Programms wird chon die Pertz, Stahl und Lachmann stark herabgestimmt haben; as Gutachten gelangte aber auch durch Indiskretion in die Öffentlichkeit und übte nun hier bei dem hohen Ansehen Dahl-manns eine vollständig vernichtende Wirkung aus. Von allen Seiten erfuhr der Plan, eine solche Zeitung zu gründen, die leb-hafteste Verurteilung, so daß schließlich das Projekt fallen gelassen werden mußte.*)

Wie in der Hauptstadt, so hatten auch in den Provinzen Preußens alle Zeitungen die harte Hand der Zensur fort und und fort zu fühlen, selbst die konservativen und gut-königlichen, wie ganz besonders das Beispiel der „Schlesischen Zeitung" zeigt, die doch als eine Stütze des Königtums gelten mußte. Auch sie wurde in unbegreiflicher Kurzsichtigkeit so bedrängt, daß sogar eine Zeitlang ihr Weitererscheinen in Frage stand. Als die Preß-verordnungen des Bundestages vom 31. Oktober 1830 veröffent-licht waren, wagte die Zeitung viele Jahre hindurch alle das Königreich Preußen und Deutschland betreffenden politischen Nach-richten nur aus der „Allgemeinen Preußischen Staatszeitung" zu

*) Zur Geschichte der neuen Berliner „Deutschen Zeitung". Hamburg 1846 und gütige Mitteilungen des Herrn Archivdirektors Prof. Dr. Hansen in Köln.

nehmen. Diese Mitteilungen waren natürlich höchst dürftig, nationale Fragen durften gar nicht berührt werden; sogar die Feier des vierhundertjährigen Jubiläums der Buchdruckerkunst erfuhr bloß eine kurze Erwähnung, damit nur ja nicht irgend welche patriotischen Wünsche und Hoffnungen zum Ausdruck kommen möchten.*) Aber auch die Nachrichten über das Ausland, die französischen, englischen und russischen Blättern entlehnt wurden, erhoben sich nicht über das trockene Referat. Besonders kurz fielen die Meldungen über die zahlreichen Revolutionen der dreißiger Jahre in Spanien und Italien aus; dagegen erfuhr das erste Auftreten der Cholera im Herbst 1831 die eingehendsten Schilderungen.

Diese Cholera-Zeit drückte übrigens im wahren Sinne des Wortes den Zeitungen noch ihren ganz besonderen Stempel auf. Es wurden nämlich (in Breslau vom 8. Oktober 1831 ab) alle Nummern der öffentlichen Blätter vor der Ausgabe geräuchert und erhielten dann den Stempel „Desinfiziert“.

Bei diesem schweren Zensurdrucke bedurfte es natürlich aller Umsicht, die Zeitung lebensfähig zu erhalten, und es war mithin auch von großer Wichtigkeit, den Konkurrenzkampf auf ein Mindestmaß zu beschränken. Der Besitzer Julius Korn vereinbarte daher 1836 mit der „Breslauer Zeitung“, die mehr und mehr an Terrain gewonnen hatte, einen Vertrag, nach welchem fortan beide Blätter dem äußeren Ansehen nach in derselben Gestalt sich darstellen sollten, und sie erschienen nunmehr kontraktmäßig in demselben Format und Druck, hatten dieselbe Anordnung des In-

*) Der Feier des Jubiläums wurden in ganz Deutschland Schwierigkeiten entgegengestellt. In Darmstadt z. B. mußte (laut „Schles. Ztg.“ 1840, Nr. 96) auf ausdrücklichen Befehl des Großherzogs jede festliche Erinnerung an den Tag unterbleiben; in Bayern ward eine Feier zwar gestattet, aber alles verboten, was ihr eine politische Bedeutung oder das Gepräge eines Volksfestes geben könnte, worauf das Komitee in Nürnberg sich sofort auflöste und auf jede Kundgebung verzichtete; in Leipzig, der Metropole des Buchhandels, erlaubte man einen Festzug mit Reden auf dem Marktplatze: aber in Preußen wurde eine Feier des Gutenbergtages nur in geschlossenen Räumen zugelassen, doch gestattete Friedrich Wilhelm IV. noch nachträglich in Berlin am 28. August eine ausgedehntere Nachfeier.

lts und denselben Druck angenommen und standen in Preis
d Gebührensätzen einander gleich, so daß die Konkurrenz ledig-
) in die Grenzen der geistigen Arbeit gewiesen wurde.

Bald nachher (1837) starb der Verleger Julius Korn, und
trat bis 1850 eine vormundschaftliche Verwaltung ein, während
elcher nacheinander Professor Dr. Schön, Martin Runkel,
udolph Hielscher und F. A. Voigt die verantwortlichen Redak-
ure der Zeitung waren. Die beiden Hauptthemata dieser Jahre
er vormundschaftlichen Leitung bildeten eine volkswirtschaftliche
nd eine religiöse Frage. Die volkswirtschaftliche war: sollen wir
isenbahnen bauen, und die religiöse betraf die durch Johannes
Ronge und den Vikar Czerski hervorgerufene religiöse Bewegung.
Die Kämpfe, welche sich für und gegen die Eisenbahnen ent-
wickelten, wirken heute auf uns hauptsächlich komisch; sie kommen
uns um so drolliger vor, je ernsthafter die Gegner der Bahnen
auftreten. Die „Schlesische Zeitung" selbst verfocht stets mit
aller Wärme die Nützlichkeit der Eisenbahnen, doch mußte sie viele
„Eingesandt" aufnehmen, in denen die Rentabilität der Bahnen
stark bezweifelt und z. B. eine Bahnverbindung zwischen Breslau
und Berlin als durchaus entbehrlich und höchst überflüssig be-
zeichnet wurde. Einer der Gegner der Bahnen berief sich unter
Belobigung der vollkommen ausreichenden und sehr guten Post-
verbindungen auf die zweifellose Zustimmung der überwiegen-
den Mehrzahl der Breslauer, wenn er die Frage aufwarf, ob
wirklich der Zeitgewinn, den die Benutzung eines Schienenweges
bringe, die Besorgnis aufwiege, mit der man sich auf eine Eisen-
bahn wage. Die religiöse Bewegung ging von der Reliquienfrage
aus und nahm bald einen sehr stürmischen Verlauf. Die frei-
gemeindlichen Bestrebungen erfaßten weite Kreise, und der offene
Brief Ronges an den Bischof Arnoldi in Trier entzündete einen
großen Enthusiasmus, von dem nach und nach auch die „Schlesische
Zeitung" ergriffen wurde. Das veranlaßte aber die Gegner,
wiederholt an geeigneter Stelle über sie Klage zu führen, so daß
der Redakteur Hielscher am Schlusse des Jahres 1844 sich ver-
anlaßt sah, einen Rückblick auf seine Tätigkeit mit einem Pro-
gramm zu schließen, in welchem er die kirchliche und politische

Stellung der Zeitung kennzeichnete. „Die ‚Schlesische Zeitung‘ wird nicht müde werden,“ erklärte er, „den Feinden eines freien mächtigen und glücklichen Deutschlands die Stirn zu bieten; sie wird ferner Bildung und Wissenschaft, Licht und Freiheit befördern helfen, ohne dem Christentume zu nahe zu treten; sie wird das Königtum ehren, auch wenn sie eine Vertretung des Volkes wünscht; sie wird für Preßfreiheit sprechen, ohne den Umsturz zu predigen; sie wünscht die gleiche Berechtigung aller Staatsbürger zu den Pflichten wie zu den Ehren des Staates, ohne die Stände gegeneinander aufzuwiegeln; sie ist für Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, ohne dem Staate die Leitung und Oberaufsicht in Ausübung der Gesetze abzusprechen; sie ist für Gewerbefreiheit und freien Handel, ohne die Gefahren zu verkennen, welche Schrankenlosigkeit in beiden herbeiführen würde; aber sie ist unbedingt gegen Kommunismus und Radikalismus im Staate, wie gegen Glaubenszwang und Heuchelei, gegen Pietisterei und Jesuitismus in der Kirche.“

Dieses Programm fand aber keineswegs die Zustimmung weder der kirchlichen Behörde, noch der Regierung; der fürstbischöfliche Konsistorialrat Dr. J. B. Baltzer richtete eine geharnischte Epistel an die gesamte schlesische Tagespresse,*) und die Zensurbehörde suchte das Terrain der Zeitungen noch weiter einzuengen. 1846 wurde sogar die Veröffentlichung von Abschnitten aus den Landtagsabschieden beanstandet, weil durch Auswahl und Gruppierung die öffentliche Meinung irre geführt und die Regierung in ein falsches Licht gestellt werden könne. Der „Schlesischen Zeitung“ suchte die Regierung aber noch ganz besonders dadurch beizukommen, daß sie, da 1821 das Privilegium erloschen sei, den Mangel einer s. Z. nicht wieder erteilten Konzession ausfindig machte und nun unter dem 15. Juni 1846 das Aufhören der Zeitung verfügte. Der Verlag protestierte und wehrte sich mit allen gesetzlichen Mitteln, mußte sich aber schließ-

*) Dr. J. B. Baltzer, Preßfreiheit und Zensur mit Rücksicht auf die Trierer Wallfahrt und den doppelten Anklagezustand der schlesischen Tagespresse. Breslau 1845.

lich doch dazu bequemen, trotz des mehr als hundertjährigen Bestehens der Zeitung, nachträglich noch eine neue förmliche Konzession für das Erscheinen des Blattes nachzusuchen. Damit aber erhielt die Regierung einen sehr bedeutenden Vorteil in die Hand, denn sie gewährte unter dem 30. Dezember 1847 die neue Konzession nur unter dem Vorbehalte jederzeitigen Widerrufs und mit der ausdrücklichen Bedingung, daß der offenbar zur liberalen Seite hinneigende Redakteur Hielscher unter Verzicht auf jede weitere Mitarbeit aus der Redaktion entlassen und der seitherige Disponent F. A. Voigt mit ihr betraut werde. Voigt leitete dann die Zeitung auch in den Sturmjahren 1848 und 49 ganz im Sinne der Regierung.*)

Recht wechselvoll gestaltete sich in den dreißiger und vierziger Jahren das Schicksal der „Breslauer Zeitung", doch bewegte sich dabei das Blatt stets in aufsteigender Linie. Nach Schalls 1833 erfolgtem Tode übernahm der Freiherr Eugen von Baerst das Blatt und hob es sofort auf ein höheres Niveau. Eugen von Baerst war ein geistvoller, witzsprühender Mann von umfassenden Kenntnissen, dabei eine vornehme, zurückhaltende und doch radikal gesinnte Natur. Bevor er die Redaktion der „Breslauer Zeitung" übernahm, hatte er schon viel erlebt und einen großen Teil der kultivierten Welt gesehen. Geboren 1792 als der Sohn eines preußischen Offiziers zu Wesel, widmete er sich anfangs ebenfalls dem Soldatenstande und nahm 1812 in dem preußischen Hülfskorps des Generals York als Offizier an dem Zuge nach Rußland teil. Weiterhin machte er auch die Feldzüge von 1813 bis 1815 mit und erwarb sich dabei das Eiserne Kreuz. Nach dem Kriege nahm er einen zweijährigen Urlaub, um in Breslau mannigfache Studien zu treiben, und schied 1818 mit Charakter eines Kapitäns vollständig aus dem Militärdienst. Darauf widmete er sich literarischen Arbeiten, knüpfte Freundschaften mit verschiedenen bedeutenden Schriftstellern an und traf 1825 mit Karl Schall, wahrscheinlich nachdem er diesem eine

*) (Karl Weigelt), 150 Jahre Schlesische Zeitung. Breslau 1892, S. 188—212.

nicht unbedeutende Summe vorgestreckt, ein Abkommen, das ihm mit Bewilligung des Königlichen Ministeriums, den Mitbesitz und die Mitredaktion der „Breslauer Zeitung" sicherte. Doch beteiligte er sich noch nicht an den Redaktionsarbeiten, sondern unternahm große Reisen nach Dänemark, Holland, England, Frankreich, Italien, und befaßte sich dabei mit großartigen Börsen-Spekulationen. Mancherlei Erlebnisse aus jener Zeit schilderte er später in dem originellen Buche „Kavalier-Perspektive", das er 1836 unter dem Pseudonym Chevalier de Lelly herausgab, und in welchem er sich als ein Anhänger des raffinierten Epikuräismus bekennt.

Die ersten Reformen, die Baerst bei der Übernahme der „Breslauer Zeitung" in dieser einführte, betrafen den politischen Teil. Er erkannte, daß die Rolle, die das Inland bisher in der „Breslauer Zeitung" gespielt hatte, höchst kläglich gewesen sei, und räumte ihm die erste Stelle ein. Auch verkannte er nicht die Bedeutung örtlicher und provinzieller Interessen. In seinem langen Programm vom 1. Mai 1834 sagt er: Es ist von Übel, wenn eine provinzielle Zeitung eben so gut von Monomotapa als von Breslau datiert erscheinen kann, ohne daß der Inhalt den näheren Bezug auf eins von beiden verriete. In demselben Programm verwahrt er sich auch sehr energisch gegen jede politische Parteinahme. „Ja, es ist bei unseren provinziellen Verhältnissen auch gar nicht zu wünschen," sagt er, „daß ein großes politisches Interesse sich wiederum sehr in der Nähe von uns entspinne, da die angenehme Beschäftigung der Lesewelt dabei nicht in die Wage zu werfen ist gegen die Störung des Glücks und der Ruhe, welche jene zweideutige Erhöhung des Interesses begleitet. Die Theaterbesprechungen, die ehedem einen so breiten Raum eingenommen hatten, drängte er weit zurück, dagegen dehnte er den Handelsteil sehr bedeutend aus. Die Zeitung erhielt somit ein ganz neues Gepräge. Mit dem internen Redaktionsbetrieb befaßte sich Baerst jedoch wenig; diesen leitete lange Zeit Dr. Nimbs, ein sehr ruhiger, besonnener Mann, und ferner seit 1835, nachdem der Umfang der Zeitung sehr gewachsen war, als zweiter Redakteur Dr. Weis, der dann viele Jahrzehnte an der Zeitung tätig war. Bald nach dem Eintritt des Dr. Weis erfuhr die Zeitung auch

noch eine wesentliche Erweiterung durch das Beiblatt „Schlesische Chronik", das mit dem 1. Januar 1836 ins Leben trat und zunächst von Fr. Lewald, dem nachmaligen Direktor der Oberschlesischen Eisenbahn, vom Anfang der 40er Jahre jedoch bis 1849 von Dr. Moritz Elsner redigiert wurde. Mit dem 1. Juli 1838 ging die Zeitung in den Besitz Hermann Barths, des Inhabers der Firma Graß, Barth u. Komp., über, während sich Baerst wieder auf Reisen begab, bis er nach mancherlei Schicksalen 1855 in Herrendorf bei Soldin auf dem Gute seines Bruders starb. Unter Barths Regime änderte sich der Charakter der Zeitung. Der neue Besitzer durchbrach das Prinzip der politischen Objektivität und gab dem Blatte eine konservative Richtung, die es dann auch in der bewegten 48er Zeit innehielt.*)

Neben diesen beiden großen Zeitungen Breslaus kamen noch seit 1846 ein „Breslauer Beobachter" im Verlage von H. Richter und eine „Allgemeine Oder-Zeitung", verlegt und redigiert von einem Dr. Kutzen, heraus. Besonders die letztere wollte wohl die liberalen Ideen vertreten; in ihrem Programm sagte sie, daß sie „nicht jedem Fortschritt entgegen sein werde, daß sie vielmehr dem Fortschritte der Entwicklung des Historischen aus den historischen Grundlagen heraus das Wort reden wolle", aber sie fügte auch gleich wieder vorsichtig hinzu, daß sie die „in dieser Zeit angestrebten revolutionären Umgestaltungen des Historisch-Begründeten" verurteilen müsse. Eine Bedeutung erlangte sie nicht.

Von den sonstigen Blättern, die noch in Schlesien erschienen, seien nur der „Oberschlesische Wanderer" in Gleiwitz, der 1828 ins Leben trat, und der „Oberschlesische Anzeiger" in Ratibor, der bereits seit 1802 herauskam, erwähnt. Beide erwarben sich nach und nach einen gewissen Leserkreis, obgleich sie ihren redaktionellen Teil in sehr engen Grenzen halten mußten, da es ihnen nicht gestattet war, irgend welche Politik zu treiben.

*) K. G. Nowack, Schlesisches Schriftsteller-Lexikon, 2. Heft, S. 152. Breslau 1838, Allgm. D. Biographie, 39. Band, S. 455 und Breslauer Zeitung, Jubiläums-Ausgabe zur Jahrhundertswende, 1. Jan. 1900.

Etwas freier als die Breslauer Blätter konnte sich di „Königlich Preußische Staats-, Kriegs- und Friedens Zeitung" in Königsberg, die heutige „Königsberger Hartung sche Zeitung", bewegen. Es hatte dies seinen Grund zunächs darin, daß die Provinzen Preußen und Posen nicht zum deutsche Bunde gehörten, also auch nicht dem direkten Einflusse des Bundes tages unterstellt waren, und ferner in dem zufälligen glücklicher Umstande, daß in jener Zeit in Königsberg eine Anzahl geisti sehr hervorragender Männer wirkte, die auch am politischen Lebe regen Anteil nahm. Von diesen sind besonders der bekannte Dr Johann Jacoby, dessen weittönendes Wort den größten Einfluß auf die öffentliche Meinung ausübte, der Philosoph und Literar historiker Karl Rosenkranz, der geistsprühende Alexander Jung der witzige und redegewandte Ludwig Walesrode und der jugend lich überschäumende Rudolf Gottschall zu nennen. Hierzu kan noch ein reges Vereinsleben in der Königsberger Bürgergesell schaft, der städtischen Ressource und in anderen Vereinen. Doch entwickelte sich dieses leidenschaftliche politische Leben erst mit den Beginne der 40er Jahre. Die Erregung, welche die süddeutsche Staaten nach der Julirevolution ergiff, warf nach dem fernen Osten nur wenige schwache Wellen. Hier ging auch noch während der dreißiger Jahre das politische Interesse über die militärischen Übungen und die Hofnachrichten nicht weit hinaus. „Es herrschte im ganzen öffentlichen Leben eine wahre Totenstille", versichert ein Zeitgenosse dieses Dezenniums.*) „Ein Mensch mit liberalen Ideen würde für verrückt gehalten worden sein, und wer etwas mehr davon wußte, sagte: das paßt nicht für uns, das ist nicht deutsch. Der König und die Regierung verstanden ja alles am besten; sie korrigieren wollen, wäre eine Blasphemie gewesen." Mit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. änderte sich das aber sofort, und Jakobys Broschüre „Vier Fragen, beant wortet von einem Ostpreußen" eröffnete die politische Diskussion auf der ganzen Linie.

---

*) L. Passarge, Ein Ostpreußisches Jugendleben. Erinnerungen und Kulturbilder. Leipzig 1903.

In Betreff der Presse und der Zensur erklärte Jacoby dort:
ie präventive (vorkehrende) Zensur hat vernünftiger Weise nur
s zu streichen, was der Richter, wenn's gedruckt wäre, be-
ıfen würde. Eine Zensur aber, die also wie in unserem Vater-
de gehandhabt wird, hört auf, eine rein präventive zu sein:
wird zu einer anmaßenden Bevormundung, zu einer Unter-
ickung der öffentlichen Meinung und führt endlich zu einer
hst bedenklichen, dem Volke und dem Könige gleich gefährlichen
genmacht der Beamten.“

Die „Königsberger Zeitung“, wie sie kurz genannt wurde,
ıt sofort mit allen Segeln in die Bewegung ein, und die Re-
ıkteure, die nacheinander das Blatt leiteten, Professor Schubert,
r. Matzel, Privatdozent Dr. Thomas u. a., verstanden es, die
eitfragen in flotter, allgemein verständlicher Weise zu behandeln.
llerdings wurden sie darin auch durch die Wortführer der Stadt,
ie eifrige Mitarbeiter waren, bedeutend unterstützt. Zudem er-
ıhr das Blatt auch alle Förderung durch den hochgebildeten und
ıtelligenten Besitzer Georg Friedrich Hartung, dem wir schon in
er napoleonischen Zeit begegnet sind (Bd. II, S. 208.). Wie
nablässig sich Hartung der Zeitung widmete, legte er in einer
Art von politischem Testament dar, welches er vor seinem am
l. April 1849 erfolgtem Tode abfaßte, und das seinem Wunsche
gemäß nach seinem Hinscheiden in der Zeitung veröffentlicht wurde.
„Wenn die Führung einer Zeitung,“ sagte er dort, „mit großen
Unannehmlichkeiten und Mühen verbunden ist, so wurde die Lei-
tung derselben in den letzten Jahren um so schwerer, als die
Interessen des Vaterlandes sich in Parteien spalteten und Vor-
sicht und eigene Meinung sich nicht mit den allgemeinen Ansichten
und den Zeitforderungen wollten vereinigen lassen. Wenn aber
dies Geschäft, dem ich fünfzig Jahre meines bewegten Lebens ge-
weiht, mich in den letzten Jahren so ganz fesselte, daß ich ihm
sklavisch in jeder Tageszeit dienen mußte, so dürfte, wenn auch
erst nach meinem Tode, mein mißlicher Stand und meine gefähr-
liche, sorgenvolle Lage erkannt, und ich für den oft getadelten
Mißmut Entschuldigung finden.“

Die Resignation, die aus diesen Zeilen spricht, war gewiß

berechtigt; immerhin durfte Hartung auch mit einer gewissen Befriedigung auf seine mühevolle Tätigkeit zurückblicken, denn seine Zeitung genoß ein hohes Ansehen und galt als eine wertvolle politische Stimme Deutschlands, besonders während der Jahre, in denen sie sich der milden Zensur des freisinnigen und sehr populären Polizeipräsidenten Abegg zu erfreuen hatte. Eine Zeitstimme kann denn auch von ihr rühmen: „Die Königsberger Zeitung zeichnet sich durch ihre leitenden Artikel aus, die unbedingt die besten sind, die jemals in deutscher Sprache geschrieben wurden. Die inländischen Angelegenheiten des preußischen Staates sind noch nie mit so viel Gründlichkeit, Umsicht und Freimut besprochen worden, als es hier geschieht. Die Wünsche der freisinnigen Mehrheit werden, namentlich ihrer praktischen Seite nach, hier vor die öffentliche Meinung Deutschlands gebracht, und das in so klarer, bestimmter, unverholener Sprache, daß der Verfasser und der Zensor in gleicher Weise durch den Geist der Zeitung geehrt werden." *)

Von den sonstigen Blättern des Ostens erreichte keins weiter eine ähnliche Bedeutung wie die „Schlesische", die „Breslauer" und die „Königsberger Zeitung". Die „Zeitung des Großherzogtums Posen" erschien zwar vom 1. Januar 1831 ab täglich, gewann aber keinen größeren Einfluß; die „Danziger Allgemeine Zeitung", 1840 von A. Schroth als „Neue Wogen der Zeit" gegründet, und das von dem Improvisator Wolfert und dem Journalisten Bartholdi herausgegebene „Danziger Tageblatt" blieben unbedeutend, ebenso der „Elbinger Anzeiger", „Der Gesellige" in Graudenz und die „Königliche Preußische Stettiner Zeitung", neben der seit dem 14. Aug. 1835 noch „Börsen-Nachrichten der Ostsee" erschienen, herausgegeben von dem Kaufmann Adolf Altvater, die jedoch keine Artikel über Politik, Staatsverwaltung und Religion aufnehmen durften.

*) Deutschlands politische Zeitungen. Zürich 1842. Gelegentlich gestreift werden die Königsberger Preßverhältnisse der in Rede stehenden Zeit bei Rosenkranz, Königsberger Skizzen, Danzig 1842, Jung, Königsberg und die Königsberger, Leipzig 1846, Falkson, Die lib. Bewegung in Königsberg, Breslau 1888, und Gottschall, Aus meiner Jugend, Breslau 1899.

Langsam aber stetig entwickelte sich die „Magdeburgische Zeitung". Zwar hatte sie auch ferner noch viel von dem sogenannten Intelligenz-Insertionszwange zu leiden (vergl. S. 275) und noch mehr von der Zensur, dennoch gelang es der Umsicht und Vorsicht ihres Besitzers Friedrich Faber, das Blatt immer reichhaltiger zu gestalten und den Leserkreis beständig zu erweitern. Die Streichungen der Zensur sind uns heute oft ganz unfaßbar. Einfach lächerlich erscheint es uns, wenn, wie der Chronist der Zeitung berichtet,*) im Jahre 1841 die Mitteilung beanstandet wurde, daß der preußische Konsul in London unserem Königshause Geschenke von der Königin Viktoria überbracht habe. Einfach unbegreiflich aber ist es, daß noch 1843, in einer politisch schon so bewegten Zeit, die Zensurbehörde mit Zustimmung des höchsten Zivil-Beamten der Provinz Sachsen als Grundsatz aufstellte, die Zeitung sei nur dazu da, politische Neuigkeiten zu bringen; sie dürfe aber, als für einen großen, zum Teil ungebildeten Leserkreis bestimmt, politische Raisonnements und Kritiken nicht veröffentlichen.

Unter diesen drückenden Verhältnissen war es begreiflich, daß Friedrich Faber bei zunehmendem Alter schließlich die Arbeitsfreudigkeit verlor und sich an seinen Neffen Gustav Faber mit der Bitte wandte, das Geschäft zu übernehmen. Der Neffe, geboren 1811 zu Magdeburg, war gelernter Buchhändler und bereits Besitzer eines eigenen Geschäftes in Mainz, aber trotzdem gerne geneigt, nach seiner Vaterstadt zurückzukehren. Sein Vater jedoch, der Apotheker in Magdeburg war und die Verhältnisse seines Bruders genau kannte, riet ihm sehr energisch ab, auf das Anerbieten des Onkels einzugehen. Der lange Brief, den er zu diesem Zwecke an den Sohn richtete, schildert die traurige Situation der vormärzlichen Zeitungen so klar und eingehend, daß er ein wertvolles Dokument zur Geschichte des Zeitungswesens der vierziger Jahre bildet und hier zum großen Teil wiedergegeben werden muß.

„Der Onkel hat seit einiger Zeit", schrieb der Vater, „mehr als es je der Fall war, unbeschreiblich viel Ärger und Verdruß,

*) Alexander Faber, Die Fabersche Buchdruckerei. Magdeb. 1897, S. 133.

der ihm von seiten der Zensur-Behörde zugefügt ward, erdulden müssen. Ganz gleichgültige Nachrichten, die selbst durch andere preußische Zeitungen schon bekannt gemacht waren, sind ihm gestrichen, obgleich ausführlichere Bestimmungen und Erläuterungen über das Zensur-Edikt den Zensoren sowohl als den Redakteurs mehr Freiheiten, als sonst, zu gestatten scheinen. Sogar ist gewissermaßen seine persönliche Freiheit durch eine Verfügung der Oberbehörde an sämtliche Redakteurs beschränkt, in welcher ihnen zu erkennen gegeben wird, daß, wenn ein Redakteur irgend eine Reise, selbst zur Befestigung seiner Gesundheit eine Reise in ein Bad, zu unternehmen beabsichtige, er dies nicht allein der Behörde anzuzeigen habe, sondern auch einen anderen stellvertretenden Redakteur vorzuschlagen verpflichtet sei, und es dann noch von der Behörde abhangen werde, ob sie den Stellvertreter genehmige oder nicht. Alle diese Unannehmlichkeiten haben den Onkel, und mit Recht, sehr verdießlich gemacht .... Unter solchen Umständen ist eine nochmalige ernste und reifliche Überlegung dieser Sache von deiner Seite unerläßliche Pflicht. Besonders ist eine Stelle in diesem Zirkular-Schreiben für die künftigen Redakteure und Unternehmer der Zeitschriften sehr bedenklich, wo es heißt: daß es erforderlich sei, daß bei Genehmigung neuer Zeitschriften und neuer Redakteure mit großer Vorsicht verfahren werde, damit die Tagespresse nur unbescholtenen Männern anvertraut werde, deren wissenschaftliche Befähigung, Stellung und Charakter für den Ernst ihrer Bestrebungen und für die Loyalität ihrer Denkungsart Bürgschaft leiste. Nun ist es eine große Frage, ob man Dir diese wissenschaftliche Befähigung (wie man sie nur von einem Gelehrten erwarten kann) einst zugestehen wird. Wäre dies auch nicht der Fall, so würde der Verlag der Zeitung Dir schon ein hinlängliches Auskommen gewähren, wenn nur dieses Dir gesichert wäre. So ist aber unter Westfälischer Regierung das unsern Voreltern gegebene und auf deren Kollatoral-Verwandte ausgedehnte Privilegium aufgehoben und nicht wieder erneuert; es ist also auch zweifelhaft, ob man Dir doch wenigstens den Druck und Verlag der Zeitung überlassen würde. Hierzu kommt noch die große Ungewißheit, ob man bei Erteilung der Konzession als Redakteur

oder als Verleger wenigstens Dir als einem Ausländer (denn das bist Du jetzt) den Vorzug vor dem Inländer geben würde? Und wenn Dir auch, wie wohl zu erwarten steht, das Bürgerrecht hier nicht versagt werden wird, so kann Deine Aufnahme als solcher nur erst dann geschehen, wenn Du aus den Großherzoglich Hessischen Staaten mit genügenden guten Zeugnissen entlassen bist, worüber noch einige Zeit hingehen kann. Du kommst also auf jeden Fall in eine bedenkliche und ungewisse Lage.“

Diese Schilderungen des Vaters konnten aber doch den jungen Gustav Faber nicht abhalten, auf den Vorschlag des Onkels einzugehen; er kam nach Magdeburg, arbeitete erst eine Zeitlang als Gehilfe in der Buchdruckerei und übernahm dann das Geschäft am 1. Juli 1846. Schon im nächsten Jahre starb der alte Friedrich Faber.

Der Übernahme ging jedoch erst eine lange Zeit der Mühen und Sorgen um die Erlangung der Konzession voraus. Das Ministerium wollte das Privileg Friedrich Fabers nicht auf den Neffen übertragen. Auf Umwegen erfuhr Gustav Faber, daß die „Magdeburgische Zeitung“ trotz der peinlichst durchgeführten Zensur in Berlin „schon seit längerer Zeit in einem nichts weniger als sehr guten Geruche“ stehe. „In politischer und noch mehr in kirchlicher und religiöser Hinsicht,“ hieß es weiter in dem vertraulichen Briefe von befreundeter Hand, „wird ihre Tendenz als eine sehr tadelnswerte bezeichnet. In erster Hinsicht ist es die Aufnahme von Artikeln, welche ganz dazu gemacht sind, die Regierung in ihren Absichten und vorhabenden Maßregeln zu verdächtigen und Mißtrauen gegen dieselbe zu erregen, welches man hier (in Berlin) mit Mißvergnügen in einem Blatte sieht, welches in der alten treuen Stadt, wie in der Provinz viel gelesen wird. In religiöser Hinsicht hat sich dieses Blatt zum Organ der sogenannten Lichtfreunde und ihrer Zusammenkünfte hergegeben, und da die ultrarationalistische Richtung dieser Gesellschaft gewiß nicht die ist, welche man gefördert und gehegt zu sehen wünscht, so wird das diesem Blatte und seinem Verleger gewiß mit Recht verübelt.“

Diese Ausstellungen und Vorwürfe waren aber durchaus

unberechtigt. Wenn man die Jahrgänge der Zeitung durchblättert, selbst bis in die Bände der verhängnisvollen Jahre von 1848 und 49 hinein, stößt man nirgends auf irgend welche Gehässigkeiten oder extremen Forderungen. „Man wird vielmehr anerkennen müssen", betont daher Alexander Faber, „daß das Blatt niemals in Bezug auf die Liebe und Treue zum Königshause und der Monarchie geschwankt, sondern in warmer und würdiger Weise einen notwendigen und daher gesunden Fortschritt vertreten hat."

Aber man brauchte in Berlin solche gewichtigen Gründe, um sich, wie es in dem vertraulichen Briefe hieß, die „möglichen Garantieen zu sichern." Diese erblickte man darin, daß man dem neuen Besitzer der Druckerei die Herausgabe der „Magdeburgischen Zeitung" nur „unter dem Vorbehalte des jederzeitigen lediglich von dem Ermessen der Verwaltungs-Behörden ohne Provokation auf den Ausspruch des Königlichen Ober-Zensur-Gerichts abhängigen und von jenen Behörden auszusprechenden Widerrufs" gestattete. Diese unbedingte Widerruflichkeit der vorläufigen Konzession mußte Gustav Faber außerdem noch durch Unterschreiben eines Protokolls vor dem Polizei-Direktor von Kamptz anerkennen.

Trotz dieser unerhörten Beschränkung ging der junge Gustav Faber arbeitsfreudig daran, die Zeitung weiter zu fördern, ersetzte die alten Guttenbergschen Pressen durch Schnellpressen und erwarb sich in dem Dr. Loempke einen tüchtigen Redakteur, der auch in den folgenden stürmischen Zeiten das Blatt geschickt durch alle Klippen führte. Die Zeitung erschien damals in einer Auflage von etwa fünftausend Exemplaren.

Lebhafter, als die „Magdeburgische Zeitung", trat der „Hallische Kurier" für die liberalen Tagesfragen, besonders die religiösen, ein. Sein Redakteur Dr. Gustav Schwetschke (vergl. S. 276) war ein eifriger Anhänger des Pastors Wislicenus und ein tätiges Mitglied der „Lichtfreunde". Als 1845 die hallischen Orthodoxen gegen den freisinnigen Pfarrer die Anklage des Abfalls von Christo erhoben, wagte es Schwetschke im Juli 1845, als Friedrich Wilhelm IV. auf einer Durchreise Halle berührte, dem Könige mit großer Freimütigkeit den religiösen Standpunkt

Pfarrers Wislicenus darzulegen und mit der ihm eigenen
›e den Monarchen um sein persönliches Eingreifen zu Gunsten
lngeklagten zu bitten. Friedrich Wilhelm IV. gab jedoch die
Antwort „Ich bin ein mächtiger Herr, ich lasse mir nicht
nieren!“ und wies damit jeden Versuch, ihn für Wislicenus
ig zu stimmen, zurück.

Schwetschke beharrte jedoch, trotz der königlichen Abweisung,
ferner auf seinem freisinnigen Standpunkte und brachte ihn
:iner Zeitung zum Ausdruck; bei der wachsenden Arbeit, die
sein Verlagsgeschäft aufbürdete, mußte er aber die Leitung
Redaktion in die Hände des Dr. Julius Schadeberg legen,
sodann das Blatt bis in die siebziger Jahre hinein redigierte.

Zur Bekämpfung des liberalen Geistes und somit des „Hal-
en Kuriers“ gründete der Pastor Friedrich von Tippelskirch
Giebichenstein mit dem Buchhändler Richard Mühlmann in
le 1844 das „Volksblatt für Stadt und Land“, auch
zweg das „Hallische Volksblatt“ genannt. Mit diesem sollte
ı gemütsinniges Christentum und ein königstreuer Patriotismus“
Volke verbreitet werden; es verirrte sich aber so weit in
hodox-pietistische Irrgänge, daß der Professor Karl Witte, das
malige Wunderkind, in ihm (dem evangelischen Blatte!) sogar
Triersche Rockanbetung gutheißen konnte. Daher drang es
ın auch nicht ins Volk, sondern nur in die Kreise von Geist-
jen, Beamten und konservativen Gutsbesitzern, so daß ein schalk-
fter Mitarbeiter in einem „Güldenen Abc“ über die Ziele und
:gebnisse des ersten Jahrganges reimte:

Von Tippelskirch ein Volksblatt schrieb,
Das ziemlich fern vom Volke blieb.

Erst später, in den 50er Jahren, unter Philipp von Nathusius,
ıt es dann eine größere Bedeutung erlangt.

Einen besonderen Aufschwung nahm die Presse im Westen,
ornämlich in Köln, das seiner günstigen Lage wegen die Nach-
chten aus Paris, für die man sich seit 1830 wieder mehr denn
: interessierte, früher als die Städte Mitteldeutschlands und des
)stens erhielt. Vor allem machte sich die „Kölnische Zei-
ung“ diesen günstigen Umstand zu nutze, und so datiert denn

auch die eigentliche Bedeutung dieses Blattes aus den Tagen
Julirevolution. Ein besonders günstiger Umstand für die Zeit
trat noch dadurch ein, daß 1831 nach dem Tode des al
Marcus Du Mont dessen intelligenter Sohn Joseph die Leit
des Geschäftes übernahm und sofort daran ging, alle Einr
tungen, den Anforderungen der Neuzeit entsprechend, zu verbesse
Hermann Grieben nennt ihn denn auch geradezu den Begrün
der späteren Größe der „Kölnischen Zeitung".*) Levin Schück
schildert ihn in seinen Lebenserinnerungen in folgender We
„Obwohl ohne gelehrte Bildung, war er eine Natur, die
geistig so entwickelt hatte, wie es ihr in ihrer Umgebung,
alten reichsstadt-kölnischen Anschauungen und Verhältnissen,
möglich gewesen; er war tätig und energisch, und das engli
‚Where is a will, is a way' paßte auf ihn, wenn je auf ei
Mann. Mit diesem Willen hatte er sich vorgenommen, in
immer gärender, politisch bewegter werdenden Zeit die ‚Kölni
Zeitung' auf ein ganz anderes Niveau zu heben." **)

Das erste, was er unternahm, war die technische Verv
kommnung der Druckerei. Mit sämtlichen Einrichtungen war n
hier auffallend zurückgeblieben. Noch immer hantierte man
den alten hölzernen Pressen und brauchte daher zum Druck
Auflage von ungefähr 3300 Exemplaren nicht weniger denn v
zwölf Stunden. Joseph Du Mont ließ es sich daher angele
sein, so bald als möglich eine König & Bauersche Schnellpr
zu erwerben, mit der dann am 4. Februar 1833 der erste Bo
der Zeitung gedruckt wurde. Bereits war Mitte Dez. 1832
Format des Blattes vergrößert worden; auch erschien die Zeit
von jetzt ab täglich, d. h. es wurde auch Sonntags eine Num
gedruckt, eine Neuerung, die sich in den späteren bewegten Ze
als sehr vorteilhaft erwies. Weiterhin richtete er 1838 — zu
von allen deutschen Blättern — ein Feuilleton für wissensch
liche und schönwissenschaftliche Literatur ein, in welchem bald
Gediegenes geboten wurde. Am 8. Oktober 1840 erschien d

*) Gesch. d. Köln. Zeitung. Köln 1880, S. 12.

**) Schücking, Lebenserinnerungen. 2 Bde. Bresl. 1886.

ı unter dem Ministerium Thiers das Geschrei der Franzosen
ɧ dem deutschen Rhein wieder angefacht war, das Rheinlied
ı Nikolaus Becker:

Sie sollen ihn nicht haben,
Den freien deutschen Rhein,
Ob sie wie gier'ge Raben
Sich heiser danach schrein, u. s. w.

kanntlich rief dies Lied einen ganz ungeheuren Enthusiasmus
ganz Deutschland hervor.

Als eine zweckmäßige kaufmännische Manipulation erwies es
ı, daß er 1839 den „Welt- und Staatsboten" zum Preise
ı 12000 Talern aufkaufte und mit der „Kölnischen Zeitung"
schmolz.

Seine ganze Aufmerksamkeit wendete er dem Vereinigten
ußischen Landtage zu, nachdem dieser am 11. April 1847 er-
net worden war. Ganz Deutschland knüpfte hochgespannte
wartungen an dieses Ereignis, und darum setzte Joseph Du
ont alles daran, die unverkürzten Sitzungsberichte so bald wie
glich wiederzugeben. Dem stellten sich aber viele Schwierig-
en entgegen. Die Sitzungen waren nicht öffentlich und auch
Vertretern der Presse nicht zugänglich, dagegen erschienen die
richte sehr ausführlich, doch immer erst acht Tage nachher, in
„Allgemeinen Preußischen Zeitung", der sie die übrigen
ätter entnehmen mußten. Die Verbindung zwischen Köln und
rlin war nun aber zu jener Zeit äußerst mangelhaft; nur bis
inden führte die Eisenbahn von der Hauptstadt; von da brach-
Schnellposten die Briefe und Zeitungen weiter. Joseph Du
ont richtete jedoch zur beschleunigten Beförderung der Post-
ken der „Kölnischen Zeitungen" einen besonderen Kurierdienst
Minden nach Köln ein. Er ließ das dort mit der Eisen-
ın für seine Zeitung eingetroffene Brief- und Zeitungspacket
leich durch eine Staffette weiter gehen und erzielte durch diese
rdings sehr kostspielige Beförderungsweise vor der gewöhn-
en Briefpost einen Vorsprung, durch den er erreichte, daß die
ıdtagsverhandlungen in der „Kölnischen Zeitung" einen vollen
g früher, als in anderen Blättern, erschienen.

Mit diesen Verbesserungen der technischen Einrichtungen gi die Erweiterung des Inhalts der Zeitung Hand in Hand; do währte es einige Zeit, bis Joseph Du Mont den geeigneten R dakteur fand. Zu Anfang des Jahres 1842 gewann er sich d Dr. Hermes, der bisher die „Deutsche Nationalzeitung“ in Brau schweig redigiert und sich durch geistreiche Leitartikel vorteilha bekannt gemacht hatte. Auch die Leitartikel, die Hermes nun f die „Kölnische Zeitung“ schrieb, erregten Aufsehen, und sie war so gewandt abgefaßt, daß sie durch die Zensur nicht unterdrü werden konnten. Die Regierung unternahm es deshalb, w Grieben mitteilt, auf dem Wege der Bestechung auf Hermes ei zuwirken, um auf diese Weise die Zeitung in andere Bahn zu lenken, und Hermes war nicht charakterfest genug, ein solchen Versuchung zu widerstehen. Aber Joseph Du Mon scharfes Auge erkannte sehr bald, welche Schwenkung sein Reda teur machte, erklärte ihm eines Tages auf Grund eines berei gesetzten Leitartikels, der offenbar im Auftrage der Regierung g schrieben worden war, keine Zeile mehr von ihm aufzunehme und enthob ihn seiner Stelle. Bald nachher trat dann Herm (zur allgemeinen Verwunderung der liberalen Blätter, die ni hinter die Kulissen hatten blicken können) in die Redaktion d „Preußischen Allgemeinen Zeitung“ in Berlin ein. Nach Herm übernahm zunächst Püttmann, der Dichter der „Tscherkessenlieder interimistisch die Redaktion der „Kölnischen Zeitung“, bis a 1. Jan. 1844 Dr. K. Andree, vordem Redakteur der „Mainzer „Oberdeutschen“ und der „Deutschen Wochenzeitung“, der Leit des Blattes wurde. Mit ihm kam ein sehr energischer Vertret des liberalen Fortschritts und besonders ein Verfechter der nati nalen Ziele in der Zeitung zum Worte. Unter seinem Regi stieg die Zahl der Abonnenten bald auf 8100. Doch trug diesem Aufschwunge auch die gesteigerte Pflege des Feuilleto bei, dessen Redaktion vom Herbst 1845 ab kein Geringerer a Levin Schücking übernommen hatte. Zu seinem großen Mißv gnügen durfte sich der junge Feuergeist aber nur in sehr eng Schranken bewegen. Nach vielen Jahren noch kam dieser Unm in seinen Lebenserinnerungen zum Ausdruck. „Ich suchte,“ schrei

hücking dort, „dem mir anvertrauten Feuilleton etwas von dem geistigen Erscheinungen der Zeit berücksichtigenden Inhalt der ilage der ‚Allgemeinen Zeitung‘ zu geben, was aber in dem zen Rahmen kaum gelang, obwohl ich Gutzkow, Dingelstedt, iusser, Stahr, Spindler und viele andere für die Mitarbeit gemnn.“ Leider mußte auch Andree bald die Enge der Schranken rspüren, in denen sich die „Kölnische Zeitung“ bewegen sollte. ach dem Auftreten von Ronge und Czerski geriet er in eine ftige Polemik mit der katholischen Geistlichkeit, und diese übte an einen solchen Druck auf Du Mont aus, daß dieser besorgte, nen großen Teil seiner katholischen Leser zu verlieren und eine emäßigtere Haltung der Zeitung verlangte; Andree konnte sich ber zu einer solchen nicht verstehen und gab daher im Sommer 845 seine Stellung auf.*) Sein Nachfolger wurde am 1. November 1845 Karl Heinrich Brüggemann, und mit diesem erhielt nun endlich Joseph Du Mont einen Mitarbeiter, der Jahrzehnte hindurch, bis zu seinem Lebensende 1887, der Zeitung treu blieb und ihr in allen Verhältnissen eine hervorragende Stütze war.

Als Brüggemann nach Köln kam, lag schon ein sehr ernster Lebensabschnitt hinter ihm. Geboren 1810 in Hopsten nahe der holländischen Grenze, hatte er sich als junger Student der Rechts- und Staatswissenschaft der Burschenschaft angeschlossen und war bei dem Hambacher Fest als begeisterter Redner für die Einigung Deutschlands eingetreten. Die Folgen zeigten sich schnell. Er wurde verhaftet, an Preußen ausgeliefert und nach zweijähriger Voruntersuchung wegen Hochverrats zum Tode durchs Rad verurteilt. Zu stolz, die äußerliche Rechtmäßigkeit des furchtbaren Spruches anzufechten, sah er gefaßt der Vollstreckung des Urteils entgegen; doch kam es nicht so weit. Friedrich Wilhelm III. änderte die Todesstrafe in lebenslängliche Festungshaft um, worauf Brüggemann nach Posen gebracht wurde. Dort saß er nun sechs Jahre lang, bis der allgemeine Gnadenerlaß Friedrich Wilhelms IV. auch ihm die Freiheit wiedergab. Die abgebrochenen Studien vermochte er aber nicht wieder im vollen Umfange aufzunehmen;

---

*) Prisac, Die akatholische Tendenz der „Kölnischen Zeitung“. Cobl. 1844.

er wandte sich daher der publizistischen Tätigkeit zu und verfaßte besonders nationalökonomische und staatswissenschaftliche Abhandlungen und Broschüren. Wie der verfassungsmäßige Ausbau des Staates, so lag ihm ganz besonders auch das Wohl der arbeitenden Klassen am Herzen, und daher beteiligte er sich an der Gründung eines Vereins, dessen Tätigkeit sich auf jene Ziele richtete. Die volkswirtschaftliche Gesetzgebung der jüngsten Zeit hat sich bekanntlich die Verbesserung der Lage der Arbeiter ganz besonders angelegen sein lassen; damals, in den vierziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts, witterte die Regierung in solchen Bestrebungen jedoch sofort ein staatsgefährliches Unternehmen, und der Minister v. Bodelschwingh hielt es daher, als es bekannt wurde, daß Brüggemann einen Ruf zur Leitung der „Kölnischen Zeitung" erhalten habe, für angebracht, dem jungen Publizisten vor seiner Abreise nach Köln mündlich zu eröffnen, daß eine kommunistisch-subversive" Leitung des Blattes die unverweilte Unterdrückung desselben zur Folge haben werde. Ob es Brüggemann gelang, den seltsamen Verdacht, seine volkswirtschaftliche Anschauung fuße auf dem Kommunismus, bei dem Minister zu entkräften, ist nicht bekannt, wohl aber weiß man zur Genüge, daß die „Kölnische Zeitung" fort und fort von der Regierung auf das sorgfältigste überwacht wurde und von einer scharfen Zensur besonders viel zu leiden hatte. Aber Brüggemann ließ sich dadurch nicht beirren; sein Optimismus war durch die trübe Festungshaft nicht erschüttert worden. Mit einem Arbeitseifer sondergleichen, schreibt Levin Schücking in den schon erwähnten Lebenserinnerungen, unternahm er die schwere Arbeit, das Fahrzeug, das seiner Führung anvertraut wurde, auch unter so ungünstigen Verhältnissen weiter vorwärts zu führen, und dabei blieb er mit immer gleich heiterem Mute in all den Stürmen, welchen er entgegen ging, der feste Pilot.

Wie drückend und unleidlich die Zensur oft war, berichtet Hermann Grieben in seiner Geschichte der „Kölnischen Zeitung" in ausführlicher Weise; dazu kam noch, daß das gerade nicht in hohem Ansehen stehende Amt eines Zensors meist untergeordneten

Polizeileuten, oder solchen Beamten anvertraut wurde, deren geistige Befähigung sie zu nichts Anderem tauglich machte. Erwiderte doch der Oberpräsident dem Klage führenden Brüggemann: „Ja, denken Sie denn, ich könnte meine besten Regierungsräte zu Zensoren hergeben?“ So wurden denn oft die lächerlichsten Streichungen vorgenommen. Längere Zeit war ein Polizeirat Dolleschall mit der Zensur betraut, und dieser leistete geradezu Unglaubliches bei seinen Streichungen. Einst hatte er einen Verweis erhalten, weil er einem Zeitungs-Korrespondenzartikel „Von der Murg“ das Druckrecht erteilt hatte; infolgedessen strich er lange Zeit konsequent alle von einem kleinen Flusse in Deutschland datierten Artikel, sie mochten nun „Von der Leine“, oder „Von der Aller“, oder „Von der Pleiße“ überschrieben sein. „Der Henker soll die Schreibereien von dem kleinen Bachzeug holen,“ war dabei sein Wort. Als die Zeiten immer aufgeregter wurden, wollte er der Sonne nicht mehr gestatten, blutigrot unterzugehen. Ein etwas empfindsamer Berichterstatter hatte seine Schilderung einer kleinen revolutionären Bewegung in Köln mit den Worten geschlossen: „In weiter Ferne grollte der Donner, und blutigrot ging die Sonne unter.“ Als sein Bericht vom Zensor zurückkam, hieß es nur noch „und die Sonne ging unter“, das Wort „blutigrot“ war gestrichen.

Angesichts dieses ganz ungeheuren Druckes, der fortwährend auf die Presse ausgeübt wurde, hätte sich eigentlich — so sollte man meinen — das Verlangen, noch ein zweites Blatt in Köln zu besitzen, gar nicht regen sollen; dennoch tauchte der Wunsch wiederholt auf und wurde sogar für kurze Zeit in einer Weise verwirklicht, die weithin in Deutschland Aufsehen erregte. Die erste Anregung gab der letzte Redakteur des 1838 von der „Kölnischen Zeitung“ aufgekauften „Welt- und Staatsboten“, Dr. Rave, und die Regierung erteilte auch schließlich die nachgesuchte Konzession, weil ihr die „Kölnische Zeitung“ zu sehr auf der klerikalen Seite stand, besonders in dem Kampf mit dem Erzbischof über die gemischten Ehen. Dr. Rave ließ darauf 1840 im Vereine mit Dr. Schulte eine Programmerklärung erscheinen

unter dem Titel „Will Köln die Monopolisierung seiner Öffentlichkeit durch Eine Zeitung oder nicht?"*) und legte darin dar, daß das neue Blatt wohl auf katholischem Standpunkte stehen, sich aber von allem Streit in Glaubenssachen fernhalten, dagegen in den Kampf um die Konstitution, gegen den Ultramontanismus und für die Vormachtsstellung Preußens in Deutschland eintreten werde. Mit dieser Erklärung erstanden jedoch dem Projekte sofort zwei Feinde, der Klerus, der sich von den Kanzeln herab öffentlich gegen das neue Unternehmen wandte, und die Regierung, die an der ausgesprochen konstitutionellen Richtung Anstoß nahm und sich nun zu einer wohl im stillen in Aussicht gestellten Subvention nicht entschließen konnte. Mit eigenen Mitteln konnte aber Dr. Rave die Zeitung nicht ins Leben rufen, besonders vermochte er nicht die Kaution von 3000 Talern zu leisten und mußte darum schließlich das Projekt fallen lassen. Das Verlangen nach einer durchaus liberalen Zeitung erhielt sich aber in weiten rheinischen Kreisen, und als der rheinische Provinzial-Landtag 1841 öffentlich dem Wunsche nach Preßfreiheit Ausdruck gab, tauchte auch in den Kreisen dieses Landtages der Gedanke auf, die gewünschte Zeitung als Aktienunternehmen zu gründen, wie man es bereits in Frankreich getan hatte. Der Vorschlag fand Beifall, und noch im selben Jahre trat in Köln ein Kreis von Männern, dem u. a. der Landgerichtsassessor Georg Jung, Dagobert Oppenheim, der spätere Präsident der Köln-Mindener Eisenbahn, Rudolf Schramm, Dr. Claessen und Gustav Mevissen angehörten, zusammen und konstituierte sich am 15. Dezember 1841 als Kommanditgesellschaft mit 30000 Talern Aktienkapital zur Herausgabe einer Zeitung. Unmittelbar darauf kaufte die Gesellschaft die Ravesche Konzession an, was zwar ganz ungesetzlich war, aber doch von der Regierung geduldet wurde, weil sie eine Gegenwirkung gegen die „Kölnische Zeitung" zu haben wünschte, und nun erschien bereits am 1. Januar 1842 das neue Blatt unter dem Titel „Rheinische Zeitung für Handel, Politik und Gewerbe." Es bot sich dar als ein neues Blatt im

*) Köln hatte damals 70000 Einwohner.

weitesten Sinne des Worts, überraschte durch seine Entschiedenheit der Gesinnung, sein gereiftes Urteil und zeichnete sich durch einen ernsten, würdigen Ton aus. In allen liberalen Kreisen Deutschlands wurde es daher mit außerordentlichem Beifall aufgenommen; nach kaum halbjährigem Bestehen besaß es bereits 3000 Abonnenten, eine für die damalige Zeit schon sehr ansehnliche Zahl.

Eine solch vornehme Sprache, wie sie die „Rheinische Zeitung“ führte, war bisher in einer deutschen Zeitung noch nicht vernommen worden. Sie bewegte sich im junghegelschen Stile, wie vordem die „Hallischen Jahrbücher“, und entwickelte in dieser Schulsprache ihre politischen Ansichten mit jener philosophischen Klarheit und Ruhe, die den Leser unwillkürlich gefangen nahm. Ein Beobachter der Journalistik jener Tage,*) der sonst über das deutsche Zeitungswesen recht abfällig urteilt, ist von der „Rheinischen Zeitung“ des Lobes voll und stellt sie über die Cottasche „Allgemeine Zeitung“. „Der bedeutende Raum“, schreibt er, „der dem Redakteur der ‚Rheinischen Zeitung‘ stets zur Verfügung steht, gestattet ihm nicht nur die Erörterung allgemeiner prinzipieller Fragen und Vertretung, insbesondere des preußischen Liberalismus, sondern er kann außerdem noch den Liberalen der anderen deutschen Länder und der Schweiz zum Organ dienen und die politische Entwicklung der übrigen kultivierten Staaten vom allgemeinen freisinnigen Standpunkte aus verfolgen. Auf diese Weise gibt sie nicht nur über die fortwährende innere Entwicklung des liberalen Bewußtseins, sowie über die äußere Verbreitung der politischen Bildung Deutschlands aufs ausführlichste Rechenschaft, sondern sie legt auch die Parteistellung des Auslandes mit einer nur auf ihrem Standpunkte möglichen Klarheit auseinander und läßt bei alledem dennoch dem tatsächlichen Stoff keinen Abbruch geschehen. Vergleichen wir sie in dieser Beziehung mit der „Augsburger“, die, was die Tatsachen anbetrifft, doch immer für die beste Zeitung gegolten hat! Die Rubrik ‚Deutschland‘ ist selbst nach Abrechnung der wöchentlich mehreremal erscheinenden

*) Deutschlands politische Presse. Zürich 1842. Den Namen des geistreichen Verfassers habe ich leider nicht ermitteln können.

leitenden Artikel in der ‚Rheinischen Zeitung' wenigstens doppelt so lang wie in der ‚Augsburger', und außer den Tatsachen, die beiden gemeinsam sind, auch noch diejenigen, die die ‚Augsburger' vermöge ihrer Allparteilichkeit nicht bringen kann. Dagegen hat die ‚Augsburger' allerdings wöchentliche Berichte über das erwünschte Allerhöchste Wohlsein Sr. Maj. des Königs von Bayern und sämtlicher Königl. Bayrischen Prinzen, sowie die Reisen aller hohen Personen in Deutschland, die Beschreibung hoher, höchster, Allerhöchster Hochzeiten, Kindertaufen und Begräbnisse in extenso vor der ‚Rheinischen' voraus. Die französischen und englischen Artikel mögen bei beiden etwa gleich umfangreich sein, die der ‚Rheinischen' haben aber ein bestimmtes Urteil, ein klares Bewußtsein, daher eine Gruppierung der Parteien, während in der ‚Augsburger' eine Konfusion, ein chaotisches ordnungsloses Durcheinander der Parteien sich breit macht, das bei jedem den unklarsten Eindruck hinterlassen muß, der nicht jede Chiffre ihrem Charakter nach kennt. .... Die Beilage der ‚Augsburger' wird mindestens, was die Masse des Gegebenen betrifft, durch das Feuilleton und Beiblatt der ‚Rheinischen' aufgewogen, und in Beziehung auf den Inhalt beschäftigt sich diese mit prinzipiellen publizistischen Erörterungen, mit dem Stande der geistigen Bildung oder der materiellen Interessen, während die ‚Augsburger' tausenderlei Allotria, Reisebeschreibungen u. s. w. gibt, die wenigstens in einer politischen Zeitung nicht an ihrem Orte sind. Über den Stand der Literatur endlich berichtet die ‚Rheinische' treuer, ausführlicher und von festeren Prinzipien aus, als die ‚Augsburger'".

Der erste Redakteur der „Rheinischen Zeitung" war Gustav Höffken, der von der Cottaschen „Allgemeinen Zeitung" kam, aber den Geranten nicht entschieden genug auftrat und darum schon nach 18 Tagen durch Dr. Rutenberg ersetzt wurde, der bisher in Berlin literarisch tätig gewesen war. Durch ihn wurden besonders die französisch-liberalen Ideen in dem Blatte vertreten. Der Minister von Eichhorn erzwang jedoch sehr bald den Rücktritt Rutenbergs, indem er durch den Regierungspräsidenten von Gerlach in Köln (der sogar selbst Aktionär war) den Geranten mitteilen ließ, daß die Staatsregierung ein „entschiedenes Mißfallen" über die

Haltung der „Rheinischen Zeitung" empfinde, auf die Entlassung des Dr. Rutenberg dringen und einen der Regierung zusagenderen Redakteur verlangen müsse. Darauf wurde mit dem Beginn des Septembers 1842 Karl Marx, der damals noch nicht Sozialdemokrat, sondern radikaler Bourgeois war, der Leiter des Blattes. Zu den Mitarbeitern der Zeitung zählten bald alle bedeutenden liberalen Männer des damaligen Jahrzehnts, so Berthold Auerbach, Privatdozent Bruno Bauer, Dingelstedt, Franz Engels, Julius Fröbel, Gutzkow, Herwegh, Hoffmann von Fallersleben, Friedrich List, Robert Prutz u. a.

Der Zensor Dolleschall geriet über die Zeitung natürlich sehr bald in die größte Aufregung. Er fühlte wohl dunkel heraus, daß hier bedeutende Mächte für die liberalen Ideen eintraten, aber der geistreichen Sprache gegenüber war sein Rotstift ganz dienstunfähig. Die Sache war um so schwieriger, als die Zeitung mit allem Eifer für die preußische Führerschaft in Deutschland kämpfte, also eigentlich die preußischen Interessen vertrat. Der Minister von Eichhorn erkannte auch die Unzulänglichkeit des Dolleschall sehr bald und schickte zunächst den Regierungsassessor Wiethaus als Zensor nach Köln, und als dieser sich ebenfalls als unzulänglich erwies, den Ministerialsekretär von St. Paul. Außerdem gab er dem Regierungspräsidenten von Gerlach auf, sich täglich die Zeitung, nachdem sie die Zensur passiert hatte, nochmals zur Durchsicht vorlegen zu lassen und dann nach seinem Gutdünken das Erscheinen derselben zu verhindern, wenn er der Zensur ungeachtet doch noch unzulässige Stellen oder Artikel darin finden sollte. Aber auch bei dieser doppelten Durchsiebung des Textes fielen noch so viele Steine durch, an denen man in Berlin Anstoß nahm, daß schließlich die Unterdrückung des Blattes für den 31. März 1843 beschlossen wurde. „Unverkennbar herrschte in der Zeitung fortgesetzt die Absicht vor", hieß es in dem die Unterdrückung motivierenden Ministerialreskripte, „die Verfassung des Staates in ihrer Basis anzugreifen, Theorieen zu entwickeln, welche auf Erschütterung des monarchischen Prinzips abzielen, das Verfahren der Regierung in der öffentlichen Meinung böswillig zu verdächtigen, einzelne Stände der Nation gegeneinander auf-

zureizen, Mißvergnügen mit den bestehenden gesetzlichen Zuständen zu erwecken und sehr feindselige Richtungen gegen befreundete Mächte zu begünstigen. Seit dem Schlusse des Jahres 1842 hat sich das Blatt von neuem einer Zügellosigkeit des Ausdrucks und der Gesinnung hingegeben, welche seine frühere Weise wo möglich noch überbietet. Seine Absicht, das Bestehende in Staat und Kirche anzufeinden, zu untergraben und allgemeines Mißvergnügen mit der Staatsverwaltung zu erwecken, ist unverkennbar. Es hört nicht auf, dieselbe zu verleumden, ihren Maßregeln in frecher Weise hohnzusprechen, loyale Elemente und Organe überall mit unwürdigem Spotte zu verfolgen und selbst auswärtige Mächte sowohl innerhalb als außerhalb des deutschen Landes zu beleidigen."

Das gewaltsame Vorgehen der Regierung erregte aber einen Sturm der Entrüstung; eine Petition angesehener Bürger Kölns mit 911 Unterschriften bat den König um Aufhebung des Verbots, jedoch vergebens. Eine Deputation der Aktionäre der Zeitung begab sich in gleicher Absicht nach Berlin, wurde aber vom Könige gar nicht vorgelassen, sondern erhielt durch die dem Zensurwesen vorgesetzten Ministerien einfach den Bescheid, daß es bei dem Verbote sein Bewenden haben müsse. Petitionen aus Düsseldorf, Barmen, Trier, Lennep, Bernkastel, Trarbach, Gütersloh, Rheda, Wiedenbrück u. s. w. wurden in gleicher Weise abgetan. Den Advokaten und Notaren Düsseldorfs, die eine solche Petition mit unterzeichnet hatten, wurde durch das Justizministerium eröffnet, daß der König mißfällig bemerkt habe, wie sich auch Justizbeamte durch Anfertigung von Petitionen und Sammlung von Unterschriften an Manifestationen gegen Maßregeln der Verwaltung beteiligt hätten, weshalb sie ermahnt wurden, „sich gereiftere Ansichten über die gesellschaftlichen Verhältnisse zu beschaffen."

Diese barsche Beseitigung eines Blattes, das die politischen Anschauungen, Wünsche und Forderungen weiter gebildeter Kreise vertrat und diese nun mundtot machte, mußte natürlich im ganzen preußischen Westen große Erbitterung hervorrufen und konnte nur dazu beitragen, den Staat um so rascher der Katastrophe von 1848 entgegenzutreiben.

Die Tragödie der „Rheinischen Zeitung" erhielt übrigens noch ein kleines burleskes Nachspiel. Der bisherige Zensor der „Rheinischen Zeitung", Ministerialsekretär von St. Paul, gab, ehe er von Köln wieder nach Berlin zurückkehrte, einigen Freunden ein Abschiedsessen, bei dem übermäßig pokuliert wurde, und nach diesem besuchte er noch mit dem Zensor der „Kölnischen Zeitung", dem Assessor Grafen Fritz Eulenburg, der ebenfalls stark angetrunken war, ein öffentliches Haus. Dort verübte er mit seinem Begleiter alsbald einen solchen Unfug, daß die Inhaberin des Hauses die Polizei holen ließ, die die beiden Herren ins Stadtgefängnis steckte, aus dem sie erst am andern Morgen wieder entlassen wurden. Weiterhin erfolgten richterliche Bestrafungen. Der Ministerialsekretär von St. Paul wurde kassiert, der Assessor Graf Fritz Eulenburg zu einer Buße von 25 Talern verurteilt und außerdem seiner Funktionen als Zensor enthoben. An seine Stelle trat provisorisch der Divisionsprediger Grashoff. Die ganze Presse brachte diese Skandalgeschichte natürlich mit einem gewissen grimmigen Behagen und wies besonders darauf hin, daß erst kürzlich der König Friedrich Wilhelm IV. eine Verordnung erlassen habe, nach der zu Zensoren nur „achtbare, moralische und ehrenwerte Männer" genommen werden sollten.*)

Im benachbarten Wuppertal entwickelte sich unterdessen eine orthodox-konservative Presse. Bekanntlich erschienen dort, in Elberfeld, seit Jahrzehnten zwei Blätter, die „Allgemeine Zeitung" und die „Provinzialzeitung"; diese wurden am 1. Juli 1834 zu einer Zeitung verschmolzen, die nun den Titel „Elberfelder Zeitung (Vereinigte Allgemeine Zeitung und Provinzialzeitung, Verlag von Büschler und Lucas)" erhielt. Am 1. Juli 1847 ging dann das Blatt in den ausschließlichen Besitz der Familie Lucas über, in deren Händen es bis zum 31. März 1904 blieb. Die hervorragendsten Redakteure der in Rede stehenden Periode waren Dr. Martin Runkel (1839—1843) und Dr. B. Rave

---

*) Ausführliches über diese Angelegenheit bei F. C. Bernays. Schandgeschichten zur Charakteristik des deutschen Zensoren- und Redaktorenpacks. Straßburg 1843, S. 11—15. Vergl. auch L. Berger, Der alte Harkort, S. 396.

(1844—1864). Besonders Runkel ordnete sich ganz der pietistisch konservativen Partei unter, an deren Spitze der Pastor Fr. W Krummacher, der bekannte Parabeldichter, stand, so daß der Ver fasser der Broschüre „Deutschlands politische Zeitungen" das hart Urteil über die Zeitung fällt: „Sie brennt förmlich vor Unter würfigkeit; sie kann die Weisheit der Regierung nicht genug be wundern, und weil sie ihre eigene Beschränktheit erkennt, ist si selig in der Theorie vom beschränkten Untertanenverstand." Dr Rave schlug einen etwas freieren Ton an und hob die Zeitun auch einigermaßen über das Niveau des Lokalblattes.

Gleichzeitig mit der Fusion in Elberfeld trat 1834 di „Barmer Zeitung" ins Leben. Sie wurde von dem Buch drucker Friedrich Staats gegründet und erhielt als ihren erste Leiter den Redakteur v. Czarnowski. Im Gegensatz zu ihre Elberfelder Kollegin vertrat sie die liberalen Ideen der Zeit un hatte daher von manchen Anfechtungen zu leiden.

Recht kläglich siechte der einst von Arnold Mallinckrodt ge gründete „Westphälische Anzeiger" dahin (vergl. S. 55) Dr. Heinrich Schulz hatte ihm in Hamm keine neue Schwung kraft zu geben vermocht und verkaufte ihn daher 1841 an J. Bagel in Wesel, der ihm den Titel „Sprecher für Rheinland und Westfalen" gab und ihm durch tüchtige Redakteure wieder empor-zuhelfen suchte. So war es kein Geringerer als Roderich Benedix, der von 1841 bis 1842 das Blatt leitete, und von 1842 bis 1844 der geistvolle und kenntnisreiche Karl Grün. Nach dessen Übersiedelung nach Paris fand sich jedoch kein genügender Ersatz, so daß das einst so einflußreiche Blatt vollständig verkümmerte.

Ganz unbedeutend blieb auch die Presse in Krefeld. Seit 1829 erschien das Schüllersche „Wochenblatt", seit 1822 „Intelligenzblatt für Krefeld" geheißen, zwar zweimal in der Woche, erweiterte aber seinen Inhalt keineswegs. Als dann 1834 Karl Max Schüller das Zeitungsgeschäft übernahm, wurde das Blatt zwar täglich (mit Ausnahme des Montages) herausgegeben, der redaktionelle Teil blieb aber nach wie vor höchst dürftig. Auch während des regeren politischen Lebens von 1840 ab schwang

ich das Blatt zu keiner höheren Regsamkeit empor; es änderte nur den Titel in „Krefelder Kreis- und Intelligenzblatt“.

Mit der ausgesprochenen Absicht, die gouvernementalen Interessen am Rhein entlang nachdrücklicher zu vertreten, gründete 1843 Professor Bercht in Bonn den „Rheinischen Beobachter“ und wurde dabei von der Regierung mit reichen Geldmitteln unterstützt. Der Erfolg war jedoch außerordentlich gering; die Zahl der Abonnenten soll sich nicht über sechshundert belaufen haben. „Das Berchtsche Blatt war“, schreibt ein zeitgenössischer Beobachter der deutschen Presse, „der Gegenstand einer man möchte sagen systematischen Geringschätzung“, und aus diesem Grunde gingen sogar ganz ausgezeichnete Arbeiten, die in der Zeitung erschienen, wie zum Beispiel die gediegenen Aufsätze, die unter der Überschrift „Politische Gänge“ zum Abdruck kamen, spurlos vorüber. Als in dem Sturmjahre 1848 die Subventionen der Regierung aufhörten, nahm das Blatt ein plötzliches Ende.

Endlich ist noch von den Blättern des preußischen Westens die „Trierische Zeitung“ zu erwähnen, weil sie den Mut hatte, sich gegen das Treiben des Bischofs Arnoldi aufzulehnen und darum von dem streitbaren Kirchenfürsten 1846 in Acht und Bann getan wurde. Infolgedessen wurde jedem Katholiken, der die „Trierische Zeitung“ hielt, von den katholischen Geistlichen die Absolution verweigert, was zu vielen Konflikten führte.

---

5. Die Presse in den übrigen norddeutschen Staaten. Die Zustände in Hannover. Die „Hannov. Zeitung“ und ihr Redakteur Pertz. Die Zensur wird nach dem Wunsche des Königs gehandhabt. Die sonstigen hannoverschen Blätter. Die Stände und die Zensur. Die Provinzpresse. Die Presse in Braunschweig, Oldenburg und Mecklenburg. Die Hamburgischen Zeitungen. Der „Hamb. unpart. Korrespondent“, die „Hamb. N. Zeitung“, die „Börsenhalle“ &c. Die Bremer journalistischen Verhältnisse. Die „Bremer Zeitung“. Die Gründung der „Weser-Zeitung“. Deren Redakteur Arens. Der „Bremer Kurier“. Die

Presse in Lübeck. Das Zeitungswesen in Schleswig-Holstein. Die Wor für die deutschen Interessen und ihre Blätter. Die dänenfreundliche P Die kurhessischen Zeitungsverhältnisse. Sylvester Jordans Preßgesetz-E Unrechtmäßige Beschränkungen. Die Kümmerlichkeit der hessischen Zeitu Ächtung eines Zensors. Absperrungen der „ausländischen" Zeitungen. Situation in Sachsen. Die sächsischen Zensoren. Die „Leipziger Allgem Zeitung". Ihre ersten Redakteure. Wird in Preußen verboten. Än den Titel in „Deutsche Allgem. Zeitung" und wird wieder in Preußen zu lassen. Ist jetzt „weder kalt noch warm". Die „Leipziger Zeitung". kleineren sächsischen Zeitungen.

Die Presse der übrigen norddeutschen Staaten machte in d Periode von 1830 bis 1848 zwar ebenfalls einige Fortschritt im großen und ganzen aber war doch im Verhältnis zu der al gemeinen Bewegung der Geister dieses ganze Zeitungswesen äuße dürftig und eines gebildeten Volkes durchaus unwürdig. D Grund lag einzig in dem schweren Druck, der jeder geisti Regung, besonders aber jeder freiheitlichen, entgegengesetzt wurd

Ganz erbärmliche Zustände herrschten im Königreich Han nover. Zunächst hinderte die Restaurationspolitik des Herzog von Cambridge und dessen Ministers, des Grafen Münster, ziemlich jede fortschrittliche Entwicklung, und dann trat unter dem gewalttätigen König Ernst August und seinem Minister v. Schele eine vollständige Stagnation im öffentlichen Leben ein. Der König schaltete ganz nach Belieben, brach die Verfassung und entsetzte aller Gerechtigkeit zum Hohn, die sieben Göttinger Professoren Dahlmann, Albrecht, die Gebrüder Grimm, Gervinus, Ewald und Wilh. Ed. Weber, die gegen das rechtlose Vorgehen des Königs protestierten, ohne Rechtsspruch ihrer Ämter. Natürlich duldete er auch in der Presse keinen Widerspruch und ließ jeden sofort verfolgen, der ein freies Wort wagte. Sogar die Leihbibliotheken und Lesezirkel wurden sorgfältig überwacht, und im Jahre 1845 erließ die Polizeidirektion eine ausführliche Verfügung über die Zensur der Bücher und Journale in diesen Anstalten. Jedes Buch und jedes Journal mußte auf seine Zulässigkeit geprüft werden und erhielt dann, wenn es nicht beanstandet wurde, einen Polizeistempel, für den ein Groschen zu entrichten war. Ungestempelte Bücher und Journale durften nicht ausgegeben werden.

Bei diesen Grundanschauungen über Recht und Gerechtigkeit konnte sich eine selbständige Presse nicht entwickeln. Die „Hannöverschen Nachrichten“, die von 1815 ab wöchentlich zweimal erschienen, unterrichteten ihre Leser nur höchst kümmerlich über die Vorgänge in der politischen Welt, und als sie mit dem Schlusse des Jahres 1831 eingingen, trat an ihre Stelle ein Blatt, das zwar als die erste politische Tageszeitung Hannovers bezeichnet werden kann, aber als das ausgesprochene Organ der Regierung von sehr zweifelhaftem Werte war. Es erhielt den Titel „Hannoversche Zeitung“ und als ersten Leiter keinen Geringeren als den Archivrat und Oberbibliothekar Dr. Georg Heinrich Pertz, den bekannten Herausgeber der Monumenta Germaniae historica. Über das Verhältnis der Zeitung zur Regierung gibt am besten ein Bericht des hannoverschen Ministeriums an den König Ernst August vom 30. September 1837 Auskunft. In diesem heißt es: „Die ‚Hannoversche Zeitung‘ ist zwar kein offizielles Blatt, dennoch aber tritt bei ihr das besondere Verhältnis ein, daß sie nicht, wie solches andere Zeitungen und Zeitschriften gewöhnlich sind, ein Privatunternehmen, sondern, um einem allgemein empfundenen Bedürfnisse abzuhelfen, von der Regierung selbst gegründet ist, und daß daher auch die Redaktoren von der Regierung ernannt sind. Im Gefolge dieser, ohnehin widerruflichen, Ernennung stehen die Redaktoren der ‚Hannoverschen Zeitung‘ in einem größeren Abhängigkeitsverhältnis zur Regierung, als die Redaktoren anderer Zeitungen und Zeitschriften, und hat man aus diesem Grunde geglaubt, demselben und insonderheit dem Hauptredakteur Archivrat Dr. Pertz zugleich die Zensur übertragen zu dürfen, als der letztere nur unter der Bedingung, daß ihm die Zensur ebenfalls anvertraut werde, die Hauptredaktion übernehmen wollte.“

Die Redaktionstätigkeit des Dr. Pertz erreichte jedoch bald ihr Ende; unter der Regierung des Herzog von Cambridge hatte sich Pertz immerhin einigermaßen frei bewegen können, nachdem jedoch Ernst August den Thron bestiegen hatte, änderte sich das bald. Schon im Oktober 1837 wurde auf Befehl des Königs ein besonderer Zensor für die Zeitung eingesetzt und dieser Zensor

wie die Zeitung selbst dem Königlichen Kabinett unmittelba unterstellt. Infolgedessen sah sich Pertz gezwungen, von der Lei tung der Zeitung zurückzutreten, und das Publikum erblickte in der Blatte fortan nur das, was es in der Tat auch geworden wa und blieb, „das Organ des Königlichen Kabinetts, ein gewisser maßen halboffizielles Blatt, eine Art Staatszeitung.“ Redakteu wurde Dr. Lex, der bisherige Unterredakteur, ein kenntnisreiche aber sehr ängstlicher Mann, der sich den Anordnungen des Zen sors ohne jede Widerrede unterwarf.

Diese Verhältnisse dauerten bis zum Jahre 1848; dab strengte sich die „Hannoversche Zeitung“ auch keineswegs mit lei tenden Artikeln und informierenden Aufsätzen an, sondern druckt nur Tatsächliches nach, so weit es in ihr Gebiet paßte, und wa darum im Lande auch nur wegen ihrer amtlichen Mitteilunge verbreitet. Sehr bezeichnend war die Haltung des Blattes gegen über der Erklärung, die die „Göttinger Sieben“ gegen den Staats streich des Königs Ernst August vom 1. November 1837 erließen Das Blatt hat die Erklärung nie gebracht, wohl aber in Fäl schungen und Entstellungen des Sachverhaltes das Mögliche ge leistet.*)

Die Zensur wurde, wie ein amtlicher Bericht dartut, in allgemeinen mit besonderer Rücksicht auf die persönlichen Wünsch des Königs gehandhabt, und es wurde kein Artikel aufgenommer der dagegen verstieß oder auswärtigen, besonders befreundete Regierungen — namentlich der österreichischen oder preußische — Anstoß geben konnte. Über den deutschen Bundestag un dessen Personale wurden keine Nachrichten aufgenommen, di nicht entweder als offizielle Artikel in der Frankfurter „Oberpost amtszeitung“ gestanden, oder die vorherige Genehmigung de Königlichen Kabinetts erhalten hatten. Die Berichte aus Wie und Berlin mußten dem Zensor oder dem Königlichen Kabinet vorgelegt werden, ehe sie für die Zeitung zurecht gemacht wurden

*) Näheres bei Oppermann, Zur Geschichte des Königsreichs Hannove von 1832 bis 1860. Lpzg. 1860—62, 2 Bde.

lles Raisonnement über die englische konservative Partei war rboten, und nichtoffizielle Nachrichten über die englische Königshe Familie von einiger Erheblichkeit waren zur Genehmigung unterbreiten. Verhandlungen fremder Ständeversammlungen urden nur gebracht, wenn das Ergebnis oder die dabei von der treffenden Regierung abgegebenen Erklärungen im Sinne des niglichen Kabinetts ausgefallen waren. Leitartikel mußten ige Tage vorher dem Zensor mitgeteilt und von diesem unter nständen dem Kabinett zur Genehmigung vorgelegt werden.*)

Neben der vollständig dominierenden und mit Ausnahme des onntags täglich erscheinenden „Hannoverschen Zeitung“ konnte e andere Zeitung von irgend welchem selbständigen Urteil türlich nicht existieren; die drei kleinen Blätter, die außerdem ch ausgegeben wurden, nennen wir nur, um die Armseligkeit r Zeitungsliteratur Hannovers recht augenfällig zu illustrieren; e geringe Bedeutung würde sonst ihre Erwähnung nicht gegend rechtfertigen. Sie hießen „Die Posaune, Überlieferngen aus dem Vaterlande und dem Auslande, ein Tageblatt r Leser aller Stände“, „Hannoversches Volksblatt“ und)annoverscher Volksfreund“. „Die Posaune“ erfreute) einer gewissen Beliebtheit; sie erschien seit dem 2. Okt. 1831 nächst zweimal wöchentlich in Quart und wurde von dem in innover sehr populären Georg Harrys herausgegeben. Später ernahm der Sohn von Georg Harrys, Hermann Harrys, die daktion, nannte das Blatt von 1845 ab „Hannoversche Morazeitung“ und ließ es von 1846 ab dreimal in der Woche ereinen. Zugleich fügte er ihm allwöchentlich ein „Allgemeines erarisches Anzeigeblatt“ bei, das eine Zeitlang der Literarhistoer Karl Goedeke bearbeitete. Das „Hannoversche Volksblatt“ irde von 1840 ab von Dr. W. Schröder herausgegeben, und r „Hannoversche Volksfreund“ von 1845 ab von dem Freiern Eugen von Hammerstein. Das Schrödersche Blatt bestand s 1857, war aber mehr ein Unterhaltungs- und Witzblatt, das

*) Otto Kuntzemüller, Das Hannoversche Zeitungswesen vor dem Jahre 18 (Preuß. Jahrbücher, Band 94, Heft 3.)

nur nebenbei kurze politische Nachrichten brachte; das Hammersteinsche Blatt ging 1848 ein.

Die Zensur gestattete diesen Blättern auch nicht die geringst freiheitliche Regung. Bis zu welchen lächerlichen Bedenken sich der Zensor bisweilen verstieg, möge nur die folgende Probe zeigen

Am 7. Juli 1841, dem Tage der Beisetzung der Königin Friederike, der Gemahlin des Königs Ernst August, die bekanntlich in zweiter Ehe mit dem Prinzen von Solms-Braunsfeld vermählt gewesen war, wollte die „Posaune“ einen Artikel veröffentlichen, worin auf eine Stelle in einem Briefe von Friedrich von Gentz an Adam Müller hingewiesen war. Gentz erzählt hie von seinem Zusammentreffen mit der Prinzessin von Solm in Teplitz und preist dabei die „wahrhaft erhabene Liebenswürdigkeit dieses mit nichts zu vergleichenden Engels.“ Diese Stelle versagte der damalige für die „Posaune“ eingesetzte Zensor der Bibliothekssekretär Siemsen, das Imprimatur, weil es ihm wie er in seinem Berichte erklärte, „unpaßlich“ erschienen war „am Tage der Beisetzung Allerhöchst Ihrer Majestät der Königin an Allerhöchstdieselbe durch sentimentale und — wenn ich meinen Empfindungen trauen darf — dem Ernste der Trauerfeier de Tages nicht nur völlig unangemessene, sondern sie störende Mitteilungen über Allerhöchstderselben heiteres Jugendleben zu erinnern, statt der Gemahlin eines Großbritannischen Prinzen un der Königin von Hannover zu gedenken — und zwar mit de Ehrerbietung eines Untertans zu gedenken — namentlich wen überdem solche Mitteilungen aus den Schriften eines Manne entlehnt sind, dessen Charakter, besonders in Rücksicht der Sittlichkeit, in den Augen des Publikums gewiß mit Recht bedeuten gesunken ist.“

Einige Jahre später wurde die peinliche Rücksicht, die di Blätter auf das Königshaus und die königliche Regierung nehmen mußten, auch noch auf das königliche Theater ausgedehnt und de „Morgenzeitung“ 1845 durch Ministerialverfügung aufs allerstrengste aller und jeder Tadel der königlichen Theaterverwaltung untersagt.

Dieser unerhörte Druck wurde natürlich auch im ganzen g

bildeten Publikum von Jahr zu Jahr schmerzlicher empfunden, und als daher den Ständen 1846 der Entwurf eines Polizeistrafgesetzes vorgelegt wurde, stellten diese zu dem von Übertretungen der Zensurvorschriften handelnden § 66 des Entwurfs folgenden Antrag:

„Der § 66 hat den Ständen dringende Veranlassung geben müssen, die so viel besprochene und so höchst unbefriedigende Lage der deutschen und insbesondere der vaterländischen Presse in ernstliche Erwägung zu ziehen. Je wohlbegründeter, nach der vor mehr als dreißig Jahren bundesverfassungsmäßig gegebenen Zusicherung, das Verlangen nach einer auf Preßfreiheit gebauten Preßgesetzgebung erscheinen muß, und je allgemeiner auch die inmittelst gemachten Erfahrungen über die Unhaltbarkeit und die Zweckwidrigkeit des bisherigen Präventivsystems der Zensur entschieden haben dürften, desto zuversichtlicher glauben die Stände sich der Hoffnung überlassen zu dürfen, daß die Zeit endlich gekommen sei, wo der allgemeine Wunsch in Deutschland nach einer zeitgemäßen Preßgesetzgebung in Erfüllung gehen werde. Gleichwohl beschieden sich die Stände, daß für jetzt über die einstweilen noch bestehende provisorische Bundespreßgesetzgebung nicht hinwegzusehen sei, wonach in der Hauptsache für alle Schriften, die in Form täglicher Blätter oder heftweise erscheinen, desgleichen für Schriften unter zwanzig Bogen, vorgängige Genehmigung der Landesbehörde, also Zensur, vorgeschrieben ist. Wenn dagegen die hiesige Landesregierung seiner Zeit noch über diese bundesgesetzlichen Schranken hinausgegangen ist, statt diese schlechthin zum Grunde zu legen, lediglich das, durch augenblickliche eigentümliche Verhältnisse hervorgerufene veraltete und dunkle Zensuredikte vom 6. Mai 1705*)

---

*) Das bis zum Jahre 1848 für das Königreich Hannover maßgebende vom Kurfürsten Georg Ludwig unter dem 6. Mai 1705 erlassene Zensuredikt lautete:

„Von Gottes Gnaden, Wir Georg Ludwig, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, des heil. Röm. Reichs Churfürst, und fügen hiermit zu wissen. Demnach angemercket worden, daß ein- und andererseits ungereimte — teils sonst bedenckliche Scripta in Unsern Landen zum Druck gekommen, oder auch wohl von jemanden Unsern Landeseingesessenen anderwärts zum Druck ge-

unterm 14. Oktober 1819 und 9. September 1824 von neuem in Kraft gesetzt hat, so hat dazu irgend ein genügender formeller oder materieller Grund gewiß nicht vorgelegen, und erscheint es umsomehr endlich an der Zeit, daß diese auffallenden und höchst drückenden Beschränkungen auf das ohnehin schon strenge Maß der Bundesbestimmungen zurückgeführt werden. Nach dieser Lage der Gesetzgebung haben die Stände billig Bedenken tragen müssen, durch Annahme des § 66 die angezogenen veralteten Bestimmungen ihrerseits zu billigen; sie ersuchen vielmehr die Königliche Regierung angelegentlichst und vertrauensvoll, so bald als tunlich auf eine zeitgemäße Preßgesetzgebung Bedacht zu nehmen, auch bei dem hohen deutschen Bunde geeignete Schritte tun zu wollen, um die Erfüllung der im Artikel 18 der Bundesakte enthaltenen Zusicherung herbeizuführen, jedenfalls aber sofort die Zensur auf die nach den bundesgesetzlichen Bestimmungen irgend zulässigen Grenzen zu beschränken."

Allein König Ernst August wollte von einer „zeitgemäßen Preßgesetzgebung" absolut nichts wissen, wies die Stände schnöde ab und erklärte auch ein Jahr später, als Württemberg beim deutschen Bundestage die endliche Ausführung der im Artikel 18

---

bracht worden, solches aber nicht zu gestatten; Als verordnen wir hiermit, daß bei Fünffzig Thaler Straffe niemand von Unsern Unterthanen oder Landeseingesessenen, es sey wer er wolle, ichtwas, es sey so wenig und geringe als es wolle, in- oder ausserhalb Unserer Lande drucken lassen, auch kein Buchdrucker in Unsern Landen von Frembden so wenig als von Einheimischen daß geringste zu drucken übernehmen solle, es sey denn zuvor zur Censur gehörigen Ohrts eingeschicket und daselbst approbiret worden, und zwar soll solche Einschickung, wenn dasjenige was zu drucken verlanget wird, Publica und Staats- auch Policeysachen betrifft, an Unsere Geheimbte Rathsstube, wenn es Juridica betrifft, an Unsere Justitz-Cantzeley, wenn es aber Theologica, Philologica oder Philosophica betrifft, wie auch Leich-Predigten, Carmina und dergleichen, an Unser Consistorium geschehen. Wornach sich manniglich zu achten und für Schaden zu hüten. Zu desto besserer Kundmachung soll dieses aller gewöhnlicher Ohrten in Unsern Fürstenthümern und Landen öffentlich angeschlagen werden. Signatum Hannover 6. Mai 1705. Georg Ludwig Churfürst."

der Bundesakte gegebenen Zusicherung beantragte, daß er von Preßfreiheit nichts wissen wolle. Schon wenige Monate später aber mußte er dann unfreiwillig das gestatten, was er freiwillig nicht hatte zugeben wollen.

Bei dieser vollständigen Unzulänglichkeit der hannoverschen Presse, an der auch die Provinzzeitungen (von denen nur dem Namen nach die Gerstenbergsche „Hildesheimische allgemeine Zeitung“, die Brandissche „Hildesheimische Zeitung“ und die von Theodor Hahn in Emden herausgegebene „Ostfriesische Zeitung“ genannt sein mögen) nichts änderten, da sie allesamt über den Charakter des Lokalblattes nicht hinauskamen, gab es somit im ganzen hannoverschen Königreiche bis 1848 keine einzige selbständige politische Zeitung. 1700000 Einwohner durften im Lande nichts öffentlich äußern, was der Regierung nicht gefiel, und schöpften daher, wie Oppermann berichtet, alle politische Anregung im Norden von der „Bremer“- und „Weserzeitung“, zum Teil auch von dem „Hamburger unparteiischen Korrespondenten“ und der „Börsenhalle“, im Süden von Frankfurter und Kasseler Zeitungen. Von 1847 ab war namentlich auch die „Kölnische Zeitung“ sehr verbreitet. In den Klubs, Konditoreien u. s. w. fand man außerdem die Augsburger „Allgemeine Zeitung“, die „Deutsche Zeitung“ von Gervinus und auch wohl, besonders seit 1847, die „Preußische Staatszeitung“.

Im benachbarten Braunschweig gab die Verlagsbuchhandlung von Friedrich Vieweg und Sohn vom September 1831 ab eine „Deutsche National-Zeitung für Braunschweig und Hannover“ heraus. Das Blatt erschien täglich mit Ausnahme des Sonntags in Folio, von 1832 ab in Groß-Folio zum Preise von 17 Mk. jährlich. Sein Redakteur Dr. Hermes, der nach dem Beispiele der englischen und französischen Zeitungen auch den Leitartikel bei ihm einführte, huldigte anfangs der konstitutionellen Schultheorie, lenkte dann aber mehr und mehr in das reaktionäre Fahrwasser ein, so daß der Wahlspruch der Zeitung „Nunquam retrorsum“ zur Satire wurde. Sehr lange währte dieses Schauspiel jedoch nicht. Die Weisheit der braunschweigischen Regierung erachtete

die Zeitung trotz deren Bescheidenheit und Genügsamkeit schließlich für staatsgefährlich und unterdrückte sie Ende 1837 ohne Angabe eines gesetzlichen oder politischen Grundes.

In Mecklenburg erschienen zwar bereits seit dem achtzehnten Jahrhundert drei Zeitungen (vergl. Bd. I, S. 160), in Rostock seit 1711 der „Auszug der neuesten Zeitungen", von 1847 ab „Rostocker Zeitung" genannt, in Schwerin seit 1757 die „Neue Schwerinische Politische Zeitung", die 1848 den Titel „Mecklenburgische Zeitung" erhielt, und in Wismar seit 1795 die „Politischen Neuigkeiten", von 1801 ab „Wismarsche Zeitung" und seit 1867 „Mecklenburger Tageblatt" genannt. Alle drei Blätter brachten aber bis 1848 nur kümmerliche Exzerpte aus anderen deutschen Zeitungen und mußten auf die Wiedergabe eigener politischer Ansichten vollständig verzichten. Im Dez. 1845 sah sich das Rostocker Blatt sogar genötigt, seinen Lesern mitzuteilen, daß ihm durch ein Reskript der Regierung der fernere Abdruck der Berichte über die Landtagsverhandlungen bei hundert Talern Strafe untersagt worden sei. Die Regierung griff wahrscheinlich zu dieser Maßregel infolge eines Vorgehens der landtagsberechtigten Gutsbesitzer in diesem Jahre, welche 21 Punkte zur Diskussion stellten, von denen in Punkt 3 die Aufhebung der Zensur und die Erfüllung des schon vor langer Zeit gegebenen Versprechens der Einführung von Preßgesetzen und in Punkt 18 die gleichförmige Besteuerung der durch die Post bezogenen Zeitungen ohne Rücksicht auf ihre politische Farbe verlangt wurde. Natürlich ging es diesen Abgeordneten ganz ebenso, wie den hannoverschen Ständen; auch sie wurden kurzerhand abgewiesen.

Etwas mehr Leben zeigte sich in den Hansestädten. Zwar klagte ein zeitgenössischer Schriftsteller noch 1844: „Das Interesse an der Zeitgeschichte ist in Hamburg noch sehr schwach", und dasselbe hätte er auch von Lübeck und Bremen sagen können; doch ließ es sich die Presse angelegen sein, dieses schwache Interesse so viel wie möglich zu heben, besonders durch lebhaftere Erörterung der Tagesfragen, wobei freilich hinsichtlich der deutsch-nationalen Angelegenheiten bisweilen Ansichten vertreten wurden, die uns heute als recht engherzig und kurzsichtig erscheinen.

An der Spitze der Hamburgischen Zeitungen (vergl. S. 277) stand nach wie vor der „Hamburgische unparteiische Korrespondent“ mit seinem tüchtigen Redakteur A. M. Runkel. Vom 1. Juli 1830 ab erschien die Zeitung täglich, doch erst 1836 ging sie vom Klein-Quart zum Groß-Quart über, worauf dann im Laufe der Jahre noch einige weitere Vergrößerungen erfolgten, bis schließlich 1870 das Großfolio-Format angenommen wurde. Merkwürdigerweise war es bis in die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts hinein nicht Brauch, beim Quartalswechsel die heute allgemein üblichen Abonnements-Einladungen zu erlassen, weshalb auch über den Abonnementspreis nichts Genaueres mehr festgestellt werden kann. Die Mahnung, das Abonnement zu erneuern, lautete in der Regel nur: „Wegen Ablaufs des Quartals werden die Herren Interessenten dieser Staats- und Gelehrten-Zeitung dienstlich erinnert, den Abtrag dafür geneigt einzusenden.“ Hiernach wurde also postnumerando bezahlt.

In seinem politischen Teile sah sich der „Korrespondent“ sehr von Hannover und Preußen beengt; von beiden Seiten wurde beständig ein Druck auf ihn ausgeübt, und Preußen zwang ihn außerdem, für die reaktionären kirchlichen Verordnungen einzutreten, die es gegen die von Ronge und Wislicenus hervorgerufenen kirchlichen Bewegungen erließ. Doch konnte er trotz alledem hin und wieder eine freimütige Äußerung tun, da der Zensor Dr. Hoffmann ein durchaus liberaler Mann war, der sogar dann und wann lieber eine Nase riskierte, als daß er einen guten Gedanken strich. Man traute daher in Berlin der Zeitung auch niemals recht, und der Geh. Reg.-Rat v. Rehfues behauptete denn auch in seiner wiederholt erwähnten großen Denkschrift vom 10. Dezember 1833, daß der „Hamburgische Korrespondent“ den obskuren Intriguen der Hauptstadt“ willig dienstbar sei. Den Lokal-Angelegenheiten gegenüber verhielt sich die Zeitung auch jetzt noch außerordentlich zurückhaltend. Eine besondere Rubrik für diese Nachrichten existierte bis 1848 nicht.

Die „Hamburgische Neue Zeitung“ unternahm den Versuch, die unterdrückte „Rheinische Zeitung“ zu ersetzen, und

besaß in dem gewandten Redakteur Fr. Wille auch eine ganz geeignete Kraft dazu. Sie begann also freisinnige Korrespondenzen aus Berlin zu bringen, zog dadurch aber sehr bald die Aufmerksamkeit der preußischen Regierung auf sich und sollte die Folgen sehr bald verspüren. Preußen beschwerte sich über diese „zum Mißvergnügen und zur Unzufriedenheit aufreizenden Artikel“ beim Hamburger Senat, und die fraglichen Korrespondenzen erschienen alsbald seltener und zahmer. Darauf gab aber im Oktober 1843 Fr. Wille seine Stelle auf und übernahm die Leitung des „Wandsbecker Intelligenzblattes“, das damals ein einflußreiches Organ der schleswig-holsteinischen Partei war. Der Weggang Willes sollte der Zeitung jedoch verhängnisvoll werden; die beiden neuen Redakteure K. Fischer (zugleich Eigentümer) und Grisson vermochten das Blatt nicht auf seiner bisherigen Höhe zu erhalten, worauf es 1846 einging.

Die „Börsenhalle“, deren Domäne von jeher die Handelsfragen waren, eiferte besonders lebhaft gegen den in der Bildung begriffenen Zollverein, wobei sie übrigens vom „Korrespondenten“ getreulich unterstützt wurde. Doch war ihr Hauptredakteur Schädtler trotz alledem auch ein guter Deutscher, der eines Tages den Artikel über Schleswig-Holstein unter die Rubrik „Deutsche Bundesstaaten“ stellte. Das erregte aber bei der dänischen Regierung höchstes Mißfallen, und sie kündigte der „Börsenhalle“ an, daß ihr Vertrieb in Dänemark verboten werden würde, falls die Redaktion diese ungehörige Rubrizierung beibehalte. Schleswig-Holstein kam darauf wieder zu Dänemark. Von 1838 bis 1840 redigierte der von einem überschwenglichen Idealismus erfüllte Franz von Florencourt (geb. 1803, gest. 1886) die Beilage „Literarische und kritische Blätter der Börsenhalle“ und verteidigte dort in vielen Artikeln die Rechte der katholischen Kirche gegen die Eingriffe der preußischen Regierung im Erzbistum Köln. Später sammelte er diese Aufsätze in dem Buche „Politische, kirchliche und literarische Zustände in Deutschland“, Leipzig 1840. Einen besonderen Stolz der „Börsenhalle“ bildete es, daß ein früherer Redakteur des Blattes, Dr. Kirchenpauer,

i Anfang der vierziger Jahre Senator und später sogar erster ürgermeister von Hamburg wurde.

Die „Wöchentlichen gemeinnützigen Nachrichten“ aren auch in dem in Rede stehenden Zeitabschnitte nicht viel ehr als ein Intelligenzblatt, erreichten aber nach und nach die Zahl von 8000 Abonnenten. Der „Freischütz“, der weit besser Figaro“ geheißen hätte, beschäftigte sich nach wie vor fast nur nit Theater- und literarischen Angelegenheiten, wurde aber von essen Redakteur Ludwig Lenz und dessen fleißigem Adlatus Joseph Mendelssohn ganz geschickt geleitet.

Einen Zuwachs erfuhr schließlich die Hamburger Presse noch durch das von Christoph Marquard Eck 1842 in dem hamburgischen Amte Bergedorf gegründete „Bergedorfer Wochenblatt“, das dann 1843 anläßlich der Eröffnung der Berlin-Hamburger Bahn seinen Titel in „Eisenbahn-Zeitung“ änderte. Doch siedelte die Zeitung 1865 nach Lübeck über, wo sie noch die Lokalbeilage „Lübecker Nachrichten“ erhielt. Eigentümerin wurde als Vertreterin der C. M. Eckschen Erben die bekannte Schriftstellerin Ida Boy-Ed.

In Bremen trat eine größere Regsamkeit auf dem Gebiete der Journalistik erst mit dem Beginne der vierziger Jahre ein. Bis dahin hatte die 1813 gegründete „Bremer Zeitung für Staats-, Gelehrten- und Handelssachen“ nur ein sehr bescheidenes Leben geführt. In kleinem Format, auf grauem Löschpapier gedruckt, brachte sie nur höchst dürftige Mitteilungen von den Weltbegebenheiten; noch kümmerlicher waren der 1816 ins Leben gerufene „Bürgerfreund“, der dann 1866 einging, und die „Bremer Nachrichten“ (1743 als „Bremer Wochentliche Nachrichten“ gegründet.) Als dann aber nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. in allen politischen Kreisen ein neues Leben zu pulsieren begann, beeilte sich der intelligente Bürgermeister Smidt, auch für Bremen frische Segel aufzuziehen. Während die Stadtverwaltung früher sich der Presse sehr unfreundlich und selbst feindselig gezeigt hatte, wurde sie jetzt die entschiedenste Gönnerin des Journalismus. Der Bürgermeister Smidt veranlaßte den Eigen-

tümer der „Bremer Zeitung“, den Buchhändler Heyse, sein Blatt zeitgemäß umzugestalten, und darauf erschien es vom 1. November 1843 ab wesentlich reichhaltiger, mit vielen Privatkorrespondenzen und wertvollen Aufsätzen, u. a. auch von Adolph Stahr. Die Zeitung kam täglich in 1½ bis 2 Bogen heraus und lieferte außerdem in dem Supplement (½ Bogen), das abends ausgegeben wurde, die neuesten Nachrichten aus Paris und Madrid, die erst am folgenden Morgen nach Hamburg gelangten und dort erst am folgenden Abend in der „Börsenhalle“ und in der „Hamburger Neuen Zeitung“ mitgeteilt wurden. In ihrer Haltung war sie liberal, doch kämpfte sie, ganz wie die Hamburger „Börsenhalle“, ebenfalls gegen den Zollverein, auch zeigte sich eine gewisse konservative protestantisch-theologische Richtung, die besonders bei ihrem Berliner Korrespondenten zum Ausdruck kam und ihrem sonst geäußerten Liberalismus nicht selten Eintrag tat.

Mit der „Bremer Zeitung“ allein begnügte sich aber der Bürgermeister Smidt noch nicht; er wünschte auch noch eine große Zeitung, die vor allem den Interessen des Handels und der Schiffahrt Bremens diente, denen er mit energischer Hand durch die Gründung Bremerhavens den so notwendigen Ein- und Ausgangspunkt geschaffen hatte, und weiterhin den Interessen des Seehandeis überhaupt, damit diese stärker als bisher durch die Tagespresse in der erwachenden öffentlichen Meinung Deutschlands zur Geltung gebracht würden. Er forderte daher den Buchhändler Gustav Bernhard Schünemann auf, eine solche Zeitung ins Leben zu rufen, und traf dabei auch den für das neue Unternehmen geeigneten Mann. Schünemann erfaßte das Projekt ganz von der richtigen Seite und fand auch in Dr. Thomas Arens, einem geborenen Bremer, sehr bald den geigneten Leiter, der dem Blatte von vornherein einen fest umrissenen Charakter gab, den es noch jetzt trägt: besonnene Vertretung einer freiheitlichen Entwicklung in materiellen wie in geistigen Dingen, Verteidigung und Förderung der deutschen Handels- und Schiffahrtsinteressen und vor allem Pflege des nationalen, des Vaterlandes Einheit, Freiheit und Recht anstrebenden Sinnes. Mit dem 1. Januar 1844 trat das Blatt unter dem Namen „Weser-

eitung“ ins Leben. Es erschien in Groß-Folio und kostete Taler Gold = 20 Mark für das Jahr.

Als Mitredakteure standen Arens zunächst Dr. jur. Migault ıd dann Dr. Nikolaus Delius, der spätere Bonner Professor, ır Seite.

Leider war es Arens nur vergönnt, die Zeitung eine kurze eihe von Jahren zu leiten; bereits am 10. November 1850 arb er, erst 33 Jahre alt. In einem Nekrologe*) wies Otto ilbemeister nachdrücklich auf die Bedeutung des Dahingeschie- enen für die nordwestliche deutsche Presse hin. „Die Hamburger ie die Bremer Presse“, sagte er, „waren in jener Zeit (zu An- ıng der vierziger Jahre) politisch so gut wie bedeutungslos;)ldenburg, Hannover, Braunschweig, Westfalen, kurz das ganze Gebiet von Nordsee und Elbe bis an die Grenzen der preußischen Monarchie war trotz seiner vielfältigen und wichtigen Interessen n der deutschen Presse unvertreten, und eine solche Vertretung ,u schaffen war die Aufgabe, welche Arens aller unberechenbaren ınd heutzutage kaum mehr glaubhaften Schwierigkeiten unerachtet übernahm. Ursprünglich gegen seine innere Neigung, aber trotz- dem mit dem aufopferndsten Eifer widmete er sich dem müh- seligen, aufreibenden, dankloſen Berufe eines Tagesschriftstellers, und auf dieser Bahn, wo alles zu schaffen und zu organisieren war, gelang es ihm, in kurzer Zeit ein Institut zu begründen, welches schon im ersten Jahre seines Bestehens unbestritten einen ehrenvollen und einflußreichen Platz einnahm und die Anregung gab zu einem vollständigen Umschwunge der norddeutschen Tages- presse.“

Als das Hauptziel alles zu Erstrebenden stellte Arens die nationale Einheit hin, und dabei blickte er voll Vertrauen in die Zukunft; es ging daher durch alle seine Darlegungen ein frischer Zug des Fortschritts. Des weiteren kämpfte er für Preß- und Vereinsfreiheit, für das Verfassungsrecht in Preußen, und, als 1846 die schleswig-holsteinische Frage aufzutauchen begann, für die Rechte der beiden Herzogtümer. Daß er auch den Handels-

*) „Weser-Zeitung“ vom 11. Nov. 1850.

und Schiffahrtsverhältnissen die größte Beachtung zugewandt, ist selbstverständlich.

Ein solches frisch-frohes Eintreten für die neuen Ziele konnte natürlich in der vormärzlichen Zeit den Anfechtungen der Regierungen nicht entgehen. Weniger mit der Zensur (die in Bremen milde gehandhabt wurde), als mit den Reklamationen deutscher Kabinette waren, wie Gildemeister in dem erwähnten Nekrologe berichtet, unablässige Kämpfe zu bestehen, und nach und nach bildete sich in Berlin und Wien eine ausgeprägte Feindseligkeit gegen die „Weser-Zeitung“ aus, die schließlich 1846 bis zum Verbote des Blattes in Preußen führte. Nichtsdestoweniger fuhr Arens fort, Preußens großen deutschen Beruf zu vertreten.

Zu diesen beiden großen Zeitungen trat schließlich noch eine dritte, der „Bremer Kurier“, der am 1. Januar 1846 durch N. A. Ordemann gegründet wurde und nachdrücklich die demokratische Tendenz verfolgte. In ihm kündigte sich bereits das Brausen der kommenden Sturmjahre an.

Am wenigsten war der Pulsschlag der neuen Zeit in Lübeck zu spüren. Der Chronist der „Lübeckischen Anzeigen“ (vergl. S. 278) gesteht selbst, daß die Geschichte Lübecks seit der Fremdherrschaft bis zur Mitte des neunzehnten Jahrhunderts wenig Bemerkenswertes aufweise. Das wichtigste Ereignis war die Einrichtung einer Dampfschiffsverbindung mit Riga und Petersburg, die den lübeckisch-russischen Handel neu belebte. Diese größere Regsamkeit hatte denn auch zur Folge, daß die „Lübeckischen Anzeigen“ vom 1. Januar 1845 ab viermal wöchentlich erschienen, nämlich Montags, Mittwochs, Freitags und Sonnabends.

Als eine Art Ergänzung der „Anzeigen“ können die „Neuen Lübeckischen Blätter“ betrachtet werden, die 1833 ins Leben traten und nur wöchentlich erschienen. Sie brachten zwar zunächst blos belehrende und unterhaltende Aufsätze, wandten sich dann aber, als die allgemeine Erregung immer mehr wuchs, auch den politischen Interessen der Lübeckischen Gegenwart zu und sprachen sich hierbei immer im Sinne der Reform und des Fortschritts aus.

Ein Anhängsel der Lübeckischen Presse bildeten die „Ostsee-

blätter", die der Badearzt Dr. Saß in Travemünde von 1843 ab in dem nahe der lübeckischen Grenze gelegenen Städtchen Schönberg erscheinen ließ. Sie brachten Artikel über Lübeck, denen der Zensor der Hansestadt das Imprimatur verweigerte, u. a. Aufsätze aus der Feder des durch die Lübecker Unruhen 1843 bekannt gewordenen Kaufmanns und Schütingbruders J. D. Jacobj.

Ein von einer Anzahl Lübeckischer Bürger auf Veranlassung von Ludolf Wienbarg 1844 unternommener Versuch, eine große „Lübeckische merkantilisch-politische Zeitung" zu gründen, die auch Mecklenburg und Holstein „geistig versorgen und verbinden" möchte, blieb erfolglos. Wahrscheinlich scheiterte das Unternehmen an dem Mangel an Mitteln.

Von einer tieferen Erregung wurde nach und nach die Presse in Schleswig-Holstein ergriffen. Bisher hatten sich die Blätter der Herzogtümer wenig bemerkbar gemacht und unter einer milden Zensur ein recht beschauliches Leben geführt; als aber mit dem Beginn der vierziger Jahre die sogenannte schleswig-holsteinische Frage mehr und mehr hervortrat und die Danisierungsversuche der Regierung in Kopenhagen immer drückender empfunden wurde, regte sich die Volksstimme allerwärts und kam nicht nur in den Ständeversammlungen, sondern auch in der Presse zum Ausdruck. Diese bestand in der Hauptsache aus einer größeren Anzahl kleinerer Blätter, in denen sich aber eine sehr lebhafte Teilnahme an den Fragen des Tages kundgab. Landesbank oder dänische Filialbank, Deutsch oder Dänisch in Schleswig, Dänemark bis zur Eider oder Deutschland bis an die Marken Jütlands, deutsches oder dänisches Kommando, eigene oder fremde Münze, Verfassung, gänzliche Verschmelzung beider Herzogtümer, Anschluß Schleswigs an den deutschen Bund, Thronfolgefrage, Deutsch als vorherrschende oder alleinige Sprache in der schleswigschen Ständeversammlung — das alles und noch vieles andere waren die Parolen des Tages. Der weitaus größte Teil der Bevölkerung trat natürlich für die deutschen Interessen ein; ihre Wortführer waren der Landinspektor Tiedemann, Theodor Olshausen, Dr. Heiberg d. Ält., Hansen in Eckernförde, Beseler,

Gülich, Löck, Prof. Falck, Advokat Claussen und der leidenschaftliche Justizrat Hegewisch. Auf der dänischen Seite standen die Professoren Paulsen und Flor in Kiel, Peter Hjort Lorenzen, der Deputierte für Sonderburg, Kaufmann in Hadersleben, und noch einige Dii minorum gentium.

Für die schleswig-holsteinische Sache kämpften das „Rendsburger", „Eckernförder", „Odesloer" und „Sonderburger Wochenblatt", späterhin auch die „Schleswig-Holsteinische Zeitung" in Altona, das „Wandsbecker Intelligenzblatt", das „Itzehoer Wochenblatt" und die „Lyna" in Hadersleben. Das „Rendsburger Wochenblatt" wurde etwa seit dem Jahre 1843 sozusagen das offizielle Blatt der schleswig-holsteinischen Partei und gewann dadurch wesentlich an Bedeutung und Verbreitung. Heiberg und Hansen waren besonders dafür tätig. Den größten Einfluß aber übte wohl das „Itzehoer Wochenblatt" aus, das 7000 Abonnenten besaß und in dieser erregten Zeit an 300000 Leser gehabt haben soll. Es erschien auch in weit größerem Formate, als die anderen Wochenblätter und umfaßte meist 8 Folioseiten. Sehr oft ergriffen die Leser selbst darin das Wort, so daß ein zeitgenössischer Schilderer jener Zeit meinte: „Man könnte sagen: der Bürgerstand redigiert das Blatt selbst. Jeder schreibt, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Fehlt dabei auch die höhere Einsicht, so hat man dafür Einfachheit, Ungeschminktheit und Verständlichkeit als Ersatz". Die Haderslebener „Lyna", die zweimal wöchentlich erschien, war nur Kampfblatt, und in ihr kamen nur die gewandtesten Kämpfer zum Wort. Sie war der Vorposten, der nie schlafen durfte, wenn nicht der Feind, der dicht an der Grenze lauerte, ihn und das ganze Lager überraschen sollte. Um auf alle Bevölkerungskreise wirken zu können, erschienen in der „Lyna" zu Zeiten auch Artikel in dänischer Sprache für die deutsche Sache.

Eine Art Sonderstellung nahm das „Kieler Korrespondenzblatt" ein, das Theodor Olshausen (geb. 19. Juni 1802 in Glückstadt, gest. 31. März 1869 in Hamburg) von 1830 bis 1848 herausgab. Die Zeitung wurde von einer durchaus edeln Gesinnung getragen, aber sie war, entgegen den übrigen patriotischen Blättern, gegen die Vereinigung der Herzogtümer; in den

gislativen Fragen stand sie dagegen durchaus auf der Seite der oßen Mehrheit. In den letzten Jahren, nachdem er in die irektion der Altona—Kieler Eisenbahn eingetreten war, schrieb lshausen übrigens nur noch wenig für das Blatt; die Leitung tte er dem Advokaten Hedde abgetreten.

Nur in geringem Maße beteiligte sich an den innern Fragen r „Altonaer Merkur". Er haßte zwar die Dänen, wollte aber it den „stürmischen Brauseköpfen" der schleswig-holsteinischen artei nicht sympathiesieren und vermied es ängstlich, sich tiefer i die Streitfragen einzulassen. Er strebte mehr danach, ein all=emeines deutsches Blatt zu sein, wobei er sich die Hamburger Blätter zum Muster nahm.

Gegenüber dieser nationalen Presse nahm sich die dänen=reundliche recht ärmlich aus; sie bestand aus der 1838 gegrün=eten Zeitung „Dannevirke" in Schleswig, redigiert von P. Ch. Koch, er „Flensburger Zeitung" (gegr. 1840), der „Freia" des Uhr=machers Fischer in Apenrade und dem „Preetzer Wochenblatt". Die „Dannevirke" schlug einen sehr hochfahrenden Ton an und be=hauptete mit edler Dreistigkeit, ganz Schleswig gehöre den Dänen (nicht etwa bloß dem König-Herzoge); noch heftiger trat die „Flens=burger Zeitung" auf, die, indem sie sich die Miene gab, die Interessen des mit Dänemark engverbundenen Flensburger Han=delsstandes zu vertreten, für die dänische Filialbank agitierte, die nationalen Blätter denunzierte und deren Bestrebungen als un=gesetzlich hinstellte. Die Entrüstung über das Blatt war denn auch allgemein.

Angesichts dieser allgemeinen tiefen Bewegung in der Presse Schleswig-Holsteins verschärfte die dänische Regierung die Zensur mehr und mehr; schließlich mußte von jedem größeren Artikel das Manuskript eingereicht werden, und sogar in duplo, damit dann der Zensor das eine Exemplar in Verwahrsam behalten konnte.*)

*) E. C., Die politische Tagespresse Deutschlands während des Jahres 1843 (Biedermanns Deutsche Monatsschrift 1844, Maiheft), ein mit vieler Sachkenntnis geschriebener Artikel, dem wir auch sonst des öfteren in diesem Abschnitte gefolgt sind.

Geradezu kläglich und unwürdig waren die Preßverhältnisse im Kurfürstentum Hessen. Dort herrschte seit 1821 der starrsinnige und jedes politischen Verständnisses bare Kurfürst Wilhelm II., der noch dazu durch ein skandalöses Privatleben allgemeinen Unwillen erregte. Es brachen daher bei der allgemeinen Bewegung, die 1830 Deutschland ergriff, Unruhen in Hessen aus, und der Kurfürst mußte sich bequemen, einer neuen Verfassungsurkunde zuzustimmen, die er am 5. Januar 1831 unterzeichnete. In dieser war auch von der Freiheit der Presse und des Buchhandels die Rede; sie sollte durch ein Gesetz gegen Preßvergehen geregelt werden. Allein der Gesetzentwurf, den der Minister Eggena vorlegte, fand nicht den Beifall der Stände; besonders nahmen diese Anstand daran, daß nicht der Weg des Anklageprozesses mit öffentlichem und mündlichem Verfahren eingeschlagen worden sei. Sylvester Jordan, der bekannte hessische Politiker, arbeitete daher einen neuen Entwurf aus. Er bemerkte dabei: „Hat eine Regierung die Arme ihres Volkes nicht zu fürchten, wie kann sie vor den Druckschriften einiger Wenigen in Angst geraten. Jede Regierung möge wohl beherzigen, daß ihr niemand schaden, niemand ihre Würde verletzen und niemand, wenn man von äußeren Gefahren absieht, sie stürzen kann, als sie selbst. Eine Regierung, welche das freie Urteil über ihre Einrichtungen und Handlungen scheut, steht in dem Wahne, daß sie unfehlbar sei, oder will das Bessere nicht, da sie Belehrung zu vermeiden sucht.“

Der Entwurf Sylvester Jordans fand aber nicht den Beifall der Regierung, und so kam gar kein Preßgesetz zu stande; das Zensoramt aber wurde unterdessen vom Minister des Innern selbst mit aller Strenge gehandhabt. Infolgedessen kam es zu vielen Klagen der Zeitungsredaktionen über willkürliche Behandlung der Zensur, so daß schließlich der Minister Hassenpflug den Ständen einen neuen Entwurf eines Gesetzes über die Vergehungen durch die Presse und den Buchhandel unterbreitete. Dieser Entwurf enthielt zunächst ein Kapitel über die vorbeugenden Maßregeln und beschäftigte sich dann in einem zweiten mit den durch Mißbrauch der Presse verübten Vergehen und deren Bestrafung.

ter die vorbeugenden Maßregeln war Erlaubnis zur Anlegung
er Druckerei und zur Errichtung einer Buchhandlung gerechnet,
sgedehnt auf die ohne Erlaubnis schon bestehenden Anstalten
ser Art, also mit Aufhebung der nach den ergangenen gericht-
jen Erkenntnissen für den Betrieb des Buchhandels bestehenden
nzessionsfreiheit. Auch für die Herausgabe eines periodischen
attes war, mit Aufhebung des gerichtlich anerkannten Rechts-
standes, die Einholung der Erlaubnis, unter Kautionsbestellung,
neben aber Zensur für alle im Bundesbeschlusse von 1819 er-
ähnten Schriften, gefordert, und zwar nicht bloß vorübergehend,
r die Dauer jenes Beschlusses, sondern für alle Zeiten.

Diesen Entwurf wiesen die Stände mit Entrüstung zurück,
a besonders die vorbeugenden Maßregeln der Verfassungsurkunde
widér seien, worauf die Zustände abermals beim Alten blieben,
doch nur bis zur Mitte des Jahrzehnts. Denn 1834 hatten in
Vien Ministerkonferenzen stattgefunden, deren geheime Beschlüsse
irekt gegen die einzelnen Repräsentativverfassungen gerichtet waren
nd deren Befugnisse beschränken sollten. Auch der Bevollmäch-
igte von Kurhessen, Herr von Trott, hatte die Konferenz-Pro-
okolle mit unterschrieben und dadurch eine wesentliche Beschrän-
ung der Presse seines Landes herbeigeführt. Denn nach der
Vereinbarung war eine Herausgabe neuer politischer Tageblätter
ohne vorgängige Erwirkung einer Konzession nicht gestattet, ob-
wohl nach der kurhessischen Verfassungsurkunde keine Konzession
für die Herausgabe eines politischen Blattes erforderlich war.*)

Dieser unrechtmäßigen Beschränkung folgten bald viele andere,
so daß die beiden Zeitungen der Residenz, die von Dr. J. Pinhas
herausgegebene amtliche „Kasselsche Allgemeine Zeitung“
und die „Kurhessiche Zeitung“, sowie das vom Hofrat Nie-
meier redigierte Wochenblatt „Der Bote aus Kassel“, sich nur
in den engsten Grenzen bewegen konnten. Ebenso erging es der
„Hanauer Zeitung“ und dem „Hessenboten“, der in Hersfeld
erschien.

*) K. W. Wippermann, Kurhessen seit dem Freiheitskriege. Kassel 1850. S. 260, 275, 311.

Die „Kasselsche Allgemeine Zeitung“ soll nach Friedrich Oetker bloß 500 bis 600 Abonnenten gehabt und sich nur deshalb gehalten haben, weil sie bereits seit 1814 bestand und darum bei dem lebenden Geschlechte die stille Macht der Gewohnheit für sich hatte. „Das war aber auch,“ meint Oetker, „so ziemlich alles. Zu einer eingreifenden Wirksamkeit, oder auch nur zu einer lebendigen Rührigkeit in irgend einer Richtung brachte die Zeitung es niemals. Die Zensur und noch mehr die Ängstlichkeit des Herausgebers, der im übrigen sehr tüchtig war, machten jeden Aufschwung unmöglich.“*) Etwas günstiger urteilt ein anderer hessischer Schriftsteller, Fr. Müller. „Die Zeitung war ein wahres Kompendium für spezielle und allgemeine Politik“, sagt er. „Wer sich noch heute über die eigentliche Lage der damaligen Weltverhältnisse, sowohl im Großen wie im Kleinen, orientieren will, braucht nur in ihr nachzuschlagen. Ihr sonntägliches Beiblatt enthält Schätze für ernste Wissenschaft, Literatur- und Kunstgeschichte. Nur in betreff unserer hessischen Verhältnisse würde man vergebens nach einer anderen Auskunft als einer offiziellen suchen, und diese floß ihr in kärglichstem Maße zu. Überhaupt sorgte schon die Zensur dafür, daß nur das bekannt und öffentlich besprochen wurde, was nach oben keinen Anstand erregte — und was erregte nicht alles an diesem Orte Anstand!“**)

Die Zensur war längere Zeit einem alten engherzigen Regierungsrate übertragen, der sich aber mehr und mehr verhaßt machte, und den schließlich der Fluch des Lächerlichen traf. „Eines schönen Morgens“, erzählt Fr. Müller (Bd. II, S. 32), „erblickte er vor seinem Hause eine Ansammlung von Menschen, die verwundert und höhnisch zu seinen Fenstern empor sah. Als er nun selbst nachsehen wollte, was das bedeutete, machte er mit Schrecken die Bemerkung, daß in der Nacht eine volle Tintenflasche bis zu seinem stillen Asyle geschleudert worden, und der Inhalt eine breite Spur von oben bis unten zurückgelassen hatte. Dieser in der

---

*) Friedrich Oetker, Lebenserinnerungen. Stuttg. 1877, Bd. I, S. 218.

**) Fr. Müller, Kassel seit siebzig Jahren. Kassel 1876, Bd. I, S. 198

Tat recht schwarzen Tat fühlte sich sein Mut nicht mehr gewachsen. Auch die eindringlichsten ministeriellen Ermahnungen konnten ihn nicht bewegen, noch länger des traurigen Amtes zu walten. Nun wurde es aber schwer, einen Ersatz für ihn zu finden; freiwillig wollte sich niemand mehr dazu bequemen. Einige Personen, die mit Rücksicht auf ihre sonstige dienstliche Stellung dazu gezwungen wurden, übten nicht die Zensur nach Hassenpflugschem Geschmack, so unter andern nicht der liberale Landesbibliothekar Dr. Bernhardi, welchen die Ironie des Schicksals zu dem preßmörderischen Geschäfte berief. Doch wurde derselbe bald wieder davon entbunden. Das Ministerium schöpfte den Verdacht, daß er nur solche Stellen streiche, die ihm nicht liberal genug vorgekommen. Das war aber gewiß nur unbegründeter Verdacht, denn auch für einen liberalen Zensor gab es damals Gelegenheit, gar zu bebedenkliche Preßausschreitungen, und zwar im Interesse der eigenen liberalen Sache, nicht aufkommen zu lassen. Um sich die Gewißheit zu verschaffen, daß die Zensur durchaus im Regierungssinne ausgeübt werde, griff man zu dem gewiß nicht versagenden Mittel, im Ministerium selbst beschäftigte Beamte damit zu beauftragen. Auf diese Weise war die in der Verfassung zugesagte Freiheit der Presse in die vollständigste Abhängigkeit von der Regierung umgewandelt. Kein Wunder also, daß das Verlangen nach dem Preßgesetz immer stürmischer sich geltend machte."

Die Regierung wachte jedoch nicht nur über die Zeitungen des Kurfürstentums, sondern auch über die „ausländischen", und verwehrte allen den Eintritt in die hessen-kasselschen Lande, die sich über die hessischen Zustände ungünstig ausließen. Infolgedessen waren sehr viele deutsche Zeitungen in Kurhessen verboten, u. a. die „Kölnische Zeitung", die „Weser-Zeitung", die „Dorfzeitung", die „Mannheimer Abendzeitung", die „Aachener Zeitung" 2c.

Und endlich wurden auch die sämtlichen Buchhandlungen des Kurfürstentums sorgfältig kontrolliert. Sie hatten von der Polizeidirektion die Weisung, ein genaues Verzeichnis aller jener Zeitungen und Journale einzureichen, die sie im Laufe des Jahres absetzten und auch die Namen der Personen dabei zu nennen, die

diese Blätter bezogen. Jeder, der ein Journal hielt, stand so sozusagen unter Polizeiaufsicht.

Dieser unerhörte Zustand änderte sich auch nicht, als der Deputierte Fr. Scheffer von Felsberg 1846 energisch die Aufhebung aller Zensur und gleichförmige bundesgesetzliche Bestimmungen verlangte, und der Deputierte Henkel ein grelles Bild der Polizeiwillkür in öffentlicher Sitzung der Ständeversammlung entwarf.

„Kurhessens Geschichte schien daher", sagt Wippermann (S. 183), „in den Zustand eines völligen Stillstandes zu geraten ... Die Gegenwart bot fast nichts als einzelne zerrissene Erscheinungen dar, die man nicht mit Recht, Gesetz und Billigkeit im Einklang wähnte."

Etwas günstiger gestalteten sich die Preßverhältnisse in Sachsen. Dort war nach der Einführung der neuen Verfassung von 1831 ein regeres politisches Leben erwacht, und ferner hatten sich seit dem Anschluß Sachsens an den preußisch-deutschen Zollverein und durch die Eröffnung der ersten größeren Eisenbahn in Deutschland, der Linie Leipzig—Dresden, Handel und Verkehr besonders in Leipzig ganz außerordentlich gehoben. Es machte sich daher auch alsbald ein gewisser Aufschwung in der Presse bemerkbar, der auch durch den Minister von Lindenau nicht sonderlich gehemmt wurde. In den dreißiger Jahren genoß die sächsische Presse sogar eine ziemlich große Freiheit, wenigstens bei der Besprechung der inneren sächsischen Angelegenheiten. Später wurde der Minister v. Lindenau etwas ängstlicher, und nach seinem Rücktritt 1843 begann dann auch in Sachsen ein strengeres Preßregiment.*) Eine ordentliche gesetzmäßige Regelung der Preßverhältnisse erfolgte aber nicht, so angelegentlich der Landtag auch danach verlangte; nach wie vor war die Tagespresse von dem Gutbefinden der Regierenden abhängig.**) Die Zensur übten

---

*) Karl Biedermann, Mein Leben. Breslau 1886—87, Bd. I, S. 115 ff.

**) In besonders geistreicher und schlagender Weise legte der Verlagsbuchhändler Salomon Hirzel in einer Petition der Buchhändler an die zweite sächsische Ständekammer 1843 die Notwendigkeit der Zensurfreiheit dar.

jedoch nicht unmittelbare Staatsbeamte aus, sondern sie war mehr oder weniger unabhängigen Männern anvertraut, in Leipzig meist Professoren, in den kleineren Städten Gemeindebeamten, Schulrektoren oder dergl. Bei diesen Männern kam dann nicht selten bei der Ausübung ihres Zensoramtes entweder ein gewisses Gefühl der Scham, oder auch die bekannte sächsische Gutmütigkeit mit ihrer Amtspflicht in Widerstreit. Karl Biedermann berichtet darüber manches Drollige. Als er die Zeitschrift „Der Herold" herausgab, war der Professor und Doktor der Medizin Neubert in Leipzig Zensor. „Er war ein äußerst gutmütiger Mann", erzählt Biedermann, „der nur mit schwerem Herzen den Rotstift handhabte. Da geschah es denn wohl, daß, wenn er mir einen Artikel durch Zensurstriche verstümmelt hatte, ich persönlich zu ihm ging und ihn um Gnade für meine von ihm zum Tode verurteilten Geisteskinder bat. Dann setzten wir uns zusammen und er half mir überlegen, wie das von ihm Gestrichene dem gleichen Sinne nach, nur in unverfänglicherer, von ihm nicht zu beanstandender Form dennoch gesagt werden könne, und gewöhnlich fanden wir einen solchen Ausweg."

Doch war eine solche gemütliche Beratung nur bei Zeitschriften möglich, bei Zeitungen, die schnell herausgegeben werden müssen und die brennenden Fragen auch energischer zu behandeln haben, mußte dann auch der Rotstift des Zensors resoluter geführt werden. Das hatte besonders die neue Zeitung zu verspüren, die seit dem Herbst 1837 in Leipzig erschien, die von der Firma F. A. Brockhaus ins Leben gerufene „Leipziger Allgemeine Zeitung".

Die „Leipziger Allgemeine Zeitung" wurde in der Absicht gegründet, den bürgerlichen Freiheitswünschen in Norddeutschland, besonders aber in Preußen, einen lebhafteren und nachdrücklicheren Ausdruck zu geben. Mit Hülfe der neuen Eisenbahnen konnte sie binnen wenigen Stunden in die benachbarten Provinzen und vor allem nach Berlin gebracht werden, vermochte also hier stets intensiv zu wirken. Die ausgesprochene Tendenz der Zeitung war, den Gedanken der Einheit Deutschlands zu einer Tatsache bilden zu helfen und dabei eine Annäherung der konstitutionellen deutschen Staaten an das diesen seit langer Zeit

entfremdete Preußen zu erleichtern und zu beschleunigen, ferner „dem frischen, kräftigen, gesunden organischen Leben des Volkes seine Rechte zu erkämpfen und zu sichern,“ also „für Freiheit und Öffentlichkeit in allen Sphären des Staatsleben in die Schranken zu treten, für Handelsfreiheit, Glaubens-, Denk- und Lehrfreiheit, für Preßfreiheit, für Öffentlichkeit des gerichtlichen Verfahrens und überhaupt für die Erwerbung und Sicherheit eines allgemeinen, alle Verhältnisse des materiellen wie des intellektuellen Eigentums umfassenden und von den verschiedenen Staaten einander gegenseitig verbürgten Rechtszustandes im gesamten Vaterlande.“*)

Sie erschien vom 1. Oktober 1837 ab, und zwar täglich und kostete im Jahresabonnement zunächst 10 Taler, von 1839 bis 1851 8 Taler, von 1852 bis 1860 6 Taler und dann wieder bis zu ihrem am Schluß des Jahres 1879 erfolgten Hinscheiden 8 Taler.

Ihr erster Redakteur war Wilhelm Adolf Lindau (geb. 1774, gest. 1849), ein Mann von reichem Wissen und praktischem Geschick, der aber doch nicht die nötige Frische für ein energisch kämpfendes Blatt besaß und daher bereits 1839 von seinem Posten zurücktrat. Ihm folgten D. H. Thoschesky und Dr. Hermann Franck, die ebenfalls nur für das Programm einzutreten wagten, worauf im Herbst 1842 Dr. Gustav Julius (geb. 1810, gest. 1851) die Zügel der Redaktion ergriff und nun mit einem gewissen Ungestüm vorwärts ging. Sehr schnell machte er das Blatt zum Hauptorgane der politischen Unzufriedenheit und der bürgerlichen Freiheitswünsche in Preußen und zum Kampfblatt gegen den Ultramontanismus und Jesuitismus. Dadurch erwarb es sich rasch einen großen Leserkreis und war auf dem besten Wege, eine Macht in Preußen, ja in ganz Deutschland zu werden. Die deutschen Regierungen traten dem jedoch sehr bald entgegen. Bayern verbot das Blatt kurzerhand, und Preußen beschloß ebenfalls, gegen die Zeitung vorzugehen, doch wartete es noch auf einen durchaus einwandsfreien Grund. Dieser fand sich aber in

---

*) G. Julius, Verteidigung der Leipziger Allgemeinen Zeitung. Braunschweig 1843.

kurzer Zeit. Georg Herwegh, der bekannte Freiheitssänger, war im Berlin von Friedrich Wilhelm IV. empfangen worden, und dieser hatte beim Abschiede zu dem Dichter gesagt: „Wir wollen ehrliche Feinde sein!" Bald nachher aber hatte das preußische Ministerium Herwegh die Erlaubnis zur Herausgabe einer Zeitschrift verweigert und darauf der Dichter einen Brief an den König gerichtet, in welchem er diesen mit Vorwürfen überhäufte und bedeutete, daß er in einem solchen Vorgehen keine „ehrliche" Feindschaft erblicken könne. Friedrich Wilhelm IV. wußte wohl anfangs nicht recht, wie er sich diesem unüberlegten Briefe gegenüber verhalten sollte, und würde ihn vielleicht mit Stillschweigen übergangen haben. Aber da erschien am 24. Dezember 1842 ein Auszug aus dem Schreiben Herweghs in der „Leipziger Allgemeinen Zeitung" (wie es später hieß ohne Wissen und Willen Herweghs), und diese grobe Taktlosigkeit benutzten nun die dem preußischen Zensurwesen vorgesetzten Minister Eichhorn, von Bülow und von Arnim, das Verbot der Zeitung beim Könige zu beantragen. Dabei trugen sie in der Begründung ihres Antrags die Farben ziemlich dick auf. „Mit jedem Tage vervielfältigen sich die falschen oder entstellenden Notizen," klagten sie. „Die Redaktion trug keine Scheu, Aufsätze aufzunehmen, welche, wie ihr nicht entgehen konnte, nur Untreue oder Verrat ihr überlieferten. Um der Lüge durch die Wahrheit, dem Mißverständnis durch Belehrung entgegenzuwirken, wäre nicht anderes übrig geblieben, als jeden Artikel über Preußen und preußische Zustände, deren die Redaktion täglich mehrere in ihre Zeitung aufnahm, einen berichtigenden oder belehrenden Artikel entgegenzustellen und so gewissermaßen eine besondere Redaktion bei der Widerlegung dieser Zeitung zu gründen. Die ‚Leipziger Allgemeine Zeitung' ist sonach gegenwärtig eine Niederlage von Lügen, Entstellungen, böswilligen Angriffen über oder gegen Preußen, seine Einrichtungen, seine Verwaltungen, seine Beamten, nicht nur im einzelnen, sondern in ihrer Gesamtheit. Ihre diesfälligen Artikel sind nicht mehr einzelne zufällige Erscheinungen; eine unverkennbare Tendenz zieht sich durch dieselben hindurch, indem mit ihrer Masse zugleich ihre Gehässigkeit zunimmt ꝛc." Auf diesen Antrag hin erfolgte

eine Kabinettsordre vom 28. Dezember 1842, welche die „Leipziger Allgemeine Zeitung“ bis auf Weiteres in Preußen unbedingt verbot, so daß sie weder eingeführt, ausgegeben, feilgeboten oder sonst verbreitet, noch auch — und dies war gegen die bisherige Postordnung — durch die preußischen Staaten mittelst der Post befördert werden durfte.

Sofort tat der Verleger Brockhaus alles mögliche, sein Blatt vor dem völligen Untergange zu retten, reiste selbst nach Berlin um dort an geeigneter Stelle vorstellig zu werden, änderte den Titel in „Deutsche Allgemeine Zeitung“, entließ den Dr. Gustav Julius und übergab die Redaktion dem konservativen Professor der Staatswissenschaft und Zensor Friedrich Bülau (geb. 1805, gest. 1859), der das Blatt dann bis zum 1. Juli 1848 leitete. Unter Bülau wurde natürlich der Ton des Blattes ein durchaus anderer; ein Tadel der preußischen Regierung war nicht mehr zu spüren, es begann sogar eine widerwärtige Lobhudelei aller auch der geringsten Anordnungen für die preußische Verwaltung, und nach diesem Gesinnungswechsel erfolgte denn auch am 28. Juni 1843 wieder die Zulassung in Preußen; die Auflage war aber mittlerweile von 3000 auf 700 Exemplare gesunken und stieg auch nicht wieder nennenswert, als dem Blatte das Debitsterrain in Preußen aufs neue geöffnet war. Auch die Aufhebung des bayrischen Verbots 1844 trug nicht nennenswert zur Besserung der Lage der Zeitung bei. Sie hat sich nie wieder von jenem Schlage im Dezember 1842 erholen können. „Weder kalt noch warm“, sagt ein Zeitgenosse jener Jahre achselzuckend, „ist die politische Detailkrämerei das einzige Gebiet, auf dem sie einige Originalität bewahrt hat.“*)

Unterdessen erschien die offizielle „Leipziger Zeitung“ (vergl. S. 123) in alt gewohnter Weise. Der Pächter Gries-hammer fuhr fort, das Institut auszunutzen, so viel er konnte, und dabei ging die Zeitung immer mehr zurück. Wie ungenügend die Redaktion geführt wurde, mag nur das eine Beispiel zeigen.

---

*) E. C., Die polit. Tagespresse Deutschlands (Biedermanns Deutsche Monatsschrift. Leipzig 1844, Maiheft).

daß die Abdankung Karls X., die am 2. August erfolgte, erst in der Nummer vom 9. August gemeldet wurde.

Diese mangelhafte Verwaltung veranlaßte die sächsische Regierung schließlich, die Zeitung in unmittelbare fiskalische Verwaltung zu nehmen, den Redakteur mit entsprechenden Instruktionen selbst anzustellen und die Verwaltung der Zeitung und die Oberaufsicht über die Redaktion dem Oberpostamt in Leipzig zu überweisen. Die Zeitungsspedition wurde dabei von der Verwaltung der „Leipziger Zeitung" getrennt und als selbständige Königliche Zeitungsexpedition ausgebildet. Betreffs der Redaktion wurde schließlich im einzelnen bestimmt, daß ein größerer Kreis von Mitarbeitern angeworben und auch ein regelmäßiger Zufluß von amtlichen Mitteilungen aus dem Geheimen Kabinett in Dresden angebahnt werden solle. Als leitenden Redakteur ernannte sodann die Regierung unter Befreiung von der Zensur für den Inhalt der Zeitung bei seiner eigenen diesfallsigen Verantwortlichkeit den Professor an der Leipziger Universität Dr. Chr. Aug. Hasse (den wir schon in seinen Beziehungen zu Brockhaus S. 20 kennengelernt haben) mit einem Gehalte von 900 Talern, als zweiten Redakteur Dr. C. Ch. C. Gretschel (nicht zu verwechseln mit Dr. J. C. Gretschel, der von 1820 bis 1830 die Redaktion besorgte). Den Druck erhielt B. G. Teubner in Leipzig.

Mit dem 1. Januar 1831 begann diese neue Ära für die Zeitung; aber so augenfällig auch die Verbesserungen und der reichere Inhalt waren, der erhoffte Aufschwung trat nur zögernd ein. Im Jahre 1831 blieb die Auflage auf der bisherigen Höhe von 3900 Exemplaren und ging sogar 1835 bis auf 3800 Exemplare zurück. Erst von 1836 ab stieg die Auflage langsam, jedoch bis 1848 nur um etwa 1000 Exemplare. Hierfür kann aber nicht die Redaktion verantwortlich gemacht werden, die durchaus tüchtig und rührig war; das Haupthindernis an dem Emporkommen des Blattes lag vielmehr in der unbedingten Abhängigkeit, in welcher die Redaktion in allen Geldangelegenheiten von der Zeitungsexpedition, resp. dem Oberpostamt, stand. Sie hatte, wie ihr Historiograph Witzleben berichtet, nicht das geringste

Dispositionsquantum zur Verfügung und mußte sich für jeden auch noch so unbedeutenden Zweck vorerst der Genehmhaltung des Oberpostamts sichern. Der Vorstand dieser Behörde aber, der damalige Oberpostamtsdirektor v. Hüttner, ließ sich bei Beurteilung derartiger Ausgaben vorzugsweise von finanziellen Rücksichten leiten; ihm kam es darauf an, den Ertrag des Zeitungsinstitutes tunlichst rasch zu steigern, und er war daher folgegerecht allen Ausgaben abgeneigt, die keine sofort erkennbare, unmittelbare Ertragssteigerung zur Folge hatten. Der letztere Nachweis aber wird sich mit Evidenz nur selten bei Ausgaben führen lassen, welche im Interesse der inneren Hebung einer Zeitung gemacht werden; die Redaktion hatte daher viele Abweisungen zu erfahren und die frische Regsamkeit wich nach und nach abermals einer Stagnation, die um so fühlbarer wurde, je mehr die „Deutsche Allgemeine Zeitung" an Bedeutung gewann. Infolgedessen legte Professor Hasse mißmutig im Sommer 1846 die Redaktion nieder, und Dr. Gretschel übernahm die Leitung. Unter dessen angelegentlichen Bemühungen nahm die Zeitung abermals einen Anlauf zum Bessern; sie brachte fortan Leitartikel, eine Sonntagsausgabe und zeigte auch die Anfänge zum Feuilleton. Leider sollte Dr. Gretschel der Zeitung jedoch nur noch kurze Zeit dienen: er wurde durch den Ausbruch der Februarrevolution so erregt und erschüttert, daß er am 14. März 1848 den übergroßen geistigen und körperlichen Anstrengungen, die er sich zumutete, erlag. Dadurch erlitt die Zeitung einen großen Verlust, denn sie entbehrte nun in der ereignisvollen Periode, die jetzt anbrach, des umsichtigen und erfahrenen Führers.

Zu diesen beiden größeren Zeitungen Sachsens gesellten sich unter dem milderen Regimente v. Lindenaus noch allerlei kleinere Leipziger Blätter, zunächst die „Biene", die aber so leidenschaftlich stach, daß ihr schon 1833 der Garaus gemacht wurde, dann die „Sachsen-Zeitung", die ebenfalls mit großem Freimut der fortschrittlichen Richtung huldigte und darum gleichfalls nach kurzem Bestehen der Ungunst der Umstände erlag, weiterhin die „Sächsischen Vaterlandsblätter", die besonders für eine liberale Verfassung kämpften und für verfolgte Patrioten eintraten.

für den Marburger Professor Sylvester Jordan und den [u]nglücklichen Pfarrer Weidig. Ein Aufsatz über diesen erschien [sp]äter in besonderem Abdruck und wurde in 10000 Exemplaren [ab]gelegt. Der geistige Leiter der „Vaterlandsblätter" war Robert [Bl]um. Von den Mitarbeitern der „Volksblätter" ist beson[der]s Johannes Ronge zu nennen, der 1843 in diesen einen Auf[satz] „Rom und das Breslauer Domkapitel" veröffentlichte, welcher [sein]e Suspendirung vom Amte nach sich zog, und dann weiterhin [18]44 jenen „Offenen Brief" an den Bischof Arnoldi (datiert vom [1.] Oktober, veröffentlicht am 15.), worin er gegen das Trierer [„G]ötzenfest" protestierte. Dieser Brief hatte dann Ronges Ex[kom]munikation zur Folge und gab den Hauptanstoß zur Grün[du]ng der deutschkatholischen Kirche. Bei preußischen Angelegen[he]iten hielten sich die „Vaterlandsblätter" bisweilen etwas sehr [zu]rück, und dann schrieb die öffentliche Meinung in Sachsen dies [dem] erhalten preußischem Einflusse zu. Einen etwas größeren Anlauf [na]hm der „General-Anzeiger für Deutschland", redigiert [vo]n dem durch verschiedene historische Arbeiten bekannten Dr. [R]amshorn. Das Blatt erschien wöchentlich in Folio und gab [si]ch etwas vornehm. Jede Nummer begann mit einem Geschichts[ka]lender, brachte eine Rundschau über die Tagesgeschichte und ein [b]elletristisches Feuilleton. Im übrigen suchte es möglichst viel [I]nserate heranzuziehen. Doch hatte es keinen längeren Bestand. [L]angsam aber stetig entwickelte sich das „Leipziger Tageblatt", [d]as in den vierziger Jahren eine Auflage von 2000 Exemplaren [h]atte.

Durchaus einer Residenz unwürdig blieb nach wie vor die [p]ublizistische Literatur Dresdens. Dies besaß auch in diesen politisch so bewegten Dezennien noch kein eigentliches politisches Organ.

In Grimma gab Dr. Ferdinand Philippi eine „Konstitutionelle Staatsbürgerzeitung" heraus, die mit vieler Wärme für die deutschen Angelegenheiten eintrat und durch ein auch besonders abgedrucktes „Sendschreiben eines sächsischen Juristen an den preußischen Justizminister Mühler" über das von diesem erlassene Verbot des Besuchs der Mainzer Advokatenver-

sammlung weit über Sachsens Grenzen hinaus Aufsehen erregte In den religiösen Fragen war sie den „Vaterlandsblättern" nich entschieden genug, worauf sie erwiderte: „Das protestantisch-kon stitutionelle Deutschland hat noch andere Heiligtümer zu wahre und noch eine andere Oriflamme zu entfalten, als den Ronge schen Brief und das Glaubensbekenntnis von Breslau un Schneidemühl; es ist ein Ärgernis und eine Torheit zugleich wenn die bessern Organe der deutschen Presse mit einem Bret vor dem Kopf, wie blind, immer nur gegen Rom anrennen während der schlimmere Feind und Bundesgenosse der Finsternis i und unter uns seine Fäden weist und Geist und Herzen umspinnt." Der Öttingersche „Charivari" bemerkte hierzu, indem er diese Ent gegnung wiedergab: „Auch uns scheint es hohe Zeit zu sein, di Organe der deutschen Presse an wichtigere Fragen zu erinnern. De ewige Konfessionsstreit, das ewige Lied von Ronge und Czersk wird nachgerade unerträglich." Er hatte keine Ahnung, das dieser Kampf dreißig Jahre später noch in ganz anderer Weis entbrennen sollte.

Ein zweites Blatt, das Philippi noch herausgab, die „Ameise" widmete sich nur der Besprechung der innern Angelegenheite Sachsens und brachte Vorschläge, Wünsche und Beschwerden übe lokale und allgemeine Übelstände vor, größtenteils von Beteiligte selbst, worauf dann meistens Abhülfe erfolgte. Dadurch gewann das Blatt einen ziemlichen Einfluß; auch war es lange Zeit da einzige seiner Art. Später strebte der Abgeordnete Todt in den „Adorfer Wochenblatt" etwas ähnliches an.

---

4. Die westdeutsche Presse. Die Frankfurter Zeitungen. Ihre Situation de 39 deutschen Regierungen gegenüber. Die „Ober-Postamtszeitung". Ih Redakteur Hofrat Berly. Seine Ansichten über die Haltung einer Zeitung Sein Nachfolger von Röder. Otto Müller, der Redakteur des „Konversa tionsblattes". Zensurnöte. Das „Frankf. Journal". Vertritt liberale Ten denzen. Hält zu Ronge und wird darum öffentlich verbrannt. Das „Journa

Francfort". Seine Schwärmerei für Rußland. Das „Intelligenzblatt". offenbart sich in ihm der derb-drollige Volkscharakter. Die Zeitungen im ßherzogtum Hessen und in Nassau. Die Lage in Baden. Das politische n dort. Karl von Rotteck, K. Th. Welcker, A. v. Itzstein, Karl Mathy Gervinus. Der Kampf gegen die Zensur. Mathys Rede für die Preßeit. Die badischen Zeitungen. Die „Deutsche Zeitung" von Gervinus. Bedeutung. Gustav Freytag über sie. Ihre Haltung. Ihre Mängel Schwächen. Ihr Ende. Gesamturteil über die badische Presse der 40er Jahre.

Für Süddeutschland blieb Frankfurt am Main auch in dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts ein uptstützpunkt des Zeitungswesens. Die drei Zeitungen, die ber-Postamtszeitung", das „Frankfurter Journal" und das ournal de Francfort", gewannen sogar etwas an Bedeutung d Verbreitung, wenn sie auch ganz eben so, wie alle anderen utschen Blätter, unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden tten. Der Mangel an Verständnis für eine freie Presse ging bei in Frankfurt sogar so weit, daß selbst die Bürgerkreise der adt eine höchst befangene Ansicht von dem Rechte der öffentlchen Meinung hatten, und eine Anzahl Bürger, während im bechbarten Baden die dortige Kammer immer aufs Neue die reßfreiheit verlangte, den Senat anging, die Zensur noch weiter verschärfen. Ganz besonders drückend aber war die Aufsicht r 39 deutschen Regierungen, die durch ihre „Gesandten", die in oßen Dingen so wenig zu sagen hatten und darum um so mehr in inen Dingen ihren Einfluß geltend zu machen suchten, die rankfurter Presse mit Argusaugen beobachteten. Schrieb nun n Redakteur dem Gesandten der einen Regierung zu gefallen, ärgerte das den Gesandten einer anderen, und diese suchte dann, enn es irgend ging, eine Klage beim Senat anhängig zu machen. Der Senat aber schwebte beständig in Sorge, es mit irgend einer Regierung zu verderben, und schlug sofort, wenn es sich nur gend wie rechtfertigen ließ, auf den verklagten Redakteur. So h sich die Frankfurter Presse beständig gehemmt und mußte otgedrungen nach den verschiedensten Seiten hin Rücksicht nehmen. Ein Zeitgenosse urteilte daher: „Die Frankfurter Presse zeigt

äußerlich viel Devotion gegen sämtliche deutsche Regierungen."*) Immerhin wußte sie sich einige wichtige Vorzüge zu erwerben. Durch die günstige Lage Frankfurts und durch das beständig sich weiter ausbreitende Börsengeschäft gelang es der Frankfurter Presse, die Nachrichten aus Frankreich und Spanien früher zu erhalten als eine andere deutsche Zeitung, so daß man in Hamburg die Pariser Neuigkeiten meist schon übersetzt am Vormittage des fünften Tages nach dem betreffenden Ereignis und gleichzeitig mit der Ankunft der französischen Posten aus den Frankfurter Blättern entnehmen konnte. Was ihnen aber am nächsten lag, blieb von ihnen unberührt. Über die Tätigkeit der Deutschen Bundesversammlung in Frankfurt brachten sie nichts, was uns heute schier unglaublich erscheint.

An der Spitze der Frankfurter Zeitungen stand auch jetzt noch die „Ober-Postamtszeitung", und sie befestigte sich in diesem ersten Platze trotz der vielen Fesseln, die ihr auferlegt waren, im Lauf der Zeit noch ganz wesentlich, da sie das Glück hatte, nach und nach drei besonders tüchtige und geschickte Redakteure zu besitzen, den schon Seite 279 kurz erwähnten und charakterisierten Hofrat Berly und den Freiherrn von Röder für den politischen Teil und den Schriftsteller Otto Müller für das der Unterhaltung gewidmete „Frankfurter Konversationsblatt", das am 1. Januar 1833 eingeführt worden war und seit 1834 täglich erschien.

Der Hofrat Berly übernahm die Redaktion der „Ober-Postamtszeitung" im Jahre 1829 und zeichnete bis zu seinem am 9. Mai 1847 erfolgten Tode; doch war seit etwa 1842 in Wirklichkeit Dr. Ernst Frhr. v. Röder-Diersburg verantwortlich; Berly schrieb in den letzten Jahren nur noch den französischen und den englischen Artikel. Bis in sein hohes Alter hinauf bewahrte er sich eine außerordentliche Arbeitskraft. Gleich bei seinem Eintritt in die Redaktion der „Ober-Postamtszeitung" nahm er eine bessere Anordnung des Stoffes vor und führte auch sogenannte „Einleitungsartikel" ein. „Leitartikel" wollte er als

*) Deutschlands politische Zeitungen. Zürich 1842.

echter vormärzlicher Journalist diese Abhandlungen nicht genannt wissen, denn eine Zeitung habe nichts zu leiten, meinte er, und ein Redakteur müsse mehr danach trachten, die Kunst des Leidens zu erlernen, als die Kunst des Leitens. Nichts lag ihm denn auch ferner, als Ansichten bei dem Leser herauszubilden; er wollte nur über das Tatsächliche orientieren. „Zeitungsaufsätze", schrieb er noch kurz vor seinem Tode in einer Art von journalistischem Testament, „sollen nicht das Publikum oder gar die Regierungen und Staatsmänner belehren (d. h. ihnen eine Ansicht oder Meinung aufdrängen) wollen; unerbetener Rat nützt nichts und wird in der Regel abgelehnt." Und dann fügte er noch mit der Miene des Weisen hinzu: „Die öffentliche Aussprache einer Meinung ist immer ein Wagestück." Aber er ging noch weiter; er hielt es auch für unangebracht, daß eine Zeitung sich augenfällig als Regierungsblatt geriere. „Eine starke Regierung," sagte er einmal zu Riehl, „will gar nicht, daß sich eine Regierungspartei oder eine freiwillige Regierungspresse bilde. Die amtlichen Blätter in Berlin und Wien schweigen sich meisterhaft aus über die Politik ihrer Ministerien und verteidigen sie nur, wenn eigentlich gar nichts zu verteidigen ist. Warum sollten sie anders verfahren? Verteidigung setzt einen Angriff voraus, ja ein Recht des Angriffes, und reizt zu neuen Angriffen. Eine Regierung muß auch gar nicht merken lassen, daß sie angegriffen werden könne, am wenigsten von den eigenen Untertanen angegriffen. Unerbetene Freunde sind oft lästiger, als offene Feinde. Wirft sich ein Privatblatt zum Anwalt einer Regierung auf, so kann diese selbst das ihr gespendete Lob für eine so anmaßliche Hilfeleistung halten, wie wenn ich Rothschild hundert Gulden schenken wollte zur festeren Fundierung seiner Finanzen. Man lobt eine Regierung am besten, indem man sie niemals tadelt." In seiner langen Redaktionstätigkeit hat er dann in diesem Sinne mehr als 4000 solcher „Einleitungsartikel" geschrieben. Später, als Dr. v. Röder der neuen Zeit mehr Rechnung zu tragen suchte, durfte allerdings auch der wirkliche und echte Leitartikel nicht länger fehlen, allein er wurde mehr eingeschmuggelt als eingeführt. Der „Einleitungs-

artikel" Berlys blieb nämlich nach wie vor an der Spitze des Blattes, und den Leitartikel stellte man an den Schluß des politischen Teils, was freilich einen seltsamen Anblick gewährte. Bei der immer mehr zunehmenden Gärung im politischen Leben prickelte es dem alten Herrn aber denn doch bisweilen so heftig auf der Zunge, daß er seinen Grundsatz, keine Meinung zu äußern, zurückdrängte und etwas verblümt durch „Zitate anerkannter Autoritäten" seine Ansichten aussprach. Waren diese Zitate etwas dunkel und recht weit hergenommen, d. h. aus der Literatur einer fernen Zeit oder eines fremden Landes, so hielt er sie für besonders geeignet. Um seine Meinung über die Aufgabe der Journalistik im Jahre 1847 recht klar auszusprechen, führte er geheimnisvolle Sätze an, die Hamann, der Magus aus Norden, im Jahre 1764 in die „Königsberger Zeitung" geschrieben hatte! Als dann die politische Aufregung beständig wuchs und verschiedene Zeitungen Süddeutschlands durch die vielen fett gesetzten Schlagworte, die massenhaft verwendeten Gedankenstriche und Ausrufungszeichen ein geradezu „agitatorisches Gesicht" bekamen, so daß man ihnen schon von weitem den Charakter des „Wühlblattes" ansah, bemächtigte sich Berlys mehr und mehr eine tiefe Unruhe. Er besaß eine feine Witterung für politische Dinge und empfand offenbar, daß die Nation einer Katastrophe zutrieb; um so ängstlicher suchte er das Bestehende zu erhalten. Solche durchschossenen Worte, solch abgerissene, von Gedankenstrichen unterbrochene Perioden, meinte er, seien der Rede eines Mannes vergleichbar, der in atemloser Aufregung überlaute Rufe ausstoße, statt zu sprechen. Für eine gute Zeitung zieme sich dagegen der lange Atem eines wohldurchdachten Satzbaues und das mezza voce des Vortrages. Daß aber der Lärm der politischen Diskussion schließlich die mezza voce vollständig übertönen werde, sollte er nicht mehr erleben.*)

Dr. Ernst Frhr. v. Röder, der um 1842 die Leitung der „Ober-Postamtszeitung" übernahm, war 1813 zu Gießen geboren, studierte die Rechtswissenschaften und versuchte sich zu-

*) Riehl, Charakterköpfe, S. 86—98.

nächst als Privatdozent, trat aber wegen der damaligen höchst ungünstigen Aussichten bald von der akademischen Laufbahn zurück und ging 1841 zum höheren Postdienst bei der fürstlich Thurn- und Taxisschen Generaldirektion zu Frankfurt über. Dort machte er sich bald durch vorzügliche Leistungen bemerklich, so daß er schon nach Jahresfrist mit der Redaktion der „Ober-Postamtszeitung" betraut wurde. Hierzu befähigten ihn politische Einsicht und Takt ebensowohl, wie eine bedeutende allgemeine Bildung. Im Gegensatz zu Berly gehörte er einer maßvollen liberalen Richtung an, bewahrte die in der Jugend erwachte Begeisterung für die Wiedergeburt eines geeinigten Deutschlands im konstitutionellen Sinne auch als Mann und blickte mit unbestechlicher Gerechtigkeit in die verworrenen Zustände des vormärzlichen Vaterlandes. Seine Leitung des Blattes zeichnete sich denn auch durch tadellose Ehrenhaftigkeit aus. Zum Generaldirektionsrat erhoben, trat er von der Redaktion zurück und übernahm weiterhin die Oberleitung des Postwesens in den thüringischen Staaten mit dem Amtssitz in Eisenach, bis er 1866 infolge der Übernahme des Thurn- und Taxisschen Postregals von Seiten Preußens in den Ruhestand trat und nach Darmstadt übersiedelte, wo er 1880 starb.

Nur etwas über drei Jahre war Otto Müller bei der „Ober-Postamtszeitung" tätig, von 1845 bis Mitte 1848. Zu Schotten am Vogelsberg 1816 geboren, war er eine Zeitlang Bibliothekar der Darmstädter Hofbibliothek und hatte durch einige Erzählungen die Aufmerksamkeit auf sich gezogen, worauf an ihn die Aufforderung erging, die Redaktion des „Konversationsblattes" zu übernehmen, das in seinem Ansehen sehr gesunken war. Denn der bisherige Redakteur, ein Dr. Schuster, besaß wenig Talent für eine passende Zusammenstellung des Blattes und hatte schließlich 1844 noch das Unglück, mit einer Übersetzung des „ewigen Juden" von Eugen Sue einen argen Mißgriff zu tun. Der Roman erregte allgemeines Mißfallen, und schließlich wurde sogar das „Konversationsblatt" dieses Romans wegen in Österreich nicht mehr zugelassen. Bald nachher erklärte dann die Redaktion, daß von einem großen Teile des Lesepublikums die Fortsetzung

des „ewigen Judens“ nicht gewünscht werde, weshalb sich die Redaktion veranlaßt sehe, die Fortsetzung einzustellen. Darauf erhielt das Blatt wieder freien Eingang in Österreich. Otto Müller bot seinen Lesern alsbald seinen ersten Roman „Bürger, ein deutsches Dichterleben“, mit dem er sich auf das Vorteilhafteste einführte. Später wurde er bekanntlich einer unserer beliebtesten deutschen Erzähler. Nach vielseitiger schriftstellerischer Tätigkeit starb er 1894 zu Stuttgart.

Unter diesen drei tüchtigen Redakteuren hob sich die „Ober-Postamtszeitung“ mehr und mehr und erreichte gegen Ende der vierziger Jahre ihre Glanzzeit. Bereits wenige Jahre nach dem Eintritt Berlys in die Redaktion wurde der reichere Inhalt und die verständigere Haltung im Publikum angenehm empfunden. „Das Blatt zeichnete sich früher durch den einfältigen Hohn gegen alles aus, was die Interessen der Menschheit berührt,“ schreibt ein Schilderer der Frankfurter Kulturzustände der dreißiger Jahre.*) „Neuerdings tritt es aber doch dem allgemeinen Leben etwas näher .... Die ‚Frankfurt‘ überschriebenen Artikel (von Berly) sind, im leicht-eleganten Zeitungsstile gehalten, für den, welcher die Politik im Novellen-Gewande liebt, anziehend. Sie bieten eine gedrängte Übersicht über das Ausland, und der sie schreibt, versteht es, wenigstens einen unparteiischen Ton anzunehmen, wenn er auch im übrigen von dem Pfade nicht abspringen darf, der der „Ober-Postamtszeitung“ einmal gesetzt ist. Was das Inland betrifft, so muß die „Ober-Postamtszeitung“ sich freilich auch schon mit dem Ton in Acht nehmen; sie darf hier selbst anscheinend nicht der Gegenpartie Gerechtigkeit widerfahren lassen, obwohl solches jesuitisch-klüger sein würde. Da schweigt sie denn nun häufig und tobt nicht wie früher gegen alles, was konstitutionell heißt, wie ein einfältiges Schoßhündchen des Absolutismus. Die invidia, welche früher gegen diese Zeitung stattfand, ist somit geschwunden; sie ist wenigstens eben so kühl und frostig, wie alle deutsch-politischen Zeitungen unserer Zeit, aber sie ist nicht mehr das politische Fegefeuer, welches die Seelen passieren müssen.

---

*) Ed. Beurmann, Frankfurter Bilder. Mainz 1835, S. 149.

denen nach dem Lande gelüstet, wo der Servilismus das erste und letzte Lebens-Gebot ist."

Mit dem Eintritt des Dr. von Röder besserte sich dann auch noch die Haltung dem Inlande gegenüber. Die politischen Artikel dieses Teiles konnten sich sogar bis zu einer gewissen Wärme erheben und wagten selbst deutsch-nationale Ansichten zu vertreten. So verfocht das Blatt z. B. das deutsche Recht auf Schleswig-Holstein.

Dazwischen schlug die Zensur der Redaktion jedoch gelegentlich immer wieder einmal in den Nacken. Einen Fall, der heute fast unglaublich erscheint, erzählt Riehl. Im November 1846, schreibt er (Charakterköpfe S. 96), traf höchst überraschend die Nachricht ein, daß sich Österreich die Republik Krakau einverleibt habe. Die Tatsache stand amtlich berichtet im „Österreichischen Beobachter", dem Organe Metternichs. Als die Frankfurter Zeitungen diese amtliche Notiz einfach mitteilen wollten, strich sie der Zensor. Mehrere Tage vergingen, das Besitznahmepatent erschien, alle deutschen Blätter brachten die Nachricht, nur in Frankfurt durfte sie nicht gedruckt werden: man solle noch zuwarten. Auf Befragen nach dem Grunde dieser unglaublichen Maßregel erklärte endlich der Zensor: man wisse noch nicht, ob Frankreich Einsprache erhebe, ob England nicht zürne, vor allem aber müsse man erst von dem russischen Gesandten erfahren, wie sich Rußland zu dieser Einverleibung verhalte. Am Sitze des Bundestages habe die Zensur auch auf die auswärtige Diplomatie gebührende Rücksicht zu nehmen!

Nicht so hoch im Ansehen, wie die „Ober-Postamtszeitung", stand das von J. L. Heller redigierte „Frankfurter Journal", aber es erfreute sich, weil es, wenn auch natürlich nur in der bescheidensten Form, eine gewisse liberale Tendenz zur Schau trug, einer weit größeren Verbreitung. Es soll in den vierziger Jahren nach und nach eine Auflage bis zu 9000 Exemplaren erreicht haben; tatsächlich wurde es in ganz Südwestdeutschland gelesen. Freilich bekundete es, um sich diesen großen Leserkreis zu erhalten, nicht immer die nötige Charakterfestigkeit. So z. B. den Anmaßungen Hessens gegenüber. Es besaß im Großherzog-

tum Hessen viele Abonnenten und gewann infolgedessen dort auch einen gewissen Einfluß. Das war aber der Großherzoglichen Regierung nicht angenehm; sie übte daher einen Druck auf die Zeitung aus, und darauf gewährte das „Frankfurter Journal“ aus Ängstlichkeit, es könnte in Hessen verboten werden, den Artikeln liberaler Färbung aus dem Großherzogtume keine Aufnahme mehr. Aber man ging in Darmstadt auch noch weiter; man zwang das „Journal“ sogar, die hessischen Personalnachrichten nur nach den Bekanntmachungen des Großherzoglich Hessischen Regierungsblattes zu bringen, so daß manches Vorgehen gegen unliebsame Beamte nicht zur Sprache kam.*)

Immerhin blieb dem „Journal“ noch Gelegenheit genug, sich ein gewisses liberales Air zu geben. Zu Anfang der vierziger Jahre beutete es den Göler-Haberschen Skandal**) und das Auftreten der jüdischen Reformfreunde aus. Während es aber in der ersteren Angelegenheit sich, im Gegensatz zur „Kölnischen Zeitung“, für Göler gegen Haber erklärte, ja die Schuld dieses Neophyten den Juden zuzuwälzen keinen Anstand nahm, verteidigte es in der Angelegenheit der jüdischen Reformfreunde deren Sache mit leidenschaftlicher, nicht selten in einer in Verketzerung der Gegenpartei ausartenden Hitze. Als dann das Auftreten Ronges die Gemüter zu beschäftigen begann, nahm das Blatt entschieden für diesen Partei, und wohl um so eifriger, weil die „Ober-Postamtszeitung“ dieses Thema nicht berühren durfte, zum großen Mißbehagen der Redakteure, die alle drei Protestanten waren.

---

*) Karl Buchner, Die Presse der Presse. Stuttg. 1839.

**) Der Göler-Habersche Skandal, der sich von 1843 ab in Karlsruhe abspielte, begann mit einem Streit zwischen einem Herrn von Haber, Sohn eines Bankiers in Karlsruhe, früher in karlistischen Diensten, und einem Leutnant von Göler und zog nach und nach immer weitere Kreise, enthüllte eine tiefe Immoralität der vornehmen Welt und führte sogar zur Aufhetzung des Pöbels und zu Plünderungsszenen in Karlsruhe. „Als Hauptmotiv erblickte das Volk eine dem großherzoglichen Hause sehr nahestehende Frau, die uneingedenk ihrer Stellung die Funken des Hasses und der Rache schürte, bis sie in immer lichteren Flammen emporloderten.“ (E. Burckhardt, Allgem. Gesch. d. Jahre 1840—1846. Leipzig 1850, S. 154.)

Freilich fehlten denn auch die Angriffe auf das „Journal" nicht. Der Bischof Arnoldi von Trier tat das Blatt in den Bann und verbot seinen Diözesan-Angehörigen das Lesen des „Journals", und in Niederlahnstein wurde sogar 1845 ein Autodafé veranstaltet, bei dem die Gegner des Deutschkatholizismus das „Journal" zusammen mit einem Bildnisse Johannes Ronges öffentlich verbrannten. Zahmer gab sich das 1823 ins Leben gerufene von W. Wagner redigierte belletristische Beiblatt „Didaskalia", das den viel belächelten Nebentitel „Blätter für Geist, Gemüt und Publizität" führte. In der Mitte der vierziger Jahre ging der Witz durch die Blätter, daß in Peking, Hong-Kong und Canton seit der freien Einfuhr des Opiums die „Didaskalia" verboten worden sei — weil es sonst zu viel der Schlafmittel in China gäbe.

Mit dem seither so unbedeutenden „Journal de Francfort" ging zu Anfang der dreißiger Jahre ganz leise und unbemerkt eine seltsame Wandlung vor; es wurde nach und nach zum Sprachrohr der europäischen Diplomatie und außerdem auch der speziellen Wünsche und Forderungen Rußlands. Freilich, die europäische Diplomatie sagte öffentlich nicht viel, und darum brachte das „Journal de Francfort" auch nur dann und wann eine hochweise Bemerkung über die politische Weltlage; um so lauter sprach es von der europäischen Mission Rußlands und dem Heil, das besonders Deutschland widerfahren werde, sobald es sich ganz unter den Schutz des weißen Adlers stelle. Redakteur des „Journals de Francfort" war in den dreißiger Jahren ein Franzose Namens Durand, der sich wegen eines schmutzigen Verbrechens, das ihm die Tore des Zuchthauses geöffnet haben würde, außer Landes geflüchtet hatte, nun aber im sichern Frankfurt mit der ganzen Dreistigkeit eines gewissenlosen Menschen auftrat. Bei jeder Gelegenheit hatte er die Unverschämtheit, sich zum Repräsentanten Deutschlands aufzuwerfen und seine Urteile im Namen der öffentlichen Meinung abzugeben, eine Anmaßung, die ihm wiederholt empfindliche Zurechtweisungen zuzog. Nach der Aufhebung des Staatsgrundgesetzes von Hannover durch das unselige Patent vom 5. Juli 1837 übernahm er das

traurige Amt, den Schritt Ernst Augusts zu verteidigen. Außer ihm tat das nur noch, zur Ehre der deutschen Presse kann das festgestellt werden, das reaktionäre „Berliner politische Wochenblatt". Von Rußland soll Durand nicht unbeträchtliche Geldsummen erhalten haben. Im übrigen war er ein Mann von großer stilistischer Gewandtheit, der auch über Nichtiges in elegantem Tone zu plaudern vermochte. Nach dem Ablauf der Verjährungsfrist seines Verbrechens kehrte er nach Paris zurück und gründete dort im Auftrage Louis Napoleons das bonapartistische Blatt „La Colonne", das sich mit kaiserlichem Hochgefühl bis zu dem lächerlichsten Schwulste aufblies und Deutschland unter mannigfachem Hohne mit einer neuen Eroberung bedrohte, die diesmal nicht am Rhein stehen bleiben, sondern bis an den Schwarzwald gehen solle, da Flüsse allerdings keine natürlichen Grenzen und die Bewohner des badischen Rheinufers gleichen Stammes seien mit denen des Elsaß. Der Nachfolger Durands wurde zu Anfang der vierziger Jahre Dr. E. Beurmann, der die Richtung des Blattes beibehielt und nun ebenfalls, obgleich früher Liberaler und Jungdeutscher, ein „Verfechter der kosakischen Zivilisation" wurde. Bitter äußerte sich daher ein Zeitgenosse über das Blatt: „Ein Journal, das sich zum Vertreter eines ausländischen Despotismus aufwirft, hat die Achtung der Nation verscherzt und tut wohl daran, französisch zu sprechen." *)

Schließlich sei bei den Frankfurter Zeitungen auch des „Intelligenz-Blattes" wieder einmal gedacht (vergl. Bd. I 135, Bd. II 117), das sich in den in Rede stehenden Jahrzehnten sehr wesentlich hob. Vom 1. Januar 1829 ab wurde, laut Beschlusses des Senates, das vor elf Jahren gegründete Amtsblatt mit dem „Intelligenz-Blatt" verbunden und Druck und Verlag der beiden Blätter dem Handelsmann Markus Johann Nebbien und den sechs Kindern des preußischen Offiziers Ernst Daniel Holtzwart

*) Deutschlands politische Presse. Zürich 1842. — Einige andere Angaben in betreff Durands stützen sich auf den Artikel „Das deutsche Zeitungswesen während der letzten einundzwanzig Jahre" in der Zeitschrift „Germania", Leipzig 1852.

überlassen. Laut Vertrag hatte es zweimal wöchentlich und zur Meßzeit dreimal in Quart zum Jahresabonnement von 3 Gulden zu erscheinen. Die Inhaber des Privilegiums waren dabei gehalten, alle amtlichen Bekanntmachungen unentgeltlich einzurücken, 30 Kreuzer Stempelgebühren für jedes Exemplar zu zahlen, ferner noch 1500 Gulden an das Rechneiamt zu entrichten und 46 Freiexemplare an den Rat der Stadt zu liefern. Später, nach Rebbiens Tode (von 1839 ab), wurde dem ältesten Sohne Holtzwarts, Johann Gottlieb Holtzwart, das Privilegium gegen die erhöhte Abgabe von 3000 Gulden zugesprochen, zugleich mit der Verpflichtung, das Blatt jetzt dreimal wöchentlich herauszugeben. 1848 erlosch das Privilegium und wurde nicht wieder erneuert; es erschien nun ohne das Privilegium weiter.*) Von jeher bildete das „Intelligenz-Blatt“ eine besonders beliebte Lektüre bei jung und alt in Frankfurt und es offenbarte sich daher oft genug in ihm der ganze warmblütige und derb-drollige Volkscharakter der Mainstadt in der naivsten Weise. Es war gleichsam der gedruckte Marktplatz des praktischen Lebens. Um einige Stichproben von der Ausdrucksweise und der ganzen Art dieser Inserate zu geben, seien aus den dreißiger Jahren die folgenden mitgeteilt:

Mit überströmendem Herzen veröffentlicht August Klingenspor folgende Danksagung:

„Unter den vielen Zuschauern, die sich bei Gelegenheit des gestern abend den 16. hujus in meinem Keller ausgebrochenen Feuers vor meinem Hause versammelten, waren viele, die durch Rat mich unterstützen wollten, wofür ich ihnen herzlich danke. Erfreuend und gefühlserhebend muß es aber für einen Mann sein, wenn er bei solcher Gelegenheit unter seinen Mitbürgern Menschenfreunde findet, die ihn durch Handlung und Tat unterstützen und ihm durch tätige Mithülfe den besten Rat geben. Auch ich fand dieser Edlen viele, die mit eigener Hand Mist, das einzige Löschungsmittel für diese Gelegenheit, beitrugen. Meine

*) Alexander Dietz, Das Intelligenz-Blatt, Frankfurter Frage- und Anzeigungs-Nachrichten, 1722—1900. Frankfurt a. M. 1900, und E. Beurmann, Frankfurter Bilder, Mainz 1838, S. 36.

Feder ist zu schwach, um ihnen die Gefühle meines Dankes ausdrücken zu können, aber in meinem Innern werden stets die Namen dieser Edeln mit unauslöschlichen Zügen aufbewahrt bleiben."

Ein gekränkter Seifensieder Bettenhäuser macht bekannt:

„Ich widerspreche hiermit dem ausgestreuten Gerüchte, als hätte ich russische Lichter und Talg zum Verkauf, sondern meine gegossenen Lichter sind vom Fett der hiesigen Metzger, welche hell brennen und nicht ablaufen, das Pfund zu 26 Kr., wie auch zentnerweise zu den billigsten Preisen."

Ein Kaufmann C. Stein war sich offenbar der schreienden Grausamkeit gar nicht bewußt, als er „lebendig gerupfte Bauernfedern, mit Flaumen" offerierte.

„Ja, gewiß", ruft darum Beurmann in seinen „Frankfurter Bildern aus, „das ‚Intelligenz-Blatt' führt seinen Namen mit Recht. Die Zeitung ist ein Spiegel des menschlichen Lebens, wie es sich unter Heringen und Dankbarkeit, unter Äpfelwein und Liebe, unter Limburger Käse und geistiger Bildung beständig umhertreibt."

Recht kümmerlich sah es mit dem Zeitungswesen im Großherzogtum Hessen aus. Das politische Leben vermochte dort in der Presse nicht zum Ausdruck zu gelangen, weil sich die Regierung beständig im Kampfe mit den Liberalen befand und alle politischen Erörterungen in den Zeitungen zu unterdrücken wußte. Der Ministerpräsident Du Bois Freiherr du Thil und weiterhin der Kanzler von Linde waren hier die Persönlichkeiten, die die starr-aristokratischen Tendenzen und die unnachsichtliche Strenge gegen jede freisinnige Bewegung der Presse zur Geltung brachten. Alles, was im Großherzogtum erschien, stand unter der Beaufsichtigung einer strengen Zensur; auch Druckwerke über 20 Bogen, welche innere Verhältnisse des Landes besprachen, wurden, wenn sie im Sinne der Opposition abgefaßt waren, einfach unterdrückt. Die Vorsicht ging sogar so weit, daß Zeitschriften schon nicht konzessioniert wurden, weil sie vielleicht von Politik sprechen könnten, wie sich das 1834 bei dem Hofgerichtsadvokaten Bopp in Darmstadt ereignete, der eine „deutsche Rechtszeitung" heraus-

geben wollte. Selbst die Konzession von Zeitschriften, welche durchaus nicht politischer Natur waren, wurde nur unter Vorbehalt des Widerrufs erteilt. Die Zensurgeschäfte besorgten meist subalterne Polizeibeamte als Nebengeschäft; inhaltreichere Manuskripte wurden jedoch im Ministerium geprüft, blieben aber dort oft Jahre lang unerledigt liegen.

In der Landeshauptstadt Darmstadt war nach wie vor die 1777 gegründete „Großherzoglich Hessische Zeitung“ das Hauptorgan (vergl. Bd. I, S. 163). Als Eigentum der Invalidenanstalt des Landes, war sie so reichlich mit Privilegien ausgestattet, daß das „Darmstädter Tageblatt“, schon 1738 gegründet, nur kümmerlich neben ihr bestehen konnte. Als Redakteur fungierte seit 1833 der Obereinnehmer Papst, der früher liberal gewesen und noch 1830 für die Juli-Revolution geschwärmt hatte, sich nun aber mit großer Breitspurigkeit im reaktionären Fahrwasser bewegte. Unter der dominierenden Stellung der „Großherzoglich Hessischen Zeitung“ litt auch die „Mainzer Zeitung“, die mehr und mehr herab ging, obgleich sie sich auch fernerhin bemühte, gute übersichtliche Artikel über Politik und Handel zu liefern. Die „Wormser Zeitung“, gegründet 1776, blieb unter den obwaltenden ungünstigen Verhältnissen auch fernerhin nur ein unbedeutendes Lokalblatt.

Vollständig unerschütterlich verharrte auch die Regierung von Nassau in ihrer Abneigung gegen alles Zeitungswesen. Jedem Begehr nach einer Konzession stellte sie ein scharfes Nein entgegen, und so mußte denn Dräxler-Manfreds harmlose Badezeitung, „Der Kursaal“, der für Wiesbaden erschien, in Mainz gedruckt werden!

Ein außerordentlich reges politisches Leben und damit ein wesentlicher Aufschwung des Zeitungswesens entwickelte sich von 1830 ab in dem bisher so stillen Baden. Empfänglich für die politischen Ideen der Zeit war man in Baden von jeher gewesen, aber unter dem Großherzog Ludwig und den Ministern von Berstett und von Berkheim war alles niedergedrückt worden, was nach einer politischen Äußerung aussah. Mit dem Jahre 1830 änderte sich das. Am 30. März 1830 gelangte der Großherzog

Leopold zur Regierung, der eine Schwenkung zum Liberalismus machte und darum vom Volke alsbald den Beinamen „der Bürgerfreundliche“ erhielt; dann stürzte von der Mitte des Sommers ab die Flut der politischen Ideen, die durch die Julirevolution entfesselt worden war, über das badische Land, und zu alledem trat eine ganze Anzahl hochbegabter Männer ins öffentliche Leben, die den Wünschen des Volkes eine bestimmte Richtung gab und den geeigneten Ausdruck verlieh, Rotteck, Welcker und Itzstein, die zwar schon in den zwanziger Jahren Hauptstützen der liberalen Partei gewesen waren, aber jetzt erst eine umfassende Wirksamkeit entfalten konnten, ferner Mittermaier, Duttlinger, Knapp, Mathy, Gervinus und noch mancher andere.

Karl von Rotteck (geb. 18. Juli 1775, gest. 26. November 1840) erwarb sich den glänzendsten Namen. In ganz Deutschland wurde er gefeiert als der Verfasser einer „Weltgeschichte“, die das Evangelium des gesamten gebildeten Mittelstandes war, und in seiner engeren Heimat Baden verehrte man ihn als den edelsten Verteidiger der idealen Güter. Seine Weltanschauung entwickelte Rotteck u. a. in seinem „Lehrbuche des Vernunftrechts und der Staatswissenschaft“, das 1829 erschien, und wo er sagte: „Die Idee, welche unser Zeitalter bewegt, ist die Frucht der angebrochenen Verstandesreife, der beginnenden Mündigkeit der Völker .... Diese Idee ist die des Rechts, nämlich des Vernunftrechts, welche die gebildete Menschheit laut fordert.“ Hierfür zu wirken, erschien ihm als sein wahrer Lebensberuf. „Freiheit und Recht“, schrieb er weiterhin, „sind die Losungsworte der heutigen Zeit, sie können nur siegen durch Vereinigung der Gemüter für sie durch die öffentliche Meinung. Darum soll jeder die hohen Losungsworte treuliebend mit aller ihm möglichen Kraft verkündigen.“

Unsere heutige, historisch geschultere Auffassung der staatlichen Dinge mag weit über diese naturrechtlichen Vorstellungen Rottecks hinausgeschritten sein; aber dieses Naturrecht hat doch zuerst in Deutschland der Überzeugung Bahn gebrochen, daß der Einzelne ein Recht hat gegenüber der Staatsgewalt, und wie viel auch von der liberalen Weltanschauung, die durch Rottecks „Welt-

geschichte“ und das Rotteck- und Welckersche Staatslexikon in Deutschland verbreitet wurde, später auch der Berichtigung bedurfte — aus jener Anschauung ist doch die heutige konstitutionelle Staatsverfassung in Deutschland hervorgegangen. Deshalb betont denn auch der Breslauer Historiker Richard Röpell in einer Rektoratsrede über Karl von Rotteck, in welcher er diesen gegenüber der Treitschkeschen herabsetzenden Beurteilung in Schutz nimmt*), daß der Grundgedanke des Naturrechts es war, welchem die Lehre von den angeborenen, unantastbaren Menschenrechten entsprungen sei. „Ihr verdanken wir, was heute in unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung niemand mehr missen möchte: die Anerkennung der persönlichen Freiheit jedes Menschen, die Anerkennung der Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Summe aller der Rechte, welche uns unter dem Namen der sogenannten Grundrechte verfassungsmäßig garantiert sind.“ Und anschließend hieran weist auch Röpell darauf hin, daß „nicht Preußens Zucht und Macht allein, sondern auch der Süddeutschen langer Kampf für die Idee verfassungsmäßiger Freiheit und nationaler Einheit uns an die Ziele gebracht hat, an welchen wir heute stehen.“

In die Anerkennung der persönlichen Freiheit schloß Rotteck aber vor allem auch die Anerkennung des freien Worts, der Preßfreiheit ein.

Unmittelbar neben Rotteck stand Karl Theodor Welcker (geb. 29. März 1799, gest. 10. März 1869). Er hatte sich als Bonner Universitätsprofessor an den Agitationen für Einführung einer repräsentativen Reichsverfassung beteiligt und darauf allerlei Bedrängnisse erfahren, so daß er 1822 ganz gern einem Rufe als Professor der Jurisprudenz nach der Universität Freiburg im Breisgau gefolgt war, wo er sich nun alsbald mit dem gleichgestimmten Rotteck eng befreundete. Als Vertreter des Wahlkreises Ettenheim trat er 1830 in die neu berufene zweite badische Kammer, in der er sich durch zündende Beredsamkeit und weiten Blick auszeichnete. Verschiedene Konflikte mit der Regierung führten seine Suspendierung in Freiburg herbei, worauf er zu

*) Richard Röpell, Karl Wenceslaus von Rotteck. Breslau 1883.

Anfang der vierziger Jahre nach Heidelberg übersiedelte und sich nun ganz dem politischen Liberalismus widmete. Er wurde daher gern von seiner Partei der „Fahnenträger des Liberalismus“, der „laute Rufer in einer kampferfüllten Zeit“ genannt. Während Rotteck für das Vernunft- und Naturrecht eintrat, strebte Welcker mehr einen auf Vernunft, Willensfreiheit und Geschichte gegründeten Rechtsstaat an, dessen letzten Zweck er in der „möglichsten Erreichung der Tugend und Humanität und durch die Glückseligkeit aller“ erblickte. Dieses Ziel müsse man durch den modernen Repräsentativstaat mit der Mischung monarchischer, aristokratischer und demokratischer Elemente erreichen. „Durch seine Motionen in der badischen Kammer“, sagt Bluntschli in seiner Geschichte der neueren Staatswissenschaften, „und durch seine publizistische Tätigkeit, die freilich, wie seine Reden, zuweilen all zu sehr ins Breite und Weite ging, aber von einem aufrichtigen Freisinn erfüllt war, hatte er eine Popularität erlangt, welche der Rottecks wenig nachstand.“

Nicht so leidenschaftlich und stürmisch, wie Welcker, sondern immer erst nach reiflicher Überlegung, stets vorsichtig und behutsam, trat Johann Adam von Itzstein (geb. 28. Sept. 1775, gest. 14. Sept. 1855) auf. Auch er war von Haus aus Jurist, hatte mehrere Jahre die Stelle eines Bezirksamtmannes in Schwetzingen bekleidet, dann als Hofgerichtsrat in Mannheim gewirkt und wurde 1842 von letzterer Stadt zum Abgeordneten gewählt. Seitdem blieb sein Name, sagt Hoffmann von Fallersleben in einer Abhandlung über Itzstein, mit der staatlichen Entwicklung so eng verflochten, daß die Geschichte der badischen Landtage zugleich auch die Geschichte seines Lebens ist. Er war ein geborener Parteiführer, ein gewandter Agitator und Dialektiker und zog sich denn auch sehr bald das Mißfallen der Regierung zu. Unter diesen Umständen war seine amtliche Stellung wenig angenehm; er nahm daher seine Entlassung und lebte fortan als Privatmann. Sein Grundbesitz, der besonders in dem Landgute Hallgarten im rebenreichen Rheingau bestand, gestattete ihm eine unabhängige Existenz.

Von den übrigen badischen Politikern seien nur noch Mathy

und Gervinus besonders hervorgehoben, der erstere, weil er wiederholt energisch für die Preßfreiheit eintrat, der letztere, der bekannte Geschichtsschreiber, weil er in bewegten Tagen eine größere Zeitung ins Leben rief, um darin die freisinnigen konstitutionellen Grundsätze zur Geltung zu bringen. Karl Mathy (geboren 17. März 1807, gest. 3. Febr. 1868) studierte in Heidelberg Kameralwissenschaft und begann die badische Beamtenkarrière, mußte sie aber abbrechen, nachdem er sich in den dreißiger Jahren an den politischen Kämpfen beteiligt hatte. Nach einem längeren Aufenthalte in der Schweiz kehrte er 1840 nach Baden zurück, wendete sich dort der Journalistik zu und wurde 1842 in die neue Kammer gewählt. Weiterhin trat er 1848 in das Frankfurter Parlament, wurde Unterstaatssekretär im Reichsministerium und war dann, nach dem Scheitern der ganzen Bestrebungen, in verschiedenen Bankinstituten Norddeutschlands tätig. Schließlich kehrte er wieder nach Baden zurück und stieg hier 1866 bis zum Finanzminister und Präsidenten des Staatsministeriums empor. Ein glänzendes biographisches Denkmal setzte ihm Gustav Freytag. G. G. Gervinus (geb. 20. Mai 1805, gest. 18. März 1871) studierte unter Schlosser in Heidelberg Geschichte, wurde 1836 ordentlicher Professor der Geschichte und Literatur in Göttingen, erhielt aber, da er zu den „Göttinger Sieben" zählte, die gegen die Verfassungsänderung protestierten, seine Entlassung und lebte nun unter günstigen pekuniären Verhältnissen teils in Süddeutschland, teils in Italien, bis er 1844 Honorarprofessor in Heidelberg wurde, das nun sein ständiger Wohnsitz blieb. An den politischen Bewegungen beteiligte er sich nur als Schriftsteller, niemals als Redner oder gar als Führer wie Rotteck und Welcker; dazu fehlte ihm nicht nur die laute Stimme, die schlagfertige, populäre Beredsamkeit, sondern auch die Hingebung für das Volk, die Nachsicht mit dem Unverstand und der Leidenschaft der Menge. „So sehr er es liebte," sagt Georg Weber in seinem „Rückblick auf Heidelberg" 1884, „im geeigneten Moment die geschriebene Parole auszugeben, so wenig trug er Lust, sich in die Menge zu mischen, in den lauten Schwarm einzutreten."

Der große Kreis dieser badischen Politiker verlangte neben

der Beseitigung vieler anderer Mißstände vor allem auch die Abschaffung der Zensur. Die entsprechende „Motion" auf ganze und ungeschmälerte Preßfreiheit stellte Welcker, und beide Kammern traten dem Antrage bei, worauf die Regierung, freilich erst nach einigem Zögern, einen Preßgesetzentwurf vorlegte. Dieser Entwurf erfuhr dann in der zweiten Kammer noch manche Erweiterung, worauf am 24. Dezember 1831 endlich nach Vereinbarung beider Kammern das wichtige Gesetz zu Stande kam. Allein die Großmächte erblickten in dieser „Entfesselung der Presse" eine große Gefahr und führten einen Bundesbeschluß herbei, kraft dessen der Großherzog gezwungen wurde, das neue Preßgesetz wieder außer Wirksamkeit zu setzen (28. Juli 1832). Da er diesen Schritt tat, ohne die Stände hierum zu fragen, so verstieß er gegen den § 65 der ständischen Verfassung Badens, der vorschreibt, daß zur Abänderung der bestehenden Gesetze die Zustimmung der absoluten Majorität einer jeden der beiden Kammern erforderlich ist.

Das ganze liberale Baden protestierte heftig gegen diese Verfassungsverletzung und klagte laut über den Verlust der Preßfreiheit; auf alle Eingaben hatte der Minister von Blittersdorff aber stets nur die Antwort: „Der hohe Bund hat es so befohlen!" Die Opposition ließ sich jedoch damit nicht abfinden, immer aufs neue verlangte sie die verfassungsmäßig errungene Freiheit zurück, und dieser Kampf zog sich bis zum Jahre 1848 hin. In dem Landtage von 1835 schilderte Welcker die schwere pekuniäre Schädigung, die der Herausgeber einer Zeitung durch den Preßzwang erleide. „Wenn der Herausgeber eines Blattes sich genötigt sieht," sagt er, „ganze Blätter oft drei- oder viermal umbrechen zu lassen, weil auch der unschuldigste Artikel vom Zensor unbarmherzig gestrichen oder verstümmelt wird, wenn er überhaupt vielleicht 40 Fl. für einen solchen Artikel bezahlt und wegen des Umbrechens noch dreifache Kosten zu tragen hat, so verliert er zuletzt selbst die Möglichkeit, das ganze ehrliche Gewerbe fortzusetzen. Mitarbeiter, Drucker und Verleger müssen auf den erlaubten Vorteil ihres Gewerbes verzichten, und so kam es dahin, daß wir nicht ein einziges freies Blatt mehr haben, welches die Klagen

über Mißgriffe in der Verwaltung, die Beschwerden der Untertanen, die freimütigen Wünsche und Bedürfnisse der Bürger ihren Mitbürgern ans Herz legen kann. Wenn man bei irgend einem anderen Erwerbszweige, z. B. bei einem Krämer, heute — nicht für 40 fl., sondern für 40 Kr. — Stockfische, morgen für 40 Kr. Heringe und übermorgen für 40 Kr. Spielsachen konfiszieren wollte, und man durch solche und ähnliche Handlungen zuletzt den Mann zwingen würde, sein ganzes Gewerbe aufzugeben, so weiß ich nicht, ob man dies nicht für eine Beraubung und Tyrannei halten würde. Ich weiß aber auch nicht, ob irgend wo, etwa bei den Irokesen, Stockfische, Heringe und Spielsachen höher stehen als Wahrheit und ihre Mitteilung, ob sie und ihre Verbreiter ein heiligeres Recht haben, als Schriftsteller, Drucker und Verleger, die die Wahrheit ihren Mitbürgern mitteilen, sich der Verteidigung des Rechts und der Vervollkommnung ihrer Anstalten widmen."*) Auf dem Landtage von 1837 begründete Welcker die Preßfreiheitsbeschwerde abermals, und 1839 verurteilten neben Welcker auch Itzstein und Rotteck öffentlich den Preßzwang mit aller Schärfe. Im Jahre 1840 trat der Landtag einstimmig dem Antrage Itzsteins bei: „Die Erwartung auszusprechen, daß die Regierung beim Bundestage nicht unterlassen werde, die Wiederherstellung der dort einseitig aufgehobenen Verfassung von 1833 zu bewirken." Irgend welche Wirkung hatte der Antrag aber nicht.

Seinen geistigen Höhepunkt erreichte schließlich dieser Kampf gegen die Zensur in dem langen Landtage von 1843 bis 1845, wo Karl Mathy, der Abgeordnete von Konstanz, in seiner geistreichen Weise und schwungvollen Sprache die ganze Bitterkeit über die Knebelung der Presse zum Ausdruck brachte, so daß seine Rede weit über Baden hinaus den lautesten Widerhall fand. Die ganze deutsche Presse gab diese Rede Mathys wieder. Gustav Freytag erklärt in seiner Biographie Mathys, daß sie in der Hauptsache eine Geschichte der badischen Zensur darstelle.

„Es lebt irgendwo ein Mann," begann Mathy, „von kräftigem Körperbau und fester Gesundheit, verständig und gut ge-

*) Landtagsprot. von 1835, Heft VI, S. 76.

artet. Der Mann dient mehreren Herren und löst seine schwierige Aufgabe zur Zufriedenheit aller; dies beweisen die guten Zeugnisse, welche er besitzt. Er half sogar seinen Herren aus einer großen Gefahr; er rettete sie aus den Händen eines mächtigen Nachbars, der es auf ihre Habe abgesehen hatte. In dem Kampfe, den er bestand, hatte er guten Gebrauch von seiner Kraft gemacht, daß ihm die Herren versprachen, er dürfe fortan nicht mehr blindlings ihren Geboten folgen, sondern selbst Vorschläge machen, frei und offen sagen, was er für das Beste halte; sie würden darauf achten; dies würde für sie und ihn am zuträglichsten sein. Der Mann tat so und ward unbequem. Man warf ihm vor, er trete zu derb auf, er mache Lärm im Hause, reize die vielen Hunde, welche die Herren für ihr Vergnügen hielten, zu lautem Gebelle und störe überhaupt die Hausordnung. Er wurde zwar fortwährend zu allerlei Dienstleistungen verwendet und mußte für Küche und Keller sorgen: wollte er aber ein Anliegen vortragen, so mußte er dies bei einem Bedienten anbringen, der strengen Befehl hatte, nur das Angenehme zuzulassen, das Unangenehme dagegen zurückzuweisen. Die Wahrheit aber ist selten angenehm, das Angenehme oft nicht wahr; an alte Schulden und Versprechen zumal wird niemand gern erinnert.

„Der Mann, meine Herren, ist das deutsche Volk; das freie Wort, sein altes Recht, ist ihm feierlich verheißen, und es ist die zugesagte allgemeine Bestimmung über den Gebrauch des freien Wortes dahin gegeben, daß der Deutsche ungehindert sprechen dürfe über alles, was ihn nichts angeht oder keinen Bezug auf seine Geschäfte hat. Will er dagegen seine Meinung sagen über das, was ihm nütze oder schade, was ihm fehle oder ihn belästige, so muß er den bittern Kern der Wahrheit unter einer Hülle vom süßen Gegenteil verstecken, seine sträfliche Tendenz zur Offenheit in ein löbliches Schmeicheln verkehren, und zuletzt — weil er in solchen Künsten doch immer ein Stümper bleibt —, seine Gedanken, bevor sie laut werden, einem Meister Hämmerling unterbreiten, der sie entweder als ganz unbrauchbar vernichtet, oder in einer Weise zurecht zerrt, daß auch der Gescheidteste nicht mehr errät, was sie ursprünglich gewesen sein mögen.

„So, meine Herren, steht es mit der freien Meinungsäußerung in Deutschland. So steht es mit der Preßfreiheit für Zeitungen und Zeitschriften, für alle Schriften über öffentliche Angelegenheiten in engeren und weiteren Kreisen, für alle Schriften, die an das Volk gerichtet sind. — Daß man heute die Zügel etwas loser läßt, um sie morgen desto straffer anzuziehen; daß man hier den Nachbar zur Rechten, dort den Nachbar zur Linken ärgert, bis man sich mit ihnen verständigt, gegenseitig nur Lob zu gestatten: dies ändert die Sache ebenso wenig, als wenn versichert wird, man meine es nicht so schlimm, man wolle keine Wahrheit unterdrücken, sondern nur für den gehörigen Anstand sorgen. Ohne Freiheit gibt es keine Wahrheit, nur Nachbeterei; keinen Anstand, einzig Dressur. Dem Kinde steht das Gängelband nicht übel, den Mann beschimpft es; den Sträfling, den Wahnsinnigen überwacht das Auge des Wärters, der Unbescholtene geht seinen Weg allein.

„Auffallende Fürsorge, welche den Geist beschränkt, der nur mit Worten schaden könnte, und die Hand frei läßt, welche doch stehlen oder morden kann; zarte Pflege der Sicherheit, welche das Werkzeug der Gedankenverbreitung, die Presse, unter politische Aufsicht stellt, und doch andere Werkzeuge, welche das Leben zerstören können, dem freien Gebrauche anheimgibt: merkwürdige Achtung vor der edelsten Gabe des Schöpfers, vor dem freigeschaffenen Menschengeiste, die ihn dem Gifte gleich achtet, das nur abgegeben wird, wenn vorher nachgewiesen ist, von wem und wozu es gebraucht werden soll!"

Der Redner entwickelt dann, wie durch diese Niederdrückung des geistigen Lebens die ganze Nation in jeder Weise leide, auch in ihrem materiellen Wohlstande, da man von allen Seiten den Deutschen ungestraft ausbeuten könne. Überall im Auslande werde er benutzt und mache sich nützlich, aber nirgends genieße er ein Ansehen, nirgends könne er ein Recht geltend machen. Denn „man kennt keine deutsche Diplomatie, geschweige denn ein deutsches Volk." So lange denn die geistige Tätigkeit des deutschen Volkes solche unwürdigen Fesseln trage, werde sich

die Lage des deutschen Volkes nicht bessern. Darum vor allem fort mit der Zensur!

Und schließlich stellte noch einmal der Abgeordnete Peter 1846 den Antrag, die badische Regierung zu ersuchen, durch ihren Gesandten bei dem deutschen Bunde auf vollkommene Preßfreiheit hinzuwirken, und wenn bis Ende 1847 kein allgemeines Preßgesetz für Deutschland zu stande kommen sollte, die großherzoglich badische Regierung an ihre Pflicht zu mahnen, die zurückgenommene Preßfreiheit wieder herzustellen, sowie einstweilen für die inneren Angelegenheiten und die Zustände in anderen als deutschen Bundesstaaten die Preßbeschränkungen sogleich aufzuheben, auch die Zensur-Instruktion für die übrigen Gegenstände auf das ursprüngliche gesetzliche System zurückzuführen.

Auch das war natürlich vergeblich, so bedenklich sich die allmeine Mißstimmung auch schon gesteigert hatte.

In welcher verhängnisvollen Weise unter diesen Verhältnissen die Zensur bisweilen gehandhabt wurde, mag nur mit einem Beispiele illustriert werden. Bald nach Beendigung der polnischen Revolution lud der russische Gesandte in Karlsruhe öffentlich in den süddeutschen Zeitungen zur Auswanderung nach dem entvölkerten Polen ein, und die Beamten einiger kleinen Staaten erhielten sogar die ausdrückliche Weisung, in ihrem Geschäftskreise diese Einladung mit ihren scheinbar sehr lockenden Bedingungen bekannt zu machen. Welcker aber, der die Verhältnisse genau kannte, hatte die Überzeugung, daß die Auswanderer dem Verderben entgegen gingen, und wollte an die Bauern eine Warnung richten; allein die Zensur strich die Warnung, und alle Schritte, sie durchzubringen, waren vergebens. Einige Zeit später kehrte ein Teil der Ausgewanderten in bejammernswertem Zustande zurück, die andern waren elend zugrunde gegangen.*)

Die Entwicklung der badischen Presse vermochte bei diesen wechselvollen Schicksalen naturgemäß nur zu Beginn des Jahres 1832

*) Prot. der bad. zweiten Kammer v. 1835, Heft VI, S. 77. Im übrigen vergleiche man Leonhard Müller, Badische Landtagsgeschichte, 4 Teile. Berlin 1900—1903.

inen Anlauf zu nehmen. Nach der Wiederaufhebung der Preßfreiheit (28. Juli 1832) trat sofort aufs neue eine Stauung ein. Immerhin erhielt das Land von 1830 ab eine reiche Zeitungsliteratur, die, wenn auch manches Blatt schnell wieder verschwand, doch eine neue Periode der badischen Journalistik bedeutet und gegenüber der früheren Öde ein Bild großer Mannigfaltigkeit bietet. Es sind zu verzeichnen für die Jahre 1830 bis 1848: in Karlsruhe die „Karlsruher Zeitung“, die „Badische Zeitung“, der „Badische Volksbote“ und die „Oberdeutsche Zeitung“, in Mannheim das „Mannheimer Journal“, die „Mannheimer Abendzeitung“, das „Mannheimer Morgenblatt“, der „Wächter am Rhein“, der „Zuschauer“ und die „Rheinische Postille“, in Freiburg die „Freiburger Zeitung“ und der „Freisinnige“, in Konstanz die „Konstanzer Zeitung“ und die anfangs vom Obergerichtsanwalt Vanotti, später von Fickler redigierten „Seeblätter“ und in Heidelberg die „Deutsche Zeitung“. Leider erlangte keins dieser Blätter eine wirkliche Bedeutung. Das offizielle Organ des Landes war nach wie vor die „Karlsruher Zeitung“, außerdem unterhielt die Regierung eine gewisse Fühlung mit der „Freiburger Zeitung“, der „Konstanzer Zeitung“ und dem „Mannheimer Journal“ und wandte diesen Blättern auch alle offiziellen Bekanntmachungen zu. Dadurch bekamen auch diese Zeitungen den Charakter des privilegierten, halbamtlichen Organs. Alle übrigen waren Oppositionsblätter. Unter diesen ragte wohl am höchsten der „Freisinnige“ hervor, der vom 1. März 1832 ab von Rotteck, Welcker und Duttlinger in Freiburg herausgegeben wurde. Er bekundete den weiten Blick, die reiche Bildung und die hinreißende Begeisterung seiner Herausgeber und fand sofort großen Beifall; doch sah er sich sehr bald am Ende seiner Tage. Unmittelbar nach der Wiederaufhebung der Preßfreiheit, bereits in den letzten Tagen des Juli 1832 wurde er unterdrückt. Ebenfalls nur ein sehr kurzes Leben hatte die fortschrittliche „Oberdeutsche Zeitung“ in Karlsruhe, die von dem warmherzigen und vielbewanderten Friedrich Giehne geleitet wurde. Sie trat mit dem 1. Januar 1841 ins Leben und ging bereits Ende September 1842, vielleicht weil sie zu doktrinär gehalten war,

aus Mangel an Abonnenten ein. Glücklicher war die „Mannheimer Abendzeitung“, die „viele Jahre lang den äußersten vorgeschobenen Posten der deutschen Presse bildete.“ Sie erlangte diese Position durch die beiden gewandten Redakteure Dr. Karl Grün und Karl Ludwig Bernays. Karl Grün (geb. 1817, gest. 1888) wußte besonders durch seine lebendige Darstellung und durch die Wärme, mit der er für alle freiheitlichen Institutionen eintrat, einzunehmen. Dabei verschmähte er es auch nicht, durch pikante Anekdoten und eine kleine chronique scandaleuse, sowie durch eine gewisse ironisierende Färbung des Tons sein Blatt interessant zu machen. Es bürgerte sich daher sogar in den Berliner Konditoreien ein und wurde dort mit Vorliebe gelesen. Weniger Beifall fand aber der Ton Karl Grüns beim Ministerium Blittersdorff, und so wurde denn der unbequeme Mann, da er Preuße war, kurz nach Schluß der Session 1842 ausgewiesen und über die Grenze gebracht.*) Später hat sich dann Grün durch eine Reihe schätzenswerter kulturgeschichtlicher Werke einen geachteten Platz als Historiker erworben. Sein Nachfolger Karl Ludwig Bernays, ursprünglich Rechtsanwalt, neigte stark zur republikanischen Partei und gab daher dem Blatte einen schärferen Ton. Als Itzstein 1845 bei seinem Besuche Berlins aus den preußischen Staaten ausgewiesen wurde, trat er mit solcher Leidenschaftlichkeit gegen diese Maßregel auf, daß die betreffende Nummer der „Mannheimer Abendzeitung“ von den Postämtern der Rheinprovinz nicht ausgegeben wurde. Bald nachher gab Bernays seine Stellung auf, ging nach Paris und gründete dort mit Arnold Ruge, Marx, Engels und Heinrich Börnstein den „Vorwärts“. Doch wurde dieser bald verboten, worauf Bernays nach Amerika auswanderte, wo er dann lange Jahre in St. Louis den „Anzeiger des Westens“ redigierte. Ebenfalls mit großer Schärfe trat der „Wächter am Rhein“ auf, der von Franz Stromeyer herausgegeben wurde. Gelegentlich liebte es Stromeyer, in gehobenem Pathos zu sprechen. Als die schwarz-rot-goldene Fahne verboten worden war, rief er aus: „So ver-

*) Grün, Meine Ausweisung aus Baden. Zürich u. Winterthur, 1843.

schwinde denn für einen Augenblick vor dem Antlitz deiner Feinde, o du heilige Dreifarbe, du himmlisches Bild der Reinheit und des mutigen Ernstes! Ziehe dich zurück auf unsere nackte Brust. Dort hüpft dir grüßend jeder Schlag unseres Herzens entgegen und empfängt von dir die elektrische Einströmung des heiligen Feuers!“ Gustav Freytag erwähnt in seiner Biographie Mathys, daß auch dieser Mitarbeiter des Blattes gewesen sei, und bemerkt dabei, die Zeitung habe sich durch ihren warmen und herausfordernden Ton alsbald die Herzen der Leser gewonnen, sei dann aber den Machthabern unbequem geworden. Schon im sozialistischen und kommunistischen Fahrwasser schwamm der „Zuschauer“, herausgegeben von Hecker und Struve. Das vierte fortschrittliche Blatt Mannheims endlich, „Der rheinische Postillon“ war nur eine Art Dorfzeitung, die über die Weltlage mit Humor zu berichten suchte und ihre Artikel gern mit witzigen Einfällen schmückte. Dabei zog das Blatt etwas zu keck über die Zustände im Großherzogtum Hessen her und wurde daher dort sehr bald verboten. Nur wenig Boden gewannen die beiden oppositionellen Blätter in der Hauptstadt Karlsruhe. Das vornehmere, wirklich gediegene war ohne Zweifel die „Badische Zeitung“ von Karl Mathy. Dieser war durch den Buchhändler August Groos in Mannheim, den Gründer des Blattes, veranlaßt worden, die Stelle eines Redakteurs zu übernehmen. Das Blatt sollte im Sinne der liberalen Opposition des badischen Landtages geleitet werden. Es trat mit dem 1. Januar 1841 ins Leben, erschien täglich in acht Spalten Folio und brachte außerdem die Beilage „Landtagsverhandlungen“. Schon in den ersten Nummern zeigte es sich, daß die neue Zeitung einen durchaus maßvollen Ton beim Besprechen der heimischen sowohl, wie der deutschen Verhältnisse beobachtete. Sie brachte, schreibt Gustav Freytag,*) reichlich Berichte von auswärts, alle Neuigkeiten in kurzer gedrängter Übersicht, auch eine Fülle von solchem Einzelwerk, welches dem Tagesleser ein politisches Blatt anmutig macht. Selten stand ein Leitartikel an der Spitze, aber die Korrespondenzen

*) Freytags Ges. Werke, 22. Band: Karl Mathy.

waren großenteils von dem Redakteur für den Zweck der Zeitung zugerichtet, viele eigene Ansichten in der Firma auswärtiger Briefe mitgeteilt. Wahrscheinlich wählte Mathy diese Form, weil sie den Zensor weniger herausforderte. Um den politischen Standpunkt der Zeitung und ihres Redakteurs bestimmter zu kennzeichnen, möge hier nur folgender Satz angeführt werden: „Für Preußen ist der Rhein eine Besitzesfrage; eine höhere Weihe hat er für Deutschland, dessen Ansprüche freilich wenig vertreten sind, so lange es weder zu Land noch zur See, weder durch Gesandte, noch durch eine Flagge beim Auslande repräsentiert ist. Und doch — das einzige preußische Recht von Gottes Gnaden wäre eigentlich, das Haupt des vereinten Deutschlands zu sein!“ Die badische Regierung war jedoch mit der Haltung der Zeitung keineswegs zufrieden und zwang nach einem halben Jahre den Verleger, den Titel in „Nationalzeitung“ umzuwandeln, denn, so behauptete sie, es werfe ein schiefes Licht auf sie, wenn sich ein in Karlsruhe erscheinendes Oppositionsblatt „badisch“ nenne. Leider starb der Verleger Groos unerwartet im Juli 1841, und dadurch verschoben sich die pekuniären Verhältnisse so ungünstig, daß das Unternehmen mit Ende des Jahres aufgegeben werden mußte, so lebhaft das auch von den Parteifreunden beklagt wurde. Einen schwachen Ersatz für das Mathysche Blatt bot von 1843 ab der „Badische Volksbote“, der von dem Abgeordneten Zittel herausgegeben wurde.

Auf die Dauer konnte die liberale Partei Badens aber doch ein großes führendes Blatt nicht entbehren, um so weniger, als es immer klarer wurde, daß Deutschland einer sehr bewegten Zeit entgegen gehe. Die hervorragendsten Männer der Partei fanden sich daher am 29. November 1846 in Durlach zu einer Besprechung zusammen und beschlossen in dieser, eine neue große Zeitung zu gründen, die den Namen „Deutsche Zeitung“ erhalten sollte. Zum Hauptredakteur wurde Gervinus gewählt, der als unabhängiger Mann und berühmter Historiker außerordentlich geeignet erschien; ihm zur Seite traten L. Häusser, G. Höfken, K. Mathy und K. Mittermaier; den Verlag übernahm Fr. Bassermann; den Druck G. Mohr in Heidelberg. Zu Mit-

arbeitern konnte bald ein großer Kreis namhafter Gelehrter, darunter Dahlmann, G. Beseler, Waitz, Droysen und die beiden Grimm, gezählt werden.

Mit dem 1. Juli 1847 begann das Blatt zu erscheinen. Es präsentierte sich in stattlichem Folio und wurde allwochentäglich, später auch Sonntags und vom 1. Januar 1849 ab sogar zweimal täglich ausgegeben. Anfangs kostete es 10, später 12 Gulden jährlich. „Nie trat eine deutsche Zeitung achtunggebietender vor die Nation", sagt Gustav Freytag in seiner Biographie Mathys, „die besten Liberalen aus allen Teilen Deutschlands dabei beteiligt, die Zeitung Mittelpunkt und Organ einer neuen Partei, die sich in jugendlicher Kraft rührte. Daß sie auf ganz Deutschland angelegt und vom Süden aus vor anderem preußische Angelegenheiten besprechen sollte, war der größte Fortschritt." Und Gervinus widmete sich dem jungen Unternehmen mit allem Eifer. „Nie hat er eine solche Tätigkeit entwickelt, wie in jenen Tagen," schreibt der Historiker Georg Weber in seinem „Rückblick auf Heidelberg",*) „und sein Name, sein feiner Takt, seine weitreichenden Verbindungen mit hervorragenden Persönlichkeiten waren wirksam genug, aus der Elite der deutschen Nation Gönner, Förderer und Mitarbeiter heranzuziehen. Eine Art Ehrentribunal oder zensorisches Kuratorium, bestehend aus Männern wie Dahlmann, den beiden Grimm, Schlosser, Heinrich von Arnim und anderen Ebenbürtigen, sollte den Regierungen die Garantie bieten, daß sich die Zeitung in den Schranken des Rechts und einer geordneten Freiheit bewegen würde, und sollte die damals noch bestehende Zensur unter den Händen untergeordneter Verwaltungsbeamten als unnötig erscheinen lassen."

Bei allen wichtigen Fragen trat Gervinus mit seinem eigenen Urteil ein. Die meisten Leitartikel des ersten Jahrganges rühren von ihm her. Er stellte sich in diesen stets auf den höchsten Standpunkt und ließ es sich vor allem angelegen sein, die Ansichten über die allgemeinen deutschen Angelegenheiten zu klären. Bisher hatte man sich bei der unseligen Kleinstaaterei fast nur

---

*) Beilage der „Allgem. Zeitung", 1884, № 244.

mit den eigensten Interessen beschäftigt, jetzt rückte Gervinus in der „Deutschen Zeitung" die Gesamtinteressen der deutschen Nation in den Mittelpunkt der Betrachtung und suchte eine allgemeine Anschauung und Überzeugung der politischen Verhältnisse, die bei der großen Menge noch vollständig fehlte, herauszubilden. Dabei entwickelte er zum erstenmale das ganze System des doktrinären Liberalismus und erläuterte alle Probleme der politischen Doktrin. Infolgedessen erklärt denn auch Heinrich Rückert in seiner Würdigung Gervinus:*) „Das Bewußtsein, daß eine ‚deutsche Frage' existiere, welches der Nation über der Zersplitterung ihrer Interessen an unzählige Partikularitäten ganz abhanden gekommen war, ist durch die ‚Deutsche Zeitung' ins Leben gerufen worden, und zwar gerade in dem weltgeschichtlichen Moment, wo es darauf abgesehen war, daß die Nation in ihrer Gesamtheit in die wirkliche Handlung eintrat. Dies ist ihr bleibendes Verdienst, wogegen das in dieser Art gleichfalls hoch anzuschlagende der Belehrung und Klärung des politischen Denkens in den wesentlichsten Problemen der damaligen Doktrin zurücktritt als ein mehr vorübergehendes und zufälliges." Aber damit war auch alles zu Gunsten der „Deutschen Zeitung" gesagt; denn als nun die Forderungen der Wirklichkeit hervortraten, sich tiefe Spaltungen der liberalen Partei zeigten, aus Frankreich herübergedrungene sozialistische und kommunistische Ideen sich geltend machten, versagte in Gervinus der praktische Politiker, der mit allen Erscheinungen rechnet, die nötige Nachsicht mit dem Unverstande und der Leidenschaft der Menge übt, und nur das zu erreichen sucht, was wirklich zu erreichen ist. Er steifte sich auf seine Doktrin, die er einmal für absolut richtig erkannt hatte, und verlangte, daß sich die politische Bewegung in der von ihm gezeigten Weise entwickeln solle. Das tat sie aber natürlich nicht, und so stand denn das Blatt, von den Regierungen mit Mißtrauen

---

*) Unsere Zeit, N. Folge, 7. Jahrg. 2. Hälfte. Lpzg. 1871. — Hierbei sei zugleich bemerkt, daß Gervinus' Selbstbiographie (Lpzg. 1893) nur bis gegen Ende der dreißiger Jahre reicht, also von der „Deutschen Zeitung" nichts erwähnt.

betrachtet, von den Konservativen und Reaktionären angefeindet, von den Demokraten geschmäht, von den weniger gebildeten Volksklassen nicht verstanden und darum nicht gelesen, bald vereinsamt da.*) Und als nun gar die Stürme von 1848 losbrachen, war die „Professorenzeitung" ohne allen Einfluß auf den Gang der Dinge. „Wie viele Artikel voll goldener Lehren, voll patriotischer Gesinnung, voll politischer Weisheit und Wahrheit sind ungelesen oder unbeachtet vorüber gegangen, wie viel Geld ist während ihres dreijährigen Bestandes nutzlos verschwunden!" klagt Georg Weber in seinem schon erwähnten „Rückblick auf Heidelberg".

Mißgestimmt trat Gervinus von der Redaktion zurück, worauf die Zeitung alsbald nach Eröffnung der Nationalversammlung nach Frankfurt verlegt wurde. Die erste Frankfurter Nummer (№ 266) erschien am 2. Okt. 1848. Den Verlag hatte die Weidmannsche Buchhandlung in Berlin übernommen; den Druck besorgte der Buchdrucker Heinrich Ludwig Brämer. Am 1. Juli 1850 übernahm dann Brämer auch den Verlag. Die Redaktion führten nach einander verschiedene Parteigenossen (bis 1. Dezember 1848 W. Kiesselbach, bis 23. Sept. 1849 H. Kruse, bis 31. Juli 1850 Robert Heller und bis zum Ende des Blattes Herrmann Marggraff). Denn auch weiterhin blieb die „Deutsche Zeitung" das Organ der Männer, die von Heidelberg aus das Vorparlament zusammenberufen hatten, in der Paulskirche die Mehrheit um sich sammelten und endlich die Verfassung vom 28. März 1849 und die Kaiserwahl durchsetzten. Eine Frankfurter Karikatur jener Tage stellte Gervinus und Dahlmann dar, wie sie sich abmühten, den deutschen Kaiser aus dem Tintenfaß zu ziehen.

---

*) Als Gegengewicht suchten verschiedene Mitglieder der konservativen Partei in Preußen, in erster Linie Otto von Bismarck, ferner Adolf v. Kleist, Fürst Radziwill, Geh. Regierungsrat Werdeck u. a., dieser Vertreterin des „reinen Konstitutionalismus" 1847 in Berlin eine konservative Zeitung gegenüber zustellen. Die Gründung kam jedoch vorläufig nicht zu stande. Erst 1848 entwickelte sich aus diesen Bestrebungen die „Neue Preußische Zeitung". H. v. Petersdorff, Ein Programm Bismarcks zur Gründung einer konservativen Zeitung. „Forschungen zur brandenburgisch-preußischen Geschichte". Bd. 17, Heft 2, S. 240—246.)

Bei den weiteren Parteibewegungen wurde die Zeitung schließlich das Hauptorgan der Gothaischen Partei und trat für die Union auch noch ein, als diese nach dem kläglichen Ausgange des Berliner Fürstentages schon augensichtlich verloren war. Infolgedessen glitt ihr der Boden unter den Füßen weg. Von den viertausend Abonnenten, die sie einst besessen hatte, waren ihr kaum noch siebzehnhundert geblieben; die erforderlichen Zuschüsse von der Partei liefen immer spärlicher ein — und, noch ehe der Bankrott der Union förmlich ausgesprochen war, mußte das Hauptorgan der Unionspolitik seine Publikation und seine Zahlungen einstellen. Ende Dezember 1850 hörte die „Deutsche Zeitung" auf zu erscheinen, mit Hinterlassung einiger tausend Taler Schulden, zu deren Zahlung sich niemand berufen oder verpflichtet glaubte. „Wie Triumphatoren waren die Unternehmer aufgetreten," ruft Georg Weber aus, „wie Schiffbrüchige sahen sie am Ende auf das verlorene Gut zurück!"

Die badische Presse der vierziger Jahre hatte sich also doch nicht in der umfassenden und lebenskräftigen Weise entwickelt, wie man das bei dem regen politischen Leben des Landes und der großen Menge bedeutender Männer, die in dieser bewegten Zeit in Baden hervortraten, hätte erwarten sollen. Wohl hatte sie die langjährige Armseligkeit und Dürftigkeit endlich überwunden und eine Menge Schößlinge getrieben, aber verschiedene von diesen waren wieder dahingewelkt, und die übrigen zeigten nur einen schmächtigen Wuchs, so daß der politische Sturm sie hin und her warf. Die Schuld an dieser ungenügenden Entwicklung der Presse trug die Regierung, die in ihrer Befangenheit und übergroßen Ängstlichkeit das Auftreten des nationalen Gedankens nach Möglichkeit hinderte. Sie entzog dadurch der heimischen Presse die Lebenskraft und führte die regeren Leser mit aller Gewalt der Lektüre der französischen Zeitungen zu. Damit aber erlitten unsere nationalen Bestrebungen eine außerordentlich schwere Schädigung. Die vielen deutschen Leser französischer Zeitungen sogen aus diesen französische Gedanken, begannen die deutschen Verhältnisse durch die Brille der französischen Presse zu betrachten und sogar für französische Verhältnisse zu schwärmen. Es bildete sich nach und

nach eine förmliche französische Partei heraus, bei der es zu ganz ungeheuerlichen Konsequenzen kam. So brachte es die Presse dieser Partei fertig, über das Juste milieu der Deputiertenkammer in die heiligste Wut zu geraten. „Sie fühlte brennend in die Seele eines Franzosen hinein, wie ‚erniedrigt‘ Frankreich sei, daß es sich keiner ‚nationalen Politik‘ erfreue und eine so prächtige Gelegenheit, an den „Rhein“ zu rücken, habe entschlüpfen lassen; sie war auf legitimistisch, auf konstitutionell und auf republikanisch erbost gegen die ‚Feigheit‘ der französischen Regierung; sie nahm alle möglichen politischen und unpolitischen Standpunkte ein, nur niemals einen deutschen.“*) Zugleich gewannen durch die französischen Zeitungen auch die französischen sozialistischen und kommunistischen Ideen in Deutschland Eingang und leiteten die Entwicklung des deutschen nationalen Gedankens in falsche Bahnen. Das machte sich besonders in der schlimmsten Weise bemerkbar, als 1848 das alte deutsche Reich wieder aufgerichtet werden sollte und nun ein politisch so mangelhaft erzogenes und durch ungeklärte Parteiansichten zerklüftetes Volk in die heilloseste Verwirrung geriet.

:. Der Journalismus in Süddeutschland. Württemberg und die Zensur. Uhland über die Preßfreiheit. Die Regierung läßt die Eingabe der Kammer unberücksichtigt. Der „Schwäbische Merkur“ und die kleine Presse. Der „Hochwächter“, später „Beobachter“. Seine Klage über die „Nacht“. Sein Redakteur Fr. Seybold. Das „Neue Tagblatt“ und sein humoristischer Redakteur Correck. Die Situation in Bayern. Die Zensur-Verordnung von 1831. Der Kampf gegen sie. Ein neues Preßgesetz kommt nicht zu Stande. Minister von Abel beschränkt die Preßfreiheit. Die allgemeine Korruption steigert sich. Wirths „Tribüne“. Siedelt von München nach Homburg in der Rheinpfalz über. Wird unterdrückt. Siebenpfeiffers „Westbote“. Eisen-

*) Friedrich Giehne, Studien und Skizzen aus der Mappe eines Zeitschriftstellers. Karlsruhe 1844, S. 52.

manns „Volksbote". — Die „Allgemeine Zeitung". Steht unter bayerisch[em] und österreichischem Einfluß. Heine schreibt für sie. Seine Klagen über d[ie] Streichungen. Sonstige Mitarbeiter. Ihr Redakteur Dr. Kolb. Lev[in] Schücking über ihn. Erkennt nicht die politische Mission Preußens. — Di[e] sonstigen politischen Zeitungen Bayerns.

In Württemberg ging das Zeitungswesen in den dreißiger und vierziger Jahren nur wenig über die bisherigen Grenzen hinaus. Wohl herrschte auch dort mehr und mehr eine gereizte Stimmung; der Polen-Enthusiasmus trieb hohe Blasen, und Paul Pfizers „Briefwechsel zweier Deutschen", die erste wissenschaftlich begründete Berufung Preußens an Deutschlands Spitze, erregte in ganz Deutschland Aufsehen; die Zeitungen durften aber von alle dem wenig verraten; sie wurden fest im Zaum gehalten. Nach einer leichten Lockerung in den Jahren 1830 und 1831 wurden die Zügel von 1832 ab wieder um so straffer angezogen. „Die Zensur, von ängstlichen Beamten gehandhabt, mischte sich in alles," schreibt Otto Elben in seiner Geschichte des „Schwäbischen Merkurs". „Nicht bloß politische Urteile wurden beschnitten, sondern geradezu alles, was etwa für zu schonende Ohren mißliebig sein konnte, einfach gestrichen: unangenehme Ereignisse, dann volkswirtschaftliche, literarische, historische, künstlerische Urteile. Ja, selbst die amtlichen Anzeigen der Kriminalbehörde verfielen dem Rotstift des Zensors. Der ‚Merkur' aber wurde häufig strenger zensiert, als selbst der ‚Beobachter', das Oppositionsblatt. Hätte ersterer etwas Anstößiges gebracht, so wäre das ja noch viel schlimmer gewesen .... Diese traurigen Zustände mußten naturgemäß auch zu einer Selbstbeschränkung der Zeitungen führen; man hat kaum mehr einen Begriff, wie tief die Zensur störend auch in die geschäftlichen Verhältnisse eingriff."

Dieses Vorgehen der Regierung rief mehr und mehr eine allgemeine tiefe Verstimmung hervor, und so brachte denn 1833 der Abgeordnete Sigmund Schott in der Kammer den Antrag ein, „die Regierung um Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Preßfreiheit durch Aufhebung der Zensur zu bitten." Dabei

.tspann sich eine denkwürdige Debatte, bei der auch Ludwig hland das Wort ergriff. Freimütig bekannte er:

„Von allen staatsrechtlichen Fragen, die in dieser Kammer ıgeregt wurden, von den Interessen, die man den materiellen genüber die geistigen nannte, ist einzig die Frage von der reßfreiheit zur Begutachtung und nun auch zur Beratung ırchgedrungen. So oft aber auch diese Frage in Erinnerung bracht wurde, war es immer, als ob ein Gespenst durch den aal schritte, etwa der Geist eines Erschlagenen. Ich gebe dieser icheu keine feindseilige Deutung, sondern die billigste. Es war ne alte Verheißung: ‚ein freies großes Deutschland, lebenskräftig ıd in Einheit gehalten, wiedergeboren aus dem ureigenen Geiste s deutschen Volkes, sollte wieder unter den Völkern Europas scheinen.‘ Das hatten nicht deutsche Demagogen verkündet, sonern mächtige Monarchen den Völkern zum Lohne ihrer Anrengungen verheißen. Ähnliches wurde auch zur Weihe des eneröffneten Bundestages ausgesprochen. Die deutschen Völker arrten in unermüdlicher Geduld auf die Erfüllung dieser Vereißungen, sie verharrten geduldig; auch nachdem sie den Glauben n die Erfüllung derselben aufgegeben hatten. Selbst einzelne ıtliche Ausbrüche der Ungeduld stehen in keinem Verhältnis mit er vorherrschenden Ruhe in der großen Masse des Volkes. Es var aber auch in der Tat nicht möglich, daß die verheißene Verüngung Deutschlands in Erfüllung gehe. Sie solle heraustreten ıus dem Geiste des Volkes. Diesem Geiste aber war kein Organ eschaffen, kein Feld freier Wirksamkeit für das große Erneuerungsverk eröffnet. Im Gegenteil wurde dieser Geist in immer engere Bande geschlagen. Die Beschlüsse, wodurch die Preßfreiheit vernichtet, Bücher und Zeitblätter verboten, die öffentlichen Verhandungen der Volkskammern unter besondere Aufsicht gestellt, Vereine und Versammlungen untersagt, gemeinschaftliche Vorstellungen an den Bundestag über öffentliche Angelegenheiten für ungesetzlich erklärt wurden, alle diese Beschlüsse waren nicht geeignet, den ureigenen Geist des deutschen Volkes zur Gestaltung zu bringen. Gleichwohl hat derselbe jezuweilen ein Lebenszeichen gegeben. Die

Julirevolution des Jahres 1830 gab nicht blos den politischen Ideen des weltbürgerlichen Liberalismus neues Leben; sie erweckte auch ein Gefühl von mehr natürlicher als politischer Art, das Nationalgefühl. Auch in der deutschen Eiche hob es wieder zu rauschen an. Die Volksstämme der vorliegenden konstitutionellen Bundesstaaten betrachteten sich und sahen ihre Blöße. Ohne selbständige Macht, ohne Anhalt in einem größeren Verbande, dem sie mit Neigung und Vertrauen angehört hätten, standen sie in dumpfer Erwartung, ob sie, bei ausbrechendem Kampfe, mit Aufopferung deutschen Nationalgefühls dem Zuge der liberalen Ideen, oder im deutschen Bundesheere der Fahne des Absolutismus folgen würden. In diesem peinlichen Zustande der Unentschiedenheit mußte die Erinnerung an jene alte Verheißung von einem mächtigen und zugleich freien Deutschland schmerzlich wiederkehren. — — Statt daß nun ein großartiger Entschluß diesen neuerwachten Regungen des deutschen Nationalgefühls entgegengekommen wäre, und sich derselben zu schöner Entwicklung bemächtigt hätte, folgten sich Schlag auf Schlag weitere und verstärkte Hemmungen und Gewaltmaßregeln .... Nur vereinzelt bestand noch in den minder mächtigen Staaten der ständische Organismus. Es gehört zur Unnatur der deutschen Zustände, daß das Repräsentativsystem nur in den kleineren Bundesstaaten sich begründet hat. Die schwächeren Schultern sollen die Träger der großen Volksrechte sein. — Ermüden wir dennoch nicht, unsre ehrenvolle Bürde, das künftige Eigentum des gesamten Deutschlands, einer helleren Zukunft entgegenzutragen. Rechte und Freiheiten, die in unserer Pflege mühsam gedeihen, können, wenn wir sie nur treulich schirmen und furchtlos verteidigen, einst noch von größeren Volksvertretungen und in der Mitte selbständiger Bundesstaaten von einer deutschen Nationalversammlung zu voller und segensreicher Entfaltung gebracht werden. Die Frage von der Preßfreiheit ist geeignet, alle übrigen Fragen, welche die freie Entfaltung des Volksgeistes angehen, zu vertreten und in sich aufzunehmen. Unterliegen wir auch im Kampfe für sie, einem Kampfe der geistigen, der moralischen Kraft gegen die mechanische, so werde ich doch niemals das Vertrauen aufgeben, daß der

ureigene Geist eines großen reich begabten Volkes einst noch diesem die würdige Stellung erringen werde, die ihn nicht bloß von Monarchen dieser Erde verheißen, sondern von einer viel höheren Macht angewiesen ist."*)

Diese Worte Uhlands machten einen so tiefen Eindruck, daß der Antrag Schotts mit großer Mehrheit angenommen wurde; er blieb aber, wie zu erwarten war, von der Regierung unberücksichtigt.

So geschah es denn ganz wie in Baden, daß auch fürderhin die heimischen Verhältnisse nur sehr dürftig in der Presse besprochen wurden, dagegen die französischen Verhältnisse die breiteste Schilderung erfuhren. Doch neigte sich diese traurige Periode schließlich ihrem Ende zu. Seit der Aufrollung der schleswig-holsteinschen Frage durch den offenen Brief des Königs Christian VIII. von Dänemark vom 8. Juli 1846 erhielten auch die deutschen Interessen wieder eine nachdrücklichere Betonung, und mit dem Beginn des nächsten Jahres trat endlich mehr und mehr eine nationale Grundstimmung hervor.

Der „Schwäbische Merkur" behauptete sich auch ferner als die Hauptzeitung des Landes; Karl und Dr. Emil Elben leiteten sie, und im Herbst 1847 trat noch Dr. Otto Elben, ein Sohn Karls, mit in das Geschäft ein. Das Format des Blattes wurde 1831 und weiterhin noch 1838 vergrößert, und von 1844 ab wurde die Zeitung auf einer König & Bauerschen Doppelpresse gedruckt. Auch trat in diesen Jahren die siebenmalige Ausgabe in der Woche ein. Der Kreis der Mitarbeiter erweiterte sich hauptsächlich, als die nationalen Fragen mehr in den Vordergrund zu treten begannen. Als besonders wertvolle Korrespondenten sind Ehrenfried Stöber in Straßburg, Ministerialrat Christ und Mathy in Karlsruhe, Robert Mohl und K. Klüpfel in Tübingen zu nennen.

Neben dem „Merkur" suchten noch mehrere kleinere Zeitungen in Stuttgart Fuß zu fassen, doch mühten sich die meisten ver-

---

*) Ludwig Uhlands Leben. Aus dessen Nachlaß und aus eigener Erinnerung zusammengestellt von seiner Witwe. Stuttg. 1874, S. 244 ff.

geblich ab; nur zwei kamen empor, der „Beobachter“ und das „Neue Tagblatt“.

Die schnell wieder dahingegangenen Blätter waren die „Stuttgarter Allgemeine Zeitung“, die Louis Hallberger von 1830 bis 1832 herausgab, das „Stuttgarter Tagblatt“, das im Verlage von Karl Göpel vom 16. Dezember 1843 ab nur bis zum 22. Jan. 1844 erschien, der „Deutsche Kurier“ von K. Weil, eingegangen 1842, an dem nichts weiter deutsch war als der Titel, da er im französischen Auftrage geschrieben wurde und unter dem Vorwande, die Interessen des Konstitutionalismus zu vertreten, die süddeutschen Staaten darauf hinwies, ihre Stütze in Frankreich, aber nicht bei Preußen und Österreich zu suchen, das „Schwäbische Museum“, das vom 20. Dezember 1843 ab im Verlage von Karl Göpel zweimal wöchentlich bis zum Schlusse des Jahres 1845 herausgegeben wurde, die „Stuttgarter Schnellpost“, gedruckt von Gottlieb Fritz, die vom 1. Dezember 1843 bis zum Anfang der sechziger Jahre erschien, und der „Verkündiger“ von Karl Courtin, vorwiegend ein Annonzenblatt, das von 1836 bis 1853 herauskam.

Zu diesen früh Verblichenen gesellte sich außerdem noch eine Greisin, die 1757 gegründete „Stuttgarter Zeitung“, die mit dem Schlusse des Jahres 1833 ihr Ende erreichte. Eine Bedeutung hatte sie nie besessen.

Von den beiden Blättern, die sich am Leben erhielten, war der „Beobachter“ das Organ der Oppositionspartei, das „Neue Tagblatt“ die Zeitung des kleinen Bürgers.

Der „Beobachter“ wurde von der württembergischen Demokratie, vornämlich von Tafel, Rödinger und Schott, gegen Ende 1830 in Stuttgart gegründet und begann seine Laufbahn mit dem 1. Dezember 1830. Doch hieß das Blatt ursprünglich „Der Hochwächter“, mußte sich aber, da dieser Titel der Regierung mißfiel, vom 16. Jan. 1833 ab „Der Beobachter“ nennen. Das Blatt erschien von anfang an sechsmal in der Woche in Quart und kostete jährlich 3 Gulden. Der erste Redakteur war R. Lohbauer, ein gewandter Mann, der aber von Beginn seiner Tätigkeit an sehr schwer unter der Härte des Zensors zu leiden

hatte. Wiederholt reichte er daher bei der Regierung Beschwerden ein, und schließlich wandte er sich unter dem 12. März 1832 mit einer „Wiederholten Beschwerde der Redaktion des „Hochwächters gegen das Zensur-Verfahren" direkt an den König. Nachdem er sein Leid geklagt, fuhr er fort: „Bei solcher, auch für den ruhigsten Mann unerträglichen Willkür kann ich nur mit Mühe mich noch erinnern, einem konstitutionellen Staate anzugehören, und es wird mit mir jeder Vaterlandsfreund nicht ohne den tiefsten Schmerz die Verhöhnung fühlen, welche hierdurch täglich an dem edelsten Rechte des menschlichen Geistes, an der durch die Verfassung verliehenen Preßfreiheit ungestraft verübt wird . . . Das von mir redigierte Volksblatt hat keinen andern Zweck, als der Sache der Wahrheit in ungeschminkter Form innerhalb der Grenzen des Gesetzes zu dienen und jede andere Absicht, welche mir zur Verdächtigung meines Strebens vorgeworfen wird, weise ich als rein verleumderisch zurück. Dieses Bewußtsein legt mir aber auch die heilige Pflicht auf, bei der höchsten Landesbehörde gegen jenes verfassungswidrige Verfahren wiederholt zu protestieren und Eure Königl. Majestät um Herstellung des durch das Landesgrundgesetz garantierten Rechtszustandes untertänig zu bitten."

Einen Erfolg erzielte aber diese Beschwerde nicht, so daß auch die Nachfolger Lohbauers, besonders der vielbewanderte Friedrich Seybold (geb. 1784, gest. 1843), schwer unter den Drangsalen der Zensur zu leiden hatten.*) Immerhin gelang es Seybold, der die Redaktion von 1837 bis 1843 führte, das Blatt

---

*) Durch einen originellen Einfall ist der vom Zensor gestrichene Text des „Hochwächters" erhalten geblieben. Lohbauer sammelte die vom Zensor durchgearbeiteten Fahnen und gab sie mit genauer Kennzeichnung des Gestrichenen und mit Erläuterungen in Baden (bei K. F. Katz in Pforzheim, 1832 [muß wohl heißen 1833]) in einem Quartbande unter dem Titel „Der Hochwächter ohne Zensur" heraus, oder stellte sie vielmehr, wie er sich ausdrückte, „vor die Gerechtigkeit des Volkes". Ein Vorwort, das ganz in dem gehobenen Tone der damaligen Zeit gehalten ist, beginnt mit den Sätzen: „Sei mir gegrüßt, deutscher Leser, deutsche Leserin des ‚Hochwächters', die ihr treu mit mir durch die matte, tote, weißschimmernde Nebel-Nacht des schmach-

beständig weiter zu entwickeln und dessen Ansehen und Einfluß zu steigern. Trotzdem schloß er seine letzte Neujahrsbetrachtung 1843 mit den bekümmerten Worten: „Im allgemeinen ist in Württemberg nirgends die Frische, die Lebendigkeit und Teilnahme an allgemeinen Interessen zu gewahren, durch welche allein ein Fortschritt erzielt werden kann; vor allem nirgends auch nur eine Spur von Begeisterung für eine Idee. Alles ermattet, alles erstorben. Jeder lebt für sich in seinem Schneckenhause. Das württembergische Volk wird zwar im Laufe des kommenden Jahres neue Gelegenheit erhalten, durch die bevorstehenden landständischen Wahlen und die Vertreter, die es sich aussucht, seine Teilnahme an der Sache des Vaterlandes zu bezeugen; aber wir wagen kaum zu hoffen. Fast mehr Vertrauen setzen wir auf die bevorstehende Erbauung der Eisenbahnen auch in Württemberg, durch deren Vermittlung wir einen allmählichen Umschwung der Dinge, namentlich vorerst eine Erleichterung der Presse hoffen. So aber, wie jetzt noch im allgemeinen die Dinge stehen, ist der ‚Beobachter‘ so weit entfernt, seinen Lesern, wie's Sitte ist und Brauch, zum Neuen Jahre zu gratulieren, daß er vielmehr auch diese Gelegenheit nicht vorübergehen läßt, ihnen feierlichst zu kondolieren.“

Mit viel leichterem Gepäck erschien das „Neue Tagblatt“. Es wollte seinen Lesern nicht das Herz schwer machen ob des Jammers der Zeit, sondern sie freundlich unterhalten und womöglich vergnüglich stimmen. Die leidige Politik wurde darum auf ein Minimum zurückgedrängt und der Unterhaltung der größte Raum gegönnt. In den ersten Jahrgängen erhielt die Erzählung sogar die bevorzugte Stelle auf der ersten Seite, wo jetzt die Leitartikel ihren Platz haben. Gründer des Blattes war der ge-

vollsten aller Zustände auf Erden, der Zensur, gewandelt seid; seid mir gegrüßt in frischer Luft, seid mir gegrüßt im schönen roten Lichte der Fackeln, die hier ihre Strahlen weit hin versenden. Denn Nacht ist es noch, aber die Nacht, die man erleuchten kann, die helle Nacht, über der die Sterne der Hoffnung stehen, die klare Nacht, aus der dort die allstrahlende Sonne her auftauchen wird.“ Der dann beigebrachte vom Zensor gestrichene Text bietet allerdings ein grauenvolles Zeugnis bornierter Gewalttätigkeit dar.

schäftsgewandte Buchdrucker Friedrich Müller (geb. 1803, gest. 1857) und erster Redakteur der vielseitig gebildete und mit Humor begabte Dr. G. F. Correck, ein früherer bayrischer Offizier, der leider schon 1845, erst 32 Jahre alt, einem Lungenleiden erlag. Die erste Nummer des „Neuen Tagblattes" erschien am 24. Dezember 1843 und zeigte gleich in ihrem „Prospektus", mit welcher muntern Keckheit, der ein reichlicher Tropfen Eulenspiegelei beigemischt war, die Redaktion aufzutreten gedachte. „Da wir soeben aus Indien eine Erbschaft von mehreren Millionen erwarten, so machen wir uns eigentlich bloß das Vergnügen daraus, das Publikum mit unserem Christgeschenk zu beglücken, und sobald jene Millionen eintreffen, werden wir unser Blatt mit Vergnügen ganz umsonst geben. Vorläufig kostet es monatlich nur neun Kreuzer bei allwochentäglichem Erscheinen. Neun Kreuzer sind ja gegen den ‚Beobachter' und ‚Verkündiger' ein wahres Spottgeld! Wir werden für diese neun Kreuzer verkündigen und beobachten, was noch nie verkündigt und beobachtet worden ist, und gewiß Horrendes leisten! Wir werden alle Zwerchfelle erschüttern, um unseren Lesern zugleich den Doktor zu ersparen. Kurz wir werden das Unmögliche ganz gewiß möglich machen. Da es uns gelungen ist, Abonnenten aus der Erde zu stampfen, so wird unser Blatt bald das gelesenste des ganzen Erdbodens sein, und man wird es nicht allein bei Marquardt, Hermann und Bubeck (Cafés in Stuttgart), sondern auch in jedem nur einigermaßen kultivierten Hotel von Otaheiti finden. Alles, was unsere ehrenwerten anderen Mitwettrenner versprechen, das werden wir bei Anstellung von zirka 20 Redakteuren nicht bloß halten, sondern weit überflügeln. Durch den Besitz bereits oben erwähnter, aus Indien geerbter Millionen werden wir uns nach deren Ankunft nächstens in den Stand gesetzt sehen, alle brauchbaren Beiträge ganz enorm hoch zu honorieren. Druck und Papier sollen jeden anlachen, damit sich gute Witze desto besser und selbst schlechte gut ausnehmen."

Dieser Ton gefiel, und das Blatt fand Beifall. Auch die wichtigen Inserate stellten sich ein, so daß bereits am 1. Juli 1844 das kleine Format (Großoktav) vergrößert werden konnte. In

den nächsten Jahren weitete sich dann die Zeitung noch mehr und wurde schließlich ein allbeliebtes Blatt, das sich über ganz Württemberg verbreitete.*)

Von den Tagesblättern, die sonst noch in den übrigen Städten Württembergs erschienen, seien schließlich nur die beiden Ulmer Zeitungen genannt, die „Ulmer Schnellpost“, von Ernst Nübling 1837 gegründet, und die „Zeitinteressen“, ein von Dr. P. L. Adam vortrefflich redigiertes Bürgerblatt.

Ganz besonders trübselig sah es in den Jahren von 1830 bis 1848 in Bayern aus. Nachdem 1830 für kurze Zeit eine etwas größere Freiheit gewährt worden war, trug die Regierung schon zu Beginn des Jahres 1831 Sorge, das freie Wort wieder möglichst zu beschränken, und ließ daher am 28. Januar 1831 eine strenge Zensur-Verordnung erscheinen. Nach dieser Verordnung sollte sich künftig die Zensur nicht nur auf diejenigen Artikel politischen und statistischen Inhalts erstrecken, welche „sich auf äußere Staatsverhältnisse und auf das Wirken der Staatsgewalt und ihrer Organe hinsichtlich der Ausübung der äußeren Regierungsrechte beziehen,“ sondern sie sollte auch bei denjenigen Artikeln ausgeübt werden, die von innern Regierungs-Angelegenheiten handeln. Und um hier dem „rechtswidrigen Mißbrauch“ der Freiheit der Presse durchaus rechtskräftig zu begegnen, solle der Druck aller Aufsätze untersagt werden: „1) Wenn darin Nachrichten über persönliche und Familien-Verhältnisse des Monarchen oder der Mitglieder des k. Hauses gegeben, die weder durch unmittelbare amtliche Mitteilung, noch durch die vorausgegangene Bekanntmachung in einem als offiziell anerkannten Blatte verbürgt erscheinen, 2) wenn in denselben notorische Unwahrheiten oder erdichtete Nachrichten von zu erwartenden Regierungsmaßregeln enthalten sind, welche Täuschung oder Aufregung zur Folge haben können, 3) wenn durch die Bekanntmachung irgend ein im Königreich bestehendes Strafgesetz übertreten und eine in Verbrechens-, Vergehens- oder Polizei-Übertretungsgrade strafbare

---

*) Prof. Adolf Müller-Palm, Zum 50jährigen Jubiläum des Neuen Tagblatts. Stuttg. 1893.

Handlung begangen werden würde." Dieser Punkt wurde dann noch näher bestimmt.

Gegen diese Verordnung erhob sich ein Sturm des Unwillens im Lande. Aus den Städten Nürnberg, Fürth, Bamberg, Würzburg, Kempten u. a. gingen Beschwerden wegen Verfassungsverletzung bei den Ständen ein, und als diese am 20. Febr. 1831 zusammengetreten waren, erklärte der fünfte Ausschuß der Kammer diese Beschwerden für begründet, und der Referent des Ausschusses stellte sogar den Antrag, den Minister von Schenk, der die Zensur-Verordnung zu vertreten hatte, wegen vorsätzlicher Verfassungs-Verletzung in den Anklagestand zu versetzen. In den Debatten, welche sich darauf in der Kammer entspannen, wandte sich die Opposition hauptsächlich gegen die Bestimmung, daß die Regierung von jetzt ab, entgegen der früheren Gesetzgebung und bisherigen Übung, auch alle diejenigen Artikel mit Zensur belegen wolle, die nur innere Angelegenheiten des Königreichs behandeln, und sie wußte diese Beschränkung der Presse so klar vor Augen zu führen, daß die Kammer am 18. Mai mit 96 gegen 29 Stimmen den Beschluß faßte: „Die Beschwerde wegen Verfassungs-Verletzung durch die Zensur-Verordnung vom 28. Januar 1831 ist begründet und der Monarch auf verfassungsmäßigem Wege um geeignete Abhilfe zu bitten." Von einer förmlichen Anklage wegen vorsätzlicher Verfassungs-Verletzung wurde dagegen Umgang genommen. Immerhin sah sich der Minister von Schenk gezwungen, seine Entlassung zu nehmen, welche vom König Ludwig I. unter Ausdrücken der allerhöchsten Zufriedenheit gewährt wurde. Dem Beschlusse der Kammer entsprach die Regierung aber dadurch, daß sie unter dem 12. Juni 1831 im Regierungsblatte eine königliche Verordnung brachte, welche die Zensur-Verordnung vom 28. Januar 1831 außer Wirkung setzte.

Mittlerweile hatte der Nachfolger des Herrn v. Schenk, der Staatsrat von Stürmer, dem Landtage bereits eine Vorlage über ein umfassendes Preßgesetz gemacht. Sie bestand 1. aus dem Entwurfe eines Ediktes über die Freiheit der Presse und des Buchhandels, 2. aus dem Entwurfe eines Gesetzes über die Zensur, 3. aus dem Entwurfe eines Gesetzes über die Polizei

der Presse und ihrer Erzeugnisse, 4. aus dem Entwurfe eines Gesetzes über die Vergehen und Verbrechen durch den Mißbrauch der Presse und ihrer Erzeugnisse, 5. aus dem Entwurf eines Gesetzes über das Verfahren gegen Übertretungen, Vergehen und Verbrechen durch den Mißbrauch der Presse und ihrer Erzeugnisse und 6. aus dem Entwurfe eines Gesetzes über die Bildung der Geschworenen-Gerichte.

Nach dem Inhalte dieser Gesetzentwürfe sollte die Zensur für die innern Angelegenheiten ganz aufgehoben werden und an deren Stelle ein vollständiges Repressivsystem treten, demzufolge die Herausgeber politischer Blätter zur Erlegung einer Kaution angehalten, Vergehen und Verbrechen aber, welche durch die Presse begangen würden, durch Geschworenengerichte in öffentlicher Sitzung abgeurteilt werden sollten. Für die auswärtigen Verhältnisse sollte die Zensur dagegen nach den Bestimmungen der Bundesgesetze auch fernerhin beibehalten werden.

Diese Vorlage rief in beiden Kammern lange, mit großem Eifer geführte Diskussionen hervor, die aber leider zu keinem Ergebnis führten. Ganz besonders beanstandet wurde die Beibehaltung der Zensur in betreff der auswärtigen Verhältnisse, welche die Kammer der Abgeordneten nicht geradezu durch ein neues Gesetz für immer sanktionieren wollte. Sie hatte deshalb beantragt, daß sich die Regierung innerhalb eines gewissen Zeitraums von der Verbindlichkeit der Karlsbader Beschlüsse lossagen und mit Aufhebung aller und jeder Zensur das gesetzliche Repressiv-System auch auf die auswärtigen Beziehungen ausdehnen möchte. Dieser Antrag wurde aber von der Kammer der Reichsräte verworfen und statt dessen nur der Wunsch aufgenommen, daß die Regierung dahin wirken möge, die Hindernisse zu beseitigen, die der gänzlichen Aufhebung der Zensur noch entgegenständen.

Hätte sich die Kammer der Abgeordneten in ihren Wünschen etwas beschränkt; hätte sie sich zunächst mit dem begnügt, was zu erreichen war, so wäre gewiß eine Verständigung erzielt worden: so aber sahen sich schließlich die beiden Kammern genötigt, an die Krone die Erklärung abzugeben, daß sie sich über die Fassung der ersten vier Entwürfe nicht vereinigen könnten, und daß nur hin-

sichtlich des fünften und sechsten ein gemeinschaftlicher Beschluß zwischen ihnen zu Stande gekommen sei. Hierauf enthielt der Landtags-Abschied die Erklärung: „Nachdem sich die beiden Kammern hinsichtlich dieser vier Preßgesetzentwürfe nicht vereinigt haben, so können Se. Majestät auch dem von den Ständen übergebenen Gesamtbeschluß der andern zwei Entwürfe die königliche Genehmigung nicht erteilen" — und Bayern stand nach all' den langwierigen Verhandlungen nun wieder auf demselben Standpunkte, wo es vor dem 28. Januar 1831 gestanden hatte.

Immerhin war durch die Debatten vieles geklärt worden, und zugleich hatte die Regierung zur Genüge die ganze heftige Abneigung des Volkes gegen die Zensur kennen gelernt. Und darum ließ es sich denn auch der Fürst Ludwig von Öttingen-Wallerstein, der mit dem Beginn des Jahres 1832 an die Spitze des Ministeriums des Innern getreten war, sichtlich angelegen sein, die Schranken, die der Zensur in Bezug auf die innere Politik gesteckt waren, zu respektieren. Den strengen Maßregeln gegenüber, die die Bundesversammlung im Jahre 1832 gegen die Presse in Anwendung brachte, versuchte er natürlich keine mildernde Abschwächung, so daß auch Bayern die ganze tief einschneidende Wirkung dieser Bundesbeschlüsse zu verspüren hatte.

Unter diesen Umständen war es denn ganz natürlich, daß die bayrische Presse nur wenig von den verbrieften Freiheiten Gebrauch machte, sich kaum zu größerer Regsamkeit erhob. Nachdem sich 1830 einige Blätter zu einem kühneren Fluge emporgeschwungen hatten und dann 1832 von der ganzen Wucht der Beschlüsse des Bundestages getroffen worden waren, griff wieder die alte Zaghaftigkeit und Ängstlichkeit der früheren Jahre um sich. Daran konnte auch ein „Deutscher Verein zur Unterstützung der freien Presse" nichts ändern, der 1832 von den drei Juristen Schüler, Savoye und Geib in Zweibrücken gegründet wurde und die Absicht hatte, „für die freieste Entwicklung patriotischer Gedanken, zur Förderung des Wohls der deutschen Völker, die Unterstützung der ganzen Nation in Anspruch zu nehmen." Seine Stimme verhallte wirkungslos, und es machte sich aufs neue in ganz Bayern — abgesehen von der Augsburger

„Allgemeinen Zeitung“, die auch von der Regierung stets mehr als Weltblatt, denn als bayrische Zeitung angesehen und behandelt wurde — jener kleinliche, in sich geduckte spießbürgerliche Sinn bemerkbar, der immer die Frucht der Unterdrückung ist. Doch wurde dieser Zustand nirgends als all' zu drückend empfunden; man bewegte sich ja in gesetzlich geregelten Verhältnissen und kam nicht all' zu oft mit der Regierung in Konflikt. Das änderte sich aber im Jahre 1837 mit dem Rücktritt des Fürsten Ludwig von Öttingen=Wallerstein und der Ernennung des Herrn von Abel zum Minister des Innern ganz unerwartet sehr wesentlich. Der neue Minister setzte alsbald eigenmächtig die bestehende Preßfreiheit für die innern Angelegenheiten stillschweigend außer Kraft und führte auch für die innere Politik den Zensurzwang ein. Doch nirgends wurde diese neue Zensur nach allgemein gültigen Normen, sondern überall nach geheimen Instruktionen ausgeübt, die, nach Zeit und Ort fortwährend wechselnd, die grenzenloseste Willkür in ihrem Gefolge hatten. Dieser Zustand machte jede Erörterung über die innern Angelegenheiten, jede freie Meinungsäußerung über das Verwaltungssystem, sowie über einzelne Maßregeln desselben zu einer Unmöglichkeit. Doch diese äußerste Zensurstrenge genügte noch nicht; der Minister von Abel erfand auch die Nachzensur für auswärtige deutsche Blätter und das Verbot des Postdebits, das einerseits dazu dienen mußte, die auswärtige Presse einzuschüchtern, andererseits aber solche einheimischen Blätter, welche trotz der strengen Zensur eine mißliebige Richtung anzunehmen schienen, oder gegen die man aus andern Gründen eine nachdrückliche Strafe verhängen wollte, empfindlich zu züchtigen. Da es zur Herausgabe eines Blattes in Bayern einer Erlaubnis der Regierung verfassungsmäßig nicht bedurfte und die Unterdrückung eines solchen nur durch ein richterliches Urteil erfolgen konnte, so war ein Verbot, wodurch den königlich bayrischen Posten die Beförderung eines Blattes untersagt wurde, ein Nebenweg, auf dem der Minister der Unterdrückung ziemlich nahe kam. Daß er sich dabei in grellen Widerspruch mit dem Geiste der Verfassung setzte, focht den Herrn Minister wenig an. Doch nicht nur das; Herr von Abel suchte sich auch dieselbe

Presse, die er hier mißhandelte und knechtete, dort zu seinen Zwecken dienstbar zu machen. „So wurde," berichtet A. Rauch, dessen Darlegungen wir hier zum Teil folgen,*), „auf ein größeres Blatt durch Einschüchterung und allerlei andere Mittel eingewirkt, daß es sich zur Verteidigung eines Systems herbeiließ, das es aus freiem Antriebe sicherlich nicht zu dem seinigen gemacht haben würde. Die übrigen bayrischen Blätter, denen es an Gesinnungstüchtigkeit und Einsicht mangelte, trompeteten dem größeren Organe nach, und nur wenige wußten sich in ein ehrenvolles Schweigen zu hüllen. Auf diese Weise gelang es, die Presse und die öffentliche Meinung, so weit sie nicht auf eigenen Füßen ging, vollständig zu korrumpieren. Dort aber, wo man mit diesen Mitteln nicht ausreichte, in den untern Schichten der Gesellschaft, wurden auch noch andere Hebel zu demselben Zwecke in Bewegung gesetzt."

Dieser unwürdige Zustand blieb bis über die Mitte der vierziger Jahre hinaus bestehen. Im Landtage war die liberale Opposition durch Urlaubsverweigerungen stark geschwächt worden, so daß einige Versuche zu Gunsten der Presse ganz wirkungslos blieben. Ein 1841 gestellter Antrag auf Veröffentlichung der Zensur-Instruktionen fand nur geringe Unterstützung, so daß der Minister von Abel, der einst 1831 die Zensur eine „morsche Krücke schwacher Regierungen" genannt hatte, jetzt eine geharnischte Lobrede auf sie hielt, das Anathem gegen die Presse schleuderte, sie mit dem Namen einer „feilen Buhldirne" brandmarkte, und alle Anträge auf deren Erleichterung mit schneidender Kürze, ja mit Hohn zurückwies. Endlich wurde der allgemein gehaßte Minister im August 1846 gestürzt; es riß jetzt aber durch das skandalöse Treiben der spanischen Tänzerin Lola Montez eine solche Korruption in Bayern ein, daß mit dem provisorischen Ministerium Zu-Rhein, Maurer und Zenetti keine Änderung des Systems herbeigeführt wurde. Der Landtag spielte dabei nach wie vor eine klägliche Rolle und erregte im Lande eine allgemeine Mißstimmung. Eine Adresse, die viele Bürger der Pfalz an die Ständeversammlung richteten, und in der sie um Aufhebung der

*) Schicksale und Zustände der bayrischen Presse. Bamberg 1847.

Zensur und um Wiederherstellung der Preßfreiheit baten, wagten die Abgeordneten nicht zu vertreten. Diese Haltung der Kammer änderte sich auch nicht, als 1847 das Ministerium Wallerstein, Berks, Beisler und Heeres, das sog. Lola-Ministerium, an's Ruder kam. Zwar wurde die Zensur eine Zeitlang etwas milder gehandhabt, aber diese Milderung war ihrem Umfange nach nicht geeignet, auch nur den billigsten Anforderungen zu genügen; vielmehr hatte es — wie A. Rauch meint — den Anschein, als ob man augenblicklich nur deshalb eine freiere Bewegung gestatte, weil man der Presse bedurfte, um sich der zahlreichen Angriffe erbitterter Gegner mit ihrer Hilfe zu erwehren; denn mit eben dem Maße, als die Angriffe schwächer wurden, trat auch wieder ein strengeres Verfahren gegen die politische Tagespresse ein. So war es nicht gestattet, die Verwaltungsmaßregeln anders als in lobendem Sinne zu besprechen, und selbst sehr bescheiden ausgesprochene Wünsche wurden in der Regel nicht zugelassen. Wie einfältig bisweilen die Zensur gehandhabt wurde, möge nur das eine Beispiel zeigen: Während des polnischen Aufstandes waren die Zensoren natürlich russisch gesinnt. Der Redakteur einer Münchener Zeitung hatte den Bericht über ein kleines Treffen aufgenommen, bei welchem die Polen sechs Kanonen erbeutet hatten. Der Zensor strich jedoch die sechs aus und setzte dafür zwei. Zur Erläuterung schrieb er an den Rand „Zwei sind auch genug."

Auch weiterhin wurde die Zensur nach geheimen, stets wechselnden Instruktionen ausgeübt, so daß der Schriftsteller höchstens aus den Zensurstrichen abnehmen konnte, was erlaubt und was verboten war. Auch die Nachzensur bestand noch immer für eine Anzahl auswärtiger deutscher Blätter fort, und Beschlagnahmen auf der einen und maßlose Abstriche auf der anderen Seite legten Tag für Tag von der Tätigkeit einer kleinlichen und überängstlichen Zensur Zeugnis ab, einer Zensur, die jede freiere Meinungsäußerung, jeden freien Aufschwung mit unnachsichtlicher Strenge hemmte und unterdrückte. „Das ist gegenwärtig," so schließt A. Rauch seine Klage über die traurige Lage des bayrischen Zeitungswesens, „der Zustand der Presse in dem konstitu-

tionellen Bayern, in demselben Bayern, dessen Schwerpunkt in dem Fortschritte, dessen Ansehen und Macht in der Stellung beruht, die es in der öffentlichen Meinung von Europa und Deutschland einzunehmen weiß. Vergleicht man damit die Art, wie in Baden, Preußen, ja selbst in Württemberg und Sachsen die Zensur gehandhabt wird, so fällt das Ergebnis entschieden zu unserem Nachteil aus."

Dem allgemeinen stürmischen Verlangen nach größerer Freiheit entsprach dann allerdings das Ministerium am 16. Dezember 1847 insoweit, als es die Presse für innere Angelegenheiten wieder freigab; dieser Schritt kam aber, wie viele andere, zu spät; das ganze politische Leben war mittlerweile in einen solchen Wirrwarr geraten, daß, als nun in Frankreich im Februar 1848 die Revolution ausgebrochen war, auch in Bayern die Katastrophe nicht mehr aufgehalten werden konnte.

Unter diesen Umständen war es in den dreißiger und vierziger Jahren ganz unmöglich, daß sich in Bayern eine irgendwie hervorragende Presse — die Cottasche Zeitung natürlich ausgenommen — entwickeln konnte. Alle Zeitungen blieben unbedeutend, und weder das Volk, noch die Regierung kam über die politische Unreife hinaus. Die letztere zeigte denn auch in den gegebenen Fällen stets eine wahrhaft kindliche Ungeschicklichkeit.

Aus der ganzen Periode der achtzehn Jahre kann mithin nur die kurze Zeit der Bewegung von 1830 bis 1832 eine etwas eingehendere Betrachtung beanspruchen, weil hier einmal mit elementarer Wucht die nationalen Wünsche zum Ausdruck kommen und einige Blätter zu lebhaften Fürsprechern dieser Wünsche werden. An der Spitze dieser Zeitungen stand Wirths „Tribüne".

Für die Leitung eines solchen Blattes brachte Wirth den ganzen, oftmals überschäumenden Enthusiasmus des streitbaren Patrioten mit. August Wirth war ein leichtentzündbarer Oberfranke; er wurde am 20. Nov. 1798 zu Hof geboren, studierte die Rechte und schrieb zunächst verschiedene, nationalökonomische Fragen behandelnde juristische Werke, die in Fachkreisen geschätzt wurden und auch die Aufmerksamkeit Cottas auf sich zogen. Dieser erinnerte sich denn auch der jungen, vielversprechenden

Kraft, als er 1830 von der bayrischen Regierung veranlaßt wurde, in München eine Zeitung herauszugeben, durch die volkswirtschaftliche und soziale Reformen besprochen und eingeleitet werden sollten. Denn die Julirevolution hatte auch in Bayern eine liberale Strömung hervorgerufen, und der freisinnige Graf Armansperg war das tatsächliche Haupt des Ministeriums geworden. Die neue Zeitung, das „Inland“ genannt, sollte ihm jetzt als Stütze dienen. Wirth folgte dem Rufe Cottas gern; es verlangte ihn längst, lebhafter am Leben der Gegenwart teil zu nehmen und womöglich bestimmend einzugreifen; er siedelte daher zu Anfang des Jahres 1831 nach München über und begann mit allem Eifer für eine freiheitliche Bewegung im Staate einzutreten. Allein bald gelang es der gegnerischen Seite, die liberale Strömung wieder zu stauen, und Wirth glaubte sogar annehmen zu müssen, er sei nur benutzt worden, die öffentliche Meinung zu täuschen. Jedenfalls war es mit den liberalen Neigungen in den maßgebenden Kreisen bereits vorüber, und Cotta erhielt, als er besorgt nach München kam, den Bescheid, der König lasse ihm wegen der Haltung des „Inlandes“ seine Ungnade bezeigen. Diese Eröffnung nahm nun Cotta zwar nicht so ohne weiteres hin; er wandte sich sogar direkt an den König Ludwig und erklärte in seinem Schreiben, daß das Blatt lediglich die mit der Regierung vereinbarte Richtung eingehalten und der Zensor, der eine Abweichung von dem der Regierung genehmen Wege hätte rügen müssen, nichts beanstandet habe*) — es war aber nichts mehr zu erreichen; das „Inland“ hörte auf zu erscheinen, und Wirth gründete nun in Gemeinschaft mit Friedrich Sonntag ein neues Blatt „Die Deutsche Tribüne“, das alsbald der Mittelpunkt der heftigsten Opposition gegen die Regierung wurde. Die erste Nummer kam am 1. Juli 1831 heraus und erregte sofort Aufsehen durch ihren bestimmten Ton, und alle weiteren Nummern steigerten beständig das allgemeine Interesse; das Blatt hatte einen wahrhaft phänomenalen Erfolg. Von Anfang an

*) Das Schreiben ausführlich bei A. Schäffle, Cotta. Berlin 1895, S. 184 u. f.

standen die inländischen Angelegenheiten im Mittelpunkte der Erörterung, im Gegensatz zu den anderen Zeitungen, die meist mit den Nachrichten aus Frankreich begannen und diesen den weitaus größten Raum widmeten. Die in schwungvoller Sprache und mit einer warmen patriotischen Begeisterung geschriebenen Leitartikel traten für die Reform der innern Zustände ein und kämpften gegen die Willkür der oberen und unteren Staatsorgane. Dabei wurde beständig die Achtung vor der Verfassung betont und auf die unveräußerlichen Rechte der deutschen Nation hingewiesen. Im einzelnen erklärte sie sich besonders für die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen und die Einführung der Geschworenen-Gerichte, und in ihrer № 35 sprach sie unumwunden die Überzeugung aus, daß das einzige Mittel, Deutschland aus seiner Erniedrigung emporzuheben, in der Einführung einer gemeinsamen Nationalrepräsentation mit konstitutionellem Prinzipe bestehe. Diese Forderungen, berichtet Max Wirth,*) und die energische und glühende Sprache, in welcher sie gestellt wurden, machten einen ungeheuren Eindruck. Bald waren die Augen aller Volksfreunde in ganz Deutschland auf die „Deutsche Tribüne" wie auf eine Standarte im Vordertreffen gerichtet. Gleichzeitig erregte die Zeitung aber auch das größte Mißfallen der bayrischen Regierung, und sie wies ihren Zensor an, seines Amtes der „Tribüne" gegenüber mit größter Strenge zu walten. Darauf gab es beständig große Striche in den Artikeln, was den Redakteur immer recht schmerzlich traf. Doch er suchte die Klippen durch edle Form der Sprache und Urbanität des Ausdrucks zu umschiffen. Allein es war nicht die Form, an der der Zensor Anstoß nahm, sondern der Inhalt. Das Streichen dauerte also unbarmherzig fort, und nun griff Wirth in seinem feurigen Temperamente, indem er sich auf sein verfassungsmäßiges Recht berief, zu einem Verteidigungsmittel, das bis dahin noch niemand anzuwenden gewagt hatte, ja, welches bei der damaligen Verzagtheit der politischen Charaktere vielleicht nicht einmal jemandem in den Sinn

*) Ernste und frohe Tage. Erlebnisse und Streifzüge von Max Wirth. Köln 1884, S. 19 ff.

gekommen war — er ließ die von dem Zensor gestrichenen Artikel dennoch abdrucken! Über diese unerhörte Verwegenheit war die Staatsbehörde anfangs so verblüfft, daß sie nicht sofort zu Repressivmaßregeln griff, sondern zunächst Instruktionen einholte, über die selbst die Regierung erst nach längerer Beratung schlüssig wurde. Man entschloß sich, es zunächst mit gütlichen Mitteln zu versuchen, und der Ministerialrat Joseph von Hormayr, der bekannte Historiker, wurde zur Vermittlerrolle auserſehen. Es wurde eine besonders milde Behandlung zugesagt, wenn sich die „Tribüne“ nur der Zensur unterwerfe. Wirth hatte aber so wenig Vertrauen, daß er von Zensur durchaus nichts mehr wissen wollte. Nun mengte sich der General von Heydegger in die Angelegenheit; er suchte Wirth einzuschüchtern und begann einen öffentlichen Briefwechsel über Fragen der Militärverwaltung und des Militärbudgets, in welchem es schließlich so hitzig zuging, daß es zu einem Duell kam. Der Zweikampf verlief aber unblutig, und nun schritt die Regierung mit polizeilichen Geldstrafen gegen Wirth ein. Dieser zahlte jedoch die Strafen nicht und setzte passiven Widerstand entgegen, indem er sich ruhig pfänden ließ. Bei wiederholter Publikation gestrichener Artikel verdoppelte die Polizei die Geldbuße, so daß diese bereits nach wenigen Wochen eine unerschwingliche Höhe erreichte, bevor es noch zur Ausführung der Exekution gekommen war. Da brachte die „Tribüne“ eines schönen Tages einen Artikel, in welchem nachgewiesen wurde, daß das Ministerium ein Mittel gefunden habe, um die bayrische Staatsschuld in Jahr und Tag zu decken. Sie brauche nur mit der angeordneten jedesmaligen Verdoppelung der Geldstrafen in der begonnenen Weise fortzufahren. Das Gelächter war allgemein, und die bayrische Regierung griff zu andern Mitteln, ohne auch nur den Versuch zu machen, die Geldstrafen einzutreiben. Zunächst wandte sie sich an den Drucker und suchte ihn zu bestimmen, den Abdruck vom Zensor gestrichener Artikel zu verweigern, hatte dabei aber keinen Erfolg, und nun ging sie abermals gegen Wirth vor und verhängte über ihn Gefängnisstrafen, für jeden Abdruck eines vom Zensor gestrichenen Artikels vierundzwanzig bis achtundvierzig Stunden Haft. Darauf saß Wirth, da er sein Ver-

fahren nicht änderte, in jeder Woche mehrere Tage in Arrest. Dieses tragi-komische Schauspiel dauerte bis in den Herbst hinein. Dabei sei bemerkt, daß Wirth keineswegs revolutionäre Absichten hatte, vielmehr von aufrichtiger konstitutioneller Gesinnung beseelt war, jedoch als starrer Idealist alles daransetzen wollte, um die Unverletzlichkeit der Verfassung zu erringen. Zu diesem Zwecke wollte er gewissermaßen für die Gerechtigkeit seiner Sache Zeugnis ablegen. Er wollte in dem allgemeinen Zustande der politischen Indolenz, Verzagtheit und Unterwürfigkeit des deutschen Volkes ein Beispiel des Mutes geben, um die Bevölkerung nach und nach dahin zu bringen, daß sie sich ermanne, zur Anwendung aller gesetzlichen Mittel für die Verteidigung ihrer verfassungsmäßigen Rechte sich aufraffe. Doch wurde ihm hierzu in seiner nächsten Umgebung, in München, wenig Unterstützung zuteil. Wohl erhielt er von auswärts, aus allen Gegenden Deutschlands viele Beweise der Sympathie und der Zustimmung, in der bayrischen Hauptstadt dagegen fand sein Auftreten wenig Beifall; nur einige Mitglieder der liberalen Partei des Landtages, insbesondere Friedrich Schüler, traten für ihn ein; die übrige Bevölkerung Münchens war nicht fähig, seinem Gedankenfluge zu folgen, betrachtete ihn mit Mißtrauen, schickte ihm Drohbriefe und beschimpfte ihn auf offener Straße. „Das ist der, der unserer gnädigen Obrigkeit den Gehorsam aufkündigt!“ sagte man, auf ihn weisend.

Wirth siedelte daher gegen Ende des Jahres 1831 mit seinem Blatte nach der bayrischen Rheinpfalz über, wo eine aufgewecktere und politisch regsamere Bevölkerung saß und die freiere französische Gesetzgebung mit den Schwurgerichten seinen Bestrebungen zur Seite stand. Er wählte Homburg bei Zweibrücken, ein kleines Städtchen, das aber an der wichtigen Kaiserstraße Paris—Mainz lag, so daß er die Pariser Nachrichten sehr rasch erhalten konnte. Eine Druckerei besaß das Städtchen jedoch nicht; es traten daher mehrere patriotische Aktionäre zusammen, die für die „Tribüne“ eine eigene Druckerei errichteten und diese auch mit einer damals noch seltenen Schnellpresse von König & Bauer ausrüsteten. Am 18. Dezember 1831 wurde die letzte Münchener Nummer der „Tribüne“ ausgegeben, und am 1. Januar 1832

erschien die erste Nummer in Homburg. Damit begann eine buntbewegte Episode von dramatischer Lebendigkeit. Durch das frisch-fröhliche rheinfränkische Wesen angeregt, wurde Wirth rasch immer kühner und gab seiner Begeisterung für Recht und Freiheit in den Leitartikeln der „Tribüne“ in überschäumender Beredsamkeit Ausdruck. Natürlich ließ er auch nach wie vor die Striche des Zensors unbeachtet. Im Umsehen wurde er der populärste Mann der weiten Umgegend; sobald er das Haus verließ, umjubelte ihn die Jugend und begleitete ihn mit Hochrufen. Die Auflage der „Tribüne“ stieg unter diesen Verhältnissen in wenigen Wochen um viele Tausende. Aber diese Herrlichkeit sollte nur von kurzer Dauer sein; schon Mitte Februar 1832 wurde der „Tribüne“ der Postdebit entzogen; ein sehr schwerer Schlag. Doch suchte Wirth sich dadurch zu helfen, daß er für die nähere Umgebung ein Botennetz organisierte und für weitere Entfernungen das Blatt unter Siegel versandte. Dadurch wurde der Schädigung durch die Postdebitentziehung einigermaßen begegnet; als jedoch die Regierung das bemerkte, schritt sie zu weiteren Gewaltmaßregeln und ließ die Druckerei der „Tribüne“ versiegeln. Dadurch nahm dieses merkwürdige Preßorgan ein unerwartetes Ende. Wie ein Meteor war es glänzend aufgestiegen, und ganz wie ein solches erlosch es auch plötzlich. Am 18. März erschien die letzte Nummer. Gleichzeitig wurde Wirth wegen Hochverrats, begangen durch Zeitungsartikel, festgenommen und vier Wochen in Zweibrücken in Haft behalten. Dann kam es zwar zu einer Freisprechung, doch konnte sich der Vielverfolgte nicht entschließen, die journalistische Tätigkeit in irgend welcher Weise wiederaufzunehmen. Dem politischen Leben blieb er aber treu und geriet dadurch noch in mannigfache Verwicklungen, bis er 1848 nach Frankfurt ins Parlament gewählt wurde, wo er jedoch mitten in den Beratungen am 26. Juli starb.

Dieselben Ideale, wie Wirths „Tribüne“, verfocht auch der „Westbote“ zu Oggersheim, herausgegeben von Dr. Phil. Jac *Siebenpfeiffer*. Doch verfügte dieser nicht über den stolzen, kraftvollen Schwung und die schmetternden Trompetenstöße eines Wirth; das Blatt gewann daher bei weitem nicht den Einfluß der „Tribüne“

Zur selben Zeit, als die „Tribüne" fiel, mußte auch der „Westbote" zu erscheinen aufhören. Siebenpfeiffer wurde 1789 zu Lahr in Baden geboren, war längere Zeit bayrischer Landkommissär, gab dann 1830 sein Amt auf und redigierte erst die Zeitschrift „Deutschland" und darauf den „Westboten". Weiterhin hatte er eine längere Gefängnishaft wegen politischer Vergehen zu erdulden, während der er in Wahnsinn verfiel. Nachdem er die Strafe verbüßt hatte, genas er auch wieder, wurde später Professor in Bern und starb am 14. Mai 1845.

Gemäßigter trat das „Bayrische Volksblatt" in Würzburg auf. Es wurde von dem praktischen Arzte Dr. Gottfried Eisenmann (geb. 1795 zu Würzburg) herausgegeben und äußerte nur die bescheidensten Wünsche, erregte aber auch schon dadurch den Haß der Regierung und selbst den persönlichen des Königs Ludwig in so hohem Grade, daß er 1832 verhaftet und zu lebenslänglicher Festungshaft verurteilt wurde. Nach 15jähriger Haft wurde er endlich auf vielseitiges Drängen begnadigt und im folgenden Jahre ins Frankfurter Parlament gewählt. Die lange Haft hatte ihn jedoch so geschwächt, daß er nur noch wenig Anteil an der Politik nahm und bis zu seinem 1867 erfolgten Tode in stiller Zurückgezogenheit lebte.

In den lauten Ton, den die „Tribüne" und der „Westbote" vorübergehend anzuschlagen wagten, konnte natürlich die Augsburger „Allgemeine Zeitung" nicht so ohne Weiteres miteinstimmen. Sie betrachtete sich zwar ebenfalls als eine Hochburg des Liberalismus, als eine Weltherberge der Gerechtigkeit und trat auch wohl dann und wann mit gehobener Stimme für die Ideale der Freiheit ein, aber das geschah doch immer nur in möglichst ruhiger und gemessener Weise. Die enragierten Liberalen sprachen daher immer mit einem gewissen Groll von ihr: „Sie ist eine nervenzarte, herablassende Baronesse," erklärten sie, „die in allen europäischen Kabinetten ihre Freunde hat; die durch ihren ‚literarischen Parfüm' adlig und hoffähig geworden ist; die aber trotz ihrer hohen Konnexionen auch die Bourgeoisie in ihren Salons empfängt, wenn diese im Frack und in Glacéhandschuhen erscheint und Garantieen für bescheidenes Betragen bietet. Die Augsburger

‚Allgemeine' nimmt für sich selbst den Standpunkt der „Allparteilichkeit" in Anspruch, den Standpunkt, um es deutsch auszudrücken, einer bewußten Charakterlosigkeit, die es möglicherweise mit keiner Partei, am allerwenigsten aber mit den Regierungen, verderben will. Das bißchen Liberalismus, mit dem sie zuweilen prunkt, wenn Herr v. Metternich in einer guten Laune ihr die Erlaubnis dazu gegeben hat, ist der Köder, der uns locken, der Schleier, der die vielen Äußerungen der Alleruntertänigkeit bedecken soll. Aber es wird dabei auch so zahm, so allgemein gehalten, alle Konsequenzen werden so glatt abgeschnitten, daß das junge freisinnige Bäumchen wie eine entblätterte und entästete Bohnenstange aus ihren papierenen Furchen emporragt." *)

Dieses harte Urteil wurde jedoch gefällt, ohne daß man eine genauere Kenntnis von den Verhältnissen hatte, unter denen sich die Zeitung nur zu bewegen vermochte. Sie beobachtete nicht aus eigenem Ermessen, weil sie es eben so für gut befand, diese reservierte Haltung, sondern weil sie dazu gezwungen wurde, und zwar mit allen Mitteln eines brutalen Drucks. Zunächst lastete die bayrische Zensur auf ihr, und weiterhin führte die österreichische Regierung eine strenge Aufsicht über sie. Kaum war die freiheitliche Bewegung, die die Julirevolution hervorgerufen hatte, überwunden, so setzte das bayrische Ministerium auch schon wieder alle Hebel ein, die Zeitung in jeder Weise zu beschränken. Über die St. Simonisten, die so viel von sich reden machten, sollte das Blatt einfach gar nichts bringen, denn, so meinte der Minister von Schenk in einem Briefe an Cotta, es scheine ihm nicht zeitgemäß zu sein, „zu gestatten, daß durch die öffentlichen Blätter die nähere Kenntnis einer Lehre verbreitet werde, die in den Leidenschaften und beschränkten Einsichten der unteren Volksklassen ihre Stütze sucht."

Doch auch die sonstigen Zustände in Frankreich wollte die bayrische Regierung nur leichthin berührt sehen, wodurch sich geistvollere Korrspondenten, die etwas mehr als bloße Tagesneuigkeiten berichteten, schwer betroffen fühlten. Besonders galt

*) Deutschlands politische Zeitungen. Zürich 1842.

dies von Heinrich Heine, der gegen Ende 1831 Pariser Berichterstatter der „Allgemeinen Zeitung“ wurde. Heine wollte gern in Frankreich die Rolle eines politischen Schriftstellers spielen und als Vermittler zwischen Deutschland und Frankreich auftreten, um dadurch „das große Werk der Völkerverbrüderung“ zu fördern. „Die ‚Allgemeine Zeitung‘, die ihre weltgeschichtliche Autorität so sehr verdient“, sagt er selbst, „schien mir eben wegen ihres Ansehens und ihres unerhört großen Absatzes das geeignete Blatt für Berichterstattungen, die nur das Verständnis der Gegenwart beabsichtigen. Wenn wir es dahin bringen, daß die große Menge die Gegenwart versteht, so lassen die Völker sich nicht mehr von den Lohnschreibern der Aristokratie zu Haß und Krieg verhetzen; das große Völkerbündnis, die heilige Allianz der Nationen, kommt zu stande.“ Seine erste Einsendung datiert vom 30. November 1831 und gelangte am 13. und 14. Dezember zum Abdruck. Weitere folgten schnell. Die ersten erhielten ein Korrespondenz-Zeichen (♆), den ferneren wurden — im Widerspruch mit der sonstigen Usance der „Allgemeinen Zeitung“ — die Anfangsbuchstaben vom Namen des Verfassers beigefügt. Zugleich erhielten die Korrespondenzen den Gesamttitel „Französische Zustände“. Anfangs trat Heine in diesen Berichten sehr vorsichtig auf, lobte Louis Philipp als den „Bürgerkönig ohne Hofetikette, ohne Edelknaben, ohne Kurtisanen“; weiterhin aber ließ er seiner Spottsucht die Zügel schießen, machte die kläglichen deutschen Zustände lächerlich und riß an vielen hochehrwürdigen Zöpfen in ganz respektloser Weise. Schmunzelnd ergötzte sich der alte Gentz in Wien in seinem Lehnstuhle an diesen köstlichen Kapriolen, aber geduldet durfte doch eigentlich ein solcher unverschämter Hohn nicht werden, und so erhielt denn der Freiherr von Cotta eines Tages durch Gentz einen Wink, dem kecken Spötter die Spalten der „Allgemeinen Zeitung“ nicht mehr zu öffnen: die amüsanten Schilderungen der „Französischen Zustände“ erreichten schon im Juli 1832 ihr Ende. Doch trat Heine später, während der „parlamentarischen Periode des Bürgerkönigtums“, von 1840 ab, noch einmal in der „Allgemeinen Zeitung“ auf. Die Zeiten hatten sich etwas geändert, der alte Aufpasser Gentz

lebte nicht mehr, so daß die Redaktion der Zeitung glaubte, dem witzigen Spötter das Wort wieder gestatten zu dürfen. Aber seine Korrespondenzen wurden vor dem Abdruck immer erst sehr bedeutend zusammengestrichen.

„Verstümmelt hat Kolb sie abgedruckt
In der Allgemeinen Zeitung“

sagte Heine selbst später von ihnen mit bitterem Grimm. Endgiltig hörten die Korrespondenzen auf, als die „Allgemeine Zeitung“ 1848 die Mitteilung gebracht hatte, der Dichter habe seit Jahren aus dem Guizotschen Ministerium eine Staatsbesoldung empfangen.*)

Ein anderer hervorragender Pariser Korrespondent jener Zeit war Julius Mohl, der berühmte Orientalist, der aber nicht nur über die innern französischen Verhältnisse, sondern auch über die indischen und ostasiatischen Zustände schrieb. Er setzte seine Korrespondenzen bis 1863 fort.

Besonders heikel war die Berichterstattung über Österreich. Da es Metternich als unbehaglich empfand, wenn viel über Österreich geschrieben wurde, so mußten sich die Korrespondenten auf das Simpelste beschränken und kamen daher über den leichten Gesellschaftsklatsch selten hinaus. Die meisten Berichte aus Österreich in der in Rede stehenden Zeit lieferte der Freiherr Joh. Chr. v. Zedlitz, der bekannte Dichter der „Totenkränze“ und des „Waldfräuleins“, besonders von 1836 ab, in welchem Jahre er eine Beamtenstelle im österreichischen Ministerium des Auswärtigen übernahm. Seine Artikel bewegten sich alle in den engen Grenzen der gehorsamsten Servilität, erhielten aber bisweilen einen gewissen liberalen Anstrich, um über ihren wirklichen Charakter und ihre Herkunft zu täuschen. Wie alle österreichischen Korrespondenten, so war auch Zedlitz sehr nachlässig und mußte immer wieder von Cotta an seine Versprechen erinnert werden. Trotzdem wurde er sehr hoch honoriert; schließlich erhielt er 4000 Gulden für 25 Bogen.

---

*) Ausführliches über Heine und die „Allgem. Ztg.“ bei Strodtmann, Heines Leben, 2. Aufl., Bd. II, S. 27—65. Berl. 1874.

Von den sonstigen österreichischen Korrespondenten sind außer dem früher schon genannten Pilat schließlich noch K. E. Jarcke, Wilhelm Hoppe, v. Kleber, der ultrareaktionäre Matthias Koch, Dr. Frankl und Leo Herz zu erwähnen.

Als die magersten und unzulänglichsten Korrespondenzen mußten aber die Berichte aus Preußen gelten, so daß der General von Rochow einmal im Jahre 1843 an Cotta schrieb: „Der schlechteste Teil der „Allgemeinen Zeitung" sind die Korrespondenzen und Artikel aus und über Berlin." Allerdings legte die Redaktion auch lange Zeit nur einen geringen Wert auf die Erörterung der preußischen Verhältnisse und glaubte hierzu wohl um so mehr berechtigt zu sein, da das Blatt in Norddeutschland bis gegen Ende der vierziger Jahre doch nur wenig gelesen wurde. Hauptsächlich waren es jüngere Schriftsteller, die für das Blatt korrespondierten, Wilh. Häring (Wilibald Alexis), Rellstab, der Kriminalist Temme, Prof. Ed. Gans, bisweilen auch Chr. K. J. Bunsen, v. Radowitz, Heinrich Leo und ein Major Helmuth von Moltke, von dem noch niemand ahnte, welch hohe Mission ihm noch bevor stand. Er schrieb in den Jahren von 1841 bis 1844 Artikel über die Lage und die Ereignisse auf dem Balkan und über die Eisenbahnangelegenheiten Deutschlands, die mehr und mehr das allgemeine Interesse in Anspruch nahmen.

Ein günstiges Geschick fügte es, daß in dieser mißlichen Zeit die „Allgemeine Zeitung" einen sehr tüchtigen Redakteur erhielt, und zwar in der Person des Dr. Georg Kolb. Fast vierzig Jahre widmete dieser seine ganze geistige Kraft mit eminenter Umsicht in der selbstlosesten Weise der Zeitung. Als Sohn eines Goldarbeiters am 6. Mai 1798 zu Stuttgart geboren, vermochte er nur unter Schwierigkeiten in Tübingen Kameralwissenschaft zu studieren. Dabei schloß er sich gleich beim Beginn seines Studiums der Burschenschaft an, begeisterte sich für nationale Freiheit, und ließ sich sogar im Frühjahr 1821 verleiten, mit seinem Freunde Gräter nach Piemont zu eilen, um an dem Aufstande teilzunehmen, der dort ausgebrochen war. Die Revolution wurde jedoch sehr bald niedergeschlagen, und die beiden jungen Schwärmer kehrten in die Heimat zurück, ohne sich an irgend welchem

Kampfe beteiligt zu haben. Die Exkursion war jedoch den Aufpassern Metternichs nicht unbekannt geblieben; die Mainzer Zentraluntersuchungskommission erhob Anklage, und Kolb wurde wegen burschenschaftlicher Umtriebe zu vier Jahren Festungshaft verurteilt. Im September 1824 trat er diese Haft auf dem Hohenasperge an, wo er u. a. als Mitgefangenen auch Karl Hase traf, den späteren berühmten Kirchenhistoriker. In seinen Lebenserinnerungen „Ideale und Irrtümer“ gedenkt dieser denn auch Kolbs. Er erzählt, daß auf Kolb die strenge Einzelhaft in einem kellerartigen Gelaß sehr drückend gewirkt habe, daß er aber doch ruhig und in sich gefaßt gewesen sei, denn er habe sich als den Hauptschuldigen, den Verführer der anderen betrachtet. „Er hatte alles eingestanden, alles auf sich genommen, keinen verraten,“ sagt Hase von dem Ergebnis der Untersuchung. Die Haft dauerte jedoch nur bis zum Sept. 1826; man mochte einsehen, daß Kolb nichts weniger als ein Hochverräter, vielmehr ein recht warmherziger Patriot war; ja sein Untersuchungsrichter hatte sogar ein solches warmes Interesse an ihm gewonnen, daß er ihn angelegentlich dem Justizminister empfahl, und dieser machte — da er den so schwer Vorbestraften doch nicht wohl bei sich selbst anstellen konnte — den Chef der Cottaschen Buchhandlung auf den kenntnisreichen und geweckten jungen Mann aufmerksam. Cotta griff sehr gern zu, denn er brauchte eine frische Kraft für seine Zeitung, worauf Kolb nach kurzer Einführung in den Zeitungsdienst den deutschen Artikel der „Allgemeinen Zeitung“ mit Einschluß von Österreich und Preußen übernahm. Doch hatte er manche Mühe, sich eine Position zu schaffen, da der alte Chef-Redakteur Stegmann der deutschen Politik, wie bisher, immer nur einen beschränkten Raum gewähren wollte, Kolb dagegen die deutschen Angelegenheiten stets in den Vordergrund zu stellen suchte. Dabei kam es zu manchen erregten Auseinandersetzungen, und schließlich schrieb sogar Stegmann in seiner großen Besorgnis unter dem 11. Mai 1832 an Cotta, die „Allgemeine Zeitung“ schwebe bei der Menge des deutschen Stoffes in der ernsten Gefahr, sich „aus einer europäischen allgemein geachteten zu einer deutschen Zeitung zweiten Ranges zu verwandeln.“ Darauf

mußte sich Kolb kürzer fassen; aber das politische Leben Deutschlands regte sich doch immer energischer, und es zeigte sich immer aufs neue, daß der deutschen Politik ein größerer Raum gebühre, mithin Kolb mit seiner ausführlicheren Behandlung der deutschen Angelegenheiten das Richtige treffe. Das erkannte auch der junge Georg Cotta, der nach dem am 29. Dezember 1832 erfolgten Tode seines Vaters die Leitung des Verlagsgeschäftes übernommen hatte; er gewährte Kolb wieder einen größeren Spielraum, und als Stegmann 1837 starb, stellte er ihn an die Spitze der Redaktion. Damit trat Kolb in seine Glanzzeit ein. Er hatte sich nach und nach einen weiten politischen Blick und eine große Gewandtheit im Verkehr mit den politischen Parteien und ihren Führern angeeignet, so daß er in der geschicktesten Weise sein Fahrzeug durch alle Klippen hindurchzubringen wußte. Abhold jedem Parteigezänk, zu dem die erregte Zeit so leicht verführte, erhielt er durch seine geschickte Taktik die „Allgemeine Zeitung“ immer auf einer vornehmen Höhe, selbst wenn er gezwungen wurde, die schlimmsten Konzessionen zu machen. Mit feinem Griffel hat Levin Schücking, der 1844 vorübergehend in der Redaktion der „Allgemeinen Zeitung“ beschäftigt war, in seinen Lebenserinnerungen das Porträt dieses Musterredakteurs gezeichnet. „Kolbs Natur,“ schreibt er, „war nicht leicht zu durchschauen. Auf dem Grunde derselben lag eine goldene Treue und Ehrlichkeit, eine unendliche Vaterlandsliebe und ein großer Seelendurst nach Poesie; darüber lag ein Anflug von Humor und von Sentimentalität, und zu dem allen kam eine große Anspruchslosigkeit. Es war keine Spur von Überhebung oder eitlem Größenwahn in dem mächtigsten und einflußreichsten Journalisten des damaligen Deutschlands. Er hat seine Stellung nie zu dem allergeringsten persönlichen Vorteile ausgebeutet; er hat nur wie ein geduldiger Kreuzträger alle Widerwärtigkeiten, alle Fehden, die mit der Leitung solch einer Zeitung verbunden waren, auf sich, ganz allein auf seine überbürdeten Schultern genommen ... Die geistverwüstende Redakteurtätigkeit, die er so viele Jahre hindurch geübt, alles Wichtige selbst tuend, selbst erledigend, nicht die geringste Verantwortlichkeit auf anderer Schultern legend, hatte ihm

dennoch nichts geraubt von seiner Herzenswärme und seinem immer regen und lebendigen Interesse für alles Gute und Schöne: es war wie eine ewige Jugend in ihm. Kolb war ein unbedingter Bewunderer Leopold von Rankes und wußte, wenn nicht gerade etwas seine patriotische Wärme, sein deutsches Gefühl bis zum Hitzegrade brachte, die Dinge mit der kühlen Objektivität des großen Meisters der Historik zu nehmen; so war er der schwierigen Aufgabe gewachsen, die eigene Anschauungs- und Empfindungsweise schweigen zu lassen, wenn er auf der kleinen Weltbühne, deren Regisseur er war, die Vertreter einzelner Richtungen auftreten und sich aussprechen — und manches auch nicht aussprechen ließ; so verstand er es auch, nur selten und mit allem gebotenen Maß sich die Befriedigung zu gewähren, aus den Kulissen hervorzutreten, um einmal unverblümt eine Parabase zu sprechen.“

Trotz alledem, trotz aller dieser Vorzüge erhob er sich aber dennoch nicht bis zur höchsten Staffel des politischen Redakteurs, dessen Deutschland in dieser kritischen Zeit für die vornehmste Zeitung bedurft hätte. Bei aller Weltbildung blieb er, wie Ludwig Steub einmal von ihm sagte, „ein ganz schwäbischer Mensch“, d. h. auch er vermochte niemals die Scheu vor dem Preußentum zu überwinden, die damals noch so ziemlich alle Schwaben beherrschte. Der geistvolle „Briefwechsel zweier Deutschen“ seines Landsmannes Paul Pfizer wurde von ihm nicht in seiner ganzen Bedeutung erfaßt. Pfizer wies in diesem Buche in scharfsinniger Weise nach, daß Österreich unfähig sei, die Hegemonie in Deutschland auch ferner auszuüben. Nur ein kraftvoller und durch und durch deutscher Staat könne die Führung in Deutschland übernehmen, und dieser Staat sei Preußen. Mit Preußen müßten sich die übrigen deutschen Staaten zu einem konstitutionellen Bundesstaate zusammenschließen. Freilich werde sich Österreich nicht unter die Oberherrschaft Preußens stellen wollen, und da würde es denn die natürliche Entwicklung der Dinge sein, wenn es aus dem deutschen Bunde ausschiede.

Diesen Gedankengängen konnte Kolb nicht folgen, diesen Schlußfolgerungen nicht beipflichten. Daß der politische Schwer-

punkt Deutschlands schon langsam von Wien nach Berlin hinüberzurücken begann, entging ihm; nach wie vor trat er für die sogenannte großdeutsche Politik ein; er wollte ein Großdeutschland unter Einschluß und Hegemonie eines würdigen verjüngten Österreich, und er ließ auch nicht von diesem Ziele, je klarer es wurde, daß es nicht zu erreichen sei. Vergebens schrieb Heinrich Laube an ihn: „Der Preuß siegt doch, denn wir wollen ein deutscher Staat werden, müßten wir persönlich alle darüber zu Grunde gehen, und mit diesem Siege wird Ihrer Zeitung, wenn sie so fortschreitet, eine tiefe Wunde geschlagen.“ Aber Kolb konnte den „Widerwillen gegen den Preuß“ nicht überwinden, er lavierte hin und her; eine tragische Melancholie legte sich über ihn, und in dieser schied er am 16. März 1865 aus dem Leben, bevor „durch den scharfen Schwerthieb des modernen Alexander“ dem ganzen unseligen Konflikte ein Ende gemacht wurde. Wie er sich der neuen Situation gegenüber gestellt haben würde, ist schwer zu sagen; jedenfalls würde seine bisherige Position unhaltbar gewesen sein.*)

Die geschäftliche Lage der Zeitung änderte sich unter seinem Regime in den kritischen vierziger Jahre nur wenig, 1845 hatte das Blatt 9172, und 1847 9847 Abonnenten.

Die übrigen politischen Zeitungen Bayerns waren allesamt höchst unbedeutende Blätter, die nur kurz erwähnt zu werden brauchen. In kleinem Format und mangelhaftem Druck boten sie nur einen überaus dürftigen Inhalt dar, der ein wahrhaft klägliches geistiges Niveau der Redaktion sowohl, wie der Leser verriet. Eine gewisse Rührigkeit zeigten sie nur in den Schmähungen gegen die preußische Regierung.

Eine offizielle „Bayrische Staatszeitung“, die der wiederholt schon erwähnte Kurländer F. G. L. Linder, nunmehr bayrischer Legationsrat, von 1832 ab in München redigierte,

*) Vergl. Ed. Heyck, D. Allgem. Ztg. Münch. 1898, S. 110—130; Johannes Proelß, Das junge Deutschland, Stuttg. 1892, S. 160 ff.; W. Lang, Von und aus Schwaben, 6. Heft, Stuttg. 1890; Hase, Ideale und Irrtümer, Lpzg. 1872; Schücking, Lebenserinnerungen, 2 Bde., Breslau 1886; Nekrolog in „Uns. Zeit“, 1865, S. 317.

vermochte nur kurze Zeit zu existieren, obgleich die Regierung alle Gewaltmittel zu ihren Gunsten anwendete, unter anderem die Gemeinden zwang, das Blatt auf öffentliche Kosten zu halten. Die „Münchener politische Zeitung", gegründet 1807, vermochte sich nur durch Diebstahl durchs Leben zu bringen. Sie druckte, wie norddeutsche Zeitungen wiederholt klagten, Novellen mit Hinweglassung des Autornamens und ohne Angabe der Quelle nach und änderte sogar, um den Raub noch mehr zu verschleiern, den Titel. Im Jahre 1861 ging sie endlich ein. Etwas günstiger stand es um den „Bayrischen Beobachter", den der populäre Schriftsteller F. W. Bruckbräu (geb. 1792, gest. 1874) 1829 gründete, und der bis 1834 erschien. Der „Beobachter" pflegte eine derbe volkstümliche Sprache und stimmte auch nicht mit in die ungemessenen Lobeserhebungen über die Leistungen des Theaterpersonals ein, in denen sich die übrigen Blätter beständig ergingen. Einen humoristischen Ton schlug der „Volksfreund" an, der von 1822 bis 1849 in München herauskam und von 1832 bis 1834 von Saphir redigiert wurde; doch kam das Blättchen über die simpelsten Witze und die plattesten Späße nicht hinaus.

Von den Blättern, die außerhalb Münchens, in den Regierungsbezirken, erschienen, sind besonders die beiden Nürnberger Zeitungen, der alte „Korrespondent von und für Deutschland" und der 1833 ins Leben gerufene „Fränkische Kurier", hervorzuheben. Beide Blätter suchten die liberalen Grundsätze zu vertreten, sahen sich aber viel von der Regierung gehemmt. Als sie in der Mitte der vierziger Jahre die Berichte über die Kammerverhandlungen in liberaler Färbung brachten, wurden die Redakteure eines Tages von der Regierung aufgefordert, die Namen ihrer Münchner Korrespondenten zu nennen, was sie verweigerten. Die Redaktion des „Korrespondenten" leitete bis Ende 1845 Dr. Henlé; von da ab war der taktvolle und kenntnisreiche Dr. Philipp Feust bis in die siebziger Jahre hinein Redakteur der Zeitung. Die protestantische „Augsburger Abendzeitung" und die katholische „Augsburger Postzeitung", die „Neue Würzburger Zeitung", die „Regensburger=", „Aschaffenburger= und „Speierer Zeitung" seien nur dem Namen nach

angeführt; irgend welche Bedeutung besaßen sie nicht. Doch sei wenigstens erwähnt, daß die „Neue Würzburger Zeitung" sich durch ganz besonders heftige Artikel gegen Preußen auszeichnete, ja nicht selten in den gemeinsten Schmähungen gegen den preußischen Hof erging. Darauf beschwerte sich der preußische Gesandte in München bei der bayrischen Regierung, allein ohne Wirkung, und nun suchte die preußische Regierung beim Bundestage ein Verbot der Zeitung herbeizuführen. Erst als das Erfolg zu haben schien, lenkte Bayern ein, und der bayrische Gesandte in Berlin erklärte im Juni 1838, König Ludwig verdamme „das undeutsche und nichtswürdige Treiben" des Redakteurs Ernst Zander und habe „den freiwilligen Entschluß" gefaßt, ihn von dem Blatte zu entfernen. Die Zeitung selbst aber wurde nicht verboten.*)

---

6. Die österreichischen Preßverhältnisse. Metternichs Elaborat über die Presse. Die Eingriffe der Zensoren. Ein Bild von der Kläglichkeit der österreichischen Presse. Die Absperrung der ausländischen Zeitungen. Rückgang des Zeitungswesens. Versuche, eine etwas größere Preßfreiheit zu erlangen. Errichtung einer Zensur-Ober-Direktion. Gründung des „Adler". Die „Wiener Zeitung", der „Österreichische Beobachter", die „Prager Zeitung".

Über Österreich lagerte nach wie vor der schwere Druck Metternichs, und der Präsident der Polizei- und Zensurhofstelle Graf Joseph Sedlnitzky sorgte dafür, daß die von dem allmächtigen Minister festgesetzten Schranken für die Presse mit aller Strenge aufrecht erhalten wurden. Doch nicht nur in Österreich, sondern auch im ganzen übrigen Deutschland wollte Metternich seine Ansichten über das Zeitungswesen zur Geltung bringen. Er sandte daher noch im Jahre 1846 ein Elaborat über die Presse in Österreich an den preußischen Minister von Canitz und an die kleinen deutschen Höfe, in welchem er hinsichtlich der Tages- und Flug-

*) Treitschke, Deutsche Geschichte, IV, S. 722.

blätter, sowie der Bücher unter zwanzig Bogen zur festen Handhabung des Bundesgesetzes vom Jahre 1819 aufforderte. „Die Presse ist eine Gewalt," sagte er, „und Gewalten bedürfen der Regelung. Die Presse läßt sich nur auf dem präventiven Wege dämmen, die Repression bietet eine gänzlich illusorische Form, weil sie dort, wo sie schlägt, nicht das Produkt, sondern den Produzenten trifft." Die Sicherheit erfordere Schirmen mehr als Strafen. Jeder Staatsmann, selbst in England und Frankreich, behauptete Metternich, erkenne in der Preßfreiheit „ein Übel, dessen Grenzen und Folgen ganz unberechenbar sind."*) Mittlerweile machte sich aber auch in Österreich ein immer lebhafteres geistiges Leben bemerkbar, und Männer wie Anastasius Grün, Bauernfeld, Karl Beck, Rollet, Meißner, Hartmann standen auf und verlangten nach einer größeren Freiheit in der geistigen Bewegung. Da sich jedoch die Regierung auch nicht zu den kleinsten Konzessionen bereit fand, so wurde die Kluft, die sich zwischen den Grundsätzen Metternichs und den Anschauungen des emporstrebenden neuen Geschlechts dahinzog, immer tiefer. Dabei kam es zu Eingriffen und Maßregelungen, die aller geistigen Bildung Hohn sprachen. Einige wenige Beispiele mögen zur Illustrierung genügen.

Bei einer kritischen Besprechung glaubte sich ein Schriftsteller unter anderem auf die „Autorität" von Schiller und Goethe berufen zu dürfen, allein der Präsidialist des Prager Guberniums, der die betreffende Abhandlung zu zensieren hatte, kannte in seinem bureaukratischen Hochgefühl nur Zivil- und Militär-„Autoritäten" und ließ den Verfasser in seine Kanzlei kommen, um ihm die respektwidrige Redeweise vorzuhalten. Der Schriftsteller versuchte zwar, sich zu verteidigen. „Wie in anderen Sphären Behörden und Ämter, so seien auf dem Gebiete der deutschen Literatur Schriftsteller von dem Range eines Schiller und Goethe doch wohl ohne Frage Autoritäten." Allein der Mann der Obrigkeit fiel ihm ins Wort: „Autoren wohl, aber nicht Autori-

*) Aus Metternichs nachgelassenen Papieren. 7. Band. Wien 1883.

täten," rief er, griff zur Feder und berichtigte in solcher Weise die anstößige Stelle.

In einer Anekdote spielte ein Irländer eine lächerliche Rolle; das glaubte der Zensor aber nicht dulden zu dürfen, denn der König von Großbritannien und Irland war doch ein hoher Alliierter Seiner Majestät des Kaisers von Österreich. Flugs änderte er Irländer in Urländer um, und jede diplomatische Verwicklung war unmöglich gemacht.

In einer Novelle sollte ein ehrbares Mädchen die unziemliche Frage „Wo führt der Weg zu Ihrer Schlafkammer?" mit den Worten zurückweisen: „Durch die Kirche, mein Herr!" Die Ideenverbindung zwischen Schlafkammer und Kirche erschien aber dem Zensor wie eine Blasphemie; er strich „Kirche" und setzte dafür „Küche". Das Mädchen antwortete also: „Durch die Küche, mein Herr!"

Bisweilen waren die Ausstellungen und Maßnahmen der Zensoren einfach unbegreiflich. Das mußten u. a. die Wiener Mechitaristen erfahren. Sie hatten in den zwanziger Jahren eine katholische Zeitschrift „Ölzweige" gegründet; im Jahre 1841 wollten sie das mittlerweile eingegangene Blatt unter dem Titel „Frische Ölzweige, Konversationsblatt für Katholiken" in verjüngter Gestalt ins Leben rufen; als sie aber um behördliche Gestattung einkamen, wurde der Beisatz „Konversations-Blatt" gestrichen, und als sie dagegen Berufung einlegten, wurde auch noch das Epitheton im Titel verpönt. „Ölzweige" durfte die fromme Zeitschrift heißen, aber „Frische Ölzweige" sollte man nicht sagen; vielleicht klang das im Ohr des Zensors zu neuerungssüchtig, zu burschikos, zu herausfordernd.

Im Jahre 1846 wünschte Joseph Kaiser sein „Pädagogisches Wochenblatt" durch Holzschnitt-Illustrationen zu beleben, was auch bei den berufenen Zensoren auf weiter keine Bedenken stieß. Es wurde daher bei der obersten Zensur-Behörde auf Willfahrung angetragen, und diese gestattete auch den neuen Schmuck, bestimmte jedoch, daß die Zahl der Illustrationen auf monatlich zwei beschränkt bleibe und eine jede, bevor der Holzschnitt ange-

fertigt werde, „in einer deutlichen Zeichnung zur Zensur vorzulegen sei, sohin nur nach Maßgabe der Zensur-Erledigung zum Abdruck gebracht“ werden dürfe.

Ganz besonders gefährlich für den Herausgeber und Redakteur eines Blattes war es, wenn er es an dem schuldigen Respekt gegen das Kaiserhaus fehlen ließ. Als Dr. Moritz Rappaport in der für den 19. April 1842 bestimmten Nummer seiner „Leseblätter“, die er in Lemberg herausgab, das Festgedicht für den Geburtstag Seiner Majestät des Kaisers Ferdinand I. vergessen hatte, faßte der Zensor Ignaz Kankoffer das als eine Majestätsbeleidigung auf, ließ den bestürzten Redakteur durch einen Polizisten vorführen und zwang ihn, sofort im Bureau den Festgruß zu verfassen, worauf dann die betreffende Nummer der „Leseblätter“ auch noch rechtzeitig mit „Galicias Jubelgruß“ erschien.

Für das sonstige Verhalten der Zeitungen gegenüber dem Kaiserhause gab es eine Anzahl geheimer Instruktionen, denen zufolge z. B. der Besuch von Mitgliedern des A. H. Kaiserhauses in Vorstadt-Theatern nicht angeführt werden durfte. Auch Angriffe gegen den Adel, das Militär „oder dergleichen höhere Stände“ waren untersagt, ebensowenig wurden Ausfälle gegen die Hofburg-Theater-Direktion geduldet.*)

Unter diesen Umständen bot die österreichische Presse ein überaus klägliches Bild. Ein touristischer Schriftsteller jener Zeit entwirft folgende Schilderung:

„Und die Wiener Tagesliteratur .... die macht sich noch immer wichtig, wenn es gilt, über den Pas einer Tänzerin eine eben so lange als breite philosophische Abhandlung zu schreiben: — sie spielt noch immer mit den geschminkten Theaterpuppen und beurteilt jeden Geiger, jeden Klavierpauker, vor allem aber die Kunstreiter. Dabei sieht aber die Wiener Tagesliteratur sehr bleich und hager grämlich und mager aus und kneift sich selbst

*) Ausführliches bei Adolf Wiesner, Denkwürdigkeiten der österr. Zensur. Stuttg. 1847, S. 331; Wiedemann, Die kirchliche Bücher-Zensur in der Erz-Diözese Wien. Wien 1873, S. 290 f. und Frhr. v. Helfert, Die Wiener Journalistik im Jahre 1848. Wien 1877, S. 7—9.

hin und wieder in die Backen und zaust sich manchmal selbst bei den Haaren und gibt sich dann und wann selbst Nasenstüber, um sich von ihrer Existenz zu überzeugen. Wie die Komödianten es zu tun pflegen, wenn der Dichter sie sagen läßt: ‚Träume oder wache ich?‘ Da betasten und schütteln sie sich und wissen doch nicht, woran sie sind. Der große Dichter unserer Zeit aber ist die Geschichte. Und die Geschichte schweigt über die Wiener Tagesliteratur.“ *)

Bei dem Geschichtschreiber der Wiener Journalistik aber quillt ob dieser „Einschläferung und Irreführung der öffentlichen Meinung“ der Zorn auf. „Es war ein trauriges, ein trostloses, ja ein ekelerregendes Gesamtbild der Wiener Journalistik geschaffen worden,“ sagte er, „auf der einen Seite die systematische Anpreisung der Regierungsware, das Verschweigen aller Mißerfolge dieser Regierung, das Hinwegleugnen aller Schäden, die Begeiferung jener Leute, die auch nur für das geringste Ausmaß von Reform eintraten; auf der andern Seite die erdrückende Leere, das Schweigen des Grabes, eine Unkenntnis der innern und äußern Vorgänge, als hätte das Rad der Geschichte innegehalten . . . Man drückte allen Zeitungen, die unter Wölfen nicht mit heulen wollten, die Faust auf den Mund, zwang sie überhaupt zu schweigen, benahm dem Volke die Möglichkeit, auch des andern Mannes Rede zu vernehmen, und das ist Vergewaltigung, Fälschung der öffentlichen Meinung, Korrumpierung der Presse.“ **)

Dieser traurige Zustand der Presse war um so empfindlicher, da auch die auswärtigen Zeitungen nach und nach fast alle aus Österreich verbannt wurden. Im Jahre 1846 konnten nur noch drei deutsche politische Zeitungen die Linie der schwarzgelben Grenzpfähle passieren: die Augsburger „Allgemeine Zeitung“, die Frankfurter „Oberpostamtszeitung“ und der Nürnberger „Korrespondent“. Mit dem Schlusse des Jahres 1845 war auch der „Vossischen-“ und der „Spenerschen Zeitung“ der Eintritt nach Öster-

*) J. G. Zerffi, Wien und die Wiener. Reiseskizzen. Charivari 1845, № 144.

**) E. V. Zenker, Gesch. d. Wiener Journalistik. Wien 1892, S. 108.

reich abgeschnitten worden, doch wollte das nicht viel heißen; die Berliner Blätter waren an der Donau nicht beliebt; die „Vossische Zeitung“ war nur in 10 Exemplaren und die „Spenersche“ sogar nur in 8 nach Österreich gegangen. Zu gleicher Zeit wurde auch den Privat-Lese-Vereinen in Wien untersagt, weiterhin die „Kölnische Zeitung“ und die Brockhaussche „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zirkulieren zu lassen. Die letztere war besonders schlecht bei der Regierung angeschrieben; 40 Gulden Strafe mußte derjenige für jede Nummer bezahlen, bei dem sie gefunden wurde. Weshalb auch die harmlose Dresdener „Abendzeitung“ verboten ward, ist unerfindlich.

Infolge dieses allgemeinen schweren Druckes ging das Zeitungswesen in Österreich mehr und mehr zurück. Während im Jahre 1840 noch 14670 Zeitungsexemplare durch die österreichische Post befördert wurden, kamen 1845 nur noch 12900 zur Versendung. Der Verbrauch von Druckpapier für die 40 Millionen Menschen der österreichischen Monarchie belief sich 1845 auf 500000 Ries, das war ungefähr so viel, wie das kleine Königreich Sachsen verbrauchte, das einen achtzehnmal kleineren Umfang hatte.

Unterdessen wuchs die allgemeine Erregung mehr und mehr; man erfuhr ja schließlich doch, was in Frankreich, was in Baden, was in Preußen vorging, und empfand die Absperrung je länger, desto drückender, und es wurden die verschiedensten Versuche unternommen, den elenden Zustand einigermaßen zu beseitigen. Zunächst traten die Journalisten Wiens hervor. Sie richteten 1842 eine Bittschrift an den Präsidenten der obersten Polizei- und Zensur-Hofstelle, den Grafen Joseph Sedlnitzky, in der sie um Erleichterung des auf der Presse lastenden Druckes baten; allein noch ehe diese Bittschrift überreicht werden konnte, erlangte Sedlnitzky Kenntnis von derselben und wies sie daher einfach mit der Bemerkung zurück, daß er keine Journalistenkörperschaft kenne. Es möge jeder Einzelne kommen und ihm seine Bitte vorbringen. Das unterblieb aber, da man von der Vergeblichkeit solcher Anliegen von vornhinein überzeugt war. Darauf traten im Frühjahr 1845 die Wiener Schriftsteller bei dem Baron von Hammer

Purgstall zu einer Beratung zusammen. Es waren Vertreter fast jedes Zweiges der Wissenschaft und der Literatur erschienen, der greise Erzbischof von Erlau, Ladislaus von Pyrker, Graf Auersperg (Anastasius Grün), Grillparzer, Bauernfeld, Fürst Schwarzenberg, die Hofräte Jenull und Baumgartner und viele andere. Nach sorgfältiger Erwägung aller Verhältnisse setzte man eine Denkschrift auf, in der man nur in der bescheidensten Weise der Zensurbedrückungen Erwähnung tat und auch bloß um die genaue Durchführung des im Jahre 1810 erlassenen Zensur-Mandates bat, das seitdem ganz und gar in Vergessenheit gekommen sei. Doch auch diese Bitte fand an maßgebender Stelle keine Beachtung.

So kam das Jahr 1848 heran, und immer höher stieg die allgemeine Aufregung; schon konnte man ein fieberhaftes Zittern in allen Gesellschaftskreisen wahrnehmen. Da begann man endlich in den obersten Zensur-Regionen eine gewisse Reorganisation in den Zensurverhältnissen anzustreben, und am 1. Februar trat in Wien eine k. k. Zensur-Ober-Direktion mit einem Hofrat an der Spitze ins Leben und ferner als Berufungs-Instanz ein k. k. oberstes Zensurkollegium unter dem Vorsitze des Grafen Sedlnitzky. Diese neue Einrichtung zeichnete sich besonders durch die Bestimmung aus, daß künftig einem Verfasser „auf sein Ansuchen" die Gründe angegeben werden sollten, aus denen Streichungen vorgenommen oder wohl gar die ganze Drucklegung versagt worden sei, was ihm dann als Anhaltspunkt für seine Berufung an die oberste Instanz dienen konnte. Allein diese Berufung war versagt: a) bei Zeitschriften, Tag- und Flugblättern „von nicht rein wissenschaftlichem Inhalte", also gerade da, wo die Belästigungen am ärgsten, am empfindlichsten waren, und wo vordem eine Berufung zwar unpraktisch und zwecklos, aber mindestens grundsätzlich nicht ausgeschlossen war; b) wegen Hinweglassung oder Änderung in einzelnen Ausdrücken oder Stellen und c) „wenn überhaupt keine wichtige Rücksicht für die Veröffentlichung geltend gemacht werden" könne, eine Beurteilung, die einzig der Behörde selbst anheimgestellt war und daher dem Belieben oder dem Mangel an Verständnis neuerdings Tür und Tor öffnete. Helfert berichtet denn auch, daß bereits der nächste

Tag einen auffallenden Beweis davon brachte, was man von der neuen Einrichtung zu erwarten habe. Am 2. Februar wurde die jüngst geschaffene Kaiserliche Akademie der Wissenschaft eröffnet. Auf Grund ihrer Allerhöchst genehmigten Statuten hatte der Präsident von Hammer-Purgstall in seiner Rede erklärt, „daß die Akademie zensurfrei wirken werde"; die Rede wurde in der „Wiener Zeitung" (Feuilleton vom 4. und 5. Februar) abgedruckt, allein die bezeichnende Stelle fehlte. Der Präsident von Hammer-Purgstall war außer sich; er lief in seiner rastlosen Weise von einem zum andern, verklagte den Präsidenten der Zensur-Stelle beim Kurator der Akademie, dem Erzherzog Johann, drohte mit seinem Rücktritt — allein die Sache blieb, wie sie war.

Die Situation für die Presse war also nur schlimmer geworden; doch dauerte sie nicht lange; am 14. März fegte der Sturm der Revolution die ganze nichtswürdige Institution hinweg, und Spott und Hohn wurden ihr nachgeschleudert. In der Nacht vom 14. zum 15. März zirkulierte in den Kaffee- und Bierhäusern Wiens in zahlreichen Abschriften ein Parte-Zettel: „Authentische Nachricht von dem am 14. März 1848 erfolgten Hinscheiden und dem Leichenbegängnisse der Frau Belladonna Zensur, geborenen Mitternacht."

Es ist begreiflich, daß sich die Zeitungen unter dem schweren Druck, der so viele Jahrzehnte lang auf der Presse lastete, kaum nennenswert entwickeln konnten, und daß daher nur wenig von ihnen gesagt werden kann. In der Kaiserstadt Wien erstand während der ganzen in Rede stehenden Zeit nur eine einzige neue politische Zeitung, der „Adler", und diese war noch dazu herzlich unbedeutend. Sie wurde 1838 von A. J. Groß-Hoffinger gegründet und trat mit der ausgesprochenen Tendenz hervor, in allen Fällen und unter allen Umständen für die Regierung einzutreten. Es wurde ihr daher auch ausnahmsweise die Aufnahme bezahlter Inserate gestattet. Aber Groß-Hoffinger war durchaus nicht ein überzeugter Verfechter der Politik Metternichs, sondern ein charakterloser Vielschreiber, der ursprünglich das Gegenteil von dem verfochten hatte, für das er jetzt eintrat. Geboren 1808 zu Wien, widmete er sich anfangs dem Militärdienste, ging dann

aber zur Schriftstellerei über, schrieb das Buch „Seufzer aus Österreich“, in welchem er die Regierung ohne jede tiefere Kenntnis befehdete, und gab 1833 eine Zeitschrift „Austria“ heraus, von der aber nur zwei Bände erschienen. Nach diesen Mißerfolgen versuchte er es mit Verherrlichungen des Kaiserhauses, veröffentlichte eine Apotheose des Kaisers Franz und das Werk „Erzherzog Karl und der Weltstreit“, worauf er die Konzession zur Herausgabe des „Adler“ erhielt. Aber so geschickt das Blatt auch redigiert war, die hämischen Ausfälle auf die politischen Gegner, der enge Horizont, der ganze Ton, mit dem beständig „die goldene Hand der Legitimität“ gepriesen wurde, sprach einen größeren Leserkreis nicht an. Er suchte nun durch eine Änderung des Titels in „Vindobona“ eine Besserung der Lage herbeizuführen, doch auch das war vergeblich, worauf die Zeitung im Juni 1844 wieder einging. Es erschienen nun abermals, wie ehedem, in Wien nur die beiden politischen Zeitungen, die beide direkt unter dem Einflusse der Regierung standen, die „Wiener Zeitung“ und der „Österreichische Beobachter“. Beide sind schon genügend charakterisiert worden. Sie bewegten sich auch bis zum Zusammenbruch des alten Regimes ohne jede Konzession in ihren engen Schranken, so daß der Redakteur J. K. Bernhard der „Wiener Zeitung“ nach wie vor die althergebrachte Reihenfolge der Artikel inne hielt. Erst kam die offizielle Rubrik Wien, dann folgten Amerika, weiterhin Spanien, Großbritannien, Frankreich, die Schweiz, die Niederlande, Rußland; gleich hinter Rußland folgte Preußen und hinter diesem Deutschland. Die Buchdruckerfamilie van Ghelen zahlte von 1823 ab zwölf Jahre hindurch einen jährlichen Pachtschilling von 20000 Gulden, von 1835 ab einen solchen von 22000 Gulden, und im Jahre 1847 wurde ein Vertrag auf zehn Jahre mit einem Pachtschilling vom 32000 Gulden geschlossen; dieser Vertrag sollte aber nicht mehr seine natürliche Erledigung finden; der Märzsturm des Jahres 1848 fegte ihn hinweg. Das Blatt selbst aber vermochte sich in dem Sturme zu erhalten, während der „Österreichische Beobachter“ nicht nur die Richtung, sondern auch die Gestalt änderte und vom 1. April ab unter der Leitung

Ernst von Schwarzers sich „Österreichische Zeitung“ nannte, ja, sich sogar als „Oppositionsblatt“ ankündigte.

Von den Provinzblättern ist nur die „Prager Zeitung“ zu erwähnen, die mit dem Beginn des Jahres 1846 von dem Medauschen Verlage gepachtet wurde. Der bisherige Pächter, der Haasesche Verlag, hatte die Zeitung mehr und mehr vernachlässigt; der Verleger L. W. Medau, der dem Landesgubernium eine jährliche Pacht von 10400 Gulden bezahlte, gab jetzt das Blatt in Großfolio heraus, gewann sich in dem bekannten Schriftsteller Ladislaus Tarnowski (eigentlich Gottfried Schulze) einen sehr tüchtigen Redakteur und zog auch die übrigen böhmischen Schriftsteller zur Mitarbeit heran, so G. Franz, Ferdinand Stamm, Dr. Ed. Bruna, Josef Walter u. a. Leider starb Tarnowski bereits 1847, erst 37 Jahre alt, worauf der Romanschriftsteller Eduard Breier (geb. 1811, gest. 1886) an seine Stelle trat, ohne ihn ganz zu ersetzen.

Drittes Kapitel.

Der neue Geist in der Zeitschriften-Literatur.

(1830—1848.)

Die rein politischen Journale. Die konservativen Zeitschriften. Jarckes „Politisches Wochenblatt". Verficht die Legitimität. Rankes „Historisch-polit. Zeitschrift". Görres' und Philipps' „Histor-polit. Blätter". „Der Staat". Die liberalen Zeitschriften. „Das Vaterland"; die „Deutsche Monatsschrift" von Biedermann; der „Herold". Helds „Lokomotive". Ihre Schicksale in Leipzig und Halle. „Unser Planet". „Der Wandelstern". „Die Sonne". Die „Rheinischen Jahrbücher". Mathys „Vaterländische Hefte". Der „Deutsche Zuschauer". Die „Konstitution. Jahrbücher". Die „Grenzboten". Ihr Herausgeber Ignaz Kuranda. Alfred Meißner über ihn. Die Zeitschrift vertritt die Interessen des jungen Österreichs. Wird an Grunow, Gustav Freytag und Julian Schmidt verkauft.

Der neue Geist, der mit den Julitagen des Jahres 1830 hereindrang, kam natürlich nicht bloß in den Zeitungen, sondern auch in den Zeitschriften zum Ausdruck, und hier sogar in allen seinen Schwingungen, mit seiner ganzen Intensivität, da ja der Raum der Journale nicht durch die Berichte über die Tagesereignisse in Anspruch genommen wurde, mithin ein weit größerer Raum, als in den Zeitungen, zur ausführlichen Erörterung der Zeitfragen zur Verfügung stand, und da ferner auch die Zensur den Schriftstellern weniger streng auf die Finger sah, weil die Zeitschriften ja nicht in die breite Masse des Volkes kamen, also, nach Ansicht der Regierungen, nicht so direkt vergiftend wirken konnten.

Die Flut der neuen Gedanken ergriff sehr bald die gesamte Journalliteratur. Jede Zeitschrift suchte jetzt eine gewisse Gesinnung herauszukehren, irgend einen politischen Glauben auf seine Fahne zu schreiben, wenn sie auch im übrigen nur der simpelsten Unterhaltung dienen wollte. „Die nationale Sache“ und „die Rettung der Gesellschaft“ waren die Schlagworte, an die jeder Aufsatz, jede Novelle, jede Anekdote in irgend welcher Weise anklingen mußte. Eine volkstümliche, gewandte Sprache, ein schlagender Witz, eine beißende Ironie mußten die Ausführungen beleben. „Die Zeit des Räsonnierens, Diskutierens und Debattierens begann,“ schreibt ein Schilderer jener Zeit,*) „die Kritik wurde räsonnierend, selbst die dichterischen Produktionen waren mit Räsonnements bis zum Ersticken angefüllt .... Überall traten politische Ideen und Zeittendenzen an die Stelle der bloß literarischen und sogenannten allgemein menschlichen .... Man begehrte gar kein Kunstwerk, man wollte einen zeitgeschichtlichen Inhalt und begehrte ihn selbst von der Kritik .... Die Journale wurden, wenn auch nicht Leiter, so doch Träger der öffentlichen Meinungen; sie sprachen nur aus, was Gemeingefühl und Gemeinstimmung war, und konnten sich eben nur dadurch halten, daß sie es aussprachen. Wie weit man über das Maß hinausging, merkte man damals nicht; die allgemeine Stimmung hatte an sich selbst etwas Unmäßiges, etwas Unbegrenztes.“

Die Jugend mit ihrer größeren Empfänglichkeit und Reizbarkeit trat naturgemäß am lebhaftesten für die neuen Ideen ein. Es erstand eine ganze Reihe neuer Schriftsteller, Gutzkow, Laube, Mundt, Kühne, Meißner, Beck, Ruge, Duller, Öttinger, Willkomm u. a., die sämtlich sich der Journalistik zuwandten, weil sie dort sich am bequemsten aussprechen konnten und am weitesten gehört wurden. Wie heftig sie sich gedrängt fühlten, ihrem Unmut und Mißbehagen über die unzulänglichen Verhältnisse Luft zu machen, bringt Mundt recht charakteristisch zum Ausdruck.

---

*) Hermann Marggraff, Deutschlands jüngste Literatur- und Kulturepoche. Leipzig 1839, S. 269.

„Der Zeitgeist zuckt, dröhnt, zieht, wirbelt, hambachert in mir," ruft er einmal aus, „er pfeift in mir, hell wie eine Wachtel, spielt die Kriegstrompete auf mir, singt die Marseillaise in all meinen Eingeweiden und donnert mir in Lunge und Leber mit der Pauke des Aufruhrs herum."

Leider wußten die Regierungen diesem allgemeinen heißen Verlangen nach edleren Staatsformen in keiner Weise zu entsprechen. Vollständig unfähig, die allgemeinen Forderungen zu verstehen, setzten sie alledem nur starren Widerstand entgegen, oder sie ließen ihre Ansichten durch Journale vertreten, die ohne allen Einfluß blieben.

Von der großen Menge von Zeitschriften, die in diesen bewegten Jahren auftauchten, sind die rein politischen die unbedeutendsten, zudem erschienen sie auch nur in geringer Anzahl. Es war dies eigentlich selbstverständlich, denn den Journalen mit liberaler Tendenz wurde ja stets nur ein kurzes Dasein gestattet, während die konservativen Zeitschriften, so eifrig sie auch von den Regierungen protegiert werden mochten, doch niemals ein größeres Publikum eroberten. Den verhältnismäßig größten Leserkreis und wohl auch einen zu Zeiten nicht geringen Einfluß besaß von diesen letzteren das durch die Initiative Joseph von Radowitz' in Berlin ins Leben gerufene „Politische Wochenblatt", dessen Redaktion Karl Ernst Jarcke besorgte. Dieser war einer der begabtesten konservativen politischen Schriftsteller der dreißiger und vierziger Jahre. Geboren 1801 zu Danzig, studierte er die Rechte und schrieb zunächst verschiedene juristische Werke, in denen er sich bereits als ein energischer Verfechter der Legitimität und als ein heftiger Gegner aller freiheitlichen Bewegungen bekannte. Weiterhin verfocht er auch, nachdem er 1824 in Köln zur katholischen Kirche übergetreten war, mit großer Leidenschaft die Interessen des Katholizismus. Nach seiner 1825 erfolgten Berufung als Professor des Kriminalrechts an die Universität Berlin trat er den dortigen konservativen Kreisen näher, befreundete sich mit den Gerlachs (Wilhelm, Ludwig und Leopold), sowie mit Joseph von Radowitz, und wurde daher bei der Gründung des Wochenblattes be-

wogen, dessen Redaktion zu übernehmen.*) Die Zeitschrift begann im Herbst 1831 zu erscheinen und sollte gleichsam einen Damm gegen die von Frankreich herüberströmenden Ideen bilden. In dem Prospekte hieß es denn auch, es werde bezweckt, „der Revolution in jeder ihrer Gestalten entgegenzutreten, die Angriffe des auswärtigen Journalismus zurückzuweisen und die schlechten politischen Lehren durch die guten zu bekämpfen.“ Der allgemeine Charakter der Zeitschrift werde der antirevolutionäre sein, und sie wünsche deshalb auch, als Organ und Vereinigungspunkt aller antirevolutionären Richtungen aufzutreten. Dieses Ziel erreichte sie zwar nicht, doch faßte sie bald in den höheren und höchsten Berliner Gesellschaftskreisen Fuß und übte auf die innere Entwicklung des preußischen Staates während der dreißiger Jahre einen nicht zu leugnenden Einfluß aus. Das eigentliche Leitmotiv des Blattes bildete die unablässige Fehde gegen den konstitutionellen Verfassungsstaat. Wie die Evangelische Kirchenzeitung, die Pastoralkonferenzen, die Missionsvereine und die Konventikel der Frommen auf dem religiösen, schreibt Hassel, so gehörte auf dem politischen Gebiete das Wochenblatt zu den Waffen, mit denen die feudal-kirchliche Partei ihr Terrain zu behaupten und zu erweitern wußte. Es erschien an jedem Sonnabend in Folio in Stärke von ein bis zwei Bogen zum Jahrespreise von $6^1/_3$ Talern. Von politischen Tagesnachrichten sah es ganz ab; es wollte nur leiten und brachte daher neben einem kurzen orientierenden politischen Wochenbericht größere, meist polemische Artikel und Korrespondenzen. Es wandte sich gegen den Polenenthusiasmus, der damals weite Kreise ergriffen hatte, die revolutionären Bewegungen in Braunschweig, Hannover und Leipzig, ganz besonders aber gegen die konstitutionellen Bestrebungen in Süddeutschland. Mit der ganzen Schärfe einer gut geschulten Dialektik verurteilte es hier den modernen Liberalismus, „den Herd der Revolution“, „jene doktrinäre Sucht, nach flüchtigen Abstraktionen beliebige

*) Vergl. Paul Hassel, Joseph Maria von Radowitz, Berlin 1905, Band I, S. 213 ff. und die Aufzeichnungen Ludwigs von Gerlach, Band I, S. 193.

Verfassungsformen zusammenzusetzen und politische Luftschlösser zu erbauen." Die süddeutsche Presse wurde heftig angegriffen, besonders Wirths „Tribüne"; das Hambacher Fest erregte den Berichterstattern „Schmerz und Ekel", und die danach gefaßten Bundesbeschlüsse erschienen ihnen als „Vollendung im rühmlichen Wirken der Sicherheit Deutschlands". In ähnlicher Weise sprach sich das „Wochenblatt" über die liberalen Strömungen in Frankreich aus. Diese Artikel schrieb Radowitz. Österreich blieb fast ganz unbeachtet. Diese Haltung des „Wochenblattes" wurde besonders am preußischen Hofe gebilligt; Friedrich Wilhelm III. stimmte ihr durchaus bei, so daß Jarcke, als er am 15. November 1832 aus der Redaktion schied, stolz von sich sagte: „Vielleicht ist noch niemals einem deutschen politischen Schriftsteller ein so ausgewähltes und geistvolles Publikum zu teil geworden, als die Umgebung, durch welche er sich getragen und durch deren Beifall und Zustimmung er sich beglückt fühlte." Jarcke ging nach Wien und trat als Rat im außerordentlichen Dienste bei der k. k. Haus-, Hof- und Staatskanzlei ein, an Stelle des verstorbenen Gentz, brachte es aber nur zu einem Gentz au petit pied, wie Metternich sagte; ein ganzer Gentz vermochte er nicht zu werden. Auch starb er bereits 1852. Sein Nachfolger beim „Wochenblatt" wurde Dr. F. W. Streit, Major a. D., doch schrieb er auch fernerhin noch oft und gern für sein ehemaliges Journal, bis 1837 ein jäher Bruch ihn für immer vollständig von Berlin trennte. Der Kölner Kirchenstreit war ausgebrochen, und Jarcke, der als leidenschaftlicher Katholik auf Seiten des verhafteten Erzbischofs stand, erwartete, daß, da die Behandlung konfessioneller Fragen ausgeschlossen sein sollte, das „Wochenblatt" die Katastrophe mit Stillschweigen übergehen werde. Das war jedoch nicht der Fall; das „Wochenblatt" brachte eines Tages einen scharfen Artikel gegen den Erzbischof Droste zu Vischering, worauf Jarcke in der Augsburger „Allgemeinen Zeitung" erklärte, daß er jede Berührung mit dem „Wochenblatt" abgebrochen habe, an dessen Leitung und Entwicklung er als unermüdlicher Mitarbeiter acht Jahre tätigen Anteil genommen. Das „Wochenblatt" erschien darauf noch bis 1840, verlor aber

seinen früheren Einfluß mehr und mehr und büßte ihn schließlich ganz ein.

Dieselbe Tendenz, wie Jarckes „Wochenschrift", verfolgte auch Leopold Rankes „Historisch-politische Zeitschrift", deren erster Band 1832 zu Hamburg, und deren zweiter von 1833 bis 1836 in Berlin erschien. Mitarbeiter waren Savigny, Clausewitz u. a. Auch sie wandte sich gegen die liberalen Bestrebungen und warnte davor, „nach einem eingebildeten Glück auf Wegen, die vom Wahren abführen, zu jagen." Immerhin wollte sie das Volk nicht vollständig von einer Teilnahme an den Staatsgeschäften ausgeschlossen sehen. Einem vaterländisch gesinnten Mittelstande könne wohl ein gewisser Einfluß eingeräumt werden, allein mit vorsichtiger Beschränkung. „Macht soll er haben," erklärte sie, „doch nach dem Maße seiner Einsicht, d. h. im Wesentlichen nach dem Kreise seiner Erfahrungen, aber nicht nach den oberflächlichen Theorieen, welchen die öffentliche Meinung zu folgen jetzt nur zu sehr geneigt ist." Das mehr und mehr überhandnehmende Politisieren aller Kreise bezeichnete sie als eine Neigung, die von „wahrem Bürgersinn, d. h. von hingebender, selbstverleugnender Liebe zum Gemeinwohl noch sehr verschieden" sei, und erklärte sich darum auch gegen die Preßfreiheit. Weiterhin wandte sie sich mehr und mehr der historischen Kritik zu und wurde somit eine rein wissenschaftliche Zeitschrift.*)

Für das katholische Deutschland riefen Görres und Philipps in München 1839 die „Historisch-politischen Blätter" ins Leben. In dem Programm hieß es, daß der Hauptzweck der Zeitschrift sei, „die revolutionäre, wie die despotische Doktrin der falschen Staatsweisheit durch die Verkündigung der Grundsätze wahrer Freiheit und des Rechts zu bekämpfen. Das erste Heft wurde mit einem Artikel „Weltlage" eröffnet, der die allgemeinen religiösen Verhältnisse darlegte; der zweite Artikel handelte „über die gegenwärtige Stellung der katholischen Kirche zu den von ihr

*) Vergl. auch G. Kaufmann, Politische Geschichte Deutschlands im 19. Jahrh. Berlin 1900, S. 237 ff., wo das „Polit. Wochenbl." und Rankes „Hist.-pol. Zeitschrift" gegeneinander abgewogen werden.

getrennten Konfessionen." Mitarbeiter waren hauptsächlich die Münchener Professoren, darunter Döllinger und v. Moy, und ferner Jarcke, der sogar einen sehr bedeutenden Anteil an der Gründung der Blätter gehabt haben soll. Nach Görres' Hinscheiden (1852) übernahm Edmund Jörg, der bekannte antipreußische Politiker, die Redaktion der „gelben Hefte" und führte sie bis 1891. Bald nach ihrem Erscheinen wurde die Zeitschrift in Preußen verboten.

Aus den Kreisen der Liberalen wagten sich allerwärts die verschiedensten Journale hervor, aber fast alle welkten schon nach kurzem Dasein dahin; nur ein einziges überstand die Katastrophe von 1848, die Zeitschrift „Die Grenzboten". Keins gewann einen führenden Einfluß; sie können daher hier auch nur kurz angeführt und charakterisiert werden.

In Berlin gab Wöniger 1843 das Journal „Der Staat" heraus, dem aber das Oberzensurgericht durch Abänderungen so viele Schwierigkeiten bereitete, daß erst Ende Dezember das Oktoberheft zur Ausgabe gelangen konnte. Mißmutig sahen daher Redakteur und Verleger von einer weiteren Herausgabe der Zeitschrift ab. Eine „Monatsschrift", die Buhl zur selben Zeit in Berlin ins Leben rufen wollte, sah sich sofort im Keime erstickt, da verschiedenen Aufsätzen, die für das erste Heft bestimmt waren, das Imprimatur verweigert wurde.

Die mannigfachsten Versuche mit liberalen Zeitschriften wurden in dem damals politisch besonders regen Leipzig unternommen. Der gelehrte W. Wachsmuth gab dort „Das Vaterland", Blätter für Proposition und Opposition (von 1833 an: Blätter für teutsches Volks- und Staatsleben) im Verein mit Fr. Bülau und Jul. Weiske von 1831 bis 1835 heraus. Weiterhin erschienen in Leipzig die „Osterländischen Blätter", einige Zeit redigiert von Dr. Eduard Singer, und von 1842 bis 1846 die „Deutsche Monatsschrift für Literatur und öffentliches Leben" von Karl Biedermann. Dieser suchte besonders die „praktischen" und „materiellen" Interessen Deutschlands zu fördern. In dem Programm der Zeitschrift, das selbständig als Flugschrift erschien und den Titel „Das deutsche Nationalleben in seinem

gegenwärtigen Zustande und in seiner fortschreitenden Entwickelung" führte, legte er folgende Grundsätze dar: „Aufbau eines kräftigen Nationallebens auf der Grundlage möglichst allseitig entwickelter materieller Interessen und eines tüchtigen praktischen Geistes im Volke; im Politischen konsequente Durchführung des konstitutionellen Prinzips, tunlichste Selbstverwaltung des Volkes, Förderung des Gemein- und Assoziationsgeistes; für die allgemeinen deutschen Verhältnisse Anschluß der sämtlichen Staaten zweiten und dritten Ranges an Preußen, Weiterausbildung des Zollvereins nach der politischen Seite hin; im Kirchlichen möglichste Sonderung der Gebiete von Staat und Kirche; für die idealen Bestrebungen endlich — Wissenschaft, Literatur und Kunst — möglichst enger Anschluß an die lebendige Wirklichkeit, besonders auch die nationale." Die Zeitschrift beobachtete dann eine gemäßigt-liberale Haltung, die aber vielen Politikern angesichts der allgemeinen Erregung als viel zu zahm, ja als philisterhaft erschien und darum besonders von der „Rheinischen Zeitung" und den „Sächsischen Vaterlandsblättern" wiederholt angegriffen wurde. Ihre Verbreitung war übrigens gering; sie brachte es niemals über 500 Abonnenten.*) Neben seiner „Monatsschrift" gab Biedermann von 1844 bis 1847 auch noch eine Wochenschrift „Der Herold" für Politik, Literatur und öffentliches Gerichtsverfahren heraus, die ebenfalls einen gemäßigten Ton beobachtete und darum gleichfalls wiederholt den Tadel der enragierten liberalen Blätter erfuhr. Im Jahre 1845 machte in diesen der Witz die Runde: „Durch eine Verfügung der hohen Medizinalbehörde ist der in Leipzig erscheinende ‚Herold' in sämtlichen Hospitälern des Königreichs Sachsen eingeführt worden. Man hofft dadurch ein Bedeutendes an Opium zu sparen." Viel kecker als Biedermann, resolut und nicht selten beißend witzig war F. W. A. Held, der aber nur eine sehr kurze Rolle in Leipzig spielte. Geboren 1813 zu Neiße, war er erst Offizier, später Schauspieler und schließlich Schriftsteller, als welcher er Ende 1842 nach Leipzig kam und dort im Verlage von Reclam jun. mit dem Beginn des

*) Biedermann, Mein Leben. Breslau, Bd. 1, S. 78.

nächsten Jahres die Wochenschrift „Lokomotive, Volksblatt für tagesgeschichtliche Unterhaltung", herausgab. Ein eifriger Mitarbeiter wurde ihm bald in Otto von Corvin. Held setzte sofort in sehr hohen burschikosen Tönen ein. Von der Art seiner Schreibweise seien nur einige wenige Proben mitgeteilt. „In Wahrheit", schrieb er einmal, „manche Regierung hat vor der Volksvertretung denselben Respekt, wie die Wichsbürste vor dem Stiefel."*) Ein andermal sagte er: „In Bayern wundert man sich, daß der 26. Mai, der Tag, an welchem der humane König Max seinen Bayern eine Verfassung schenkte, so ohne alle Feierlichkeit vorübergegangen ist. Mich wundert, daß sich die Leute darüber wundern. (Es wäre doch höchst lächerlich, wenn man den Geburtstag eines Kindes feiern wollte, während es im Sterben liegt.)" Die Zustände in Hannover apostrophierte er mit den Worten: „Während der Abwesenheit Sr. Majestät des Königs wird Se. Königl. Hoheit der Kronprinz geruhen, die Regierung zu besorgen. (Dieselbe haben zwar das Unglück, blind zu sein; allein Se. Majestät haben schon unterm 3. Juli 1841 die Gnade gehabt, zu dekretieren, daß die Blindheit sich mit der Regierung eines deutschen Staates wohl vertrage, was wir untertänig genug sind vollkommen zu glauben.)" Dieser Ton mußte natürlich alsbald Aufsehen erregen; in kurzer Zeit hatte die „Lokomotive" 3000 Abonnenten, und im Verlaufe der nächsten Monate stieg die Zahl der Abnehmer bis gegen 12000. Mit dem Beifall der Menge wuchs aber auch das Mißfallen der Leipziger Behörde über das neue Blatt; es wurde wiederholt verwarnt und schließlich mit der Konzessionsentziehung bedroht. Darauf wollte Held ein „Manifest an das deutsche Publikum" erlassen, in diesem gegen die „bis zur äußersten Strenge getriebenen Zensurmaßregeln" protestiren und erklären, daß er für seinen Wahlspruch

*) Dieser Satz wurde jedoch vom Zensor gestrichen; bei den beiden anderen Beispielen fielen die eingeklammerten Zeilen dem Zensor zum Opfer. Wir sind darüber durch das Buch Helds „Zensuriana, oder Geheimnisse der Zensur" unterrichtet, das er 1844 in Kassel herausgab, und in welchem er alle s. Z. in den Nummern der „Lokomotive" gestrichenen Stellen zum Abdruck brachte.

„Vernunft, Freiheit und Recht“ bis zum Bettelstabe und noch mit dem Bettelstabe kämpfen werde, allein das Manifest wurde vom Zensor gestrichen. Dadurch steigerte sich die Gereiztheit Helds noch mehr; er wurde immer heftiger, und nun ereilte ihn sein Schicksal: die „Lokomotive“ wurde unterdrückt, und er selbst des Landes verwiesen. Er wandte sich nach Halle und suchte dort sein Blatt als Monatsschrift weiter zu führen, mußte hier aber noch üblere Erfahrungen mit dem Zensor machen. Als er einmal schrieb, daß in Deutschland eigentlich nur zwei Parteien bestehen dürften, die liberale und die konservative, strich der Zensor den Satz mit dem Bemerken: „Wir kennen gar keine Parteien; wir haben in Preußen nur Recht und Gesetz.“ Aufsätze, in welchen Bücher besprochen wurden, die außerhalb der deutschen Bundesstaaten erschienen waren, verfielen ohne weiteres dem Rotstift, da der Zensor den Grundsatz aufstellte, daß alle solche Bücher zunächst als verboten betrachtet werden müßten und darum weder angezeigt noch kritisiert werden dürften. Zu alledem kam die langsame Erledigung der Zensurierung, so daß z. B. das Oktoberheft von 1843 erst zu Anfang des Jahres 1844 ausgegeben werden konnte. Diese vielen Hemmnisse bestimmten schließlich Held, seine Zeitschrift zu Anfang 1844 ganz aufzugeben; er ging nach Berlin, geriet dort 1848 in die Strudel der Revolution und übernahm dann nach mancherlei Schicksalen 1863 die Redaktion der den Arbeiterinteressen gewidmeten „Staatsbürgerzeitung“. Schließlich gründete er 1871 noch eine zweite Zeitung gleichen Namens, starb aber bereits am 26. März 1872. — In dem Leipzig benachbarten Grimma erschien im Verlage von Dr. Ferdinand Philippi „Unser Planet“, dessen Redaktion Ernst Keil, der spätere Herausgeber der „Gartenlaube“, leitete. Da es aber bald zu Konflikten mit der Behörde kam, so wurde der „Planet“ in einen „Wandelstern“ umgestaltet. Der Charakter blieb aber doch der alte, worauf die Behörde verlangte, daß die Tendenz des Blattes auf die eines rein belletristischen Journals reduziert werde. Auf diese Umänderung ging jedoch Keil nicht ein, er trat lieber von der Redaktion zurück (1845), worauf der „Wandelstern“ alsbald seinen Lauf einstellte. In Chemnitz, wo sich eben-

als ein sehr lebhaftes politisches Leben entwickelt hatte, gab der Jurist Dr. Eduard Theodor Jäkel von 1841 ab die Zeitschrift „Die Sonne“ heraus, die bald das wichtigste politische Organ im Erzgebirge wurde, aber bereits im August 1845 durch Konzessionsentziehung zu Grunde ging.

Süddeutschland endlich steuerte zur Literatur dieser liberalen politischen Zeitungsliteratur die „Rheinischen Jahrbücher zur gesellschaftlichen Reform“ bei, herausgegeben von Püttmann unter Mitwirkung von Engels, Weller, Ronge u. a. (Darmstadt 1845 bis 46), ferner die „Vaterländischen Hefte“, herausgegeben von der Opposition der badischen zweiten Kammer, redigiert von dem Abgeordneten Matthy (es erschien der erste Band 1843 zu Mannheim in sechs Heften, der zweite auf einmal, die Verfassungsfeier vom 22. August beschreibend), den „Deutschen Zuschauer“ von J. Hoff und G. v. Struve (Mannheim 1847 und 48), die „Konstitutionellen Jahrbücher“, die 1843 in drei Bänden in Stuttgart herauskamen, von K. Weil redigiert wurden und Berthold Auerbach, G. Riesser in Hamburg, G. v. Struve in Mannheim, Steinacker und Jürgens im Braunschweigischen u. a. zu Mitarbeitern hatten, und die Zeitschrift „Bayerns Deputiertenkammer“, anfangs der dreißiger Jahre von dem Literarhistoriker Heinrich Kurz in München herausgegeben. Das Journal wurde jedoch bald unterdrückt, worauf Kurz in Augsburg das konstitutionelle Oppositionsblatt „Die Zeit“ ins Leben rief, das aber ebenfalls nur wenige Monate erscheinen durfte. Kurz selbst zog sich wegen seiner freisinnigen Sprache eine Festungsstrafe von zwei Jahren zu, die er 1833 und 1834 auf der Bergfeste Wülzburg verbüßte.

Etwas abseits standen „Die Grenzboten“. Sie waren ein für die damalige Zeit äußerst charakteristisches Blatt. Ihr Herausgeber Ignaz Kuranda, zu Prag 1811 geboren, gehörte zu der Gruppe jener jungen Österreicher, denen es in den vierziger Jahren daheim zu eng und drückend wurde, und die daher auswanderten. Er kam zunächst 1837 nach Stuttgart, wo er mit den schwäbischen Dichtern und David Friedrich Strauß bekannt

wurde, und ging dann, nachdem es ihm gelungen war, mit Cotta in Verbindung zu treten, als Korrespondent der „Allgemeinen Zeitung" zunächst nach Paris und dann nach Brüssel. Dort erfreute er sich sehr bald der Unterstützung des Ministers Nothomb und des Schriftstellers Hendrik Conscience und hielt unter deren Ägide Vorträge über die neuere deutsche Literatur. Damit weckte er nach und nach ein solches Interesse für das deutsche Geistesleben, daß er auf den Gedanken kam, das von dem kriegslustigen französischen Ministerium Thiers bedrohte Belgien, besonders aber die stammverwandte vlämische Bevölkerung desselben, die eben die ersten Versuche machte, ihre Literatur und ihr Volkstum gegen die übermächtig vordringende französische Kulturmacht zu schützen, enger an Deutschland anzuschließen und zwar durch eine Zeitschrift zur Pflege der beiderseitigen Beziehungen. Diese erschien darauf vom 1. Oktober 1841 ab unter dem Titel „Die Grenzboten, Blätter für Deutschland und Belgien". Allein die Erwartungen Kurandas erfüllten sich nicht; die vlämischen Bestrebungen fanden bei dem deutschen Liberalismus nicht die gehoffte Teilnahme, und außerdem legte die preußische Regierung der Verbreitung der zensurfrei im Auslande gedruckten Zeitschrift nach Deutschland allerlei Schwierigkeiten in den Weg. Wiederholt blieben die Pakete mit den „Grenzboten" an der Grenze bei Aachen liegen. Kurz entschlossen verlegte daher Kuranda die Zeitschrift im Sommer 1842 nach Leipzig und ließ den buchhändlerischen Vertrieb durch die Verlagsbuchhandlung F. W. Grunow besorgen. Zugleich beseitigte er den Nebentitel und widmete die Zeitschrift fortan hauptsächlich den Interessen Österreichs. „‚Die Grenzboten‘ wurden das Organ für alle Schmerzen der Deutschösterreicher," schreibt J. Grunow.*) „Nicht nur die jungen Poeten, von denen, wie man damals sagte, allwöchentlich einer mit einem Bändchen Freiheitsliedern in der Tasche über die böhmisch-sächsische Grenze kam, schlossen sich ihm an; die ständische Opposition ergriff begierig die Gelegenheit, über Verhandlungen zu berichten, die in Österreich selbst nicht laut werden

---

*) Fünfzig Jahre! Grenzboten, 50. Jahrgang, № 40 (1891).

durften, und bis hoch hinauf in die Staats- und Hofkanzleien redeten sich die mißvergnügten Beamten von der Leber, was sie drückte. Was ihm auf geheimen Wegen zufloß, unterzog Kuranda mit dem ihm eigenen Geschicke sozusagen einem Veredlungsverfahren. Er hütete sich sorgfältig, das Regierungssystem als Ganzes anzugreifen, ließ Prinzipienfragen und Programm auf sich beruhen, verarbeitete nur zu schonender und unterhaltender Schilderung die Einzelheiten, die ihm als verschwiegenem Beichtvater anvertraut worden waren.“ Sein allgemeiner politischer Standpunkt war dabei der großdeutsche, den er auch später noch in Österreich festhielt.

Bildeten mithin die „Grenzboten“ eine ganz besondere, durchaus eigenartige Erscheinung unter den deutschen politischen Zeitschriften, so stellte sich auch ihr Herausgeber als eine außergewöhnliche, von den sonstigen deutschen Literaten vollständig verschiedene Persönlichkeit dar. Er trug sich stets hoch elegant, besaß die gesellschaftlichen Formen des gewandten Weltmannes, war von gewinnender Liebenswürdigkeit und außerordentlich anregend. Beständig fand man ihn über alles unterrichtet, was in der ganzen kultivierten Welt vorging, da er es bei seinem unruhigen Geiste nie lange in dem philiströsen Leipzig aushielt, sondern oft monatelang in Paris, Brüssel, Prag, Wien, Berlin, Dresden und Hamburg oder auf längeren Reisen in Italien lebte, überall Verbindungen mit hervorragenden Männern anknüpfend und diese zu Mitarbeitern an seiner Zeitschrift heranziehend. Im Hinblick auf dieses energische Werben spricht August Lewald sogar einmal von einer „gußeisernen Zudringlichkeit“ Kurandas. Alfred Meißner, der ihn durch längeren persönlichen Umgang genau kannte, sagte von ihm (Grenzb. 1880, № 1): „Kuranda war ein geistreicher Mann und liebenswürdiger Redakteur. Seine Artikel schrieb er mit großer Sorgfalt, und sie waren so elegant wie seine Erscheinung .... Sein Auge wachte über jeder Nummer mit zärtlicher Sorgfalt, und er sprach am liebsten davon, was das letzte Heft enthalten habe, oder das nächste bringen werde. Er war mit ganzer Seele bei der Sache. Man konnte es ihm auf dreißig Schritte ansehen, wenn wieder einmal eine Feder ersten Ranges

ihm ein Manuskript eingesandt hatte. Dann trug er sein Haupt mit besonderem Schwunge, die Hand führte noch kecker als sonst das zierliche Stöckchen, die Augen strahlten von siegreichem Feuer.“

Für die Bureauarbeiten der Redaktion hatte er sich in den ersten Leipziger Jahren einen jungen Landsmann Jakob Kaufmann bestellt, der jedoch auch manchen gediegenen Aufsatz für die „Grenzboten“ schrieb und selbst in der späteren Periode der Zeitschrift noch ihr Mitarbeiter blieb, so daß bei seinem Tode ihm Gustav Freytag in der Zeitschrift „Im neuen Reich“ einen warmen Nachruf widmete, der auch in Freytags gesammelte Schriften übergegangen ist. Nach Kaufmann waren Dr. Gustav Julius, Dr. Hermann Jellinek und schließlich Julian Schmidt Hülfsarbeiter der Redaktion.

Natürlich wurden die „Grenzboten“ alsbald im ganzen Gebiete des österreichischen Kaiserstaates verboten, aber doch in zahlreichen Exemplaren eingeschmuggelt, so daß sie von allen Gebildeten Österreichs gelesen werden konnten. Schwieriger war die Beförderung der Korrespondenzen aus Österreich an die Redaktion nach Leipzig. Allerwärts spähten die Häscher des Polizeiministers Grafen Sedlnitzky, und mancher Brief wurde in seinem Fluge aufgefangen und nach vorgenommener Einsicht in das geheimste Fach des Polizei-Archivs gesteckt. Aus diesem dunkeln Verließ hat neuerdings August Fournier mehrere dieser Briefe wieder ans Licht gezogen.*)

Unter der geschickten Redaktion Kurandas gelang es auch, das Schifflein der „Grenzboten“ 1842 über die Sandbank zu bringen, die es notwendigerweise bei der innern Umgestaltung des Blattes passieren mußte. Die belgischen Leser, die kein Interesse an der Zeitschrift mehr haben konnten, zogen sich zurück, die neuen Leser in Österreich waren aber nicht so leicht zu erwerben. „Sie können nicht glauben, lieber Grunow“, schreibt daher Kuranda einmal im Februar 1843, „was mir das Blatt für Mühe und Angst macht.“ Nach und nach hebt sich aber die Zeitschrift, und 1846 können schon 690 Abonnenten verzeichnet werden. Das

*) Morgendämmerung. N. Fr. Presse, Jan. 1902.

Jahr 1847 brachte dann „gegen alle Erwartung" 1300, und als der vereinigte preußische Landtag eine ganz neue Bewegung in der politischen Welt hervorrief und die „Grenzboten" auch den preußischen Angelegenheiten ihre Aufmerksamkeit widmeten, stieg die Zahl der Abonnenten zu Anfang 1848 fast auf 4000. Da aber brach die Revolution aus, und Kuranda eilte nach Wien, wo er mit Jubel empfangen wurde. Sofort stand er mitten im politischen Leben und erkannte auch, daß künftig nur in Wien sein Wirkungskreis sein könne. So verstand er sich denn auch dazu, das Anerbieten von Grunow, Freytag und Julian Schmidt anzunehmen, das Blatt an diese zu verkaufen, worauf die eine Hälfte des Eigentums an Grunow, die andere an Freytag und Julian Schmidt überging. Damit trat die Zeitschrift abermals in eine ganz neue Phase; sie wurde jetzt in den Dienst reindeutscher Interessen gestellt und verlor damit ihren Hauptreiz für Österreich. Die Zahl der Abonnenten sank daher bis auf 800. Ihre weiteren Schicksale werden im letzten Abschnitte des Buches dargelegt werden.

---

2. Die Zeitschriften für die universelle Bildung. Die „Hallischen Jahrbücher", gegründet von Ruge und Echtermeyer. Stellen sich auf die linke Seite der Hegelschen Schule. Kritisieren die deutschen Universitäten, treten für Heine ein, bekämpfen die reaktionäre Richtung, heben Preußens großstaatliche Aufgabe hervor. Werden von Leo und dem „Politischen Wochenblatt" angegriffen. Sollen sich unter preußische Zensur stellen. Siedeln als „Deutsche Jahrbücher" nach Sachsen über. Werden unterdrückt. Können auch als „Deutsch-franz. Jahrb." nicht bestehen. Das Cottasche „Morgenblatt". Wagt sich nicht weit vor. Gustav Schwab redigiert den poetischen Teil. Wolfgang Menzel gibt das „Literaturblatt" heraus. Tritt in diesem als fanatischer Parteimann auf. Bekämpft Goethe und weiterhin das Junge Deutschland. Seine Angriffe auf Gutzkow und dessen „Wally". Das klägliche Nachspiel der Gutzkow-Tragödie. Die „Wiener Zeitschrift". Ihre Leiter Schickh und Witthauer. Ihre Mitarbeiter. Witthauer über den schlechten Geschmack des Publikums. Der „Phönix", redigiert von Duller und Gutzkow. Sucht

die Ideen der neuen Zeit zu vertreten. Mundts „Freihafen“. Engländers „Salon“. Bäuerles „Theaterzeitung“. Gutzkows „Forum der Journal-Literatur“. Das Blatt soll eine „Aussicht auf den Strom der öffentlichen Meinung geben“. Besteht nur wenige Monate.

Weit bedeutender, als die rein politischen Journale, waren die Zeitschriften für die universelle Bildung; ja, die wichtigste in dieser Gruppe stellt sich überhaupt als die hervorragendste der ganzen in Rede stehenden Periode dar. Sie führte den Titel „Hallische Jahrbücher für deutsche Wissenschaft und Kunst.“ Ursprünglich waren die „Jahrbücher“ nur als ein Sammelpunkt aller hervorragenden geistigen Kräfte Deutschlands gedacht. Die Ansichten einer bestimmten Partei oder Schule sollten nicht vertreten werden; die Zeitschrift sollte nur klärend wirken; immerhin war gleich im Anfang, wie die Herausgeber in der № 1 des zweiten Jahrganges ausführten, „theoretisch der Protestantismus und die freie Wissenschaft, praktisch der protestantische und moderne Staat als das Prinzip des Blattes ausgesprochen.“ Sehr bald zeigte sich jedoch, daß die Herausgeber, wohl ohne daß sie sich dessen ganz klar bewußt waren, einen ganz bestimmten Standpunkt einnahmen, daß sie auf der linken Seite der Hegelschen Schule standen, der Seite der sogenannten Junghegelianer, und den revolutionären Kern der Hegelschen Philosophie immer mehr herausschälten. Dadurch bildeten die „Hallischen Jahrbücher“ in den breiten Kreisen der Gebildeten nach und nach jenen politischen Geist heraus, der schließlich gebieterisch die Umgestaltung der alten unzulänglichen Staatsform verlangte; sie wurden das eigentliche treibende Moment in der gärenden Zeit der vierziger Jahre, und als dann die allgemeine Bewegung Deutschland durchbrauste, ereignete sich nur, was sich theoretisch bereits in ihnen vollzogen hatte. „Die Flut des unsichtbaren Geistes steigt über alle Dämme, Deiche und Nachtwächterposten,“ ruft denn auch einmal der Herausgeber aus, mit seinem geistigen Auge die ungeheuere Strömung überschauend, die sich mehr und mehr entwickelt hat. „Sie fließt über das Land und quer durch die eigenen Köpfe der Schreier, ohne daß sie es gewahr werden, bis zu dem Augenblick, wo dieses Fluidum die

ganze Welt neu baut und nach sich gestaltet." Und auf der anderen Seite, wo man das Bestehende mit ängstlichen Händen halten will, mehrt sich täglich der Ingrimm gegen die Zeitschrift, die einen solchen gewaltigen Einfluß auf die Geister auszuüben vermag. Jammernd ruft der reaktionäre Heinrich Leo: „Wir haben eine Revolution zu erwarten; wir haben eine preußische Revolution zu erwarten; wir haben die preußische Revolution von der Jung-Hegelschen Rotte zu erwarten!" Schließlich fand die herrschende Gewalt noch Zeit, das gefährliche Journal zu vernichten; die allgemeine Katastrophe konnte sie aber nicht mehr aufhalten. „So bleibt denn den ‚Jahrbüchern' der Ruhm," sagt daher Karl Frenzel einmal, „daß sie für die deutsche Bewegung dasselbe Ferment gewesen sind, wie die Encyklopädie für die französische Revolution; das Auftreten der einen wie der andern war eine befreiende Tat."

Die Gründer der „Hallischen Jahrbücher" waren Arnold Ruge und Theodor Echtermeyer, doch beteiligte sich der letztere nur wenig an den Arbeiten für die Zeitschrift und schied schließlich ganz aus der Redaktion aus; es ist daher einzig und allein Ruge als die Seele des Unternehmens zu betrachten. Er wurde am 13. September 1802 zu Bergen auf Rügen geboren, wo sein Vater Gutsinspektor war, studierte in Halle, Jena und Heidelberg zunächst Theologie, dann Philologie, trat dabei auch zu den Burschenschaften in Beziehung und wurde schließlich Mitglied eines Jünglingsbundes, in welchem ein eidliches Gelöbnis abgelegt wurde, auf die Einheit und Freiheit des Vaterlandes unter preußischer Führung hinzuwirken. Das galt aber nach den herrschenden Ansichten der Regierungen für ein Staatsverbrechen. Er wurde im Anfang des Jahres 1824 wegen Hochverrats in Heidelberg verhaftet und zunächst nach Berlin, dann nach Köpenick transportiert. Nach einjähriger Untersuchungshaft erfolgte sodann eine Verurteilung zu vierzehn Jahren Festungshaft, von denen der Delinquent jedoch nur fünf in Kolberg auf dem Lauenburger Tore abzubüßen brauchte, da im Jahre 1830 seine Begnadigung erwirkt wurde. Ruge wandte sich nun wieder nach Halle, war dort zunächst einige Jahre Lehrer am Pädagogium und habilitierte

sich weiterhin an der Universität. Bald nachher unternahm er, durch eine Heirat in äußerst glänzende Verhältnisse versetzt, mit seiner jungen Frau eine lange Reise nach Italien und machte auf dieser viele wertvolle Bekanntschaften mit hervorragenden Männern. Seine Frau zog sich jedoch auf der Reise eine schwere Erkältung zu und starb an deren Folgen, worauf er sich nach einiger Zeit zum zweiten Male verheiratete. Hierauf führte er mehrere Jahre auf seinem Landhause in Giebichenstein ein stilles Gelehrtenleben, hauptsächlich mit dem Studium der Hegelschen Philosophie beschäftigt, bis er im Jahre 1837 mit Echtermeyer (geb. 1805, gest. 1844) die Gründung der „Jahrbücher" unternahm. Um sich einen großen und gediegenen Mitarbeiterkreis zu erwerben, besuchte er alle größeren deutschen Universitäten und knüpfte mit den dortigen geistigen Kapazitäten Verbindungen an. So vorzüglich ausgerüstet, begann er mit Echtermeyer am 1. Jan. 1838 die Herausgabe der „Hallischen Jahrbücher". Das Blatt erschien täglich, mit Ausnahme des Sonntags, in Quart im Umfange von ein bis zwei Bogen zum Jahrespreise von 6 Talern im Verlage von Otto Wiegand in Leipzig. Irgend welche Ansprache an die Leser mit einer Darlegung der Zwecke und Ziele der Zeitschrift war vermieden worden, weil die Herausgeber sich nicht an eine bestimmte Marschroute gebunden sehen wollten. Eröffnet wurde die erste Nummer durch einen Aufsatz Echtermeyers über die Universität Halle, der sich zunächst recht harmlos anließ, im weiteren Verlauf aber (in den Nummern 84 bis 87), wo er zur Schilderung der Gegenwart überging, manche bittere Wahrheiten sagte. Tholuck, der viel Gefeierte, wurde ein Gefühlstheologe genannt, der sich wissenschaftlich manche Blöße gäbe. „Er ist ein geistreicher Mann," heißt es dann, „aber er ist unphilosophisch, sonst hätte er es nicht aushalten können, länger als zehn Jahre so an der weiten und schlaffen Leine der Meinungen herumzufahren und nur das ungeheuer ausgeweitete Prinzip der frommen guten Gesinnung zu haben. Was ist nicht alles fromm und gut!" Weiterhin wurden Leo und Erdmann ihrer reaktionären Haltung wegen angegriffen. Nach Echtermeyer brillierte Ruge mit einem geistreichen Artikel über Heinrich Heine, der eben zum Zenit seines

Ruhmes emporstieg (№ 25—29). „Heine ist der Poet der neuesten Zeit,“ führte Ruge aus. „Mit ihm lebt in der Poesie eine Emanzipation von dem alten Autoritätsglauben und ein neues Genre auf ... Die Heinesche Poesie ist bei dem Fortschritte unserer Zeit beteiligt und darum eine weitverbreitete Gemütsangelegenheit, ihre kritische Beleuchtung aber nichts Geringeres, als ein Spiegel der heutigen Bildung.“ Darauf beleuchtet der Verfasser Heines Witz und fährt dann fort: „Heine ist ein Widersacher der trüben deutschen Romantik von 1813 und 1815; die Hegelsche Philosophie und der französische Esprit haben ihn in die Lehre genommen, und er sucht nun den sentimentalen, schwerfälligen, trübseligen, religiös verdumpften deutschen Geist zu verarbeiten und zu verdauen. Es weht in der Tat Frühlingsluft in seinen Schriften. Er hat Recht gegen die Zeit, die er ironisiert. Der Askese, der Romantik und dem Christentum setzt er die heitere Freiheit entgegen.“ Dann wendet Ruge sich aber gegen die Fehler des Dichters, und damit nimmt er ein zweischneidiges Schwert in die Hand. „Heines Fehler bestehen darin“, sagt er, „daß er bei der Kritik des hohlen Idealismus, der hohlen Begeisterung für die abgetragenen Kleider der Zeit, in denen die Priester und Despoten einhergehen und der ‚elenden‘ Menschheit aufs Haupt treten, das Kind mit dem Bade ausschüttet. Seine Realität, die er der ‚hohlen Idee‘ entgegensetzt, ist selbst hohl und morsch; sie ist die gemeine, geistlose Welt. Seine Freiheit, die er aus der ‚kalten Heuchelei‘ rettet, ist eben so kalt, als sie. Erst der Spott, der den Witz von seiner Empörung gegen Vernunft und Freiheit zurückbrächte, wäre die wirkliche Befreiung, die nun auch ihn und sein Publikum nicht mehr kalt ließe. Der Mensch ließe sich mit dem Wahren erfüllen und Herz und Seele von ihm bewegen: es wäre ein Umschlag der Komödie in die Begeisterung, man könnte sagen in die Religion, um die hinreißende Gewalt der beseelenden und den Übergang zur Tat unter dem Einfluß dieser Gewalt zu bezeichnen.“

Des weiteren trat eine ganze Reihe hochbedeutender Mitarbeiter mit wertvollen Beiträgen auf, darunter J. G. Droysen und L. Preller in Kiel, Franz Kugler, Jacob Grimm, P. F. Stuhr,

A. B. Marx, J. F. C. Hecker und F. Pott in Berlin, F. Bülau, O. G. Marbach und Heinrich Laube in Leipzig, Karl Rosenkranz in Königsberg, Adolf Stahr in Oldenburg, K. W. Göttling in Jena, C. Bayer in Erlangen, Reinhold Köstlin und David Friedrich Strauß in Stuttgart, Friedrich Vischer in Tübingen, Ludwig Feuerbach in Nürnberg, Daniel Schenkel in Basel.

Es war natürlich, daß die Arbeiten dieses glänzenden Mitarbeiterstabes, die oft mit feiner, prickelnder Ironie und selbst mit schalkhaftem Humor durchsetzt waren, bald allgemein beachtet wurden und nicht selten das Tagesgespräch bildeten.

Nach fünfzig Jahren noch erinnerte sich Rudolf Haym lebhaft, welchen Genuß und welche Anregung er einst aus dem Journale schöpfte. „Die Zeitschrift war die vornehmste Erscheinung des deutschen Journalismus und das wirksamste Organ desjenigen Teiles der Hegelschen Schule, der das friedliche Reich des absoluten Idealismus zu einem kriegerischen und erobernden machte. Wir rissen uns um jede neu erschienene Nummer und leisteten den tapfern Führern, so oft sie mit klingendem Spiel gegen einen neuen Feind und in ein neues Gebiet vorrückten, willig Folge, überzeugt, daß an ihre Fahnen der Sieg geknüpft sei.“ *) Von den philosophisch-politischen Artikeln erregten besonders Aufsehen „Der Pietismus und die Jesuiten“, „Rotteck und der Erzbischof von Köln“, „Der Protestantismus und die Romantik“ und „Streckfuß und das Preußentum.“ Dieser letztere war von Ruge, und der Verfasser schloß mit der freimütigen Mahnung, daß Preußen der Mittelpunkt des freien Deutschlands werden solle. „In einer Wiedergeburt freier und wahrhaft reformatorischer Entwicklung,“ sagte er, „kann Preußen uns werden, was wir so sehr an ihm zu gewinnen uns sehnen, das Haupt und der Mittelpunkt des europäisch bedeutenden, freien Deutschlands. Das ist Preußens großstaatliche Aufgabe, das wäre unsere Sicherheit und Emanzipation . . . . Sind wir jetzt nur Provinzen ohne Reich, ohne welthistorische Bedeutung, so hätten wir bei einer solchen Entwicklung der Prinzipien die tiefsten Sympathieen des Einen

*) Rudolf Haym, Aus meinem Leben. Berl. 1902, S. 104.

großen Interesses deutscher Geistes- und Staatsfreiheit, ein Band der Liebe und der Größe, um allen Stürmen kommender Jahrhunderte ein sicheres Herz und eine feste Stirn zu bieten."

Ebenfalls aus Ruges Feder stammte eine geistsprühende Abhandlung über Heinrich Leos Broschüre „Sendschreiben an J. Görres", die 1838 in Halle erschienen war. Leo wird wegen seiner reaktionären Gesinnung heftig angegriffen. „Dieser gelbsüchtige philosophisch-religiöse Dilettantismus Leos", ruft Ruge aus, „der weder den Tag des Geistes, noch die Morgenröte des Gemütslebens, noch die Sonne des Vaterlandes anders als durch seine Gallenbrille sieht — das ist wahrhaftig nicht die Stimmung und nicht das Bewußtsein, welches die Unverschämtheit der Kukuksbrut über Bord werfen könnte!"

Von den kritisch-biographischen Abhandlungen sind hervorzuheben die von Friedrich Vischer über David Friedrich Strauß und Eduard Mörike, die von Karl Rosenkranz über Ludwig Tieck und die romantische Schule, die von Strauß über Justinus Kerner. Allgemeines Entsetzen in den betreffenden Kreisen rief eine Serie von Aufsätzen hervor, welche verschiedene Universitäten (Berlin, Jena, Tübingen, Freiburg) charakterisierten. Sämtliche Schäden wurden hier rücksichtslos beleuchtet, und der alte, von so vielen ängstlich gehütete gelehrte Dunst und Nimbus wurde mit vollen Backen bei Seite geblasen. Das größte Gaudium aber erregten sehr bald die sogenannten „Hinrichtungen", in denen pietistische Schwärmer, verbissene Reaktionäre, aufgeblasene Wichtigtuer, kleine Schreier und sonstige wunderliche oder kuriose Gesellen abgetan wurden. Tholuck, der in seinen „Stunden christlicher Andacht" von dem „Eiweiß der Gottesliebe" und von „Gottes Mutterbrüsten" sprach, wurde auf diese Gefühlsverirrungen nachdrücklich aufmerksam gemacht; Leo erfuhr eine sehr scharfe Kritik. „Seit Herr Leo zum erstenmale als Historiker auftrat, war und blieb seine hervorstechendste Eigenschaft die Gewalttätigkeit .... Herr Leo weiß es immer besser, als es die Geschichte gewußt hat: sie kann es ihm nie recht machen; er weiß immer etwas an ihr zu korrigieren. Er behandelt die historischen Gestalten wie Schulbuben, die eigentlich ihr Konzept, ehe sie es

ins Reine schrieben, vorher ihm, dem Schulmeister, hätten zur Durchsicht vorlegen sollen." Mit köstlichem Humor wurden Gustav Bacherer, der jederzeit schnellfertige O. L. B. Wolff, der nur in Partizipial-Konstruktionen sich bewegende König Ludwig von Bayern u. a. in ihrer literarischen Nichtigkeit hingestellt.

Eine solche energische und oft rücksichtslose Haltung mußte den „Jahrbüchern" bald ein ganzes Heer von Feinden schaffen. Leo wandte sich in der zweiten Auflage seines „Sendschreibens an J. Görres" in einem Vorwort von 18 Seiten mit seiner ganzen Heftigkeit gegen sie, und das Berliner „Politische Wochenblatt" brachte im Juli 1838 einen besonderen Artikel „Die Hallischen Jahrbücher", in welchem es die Tendenz der Zeitschrift durchaus verurteilte. Aber Ruge antwortete stolz: Meine Gegner „können nicht darauf antragen, mich abzusetzen. Ich bin hallischer Bürger und Pfänner (Salzsieder) und besitze in dieser Qualität ein einträgliches sicheres Amt, welches keinerlei Gefahr läuft, so lange der preußische Staat so sicher ist, wie ich ihn zu kennen das Vergnügen und den Vorteil habe. Meine Gegner können also nicht rufen: ‚Tut ihn in die Hölle der Nahrungslosigkeit'." Dennoch wußten ihm diese Gegner beizukommen, besaßen sie doch in den obersten Regierungskreisen viele mächtige Freunde. Mit deren Hülfe wurde es denn auch durchgesetzt, daß dem Dr. Ruge im Mai 1841 eine Kabinettsordre zuging, dahin lautend, daß er die mit sächsischer Zensur erscheinenden „Hallischen Jahrbücher" hinfort unter preußischer Zensur erscheinen lassen müsse, widrigenfalls er sich eines Verbotes seiner Zeitschrift in preußischen Landen zu gewärtigen habe. Allein Ruge befürchtete, daß dann den „Jahrbüchern" jeder freiere Atemzug benommen werden würde, während doch gerade jetzt, nach dem Tode Friedrich Wilhelms III., um so nachdrücklicher auf die Erlangung einer Konstitution hinzuarbeiten sei. „Je näher wir der Verwirklichung der politischen Freiheit rücken", schrieb er an Karl Rosenkranz, „um so dringender wird das Bedürfnis, die freie Staatsform im Sinne der neuesten Form der philosophischen Wissenschaft zu erörtern." Er erwarb daher, um sich am geschicktesten aus dem Dilemma zu ziehen, das sächsische Staatsbürgerrecht und siedelte im Juni 1841

nach Dresden über, doch wurden unmittelbar darauf die „Jahrbücher“ in Preußen verboten. Sie erschienen nun unter dem Titel „Deutsche Jahrbücher“; auch wurden die Namen der Herausgeber nicht mehr genannt, sondern am Schluß jeder Nummer war die Bemerkung angebracht: „Herausgegeben unter Verantwortlichkeit der Verlagsbuchhandlung Otto Wigand.“ Der Stern der Zeitschrift sank jetzt aber trotz alledem schnell hinab; auch die sächsische Regierung verfuhr nun strenger gegen das in Preußen verfehmte Blatt und verwarnte es wiederholt. „Der Zensor Wachsmuth strich par ordre des Zensurkollegiums,“ klagt Ruge in einem Briefe an M. Fleischer, „und dies par ordre des prussiens und der Theologiens die ganze Tendenz, also die ganze Philosophie .... Wir ließen, nachdem in acht Tagen zwölf Manuskripte rasiert waren, horribile dictu, die unverfänglichen vorrücken; aber es half nichts; auch das noch zu arg!“ Schließlich gab ein Artikel Ruges „Die Selbstkritik des Liberalismus“ die Veranlassung, daß man die „Jahrbücher“ ganz unterdrückte. Am 3. Januar 1843 besetzte die Polizei die Druckerei der „Jahrbücher“ und beschlagnahmte dort und bei Wigand alle Vorräte. Damit war Deutschland seiner bedeutendsten Zeitschrift beraubt. Dieser Gewaltakt rief jedoch große Mißstimmung in ganz Deutschland hervor, und es wurden Wünsche geäußert, daß die Zeitschrift in einem anderen deutschen Staate ein Asyl finden möge. Dem aber beeilte sich die Bundesversammlung schleunigst entgegen zu treten, indem sie das Wiedererscheinen der „Jahrbücher“ im ganzen Umfange der deutschen Bundesstaaten untersagte. Ruge wandte sich nun nach Paris und machte dort noch einen Versuch mit „Deutsch-französischen Jahrbüchern“, die er 1844 mit Karl Marx herauszugeben begann; es erschienen jedoch nur zwei Hefte, da die Verhältnisse zu ungünstig waren und außerdem ein Absatz nach Deutschland nicht ermöglicht werden konnte, weil sämtliche Exemplare der Zeitschrift an der Grenze festgehalten wurden.*)

*) Diese beiden Hefte der „Deutsch-französischen Jahrbücher“ gehören heute zu den größten Seltenheiten und werden im Antiquariatsbuchhandel mit 75 Mark notiert.

Der Wunsch, eine solche universelle Zeitschrift herauszugeben, mußte also für immer begraben werden.*)

Ein Ersatz erschien in der deutschen Journalliteratur nicht; das Cottasche „Morgenblatt“ (Siehe S. 295), das die entstandene Lücke wohl einigermaßen hätte ausfüllen können, wagte sich nicht so weit hervor und hielt sich besonders von der philosophisch-theologischen Bewegung der Zeit fern. Nur im literarisch-kritischen Teile, dem „Literaturblatt“, trat es energischer auf, so daß sich diese Beilage des „Morgenblattes“ nach und nach eine dominierende Stellung errang. Die allgemeinen Redaktionsgeschäfte versah auch weiterhin bis zu seinem 1863 erfolgten Tode Hermann Hauff; das „Fach der Poesie“ (so drückte sich eine Notiz der Redaktion aus) übernahm von 1827 bis 1837 Gustav Schwab, der bekannte Dichter (geb. 1792, gest. 1850), und nach ihm Gustav Pfizer (geb. 1807, gest. 1890). Beide pflegten den poetischen Teil mit vielem Verständnis und großer Hingebung. Besonders war Schwab unermüdlich in der Prüfung der eingesandten Manuskripte und unterhielt auch eine umfangreiche Korrespondenz, in der er jungen Talenten Ratschläge erteilte oder sie sonst zu fördern suchte. Freilich erfuhr er trotz all seiner Mühe und seines Wohlwollens oft genug nur schnöden Undank, und so entrang sich ihm denn eines Tages, im April 1837, die Klage:

Zu kämpfen hat ein Dichter-Redakteur
Mit was für Riesen?
Mit jedem, dem ein Lied sein fein Gehör
Zurückgewiesen!
Sie alle hoffen, auf des Feindes Rumpf
Dereinst zu thronen,
Und schreiben mit dem groben Federstumpf
Rezensionen.

Doch hatte er vermöge seines sicheren Urteils auch schöne Erfolge aufzuweisen. Er erkannte die bedeutenden Talente Lenaus und

*) Vergl. Arnold Ruge. Briefwechsel und Tagebuchblätter aus den Jahren 1825—1880, herausgeg. v. Paul Nerrlich, 2 Bde., Berl. 1885, wo sich auch eine autobiographische Skizze findet. Über die Unterdrückung der „D. Jahrbücher“ Ausführliches in der Beschwerde an die Hohe Zweite Kammer der Sächsischen Ständeversammlung. Braunsch. 1843.

Freiligraths und führte beide Dichter in die Öffentlichkeit ein; dagegen vermochte er Heines Poesie nicht gerecht zu werden. Von den sonstigen Dichtern der damaligen Zeit zog er Karl Simrock, Wilhelm Wackernagel, Eduard Mörike, Ludwig Bauer, Anastasius Grün, Heinrich Kurz, Ludwig Seeger und viele andere zur Mitarbeit heran. Bei dem liebenswürdigen Wohlwollen, das er jederzeit offenbarte, wurde er bald der Mittelpunkt eines großen literarischen Kreises, und sein gastfreies Haus in Stuttgart sah Dichter und ihre Gesellen aus allen deutschen Landen.*)

Ganz anders verhielt es sich mit dem Redakteur des „Literaturblattes", mit Wolfgang Menzel (geb. 1798, gest. 1873). Eine leidenschaftliche Kampfnatur, war er ein Kritiker, der immer mit lauter Stimme sprach, sich dabei aber beständig von seinen persönlichen Sympathieen und Antipathieen leiten ließ. Darum war auch, wie Hermann Marggraff schon 1838 in seinem Buche „Deutschlands jüngste Literatur- und Kulturepoche" (S. 279) hervorhebt, seine Polemik durchaus einseitig, von den Aufwallungen des Augenblicks bestimmt und gefärbt und durch keinerlei Pietät veredelt. „Er ist es vorzüglich gewesen," klagt Marggraff, „der die jetzt herrschende Impietät hervorgerufen hat, die ohne Scheuleder und Zaum dahertrabt und der Blumenbeete und Saatfelder nicht achtet." Im allgemeinen bekämpfte Menzel zwar alles Undeutsche, Unchristliche und Unsittliche und war dabei von einer gewissen Freiheitsidee erfüllt, aber er wurde immer von einem solchen Fanatismus und solcher launenhaften Parteilichkeit beherrscht, daß er oft über das Ziel hinausschoß und sich bis zum blinden Haß verirrte. Eine unüberwindliche Abneigung hegte er gegen Berlin, Hegel und Goethe. Seine Angriffe auf Goethe hatten ja bei dem zum Teil herzlich albernen Goethe-Kultus, der damals in Berlin herrschte, einen gewissen Grund; wenn er aber noch als alter Mann in seinen „Denkwürdigkeiten"**) schreiben konnte „ich erklärte, ein gegen die Religion so indifferenter, gegen die Unsittlichkeit so nachsichtiger und so viel mit ausländischen

*) Karl Klüpfel, Gustav Schwab. Leipzig 1858.

**) Wolfgang Menzels Denkwürdigkeiten. Bielefeld 1877.

Geschmäcken und Formen kokettierender, weibisch eitler Mann, der auch durch seine Beschmeichelung Napoleons bewährte, wie wenig Herz er für das Vaterland habe, könne und dürfe nicht als erster und einziger Genius der Nation angesehen werden" — so bewies er damit, daß er für die hohe Bedeutung Goethes absolut kein Verständnis besaß. Goethe tat ihn denn auch ganz verächtlich ab in dem Stachelreim (Sophien-Ausgabe, Bd. V, 1. Abt., S. 202):

Verwandte sind sich von Natur
Der Frischling und das Ferkel;
So ist Herr Menzel endlich nur
Ein potenzierter Merkel.

Und selbst Menzels Kollege Gustav Schwab konnte eine Mißbilligung dieses Goethehasses nicht zurückhalten und machte ihr in dem Verse Luft:

Lang' hab' ich mich gewehrt für unsern Meister Goethen,
Nun schweig' ich, denn wie kannst Unsterbliches du töten!

Weiterhin wandte sich Menzel auch gegen das Junge Deutschland. Anfangs war er Gutzkow mit einem gewissen Wohlwollen entgegengekommen und hatte ihn sogar 1831 als Redaktionsgehülfen nach Stuttgart gezogen, bald aber war die große Verschiedenheit in den Grundanschauungen der beiden Männer klarer hervorgetreten, so daß Gutzkow seine Stelle wieder aufgab. Nun sah sich Menzel die „Jungdeutschen" — außer Gutzkow: Laube, Wienbarg, Mundt, Kühne — genauer an und entdeckte, daß sie allesamt ganz dieselben schlimmen Untugenden wie Goethe besaßen, daß auch sie der Irreligiosität, Unsittlichkeit, Vaterlandslosigkeit und Fremdtümelei verfallen waren und zudem noch ein fünftes höchst bedenkliches Laster besaßen; während Goethe sich zeitlebens als „Fürstendiener" gefühlt hatte, waren sie „Revolutionäre". Er begann also einen Feldzug gegen die „Jungdeutschen". Diese wußten sich aber zu wehren. Kräftig hieb Laube in der „Zeitung für die elegante Welt" auf den Angreifer ein. „Ein Kritiker, dessen System keine Perspektive hat", rief er, „kann für ein Land ein Unglück werden, wenn er sich Einfluß und Glaubwürdigkeit errungen, denn er erkennt keinen Embryo, keine Knospe, er zertritt die Zukunft. Ein Kritiker, der nicht spekuliert, ist ein

Mensch, der nicht wächst, ein Kritiker ohne Schönheitssinn ist ein Karikaturenmaler, und Menzel findet gewiß immer das Liebenswürdige aus den Dingen, aber das Schöne sieht er nicht. Er ist ein Patriot, aber kein Ästhetiker; auf die Ästhetik ist er geraten, weil man eine Zeitlang auf nichts Anderes geraten konnte, wenn man laut sprechen wollte. Dahin gehört sein krasses Urteil über Goethe, womit er unsere Jugend ansteckte, die vor allen Dingen recht brav sein will und von der Poesie auch was Braves und Wackeres verlangt .... Einsam steht er mit altem, rostigem, schartigem Schwerte an der Heerstraße und schlägt nieder, was ihm nicht gefällt vom vorübergehenden Gesindel; gegen die Höhen aber, wo die früheren Kameraden fürbaß eilen, stößt er donnernde Flüche aus, um so heftigere Flüche, je mehr er alte geliebte Waffen und alte geschmähte Waffen an ihrem Leibe sieht."

Doch damit nicht genug; die jungen Gesellen trachteten auch danach, sich enger zusammenzuschließen und sich ein eigenes Organ zu gründen. „Deutsche Revue" sollte es heißen, und in Frankfurt a. M. sollte es erscheinen. Bereits war Wienbarg nach Frankfurt gekommen, um Gutzkow in der Errichtung der Zeitschrift zu unterstützen.

In einer solchen Zeitschrift aber erblickte Menzel für sich die größte Gefahr; er fürchtete, seine Autorität einzubüßen und womöglich seine ganze Existenz in Stuttgart zu verlieren. Ein wilder Zorn flammte in ihm auf, und mit haßsprühenden Augen suchte er, wie er einen Hauptschlag gegen diese „Jungdeutschen" ausführen könne. Da fiel sein Blick auf Gutzkows neuesten Roman „Wally, die Zweiflerin", und mit der ganzen Wut eines Berserkers fiel er über das Buch her, um es zu zerfetzen. Zwei ganze Nummern des „Literaturblattes (№ 93 und 94 vom 11. und 14. Sept. 1835) wurden der Verdammung dieses Romans gewidmet, und alle Register wurden gezogen, um sowohl den Roman, wie die ganze Richtung des „Jungen Deutschland" zu kennzeichnen. Die Worte „Unmoralische Literatur" waren noch als besonderes Brandmal über die Überschrift, die den Titel des Gutzkowschen Romans wiedergab, gesetzt worden. Unter unerhörten persönlichen Beschimpfungen Gutzkows warf Menzel dem

Romane vor, daß er durch Gotteslästerung und Unzucht die Welt reformieren wolle, und daß es darum auch im höchsten Grade gefährlich sei, den jungen Revolutionären ein eigenes Organ, wie es in der „Deutschen Revue“ geplant werde, zu gestatten. Von einer sachlichen Besprechung des Buches sah er ab, dagegen brach er in einen Wehruf nach dem andern aus. „Nur im tiefsten Kote der Entsittlichung, nur im Bordell werden solche Gesinnungen geboren,“ jammerte er. „So lange ich lebe, werden Schändlichkeiten dieser Art nicht ungestraft die deutsche Literatur entweihen.“ Und die Mitglieder des Jungen Deutschland nannte er den „Auswurf der Nation“. Darum sei auch Front zu machen gegen die neue literarische Revue im großen Stil, die dieses „sogenannte junge Deutschland“ plane. „Ich will meinen Fuß hineinsetzen in Euern Schlamm“, rief er, „wohl wissend, daß ich mich besudele. Aber ich will den Kopf der Schlange zertreten, die im Miste der Wollust sich erwärmt.“

Dieser bitterböse Angriff mit seinem ausgesprochen denunziatorischen Charakter machte in ganz Deutschland das größte Aufsehen. Gutzkow ließ eine Rechtfertigung in einer besonderen Broschüre „Verteidigung gegen Menzel“ und Wienbarg ebenfalls eine solche „Menzel und die junge Literatur“ erscheinen; auch Heine, Auerbach, D. Fr. Strauß, der Heidelberger Theologe Paulus und weiterhin Börne in der Broschüre „Menzel der Franzosenfresser“ traten gegen die nichtswürdige Verunglimpfung auf. Auch der größte Teil des gebildeten Publikums stand für Gutzkow ein. Nichtsdestoweniger war der vorläufige Sieg auf Menzels Seite. Es liegt der Verdacht nahe, daß Menzel bei seinem Vorgehen gegen Gutzkow die österreichische Regierung bereits im Rücken hatte,*) anzunehmen ist wenigstens, daß seine Angriffe ihr durchaus gelegen kamen. Schon im Oktober deutete sie in einer Bundestagssitzung an, daß sie bei der Bundesversammlung entsprechende Schritte einzuleiten gedenke, um das Junge Deutschland unschädlich zu machen, und als die württembergische

*) Ludwig Geiger, das Junge Deutschland und die preußische Zensur. Berlin 1900, S. 134.

Regierung sich gegen ein solches Vorgehen aussprach, ließ Metternich durch den österreichischen Gesandten in Stuttgart einwirken, worauf der Widerstand fallen gelassen und am 10. Dezember 1835 jene Acht über das Junge Deutschland ausgesprochen wurde, über die wir bereits S. 317 ausführlich berichtet haben. Zugleich wurde Gutzkow vom badischen Hofgericht zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Mit dieser Katastrophe fiel natürlich auch das Projekt der „Deutschen Revue". Als traurige Zeugen ihrer ersten Regungen bewahrt die Frankfurter Stadtbibliothek die Korrekturbogen des ersten Heftes auf.

Ein recht klägliches Nachspiel dieses Dramas boten schließlich noch die Erklärungen verschiedener preußischer Professoren und Beamten, die bereits von Gutzkow als Mitarbeiter der „Deutschen Revue" genannt worden waren, und gegen die nun die preußischen Ministerien ebenfalls Miene machten gerichtlich einzuschreiten. Eine ganze Reihe dieser „Mitarbeiter" leugnete jetzt öffentlich, einem Drucke der Regierung nachgebend, eine Gemeinschaft mit Gutzkow ab. Varnhagen von Ense erklärte in der „Allgemeinen Zeitung" (23. Nov. 1835), daß sein Name nur „durch Irrtum" in Verbindung mit der „Deutschen Revue" genannt sein könne, bat aber zugleich vorsichtiger Weise Gutzkow in einem Briefe vom 16. Nov., doch nicht auf diese Erklärung zu antworten. In ähnlicher Weise schüttelten die Professoren Ulrici, Gans, Rosenkranz, Trendelenburg und Hotho den verfehmten Gutzkow von sich ab. Karl Rosenkranz leugnete zwar nicht, Berichte für die „Deutsche Revue" zugesagt zu haben, fügte aber hinzu: „Die Notwendigkeit, falschen Deutungen entgegenzutreten, veranlaßt mich, zu erklären, daß weder politische, noch religiöse Tendenzen meine Zusage motivierten." Durch Prölß (Das Junge Deutschland) ist jedoch festgestellt worden, daß die Privatbriefe Rosenkranz' an Gutzkow mit dieser Versicherung nicht übereinstimmten.

Auch Heinrich Laube zog sich ostentativ von Gutzkow zurück, indem er eine dahingehende Erklärung in der „Allgemeinen Zeitung" erließ, die aber einen scharfen Tadel von Heine, Mundt und Wienbarg erfuhr.

Unter den wenigen Zeitungen, die den Mut hatten, für

Gutzkow einzutreten, fand sich auch erfreulicherweise die Augsburger „Allgemeine Zeitung". Sie druckte die Münchener Korrespondenz eines Hamburger Blattes ab, in der Menzel heftig getadelt und gefragt wurde, ob denn wirklich durch die Schriften von ein paar jungen Leuten die gesellschaftliche Ordnung, Moral und Religion umgestürzt werden könne, und zeigte auch sonst ihre Sympathieen für Gutzkow.

Das änderte aber natürlich an dem Erfolge Menzels nichts; er hatte ja erreicht, daß das Junge Deutschland vollständig aus dem Sattel geschleudert worden war und die gefürchtete „Deutsche Revue" ihm keine Konkurrenz machen konnte. Sein Ansehen als Kritiker hatte aber trotz alledem schwer gelitten; die geistig Vornehmen der Nation versagten ihm fortan ihre Achtung, und auch seine kritische Tätigkeit an sich verlor mehr und mehr den Zusammenhang mit der großen geistigen Strömung der Zeit, die trotz Acht und Aberacht keineswegs aufzuhalten war. Das „Literaturblatt" sank denn auch nach und nach von seiner früheren Höhe herab, so daß Menzel schließlich 1848 von der Redaktion zurücktrat. Dem Blatte war jetzt aber nicht mehr zu helfen, worauf es Cotta 1852 ganz fallen ließ. Doch auch das „Morgenblatt" selbst hatte sich mittlerweile überlebt und ging 1865 aus Mangel an Teilnahme ein. Ein Versuch Menzels, von 1852 ab im eigenen Verlage ein neues „Literaturblatt" herauszugeben, hatte nur geringen Erfolg; immerhin erschien das Blatt — allerdings ohne je irgend welche Bedeutung zu erlangen — bis 1869.

Ein ähnliches Schicksal wie das „Morgenblatt" hatte die „Wiener Zeitschrift" (Siehe S. 291), doch mußte sie noch weit mehr als das Cottasche Unternehmen unter dem Metternichschen Drucke leiden. Immerhin leistete sie, was sie nur irgend vermochte. So versammelte sie u. a. beim Tode Goethes eine große Zahl von österreichischen und anderen Dichtern um sich und ließ von diesen dem dahingeschiedenen Dichterfürsten in tief empfundenen Strophen eine großartige Huldigung darbringen. Die wertvollsten Beiträge steuerten Ed. v. Bauernfeld, Ernst v. Feuchtersleben, Tschabuschnigg, Anastasius Grün, Chr. v. Zedlitz, Joh.

v. Hammer, J. G. Seidl, Franz Hermann v. Hermannsthal, J. N. Vogl und J. F. Castelli bei.

Leider starb der Herausgeber der Zeitschrift, der umsichtige Schickh, am 1. August 1835 zu Gastein, worauf die Witwe das Unternehmen vorläufig weiterführte, bis mit dem Schlusse des Jahres Friedrich Witthauer die Zeitschrift kaufte und nach und nach noch einmal zu einer zweiten Blüte brachte. Witthauer, ein eigenartiger, in mehr als einer Beziehung merkwürdiger Mann, war kein geborener Österreicher, sondern ein Norddeutscher; doch ist von seinen früheren Lebensschicksalen nur wenig bekannt. In Bremen um 1793 geboren, soll er eine Zeitlang als Offizier gedient und sodann einige Jahre in London gelebt haben. Nach Wien kam er 1825, wo er zunächst Unterricht im Englischen und Französischen erteilte. Weiterhin trat er als Theater-Kritiker in Bäuerles „Theater-Zeitung" auf und bekundete hier eine reiche Bildung. Er war damals nach Wurzbachs Angaben (Biogr. Lexikon) „der einzige in Wien, der eben so geistreich als gediegen, eben so wahr als parteilos die kritische Feder führte und dabei den Anstand und die gute Sitte musterhaft wahrte." In dem Äußern der „Wiener Zeitschrift" nahm der neue Besitzer keine Veränderungen vor, dagegen suchte er den Inhalt wertvoller zu gestalten und zog daher jeden neuen österreichischen Schriftsteller von Bedeutung zur Mitarbeit heran. So erschienen denn bald auch Arbeiten von Franz Stelzhamer, C. A. Kaltenbrunner, Alexander Baumann, Karl Beck, Carlopago (Ziegler), O. Prechtler, Fürst Friedrich von Schwarzenberg und, was besonders hervorgehoben werden muß, die ersten Novellen von Adalbert Stifter. Der Jahrgang 1840 brachte die Novellen „Der Kondor", worauf bis 1844 „Das Heidedorf", „Die Mappe meines Urgroßvaters", „Die Wirkungen eines weißen Mantels" (später „Bergmilch" betitelt) und „Die drei Schmiede ihres Schicksals" in der Zeitschrift erschienen. Eine feinsinnige Huldigung brachte das Blatt dem damals schon recht verbitterten Grillparzer zum 15. Jan. 1844, seinem 51. Geburtstage, dar, zu welchem es eine Reihe von Gedichten veröffentlichte, die sämtlich den großen Dramatiker feierten. Von den Kunstbeilagen jener Zeit seien hauptsächlich die sorg-

fältig ausgeführten Porträts von Grillparzer, Halm, Hammer-Purgstall, Feuchtersleben, Zedlitz, Bauernfeld, Seidl, Deinhardstein, Lenau, Castelli, Pyrker, Anastasius Grün, Leitner und Schwarzenberg genannt.

Leider wurden die Verhältnisse, unter denen Witthauer seine Zeitschrift herausgeben mußte, immer ungünstiger; der Zensurdruck steigerte sich immer mehr, und als natürliche Folge verflachte sich der Geschmack des Publikums noch weiter. In einem Briefe an einen Mitarbeiter klagt er bitter über seine Leserwelt, die für Ernstes, Geistiges allen Sinn verloren habe. „Suchen die Leute in den Journalen doch ganz etwas Anderes," schließt er, „als was ihnen zu denken gibt."

Trotz alledem blieb die Zeitschrift „der Hort des literarischen und künstlerischen Lebens in Österreich", so lange Witthauer das Steuer in der Hand hielt. In der Mitte des Jahres 1844 erkrankte dieser jedoch und mußte mit dem Schlusse des Jahres die Redaktion niederlegen; er war von einem schweren Brustleiden befallen worden und starb auch bereits 1846 in Meran. Darauf ging es mit der Zeitschrift schnell abwärts. Für die Jahre 1845 und 1846 übernahm G. R. von Franck die Leitung des Blattes und suchte möglichst die Traditionen Witthauers zu wahren; 1847 fungierte J. A. Bachmann als Herausgeber, bis die Stürme des Jahres 1848, wie so vielen anderen Unternehmungen des Vormärz, auch der „Wiener Zeitschrift" ein Ende bereiteten.*) Die letzte Nummer erschien am 25. Oktober 1848.

Von den sonstigen Zeitschriften brachte es keine zu einer hervorragenderen Stellung. Von einer gewissen jugendlichen Begeisterung wurde der „Phönix, Frühlingszeitung für Deutschland", getragen. Sie wurde von Eduard Duller (geb. 1809, gest. 1853) in Frankfurt a. M. vom 1. Januar 1835 ab in eleganter Ausstattung zum Jahresabonnement von 16 Gulden herausgegeben. Duller selbst redigierte das Hauptblatt, das neben Novellen und Gedichten ästhetische, philosophische und kulturgeschichtliche Artikel brachte, während ein literarisches Beiblatt, dessen

---

*) Schlosser, S. 475—479.

Redaktion Karl Gutzkow übernommen hatte, sich über die literarischen Zustände verbreitete. Doch brachte das Hauptblatt nur selten einmal einen bedeutenderen Artikel wie den humoristisch-satirischen von Franz Dingelstedt „Abschiedsrede an den Kometen", oder den von Ludwig Wiehl „Börne, Görres und Rothschild". Von den poetischen Beiträgen sind Georg Büchners dramatisches Fragment „Dantons Tod" und Grabbes Szenen aus dessen „Hannibal" hervorzuheben. Gewuchtig setzte Gutzkow in seinem „Literaturblatt" ein; er entwickelte ein großartiges Programm und drang in diesem besonders darauf, daß die junge Generation sich nicht in einem unfruchtbaren Kultus des Ruhms ergehe, sondern selbst schaffe und daß sie sich dabei nicht in Träumereien verliere, sondern große Ideen entwickle. „Wir wollen eine neue poetische Position, aber weder die blaue Blume, noch die Ironie, noch die Manie für die alte Literaturgeschichte." Die Ideen der Zeit sollte die neue Literatur künstlerisch widerspiegeln, auch die dramatische, und durch diese sollte die deutsche Bühne wieder nationalisiert werden. Leider fand Gutzkow nur wenig Zeit, dieses Programm weiter auszuführen, denn im Herbst brach ja schon die Wally-Katastrophe über ihn herein, die jede weitere Redaktionstätigkeit unmöglich machte. Der „Phönix" erhielt sich darauf nur noch bis zum ersten Semester des Jahres 1838.

Einen etwas universelleren Charakter strebte Theodor Mundts Zeitschrift „Der Freihafen, Galerie von Unterhaltungsbildern aus den Kreisen der Literatur, Gesellschaft und Wissenschaft" an. Sie erschien von 1838 bis 1844 und hatte C. G. Carus, E. Gans, Varnhagen von Ense, den Fürsten Pückler, Karl Rosenkranz, Gustav Kühne u. a. zu Mitarbeitern. Von D. Fr. Strauß bot sie die „Selbstgespräche über das Bleibende und Vergängliche im Christentum."

Verschiedenes literargeschichtliches Material brachte der im übrigen herzlich unbedeutende „Salon", den Sigmund Engländer 1847 in Wien herausgab, so z. B. Erinnerungen an Heinrich Heine von dem Maler Johann Peter Lyser und die Schilderung eines Besuches bei Goethe 1830 ohne Angabe des Verfassers, doch wahrscheinlich ebenfalls von Lyser herrührend.

Der Überblick, den die Bäuerlesche „Allgemeine Theaterzeitung, Originalblatt für Kunst, Literatur, Musik, Mode und geselliges Leben“, die täglich in groß Quart in Wien erschien (siehe S. 225), über das allgemeine Kulturleben geben wollte, beschränkte sich nach wie vor nur auf ganz flüchtige Notizen und die oberflächlichsten Bemerkungen. Dagegen präsentierte sich das Blatt mehr und mehr in feinerer Ausstattung und mit vielen Illustrationen. Dadurch erhielt es sich die Gunst der Leser und blieb bis zum Beginn der politischen Bewegung vor 1848 die verbreitetste Zeitschrift in Österreich. Im Jahre 1846 ging das Eigentumsrecht von Bäuerle auf den Drucker J. P. Sollinger über; doch blieb Bäuerle noch bis zu seinem 1859 erfolgten Tode der Redakteur des Blattes, vermochte aber, als mit den Märztagen des Jahres 1848 eine neue Gedankenflut hereinbrach, sich in die ernsthaftere Zeit nicht zu finden und damit auch den Rückgang der „Theaterzeitung“ nicht aufzuhalten. Bald konnte sie nur noch mit Mühe ihr Leben fristen, und unmittelbar nach Bäuerles Tode ging sie ein. Sie hatte es bis zu einem Alter von 53 Jahren gebracht.

An den Schluß dieser Reihe von Journalen für die universelle Bildung sei endlich noch eine Zeitschrift gestellt, die zwar nicht die geringste Wirkung ausübte und auch nur während weniger Monate erschien, aber doch sowohl wegen ihrer Eigenart, wie auch wegen ihres Herausgebers nicht ganz unbeachtet bleiben kann. Es ist Gutzkows „Forum der Journal-Literatur“. Bisher war die Zeitschrift vollständig unbekannt, erst Johannes Prölß gelang es, sie aus der Vergessenheit hervorzuziehen, worauf er sie in seinem Werke „Das Junge Deutschland“ Seite 253 bis 261 ausführlich charakterisiert hat. Der junge Gutzkow unternahm mit diesem Journal seinen ersten literarischen Schritt. Er wollte, wie er selbst sagte, durch eine Übersicht des deutschen Journalwesens die Vereinigung hie und da zerstreuter Elemente und die Aussicht auf den Strom der öffentlichen Meinung, dessen Wellen die Zeitungen seien, freier zu gewinnen suchen. Dabei ging er von der Überzeugung aus, daß das Heil der Literatur, sowie eine befriedigende Gestaltung des Lebens von einer gegen-

eitigen Befruchtung abhange. Eine gleiche Wechselwirkung sei von der Wissenschaft und dem Leben zu fordern. Die Journale eien die berufenen Vermittler hierzu. Die Fachjournale müßten Rücksicht auf die allgemeinen Interessen, die Unterhaltungsblätter Rücksicht auf die Fortschritte der Wissenschaft nehmen. „Das Einzige,“ sagt er dann, „was den alten Wust verdrängen und ein frisches Leben vermitteln kann, ist die Erweckung höherer und allgemeiner Interessen, das allgemeine Festhalten an einer gemeinsamen Idee, die würdigere Verhandlungen aufzuregen im stande ist.“ Die Hauptsache aber seien die Nationalinteressen, und diesen müsse sich die Literatur vor allem widmen. So bald dies der Fall sei, werde auch neues Leben in die Literatur kommen, und diese werde das Band ersetzen, das zerschnitten worden, ja, dieses Band werde durch eine solche neue Literatur wieder gewoben werden. Dem jugendlichen Herausgeber schwebte also nichts weniger, als die Reform des gesamten Geisteslebens als Ideal vor, bei der die Literatur die Führerschaft übernehmen solle. Dazu fehlte ihr aber zunächst noch alle Kraft, und darum verhallte auch die Stimme des jungen Journalisten vollständig wirkungslos. Die ersten beiden Hefte, die als Vierteljahresschrift in Oktavformat zu Anfang des Jahres 1831 zu Berlin erschienen, blieben fast ganz unbeachtet, und als darauf der Versuch gemacht wurde, das Unternehmen als Wochenschrift in Quartformat einzuführen, konnten nur 13 Nummern ausgegeben werden, da die Zahl der Abonnenten nicht über 70 hinauskam. Das Journal mußte also schon im Herbst ruhmlos zum Orkus hinabsteigen. Nur beim Herausgeber hinterließ es ein Andenken, leider ein recht schlimmes, denn dieser hatte sich verpflichtet, für die Herstellungskosten einzustehen und sah sich nun mit einer großen Schuldenlast beschwert, an der er über zehn Jahre lang zu tragen hatte.

---

3. Die literarischen Journale. Sind zum großen Teil Tummelplätze des Jungen Deutschlands. Der „Telegraph“, herausgegeben von Gutzkow. Entsteht in Frankfurt a. M. und siedelt dann nach Hamburg über. Seine Mitarbeiter. Wehl und Fontane über das Blatt. Gutzkow über seine Tätigkeit am „Telegraphen“. Das Journal wird in Preußen verboten. Lewalds „Europa“. Gutzkow über Lewald. Der Charakter der „Europa“. Wird von Gustav Kühne erworben. Mundts „Literarischer Zodiakus“, Wienbargs „Literarische und kritische Blätter“, Jungs „Literaturblatt“, Marbachs „Literatur- und Kunstberichte“. Die Berliner „Jahrbücher für wissensch. Kritik“. Eine konservative „Literarische Zeitung“. Die „Blätter für literarische Unterhaltung“. Das „Magazin für die Literatur des Auslandes“. Sein Herausgeber Joseph Lehmann. Das Blatt ist ein Zentralorgan für die Bestrebungen auf dem linguistischen Gebiete. Seine mannigfachen Schicksale.

Ganz besonders laut traten die literarischen Journale der Zeit von 1830 bis 1848 auf. Hier suchten die jungen Schriftsteller ihre Grundsätze zu proklamieren, einen unbequemen Genossen nach allen Regeln der Kunst abzutun und sich selbst möglichst in den Vordergrund zu schieben. Dabei feierte die Kameraderie ihre höchsten Triumphe. Die meisten Vorwürfe werden Heinrich Laube gemacht; immer wieder wird er beschuldigt, daß er fort und fort die literarischen Zeitschriften mit Reklamen für seine Schöpfungen füllen lasse. „Wird irgendwo ein Laubesches Stück in Szene gesetzt“, heißt es einmal im „Charivari“ (1845, № 139), „so bilden die Laubeschen literarischen Lakaien ein wahres Posaunenkonzert.“ Ein andermal steigert sich der Groll bis zum bittern Hohn. „Zur Aufführung von Laubes ‚Struensee‘ in Dresden“, wird gemeldet, „ging von Leipzig ein Extrazug der Eisenbahn mit Claqueurs und literarischen Bedienten des großen dramatischen Autors dahin ab.“ Oder es wird an die Mitteilung, daß Viktor Hugo zum Pair von Frankreich erhoben worden sei, die bissige Bemerkung geknüpft: „Undankbares Deutschland, wann wirst du den gefeierten Dichter des ‚Rokoko‘ in den Pairstand erheben?“ *)

---

*) Einen geharnischten Artikel über das Cliquenwesen, besonders gegen „die forzierte Emporhebung Laubes“, brachte auch die sonst so zahme „Abend-

Eduard Beurmann klagt denn auch einmal sehr beweglich, daß die literarischen Journale, statt das „Senkblei der Literatur“ darzustellen, das „Blei an deren Schwingen“ seien, daß sie statt ein „Akzessorium der Literatur“ zu bilden, sich selbst zur Hauptsache machten.*)

Als die bedeutendste dieser literarischen Zeitschriften ist Gutzkows „Telegraph für Deutschland“ zu betrachten, der auch eine Art Bindeglied zwischen den Zeitschriften für universelle Bildung und den rein literarischen Journalen darstellt. Das Blatt hatte ein eigentümliches Schicksal. Als Gutzkow am 10. Febr. 1836 aus dem Gefängnis zu Mannheim trat, in das ihn die Denunziationen Menzels gebracht hatten, suchten ihm seine Frankfurter Freunde eine neue Basis für seine Existenz zu schaffen. Sie brachten Mittel zusammen und ermöglichten es Gutzkow, mit Ed. Beurmann eine politische Zeitung zu gründen, die den Titel „Frankfurter Börsenzeitung“ erhielt; einem literarischen Beiblatt dieser Zeitung wurde die Bezeichnung Frankfurter „Telegraph“ gegeben. Mit dem 1. September 1836 trat das Unternehmen in die Erscheinung. Allein die Zeitung entwickelte sich nicht, so sehr sich auch ihre Herausgeber abmühten; es fehlte an dem nötigen Betriebskapital und darum besonders an auswärtigen Mitarbeitern. Schon nach drei Monaten ging sie daher wieder ein; doch gelang es Gutzkow, das Beiblatt zu retten und so den „Telegraphen“ zu einem selbständigen Journale auszubilden. Aber er durfte das Blatt nicht mit seinem verfehmten Namen zeichnen; statt seiner wurde zunächst W. Speyer und dann Ed. Beurmann genannt. Die Verhältnisse für das Journal lagen in Frankfurt jedoch so wenig günstig, daß Gutzkow es in einer großen Verlagsbuchhandlung unterzubringen suchte und schließlich Hoffmann und Campe in Hamburg veranlaßte, es zu übernehmen. Im September des

zeitung“ 1845 in № 78. Sie wies dabei auf die unerhörten Reklame-Artikel im „Kometen“, den „Grenzboten“, der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“, der „Deutschen Allgem. Ztg.“, dem „Morgenblatt“ und der „Kölnischen Zeitung“ hin.

*) Ed. Beurmann, Frankfurter Bilder. Mainz 1835, S. 307.

Jahres 1837 ging das Blatt, das nun den Titel „Telegraph für Deutschland" erhielt, in den Verlag von Hoffmann und Campe über. Dabei änderte sich auch der Charakter des Blattes. Während es bisher das gesamte Gebiet der Bildung in den Kreis seiner Betrachtungen zu ziehen versucht hatte und besonders bemüht gewesen war, seine Leser über die Strömungen in der Theologie und der Sozialpolitik zu informieren, ließ es jetzt, da die Gefährlichkeit, darüber zu sprechen, von Jahr zu Jahr wuchs, diese Themata mehr und mehr bei Seite und wurde fast ausschließlich eine literarische Zeitschrift. Das literarische Thema erhielt aber einen breiteren Ausbau, wie überhaupt das ganze Journal ein stattlicheres Gewand bekam. Von Januar 1840 ab erschien es, statt in Oktav, wie bisher, in Quartformat. Als verantwortlich zeichnete zunächst der Verlag; mit der № 164 des Jahres 1841 trat jedoch Gutzkow als verantwortlicher Redakteur hervor.

Mit den reicheren Mitteln ließ sich auch bald ein vorzüglicher Mitarbeiterkreis heranziehen. Zu den alten Getreuen aus der Frankfurter Zeit, den Gödeke, Carrière, Heinrich König, Dingelstedt, Herwegh, traten Friedrich Hebbel, August Becker, Theodor Mügge, Friedrich Oettker, Wilhelm Hamm, Julius Mosen, Karl Beck, Alexander Weill, Ludwig Wihl, Therese von Bacheracht, A. v. Sternberg, Siegmund Schott und viele andere.

Daneben war auch Gutzkow selbst eifrig für sein Blatt tätig. Er lieferte eine Anzahl Charakteristiken, Reisebriefe aus Stuttgart, Karlsruhe und Augsburg, schrieb ein „Tagebuch aus Berlin", in welchem er außerordentliche Personalkenntnisse offenbarte, und Besprechungen von Theater-Aufführungen. Außerdem trat er in verschiedenen Fällen für die Interessen des Schriftstellerstandes ein, kämpfte gegen den Nachdruck, der die Schriftstellerwelt so schwer schädigte, und wandte sich auch gegen die Übersetzungswut, durch die der Büchermarkt mit minderwertigen französischen und englischen Romanen überschwemmt werde, während die deutschen Schriftsteller schwer dadurch beinträchtigt würden. Durch dieses energische Auftreten zog er sich allerdings manche Angriffe von

eiten der Buchhändler zu, und der Verleger Heinrich Hoff in Mannheim veröffentlichte sogar eine heftige Broschüre „Gutzkow und Gutzkowgraphie" gegen ihn. Die wertvolleren Aufsätze gab Gutzkow später in seinen „Vermischten Schriften" (4 Bde., Lpzg. 1842—50) und in dem Sammelbande „Aus der Zeit und dem Leben" (ebend. 1844) in Buchform heraus.

Der „Telegraph" gewann durch die bunte Mannigfaltigkeit und den frischen Geist, der aus den Blättern wehte, sehr bedeutend und wurde mehr und mehr ein beliebtes Blatt. Feodor Wehl erinnerte sich noch in späten Jahren („Zeit und Menschen," Altona 1889, Bd. I, S. 259), daß in den Kaffeehäusern Berlins zu Anfang der vierziger Jahre der „Telegraph" ein sehr begehrtes Journal war, und Theodor Fontane meint, er habe in dieser Zeit seine ganze Kenntnis vom Jungen Deutschland aus dem „Telegraphen" geschöpft. Diese Blütezeit sollte aber nicht lange dauern. Die preußische Regierung hatte wiederholt Anstoß an verschiedenen Büchern genommen, die bei Hoffmann und Campe erschienen waren; neuerdings mochte ihr dann auch der rege „Telegraph" unbequem sein, und so machte sie denn eines Tages tabula rasa und verbot unter dem 28. Dezember 1841 den ganzen Verlag Campes in Preußen. Damit wurde aber dem „Telegraphen" die Lebensader fast vollständig unterbunden, und Gutzkow verlor alle Lust, das Blatt fernerhin zu leiten. Schon vor der Katastrophe hatte er sich mit der Frage beschäftigt, ob es für seine literarische Entwicklung nicht besser sein würde, die ganze Redaktionstätigkeit aufzugeben. „Das Blatt schadet mir," schrieb er bereits im Mai 1841 an Lewin Schücking. „Meine Gegner fürchten sich und machen daher beständig Lärm, und ich selbst kann doch nicht so diplomatisch werden, daß ich über alles schwiege." Und als dann das Verhängnis hereingebrochen war, legte er die Redaktion nieder und unternahm eine Reise nach Paris. Die Redaktionsgeschäfte übernahm, nachdem Schücking es ausgeschlagen hatte, Gutzkows Nachfolger zu werden, Georg Schirges (1811 bis 1879), ein literarischer Bohémien, der etwa seit einem Jahre Mitarbeiter am „Telegraphen" war, dem es aber durchaus an

dem Weit- und Scharfblick seines Vorgängers fehlte, worauf das Blatt schnell sein Ansehen einbüßte, zurückging und 1845 sein Erscheinen einstellte.

Einen ähnlichen Charakter wie Gutzkows „Telegraph“ trug Lewalds „Europa“, nur war deren geistiges Niveau wesentlich niedriger. In Lewald präsentierte sich der Weltmann der damaligen deutschen Schriftsteller. Gutzkow rühmt ihn als den „vollendetsten Repräsentanten der bürgerlichen Noblesse unserer Literatur.“ „Wie schön,“ fügt er sodann noch hinzu, „wenn zu dem Weltmanne noch der Wert einer wirklich poetischen Zulänglichkeit kommt, Scharfblick, witzige Kombination, schöpferisches Vermögen! In der Tat ist die ruhige und englische Haltung Lewalds, sein Plie und die kleine Koketterie etwa mit einem neuen au duc d'Orleans dessinierten Gilet nur die äußere Hülle, ich möchte sagen die stilistische Hülle eines tiefen Geistes, der die menschlichen Zustände mit klarstem Auge durchschaut, die Hülle einer genialen Neuerung in der Literatur, welche wir wahrscheinlich nur diesem Namen verdanken.“ *) So ernst wird es Gutzkow mit dieser hohen Wertschätzung aber wohl nicht gewesen sein; man fühlt es, der Schalk blitzt zwischen den Zeilen hervor, er macht sich im Grunde lustig über den geschäftigen Allerweltskerl, der unaufhörlich über alles Mögliche plaudert, ganz nett und liebenswürdig und auch mit einer gewissen Kenntnis von Literatur, Musik, Mode und Gesellschaft, aber doch immer höchst oberflächlich, ohne die tieferen Strömungen der Zeit zu berühren. Der ganze Verlauf seines Lebens ließ ihn auch nicht zu ernsteren Studien kommen.

August Lewald wurde 1792 zu Königsberg in Preußen als der Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns geboren, widmete sich zunächst ebenfalls dem Handelsstande, geriet dann in die Strudel des Krieges und machte als Sekretär eines höheren russischen Offiziers die Feldzüge gegen Frankreich mit. Nach dem Friedensschlusse warf er sich ganz in das schöngeistige Leben, versuchte sich

---

*) Gutzkow, Beiträge zur Gesch. der neuesten Literatur. Stuttg. 1839. Bd. I, S. 307.

als Dramatiker, Schauspieler und Bühnenleiter, führte dann auch eine Zeitlang das zwanglose Leben eines Bohémiens in Paris und schrieb Theaterstücke, Novellen, touristische Plaudereien und noch vieles andere. Darauf siedelte er sich 1834 in Stuttgart an und gründete dort 1835 die Zeitschrift „Europa, Chronik der gebildeten Welt". Später zog er mit seinem Blatte nach Karlsruhe um, verlor aber hier die Lust an der steten Redaktionsarbeit, worauf 1846 Gustav Kühne das Journal für 3000 Taler erwarb und es nach Leipzig überführte. Nach längerem Aufenthalte in Wien lebte Lewald dann vorübergehend in Frankfurt a. M., Stuttgart und Baden-Baden, immer eifrig schriftstellernd, bis er 1871 zu München starb. Gustav Kühne leitete unterdessen die „Europa" bis 1859, worauf sie in den Verlag von Karl B. Lork und dann in den Ernst Keils überging. Redigiert wurde sie in dieser Zeit von Friedrich Steger (1811—1874) und Hermann Kleinstreuer (1826—1888), sank aber schließlich zu vollständiger Bedeutungslosigkeit herab und ging 1883 aus Mangel an Abonnenten ein.

Unter Lewalds Leitung war die „Europa" mehr ein Gesellschaftsblatt, das sogar Modekupfer brachte und nur im Jahrgang 1836 gediegenere „Literarische Übersichten" von Karl Gutzkow bot. Ludwig Kalisch spottete denn auch in seinem „Buch der Narrheit" in etwas derber Weise über das Blatt:

> In einen Stier hat sich ein Gott verwandelt,
> Um Kadmus' schöne Schwester zu entführen;
> In Ochsen müssen Menschen sich verwandeln,
> Um die „Europa" Lewalds zu berühren.

Unter Gustav Kühne gelangte die „Europa" etwas mehr in das Fahrwasser des Jungen Deutschlands; Theodor Mundt, Heinrich König, Berthold Auerbach, Hieronymus Lorm, Robert Blum wurden Mitarbeiter. Doch blieb der Ton immer gemäßigt, da Gustav Kühne keine Kampfnatur war. Wurde er doch „bald wohlwollend, bald scheltend," wie er selbst sagt, der „Besonnenste" der Jungdeutschen genannt. Im Jahre 1848 ward aber auch er von der allgemeinen Bewegung ergriffen und gestaltete, damit er kräftiger in die Tagesdebatten eingreifen könne, die „Europa" in

ein Tagesblatt um. Er traf aber damit nicht das Richtige; die Tausende von Abonnenten schmolzen auf ebenso viele Hunderte zusammen, so daß er sich beeilte, das Journal wieder in seine frühere Form zu bringen. Von dem Stoße, den es durch diese Umformung erlitt, hat es sich aber nie wieder erholt.

An diese beiden größeren Journale, den „Telegraphen“ und die „Europa“, schließt sich eine Reihe kleinerer literarischer Blätter, unter denen jedoch kein einziges zu einiger Bedeutung gelangte; die meisten bestanden auch nur ganz kurze Zeit. Theodor Mundt gründete 1835 einen „Literarischen Zodiakus“, der aber sehr schwer unter der preußischen Zensur zu leiden hatte und darum bald wieder einging. Ludolf Wienbarg gab „Literarische und kritische Blätter“ heraus, die auch Novellen und Übersetzungen aus dem Französischen brachten. Alexander Jung redigierte einige Zeit ein „Literaturblatt“, das die jungdeutschen Ideen im Osten verbreiten wollte. Ein „Literatur- und Kunstbericht“ von Oswald Marbach erschien Mitte der vierziger Jahre in Leipzig. Berliner „Jahrbücher für wissenschaftliche Kritik“, die besonders von Varnhagen von Ense unterstützt wurden und den Verunglimpfungen Menzels gegenüber eifrig für Goethe eintraten, hielten sich von 1827 bis 1846. Eine konservative „Literarische Zeitung“, die sich der Protektion des Ministeriums Eichhorn erfreute, und deren erster Redakteur Karl Büchner (gest. 1837) war, kam von 1834 bis Ende 1845 im Verlage von Dunker und Humblot in Berlin heraus.

Außerdem erschienen auch ferner noch die „Blätter für literarische Unterhaltung“ (Siehe S. 292), die aber nicht mit in den Ton der jungdeutschen Journale einstimmten. Heinrich Brockhaus, der seit 1823 die Zeitschrift selbst redigierte, suchte sich von den literarischen Kämpfen möglichst fernzuhalten. Er berichtete wohl über die Bewegung und gestattete selbst Männern von so ausgesprochener Parteirichtung wie Arnold Ruge ihre Ansichten zu entwickeln, aber er ließ die Zeitschrift doch nie zum Parteiblatt werden, und darum gelang es ihm auch, sie über das Sturmjahr 1848 hinwegzubringen, in dem so viele Blätter

dahinschwanden. Doch erschien das Journal dann nicht mehr täglich, sondern wöchentlich.

Den Beschluß der langen Reihe der literarischen Zeitschriften endlich macht ein Blatt, das eine ganz neue Erscheinung bildet und sich als ein Führer durch die Literatur des Auslandes darstellt. Das Interesse für die ausländische Literatur war bereits durch die Romantiker, die Schlegel, Tieck, Gries und andere geweckt worden, allein dem Verlangen der Gebildeten, ein Zentralorgan für die Bestrebungen auf dem linguistischen Gebiete zu erhalten, entsprach erst Joseph Lehmann zu Anfang der dreißiger Jahre.

Joseph Lehmann bildet eine ganz eigenartige Erscheinung sowohl auf dem Gebiete der Sprachforschung, wie auf dem des Zeitungswesens. Hier wie dort bewährte er sich als ein ausgezeichneter Fachmann und außerdem in den bewegteren Jahren als ein echter Vaterlandsfreund, als eine Kernnatur. Obgleich ein Mann von umfassenden Kenntnissen, hat er doch niemals eine gelehrte Schule besucht. Er wurde am 28. Februar 1801 in Glogau als der Sohn eines jüdischen Kaufmanns geboren und widmete sich zunächst in Berlin dem Bankier-Geschäfte; daneben aber trieb er schon als junger Mensch mannigfache Sprachstudien und beherrschte sehr bald, vermöge eines außerordentlichen Sprachtalentes, nicht nur das Französische und Englische, sondern auch das Italienische, Holländische, Vlämische, Spanische, Portugiesische und Schwedische. Auch in den orientalischen Sprachen und Literaturen erwarb er sich Kenntnisse. Diese umfassende Bildung auf sprachlichem Gebiete brachte Joseph Lehmann nach und nach mit den gelehrten Kreisen in Verbindung, u. a. auch mit Alexander von Humboldt, und dieser empfahl ihn im Jahre 1828 eines Tages dem Legationsrate Philipsborn, als dieser für die „Preußische Staatszeitung" einen in den modernen Sprachen bewanderten Mitarbeiter suchte. Darauf vertauschte Lehmann das Kontorpult mit dem Schreibtisch der Redaktion der „Preußischen Staatszeitung" und bewährte sich in dieser neuen Stellung bald ausgezeichnet. Hauptsächlich lieferte er vorzügliche Artikel über

die ausländische Literatur, und als 1830 nach der Julirevolution eine Flut von politischen, sozialen und literarischen Schriften des Auslandes in Deutschland einströmte, rief er eine besondere Beilage ins Leben, in der er jene literarischen Erscheinungen nun vollständig systematisch abhandelte. Dieser Beilage gab er den Titel „Magazin für die Literatur des Auslandes". Das Unternehmen fand vielseitigen Anklang; schon der Prospekt, der der „Staats-Zeitung" beigelegt wurde, und in welchem der Redakteur auf einen Ausspruch Goethes hinwies, in dem sich der Dichter zum erstenmale des Ausdrucks „Weltliteratur" bediente, hatte die Einzeichnung von zwölfhundert Abonnenten zur Folge, und als dann am 24./25. Januar 1832 die erste Nummer mit einem geistreichen Artikel Lehmanns über das damals soeben herausgekommene Werk von Lord Dover „The life of Frederic the Second, king of Prussia" erschienen war, wuchs die Zahl der Besteller noch ganz bedeutend. Das Blatt kam darauf wöchentlich dreimal in Folioformat heraus. Seine Mitarbeiter hatte sich Joseph Lehmann zunächst unter seinen Kollegen gesucht, bald aber gelang es ihm auch, Professoren von Universitäten und bedeutende Schriftsteller zu gewinnen, so daß das Ansehen des „Magazins" rasch stieg. Leider bestand damals noch nicht die gute Sitte, die Artikel mit dem Namen des Autors zu zeichnen; man kann daher bei vielen Beiträgen nicht mehr angeben, von wem sie herrühren.

Nach dem Rücktritte seines väterlichen Beschützers Philipsborn vom Kuratorium der „Staats-Zeitung" erschien eine längere Verbindung des „Magazins" mit diesem Blatte nicht als zweckmäßig; man überließ daher 1843 das Journal dem Schöpfer als freies Eigentum, und dieser stellte es nun auf eigene Füße. Dabei ging es in den Verlag der Firma Veit und Kompagnie über, mit der es auch 1849 von Berlin nach Leipzig übersiedelte. Von 1859 ab erschien es sodann nur einmal wöchentlich und von 1864 ab, in welchem Jahre es wieder nach Berlin zurückkehrte, da es von F. Dümmlers Verlagshandlung erworben worden war, in Groß-Quart. Darauf wanderte es 1879 abermals nach Leipzig in den Verlag von Wilhelm Friedrich und ging nun wiederholt von

Hand zu Hand, wobei es auch mehrmals seinen Charakter änderte.

Nach der Loslösung des „Magazins" von der „Staats-Zeitung" gab Joseph Lehmann in einiger Zeit auch seine Redakteurstelle bei diesem Blatte auf; schon lange mochte er die Grundsätze eines Eichhorn und Rochow nicht mehr vertreten. Er kehrte nach seiner Vaterstadt Glogau zurück, wurde dort Direktor der Niederschlesischen Eisenbahn und brachte durch Ernst und Energie das Unternehmen aus den dürftigsten Verhältnissen nach und nach in die glänzendste Lage. Schließlich siedelte er 1865 wieder nach Berlin über, wo er sich jetzt ganz den literarischen Studien hingab, um das „Magazin" zu einem Musterjournal auszugestalten. Seinen Zweck, das Geistesleben des Auslandes den Deutschen näher zu bringen, erreichte er dabei in umfassendem Maße. Unablässig tätig, brachte er fast in jeder Nummer einen Aufsatz aus seiner Feder und erregte noch in seinen letzten Jahren durch seinen geistvollen Essay über das gemischte Sprachgebiet zwischen Kärnthen, Steiermark, Illyrien und Ungarn gerechtes Aufsehen. Mitten in Plänen zur weiteren Ausgestaltung seines Journals starb er plötzlich am 19. Februar 1873. Von den späteren Leitern des Blattes ist besonders der vielseitige Eduard Engel zu nennen, der es zu Anfang der achtziger Jahre redigierte. Weiterhin sank es schnell mehr und mehr von seiner Höhe herab und verschwand schließlich 1905 ruhmlos aus der deutschen Publizistik.

---

4. Die Unterhaltungsblätter. Ihre Oberflächlichkeit. Marggraff über sie. Herloßsohns „Komet". Oettingers „Charivari". Der Klatsch von ganz Europa gibt sich in ihm ein Stelldichein. Der „Leuchtturm", herausgegeben von Ernst Keil. Sucht einen nationalen Charakter zu gewinnen. Ist darum vielen Verfolgungen ausgesetzt. Die „Bohemia". Tritt für das Deutschtum in Böhmen ein. Die „Sachsenzeitung", die „Rosen", die „Jahreszeiten", die „Iduna", der „Dorfbarbier", der „Hans Jörgel", der „Soldatenfreund". Die „Zeitung für die elegante Welt". Ihr Redakteur Heinrich Laube. Tritt

leidenschaftlich für das Junge Deutschland ein. Wird ausgewiesen und verhaftet. Gustav Kühne an seiner Stelle. Übernimmt später nochmals die Redaktion. „Der Gesellschafter", der „Freimütige", das „Berliner Konversationsblatt".

Wesentlich magerer, als die literarisch-kritischen Zeitschriften, stellen sich die Unterhaltungsblätter der Zeit von 1830 bis 1848 dar. Hier ist nur selten ein höherer Gesichtspunkt, eine gefestigtere Lebensanschauung, ein großes Problem — meist nur Oberflächlichkeit, gehaltloses Geplauder und Gewitzel mit etwas Sentimentalität und süßlicher Pikanterie, die sich wohl auch bisweilen bis zur Laszivität steigert. „Die meisten Journale", klagt Hermann Marggraff (Deutschlands jüngste Literatur- und Kulturepoche, S. 420), „stützen sich auf das Prinzip wahrhafter Ärmlichkeit; mit geringen Mitteln will man sie bestreiten, und so geschieht es, daß Literatur, Verleger, Redakteur und Mitarbeiter dabei urkundlich verhungern könnten, wenn die zähe Lebenskraft des Deutschen nicht einen Widerhalt gewährte." Daher bringe auch der Sumpf dieser Journalliteratur weiter nichts hervor als „junge Frösche, welche lyrisches Geschrei erheben, Sommertags-Abends, wenn sie sich verliebt, oder wenn sie zu viel getrunken haben, weiterhin Wasserschlangen, welche lieblich glitzern und flunkern und, wenn man sie mit der Hand faßt, leicht hinausschlüpfen, auch wohl hypochondrische, zerrissene, melancholische, schlurrende und schnurrende Unken, dann Wasserkäfer, Infusorien, Pilze — kleine Gedanken, Theater- und Bücherrezensionen, Aphorismen, Notizen, Miszellen und Spielereien ähnlicher Art."

Von den neuen Blättern der in Rede stehenden Zeit ist zuerst „Der Komet" zu nennen, den Karl Herloßsohn in Leipzig herausgab. Herloßsohn war ein liebenswürdiger Schriftsteller, der sich durch die in volkstümlichem Tone gehaltenen Lieder „Wenn die Schwalben heimwärts ziehn" und „Ob ich dich liebe? Frage die Sterne" und eine große Menge von Romanen und Novellen, die alle eine lebhafte Phantasie verrieten, in weiten Kreisen beliebt machte. Er wurde 1804 in Prag geboren, wollte ursprünglich, von Zacharias Werner dazu veranlaßt, in Wien in den Orden der Redemptoristen treten, konnte sich aber im letzten

Augenblicke doch nicht dazu entschließen und ging nach Leipzig, wo er Philosophie und Jurisprudenz studierte, bis er sich mehr und mehr der Schriftstellerei und Journalistik widmete und 1830 das Journal „Der Komet, ein Unterhaltungsblatt für die gebildete Lesewelt" gründete. Es kam sechsmal in der Woche heraus und bot außerdem noch zwei Beilagen, eine „Zeitung für Reisen und Reisende" und ein „Literaturblatt", die aber wöchentlich nur einmal erschienen. Allein schon im zweiten Vierteljahre geriet Herloßsohn in heftige Zwistigkeiten mit dem Verleger, C. H. F. Hartmann, trennte sich von ihm und gab sein Blatt bei Fr. A. Leo in Leipzig in Kommission, worauf sich Hartmann Anfang August 1830 ein neues Journal „Unser Planet, Blätter für Unterhaltung, Literatur, Kunst und Theater" gründete, für dessen namenlose Redaktion er selbst die Verantwortung übernahm. Der „Planet" erlebte sodann unter wechselnden Schicksalen und Herausgebern dreizehn und einen halben Jahrgang; er erschien bis Ende 1843. „Der Komet" überdauerte ihn noch um fünf Jahre; er kam bis 1848 heraus, ebenfalls unter vielfachem Wechsel, namentlich auch seiner Titel. Aus dem „Literaturblatt" wurde vom zweiten Jahrgange an eine „Beilage für Literatur, Kunst, Mode, Residenzleben und journalistische Zentrale". Neujahr 1834 kam zu den beiden bisherigen Beilagen noch eine dritte „Der Dampfwagen, ein Gratismagazin zur Unterhaltung und Belehrung", an dessen Stelle jedoch bereits Neujahr 1835 „Der Luftballon, ein Blatt für Herz, Geist, Kopf und Magen" trat. 1837 verwandelte sich dann der „Luftballon" wieder in den „Leipzig-Dresdener Dampfwagen, ein Blatt der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft" und ein Jahr später sogar in den „Leipzig-Berlin-Dresdener Dampfwagen". In den vierziger Jahren endlich (in denen sich übrigens Herloßsohn einige Zeit vom „Kometen" abgewendet hatte) wurde aus dem „Dampfwagen" ein „Teleskop", während die „Zeitung für Reisende" in Wegfall kam. Gleichzeitig trat wiederholt ein Wechsel im Verlage ein; auch der Titelkopf wurde mehrmals umgestaltet. Es kann daher nicht wundernehmen, daß sich bei den vielen Veränderungen kein größerer fester Abonnenten-Stamm bildete und die Leserzahl bei

der zunehmenden politischen Bewegung mehr und mehr dahinschwand, so daß Herloßsohn schließlich in große ökonomische Schwierigkeiten geriet und ganz verarmt am 10. Dezember 1849 zu Leipzig aus dem Leben schied. Den Inhalt des „Kometen“ bildeten in der Hauptsache die Romane Herloßsohns, daneben allerlei Notizen aus dem literarischen und gesellschaftlichen Leben.

Neben dem „Kometen“ florierte eine Zeitlang der „Charivari“, herausgegeben von Eduard Maria Oettinger. In Oettinger stellt sich eine sehr charakteristische Figur der niedern Journalistik der 30er und 40er Jahre dar, ein Skribent von großer Gewandtheit, der über alles schreibt, aber über nichts gründlich, der alles kennt, aber alles nur oberflächlich, der über alles witzelt, aber doch nie einen wirklich zündenden Funken hervorspringen lassen kann, der mit seinen Späßen zwar die große Menge amüsiert, aber auch viele verletzt und darum immerwährend in Händeln und Feindseligkeiten verstrickt ist. Er wurde 1808 in Breslau geboren, in der Redaktion der Bäuerleschen „Theater-Zeitung“ in die Journalistik eingeführt und mußte dann, da ihn seine Spottsucht fortwährend in Kollisionen brachte, besonders mit den Behörden, lange Zeit ein unstätes Leben führen. Dabei gründete er allerlei Zeitschriften, die oft nur ein, zwei Monate bestanden und daher hier nur eben erwähnt werden können: in Berlin 1829 den humoristisch-satirischen „Eulenspiegel“, in München noch im selben Jahre „Das schwarze Gespenst“, das nur drei Monate bestand und auf direkten Befehl des Königs Ludwig unterdrückt wurde, aufs neue in Berlin im Herbst 1830 den „Eulenspiegel“, der aber schon nach vier Wochen verboten wurde, und zwar mit Zustimmung Friedrich Wilhelms III., darauf Ende 1831 den „Figaro“, der sich fünf Jahre hielt, weiterhin in Hamburg 1836 den „Argus“ und in Mannheim 1839 eine „Allgemeine Gasthofszeitung“. Diese leitete er bis 1842, worauf er sich nach Leipzig wandte und dort nun den „Charivari“ ins Leben rief. Den Verlag übernahm Philipp Reclam jr. Die Zeitschrift erschien in Oktav in wöchentlichen Heften und brachte Novellen, Plaudereien, Gedichte, Scherze, auch allerlei Holzschnitte (offenbar aus Paris bezogene, recht minderwertige Bilder) und, was wohl

am meisten Beifall fand, eine Unmasse von kleinen Notizen unter der Rubrik „Zapfenstreich". Was hier zusammengetragen wurde, ist allerdings erstaunlich. Der Klatsch von ganz Europa gab sich hier ein Stelldichein; nicht selten füllte er fünf bis sechs Seiten, in Petit gedruckt, die Seite zu 62 Zeilen. Jeder Vorfall in der Gesellschaft, im Literatur- und Kunstleben wurde berichtet, jedes Skandälchen, wenn auch noch so unbedeutend, notiert, und wenn der Herzog von Wellington sich in Paris einen mit Trüffeln gefüllten Truthahn für 500 Franks bestellte, so standen sogar darüber drei Zeilen im „Charivari". Diese Notizen üben denn auch heute noch einen gewissen Reiz aus. Mit ihrer Keckheit und Frische versetzen sie uns unmittelbar in die Atmosphäre der vierziger Jahre, und es will uns bei ihrer Durchsicht manchmal fast bedünken, als hörten wir das Gesumme des Salons, in dem all der bunte Kleinkram des Gesellschaftslebens hier scherzend, dort mit bissiger Satire, durchgesprochen wird. Nach der Bewegung von achtundvierzig verblaßte der Reiz des „Charivari" allmählich; der Gesellschaftston war ein anderer geworden, und so ging das Blatt 1852 ein. Oettinger wandte sich jetzt mehr bibliographischen und biographischen Arbeiten zu und erwarb sich ein ganz besonderes Verdienst durch die Herstellung seines „Moniteur des Dates", mit dem er sich bis zu seinem 1872 zu Blasewitz bei Dresden erfolgten Tode beschäftigte.

Einen ernsteren Charakter als der „Komet" und der „Charivari" trug „Der Leuchtturm, Monatsschrift zur Unterhaltung und Belehrung für das deutsche Volk", herausgegeben von Ernst Keil; doch gelangte das Blatt bei der Ungunst der Zeiten gar nicht zur vollständigen Entwicklung. Die Hefte, 4—5 Bogen groß Lexikon-Oktav mit je zwei Stahlstichen (Porträts von Zeitgenossen und meist satirischen Genrebildern) ausgestattet, sollten nach der Ankündigung „unterhaltender und belehrender, in der Belehrung aber durchaus freisinniger, mit der Zeit fortschreitender Natur sein und außer dem erzählenden und beschreibenden Texte ausführliche Besprechungen der Tagesfragen bringen, so weit dies in einer Monatsschrift „tunlich und — erlaubt" sei. Aber schon auf dieses Programm hin wurde das Erscheinen der Zeitschrift in Leipzig untersagt,

worauf Ernst Keil die „Expedition des Leuchtturms" nach Zeitz verlegte und seine Monatsschrift von 1845 ab dort erscheinen ließ. Seiner Umsicht und seinem sichern Takt gelang es dann auch, der Zeitschrift bei offener Polemik gegen die herrschenden Mißstände einen großen Zug im Sinne des politischen Fortschritts zu geben. Besonders suchte er in novellistischen Skizzen die sozialen Mißbräuche und Mißstände, das Massenelend in Großstädten und Industriezentren, die Webernot in Schlesien und im sächsischen Erzgebirge zu bekämpfen. Als Mitarbeiter warb er sich Otto Ruppius, Albert Fränkel, E. Th. Jäkel, Robert Blum u. a. Bei ihrer energischen Haltung geriet die Zeitschrift natürlich sehr bald in Konflikt mit der Zensur. Schon nach dem Erscheinen der ersten fünf Hefte mußte die Expedition von Zeitz nach Magdeburg verlegt werden, und dort gab es so viel Hemmnisse, daß Keil am Schlusse des ersten Jahrganges in die Klage ausbrach, er wisse wohl, daß eine rechte Zeitschrift als Gottesgeißel durch die Welt ziehen solle, als Gottesgeißel gegen Lüge, Unrecht und Druck, gegen alles, was den Menschen entwürdige, wodurch der Mensch sich selbst entwürdige — er habe viel gewollt, aber nur wenig gedurft! „Wo wir die Geißel schwangen, wurden die Spitzen abgeschlagen, und wo wir mit Keulen schlugen, fing man den Schlag auf, zerbrach die Keule und legte Samt um den Rest, der wohl dann und wann traf, aber nicht mehr wehe tat." Die Drangsale, welche dem Blatte von der Zensur bereitet wurden, wuchsen jedoch noch weiter; schließlich wurde es in Magdeburg überhaupt verboten, und nun wanderte es zunächst nach Halle und von dort nach Dessau; aber auch dort ereilte es dasselbe Schicksal. Nun wandte es sich nach Bremen, wo es sich acht Monate hielt, weiterhin nach Braunschweig, wo es aber nur kurze Zeit erschien, da auch hier alsbald (im Februar 1848) das Verlangen der preußischen Regierung durchdrang, die Herausgabe der Zeitschrift nicht mehr zu gestatten. Besonderen Anstoß nahm die Zensurbehörde immer wieder an dem politisch-satirischen Beiblatt, das anfangs den Titel „Die Laterne" führte, dann aber, um der Unterdrückung zu entgehen, immer neue Titel annahm; „Reichsbremse", „Spitzkugeln", „Wespen", „Schildwacht" waren die wei-

teren Namen. Bei dem Ausbruch der Revolution fielen dann zwar die Fesseln der Zensur, und Keil konnte jetzt den „Leuchtturm“ in Leipzig erscheinen lassen, allein schon 1849 brach die Reaktion herein, worauf das Ministerium Beust die Flamme des „Leuchtturms“ für immer auslöschte.*)

Die schon erwähnte Prager „Bohemia“ konnte sich von 1836 ab eines vorzüglichen Redakteurs, des aus Leitmeritz gebürtigen Franz Klutschak, erfreuen, der, wo er vermochte, mit aller Wärme für das Deutschtum eintrat, weil er die Gefahren, die der deutschen Kultur aus der national-tschechischen Bewegung erwuchsen, mit klarem Auge erkannte. Allerdings mußte er sich dabei immer innerhalb des Rahmens eines belletristisch-literarischen Blattes halten; erst im Frühjahr 1848 konnte sich das Blatt zu einer politischen Zeitung erweitern. Mitarbeiter der „Bohemia“ waren so ziemlich alle deutsch böhmischen Schriftsteller, besonders Karl Egon Ebert, Herloßsohn, Uffo Horn und Ignaz Kuranda. Bis 1848 erschien das Blatt nur dreimal in der Woche.

Verschiedene weitere Journale brauchen nur kurz genannt zu werden, da sie über die Absicht, ihre Leser nur ganz leichthin zu unterhalten, nicht hinausgingen. Die „Sachsenzeitung“, redigiert von dem Verlagsbuchhändler C. H. F. Hartmann, erschien seit 1830 in Leipzig und verbreitete sich mit Vorliebe über die Leipziger literarischen und Theater-Verhältnisse und -Streitigkeiten. Die „Rosen, Zeitschrift für die gebildete Welt“, gab der Romanschriftsteller Robert Heller (geb. 1814, gest. 1871) von 1838 bis 1845 in Leipzig heraus, weiterhin George Hesekiel. In Hamburg erschienen die Monatsschrift „Die Jahreszeiten“, redigiert von Feodor Wehl und die vielgelesene „Iduna“ von Amalie Schoppe, der „Entdeckerin“ Hebbels. In Berlin rief Fedor Steffens (Pseudonym für K. H. Dammas [geb. 1816, gest. 1885]) die Zeitschrift „Der Hausfreund in Palast und Hütte“, die auch Holzschnitte und Stahlstiche brachte, ins Leben, sich aber nur von 1843 bis 1847 hielt. Den behaglichen Humor der Bürgerkreise, der aber durch die polternde Kritik des „Generals

*) (Johannes Prölß) Zur Geschichte der Gartenlaube (1903.)

von Pulverrauch“ nicht selten auch einen Stich ins Politische erhielt, pflegte Ferdinand Stolle (geb. 1806, gest. 1872) in seinem 1844 zu Grimma gegründeten „Dorfbarbier“. 1851 ging das Blatt als „Illustrierter Dorfbarbier“ in den Verlag von Ernst Keil in Leipzig über, wo es durch Keils Umsicht eine Auflage bis zu 20000 Exemplaren erlangte. Etwas schärfer gewürzt war der „Berliner Charivari, redigiert von Satan“, der seit 1847 bei Louis Hirschfeld in Berlin mit Illustrationen erschien. Nur ganz platte Spaßmacher waren der „Hans Jörgel“, der von 1831 ab, und der Saphirsche „Humorist“, der von 1837 ab in Wien erschien.

Für das niedere Militär gab Louis Schneider, der Verfasser des bekannten Einakters „Der Kurmärker und die Pikarde“, das Unterhaltungsblatt „Der Soldatenfreund“ von 1833 ab viele Jahre in Berlin heraus.

Endlich sind zur Vervollständigung des Bildes der vormärzlichen Journal-Literatur noch die älteren Zeitschriften zu erwähnen, die aus den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts stammen; doch verdienen von diesen nur die „Zeitung für die elegante Welt“ und der „Gesellschafter“ eine etwas ausführlichere Besprechung.

Die „Zeitung für die elegante Welt“ war nach und nach recht monoton und langweilig geworden; der bisherige Redakteur Methusalem Müller hatte den Ton der neuen Zeit nicht mehr zu treffen vermocht und legte daher Ende 1832 sein Amt nieder. An seine Stelle trat mit dem 1. Januar 1833 der junge Laube, der lebhaft von dem Wunsche erfüllt war, aus dem Blatte sowohl, wie aus sich selbst, alles Mögliche zu machen. Aufsehen zu erregen, war dabei die erste Bedingung. Vorsichtigerweise hatte der Besitzer der Zeitschrift, der Verlagsbuchhändler Leopold Voß, den Passus mit in den Engagementsvertrag eingefügt, daß er sich das Recht vorbehalte, „das ihm etwa unangemessen Erscheinende vom Drucke zurückzustellen“, doch scheint er von diesem Rechte nur wenig Gebrauch gemacht zu haben, denn Laube bewegte sich bald in der ungezwungensten Weise. „Mit frischem Wagemut und einem außerordentlichen Instinkt für das Wesen

einer auf Aktualität ausgehenden Journalredaktion gestaltete er das Blatt völlig um," schreibt Johannes Prölß (Das Junge Deutschland, S. 326). „Wie ein eben erst eingefangenes Vollblutfüllen stürmisch durch die Arena jagt, so stürmt hier ein ungefesselter Geist, in allzu flüchtigem Galopp sich übernehmend, dem Ziele zu: die Welt der ‚neuen Ideen' sich und seinem Publikum zu erobern. Eine lebensprühende Herzhaftigkeit im Parteiergreifen für und wider, alle Vorzüge und alle Fehler einer warmblütigen und warmherzigen Jugend machen sich geltend — im Urteil, im Vortrag, im Stil ... Krieg den Philistern! ist immer die Losung; mit ihr geht er dem Geiste der Kleinstaaterei in Deutschland, als der Wurzel alles Übels, zu Leibe. Über den in Leipzig herrschenden Kasten- und Kirchturmsgeist schreibt er: ‚die Kleinstaaterei ist das Vorbild der Kleinstädterei geworden; sie ist der Ursprung des deutschen Philistertums. Denn Philister ist eben der, welcher mit dem kleinen, ihm angelernten Maßstabe alles, auch das größte, mißt'." Aber aus allem spricht doch eine große Naivetät; immer hört man noch den jungen Studenten, der mit seinen lauten Reden die ganze Ordnung der Dinge umzustürzen meint, den jugendlichen Renommisten, der sich überschätzt, und der gelegentlich über die Stränge schlägt. Dabei bringt er auch nicht wirklich neue Gedanken, sondern er variiert nur das, was Börne und Heine längst vor ihm und auch geistreicher ausgeführt haben. Doch fand sein keckes, selbstbewußtes Auftreten großen Beifall — nur nicht bei der preußischen Regierung. Sehr bald nahm man in Berlin an den „Modernen Briefen", die in der „Zeitung für die elegante Welt" erschienen, Anstoß, und das Oberzensurkollegium erklärte, diese Briefe zeugten von der größten Frivolität, träten in ihren politischen Bemerkungen zu gunsten der Opposition der Stuttgarter Stände-Versammlung ein, verherrlichten die Juli-Revolution, rühmten Börne und Heine und behaupteten vom Demokratismus, daß er die Grundidee des Christentums sei. Schließlich stellte das Kollegium den Antrag, das Blatt in Preußen zu verbieten. Der Minister entsprach jedoch dem Verlangen nicht, sondern beschränkte sich darauf, durch Vermittelung des Ministeriums des Auswärtigen die sächsische

Regierung auf die vielen freien Stellen in dem Blatte aufmerksam zu machen und sie zu bitten, den Leipziger Zensor zu größerer Strenge zu ermahnen. Das scheint aber nicht in der erhofften Weise erfolgt zu sein, denn einige Zeit später ergriff die preußische Regierung ein anderes Mittel, die unbequeme Stimme zum Schweigen zu bringen: sie richtete auf dem Wege durch das sächsische Ministerium an die Sicherheitsbehörde in Leipzig das Ersuchen, den pp. Laube aus Preußisch-Schlesien, dessen Name auf die Liste der preußischen Untersuchungsbehörde für demagogische Umtriebe gesetzt worden sei, polizeilich auszuweisen, und darauf erhielt der ahnungslose Redakteur Mitte Juli 1834 den entsprechenden Ausweisungsbefehl. Er konnte gerade noch die Nummer für den 31. Juli zurecht machen, in der er nun von seinen Lesern Abschied nahm. Aber so ohne weiteres wollte Laube dieses Verdikt doch nicht über sich ergehen lassen und fuhr daher schnurstracks nach Berlin, um gleich an oberster Stelle vorstellig zu werden; er wurde dort jedoch am 26. Juli verhaftet, in eine Zelle der Hausvogtei gesteckt und hatte nun eine lange Leidenszeit durchzumachen. An seine Stelle in Leipzig trat zunächst A. v. Binzer, der Verfasser des bekannten Burschenschaftsliedes „Wir hatten gebauet ein stattliches Haus“, und als dieser wenig geeignet zur Leitung einer Zeitschrift erschien, übernahm Gustav Kühne am 1. Juli 1835 die Redaktion. Unter diesem zeigte sich sodann die „Zeitung für die elegante Welt“ wesentlich gemäßigter, aber auch matter und magerer, und auch der Sache des Jungen Deutschlands nahm sich der neue Redakteur nur zaghaft und mit einer gewissen nörgelnden Lauheit an, so daß ihn Börne ermahnte, doch kräftiger für die Verfehmten einzutreten. „Wir sind alle dabei beteiligt“, schrieb er ihm, „das ganze Deutschland; die gesamte deutsche Jugend wird in den Fünfen geschädigt, mißhandelt, gekreuzigt, darum sollen und müssen wir alle, in denen noch ein Tropfen Jugendblut ist, uns ihnen anschließen, auf daß der Bund eines ‚Jungen Deutschlands‘ immer weiter und weiter greife.“ Allein Kühne verharrte in seiner reservierten Haltung, und dabei scheint das Blatt mehr und mehr zurückgegangen zu

sein.*) Es war ihm daher gewiß auch ganz erwünscht, daß Laube, als er 1843 wieder nach Leipzig zurückkehrte, aufs neue die Redaktion übernahm. Freilich war mittlerweile auch Laube wesentlich zahmer geworden, so daß das Witzwort in den literarischen Kreisen kursierte: „Und was sich Kühne nicht erkühnte, das wird sich Laube nicht erlauben.“ Immerhin suchte Laube wieder einen frischeren Zug in das Blatt zu bringen; er schlug einen gewissen weltmännischen Ton an, hatte er doch mittlerweile oft genug an der Tafelrunde des Fürsten Pückler-Muskau gesessen, sprach gern über Mode und Eleganz und erfand selbst eine deutsche Modetracht, in der er auch zum Erstaunen der Leipziger wohlgefällig durch Leipzigs Straßen wandelte. Aber der Zeitschrift war trotz alledem kein neues Leben mehr einzuhauchen. Darum schied Laube Ende 1846 von ihr, worauf Theodor Drobisch sich noch bis 1860 abmühte, das altersschwache Blatt zu erhalten. Irgend welchen Einfluß auf das geistige Leben der Zeit übte es nicht mehr aus.

Noch kläglicher als der „Zeitung für die elegante Welt“ erging es schließlich dem Berliner „Gesellschafter“. Viele Jahre bewegte er sich nur noch im flachsten Fahrwasser. Die geistvolleren Mitarbeiter der früheren Zeit hatten sich entweder zurückgezogen, wie z. B. Heinrich Heine, oder sie waren gestorben; ein junger Nachwuchs blieb aber aus. Zwar stellte der alternde Gubitz seinen Sohn als Mitredakteur ein; eine Hebung des Blattes wurde damit jedoch nicht erzielt, und darum machte in der Mitte der vierziger Jahre ein beißendes Epigramm die Runde durch die Journale, in welchem im Hinblick darauf, daß der „Gesellschafter“ noch den Nebentitel „Blätter für Geist und Herz“ führte, gespottet wurde:

Wie könnt Ihr nur in diesem Blatt
Etwas für Geist und Herz verlangen;
Sagt nicht die Schrift: es ist der Geist
Von Sohn und Vater ausgegangen.

---

*) Von Kühne selbst wird allerdings das Gegenteil behauptet. Vergl. Gustav Kühne, sein Lebensbild. Herausgeg. v. E. Pierson. Dresden o. J. S. 30.

Und der Verfasser der „Briefe aus Berlin" läßt den al
Gubitz sagen:

> Emsig schneid' ich in Holz und schreibe. Kein Wunder, daß hölzern
> Ist, was in meinem Journal aufgeschüffelt euch wird.

Das morsche Schifflein der Zeitschrift konnte sich denn au
als im Frühjahr 1848 die neue Gedankenflut mit Macht here
brach, nicht länger über Wasser halten und zerschellte schon b
ersten Wogenanprall.

Nur eben verzeichnet mag schließlich noch „Der Fr
mütige" werden, der sog. „alte", der nach A. Kühnes T
(1829) mit dem von Friedrich Förster und Wilhelm Här
(Wilibald Alexis) herausgegebenen „Berliner Konversatio
blatte" vereinigt wurde. Aber auch unter dem gemeinsch
lichen Titel waren die beiden Journale nur Hungerkandida
wie Ludwig Geiger (Berlin, II, S. 438) sich ausdrückt, kaum
stande, ihr armes Leben zu fristen, bis sie 1832 ruhmlos v
schwanden. In den „Briefen aus Berlin" wird ihnen das
spöttisch nachgerufen:

> Förster verwaltet' den Forst und Häring die Tonne, und dennoch
> Mangelt' im Forste das Holz, mangelt' im Fasse das Salz.

---

5. Die illustrierten Journale. Das Auftauchen der Illustrationen. D
Theatrum Europaeum, der erste Vorläufer der illustrierten Zeitungen. D
Wiederbelebung der Holzschneidekunst. Das „Pfennig-Magazin", die ers
deutsche illustrierte Zeitschrift. Die „Illustrierte Zeitung" und ihr Gründ
Johann Jakob Weber. Das Programm der „Illustrierten Zeitung". D
Entwicklung der Zeitung. Die „Fliegenden Blätter", die zweite illustrier
Zeitschrift. Ihr Gründer Kaspar Braun. Haltung der „Fliegenden Blätter"
Ihr literarischer und ihr künstlerischer Wert. — Varnhagens Urteil über di
„papierene Flut" des Vormärz.

So dürftig nun auch während der bunt-bewegten dreißiger
und vierziger Jahre die deutschen Zeitschriften unter der viele

drückung und Einengung der Bewegungsfreiheit blieben — das mer kräftiger quellende Leben des Journalwesens konnte trotz dem nicht unterbunden werden, ja es trieb sogar in dieser benszeit noch einen neuen kräftigen Sproß in der Einführung illustrierten Journale.

Die Ausschmückung der Bücher mit Illustrationen tritt be-ntlich schon viele Jahrhunderte vor Erfindung der Buchdrucker-st auf. Kunstvoll und mit erstaunlichem Fleiße malten die iniatoren in die geschriebenen Werke umfangreiche Initialen in lebhaftesten Farben. Nach der Erfindung der Buchdrucker-st fügte bereits Sebastian Pfister in Nürnberg (1470) in seinem oldenen Throne" Holzschnitt-Illustrationen in den Text ein, Anton Koberger in Nürnberg (1473—1513) ließ schon eine ße Anzahl von Holzschnitten nach Zeichnungen bedeutender nstler für seine Druckwerke anfertigen. Bald aber verdrängte Kupferstecher den Holzschneider; der Kupferstich eroberte die gemeine Gunst des Publikums, und daher stattete denn auch h. Phil. Abelin sein „Theatrum Europaeum“, ein 1633 zu ankfurt a. M. begründetes zeitgeschichtliches Werk, das als der ste Vorläufer der illustrierten Zeitungen betrachtet werden kann, r mit Kupferstichen aus. Darauf blieb der Kupferstich und tahlstich unbestritten die vornehmere und beliebtere erläuternde nd schmückende Beigabe bei allen Zeitschriften. Bei der Kostspieligkeit des Stahlstiches konnte er aber nur sparsam zur Verendung kommen, und als es daher in den dreißiger und vierziger Jahren galt, den Wünschen der breiten Volksmassen nach reicherem Bilderschmuck und besonders nach informierenden Illustrationen zu entsprechen, griff ein intelligenter englischer Buchhändler und Schriftsteller, Charles Knight in London, aufs neue zum Holzschnitt, indem er 1830 im Verein mit der Society for the diffusion of useful knowledge ein „Penny Magazine“ ins Leben rief und es mit zahlreichen Holzschnitten ausstattete. Es war dies der erste Versuch, den Buchdruck in Verbindung mit dem Holzschnitt zur Verbreitung nützlicher Kenntnisse und allgemeiner Bildung in den Kreisen der nicht mit Glücksgütern Gesegneten zu benutzen. Unterstützt sah sich Knight dabei durch die

künstlerischen Bestrebungen eines Thomas Bewick, der bereits vor einiger Zeit die Wiedererweckung der Holzschneidekunst herbeigeführt und auch die Technik verbessert hatte, besonders durch Vervollkommnung der Werkzeuge und die Vertauschung der Holztafeloberfläche mit der Holzquerschnittfläche.*)

Das „Penny Magazine" fand in England einen solchen außerordentlichen Beifall, daß der junge Buchhändler Johann Jakob Weber, der seit 1830 die Leitung der von der Pariser Buchhandlung Martin Bossange Vater in Leipzig errichteten Filiale übernommen hatte, seinen Chef veranlaßte, in Deutschland ein ähnliches Unternehmen, ein deutsches „Pfennig-Magazin", herauszugeben. Die Schwierigkeiten waren freilich hier erheblich größer, denn der Holzschnitt hatte bisher in Deutschland nur geringe Pflege erfahren. Die beiden Unger, Johann Georg und Johann Friedrich, F. W. Gubitz und Friedrich Unzelmann waren zwar redlich bemüht gewesen, die Xylographie wieder zu Ehren zu bringen, einen Erfolg von kultureller Bedeutung hatten sie aber nicht erzielt. J. J. Weber schreckte aber vor diesem Mangel nicht zurück; er suchte seinen Bedarf an Clichés besonders durch Erwerbungen in England zu decken und konnte daher bereits 1833 mit den ersten Nummern des „Pfennig-Magazins" hervortreten. Er brachte damit die erste deutsche illustrierte Zeitschrift auf den deutschen Büchermarkt. Allwöchentlich erschien eine Nummer in Quart zu 8 Seiten zum Jahrespreise von 2 Talern.

Das Journal fand sofort einen solchen Anklang im Publikum, daß die Auflage sehr bald die bisher noch nie gekannte Höhe von 60000 Exemplaren erreichte. Die Verwaltung der Zeitschrift von Paris aus scheint aber ihre großen Beschwerden gehabt zu haben, denn bereits am 1. Sept. 1834 ging die Firma Bossange einen Sozietätsvertrag mit der Firma F. A. Brockhaus ein, demzufolge das „Pfennig-Magazin" gemeinschaftliches Eigentum der beiden Buchhandlungen wurde. F. A. Brockhaus zahlte an Bossange für das Miteigentumsrecht die Summe von 14000 Talern

*) Vergl. D. C. Thomson, Life and Works of Bewick, London 1882 und Austin Dobson, Thomas Bewick and his Pupils, London 1884.

und zeichnete von da an allein „Expedition des Pfennig-Magazins", während Bossange nur als Kommanditär beteiligt blieb. Und am 1. Januar 1847 trat schließlich die Firma F. A. Brockhaus gegen weitere Zahlung von 25 000 Frs. an Bossange Vater in den Alleinbesitz des „Pfennig-Magazins".

J. J. Weber gab bei dem Eintritt der Firma F. A. Brockhaus in das Geschäft seine Stelle auf, worauf hauptsächlich J. E. Volbeding (geb. 1791, gest. 1864) die Redaktionsarbeiten besorgte. Das Blatt erschien bis 1855.

Neben dem „Pfennig-Magazin" wurde von F. A. Brockhaus von 1834 bis 1838 auch ein „Pfennig-Magazin für Kinder" herausgegeben.

Leider ließ das „Pfennig-Magazin" recht viel zu wünschen übrig; die Illustrationen waren noch sehr grob und auf graues, höchst minderwertiges Papier gedruckt. Der Hauptmangel des Blattes aber bestand darin, daß ihm jedes System, jeder leitende Gedanke und auch der nationale Charakter fehlte. Die Bilder wurden planlos zusammengeworfen, genommen, wie sie eben zu erlangen waren, und da die Clichés fast sämtlich aus England stammten, so mutete das Blatt fast wie ein englisches an. Das war auch bei dem „Pfennig-Magazin für Kinder" der Fall, so daß der wackere Harkort nach Jahren noch klagte: „Da war zu sehen für den deutschen Knaben: Warwick-Castle, St. Pauls-Kirche, Windsorschloß. Aber von der Burg der Hohenstaufen, der Habsburg, dem Schlosse der Hohenzollern, den vielen historischen Denkmälern des edeln deutschen Vaterlandes schwieg das Machwerk. Das nennen wir vaterländische Lektüre!"*)

Diesen Mangel des „Pfennig-Magazins" erkannte besonders J. J. Weber sehr klar. Bei seinem ausgeprägten Schönheitssinn und seinem scharfen Blick für die Anforderungen der Zeit gewann er sehr bald die Überzeugung, daß erheblich Besseres geboten werden müsse, wenn es den Ansprüchen der feiner Gebildeten genügen und auf die Dauer sich halten solle. Und als nun bereits

*) Friedrich Harkort, Bemerkungen über die preußische Volksschule und ihre Lehrer. Iserlohn 1842.

im Mai 1842 auch in London derselbe Gedanke durch die „Illustrated London News“ und ein halbes Jahr später in Paris durch die „Illustration“ zum Ausdruck gebracht worden war, zögerte Weber nicht länger, obgleich in Leipzig die Verhältnisse für ein solches Unternehmen viel ungünstiger lagen, auch für Deutschland eine illustrierte Zeitung ins Leben zu rufen.

Und Weber war auch für ein solches Wagnis ganz die geeignete Persönlichkeit. In hohem Grade intelligent und mit umfassender Geschäftskenntnis ausgestattet, durfte er sich wohl an eine solche große Aufgabe heranwagen. Geboren am 3. April 1803 zu Siblingen bei Schaffhausen, widmete er sich, nachdem ihm eine gute Schulbildung geworden, dem Buchhandel, war in verschiedenen großen Verlagsbuchhandlungen in Genf, Paris, Leipzig und Freiburg tätig und übernahm, wie schon erwähnt, 1830 die Leitung der von der Pariser Buchhandlung Bossange in Leipzig errichteten Filiale. Nach seinem Austritt aus dem Bossangeschen Geschäft gründete er 1834 eine eigene Verlagsbuchhandlung und wandte sich in dieser sehr bald mit aller Energie der Verbesserung des Holzschnitts zu. Seinen ersten bedeutenderen Versuch mit Holzschnittillustrationen unternahm er bei Franz Kuglers „Geschichte Friedrichs des Großen“, die er durch Adolf Menzel illustrieren ließ. Die anfangs gelieferten Holzschnitte konnten aber Menzel durchaus nicht zufrieden stellen, so daß Xylographen in Frankreich und England ausfindig gemacht werden mußten, die Clichés herstellen konnten, welche den Anforderungen des Künstlers entsprachen. Das veranlaßte besonders den Holzschneider Eduard Kretzschmar in Leipzig, mit allem Nachdruck eine Vervollkommnung in der Xylographie anzubahnen, und da ihm das nach und nach gelang, so fand Weber später in ihm seine vorzüglichste Stütze, als er schließlich das Projekt einer illustrierten Zeitung verwirklichte. Doch gab es auch noch eine große Menge anderer Schwierigkeiten zu überwinden, bevor er mit seinem neuen Journale hervorzutreten vermochte. Erwähnt sei nur, daß es damals noch keine feine Illustrationsfarbe in Deutschland gab, noch keine Satiniermaschine vorhanden war und der Druck von Illustrationen auf der Schnellpresse noch für unmöglich erachtet wurde.

Allein alle diese Hemmnisse wußte Weber zu überwinden, und am 1. Juli 1843 konnte er dem Publikum die erste Nummer seiner „Illustrierten Zeitung“ vorlegen. Damit wurde dieser Tag zu einem weithin strahlenden Gedenkstein in der Geschichte der deutschen Publizistik.

In dem Programm, das er in einem „Was wir wollen“ überschriebenen Aufsatze entwickelte, sprach er sich ausführlich über seine Ziele aus. „Was immer sich in der ganzen bekannten Welt ereignet,“ sagte er, „von den Großtaten der Fürsten an bis zu dem Ergebnis verborgenster Forschung, wenn es nur ein allgemeines Interesse darbietet, gedenken wir unsern Lesern in wöchentlichen Berichten vorzulegen und, was von diesen Mitteilungen der bildlichen Darstellung zu genauerem Verständnis oder lebendigerem Eindruck bedarf, in möglichst treuen und sorgsam ausgeführten Holzschnitten ihnen vor Augen zu bringen. Während wir aber dort uns vorzugsweise an Tatsachen und an die wirklichen Fortschritte der Menschheit halten und in ihnen gewissermaßen den nährenden Kern der Tagesgeschichte in gedrängtester Darstellung zu geben gedenken, sollen hier Kunst und Wissenschaft aufgeboten werden, um den Gehalt des Kernes nach allen Seitenästen offen zu legen ... So wollen wir den Männern die gründlichste Belehrung, den Frauen die angenehmste Unterhaltung und der Jugend die kräftigste Anregung zu einem reichen und tatkräftigen Leben bieten.“ Dieses Programm hat sodann die Redaktion der „Illustrierten Zeitung“ beständig festgehalten und weiter ausgebaut, aber sie hat in der ersten Zeit oft alle Intelligenz, alle Kräfte aufbieten müssen, ihm treu zu bleiben. Die Schwierigkeiten, die die Beschaffung der Holzschnitte und deren Druck auf der Schnellpresse verursachten, schienen bisweilen unüberwindlich zu sein. Erst allmählich konnte ein xylographisches Atelier eingerichtet werden, das im stande war, den Bedarf an Holzschnitten in der gebotenen kurzen Zeit wenigstens zum Teil zu beschaffen. Für den anderen Teil mußte immer noch das Ausland in Anspruch genommen werden. Die erste Nummer der „Illustrierten Zeitung“ wies an Porträts die Herzogin Helene von Orleans mit dem Grafen von Paris, Emil Devrient, Jos. Tichatschek,

Wilhelmine Schröder-Devrient und O. L. B. Wolf auf, ferner bildete der Themse-Tunnel, ein damaliges Weltwunder, Gegenstand der Besprechung und Zeichnung, während sich „Der Obelisk von Luxor am Wege nach Longchamp“ als das größte Cliché der Nummer auswies. Nach Jahren angestrengter Arbeit konnte sich die „Illustrierte Zeitung“ aber schließlich doch vollständig auf eigene Füße stellen, und nun entfaltete sie sich auch als eine Zeitschrift von durchaus nationalem Geiste, die das gesamte Leben der Welt, das politische und das kulturelle, bis ins einzelne widerspiegelt: ein Universum im Kleinen. In der Vervollkommnung des Holzschnittes gelangte sie dabei zu einer bis dahin noch nie erreichten Höhe. Bis zu seinem am 16. März 1880 erfolgten Hinscheiden leitete Johann Jakob Weber das Institut selbst; nach seinem Tode trat sein Sohn Dr. Felix Weber als vollwertiger Ersatz an seine Stelle. Die Redaktion der Zeitung liegt seit 1866 in den bewährten Händen von Franz Metsch.

Der Aufschwung, den die Holzschnitt-Illustration nun in den vierziger Jahren nahm, machte sich jedoch nicht nur in der „Illustrierten Zeitung“, sondern auch in mannigfachem anderen bildlichen Schmucke bemerkbar. Es wurde Sitte, Titel, Diplome und Programme mit Holzschnittbildern zu zieren, und eine Stuttgarter Buchhandlung ließ sogar eine Prachtausgabe des Nibelungen-Liedes mit Holzschnitten nach den Schnorrschen Bildern schmücken. Dabei bürgerte sich der Holzschnitt immer mehr ein, worauf es sich fast von selbst ergab, daß schon zwei Jahre nach der Gründung der „Illustrierten Zeitung“ eine zweite illustrierte Zeitschrift hervortrat, allerdings von durchaus anderem Charakter und auch unter vollständig andern Verhältnissen, ein humoristisches Journal unter dem Titel „Fliegende Blätter“ in München.

Der Gründer des Blattes war der Maler Kaspar Braun. Aber dieser ging nicht als vorsichtig abwägender, die Verhältnisse mit scharfem Auge überblickender Geschäftsmann ans Werk, wie Johann Jakob Weber, sondern es war mehr ein Ungefähr, das ihn veranlaßte, die „Fliegenden Blätter“ ins Leben zu rufen.

In Aschaffenburg am 13. August 1807 geboren, eignete sich Braun zunächst in seiner Vaterstadt eine tüchtige Gymnasial-

ildung an und ging dann 1822 nach München, um dort Maler u werden. Mit frischem Wagemut versuchte sich der fleißige Kunstjünger in allen Arten der Technik, der Ölmalerei, der Freskomalerei, dem Steinzeichnen, der Radierung und selbst in er Holzschneidekunst, in der er es aber, da sie in Ermangelung jedes auglichen Werkzeuges bloß mit dem studentischen Federmesser xekutiert werden konnte, nur zu sehr ungenügenden Ergebnissen rachte. Er blieb dann schließlich bei der Ölmalerei, die ihm die neiste Aussicht auf Erfolg zu bieten schien, und schuf eine Reihe von Bildern, die auch Anerkennung fanden, „Pappenheims Heldentod in der Schlacht bei Lützen“, „Gustav Adolfs Leiche auf dem Felde zu Lützen“, „Kaiser Otto II. auf der Flucht durch den Ardenner-Wald“ u. a. Allein eine besondere Position in der Kunstwelt erlangte er trotz aller Anerkennung nicht mit ihnen, und so fing er wieder zu zeichnen an. Da sah er eines Tages die vorzüglich in Holz geschnittenen Illustrationen Grandvilles zu Lafontaines Fabeln, und sofort erwachte die alte Neigung für den Holzschnitt wieder in ihm. Diesem wollte er sich fortan widmen. Aber in Deutschland war kein Meister, an dem er sich hätte bilden können; er entschloß sich daher, 1838 mit seinem Freunde Johann Rehle nach Paris zu gehen, wo es ihm dann auch mit Grandvilles Hülfe gelang, Schüler des berühmten Xylographen Henri Brevière zu werden. Mit eisernem Fleiß brachte er es bald zu großer Fertigkeit, so daß er nach einiger Zeit, nach München zurückgekehrt, dort mit dem ihm befreundeten Herrn v. Dessauer eine xylographische Anstalt gründen konnte. Später löste sich diese Geschäftsverbindung, und an die Stelle Dessauers trat der Buchhändler Friedrich Schneider (geb. 10. Okt. 1815). Die Anstalt hatte sich mittlerweile sehr gehoben; von allen Seiten kamen Aufträge, da es immer mehr Sitte wurde, den Holzschnitt statt des Stahlstiches bei den Illustrationen zu verwenden. Auch die Münchener Liedertafel ging zu dieser neuen Geschmacksrichtung über und ließ ihre Programme von der xylographischen Anstalt von Braun und Schneider mit künstlerischem Schmucke ausstatten. Diese von köstlichem Humor belebten Zeichnungen Kaspar Brauns fanden aber weit über die Grenzen der Liedertafel hin-

aus Beachtung und Beifall, so daß der Künstler auf den Gedanken kam, öfters dergleichen „Fliegende Blätter" in die Winde zu werfen, da sie „von der fröhlichen Jugend sicherlich und gern eingehascht würden." Dazu sollte abwechselnd Altes und Neues benutzt werden. Die erste probeweise ausgegebene Nummer, welche die zwanglose Reihe 1845 eröffnete, gefiel aber so ausnehmend, daß schon nach kurzer Zeit die zweite folgte mit dem Vermerk „24 Nummern bilden einen Band", worauf sich dann die weiteren anreihten. In № 4 heißt es: „Erscheinen monatlich 2 bis 3 Mal." Die kleinen Hindernisse, die sich noch in den Weg stellten, wurden leicht überwunden, und bald segelte das neue Journal, das ganz unvermutet entstanden war, seine sichere Bahn. Doch erst in № 60 wagte man zum erstenmale den Vermerk zu machen: „Erscheint wöchentlich einmal". Die erste Titelvignette mit politischem Beigeschmack und den Karikaturporträts der Herausgeber wurde nur bei der ersten Nummer verwendet; die zweite Nummer trug bereits die jetzt noch gebräuchliche, die mittlerweile in Paris geschnitten worden war. Die Sorge, daß wegen Mangels an Stoff der Spaß eines Tages vertrocknet sein werde, wurde bald gegenstandlos, denn die Beiträge strömten von allen Seiten zu, und die Flut wuchs der Redaktion beinahe über den Kopf. Deutschland besaß damals noch kein einziges derartiges Witzblatt, und so fiel den „Fliegenden Blättern" sofort ein höchst dankbares Publikum aus allen Ecken und Enden Deutschlands zu, das auch gern seine humoristischen Einfälle, Scherze und Witze beisteuerte.

Irgend welches Programm wurde von den Herausgebern nicht aufgestellt; man brachte alles, von dem man sich versprach, daß es die Beschauer und Leser amüsieren würde, und da eine lebhafte politische Stimmung alle Kreise beherrschte, so streute man zwischen die Scherze über Spießbürgernarrheiten, Jagdabenteuer und Kirchweihschlägereien auch reichliche politische Satiren ein, die ganz besonders gefielen. Kaspar Braun erfand die Karikaturfiguren Baron Beisele und dessen Hofmeister Dr. Eisele, die Deutschland durchreisen und höchst ergötzliche Erfahrungen machen, ferner den politisierenden Wühlhuber, den Heulmaier und den Master Vorwärts, Pocci den Staatshämmoridarius &c.

Moritz von Schwind wagte sich sogar bis an den König Ludwig I. heran und machte sich in köstlicher Weise über dessen Liebeshandel mit der Tänzerin Lola Montez lustig. Der Spott war in eine Fabel gekleidet, „Der Teufel und die Katze", die ganz reizende Bilder umrahmten. „Es war einmal", begann die Fabel, „ein schönes schwarzes Kätzlein, Mausbeisia geheißen; das hatte eines düstern Abends ein Mäuslein gefangen." Das bittet gar rührend, es am Leben zu lassen; es verspricht dafür, ihm lebenslang dienstbar und gehorsam zu sein, ihm auch mit „allerlei Kurzweil und Allotrien die Zeit zu vertreiben." Mausbeisia gewährt die Bitte und das Mäuslein leuchtet ihr schon am nächsten Abend gar zierlich mit einem blechernen Laternlein beim Mausfang. Das schwarze Kätzlein war unmaßen froh über seinen Sklaven. Doch bereits nach kurzer Zeit war das Mäuslein schon mächtig in der Gunst seiner Gebieterin gewachsen, und es mochte schwer zu unterscheiden sein, wenn Mäuslein anmutig die stolze Mausbeisia über die Straße geleitete, ob es Diener oder Kavalier seiner Dame sei. — Bald herrschte der frühere Sklave im Hause, und Mausbeisia mußte oft die Ausbrüche seiner Launen und Ränke dulden, die namentlich jeden Morgen, wo er der zum Schatten gewordenen Gebieterin regelmäßig den Schweif auskämmte und dabei rupfte, zupfte und kratzte, schon unerträglich waren. — Düstere Ahnungen durchbebten Mausbeisias Busen, sie sah bald, aber zu spät, ein, daß sie einem Ungetüm das Leben geschenkt, welches offen die Larve wegwarf, grinsend die Peitsche über sie schwang und sie in Netze zog, aus denen kein Entrinnen mehr war. In einer stürmischen Nacht erscholl aus Mausbeisias Hause ein entsetzliches Wehgeschrei, und man will gesehen haben, daß ein grausames Gespenst, so einige für den Teufel selbst gehalten, die Katze durch die Luft davongeführt habe. Moral: „Nimm keinen Teufel in dein Haus, auch wenn er noch so klein wäre, denn er wird dir über den Kopf wachsen und dich verderben."

Im Jahre 1848 steigerte sich natürlich die Schärfe des Witzes; er bekam nicht selten einen Stich ins Grimmig-gallige und Bissige. Der preußische Leutnant zieht die zweite Garnitur seiner Handschuhe an, weil er vielleicht in den Fall kommen wird,

die „Kanaille" zu vernichten. Der bayrische Soldat schimpft über die Revolutionäre, die die Hausschatz-Frage debattieren: „Die Sakro — geben halt koan Ruh, z'erst ist's ihnen nit recht g'wesen, daß der König an Schatz hat, und jetzt ist's ihnen wieder nit recht, daß er koan hat!" In der Bürgerwehr ist die Gemütlichkeit die Hauptsache, und da die Offizierswahl Differenzen zu bringen scheint, schlägt der Vorsitzende vor: „Meine Herren, damit wir keine Unannehmlichkeiten haben, bleiben wir alle Offiziere und wählen uns lieber einen Gemeinen!" Am meisten oben auf in der bewegten Zeit sind natürlich die Frankfurter, denn ihre Stadt ist ja das Zentrum des politischen Lebens. Sie nehmen denn auch in Bezug auf ihre Wünsche und Forderungen den Mund sehr voll. „Un e Republik will ich hawe", ruft der Frankfurter Pfahlbürger aus, „un wenn's mei Läwe gild! Un e Kaiser will ich hawe, und wenn's mein Kopp kost!" Selbst die Frauen haben dort ihre ausgeprägte politische Ansicht. Eine Schneidersfrau, die über den Besuch der Parlamentssitzungen ihre häuslichen Arbeiten versäumt und deswegen von ihrem Manne mit der Frage: „Was willst du denn eigentlich?" zur Rede gestellt wird, antwortet pathetisch: „Ich will monarchisch-republikanische Anarchie auf der breitesten Unterlage!"

Als die stürmische Periode von 1848 vorüber war, zogen sich die „Fliegenden Blätter" aus der politischen Arena zurück, vermieden jede Beziehung zur Zeitstimmung und beschränkten sich auf den tendenzlosen Humor, auf das Gebiet des Naiv-Komischen, gingen aber auch hier allem schärferen und ätzenden Spotte aus dem Wege. Der Philister, der Pantoffelheld, der Haustyrann, die Schwiegermutter, der Backfisch, der Bergfex, der Student Spund, der geadelte Kommerzienrat ꝛc. sind ihre Helden und Heldinnen. Dadurch verloren sie ihre humoristische Individualität und sanken zum bloßen Sammelplatz von allerlei Scherzen, Witzen und drolligen Anekdoten herab. Sie besitzen darum auch keine literarische Physiognomie und haben auch, trotz ihres langen Lebens, keine humoristische Literatur hervorgerufen, wenngleich Dichter wie Geibel, Scheffel, Bodenstedt, Stieler, Kobell, der Ästhetiker Vischer u. a. zuzeiten sich als Mitarbeiter einstellten.

So gering also die literarische Bedeutung der „Fliegenden Blätter" ist, so hoch steht auf der andern Seite ihre künstlerische. Mit Recht ist von ihnen gesagt worden, daß sie ein halbes Jahrhundert lang nahezu der einzige feste Hort des feinen künstlerischen Holzschnittes, der Faksimiletechnik, wie des Tonschnittes gewesen sind. Eine große Menge vorzüglicher Künstler trat in den Kreis ihrer ständigen Mitarbeiter; es seien nur Karl Spitzweg, H. Dyck, Eduard Ille (der auch von 1864 ab bis zu seinem 1900 erfolgten Tode ständiger Redaktions-Beirat war), Max Haider, der Jagdhumorist, Karl Stauber, F. Lossow, Ludwig von Nagels, der die vorzüglichen Pferde- und Soldaten-Karikaturen schuf, Wilhelm Busch, Adolf Oberländer, Franz Stuck, Thomas Theodor Heine, E. Harburger, Hermann Schlittgen, A. Hengeler, Hermann Vogel und Fritz Staub genannt.

Die Gründer der „Fliegenden Blätter" waren auch beide bis an ihr Lebensende die Hauptredakteure des Blattes, doch starb Friedrich Schneider bereits am 9. April 1864, während es Kaspar Braun vergönnt war, noch dreizehn weitere Jahre, bis zu seinem am 29. Okt. 1877 erfolgten Tode, für sein Blatt zu wirken. Heute zeichnet ein Sohn Friedrich Schneiders, J. Schneider, als verantwortlicher Redakteur.

Mit den „Fliegenden Blättern" schließen wir die lange, kaum übersehbare Reihe der Zeitschriften der dreißiger und vierziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts. Ganz außerordentlich viel Mittelmäßiges und nur wenig Wertvolles ist uns im Laufe unserer Betrachtung begegnet, da jede freiere geistige Regung von den deutschen Regierungen alsbald unterdrückt wurde. Aber trotzalledem sind diese mannigfachen Journale ganz bedeutende Förderer unseres nationalen Geistes gewesen, hochwichtige Mithelfer bei der Überwindung jener traurigen Periode, die wir als die Zeit des Vormärz bezeichnen. Es zeugte daher auch von einer durchaus richtigen Beurteilung des Journalismus jener Jahrzehnte, als Varnhagen von Ense einmal in einem Briefe an Troxler sagte: „Und doch sind diese papierenen Fluten, geschriebene und gedruckte, die stärksten Wogen der Zeit."

Dritter Abschnitt.

Im Strudel der Preßfreiheit.

(1848 und 1849.)

Erstes Kapitel.

Das Zeitungswesen in Preußen.

1. Die Berliner Presse. Die Aufhebung der Zensur und die Verkündigung der Preßfreiheit. J. H. v. Kirchmann über die freie Presse. Die alten Berliner Zeitungen. Die neuen Blätter. Die allgemeine Haltung der Zeitungen. Die Hülflosigkeit der Blätter gegenüber der Fülle der Ereignisse. Ihr enger Gesichtskreis. Die „National-Zeitung". Ihre Gründer. Ihr Programm. Ihr Chef-Redakteur F. Zabel; ihr geschäftlicher Leiter Bernhard Wolff. Ihr Mitarbeiter Rudolf Haym. Die übrigen Mitarbeiter. Wolffs Telegraphisches Bureau. Die „Urwähler-Zeitung". Ihr Gründer A. Bernstein; ihr Mitredakteur H. Holdheim. Die „Neue Preuß. Zeitung" (Die Kreuzzeitung). Ihr Gründer ist Bismarck. Dessen Stellung zur Presse überhaupt. Seine Aufforderung, eine konservative Zeitung zu gründen. Deren Programm. Die Gründung der Zeitung im Mai 1848. Ihr erster Chef-Redakteur Hermann Wagener. George Hesekiel. Die Haltung der „Kreuzzeitung". Bismarcks „Kreuzzeitungs"-Artikel. Die „Konstitutionelle Zeitung", eine Gründung Hansemanns. Ihr Redakteur K. Weil hält keine bestimmte Richtung ein. Rudolf Haym übernimmt die Redaktion. Ende der Zeitung.

So angelegentlich auch die deutschen Regierungen bestrebt waren, die Presse in möglichst engen Schranken zu halten und besonders die Erörterung der politischen Angelegenheiten auf das geringste Maß zurückzudrängen — das allgemeine heiße Verlangen im Volke, aus der kläglichen Bevormundung, der Jämmerlichkeit der politischen Verhältnisse herauszukommen und zu freiheitlichen Institutionen, sowie zu einem festgefügten Staatswesen zu gelangen, wuchs darum nur um so ungestümer empor. Schon im Herbst 1847 bildeten sich daher in Süddeutschland im stillen politische Vereine, die es sich zur Aufgabe machten, gesundere politische

Verhältnisse herbeizuführen, und als dann plötzlich am 24. Februar 1848 in Paris die Revolution ausbrach und das Julikönigtum wie ein Kartenhaus zusammenstürzte, erhoben sich auch mit einem Schlage in ganz Deutschland Tausende von Stimmen, die laut und ungestüm nach Reformen und nach der Befreiung der Presse von allen hemmenden Fesseln riefen. Der Sturm brach so plötzlich los, daß ein jäher Schrecken alle Regierungen erfaßte. Am meisten fühlte sich der Hohe Bundestag erschüttert; er wurde von einer greisenhaften Angst befallen und machte in aller Eile die umfassendsten Zugeständnisse. Mit einer ans Komische grenzenden Hast erließ bereits am 1. März das Präsidium der Bundesversammlung in deren Namen eine Ansprache an das deutsche Volk, in der es sich zu der Ansicht emporschwang, „Deutschland müsse auf die Stufe gehoben werden, welche ihm unter den Nationen Europas gebühre“, und zwei Tage später, am 3. März, geschah das Unerhörte, kaum Glaubliche, daß die Bundesversammlung einen Beschluß faßte, demzufolge es jedem deutschen Bundesstaate freigestellt wurde, die Zensur aufzuheben und die Preßfreiheit einzuführen. Einige Wochen darauf erfolgte auch die Aufhebung der Karlsbader Beschlüsse von 1819 für ganz Deutschland.

Eine ganze Anzahl deutscher Staaten entsprach jetzt dem allgemeinen Drängen und gab die Presse frei. Bereits am 4. März 1848 publizierte die Freie Stadt Frankfurt ein neues Preßgesetz, das nur die wenigen kurzen Paragraphen enthielt: § 1. Die Presse ist frei. Die Zensur darf nie wieder eingeführt werden. § 2. Vergehen oder Verbrechen, durch die Presse verübt, werden nach dem bestehenden Rechte geahndet. § 3. Jede Druckschrift muß mit dem Namen des Druckers und Verlegers, jede Zeitung mit dem Namen des Druckers und verantwortlichen Redakteurs versehen sein. Am 7. März folgte das Herzogtum Nassau, in dessen Bereiche in den letzten drei Dezennien nicht eine einzige politische Zeitung hatte erscheinen dürfen, und veröffentlichte das Preß-Gesetz: „§ 1. Die Zensur ist aufgehoben und unbeschränkte Preßfreiheit eingeführt. § 2. Vergehen, welche durch das Mittel der Presse begangen werden, unterliegen den

allgemeinen Strafgesetzen. § 3. Solche Vergehen werden von Hof- und Appellations-Gerichten abgeurteilt." Am selben Tage machte auch die Regierung des Herzogtums Gotha bekannt, daß fortan die Presse frei sei. Ein Großherzoglich Weimarisches Patent vom 8. März 1848 erklärte: „Die Preßfreiheit, wie dieselbe bis zur Erlassung des Patents vom 30. Okt. 1819 im Großherzogtum bestanden hat, ist hiermit wieder hergestellt" ꝛc.

Die beiden Großstaaten Österreich und Preußen suchten zunächst noch die allgemeine Bewegung von sich fern zu halten; bald aber schlugen auch dort die Wogen über den Regierungen zusammen, worauf in Wien am 14. März und in Berlin am 17. die Fesseln der Presse fielen.*) Außerdem wurde in Berlin am 20. März auch allen denen, die wegen politischer oder durch die Presse verübter Vergehen und Verbrechen angeklagt oder verurteilt worden waren, vollständige Amnestie gewährt. Schließlich beseitigte Preußen auch noch mit dem 1. Januar 1849 den lästigen Zeitungsstempel und mit dem 1. Januar 1850 das sogenannte Intelligenz-Wesen, nachdem der Landtag am 31. Dezember 1849 ein entsprechendes Gesetz angenommen hatte.

Naturgemäß glich jetzt die so plötzlich entfesselte Presse einem wilden Bergstrom, der, lange durch viele Hindernisse aufgehalten, endlich alle Schranken durchbricht und brausend und zischend, Trümmer und aufgewühlten Schlamm mit sich fortreißend, mit vieler Vehemenz vorwärts stürzt.

Verhältnismäßig am leichtesten und geschicktesten fand sich die Presse von Berlin in die neue Situation, wiewohl auch hier zunächst höchst wunderliche Blasen aufstiegen. Die Leute der strengen Ordnung und Wohlanständigkeit ergriff darauf Bangen

*) Der Kuriosität wegen mag erwähnt werden, daß noch vor dreiviertel Jahren ein Vertreter der Rechten des Vereinigten Preußischen Landtages, Adolf von Thadden-Triglaff, so wenig an die Möglichkeit einer Gewährung der Preßfreiheit glaubte, daß er, als es sich um die Einführung der ihm verhaßten Grundrechte handelte, am 21. Juni 1847 trotzig sagte: „Mein Antrag lautet: Preßfreiheit — wirkliches öffentliches Verfahren mit den Herren Literaten, und ganz dicht dabei den Galgen! Und ich bitte nur noch die Herren Stenographen, die Worte ‚wirklich' und ‚Galgen' ganz gehörig zu unterstreichen!"

und Entsetzen, und bei der Staatsanwaltschaft liefen viele Denunziationen ein, mit der Aufforderung, strafend einzuschreiten. Allein der Staatsanwalt Julius Hermann von Kirchmann erließ unter dem 11. April 1848 eine Bekanntmachung, die in den Annalen der deutschen Presse einen weithin sichtbaren Platz verdient. Nur wenn die Tagesblätter unmittelbar Personen angriffen oder zur Verletzung des Eigentums aufforderten, sagt er, könne gegen sie eingeschritten werden. Dann fuhr er weiter fort: „Theoretische Untersuchungen der Journale, möchten sie auch in der Diskussion der Regierungsformen oder der Eigentumsrechte noch so weit gehen, sind der Autorität des Staatsanwalts entzogen. Gegen die Erzeugnisse des Geistes, auch des böswilligsten, gibt es keine anderen Waffen, als die des Geistes. Zuchthaus, Geldstrafen dagegen anzuwenden, erscheint als rohe Gewalt, die nur dazu dient, solchen Ansichten den Schein der Wahrheit zu leihen und ihre Vertreter zu Märtyrern des Volkswohls zu erheben. Gegen die Unwahrheit gibt es nur ein Mittel — sie zu widerlegen. Verführerischen Theorien wird der gesunde Volkssinn stets widerstehen ... Wer Preßfreiheit will, muß auch deren Mißbräuche zu ertragen wissen.“ Dieser Staatsanwalt wurde allerdings später wegen seiner liberalen Ansichten seines Amtes entsetzt. Er machte sich dann durch eine Reihe juristischer und philosophischer Schriften einen bedeutenden Namen.

In Berlin erschienen beim Ausbruch der Revolution außer dem Regierungsblatte, der „Allgemeinen Preußischen Zeitung“, noch immer nur zwei Blätter von wirklicher Bedeutung, die „Spenersche“, die in diesen Tagen in der Person des Dr. Alexis Schmidt (geb. 1818, gest. 1903) einen neuen Redakteur erhielt, der dann die Leitung des Blattes jahrzehntelang innehatte, und die „Vossische Zeitung“. Daneben entwickelte sich sodann für kurze Zeit die „Berliner Zeitungs-Halle“, seit 1846 von Gustav Julius herausgegeben und bisher als Börsenblatt geschätzt, zu einem laut lärmenden Revolutionsblatte, und außerdem erweiterte der „Publizist“, eine seit 1845 bestehende „Zeitschrift zur Besprechung gerichtlicher und polizeilicher Gegenstände, gesellschaftlicher und bürgerlicher Verhältnisse in Beziehung

auf jene Gegenstände", herausgegeben von A. F. Thiele, seine Tendenz in liberalem Sinne und wurde ebenfalls eine Tageszeitung. Doch schon Ende März begann Dr. E. Meyen „Die Reform, Organ der demokratischen Partei", eine wöchentlich sechsmal in Folio erscheinende Zeitung, herauszugeben; unmittelbar darauf, am 1. April, erschien die erste Nummer der „National-Zeitung", und weiterhin tauchte in rascher Folge ein ganzes Heer von Blättern auf, von denen sich aber manches nur eines Daseins von wenigen Wochen, ja in verschiedenen Fällen nur von einigen Tagen erfreuen konnte. Die meisten schwanden dahin, als im November 1848 der Belagerungszustand über Berlin verhängt wurde; von den übriggebliebenen mußten dann viele ihr Erscheinen einstellen, als nach der preußischen Verfassung vom 31. Jan. 1850 mit dem 1. Juli 1850 für jede periodische politische Druckschrift die Kaution eingeführt wurde. Die Kaution betrug für Zeitungen, die wöchentlich dreimal oder weniger erschienen, nicht unter 500 Taler, bei mehr als dreimal erscheinenden nicht unter 1000 Taler und in der Regel bei täglichen Zeitungen nicht unter 5000 Taler.

Bereits zu gleicher Zeit mit der „National-Zeitung" erschien am 1. April 1848 die „Lokomotive, Zeitung für politische Bildung des Volkes", herausgegeben von Held, gelangte sechsmal wöchentlich zur Ausgabe und bestand sodann bis 1850, am 6. April „Die Volks-Stimme, Blatt des Volksvereins für Arbeiter und Arbeitgeber", herausgegeben von Max Schaßler, am 8. April die „Deutsche Arbeiter-Zeitung", herausgegeben von F. Behrend und Schmidt und eine zweite „Deutsche Arbeiter-Zeitung", redigiert von Dr. A. Lubasch und Theophil Bittkow, am 22. April die „Konstitutionelle Klub-Zeitung", herausgegeben vom konstitutionellen Klub und redigiert von Dr. Robert Prutz, zu Anfang des Mai die „Deutsche Volkszeitung für Stadt und Land", redigiert von Dr. Bernhardt, am 3. Mai die „Bürgerwehr-Zeitung", redigiert von den Majors L. Blesson und von Wimpffen, später von Fr. Schröder, ferner „Die Bürger-Wache, ein Wochenblatt für das Bedürfnis der Zeit", redigiert von J. A. Wohlgemut, am 6. Mai „Freischaar

für Polen, Blatt des Berliner deutschen Komitees zur Wiederherstellung Polens, redigiert von Dr. Solger, am 22. Mai „Der Demokrat“, herausgegeben von Baader, Massaloup und Wiss, die „Preußische Parlaments-Zeitung“, herausgegeben von J. Horwitz und „Das neue Preußen, ein zwanglos erscheinendes (konservatives) Blatt zur Besprechung der Tagesfragen“, redigiert von M. Goldschmidt, am 13. Juni die „Berliner Zeitung“, von № 3 (24. Juni) ab „Berliner Abend-Zeitung“, redigiert von Dr. Karl Retslag und August Geyger, am 16. Juni die „Neue Preußische Zeitung“, zur selben Zeit, doch ohne Angabe des Datums, „Die ewige Lampe“, herausgegeben von Dr. Karl Siechen nebst Familie, der sich weiterhin „Die ewige Lampe oder Lampe der Hase“ zugesellte, die aber gleich mit № 21 begann, dazu bemerkend „die 20 ersten Nummern sind ausgefallen“, am 20. Juni die „Neue Berliner Zeitung“ im Deckerschen Verlage, die später den Titel „Die deutsche Reform“ erhielt, am 1. Juli die „Bürger- und Bauern-Zeitung“, herausgegeben von Otto Ruppius und „Die Reform, politische Zeitung“, herausgegeben von Arnold Ruge und H. B. Oppenheim, die bereits am 1. April in Leipzig gegründet worden war, weiterhin im Laufe des August das „Neue Berliner Tageblatt“, redigiert von W. Meiselbach, „Die Barrikade, Unterhaltungsblatt der Gegenwart“, Verlag von R. Liebmann, und „Berliner Großmaul“, am 5. September „Der Volks-Tribun“, redigiert unter der Verantwortlichkeit der Verlagshandlung von S. Löwenherz, am 7. Oktober die „Berliner Bürgerwehr-Zeitung“, herausgegeben von Dr. L. Weyl und und H. Dehnike, im Laufe des Oktober „Die Republik, neue Zeitung für das deutsche Volk“, redigiert von August Braß, und „Die deutsche Reform, politische Zeitung für das konstitutionelle Deutschland“ redigiert von C. M. Oldenburg, und am 23. Dezember noch eine „Berliner Zeitung“, redigiert von Adam Loeffler.

Im Jahre 1849 ging die Hochflut zwar merklich zurück, doch trat auch jetzt noch eine ganze Reihe von Zeitungen nach und nach ins Leben: am 1. Januar „Die ewige Leuchte, politisch-

satirisches Oppositionsblatt", redigiert von Arthur Müller, und ferner am selben Tage vom selben Verfasser „Die ewige Fackel, ein Oppositionsblatt", am 2. Januar die „Preußische Volks-Zeitung", herausgegeben von Johannes de Marle, am 3. Januar die „Deutsche Bürgerwehr-Zeitung", bisher „Berliner Bürgerwehr-Zeitung", jetzt redigiert von Dr. Edler und Dr. L. Weyl, am 26. Februar „Die Tribüne, kritische Blätter aus dem preußischen Parlamente", redigiert von Ernst Dohm und Bernhard Stein, am 29. März die „Urwähler-Zeitung, Organ für Jedermann aus dem Volke", später fortgesetzt als „Volkszeitung", ungefähr um dieselbe Zeit die „Konstitutionelle Zeitung", redigiert von Dr. Karl Weyl, am 2. April die „Buddelmeyer-Zeitung zur Belehrung und Erheiterung für Stadt und Land", redigiert von Dr. Cohnfeldt, ebenfalls im April „Der Staatsbürger, Zentralorgan für die allgemeinen politischen und materiellen Angelegenheiten", redigiert von Dr. J. C. Glaser; ohne Datum, doch wohl ebenfalls zu Anfang des April die „Neueste Preußische Zeitung — Rückwärts mit Gott für König und Vaterland", Redaktion in Frankfurt a. M., Redakteur E. Koch, Druck in Berlin, wohl Anfang Juli die „Berliner Allgemeine Montags-Zeitung", redigiert von L. Stern, am 15. Juli die „Königs-Zeitung, Organ des Treubundes für König und Vaterland", redigiert von Ferdinand Habel und „Juchheirasasa! Die Preußen sind da", eine Zeitung, von der, wie es scheint, nur 9 Nummern, vom 18. Juli bis 10. September, erschienen sind.*)

Eine ausführliche Betrachtung kann nur der „National-Zeitung", der „Urwähler-Zeitung" und der „Neuen Preußischen Zeitung" und eine kurze Charakteristik der „Konstitutionellen Zeitung" gewidmet werden. Doch sei zunächst die allgemeine Haltung der Zeitungen charakterisiert.

Als die Revolution ausbrach, war die Berliner Presse nicht

*) Von der weitaus größten Mehrzahl dieser Blätter sind heute nur noch wenige Nummern vorhanden. Die verhältnismäßig reichhaltigste Kollektion befindet sich in der Magistrats-Bibliothek zu Berlin, in der Friedländerschen Sammlung.

im stande, die Bewegung zu übersehen und in ihrer Bedeutung zu erfassen. Sie brachte nur ungenügende Schilderungen der Vorgänge, erging sich in allgemeiner Freiheitsbegeisterung und blieb eine Beurteilung der Lage schuldig. Parteiansichten traten noch nicht hervor. Ein Chaos von Nachrichten, Aufrufen, Bekanntmachungen, Ratschlägen und Wünschen drängte sich in den Blättern. Daher klagte die Redaktion der „Zeitungs-Halle", daß sie „allein in den letzten Tagen" zwischen 60 bis 70 größere Aufsätze erhalten habe, die sie weder durchsehen und noch viel weniger abdrucken könne, und die „Vossische Zeitung" erklärte, sie könne unmöglich alle die Artikel zurücksenden, die ihr in den letzten Tagen zugegangen seien. Ihrer Genugtuung über die Aufhebung der Zensur gab sie am 20. März in einem „Extrablatt der Freude" Ausdruck. „Von nun an ist diesen Blättern eine größere Aufgabe gestellt," hieß es dort. „Wie sie dieselben lösen werden, darüber müssen sie ihre Kräfte selbst erst prüfen. Wie sie aber dieselbe aufzufassen haben, darüber waltet ihnen kein Zweifel ob, und wir dürfen hoffen, daß auch die Leser, welche unsere Bestrebungen und Richtungen, soweit die Verhältnisse den Ausdruck derselben möglich machten, gefolgt sind, darüber keinen Zweifel hegen werden. Unser Banner ist der Fortschritt!"

Nach der Begräbnisfeier am 22. März begann sich jedoch dieser chaotische Zustand zu klären. Es bildeten sich politische Klubs, und in diesen traten bestimmte Tendenzen hervor; die ersten Forderungen tauchten auf und damit die ersten Streitfragen. Der Kammergerichts-Assessor Pohle verlangt in der „Spenerschen Zeitung" vom 4. April, daß das stehende besoldete Militär in Preußen auf ein Drittel des bisherigen reduziert werde. „Das Militär ist in den Bürgerstand aufgenommen," erklärt er, „der König und Vater ist mit seinen Untertanen und Kindern eins geworden .... Vom Militär-Etat können nunmehr 12 bis 14 Millionen jährlich gespart werden." Weiterhin bildeten der Landtag und das Wahlgesetz den Gegenstand heftiger Erörterungen. Die „Vossische Zeitung" räumte die erste Stelle ihres Redaktionsteiles — um allen gerecht zu werden — den verschiedensten Ausführungen über das Wahlgesetz ein. Ferner

wird eine Besserung der gewerblichen und finanziellen Verhältnisse verlangt. Der Justizkommissarius Robert spricht in der „Vossischen Zeitung“ vom 8. April „ein Wort über die Abhülfe der Geldnot und des „Geldmangels“ und schlägt vor, daß das vorhandene gemünzte Geld zwar unbedingt anerkanntes Wertzeichen bleibe, daß ihm aber eine Staatskreditvaluta als Papiergeld mit Zwangskurs durchaus gleichgestellt, ferner, daß das Ausführen des gemünzten Geldes nach dem Auslande unbedingt verboten werde. John Prince-Smith, der damals in Berlin lebte, wollte eine „Emanzipation der Gemeinden“ als ersten Schritt zur „Verminderung des Beamtenregiments“.

Zu einem weiteren Blick vermochten sich die Politiker aber noch nicht emporzuschwingen. Die deutsche Frage, die Süddeutschland schon lebhaft beschäftigte, wurde kaum gestreift. Nur mit Rußland beschäftigte man sich des öfteren. Man fürchtete, „weil Preußen der Freiheit der Polen nichts in den Weg lege“, so könne Rußland dem Königreich Preußen den Krieg erklären. Doch waren auch hier die Ansichten sehr verschieden. Die „Vossische Zeitung“ sah die Situation als sehr ernst an und berechnete bereits den Bestand der russischen Armee, ja sie bestimmte sogar schon vier preußische Armeekorps, die den vier Korps der russischen aktiven Armee gegenüberzustellen seien. Die „Spenersche Zeitung“ zeigte sich dagegen weniger ängstlich, und Rötscher meinte sogar, bei der Isolierung Rußlands sei ein Angriff auf Preußen doch „sehr unwahrscheinlich“. Darauf erklärte aber die „Vossische Zeitung“ einige Tage später, ein Krieg mit Rußland sei nicht nur wahrscheinlich, sondern „unvermeidlich“. In dieser dilettantischen Weise wurde weiter politisiert.

Bei dieser Fülle von politischen Erörterungen trat das Interesse für Theater und Literatur, das bisher im Vordergrunde gestanden und bisweilen das ganze geistige Leben Berlins beherrscht hatte, weit zurück. Tief bekümmert sahen sich die Theaterkritiker, die Schauspiel- sowohl, wie die Opern-Referenten, die einst eine so große Rolle gespielt hatten, bei Seite geschoben. „Die Tempel der dramatischen Kunst,“ klagte Rötscher in dem ersten Theaterberichte, der nach dem 18. März am 24. März wieder in

der „Spenerschen Zeitung“ erschien, „haben drei Tage lang leer gestanden; der furchtbare Ernst der Wirklichkeit hatte die Bretter, welche die Welt bedeuten, vergessen gemacht.“ Und weiterhin begrüßte er die Wiedereröffnung als den Anfang einer neuen Aera auch für die dramatische Kunst. Ludwig Rellstab (in der „Voss. Ztg.“ vom 28. März) „streift jetzt an dem Kunsttempel nur vorüber“; er will von Mozarts „Figaro“ berichten, aber „selbst die reizendsten, frischesten Farben der Kunst verbleichen neben dem gewaltigen Blitzen, Leuchten und Donnern des Lebens, das jetzt die Welt durchzuckt.“ Ernst Kossak dagegen (in der „Zeitungs-Halle“ vom 29. März) greift die Theaterintendantur an. „Die Schaubühne soll mit dem Gesamtleben der Nation eng verschwistert sein,“ ruft er aus. „Von diesem Gesichtspunkte aus erscheint mir die jetzige unsägliche Schlaffheit der Theaterintendantur überaus verwerflich. Kleine Possen, veraltete Lustspiele und Opern werden gegeben. Wo sind denn Schillers „Fiesco“ und Goethes „Götz“, warum gibt man nicht Opern wie die einst verbotene „Stumme von Portici“ und „Fidelio“? Oder fürchtet man schon wieder den Sinn unseres trefflichen Volkes, der sich von Stunde zu Stunde immer großartiger entfaltet?“ Das Publikum aber fragte wenig nach den Theaterberichten; es schwelgte in politischen Auseinandersetzungen, Redekämpfen und hochtönenden Rodomontaden. Die Zeitungen, die hiervon am meisten boten, erwarben sich die meisten Leser. Trotz der Überfülle von Blättern, die sich alsbald bemerkbar macht, kamen doch viele, wenigstens vorübergehend, auf ihre Rechnung. Die Auflage der „Vossischen Zeitung“ stieg in kurzer Zeit um fast 4000 Exemplare; sie ging von 20300 auf 24000 hinauf.*)

Von allen neuen Blättern nahm gleich von der ersten Nummer an die „National-Zeitung“ den obersten Rang ein.

---

*) Wir können leider erst von hier ab die ausgezeichnete zum 29. Oktober 1904 herausgegebene Festschrift „Die Vossische Zeitung. Geschichtliche Rückblicke auf drei Jahrhunderte“ von Arend Buchholtz benutzen. In dieser präsentiert sich die prächtigste Monographie, die bisher von einer deutschen Zeitung veröffentlicht wurde. Im Buchhandel ist sie nicht erschienen.

Sie war pekuniär am besten fundiert und verfügte auch von vornherein über einen vorzüglichen Mitarbeiterkreis, der eine ganze Reihe geistig bedeutender Männer Berlins in sich schloß. Sie wurde als Aktienunternehmen gegründet. Zunächst erfolgte die Ausgabe von 400 Aktien, das Stück zu 25 Talern. Ein „Komitee für die Redaktion der National-Zeitung", das aus Diesterweg, Stadtrat Hermann Duncker, Eichholz, Herford, Kalisch, Mügge, Nauwerck, Runge, Rutenberg, Siemens, Volkmar und Zabel bestand, kündigte bereits unter dem 22. März das Erscheinen der Zeitung an. In dem Programm, das es dabei entwickelte, heißt es:

„In der Märtyrernacht der Freiheit vom 18. auf den 19. März ist die wahre und wirkliche Preßfreiheit für uns geboren. Dieselbe in ihrem schönsten und edelsten Sinne zum allgemeinen Besten des Volkes zu verwenden, ist unsere Aufgabe. Wir wollen den Wahlspruch: ‚Alles für das Volk und alles durch das Volk' zur Wahrheit machen. Die Schwierigkeiten einer solchen Aufgabe erkennen wir mit allen einsichtigen und gesinnungsvollen Bürgern des Vaterlandes an; aber wir schrecken nicht zurück, weil wir wissen, daß in jedem Menschen das Gefühl lebt, das Beste erstreben zu wollen, und erkennen darin unsere sichere Stütze. — Die Presse kann, wenn sie ihren Beruf erfüllt, nichts weiter sein, als der Ausdruck der öffentlichen Meinung. Diese geht in Deutschland auf rechtsgleiche Ordnung, auf einträchtige Gleichheit, auf gesichertes Bürgerglück. Die Ansichten über die Mittel, dieses Ziel zu erreichen, sind verschieden; die Verschiedenheit auszugleichen, die friedliche Vermittlung anzubahnen, klare und charakterfeste Männer mit ihren geprüften Ratschlägen zu hören und diese dem Urteile aller Bürger zu übergeben, ist die vorzügliche Aufgabe der Presse. — Was wir wollen, ist in Kürze angegeben: ein starkes, einiges Deutschland zum Schutz und Trutz gegen Osten und Westen. Die äußere Sicherheit unseres Vaterlandes halten wir um so weniger gefährdet, je mehr die Völker begreifen, daß ihre Interessen auf die friedlichen Eroberungen im Gebiete des Ackerbaus, der Gewerbe, der Industrie und des Handels gerichtet sein müssen. Die Stärke eines Volkes beruht

aber hauptsächlich auf der Anerkennung seiner politischen Mündigkeit." Um diese nicht bloß zu besitzen, sondern auch in der Tat zu gebrauchen und zu verwerten, will die Zeitung für eine Reihe von politischen und sozialen Reformen eintreten.

Mit diesem Programm stellte sich die Zeitung sofort auf eine höhere Warte, als die übrigen Berliner Blätter. Sie erhob sich über Preußen und faßte gleich von vorn herein ganz Deutschland ins Auge. Der Nationalstaat war von Anfang an ihr höchstes Ziel. Das Aktienkapital von 10000 Talern war alsbald gezeichnet, worauf sich ein „Verwaltungsrat der National-Zeitung" bildete, der aus Diesterweg, Stadrat Hermann Duncker, Franz Duncker, Eichholz, Esser, Falkenberg, Herford, Lehfeldt, Kalisch, Nauwerck, Runge, Siemens, Volkmar und Werner bestand. Später rief dieser Verwaltungsrat mit den übrigen Aktionären noch einen „Nationalzeitungs-Klub" ins Leben, der wöchentlich einmal zusammen kam, und in dem der Inhalt, die Richtung und die Interessen der Zeitung besprochen und Zeitfragen aller Art erörtert wurden. Die Redaktion des politischen Teiles der Zeitung wurde A. Rutenberg und Dr. F. Zabel, die des Feuilletons Theodor Mügge, dem bekannten Romanschriftsteller, übertragen. Die Leitung der Expedition übernahm Bernhard Wolff. Auf diese Weise vorzüglich ausgerüstet, begann die Zeitung am 1. April ihren Lebenslauf. Sie erschien täglich als Morgenblatt in groß Folio zum Vierteljahrespreise von 1 Taler 22½ Silbergroschen, gedruckt bei J. Sittenfeld.

Der Artikel, mit dem die Zeitung eröffnet wurde, „Was wir wollen" überschrieben, entwickelte nochmals das Programm des Blattes, betonte aber das Deutschtum noch nachdrücklicher. „Deutsche wollen wir sein im edelsten und reinsten Sinne", erklärte die Redaktion. „Vereint mit allen Deutschen werden wir den Fluß der Bewegung fördern, indem wir feste Ziele im Auge haben. Vor allem aber glauben wir, muß man die deutsche Entwicklung den Zuständen nach dem Leben, nicht nach Systemen den äußeren Zuschnitt machen oder ändern." Das Feuilleton leitete Mügge mit einer Erörterung seiner Aufgabe ein. Es sei nicht die Absicht, erklärte er, die Leser im Feuilleton zu unter-

halten bloß der Unterhaltung wegen, sondern man wolle auch ihre Geschmacksrichtung bessern, ihr Nachdenken erwecken, „ihre Gedanken auf ein bestimmtes Ziel führen, ihren Gefühlen eine Fruchtbarkeit und Empfänglichkeit für die Ideen der Gegenwart verleihen." Der erste Berliner Artikel „begrüßte mit Freuden" die Veränderung im Ministerium (H. v. Arnim hatte seine Entlassung erhalten, und Camphausen war Ministerpräsident und Hansemann Finanzminister geworden), die unter anderem auch die Bedeutung habe, daß jetzt „die Rheinprovinz in das Herz der Monarchie gerückt" sei, indem „die Männer ihres Sinnes, die Männer, die sie im besten Verstande repräsentieren, im Rate des Königs" sitzen, wodurch „die mögliche Gefahr einer Zerstückelung des Staatskörpers (man hatte „den Abfall der Rheinlande" befürchtet) vermieden, der Ausbruch eines Gewitters an dem einen Ende der Monarchie unmöglich geworden" sei. „Dem stillen Geiste der Entwicklung Raum zu lassen und die Ideen zu begreifen, die sie durchwalten," hieß es in dem Artikel weiter, „dazu ist Camphausen der Mann, aber das volle Geschick des praktischen Staatsmannes, der entschlossene Geist des energischen Handelns, die Zuversicht des Verstandes und der Glaube an die Tat — das sind die Tugenden Hansemanns." Als der Verfasser dieses Artikels bekannte sich Rudolf Haym, der sich bereits in einer Charakteristik des Vereinigten Landtages schriftstellerisch versucht hatte und später als der Geschichtsschreiber der romantischen Schule und Biograph Herders einen hervorragenden Rang in der Gelehrtenwelt einnehmen sollte.

Das Programm der Zeitung fand allgemeinen Beifall, und als dann das Blatt auch hielt, was es versprochen hatte, gewann es bald über elftausend Abonnenten. Diesen Erfolg hatte es den ausgezeichneten Redakteuren zu verdanken, die es leiteten. Die eigentliche Seele des Blattes war von Anfang an Friedrich Zabel. A. Rutenberg trat bald zurück. Zabel wurde am 26. November 1802 zu Berlin geboren, studierte Theologie, wobei er sich das Wohlwollen Schleiermachers erwarb, und bekleidete auch einige Zeit die Stelle eines Predigtamtskandidaten in Schwedt a. O. Doch verlangte er nach einem regeren geistigen Leben, gab

die Laufbahn des Geistlichen auf und kehrte nach Berlin zurück, wo er von 1840 ab für mehrere größere Zeitungen, unter anderem auch für die „Köln. Ztg.“, zu korrespondieren begann, bis er 1848 die Chefredaktion der „National-Zeitung“ übernahm, die er bis zu seinem am 4. Februar 1875 erfolgten Tode inne hatte. Für diese Position besaß er gerade die wichtigste Eigenschaft in hervorragendem Maße, die Sicherheit im Urteil. Ohne ein großer Schriftsteller und ein Mann weittragender, mächtiger Gedanken zu sein, wußte er vermöge seines scharfen Blicks und seiner feinen Witterung immer im geeigneten Momente das Richtige und das Wahre herauszufinden, so daß seine Leser bei ihm nie das Gefühl der Sicherheit verloren. Weiterhin war ihm die bei einem leitenden Redakteure besonders schätzbare Fähigkeit eigen, aus der Menge der sich fortwährend an eine große Zeitung Herandrängenden rasch die wirklichen Talente zu erkennen und sich nutzbar zu machen. Durch diesen ausgezeichneten Spürsinn wußte er sich immer einen Kreis vortrefflicher Mitarbeiter zu bilden.

Ihm zur Seite stand als speziell politischer Redakteur Ewald Matthäi (geb. 1817, gest. 1886), ein Mann von herber Zähigkeit, der nach außen hin wenig hervortrat. Früher ebenfalls Theologe, hatte er sich schon in seiner Jugend für die politische Freiheit begeistert und war dann bald zum Journalismus übergegangen. Er gehörte der Redaktion bis 1873 an, in welchem Jahr er in den Ruhestand trat.

Die Leitung des Feuilletons besorgte Theodor Mügge nur kurze Zeit, da seine Romane und Novellen seine geistige Kraft fast ganz in Anspruch nahmen. Sein Nachfolger wurde zunächst Titus Ullrich, weiterhin Eduard Tempeltey und von 1861 ab der geistvolle Karl Frenzel. Die musikalische Kritik übernahm Otto Gumprecht.

Aus dem großen Stabe der Mitarbeiter sind Otto Michaelis, der volkswirtschaftliche Fragen behandelte, Lothar Bucher, der glänzende Berichte über die erste Londoner Weltausstellung lieferte, Eduard Lasker, der Leitartikel über die innere Politik schrieb, Paalzow, Boretius, Bamberger, Adolf Stahr, Fanny Lewald,

Julian Schmidt, Hermann Lessing, Adolf Woltmann u. a. zu nennen.

Außer den tüchtigen Redakteuren und ihrem ausgezeichneten Mitarbeiterstabe erfreute sich die „National-Zeitung" jedoch auch noch eines hervorragenden Geschäftsleiters, des in hohem Grade umsichtigen Bernhard Wolff, der ein vorzügliches Organisationstalent besaß und mit vieler Klugheit das Unternehmen durch gefahrvolle Klippen wieder in das breite Fahrwasser zu leiten wußte. Wolff hatte ursprünglich Medizin studiert, aber keine Praxis erlangen können und sich daher längere Zeit mühsam durch Übersetzen englischer und französischer medizinischer Abhandlungen fortzuhelfen gesucht. Weiterhin war er als Teilhaber in die alte Vossische Buchhandlung eingetreten und hatte Karl Becks Gedichte verlegt, dabei aber, hauptsächlich durch die Schuld des Dichters, einen unangenehmen Nachdrucksprozeß heraufbeschworen, der ihn bedeutende Summen kostete und ihm den Buchhandel verleidete. Er verkaufte daher die Buchhandlung wieder und übernahm 1848 die Expedition der „National-Zeitung". Um diese auch seinerseits möglichst zu heben, kam er auf den Gedanken, den eben erst auf einigen Hauptstrecken eingerichteten elektrischen Telegraphen der Zeitung dienstbar zu machen, und ließ sich zunächst kommerzielle, bald aber auch politische Nachrichten melden. Die Gebühren waren jedoch sehr hoch; eine Depesche von Köln oder von Königsberg nach Berlin mußte mit 3 Talern und 10 Silbergroschen und eine von Petersburg sogar mit 13 Talern bezahlt werden; Wolff kam daher auf den kühnen Gedanken, für die Börse und die Presse ein Abonnement auf die ihm zukommenden telegraphischen Nachrichten zu eröffnen, und das führte ihn zur Gründung des ersten Telegraphischen Bureaus. Mit diesem wurde aber nach und nach eine völlige Revolution im Zeitungswesen herbeigeführt, besonders als Havas und Reuter dem Beispiele Wolffs folgten. Erfreulicherweise erzielte Wolff durch seine geniale Idee, nachdem er die nicht geringen Schwierigkeiten des Anfangs überwunden hatte, einen glänzenden Gewinn. Im Jahre 1865 ging das Wolffsche Telegraphische Bureau an

eine Kommanditgesellschaft über, doch blieb Wolff noch bis 1871 als General-Direktor tätig. Weiterhin widmete er sich bis zu seinem 1879 erfolgten Tode nur noch der „National-Zeitung“. Diese war nach und nach sein Eigentum geworden. Als vom November 1848 ab die Reaktion in Preußen sich fühlbar zu machen begann und der „National-Zeitung“ sogar einmal auf einige Tage die Postversendung entzogen wurde, mußte der bisherige demokratische Ton des Blattes im Interesse der Selbsterhaltung bedeutend herabgestimmt werden. Dadurch büßte aber die Zeitung ein gut Teil ihrer Beliebtheit ein und verlor im Laufe der nächsten Zeit die Hälfte ihrer Abonnenten. Die Aktien des Unternehmens fielen daher sehr bedeutend, worauf Wolff sie zu billigen Preisen an sich brachte. Er rettete damit die Zeitung; denn mit den bedeutenden Mitteln, die ihm durch sein Telegraphisches Bureau zuflossen, konnte er das Blatt über die mißliche Zeit hinwegbringen und einer neuen Blüte zuführen. Und für eine solche Mission war er auch ganz der geeignete Mann. Karl Frenzel, der ihn durch persönlichen Umgang genau kannte, bezeugt uns dies in beredten Worten. „Ich bin keinem Menschen begegnet,“ schreibt er in dem Rückblick auf die ersten fünfzig Jahre der „National-Zeitung“,*) „der mir lebendiger die Vorstellung von sokratischem Geiste und Sinn erweckt hätte, als er. Allen Vorfällen des Lebens gegenüber, den freudigen wie den widrigen, bewahrte er einen ruhigen Gleichmut der Seele, eine still-heitere Gefaßtheit in das Unvermeidliche. Eine leise Ironie umschwebte sein Wesen, wenn es galt, unbillige Forderungen abzuwehren oder gereizte Empfindlichkeiten zu besänftigen. Alle behandelte er mit Höflichkeit und Wohlwollen, aber er wußte genau das Wissen und Können eines jeden abzuschätzen; seine Güte bestach selten sein Urteil.“

Das Wolffsche Telegraphische Bureau wurde drei Jahre nach Wolffs Rücktritt in eine Aktiengesellschaft, die Kontinental-Telegraphen-Kompagnie, verwandelt, die im Geschäftsjahre 1903/04 bei einem Aktienkapital von 1000000 ℳ über einen Reserve-

*) „Nat.-Ztg.“ vom 1. April 1898.

onds von mehr als 1000000 M. verfügte und 11,4 Prozent Dividende auszahlte.

Während die „National-Zeitung" sich an den gebildeten Bürgerstand richtete, wandte sich die „Urwähler-Zeitung" an en kleinen Mann, an die große Masse der Handwerker und der Arbeiter in den Fabriken, an „Jedermann aus dem Volke", wie ie selbst in ihrem Untertitel sagte. Doch erstand sie nicht unmittelbar nach dem Ausbruche der Bewegung, sondern erst, als ereits die ersten Zeichen der Reaktion drohend am politischen Himmel erschienen. Von Anfang an nahm sie daher eine abwehrende, verteidigende Stellung ein. Sie war von vornherein bestrebt, dafür einzutreten, daß dem Volke nun auch das Eroberte erhalten bleibe. Eine gewisse nervöse Ängstlichkeit, eine bange Sorge, das schwer Errungene wieder zu verlieren, tritt infolgedessen oft charakteristisch bei ihr hervor und gibt ihren Ausführungen eine gewisse Bitterkeit und Schärfe. Zwei Männer von sehr verschiedenartigen Charaktereigenschaften, Bernstein und Holdheim, redigierten sie. Beide stammten nicht aus Berlin, doch hatten sie beide die große Eruption in der Hauptstadt mit angesehen und waren auch beide dabei mit Leib und Seele für die Idee der Freiheit eingetreten. Der ältere von ihnen, Aron Bernstein, wurde 1812 in Danzig geboren und sollte, da er einer frommen jüdischen Familie entstammte, Rabbiner werden. Die talmudische Gelehrsamkeit sagte ihm aber wenig zu; er sehnte sich nach dem frischen Leben der Gegenwart und ging daher 1832 nach Berlin, wo er mit rastlosem Fleiß literarische und auch naturwissenschaftliche Studien trieb. Namentlich zogen ihn die Physik, die Chemie und die Astronomie an. Durch verschiedene Arbeiten, Essays sowohl ästhetisch-kritischen wie naturwissenschaftlichen Inhalts, Novellen und selbst finanzpolitische Schriften zog er mehr und mehr die Aufmerksamkeit auf sich und wurde dadurch mit den literarischen Kapazitäten der Hauptstadt, wie Chamisso, Willibald Alexis, Varnhagen, Gubitz u. a., bekannt. Als das politische Leben begann, trat er sofort mit aller Lebhaftigkeit für die freiheitlichen Bestrebungen ein, und als dann die Rückschrittsbewegung eingeleitet wurde, suchte er sie so viel wie mög-

lich zu hemmen und gründete zu diesem Zwecke das kleine demokratische Volksblatt, dem er, um ihm die breitesten Schichten des Volkes zu erschließen, den Titel „Urwähler-Zeitung" gab. Die Zeitung erschien nur in bescheidenem Quartformat; die erste Nummer wurde am 29. März 1849 herausgegeben. Ihre Hauptwirkung übte die Zeitung durch die Leitartikel, die Bernstein täglich für sie schrieb, und in denen er sich als ein Meister des gemeinverständlichen Vortrags erwies. Mit großem Scharfsinn, mit außerordentlicher Klarheit behandelte er die verwickeltsten politischen Fragen und wußte dabei mit einem gewissen Humor selbst das trockenste Thema noch etwas interessant zu machen. Mit beißender Satire ging er oft dem Gegner zu Leibe, besonders der frömmelnden Sophistik der „Kreuzzeitung" und ihrer Partei. Einen besonderen Wert legte er auch auf die wirtschaftliche Befreiung des Volkes und schrieb zu diesem Zwecke eine große Menge nationalökonomischer und naturwissenschaftlicher Artikel. In Anerkennung dieser Bestrebungen verlieh ihm später (1876) die Universität Tübingen die Ehre der philosophischen Doktorwürde. Bis an sein Lebensende unablässig ein tapferer Fechter und Forscher, starb er hochbetagt 1884.

Um die Kleinarbeit der Zeitung kümmerte sich Bernstein nicht, diese besorgte Hermann Holdheim und zwar mit unermüdlicher Sorgfalt. Holdheim wurde 1825 in Breslau geboren und hatte dort kaum seine philologischen und philosophischen Studien zu einem gewissen Abschluß gebracht, als ihn das Sturmeswehen des ausbrechenden politischen Gewitters nach Berlin zog. Er kam gerade, als die Katastrophe losbrach, betätigte sich an der Verteidigung der Barrikaden und wurde darauf mit vielen andern Schicksalsgenossen in der Nacht zum 19. März in die Spandauer Kasematten gebracht, wo er bis zum Rückzug der Truppen festgehalten wurde. Diese Kampfeslust im Kleinkrieg ist ihm bis zu seinem hohen Alter eigen geblieben; noch bis kurz vor seinem am 14. Januar 1901 erfolgten Tode ist er lebhaft journalistisch tätig geblieben. Die Verfechtung seiner demokratischen Grundsätze und die unablässige Bekämpfung der reaktionären Maßregeln brachte ihn naturgemäß in viele Konflikte; über fünfzig

Mal stand er unter Anklage, und fünfundzwanzig Mal wurde er zu teilweise sehr empfindlichen Freiheitsstrafen verurteilt.

Durch ihre unablässige Bekämpfung aller reaktionären Bestrebungen zog sich die „Urwähler-Zeitung" sehr bald den bittern Haß der Regierung zu; wiederholt wurden Nummern von ihr mit Beschlag belegt, und endlich verbot am 25. März 1853 der Polizeipräsident von Hinckeldey kurzer Hand das Weitererscheinen des Blattes. Vierzehn Tage darauf, am 9. April 1853, erweckte jedoch Franz Duncker das Blatt unter dem Titel „Volks-Zeitung, Organ für jedermann aus dem Volke" im Verein mit den beiden bisherigen Redakteuren zu neuem Leben.*)

In grellen Gegensatz zu den demokratischen Blättern stellte sich die „Neue Preußische Zeitung", gewöhnlich (nach dem Eisernen Kreuz im Titelkopf) „Kreuzzeitung" genannt. Sie wurde das Organ der evangelischen Hochkonservativen, die Vertreterin des altpreußischen Adels und der kirchlichen Orthodoxie. Ihr Gründer war, wie wir jetzt durch H. v. Petersdorff wissen**), kein anderer als der Abgeordnete Otto von Bismarck-Schönhausen, unser nachmaliger erster deutscher Reichskanzler.

Von jeher ist sich Bismarck des Wertes und der Bedeutung der Presse durchaus bewußt gewesen, wenn er auch das geringschätzige Wort von den Journalisten als „Leuten, die ihren Beruf verfehlt haben", so wie das andere nicht ehrenvollere Urteil von der „Druckerschwärze auf Papier" geprägt und auch noch in seinen „Gedanken und Erinnerungen" erklärt hat: „Mein Respekt vor der sogenannten öffentlichen Meinung, das heißt vor dem Lärm der Redner und der Zeitungen, war niemals groß." Vom Beginn seiner politischen Laufbahn an ließ er es sich angelegen sein, Verbindungen mit der Presse zu pflegen, und als richtiger

*) Die „Urwähler-Zeitung" ist heute eine bibliographische Seltenheit. Ein komplettes Exemplar in fünf Quartbänden befindet sich in der Berliner Magistrats-Bibliothek, Friedländersche Sammlung.

**) Forschungen zur brandenb.-preuß. Geschichte, Band 17, Heft 2, S. 240—246. Leipzig 1905.

Realpolitiker benutzte er sie immer in umfassendem Maße, wenn er sich Vorteil davon versprach, oder verfolgte sie skrupellos, wenn er besorgte, daß sie ihm schaden könne. Es sei nur an die Preßordonnanzen vom Juni 1863 erinnert. Später, in seinen letzten Jahren, hat er es gelegentlich auch nicht verschmäht, der Presse seine Anerkennung zu zollen und zu erklären, daß er die öffentliche Meinung als „Imponderabilien der Volksseele“ hoch schätze. Unzweifelhaft hat er in den politisch bewegten Zeiten gar manchen seiner Erfolge der Mitwirkung der Presse zu verdanken.

Der Wunsch, eine konservative Zeitung in Berlin zu besitzen, um durch sie die liberalen Zeitungen, besonders die süddeutschen, zu bekämpfen, tauchte bei Bismarck, wie bereits S. 429 kurz erwähnt wurde, im Sommer 1847 auf. Es schwebte ihm damals das Bild einer „ständischen Zeitung auf der Basis religiöser Neutralität“ vor, und er wandte sich, um das Projekt zur Ausführung zu bringen, an den Vizeobertribunalspräsidenten Adolf v. Kleist zu Woldisch-Tychow, den bekannten Vertrauten Friedrich Wilhelms IV., mit der Bitte, „unter Ihren Bekannten für die Beteiligung an dem Unternehmen wirksam sein zu wollen.“ Die Zeitung solle, „unabhängig von der Regierung und deren Plänen, der konservativen Partei in ihrem weitesten Umfange als Organ dienen, die Erhaltung und besonnene gesetzmäßige Fortbildung des bestehenden Rechtszustandes vertreten und die Angriffe, welche derselbe unausgesetzt erfährt, abwehren, mögen sie von der Tagespresse der Bureaukratie oder von ständischer Opposition ausgehen.“ Weiterhin schlug er vor, die Zeitung auf Aktien zu gründen, die Aktie zu 100 Talern; als Gründungskapital seien „nach näheren Erkundigungen und reiflicher Erwägung“ 10000 Taler erforderlich. Darauf bildete sich ein Gründungskomitee, zu dem außer Bismarck und Adolf v. Kleist noch Kleist-Retzow, der Geh. Regierungsrat a. D. Werdeck, Fürst Radziwill u. a. gehörten. Zugleich wurde das Programm bestimmter gefaßt. Als positive Aufgaben wurden genannt: Erhaltung der Unabhängigkeit des Königtums sowohl nach außen hin wie in bezug auf Gesetzgebung und Verfügung über die herkömmlichen Staatseinnahmen; Entwicklung der ständischen Freiheit und Selbständigkeit in Beziehung

auf die verfassungsmäßige Einwirkung der Stände auf alle inneren Angelegenheiten „im Wege der Petition"; Beratung aller Gesetzesvorschriften materiellen Inhalts; Zustimmung zu Schulden und neuen Steuern „in den von Seiner Majestät anerkannten Grenzen". Im Anschluß an die Verhandlungen des ersten vereinigten Landtages würden „Periodizität der Ausschüsse, der Gebrauch des Steuer- und Darlehnsbewilligungsrechts" in Betracht kommen. Die ständischen Gliederungen, also Provinzial-, Kommunal-Landtage, Kreistage, Gemeinden, die Organisation der nicht-ständisch vertretenen Klassen, seien aus dem ständischen Gesichtspunkte in ihren Wechselwirkungen auf Verfassung, Gesetzgebung, Verwaltung und mit Rücksicht auf das sich in der Tagesgeschichte darbietende Material zu beleuchten. Dazu bedürfe es in der Zeitung Rubriken für wissenschaftlich-kritische Aufsätze, für politische Neuigkeiten, allgemeine statistische Notizen, gewerbliche, Handels-, Börsen- und Landwirtschaftsnachrichten, literarische Anzeigen, Privatneuigkeiten, Verwaltungs-, Personal- und sogenannte Intelligenznachrichten.

So bestimmt und genau nun auch das Programm präzisiert war, die Gründung des Blattes kam trotzdem noch nicht zu stande; es verging fast noch ein ganzes Jahr, bevor man mit der ersten Nummer hervortreten konnte. Die Revolution mit ihrem Ungewitter mußte erst kommen, ehe sich der konservative Kreis zur Tat aufschwang. Kleist-Retzow war es jetzt, der, besonders im Verein mit dem Oberlandesgerichtspräsidenten Ernst Ludwig v. Gerlach in Magdeburg, die Schaffung der Zeitung hauptsächlich betrieb. Unter dem 19. Mai 1848 forderte er die Partei- und Gesinnungsgenossen zur Gründung der „Neuen Preußischen Zeitung" auf und zwar unter ausdrücklicher Bezugnahme auf das im Jahre zuvor von Otto v. Bismarck und dem Fürsten Radziwill festgestellte Programm. Am 16. Juni konnte sodann die erste Nummer ausgegeben werden.

Das leitende Komitee bestand aus dem Grafen von Voß, Herrn von Bethmann-Hollweg, dem Kammerherrn Grafen Finck von Finckenstein, dem Baron Senfft von Pilsach auf Sandow, dem General Leopold von Gerlach und dem Präsidenten von Gerlach.

Als politischer Leiter des neuen Blattes wurde Hermann Wagener gewonnen, ein Mann von ausgeprägt konservativer Gesinnung; für den ausländischen Teil, besonders für den französischen und englischen Artikel, trat einige Monate nach der Gründung George Hesekiel ein, ebenfalls ein begeisterter Anhänger der preußisch-royalistischen Ideen. Die Redaktion des „Zuschauers" der „Kreuzzeitung" übernahm der berüchtigte pensionierte Postsekretär H. Goetsche, der später unter dem Pseudonym John Retcliffe die Sensations-Romane „Sebastopol" und „Nena Sahib" schrieb. Hermann Wagener wurde 1815 zu Segeletz bei Neuruppin geboren, studierte in Berlin die Rechte, war 1847 Konsistorialassessor in Magdeburg, sah sich aber schon im nächsten Jahre als Gegner der liberalen Strömung zum Austritt aus dem Staatsdienst veranlaßt und übernahm nun die ihm von der konservativen Partei angetragene Stelle als Chef-Redakteur der „Kreuzzeitung". Darauf leitete er das Blatt bis 1854, wurde dann Rechtsanwalt beim Obertribunal und trat schließlich wieder in den Staatsdienst. 1889 starb er. George Hesekiel wurde 1819 zu Halle geboren, studierte anfangs Theologie, später Geschichte und Philosophie, wandte sich aber bald dem literarischen Schaffen zu, redigierte von 1846 bis 1848 die belletristische Zeitschrift „Die Rosen", die in Leipzig erschien, von April bis November 1848 in Zeitz das konservative Blatt „Der patriotische Hausfreund" und trat dann in die Redaktion der „Kreuzzeitung", der er bis zu seinem 1874 erfolgten Tode angehörte. Neben seiner Redaktionstätigkeit schrieb er noch eine große Menge von Romanen, die sich sämtlich in der konservativen Welt- und Lebensanschauung bewegen und fast alle das preußische Königshaus, den Adel und das Heer verherrlichen. Es seien nur „Vor Jena", „Bis Hohenzieritz", „Krummensee", „Stille vor dem Sturm", „Preußens Königsbuch", „Unter dem Eisenzahn", „Wappensagen" und die „Soldatengeschichten aus alter Zeit" erwähnt. Auch verfaßte er die erste Bismarckbiographie, „Das Buch vom Grafen Bismarck" (Bielef. 1868), ferner viele patriotische Gedichte und Soldatenlieder und war auch noch ein fleißiger Mitarbeiter bei Graf Stillfrieds genealogischen und heraldischen

Forschungen. Für alle seine Begeisterung und Hingebung erntete er aber doch nur wenig Dank; es ging ihm ähnlich wie Fontane.*)

Die „Kreuzzeitung“ setzte von Anfang an sehr resolut und entschlossen ein, stand doch hinter ihr „die kleine aber mächtige Partei“, deren Hauptmitglieder, außer den schon genannten beiden Gerlachs, die Männer der nächsten Umgebung des Königs, Generaladjutant von Rauch, Hausminister von Massow, Hofmarschall Graf Keller, ferner Stahl, Kleist-Retzow, Heinrich Leo in Halle u. a., waren. Sie griff keck alles an, was ihr nicht gefiel, bekämpfte die Politik des Herrn von Radowitz, verteidigte die verhängnisvolle Ansicht, daß Österreich der Vorrang in Deutschland gebühre, und schlug auch ohne weiteres, wenn es ihr paßte, der öffentlichen Meinung und dem Volksgefühl ins Gesicht. Dabei zögerte sie auch nicht, sogar den Anmaßungen und Übergriffen des allgewaltigen Herrn von Hinckeldey gelegentlich die derbsten Abfertigungen angedeihen zu lassen.

Auch dem Auslande gegenüber führte sie eine scharfe Feder, verurteilte die Reformen des österreichischen Ministers Bach, worauf dieser die Zeitung in Österreich verbot, und eröffnete eine heftige Polemik gegen den Präsidenten Louis Napoleon, so daß

---

*) Nach seiner Bestattung erschien in den Berliner Zeitungen das Sonett:

Bis daß er seine Augen hat geschlossen,
Sang er den Ruhm des Heers und Adels nur;
Er war des alten Preußens Troubadour,
Des Lippen stammbaumduftig überflossen.

Im Kreuzblatt schmückend Eures Adels Sprossen,
Sucht' er die schönsten Blumen auf der Flur.
Er folgte treulich Eurer Schritte Spur
Mit seinen besten Liedern unverdrossen.

Doch wer von Euch denn gab ihm das Geleit?
Wer schmückt' sein Grab, gab ihm die letzte Ehre?
Nicht einer? Doch! Vom Adel und vom Heere

Sind ihm gefolgt, um ihm die Dankbarkeit
Für die Poetentreu' nicht zu versagen,
Ein Offizier und Stillfrieds leerer Wagen!

sich dieser mehrmals beim preußischen Gesandten, dem Grafen Hatzfeldt, beschwerte. Hatzfeldt entgegnete, die „Kreuzzeitung“ sei nicht offiziell, der Präsident müsse sich an die offiziellen Erklärungen des preußischen Kabinetts halten; Napoleon erwiderte jedoch, er wisse genau, wie es in Berlin aussehe, und daß die „Kreuzzeitung“ von den wichtigsten Personen des Hofes aufrecht erhalten werde, daß also der König in seinem Herzen auch für sie sei.*)

Unter den Mitarbeitern war Bismarck anfangs einer der eifrigsten. Nach dem Zeugnisse des Redakteurs Hermann Wagener erschien während der parlamentarischen Verhandlungen kaum eine Nummer des Blattes, die nicht einen längeren oder kürzeren Artikel des Herrn von Bismarck enthalten hätte, auch sei ein nicht unerheblicher Teil der damaligen Scherze des „Berliner Zuschauers“ auf das Konto Bismarcks zu setzen.**) In dem „Buche vom Grafen Bismarck“ findet sich denn auch ein Bild, das Bismarck darstellt, wie er an einem Pulte der Redaktion der „Kreuzzeitung“ steht und schreibt. Im Hintergrunde zeigt sich der charakteristische Kopf Hesekiels. Doch ist es bisher noch nicht gelungen, die Artikel Bismarcks bestimmt als solche festzustellen. Der Bismarckforscher Horst Kohl hat sich, um dies zu erreichen, der Mühe unterzogen, ein weitschichtiges Material — nicht nur die „Kreuzzeitung“, sondern auch Memoiren und Briefwechsel — zu durchsuchen, ist aber nur zu geringen Ergebnissen gekommen. Immerhin konnte er Einiges von Interesse ermitteln, u. a. die Korrespondenzen, die Bismarck der „Kreuzzeitung“ über eine effektvolle Rede lieferte, die der Generalleutnant v. Radowitz am 25. Aug. 1849 als Kommissar der Regierung in der Zweiten Kammer über den Stand der deutschen Verfassungsangelegenheiten hielt. Radowitz riß dabei Freund und Feind mit sich fort, so daß sich, wie die Zeitungen aus jener Zeit berichten, am Schluß der Beifall zu

*) Otto v. Manteuffel, Preußens auswärtige Politik 1850 bis 1858. Berlin 1902, Bd. I, S. 291.

**) Hermann Wagener, Erlebtes. Meine Memoiren aus der Zeit von 1848 bis 1866 und von 1873 bis jetzt. Berlin, 1884, S. 18 u. 54.

einer „seltenen" Höhe steigerte. Nur Bismarck blieb kühl und ließ sich durch den effektvollen Vortrag nicht blenden. Mit seinem scharfen Blick erkannte er sofort die „logischen Sprünge und Risse, die mit Phrasen gewandt verdeckt wurden" und legte sie dreimal (in № 197, 198 und 201) bloß, am ausführlichsten in der letztgenannten Nummer, wo sich die Klaue des Löwen wiederholt höchst ergötzlich zeigt. Er schilderte zunächst das sich drängende Auditorium, dann das Äußere des Redners, seine Gestikulationen, seine Würde, den „harmonischen Fluß der Rede", und nachdem er so reichliches Lob über ihn ergossen, beleuchtet er mit satirischem Hohn den Inhalt der Darlegungen. „Der Redner ging über den ‚Kern des Pudels' mit einem Scherz hinweg, der aus so ernstem Munde seinen Eindruck nicht verfehlte, der aber auf alle Verfassungen der Welt, auch auf die abgelehnte Frankfurter, Anwendung findet, die bekanntlich den Demokraten zu gut, den Konservativen zu schlecht war." Zum Schluß macht sich Bismarck über die Zuhörer lustig, die sich von dem gewandten Rede-Jongleur haben blenden lassen. „Die Rührung war allgemein," schreibt er, „ohne daß wir in der gedruckten Rede gerade die Stelle bezeichnen könnten, über die jeder einzelne weinte. Ernst ergriffen war jeder von dem Eindruck, und namentlich unter den weich geschaffenen Seelen des Zentrums waren wenig Augen trocken. Einem hohen Beamten der Finanz rollte ein Budget von Tränen über die gerötete Wange; bei einem der zentralsten Pfeiler preußischer Gerechtigkeit brachte das Bestreben, die sichtbaren Zeichen der Rührung zu unterdrücken, so ungewöhnliche Konstellationen der Gesichtszüge hervor, daß ein Spaßvogel, dem selbst dieser Moment nicht heilig war, meinte, jener müsse eben das Unglück gehabt haben, Oberschlesier statt Oberungar zu trinken."

Die scharf gewürzten Plaudereien in den „Rundschauen" der Zeitung schrieb längere Zeit Ernst Ludwig von Gerlach.

Nur vorübergehend zog die „Konstitutionelle Zeitung", die im Frühjahr 1849 von David Justus Ludwig Hansemann gegründet wurde, die Aufmerksamkeit auf sich. Hansemann war vom 29. März bis 10. September 1848 Finanzminister gewesen und dann Chef der preußischen Bank und des Seehandlungs-

institutes geworden. Bei dieser hohen sozialen Stellung besaß er viele einflußreiche Verbindungen, die es ihm ermöglichten, für eine große Zeitung von monarchisch-konstitutionellen Grundsätzen, etwa im Stile des „Journal des Débats“, ein Aktienkapital von 100000 Talern zusammenzubringen. Mit diesem wurde unter pomphaften Ankündigungen die „Konstitutionelle Zeitung“ ins Leben gerufen. Karl Weil aus Stuttgart übernahm die Leitung des Blattes, während ihm noch acht Mitredakteure zur Seite traten. Allein Weil fehlte jedes Organisationstalent; er vermochte keinen bestimmten Plan für das Blatt aufzustellen und auch nicht einmal eine notdürftige Übereinstimmung der Ansichten der Mitarbeiter herbeizuführen. Jeder von diesen entwickelte, unbekümmert um die programmmäßige Politik der Zeitung, seine eigenen Ansichten, so daß auf der zweiten Seite oft das Gegenteil von dem auf den Schild gehoben wurde, was auf der ersten Seite im Leitartikel bekämpft worden war. Die Zeitung gelangte infolgedessen zu gar keiner Bedeutung; die Zahl der Abonnenten, die überhaupt über 900 nicht hinausgekommen war, schwand bis auf 600 zusammen, und die Unternehmer sahen sich daher bereits vor Ablauf des ersten Geschäftsjahres veranlaßt, ihre Gesellschaft mit einem Verluste von 60000 Talern aufzulösen. Dennoch wollte man das Projekt noch nicht verloren geben. Abermals traten Parteimänner zusammen, unter diesen Max Duncker und Soiron, brachten Mittel auf und organisierten mit Hülfe des Verlagsbuchhändlers Lehfeldt die Zeitung von Grund aus neu. Als leitender Redakteur wurde Rudolf Haym gewonnen, für den ausländischen Teil der vielgewanderte Dichter des Mirza-Schaffy, Friedrich Bodenstedt, und für den literarischen und musikalischen der hochbegabte, schon damals wegen seines Humors allbeliebte Ernst Kossak.

Darauf legte die kampfesmutige Redaktion ihre Lanze ein und zog gegen die Politik Manteuffels zu Felde. Als Mitarbeiter gesellten sich Droysen, Max Duncker, Gustav Schlesier, Aegidi, der junge Bardeleben u. a. hinzu. Besonders wendete sich die Zeitung gegen den Bruch Preußens mit der Unionspolitik, gegen die Preisgabe der Herzogtümer Schleswig und Holstein und gegen

die Unterwerfung Preußens unter den Willen Rußlands und unter die Hand Österreichs. „Sie folgte", schreibt Haym in seiner Lebensgeschichte, „allen diesen Hergängen mit dem temperamentvollsten Anteil. Bald sturmläutend, bald hochfahrend, bald kalt und boshaft; mit ausgesuchter Rhetorik kritisierte sie die Rückzugsbewegungen des Ministeriums. Ich hielt es für die erste patriotische Pflicht, gegen diese Verkleinerer des preußischen Namens und der preußischen Macht so verletzend wie möglich, im Tone der Verachtung, des Spottes und Hohnes zu schreiben."*) Diese oppositionelle Haltung erregte aber sehr bald den hellen Unwillen der preußischen Regierung, und so wurde denn Haym kurzerhand am 27. November 1850 aus Berlin ausgewiesen; zwei Schutzmänner brachten ihn ohne weiteres mittelst Droschke zum Bahnhof, wo er abreisen mußte. Nach diesem Gewaltstreich brach die Zeitung sehr bald zusammen.

---

2. Die Provinzpresse. Die Breslauer Zeitungen (die „Schles. Ztg.", die „Bresl. Ztg.", die „Oder-Ztg.", die „Bresl. Morgen-Ztg."). Die „Königsberger Hartungsche Zeitung". Die Stettiner Presse. Die „Magdeburg. Ztg." Mitarbeiter Bismarck. Die „Hallische Zeitung". Die rheinische Presse. Die „Köln. Ztg." Ihre Haltung. Kleist-Retzows Kampf gegen sie. Friedrich Wilhelms IV. Unwille über sie. Ihre öffentliche Erklärung. Sie muß sich beugen. Ihr Aufschwung. Die „Neue Rheinische Zeitung". Ihr Redakteur Marx. Freiligsraths „Abschiedsworte". Die katholische „Deutsche Volkshalle". Die „Rhein- und Ruhrzeitung". Die Zeitungen von Krefeld, Trier und Koblenz.

Die Wellen in den Provinzstädten erreichten naturgemäß bei weitem nicht eine solche Höhe, wie die in der Hauptstadt, doch zeigte es sich auch hier überall, daß eine neue Epoche angebrochen war, daß die Flut der Gedanken jetzt allerwärts weit mächtiger

*) Rudolf Haym, Aus meinem Leben. Berl. 1902, S. 203.

daherrauschte. In Breslau hatten sich besonders schroffe Gegensätze herausgebildet, da die Polizei hier den freiheitlichen Bestrebungen außerordentlich rücksichtslos und willkürlich entgegengetreten war; das Jahr 1848 traf daher hier schon sehr viel Zündstoff im Volke an, der denn auch alsbald mit lautem Getöse explodierte. Merkwürdigerweise machte die Presse der Stadt gerade in dieser kritischen Zeit eigentümliche Schwankungen durch. Die „Schlesische Zeitung", bisher ausgesprochen konservativ, neigte sich mehr und mehr den liberalen Tendenzen zu, während die „Breslauer Zeitung", seither liberal, nach und nach streng konservativ wurde. Doch hielt die „Schlesische Zeitung" immerhin ihren früheren Kurs noch soweit bei, als sie für das oberste Gesetz jeder Freiheit die Beschränkung hinstellte und mit aller Wärme für die konstitutionelle Monarchie eintrat (№ 110 vom 17. Juni 1848). Von der demokratischen Partei wurde sie daher wegen ihrer Lauheit angegriffen, worauf sie erklärte, daß sie für die Interessen des Vaterlandes immer nur mit den Waffen der Ehre, des Rechts und der guten Sitte gekämpft habe. Später wurde die Zeitung wieder durchaus konservativ. Die „Breslauer Zeitung" blieb, so lange sie im Verlage von Graß, Barth u. Komp. und unter der Redaktion von R. Bürkner erschien, streng konservativ; als sie dann aber am 1. April 1859 in den Verlag von Ed. Trewendt überging, wurde sie wieder liberal und schwang sich schließlich, nachdem der geistvolle und schlagfertige Dr. Julius Stein (geb. 1813, gest. 1889) am 1. April 1862 die Redaktion übernommen hatte, zur führenden freisinnigen Zeitung Schlesiens empor. Für die demokratische Partei erschien seit April 1846 ein Blatt, das von dem Buchdruckereibesitzer Heinrich Richter gegründet worden war und anfangs „Allgemeine Oder-Zeitung" hieß, seit April 1849 aber den Titel „Neue Oder-Zeitung" führte. Mitarbeiter waren u. a. der bekannte Romanschriftsteller Max Ring und für den Handelsteil der Referendar a. D. Max Friedländer, der nachmalige Herausgeber der „Neuen Freien Presse" in Wien. Die Ungunst der Zeit und wohl auch der Mangel an Mitteln ließ die „Allgemeine Oder-Zeitung" jedoch nicht emporkommen; mit dem Schlusse des Jahres 1855 ging sie ein. Gün-

stiger gestalteten sich die Verhältnisse bei einem kleinen Inseratenblatte, das gleichzeitig mit der „Allgemeinen Oder-Zeitung" ins Leben trat, gegründet von Leopold Freund. Es hieß anfangs „Breslauer Anzeiger für Kommunal-, polizeiliche und Lokalangelegenheiten", weiterhin „Breslauer Anzeiger für Politik, Kunst, Gewerbe, polizeiliche und Lokal-Nachrichten", dann vom 1. April 1853 ab „Kleine Morgen-Zeitung; Breslauer Anzeiger", bis es schließlich am 1. Oktober 1862 den Titel „Breslauer Morgen-Zeitung" annahm. Von da ab war auch der fortschrittliche Politiker Dr. Moritz Elsner (geb. 1809, gest. 1894), ein hervorragender Publizist, der leitende Redakteur, und unter dessen Führung wurde das Blatt die liberale Zeitung für die breiten Bürgerkreise Breslaus.

In Königsberg machte sich die geographische Lage bemerkbar. Dort, weit im Osten, stand man der Einheitsbewegung, die in Süddeutschland die Gemüter so lebhaft erfüllte, ziemlich gleichgültig gegenüber; gehörten doch auch die Provinzen Preußen und Posen nicht einmal zum deutschen Bunde. Der politische Gedanke kulminierte daher beim Beginn der Revolution hier in einem freien Preußen, und für diesen trat denn auch der weitaus größte Teil der Bevölkerung der Heimat Simsons, Walesrodes und Jacobys ein. Durch die Königsberger Zeitung, die noch der wackere Georg Friedrich Hartung leitete, wurden diese liberalen Bestrebungen lebhaft unterstützt, auch trat das Blatt mit aller Energie für die Gemaßregelten ein, wie z. B. für den Direktor der städtischen höheren Mädchenschule, Dr. Sauter, gegen den wegen angeblicher politischer Agitation die Disziplinaruntersuchung eingeleitet wurde. Leider starb der alte Hartung mitten in der Bewegung am 19. April 1849, worauf sein Sohn Hermann die Leitung des Geschäftes übernahm und bis zum Schlusse des Jahres 1871 in Händen hatte, zu welcher Zeit das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde. Die Härte der Zeit hatte der junge Hartung sehr bald zu spüren, denn die Regierung legte, sobald die Revolution bezwungen war, dem liberalen Blatte alle möglichen Hindernisse in den Weg und nahm ihm auch seinen zweihundert Jahre alten Namen. Unter dem

3. Mai 1850 ging Hartung vom Polizei-Präsidium die Anweisung zu, er habe sich der im Titel seiner Zeitung gebrauchten Prädikate „Königliche" und „Staatszeitung", sowie des königlichen Wappens nicht mehr zu bedienen, da hierin ein Hoheitsrecht liege, worauf am 6. Mai die Zeitung mit dem Titel „Königsberger Hartungsche Zeitung (bisher Kgl. Preuß. Staats-, Kriegs- und Friedens-Zeitung)" ohne preußisches Wappen erschien. Verschiedene neue Blätter, das „Königsberger Oppositionsblatt", das „Ostpreußische Bürgerblatt" und die „Zeitung für Preußen", faßten nicht Fuß und verschwanden bald wieder.

Im benachbarten Memel gründeten C. E. Teubert und August Stobbe im Sommer 1849 das liberale „Memeler Dampfboot", das zunächst nur zweimal wöchentlich zum Preise von 12½ Sgr. für das Quartal erschien. Zu Anfang der siebziger Jahre erwarb F. W. Siebert die Zeitung und gestaltete sie zu dem großen Blatte um, das sie heute ist.

Ein reges Leben kam in die Stettiner Presse. Die alten Blätter, die „Privilegierte Stettiner Zeitung und die Börsen-Nachrichten der Ostsee", jetzt „Ostee-Zeitung" genannt, erschienen jetzt täglich, aber sie scheinen dem Bedürfnis bei weitem nicht genügt zu haben, denn es entstand auch eine ganze Reihe neuer Blätter. Bereits vom 1. Mai ab erschien im Verlage von A. Wachenhusen & Co. die „Neue Stettiner Zeitung" und vom 1. Juli ab die „Norddeutsche Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe", herausgegeben von H. und R. Graßmann, und außerdem nunmehr täglich das bisherige Wochenblatt der „Wächter an der Ostsee". Weiterhin kam bei Ewald Gentzensohn ein „General-Anzeiger", bei J. C. R. Dombrowsky ein „Stettiner Beobachter" heraus. Endlich rief Ewald Gentzensohn noch am 1. Juli 1849 eine „Pommersche Bürger-Zeitung" ins Leben, die 1853 in „Pommersche Zeitung" umgetauft wurde. Alle Blätter huldigten, außer der „Privilegierten Stettiner Zeitung" und der „Norddeutschen Zeitung", demokratischer Tendenz. Diese üppige Zeitungsliteratur welkte aber schnell wieder dahin, als die Kaution eingeführt wurde (vergl. S. 547). Der „Wächter an der Ostsee"

und die „Neue Stettiner Zeitung" gingen alsbald ein; andere folgten. Die „Pommersche Zeitung" hielt sich bis 1866.

Mit erheblichen Schwierigkeiten hatte die Presse in Magdeburg zu kämpfen. Die „Magdeburgische Zeitung", seit 1846 im Besitze von Gustav Faber, war der Regierungspartei nicht konservativ und den Radikalen nicht freisinnig genug. Von beiden Seiten wurden daher Versuche unternommen, sie zu sich herüberzuziehen, sodaß der Redakteur Dr. Loempcke alle Geschicklichkeit aufbieten mußte, durch die Klippen hindurch zu kommen. Von konservativer Seite war es kein Geringerer als Otto von Bismarck, der es versuchte, das weitverbreitete Blatt der Provinz Sachsen wenigstens bis zu einem gewissen Grade seiner Partei dienstbar zu machen. Er sandte der Zeitung unter dem 20. April 1848 einen Aufsatz und fragte dabei an, ob er auch „fernere Aufsätze" schicken könne. Die Redaktion dürfe bei einer Zustimmung von der Voraussetzung ausgehen, „daß die Artikel in einem Sinne geschrieben sind, der der sonstigen Richtung des Blattes wenigstens nicht direkt zuwider läuft". Auch Hinckeldey, Graf Eulenburg, der nachmalige Minister der Konfliktszeit, und andere traten an die Zeitung heran. Von radikaler Seite ging man natürlich viel robuster vor; man hoffte durch Katzenmusiken, die sich sogar bis zu tätlichen Angriffen auf die Druckerei steigerten, die Redaktion zu zwingen, in das radikale Fahrwasser einzuschwenken. Allein diese verharrte auf ihrem gemäßigten Standpunkte; sie verlangte eine freiheitliche Entwicklung auf gesetzlichem Wege und verfocht dabei die staatliche Ordnung gegenüber dem wüsten Geschrei des Pöbels.

Einen recht angenehmen Vorteil zog der „Courier" in Halle aus dem Umschwung der Verhältnisse. Dadurch, daß alle Fesseln der Presse fielen, war der Besitzer Gustav Schwetschke auch nicht mehr gehalten, als Nachfolger Tiefstrunks die jährliche Abgabe an das Waisenhaus zu entrichten (vergl. Bd. II, S. 153); er wollte diese daher durch ein Geschenk ablösen, allein die Franckesche Anstalt ging darauf nicht ein, sondern gab selbst einen „Hallischen Courier" (den sog. Waisenhaus-Courier) unter Leitung eines ge-

wissen Delbrück heraus, worauf Schwetschke den Titel seines Blattes in „Hallische Zeitung, früher Hallischer Courier“ umänderte. Der Waisenhaus-Courier vermochte aber gegen die Schwetschkesche Zeitung nicht aufzukommen und ging sehr bald wieder ein. — Das Hallische „Volksblatt für Stadt und Land“ (siehe S. 355) redigierte im Sinne Tholucks und Ahlfelds vom 12. April 1848 bis zum 31. August 1849 der von verschiedenen politischen und religiösen Strömungen umhergetriebene Franz von Florencourt (geb. 1803, gest. 1886).

Die Bewegung am Rhein erhielt dadurch eine besondere Färbung, daß man dort für die Provinz eine größere Selbständigkeit erstrebte. Die Sympathie für Preußen war noch immer gering, und deshalb benutzte man bei der Schwäche der Regierung die Gelegenheit, die Abhängigkeit von Berlin möglichst abzuschwächen. Wenn man sich auch nicht gerade von Preußen lostrennen wollte, so wünschte man doch so eine Art Vizekönigreich am Rhein herauszubilden, etwa mit einem Statthalter, der dann seinen Sitz in Köln haben müßte. Diese Grundstimmung vertrat auch die „Kölnische Zeitung“. Sie verlangte in den ersten Wochen der Erregung (Nummer vom 18. April 1848) eine „konstitutionelle Monarchie auf demokratischer Grundlage“ und zwei Monate später forderte sie für die Provinz eine solche Selbständigkeit, „daß die nach Tätigkeit für das Gemeinwesen verlangenden Gemüter einen würdigen Turnplatz ihrer besten Kräfte in der nächsten Nähe finden und nicht sofort alle ihren Blick nach Berlin zu richten haben“. In dieser Zeit nahm die Zeitung auch eine Änderung im Titel vor. Bisher zeigte sie dort das Kölnische Wappen inmitten des Wappens der ehemaligen Provinz Jülich-Kleve-Berg, umgeben von einigen Sinnbildern und gehalten vom preußischen Adler. Dieses Wappen ließ sie jetzt weg, wohl ohne zu ahnen, daß das in Berlin sehr übel vermerkt und später, unter dem reaktionären Ministerium Manteuffel-Westfalen, sogar als ein staatsverbrecherisches Attentat bezeichnet werden würde. Die „Kölnische Zeitung“ hat den preußischen Adler fliegen lassen und damit Preußen „abgesagt“, hieß es wiederholt in der „Kreuzzeitung“. Das war aber durchaus nicht der Fall. Sie

trat immer mit ganzer Wärme für die preußische Monarchie ein und verurteilte schroff die unzweifelhafte Hinneigung eines Teiles der rheinischen Bevölkerung zu Österreich. Sie focht aber auch weiterhin für eine ausgesprochen konstitutionelle Regierung und wies bereits im Herbst 1848 eindringlich auf die Rückwärtsbewegungen hin, die in Preußen gemacht wurden. „Nicht nach Frankfurt und den Nachbarstaaten“, schrieb sie unter dem 22. September, „nach Berlin blicken wir in diesem Augenblicke mit der meisten Besorgnis! Ja, Preußen steht hart am Abgrunde; nicht die Berliner Linke ist es, die wir in diesem Augenblicke am meisten fürchten; sie hat ihre Kraft nicht aus sich, sie borgt dieselbe von ihren Gegenfüßlern. Nicht die bewußten und unbewußten Republikaner erfüllen uns mit Bangigkeit, die uns jetzt die Brust zusammenpreßt, sondern die Partei der Überköniglichen ist es, die Partei v. Arnim, die Partei des Preußen-Vereins, die Partei des Staatsstreichs und der Kontrerevolution.“ Und als sich der Bruch zwischen der preußischen Regierung und der Nationalversammlung immer weiter vollzog, brach die „Köln. Ztg.“ unter dem 18. November in den Klageruf aus: „Die Krone der Hohenzollern rollt am Abgrunde!“ So weit war es jedoch noch nicht gekommen; aber die Hoffnungen auf ein einiges Deutschland mit Preußen an der Spitze mußten — wenigstens vorläufig — begraben werden. Die „Kölnische Zeitung“ gab es auf, weiter für den deutschen Gedanken einzutreten, und beschäftigte sich nur noch mit den preußischen Angelegenheiten. Allein auch diese waren nachgerade so unerquicklich geworden, daß die Zeitung beständig über die Haltung und die Maßnahmen der Regierung klagte. Diese Sprache verdroß aber in Berlin höchlich; die „Kreuzzeitung“ klagte, die „Köln. Ztg.“ untergrabe nicht nur die Treue gegen Preußen, sondern arbeite auch täglich daran, alle deutschen Rechtsbegriffe zu verfälschen und zu verwälschen, und schließlich wurde im Juli 1851 der Herr von Kleist-Retzow mit dem ausgesprochenen Auftrage als Oberpräsident nach der Rheinprovinz geschickt, „der ‚Kölnischen Zeitung‘ tüchtig auf den Mund zu klopfen“. Eine weitere Bestätigung der Unzufriedenheit über die Zeitung kam aus des Königs Friedrich Wilhelm IV. eigenem Munde; der Monarch

passierte am 16. August 1851 Köln und erklärte dort in bezug auf die „Kölnische Zeitung" einer Gemeinderats-Deputation: „Ich bin nicht gekommen, um Komplimente zu machen, sondern um die Wahrheit zu sagen und die ganze Wahrheit. Ich weiß, daß Sie im Punkte Ihrer Presse sehr sensibel sind; aber es ist nötig, daß die Verblendung aufhöre, die kein Vertrauen und keine Anhänglichkeit aufkommen läßt, sondern nur Zwietracht verursacht in der Stadt und im Staate. Suchen Sie diesen feindseligen Geist zu verbannen; machen Sie, daß es besser werde. . . . Es ist Zeit, daß das bald aufhöre, sonst werde ich es ändern. Ich habe den Willen und die Kraft dazu. Sorgen Sie, daß es besser werde, und zwar in kurzer Zeit, sonst können wir keine guten Freunde bleiben, und ich versichere Sie, es werden die strengsten Maßregeln ergriffen werden."

Diese ließen denn auch nicht auf sich warten. Schon wenige Tage nach dem königlichen Besuche kündigte der Regierungspräsident dem Verleger Joseph Du Mont an, daß er mit der äußersten Strenge gegen das Blatt vorgehen werde, wenn es sich noch weiterhin zum Sprachrohr der liberalen Ideen mache. Darauf wurde eine Reihe von Leitartikeln über den Geist der früheren preußischen Politik und über die bürgerliche und politische Freiheit abgebrochen, und unter dem 23. August 1851 erließ die Zeitung eine Redaktions-Erklärung, in der es unter anderem hieß: „Wir sind leider von dem Mißgeschicke betroffen, uns das Mißtrauen des gegenwärtigen Ministeriums zugezogen zu haben, dessen Maßregeln wir allerdings heftig bekämpften. Doch überschritten wir nie die gesetzlichen Schranken. Zwar haben wir in der letzten Zeit versucht, durch den Ton unserer Aufsätze möglichst wenig zu verletzen, es ist uns aber dessen ungeachtet amtlich eröffnet worden, daß wir, wenn wir selbst in der Weise der letzten Tage fortführen, die ‚strengsten administrativen Maßregeln unvermeidlich zu gewärtigen' hätten. Unter diesen Umständen würde es nicht bloß Verkehrtheit, sondern Wahnsinn sein, wenn wir einen Streit fortsetzen wollten, der in wenigen Tagen mit unserm Untergange enden könnte. Unsere Überzeugung ist die nämliche, die damals uns beseelte, wo unser Eigentum und Leben bedroht war, ja, der

he, gewalttätige Angriff der Menge schon begonnen hatte. Wir
nnen sie heute, wo der Irrtum uns anderswo zu liegen scheint,
cht ändern. Aber die Umstände verhindern uns, rücksichtslos,
ie bisher, unsere Überzeugung auszusprechen. Wir werden uns
aher von nun an fernhalten von jeder Beurteilung der Regie-
ungsmaßnahmen. Wir ersuchen unsere Herren Korrespondenten
Preußen und in Deutschland, sich soviel wie möglich auf ge-
aue Angaben der Tatsachen zu beschränken und sich alles
äsonnements, das mißliebig werden könnte, zu enthalten. Unsere
eschätzten Berichterstatter im Auslande mögen vor der Hand
ortfahren, sich über etwaige Zustände mit Freimut zu äußern,
agegen die Anspielungen auf innere deutsche Angelegenheiten zu
nterlassen."

Allein der leitende Redakteur, Karl Brüggemann, war noch
mmer nicht zurückhaltend genug; es tauchte deshalb im Schoße
er Berliner Regierung das Projekt auf, die Zeitung zu erwerben;
er Kauf kam jedoch nicht zustande. Darauf abermals und
viederholt heftige Mißbilligung der Haltung der Zeitung und
ndlich eine ernste Verwarnung, in der der Oberpräsident das
Blatt direkt beschuldigte, „es unterwühle und verunglimpfe das
Königtum und verletze fortwährend die Achtung gegen Seine
Majestät den König; es attackiere und beleidige teils einzelne
Minister, teils hetze es Fraktionen des Ministeriums, bald zwei
gegen fünf, bald vier gegen drei; ... es habe wiederholt den
Prinzen von Preußen auf Kosten des Königs zu heben gesucht
und von ersterem behauptet, er trage der Gesinnung des Volkes
einzig Rechnung; ihm sei es zu danken, daß die rechte Bahn ein-
geschlagen werde."

Zugleich wurde ein Redaktionswechsel verlangt, da nur dieser
nach Ansicht des Oberpräsidenten die genügende Bürgschaft für
die gewünschte politische Richtung des Blattes bieten könne. Hier-
zu konnte sich aber Du Mont zunächst noch nicht entschließen; er
zögerte. Mittlerweile fiel in einem Artikel der Zeitung der Aus-
druck „moskowitische Verlogenheit". Zornsprühend sprang Herr
von Kleist-Retzow auf. Hier hatte ja das Blatt in ganz unzu-
lässiger, leidenschaftlicher Weise das befreundete Rußland ange-

griffen! Jetzt gab es kein Zögern mehr; der Verleger wurde schroff vor die Wahl des Redaktionswechsels oder der Unterdrückung des Blattes gestellt, und natürlich trat nun Brüggemann zurück; Dr. Heinrich Kruse übernahm die Leitung des Blattes. Es war mittlerweile März 1855 geworden.

Daß die Regierung einen so großen Wert auf eine ihr günstige Stimmung in der „Kölnischen Zeitung" legte, war allerdings ganz erklärlich, denn das Blatt hatte einesteils seiner Haltung in der deutschen Sache, dann aber auch seiner Promptheit und Schnelligkeit wegen, mit der es über die sich oft überstürzenden politischen Vorgänge berichten konnte, mehr und mehr eine große Verbreitung und dadurch auch einen bedeutenden Einfluß gewonnen. Die Organisation des Betriebes wurde von dem Verleger Joseph Du Mont in außerordentlich geschickter Weise ausgebaut. So wußte er sich die Berichte aus Frankfurt, die damals (da die Eisenbahn erst bis Bonn ging) bei gewöhnlicher Beförderung noch durch die Kariolpost besorgt wurden, durch die Dampfschiffe wesentlich schneller zu verschaffen, was lange Zeit selbst der Post ganz unerklärlich war. Und die wichtigen Nachrichten aus Paris, besonders die Börsennachrichten, da damals die Pariser Börse noch sämtliche Geldmärkte des Kontinents beherrschte, ließ er sich durch Brieftauben übersenden, die ihm die Schlußkurse einen ganzen Tag früher brachten, als die Postzüge. Die „Times" kam ihm durch geschickte Vermittlung ebenfalls wesentlich früher zu, als dem Publikum, das sie durch die Post bezog. Allerdings kam sie ihm dadurch jährlich auf 3000 *M.* zu stehen. Hauptsächlich dank dieser ausgezeichneten Einrichtungen stieg die Auflage der Zeitung von 9500, die sie zu Anfang des Jahres 1848 noch hatte, binnen eines Jahres auf 17400 Exemplare. Die „Kölnische Zeitung" wurde dadurch zu einem Weltblatte.

Neben der „Kölnischen Zeitung" sproß im Sommer 1848 noch eine ganze Menge liberaler Blätter empor, doch gelangte keines zu einer größeren Entwicklung, weil alle sich von ihrer Leidenschaft zu sehr fortreißen ließen, mit maßlosen Forderungen hervortraten und darum schon nach kurzer Zeit unterdrückt wurden. Den

meisten geistigen Gehalt besaß von diesen kleinen Zeitungen die „Neue Rheinische Zeitung“, die noch den Untertitel „Organ der Demokratie“ führte. Sie wurde von Karl Marx gegründet, der auch als leitender Redakteur fungierte; die übrigen Redakteure waren Heinrich Bürgers, Ernst Dronke, Friedrich Engels, Georg Weerth und Wilhelm Wolff; im Oktober kam noch Ferdinand Freiligrath hinzu. Marx war nach und nach roter Republikaner geworden; er feierte daher in seiner Zeitung die Franzosen, die es zur Republik gebracht hätten, überschüttete die Nationalversammlung in Frankfurt mit Hohn, daß sie ein Erbkaisertum anstrebe, und stellte sich überhaupt dem deutsch-nationalen Gedanken feindlich gegenüber. Bei der allgemeinen überhitzten Stimmung fanden diese Phantasieen und Tiraden in einem großen Teile des Publikums Beifall, und die Auflage der Zeitung stieg bis auf 6000 Exemplare. Als Ende September über Köln der Belagerungszustand verhängt ward, mußte die Zeitung ihr Erscheinen für einige Wochen einstellen, während ihre Redakteure in den Anklagezustand versetzt wurden; vom 11. Oktober ab konnte sie aber wieder erscheinen und brachte dabei die Mitteilung, daß der gefeierte Dichter Ferdinand Freiligrath noch in die Redaktion eingetreten sei. Dieser übernahm die Herstellung des englischen Artikels, doch eignete er sich wenig für eine solche stetige redaktionelle Tätigkeit und gab sie bald auf; dagegen spendete er dem Blatte eine Anzahl packender politischer Gedichte „Wien“, „Blum“, „Ungarn“, das zornsprühende Gedicht gegen Cavaignac, eine Übersetzung nach Delphine Gay, jetzt unter der Überschrift „24. Juni bis 24. November“ im Anhange des dritten Bandes der Werke wieder abgedruckt, die nach der Weise der Marseillaise gedichtete „Reveille“ und schließlich das „Abschiedswort der Neuen Rheinischen Zeitung“. Die Zeitung war, da die Aufregung in den Massen sich langsam legte, finanziell zurückgegangen, zudem wurde Marx als angeblicher Ausländer aus Preußen ausgewiesen; die Weiterführung der Zeitung ließ sich also nicht mehr bewerkstelligen. Infolgedessen beschloß Marx, mit einem kecken Tableau das Unternehmen abzuschließen. Am 19. Mai 1849 erschien die letzte Nummer der „Neuen Rheinischen

Zeitung" in rotem Druck, an der Spitze das trotzig-stolze „Abschiedswort" Freiligraths mit den Strophen:

Nun ade, nun ade, du kämpfende Welt,
Nun ade, ihr ringenden Heere!
Nun ade, du pulvergeschwärztes Feld,
Nun ade, ihr Schwerter und Speere!
Nun ade — doch nicht für immer ade!
Denn sie töten den Geist nicht, ihr Brüder!
Bald richt' ich mich rasselnd in die Höh',
Bald kehr' ich reisiger wieder!*)

Diese Rückkehr erfolgte aber bekanntlich in ganz anderer Weise, als Freiligrath damals träumte.

Einen ähnlichen Ton, wie die „Neue Rheinische Zeitung", schlug die „Westdeutsche Zeitung" an, die das Marxsche Blatt ersetzen wollte. Sie wurde von Dr. Hermann Becker, dem „roten Becker", gegründet und sollte „allen, die nicht unbedingt zur roten Reaktion geschworen, ein Anhaltspunkt sein im Ringen mit dem Preußentum". Die erste Nummer erschien am 25. Mai 1849. Bei der außerordentlich leidenschaftlichen Sprache des Blattes kam es natürlich sehr bald zu Konflikten, besonders nachdem am 29. Juni die Regierung auf Grund des § 105 der oktroyierten Verfassung vom 5. Dezember 1848 die Verordnung über Vereinsrecht und Presse erlassen hatte. Von jeder Nummer einer Zeitung mußte ein Exemplar bei der Polizeibehörde niedergelegt werden, und für den Inhalt waren der Verfasser, der Verleger, der Drucker und der Verbreiter verantwortlich. Becker wurde wiederholt angeklagt und verurteilt. Dazu kam, daß am 5. Juni 1850 eine neue Preßverordnung erschien, die es der Postverwaltung freistellte, mißliebige Zeitungen von der Beförderung auszuschließen, und daß ferner am 1. Juli für Zeitungen politischen Inhalts die Kaution eingeführt wurde (vergl. S. 547). Die „Westdeutsche Zeitung" sah sich infolgedessen von der Postbeförderung ausgeschlossen, zudem war der Herausgeber nicht im-

*) Wilhelm Buchner, Ferdinand Freiligrath, Lahr 1882, Bd. II, S. 213 und Ludwig Bamberger, Die Flitterwochen der Preßfreiheit, Mainz 1848, S. 196.

stande, die Kaution aufzutreiben; es blieb also schließlich nichts anderes übrig, als am 21. Juli 1850 die Zeitung eingehen zu lassen. Bald nachher wurde Becker noch mit in den sogenannten Kölner Kommunistenprozeß verwickelt und zu sieben Jahren Festungsstrafe verurteilt, die er auch voll in Pillau verbüßte.*)

Die übrigen kleinen demokratischen Zeitungen waren sogenannte Arbeiterblätter, die alle nur ein kurzes Dasein hatten; es seien genannt: „Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit", verlegt von B. G. Röser, redigiert von W. Prinz, „Zeitung des Arbeiter-Vereins zu Köln", deren Verleger und Redakteur sehr häufig wechselten, „Die Arbeit, politisch-sozialistische Zeitung der Arbeiter und Arbeitgeber", ein, wie es scheint, gut fundiert gewesenes Blatt, das täglich herauskam, während die anderen Arbeiterblätter nur ein- oder zweimal in der Woche oder auch zwanglos erschienen, und endlich „Verfolger der Bosheit", verlegt und redigiert von Matthias Wessel, ein etwas konfuses Blatt, das mit sichtlichem Behagen die derb-volkstümliche Sprache pflegte.

Für die katholischen Interessen trat eine „Deutsche Volkshalle" auf den Plan. Sie wurde von Hermann Müller, einem Freunde Heinrichs von Gagern, redigiert, und nahm ebenfalls gern gewisse demokratische Allüren an, doch neigte sie stark nach Österreich und wurde dabei sehr wesentlich durch Franz von Florencourt unterstützt, der mittlerweile zur katholischen Kirche übergetreten war und nun von Wien aus eifrig für sie korrespondierte. Sie existierte bis 1855, in welchem Jahre sie plötzlich unterdrückt wurde.

In Mülheim an der Ruhr trat am 30. April 1848 ein „Wächter an der Ruhr" ins Leben, der aber bald nach Duisburg übersiedelte und dort den Namen „Rhein- und Ruhrzeitung" annahm. Als Programm stellte das Blatt auf, „den zeitgemäßen und besonnenen Fortschritt im Wege der Ordnung und Gesetzlichkeit zu fördern inmitten des bewegungsvollen Kampfes zweier Kräfte, der Partei des unbedachtsamen Rückschritts und der Partei des verstandeslosen Fortschritts." Auf dieser goldenen

*) Karl E. Hackenberg, Der rote Becker. Leipzig 1890, S. 73 ff.

Mittelstraße entwickelte sich das Blatt nach und nach zu einer großen, bedeutenden Zeitung.

Mancherlei Wandlungen vollzogen sich im Krefelder Zeitungswesen. Das politisch farblose Kreisblatt genügte nicht mehr; es gaben daher Funke und Müller 1848, gestützt auf die liberale Partei, eine „Krefelder Zeitung" heraus, und weiterhin entstanden am 1. Februar 1849 die „Deutschen Volksblätter", die zunächst die Interessen der deutschen Volkspartei vertraten, dann aber eine entschieden konfessionelle Färbung annahmen, so daß sich später aus ihnen die katholische „Niederrheinische Volkszeitung" entwickelte. Die „Krefelder Zeitung" wurde mittlerweile mit dem Kreisblatt verbunden und ging 1862 in den Verlag von Kramer und Baum über.

Die demokratische „Triersche Zeitung" wurde, besonders wegen ihrer enthusiastischen Vergötterung der französischen Verhältnisse, 1851 unterdrückt. Einen gewissen Ersatz bot die aus dem 1748 gegründeten „Koblenzer Intelligenzblatte" hervorgegangene „Koblenzer Zeitung", die 1850 diesen Titel annahm und die gemäßigt liberale Richtung vertrat.

---

3. Die Presse in den übrigen norddeutschen Staaten. Die Preßverhältnisse in Hannover. Die „Zeitung für Norddeutschland". Die „Reichszeitung" in Braunschweig. Die Hamburger Zeitungen. Die „Reform". Ihr Gründer Richter. Die „Lübeckischen Anzeigen". Die „Weser-Zeitung". Die Presse in Schleswig-Holstein. Die Zeitungen in Kurhessen. Oetkers „Neu-Hessische Zeitung". Die „Hornisse". Die „Kasseler Zeitung". Das politische Leben in Sachsen. Karl Biedermanns Adresse an den König Friedrich August. Der Kampf um die Preßfreiheit. Die „Deutsche Allgem. Zeitung". Die „Leipziger Zeitung". Das „Dresdener Journal". Die „Konstitutionelle Zeitung".

In dem bunten Gewirr der kleinen norddeutschen Staaten äußerte sich der revolutionäre Geist sehr verschieden. In Hannover hielt sich die Bewegung in bescheidenen Grenzen, obwohl man nach der Lage der Verhältnisse eine besonders heftige Erup-

tion hätte erwarten müssen, denn der Druck, den der starrköpfige und tyrannische König Ernst August seit Jahren hier ausübte, war unerhört. Das geistige Leben lag in wahrhaft schmachvollen Fesseln. Noch immer galt das Zensuredikt von 1705, das dem Zeitungswesen die ärgste Beschränkung auferlegte, und darum erschien bis zum Frühjahr 1848 im ganzen Königreiche für 1 700 000 Einwohner nur eine einzige tägliche Zeitung, die amtliche „Hannoversche Zeitung", deren Inhalt noch dazu so unzulänglich war, daß jeder, der sich einigermaßen über die Weltverhältnisse informieren wollte, zu „ausländischen Blättern" greifen mußte. In letzter Zeit war es besonders die „Kölnische Zeitung", die man ihrer flinken Berichterstattung wegen in Hannover gern las. Als am 26. Februar die ersten Mitteilungen von den Vorgängen in Paris nach Hannover kamen, steigerte sich rasch die allgemeine Erregung, und große Menschenmengen warteten jetzt tagtäglich abends auf die Ankunft des Kölner Zuges, der die neuesten Nachrichten brachte. Von der „Kölnischen Zeitung" wurden, wie Oppermann in seiner „Geschichte des Königreichs Hannover" erzählt, mitten im Quartal in einer Woche 200 Exemplare bei dem Postamt Hannover bestellt. Auf den Bahnhöfen, in den Konditoreien und Bierlokalen wurden die eben angekommenen Blätter öffentlich vorgelesen, wobei es oft zu Demonstrationen kam. Die Ansichten klärten sich auch bald, und am 3. März stellte in der Sitzung der städtischen Körperschaften in Hannover der Bürgervorsteher Peters den Antrag auf Einreichung einer Petition um Aufhebung der Zensur, Einberufung der Stände, Bürgergarden und Vertretung des Volkes beim deutschen Bunde. Eine solche Petition wurde auch bereits am Abend des 3. März dem König überreicht, fand aber eine sehr ungnädige Aufnahme. Nur auf die Berufung der Stände ließ sich Ernst August ein; von einer Aufhebung der Zensur, erklärte er, könne nicht eher die Rede sein, als bis die Garantieen gegen den Mißbrauch der Presse, von denen der Bundesbeschluß rede, getroffen seien. Diese Abweisung erregte große Entrüstung, um so mehr, als in Süddeutschland bereits weitgehende Zugeständnisse der verschiedensten Art gemacht worden waren. Auch in den übrigen Städten des Königreichs

brach der Unwille los, und aus allen Gegenden des Landes liefen Petitionen ein, die eine größere Freiheit verlangten. Darauf erließ der König eine Proklamation, in der er die Aufregung mit vielen nichtssagenden Worten zu beschwichtigen suchte, aber auch nicht die geringsten Freiheiten gewährte. Infolgedessen steigerte sich die Erbitterung, und eine Bürgerversammlung stellte 12 bestimmte Forderungen auf, deren erste die sofortige Entfesselung der Presse war. In einer Adresse wurden dem Könige diese Beschlüsse am 17. März mitgeteilt. Dieser hatte unterdessen Kenntnis von den schlimmen Vorgängen in Wien erhalten und zeigte sich nun sehr gefügig. Hinsichtlich der Presse ließ er erklären:

„Was die sofortige Entfesselung der Presse betreffe, so sei bereits beschlossen worden, ein Preßgesetz zu bearbeiten, und habe der König bis zur Erlassung desselben die schonendste Ausübung der Zensur bereits befohlen. Se. Majestät wolle jedoch schon jetzt durch formelle Aufhebung der Zensur dieses Gesuch gewähren und anordnen, daß bis zur Erscheinung des Preßgesetzes nach den bestehenden Gesetzen geurteilt werde.“

Auch den übrigen Forderungen stimmte er im großen und ganzen zu, und ferner kam er durch Entlassung des Kabinettsministers v. Falcke und Berufung des Ministeriums Stüve den allgemeinen Wünschen entgegen, so daß die Aufregung sich allgemach wieder legte und die Entwicklung der politischen Verhältnisse in ruhigen Bahnen sich vollzog.

Die gewährte Preßfreiheit übte bald im ganzen Lande ihre Wirkung. Nicht bloß in Hannover, sondern auch in den andern Städten des Königsreichs entstanden politische Zeitungen, doch entbehrten die meisten jeder Selbständigkeit und größeren Bedeutung. Ein gewisses Ansehen wußten sich vorübergehend in Hannover die „Vaterlandsblätter“ des Dr. Schläger, ein liberales Blatt, das seit dem 1. April 1848 erschien, aber bereits am 1. April 1850 wieder einging, und die „Hannoversche Volkszeitung“, ein demokratisches Blatt, das Dr. Mensching unter dem Einflusse von Georg Egestorff herausgab, zu erwerben. Doch wurden auch zwei konservative Blätter gegründet, die „Niedersächsische Zeitung“ und der „Neue Volksfreund“. Das erstere war

Organ der feudalen Junkerpartei und stellte sich die Aufgabe, „die monarchisch-konservativen Grundsätze gegenüber den zur Herrschaft gelangten destruktiven Bestrebungen geltend zu machen und damit zugleich die wahren Landesinteressen zu verteidigen, unter diesen obenan aber die speziell ländlichen, den vielseitigen städtischen gegenüber." Der „Neue Volksfreund" gab zwar an, für den „gemäßigten Fortschritt" einzutreten und den „obersten Grundsatz" befolgen zu wollen, weder servil gegen die Regierung zu sein, noch mit einer anmaßenden Volkspartei zu buhlen, erklärte aber auch, daß ihm das konservative Prinzip immer die maßgebende Richtschnur geben werde.*) Neben diesen neuen Blättern wandelte sich auch noch die „Hannoversche Morgenzeitung", die bisher in der Hauptsache ein literarisches Blatt gewesen war, mit dem 28. März 1848 in eine politische Tageszeitung um. Eine große politische Tagespresse erhielten Stadt und Land Hannover jedoch erst, als mit dem Ende des Jahres 1848 die „Bremer Zeitung" nach Hannover verlegt wurde, wo sie den Titel „Zeitung für Norddeutschland" bekam.

Die „Bremer Zeitung" wurde seit Juli 1848 von dem geistvollen und weitblickenden Theodor Althaus redigiert, der mit aller Wärme den Standpunkt vertrat, daß die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt die einzige berechtigte Vertreterin des deutschen Volkes sei, und darum verurteilte er auch den von Preußen im Widerspruche mit den Bestimmungen des Reichsministeriums und ohne Vorbehalt der Genehmigung des Reichsverwesers am 26. August 1848 mit Dänemarck abgeschlossenen Waffenstillstand. Das mißfiel aber den Bremer Kaufleuten, die von dem Abschlusse des Waffenstillstandes von Malmö günstigere Handelsverhältnisse erhofften; viele kündigten der „Bremer Zeitung" das Abonnement, worauf die Besitzerin des Blattes, die Heysesche Buchhandlung, auf den Gedanken kam, die Zeitung nach Hannover zu verlegen, wo zudem die Verkehrsverhältnisse weit günstiger lagen. Dabei bot sich zufällig Gelegenheit, das Blatt

*) Otto Kuntzemüller, Das hannov. Zeitungswesen vor dem Jahre 1848 (Pr. Jahrb. Bd. 94, Heft 3).

an die Firma Gebrüder Jänecke zu verkaufen, deren junger und tatkräftiger Teilhaber Georg Jänecke längst ein Tageblatt herauszugeben wünschte, und so erschien denn vom 26. Dez. 1848 ab das Blatt im Verlage der Gebrüder Jänecke unter der verantwortlichen Leitung von Th. Althaus in Hannover mit dem Titel „Zeitung für Norddeutschland“ zweimal täglich zum Preise von 1 Taler 18 Ggr. In der Nummer vom 1. Jan. 1849 entwickelte Althaus sodann das Programm der Zeitung. Er betonte, daß Deutschland vor allem eine Nation, ein Bundesstaat werden müsse, in welchem es nur ein Ministerium des Krieges, nur ein Ministerium des Auswärtigen gibt.“ Die Verhältnisse entwickelten sich aber bekanntlich nicht, wie die Patrioten es gehofft hatten, und als nun Althaus in seiner Sorge und Aufregung zur Einsetzung eines „Landesausschusses für Verteidigung und Durchführung der deutschen Reichsverfassung in Hannover“ aufforderte, wurde er am 14. Mai 1849 verhaftet und am 7. August wegen Staatsverrates vom Stadtgericht in Hannover zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Zwar begnadigte ihn der König Ernst August bereits am 15. Mai 1850, doch hatte seine Gesundheit während der Haft so gelitten, daß er schon am 2. April 1852 in Gotha starb. Sein Nachfolger in der Redaktion der „Zeitung für Norddeutschland“ wurde zunächst der Literarhistoriker Karl Gödeke, der das Blatt bis Ende März 1850 leitete, und weiterhin, nachdem es mit der „Hannoverschen Morgenzeitung“ vereinigt worden war, erst Dr. Julius Freese, dann mit dem 1. Januar 1851 Dr. Ehrenreich Eichholtz. Unterdessen hatte das Märzministerium Bennigsen-Stüve dem reaktionären Kabinett Münchhausen-Lindemann Platz machen müssen, und eine andere Zeit war eingezogen, in der die Zeitung nur mit größter Zurückhaltung von liberalen Dingen reden durfte, über die deutschen Angelegenheiten aber vollständig schweigen mußte.

In Braunschweig erstand 1848 im Viewegschen Verlage eine „Deutsche Reichszeitung“, die Dr. Karl Andree im deutsch-nationalen Sinne leitete. Später wurde die Zeitung ein ausgesprochen welfisches Blatt, das dann aber aus Mangel an Abonnenten im Herbst 1866 eingehen mußte.

Die Presse in den Hansestädten wurde naturgemäß ebenfalls von der Bewegung von 1848 durchzittert, doch kam es zu keinen größeren Umwälzungen oder Neugestaltungen. In Hamburg wurde eine neue Verfassung angestrebt, die aber nicht in Kraft trat, da die konservative Partei Verwahrung gegen sie einlegte. Dieser ungeklärte Zustand wirkte auch auf die Presse hemmend und lähmend, noch mehr aber die lästige Bevormundung durch die preußische und später durch die österreichische Besatzung. Die Österreicher übten bis zu ihrem Abzuge im Juli 1852 eine eben so eigenmächtige wie brutale Preßpolizei aus. Die beiden Hauptzeitungen, der „Hamburgische Korrespondent" und die „Hamburgischen Nachrichten", schlossen sich beim Beginn der Bewegung der erbkaiserlichen Partei an, und das letztere Blatt behielt diese Richtung auch noch bei, als Preußens Haltung schon alle Hoffnung auf die deutsche Verfassungssache vernichtet hatte. Die Demokratie erhielt alsbald ein Organ in der „Reform", die der Buchhändler Jakob Ferdinand Richter (geb. 1814 zu Magdeburg, gest. 1875) im Verein mit dem Schriftsteller Moritz Reichenbach ins Leben rief und am 23. März 1848 zum erstenmale erscheinen ließ. In ihrem Eröffnungsartikel erklärten die Herausgeber, daß sie hauptsächlich für die Förderung der wahren Bürgerwohlfahrt und eine „vernunftzeitgemäße" Freiheit eintreten und ganz besonders die Verhältnisse in Hamburg und Altona berücksichtigen würden, daß sie aber auch ihren Blick weiter richten und vornämlich „des brüderlich-befreundeten Schleswig-Holsteins wackere Fortschritte in seinem Kampfe gegen dänische Angriffe" in den Kreis ihrer Diskussion zu ziehen gedächten. Das Blatt fand sofort großen Beifall; die erste Nummer, die in einer Höhe von 2000 Exemplaren gedruckt wurde, war im Umsehen vergriffen, so daß eine zweite Auflage veranstaltet werden mußte; immerhin stellten sich dem jungen Unternehmen allerlei Schwierigkeiten entgegen. Die Zeitung hatte sich der Hamburger Zensur zu unterwerfen, die noch bestand, und durfte keine Inserate aufnehmen, da sie das nötige Privilegium für diese nicht erlangen konnte. Aber Richter fand einen Ausweg. Er siedelte mit seinem Blatte nach Altona über, wo er sich der uneingeschränkten Preßfreiheit

erfreuen konnte, da diese den beiden Herzogtümern bereits von der provisorischen Regierung für Schleswig-Holstein gewährt worden war, und bald nachher erwarb er das „Wandsbecker Intelligenzblatt“, welches er sodann am 1. Okt. 1848 mit der „Reform“ vereinigte, wodurch diese nun das Recht erlangte, auch Inserate aufzunehmen. Die Zeitung war also jetzt vollständig ausgestaltet und entwickelte sich rasch weiter. Schon im vierten Quartal 1848 erschien sie in 8000 Exemplaren; später erreichte sie eine Auflage von 35000 Exemplaren. Neben dem intelligenten Verleger war es besonders der originelle Redakteur Moritz Reichenbach (nicht zu verwechseln mit der unter dem Pseudonym Moritz von Reichenbach schreibenden Gräfin Bethusy-Huc), der der Zeitung durch seine populäre Art, die Ereignisse des Tages zu besprechen, viele Freunde gewann. Er führte u. a. drollig-kernige „Politische Morgengespräche zwischen den Oberalten Fürchtegott Zopf und dem Zeitungs-Kolporteur Markus Wühler“ ein, in denen ersterer das Reaktionsprinzip, letzterer den liberalen Fortschritt repräsentierte; auch schrieb er eine Anzahl Novellen, die dem Geschmacke des Hamburger Publikums angepaßt waren. Er wurde am 16. Febr. 1804 in Leipzig geboren, studierte kurze Zeit Medizin, widmete sich dann der Schriftstellerlaufbahn und war einige Jahre in Schleswig journalistisch tätig, worauf er von 1848 bis 1868 die „Reform“ redigierte. Doch zeichnete er schon von № 60 ab nicht mehr als verantwortlicher Redakteur; für diesen Posten hielt der Verleger einen besonderen sogenannten Sitzredakteur. 1868 übernahm Reichenbach die Repräsentation des „Altonaer Merkurs“, doch starb er bereits am 4. Februar 1870. Von den sonstigen Redakteuren und Mitarbeitern der Zeitung seien noch Barthold Heitmann, Julius Stettenheim, Julius Stinde und Heinrich Zeise genannt.

Nach Richters Tode gelangte die „Reform“ zunächst in die Hände seines Schwiegersohns Dr. Eduard Banks und weiterhin in die Dr. S. Belmontes, der das freisinnige Blatt in ein nationalliberales umgestalten wollte. Dieses Experiment mißlang jedoch, und die Zeitung geriet in Verfall. Nach Belmontes Tode

(1888) wurde das Richtersche Geschäft in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und die „Reform“ wieder zu einem freisinnigen Blatte gemacht, allein der Untergang war nicht mehr aufzuhalten; am 29. Februar 1892 mußte die Zeitung, die eine Reihe von Jahren tonangebend in Hamburg gewesen war, ihr Erscheinen aus Mangel an Abonnenten einstellen.

Fast ganz bedeutungslos blieb das Jahr 1848 für die Presse in Lübeck. Die einzige Wirkung der Bewegung war, daß die „Lübeckischen Anzeigen“, die vordem viermal wöchentlich erschienen waren, nunmehr vom 1. April ab täglich herauskamen. Die erste von der Zensur befreite Nummer wurde am 13. März ausgegeben; doch machte sich die neue Freiheit in dem Blatte kaum bemerkbar; von allen Umwälzungen, auch von denen innerhalb der Stadt Lübeck, brachte es bloß äußerst dürftige Berichte. Nur die auf die Verfassungsänderung bezüglichen Senatsdekrete lassen ungefähr den Gang der Ereignisse in Lübeck erkennen. Auch die 1833 gegründeten „Lübeckischen Blätter“ erhoben sich nicht zu irgend welcher Bedeutung.

Ein wesentlich kräftigerer Pulsschlag machte sich in Bremen bemerkbar. Neben den alten Blättern, der liberalen „Weser-Zeitung“, dem demokratischen „Bremer Kurier“, den „Bremer Nachrichten“ (dem ehemaligen Wochenblatt) und dem „Bürgerfreund“ erstanden 1849 noch ein „Bremischer Beobachter“, später „Bremer Tageblatt“ genannt, der bis 1855 erschien, eine „Tages-Chronik“ (erschienen bis 1851) und eine „Neue Bremer Zeitung“ (ebenfalls bis 1851). Am meisten von sich reden machte die „Neue Bremer Zeitung“, ein nach dem Muster der „Neuen Preußischen Zeitung“ gegründetes hochkonservatives Blatt. Es wurde zuerst von Dietlein, später von Dr. Karl Hermes redigiert, jenem vielseitig begabten, aber politisch vollständig charakterlosen Publizisten, der sich schon 1842 als Redakteur der „Kölnischen Zeitung“ von der Regierung hatte kaufen lassen. Die Zeitung zeichnete sich durch eine ultrareaktionäre Richtung, eine seltene Dreistigkeit aus, mit welcher sie dem „Rechtsbewußtsein, dem Nationalgefühl, dem Ehrgeize und dem Freiheitsdrange unseres

Volkes täglich ins Gesicht schlug";*) aber trotz aller Unterstützung durch die konservative Partei vermochte sie sich doch nicht zu halten und ging daher schon 1851 ein. Die „Weser-Zeitung" suchte sich in den hochgehenden Wogen der Bewegung stets die Besonnenheit zu erhalten. Wohl trat sie mit aller Beredsamkeit für die nationale Einheit und die Befreiung Schleswig-Holsteins ein, aber sie verurteilte auch ganz entschieden alle Überschwenglichkeit und alle Ausschweifungen. Sie wollte die Politik nicht der Revolution, sondern der Reform, und als alle Hoffnungen begraben werden mußten, erklärte sie, wenn auch mit nicht mißzuverstehender Bitterkeit, man müsse sich der Notwendigkeit fügen. Die höchste Regel des politischen Lebens sei, sich mit den übermächtigen Tatsachen abzufinden. Diesen Anschauungen lag ein gewisser Pessimismus zu Grunde, mit dem von Anfang an der Redakteur Dr. Thomas Heinrich Arens die Märzbewegung betrachtet hatte, und als Arens am 10. November 1850 gestorben war, führte Otto Gildemeister die Redaktion in ganz demselben Sinne weiter. Eine solche Haltung wurde der Zeitung von den demokratischen Blättern sehr verübelt; diese schalten sie als „entnervt" und „blasiert". Daß sie aber nach wie vor ein liberales Blatt war, welches unerschrocken und unablässig die freiheitliche und nationale Richtung verfolgte, geht schon aus der Tatsache hervor, daß sie alsbald nach der Niederwerfung der Bewegung in Bayern und auch in Schleswig-Holstein verboten wurde. Erwähnt mag noch sein, daß auch Friedrich Bodenstedt im Jahre 1850 vorübergehend der Redaktion der „Weser-Zeitung" angehörte.

Die deutschen Zeitungen in Schleswig-Holstein (vergl. S. 385) waren im Laufe der vierziger Jahre durch die dänische Regierung fast vollständig unterdrückt worden, so daß es, als der Befreiungskrieg ausbrach, an einer vaterländischen Presse durchaus mangelte. Das einzige Blatt von Bedeutung war die „Schleswig-Holsteinische Zeitung" in Altona, die mit dem 1. April 1849 in die „Norddeutsche freie Presse" umge-

*) Der politische Journalismus in Deutschland Ende des Jahres 1851. Zeitschrift Germania. Lpzg. 1852, Bd. II, S 286.

wandelt wurde. Als Mitredakteur war für diese auch eine Zeitlang Theodor Mommsen tätig. Nachdem die Herzogtümer schmachvoll preisgegeben worden waren, mußte die „Norddeutsche freie Presse“ zu Anfang des Jahres 1851 eingehen. Deutsche Blätter wurden nicht mehr geduldet; die dänischen hatten wieder bis 1864 die Alleinherrschaft.

Eine sehr gereizte Stimmung entwickelte sich alsbald in Kurhessen; es kam jedoch nicht zu Tätlichkeiten, der Konflikt wickelte sich in der Hauptsache in der Form eines Rechtsstreites ab, so daß später der preußische Minister v. Manteuffel die kurhessische Bewegung einmal im Abgeordnetenhause mit satirischem Lächeln eine „Revolution in Schlafrock und Pantoffeln“ nannte.

Seit dem Oktober 1847 regierte der Kurfürst Friedrich Wilhelm, ein leidenschaftlicher, tyrannischer Mann, der sich mit orthodox-konservativen Ratgebern umgeben hatte und dem Verlangen der Bevölkerung nach größerer Freiheit so lange wie möglich heftigen Widerstand entgegenstellte. Als jedoch am 6. März 1848 der Stadtrat von Kassel und eine Deputation des Bürgerausschusses eine Petition überreicht hatten, in der die unhaltbaren Zustände grell beleuchtet wurden, hob der Kurfürst am 7. März die Zensur auf und versprach, die verlangte Abhülfe zu schaffen. Nachher zögerte er aber wieder mit der Erfüllung seines Versprechens, so daß eine bewaffnete Volksversammlung am 11. März ein Ultimatum an ihn richtete, worauf er sich dann am 12. März bereit fand, seine am 7. März erteilten Zusagen als landesherrliche Verkündigung zu veröffentlichen. Unter diesen Zusagen befand sich auch die völlige Preßfreiheit. Ein liberales Ministerium Eberhard-Wippermann übernahm die Verpflichtung, die mannigfachen Reformen durchzuführen und zu schützen.

Eine den Anforderungen der Zeit entsprechende Presse mußte in Kurhessen erst ganz neu geschaffen werden. Die alte „Kasselsche Allgemeine Zeitung“ war durchaus ungenügend. Erfreulicherweise fand sich sofort eine tüchtige Kraft in dem rührigen Friedrich Oetker, der dann auch später eine hervorragende Rolle als hessischer Politiker spielte. Geboren 1809 zu Rehren in der Grafschaft Schaumburg, studierte er in Marburg die Rechte und wurde

1838 Obergerichtsadvokat in Kassel. Dort lernte er eingehend die kurhessischen Verhältnisse kennen und griff denn auch sofort ein, als die Bewegung begann. Anfangs half er sich mit Flugblättern; als aber die Preßfreiheit proklamiert war, rief er sofort ein liberales Blatt ins Leben. Bereits am 15. März 1848 konnte er die Probenummer seiner „Neu-Hessischen Zeitung" ausgeben. In den Einleitungsworten erklärte er, daß er alles tun werde, damit der Bannerruf „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", der jetzt allerwärts erschalle, auch richtig verstanden und immer heilbringend verwirklicht werde. Zunächst seien allerdings die heimischen Angelegenheiten zur Besprechung gestellt, doch werde die Zeitung auch die allgemeinen Interessen nicht aus dem Auge lassen. „Deutschlands Einheit und Würde durch Vertretung des deutschen Volkes ist ihr Ziel." Im übrigen wollte der Herausgeber immer praktisch und besonnen sein. Das gelang ihm denn auch in hervorragendem Maße, so daß er sich selbst den Beifall des Kurfürsten errang, der sogar einmal nach der Lektüre einer Nummer gesagt haben soll „Vernünftigster Mann im Lande!" Doch bemerkte er auch gelegentlich Oetker gegenüber „Äh! — gut, äh! — aber, äh, zu viel Häcksel!" Worauf Oetker schlagfertig antwortete: „Wenn Eure königliche Hoheit einmal in meiner Häckselkammer all den Häcksel sähen, der nicht in die Zeitung kommt, würden Sie eben so erstaunt wie zufrieden sein." Worauf der Kurfürst herzlich lachte.*)

Weiterhin, als die Verwickelungen wuchsen, schwand das Wohlwollen des Kurfürsten für die „Neu-Hessische Zeitung" allerdings bald dahin, und als der Kurfürst wieder seine tyrannisch-reaktionären Grundsätze zur Geltung bringen wollte, das liberale Ministerium entließ und aufs neue den von allen Liberalen bitter gehaßten Minister Hassenpflug an die Spitze der Regierung stellte, war ihm das diese Politik heftig bekämpfende Blatt ein Dorn im

*) Friedrich Oetker, Lebenserinnerungen, Stuttg. 1877, Bd. I, S. 306. Hierbei sei bemerkt, daß Oetker den Titel seiner Zeitung nicht richtig angibt. Sie hieß „Neu-Hessische Zeitung" und nicht „Neue Hessische Zeitung", wie Oetker beständig schreibt.

Auge. Um so reichhaltigeren Beifall fand es bei der Bürgerschaft. Anfangs erschien es nur zweimal wöchentlich, bald aber konnte es, wesentlich vergrößert, täglich und dann sogar zweimal täglich ausgegeben werden. Dabei wurde ein kleines in Marburg gegründetes Blatt und später auch die alte „Kasselsche Allgemeine Zeitung" durch Ankauf damit vereinigt. In beiden Fällen wurden auch die betreffenden Redakteure, Dr. Adam Pfaff, eine junge rüstige Kraft, und Dr. Pinhas, ein vortrefflicher Kenner der hessischen Verhältnisse, mit übernommen.

Durch diese Vergrößerung gewann die „Neu-Hessische Zeitung" sehr bedeutend an Einfluß; doch suchte jetzt auch der Minister Hassenpflug um so angelegentlicher die lästige Gegnerin unschädlich zu machen. Mit Prozessen, die er gegen Oetker anhängig machte, drang er nicht durch; erst als er eine landesherrliche Verordnung erwirkt hatte, die den Kriegszustand in allen seinen Konsequenzen über das ganze Land aussprach (datiert vom 7. Sept. 1850), konnte er auch gegen die Presse erfolgreich vorgehen. Denn in der Verordnung war unter anderem auch ausgesprochen, daß keine politische Zeitung ohne Genehmigung erscheinen solle. Er veranlaßte daher, daß schon am 8. September der Oberbefehlshaber Generalleutnant Bauer durch Musketiere die Druckerei besetzen und den Weiterdruck der Zeitung verhindern ließ. Oetker hatte diesen Fall aber schon vorgesehen, eine zweite Presse an einem sicheren Orte aufgestellt und ließ das Blatt ohne Unterbrechung weiter erscheinen, zum großen Erstaunen der Wache und des Oberbefehlshabers. Zugleich legte Oetker auch wegen dieser verfassungswidrigen Maßregeln gegen seine Zeitung Klage beim Obergericht ein, worauf der Oberbefehlshaber seine Verfügung zurückziehen mußte. Allein Hassenpflug gab darum seinen Feldzug gegen die liberale Presse nicht auf und ließ schließlich am 4. Oktober 1850 Oetker kurzerhand verhaften und in das Kastell stecken, die Druckerei aber versiegeln. Der Antrag des Staatsprokurators auf Freilassung des Gefangenen blieb erfolglos; dagegen erschien die Zeitung zunächst von ihrem sichern Schlupfwinkel und dann von Gotha aus regelmäßig weiter. Endlich, nach mehr denn drei Wochen, erhielt Oetker, ohne irgend

wie verhört worden zu sein, die Freiheit zurück und gab nun auch sofort seine Zeitung wieder in Kassel heraus; allein jetzt begann mit dem 1. November der Einmarsch der bayerisch-österreichischen Exekutionstruppen, und darauf war es in kurzer Zeit mit der Zeitung vollständig vorbei. Nachdem die Truppen Kassel besetzt hatten, erließ der österreichische Bundeskommissar Graf von Leiningen unter dem 22. Dezember 1850 eine Verkündigung, derzufolge „im Namen des hohen deutschen Bundes“ mehrere Anordnungen getroffen wurden. Unter № IV ward „verordnet“: „Die ‚Neu-Hessische Zeitung‘, die ‚Hornisse‘ und der ‚Volksbote‘ sind verboten und deren Pressen in Beschlag gelegt.“ Die Redakteure der „Neu-Hessischen Zeitung“ hatten jedoch dies Schicksal vorausgesehen und schon mehrere Tage vorher Kassel verlassen; sie waren nach Göttingen gegangen, wo sie noch zwei Nummern ihres Blattes erscheinen ließen, in denen sie ihre Haltung rechtfertigten und Abschied von ihren Lesern nahmen. Das Abschiedswort schloß mit den Worten: „Mögen sie (die Feinde der Zeitung) jedes Recht mit Füßen treten und die öffentliche Stimme unterdrücken wollen, diese wird doch unter allen Umständen Mittel finden, sich hören zu lassen und sie wie ihr böses Gewissen verfolgen!“

Vorläufig blieb es aber bei dem Verbote, und Oetker hatte außer der vielen vergeblichen Arbeit, Mühe und Aufregung auch noch einen Barverlust von mehreren tausend Talern zu beklagen.

Die beiden übrigen in der Leiningenschen „Verkündigung“ noch genannten Zeitungen, die „Hornisse“ und der „Volksbote“, waren nur kleine Blätter ohne Bedeutung. Die „Hornisse“, gegründet von Dr. Theodor Kellner und Heinrich Heise, war ursprünglich ein Witzblatt, das sich aber sehr bald in ein äußerst leidenschaftliches demokratisches Tageblatt verwandelte und nun mit seinem spitzigen Stachel nichts verschonte. Der Graf von Leiningen war denn auch des höchsten über die vielen Stiche entrüstet, die ihm die „Hornisse“ versetzte, und erklärte, er werde, sobald er in Kassel einrücke, mit den beiden Redakteuren kurzen Prozeß machen. Diese riefen ihm aber höhnisch zu „Die Nürnberger hängen keinen, sie hätten ihn denn zuvor!“ und ver-

wanden vor dem Einrücken der Österreicher in Kassel.*) Später
ng Kellner nach Amerika, gründete zunächst in New-York die
Reform" und wurde dann 1855 Chefredakteur des „Philadelphia
emokraten", in welcher Stellung er sich hervorragende Verdienste
n das Deutschtum in den Vereinigten Staaten erwarb. Erst
898 ist er, 79 Jahre alt, gestorben.

Dieser rührigen und schlagfertigen liberalen Presse gegenüber
npfand die kurhessische Regierung sehr bald das Bedürfnis, sich
enfalls mit einer Zeitung von einem gewissen Einfluß zu ver-
hen. Der von A. F. Ch. Vilmar 1848 in Marburg gegrün-
te „Hessische Volksfreund" konnte bei seiner geringen Ver-
eitung nicht als eine solche gelten. Der Minister Hassenpflug
at deshalb mit dem bekannten Franz von Florencourt in Verbin-
ung, der sich auch bereit zeigte, das gewünschte ministerielle
rgan zu schaffen, aber ein nach des Kurfürsten Ansichten zu
roßes Betriebskapital verlangte, worauf sich die Verhandlungen
ieder zerschlugen. Als dann aber der Kurfürst in der Nacht
m 13. September 1850 aus Kassel entflohen war und unter
m 17. September den Sitz der Regierung nach Wilhelmsbad
i Hanau verlegt hatte, konnte man doch ohne ein Regierungs-
latt nicht länger auskommen und wandte sich an einen Jour-
alisten Wilhelm Obermüller, der sich auf allen Sätteln zurecht-
usetzen vermochte. In Karlsruhe geboren, soll er nach Friedrich
etker um 1831 in Freiburg studiert und 1833 am „Frank-
rter Attentat" teilgenommen haben. Darauf geraume Zeit
fangen gehalten, wurde er schließlich begnadigt, ging nach Paris,
hrte aber 1848 nach Baden zurück und war zunächst für die
Mannheimer Zeitung" und später für österreichische Blätter
ltig. Mittlerweile mochte er wohl gehört haben, daß man in
urhessen nach einem Regierungsblatte verlange, und kam nach
assel, wo aber seine Bemühungen, irgendwie Fuß zu fassen, ver-
eblich waren; er wurde sogar am 14. September 1850 aus-
ewiesen und zwangsweise über die Grenze gebracht. Trotzalle-
em muß er im Dunkeln verschiedene Fäden mit der hessischen

*) Fr. Müller, Kassel seit siebzig Jahren. Kassel 1879, Bd. II, S. 323.

Regierung angeknüpft haben, denn bald nachher rief er d
sehnlich gewünschte ministerielle Blatt in Frankfurt ins Leb
indem er die Jürgensschen „Flugblätter“ in eine „Frankfur
Zeitung“ umwandelte. Diesen Titel trug das Blatt aber n
ganz kurze Zeit, denn als dann am 27. Dezember 1850 die k
fürstliche Regierung wieder nach Kassel zog, siedelte auch
Zeitung mit nach der hessischen Hauptstadt über (sie soll dam
nur 110 Abonnenten besessen haben) und nahm dort den Nam
„Kasseler Zeitung“ an. Doch erlangte sie unter der Redakti
Obermüller auch in Kassel nur eine geringe Verbreitung; erst
Schimmelpfeng, der spätere Kabinettsrat des Kurfürsten, die L
tung des Blattes übernahm, hob es sich etwas und hielt sich da
bis zur Einverleibung Kurhessens in Preußen im Sommer 18

Die heftigste politische Erregung kam in Mitteldeutschland
Sachsen zum Ausbruch. Dort hatte sich durch die ausgedeh
Gewerbs- und Handelstätigkeit auch ein lebhafter Sinn
soziale Reformen entwickelt, und besonders in Leipzig war
Zentralpunkt für die Erörterung politischer Fragen entstand
Redner wie Robert Blum riefen dort ein angeregtes politisc
Vereinsleben hervor, und Publizisten wie Karl Biedermann
handelten mit Verständnis die Tagesfragen in Zeitungen u
Zeitschriften. Dennoch bildete sich keine Presse von wirklic
Bedeutung heraus, weil es an einem schöpferischen Talente feh
das etwas großes Neues aufzubauen vermocht hätte.

Die ersten Zeichen der nahenden Bewegung machten
1847 bemerkbar, als das Verlangen nach Einführung des öffe
lichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und nach einer größe
Freiheit der Presse immer lebhafter hervortrat, und als da
die Nachricht von dem Ausbruch der Revolution in Paris e
traf, entstand sofort eine so tiefe Erregung, daß der Stadt
und die Stadtverordneten von Leipzig sich veranlaßt fühlten, e
längere von Karl Biedermann verfaßte Adresse an den Kö
Friedrich August II. zu richten, in der sie die politische Situati
darlegten und um „die Entfesselung der öffentlichen Me
nung, der Presse im ganzen Umkreise des deutschen Bun
und um die Berufung von Vertretern sämtlicher Völker an d

des Bundestages baten. Der König erachtete jedoch ein
:s Vorgehen einer Gemeindevertretung für unzulässig und er-
einen abweisenden Bescheid. Damit waren aber die Wünsche
Leipzig keineswegs unterdrückt; es folgte sofort eine zweite
schließlich noch eine dritte Adresse, die nun den Sturz des
en Regierungssystems zur Folge hatte. Am 13. März mußte
konservative Ministerium einem liberalen Platz machen (dem
isterium Braun), und dies verkündigte sofort, daß es die
jebung der Zensur und die Schaffung eines freien Preß- und
:insgesetzes als seine allernächsten Aufgaben betrachten werde.
Zensur wurde darauf vorläufig bis zum 15. April auf-
ben, und als am 18. Mai die Ständeversammlung zusam-
getreten war, kam auch alsbald ein Preßgesetz zustande, das
n Wünschen entsprach. Die weitere Entwicklung der Dinge
zog sich jedoch wesentlich ungünstiger; in der Umgebung des
igs schloß man sich nur zögernd den allgemeinen deutschen
trebungen an und wollte sogar die Beschlüsse der National-
ammlung der Zustimmung der Kammer unterstellt wissen.
n gegenüber gestaltete sich die allgemeine Bewegung immer
:mischer, sodaß sich das Ministerium Braun nicht mehr zu
ten vermochte und am 24. Februar 1849 zurücktrat. Damit
ann die Ära Beust, die in mehr als einer Beziehung für
chsen verhängnisvoll werden sollte. Es wurde das Ministerium
:d gebildet, in welchem Beust das Departement des Äußern
ielt und nun dem Könige die Annahme der deutschen Reichs-
fassung widerriet. Das führte zu einer abermaligen Umbil-
ig des Ministeriums, und dadurch verschärften sich, indem sich
ichzeitig eine republikanisch-sozialistische Strömung entwickelte,
Gegensätze so erheblich, daß am 3. Mai in Dresden eine
itige Revolution ausbrach, die nur nach schweren Kämpfen
:dergeschlagen werden konnte. Mit der Niederlage der Auf-
ndischen stürzten aber auch alle liberalen Institutionen zu-
nmen; die alte Verfassung von 1831 trat wieder in Kraft,
:d die Presse wurde aufs neue in ihre früheren Schranken zu-
ckgewiesen, ja in vielen Fällen noch schärfer geknebelt als wäh-
nd des vormärzlichen Ministeriums Lindenau. Ihren Abschluß

erhielt diese rückläufige Bewegung in einem die Presse aufs äußerste beschränkenden Gesetze, das am 11. August 1851 erschien.

In dieser bewegten Zeit, von Mitte März 1848 bis Anfang Mai 1849, zeigte sich zwar in der sächsischen Presse eine außerordentliche Rührigkeit — eine große Masse von Lokalblättern meist demokratischer Richtung entstand —, aber eine markante Erscheinung mit weitreichendem Einfluß blieb aus. Das einzige sächsische Tageblatt, das mehr als provinziale Bedeutung besaß, die Brockhaussche „Deutsche Allgemeine Zeitung", erstrebte zwar eine gewisse deutsch-nationale Haltung, litt aber unter den Einflüssen der Regierung und neigte dann wie diese in allen politischen Fragen mehr und mehr zu Österreich. Die Redaktion ging am 1. Juli 1848 von Professor Friedrich Bülau auf Dr. August Kaiser über, der sie aber nur bis Ende 1849 führte. Vom Beginn des Jahres 1850 an versah Lorenzo Pedretti, der schon seit 1838 bei der Zeitung angestellt war, die Redaktionsgeschäfte, wobei er sich jedoch nach Lage der Dinge nur selten über die einfache Berichterstattung erhob. Später, als Karl Biedermann im Herbst 1863 die Redaktion übernahm, wurde das Blatt das Organ der sächsischen Nationalliberalen, brachte es aber, trotz aller Bemühungen, zu keinem größeren Leserkreise und ging daher schließlich 1879 ein.

In eine mißliche Lage geriet durch die politische Bewegung die amtliche „Leipziger Zeitung"; sie verlor den festen Halt, den ihr die Regierung bisher gewährt hatte, und trieb nun auf dem wilden Meere der Politik umher, ohne einen bestimmten Kurs einhalten zu können. Dazu kam noch ein besonderes Mißgeschick. Der Redakteur Dr. Gretschel wurde durch die Ereignisse so erschüttert, daß er am 14. März 1848 plötzlich starb. Es mußte also mitten in der verhängnisschweren Zeit ein neuer Leiter gewonnen werden, der sich aber nur mit vieler Mühe in das neue Amt einzuarbeiten vermochte. Professor Dr. Oswald Marbach war es, der den kühnen Wagemut besaß, die Leitung zu übernehmen. Geboren 1810 zu Jauer in Schlesien, hatte er Mathematik und Naturwissenschaften studiert und darauf als Professor der Technologie an der Leipziger Universität gewirkt

zugleich war er als Zensor für die gesamte politische, schöngeistige und Tagesliteratur Leipzigs tätig gewesen. Die Haltung der Zeitung blieb natürlich auch während der Revolutionszeit eine konservative, was Marbach stets in wenn auch maßvoller so doch immer bestimmter Weise zum Ausdruck zu bringen wußte; doch wurde er auch genötigt, aus dem gegnerischen Lager Einsendungen aufzunehmen, die seine Anschauungen bekämpften, und selbst Angriffe auf Artikel, die er selbst geschrieben hatte. Dadurch erhielt die Zeitung oft ein wunderliches Ansehen, und die Leser protestierten gegen den krausen Wirrwarr von Meinungen, der ihnen da aufgetischt wurde. Schließlich versuchte die radikale Partei sogar, die Zeitung ganz zu beseitigen; sie machte in der Kammer geltend, das Blatt stelle ein Monopol dar; indem die Regierung ihre Behörden zwinge, ihre Erlasse und Bekanntmachungen in der „Leipziger Zeitung" zu veröffentlichen, nötige sie alle diejenigen, welche diese Bekanntmachungen ihrer Geschäftsverhältnisse wegen lesen müßten, die Zeitung zu halten. Nur um der Inserate willen sei die Zeitung verbreitet; das Hauptblatt lese niemand; man solle deshalb das letztere ganz wegfallen lassen und die Zeitung auf die Inseratenbeilage beschränken. Die Kammer stimmte aber in ihrer Mehrheit dieser Anschauung nicht bei; sie erkannte wohl, daß mit dieser Umgestaltung der Untergang des Blattes herbeigeführt werden würde; die Freunde der Zeitung konnten außerdem bei ihrem Eintreten für die Erhaltung des Blattes geltend machen, daß das Hauptblatt doch wohl gelesen werden müsse, denn die Auflage sei im Jahre 1848 um mehr denn 1000 Exemplare, von 4843 auf 5880 Exemplare gestiegen. Dagegen wurde der Charakter der Zeitung insofern geändert, als die Regierung den Grundsatz aufstellte, die Zeitung hinfort nicht mehr nur als ein exklusiv finanzielles Staatsunternehmen zu betrachten, sondern sie, mit Anwendung reicherer Mittel, zu einem achtunggebietenden und einflußreichen Organe zur Vertretung der konservativen Interessen zu machen. Zu diesem Zwecke wurde die Zeitung, die bisher der Postanstalt unterstellt war, mit dem 1. Juli 1849 dem Ministerium des Innern überwiesen, außerdem mit einem größeren Redaktionspersonal ausgestattet und ferner

durch einen gediegeneren Inhalt wesentlich gehoben. In einer Ansprache an die Leser erklärte Prof. Marbach, daß die Zeitung künftig über den Parteien stehen wolle und dabei auf dem Wege der geschichtlichen Entwicklung der Vernunft und der Vervollkommnung der Gesetzgebung wandeln werde. Doch legte Marbach bereits am 1. Oktober 1851 die Redaktion nieder; er wandte sich dem Finanz- und Assekuranzgebiete zu und gründete die Lebensversicherungsbank „Teutonia" in Leipzig, deren Direktor er dann bis zu seinem 1890 erfolgten Tode war. An seine Stelle bei der „Leipziger Zeitung" trat Dr. Friedrich Bülau, der dem Blatte aber nicht die Frische und Eigenart erhielt, deren es zu seiner Weiterentwicklung bedurfte. Die Auflage ging denn auch von Jahr zu Jahr wieder zurück, worauf Bülau 1854 die Leitung niederlegte. Es folgten ihm v. Kiesewetter, dann v. Witzleben, und jetzt ist Dr. Julius Riffert Hauptredakteur. Unter Witzleben hob sich die Zeitung wieder und lieferte gegen Ende der fünfziger Jahre einen Reingewinn bis zu 24000 Talern; dann sank dieser aber aufs neue, und das Rechnungsjahr 1903 schloß, laut Deputationsbericht des sächsischen Landtages, mit einer Mindereinnahme von 8010 Mark ab.

In einer höchst seltsamen und fatalen Situation befand sich beim Beginn der politischen Bewegung die Haupt- und Residenzstadt Dresden, denn sie war ganz und gar ohne eine politische Zeitung. Die sächsische Regierung hatte bisher die Konzession für eine solche beharrlich verweigert und nur den „Dresdener Anzeiger" geduldet. Als nun aber die Schranken gefallen waren, unternahm es die Verlagsbuchhandlung B. G. Teubner in Leipzig, dem jämmerlichen Zustande abzuhelfen und der Stadt Dresden endlich eine täglich erscheinende politische Zeitung zu geben, und zwar unter dem Titel „Dresdener Journal, Herold für sächsische und deutsche Interessen." Aber bei dem Mangel an journalistisch ausgebildeten Politikern war es schwer, einen geeigneten Leiter zu finden. Die Verlagsbuchhandlung bewog daher Karl Biedermann, obgleich dieser im Vorparlament zu Frankfurt saß, die Oberleitung zu übernehmen, oder doch wenigstens seinen Namen auf den Titel zu setzen. Biedermann entsprach dem Wunsche, so

weit er es vermochte, und schrieb auch, um dem Blatte den festen Kurs zu geben, den Programm-Artikel. Es hieß in diesem, die neue Zeitung werde das neue Ministerium unterstützen und auch gegen die Anhänger des alten gestürzten Systems verteidigen; aber es werde doch keineswegs ministeriell um jeden Preis sein, sondern das Ministerium sofort entschieden angreifen, falls es den übernommenen Verpflichtungen treulos den Rücken kehren sollte. Diese selbständige Stellung suchte denn auch der Unterredakteur energisch zum Ausdruck zu bringen, aber in seinem Eifer geriet er sehr bald viel zu weit links, so daß Biedermann heftige Klagen von seinen Parteigenossen hören mußte. Er betraute daher den Leipziger Gelehrten Professor Dr. H. Schletter mit der Leitung des Blattes; allein dieser neigte wieder zu weit nach rechts, was abermals Mißstimmung erregte, worauf die Verlagsbuchhandlung, die Unzulänglichkeit dieses Verhältnisses einsehend, Biedermann am 1. Oktober 1848 von der Redaktion entband. Diesen Moment benutzte der Minister v. d. Pfordten, dessen auswärtige Politik von der Zeitung in den letzten Monaten mehr und mehr gemißbilligt worden war, das Blatt zu sich herüber zu ziehen und schließlich ganz in den Besitz der Regierung zu bringen. Die Zeitung erschien zunächst mit dem Vermerk „Redigiert unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung", stand aber alsbald unter dem Einflusse des Ministers. Vom 1. Januar 1849 an wurde sie von dem Advokaten Franz Ludwig Siegel redigiert, doch zeichnete dieser als verantwortlicher Herausgeber erst vom 1. Juni 1849 ab. Allein seine Tätigkeit für die Zeitung währte nur bis zum Beginn des Jahres 1850. Um diese Zeit begannen die Verhandlungen der sächsischen Regierung wegen des Ankaufs der Zeitung, worauf diese nun schließlich am 1. April 1850 in das Eigentum des Staates überging. Als königlicher Kommissar leitete die Zeitung zunächst der Freiherr C. D. v. Witzleben. Von den späteren Redakteuren der Zeitung ist besonders Otto Bank (geb. 1824) hervorzuheben, der durch seine geistreichen Kritiken einen bedeutenden Einfluß auf das Dresdener Kunstleben ausübte und sich auch durch seine literarhistorischen Schriften einen Namen machte. Nachdem er viele Jahre die Redaktion des Feuilletons geleitet,

übernahm er 1886 auch die Chefredaktion und führte sie bis zum 1. Oktober 1894. Eine größere Verbreitung hat aber die Zeitung nie erlangt, so daß die sächsische Regierung immer bedeutende Zuschüsse leisten mußte. Im Rechnungsjahre 1904 beliefen sich diese bei einer Einnahme von 101000 Mark und einer Ausgabe von 154438 Mark auf 53438 Mark.

Der Advokat Franz Ludwig Siegel (geb. 1812, gest. 1877) suchte sich nach seinem Weggange vom „Dresdner Journal“ nunmehr auf eigene Füße zu stellen und gründete im März 1850 das „Neue Dresdner Journal“, das aber bereits im Dezember desselben Jahres unterdrückt wurde. Doch rief Siegel unmittelbar darauf, am 24. Dezember 1850, die „Sächsische Konstitutionelle Zeitung“ ins Leben, die antipartikularistisch, liberal und national im Sinne des Programms des Nationalvereins und kirchlich freisinnig war. Später, vom 17. April 1859 ab, führte sie bloß den Titel „Konstitutionelle Zeitung“. In den politisch bewegten Zeiten, besonders während der sechziger Jahre, gewann die Zeitung durch ihren frischen Ton einen ziemlich großen Leserkreis. Von ihren Mitarbeitern ist besonders die Schriftstellerin Anna Löhn zu nennen, die sich auch mit Siegel verheiratete. In den siebziger Jahren vermochte die Zeitung der modernen Konkurrenz nicht mehr die Spitze zu bieten; sie ging daher am 31. März 1874 ein.

---

4. Die westdeutsche Presse. Das Zeitungswesen in Nassau. Die „Mittelrheinische Zeitung“ und die „Nassauische Allgem. Zeitung“. Die Zeitungen im Großherzogtum Hessen. Ludwig Bamberger und die „Mainzer Zeitung“. Die Frankfurter Presse. Das „Journal“, die „Oberpostamts-Zeitung“, das „Journal de Francfort“, die „Reichstags-Zeitung“ und die Jürgensschen „Flugblätter“. Die Zeitungen in Baden. Ficklers „Seeblätter“ und die Mannheimer „Abend-Zeitung“. Die konstitutionellen badischen Zeitungen.

Äußerst lebhaft entwickelte sich das politische Leben mit dem Beginn der Bewegung von 1848 in Westdeutschland. Die fran-

zösischen Freiheitsrufe hallten in der unmittelbaren Nachbarschaft Frankreichs naturgemäß am lautesten wieder, und zudem hatte man dort jahrzehntelang in den drückendsten Fesseln geschmachtet. Am schlimmsten war es in Nassau gewesen. Dort hatte die Regierung seit 1819 im ganzen Lande keine einzige politische Zeitung geduldet. Ganz und gar befangen in dem Metternichschen Unterdrückungssystem, war sie überall und fort und fort in der brutalsten Weise vorgegangen, sobald sich irgend wie in einer Brochüre oder in auswärtigen Zeitungen eine Meinung über die Zustände des Landes oder die Maßnahmen der Regierung hervorgewagt hatte. Einer ganzen Reihe von auswärtigen Zeitungen war der Vertrieb im Herzogtum bis zum März 1848 versagt gewesen. Aus diesem Zustande der unerhörten Bevormundung und des kläglichsten Bureaukratismus riß sich die Bevölkerung, als die allgemeine Bewegung begann, mit heftig aufbrausender Energie los und erzwang es, daß der Herzog Adolf bereits am 4. März alle Forderungen genehmigte, u. a. auch die unbedingte Preßfreiheit. Am 7. März erschien sodann ein vorläufiges Preßgesetz, das die völlige Freiheit der Presse sanktionierte und die Verfolgung von Preßvergehen den allgemeinen Strafgesetzen unterwarf. Schon vorher war am 3. März die erste Nummer des ersten politischen Blattes, der „Freien Zeitung“, im Verlage von Karl Ritter herausgegeben worden. Die Zeitung trug zunächst, der allgemeinen Erregung entsprechend, einen rein revolutionären Charakter, doch mäßigte sich der Ton, als der eine der Redakteure, Diepenbroek, Ende März aus der Redaktion ausschied, und der andere, Dr. Möller, das Blatt fortan in besonnenerer und ruhigerer Weise leitete. Die Zeitung wurde allgemein freudig begrüßt und zählte am 1. Juli bereits 2300 Abonnenten; doch ging sie in der Folge wieder etwas zurück, da ihr verschiedene Konkurrenz erwuchs und sie auch bereits im Laufe des Sommers den tüchtigen Redakteur Dr. Möller verlor, der nach Weilburg versetzt wurde. An seine Stelle trat im August 1848 Julius Oppermann. Nach Eintritt der Reaktion legte sie mit dem 15. Dezember 1851 den ominösen Namen „Freie Zeitung“ ab und nannte sich „Mittelrheinische Zeitung“.

Neben der „Freien Zeitung“ erschienen alsbald der „Volksfreund“ im Verlage des Buchdruckers Stein, die „Nassauische Zeitung“, verlegt von Wilhelm Friedrich und sehr gewandt redigiert von dem Amtsakzessisten Karl Braun (später als Braun-Wiesbaden allgemein bekannt), und die „Taunusblätter“, die die konservativen Interessen vertraten. Alle diese drei Blätter vermochten jedoch nicht den Kreislauf eines einzigen Jahres zu vollenden. Besser erging es dagegen der „Nassauischen Allgemeinen Zeitung“, die am 1. April 1848 unter der Redaktion Wilhelm Heinrich Riehl ins Leben trat. Riehl brachte für sein Amt bereits sehr tüchtige journalistische Kenntnisse mit, hatte sich die Sporen bei der „Oberpostamtszeitung“ in Frankfurt verdient, war dann 1847 an der „Karlsruher Zeitung“ tätig gewesen und hatte mit Christ den „Badischen Landtagsboten“ herausgegeben. In Wiesbaden trat nun Riehl mit großer Vorsicht auf, ließ sich besonders nicht zu halt- und planloser Freiheitsschwärmerei fortreißen und gewann dadurch sowohl die mittleren Bürgerkreise, wie die Regierung, die ihr bald allerlei Vergünstigungen gewährte, wie die Bekanntmachungen der Behörden und die Verpflichtung der Kreisämter und größeren Gemeinden, das Blatt zu halten. Doch änderten sich die Verhältnisse, als Riehl zu Anfang 1851 einem Rufe an die „Allgemeine Zeitung“ nach Augsburg folgte und Dr. Boczek an seine Stelle trat. Dieser stellte sich, als ein Konflikt des Staates mit dem Bischof von Limburg ausbrach, auf die Seite des Bischofs, worauf die Regierung dem Blatte alle Vergünstigungen entzog. Dadurch wurde aber die Haltung des Redakteurs nur noch schroffer, sodaß die Regierung verschiedene Verwarnungen an ihn richtete. Diese blieben aber erfolglos, und nun verwies die Regierung, ermutigt durch den die Preßfreiheit begrabenden Bundesbeschluß vom 6. Juli 1854, den Dr. Boczek des Landes, worauf die Zeitung mit dem 23. August 1854 einging. Den Hauptvorteil davon zog die „Mittelrheinische Zeitung“, die sich jetzt, nachdem sie nach Oppermanns Weggang auch einen vollwichtigen Ersatz in Max Wirth erhalten hatte, schnell wieder hob und nun längere Zeit

das Hauptorgan Nassaus darstellte.*) Daneben entwickelte sich noch von 1852 ab im Schellenbergschen Verlage das „Kleine Anzeigeblatt“, heute das viel gelesene von Schulte vom Brühl redigierte „Wiesbadener Tageblatt“.

Ganz ähnlich wie in Nassau spielten sich auch die Vorgänge im Großherzogtum Hessen ab. Die Bewegung begann hier bereits am 28. Februar 1848, worauf der Großherzog Ludwig II. am 4. März neben anderem auch ein Preßgesetz zusicherte. Zugleich berief er Heinrich von Gagern zum Minister und besetzte alle höheren Verwaltungsstellen mit liberalen Männern. Der revolutionäre Geist, der die ganze Bevölkerung ergriffen hatte, ließ sich aber doch nicht so leicht bannen; es kam zu erheblichen Unruhen auch unter den Bauern im Odenwald und Vogelsberg, und in Mainz entwickelte sich aus Konflikten mit den österreichischen und preußischen Truppen, mit denen die Bundesfestung besetzt war, am 21. Mai ein blutiger Straßenkampf, infolgedessen die Stadt für einige Zeit in den Belagerungszustand versetzt wurde. Weiterhin machten sich republikanische Bestrebungen bemerkbar, und auch die badische Insurrektion warf ihre Wellen nach Hessen herüber. Das hessische Militär bezwang jedoch den Aufstand, worauf die Regierung (es hatte mittlerweile der Großherzog Ludwig III. den Thron bestiegen) im Sommer 1849 die Zügel wieder fester anzog, mit dem Ministerium Dalwigk zu den konservativen Grundsätzen zurückkehrte und die Freiheit der Presse wieder sehr erheblich einschränkte. Diesen Maßnahmen folgte schließlich noch eine landesherrliche Verordnung, die, gestützt auf den Bundesbeschluß vom 6. Juli 1854, die Verhinderung des Mißbrauchs der Presse betreffend, die freie Bewegung der Zeitungen vom 1. Mai 1856 ab noch weiter beengte und von der Freiheit der Märztage von 1848 nur noch wenig übrig ließ.

Einen umfassenden Gebrauch von der Preßfreiheit hatten aber doch nur wenige hessische Zeitungen gemacht, in der Haupt-

---

*) G. Zedler, Die politische Presse im Herzogtum Nassau (Rhein. Kurier, 1903, № 820 u. 850).

sache bloß die Mainzer Blätter, und von diesen in wirklich bemerkenswerter Weise nur die „Mainzer Zeitung". Denn dieser widerfuhr das Glück, gerade im geeigneten Momente einen jungen, geistsprühenden Redakteur zu erhalten, der mit seinen Leitartikeln und Abhandlungen sofort weit über die Grenzen von Mainz hinaus Aufsehen erregte. Es war Ludwig Bamberger, der dann später noch einmal eine so hervorragende Rolle als Parlamentarier und Sozialpolitiker spielen sollte. Als der Sohn eines Mainzer Bankiers am 22. Juli 1823 in Mainz geboren, studierte er zunächst in Gießen, Heidelberg und Göttingen die Rechte, legte auch sein Staatsexamen ab, sah sich aber als Jude vom hessischen Staatsdienst ausgeschlossen und wandte sich daher, als mit der Revolution alle die alten Schranken zu fallen schienen, mit hellauflodernder Begeisterung der Freiheitsbewegung zu. Sofort bot er dem Verleger der „Mainzer-Zeitung", Theodor von Zabern, seine Dienste an und trat in die Redaktion des Blattes ein, an dessen Spitze Dr. Karl Bölsche stand. Bereits am 10. März erschien sein erster Leitartikel, „Die französische Revolution und die Stimmung in Deutschland", in welchem er sich gegen den von konservativer Seite unternommenen Versuch wendet, Furcht vor einer französischen Invasion zu erwecken. „Das Volk aufzustacheln zu polternder Franzosenfresserei," schreibt er, „zur Verachtung der Bewegung in Frankreich, . . . das ist schändlich und abgeschmackt! Frankreich frei und glücklich, das muß der Wunsch aller Freiheitsliebenden sein, das ist der Vorteil aller!" Weitere Artikel erschienen in rascher Folge und fanden solchen Beifall, daß die Zeitung sich beständig hob und ihr Format vergrößern konnte. Aber auch dem jungen Journalisten wuchsen noch die Schwingen; mehr und mehr entwickelte er eine wahrhaft hinreißende Beredsamkeit, und im Feuer der Begeisterung sang er das hohe Lied von der Freiheit in allen Tonarten. „Wir haben die Freiheit der Presse", ruft er in dem Artikel „Das deutsche Parlament" aus, „das ist im skrupulösen Sinne des Worts die Möglichkeit, durch den Druck jede Meinung auszusprechen, deren Veröffentlichung kein besonderes Gesetz verbietet. Aber wir haben noch mehr als das, wir haben die Freiheit des Moments!

ückend liegt die alte Welt im Sterben; ein neu Geschlecht stürmt ber ihre Leiche, und aus dem Schoß der ringsum bebenden Erde hlägt hoch zum Himmel auf der entfesselte Geist der Menschheit. alb wach von ihrer Träume Lager aufgesprungen, stehen in em wilden Schöpfungschaos verlegen zitternd die zwerghaften Gestalten, welche schlafend die scheintote Welt hüteten. Jugend, eine Zeit ist da! Die Zeit, von der du so lange gesprochen und gesungen, die Zeit, mit sieghafter Hand die Errungenschaft es Geistes, das Schlußwort der Erkenntnis als eine Tat in den Boden deines Landes einzupflanzen." Und dann bricht das heiße Verlangen nach der Einheit Deutschlands hervor. „Ja, alle Deutsche wünschen nichts sehnlicher, als daß Deutschland ein einziger Staat sei", versichert er, „und ihr Verlangen nach einem deutschen Parlament ist nichts als ein Vorbote oder eine Umschreibung für dies ihr wahres Begehren." Aber er hatte doch zu rosig gesehen. Der Schwiegervater des Verlegers der „Mainzer Zeitung", ein Geheimer Staatsrat Jaup in Darmstadt, sandte eine geharnischte Gegenerklärung, in der er vor der Undankbarkeit gegen die deutschen Fürsten und vor republikanischen Gelüsten warnt, die er hinter dem Verlangen nach der Einheit vermutet. Bamberger verteidigte sich, hielt es jedoch nach Lage der Dinge für zweckmäßig, wieder aus der Redaktion auszuscheiden, und ging, da die Sitzungen des Vorparlaments begonnen hatten, als Berichterstatter nach Frankfurt. Bald zeigte sich indeß, daß man in Mainz den genialen Politiker in dieser großen Zeit nicht wohl entbehren konnte, und bewog Bamberger, am 4. April die gesamte Leitung des Blattes zu übernehmen. Darauf warf dieser abermals alltäglich die Feuergarben seiner Beredsamkeit in den weiten Kreis des Publikums. In kurzer Zeit wurde er ein gefeierter Volksmann. „Einen Tag um den andern," erzählte er später, „habe ich im beflügelten Tempo meine Leitartikel zu Papier gebracht, manchmal in Ausdehnung von drei enggedruckten Foliospalten, die mir im Laufe von anderthalb Stunden unter den Händen herausströmten."*) Vorübergehend war er denn auch

*) Ludwig Bambergers Erinnerungen, herausgeg. von Paul Nathan. Berl. 1899.

Parlaments-Berichterstatter; doch kehrte er immer wieder zu Redaktionspult zurück. Eine Anzahl seiner Leitartikel jener Z sammelte er und gab sie unter dem Titel „Die Flitterwochen d Preßfreiheit“ (Mainz 1848) in einem Bändchen heraus. Mittle weile steigerte sich aber die politische Hochflut bis zu verhängni vollen Sturzwellen, und nun verließ Bamberger im Mai 18 die Redaktionsstube für immer, schloß sich den Aufständischen i der Pfalz an und trug denn auch die Konsequenzen von de was er als stürmischer Freiheitsprediger gelehrt hatte. Nach de Zusammenbruch des Aufstandes wurde er in dem großen Fre scharenprozeß vor den Mainzer Assisen zu 8 Jahren Zuchthau und vor den Zweibrücker Assisen zum Tode verurteilt, jedoch in contumaciam, denn er war nach London geflüchtet. Erst nach 1866 konnte er nach Deutschland zurückkehren, wo er dann schon 1868 im Zollparlament eine rege Tätigkeit entfaltete. Auch der „Mainzer Zeitung“ bewies er dabei seine Anhänglichkeit und sandte ihr manchen Aufsatz, u. a. den Artikel „Deutschland und Frankreich“, der am 19. Juli 1870 zum Abdruck kam, und in welchem ausgeführt wurde, mit welcher Leidenschaft die Franzosen zum Kriege trieben, während man in Deutschland noch immer von Friedenshoffnungen beseelt war. Nach einer umfassenden parlamentarischen und publizistischen Tätigkeit — er wurde Reichstagsabgeordneter und Mitarbeiter der „Deutschen Rundschau“, der „National-Zeitung“, der „Nation“, der „Allgemeinen Zeitung“ ꝛc. — starb er am 14. März 1899 zu Berlin, „ein Mann, der die Feder jederzeit mit Geistesschärfe, vor allem aber mit Ehren geführt hat.“*) Die „Mainzer Zeitung“ erschien noch bis 1885 und wurde dann mit dem „Mainzer Tageblatt“ (gegr. 1848) verschmolzen.

Von den sonstigen Mainzer Blättern jener Zeit ist noch „Der Demokrat“, 1848 u. 49 von L. Kalisch herausgegeben, das

---

*) Franz Ludwig, Ein berühmter Mainzer Publizist. (Festschr. z. VII. Journalisten- und Schriftstellertage) Mainz 1900.

Rainzer Journal", gegründet 1848, eine Zeitung von aus-
sprochen katholischer Tendenz, die sich heute zu einem weit ver-
eiteten Blatte entwickelt hat, eine „Rheinische Zeitung", die für
e konstitutionelle Monarchie eintrat, aber nur während des
ahres 1848 erschien, und das „Rheinhessische Volksblatt"
848—1865) zu nennen.

Eine nicht geringe Konfusion richtete das Jahr 1848 in der
rankfurter Presse an. Die hochgestimmte Gervinussche
Deutsche Zeitung", über deren Schicksale wir bereits S. 426
richtet haben, vermochte nicht, die große führende Rolle durch-
zführen, von der die Gründer geträumt hatten, sodaß Gervinus
m 23. Mai 1849 in einer durchaus resignierten Stimmung von
em Blatte zurücktrat. Die übrigen Zeitungen wurden von den
Wogen der Aufregung und Parteileidenschaft hin und her ge-
worfen; keins wußte einen leitenden Einfluß oder gar eine gewisse
Autorität zu gewinnen; verschiedene schwankten unbeholfen und
ämmerlich bald nach rechts, bald nach links und mußten sich für die
Zwecke der Parteien gebrauchen lassen, je nachdem es gerade kam.

Am geschicktesten fand sich noch das „Frankfurter Jour-
nal" mit der Situation ab. Ohne besonders schwere geistige
Fracht wand sich das leichte Schifflein mit einer gewissen Reso-
lutheit durch die vielen Klippen. Es schwamm ganz im Fahr-
wasser der demokratischen Partei, aber es vermied doch die ge-
fährlichen Strudel. Sein Hauptaugenmerk richtete der Heraus-
geber J. A. Hammeran auf eine möglichst schnelle Übermittlung
der Tagesneuigkeiten. Das „Journal" genoß denn auch den Ruf,
daß es über alle Ereignisse stets früher unterrichte, als die andern
Frankfurter Zeitungen. Den leidenschaftlichen Kampf um die
Posititton der Demokratie überließ es dagegen den Kampfblättern.
Einige Jahre später, in den grauen Tagen der Reaktion, urteilte
denn auch ein Beobachter des Journalismus in der Zeitschrift
„Germania (Lpzg. 1852, S. 287) etwas griesgrämig: „Politischer
Charakter und politische Einsicht sind niemals Sache des ‚Frank-
furter Journals' gewesen, und wenn dasselbe eine Zeitlang für
demokratische Ideen Partei genommen, so mag diese Verirrung

seiner unvollständigen Zurechnungsfähigkeit und seiner späteren Besserung zugute gehalten werden."*)

In eine hochnotpeinliche und gänzlich hülflose Lage geriet die „Oberpostamts-Zeitung". Sie verlor, als der Bundestag dahinschwand, ihre ganze Kontenance und allen Glauben an die Menschheit im allgemeinen und an die Macht und Herrlichkeit der österreichischen Politik im besondern, nur nicht ihre Abneigung gegen Preußen. Beim Beginn der Revolution redigierte sie ein Dr. H. Malten, dann ein gewisser Wiesner, unter dem sie einige Wochen lang krypto-demokratische Ansichten entwickelte. Nachdem F. D. Bassermann Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Innern geworden war, machte dieser das ehemalige Bundestags-Blatt zum halbamtlichen Organe der Zentralgewalt, und als es mit dieser Zentralgewalt zu Ende gegangen war, suchte der ehemalige badische Bundestagsgesandte Friedrich von Blittersdorf, der sich jetzt in Frankfurt journalistisch beschäftigte, das Blatt in die neue Zeit hinüber zu leiten. Nachdem sich jedoch der Bundestag wieder in Frankfurt installiert hatte und die „Oberpostamts-Zeitung" nun aufs neue „zum Herold seiner polizeilichen Taten und zum Advokaten seiner nationalpolitischen Ohnmacht" auserkoren wurde, zog sich Herr von Blittersdorf „von der kompromittierenden Gemeinschaft mit der ‚Oberpostamts-Zeitung'" wieder zurück, worauf das Blatt nur von untergeordneten Geistern redigiert wurde und ohne jeden Einfluß blieb. Nach Heyds Angaben in dessen Geschichte der „Allgemeinen Zeitung" (S. 290) besaß es um 1857 nur 2000 Abonnenten. Wahrscheinlich ist es in den nächsten Jahren noch weiter zurückgegangen, und als am 16. Juli 1866 der preußische General Vogel von

*) Es sei hier noch bemerkt, daß das „Frankfurter Journal" am 1. November 1881 von Dr. Hammeran an Dr. Adolf Brüning verkauft wurde, am 24. April 1884 in den Verlag von Moritz Schauenburg, am 1. April 1890 in den Besitz des Gießener Advokaten Friedrich Barth, am 15. Juni 1893 in den der Firma Voigt & Gleiber und am 1. Juli 1900 in den einer Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht überging, bis es schließlich, nachdem es etwa 238 Jahre bestanden hatte, am 10. März 1903 mit dem Frankfurter „Intelligenzblatte" verschmolzen wurde.

Falckenstein Frankfurt besetzte, war seine Rolle ausgespielt; es mußte sein Erscheinen einstellen. Dabei kam es noch zu einem tragischen Schlußeffekt. Der Chefredakteur Dr. Fischer-Goullet, ein Sohn Hannibal Fischers, wurde am Morgen des 17. Juli verhaftet und sollte dem General Vogel von Falckenstein vorgeführt werden; im Vorzimmer des Generals rührte ihn jedoch der Schlag.

Das „Journal de Francfort" gab sich während der ganzen Bewegung geflissentlich den Anschein, als halte es sich durchaus neutral; in Wahrheit blieb es nach wie vor ein Werkzeug der absolutistischen Diplomatie und diente im besondern den Interessen Rußlands. Auch jetzt noch behielt es mit unverschämter Verachtung alles Deutschen die alte Anordnung des Stoffs bei und begann in jeder Nummer mit den Meldungen aus Frankreich und England. Dann kamen die Nachrichten aus den Niederlanden, der Schweiz, der Türkei, Italien, Rußland, Schweden und Norwegen, Amerika, Ungarn und schließlich hinten am Schluß auch aus Deutschland. Der Redakteur wurde nicht mehr genannt; es erschien unter der Verantwortlichkeit des Druckers August Osterrieth. Als nach dem Krimkriege die russische Oberherrschaft gebrochen war, schwand auch die Bedeutung des „Journal de Francfort" mehr und mehr dahin, sodaß es schließlich kaum beachtet wurde, als auch ihm die preußische Okkupation am 17. Juli 1866 das Lebenslicht ausblies.

Aus der Nationalversammlung gingen zwei kleine Blätter, die Blum-Günthersche „Reichstags-Zeitung" und die schon genannten Jürgensschen „Flugblätter" hervor; beide blieben ganz unbedeutend. Die „Reichstags-Zeitung" nahm nach einiger Zeit den Titel „Neue deutsche Zeitung" an und gerierte sich nun als ein Organ der süddeutschen Demokratie, trieb großdeutsche Politik und erblickte in Preußen nur einen Förderer der slawischen Zivilisation, wurde aber alsbald unter Ausweisung ihrer Redakteure Otto Lüning, J. Georg Günther und J. Weydemeyer unterdrückt. Die Jürgensschen „Flugblätter" wandelten sich, wie schon erwähnt, zunächst in eine „Frankfurter Zeitung" und siedelten dann als „Kasselsche Zeitung" nach Kassel über, sodaß mithin,

als schließlich der ganze Sturm von 1848 vorüber war, die Stadt Frankfurt sich wieder auf ihre drei alten Zeitungen beschränkt sah.

Den tollsten Reigen führte die Revolution in **Baden** auf, wo die Bestrebungen Struves, Heckers und Ficklers, Deutschland in eine Republik umzuwandeln, alsbald den größten Wirrwarr in die freiheitlichen Bestrebungen brachte. Die revolutionäre Bewegung begann bereits am 27. Februar 1848 mit einer Bürgerversammlung in Mannheim. Die Regierung zögerte anfangs, auf die vielen Wünsche einzugehen, die allerwärts geäußert wurden, machte dann aber die weitgehendsten Zugeständnisse, und am 1. März verkündigte der Minister Bekk u. a. auch die Preßfreiheit. Der allgemeine Trubel, die blutigen Aufstände in verschiedenen Teilen des Landes, das zügellose Gebaren der republikanischen Partei und endlich das bewaffnete Einschreiten Preußens ließen es aber zu keiner Entwicklung der Presse kommen; irgend eine größere Zeitung von einem gewissen Einfluß vermochte sich nicht zu erheben, und nach der Verkündigung des allgemeinen Belagerungszustandes, Mitte Juli 1849, hörte die freie Bewegung der Presse für mehrere Jahre fast vollständig auf. Die beiden Pole in der Bewegung bildeten Konstanz und Mannheim; dort gab Fickler die schon erwähnten „**Seeblätter**", hier J. P. Grohe die „**Abend-Zeitung**" heraus; beide Blätter schwelgten förmlich in demokratischer Opposition. An die Seite der „Abend-Zeitung" trat sodann am 1. April noch die „**Deutsche Volkszeitung**", redigiert von J. Fröbel und E. Pelz, verlegt von Heinrich Hoff. Diese suchte die „Abend-Zeitung" womöglich noch zu überbieten und brachte bereits in ihrer № 4 ein Deutsches Republikanerlied, das mit dem Verse schloß:

> Die Republik! die Republik!
> Kein Markten und kein Schonen!
> Das Schwert heraus, und Schlag auf Schlag!
> Verflucht, wer länger noch tragen mag
> Den Spott der Nationen!
>
> Erhebt Euch, Männer, wie Löwen, und springt
> An die Brust der Tyrannen und ringt und singt:
> Zum Teufel mit Scepter und Kronen!

Darauf erfolgte aber eine Anklage auf Hochverrat, worauf Hoff am 29. April 1848 verhaftet wurde, während gleichzeitig die Zeitungen ihr Erscheinen einstellen mußten. Die „Seeblätter" hörten Mitte 1849 auf, während sich die „Abend-Zeitung" noch bis zum 16. Juni 1851 hielt.

Die konstitutionelle Partei fand ihre Vertretung in dem „Mannheimer Journal", das mit der erbkaiserlichen Partei ging, und in der „Badischen Landeszeitung", die 1849 gegründet wurde. Die „Karlsruher Zeitung" blieb nach wie vor das amtliche Blatt, doch zeichnete sie sich wiederholt durch große Ungeschicklichkeit und Taktlosigkeit aus, sodaß sie der Regierung eher schadete als nützte. Während die „Badische Landeszeitung" und die „Karlsruher Zeitung" noch heute existieren, ging das „Mannheimer Journal" am 30. Juni 1888 ein.

---

5. Die Zeitungen in Süddeutschland. Die Preßverhältnisse in Württemberg. Der „Schwäbische Merkur". Dessen Leitartikel von Fr. Vischer, David Friedrich Strauß, G. Rümelin u. a. Uhlands Erklärung über die Sprengung des Rumpfparlaments. Abels und Pfizers Mahnungen, zu Preußen zu halten. Das „Neue Tagblatt." Der „Beobachter". Sein Redakteur Hermann Kurz. „Die Sonne". Die übrigen württembergischen Zeitungen. Die Verhältnisse in Bayern. Lola Montez. Die „Konstitutionelle Zeitung". Die „Neue Münchener Zeitung". Die „Münchener Neuesten Nachrichten". Der „Nürnberger Korrespondent". Die Cottasche „Allgem. Zeitung". Hält zu Österreich. G. Kolb. Heinrich Laube gegen die großdeutsche Richtung der Zeitung. Das Blatt behält die Richtung bis 1866 bei.

Viel ruhiger, als in Baden, vollzog sich die revolutionäre Bewegung in Württemberg. Die Reformforderungen hielten sich in gemessenen Schranken, und das liberale Ministerium, das am 9. März ans Ruder kam, vereinbarte mit dem Landtage die gewünschten neuen Gesetze mit aller Umsicht. Die Preßfreiheit hatte die Regierung gleich beim Beginn der Unruhen gewährt. Als sich aber die Hoffnungen auf eine Neugestaltung Deutschlands nicht erfüllten, ging es auch in Württemberg wieder rasch zurück.

Schon im August 1849 erschien ein einschränkendes Preßgesetz, und bereits am 28. Oktober trat das Märzministerium ab, worauf die Verfassungsrevision ad acta gelegt wurde. Zugleich setzte das Finanzministerium 50 Proz. als den Zuschlag für die Postgebühren bei politischen Zeitungen fest. Nicht lange, so fuhr die Regierung unter dem Freiherrn von Linden abermals mit vollen Segeln im reaktionären Fahrwasser, worauf die Verfassung von 1819 aufs neue für gültig erklärt wurde. Nur wenig von den März-Errungenschaften blieb übrig.

Angesichts dieser wesentlich ruhigeren Entwicklung der politischen Dinge beobachteten denn auch die württembergischen Zeitungen eine weit gemessenere Haltung, als die badischen. Auch das demokratische Blatt „Der Beobachter", ließ sich nicht zu den wüsten Tollheiten der badischen Presse hinreißen. Allerdings hatte die württembergische Presse auch den großen Vorteil, daß die Hauptzeitungen durchaus in sich gefestigte Blätter waren, die um keine Parteigunst zu buhlen brauchten, und ferner erfreuten sie sich des günstigen Umstandes, daß gerade in der bewegten Zeit sich eine große Anzahl geistig bedeutender Männer ihnen zur Verfügung stellte, sodaß sie ein außergewöhnlich hohes geistiges Niveau einzunehmen vermochte.

Wie bisher, so stand auch während der Revolutionszeit der „Schwäbische Merkur" an der Spitze der württembergischen Zeitungen. Die Abschaffung der verhaßten Zensur war dem Blatte wie eine Befreiung von schwerem Alpdruck; es weiteten sich ihm gleichsam die Lungen, und das erste, was es in der neuen Freiheit unternahm, war die Einführung des Leitartikels. Erfreulicherweise fanden sich sofort verschiedene geistreiche Mitarbeiter, die die Fragen der Zeit in dem Blatte mit zündender Beredsamkeit behandelten. Da schrieb der Ästhetiker Fr. Vischer über „Volksbewaffnung" und „Deutsche Wehrverfassung", Prof. Hepp über „Die Reform der Strafjustiz", David Friedrich Strauß, der berühmte Verfasser des „Lebens Jesu", eine Abhandlung über das Uhlandsche Wort „Die Freiheit will ich, die uns Einheit schafft." Die Einheit, entwickelte er, sei zunächst das Allerwichtigste; nach ihr sei vor allem anderen zu streben. Dagegen wandte er sich

gegen das Verlangen nach einer Republik. „Die Frage konstitutionelle Monarchie oder Republik ist,“ so führte er aus, „für uns jetzt gleich mit Reform oder Umsturz.“ Auch die viel erörterte Volkssouveränetät führte er auf ein bescheidenes Maß zurück. „Nur in dem geregelten Zusammenwirken der fürstlichen Gewalt und der Volksvertretung liegt,“ so schrieb er, „die menschenmögliche Bürgschaft für die Förderung des Gemeinwohls; nur hier also ruht auch die Souveränität.“ Bald aber erkannte er, daß die Hoffnung auf Schaffung eines Einheitsstaates nicht in Erfüllung gehen, vielmehr alles auf gutösterreichisch beim alten bleiben werde, und heftig klagte er die österreichische Regierung an, daß sie, um nur den Deutschen keine freiheitlichen Zugeständnisse zu machen, sich den Tschechen in die Arme werfe.

Ganz besonders eindrucksvoll waren die Artikel von G. Rümelin, dem späteren Kanzler der Universität Tübingen. Trotz der Abneigung gegen Preußen, die damals noch in Württemberg in weiten Kreisen bestand, trat Rümelin energisch für ein Erbkaisertum mit preußischer Spitze ein. Den guten Willen Österreichs, sich den allgemeinen deutschen Interessen zu widmen, zog er stark in Zweifel. „Es gibt nur zwei Möglichkeiten,“ sagt er in einem Artikel vom 16. Dezember 1848, „mit Österreich die Trias, ohne Österreich die preußische Hegemonie. Wir fühlen schmerzlich das Ausscheiden Österreichs; es ist möglich, daß das Verhältnis vorübergehend ein feindseliges werden kann, doch ist der Weg der wahrhaft politische, der hoffnungsreichste.“ Diese Ansicht gewann denn auch mehr und mehr die Oberhand im Lande, wenn auch die Zeitung selbst nicht ausschließlich für sie eintrat.

Als dann aber nach und nach alle Erwartungen getäuscht wurden, sprach auch aus dem „Merkur“ tiefe Trauer, und als das Rumpfparlament in Stuttgart erschien, begrüßte er es in wehmütiger Stimmung. Die gewaltsame Sprengung des Parlaments am 18. Juni 1849 schildert der „Merkur“ mit aller Ehrerbietung vor den schwer gekränkten Mitgliedern der Versammlung; von einer Mißhandlung — es hieß alsbald in auswärtigen Zeitungen, verschiedene Abgeordnete seien unter die Pferde des Militärs getreten, es sei Blut geflossen u. dgl. — weiß sein Bericht

jedoch nichts, und am 26. Juni tritt diesen falschen Nachrichten auch ein klassischer Zeuge, Ludwig Uhland, der in den vordersten Reihen gegangen war, im „Merkur“ mit der Erklärung entgegen, daß kein Parlamentsmitglied eine Verwundung erlitten habe. „Die einzige Verletzung,“ schließt er, „die ich davongetragen, ist das bittere Gefühl der unziemlichen Behandlung, welche dem letzten Reste der deutschen Nationalversammlung in meinem Heimatlande widerfahren ist.

Auch nachdem das Märzministerium schon gestürzt und die Reaktion eingezogen war, wagte der „Merkur“ noch immer den Anschluß an Preußen zu empfehlen. Er gab fünf dahinzielenden Artikeln Rümelins Raum und brachte außerdem Briefe aus Berlin von einem jungen, leider früh verstorbenen Historiker Otto Abel, der die Ansichten Rümelins ebenfalls vertrat. „Was werden die süddeutschen Staaten tun?“ fragte Abel. „Immer noch zuwarten, nichts tun, was sie mit Ehren und freiwillig tun könnten, aber sich gefallen lassen, was, ohne sie zu fragen, geschieht?“ Am 15. Dezember 1849 bezeichnet er als einzige Schutzwehr die Bemühung Preußens zur Herstellung des Bundesstaates und in zweiter Linie das preußische Schwert. „Die Nation, welche 1848 erlebt hat,“ sagt er dann weiter, „wird sich nicht mehr von der Kleinstaaterei befriedigt fühlen. Mag partikularer Eigennutz und Vorurteil den Sieg hinausschieben, das Verlangen nach Einheit wird stärker sein.... Durch Württembergs Anschluß würde eine Spaltung Deutschlands in eine preußische und österreichische Hälfte beseitigt, was das Ziel der Wiener Politik ist.“ Und endlich veröffentlichte der „Merkur“ auch die Mahnungen Paul Pfizers, zu Preußen zu halten. „Sollen wir,“ rief Pfizer aus, „weil wir nicht gleich alles so erhalten, wie wir es verlangten, in kindischem Trotz und Unmut nun auch gar nichts wollen?... Der künftige deutsche Kaiser wird durch die Natur der deutschen Verhältnisse bestimmt. Heute noch wie vor 35 Jahren nach den Freiheitskriegen gilt, was Schenkendorf, unverkennbar im Hinblick auf Preußens König, dem deutschen Volke zugerufen hat: Wähle schnell den Kaiser, und zwing' ihn, daß er's wird.“

Allein die württembergische Regierung verschloß sich dieser

Erkenntnis hartnäckig. Die Thronrede vom 15. März 1850 erklärte unzweideutig: „Jede Unterordnung eines Hauptstamms unter einen andern würde der Anfang unserer inneren Auflösung und das Grab unserer nationalen Existenz sein." Da hieß es denn, für viele Jahre jede Hoffnung begraben.

Das „Neue Tagblatt" vertrat im großen und ganzen dieselben Grundanschauungen wie der „Merkur", doch bewegten sich seine Ausführungen nur im Gesichtskreise des kleinen Bürgers. Die Konzession für politische Artikel hatte sich die Verlagsbuchhandlung gleich nach den ersten politischen Bewegungen des März erworben und dafür 20 Gulden Sporteln erlegt. Im Jahre 1861 wurde dem „Neuen Tagblatt" die „Stuttgarter Schnellpost" eingefügt, ein kleines Allerweltsblatt, das 1844 gegründet worden war. Zu einer großen politischen Zeitung erweiterte sich das „Neue Tagblatt" erst nach dem Aufschwunge von 1870.

Der demokratische „Beobachter" schloß sich zwar den badischen demokratischen Blättern an, hielt sich aber im allgemeinen ziemlich maßvoll. Nichtsdestoweniger erachtete es der Redakteur Adolf Weißer, der das Blatt seit 1845 leitete, beim Beginn der Reaktion doch für geraten, das Weite zu suchen, worauf der bekannte Dichter Hermann Kurz (geb. 1813, gest. 1873), der Verfasser der Romane „Schillers Heimatjahre" und „Der Sonnenwirt", der schon seit April 1848 an dem Blatte mitgearbeitet hatte, die Redaktion übernahm und sich in seiner schwierigen Position mit großem Geschick zu behaupten wußte. „Ein adligerer Demokrat hat niemals an einem Redaktionstische gesessen und für den Tagesbedarf seiner Parteigenossen sub specie aeterni Sorge getragen," sagt Paul Heyse in der Biographie, die er den gesammelten Werken von Hermann Kurz voranstellte. Kurz redigierte das Blatt von 1849 bis 1853 und brachte es während dieser höchst mißlichen Periode glücklich durch alle Klippen. Der allgemeinen damaligen Stimmung in Süddeutschland entsprechend, war er ein Anhänger der Trias-Ideen und Großdeutscher; später (1871) stand er nicht an, auch der Entwicklung zuzustimmen, die durch den Krieg von 1870/71 herbeigeführt worden war. „Die lebensunfähige Bundesform hat einem lebendigen Bundesstaats-

gebilde Platz gemacht," sagte er in der Vorrede zu seinen „Geschichtsbildern aus der Melacszeit". „Ob sie im Wege friedlicher Entwicklung zu verbessern gewesen wäre, ist eine Frage, über welche die Geschichte mit ehernem Tritte zur Tagesordnung übergegangen ist. . . . Das Deutsche Reich ist gegründet; was noch fehlt, und was drückt, muß innerhalb der gewonnenen Form Abhülfe finden können."*)

Ein zweites demokratisches Blatt, „Die Sonne", begann mit dem 18. Mai 1848 in Stuttgart zu erscheinen, konnte sich aber nur bis Mitte 1849 halten. Die letzte in der Königlichen Landesbibliothek abgelieferte Nummer ist № 113 vom 17. Juni 1849. Als Herausgeber des Blattes zeichnete G. Rau.

Der partikularistische Standpunkt wurde von 1849 ab hauptsächlich durch den „Württembergischen Staatsanzeiger" vertreten, den die Regierung ins Leben rief, und ferner durch die „Ulmer Kronik", die 1847 nach Stuttgart verlegt und von einem ehemaligen Republikaner mit einem gewissen Fanatismus in reaktionärem Sinne redigiert wurde. 1849 kehrte die „Kronik" wieder nach Ulm zurück.

Die revolutionäre Bewegung in Bayern entwickelte sich aus dem Skandale, den das Verhältnis des Königs Ludwig I. zu der Tänzerin Lola Montez hervorrief. Die intrigante Circe mischte sich in die Regierungsgeschäfte, brachte ein Ministerium nach ihrem Sinne zustande, ließ sich zu einer Gräfin Landsfeld machen und gab die Veranlassung zu großen Studenten-Krawallen, die sogar die Schließung der Universität München nach sich zogen. Als dann noch die revolutionäre Erregung von Frankreich herüberschlug, kam es zu tumultuarischen Auftritten; der König wurde genötigt, den freisinnigen Abgeordneten v. Thon-Dittmer zum Minister des Innern zu ernennen und in einer Proklamation vom 6. März neben verschiedenem anderen auch die Preßfreiheit zu gewähren. Damit war aber der Sturm noch nicht beschworen; infolge des Gerüchtes, die ausgewiesene Lola Montez sei aber-

*) Über die journalistische Tätigkeit von Hermann Kurz spricht auch Isolde Kurz in den „Erinnerungen" an ihren Vater in der „Deutschen Rundschau", August-Heft 1905.

mals in München erschienen, brauste der Sturm aufs neue auf, und es kam sogar zur Demolierung des Polizeigebäudes. Durch ein Dekret, das der Gräfin Landsfeld das bayrische Indigenat entzog, und durch die Absetzung des Polizeidirektors Mark wurden zwar die Wogen etwas geglättet, allein der König war durch alle diese Vorgänge so verbittert, daß er am 20. März zu Gunsten seines Sohnes Maximilian auf die Krone verzichtete. Damit waren in der Hauptsache die Unruhen beschworen. Ein neues populäres Ministerium legte dem Landtage bald eine Reihe liberaler Gesetzentwürfe vor, darunter ein Preßgesetz; alle Vorlagen wurden rasch erledigt, und schon am 5. Juni erhielten sämtliche vorgeschlagenen Gesetze die königliche Sanktion. Unterdessen entwickelten sich nun aber die Dinge in Frankfurt nicht, wie es zu wünschen gewesen wäre, und Bayern schloß sich mehr und mehr an Österreich an. Schließlich übernahm der frühere sächsische Minister von der Pfordten das Ministerium des Äußern, worauf eine immer entschiedenere Abwendung von der deutschen Sache erfolgte. Bayern lehnte die Reichsverfassung ab, protestierte gegen die Kaiserwahl, legte der Presse wieder größere Beschränkungen auf, und zu Anfang des Jahres 1850 — von der Pfordten war mittlerweile Ministerpräsident geworden — kam unter dem Druck der Regierung ein neues strenges Preßgesetz zustande, das die freie Besprechung der politischen Verhältnisse wieder unmöglich machte. Für diese aber wäre jetzt wieder sehr reichlich Stoff vorhanden gewesen, besonders als die Regierung den Weg beschritt, der schließlich zur Katastrophe von 1866 führte.

Die kurze Freiheit, die die bayrische Presse 1848 genoß, vermochte natürlich eine wesentliche Entwicklung des bisher so dürftigen Zeitungswesens nicht hervorzurufen. Zunächst erschienen allerlei kleine Volksblätter ohne weiteren Blick. Einen größeren Anlauf nahm eine „Konstitutionelle Zeitung“, die anfangs in Augsburg, dann in München ausgegeben wurde, aber nur kurze Zeit bestehen konnte. Ein Regierungsblatt gründete sich der Minister von der Pfordten in der „Neuen Münchener Zeitung“, ohne freilich damit eine Hebung der Presse herbeizuführen. Das Blatt leistete schier Unglaubliches in der Ent-

stellung des politischen Zeitbildes und leitete die öffentliche Meinung in Bayern lange Zeit in sehr verhängnisvoller Weise irre. Aus einem ganz unscheinbaren Keime erwuchs dagegen nach und nach ein Blatt, das heute nicht nur die verbreitetste Zeitung Bayerns, sondern ganz Süddeutschlands ist, das Organ der Liberalen, die „Münchener Neuesten Nachrichten". Es entstand so von ungefähr, mitten aus der allgemeinen Bewegung heraus, ohne Programm, ohne irgend welche höheren Ziele, nur dem allgemeinen Bedürfnis entsprechend. Als im März die Politik mehr und mehr alle Gemüter ergriff, flog eines Tages ein Wiener Flugblatt „Das österreichische Vaterunser" in die Wolfsche Buchdruckerei und erregte dort so viel Interesse, daß einige Setzer es nachdruckten, worauf zwei Setzerlehrlinge es am Abend in den Wirtschaften kolportierten und damit einen hübschen Gewinn erzielten. Das brachte den damaligen Faktor der Wolfschen Druckerei, R. Schurich, auf den Gedanken, dem lebhaft nach politischen Nachrichten verlangenden großen Publikum allabendlich ein solches Flugblatt zu bieten. Die Augsburger „Allgemeine Zeitung" war dem kleinen Mann zu teuer und zu gelehrt, die sonstigen kleinen Blätter Münchens verstanden es nicht, das Wichtigste in aller Kürze mundgerecht rasch darzubieten. Er machte also unter Beihülfe des Literaten Weil Auszüge aus der „Allgemeinen Zeitung", der lithographierten „Norddeutschen Korrespondenz" und sonstigen Zeitungen und ließ das Sammelsurium in der Form eines Flugblattes, jedoch ohne besonderen Titel, erscheinen. Sofort erwies sich das Unternehmen als sehr einträglich; die Oktavblättchen wurden durch Kolporteure und Frauen in großen Massen abgesetzt und waren bald so beliebt, daß sich auch der Wunsch äußerte, sie durch die Post beziehen zu können. Damit wurde natürlich die Einrichtung einer vollständigen Zeitung nötig, die nun am 9. April zum ersten Male unter dem Titel „Neueste Nachrichten aus dem Gebiete der Politik" erschien, auch jetzt noch in Oktav, vier Seiten umfassend, die fast nur Auszüge aus der „Allgemeinen Zeitung" boten. In dieser Dürftigkeit kam das Blatt auch noch weiterhin heraus, doch wußte Schurich mit seinem praktischen Sinn immer geschickt diejenigen Nachrichten zu

erfassen und in den Vordergrund zu stellen, die die große Menge hauptsächlich interessierten; langatmige Erörterungen ließ er bei Seite, ebenso jedes Parteigezänk. Dadurch schuf er sich einen Leserkreis, der beständig wuchs und bald über die Grenzen Münchens hinausging. Unter diesen Umständen konnte er sich auch nach einiger Zeit eine gute Redaktionskraft einstellen und fand sie 1856 in August Vecchioni, einem Rheinpfälzer (geb. 1826), der 1848 in den revolutionären Strudel hineingerissen und dann nach Amerika geflohen, schließlich aber wieder in die Heimat zurückgekehrt war. Unter Vecchioni bildete sich das Blatt nun zu einer wirklichen politischen Zeitung heraus; doch erst nachdem es 1862 in den Besitz von Julius Knorr (geb. 1826, gest. 1881), einem hervorragend intelligenten Manne, übergegangen war, und nachdem weiterhin Dr. Georg Hirth (geb. 1841) sich dem Unternehmen gewidmet hatte, wurde es die große Zeitung, die es heute ist.

Von den sonstigen kleinen Blättern Münchens, dem „Landboten", der „Landbötin", dem „Eilboten", dem „Volksblatt" ꝛc. schwang sich kein einziges zu einiger Bedeutung empor.

Die Provinzpresse besaß ihr vornehmstes Blatt in dem „Nürnberger Korrespondenten", der sich zur erbkaiserlichen und unionistischen Partei hielt, jedoch beim Beginn der Reaktion auf Drängen der Regierung einen Redaktionswechsel vornahm und nun im Fahrwasser des Herrn von der Pfordten segeln mußte. Dadurch verlor der „Korrespondent" wesentlich an Bedeutung und ging nach langem Siechtum Ende 1889 ein. Eine ähnliche Beeinflussung, wie beim „Korrespondenten", mußten auch die liberalen Blätter in Rheinbayern über sich ergehen lassen; nur die kleine „Speierer Zeitung", die das ehemalige Mitglied der Nationalversammlung, Friedrich Kolb, herausgab, suchte ihren freisinnigen Standpunkt einigermaßen zu wahren.

In eine höchst prekäre Lage geriet durch die Bewegung die Augsburger „Allgemeine Zeitung". Sie war, wie wir gesehen haben, in eine vollständige Abhängigkeit von Österreich geraten und hatte durchaus die österreichische Politik vertreten. Da erhob sich plötzlich die nationale Begeisterung, und alle Scharf-

sichtigeren erklärten, daß es Preußens Beruf sei, die Führung des neuen Deutschlands zu übernehmen. Aber der Redakteur Gustav Kolb verschloß sich dieser Erkenntnis vollständig. Es war ihm auch jetzt noch nicht möglich, die „gewisse persönliche Scheu seiner Landsleute vor dem Preußentum", wie Heyck sagt (S. 124), zu überwinden und sich zu dem höheren politischen Standpunkte eines Paul Pfizer, Gustav Rümelin und Otto Abel emporzuschwingen. Nur selten gestattete er seinem Kollegen C. A. Mebold, für eine deutsche Politik im Sinne Pfizers einzutreten; im geeigneten Momente neigte sich das Zünglein der Wage doch immer wieder nach Österreich hinüber. Heinrich Laube mahnte daher in seiner leidenschaftlichen Weise den Freund, die deutsche Sache doch nicht im Stich zu lassen, wenn ihm auch zunächst noch „der Preuß zuwider" sei. „Er siegt doch," fuhr er dann fort, „denn wir wollen ein deutscher Staat werden, müßten wir persönlich alle darüber zugrunde gehen, und mit diesem Siege wird Ihrer Zeitung, wenn sie so fortschreitet, eine tiefe Wunde geschlagen. . . . Deutschland soll ein Staat werden, das ist alles, und das will Österreich nicht, ja das kann Österreich nicht wollen. . . . Sie wissen das alles so gut wie ich und haben gegen Ihren Verstand gekämpft. . . Fassen Sie sich ein Herz, Freund, es ist die höchste Zeit. Daß Sie nicht bayrisch-partikular sind, hat niemand bezweifelt. Sie sind ein Sympathievogel. Gott schütze uns!" Doch auch diese Mahnung blieb wirkungslos; Kolb behielt seine österreichische Richtung bei und entfremdete daher der Zeitung einen großen Teil ihrer bisherigen Leser. Während das Blatt 1848 noch 11155 Abonnenten besaß, hatte es deren im nächsten Jahre nur noch 8360; weiterhin ging die Zahl der Abonnenten 1850 auf 7637 und 1851 sogar auf 7064 zurück. Beim Beginn der orientalischen Krisis besserte sich aber die Lage der Zeitung wieder, da die Augsburgerin die ausführlichsten und anschaulichsten Kriegsberichte und auch die zuverlässigsten diplomatischen Nachrichten brachte. Ihre großdeutsche Politik behielt sie jedoch auch ferner bei und schwärmte bis 1866 für Großdeutschland „unter Einschluß und Hegemonie eines würdig verjüngten Österreich." Die Katastrophe von 1866 erlebte Gustav Kolb jedoch

nicht mehr; er starb am 16. März 1865. Unmittelbar nach dem Kriege entsagte die Zeitung ihren alten Träumen, bekannte sich zur preußisch-deutschen Politik und wurde nach 1870 sogar eine enthusiastische Verehrerin Bismarcks, desselben Bismarck, den Kolb noch 1862 wegen der Worte vom Blut und Eisen als einen Katilinarier verurteilt hatte.

---

6. Die Presse in Österreich. Die Zustände bis zum Jahre 1848. Die Rufe nach Reformen. Der Ausbruch der Revolution. Die beiden alten Wiener Zeitungen. Die Kapriolen der „Wiener Zeitung“. Die Schicksale des „Beobachters“. Das „Fremdenblatt“. Die Hochflut der neuen Blätter. Der gesetzliche Boden und die neue Presse. Die bedeutenderen neuen Zeitungen. Die „Konstitution“. Ihr Gründer Leopold Häfner. „Der Freimütige“. Dessen Herausgeber Moritz Mahler. Die „Allgemeine österreichische Zeitung“. Ihr Leiter Ernst von Schwarzer. „Die Presse“. Ihr Gründer August Zang. Die „Ost-deutsche Post“, herausgegeben von Ignaz Kuranda. Das „Journal des Österreichischen Lloyd“. Eduard Warrens. Die Prager Presse. Die „Prager Zeitung“ und die „Bohemia“.

Über Österreich lagerte die dumpfe Apathie, in der Metternich die Völker der Erblande gebannt hielt, bis zum Ausbruch der Revolution mit ihrer ganzen grausamen Schwere. Die Gedankenflut der Zeit vermochte nicht über die hohe unsichtbare Mauer zu schlagen, die Österreich seit Jahrzehnten umgab, sodaß die große Masse des Volkes keine Ahnung von dem besaß, was sich vorbereitete. In öder Geistesträgheit lebten die meisten in den Tag hinein und ließen die hohe kaiserliche Regierung für alles sorgen. Und diese tat denn auch, mit dem Kaiser an der Spitze, redlich alles, um jede Aufklärung über politische Dinge fern zu halten. Kaiser Franz besaß eine so heftige Abneigung gegen konstitutionelle Staatseinrichtungen, daß ihn schon das bloße Wort in Aufregung versetzte. Als sein Leibarzt Stifft ihm einmal bemerkte, daß er eine kräftige Konstitution besitze, fuhr er ihn unwillig an: „Was reden Sie da? Wir sind alte gute Bekannte, aber, Stifft, dies Wort lassen Sie mich nicht mehr hören! Eine dauerhafte Natur, sagen Sie, oder in Gottes Namen eine gute

Komplexion, aber es gibt gar keine gute Konstitution! Ich habe keine Konstitution und werde nie eine haben!" Man ging aber auch noch weiter; man wollte überhaupt gar keine geistige Regsamkeit, auch nicht einmal auf rein wissenschaftlichem Gebiete. Als eines Tages die Laibacher Professoren wegen unerhörter Beengungen beim Kaiser vorstellig wurden, erklärte dieser: „Ich brauche keine Gelehrten, sondern gute rechtschaffne Bürger. Wer mir dient, muß lehren, was ich befehle; wer dies nicht tun kann oder mir mit neuen Ideen kommt, der kann gehen, oder ich werde ihn entfernen." Und als dann doch gelegentlich Bedenken hervortraten, es könne unter diesen Umständen einmal den nötigen wissenschaftlichen Bedürfnissen nicht genügt werden, wies ein vormärzlicher Staatsmann diese Sorge mit den Worten zurück: „Brauchen wir Wissenschaft, so lassen wir ein paar norddeutsche Protestanten bekehren, dann haben wir sie." Der Tod des Kaisers Franz änderte an der Lage nichts; Kaiser Ferdinand, der in der Regierung folgte, ließ alles beim alten. Nur eine Konzession machte er; er ließ die Jesuiten ins Land.

Ganz vollständig vermochte Metternich den neuen Geist, der „draußen im Reich" sich mehr und mehr zu regen begann, aber doch nicht von Österreich fernzuhalten. Verschiedene geniale Köpfe wurden von ihm trotzdem und alledem erfüllt. Anastasius Grün trat mit seinen „Spaziergängen eines Wiener Poeten" hervor, in denen er laut über die Unterdrückung alles geistigen Lebens klagte.

„Ach, es kann der Freiheit Blume
Hierzulande nicht gedeihn!"

sang er melancholisch.

Mit schärferen Accenten betonte Baron Adrian Werburg in seinem Buche „Österreich und seine Zukunft" die Notwendigkeit der Reformen. Er tritt hier für Reichsstände, Preßfreiheit und Öffentlichkeit des Gemeindelebens ein. Am heftigsten aber wandten sich die „Sibyllinischen Bücher aus Österreich" gegen die „engherzige, zagende Kabinettspolitik Österreichs." Sie rührten, wie man erst später erfuhr, von einem Angehörigen des Heeres, dem Geniehauptmann Karl Möring, her. Energisch wird hier gegen die geistige Absperrung protestiert. Immer lebhafter erörtere man

erwärts das Herannahen einer neuen Zeit, sagt er, nur in 'terreich erfahre man nichts davon; in den österreichischen Zei-ıgen sei nichts davon zu verspüren. Aber auch hier würden h die Dinge einmal wenden. „Nur wollen einige meinen," gt er dann hinzu, „man brauche keinen Ödipus mehr; käme :r ein Herkules, um den Augiasstall zu reinigen, um die viel-pfige Hydra der Bureaukratie totzuschlagen, um die schwarzen ampyre, die stymphalischen Vögel zurückzuschrecken — to their man see!"

Natürlich erschienen diese Schriften im Auslande, bei Campe Hamburg, und waren in Österreich verboten, wurden aber ıf geheimen Wegen eingeschmuggelt.

Ein gewisser Kreis von Gebildeten war also von den Frei-'its-Ideen der Zeit mehr und mehr erfüllt worden, und als die anzösischen Zeitungen nun eines Tages die Kunde von den arise Vorgängen des 24. Februar nach Wien brachten, ent-and hier sofort eine außerordentliche Aufregung. Das Café)aum, wo einzig und allein die französischen Blätter auflagen, illte sich im Umsehen mit Besuchern, und einer der Gäste bestieg nen Tisch und las von dort herab die Schilderung der Ereig-isse vor. Die Nachrichten wirkten wie Blitzschläge; sie weckten as gesammte Volk auf und riefen allerwärts die Überzeugung ervor, daß auch das alte Österreich sich ausgelebt habe. Schon m 3. März erfolgte der erste direkte Angriff gegen Metternich ı einer Rede Kossuths über eine Adresse an den Kaiser, in der eine Verfassung für alle Länder" verlangt wurde, und gleich arauf brach ein ganzer Adressensturm los, dem tumultuarische 3ersammlungen und Ausschreitungen folgten. Im Laufe von)enigen Tagen befand sich ganz Österreich in fieberhafter Auf-egung, in offener Revolution, der die Regierung hülflos gegen-iber stand. Am 13. März trat Metternich zurück, und am 14. vurde die Zensur aufgehoben und die Preßfreiheit bewilligt.

Diese bedingungslose Erlösung von all den drückenden Fesseln, ınter denen man bisher geschmachtet hatte, vollzog sich aber so ınvermittelt, daß man sich zunächst gar nicht in sie hineinfinden onnte und die wunderlichsten Kapriolen machte. Ganz betroffen

zeigten sich die beiden alten Wiener Zeitungen, die „Wiener Zeitung“ und der „Österreichische Beobachter“, die jahrzehntelang an der Kandare dahergetrottet hatten und sich nun plötzlich jedes Zaumes entledigt sahen. Die „Wiener Zeitung“ war ganz verwirrt. Während sie in ihrem amtlichen Teile den offiziellen Ton beibehielt, gebärdete sie sich in dem nichtamtlichen heute radikal bis zum Exzeß und morgen wieder reaktionär, und dabei brachte sie eine ganze Anzahl von Gedichten, die die neue Freiheit in überschwänglichem Tone verherrlichten. Ihr Redakteur Dr. Moritz Heyßler hatte so vollständig das Gleichgewicht verloren, daß die „Grenzboten“ (1848, II, 109) spotten konnten: „Die ‚Wiener Zeitung‘ ist ein reichhaltiges und strebsames Blatt ohne Redaktion. Redakteur en chef scheint der Drucker oder der printers devil, d. h. der Zufall, zu sein.“ Im Grunde seines Herzens neigte Heyßler jedoch durchaus den freiheitlichen Bestrebungen zu und ließ das dann im Laufe der nächsten Wochen immer deutlicher hervortreten. Unmittelbar nach der Proklamierung der Preßfreiheit führte er den Leitartikel in der Zeitung ein und widmete gleich den ersten den neuen Errungenschaften. „Mit welchen Gefühlen,“ begann er, „die Preßfreiheit, dieses von allen Klassen der Gesellschaft bis hinab in ihre vernachlässigtsten Schichten mit gleicher Begeisterung begrüßte Geschenk unsers geliebten Monarchen, insbesondere von den Vertretern der Presse, zumal der Tagespresse, begrüßt wurde, kann nur der beurteilen, welcher den drückenden Alp, der nun glücklich hinweggenommen ist, auf dem eigenen Geiste und der eigenen Feder lasten gefühlt.“ Bald nachher fügte er, um die neuesten Nachrichten schneller übermitteln zu können, dem Hauptblatte ein „Abendblatt“ hinzu. Unterdessen steigerte sich die allgemeine Erregung mit großer Vehemenz, und zugleich trat zu den bisherigen Fragen noch eine große Menge neuer, unter denen die „deutsche Frage“ einen hervorragenden Platz einnahm. Die „Wiener Zeitung“ behandelte alle diese Angelegenheiten mit großer Leidenschaft, und als Friedrich Wilhelm IV. seine Ansprache „An mein Volk und die deutsche Nation“ gehalten hatte, antwortete sie mit einem so fulminanten Artikel, daß es zu diplomatischen Erörterungen kam

und der österreichische Gesandte in Berlin alle Mühe hatte, dem preußischen Hofe begreiflich zu machen, daß die kaiserliche Regierung nur das vertreten könne, was im amtlichen Teile der „Wiener Zeitung“ stehe. Weiterhin wurde die Kluft zwischen dem amtlichen und nichtamtlichen Teile der Zeitung jedoch so schroff, daß auch die eigene Regierung davon höchst peinlich berührt wurde. Die Redaktion ging ganz in die radikale Strömung hinüber, glorifizierte die Barrikadentage vom 26. bis 28. Mai und machte sich der ungeheuerlichsten Taktlosigkeiten schuldig, sodaß schließlich Heyßler mit dem 1. Juli verabschiedet und die Redaktion in die Hände von A. Adolf Schmidl gelegt wurde. Dieser befleißigte sich eines maßvolleren Tones, änderte auch die innere Einrichtung etwas ab, indem er an Stelle des Feuilletons im Hauptblatte eine besondere „Beilage zur Wiener Zeitung“ einführte, die dann später zu einem Forum für allerlei wertvolle wissenschaftliche Darlegungen geworden ist. Allein Schmidl hielt sich in seiner Position nur bis Mitte September. Wie es scheint, war das Ministerium mit seiner finanziellen Gebarung nicht zufrieden, und Rudolf Eitelberger von Edelberg, bisher Dozent der Theorie und Geschichte der bildenden Künste an der Wiener Universität, trat an seine Stelle. Mit diesem sollte aber die Regierung bald noch schlimmere Erfahrungen machen, als mit Dr. Heyßler. Denn als die blutigen Oktobertage erschienen, ging Eitelberger jubelnd ins Lager der Aufständischen über, verlangte „die Entnationalisierung des Staates, wie die Entkirchlichung desselben,“ erhob — er, der Hauptredakteur des Regierungsblattes! — Protest gegen die vom Hofe beschlossene Verlegung des Reichstages nach Kremsier und erklärte, daß nur der Reichstag eine solche Bestimmung treffen könne. Und als Mitte Oktober der Fürst Windischgrätz gegen Wien heranrückte, figurierten die Aufständischen in den Nachrichten, die das Regierungsblatt vom Kampfplatze brachte, regelmäßig als „die Unsern“; zugleich wurden die Berichte des polnischen Generals Bem an den Oberkommandanten Messenhauser, in denen die Kaiserlichen „die Rebellentruppen“ hießen, von dem mit dem kaiserlichen Doppeladler geschmückten Regierungsblatte ohne Redaktionsbemerkung abgedruckt. Diese Dissonanz wurde

aber sehr bald durch die Kanonen des Fürsten Windischgrätz aufgelöst, und darob verging der „Wiener Zeitung“ für mehrere Tage der Atem. Sie stellte ihr Erscheinen ein und erschien erst am 3. November wieder. Aber wie anders sah sie jetzt aus! Der Freiheitsrausch war vorüber; eine klägliche Ernüchterung hatte sie ergriffen; in durchaus vorschriftsmäßigem Stil wurde über die Vorgänge in der Monarchie und im übrigen Deutschland berichtet. Herr von Eitelberger brachte dieses journalistische Kunststück mit erstaunlichem Geschick zustande und war nur froh, daß man sich im Trubel der Massenverhaftungen und standrechtlichen Hinrichtungen seines Verhaltens während des Oktober nicht mehr erinnerte. Seine ehemaligen Parteigenossen blickten freilich mit bitterem Ingrimm auf diese Wandlung, schalten die „Wiener Zeitung“ eine Metze, die im Oktober die Aula auf das begeistertste gepriesen und sie jetzt ein Rebellennest nenne, und verhöhnten den ehemaligen Parteigänger, der die Hof-Etikette nun wieder so musterhaft zu beobachten wisse.*)

Wesentlich anders, als bei der „Wiener Zeitung“, gestaltete sich das Schicksal des „Österreichischen Beobachters“, des, zwar nicht amtlichen, aber hochoffiziösen Organes des Haus-, Hof- und Staatskanzlers Metternich. Es war ihm zwar der Boden unter den Füßen geschwunden, als sein Herr und Meister am 13. März abgedankt und die Flucht ergriffen hatte, aber es gab sich alle Mühe, nach wie vor seine Würde zu bewahren. Pflichtschuldigst brachte es am 15. März die Verkündigung der Preßfreiheit, doch knüpfte es weiter keine Betrachtungen an, und am nächsten Tage berichtete es über die politische Bewegung wie über ganz gewöhnliche Krawalle, versicherte, daß „in allen Teilen der Stadt“ eine „vollkommene Ruhe“ herrsche, und gab nur zu, daß „leider in einigen Vorstädten und in mehreren Ortschaften außerhalb der Linien“ allerlei „traurige Verirrungen“ vorgekommen seien. Die tiefere Bedeutung der Unruhen wurde vollständig verschwiegen; welche Kräfte hier rangen und sich zur Geltung

*) Freiherr von Helfert, die „Wiener Zeitung“ im Jahre 1848 (Zur Gesch. d. Kaiserl. Wiener Zeitung. Wien, 1903) S. 123 ff.

zu bringen suchten, schien die Redaktion gar nicht zu ahnen. Das zeigte sich auch weiterhin bei den Berichten über die Bewegung in den übrigen Ländern Deutschlands; nirgends offenbarte sich ein Verständnis für die Ideen, die hier auftraten und zur Herrschaft gelangen wollten, immer wurde nur einfach das Tatsächliche gemeldet. Offenbar berührte den Redakteur der neue Geist, der sich allerwärts so laut und anspruchsvoll äußerte, höchst unangenehm, ja peinlich, und es war ihm sichtlich eine Erleichterung, als er am 27. März den Lesern mitteilen konnte, daß Ernst von Schwarzer, der bisherige Hauptredakteur des „Journals des Österreichischen Lloyd" in Triest, die Zeitung übernommen habe. Schwarzer bildete das Blatt vollständig um und gab ihm auch den neuen Titel „Allgemeine Österreichische Zeitung". Infolgedessen verschwand der „Beobachter" klanglos aus der Zeitungsliteratur, nachdem er jahrzehntelang eine so hervorragende Rolle gespielt und mit allen seinen Äußerungen einen maßgebenden Einfluß auf die gesamte deutsche Presse ausgeübt hatte.

Doch nicht nur die beiden politischen Zeitungen, auch die Unterhaltungs-, Witz-, Anzeige- und Klatschblätter sahen sich durch die Aufhebung der Zensur und die Verkündigung der Preßfreiheit auf das lebhafteste berührt und angeregt. Sie nahmen alle rasch eine gewisse politische Färbung an, und das „Fremden-Blatt", das von Gustav Heine (geb. 1805, gest. 1886), einem Bruder des Dichters Heinrich Heine, 1846 gegründet worden und bisher nur ein einfacher und trockener Gasthof-, Ankunfts- und Abreise-, Kurs- und Theater-Anzeiger gewesen war, wuchs sich rasch zu einer politischen Zeitung aus. Ja sogar die ernsten wissenschaftlichen Journale fühlten sich gedrungen, der neuen Freiheit, mitten aus ihren gelehrten Erörterungen heraus, ihre Huldigungen darzubringen. Die Ehrmannsche „Zeitschrift für Pharmacie" schiebt plötzlich zwischen die Abhandlungen über Destillationen und Retortenverfahren den Jubelruf „Heil dem Vaterlande" und druckt dann das kaiserliche Patent vom 15. März, Castellis „Lied für die Nationalgarde", Gerhards Strophen „Die Presse frei!" und anderes ab, worauf sie

dann ohne weiteres mit einem Artikel über die Blutegelzucht in ihr Gleis zurückkehrt.

Am rücksichtslosesten, mit elementarer Heftigkeit, äußerte sich jedoch die allgemeine Erregung in den neuen Blättern, die vom 15. März ab wie Pilze hervorschossen. Nicht weniger denn 227 solcher journalistischen Erzeugnisse tauchten in dem bewegten Jahre in Wien auf. Aber auch ganz wie in Berlin brachte die größte Mehrzahl es nur zu einer kurzen Lebensdauer. Sehr viele welkten, kaum erstanden, auch schon wieder dahin. Die meisten erhielten sich während ihres kurzen Daseins durch die freie Kolportage, den Straßenverkauf. In allem zeigte sich zunächst, so charakterisiert Richter diese Zeitungsliteratur*), der Mangel an politischer Gesinnung und Erziehung eines aus Sklavenketten plötzlich befreiten Volkes, das das kostbare Geschenk der freien Presse noch nicht zu benützen verstand. Als dann aber der erste Freudenrausch vorüber war, entwickelte sich ein für Österreich ganz neues Schauspiel, das Parteileben, und im Gefolge dessen die Parteipresse. Einen gemeinsamen Ton hielt die Wiener Presse jedoch allezeit fest, ob sie liberal, radikal, konservativ, klerikal, sozialistisch, regierungstreu oder oppositionell gefärbt war, das war ihr Zentralismus im Gegensatz zu dem neuentstandenen, jedoch nur höchst unbedeutenden Föderalismus der Provinzpresse. Neu war die katholisch-politische Richtung. Vorübergehend erschienen auch deutsch-nationale Blätter, die den Gedanken des Aufgehens von Österreich in Deutschland vertraten.

Die erste neue Zeitung erschien am 19. März in Wien. Sie führte bezeichnenderweise den Titel „Satan“, wurde von Dr. Pongratz herausgegeben, brachte es aber nur noch zu einer № 2, die kein Datum trug. Am nächsten Tage (20. März) trat in Wien „Die Konstitution“ von L. Häfner hervor, die bald großen Einfluß gewann, am 25. März „Das Panier des Fortschritts“ von Dr. J. Wildner-Maithstein (erschien bis zum 24. Juni), am 27. März der „Konstitutionelle Courier

---

*) H. M. Richter, die Wiener Presse (Wien 1848—1888. Denkschrift zum 2. Dez. 1888, herausgeg. vom Gemeinderate der Stadt Wien.) Wien 1888, Bd. II, S. 419.

für die Wiener Vorstadtgemeinden" von Johann Karl (bis zum 13. Mai), am 28. März „Der Volksfreund" von Josef Rank (bis zum 19. Oktober), am 29. März „Das junge Österreich", national-politisches Organ der Wiener Hochschule, von L. Eckart (bis zum 16. Mai), am 30. März „Der Freimütige" von Mahler (bis zum 25. Oktober), ferner „Der politische Kellner im neuen Gasthause zum freien Mann, wo man allerhand Geistiges und überhaupt wahren Heurigen zu den billigsten Preisen bekommt" (nur 5 Nummern), am 1. April die „Konstitutionelle Donauzeitung" von Dr. C. F. Hock und den Mit-Redakteuren Dr. C. E. Schindler und Sigm. Engländer, in deren № 68 vom 8. Juni Grillparzers berühmtes Gedicht an den Feldmarschall Radetzky erschien „Glück auf, mein Feldherr, führe den Streich!" (bis zum 6. Juli), „Der österreichische Nationalgardist" von Dr. Hermann Meynert (bis zum 28. Juni) und die Österreichische konstitutionelle deutsche Zeitung" von Dr. Heinrich Löw (bis zum 13. August), am 5. April die „Opposition für Volk und Recht" von J. N. Nitschner, mit dem Bemerken, daß das Blatt „beinahe" täglich ausgegeben werde (bis zum 17. Mai), am 15. April „Der österreichische Landbote" mit dem Wahlspruch „Recht und Gesetz, Öffentlichkeit, Freiheit und Ordnung", von Wilhelm Ehrlich (bis zum 15. Juli), am 10. Mai der „Gerad' aus! Politisches Abendblatt fürs Volk" von Fritz (bis zum 26. Oktober), am 1. Juni die „Zeitung für die Wiener Nationalgarde" von Dr. Klucky, Dr. Netwald und Karl Scherzer (bis zum 26. Oktober), am 3. Juni die „Wiener Gassen-Zeitung" von Terzky (bis zum 26. Oktober). Am 10. Juni erschien der „Wanderer" (№ 137) mit dem erweiterten Titel „Ein politisch-belletristischer Tagesbote für Stadt und Land", herausgegeben von Ferdinand Seyfried und August Silberstein, am 16. Juni die „Kleine Reichstags-Zeitung" von August Zang (bis zum 20. Juni) und „Der Radikale" von Dr. A. J. Becher mit den Mitarbeitern W. Messenhauser, Dr. K. Tausenau, Jos. Tuvora, Fr. Hebbel, Joh. Nordmann u. a. (bis zum 26. Oktober), am 24. Juni „Der Demokrat" als neue Folge des „Wanderers",

am 3. Juli „Die Presse“, herausgegeben von August Zang, redigiert von Dr. Leopold Landsteiner, am 7. Juli „Der Ohnehose, Volksblatt für unumschränkte Freiheit und soziale Reform“ von Heinrich Blauberg (bis zum 29. Juli), am 11. Juli „Schwarz-Rot-Gold, Vereinsblatt der Deutschen in Österreich“, herausgegeben von Dr. L. v. Löhner, redigiert von Dr. Kuh, Jos. Rank, F. Uhl, Dr. Rob. Zimmermann u. a. (bis zum 15. August), am 18. Juli eine „Allgemeine Slavische Zeitung“ von H. Terebelsky (bis zum 21. Oktober), am 24. Juli „Die Geißel, Tagblatt aller Tagblätter“ von J. F. Böhringer (bis zum 31. Dezember), am 3. August „Der politische Esel, Tag-, Klatsch-, Schmäh- und Schimpfblatt“, verantwortlicher „Treiber“ H. Grinzinger (bis Mitte August nur 6 Nummern), am 16. August „Die Reform, politisch-soziales Tagblatt“ von Sigm. Engländer (bis zum 24. Oktober), am 1. September „Die Volkswehr, wichtiges Organ für die National-Garde“ von Jos. Hirschfeld (bis zum 15. Okt.), am 5. September „Die goldene Mittelstraße, populäres Organ der gemäßigten Partei“ mit dem Motto „Man höre auch den andern Teil“ von Professor Franz Anton Rosental (bis zum 30. Dezember), am 1. Oktober die „Ost-deutsche Post“ von Ignaz Kuranda (bis 1866), am 1. November der „Österreichische Korrespondent“ von Dr. Julius Seidlitz (bis zum 31. Dezember), am 10. November „Schild und Schwert“, politisch-konservatives Journal, von Joh. Quirin Endlich (bis zum 31. Dez.) und am 21. November aufs neue der „Wanderer, fünfunddreißigster Jahrgang“, der den „Demokraten“ wieder abgestreift hat, redigiert von Ferd. v. Seyfried.

Doch bleibt noch ein Rest von vielen unbedeutenden Blättern, die nur ganz kurze Zeit erschienen (es befinden sich nicht weniger denn 34 Eintagsfliegen darunter und 26, die keine Woche überlebten), auf deren Aufzählung wir füglich verzichten.

Der gesetzliche Boden, auf dem diese ganze Wiener Presse stand, war äußerst schwankend. Nachdem am 14. März die Preßfreiheit bewilligt worden war, wurde am 31. ein provisorisches Preßgesetz bekannt gegeben, das aber so viel Widerspruch

rregte, daß sich das Ministerium gezwungen sah, es zurückuziehen. Darauf erschienen am 18. Mai, jedoch ohne kaiserliche Sanktion — Kaiser Ferdinand hatte am 17. Mai heimlich die Residenz verlassen — mit weitgehender Berücksichtigung aller Wünsche zwei neue „provisorische Verordnungen", die eine „gegen en Mißbrauch der Presse", die andere „über das Verfahren in Preßsachen". Alle Bestimmungen des früheren Gesetzes über Kautions-Pflicht, Vorlage von Pflicht-Exemplaren, Verschärfung er Freiheitsstrafen durch Geldbußen u. s. w. waren beseitigt. Der Redakteur brauchte nicht mehr österreichischer Staatsbürger u sein, sondern mußte nur im Inlande wohnen. Für das Verfahren in Preßsachen war das Geschworenen-Gericht eingeführt. Im großen und ganzen hatten aber diese Gesetzesestimmungen wenig Zweck, denn in der nun folgenden trubulösen Zeit spielte das Gesetz kaum eine Rolle. Es entwickelte sich bei der vollständigen Machtlosigkeit der Regierung ein allgemeiner Terrorismus, der schließlich seinen Höhepunkt in dem Aufstande erreichte, der am 6. Oktober ausbrach. Darauf rückte der Fürst Windischgrätz mit einem bedeutenden Heere gegen Wien, erklärte am 20. Oktober Stadt und Umgebung in Belagerungszustand und erließ unter dem 23. Oktober von Hetzendorf aus eine Proklamation, in der er bestimmte: „Auf die Dauer des Belagerungszustandes sind alle Zeitungsblätter zu suspendieren, mit Ausnahme der ‚Wiener Zeitung', die sich bloß auf offizielle Mitteilungen zu beschränken hat." Damit war über die Wiener Presse der Stab gebrochen, viele Journalisten suchten das Weite und flohen ins Ausland, und die meisten Zeitungen hörten auf, zu erscheinen. Von Ende Oktober bis Anfang November — am 1. November erfolgte die vollständige Besetzung der Stadt durch Truppen — kam kein einziges Blatt heraus. Am 3. November erschien, wie schon erwähnt wurde, zunächst die „Wiener Zeitung" wieder und veröffentlichte eine zweite Proklamation des Inhalts, daß die Presse nach den Bestimmungen des ersten Patents beschränkt bleibe, ihre etwaigen Publikationen von der Militärbehörde abhängig seien und der Stadtkommandant allein über die Presse zu befinden habe. Der eiserne Kehrbesen des Fürsten

Windischgrätz hatte also die ganze Wiener Presse hinweggefegt, und der Stadtkommandant Feldmarschalleutnant Walden war nun auf lange Zeit der Regulator der öffentlichen Meinung, während die Auditoren des Kriegsgerichts über Sein und Nichtsein der Zeitungen entschieden. Erst am 7. November wagten sich noch einige andere Zeitungen hervor, vermochten jedoch nur kümmerlich zu existieren, da der Vertrieb der Zeitungsblätter auf offener Straße verboten war. Der unsichere Zustand änderte sich auch nicht, als am 13. und 14. März 1849 nacheinander zwei kaiserliche Patente erschienen, von denen das erste gegen den Mißbrauch der Presse gerichtet war, das zweite das Verfahren in Fällen der Übertretung feststellte. Es wurde hierbei die Kaution eingeführt, die Vorlegung der Pflichtexemplare gefordert und die österreichische Staatsbürgerschaft für die Redakteure zur Bedingung gemacht. Außerdem versetzte das zweite Patent die Presse in eine traurige Ausnahmestellung, die im damaligen Strafgesetze nicht begründet war, indem es (in den §§ 22 bis 25) schon die bloße Aneiferung zum Ungehorsam, zu Feindseligkeiten wider Nationalitäten, Religionsgemeinschaften, Klassen und Stände der bürgerlichen Gesellschaft rc. als Vergehen bezeichnete. Bei der Dehnbarkeit dieser Bestimmungen war eine gefährliche Auslegung und eine Anklage jederzeit möglich. Die Bestrafung der eigentlichen Übertretungen wurde nicht dem Gerichte, sondern den politischen Behörden anheimgestellt; nur ein Trost war vorläufig noch geblieben, indem die Schuldfrage dem Geschworenengerichte überlassen blieb. Die Bildung der Geschworenen-Listen verzögerte sich jedoch, worauf die Wohltat illusorisch wurde; nicht lange, und auch die Schwurgerichte verschwanden aus dem österreichischen Strafprozesse. Die Militärbehörde hielt sich nicht an das Gesetz; das Konzessionssystem war ihr alleiniger Maßstab. Endlich brachte noch eine Verordnung vom 6. Juli 1851 das System der Verwarnungen, wodurch die Presse dem Gesetze und ihrem ordentlichen Richter entzogen und dem Ermessen der Verwaltungsbehörden ganz anheim gegeben wurde. War die zweimalige schriftliche Verwarnung fruchtlos, so mußte die weitere Herausgabe auf drei Monate eingestellt werden. Es schnitt also nicht

das richterliche Erkenntnis der Zeitung den Lebensfaden ab, sondern die Administrativbehörde, der Statthalter. Längere Suspension, vollständige Einstellung hing vom Minister des Innern ab. Preßprozesse kamen nicht mehr vor. Diesem Zustande folgte dann gleichsam als Schlußstein im Dezember 1851 die Beseitigung der Verfassung vom 4. März 1849, die Aufhebung der Grundrechte und also auch der Preßfreiheit. Österreich war wieder zum Absolutismus zurückgekehrt. Die Zahl der politischen Zeitungen Österreichs schrumpfte daher immer mehr zusammen, zumal jetzt auch die kirchlichen Streber einen Feldzug gegen die liberale Presse begannen. Die ganze Bevölkerung versank wieder in eine politische Passivität, in der der vaterländische Sinn schwer geschädigt und eine Förderung der politischen Bildung unmöglich gemacht wurde. Von den 388 Journalen des Jahres 1848 waren 1852 in ganz Österreich nur noch 172, von 306 politischen Zeitungen nur mehr 59 übrig.*)

Die wichtigsten und einflußreichsten der neuen, im Jahre 1848 erstandenen österreichischen Zeitungen waren die „Konstitution“, „Der Freimütige“, die „Allgemeine Österreichische Zeitung“, die „Presse“ und die „Ost-deutsche Post“; außerdem kann zu diesen Blättern auch noch der „Lloyd“ gefügt werden, der, bisher in Triest ein handels-politisches Fachblatt, im September nach Wien verpflanzt und dort zu einem politischen Tageblatt großen Stils umgebildet wurde.

Die „Konstitution“ erschien bereits am 20. März in Wien und frappierte sofort durch ihre außerordentliche Heftigkeit und Bitterkeit. Ein solcher Ton, wie ihn dieses Blatt anschlug, war bisher noch nie in Wien gehört worden. Ihr Herausgeber war ein kleiner buckliger Mann, mit einem „unbändigen“ Schnurrbart, Leopold Häfner, den niemand kannte, und um dessen geheimnisvolle Persönlichkeit sich daher alsbald eine Sage spann. Es wurde behauptet, er sei aus den untersten Volksschichten emporgetaucht, früher Hutmachergeselle gewesen, von allerlei schweren Schicksalsschlägen betroffen worden und nun von dem heftigsten

*) Richter, S. 420—424.

Groll gegen alles erfüllt, was ein Wappen, einen Talar, eine Uniform trage. Durch die Nachforschungen Helferts ist jedoch festgestellt worden, daß Häfner, 1818 zu Wien als der Sohn eines Greislers geboren, eine abgeschlossene Gymnasialbildung erhielt, die Rechte studierte und eine Zeitlang in fürstlich Lichtensteinschen Diensten stand, unter einem ränkevollen und selbstsüchtigen Verwalter aber viel zu leiden hatte und daher nach drei Jahren sein Amt wieder aufgab und nun in schwierige und kümmerliche Verhältnisse geriet, bis ihn die Revolution auf einmal emporhob und auf kurze Zeit mit dem Glorienschein der Berühmtheit umgab.*) Offenbar besaß er etwas Faszinierendes, eine gewisse dämonische Gewalt sowohl in seinem Auftreten, wie in der Sprache seiner Leitartikel. Außerdem war er von einer fanatischen Unternehmungslust erfüllt. Als die Revolution ausbrach, hatte er nur zwanzig Kreuzer in der Tasche, aber er fand sofort Leute, die ihm Kredit zur Gründung der „Konstitution“ gewährten, und auch allerlei geschickte Mitarbeiter, Ludwig Hauk, Max C. Gritzner jun., Wintersberg, Anton Niederhuber und Dr. Joseph Hrzka, die in seinem Sinne für ihn schrieben. In den ersten Wochen sah das neue Blatt freilich noch ziemlich dürftig aus; es erschien nur in Oktav, aber es entwickelte sich rasch, und vom 4. Mai ab kam es in Quartformat heraus. Gleich in der ersten Nummer wandte sich Häfner mit glühender Leidenschaft gegen die Bureaukratie, „das Beamtentum mit der Erblichkeit und Verkäuflichkeit seiner Stellen, mit seinem Eigendünkel und seiner Borniertheit, mit seiner Gefräßigkeit und seiner schauderhaften Fortpflanzungsfähigkeit“, in der zweiten griff er die Geistlichkeit an, in der vierten brachte er einen Aufruf „an die Nationalgarde“; weiterhin machte er gegen die Slaven Front, die er als „Mitteldinge zwischen Tieren und Eskimos“ bezeichnete; immer malte er in den grellsten, schreiendsten Farben, und immer wußte er zu fesseln, zu packen und hinzureißen. Ein Schriftsteller jener Zeit, der ihn auch persönlich kannte, Friedrich W. Ebeling, nennt ihn einen Marat und sagt von der „Konstitution“:

*) Freiherr v. Helfert, Die Wiener Journalistik im Jahre 1848. Wien 1877, S. 30.

„Sie war das permanente Geprassel der Guillotine; ihre Zeilen trieften von Menschenblut, ihre Logik war die des Schwertes, ihr Mittel die Revolution, ihr Ziel die Revolution.“*) Natürlich erregte diese maßlose Sprache sofort ein ungeheueres Aufsehen, und jeder griff nach dem Blatte. „Man muß es eben gesehen haben,“ erzählt Siegfried Kapper in seinem Aufsatz „Die Wiener Revolutionsliteratur“ (Bohemia 1848, № 255), „wie sich vom frühen Morgen bis in die späte Nacht die Schau- und Kauflustigen an das Ausgabefenster der Wenediktschen Verlagsbuchhandlung am Lobkovic-Platze drängten. Hielt jemand in der Straße ein Zeitungsblatt in der Hand, so war es die ‚Konstitution‘; ging einer pränumerieren, so war es auf die ‚Konstitution‘; verlangte wer im Kaffeehaus vom Marqueur ein Zeitungsblatt, so war es die ‚Konstitution‘.“ Daher war denn auch die Auflage der Zeitung gleich von vornherein sehr bedeutend. Schon nach wenigen Tagen besaß sie fünf bis sechstausend feste Abonnenten, und daneben wurden täglich im Straßenverkauf gegen zehntausend Exemplare abgesetzt. An besonders stürmischen Tagen aber, im August und September, oder wenn Anton Niederhuber, einer der Hauptschreier jener Zeit, in einem fulminanten Artikel versicherte, daß alle Fürsten, der König von Preußen an der Spitze, an den Galgen gehängt werden müßten, stieg die Auflage bis auf fünfundzwanzigtausend Exemplare. Allein die Herrlichkeit der „Konstitution“ dauerte nicht lange. Als am 6. Oktober in Wien der Aufstand ausbrach, ließ Häfner seine Redaktion wie seine Präsidentschaft im „Zentral-Ausschuß aller demokratischen Vereine“, im Stich und floh donauaufwärts, wurde aber in der Gegend von Krems festgenommen und nach dem Spielberg gebracht. Damit war seine Rolle ausgespielt und ebenso auch die der „Konstitution“. Die Hülfsredakteure suchten das Blatt zwar zu halten, doch hörte es schon am 25. Oktober mit der № 178 zu erscheinen auf.

Nicht so schwarzgallig, wie die „Konstitution“, zeigte sich „Der Freimütige“. Er sah die ganze Bewegung ohne tieferes

*) Friedrich W. Ebeling, Zahme Geschichten aus wilder Zeit. Leipzig 1851, S. 92.

Verständnis als ein buntes Durcheinander an, ja wohl gar als eine Komödie, an der man unter Umständen auch seinen Spaß haben könne. Der Herausgeber des Blattes, Moritz Mahler, war ein leichtfertiger junger Mensch, der vordem für Bäuerles Theaterzeitung gearbeitet, die Sehenswürdigkeiten des Wurstelpraters besprochen und den schaulustigen und genußsüchtigen Wienern „mit dem Humor eines angenehm Betrunkenen“, wie sich Ebeling ausdrückt, bald über die Drolligkeit eines Affentheaters und die Vorzüglichkeit einer neuen Schuhwichse, bald über die Eleganz eines Taschenspielers und die liebliche Süße eines Schweizerkäses berichtet hatte. Als die Revolution ausbrach, war er schnell bei der Hand, die neue Situation für sich auszunutzen, und gründete aufs Geratewohl den „Freimütigen“. Die erste Nummer erschien bereits am 30. März in Quart und kündigte an, daß die neue Zeitung sowohl für „Denker“, wie für „Lacher“ bestimmt sei. „Vornehmheit, Klassizitätshochmut und ledernes Wissen“, hieß es da, „taugen nicht für die raschrollende Zeit und Journalistik. Wir müssen von gestern nach morgen leben wie die Lumpen. Was wir heute erworben, muß morgen verpraßt werden. Hoch lebe die Lumperei! sagt Börne.“ Und nun brachte er ein Quodlibet von Berichten, Späßen und Ansichten, „Gedanken in Hemdsärmeln“, „Raketen für politische Finsterlinge“, „Nadelstiche für Mucker“ *rc.* Allein diese oberflächlichen Plaudereien, Witze und Späße vermochten das Publikum doch nur auf kurze Zeit zu fesseln, und da Mahler nicht mehr zu geben vermochte, so sah er sich schleunigst nach Mitarbeitern um. Seiner Findigkeit gelang es auch bald, solche zunächst in Joseph Tuvora, sodann in Isidor Heller zu erlangen. Tuvora war ein früherer Münzbeamter, der sich aber schon seit Jahren mit Politik beschäftigte und für hervorragende Zeitungen, den „Nürnberger Korrespondenten“, die „Kölnische Zeitung“, die „Leipziger Allgemeine“, schrieb. Durch mancherlei Drangsale und Demütigungen gekränkt und verletzt, gehörte er wie Häfner zu den Verbitterten; doch brachte er seinen Haß gegen das alte System mit einer gewissen Eleganz zum Ausdruck. Den bisherigen cynisch-humoristischen Ton des Blattes wußte er bald mehr und mehr zurückzudrängen und dadurch das

Blatt auf eine höhere Stufe zu heben. In kurzer Zeit stieg daher die Auflage auf 5000 Exemplare. Der andere neue Mitarbeiter, Isidor Heller, aus Böhmen gebürtig, gab dem feuilletonistischen Teile des Blattes einen besseren Inhalt. Mahler behielt sich schließlich nur noch die letzte Seite der Nummer vor, wo unter der Rubrik „Eingesandt“ alle möglichen Klagen vorgebracht und mit „mahlerischem Witz“ verbrämt wurden. Um dem Blatte noch mehr Ansehen zu geben, verwandelte Mahler am 6. August das bisherige Quart in Groß-Folio, sodaß der „Freimütige“ jetzt das größte Format der Wiener Tagespresse besaß. Damit hatte die Zeitung aber auch schon ihren Höhepunkt erreicht. Je stürmischer die Zeiten wurden, desto weniger zeigte sie sich ihrer Aufgabe gewachsen, und als der Oktoberaufstand ausbrach, floh Tuvora bereits am 6. Oktober. Nun suchte Mahler sein Schiff auch ohne Tuvora flott zu erhalten, doch Drucker und Setzer eilten jetzt auf die Barrikaden, um gegen die Truppen des Fürsten Windischgrätz zu kämpfen, worauf schließlich weiter nichts übrig blieb, als am 25. Oktober mit der № 172 die Herausgabe des Blattes einzustellen. Bald nachher, während der Einnahme der Stadt, am Abend des 31. Oktobers, suchte auch Mahler das Weite.

Eine etwas vornehmere Haltung suchte sich die „Allgemeine österreichische Zeitung“ zu geben. Sie trat, wie schon Seite 629 gesagt wurde, an die Stelle des hochoffiziösen „Beobachters“, übernahm von diesem aber auch nicht den kleinsten Charakterzug. Wie die „Konstitution“ und der „Freimütige“, so kündigte auch sie sich als „Oppositions-Blatt“ an und entwickelte dabei sogar ein gewisses politisches Programm. Sie erklärte sich für ein exklusives Deutschtum und bekannte sich als entschiedene Gegnerin des Ministeriums Pillersdorff. Ihr Leiter Ernst von Schwarzer war bereits ein Mann von vierzig Jahren, als er in die politische Arena trat, und hatte auch schon ein sehr bewegtes Leben hinter sich. Als der Sohn eines geadelten Offiziers, hatte auch er zunächst die Offizierskarrière eingeschlagen, aber bald den Dienst quittiert und war nun in eine höchst abenteuerliche Laufbahn hineingeraten. Wie Freiherr von Helfert erzählt, versah er zunächst,

nachdem er seinen Abschied genommen, das Amt eines Sekretärs bei einem russischen General in Genf, fristete dann sein Leben eine Zeitlang als Schilder- und Wappenmaler in Tirol, als Handelsagent in Italien, als Gehilfe in August Zangs Kunstbäckerei in Paris, als Teilhaber an einem Bierbrauerei-Geschäft in London, bis es ihm schließlich 1844 gelang, die Redaktion des „Österreichischen Lloyd“ in Triest zu erhalten und sich dort durch national-ökonomische Aufsätze ein gewisses Ansehen zu verschaffen. Durch diese journalistische Tätigkeit spann er nun auch Beziehungen zu Wien an, die es ihm dann 1848 ermöglichten, den alles Haltes beraubten „Beobachter“ zu erfassen und zunächst in die „Österreichische Zeitung“ und bald nachher in die „Allgemeine österreichische Zeitung“ umzubilden. Die neue Zeitung erschien vom 31. März ab täglich in Quartformat in Stärke von einem Bogen. Die lebhafte Beteiligung am politischen Leben nahm aber Schwarzer so sehr in Anspruch, daß er sich alsbald nach einem Mitarbeiter umsehen mußte und diesen in Hermann Jelinek fand. Aber Jelinek war einer der verschrobensten und überspanntesten Revolutionäre, die in Wien ihr Wesen trieben, und entwickelte in seinen Artikeln so ungeheuerliche Ideen, daß er sich bald unmöglich machte. Er ging dann zu andern Blättern über, wütete dort noch maßloser und wurde daher bald nach der Besetzung der Stadt festgenommen und am 23. November standrechtlich erschossen. Schwarzer hatte mittlerweile den entgegengesetzten Weg eingeschlagen, sich immer größerer Mäßigung befleißigt, und so überraschte es denn schließlich kaum, daß bei der Bildung des Ministeriums Doblhoff Mitte Juli „der wegen seiner national-ökonomischen Kenntnisse allgemein geschätzte“ Ernst von Schwarzer Minister für öffentliche Arbeiten wurde. Die Leitung des Blattes übernahm nun F. O. Hübner, wobei Schwarzer ausdrücklich bemerkte, daß der neue Hauptredakteur durchaus unabhängig sei, und die Zeitung nach wie vor in „unwandelbarer Begeisterung für Freiheit und Fortschritt“ eintreten werde. Allein ein gewisser Einfluß Schwarzers machte sich trotz alledem sehr bald geltend; der oppositionelle Ton wurde mehr und mehr herabgestimmt, und die Haltung der Regierung in Schutz genommen

und verteidigt. Dieser Wandel erregte natürlich bei der oppositionellen Presse eine große Entrüstung. Karl Ferdinand Hock warf Schwarzer in der „Donauzeitung“ vor, daß er „Gesinnungen und Freunde wechsele, wie man einen Handschuh auszieht“, und Quirin Endlich rief im „Zuschauer“ aus: „Mit der Gewandtheit eines Taschenspielers und sonst routinierten Mannes weiß er seine chamäleonische Gestalt geschickt zu decken; aber der denkende Vaterlandsfreund schleudert auf sein Haupt ein donnerndes Damnatur!“ Noch heftigere Angriffe folgten, worauf sich Schwarzer nicht länger im Ministerium zu halten vermochte und zu Anfang September zurücktrat. Nun aber änderte sich auch wieder der Ton der „Allgemeinen österreichischen Zeitung“; das Blatt ging wieder zum Radikalismus über, und Schwarzer scheute sich sogar nicht, seine früheren Amtsgenossen anzugreifen und zu verdächtigen. Das unsaubere Spiel dauerte jedoch nicht lange; der Oktobersturm riß auch die „Allgemeine österreichische Zeitung“ mit allen ihren Wurzeln aus dem Boden und schleuderte sie nieder; am 26. Oktober erschien sie mit ihrer Nummer 207 zum letzten Mal.

Mit ganz besonderem Geschick wurde „Die Presse“ ins Leben gerufen und geleitet. Ihr Gründer war August Zang, ein äußerst energischer Mann von scharfem Verstande und sicherem Urteil, besonders in ökonomischen Angelegenheiten. Wie Schwarzer, so hatte auch er bereits, bevor er zur Journalistik überging, einen seltsamen Lebenslauf hinter sich. Am 2. August 1807 als der Sohn eines Wiener Arztes geboren, schlug er zunächst die Offizierskarriere ein, gab sie aber, da sie ihn nicht befriedigte, bald auf, unternahm Bauspekulationen und ging dann, getrieben von einem rastlosen Unternehmungsgeist, nach Paris, um dort die Wiener Kunstbäckerei einzuführen. Das Geschäft schlug auch ein — noch heute besteht die Boulangerie Zang in der Rue Richelieu —, aber als die Revolution in Wien ausbrach, verkaufte er es schleunigst und eilte nach seiner Vaterstadt, um dort nach dem Muster von Emil de Girardins Zeitung „La Presse“ ein politisches Blatt zu gründen, dem er ebenfalls den Titel „Die Presse“ gab. Zum Mitarbeiter gewann er einen sehr bewanderten und kenntnisreichen Journalisten, Dr. Leopold Landsteiner, den er be-

reits in Paris kennen gelernt hatte. Als Richtschnur stellte er für die ökonomische Seite des Unternehmens die größte Billigkeit hin. Er setzte als Preis für die Nummer des Blattes (ein ganzer dreigespaltener Bogen in Folio) nur einen Kreuzer; dabei erfolgte für die Abonnenten noch die Zustellung ins Haus „ohne Erhöhung des Preises". Einen solchen geringen Betrag für eine Zeitung hatte man bisher in Wien noch nicht gekannt; die Einführung des Blattes ließ sich daher sehr leicht bewerkstelligen. Für die politische Haltung der „Presse" schrieb er das Eintreten und Kämpfen für die Erhaltung der Ordnung vor. Er trat also dem Radikalismus entgegen, dem alle anderen Blätter huldigten, und verurteilte heftig den übermütigen, herausfordernden Ton der „Konstitution" und des „Freimütigen". An die Spitze jeder Nummer stellte er das Motto: „Gleiches Recht für alle." In dem Eingangs-Artikel kündigte er die neue Zeitung als „Das Journal der reinen Dem kratie" an. Die erste Nummer erschien am 3. Juli; darauf kam das Blatt täglich heraus. August Zang wurde als Herausgeber, Dr. Leopold Landsteiner als Haupt-Redakteur bezeichnet. Sehr bald zeigte es sich, daß Zang sowohl wie Landsteiner alle übrigen Zeitungsleiter und Journalisten Wiens bei weitem überragte; beide hatten sich in Paris eine bedeutende politische Bildung angeeignet, und zudem verfügte Landsteiner über eine gewinnende Eleganz des Vortrags, eine gewisse Bonhommie, die gegen das wüste Geschrei und die freche Urteilslosigkeit der meisten übrigen Zeitungsschreiber grell abstach. Unablässig mahnte die „Presse" zur Besonnenheit; nur dann könne sich die nötige Klärung vollziehen, und aus dieser werde sich dann Recht und Gesetz entwickeln. Das sinnlose Freiheitsgeschrei führe zu nichts. Dieses Auftreten der „Presse" und zudem ihr Erfolg rief sehr bald den Haß und Neid der Radikalen hervor. Sie verdächtigten Zang, er habe sich „geheime" Hülfsquellen eröffnet, täusche das Publikum mit der Angabe, sein Blatt habe eine Auflage von 10000 Exemplaren, und verfolge eine reaktionäre, servile Tendenz, die man als „schwarzgelb" bezeichnen müsse. Ja, es erschien sogar ein Flugblatt, in welchem mit großen Lettern gewarnt wurde: „Hütet Euch! Kauft ja nicht das Tageblatt die

‚Presse'!" Und dann hieß es u. a.: „Würdige Bewohner Wiens! Lasset Euch durch das große Format dieser Zeitung nicht verlocken, sie zu kaufen! Dieses ist kein Blatt für Euch, kein Blatt zur Aufklärung des Volkes. Es ist eine Zensur! Ihre Basis ist Reaktion, und ihr infernalischer aristokratischer Gestank dampft aus dem Riesen-Kreuzer-Folio!" Aber Zang ließ sich durch solche Angriffe und Schmähungen nicht bedrücken oder einschüchtern; er antwortete nicht minder grob und bissig. In einem Artikel in № 12 vom 14. Juli, den er mit seinem Namen unterzeichnete, wies er zunächst mit stark betonter Freude auf den „in der Geschichte der Journalistik beispiellosen Erfolg" seines Blattes hin, „den wir" allerdings, wie er „bescheiden" hinzufügte, „nicht so sehr dem Werte unserer Leistung, als dem gänzlichen Unwerte jener unserer Gegner beizumessen" haben, und dann rechnete er die Auslagen für Satz, Papier und Druck bei seiner Zeitung vor und erklärte, daß sich bei diesen Unkosten bei einer Auflage von 10000 Exemplaren immerhin ein ganz hübscher Überschuß ergebe, mithin „geheime Hülfsquellen" nicht eröffnet werden brauchten. Sollte aber das Publikum trotzalledem den Schmähungen und Verdächtigungen der Gegner Gehör schenken und sich von der „Presse" abwenden, so werde es „seinen Durst nach Wissen für 6 Gulden in den ekelhaft schmutzigen Tränken solcher Blätter wie der ‚Gerad' aus', die ‚Gassenzeitung', die ‚Konstitution' und ihresgleichen stillen müssen."

Die Angriffe der Gegner blieben denn auch wirkungslos, und die „Presse" gewann immer mehr an Terrain, auch in den oberen Schichten. Graf Stadion suchte sogar eine sehr enge Fühlung mit dem Blatte, sodaß man in den gegnerischen Kreisen annahm, nicht Zang, sondern Stadion sei in Wirklichkeit der Gründer der „Presse" gewesen. Als kluger Geschäftsmann ging Zang jedoch auf kein bindendes Verhältnis ein, weder bei der Regierung, noch bei der „haute Finance", die sich alsbald an ihn heranzudrängen suchte; er sicherte sich immer die freie Hand und stand sich dabei geschäftlich stets am besten. Weit entfernt, sich für ideale politische Bestrebungen in die Schanze zu schlagen, spähte er nur immer, wie er den Ertrag des Blattes möglichst

steigern könne; diejenige Politik war ihm für seine Zeitung die einzig richtige, mit der er, wie er sich ausdrückte, am meisten „Goldmachen“ könne. Offen erklärte er, daß sein Ideal einer Zeitung ein Blatt sei, das nicht eine einzige unbezahlte Zeile enthalte, in welchem selbst die Königin von England ihre Thronrede inserieren müsse. Nicht mit Unrecht hat man ihn daher den Vater aller Preßkorruptionen genannt.

Auch bei der weiteren Entwicklung der Dinge entschied für die Haltung der „Presse“ stets der geschäftliche Vorteil, offenbar auch während der stürmischen Oktobertage. Nichtsdestoweniger durfte nach der Einnahme Wiens und während des Belagerungszustandes auch die „Presse“ nicht weiter in der Hauptstadt erscheinen und wanderte daher nach Brünn aus, wo sie nun ein ganzes Jahr lang fortgeführt wurde. Die Opposition, die jedoch jetzt das Blatt der Regierung machte, war dieser so unbequem, daß sie auf den Brünner Drucker einwirkte und ihn veranlaßte, der Zeitung seine Presse zu entziehen, was dann das Aufhören des Erscheinens zur Folge hatte. Darauf mußte Zang sein Unternehmen anderthalb Jahre ruhen lassen, bis er endlich im Sommer 1851 die Erlaubnis erlangte, sein Blatt wieder in Wien herauszugeben, obgleich dort noch immer der Belagerungszustand herrschte. Die Haltung der Zeitung war jetzt natürlich eine weit vorsichtigere als in Brünn, doch behielt sie die oppositionelle Richtung bei und gewann sich dadurch die große Menge der Unzufriedenen. Weiterhin blieb sie dann viele Jahre das Organ der gemäßigten liberalen Partei, büßte aber mit der Zeit ihren großen Einfluß ein, worauf Zang 1867 das Blatt an eine Bankgesellschaft verkaufte und sich industriellen Unternehmungen und Spekulationen widmete. Auch hier wußte er stets geschickt zu operieren, sodaß er, als er am 4. März 1888 in Wien starb, ein großes Vermögen hinterließ. Die „Presse“ vermochte sich nicht wieder emporzuschwingen und wurde daher 1894 mit der „Reichswehr“ verschmolzen. In den letzten Jahren soll sie ein jährliches Defizit von 80000 Gulden gehabt haben. Erwähnt sei noch, daß einer ihrer Redakteure, A. Krawani, im Jahre 1866 in

einem Leitartikel das geflügelte Wort von der „affenähnlichen Geschwindigkeit“ der Preußen prägte.

Als die letzte große neue Zeitung Wiens erschien mit dem 1. Oktober Ignaz Kurandas „Ost-deutsche Post“. Gleich nach dem Ausbruch der Bewegung im März 1848 war Kuranda von Leipzig nach Wien geeilt und dort in den liberalen Kreisen mit Begeisterung empfangen worden. Darauf trat er als Abgeordneter der Stadt Teplitz ins deutsche Parlament, blieb aber nicht lange in Frankfurt, sondern kam nach Wien zurück, wo er ersprießlicher für die Entwicklung der politischen Dinge zu wirken hoffte, und zwar durch eine Zeitung. Die Firma Karl Gerold u. Sohn nahm sie in Verlag. Sie wurde täglich im Umfang von einem Bogen in Folio herausgegeben. In dem Eröffnungs-Artikel erklärte Kuranda, daß er mit seiner Zeitung zunächst die „Kluft zwischen einer traurigen Vergangenheit und einer neuen Zukunft“ überbrücken wolle. Bezüglich der vielerörterten Frage „ob Monarchie, ob Republik?“ legte er dar, daß für Österreich zur Zeit nur „die monarchische Form“ das Richtige sei, doch müsse die nötige Freiheit gewährt werden. „Die Trägerin der Freiheit in Österreich“, entwickelte er dann weiter, und das war sein Haupt- und Fundamentalsatz, könne aber nur „die deutsche Nationalität“ sein; nur diese vermöge „die sicherste Garantie gegen die Rückfälle des Absolutismus“ zu bieten, „nicht bloß für uns Deutsche, auch für unsere nicht-deutschen Staatsgenossen“; das müßten die letzteren trotz ihrer „Empfindlichkeit“ am Ende auch wünschen. „Aber,“ so lautete es gegen den Schluß, „wenn die Erhaltung dieses großen Österreich auch nur mit der kleinsten Gefahr für unsere Nationalität verbunden sein, oder gar der Schwerpunkt der Monarchie nach slavischer Seite fallen sollte und die Autonomie des deutschen Willens von der slavischen Majorität bedroht würde, dann mag immerhin die Monarchie in Trümmer fallen, dann ist es unsere heiligste Pflicht, dasselbe zu tun, was die Italiener und Kroaten gegen ihre Unterdrücker unternommen haben.“

Weiterhin erwies sich Kuranda stets als ein umsichtiger und abgeklärter Politiker, der immer ohne egoistische Nebenabsichten

für seine politischen Ziele eintrat, sich dabei aber nie in ideale Schwärmerei verirrte. Allerdings wirkten in dieser Zeit entfesselter Leidenschaften die fein pointierten Ausführungen, die ehedem in den „Grenzboten“ so lebhaft gezündet hatten, jetzt bei weitem nicht mehr so stark auf die große Menge, die mittlerweile durch die übrigen Blätter an eine viel gröbere Sprache gewöhnt worden war. Die „Ost-deutsche Post“ erlangte denn auch niemals die Verbreitung wie die „Konstitution“ und die „Presse“, dagegen erhielt sie, nachdem sie, wie alle übrigen Blätter, nach der Einnahme Wiens durch Windischgrätz suspendiert worden war, bereits Anfang Dezember wieder die Erlaubnis, aufs neue zu erscheinen; doch glaubte sie, „ein milderes Stadium des Ausnahmezustandes abwarten zu müssen“ und begann ihre neue Laufbahn erst am 19. Dezember wieder. Die seltsame Situation, in der sich der Herausgeber jetzt während des Belagerungszustandes befand, schilderte Kuranda in dem Eröffnungs-Artikel der Nummer vom 19. Dezember in geistreicher Weise. „Wir haben den schriftstellerischen Beruf unter verschiedenen Verhältnissen geübt,“ schrieb er; „wir haben aus dem Bereiche des Sedlnitzkyschen Geisteszwanges unter die Ägide belgischer Preßfreiheit uns geflüchtet; sieben Jahre haben wir unter den wechselnden Stimmungen deutscher Zensoren eine Zeitschrift redigiert; fünf Tage lang haben wir sogar das ersehnte Glück genossen, bei vollkommen freier Presse in Österreich eine Zeitung herauszugeben (vom 1. bis zum 6. Oktober); zwanzig Tage später haben wir unter dem Drange revolutionärer Ereignisse auf unserem Posten verharrt; wir haben somit Gelegenheit genug gehabt, mancherlei Erfahrungen und Übung uns zu erwerben. Doch fehlt uns die Kenntnis eines Hauptzweiges journalistischer Praxis: die Kunst der Sprache unter einem Zustande, der nicht Zensur und nicht Preßfreiheit ist, die Kunst, unter dem Belagerungszustande ein Blatt zu leiten, das seine Selbstbestimmung nicht zu opfern gesonnen ist und die Freiheit seiner Meinung nach wie vor aufrecht erhalten will.“

Immerhin gelang es Kuranda, sich in die schwierigen Verhältnisse zu finden. Trotzdem wurde er 1851 nach der Aufhebung der oktroyierten Verfassung durch die Regierung gezwungen,

von der Leitung der „Ost-deutschen Post“ zurückzutreten; ja er mußte es sogar über sich ergehen lassen, daß man ihn unter polizeiliche Aufsicht stellte, weil er die Unterzeichnung eines Reverses verweigerte, durch den er sich verpflichten sollte, nicht mehr über Politik zu schreiben. Erst 1853, nachdem der Belagerungszustand aufgehoben worden war, durfte er wieder als Chefredakteur eintreten. Sein Ideal war auch jetzt noch eine festere Verbindung Österreichs mit den Westmächten; allein dieses Ziel schien mehr und mehr in die Ferne zu rücken, sodaß seine Hoffnungen immer tiefer sanken, und als dann 1866 Österreich vollständig von Deutschland getrennt wurde, gab er es auf, weiterhin für seine politischen Anschauungen einzutreten und ließ die „Ostdeutsche Post“ eingehen. Doch war er noch eine Reihe von Jahren als Mitglied des niederösterreichischen Landtages und als Gemeinderat der Stadt Wien für das allgemeine Wohl tätig und wurde daher an seinem siebzigsten Geburtstage mit dem Ehrenbürgerdiplom der Stadt Wien ausgezeichnet. Bis kurz vor seinem Tode noch als Abgeordneter tätig, starb er am 3. April 1884.

Was endlich das „Journal des Österreichischen Lloyd“ anbetrifft, so geschah die Übersiedlung desselben von Triest nach Wien und seine Umgestaltung von einem handelspolitischen Fachblatt in ein politisches Tageblatt in der Hauptsache auf Veranlassung des Grafen Stadion, der sich für die Regierung ein kräftig wirkendes publizistisches Organ schaffen wollte. Er war es denn auch, der die erforderlichen Geldmittel aus den Kreisen der Aristokratie zusammenbrachte, worauf die Überführung des Blattes mit samt den beiden Redakteuren Friedrich Bodenstedt, dem bekannten Dichter, und Jakob Löwenthal, ebenfalls einem Norddeutschen, in der ersten Hälfte des September erfolgte und die erste Wiener Nummer am 26. September erschien. Das Blatt kam fortan täglich im Umfang von einem Bogen in Groß-Folio heraus. In dem Programm, das die Zeitung aufstellte, gab sie sich natürlich möglichst liberal; eine andere Sprache wäre nicht möglich gewesen. Sie erklärte, sie gehöre der großen Partei an, die von der welthistorischen Bestimmung Österreichs erfüllt sei, jener Bestimmung, „die Gesittung und Freiheit West-

Europas nach dem Osten zu verpflanzen und dem sklavischen Slaventum Rußlands gegenüber ein freies Slaventum zu gründen, welches einstens die moralische Eroberung des annoch geknechteten Europa ermöglichen soll und wird. ... Österreich aufrecht zu erhalten in Freiheit und Einheit, in voller Souveränität über alle seine Teile, sehen die Männer dieser Partei als ihre Aufgabe an. Zu diesen Männern stellen wir uns." Weiterhin trat sie lebhaft für den engsten Zusammenschluß aller Teile des österreichischen Kaiserstaates ein. Mit dem 26. Dezember nahm sie den einfacheren Titel „Der Lloyd" an. Bodenstedt war mittlerweile von der Redaktion zurückgetreten, Löwenthal hatte die Verantwortung und Karl Beck die Redaktion des Feuilletons übernommen. Die eigentliche Seele des Blattes war aber keiner der genannten Redakteure, sondern ein Mann, der niemals mit seinem Namen zeichnete, Eduard Warrens (geb. 1820 zu Altona, gest. 1872 zu Wien), einer der begabtesten Journalisten, die jemals für Wiener Zeitungen geschrieben haben. Seinen glänzenden Stil, seine schlagende Dialektik hatte er sich in Amerika ausgebildet, wo er längere Zeit mit Erfolg den „Anzeiger des Westens" redigiert und die demokratischen Theorien vertreten hatte; in Wien setzte er beim „Lloyd" seine Lanze für die konservative Partei ein, und später wechselte er ohne viel Skrupel noch wiederholt sein politisches Glaubensbekenntnis. „Er vertritt," schreibt Richter, „in der Geschichte der Wiener Presse den Typus des Landsknechtes, der dem Kronensack nachläuft, für Sold dient und jeder Fahne zuschwört." Dem „Lloyd" vermochte übrigens auch die gewandte Feder eines Warrens keinen höheren Schwung zu verleihen; nach kurzer Blüte ging die Zeitung schon im Jahre 1854 ein.

Neben der Presse Wiens nimmt sich die österreichische Provinzpresse von 1848 sehr ärmlich aus. Es fehlten ihr so ziemlich alle Vorbedingungen für eine gedeihliche Entwicklung. Nur in Prag zeigte sich ein etwas regeres Leben, ja es kam hier sogar zu einem seltsamen Konflikte, der auch des Humors nicht entbehrt. Als nämlich die Märzstürme hereinbrachen, wurde auch die amtliche „Prager Zeitung" von ihnen ergriffen, und bald

herrschte in diesem Blatte, das bisher nur von untertänigster Ehrerbietung gegen die hohe kaiserliche Regierung erfüllt gewesen war, ein so kecker Ton, daß das Landesgubernium sich höchlich entsetzte und die Zeitung wiederholt verwarnte. Der Redakteur Eduard Breier kümmerte sich aber gar nicht um die Verweise; auch der Medausche Verlag, der die Zeitung in Pacht hatte, ignorierte sie, ja er änderte sogar eigenmächtig den Titel in „Konstitutionelle Prager Zeitung“ und ließ vom 1. April ab regelmäßig am Mittwoch und Samstag Extrablätter drucken, sodaß die Zeitung jetzt tatsächlich täglich erschien. Weiterhin, vom 1. Juni ab, gab Breier auch noch allabendlich ein Beiblatt zur Zeitung, das „Prager Abendblatt“, heraus. Unterdessen steigerte sich noch der radikale Ton, worauf schließlich die Landesregierung den Verleger aufforderte, die Redaktion zu wechseln. Mittlerweile war aber die Preßfreiheit proklamiert worden, und infolgedessen hatten die Privilegien der „Prager Zeitung“, daß sie nämlich das einzige politisch-statistische Blatt in Prag sein und allein Insertionen annehmen dürfe, ihre Geltung verloren; der Verleger Medau erklärte daher dem k. k. Landespräsidium, daß er keine Pacht mehr bezahlen werde. Die Regierung nahm aber die Kündigung nicht so einfach hin, sondern verpachtete ihre „Prager Zeitung“ jetzt an G. Haases Söhne, worauf Medau vom 1. Juli ab eine „Konstitutionelle Allgemeine Zeitung von Böhmen“ herausgab. Diese florierte jedoch nur so lange, wie die politische Bewegung anhielt; als die Reaktion hereinbrach, stellte das Blatt 1850 sein Erscheinen ein.

Die neu installierte „Prager Zeitung“ hatte sich nach einem sorgfältig mit Haase ausgearbeiteten Kontrakte in ganz bestimmten Grenzen zu bewegen. Es wurde bestimmt, daß sie „genau und unabweichlich im Sinne und im Interesse der Regierung“ geführt werden solle, und daß die Redakteure zwar vom Pächter gewählt, aber vom Statthalter bestätigt werden müßten. Dem Publikum wurde jedoch in der Ankündigung der Zeitung gesagt: „Ihre Tendenz ist Verteidigung des Liberalismus nach allen Grenzen, innerhalb deren aus ihm wahres Volkswohl erwächst; ferner die Wahrung der ungeschmälerten Souveränität

und vollen Integrität des österreichischen Kaiserstaates.“ Die Redaktion übernahm zunächst Dr. Leopold von Hasner, weiterhin Clemens von Weyrother, der sich unter dem Pseudonym Kleeroth auch als Romanschriftsteller und Dramatiker bekannt machte, und dann Dr. Eduard Bruna. Der Abonnementspreis betrug in dieser Zeit 7 Gulden halbjährig. Die Zeitung wollte sich jedoch unter dem Pachtverhältnis nicht recht entwickeln, weshalb die Regierung sie mit Neujahr 1864 in eigene Regie nahm. Sie erschien nun zweimal täglich; doch erlangte sie auch jetzt keine wesentlich größere Verbreitung; dagegen erwarb sich eine „Beilage der Prager Zeitung“, das 1867 geschaffene „Prager Abendblatt“, bei dem billigen Preise von einem Kreuzer für die Nummer, die Gunst des Publikums und wurde bald das verbreitetste deutsch-böhmische Blatt.*)

Eine zweite größere deutsch-böhmische Zeitung entwickelte sich dann langsam aber stetig noch in der „Bohemia“. Bisher nur ein belletristisches Unterhaltungsblatt, wurde sie mit dem 1. April 1848 vom Haaseschen Verlage in eine täglich erscheinende politische Zeitung umgewandelt, jedoch nur in einem gemäßigten Tone gehalten, da die Verlagsbuchhandlung auch noch ein schärfer pointiertes politisches Tageblatt, das „Konstitutionelle Blatt aus Böhmen“, ins Leben rief. Als dann aber die Preßfreiheit wieder zu schwinden begann, ließ die Verlagsbuchhandlung das „Konstitutionelle Blatt“ fallen und erweiterte dafür die „Bohemia“, die sich nun unter ihrem ausgezeichneten Redakteur Franz Klutschak (geb. 1814, gest. 1886) rasch hob. Ein besonderes Verdienst erwarb sich Klutschak dadurch, daß er schon zu Anfang der fünfziger Jahre die wahren Zwecke und Ziele der nationaltschechischen Bewegung erkannte, auf deren Gefahren für das Deutschtum in Böhmen hinwies und dies fort und fort mannhaft gegenüber dem sich immer feindseliger gebärdenden gewalttätigen Tschechentum verteidigte. Auch führte er in der „Bohemia“ zuerst den Ausdruck „Tschechen“ statt „Böhmen“ ein, womit die

*) A. G. Przedak, Gesch. d. deutschen Zeitschriftenwesens in Böhmen. Heidelb. 1904, S. 124—127.

Tschechen sich als der herrschende Stamm in Böhmen bezeichnen wollten.

In allen übrigen Provinzstädten Österreichs entwickelte sich das Zeitungswesen erst, nachdem auf Grund des Diploms vom 20. Oktober 1860 die neue Verfassung erschienen und damit eine Neugestaltung Österreichs angebahnt worden war.

---

7. Die Journalliteratur von 1848 und 1849. Die alten Zeitschriften. Die „Grenzboten“. Ihre neue Haltung unter Freytag und Julian Schmidt. Die neuen Zeitschriften. Es erscheint eine Masse von unbedeutenden Blättern. Der Unterschied der Stimmung zwischen Nord und Süd. Der „Kladderadatsch“. Sein Gründer Kalisch. Die erste Nummer des „Kladderadatsch“. Sein Zeichner Scholz. Sein Redakteur Ernst Dohm. Dieser gibt dem Blatte den literarischen Charakter. Rudolf Löwenstein, der Poet des Blattes. Die sonstigen Mitarbeiter. Der Verleger Albert Hofmann. Schlußbetrachtung über die Presse von 1848 und 1849.

Wenig günstig konnte die politische Bewegung von 1848 und 1849 der Journalliteratur sein. Die unruhige Zeit, in der man selten Muße zur Sammlung fand, und in der sich die Ereignisse oft überstürzten, um dann ganz unerwartet eine neue Wendung herbeizuführen, war nicht dazu geeignet, daß man lange Betrachtungen anstellte und gründlich erst das eine und dann das andere erwog. Meist galt es, sofort Stellung zu nehmen, zuzugreifen; schon nach wenig Tagen war die Situation wieder eine ganz andere, und neue Aufgaben galt es zu lösen.*) Die Zeitschriften kamen daher mit ihren Erörterungen, Darlegungen und Ratschlägen fast immer zu spät. Die meisten Journale der vierziger Jahre gingen denn auch, wie wir schon im 3. Kapitel des 2. Abschnittes gezeigt haben, beim Beginn der Bewegung hülflos zugrunde; eine kleine Anzahl, die sich durch den Strudel in die neue Zeit hinüberrettete, siechte dann nur noch einige Jahre jäm-

---

*) Diese politischen Verhältnisse habe ich ausführlicher dargelegt in meinem Buche „Deutschlands Leben und Streben im 19. Jahrhundert“. Stuttg. 1894.

merlich dahin, wie z. B. der „Charivari“ und die „Zeitung für die elegante Welt“, und bloß einige wenige, die ihre Tendenz änderten, in der Hauptsache die „Fliegenden Blätter“ und die „Grenzboten“, traten in eine neue Phase ihrer Entwicklung.

Über den Charakter, den die „Fliegenden Blätter“ nach 1848 annahmen, haben wir bereits gesprochen; es erübrigt also nur, die Schicksale der „Grenzboten“ in den beiden bewegten Jahren darzulegen. Wie wir schon erwähnten, verkaufte der Gründer des Journals, Ignaz Kuranda, im Sommer 1848 die „Grenzboten“ an Gustav Freytag, Julian Schmidt und den Verleger F. W. Grunow, worauf die neue Redaktion am 1. Juli in Tätigkeit trat. Die Situation war jedenfalls schwierig. Die „Grenzboten“ konnten nicht mehr, wie bisher, ein Blatt zur Förderung der österreichischen Interessen sein, und doch durfte man auch nicht so ohne weiteres grell mit den alten Traditionen brechen. Freytag besprach denn auch anfangs wiederholt die innern österreichischen Verhältnisse und richtete u. a. ein offenes Sendschreiben an den österreichischen Minister des Innern, Freiherrn v. Pillersdorf, in welchem er ein Programm der Einrichtung des österreichischen Staatswesens entwickelte; mehr und mehr erhielt aber doch die Zeitschrift einen preußischen Charakter; die Redakteure traten vor allem für die Erhaltung des preußischen Staates ein und legten immer aufs neue dar, daß Preußen die Hauptstütze Deutschlands sei und auch in Zukunft sein werde. Dabei lief natürlich noch immer sehr viel Unklarheit mit unter. Das Arbeitsfeld hatten die beiden Redakteure in der Weise unter sich verteilt, daß Julian Schmidt in der Regel die deutschen Artikel, Freytag die österreichischen und die das Ausland betreffenden redigierte, und daß außerdem Schmidt noch die ganze Literatur und Kunst mit Ausnahme des Theaters, das sich Freytag vorbehielt, in seine Obhut nahm. So sehr nun aber auch die beiden jungen Herausgeber bemüht waren, ihre Zeitschrift so reich wie möglich auszustatten und durchweg interessant zu gestalten, gelang es ihnen doch nie, wie Freytag in seinen Lebenserinnerungen selbst gesteht, dem Blatte die Fülle und Reichhaltigkeit der Beiträge zu verschaffen, deren eine große Revue, die die „Grenzboten“ gern

gewesen wären, bedarf; die französischen und englischen derartigen Unternehmungen blieben ein unerreichtes Vorbild. Dazu kam, daß in Preußen schon 1849 jede Opposition, auch die wohlmeinende, von der Regierung als sehr unangenehm empfunden wurde und daher die in kräftiger Sprache gehaltenen Artikel Julian Schmidts großen Anstoß erregten. Es erhielt daher Julian Schmidt eines Tages einen warnenden Wink aus Berlin, der ihn veranlaßte, künftig über politische Dinge zu schweigen. Damit büßten aber die „Grenzboten“ sehr viel an Reiz und Mannigfaltigkeit ein. Schmidt zog sich hauptsächlich auf das Gebiet der poetischen Literatur zurück und wurde hier nach und nach ein heftiger Bekämpfer der Romantiker und des „Jungen Deutschlands“.

Als nach und nach diese Ära der Reaktion eintrat, nahmen die beiden Herausgeber eine andere Arbeitseinteilung vor; Julian Schmidt besorgte die Redaktionsgeschäfte im Sommer, Freytag im Winter. Mit dem Jahre 1857 trat sodann, da das sächsische Preßgesetz ein Landeskind als verantwortlichen Redakteur verlangte, noch Moritz Busch in die Redaktion ein und blieb bis 1866. Nach Buschs Weggange wurde Julius Eckardt aus Riga gewonnen, der die Stelle bis 1869 versah, worauf sie Alfred Dove übernahm und sie bis Ende 1870 inne hatte. Julian Schmidt war bereits 1861 nach Berlin gegangen; seinen Anteil am Eigentum der „Grenzboten“ hatte Max Jordan übernommen. Mit dem Schlusse des Jahres 1870 zog sich auch Freytag von den „Grenzboten“ zurück, und Grunow wurde deren alleiniger Besitzer.

Von den neuen Zeitschriften, die von den Märztagen des Jahres 1848 ab aufzuflattern begannen, erlangte nur eine einzige eine große Bedeutung, das humoristisch-satirische Wochenblatt „Kladderadatsch“; alle übrigen schwanden, ohne einen nennenswerten Einfluß ausgeübt zu haben, bald wieder ruhmlos dahin. Wir nennen von ihnen nur diejenigen, die wenigstens einigermaßen von sich reden machten. Dabei sei bemerkt, daß fast allen ein humoristischer Zug, eine gewisse satirische Gereiztheit eigen ist. Doch äußert sich diese Stimmung im Norden anders, als im

Süden. In Berlin steigert sich dieser Humor bis zum beißenden Witz, selbst bis zum ätzenden Spott und Hohn; in Wien bewegt er sich am liebsten in behaglicher Beschaulichkeit, im drolligen und drastischen Scherz und streift auch gern das Gebiet des Erotischen. Saphir meint, die Berliner seien nur witzig, wenn sie hungrig, die Wiener wenn sie satt seien; der Wiener Witz komme aus einem vollen, der Berliner Witz aus einem leeren Magen. Den Effekt, den der Ausbruch der Revolution in Paris bei Metternich machte, ließen sich die Wiener in einem Bilde darstellen, das den Minister in seinem Arbeitszimmer zeigt. Er hat eben die Depesche über die Ereignisse in Paris gelesen, und, des höchsten erschrocken, ruft er aus: „Wie, was! Revolution! . . . . Louis Philipp fortgejagt! . . . Republik!“ Und dann schellt er krampfhaft den Kammerdiener herbei und wimmert kläglich: „Rasch eine andere Hose!“ Das Bild ist von erschütternder Komik; die Zeichnung läßt keinen Zweifel darüber, was dem entsetzten Staatsmann passiert ist.

In Berlin erschienen: Der „Berliner Omnibus, Zeitschrift für Unterhaltung und Volksfreiheit“, redigiert von Adolf Wolff, „Freie Blätter, illustrierte politisch-humoristische Zeitung“, herausgegeben von Adolf Glaßbrenner vom 6. Mai ab, „Das Volk, Organ des Zentralkomitees für Arbeiter“, eine sozial-politische Zeitschrift, herausgegeben vom Schriftsetzer Born (es scheinen nur einige Nummern von Mai bis Juli erschienen zu sein), „Der Berliner Krakehler“, redigiert von E. O. Hoffmann und Heinrich Beta (mit der übermütigen Erklärung: „Der ‚Krakehler‘ erscheint gar nicht, sondern ist immer vergriffen und vergreift sich wöchentlich ein- bis zweimal“) vom 18. Mai bis Ende des Jahres, zum Teil mit Karikaturen von Wilhelm Scholz, „Tante Voß mit dem Besen, Missionsblatt zur Bekehrung politischer Heiden“, Verlag von S. Löwenherz, vom 25. Juni ab (es scheinen nur 6 Nummern erschienen zu sein), „Volks-Blätter, Zeitschrift zur Erörterung politischer und gesellschaftlicher Tagesfragen“, redigiert von J. Schönemann und Heinrich Benary, vom 20. Juli ab (die Friedländersche Samm-

lung nennt 46 Nummern), „Das neue Preußen, eine politische Wochenschrift“, redigiert von M. Goldschmidt, vom 22. Oktober bis 21. Dezember, „Der Freischärler für Kunst und soziales Leben“, redigiert von Luise Aston, vom 1. November ab (es scheinen nur wenige Nummern erschienen zu sein), „Der blaue Montag, Organ des passiven Widerstandes“ (im Dezember), „Der Herold für das deutsche Volk, Zeitschrift für Unterhaltung“, Verlag von Julius Dräger, von Januar 1849 ab, und „Der Sozialist, Wochenschrift zur Förderung der Volkswohlfahrt“, redigiert von Held, von Mai 1849 ab. Alle Zeitschriften erschienen in Quartformat.

In Breslau kam von Oktober 1848 ab „Wurst wider Wurst, Organ gegen anarchische Bestrebungen“ mit Holzschnitten heraus, in Köln der „Verfolger der Bosheit“, geschrieben von dem originellen Wessel, in Hamburg Wilhelm Marrs politisch-satirische Wochenschrift „Mephistopheles“, in der auch Julius Stettenheim seine ersten literarischen Versuche veröffentlichte, in Frankfurt a. M. „Die Wage, deutsche Reichstagsschau“ von Jakob Venedey (es erschienen wahrscheinlich nur 8 Hefte), ferner der „Frankfurter Volksbote“ dreimal wöchentlich vom 4. April 1849 ab bis zum 31. Juli redigiert von A. v. Rochau, dann von G. Herold (Der „Volksbote“ ist ein entschiedener Freund der Freiheit, erklärt sich aber heftig gegen die Schrankenlosigkeit und die Handlungen der Willkür und Gewalttaten und tadelt den „Hochmut Heckers und seiner betörten Spießgesellen“. „Daß es nun wieder so trostlos geworden,“ klagt er, „wie zu den Bundestagszeiten würdelos: wer ist daran schuld? Wer anders, als der Advokatenhochmut einiger politischer Phantasten und der Publizistendünkel einiger Schreiber, die schon gleich in den ersten herzwarmen Tagen der Erhebung während des Vorparlamentes den kalten Fehdehandschuh hinwarfen.“); in München erschienen die „Leuchtkugeln“, Randzeichnungen zur Geschichte der Gegenwart, redigiert von Alex Ringler und E. Roller, mit zahlreichen Holzschnitten (Mitarbeiter waren u. a. Benedix, Beyschlag, Castelli, Drobisch, Kalisch, Gottfr. Kinkel, Kaulbach, Marggraff, Simrock, Vogt) und der „Münchener Punsch“, 1848 von Martin

Schleich gegründet und bis 1871 herausgegeben. Er vertrat den altbayrischen Partikularismus.

In Wien endlich traten ins Leben „Der freie Wiener, Wochenschrift für Scherz und Ernst, Novelle und Erzählung, Ironie und Satyre, Kunst und Literatur, Politik und Volks-Interessen", redigiert von Alexander Medis (es kamen vom 1. April bis 9. August 1848 38 Nummern heraus), die „Wiener Schnellpost, Zeitschrift für politische Bildung des Volkes", redigiert von J. C. Schall (vom 2. Mai bis 10. August 41 Nummern), der „Guckkasten, politisches Wochenblatt fürs Volk", herausgegeben von R. Lechner (vom 14. Mai bis Mitte August 12 Nummern), „Der reisende Teufel, Zeitschrift für Volksbelehrung über Volksfragen", herausgegeben von J. Sammer (vom 1. Juni bis 14. Juli 25 Nummern), und „Die rote Mütze, demokratische Zeitschrift" mit dem Lenauschen Verse als Motto:

Das Licht vom Himmel läßt sich nicht versprengen,
Noch läßt der Sonnenaufgang sich verhängen
Mit Purpurmänteln oder dunklen Kutten.

Die Redakteure waren C. Cerri und L. Eckardt. Das Blatt kam vom 1. August ab nur in 5 Nummern heraus.

Hoch über das bunte Gewirr dieser kleinen Blätter erhob sich der „Kladderadatsch". Wohl begann auch er mit dem leichten Witzgeplänkel, in dem sich die ganze damalige Gesellschaft gefiel, mit den Kalauern, Parodieen und all dem „höheren Blödsinn", den man so gern wie ein glitzerndes Feuerwerk aufsprühen ließ, der aber oft genug — ganz wie Raketen und Schwärmer — ohne jede tiefere Wirkung schnell verpuffte. Doch schon nach wenigen Nummern wurde das Blatt gehaltreicher; es trat neben dem drolligen Augenblickseinfall, dem kecken Schlagwort und der komischen Wortverdrehung auch eine geistreiche Satire, ein souveräner Witz und ein wirklicher, tiefpackender Humor hervor, und zu alledem kam eine mehr und mehr sich ausprägende nationale Stimmung. Der „Kladderadatsch" faßte allwöchentlich alles zusammen, was die Nation an Freude und Schmerz erfüllt hatte, und ließ es in seinem Spiegel, durchglüht und umstrahlt von

seinem Humor, hellleuchtend reflektieren. Dadurch entwickelte er sich, freilich erst in den fünfziger Jahren, zu einem nationalen Blatte, zu einer geistigen Macht, die oft lebhafter und nachdrücklicher auf die weitesten Kreise wirkte, als alle ernsthaften Leitartikel der großen Zeitungen.

Die Gründung des Blattes fällt in den April des Jahres 1848; David Kalisch (geb. den 23. Februar 1820, gest. den 21. August 1872) gab den Anstoß dazu. Wie die meisten damaligen jungen Schriftsteller, so drängte es auch ihn, in der erregten Zeit irgendwie in seiner Weise mitzureden, und so kam er auf den Gedanken, eine humoristische Zeitschrift ins Leben zu rufen. Er durfte dabei von vornherein auf eine gewisse Beachtung rechnen, denn er war seit einem Jahre als der Verfasser der Posse „Einmalhunderttausend Taler“, die fort und fort mit großem Beifall auf dem Königstädtischen Theater am Alexanderplatz in Berlin zur Aufführung kam, eine sehr bekannte und beliebte Persönlichkeit der Hauptstadt. Eine tiefere literarische Bildung ging ihm freilich ab. Ursprünglich Kaufmann, war er als solcher mehrere Jahre in verschiedenen Städten tätig gewesen, zuletzt in einem großen Speditionsgeschäfte in Berlin, hatte sich aber daneben von jeher mit Vorliebe in literarischen Arbeiten versucht und dann 1847 das Glück gehabt, seine Posse „Einmalhunderttausend Taler“ von dem bekannten Theaterdirektor Cerf angenommen zu sehen. Damit war in sein Leben die lang ersehnte Wendung eingetreten; das Stück gefiel ganz außerordentlich, weil es das Berliner Volksleben auf die Bühne brachte und mit seiner naiv-resoluten Lustigkeit und seinen Couplets mit politischen Pointen die Zeitstimmung aufs glücklichste traf. Später hat Kalisch noch eine ganze Reihe anderer Possen geschrieben, „Berlin bei Nacht“, „Ein gebildeter Hausknecht“, „Berlin, wie's weint und lacht“, „Einer von unsere Leut'“ 2c., aber mit keiner hat er wieder den glänzenden Erfolg erzielt, wie mit „Einmalhunderttausend Taler“. Die reichlichen Tantièmen dieser Posse setzten Kalisch in die Lage, sich nun ganz literarischen Arbeiten widmen zu können, worauf denn auch der Plan zu einer humoristischen Zeitschrift entstand. Er stellte eine Nummer nach seinem

Geschmacke zusammen, legte sie dem Buchhändler Albert Hofmann vor, der sich bereits als tätiger Verleger von satirischen Flugblättern und politischen Karikaturen einen Namen gemacht hatte und dieser ging auf das Projekt ein. Doch fehlte noch der Titel des Blattes. Aber auch dieser sollte sich ganz unerwartet schnell finden. Wie A. Schwartz erzählt*), besuchten Kalisch und Hofmann, nachdem die geschäftlichen Abmachungen erledigt waren, mit dem befreundeten Journalisten Schweitzer, der sich noch zu ihnen gefunden hatte, die Hippelsche Weinstube am Alexanderplatz, damals das Mekka der geistreichen Räsonneure Berlins, um dem Unternehmen die nötige Weihe zu geben. Kaum aber hatten sie es sich dort gemütlich gemacht, als plötzlich der Jagdhund irgend eines Gastes scheu und aufgehetzt durchs Zimmer raste und das Tischchen, an dem das Dreiblatt saß, mit lautem Gepolter umriß, worauf die Gläser, Flaschen und Teller klirrend zu Boden stürzten. „Kladderadatsch!" rief Kalisch in Nachahmung des Getöses aus — und jubelnd stimmten die Freunde ein —, man hatte den Namen, nach dem man suchte, gefunden. „Kladderadatsch" sollte das neue Blatt heißen, das den Zusammenbruch des Alten und all das Gepolter und Geklirr dieser Katastrophe schildern wollte! Darauf holte Hofmann auch noch einen Abzug von einem schon vor Jahresfrist zufällig von dem Buchhändler Bartholf Senff erstandenen Cliché aus der Tasche, das sich als Titelkopf eignete. Ein junger, zeichnerisch begabter Leipziger Kaufmann (der Name ist nicht mehr bekannt) hatte das Bild entworfen und Senff es bereits einmal im 1847er Jahrgange seines „Anekdotenjägers" verwendet. Es war der heute aller Welt bekannte Kladderadatschkopf, der vorzüglich für das neue Unternehmen paßte. Der Zeichner hatte sogar — ein drolliges Spiel des Zufalls — in die rechte Backe des feisten Gesichtes als eine Art Vexierbild einen Hundekopf hineinkomponiert, sodaß auch der ungestüme Köter, der die äußere Veranlassung zu dem Taufakte gegeben hatte, zu seinem Rechte kam.

---

*) A. Schwartz, Der Kladderadatsch 1848—1898, in dem Sammelbande „Der Kladderadatsch und seine Leute". Berlin 1898, S. 103 ff.

Hierbei sei zugleich bemerkt, daß Hofmann auch die beiden Schultze- und Müller-Figuren bereits vor der Gründung des „Kladderadatsch" als Clichés von Senff erworben hatte, worauf sie dann zum ersten Male in der № 8 des neuen Blattes auftraten. Später nahm Kalisch diese beiden drolligen Philister, wie auch den Zwickauer und den ewigen Quartaner Karlchen Mießnick, in seine ganz besondere Pflege. Die erste Nummer des „Kladderadatsch" erschien am 7. Mai und gefiel so allgemein, daß gleich am ersten Tage 4000 Exemplare abgesetzt wurden. Sie präsentierte sich als „Organ für und von Bummler" und trug diese „grammatikalische Bummelei" dann bis zum 5. August 1849; ferner gab die Redaktion gleich in der ersten Nummer bekannt, daß das neue Blatt „täglich mit Ausnahme der Wochentage" erscheinen werde. Als „unfreiwillige" Mitarbeiter wurden der Kultusminister Eichhorn, Oberst v. Bülow, Oberpräsident v. Meding, Herwegh (der später auch tatsächlich an dem Blatte tätig war) u. a. genannt. Im übrigen ragte der Inhalt der Nummer doch nur wenig über die andere satirisch-humoristische Literatur hinaus. Es offenbarte sich ein naiver Humor mit etwas Mutterwitz; dabei zeigte sich ein gewisses Geschick, an die Tagesereignisse anzuknüpfen. Der Leitartikel, der die Nummer eröffnete, trug das Motto:

Im wunderschönen Monat Mai,
Wo alle Knospen sprangen: —
Da sind auch meiner Bummelei
Die Augen aufgegangen.

Weiterhin folgten eine humoristische Erörterung über ein „Vereinigtes Deutschland", Scherze, eine parodistische Novelle „Elvira", eine „Klub-Zeitung", eine Reihe lustiger „Fibelverse" und auf der letzten (vierten) Seite satirische „Anzeigen" und die einzige Illustration der Nummer.

Das alles war ganz vergnüglich zu lesen, aber einen tieferen Eindruck vermochte es nicht zu machen, und so wäre vielleicht das junge Unternehmen ebenso rasch, wie so viele andere, wieder in sich zusammengesunken, hätten sich ihm nicht alsbald verschiedene bedeutende Kräfte zugesellt, die es schnell über seine ganze Um-

gebung emporhoben. Diese wesentlichen Förderer des Blattes waren der Zeichner Wilhelm Scholz und die Schriftsteller Ernst Dohm und Rudolf Löwenstein.

Wilhelm Scholz (geb. am 23. Januar 1824, gest. am 23. Juni 1893) lieferte schon zur zweiten Nummer des „Kladderadatsch“ seine erste Zeichnung und ist dann dem Blatte vierzig Jahre hindurch, so lange er den Stift führen konnte, treu geblieben. Er war nicht nur ein geschickter, sondern auch ein geistreicher Künstler. Mit einem gewissen burlesken Humor wußte er seine Person zu zeichnen und ihre Eigenart mit kecken realistischen Strichen scharf hervorzuheben. Eine liebenswürdige naive Art der Darstellung zog noch besonders an. Den Höhepunkt seiner Kunst erreichte er in den Karikaturen von Napoleon III. und Bismarck. Hier schwelgte er förmlich in der Fülle komischer Darstellungen; von allen Seiten wußte er seine Helden zu fassen, und wenn er gar nichts Interessantes mehr an ihnen zu entdecken vermochte, so dichtete er ihnen noch einige komische Attribute an, wie Bismarck die berühmten drei Haare.

Bald nach Scholz stellte sich auch Ernst Dohm als Mitarbeiter ein. Geboren am 24. Mai 1819 zu Breslau, hatte er anfangs Theologie studiert, dann einige Zeit eine Hauslehrerstelle bei Berlin bekleidet, war aber schließlich zur literarischen Tätigkeit übergegangen, Mitarbeiter des „Magazins für die Literatur des Auslandes“ und des „Gesellschafters“ geworden und nun zum „Kladderadatsch“ gekommen, weil es ihn trieb, über all den bunten Wirrwarr dieser krausen Zeit die Geißel des Spottes zu schwingen. Er traf auch sofort den Ton, der anzuschlagen war, wurde bald ein eifriger Mitarbeiter, und nach wenigen Wochen war er die Seele der Wochenschrift. Er gab dem Blatte den vornehmeren Charakter und die Eleganz eines ernsthaften literarischen Unternehmens, und er selbst entwickelte sich schnell zu einem Humoristen ersten Ranges. Mit einer durchaus abgeklärten Weltanschauung blickte er in souveräner Heiterkeit auf die Torheiten der Menschen herab, und mit aristophanischer Grazie überschüttete er die Verkehrtheiten und Tollheiten in Staat und Gesellschaft mit seinem Spott und Hohn. Aber immer leuchtete

aus dem Feuerwerk seines Witzes eine bestimmte Grundanschauung hervor, die jeder empfand, und darum wurde nach und nach die Stellung, die der „Kladderadatsch“ zu den Fragen des Tages nahm, besonders in der Zeit der trüben Reaktion von 1849 bis 1859, maßgebend und selbst entscheidend für weite Kreise. „Was die große Glocke des ‚Kladderadatsch‘ an jedem Sonnabend läutete,“ sagt Karl Frenzel einmal, „das klang stärker und schwächer, in volleren oder gebrocheneren Tönen im ganzen Deutschland, und bald genug weit über seine Grenzen hinaus, nach. In der Dumpfheit und Stille der Redaktion (der „National-Zeitung“), wie oft haben wir, ungeduldig das Erscheinen des ‚Kladderadatsch‘ erwartend, gerufen: ‚Es erscheine der Chor, es erscheine der Chor des geliebten Aristophaniden!‘“ Als eine Probe von der Schlagkraft seines Witzes und zugleich von der glänzenden Form, die er seinen Versen zu geben vermochte, sei hier ein Sonett abgedruckt, das er dem Minister von Westfalen widmete, als dieser nach langjährigem traurigen Wirken in der düstern Reaktionszeit im Oktober 1858 von seinem Amte zurücktrat. Die Parteipresse rühmte hierbei, daß der Minister während seiner ganzen Amtstätigkeit von großer Uneigennützigkeit gewesen und darum jetzt gerade so arm seinen Posten verlasse, wie er ihn angetreten habe. Auf diese eigentümliche Lobeserhebung antwortete Dohm:

Er ist nicht mehr! Jetzt ruht er aus in Frieden:
Der Strom, mit dem so rüstig er geschwommen,
Die Höhe, die so mühvoll er erklommen —
Sie zu behaupten war ihm nicht beschieden.

Ihm ward des höchsten Ruhmes Preis hienieden;
Wir alle haben jüngst sein Lob vernommen:
Wie „unvermögend“ er ins Amt gekommen,
Ist „unvermögend“ er daraus geschieden.

O schönster Lorbeer! Wert vor allen Dingen
Für jeden Sterblichen, danach zu ringen!
Stets „unvermögend“ — — Doch sapienti satis!

Versöhnt sind alle wir, die einst ihm grollten:
Das höchste Lob, das seine Freund' ihm zollten,
Es war — ein Testimonium paupertatis!

Doch auch hohe, getragene Töne wußte er im gegebenen Falle anzuschlagen. Mit dem vornehmsten Takte senkte er seine Fahne am Sarge Friedrich Wilhelms IV. Nachdem er an das Wort Friedrichs des Großen angeknüpft hatte „Ich bin es satt, zu herrschen über Sklaven!“ charakterisierte er den dahingeschiedenen Friedrich Wilhelm IV. in geistreicher Weise mit den folgenden Strophen:

„Und er, dem sie die Stätte jetzt bereiten —
Im wilden Kampf der gärenden Gewalten
Gestellt hart an die Grenzmark zweier Zeiten,
Der neuen fremd: so hat er an der alten,
Die Poesie vergangner Herrlichkeiten
In sich umfassend, treulich fest gehalten.
So war sein Leben ein mühselig Streiten,
Ein Suchen des dem Untergang Geweihten.“

In der Nummer vom 27. Mai 1849 zeichnete Dohm zum ersten Male als verantwortlicher Redakteur, und bis wenige Monate vor seinem am 5. Februar 1883 erfolgten Tode ist er, vierunddreißig Jahre hindurch, mit einer einzigen kurzen Unterbrechung, die durch einen zeitweiligen Aufenthalt in Weimar begründet war, der verantwortliche und tatsächliche Redakteur des „Kladderadatsch“ gewesen.

Der vierte im Kreise der Redaktionsmitglieder, Rudolf Löwenstein, wie Kalisch und Dohm ebenfalls ein Schlesier, war der Vertreter der warmherzigen Poesie, der mit hochgestimmtem Ton und dem Pathos des Volkssängers die Hymnen und Festgesänge dichtete. In dürftigen Verhältnissen war er am 20. Februar 1819 zu Breslau als der Sohn eines jüdischen Destillateurs geboren worden, hatte nur unter vielen Entbehrungen Philologie studiert, sich dann vorwiegend mit poetischen Arbeiten beschäftigt und 1846 unter dem Titel „Kindergarten“ einen Band reizender, tief gemütvoller Kinderlieder veröffentlicht, die ihm einen literarischen Ruf verschafften. Darauf wurde er Mitarbeiter an verschiedenen schönwissenschaftlichen Blättern, bis er Ende Juni 1848 in das feste Verhältnis zum „Kladderadatsch“ trat, das seinem literarischen Schaffen die schon angedeutete Richtung gab. Einen ganz besonderen Beifall fanden 1870 seine

humorvollen Kriegslieder; vornehmlich das Chassepot-Lied, das die Truppen auf ihren Märschen begleitete. Im Laufe der Zeit nahm er aber in der Redaktion einen etwas abgesonderten politischen Standpunkt ein; er trat mehr und mehr zur linken Seite der Liberalen hinüber, während die allgemeine Tendenz des „Kladderadatsch“ die nationalliberale war. Daraus entwickelten sich Mißstimmungen, und als dann noch ein jäher Schmerz in Löwensteins Familienleben einbrach (eine blühende Tochter, eine hochbegabte Künstlerin, hatte der Tod dahingerafft), schied er 1887 aus der Redaktion, weil er, — wir zitieren seine Worte — „durch Krankheit und Kummer geschwächt, nicht mehr im stande war, seine freisinnigen Anschauungen, mit denen er seit Dohms Tode allein dastand, seinen Kollegen gegenüber zur Geltung zu bringen“. Seine letzten Jahre waren leider durch schwere Krankheiten getrübt, denen er am 5. Januar 1891 erlag.

Bei der steigenden Beliebtheit und Bedeutung des „Kladderadatsch“ stellten sich natürlich auch bald allerlei geistreiche gelegentliche Mitarbeiter ein, Adolf Glaßbrenner, Albert Wolff, der spätere „Figaro“-Redakteur, der Meteorologe Dove, Ernst Kossak, Robert Prutz, Franz Dingelstedt, Johannes Trojan, der später Dohms Nachfolger werden sollte, u. a. m. Daß auch ein „gekröntes Haupt“ (Friedrich Wilhelm IV.) zu seinen Mitarbeitern gezählt habe, wie bisweilen gesagt wird, gehört aber in das Gebiet der Erfindung und Sage. Wie A. Schwartz versichert (S. 139), hat er bei dem ganz erschöpfenden Quellenmaterial, das ihm zu Gebote stand, nichts gefunden, was diese Behauptung rechtfertigt.

Das Verdienst, den „Kladderadatsch“ zu einer so hohen Entwicklung gebracht zu haben, gebührt aber nicht nur dessen geistigen Leitern, sondern auch zu keinem geringen Teile dem Verleger Albert Hofmann (geb. d. 8. März 1818, gest. d. 19. Aug. 1880), der das Blatt mit großem Geschick und nie rastender Fürsorge durch alle Stürme und Fährnisse der ersten Jahre zu bringen wußte. Zweimal wurde der „Kladderadatsch“ verboten, das erste Mal von Anfang November 1848 bis Anfang Dezember, während welcher Zeit er bei Ernst Keil in Leipzig erschien, das

zweite Mal vom 9. Januar 1849 bis Mitte Juli dieses Jahres; in diesen Monaten wurde er in Neustadt-Eberswalde gedruckt. Das Abonnement betrug anfangs 17½ Sgr. vierteljährlich, später lange Zeit 22½ Sgr. und ist jetzt 2 Mk. 50 Pfg. Während der Zeit der Verbote sank die Zahl der Abonnenten bis auf 800, stieg dann aber nach und nach bis auf 50000.

Mit dem lachenden Gesichte des „Kladderadatsch“ nehmen wir Abschied von der Periode der Revolution, in der so viel bitterer Haß emporschlug, die so viel blutige Szenen brachte, in der aber auch einer neuen Zeit die Tore geöffnet wurden. Für die Presse erschien damit plötzlich eine Riesenaufgabe, der sie zunächst nicht gewachsen war. „Einem jüngeren Geschlechte mag es nicht leicht sein,“ sagt Gustav Freytag in seinen Lebenserinnerungen, „sich in die journalistischen Zustände jener Zeit hineinzudenken und diesen ersten Flugversuchen der befreiten Presse Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Es gab damals keine erprobten Staatsmänner mit festen Zielpunkten und keine maßgebenden Politiker, ja es gab nicht einmal feste politische Parteien .... Erst in der Nationalversammlung zu Frankfurt begannen die großen dialektischen Prozesse, welche zu dem Verfassungsentwurf von 1849 leiteten; auch dort bildete sich erst allmählich unter dem Zwange der Tatsachen das Parteileben und eine Majorität für die berechtigten nationalen Forderungen. Wer in solcher Zeit als Journalist über Politik schrieb, hatte keinen andern Anhalt, als das Idealbild, das er sich selbst von einer wünschenswerten Zukunft des Vaterlandes gemacht hatte, und keinen andern Maßstab für sein Urteil, als die Ansichten, die ihm zufällige Eindrücke seines eigenen Lebens vermittelt hatten; Sprache, Stil und die notwendige journalistische Taktik, alles, was er haßte, und was er liebte, mußte ihm der eigene Charakter geben. Er war frei wie der Vogel in der Luft, ohne Führer, ohne Partei, ohne die Erfahrung und ohne die Bescheidenheit, welche die Gewöhnung einer Nation an parlamentarische Tätigkeit dem einzelnen zuteilt. Das war eine wundervolle Lehrzeit des deutschen Journalismus, und es ist kein Zufall, daß aus dem Jahre 1848 viele tüchtige Redakteure unserer größeren politischen Zeitungen erwachsen sind,

klug, welterfahren, gewandt und von sicherem Urteil in großen Fragen."

Mit Recht also durfte die Presse, als der Sturm vorüber war, frohen Mutes in die Zukunft blicken. Drängte eine brutale Reaktion auch noch einmal auf eine Zeitlang das nationale Leben zurück — das politische Bewußtsein, das im Volke geweckt worden war, konnte nicht wieder vernichtet werden, und die Fähigkeit, dieses politische Bewußtsein der Nation mit allen seinen Wünschen und Forderungen zum Ausdruck zu bringen, hatte die Presse in ihrer kurzen Lehrzeit leidlich gelernt.

Schluß.

Ausblick in die fünfziger und sechziger Jahre.

Mit der Bewegung von 1848 schließt die erste große Entwicklungsperiode der deutschen Presse, und damit findet auch unsere ausführlichere Darstellung der Geschichte des deutschen Zeitungswesens ihren Abschluß. Doch sei es uns vergönnt, noch in kurzen Strichen ein Bild von den nächsten Jahrzehnten zu entwerfen, um wenigstens in allgemeinen Umrissen den Beginn der neuen Periode der deutschen Presse zu charakterisieren.

Die deutschen Zeitungen waren bis zum Jahre 1848 in der Hauptsache nur Berichterstatterinnen gewesen, die zwar nach und nach auch ihre Ansichten und ein gewisses Urteil über die gemeldeten Vorfälle und geschilderten Zustände äußerten, aber das alles doch nur unter einer strengen obrigkeitlichen Zensur. In der neuen Zeit aber, die nun nach 1848 anbrach, erhob sich die Presse zur Verbreiterin der öffentlichen Meinung. Die politische Grundstimmung, die fortan die Nation beherrschte, suchte ihren Ausdruck vornehmlich in der Presse zu erlangen, und jede größere Zeitung vertrat daher jetzt eine ganz bestimmte politische Idee, die Grundanschauung einer politischen Partei, und im Lichte dieser Partei entwarf sie ihr Weltbild. Jede geistig bedeutende Zeitung trug also fortan einen bestimmt ausgeprägten politischen Charakter, sie war gleichsam eine Persönlichkeit im öffentlichen Leben geworden, die in gegebenen Fällen auch eine Macht vertrat.

Die deutschen Regierungen empfanden diese veränderte Situation sehr lebhaft und suchten diese neue Macht im Staatsleben möglichst einzuschränken. Da die Einheitsbestrebungen ge-

scheitert und die alten Staatsformen teilweise wieder hergestellt worden waren, so konnten auch mancherlei Rückschrittsbewegungen durchgeführt werden, die sich nicht selten bis zu den brutalsten Maßregeln steigerten. Es spielte sich jene düstere Periode der Reaktion ab, in der so viele häßliche Leidenschaften triumphierten, die aber doch nur dazu beitrug, die politische Grundstimmung im Volke noch weiter zu kräftigen und zu vertiefen. Zunächst gewannen die Zeitungen, die bereits bestanden, mehr und mehr an Boden, und dann trat zu diesen nach und nach eine ganze Reihe neuer bedeutender Blätter hinzu.

Von den bisherigen politischen Zeitungen, die sich jetzt lebhafter entwickelten, sind aus Norddeutschland besonders die „Königsberger Hartungsche Zeitung", die „Weser-Zeitung" in Bremen, die „Zeitung für Norddeutschland" in Hannover, die sich dann 1872 mit dem „Hannoverschen Courier" (gegr. 1854) und dem „Hannoverschen Anzeiger" (gegr. 1863) unter dem Haupttitel „Hannoverscher Courier" zusammenschloß, die „Dortmunder Zeitung" (bereits 1828 gegr.), die „Essener Zeitung" (seit 1883 „Rhein.-Westf. Ztg.") und das „Echo der Ge enwart" in Aachen (gegr. 1848) zu nennen.

Die neuen Blätter entstanden besonders in Berlin und Wien. In Berlin wucherte sogar die Zeitungsliteratur etwas allzu üppig empor. Neben den gehaltvolleren Zeitungen wurden auch allerlei Klatschblätter herausgegeben, die dem niedersten Geschmacke frönten, und selbst die sogenannte Revolverpresse, die nach amerikanischem Muster arbeitet, wußte sich einzunisten. Dagegen wartete man auf das Emporwachsen eines Weltblattes vergebens. Den Reigen eröffnete die „Preußische (Adler) Zeitung" (gegr. 1851, eingeg. 1853), die einen konservativen Charakter trug; unmittelbar darauf folgte der „Publizist", der liberal war, aber doch nur in behaglichem Plauderton über die Weltbegebenheiten berichtete. Er wurde 1851 gegründet und bestand bis 1874. In der Mitte der fünfziger Jahre erhielt Berlin sein erstes großes Handelsblatt, die „Berliner Börsenzeitung", gegründet von Dr. Killisch von Horn, dem sich 1868 der „Berliner Börsenkurier", von George Davidsohn ins Leben gerufen, zur Seite stellte. Gegen

Ende der fünfziger Jahre traten noch zwei Blätter in die Erscheinung, die, obgleich sie beide originell und geistreich waren, doch nur einige Zeit bestehen konnten, die witzige 1858 von Adolf Glaßbrenner gegründete und von Richard Schmidt-Cabanis bis 1884 geleitete fortschrittliche „Berliner Montagszeitung“ und die von der liberalen Mittelpartei ins Leben gerufene „Berliner Allgemeine Zeitung“ (1859—63), an deren Spitze 1861 Julian Schmidt gestellt wurde, dem jedoch für ein solches Blatt der freie Blick für das Leben fehlte. Mit dem Jahre 1862 erstanden gleich drei neue Zeitungen von Bedeutung in Berlin, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, von Dr. Braß gegründet und viele Jahre von Emil Pindter geleitet, bis 1890 das Organ Bismarcks und jetzt das Sprachrohr der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amtes, das „Berliner Fremdenblatt“, von R. Decker gegründet, viele Jahre der Moniteur für alle Theater-, Musik- und Sport-Angelegenheiten, eingegangen 1901, und die „Tribüne“, ein in gemäßigt liberalem Ton gehaltenes Blatt, das aber, als es 1881 von der sezessionistischen Gruppe der nationalliberalen Partei angekauft worden war, rasch zurückging und 1883 zu erscheinen aufhörte. Als sich dann das politische Leben immer reger gestaltete, traten 1865 die schon im dritten Kapitel des zweiten Abschnittes erwähnte Heldsche „Staatsbürgerzeitung“ und 1866 die von Strousberg gegründete freikonservative „Post“ ins Leben, die 1874 in den Besitz verschiedener Parlamentarier kam und besonders unter der Redaktion von Dr. Kayßler eines bedeutenden Ansehens genoß. Mit dem Beginn des Kulturkampfes schuf sich 1871 die Zentrumspartei in der „Germania“ ein Hauptorgan, in dem bis 1878 Paul Majunke eine scharfe Feder führte. Für das große Publikum trat im selben Jahre auch das liberale „Berliner Tageblatt“ ins Leben, das von seinem Verleger geschickt verwaltet und von Arthur Levysohn umsichtig geleitet, sehr bald eine bisher noch nie dagewesene Auflage erreichte.

In Wien hatte die Presse zunächst noch eine sehr schwere Zeit durchzumachen. Im Dezember 1851 wurde die Verfassung beseitigt und damit auch die Preßfreiheit, und 1857 trat die Zeitungs-Stempelsteuer, die 1848 abgeschafft worden war, aufs neue

in Kraft. Dadurch erlitten die Zeitungen eine so schwere Belastung, daß viele kleinere Blätter ihr Erscheinen einstellen mußten. Erst 1900 wurde der Zeitungsstempel wieder abgeschafft. Die neue Ära erschien für die Wiener Zeitungen erst, als mit dem 9. März 1863 ein neues Preßgesetz in Kraft trat, durch das wieder geordnete Rechtsverhältnisse eingeführt wurden. Darauf entstand denn auch schon im nächsten Jahre die erste große Zeitung Österreichs, die „Neue Freie Presse“. Sie wurde von Max Friedländer, Mich. Etienne und Adolf Werthner gegründet. Friedländer übernahm die Bearbeitung der inneren Politik, Etienne die der auswärtigen, und Werthner leitete die ökonomische Verwaltung des großen Unternehmens. Durch die außerordentliche Intelligenz der drei Männer faßte die „Neue Freie Presse“ sofort festen Fuß, und durch den scharfen Blick Friedländers wurde immer der richtige Weg bei den so mannigfachen Schwankungen der österreichischen Politik eingeschlagen. Von vornherein wandte sich Friedländer gegen den „Außerordentlichen Reichsrat“ Belcredis, mit aller Entschiedenheit trat er gegen das Kabinett Hohenwart auf, während er das Bürgerministerium lebhaft zu fördern suchte. Etienne bekämpfte von Anfang an die unwahre Politik Napoleons III., und 1870 trat er, unbekümmert um die antipreußische Stimmung, die von 1866 her Österreich noch zum großen Teil beherrschte, auf die Seite Deutschlands. Die weitere Entwicklung der Dinge zeigte sehr bald, wie recht er tat, und dadurch wurde die „Neue Freie Presse“ das einflußreichste, das tonangebende Blatt in Österreich. Neben dieser Zeitung größten Stils trat dann noch 1865 das „Neue Fremdenblatt“, 1867 das von M. Szeps gegründete „Neue Wiener Tagblatt“, das sich eine sehr große Beliebtheit zu erringen wußte, 1869 die „Tagespresse“, die mehrere Jahre für die welfischen Interessen kämpfte, und 1871 die „Deutsche Zeitung“, die das Recht der Deutschen gegen die andrängenden Slaven zu verteidigen suchte.

Neben Berlin und Wien spielte die Journalliteratur Münchens in den fünfziger und sechziger Jahren eine sehr unbedeutende Rolle. Eine großdeutsche „Isar-Zeitung“, redigiert von August Becker, bestand nur kurze Zeit, ebenso ein ministerielles Blatt,

die „Neue Münchener Zeitung“, während die von Julius Fröbel 1867 ins Leben gerufene „Süddeutsche Presse“ sich zwar länger hielt, aber es zu keiner Bedeutung brachte. Anders gestalteten sich die Verhältnisse in Frankfurt a. M., wo sich die „Frankfurter Zeitung“ energisch emporrang. Dieses heute so bedeutende Blatt entwickelte sich aus sehr kleinen Verhältnissen. Es begann seine Laufbahn am 27. August 1856 als „Frankfurter Handelszeitung“ in kleinem Quartformat. H. B. Rosenthal und Leopold Sonnemann gaben es heraus, um dem Publikum bei den immer mehr sich ausbreitenden Aktienunternehmungen ratend zur Seite stehen zu können. Bald kamen dann zu den Handelsnachrichten auch einige politische Telegramme und eine feuilletonistische Wochenbeilage „Coupon der Frankfurter Handelszeitung“, und als sich 1859 das politische Leben zu tragischen Konflikten zuspitzte, wuchs sich das Handelsblatt unversehens zur politischen Zeitung aus und erhielt den Titel „Neue Frankfurter Zeitung“; zugleich wurde ihm durch seinen Redakteur G. F. Kolb der ausgesprochene demokratische Charakter aufgeprägt. Darauf entwickelte sich die Zeitung zum Hauptorgan der Demokratie Südwestdeutschlands und bekämpfte als solches die Hegemonie Preußens, verhielt sich aber auch ablehnend gegen den Fürstentag. Natürlich wendete sie sich 1866 gegen Preußen und wurde daher bei der Okkupation Frankfurts durch die preußischen Truppen am 17. Juli mitsamt der „Ober-Postamtszeitung“ und dem „Journal de Francfort“ verboten. Während jedoch die beiden letztgenannten Blätter nun ihr Erscheinen für immer einstellten, siedelte die „Neue Frankfurter Zeitung“ nach Stuttgart über und erschien dort drei Monate unter dem Titel „Neue deutsche Zeitung“, worauf sie, nachdem sie eine neue Kaution gestellt hatte, vom 16. November 1866 ab unter dem Titel „Frankfurter Zeitung“ wieder in ihrer alten Heimat herauskam.

Endlich ist auch die „Hessische Morgenzeitung“, in Kassel 1859 von Friedrich Oetker und Friedrich Scheel gegründet, bei den neuen bedeutenderen Zeitungen zu nennen, da sie das einzige Blatt Hessens war, das sich dem tyrannischen Kurfürsten mann-

haft gegenüberstellte und darum bis 1866 viel Bedrückungen zu erdulden hatte.

Eine „Rhein-Lahn-Zeitung“, die die liberalen nassauischen Abgeordneten Lang und Braun in Wiesbaden 1859 gründeten, wurde von der nassauischen Regierung nicht geduldet und siedelte Ende Oktober 1861 nach Frankfurt über, wo sie den Titel „Rheinischer Kurier“ annahm und bis nach der Katastrophe von 1866 blieb. Darauf kehrte sie nach Wiesbaden zurück und erscheint dort noch jetzt.

Außer diesen großen Zeitungen sind dann schließlich noch zwei umfangreiche Gruppen von Blättern zu beachten, die in unserem Kulturleben eine nicht unbedeutende Rolle spielen, obgleich die einzelnen Zeitungen in diesen Gruppen meist klein sind und auch keine hohe Auflage besitzen. Es sind dies die sozialistischen und die ausgesprochen katholischen Blätter. Die sozialistische Presse entstand zu Anfang der sechziger Jahre, als Ferdinand Lassalle die Arbeitermassen zu gemeinsamer Agitation in einer Organisation vereinigte. Als erstes Blatt ist der „Volksstaat“ zu nennen, der in Leipzig erschien und in seiner № 80 das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei veröffentlichte. Diesem reihten sich die Blätter in Chemnitz, Crimmitschau, Dresden, Braunschweig, Königsberg, Karlsruhe, Nürnberg, Fürth ꝛc. an, in denen in allen Tonarten der Haß gegen den Staat und die Besitzenden in meist recht grober Sprache gepredigt wurde. In den letzten Jahrzehnten hat sich dieser gereizte Ton etwas gemildert, auch das geistige Niveau der Blätter gehoben. Als Hauptorgan gilt jetzt der in Berlin erscheinende „Vorwärts“. — Die ausgesprochen katholische Presse, meist Zentrumspresse genannt, begann sich erst zu Ende der sechziger Jahre zu entwickeln; vordem hatte es eine ausgesprochen katholische Zeitungsliteratur nicht gegeben. Jetzt entstanden, je heftiger der sogenannte Kulturkampf entbrannte, in allen katholischen Städten katholische Blätter, meist von Geistlichen geleitet, die in sehr heftiger, aber auch volkstümlicher Sprache für die Interessen der katholischen Kirche eintraten. Das führende Blatt, die „Ger-

mania“, haben wir bereits bei den neuen Berliner Zeitungen genannt; weiter auf diese Blätter einzugehen, müssen wir uns versagen, da deren eigentliche Entwicklungsperiode bereits in die Zeit fällt, die wir nicht mehr in den Kreis unserer Betrachtung ziehen können.

Der großen und bunten Menge politischer Zeitungen steht auch eine reiche Fülle von Zeitschriften gegenüber. Diese Journale der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts tragen aber einen wesentlich andern Charakter, als die vormärzlichen. Das große Publikum hatte den gespreizten Ton, den Tumult und das Kampfgeschrei des jungen Deutschland und der Freiheitskämpen satt. Man wollte keine politische Schwärmerei mehr, man wünschte sich materiell gefördert zu sehen. Nur wohlhabende Völker, wie das Beispiel Englands zeige, verstünden auch wirklich frei zu sein. Darum müsse man den Naturwissenschaften, der Industrie, dem Verkehr jetzt seine ganze Aufmerksamkeit widmen. Diesem Geschmacke entsprach George Westermann in Braunschweig, indem er 1856 nach dem Muster englischer Monatsschriften „Westermanns Monatshefte“ ins Leben rief. Das Gebiet der Politik und überhaupt alles Tendenziöse, wurde vollständig vermieden, dagegen erfuhren unter der umsichtigen Redaktion von Adolf Glaser die Naturwissenschaften, Ethnographie, Kunst- und Kulturgeschichte eine ganz besondere Pflege. Auch der Illustration wurde große Sorgfalt zugewendet, so daß das Unternehmen bald großen Beifall fand. Einen etwas kräftigeren Pulsschlag zeigte die Revue „Unsere Zeit“, die der geistvolle Rudolf Gottschall von 1857 ab in Leipzig herausgab. Sie zeigte eine entschieden liberale Gesinnung und informierte auch über die Ereignisse auf dem Gebiete der Politik, gewann aber nie einen größeren Leserkreis und stellte daher, nachdem Gottschall schon einige Jahre vorher von der Redaktion zurückgetreten war, schließlich Ende 1891 ihr Erscheinen ein. Ebenfalls nur auf einen kleinen Kreis blieben die „Preußischen Jahrbücher“ beschränkt. Sie wurden 1858 von einem Kreise der sog. Altliberalen, an deren Spitze Max Duncker stand, ins Leben gerufen und sollten den nationalen Liberalismus, den Gedanken des preußisch-deutschen Einheitsstaates

vertreten. Auch hier schwebten als Muster die englischen und französischen Zeitschriften vor. Als Redakteur wurde Rudolf Haym bestellt, der sich durch eine Biographie Wilhelm v. Humboldts einen geachteten Namen erworben hatte. So sehr sich aber Haym auch Mühe gab, die Monatsschrift interessant zu machen; es wollte ihm nicht gelingen, eine größere Anzahl bedeutender Mitarbeiter zu gewinnen; die Hefte blieben alle etwas trocken und langweilig. Die besten Aufsätze lieferten Otto Gildemeister, David Friedrich Strauß und Anton Springer. Die preußische Regierung war dem Unternehmen nicht geneigt und konfiszierte verschiedene Hefte; eine Beschlagnahme erfolgte auf Grund eines von Aegidi verfaßten Artikels über die Regentschaft in Preußen. Mißmutig legte daher Haym 1864 die Redaktion nieder, worauf nach einem zweijährigen Interregnum Heinrich von Treitschke 1866 die Leitung übernahm, eine Zeitlang mit W. Wehrenpfennig, später mit Hans Delbrück, der sie nun seit 1889 allein herausgibt. Als geistreicher Plauderer stellte sich neben „Unsere Zeit“ und die „Preußischen Jahrbücher“ 1867 „Der Salon“. In ihm sprach der feine Mann der Gesellschaft, der über alles orientiert war, was augenblicklich in der eleganten Welt interessierte; nur von den politischen und religiösen Debatten hielt er sich fern. Anfangs wurde der „Salon“ von Ernst Dohm und Julius Rodenberg herausgegeben, seit 1874 von Franz Hirsch.

Eine Zeitschrift für Literatur, Kunst und öffentliches Leben gab Robert Prutz mit seinem „Deutschen Museum“ von 1851 bis 1867 heraus, zunächst mit Wilhelm Wolfsohn, später mit Karl Frenzel. Das Blatt hielt sich stets auf einer vornehmen Höhe, vermochte sich aber keinen größeren Leserkreis zu erwerben.

Neben diesen Revuen entwickelte sich alsbald in üppiger Mannigfaltigkeit eine bunte Literatur von Unterhaltungsblättern. Den ersten Platz unter diesen nahm die „Gartenlaube“ ein, die der intelligente Ernst Keil 1853 gründete. Keil besaß eine feine Witterung für das, was die große Menge des Volkes wollte und brauchte, und es schlug in ihm auch ein warmes Herz für alle vaterländischen Angelegenheiten. Mit unermüdlichem Spürsinn fand er immer das für seine Wochenschrift heraus, was das

deutsche Gemüt erwärmte und wonach der vaterländische Sinn verlangte. Sein Unternehmen bürgerte sich denn auch rasch ein: schon der erste Jahrgang konnte in einer Auflage von 5000 Exemplaren gedruckt werden; der zweite erschien bereits in einer Auflage von 8000 Exemplaren, und bei Keils Tode 1878 kam das Blatt in einer Auflage von über 300000 Exemplaren heraus. In den sechziger Jahren, als unser nationales Leben wieder einen tieferen Inhalt bekommen hatte, kam in den vaterländischen Aufsätzen und Gedichten der „Gartenlaube" die Stimmung weiter Kreise zum Ausdruck. Manche ihrer patriotisch hochgestimmten Nummern wirkte wie eine politische Tat. Neben die „Gartenlaube" stellte sich 1864 mit christlich-konservativer Tendenz das „Daheim", verlegt von Velhagen und Klasing in Bielefeld und viele Jahre redigiert von Robert König. In größerem Stile gehalten präsentierte sich „Über Land und Meer", das 1858 von Eduard Hallberger in Stuttgart gegründet wurde. Ein sehr brauchbarer Mitarbeiter war viele Jahre der Romanschriftsteller F. W. Hackländer, der in der ersten Zeit, als noch viele englische und französische Clichés angekauft werden mußten, weil deutsche noch nicht genügend geliefert werden konnten, um solche angekauften Holzschnitte nicht selten keck und fröhlich seine Erzählungen „herumschrieb". Ähnliche Aufgaben wie „Über Land und Meer" stellte sich das „Buch für Alle", das Hermann Schönlein 1865 ins Leben rief. Dem Bedürfnis nach gehaltvoller Roman-Lektüre entsprach die 1864 von Otto Janke gegründete „Romanzeitung". Sie wurde mit Wilhelm Raabes berühmtem Romane „Der Hungerpastor" eröffnet. Reichlichen Lesestoff boten auch die „Unterhaltungen am häuslichen Herd", die, von Karl Gutzkow redigiert, von 1852 bis Ende 1864 herauskamen, und die „Hausblätter", die Hackländer und Höfer von 1855 bis 1867 herausgaben.

Das deutsche Zeitungswesen wuchs mithin nach und nach, indem es sich nicht nur außerordentlich erweiterte, sondern auch an Tiefe und Vielseitigkeit gewann, zu einem hochbedeutsamen Faktor in unserem Kulturleben empor. Aus dem schlichten Nachrichtenblatte des siebzehnten Jahrhunderts wurde die Zeitung zum breiten und farbenreichen Abbilde ihrer Zeit.

Verzeichnis der Zeitungen.

Namen-Register.

Über den in meinem Verlage erschienenen **zweiten** Band von

Ludwig Salomons

Geschichte des deutschen Zeitungswesens,

der die **Lage der deutschen Presse während der Fremdherrschaft** (1792—1814) schildert, liegen viele im hohen Grade anerkennende Urteile vor, von denen ich nur die folgenden wiedergebe:

Deutsche Rundschau: Das Buch ist sehr lebendig geschrieben, fesselt durch das Detail und ermüdet nirgends durch aufgehäuften Ballast. Der Beifall, der dem ersten Bande zu teil wurde, wird auch diesem zweiten nicht fehlen.

Deutsche Revue: Dem ersten Bande schließt sich der zweite mit den gleichen Vorzügen an. Beherrschung des weitschichtigen Materials verbindet sich mit fesselnder Form. Auch für sich genommen, bietet der zweitr Band höchst anregenden, in sich geschlossenen Inhalt. Es ist ein wichtiger Beitrag zur allgemeinen politischen und kulturellen Geschichte Deutschlands in der Zeit Napoleons, dessen unerhörte Herrschermacht und grenzenlose Willkür aus diesen Blättern klarer erhellen, als aus mancher Kriegs- und Diplomatengeschichte.

Das literarische Echo (am Schluß eines längeren Artikels von Dr. Paul Holzhausen): Die treffliche, klare und übersichtliche Anordnung und die fesselnde Darstellung machen das Buch zu einer angenehmen Lektüre, die den Leser über die Stunden hinwegtäuscht, bis er merkt, welch reiche Frucht sie ihm gebracht haben.

Allgemeines Literaturblatt: Von dem Lichte des Zeitungswesens aus nehmen sich mancherlei Zustände in den deutschen Staaten (während der Fremdherrschaft) noch weit erbärmlicher aus als sonst, und man wird gerade diese Beleuchtungseffekte bei der künftigen historischen Beurteilung beachten müssen.

Illustrierte Zeitung (Leipziger): Ludwig Salomon hat den von ihm angehäuften Stoff in lichtvoller und anregender Darstellung so künstlerisch gruppiert und so interessant gestaltet, daß sich sein Werk, obschon es auf streng wissenschaftlicher Grundlage beruht, wie ein spannender Roman liest. In sechs erschöpfenden Kapiteln entwirft der Verfasser ein anschauliches Bild von der deutschen Presse unter der Fremdherrschaft.

Berliner Neueste Nachrichten: Selten ist mir ein interessanteres Buch in die Hände gekommen, als dies auf drei Bände berechnete Werk Ludwig

Salomons, dessen zweiter Band „Die deutschen Zeitungen während der Fremdherrschaft" (1792—1814) nunmehr vorliegt. Die beste Memoiren-Literatur findet in ihm die wertvollste Ergänzung, und es ist zu bewundern, welches Aufgebot von Forschungsgeist und Arbeitsfreudigkeit der Verfasser ins Treffen geführt hat, um dies eigenartige Geschichtswerk zu schaffen, das für Wissenschaft und Publizistik sicherlich dereinst als standard work gelten wird. (Folgt eine längere Besprechung.)

Volks-Zeitung (Berliner): ... Die brutale Gewaltherrschaft, die der Imperator Napoleon über die deutsche Presse rücksichtslos ausübte, wird uns in ebenso anschaulicher wie streng wissenschaftlicher Form geschildert.

Kölnische Volkszeitung: Die Schicksale der napoleonischen Zeit, der „weitverzweigte, grausame und brutale Kampf, bei dem der Eroberer wie überall so auch hier bis zu seinem jähen Sturze der Sieger auf der ganzen Linie blieb", findet in dem Buche eine anziehende und dabei auf den sorgfältigsten, oft nicht wenig mühevollen Studien und Untersuchungen beruhende Darstellung.

Leipziger Tageblatt: Rudolf v. Gottschall in einem längeren Aufsatz: Die Schrift Ludwig Salomons ist jedenfalls ein wichtiger Beitrag zur politischen, zur Literatur- und Kulturgeschichte des deutschen Volkes.

Westminster-Review: With the appearance of the third and concluding volume of this accurate and comprehensive work, which is a monument of patient research, the possibility of compiling at no very remote date a General History of the Newspaper Press will be greatly facilitated.

Oldenburg, im Dezember 1905.

Schulzesche Hofbuchhandlung.
Rudolf Schwartz.

Digitized by Google